Willy Klages

Offene Fragen der Geschichte

Band 37
Chronik vom 24. Januar
bis zum 21. Februar 2025



Chronik vom

24.01. - 21.02.2025

Inhaltsverzeichnis	**Seite**
Danksagung und Widmung	2
Internationale Pressemeldungen sowie sonstige Publikationen und Zeitzeugenberichte über die planmäßige Restabwicklung Mittel- und Westdeutschlands vom 24. Januar bis zum 21. Februar 2025	3-449
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis Bildnachweis	450-452

Danksagung und Widmung

> Eigentlich sollte ich mich schämen, Gott mit meiner Person zu behelligen. Aber seltsam, ich fühle, daß sich Gott mit mir beschäftigt.
> *Karl Ferdinand Gutzkow (1811-1878, deutscher Schriftsteller))*

Mein Dank gilt allen Historikern, Schriftstellern, Journalisten und Zeitzeugen, die diese Chronik überhaupt erst ermöglichten. Ihre Berichte und wissenschaftlichen Publikationen haben entscheidend dazu beigetragen, daß auch unbequeme historische Tatsachen nicht in Vergessenheit geraten sind.

Besonders danke ich:
Hans-Günter Appel, Jonas Aston, Peter Backfisch, Therese Bader, Bruno Bandulet, Alex Baur, Gero Bernhardt, Ludger Bisping, Michael Brück, Oliver Busch, Mina Buts, Tucker Carlson, Michael Dienstbier, Sven Eggers, Jürgen Elsässer, Jörg Fischer, Siegfried F. Franke, Reiner Füllmich, Calin Georgescu, Francesco Giubilei, Hans-Hermann Gockel, Selma Green, Felix Hagen, Frank Hauke, Gregor Hierholzer, Thorsten Hinz, S. Hofer, Henning Hoffgaard, Olrik Hopfmann-Poller, David Icke, Thomas Kirchner, Einar Koch, Heinz Kockel, Richard Koller, Stefan Korinth, Kuba Kruszakin, Michael Kumpmann, John Laughland, Paul Leonhard, Herbert Ludwig, Wim Lukowsky, Hans-Joachim Maaz, Andreas Männicke, Christopher Mang, Martina Meckelein, Dietmar Mehrens, Karel Meissner, Dirk Meyer, Karsten Montag, Florian Müller, Meinrad Müller, Martin Müller-Mertens, Werner Olles, John O'Looney, Viktor Orban, Gerhard Papke, Michael Paulwitz, Mathias Pellack, Daniell Pföhringer, Lars Poelz, Thorsten Polleit, Rene Rabeder, Marie Rahenbrock, Hannelore Rentsch-Millin, Hinrich Rohbohm, Max Roland, Paul Rosen, Liz Roth, Ivo Sasek, Valentina Schacht, Stefan Scheil, Marc Schmidt, Heiko Schöning, Christian Schreiber, Paul Schreyer, Pauline Schwarz, Sandro Serafin, Dieter Staudt, Vincent Steinkohl, Rüdiger Stobbe, Ulrich van Suntum, Fritz Vahrenholt, J. D. Vance, Claus Vogt, Martin Voigt, Christian Vollradt, Ulrich Vosgerau, Karlheinz Weißmann, Florian Werner, Robert Willacker, Amelie Winther und Kurt Zach.

Diese Chronik ist meiner Frau Angelika gewidmet, die leider viel zu früh von uns gehen mußte.

Internationale Pressemeldungen sowie sonstige Publikationen und Zeitzeugenberichte über die planmäßige Restabwicklung Mittel- und Westdeutschlands vom 24. Januar bis zum 21. Februar 2025

24.01.2025

BRD: Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 05/25" berichtet am 24. Januar 2025 (x1.476/…): >>**Polizisten unter Verdacht**

Kampf gegen Rechts: Eine Affäre bei der Bundespolizei zeigt, wie Beamte politisch auf Linie gebracht werden

Ulrich Vosgerau

Wir leben in interessanten Zeiten! Zunehmend breitet sich wieder ein 1989-Gefühl in Deutschland aus. Durch die Liberalisierung der sozialen Netzwerke wird die Meinungsfreiheit neu erfunden, weil Oppositionelle auf einmal mehr Resonanz finden als das öffentlich-rechtliche Fernsehen. Nur vor diesem Hintergrund war es im Verlauf des Jahres 2024 überhaupt möglich, das "Correctiv-Narrativ" zu dekonstruieren. Derzeit findet sich kein Medium mehr, das sich noch schützend vor "Correctiv" stellen würde. Das hätte im Frühjahr 2024 niemand gedacht. Fast niemand hat noch im Sommer 1989 die bevorstehende Wiedervereinigung vorausgehen.

Wegen des triumphalen Ausgangs von "1989" ist heute aber teils in Vergessenheit geraten, daß seinerzeit in der DDR auch "chinesische Lösungen" in Erwägung gezogen wurden. Die demonstrative Reise des stellvertretenden Staatsratsvorsitzenden Egon Krenz nach Peking Ende September 1989 symbolisierte jenen Punkt einer Entwicklung, an dem der DDR-Staat noch einmal die Bereitschaft demonstrierte, sich in eine Bürgerkriegspartei zu verwandeln.

Natürlich sind hier und heute die Maßstäbe ganz andere, weder gibt es eine Massenflucht beträchtlicher Teile der Bevölkerung (wiewohl die Auswanderungsraten zumal bei Akademikern besorgniserregend sind), noch wird die Bundeswehr auf die Niederschlagung von Volksaufständen vorbereitet - dazu wäre sie wohl ebensowenig in der Lage wie zu allem anderen auch. Die Ankündigung des Staates, sich demnächst in eine Bürgerkriegspartei zu verwandeln, ist aber mit kleinen Änderungen auch der pünktlich vor der Bundestagswahl in der Öffentlichkeit lancierten "Information" der Bundesinnenministerin über einen Erlaß bereits vom 29. August 2024 zu entnehmen, der darauf hinauslaufen soll, Bundesbeamte, die bei Wahlen für die AfD kandidieren oder sich anderweitig bemerkbar in ihr engagieren, aus dem Dienst zu entfernen. Bereits die reine Mitgliedschaft in der AfD biete "zureichende tatsächliche Anhaltspunkte, die den Verdacht eines Dienstvergehens rechtfertigen".

Ein solches Vorgehen des fürsorgepflichtigen Dienstherrn gegen Beamte wäre offensichtlich verfassungswidrig. Das Grundgesetz unterscheidet sich vor dem Hintergrund des Scheiterns der Weimarer Republik von anderen westlichen Verfassungen, in denen das Schicksal von Parteien und letztlich auch der Verfassungsordnung selbst in die Hand der Bürger und Wähler gelegt wird. Unter anderem durch die Möglichkeit eines Verbots verfassungsfeindlicher Parteien. Dieses setzt noch nicht einmal rechtswidriges oder gar gewalttätiges Vorgehen voraus, sondern allein ein planvolles, aktiv-kämpferisches Beseitigenwollen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung (Menschenwürde, Demokratie, Rechtsstaat).

Da die Möglichkeit des Mißbrauchs dieses Instruments jedoch zu Tage liegt, gilt außerdem das grundgesetzliche Parteienprivileg: Eine politische Partei kann nur durch das Bundesverfassungsgericht verboten werden, und solange dies nicht geschehen ist, ist sie als unbedingt legal, gleichberechtigt und gemäß des Gebots der parteipolitischen Neutralität des Staates zu behandeln.

Gerade das Nachdenken über den offensichtlich rechts- und verfassungswidrigen Charakter der Ankündigung einer "Reinigung" der Bundesbeamtenschaft von potentiell oppositionellen

Elementen zeigt aber die geradezu teuflische Intention dieses Vorhabens auf: Sie ist nämlich nicht zu trennen von der am 1. April 2024 in Kraft getretenen Reform des Beamtendienstrechts, nach der die Entfernung eines Beamten aus dem Dienst nicht mehr auf Antrag des Dienstherren erst von einem Verwaltungsgericht ausgesprochen werden kann, sondern vielmehr vom Dienstherren unmittelbar selbst wirksam ausgesprochen wird.
Der entlassene Beamte bleibt dann darauf verwiesen, ohne Bezüge (!) jahrelang gegen diese Entscheidung den verwaltungsgerichtlichen Rechtsweg zu beschreiten, was in den meisten Fällen schon angesichts hoher Rechtsanwaltskosten wirtschaftlich unmöglich sein wird. "Du hast keine Chance, aber nutze sie": durch die Ausgestaltung des Verfahrens wird die Durchsetzung des Rechts gezielt unmöglich gemacht. Dies wurde in der öffentlichen Debatte und auch durch die Innenministerin selbst nicht ganz zutreffend als "Beweislastumkehr" bezeichnet.
Der Publizist Manfred Kleine-Hartlage hat diese neuen Vorgehensweisen des Staatsapparats speziell seit der Ampel-Koalition mit dem "taktischen Foul" im Fußball verglichen, also einer "bewußten Regelverletzung, begangen in der Erwartung, daß die Sanktion dafür weniger nachteilige Folgen für einen selbst haben wird als der Verzicht auf die Regelverletzung".
Dies steht selbstverständlich dem Verfassungsstaat nicht zu: "Beansprucht der Staat, also eine mit Gewaltmonopol und praktisch unbegrenzten Macht- und Finanzmitteln ausgestattete Instanz, die obendrein über die Karrierechancen der 'Schiedsrichter' (also der Richter und Staatsanwälte) entscheidet, gegenüber seinen Bürgern das Recht auf taktische Fouls, das heißt auf gezielte Rechtsverletzungen, dann wird damit die Rechtsstaatlichkeit schlechthin untergraben."
Hier war der Übergang zur gezielten staatlichen Regelverletzung zwecks Bekämpfung der politischen Opposition zudem vorher angekündigt - nämlich in den beiden Pressekonferenzen der Bundesinnenministerin in Begleitung des Verfassungsschutzpräsidenten sowie der Familienministerin vom 13. Februar 2024. Diese fanden noch im unmittelbaren Nachgang der seinerzeit von "Correctiv" verbreiteten, also staatlich mitfinanzierten Anschuldigungen gegen Privatleute statt. Sie enthielten sinngemäß die Ankündigung, daß die Rechtmäßigkeit von Äußerungen oder Handlungen künftig bei der staatlichen Bekämpfung bürgerlicher Selbstorganisation im oppositionellen Spektrum kein Kriterium mehr sein könne.
Denn sonst hätten es etwa Einwanderungsskeptiker selbst in der Hand, sich durch rein legales Verhalten von staatlicher Verfolgung freizuhalten. Die private Finanzierung noch so legaler, aber beispielsweise einwanderungsskeptischer Aktivitäten sollte mit staatlichen Machtmitteln verhindert werden, so die Idee Faesers, auch sollte der Verfassungsschutz künftig gezielt auf die Isolation Oppositioneller in Nachbarschaft oder Sportverein hinwirken (in der DDR nannte man das "Zersetzungsmaßnahmen").
Wo aber Gefahr ist, da wächst das Rettende auch. Das Problem sind Einwanderung und Deindustrialisierung - nicht aber der Umstand, daß auch Bundesbeamte dies zunehmend erkennen. Die Strategie, statt der Probleme den Versuch der Lösung zu bekämpfen, ist ohnehin gescheitert.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 05/25" berichtet am 24. Januar 2025 (x1.476/…): >>**Habeck vor dem Bundestags-U-Ausschuß**
Wiederholte Täuschung
Fritz Vahrenholt
Es bedurfte keines Untersuchungsausschusses, um festzustellen, daß Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne), unterstützt von Bundeskanzler Scholz (SPD), in der schwersten Stromkrise die letzten sechs Kernkraftwerke stillegte und so die Ansprüche seiner grünen Parteiideologie erfüllte, anstatt "Schaden vom deutschen Volk zu wenden".
Wir erinnern uns: Im März 2022, es waren gerade drei Kernkraftwerke stillgelegt und drei

sollten Ende 2022 vom Netz gehen, da legten Umweltministerin Steffi Lemke (Grüne) und Habeck einen Prüfvermerk mit Falschaussagen zum Streckbetrieb vor: man könne nicht mehr Strom aus den Kernkraftwerken herausholen.
Sie behaupteten, es seien kurzfristig keine neuen Brennelemente zu beschaffen. E.On-Chef Leonhard Birnbaum widerlegte das später. Jetzt versucht Habeck die Bürger erneut zu täuschen: es sei eine "ergebnisoffene Prüfung" gewesen! Die Grünen in Niedersachsen machten 2022 Wahlkampf mit den Plakaten "Bye, Bye, AKW". Ergebnisoffen.
Jeder, der seinen Amtseid ernst nimmt, hätte versucht, die sechs Meiler zu retten. Der Strompreis hat sich gegenüber 2020 verdoppelt. Wir müssen in diesen Tagen 16 Gigawatt Strom importieren. Genau diese Menge hat die Ampel an Kernkraft-, Braun- und Steinkohlekraftwerken in nur drei Jahren stillgelegt und zerstört. Zum massiven Schaden der Bürger, der Unternehmen und unseres Wohlstandes.
Prof. Dr. Fritz Vahrenholt war in Führungspositionen bei der RWE-Tochter Innogy für Erneuerbare Energien zuständig. Er publiziert zu dem Thema regelmäßig.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 05/25" berichtet am 24. Januar 2025 (x1.476/…): >>**Profaner Mißbrauch**
Das Gedenken an die Befreiung von Auschwitz wird politisch instrumentalisiert
Thorsten Hinz
Seit 1996 wird der 27. Januar, der Jahrestag der Befreiung der Mordstätte Auschwitz durch die Rote Armee 1945, als Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus begangen. Vor öffentlichen Gebäuden wird Halbmast geflaggt, der Bundestag hält eine Gedenkstunde ab. Bundesweit finden Kranzniederlegungen, Lesungen, Kinovorführungen, Vorträge statt, werden Schweigemärsche und Lichterketten veranstaltet.
Der damalige Bundespräsident Roman Herzog hatte in seinem Erlaß einen Tag der "Erinnerung" proklamiert: "Sie soll Trauer über Leid und Verlust ausdrücken, dem Gedenken an die Opfer gewidmet sein und jeder Gefahr der Wiederholung entgegenwirken." Er drückte die Erwartung aus, "daß der 27. Januar zu einem Gedenktag des deutschen Volkes, zu einem wirklichen Tag des Gedenkens, ja des Nachdenkens wird", um "aus der Erinnerung immer wieder lebendige Zukunft werden zu lassen".
Ein Tag der Einkehr, aber auch der moralischen Wertschöpfung und ideellen Aufrüstung sollte es werden - eine säkulare Variante des Buß- und Bettags, der 1995 als gesetzlicher Feiertag abgeschafft worden war.
Die Parallelen sind eindeutig: Der Buß- und Bettag ist Anlaß des fürbittenden Eintretens der Kirche für die Schuld der Gläubigen vor Gott. Heute übernimmt der Staat die Rolle der Kirche allzu gerne. In Volkes Namen zelebriert er ein nationales Schuldbekenntnis, gelobt Buße und Reue und verspricht ein "Nie wieder!" Auch soll die Kirche an den Bußtagen ihre Wächterfunktion den Sünden der Zeit gegenüber ausüben. Heute ermahnt der Staat seine Bürger, nicht erneut dem Bösen zu verfallen, das in gewandelter Gestalt umgehe.
Und schließlich sollten Bußtage dem einzelnen dazu dienen, sein Gewissen vor Gott zu prüfen. In diesem Sinne hatte schon Herzogs Amtsvorgänger Richard von Weizsäcker dekretiert, für die Deutschen komme es darauf an, "ein Mahnmal des Denkens und Fühlens in (ihrem) eigenen Inneren" zu errichten.
Ein mit so hohen Ansprüchen befrachtetes Datum hält viele Fallstricke bereit. So sollte die Schauspielerin Iris Berben am 27. Januar im Literaturhaus München aus dem Buch "Brief in der Nacht" der jüdischen Autorin und Holocaust-Überlebenden Chaja Polak vortragen, das sich mit dem Verhältnis zwischen Israelis und Palästinensern und speziell mit Gaza beschäftigt. Nach Kritik des Präsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland, Josef Schuster, wurde die Veranstaltung vorverlegt. Schuster hatte moniert, es drohten "Vermischungen und falsche Assoziationen, die nicht im Interesse der Beteiligten sein sollten".

"Auschwitz" - im übertragenen Sinne verstanden - wurde in der Vergangenheit immer wieder als Referenzgröße und Bezugspunkt für Ereignisse herangezogen, die geringfügiger waren als das Elend im Gazastreifen. Wegen des übermäßigen Gebrauchs kam der polemische Begriff "Auschwitzkeule" im Umlauf. Jetzt erklärten die Veranstalter entschuldigend, nichts habe ihnen ferner gelegen "als die Singularität der Schoa in Frage zu stellen" oder eine Aufrechnung vorzunehmen.

Die "Singularität" als Attribut für den Massenmord an den Juden wird heute selten angeführt. Noch vor wenigen Jahren war es weithin üblich, ihn damit auf die Höhe eines metahistorischen Phänomens zu stemmen, der dem Profan-Diskurs unzugänglich bleiben sollte. Die Grenze zwischen dem Säkularen und Sakralen waren fließend. Der Siegeszug der "Postcolonial Studies" hat das Wort zum Verschwinden gebracht. Mehr denn je ist der 27. Januar ein Schauplatz profaner Interessen und Deutungen. Seine Implementierung als zivilreligiöses Datum entsprang einem politischen Dezisionismus und spezifischen Umständen und Bedürfnissen, die heute selber nur noch historisch wirken.

Die Bundesrepublik war nach 1990 auf der Suche nach ihrer Identität. Als postnationale, pazifizierte Verwaltungseinheit eines imaginierten "Europa" war sie unglaubwürdig. Der Versuch konservativer Publizisten, Umrisse einer "selbstbewußten Nation" zu skizzieren, wurde brachial zurückgewiesen. Blieb der Bezug auf die "Lehren aus der deutschen Geschichte". Ihr düsteres Symbol war "Auschwitz", das schließlich sogar zum "Gründungsmythos" erklärt wurde.

Mit der Proklamation des Gedenktags übernahm Deutschland vorübergehend sogar international eine Vorbildfunktion. Ende Januar 2000 verabschiedete eine hochkarätig besetzte internationale Konferenz in Stockholm eine Deklaration, die dem Holocaust in seiner "Beispiellosigkeit" und "für alle Zeiten" eine universelle Bedeutung zuerkannte. 2005 erklärte die Uno den 27. Januar zum Internationalen Tag des Gedenkens. Das wäre heute unmöglich. Die Gewichte haben sich verschoben.

Vor knapp 30 Jahren hatte der amerikanische Jurist Lawrence Douglas nach Sichtung der Gesetze und Gerichtsurteile zum Holocaust-Komplex der Bundesrepublik eine autoritäre Neurose attestiert. Er nannte es "provokant", wie sie "ihre Legitimität durch Akte einer erzwungenen Gedächtniskultur zu festigen" versuche. Sie profiliere sich als Tugendstaat, der seine Existenz durch das ständige Bekunden früherer Missetaten legitimiere und gleichzeitig durch "obsessive Aufmerksamkeit" eine Kluft zu ihrem "verkommenen Vorgänger" aufreiße.

Er sah die Gefahr, daß der Staat versucht sein könnte, den Ehrschutz, der den Holocaust-Opfern zukommt, auf sich selbst zu beziehen. Nicht nur das, muß man hinzufügen; Politiker sind dazu übergegangen, legitime Kritik über den Paragraphen gegen Volksverhetzung (§ 130) in die Schranken zu weisen.

Auch der 27. Januar 2025 wird für profane Interessen in Stellung gebracht. Zur Gedenkstunde im Bundestag wird als Redner ein Holocaust-Überlebender aus Odessa erwartet. Die Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten will Vertreter der AfD von Gedenkveranstaltungen fern- und die Brandmauer aufrechthalten. Und die Evangelische Kirchengemeinde Alt-Pankow in Berlin will im Verein mit Antifaschisten den Tag nutzen, "angesichts eines zunehmenden Rassismus" Zeichen "für ein solidarisches Miteinander" zu setzen - die Umschreibung für das Offenhalten der Grenzen. Ist das die "lebendige Zukunft", die aus der proklamierten "Erinnerung" erwächst?<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 05/25" berichtet am 24. Januar 2025 (x1.476/…): >>**Denn wer sich Allianz versichert**

Reuß' Reichsbürger: Seit über einem halben Jahr finden drei Prozesse unter strengen Sicherheitsauflagen statt

Hinrich Rohbohm

Sein Blick wirkt leer. Manchmal so, als würde er sich gerade fragen, in was er da eigentlich hineingeraten ist. Hin und wieder greift er zu dem weißen Pappbecher vor ihm auf dem Tisch, nippt ein paarmal daran, um anschließend wieder mit ausdrucksloser Miene dem Prozeßverlauf zu folgen. Heinrich XIII. Prinz Reuß ist in eine ganze Menge hineingeraten. In einen der wohl größten Prozesse der deutschen Nachkriegsgeschichte, in dem er als einer der Hauptangeklagten eine zentrale Rolle einnimmt.

Prinz Reuß soll gemeinsam mit weiteren Akteuren der sogenannten Reichsbürgerbewegung einen gewaltsamen Sturz des politischen Systems in Deutschland vorbereitet haben, wirft ihm die Bundesanwaltschaft vor. Zusammen mit ihm sitzen seit mittlerweile mehr als einem halben Jahr neun weitere mutmaßliche Mittäter Woche für Woche vor dem Frankfurter Oberlandesgericht, das in einer Leichtbauhalle im Gewerbegebiet Frankfurt-West tagt und einer Festung gleicht. Vier Meter hohe Zäune mit Nato-Draht darauf. Schon das Fotografieren des Areals ist untersagt.

Die Akten der Ermittler umfassen mehr als 400.000 Seiten. Aufgrund seiner Größe wurde das gesamte Verfahren auf drei verschiedene Oberlandesgerichte verteilt, vor denen sich insgesamt 26 Tatverdächtige verantworten müssen. Außer dem Oberlandesgericht Frankfurt sind es das Oberlandesgericht Stuttgart mit noch einmal neun und das Oberlandesgericht München mit weiteren acht Angeklagten (JF 21/24).

In Stuttgart findet der Prozeß in Stammheim statt. Dort, wo sich knapp fünfzig Jahre zuvor die Verhandlungen gegen die Terrorbande der Roten Armee Fraktion (RAF) abspielten. Auch hier vier Meter hohe Zäune mit Nato-Draht. Leibesvisitationen der Zuhörer, ehe sie in den Gerichtssaal dürfen. Mobiltelefone, Schlüssel, Portemonnaie. Alles ist bei den Justizvollzugsbeamten abzugeben und kommt in Schließfächer. Selbst Gürtel müssen draußen bleiben, egal ob die Hose rutscht oder nicht. "Sie haben doch zwei Hände", entgegnet eine Kontrolleurin auf etwaige Einwände trocken.

Wieder hinaus aus dem Gerichtssaal, geht es über einen Bereich mit Drehkreuz, der nur einzeln betreten werden darf. Das dauert. Ist das Drehkreuz passiert, folgt eine Glasscheibe, hinter der ein Vollzugsbeamter den Gästen über eine Schublade unterhalb der Scheibe ihre Wertsachen überreicht, nachdem diese ihm zuvor durch die gleiche Schublade ihren Schließfach-Schlüssel aushändigen.

Innerhalb des Gerichtssaals geht es ähnlich gesichert zu. Die Angeklagten sitzen hinter einer Panzerglaswand. Begleitet von Polizeibeamten und mit Handschellen gefesselt betreten sie den Raum, werden an ihren Platz geführt. Nicht nur zum Verbandlungsbeginn. Die Prozedur erfolgt bei jeder Sitzungsunterbrechung aufs neue. Besonders in Frankfurt wirkt das Ganze auf den ersten Blick etwas befremdlich. Prinz Reuß und seine Mitangeklagten sind Männer im Rentenalter. Mit Brillen, grauen Bärten, Glatzen oder langen weißen Haaren. Auf den ersten Blick wirken sie eher wie eine Gruppe verwirrter alter Kauze. Und die sollen sich verschworen haben, das politische System in Deutschland zu stürzen?

"Ich habe das alles tatsächlich geglaubt"

Zum Prozeßbeginn war das Medieninteresse an der Reuß-Gruppe enorm groß. Inzwischen verfolgen nur noch wenige Journalisten die Verhandlungen, die meisten der für Pressevertreter vorgesehenen Stühle bleiben unbesetzt. Zum einen, weil sich solche großen Prozesse in ihrem weiteren Verlauf in der Regel in lange, ermüdende Verfahrensfragen verheddern. Zum anderen, weil sich mit zunehmender Verfahrensdauer der Eindruck zu verfestigen scheint, der Staat könnte mit Kanonen auf Spatzen geschossen haben, als er vor zwei Jahren 3.000 Polizisten unter medialer Begleitung gegen die Gruppe Reuß eingesetzt und diese festgenommen hatte.

Handelt es sich am Ende doch nur um eine Handvoll greiser Verschwörungstheoretiker? Und falls ja: Wie gefährlich oder ungefährlich sind sie? Einen Einblick in die Welt der vermeintli-

chen Umstürzler gibt der Polizeibeamte K., der als Zeuge zur Vernehmung des Mitangeklagten Michael F. aussagt. F. war einst selbst Polizist, arbeitete als Kriminalhauptkommissar in Hannover. Es ist ein Einblick in eine Welt, die aus einem ganzen Potpourri von Verschwörungstheorien besteht.

Eine zentrale Rolle spielt dabei immer wieder eine ominöse "Allianz", die die bestehende Weltordnung ablösen werde. "Es wurde zwischen einer irdischen und einer galaktischen Allianz unterschieden", erzählt der Polizist dem Gericht.

Die irdische Allianz werde von Rußlands Staatschef Wladimir Putin und dem Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chinas, Xi Jinping angeführt. Auch der künftige US-Präsident Donald Trump zähle zur Allianz.

Darüber hinaus gebe es eine "galaktische Allianz", die außerirdisch sei und über Superwaffen verfüge. "Da ging es auch um Flugscheiben in Neuschwabenland und Reptiloide", schildert der Zeuge. Die Gruppe Reuß aber sei kein Teil der Allianz, würde lediglich zusätzliche Aufbauarbeit leisten. Reuß selbst habe, wenn die Zeit gekommen sei, mit Rußland Verhandlungen über die Rückgabe von Territorien an Deutschland führen sollen. Allerdings habe man einen "Systemwechsel" in Deutschland angestrebt, gibt der Zeuge die polizeiliche Aussage von F. wieder.

Der Mitangeklagte Rüdiger von Pescatore hingegen sei eine Art "Agent", der eine Verbindung zur Allianz habe. "Geht es da nun um die irdische oder um die galaktische Allianz?", fragt der Vorsitzende Richter Jürgen Bonk da schon mal etwas genervt.

Auf ihren Informationskanälen in den sozialen Medien sei auch immer wieder über "DUMBs" gesprochen worden. DUMB steht für Deep Underground Military Bases, geheime Bunker, sogar ganze unterirdische Städte, die den meisten Menschen nicht bekannt seien und in denen geheime Experimente vorgenommen würden. Auch unter dem Kanzleramt und unter dem Bahnhof Stuttgart 21 würden sich DUMBs befinden.

Was die Aussagen auch verdeutlichen: Innerhalb der Gruppe Reuß existierten klare Hierarchien. Auf der einen Seite die vermeintlich Wissenden mit vorgeblichen Kontakten zur Allianz, die Waffen und Munition horteten und neue Leute für den vermeintlichen Tag X rekrutierten. Auf der anderen Seite die angeworbenen Jünger, unter denen mit zunehmendem Ausbleiben jenes Tages X offenbar die Zweifel wuchsen.

"Rüdiger, sind wir die einzigen?", gibt der Zeuge K. vor Gericht eine verzweifelte Frage von Michael F. wieder, als diesem so allmählich dämmerte, daß der große Systemsturz möglicherweise ausbleiben könnte. Auch bei anderen in der Gruppe seien Zweifel aufgekommen. "Wer ist die Allianz und gibt es die überhaupt?" begannen sich einige zu fragen.

Einer dieser Zweifelnden ist der in Stuttgart angeklagte Markus H. "Ich habe das alles tatsächlich geglaubt, ich bin damals davon überzeugt gewesen", berichtet der gelernte Landmaschinenmechaniker in seiner Aussage, die sein Anwalt für ihn verliest. Heute distanziert er sich von der Reuß-Gruppe. "Ich bin ganz sicher zu weit gegangen und habe eine Menge Äußerungen getätigt, für die ich mich heute schäme", versichert er.

Von den unterirdischen DUMBs habe ihm der Mitangeklagte Marco H. erzählt, der dort selbst gekämpft haben will und ihm versprochen hatte, ihn dorthin mitzunehmen, was natürlich niemals geschehen sei. Auch den Aussagen Rüdiger von Pescatores zur Allianz schenkte H. zuletzt immer weniger Glauben. "Woher der alle seine Informationen hatte, war immer weniger nachvollziehbar."

Von einem geplanten Angriff auf den Bundestag will H. nichts gewußt haben. "Daran hätte ich auch niemals mitgewirkt." Er sei auch nicht der Auffassung, daß Deutschland noch unter Besatzung stehe, stellt er klar. Geködert worden sei er mit der Behauptung, Kinder würden in unterirdischen Anlagen gefangengehalten, und daß eine große Krise bevorstehe, in der es zu einem Blackout oder zu einem Dritten Weltkrieg kommen könne. H. bestätigt zudem, daß

Teilnehmer der Gruppe eine Verschwiegenheitserklärung unterzeichnen mußten.
Ohne diese Erklärung sei es beispielsweise nicht möglich gewesen, in bestimmte Chatgruppen zu gelangen. Eine dieser Chatgruppen habe "Unser germanisches Dorf" geheißen. Verrat werde darin nicht geduldet, wer gegen die Verschwiegenheitspflicht verstoße, müsse mit der Todesstrafe rechnen. "Was soll das für eine schöne neue Welt sein, in der die Todesstrafe gilt?", habe er sich gefragt und sich mit den Widersprüchen der mutmaßlichen Terrorgruppe konfrontiert gesehen. Andererseits hätten deren Veranstaltungen für ihn mehr "den Charakter eines Kaffeeklatschs oder Geburtstags" gehabt.
Krieg oder Kaffeeklatsch dürfte somit die zentrale Frage lauten, wenn die drei Oberlandesgerichte die Gefährlichkeit der Reuß-Gruppe zu bewerten haben. Zeit genug werden sie sich dafür nehmen. Die Verhandlungen sind noch bis ins Jahr 2026 terminiert.

Tatvorwurf: Gewaltsamer Umsturz

Vor etwas mehr als einem halben Jahr startete der Mammutprozeß gegen die sogenannte "Reuß-Gruppe". Den Angeklagten um den Frankfurter Geschäftsmann Heinrich XIII. Prinz Reuß wird vorgeworfen, einen gewaltsamen Umsturz geplant zu haben. Aufgeteilt ist der gesamte Komplex in drei parallel stattfindende Großverfahren in Frankfurt, Stuttgart und München. Während in Stuttgart in erster Linie der "militärische Arm" vor Gericht steht, müssen sich vor dem Frankfurter Staatsschutzsenat unter anderem Reuß und die ehemalige AfD-Bundestagsabgeordnete Birgit Malsack-Winkemann verantworten.
Der Adlige soll gemeinsam mit dem in Stuttgart angeklagten Rüdiger von Pescatore als Rädelsführer agiert haben; der eine als Chef des "Rates", der andere - ehemaliger Kommandeur eines Fallschirmjägerbataillons, jedoch wegen verschwundener Waffen aus der Bundeswehr entlassen - als Militärchef. Die frühere Richterin Malsack-Winkemann sei als "Justizministerin" für die Zeit nach dem angeblich geplanten Umsturz auserkoren gewesen. Die Verfahren dürften noch eine Weile dauern: So wurden in Frankfurt erst elf der 260 benannten Zeugen vernommen. (vo)<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 05/25" berichtet am 24. Januar 2025 (x1.476/…): >>**Säuberungen bei der Polizei?**

JF-Recherche: Ein Schreiben der Bundespolizei belegt, wie AfD-Mitglieder massiv unter Druck gesetzt werden

Mathias Pellack / Frank Hauke / Henning Hoffgaard / Rene Rabeder

Ein der JUNGEN FREIHEIT exklusiv zugespielter Vermerk der Bundespolizei zeigt erstmals die Brisanz der Änderung des Disziplinarrechts für Beamte vom Frühjahr 2024. In der Nachricht aus dem Intranet der Polizeibehörde heißt es: "Wird eine Mitgliedschaft in einer solchen Partei bekannt, liegen zureichende tatsächliche Anhaltspunkte, die den Verdacht eines Dienstvergehens rechtfertigen jedenfalls dann vor, wenn sich die Beamtin oder der Beamte in einer solchen Partei aktiv betätigt." (siehe Kasten)
Eine "solche Partei" seien etwa die vom Verfassungsschutz beobachteten Landesverbände der Alternative für Deutschland (AfD) in Thüringen und Sachsen, die Jugendorganisation "Junge Alternative" oder die "rechtsextreme Gruppe Freie Sachsen". Das kann man als einen Vorstoß der Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) werten, Beamte der Bundespolizei, die Mitglied der AfD sind oder sich für diese Partei engagieren, aus dem Polizeidienst zu drängen. Der interne Vermerk der Bundespolizei erfolgt vor dem Hintergrund verstärkter Bemühungen der ehemaligen Ampel-Regierung, gegen Rechte innerhalb des öffentlichen Dienstes vorzugehen.
Andererseits mußte sich nun der Pressesprecher der Bundesinnenministerin in der Bundespressekonferenz am 17. Januar in Berlin den Fragen stellen, die sich aus der Veröffentlichung des Schreibens durch die JF ergeben haben: Das sei alles nicht so gemeint gewesen, ruderte man zurück. Eine Mitgliedschaft in einer als gesichert rechtsextremistisch eingestuften Partei

lege Zweifel an der beamtenrechtlichen Verfassungstreue nahe, heißt es nun. Es sei also möglich - aber keine notwendige Folge, Disziplinarverfahren zu führen.
Es gebe "keinerlei Automatismus". Letztlich sei es "immer eine Frage des Einzelfalls und auch dessen, wie sehr sich der betreffende Beamte in einer als gesichert rechtsextremistisch eingestuften Partei betätigt". Das ist mindestens als deutlicher Warnschuß in Richtung der rund 45.000 Bundespolizisten und anderer Beamter mit Sympathien für die AfD zu werten.

Das Arbeitsverhältnis steht auf dem Spiel

Abschließend wird in dem Vermerk an die Bundespolizisten offen mit der Beendigung des Arbeitsverhältnisses gedroht: "Beamtinnen und Beamte müssen bei der Einleitung eines Disziplinarverfahrens in diesen Fällen mit dienstrechtlichen Konsequenzen bis hin zu ihrer Entlassung rechnen." Um die Drohung zu unterstreichen, sind die Wörter "Konsequenzen bis hin zu ihrer Entlassung" gefettet.
Die Drohung basiert auf dem neuen Disziplinarrecht, das seit April 2024 gilt. Dieses ermöglicht es Behörden, Beamte per Verwaltungsakt zu entlassen, ohne den bisher obligatorischen Weg über eine Disziplinarklage zu gehen. Die Disziplinarklage vor den Verwaltungsgerichten wurde ersetzt durch die Disziplinarverfügung der Vorgesetzten. Kurz: Verwaltungsakt statt Verwaltungsgericht. De facto führt das zu einer Beweislastumkehr. Faeser ging so weit die Möglichkeit zu schaffen, die Beamten sogar ohne Disziplinarverfügung vorläufig des Dienstes zu entheben, wenn "im Disziplinarverfahren voraussichtlich die Entfernung aus dem Beamtenverhältnis … erfolgen wird".
Damit verbunden ist eine Streichung der Bezüge um 50 Prozent. Erst danach stünde dem Beamten der Rechtsweg offen. Die Gefahr einer staatlichen Überreaktion sah Faeser vor einem Jahr nicht, obwohl laut Regierungssprecher Steffen Hebestreit Verstöße gegen die Verfassungstreuepflicht "im Verhältnis zur Gesamtzahl der Bundesbeschäftigten nur sehr, sehr selten auftreten".
Verfassungsrechtlich sind solche Formulierungen wie in dem von der JF aufgedeckten Vermerk hochproblematisch, wie der Jurist Ulrich Vosgerau auf JF-online schreibt: "Der Text läßt sprachlich bereits im Dunkeln, ob nur solche Bundespolizeibeamte entlassen werden sollen, die gerade in Thüringen und Sachsen für die AfD kandidieren, oder auch solche, die anderswo für die AfD kandidieren, weil die AfD in Sachsen und Thüringen als gesichert rechtsextrem 'eingestuft' worden sei." Der Staatsrechtler ordnet das so ein: Eine Diktatur unterscheide sich von einem liberalen Verfassungsstaat "dadurch, daß man in einer Diktatur nie genau weiß oder wissen soll, was eigentlich erlaubt und was verboten ist".

Weidel sieht "Säuberungen" wie in Diktaturen im Gange

Die genannten Teile der AfD werden seit einiger Zeit vom jeweiligen Landesamt für Verfassungsschutz beobachtet und als extremistisch bezeichnet. Diese Einstufung wird als Begründung dafür angeführt, daß die Partei eine potentielle Gefahr für die freiheitlich-demokratische Grundordnung darstelle. Die geplanten Maßnahmen, die AfD-Mitglieder aus der Bundespolizei zu entfernen, markieren jedoch eine neue Eskalationsstufe und werfen grundsätzliche Fragen über die Vereinbarkeit solcher Schritte mit den Grundrechten und Prinzipien des Berufsbeamtentums besonders innerhalb der Sicherheitsbehörden auf.
Der Informant mit Zugang zum Intranet der Bundespolizei, der anonym bleiben möchte, sagte der JF: "Dies bedeutet für mich eine erhebliche Einschränkung in der freien Willensbildung als Polizeibeamter. Ein Engagement bei einer Partei, die über ein Fünftel der Bevölkerung repräsentiert, unter Strafe zu stellen, ist meiner Meinung nach ein inakzeptables Beschneiden der Grundrechte von Beamten - auch unter Berücksichtigung der Neutralitätspflicht."
Die Ankündigung hat heftige politische und gesellschaftliche Reaktionen hervorgerufen. AfD-Chefin Alice Weidel kritisierte den Erlaß scharf und sprach von einem "grundrechtswidrigen Angriff auf die politische Meinungsfreiheit und die Unabhängigkeit unserer Sicherheitsbehör-

den". Sie bezeichnete die geplanten Maßnahmen als "politisch motivierte "Säuberungen", die sie nur aus diktatorischen Regimen kenne. Solche Maßnahmen bezeichnete sie als "eine ernsthafte Gefahr für die Demokratie und den Rechtsstaat".
Weiterhin kündigte die Kanzlerkandidatin der AfD an, die Partei werde alle rechtlichen Mittel ausschöpfen, um gegen den Erlaß vorzugehen. Sie warf der Bundesregierung unter SPD und Grünen vor, die AfD systematisch zu delegitimieren, um so unliebsame politische Konkurrenz klein zu halten. Eine solche Vorgehensweise sei nicht nur rechtswidrig, sondern auch moralisch verwerflich, da sie auf Einschüchterung und Ausgrenzung abziele.
Der Rechtsanwalt und Bundestagsabgeordnete Christian Wirth (AfD) hat auch Strafanzeige gegen Bundesinnenministerin Faeser gestellt. Der Vorwurf: Die Ministerin soll mit einem Erlaß die Grundrechte von Beamten der Bundespolizei massiv beschneiden. Wirth, Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion für Staats- und Verfassungsrecht, zeigte sich empört: "Hier handelt es sich um eine weitere parteipolitische Maßnahme der Innenministerin Faeser, die bekanntlich keine Berührungsängste mit linksextremen Kreisen hat, so auch mit der gewaltbereiten Antifa.
Faeser beschneidet Beamten das Recht auf freie Meinungsäußerung, Vereinigungsfreiheit und greift in die Freiheit der politischen Anschauung ein. Solche Eingriffe sind ein eklatanter Bruch mit den Grundsätzen unseres Grundgesetzes." Darüber hinaus sieht Wirth in dem Vorgehen auch strafrechtlich relevante Tatbestände erfüllt: "Da diese Verletzungshandlung durch Drohung mit dem Verlust des Dienstverhältnisses und der Bezüge einhergeht, werden die Tatbestände der Nötigung und Erpressung (Paragraphen 240 und 263 Strafgesetzbuch) erfüllt."
Kommentatoren in Sozialen Medien sahen in dem Vorgehen eine Verletzung der im Grundgesetz garantierten Rechte auf Meinungsfreiheit und politischen Pluralismus. Die AfD sei keine verbotene Partei. Sie handele nach den Regeln des Parteiengesetzes, und eine Mitgliedschaft allein stelle keinen ausreichenden Grund für disziplinarrechtliche Maßnahmen dar.
Der Rechtswissenschaftler Volker Boehme-Neßler etwa meinte auf X: "Wenn das stimmt, ist das ein echter Skandal. Selbstverständlich garantiert das Grundgesetz, daß Beamte Mitglied einer Partei sein dürfen, die nicht verboten ist. Man kann deshalb keinen Beamten nur wegen der Mitgliedschaft in der AfD entlassen! Das gilt auch für die Mitgliedschaft in der SPD, der CDU und anderen Parteien, die nicht verboten sind …"
Auch Elon Musk, Gründer von Tesla und SpaceX sowie Betreiber der Plattform X fragte, in einer Reaktion auf die JF-Berichterstattung, ob es wahr sei, daß Bundespolizisten allein aufgrund ihrer politischen Zugehörigkeit disziplinarische Maßnahmen auferlegt bekämen. Seine Nachfrage verschaffte dem Vorgang noch mehr öffentliche Aufmerksamkeit.
Polizeigewerkschaften reagierten zurückhaltend. Sie unterstrichen zwar die Notwendigkeit, gegen Extremismus innerhalb der Sicherheitsbehörden vorzugehen, forderten jedoch klare rechtliche Grundlagen und transparente Verfahren. Ein pauschales Vorgehen, das alle AfD-Mitglieder ohne individuelle Prüfung von ihrem Amt entfernt, sei nicht mit den Prinzipien des Rechtsstaates vereinbar und könne das Vertrauen der Beamten in die Neutralität des Dienstherrn untergraben.

AfD-Bundestagsabgeordneter verklagt Innenministerin Faeser

Das Bundesbeamtengesetz (BBG) verpflichtet Beamte zur Verfassungstreue. Laut § 60 BBG müssen Beamte die freiheitlich-demokratische Grundordnung durch ihr gesamtes Verhalten anerkennen und verteidigen. Dies bedeutet, daß Beamte, die sich aktiv an extremistischen Bewegungen beteiligen oder diese unterstützen, gegen ihre Pflichten verstoßen können. Eine Weiterung gilt: § 61 BBG erlaubt eine parteipolitische Betätigung, solange sie nicht die dienstliche Neutralität beeinträchtigt.
Diese gesetzlichen Regelungen besagen, daß Beamte, die nachweislich gegen die Prinzipien

der Verfassung verstoßen, disziplinarrechtlich belangt werden können. Eine reine Mitgliedschaft in einer Partei, die nicht verboten ist, wie der AfD, stellt jedoch keine Verletzung der Verfassungstreue dar. Nur in Fällen, in denen die Mitgliedschaft mit nachweisbaren extremistischen Aktivitäten einhergeht, könnten disziplinarische Maßnahmen rechtlich gerechtfertigt sein.
Die AfD unterliegt dem Parteiengesetz, das sie als wesentlichen Bestandteil der demokratischen Willensbildung schützt. Solange sie nicht als verfassungswidrig verboten ist, genießen ihre Mitglieder dieselben Rechte wie die Mitglieder anderer Parteien. Ein genereller Ausschluß von AfD-Mitgliedern aus der Bundespolizei, die für die Überwachung der Grenzen, der Bahn und der Luftsicherheit sowie für den Schutz der Verfassungsorgane und die Unterstützung der Polizeien der Länder zuständig ist, würde wahrscheinlich vor dem Bundesverfassungsgericht scheitern.
Eine Einzelfallprüfung, die konkrete Verstöße gegen die Verfassungstreue nachweist, wäre notwendig, um Konsequenzen zu rechtfertigen. Der Versuch, Beamte während des Wahlkampfes allein aufgrund ihrer Parteimitgliedschaft aus dem Dienst zu entfernen, könnte nicht nur rechtlich, sondern auch politisch und gesellschaftlich kontraproduktiv sein. Solche Maßnahmen drohen das Vertrauen in die Neutralität des Staates zu untergraben und könnten als Instrument zur politischen Verfolgung wahrgenommen werden.

Die interne Warnung der Bundespolizei

Auszüge aus einem Vermerk der Bundespolizei, den die Behörde am 7. Januar 2025 in ihrem Intranet veröffentlichte:
"Beamtinnen und Beamte sind zur Sicherung des auf den Grund- und Menschenrechten basierenden Rechtsstaats dazu verpflichtet, jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes einzutreten. (…) Der Rechtsstaat kann daher Beamtinnen und Beamte, die erkennbar rechtsextreme, rassistische oder sonstig von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit geprägte Positionen vertreten oder sich diese zu eigen machen, nicht dulden. (…) Mit Erlaß des BMI vom 29. August 2024 wurde daher verfügt, daß die Wahlkandidatur von Bundespolizeivollzugsbeamtinnen und -beamten für die in Sachsen und Thüringen als gesichert rechtsextrem eingestufte Alternative für Deutschland (AfD) die zwingende Einleitung eines Disziplinarverfahrens gemäß § 17 Abs. 1 Bundesdisziplinargesetz (BDG) begründet.
Selbiges gilt gleichsam für rechtsextreme Gruppierungen wie die 'Freien Sachsen' oder die Jugendorganisation der AfD 'Junge Alternative'. (…) Wird eine Mitgliedschaft in einer solchen Partei bekannt, liegen zureichende tatsächliche Anhaltspunkte, die den Verdacht eines Dienstvergehens rechtfertigen, jedenfalls dann vor, wenn sich die Beamtin oder der Beamte in einer solchen Partei aktiv betätigt. Beispielhaft sind eine Wahlkandidatur als auch sonstige Verhaltensweisen, welche ein zielgerichtetes Sich-zu eigen-machen der politischen Inhalte einer solchen Partei bedingen, als aktives Betätigen in diesem Sinne zu werten. Beamtinnen und Beamte müssen bei Einleitung eines Disziplinarverfahrens in diesen Fällen mit dienstrechtlichen Konsequenzen bis hin zu ihrer Entlassung rechnen."<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 05/25" berichtet am 24. Januar 2025 (x1.476/…): >>**Die deutsche Volkswirtschaft schrumpft im zweiten Jahr in Folge**

Es wächst nur der Staat

Ulrich van Suntum

Auf den aktuellen SPD-Wahlplakaten prangt der Slogan: "Mit Sicherheit mehr Wachstum". Dahinter ein Konterfei von Kanzler Olaf Scholz mit einem Gesichtsausdruck, als würde er das selber nicht ernst nehmen. Und in der Tat, größer könnte der Kontrast zwischen Anspruch und Wirklichkeit kaum sein. Denn Zahlen des Statistischen Bundesamtes für 2024 belegen ein einziges Desaster: Im zweiten Jahr in Folge ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP) zurückgegan-

gen, um 0,2 Prozent nach minus 0,3 Prozent im Vorjahr.
Damit liegt die Wirtschaftsleistung in Deutschland nur noch knapp (um 0,3 Prozent) höher als 2019, also vor dem Einbruch während der Corona-Zeit. In anderen Ländern ist sie dagegen im gleichen Zeitraum deutlich gestiegen, in der EU insgesamt um gut fünf Prozent, in den USA sogar zwölf Prozent.
Der Niedergang Deutschlands hat strukturelle Gründe, wie die Statistiker mit bemerkenswerter Klarheit betonen. Neben den hohen Energiekosten gehören demnach sinkende Wettbewerbsfähigkeit auf den Weltmärkten und breite Verunsicherung über die wirtschaftliche Zukunft dazu. In den Zahlen spiegelt sich das deutlich wider.
So lahmt trotz zunehmender Erwerbstätigkeit und steigender Realeinkommen der Arbeitnehmer der private Konsum. Vor allem bei Gaststättenbesuchen und Einkäufen von Kleidung und Schuhen versuchen die Konsumenten zu sparen. Schuld daran sind auch die hohen Preise, die allein im Verlauf von Januar bis Dezember um 2,6 Prozent gestiegen sind.
Nach dem aussagekräftigeren, dem harmonisierten Verbraucherpreisindex der EU betrug dieser Anstieg sogar 2,9 Prozent. Das ist die weitaus relevantere Größe als der Anstieg im Jahresdurchschnitt, wobei aber auch dieser mit 2,2 Prozent über dem Zielwert von zwei Prozent lag. Noch alarmierender ist der Rückgang der privaten Investitionen. Im Bausektor gingen sie 2024 um 4,3 Prozent zurück, bei den übrigen Unternehmen sogar um 5,3 Prozent.
Auch im Export hat der einstige Weltmeister Deutschland nicht mehr viel zu begucken. Während unsere Industrie unter immer höheren Klimaabgaben und grüner Reglementierung ächzt, nimmt uns der größte CO_2 -Emittent China immer mehr Marktanteile auf den Weltmärkten ab. Kein Wunder bei all diesen Hiobsbotschaften, daß die Zahl der Unternehmensinsolvenzen im letzten Jahr stark zugenommen hat.
Wachsen tut in Deutschland praktisch kein privater Wirtschaftsbereich mehr mit Ausnahme des Informations- und Telekommunikationssektors. Dagegen nehmen die staatlichen Ausgaben immer weiter zu, finanziert nicht zuletzt durch neue Schulden. So hat trotz sinkender Wirtschaftsleistung der öffentliche Konsum 2024 um 2,6 Prozent zugelegt, bedingt vor allem durch explodierende Kosten beim Bürgergeld, bei den Gesundheitsausgaben und den Renten und Pensionen. Das Statistikamt wertet dies absurderweise als Konjunkturstützung. Aber jedem denkenden Menschen sollte klar sein, daß es so nicht weitergehen kann.
Wenn immer weniger produziert wird, muß auch das Sozialsystem über kurz oder lang zusammenbrechen. Da kann der Staat noch so viel Geld drucken und Schulden machen, am Ende steht der ökonomische Ruin. Immerhin haben auch die staatlichen Investitionen zugenommen, was angesichts der maroden Infrastruktur auch dringend geboten ist. Wie viele Windräder, Radwege und Prachtbauten für die Regierung darin enthalten sind, geht aus den amtlichen Angaben allerdings nicht hervor.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 05/25" berichtet am 24. Januar 2025 (x1.476/…): >>**Freiheitsrechte unter Druck**
Der schmale Grat zwischen Demokratie und Totalitarismus: Wie Zensur, Überwachung und Propaganda den öffentlichen Diskurs einschnüren
Thorsten Hinz
Die Meinungs-, Informations- und Debattenfreiheit in der Bundesrepublik sind umstellt und umzingelt; ginge es nach dem Willen des politisch-medialen Komplexes, würden sie gänzlich abgeschnürt und erdrosselt.
Ein paar Stichworte sollen genügen: Faktenchecker, Trusted Flagger, "Haß und Hetze", Paragraph 188, Meldestellen, Verfassungsschutz; die "verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates" und das uferlos ausgeweitete Delikt der "Volksverhetzung"; die Säuberung der Beamtenschaft; das Morgengrauen der Hausdurchsuchung samt Beschlagnahme von Laptops und Smartphones; der Versuch, alternative Medien zu verbieten; Deplatforming (Ausschluß

von sozialen Netzwerken), Debanking (Kontokündigung).
Viele dienstbare Geister sind tätig, um "UnsDem" ("unsere Demokratie" laut Fabian Schmidt-Ahmad nach Alexander Wendt) vor der Konfrontation mit der Wirklichkeit zu bewahren. Zur Erinnerung: Die JUNGE FREIHEIT war zeitweise bis 2005 ein Beobachtungsobjekt des Verfassungsschutzes in Nordrhein-Westfalen gewesen. Erst das Bundesverfassungsgericht machte dem Skandal ein Ende. Keine Demokratie-Koryphäe aus Politik und Medien nahm Anstoß daran. Rückblickend betrachtet, handelte es sich um ein Wetterleuchten, das einen Blick auf die Zukunft freigab, die heute Gegenwart ist.
Viele Bürger leiden unmittelbar - materiell, sozial, mental, sogar körperlich - unter den politischen Fehlentscheidungen. Es drängt sie zur Kritik, doch sie stauen sie zurück aus Furcht, mit Repression überzogen zu werden. Sie fragen sich: Wird es mir schaden, kommt es zur Anzeige, wenn ich dieses ausspreche und jenes poste? Wenn nicht heute, dann vielleicht morgen? Denunzianten dürfen sich Vorteile ausrechnen und werden sogar aus staatlichen Fördertöpfen finanziert.
Was macht das mit den Individuen und einer Gesellschaft? "Freunde, es spricht sich schlecht mit gebundener Zunge", faßte der Schriftsteller Uwe Kolbe unmittelbar nach dem Mauerfall seine DDR-Erfahrungen in einem taz-Artikel zusammen. Für das wiedervereinte Land, das er kommen sah, hatte er eine Vision: "Gefordert ist ein Staat, der den Dissens aushalten kann. Nähren soll er sich von dem Aufeinanderprall der Meinungen, Philosophien, Anschauungen, die ihm zufließen, wenn er sie nicht mehr unterdrückt.
Rumoren soll es davon in ihm, rumoren wie in jedem lebendigen Organismus ..." Zum lebendigen Organismus gehört auch der legendäre "Stammtisch", der Ort des entfesselten Diskurses, der heute weitgehend ins Netz ausgelagert ist.
Von der schönen Vision ist wenig bis nichts geblieben. Allem Anschein nach nähert sich die Bundesrepublik dem Punkt, wo die DDR bis zum bitteren Ende gestanden hatte. Noch einmal gefragt: Was macht das mit uns?
Im Frühsommer 1990 erschien in einer dünnen Broschur-Ausgabe die Erzählung "Was bleibt" von Christa Wolf, die als wichtigste Schriftstellerin der DDR galt. Es handelte sich um einen Schubladen-Text über die Überwachung durch die Stasi, der die Autorin Ende der siebziger Jahre ausgesetzt gewesen war. Der Anlaß war die Protestnote, die sie gemeinsam mit einem Dutzend Kollegen im November 1976 gegen die Ausbürgerung des aufmüpfigen Liedermachers Wolf Biermann über westliche Nachrichtenagenturen veröffentlicht hatte.
Christa Wolf war zu prominent, um polizeilich festgesetzt zu werden, wie es anderen, weniger bekannten Unterzeichnern passierte, die sich dem Protest angeschlossen hatten. Der Einsatz gegen sie beschränkte sich auf den Psychokrieg, auf die Dauerbeschattung vor ihrem Wohnhaus in der Friedrichstraße in Berlin durch "zwei, drei kräftige, arbeitsfähige junge Männer in Zivil, die keiner anderen Beschäftigung nachgingen, als im Auto sitzend zu unserem Fenster herüberzublicken".
Sie rechnete damit, daß ihr Telefon abgehört wurde und zog den Stecker heraus, wenn sie Besuch erhielt und politische Gespräche geführt wurden. Während ihrer Abwesenheit drang die Stasi in die Wohnung ein. Den definitiven Beweis erbrachte ihre Putzfrau, die Verdacht geschöpft und Mehl auf den Fußabtreter gestreut hatte.
Sie fand es schwierig, darüber zu schreiben, "weil es so banal war". Banal waren die Beschatter. Einem begegnet sie von Angesicht zu Angesicht, als er auf einem Pappteller drei Bockwürste mit Brötchen für sich uns seine Kollegen holt: Graugrüne Kutte, eine beginnende Glatze. Nicht banal waren die psychosomatischen Folgen: "Die Unruhe. Die Schlaflosigkeit. Der Gewichtsverlust. Die Tabletten. Die Träume." An einer Stelle steht der Satz: "Ich - habe - Angst", der die beklemmende Atmosphäre auf den Punkt bringt.
Am Clubhaus, wo eine Lesung stattfindet, prangt ein Spruchband "Wachstum - Wohlstand -

Stabilität". Angst hat offensichtlich auch die Angestellte, die ihr mitteilt, daß - man spricht nur in Chiffren - die "höheren Stellen" verschiedene "Vorkehrungen getroffen" hätten. Der Saal ist zur Hälfte von Stasi-Leuten besetzt. Ihr wird berichtet, daß junge Leute, die Einlaß begehrten, von der Polizei auseinandergetrieben wurden.
Auf ihre Beschwerde teilt der Clubhausleiter der "Kollegin Schriftstellerin" mit, die Polizei hätte lediglich "auf unblutige Weise das Hausrecht wiederhergestellt". Die Repression wird streng im Rahmen der Gesetze vollzogen. Und vor dem Gesetz ist auch eine bekannte Schriftstellerin machtlos. Die Exekution der Unterdrückung verläuft unspektakulär, geradezu banal, wie gesagt.
Gerade das Unspektakuläre, das Fehlen der offenen Anklage gegen die Stasi und das SED-Regime wurde von Kritikern als Provokation empfunden: Für die Zeit war die Erzählung "nur noch peinlich", die FAZ nannte sie "bedeutungslos, anachronistisch, lächerlich". Die Kritiker verstanden nicht, daß der Text der - sicherlich unvollkommene - Versuch war, das Erleben einer Diktatur von innen her zu schildern. Zum Überleben in der Diktatur gehörten die geduckte Haltung, das Umschreiben und Beschweigen des Unsäglichen, die Selbstzensur; die Versuche auch, sich selber zu belügen und zu beschönigen, was eigentlich nicht zu beschönigen ist.
Die Autorin sparte nicht mit Selbstkritik und -reflexion. Ein Kritiker mit DDR-Erfahrung zog eine Verbindungslinie zu den Analysen des tschechischen Dissidenten Václav Havel, der die Abtötung des gesellschaftlichen Lebens, "das totalitäre Nichtigwerden" des lebendigen Geschehens, der Geschichtlichkeit, als Kennzeichen der kommunistischen Diktaturen sowie die Schwierigkeit hervorgehoben hatte, dieses "Nichtgeschehen" zu beschreiben.
Wolfs kleiner Text ist literarisch nicht sehr bedeutend, aber ist er deswegen auch anachronistisch? Schön wär’s ja. "Wachstum - Wohlstand - Stabilität", so ähnlich steht es auch heute auf Wahlplakaten, ergänzt um die Leerformeln "Demokratie - Weltoffenheit - Diversität". Der Ehrgeiz der sich zuständig fühlenden Organe, den Diskurs, das öffentliche Leben überhaupt unter Kontrolle zu nehmen, ist unverkennbar. Eine Juniorprofessorin für Öffentliches Recht an der Fernuniversität Hagen, Hannah Ruschemeier, verteidigte auf dem "Verfassungsblog" in einem Beitrag "Zur Rolle vertrauenswürdiger Hinweisgeber unter dem Digital Services Act" offensiv die Kontroll- und Zensurpraktiken.
"Eine gemeinsame Faktengrundlage", schrieb sie, "ist Voraussetzung demokratischer Diskussionen, auf deren Grundlage Bürger:innen frei von Manipulationen entscheiden sollen. Die Pflege dieser Grundlage ist notwendige 'Demokratiehygiene', die in digitalen Kontexten besonderer Aufmerksamkeit bedarf."
Nur stellen die Demokratie-Hygieniker sich als Interessenvertreter der Machthaber heraus und scheuen selbst den Rufmord nicht. Sie bewerten und sortieren Fakten danach, ob sie "Uns-Dem" nutzen und lassen dabei die Demokratie und den Demos außen vor. Das spektakulärste Beispiel der letzten Zeit ist die Räubergeschichte über den "Geheimplan gegen Deutschland", der angeblich Ende 2023 auf einer Zusammenkunft nahe Potsdam ausgeheckt wurde und bei Innenministerin Nancy Faeser "unwillkürlich Erinnerungen an die furchtbare Wannseekonferenz" von 1942 weckte.
Die "gemeinsame Faktengrundlage", auf der die Medien, die Regierung, der Kultur- und der akademische Betrieb, die gesamte sogenannte Zivilgesellschaft ihrer Empörung Ausdruck verliehen, war eine Inszenierung. Sie genügte, Hunderttausende auf die Straße zu bringen und das halbe Land in Massenwahn zu versetzen.
Die "Demokratiehygiene" meint den Durchgriff der staatlichen "Wahrheitssysteme". (Michael Kretschmer, CDU). Er zielt darauf ab, mittels einer normierten Sprache zur "schleichenden Verrechtlichung" einer Weltanschauung zu gelangen.
Dem "öffentlichen Diskurs einschließlich seiner Institutionen, die auf nachprüfbaren Fakten

basierende Wissenschaft sowie die Empirie selbst" kommt nur noch "eine dienende, zuarbeitende" Funktion zu, schreibt der Literaturwissenschaftler Michael Esders in seinem Buch "Sprachregime". Sie sinken zur Magd staatlich verordneter Meinungsnarrative herab. Die nächste Stufe ist seine totalitäre Vergegenständlichung durch ein System aus Überwachung und Bestrafung, das die Wirklichkeit abtötet und die Menschen zu entfremdeten Komparsen der Ideologie herabwürdigt.
Der institutionalisierte Irrsinn führt beispielsweise dazu, daß eine 16jährige Schülerin von der Polizei eine Gefährderansprache erhält, weil sie auf Tiktok für die AfD geworben hat, während der arabische Attentäter vom Magdeburger Weihnachtsmarkt, der über hundertmal auffällig geworden war und sich sogar über Massenmord-Phantasien ausgelassen hatte, trotzdem von den Behörden unbehelligt blieb. Die Innenministerin setzte dem Irrsinn die Krone auf, indem sie das Verbrechen im Rahmen des Staatsnarrativs als "islamophob" bewertete.
Solche offenkundigen Absurditäten, die ununterbrochen über die Menschen hereinbrechen, und das Zusammenspiel von Propaganda und Disziplinierung führen in immer kürzeren Abständen zu kognitiven Dissonanzen und emotionalen Aufwallungen, die aufgrund der Repressionsdrohung unaufgelöst bleiben. In der Folge nehmen psychosomatische Beschwerden und Angststörungen zu.
In seinem Buch "Der Gefühlsstau" schreibt der Psychologe Hans-Joachim Maaz: "Der ewige Rhythmus der Natur: Anspannung und Entspannung (Angst und Lust) geht im entfremdeten Zustand über in einen chronischen Spannungszustand, der mit ständig steigenden Mitteln gedämpft werden muß." Dazu zählen Alkoholismus, Sexsucht, aber auch das Helfersyndrom. Das Buch trägt den Untertitel: "Ein Psychogramm der Gesellschaft". Es handelt im Kern von Menschen der DDR, ist aber auch das Psychogramm der Bundesrepublik.
Versuche der argumentativen Auseinandersetzung sind sinnlos, denn es geht nicht um das bessere Argument, sondern um Machterhalt. Sich aktiv gegen die Macht zu exponieren, birgt persönliche Risiken, und am Ende stellt man fest, daß man von dem, was man überwinden wollte, desto mehr fremdbestimmt wird. Andererseits möchte man in keinen stillschweigenden Konformismus verfallen oder die offiziellen Lügen verinnerlichen.
Am Anfang steht daher die Einsicht, daß die Bundesrepublik aus sich heraus keine gravierenden Veränderungen mehr hervorbringen kann, noch zulassen wird. Die Anstöße, aus denen sich neue Handlungsmöglichkeiten ergeben, müssen von außen kommen und abgewartet werden. Christa Wolf meinte in "Was bleibt" sinngemäß, eine Sprache, die der Situation gerecht wird, müßte auch ihre Stasi-Observateure verstehbar machen.
Eine haßerfüllte Fixierung auf exponierte Personen ist zu vermeiden, denn auch sie macht zusätzlich unfrei: Die Ministerin Faeser, die großen und kleinen VSler, die "Omas gegen Rechts", die dem Betrachter Grund zur Fremdscham geben; die Journalisten, die abwechselnd Staatspropaganda und Berichte im Stasi-Jargon über angebliche Staatsfeinde abliefern - sie alle müssen psychologisiert, historisiert, literarisiert werden, und zwar als notwendige Produkte bundesdeutscher Bewußtseins- und Persönlichkeitsbildung.
Nur vordergründig sind sie Akteure; auf einer tieferen Ebene sind auch sie bloß die Marionetten fremdbestimmter Erzählungen. Wer das realisiert, wird innere Souveränität und Distanz aufbauen können und eher in der Lage sein, neue Handlungsmöglichkeiten rechtzeitig zu erkennen und zu nutzen.
Christa Wolfs Erzählung endet allerdings kassandrisch: "Was bleibt. Was meiner Stadt zugrunde liegt und woran sie zugrunde geht."<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 05/25" berichtet am 24. Januar 2025 (x1.476/…): >>**Was die sogenannte Brandmauer in unserer Seele und Gesellschaft anrichtet**
Im Notfall durchdrehen

Hans-Joachim Maaz

Eine Brandmauer wird als ein Schutzwall verstanden, der durch seine materielle Beschaffenheit das Übergreifen von Feuer und Rauch und damit auch Großbrände verhindern soll. Auch Bewohner im Gefahrenbereich sollen geschützt werden, indem die Brandabschnitte durch Brandmauern eingegrenzt werden.

So weit, so gut - nützlich und hilfreich! Wer kam wohl auf die diskriminierende Idee, einen Feuerschutz auf Soziales, Politisches und damit gegen Menschen anzuwenden? Menschen als "Feuer" zu symbolisieren? Welche Brandgefahr könnte von Menschen, von Ideen, Positionen, von einer Partei ausgehen?

Damit würde mit einer "Brandmauer" gegen die AfD vor allem eine Ausgrenzung von Wärme und Licht symbolisiert. Wenn man aber die Krise Deutschlands bedenkt: den Absturz der Wirtschaft mit schleichender Verarmung, den Abbau demokratischer Strukturen, die kulturelle Dekadenz, die vielfachen Irrationalitäten, den Asylmißbrauch mit erheblichen Folgen und den Wahnsinn der Kriegsunterstützung, findet man in der Kritik der AfD Meinungen, deren Diskussion helfen würde, Licht in propagandistische Einseitigkeit zu bringen und im Streben nach Verhandlungen für Frieden wäre Wärme symbolisiert.

Wenn die AfD als "rechtsextrem" gilt und ihre "Zündelei" mit einer Brandmauer bekämpft wird, schrumpft symbolisch gesprochen auch die lebensspendende Kraft des Feuers, die für Wandel, Wachstum und Kreativität steht.

Dennoch ist der Begriff der Brandmauer schnell zum rhetorischen Hauptwerkzeug gegen die AfD avanciert, spätestens mit der Aussage von Friedrich Merz im Dezember 2021 bei seinem Amtsantritt als CDU-Parteichef: "Mit mir wird es eine Brandmauer zur AfD geben." Ursprünglich war damit wohl gemeint, daß jede Form der politischen Zusammenarbeit der CDU mit der AfD ausgeschlossen werde. Inzwischen wird die AfD in der dominierenden politisch-medialen Öffentlichkeit wie ein Paria behandelt, weitgehend ausgegrenzt aus den öffentlichen Debatten - so, als gäbe es diese Partei gar nicht.

Oder sie wird als Gefahr mit dem Vermerk als "rechtsextremistischer Verdachtsfall" durch den Verfassungsschutz dargestellt und damit nicht in den Kreis "demokratischer Parteien" Deutschlands gehörend. Immer öfter wird die AfD mit den stärksten Waffen verbaler Diskriminierung beschimpft: faschistisch, Nazi, rassistisch, antisemitisch, und als große Gefahr für Deutschland dargestellt. Selbst ein Parteiverbot wird diskutiert.

Mit dem Verbot hätte die Brandmauer als Symbol ihre Schuldigkeit getan, aber der Brand, der in der Gesellschaft schwelt - von jetzt etwa jedem fünften westdeutschen und etwa jedem dritten ostdeutschen Wähler alarmierend gemeldet, würde tatsächlich nur in der Urne erstickt werden, ohne die Brandursachen wirklich verstanden zu haben und auflösen zu können.

Um im Politischen bei der Symbolik einer Brandmauer zu bleiben, müssen das brennbare Material und der psychologische Charakter einer Feuerabwehr betrachtet werden. Das Material suche ich im Partei- und Wahlprogramm der AfD. Dort finde ich vor allem: 1. Grundlegende Kritik an der bisherigen Wirtschafts-, Energie-, Klima- und Migrationspolitik mit Veränderungsvorschlägen. 2. Kritische Anfragen an die Institutionen der EU und der Nato. 3. Es werden die Corona-Maßnahmen und die Restriktionen gegen Rußland in Frage gestellt. 3. Probleme der Familien- und Sozialpolitik, der Cancel Culture, der Geschlechtsumwandlung, der Gendersprache werden kritisch zur Diskussion gebracht.

Alle genannten Themen signalisieren schwerwiegende Konflikte und bedenkliche Fehlentwicklungen in der Gesellschaft und bedeuten ungelöst einen hochgefährlichen Zündstoff für ein destruktives soziales und politisches Feuer im gesellschaftlichen Zusammenleben.

Mit einer Brandmauer gegen eine Partei, gegen die große Zahl der Menschen, die diese Konfliktpunkte zur Diskussion und Klärung bringen wollen, wird kein Schutz erreicht, sondern die Brandmauer wird selber zur Gefahr. Denn sie verhindert den notwendigen Disput über

unterschiedliche politisch-soziale Positionen, und damit wird die konstituierende Basis für eine gesunde Demokratie erstickt, und der Schwelbrand ungelöster gesellschaftlicher Konflikte bleibt verleugnet.
Das ist eine so hilflos-dumme Kommunikationsstörung, die bereits krankheitswertigen Charakter hat und auf psychische Abwehrprozesse aufmerksam macht. Dabei muß zunächst festgestellt werden, daß die AfD an keiner Stelle schuldig ist an den vorliegenden gesellschaftlichen Problemen. Dafür ist die langjährige Politik der sogenannten demokratischen Parteien CDU/CSU, SPD, Grüne und FDP verantwortlich.
Die tatsächliche Brandgefahr ist also diesseits und nicht jenseits der Brandmauer, und die AfD könnte als ein wichtiger "Feuermelder" verstanden werden. Eine solche prinzipielle Verkehrung der Realität fordert eine psychologische Deutung, da eine so irrationale Brandmauer ja ideologisch von Menschen aufgebaut wird und zu verantworten ist.
Dabei ist Projektion der geläufigste psychologische Trick, die eigenen schuldhaften Fehler von sich abzuweisen und anderen zuzuschieben. Das darf man Machtpolitikern, die für die Krise verantwortlich sind, unterstellen - vor allem wenn persönlichkeitsbedingte Probleme dabei eine Rolle spielen, die bei Narzißmus eine Einsicht in eigenes Versagen nahezu unmöglich machen. Und auf der anderen Seite wird eine große Zahl der meinungsabhängigen Menschen eine solche Projektion gerne gelten lassen, um die individuelle Schuld als Mitläufer und Mittäter einer Normopathie abzuwehren.
Aber die umfassende Gesellschaftskrise Deutschlands ist vor der Brandmauer erzeugt worden, und diesseits der Brandmauer dominieren ideologische, moralisierende, irrationale bis fanatisch-wahnhafte politische und kulturelle Positionen mit entsprechender medialer Ausgestaltung.
Ich verstehe die deutsche Gesellschaft politisch-ökonomisch als finanzkapitalistisch geprägt und psychodynamisch als eine narzißtische Normopathie. Die Pathologie narzißtischer Fehlentwicklung liegt in der unberechtigten Überhöhung eigener mit gleichzeitiger Abwertung konkurrierender Positionen.
Ein falsches Größenselbst fördert als Ersatz für Selbstwertprobleme nahezu süchtig wachsenden Erfolg im "falschen Leben" (siehe Maaz: "Das falsche Leben", C. H. Beck 2017) durch Macht und Profit, und auf der anderen Seite des Narzißmus wird im "Größenklein" durch Anpassung und Unterwerfung gehofft, als Mitläufer und Mittäter wenigstens mitgenommen zu werden.
Allen Narzißten mangelt es wegen ihrer Selbstbezogenheit an Empathie für die Probleme und Ansichten anderer Menschen, für die Not von Tieren und Natur und für die Lebensqualität in der Zukunft.
Narzißmus als politisches Erfolgsmodell ist der Fluch für persönliches Wohlergehen und friedvolles Zusammenleben und muß wegen des irrationalen Ersatzcharakters zwangsläufig in die Gesellschaftskrise führen. In der Krise werden Menschen, die sich narzißtisch stabilisieren, und narzißtisch organisierte Strukturen krank oder/und böse. "Krank", wenn die bisherige Ersatzbefriedigung (z. B. Macht und Geld statt Liebe und Freundschaft) nicht mehr ausreichend möglich ist und "böse", weil die damit ausgelöste Angst und der Frust dann nach Schuldigen suchen läßt, für die Feindbilder gebraucht werden.
Ein Narzißt ist zur Einsicht und Korrektur eigenen Fehlverhaltens nicht in der Lage, weil damit das ganze falsche Lebensgebäude zusammenbrechen würde. Als "Feind" eignen sich dann besonders Personen, Parteien, Situationen und Ereignisse, denen man auch real Fehler, Schwächen und Gefahren nachweisen kann. Nur das übertriebene Ausmaß des "Kampfes gegen …" weist auf den Leugnungs- und Abwehrcharakter der eigenen Schuld hin.
In den letzten Jahren wurden die realen Gefahren durch ein Virus, durch Klimaveränderungen, durch Massenmigration und durch den Ukrainekrieg politisch-medial benutzt, um den akti-

vierten Ängsten und Aggressionen durch die Gesellschaftskrise ablenkende Zielscheiben zu geben und die Bevölkerung durch propagandistische bis falsche Informationen im "Für und Wider" gegeneinander aufzubringen und von den wirklichen Verursachern der Brandgefahr abzulenken.
Es gilt zu erkennen, daß das Virus, das Klima, die Migration, die Russen genausowenig wie die AfD die Ursachen der Gesellschaftskrise sind, sondern es sind narzißtisch gewucherte Herrschaftsinteressen, deren destruktive Folgen hinter "Brandmauern" projiziert und dann mit falschen Behauptungen dort bekämpft werden sollen. So wurden und werden auch "Brandmauern" gegen Ungeimpfte, gegen Kritiker der Klima- und Energiepolitik, gegen Asylbegrenzung und gegen Friedensbemühungen politisch-medial errichtet.
Die politisch-medial dominierenden pathologischen Zustände unserer Gesellschaft sind leicht als zugespitzte Symptome narzißtischen Überlebenskampfes zu erkennen: die Ideologisierung als das Bemühen, ein einseitiges oder falsches Bewußtsein zu einer für alle verbindlichen Weltanschauung zu erheben, die Moralisierung als einen Zwang, das menschliche Verhalten bewertend zu bestimmen und dabei im Entweder-Oder gut oder böse, richtig oder falsch festzulegen.
Das hat dazu geführt, daß Impfen als "Nächstenliebe", Waffenlieferung als "Lebensschutz" irrational eingeschätzt werden, daß das sinnvolle Bemühen um Geschlechtergerechtigkeit durch die Absurditäten einer gendergerechten Sprache entehrt wird, daß mit "Geschlechtervielfalt" - ohne Beachtung biologischer Grundlagen mit immer möglichen Abweichungen und psychosozialen Identitätsstörungen - vielfaches Leid erzeugt und chronifiziert wird und demokratisch notwendige Kritik an Herrschafts-Narrativen ausufernd als "rechtsextrem" diffamiert wird.
Das läßt allmählich einen Fanatismus wachsen, der demokratische Verhältnisse durch Einschränkung der Meinungsfreiheit, Verfolgung Andersdenkender bei gleichzeitig wuchernder Denunzierung vermeintlicher "Delegitimierung des Staates" allmählich auflöst.
Ideologisierung, Moralisierung und Fanatismus sind Symptome einer narzißtischen Normopathie im Endstadium, wobei "Brandmauern" psychodynamisch zwei wesentliche Funktionen erfüllen sollen:
1. Politische Fehler und persönliche Irrtümer, die verantwortlich sind für destruktive Entwicklungen im Gesellschaftlichen wie Persönlichen, werden mit Hilfe von Projektionen anderen zugeschoben, wobei ein propagandistisch aufgebauter "Schutzwall" an Falschbehauptungen die Erkenntnis eigener Schuld verhindern soll.
2. So geschaffene "Brandmauern" spalten die Gesellschaft wie auch private Beziehungen, so daß sich dann große Gruppen der Gesellschaft feindselig gegenüberstehen oder bisherige partnerschaftliche und freundschaftliche Beziehungen unversöhnlich werden. So stabilisiert Spaltung falsche Herrschaft und vermeintliches Recht.
Konkreter ist eine Brandmauer der CDU/CSU gegen die AfD:
1. Grundsätzlich antidemokratisch, weil sie den immer notwendigen Disput mit oppositionellen Positionen ausschließt.
2. Sie entspricht quasi "rassistischen" Einstellungen, wenn AfDler grundsätzlich diffamiert und der Wille der AfD-Wähler aus der politischen Auseinandersetzung ausgegrenzt werden.
3. Sie ist selbst eine Gefahr, weil "Böses" nur projektiv behauptet wird und damit verhindert werden soll, das Falsche und Schlechte der Mauerbauer zu erkennen.
4. Sie fördert eine feindselige politische Spaltung in der Gesellschaft.
5. Sie amputiert die CDU/CSU in ihren konservativen Positionen und zwingt sie praktisch zu depotentierenden Zugeständnissen an rot-grüne Konkurrenten.
6. Als Brandmauer gegen Menschliches und Soziales fördert sie das Feindbilddenken und wird damit psychodynamisch letztendlich auch zu einer Quelle von Krieg. Eine Brandmauer

ist das hilflose Eingeständnis individueller Psychopathologie, das bittere Symptom politischer Fehlentwicklung - eine tragische Sterbehilfe der Demokratie. Ein Herrschaftstrick globaler Interessen, der Deutschland spaltet und depotentiert.
Die Psychologie der Brandmauer geht jeden an. Gegner der AfD könnten begreifen, daß schwarz-rot-grüne Positionen an einer ideologischen Mauer zerschellen und sich nicht ausbreiten können. Und Freunde der AfD könnten sich über die oppositionelle Kraft freuen, die eine propagandistische Verteufelung reifen läßt. Konstruktives Regieren ist auf beiden Seiten nicht möglich, nur eine inhaltliche Verständigung ermöglicht eine gemeinsame Entwicklung und würde fremde Herrschaftsinteressen entmachten.
Dr. med. Hans-Joachim Maaz, Jahrgang 1943, Psychoanalytiker, war von 1980 bis 2008 Chefarzt der Klinik für Psychotherapie im Diakonie-Krankenhaus Halle. Zu seinen bedeutsamsten Büchern zählen "Der Gefühlsstau" und "Die narzistische Gesellschaft".<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 05/25" berichtet am 24. Januar 2025 (x1.476/…): >>**Das Feindbild Populismus**
Der langjährige "Bild-Journalist" Ralf Schuler über politmediale Schmähungen von Populisten
Michael Dienstbier
Souverän ist, wer Andersdenkende mit der Populismuskeule vom Diskurs ausschließen kann. Was der Staatsrechtler Carl Schmitt vor gut hundert Jahren so einprägsam über den Ausnahmezustand formulierte, beschreibt heute den Versuch selbsternannter Demokraten, der politischen Konkurrenz zu diskriminieren. Wer andere als Populisten brandmarkt, will nicht diskutieren, sondern stigmatisieren und politisch vernichten. Der Begriff hat sich im politischen Nahkampf als tauglich erwiesen, da er zum einen eindeutig negativ konnotiert ist. Des weiteren eignet er sich aufgrund seiner definitorischen Unschärfe gut als Projektionsfläche zur Markierung des Feindes.
Der erste als Populist Verfemte war der FPÖ-Politiker Jörg Haider, dem es nach einem fulminanten Wahlerfolg 2000 gelang, in Österreich als Juniorpartner eine Koalition mit der ÖVP zu schmieden. Ganz Europa, so erinnert sich der ehemalige Leiter der Parlamentsredaktion von Bild und heutige Nius-Journalist Ralf Schuler in seinem neuen Buch "Der Siegeszug der Populisten", war schockiert: Ein "Rechtsextremer", ein "Faschist", ein "Nazi" an der Macht, welch eine Schande! Haider wehrte sich erfolgreich mit juristischen Mitteln gegen diese Diffamierungen. Übrig blieb schließlich der Begriff Populist, eben weil er hinreichend unscharf und somit rechtssicher war und doch jeder zu wissen schien, was damit gemeint war.
Schulers Buch hat das Potential, zu einem Standardwerk zu werden. Er beschreibt eine Vielzahl konkreter Erscheinungsformen populistischer Politik, wobei er zwischen typischen Inhalten und Stil unterscheidet. Ein weiterer Fokus seiner Arbeit liegt auf der Analyse der Gründe, warum sich Populisten in allen Ländern des Westens seit Jahren auf dem Vormarsch befinden. Gleich im Prolog weist Schuler in einer ausführlichen Fußnote darauf hin, daß er sich die negative Konnotation des Begriffs nicht zu eigen mache, sondern ihn als deskriptives Analyseinstrument zur Beschreibung gesellschaftlicher Phänomene etablieren möchte.
Populisten als logische Reaktion auf das Demokratieversagen
Allen Lesern, die vor allem an einer fundierten Definition ohne diffamatorische Absicht interessiert sind, sei empfohlen, mit dem abschließenden Kapitel "Was also ist jetzt eigentlich Populismus?" zu beginnen. Hier bezieht sich Schuler auf den Politikwissenschaftler Adrian Walch von der Universität Erfurt, der den Wesenskern von Populismus wie folgt beschreibt: "Beim Konflikt zwischen Populismus und liberaler Demokratie handelt es sich nicht (…) um eine Auseinandersetzung zwischen Demokraten und Nicht-Demokraten, sondern um einen demokratieinternen Konflikt zwischen verschiedenen Auslegungsmöglichkeiten des demokratischen Legitimitätsglaubens." So sähen Populisten allein in der Souveränität des Volkes die

Quelle politischer Legitimität.
Vertreter einer liberalen Demokratie wiederum akzeptierten verschiedene vor allem supranationale Legitimitätsquellen wie EU oder Vereinte Nationen. Mit dieser Begriffsklärung gelingt es dem Leser noch besser, die zahlreichen Erscheinungsformen von Populismus ins große Ganze einzuordnen und zu bewerten.
Der Populismus, so das vorherrschende Narrativ des politmedialen Kartells, bedrohe die Demokratie. Genau das Gegenteil sei der Fall, argumentiert Schuler. Populisten seien die logische Reaktion auf das Demokratieversagen, welches seit einigen Jahren in nahezu allen Ländern des Wertewestens zu beobachten sei: "Populisten sind gelebte Demokratie. Sie sind ein Phänomen, bei dem sich in einer funktionierenden, offenen Demokratie als Reaktionen auf Veränderungen in der Gesellschaft und politisches Unbefriedigtsein neue Parteien und Bewegungen gründen, Zulauf erhalten und sogar Regierungsmacht." Populisten verschwinden, so Schuler weiter, wenn die von ihnen adressierten Probleme gelöst werden.
Diese These vertrat er bereits in seinem 2019 erschienenen Buch "Laßt uns Populisten sein", in dem er für eine offene Streitkultur ohne Denk- und Sprachverbote warb. Doch anstatt Debatte folgte Repression. Weltweit wird versucht, das Führungspersonal der Populisten mit juristischen Mitteln zum Schweigen zu bringen. Bei Trump scheiterte dieser Versuch, ein Prozeß gegen Marine Le Pen wegen angeblicher Veruntreuung von EU-Geldern steht kurz vor dem Abschluß - ihr droht der Ausschluß von kommenden Wahlen. Und die Verbotsdrohungen gegen die AfD gehören mittlerweile zum täglichen medialen Grundrauschen.
Weitaus gefährlicher sind staatliche Einschüchterungsversuche gegenüber dem einfachen Bürger. Der Sinn hinter der Etablierung von juristischen Gummidelikten wie "Haß und Hetze" ist klar: Sag lieber gar nichts, es könnte Hetze sein, und du weißt, was dir dann droht. Die in vielen Bundesländern eingerichteten anonymen Meldeportale für "Meinungsäußerungen unterhalb der Strafbarkeitsgrenze" komplettieren dieses zutiefst antidemokratische, totalitäre Bedrohungsszenario.
Die Meinungsfreiheit ist das Fundament einer jeden demokratischen Gesellschaftsordnung. Diese existiert in Deutschland nur noch auf dem Papier, zu hoch sind mittlerweile die beruflichen und sozialen Kosten für Äußerungen außerhalb des akzeptierten Meinungskorridors: "Deutschland ist zum Land der gesenkten Stimmen geworden", bringt Schuler dieses Phänomen präzise auf den Punkt. Als gelernter DDR-Bürger weiß er, wovon er schreibt.
Der stärkste Verbündete der Populisten ist die Realität. Viele der adressierten Probleme begegnen den Menschen in ihrem Alltag: Migration, Kriminalität, Energiewende, Islamisierung. Wer zu diesen Themen keine Lösungsvorschläge vorzuweisen hat, wird verlieren, wie jüngst der Wahlsieg Donald Trumps gezeigt hat. Auch in Deutschland wird die Mischung aus Repression und moralischer Belehrung nicht auf Dauer funktionieren, auch wenn bei uns, wie Schuler pointiert feststellt, die "Mischung aus Schuldkomplex und Selbsthaß" der politischen Elite so weit fortgeschritten sei, daß eine notwendige Korrektur wohl länger in Anspruch nehmen werde als in Ländern mit einem weniger gestörten Verhältnis zu sich selbst.
In Deutschland herrsche laut Schuler eine politmediale Elite, die von der Alternativlosigkeit ihrer gesinnungsethischen Weltrettungspolitik überzeugt ist. Es entspricht einer gewissen Logik, daß der Andersdenkende als Feind gesehen werden muß. Daß dieser Feind durch die beschriebenen Abwehrreflexe immer stärker wird, ist der sogenannten demokratischen Mitte entweder nicht bewußt oder Teil ihrer Strategie, um zu noch repressiveren Maßnahmen greifen zu können. Wer diese Zusammenhänge verstehen will, kommt an Schulers Buch nicht vorbei!
Ralf Schuler: Der Siegeszug der Populisten. Warum die etablierten Parteien die Bürger verloren haben. Analyse eines Demokratieversagens. Fontis Verlag, Lüdenscheid 2024, gebunden, 304 Seiten …<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 05/25" berichtet am 24. Januar 2025 (x1.476/…): >>**Selbst behaupten**

Chaim Noll und Heinz Theisen warnen vor Islam-Appeasement

Peter Backfisch

Nach dem barbarischen Terrormassaker der Hamas vom 7. Oktober 2023 ist die islamische Bedrohung für Israel und Europa für jeden deutlich geworden. Die Autoren Chaim Noll und Heinz Theisen haben dazu ein Buch vorgelegt, dessen These ist, daß ein gemeinsamer "Existenzkampf Israels dem Europas vorausgeht". Samuels Huntingtons Voraussagen zum kommenden "Kampf der Kulturen" (1996) hätten sich bestätigt.

Für die Autoren handelt es sich um einen Religionskrieg des islamischen Glaubens gegen einen als illegitim geltenden Staat der Juden. Ein Krieg der Barbarei gegen die Zivilisation. Während Israel als "Frontstaat des Westens" aus seiner nachgiebigen Appeasementpolitik gegenüber den Palästinensern mittlerweile unumkehrbare Lehren gezogen habe, verstünden die meisten Europäer nicht einmal, daß sie sich in einem Kampf der Kulturen befinden. Dieser Realitätsverlust zeigt sich in der immer noch praktizierten Sicherheits- und Migrationspolitik. Europa ist auf dem Weg der "Selbstauflösung mangels Selbstbehauptungswille".

Die Lösung ist in der konsequenten Abkehr von Auffassungen von offenen Grenzen Europas und in einer "Selbstbehauptung des Eigenen" zu finden. In den Kapiteln "Noch ist Israel nicht verloren" und "Noch ist Europa nicht verloren" finden diese Forderungen ausführliche Begründungen, wobei die Autoren sich ausdrücklich zum Fortbestehen der jüdisch-christlichen Kultur bekennen. Nur durch ein Umdenken in den Bewertungen von Familie und nationaler Souveränität würde es zu erreichen sein. Auch müßten die Staaten der EU und des Westens sich von ihrer unipolaren Einbindung verabschieden und mehr auf eine multipolare Welt hin orientieren.

Dies gilt vor allem für die USA, Rußland und China, im Buch "Weltmächte" genannt, die eine Hauptverantwortung hätten. In einer multipolaren Weltordnung müßten alle universalistischen Ansprüche in eine Koexistenz der Mächte und Kulturen überführt werden. Die Rolle des Irans, dessen radikaler Israelhaß zur weiteren Verschärfung des Nahost-Konflikts führt, sei am Ende auf einen weltumfassenden Krieg ausgerichtet. Diesem müsse mit allen Mitteln entgegengetreten werden.

In den "Abraham-Accords", einem Abkommen zwischen Israel und einigen Arabischen Staaten sehen die Autoren ein Modell für eine Lösung, die auch die Interessen der palästinensischen Bevölkerung berücksichtigen könne. Der vom Westen bevorzugten "Zwei-Staaten Lösung" auf dem Gebiet Israels erteilen Noll und Theisen eine Absage. Dennoch sehen sie Lösungsmöglichkeiten, die aber nur dann Konsens fänden, wenn die auch an deutschen Universitäten laut werdende Rhetorik von Judenhaß mit der Vernichtung des Staates Israels zu einem Ende komme und tabuisiert werde.

Chaim Noll, Heinz Theisen: Verteidigung der -Zivilisation. Israel und Europa in der islamistischen Bedrohung. Lau Verlag, Reinbek 2024, broschiert, 248 Seiten …<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 05/25" berichtet am 24. Januar 2025 (x1.476/…): >>**Grünröcke sehen rot**

Am 30. Januar wollen Jäger in Hannover gegen eine Novelle des Jagdgesetzes demonstrieren

Ludger Bisping

Die Jägerschaft Niedersachsen ist sauer! Die Waidleute fühlen sich von der rotgrünen Landesregierung verraten. Der niedersächsische Jagdverband hat seine Mitglieder darum zu einer Großdemo in Hannover aufgerufen. Das ist der Grund: Für eine tierschutzgerechte Jagd sind gut ausgebildete Jagdhunde unverzichtbar. "Jagd ohne Hund ist Schund" lautet ein Jägersprichwort. Doch die vierläufigen Profis mit der Supernase müssen den Einsatz unter wirklichkeitsnahen Bedingungen üben können.

In der "Schliefenanlage" werden Erdhunde an die Anwesenheit von Füchsen gewöhnt. Bei den Füchsen handelt es sich um zahme Fund- oder Zuchttiere. Fuchs und Hund sind bei der Begegnung durch Gitter getrennt. Wasserapportierhunde lernen, einer kurzzeitig flugunfähigen Ente nachzustellen ("Müller-Ente"), natürlich ohne diese zu fassen zu kriegen. Im Wildschweingatter werden Schweißhunde mit dem Anblick des Schwarzwildes vertraut gemacht. Die Wildschweine sind zahm und zeigen sich von den kläffenden Hunden kaum beeindruckt. Die Hunde lernen dabei, die Wehrhaftigkeit des Schwarzwildes einzuschätzen.
Diese Übungspraktiken sind nicht durch Simulationen zu ersetzen. Die Anlagen werden durch Veterinäre regelmäßig überwacht und unterliegen strengen Tierschutzauflagen, dennoch sind sie ein Dorn im Auge militanter Tierrechtler und grüner Politiker. An der Frage, ob die Wildtiere bei den Begegnungen mit Hunden unzumutbarem Streß ausgesetzt sind, scheiden sich die Zoologen. Die einen sehen Quälerei, die anderen verweisen auf einen raschen Gewöhnungseffekt. Nun will Rot-Grün das Landesjagdgesetz (NJagdG) novellieren.
Ein zentraler Punkt der weiteren Einengung der Jagdbefugnisse ist die Ausbildung von Jagdhunden an Wildtieren. Im Dezember gab es dazu eine Debatte im Landtag. Dabei zeigte sich, daß die Argumente der Jägerschaft aus drei Dialogveranstaltungen ignoriert und nur Tierrechtler berücksichtigt wurden, die ein totales Jagdverbot anstreben. Das NJagdG ist ein Meilenstein dafür: Ministerin Miriam Staudte (Grüne) will nach Angaben der Jägerschaft die Hundeausbildung am Wild vollständig abschaffen.
"Jetzt geht’s ums Ganze - Jagd sichern, Natur bewahren!"
Enttäuscht zeigen sich die Waidmänner von der SPD: Sie hatten darauf gesetzt, daß die Sozialdemokraten den ideologisch motivierten Schikanen der Grünen eine klare Absage erteilen. Statt dessen überläßt die SPD das Feld unkommentiert den Grünen und radikalen Jagdgegnern. Dagegen machen die Jagdgenossen nun mobil und rufen am 30. Januar ab 10 Uhr zu einem Demonstrationszug vom Schützenplatz zum Landtag auf. Motto: "Jetzt geht’s ums Ganze - Jagd sichern, Natur bewahren!"
Bereits vor einem Jahr hatten weit über tausend Jägerinnen und Jäger vor dem Schweriner Landtag protestiert, um eine exterminatorische Wildtierpolitik beim Waldumbau zu verhindern. Große Unterstützung kam vom Deutschen Jagdverband, dem Berufsjägerverband und dem Bauernverband.
Unvergessen ist auch der Protestmarsch von über 15.000 Jägern mit Hörnerklang über die Düsseldorfer Rheinkniebrücke im Jahr 2015. Mit dieser Machtdemonstration zwangen die Jagdverbände letztlich den grünen Umweltminister Johannes Remmel in die Knie, der die Jagdausübung mit ideologischen Verbotsorgien knebeln wollte. 30 Jagdgegner konnten nichts ausrichten. Die Organisatoren sahen darin einen Beweis dafür, daß die Jägerschaft in der Mitte der Gesellschaft verankert ist.
Die Verbände erklären, daß Jagd praktizierter Artenschutz sei. Würde beispielsweise die Jagd auf Raubwild wie den Fuchs oder Neozoen wie den Marderhund eingestellt, wären Artenschutzprogramme für Bodenbrüter wie Kiebitz und Brachvogel hinfällig, sie würden aussterben.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 24. Januar 2025 (x1.471/…): >>**"Die Potsdam-Legende: Wie Correctiv eine Nation an der Nase herumgeführt hat" von Simone Baum**
Dieses Buch ist Aufklärung pur. Es geht um Rufschädigung und Diskreditierung. Simone Baum beschreibt, was sie erleben mußte und was wirklich war, nachdem eine sogenannte Correktiv-Recherche im Januar 2024 sie in ein falsches Licht setzte und eine öffentliche Hetzjagd begann, die die Mitgliedschaft kündigten und der Correktiv-Recherche blind geglaubt haben. Es gab Medien, die das Thema immer wieder befeuerten und mit Hilfe von Gewerkschaften und bekannten Politikern die Leute massenhaft auf die Straße gebracht haben.

Es entwickelte sich eine Massenmanipulation par excellence und der größte aktuelle Medienskandal Deutschlands!<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 24. Januar 2025 (x1.471/…): >>**Wie nicht anders zu erwarten: Brandmauer-CDU weist Kooperations-Angebot von Alice Weidel (AfD) als "vergiftet" zurück!**

Die Brandmauer-CDU von Friedrich Merz hat - wie nicht anders zu erwarten - die Offerte von AfD-Co-Chefin Alice Weidel zurückgewiesen, gemeinsam im Deutschen Bundestag für eine Änderung in der Asylpolitik zu stimmen. Der Parlamentarische Geschäftsführer Unions-Fraktion, Thorsten Frei (CDU), sprach von "vergifteten Angeboten".

Nach dem Messer-Horror von Aschaffenburg hat Alice Weidel (AfD) dem CDU-Bundesvorsitzenden und Unions-Kanzlerkandidaten Friedrich Merz eine Zusammenarbeit bei der Migrationsfrage angeboten. Der CDU-Chef hatte zuvor eine grundlegende Neuausrichtung der Migrationspolitik angekündigt. Konkret versprach Merz, im Falle seiner Kanzlerschaft alle Migranten ohne gültige Einreisepapiere an den deutschen Grenzen zurückzuweisen. Der CDU-Chef sprach in diesem Zusammenhang von einem "faktischen Einreiseverbot".

Alice Weidel (AfD): "Die Mehrheiten dafür sind vorhanden!"

AfD-Chefin Alice Weidel reagierte mit einem Angebot zur Zusammenarbeit. In einem "Offenen Brief" bezeichnete sie den angekündigten migrationspolitischen Kurswechsel der CDU als "gutes Zeichen". Weidel appellierte an Merz, "ohne weiteres Zögern" die notwendigen Beschlüsse zu fassen, um den Erwartungen der Bürger gerecht zu werden.

Wörtlich schreibt die AfD-Chefin: "Lassen Sie uns ohne weiteres Zögern die erforderlichen Beschlüsse fassen, um in die Tat umzusetzen, was die Bürger jetzt mit Recht von der Politik erwarten. Die kommende Sitzungswoche im Deutschen Bundestag bietet dafür eine Gelegenheit, die nicht ungenutzt verstreichen darf." Die Mehrheiten seien dafür vorhanden, betonte Weidel.

"Vergiftete Angebote der AfD"

Die an ihrer tödlichen Brandmauer festhaltende Merz-CDU wies das Angebot prompt zurück. Thorsten Frei (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer der Unionsfraktion, erklärte gegenüber der Nachrichtenagentur Reuters: "Die Union wird die Migrationspolitik grundlegend neu ausrichten und die illegale Zuwanderung drastisch senken. Dafür bedarf es nicht der vergifteten Angebote der AfD."

Zur Erinnerung: Merz selbst hat eine Zusammenarbeit mit der AfD auf Bundes- und Landesebene immer wieder kategorisch ausgeschlossen und dies mit seinem Verbleiben im Amt des CDU-Vorsitzenden verbunden. Zuletzt entmenschlichte er die AfD als "Nattern".

Wahltaktische Blendgranate

Daß Merz nach Aschaffenburg mit seiner Forderung nach einem "faktischen Einreiseverbot" wieder einmal nur wahltaktische Blendgranaten zündet, um AfD-Wähler zu ködern, geht bei genauerer Exegese schon aus seinen Äußerungen selbst hervor.

Zwar kündigte der Unions-Kanzlerkandidat bei einem spektakulären Presseauftritt in Berlin eine kompromißlose Asylwende für den Fall seiner Kanzlerschaft an und tönte: "Mir ist es völlig gleichgültig, wer diesen Weg politisch mitgeht. Ich sage nur: Ich gehe keinen anderen. Kompromisse sind zu diesen Themen nicht mehr möglich."

Aber eine weitere Ankündigung von Merz im Rahmen eines von ihm verkündeten "Fünf Punkte-Plans" ist entlarvend: Er wolle schon am Tag der Amtsübernahme von seiner Richtlinienkompetenz Gebrauch machen und das Bundesinnenministerium "anweisen", die Grenzen zu schließen.

Geht Ihnen ein Licht auf? Einen AfD-Innenminister müßte Merz nicht "anweisen", die Grenzen zu schließen - er würde Eulen nach Athen tragen! "Anweisen" hingegen müßte ein Kanzler Merz einen von den "Grünen" oder der SPD gestellten Innenminister. Beide lehnen die

vollmundige Ankündigung von Merz nach einem "faktischen Einreiseverbot" mit konsequenten Zurückweisungen an den Grenzen denn auch kategorisch ab.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 24. Januar 2025 (x1.471/…): >>**Geht doch: Merz-CDU will mit AfD stimmen - Alice Weidel: "Die Brandmauer ist gefallen!"**

Paukenschlag im Deutschen Bundestag: Nach dem tödlichen Messerangriff in Aschaffenburg hat die Unionsfraktion angekündigt, in der kommenden Woche im Parlament nun doch Anträge zur Verschärfung der Migrationspolitik einzubringen - Anträge, die sich im Kern mit dem decken, was die AfD seit Jahren fordert (u.a. Schließung der Grenzen, mehr Befugnisse für die Bundespolizei, schnellere Abschiebungen). AfD-Kanzlerkandidatin Alice Weidel begrüßte den Schritt: "Die Brandmauer ist gefallen!"

Unions-Fraktionschef Friedrich Merz (CDU) sagte in Berlin, man werde die Anträge unabhängig davon einbringen, wer zustimme. Damit nimmt die Union erstmals in Kauf, daß es Mehrheiten mit der AfD gibt.

SPD-Generalsekretär Matthias Miersch kritisierte, damit breche Merz die Brandmauer zur AfD auf. Noch-Kanzler Olaf Scholz (SPD) warnte Merz vor einem Bröckeln der Brandmauer. "Grünen-Kanzlerkandidat" Robert Habeck sagte, er befürchte, daß der CDU-Chef "kurz vor einem Wortbruch" stehe.

CSU-Chef Markus Söder meinte dagegen, wenn SPD und "Grüne" den Anträgen im Bundestag zustimmen würden, stelle sich die Frage nach der AfD "gar nicht erst".

AfD und BSW signalisierten grundsätzlich Zustimmung zu den Unionsplänen. AfD-Kanzlerkandidatin Weidel erklärte, die Brandmauer sei gefallen.

Ein bißchen Kindergarten muß sein

"Wir werden nächste Woche in den Deutschen Bundestag Anträge einbringen, die ausschließlich unserer Überzeugung entsprechen", sagte Unions-Fraktionschef Merz. Er fügte unterstrich: "Und wir werden sie einbringen, unabhängig davon, wer ihnen zustimmt."

Wie im Kindergarten fügte der CDU/CSU-Kanzlerkandidat hinzu: "Wir stimmen keinem einzigen AfD-Antrag zu, weil wir sämtliche Themen, die wir für richtig halten, von uns aus in den Bundestag einbringen. Wer diesen Anträgen zustimmen will, der soll zustimmen. Und wer sie ablehnt, der soll sie ablehnen. Ich gucke nicht rechts und nicht links. Ich gucke in diesen Fragen nur geradeaus."

AfD-Chefin Alice Weidel hatte Merz zuvor auf der Plattform X eine Zusammenarbeit bei der Migrationsfrage angeboten. "Die kommende Sitzungswoche im Deutschen Bundestag bietet dafür eine Gelegenheit, die nicht ungenutzt verstreichen darf", schrieb sie. Der von Merz angekündigte migrationspolitische Kurswechsel sei ein "gutes Zeichen". ...<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 24. Januar 2025 (x1.471/…): >>**"Brandmauer": Potsdamer CDU-Politikerin sorgt für Wirbel mit Forderung nach "Mitte-Rechts-Regierung"**

Die Brandenburger CDU-Landtagsabgeordnete Saskia Ludwig hält ein Bündnis ihrer Partei mit der AfD nach der Bundestagswahl am 23. Februar offenbar für sinnvoll. Sie wandte sich gegen die sogenannte Brandmauer gegenüber der AfD: "Wenn über 50 Prozent Mitte-Rechts wählen, dann muß es auch eine Mitte-Rechts-Regierung geben für die Bürger", sagte die Potsdamer CDU-Politikerin dem Sender TV Berlin. "Nur damit kriegt man das eingehegt - und unser Land kriegt man damit auch wieder auf Kurs. Ob das nach dem 23. Februar der Fall sein wird, bleibt spannend."

Die CDU-Politikerin warb dafür, "daß wir mit unserer Demokratie deutlich entspannter umgehen müssen und den Wählerwillen akzeptieren". Viele westdeutsche Kollegen sähen die AfD immer noch als ostdeutsches Phänomen, sagte Ludwig. Das sei die Partei aber nicht mehr. "Auch in Westdeutschland ist sie zweistellig und hat dort Zuwachsraten."

Rüffel läßt nicht lange auf sich warten

Die CDU Brandenburg wies den Vorstoß umgehend zurück. "Die Beschlußlage der CDU ist glasklar und es gilt nach wie vor, was Friedrich Merz sagt: Es wird keine Koalition mit der AfD geben", stellte der Generalsekretär der CDU in Brandenburg, Gordon Hoffmann, klar.
Ludwig machte denn auch einen Rückzieher. Überschriften wie "CDU-Politikerin fordert Koalition mit der AfD" seien eine "bemerkenswerte freie Interpretation meines Interviews, relativierte sie ihre Äußerungen auf X.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 24. Januar 2025 (x1.473/…):
>>**Lage bei Gold und Minenaktien unverändert gut**
Die von einer laxen Geldpolitik der Zentralbanken ermöglichte Staatsverschuldung in Deutschland, Europa und den USA hat längst Größenordnungen erreicht, die es abgesehen vom Zweiten Weltkrieg nie gegeben hat.
Von *Claus Vogt*
Der Goldpreis ist 2024 in Dollar gerechnet um 27,5 % gestiegen und in Euro sogar um 35,9 %. Trotz dieses hervorragenden Ergebnisses zeigt der Markt keinerlei Anzeichen einer Überhitzung. Es sind weder spekulative Übertreibungen noch Ermüdungserscheinungen vorhanden.
Unsere langfristig orientierten Indikatoren und Prognosemodelle geben weiterhin klare Kaufempfehlungen. Nachdem der Goldpreis seit Ende Oktober 2024 eine gesunde Konsolidierung durchlaufen hat, dürfte die nächste Aufwärtswelle auf neue Rekorde aus technischer Sicht bald beginnen.
Minimierung politischer Risiken
Zu einem ebenso bullishen Ergebnis kommen unsere Analysen der fundamentalen Rahmenbedingungen. Die Triebkräfte der Goldhausse sind ungebrochen. Die von einer laxen Geldpolitik der Zentralbanken ermöglichte Staatsverschuldung in Deutschland, Europa und den USA hat längst Größenordnungen erreicht, die es abgesehen vom Zweiten Weltkrieg nie gegeben hat. Das soll und wird sich nicht ändern. Das verdeutlichen die jüngsten Zinssenkungen der Fed und der EZB, die vor allem der Entlastung der überschuldeten Staaten dienen.
Darüber hinaus haben Zentralbanken von Ländern, die nicht zu den Freunden Amerikas oder der EU gehören, gar keine andere Wahl als ihre Goldkäufe fortzusetzen. Zurzeit ist es die einzige Möglichkeit, sich den politischen Risiken zu entziehen, die von dem Dollar basierten Währungssystem ausgehen. Diese wichtige Erkenntnis setzt sich langsam auch bei institutionellen US-Anlegern durch, die noch kaum in Gold investiert sind.
Es gibt also viele gute Gründe, Gold zu kaufen. Und sie gelten nicht nur für Zentralbanken, sondern auch für Sie als Privatanleger, wenn Sie dem Vorsichtsprinzip Folge leisten.
Zentralbanken kaufen keine Minenaktien
Zentralbanken kaufen Gold. Minenaktien kaufen sie hingegen nicht. Das erklärt, warum die Kurse der Goldminenaktien trotz des festen Goldpreises bisher noch nicht stärker gestiegen sind.
Einen weiteren Grund erkennt man bei einem Blick auf die Mittelflüsse der Gold-ETFs, die vor allem von westlichen institutionellen und Privatanlegern gekauft werden. Die Mittelzuflüsse haben trotz des Kursanstiegs noch kaum zugenommen Westliche Anleger haben die Goldhausse bisher also weitgehend verschlafen. Und sie sind es, die auch Minenaktien kaufen, sobald sie bullish auf den Edelmetallsektor werden.
Aktienindizes auf sehr dünnem Eis
Nun setzt der starke Anstieg des Goldpreises vor allem institutionelle Investoren unter Zugzwang. Spätestens wenn die Kurse an den allgemeinen Aktienmärkten nicht mehr steigen werden diese Anleger nach Alternativen Ausschau halten.
Dann geraten Gold und Minenaktien in den Fokus, da sie eine sehr attraktive Alternative darstellen. Erstens sind ihre Kurse unabhängig vom Geschehen an der allgemeinen Börse. Zwei-

tens sind gut geführte Goldproduzenten zurzeit sehr günstig bewertet - während der NASDAQ 100 und der S&P 500 extrem überbewertet sind und sich auf dünnem Eis bewegen. ...<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 24. Januar 2025 (x1.473/…): >>**Bund zahlt über 80 Milliarden Euro für fossile Energie aus Ausland**

Deutschland hat 2023 fossile Energien für mehr als 80 Milliarden Euro aus dem Ausland bezogen. Das geht aus einer Studie des Öko-Instituts im Auftrag des Grünen-Europaabgeordneten Michael Bloss hervor, über die die Zeitungen des "Redaktionsnetzwerks Deutschland" (Freitagausgaben) berichten.

Demnach importierte Deutschland Kohle, Öl und Gas im Wert von 80,7 Milliarden Euro, was einen Anstieg der Kosten von mehr als 20 Prozent zum Vorkriegsjahr 2021 darstellt. Zwar seien die Kosten gestiegen, doch die importiere Menge an Energie nach Deutschland zurückgegangen.

"Im Gegensatz zur Europäischen Union ist die Gesamteinfuhr von Energieträgern nach Deutschland durch einen klar sinkenden Trend gekennzeichnet", heißt es in der Studie. "Getrieben wurde dieser Rückgang vor allem durch den Rückgang der Gaseinfuhren (etwa 50 Prozent) sowie des deutlich sinkenden Steinkohlenimports."

Für die gesamten EU-Staaten hat das Öko-Institut berechnet: 315,8 Milliarden Euro sind für den Import fossiler Energie in aller Welt 2023 ausgegeben worden. Dies ist ein Anstieg von etwa 45 Prozent im Vergleich zu 2021, obwohl die importiere Menge an Energie auch EU-weit geringfügig zurückgegangen ist. "Kohle-, Öl- und Gasimporte sind ein Verlustgeschäft für die gesamte Gesellschaft. Wir verlieren jedes Jahr mehr als 80 Milliarden Euro an fossile Unternehmen", sagte Bloss dem RND.

"Aus dieser Abhängigkeit müssen wir viel schneller aussteigen und das Geld nutzen, um im Inland zu investieren und Strom, E-Autos sowie klimafreundliche Alternativen bezahlbar zu machen." Er verwies darauf, daß das Deutschlandticket oder der Ausbau der Erneuerbaren mit diesen Geldern ohne Probleme finanzierbar seien. "Allein die gesamten Investitionen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien in Deutschland lagen 2023 bei 37 Milliarden Euro, weniger als die Hälfte der jährlichen Kosten für fossile Energieimporte. Das Geld hätten wir, wenn wir es nicht exportieren würden."

Die hohen Summen für fossile Energien seien "schwindelerregend", so Bloss. "315,8 Milliarden Euro jährlich, die statt in die eigene Wirtschaft in den Import von Kohle, Öl und Gas fließen. Geld, das für die Modernisierung des europäischen Stromsystems oder der Infrastruktur fehlt", so der Grünen-Politiker. "315 Milliarden entsprechen mehr als dem Doppelten des EU-Haushalts und fast 40 Prozent der Summe, die laut Mario Draghi jährlich fehlen, um die digitale und grüne Transformation der europäischen Wirtschaft voranzutreiben sowie die Verteidigungsfähigkeit zu stärken."<<

Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 24. Januar 2025 (x1.475/…): >>**Die vielfältigen Angriffe auf unsere Kinder**

Herbert Ludwig

Für die politisch und wirtschaftlich Herrschenden ist es von größtem Interesse, ihre Herrschaft so weit wie möglich in die Zukunft zu verlängern. Da die Zukunft gewissermaßen bereits in unseren Kindern anwesend ist, kommt es ihnen darauf an, die bildsamen und beeinflußbaren Kinderseelen in ihrem Sinne zu prägen. Über das Bildungssystem, das der Staat an sich gerissen hat, und staatliche Fördermittel ist das gut möglich. Der Schweizer Internet-Sender KlaTV hat exemplarisch eine Auswahl der vielfältigen Angriffe auf die Entwicklung der Kinder zusammengestellt. Wir übernehmen das Transkript seines Videos. Einem alten Pädagogen kommt das Grausen. (hl)

Der hybride Krieg gegen unsere Kinder

Von KlaTV

Schon immer waren Kinder ein begehrtes Instrument von selbsternannten "Möchtegern-Machthabern", um ihre zerstörerischen Pläne und Ideologien durchzusetzen. Und viele Despoten hatten ihren zugänglichen Geist bereits schamlos ausgenutzt. Doch noch nie war es so offensichtlich wie heute, daß insbesondere unsere Kinder und wir mit ihnen inmitten eines Allfrontenkrieges stecken. Und egal, wohin man auch sieht, unsere Kinder stehen im Zentrum ihres Visiers. Wie schutzlose Lämmer umringt von reißerischen Wölfen.
Kla.TV hat nur eine kleine Auswahl der nahezu täglich eingehenden Meldungen zusammengefaßt, um Ihnen, liebe Zuschauer, die Brisanz und Allgegenwärtigkeit der zerstörerischen Mächte zu verdeutlichen, die unseren Kindern ihre Unbeschwertheit und jeden Schutz rauben wollen. Und insbesondere die Einrichtungen, die Kindern als "Schutzraum" dienen sollten, werden hier zunehmend als Werkzeug dieser Wölfe offenbar.
In sechs Hauptthemen unterteilt, durch die Kinder attackiert werden, führen wir Sie, verehrte Zuschauer, durch diese Sendung:
Angriff auf Kinder durch die gesetzgebende Gewalt
Angriff auf Kinder durch Bildungseinrichtungen
Angriff auf Kinder durch die Kirche
Angriff auf Kinder durch das Gesundheitswesen
Angriff auf Kinder durch die Finanzwelt
Angriff auf Kinder durch die Digitalisierungs- und Unterhaltungsindustrie

I. Angriff auf Kinder durch die gesetzgebende Gewalt:

Gesetzeslockerung für pädophile Sexualstraftäter
Im Mai 2024 hat die Bundesregierung in einer Gesetzesänderung still und unbemerkt beschlossen, daß der Besitz und die Verbreitung von Kinderpornographie in Deutschland nicht mehr länger ein Verbrechen sind! Ja, Sie haben richtig gehört. Die zu verhängende Mindeststrafe wurde von einem Jahr Gefängnis auf nur mehr drei bis sechs Monate abgesenkt und das Verbrechen auf ein simples Vergehen herabgestuft! Der Grund: Justizminister Buschmann führte an, daß immer wieder auch gegen Eltern und Lehrer hätte ermittelt werden müssen, die Kinderpornos mit anderen Eltern geteilt hatten, um davor zu warnen.
Einmal abgesehen davon, daß es sich nicht ganz erschließt, warum das Bildmaterial der Warnung unbedingt beigefügt werden muß, hatte der Publizist Julian Reichelt bereits Ende 2023 recherchiert, daß genau nur EIN derartiger Fall tatsächlich zur Anklage gekommen war. Führt man sich vor Augen, daß jedem kinderpornographischen Foto oder Video ein reales, teils schweres Kindesmißbrauchs-Verbrechen zugrunde liegt, ist Buschmanns Begründung ad absurdum geführt. Doch statt auf Abschreckung, harte Bestrafung und konsequente gesellschaftliche Ächtung setzt die Ampel-Regierung lieber auf Kuschelkurs mit Pädophilen.
Und die freuen sich bereits: Die berüchtigte pro-pädophile Aktivistengruppe "Krumme 13" hat die Gesetzesänderung auf ihrem Blog ausgiebig gelobt. Sie setzen sogar noch eins drauf und fordern die Entschuldigung der Abgeordneten bei allen, die "Opfer" des Gesetzes von 2021 geworden sind.
Pädophile Sexualstraftäter dürfen sich in Kinderehen frei austoben
Der investigative Journalist Thomas Röper veröffentlichte auf Anti-Spiegel einen Artikel zum Thema "Legalisierung von Pädophilie". US-Demokraten sind dabei, in den USA schrittweise Pädophilie zu legalisieren. Durch Lobbyarbeit soll in den Medien das Wort "pädophil" vermieden und z. B. durch folgende Formulierung ersetzt werden: "Menschen, die sich zu Minderjährigen hingezogen fühlen". Pädophilie soll nicht mehr wie bisher als Straftat, sondern als "unveränderliche sexuelle Orientierung" definiert werden. Pädophile selbst sollen nicht mehr unter Stigmatisierung leiden.
Nathan Larson, ein Kandidat für den Kongress im Bundesstaat Virginia, bekannte sich 2018 öffentlich dazu, daß Sex zwischen einem Erwachsenen und einem Kind zulässig seien, wenn

zwischen ihnen eine Ehe besteht, auch wenn einer der beiden erst zehn Jahre alt sei. Tatsächlich ist die Gesetzgebung für das Mindestalter bei Eheschließungen in US-Bundesstaaten schockierend. Das Mindestalter beginnt bei 14 Jahren, wobei es in den letzten Jahren auch dokumentierte Fälle von zehnjährigen Verheirateten gab.
Ebenso schockierend ist das niedrige Strafmaß für Straftäter wegen Sex mit Kindern. In Kalifornien haben Journalisten offen zugängliche strafrechtliche Datenbanken analysiert und herausgefunden, daß von den 7.000 Tätern, die wegen unzüchtiger oder perverser Handlungen an Personen unter 14 Jahren verurteilt wurden, niemand mehr als ein Jahr im Gefängnis verbracht hatte!
Anstatt die alarmierenden Statistiken zum Anlaß zu nehmen, um härter gegen Pädophilie vorzugehen, verabschiedet Kalifornien Gesetze, die den Kindesmißbrauch fördern. Im Jahr 2020 wurde in Kalifornien auf Initiative des schwulen kalifornischen Senators Scott Wiener ein Gesetz verabschiedet, das einen Pädophilen unter bestimmten Umständen nicht als Sexualstraftäter anerkennt, wenn der Altersunterschied zwischen Täter und Opfer zehn Jahre oder weniger beträgt. Für den Straftatbestand des Mißbrauchs an einem Kind ist doch das Alter des Kindes entscheidend und nicht der Altersunterschied zu einem Erwachsenen!

II. Angriff auf Kinder durch Bildungseinrichtungen:

Sexfilme in der Grundschule

Eine Lehrplanänderung Österreichs sieht seit Herbst 2023 umfassenden Sexualunterricht vor, in fast allen Schulfächern werden Kinder gezielt sexualisiert. Eine Lehrerin im österreichischen Bezirk Vöcklabruck hat Grundschulkinder mehrmals durch übergriffigen Sexualunterricht verstört. Die Lehrerin zeigte Drittkläßlern echte Fotos von diversen Sexualpraktiken. Nach Beschwerden von Eltern gab es statt Ahndung lediglich ein Versprechen der Lehrerin und der Schulleitung, von solchen unangemessenen Inhalten zukünftig abzusehen. Doch nur ein Jahr später wiederholte sich diese üble Einwirkung.
Die Lehrerin informierte die Eltern nur über einen unproblematischen Workshop mit einer Hebamme. Doch Statt dessen bekamen die Grundschüler verstörende Sexualpraktiken, wie z.B. das Thema Oralsex, in Wort und Bild detailreich erklärt. Unter anderem sagte sie, daß man auch gemeinsam Sex habe, wenn "man sich nicht so mag"! Weiter zeigte sie der Klasse einen pornographischen Film, bei dem sie die Szene mit dem Geschlechtsakt immer wieder zurückspulte und die Kinder zwang, die Szene anzusehen.
Zusätzlich schärfte die Lehrerin den Kindern ein, daß sie weder mit den Eltern noch mit anderen über den Film reden dürften! Erst nachdem zwei Mädchen nach dem Film von Alpträumen berichteten, in denen sie vergewaltigt wurden, kam die Sache ans Licht. Dr. Felix Böllmann, Anwalt bei ADF International dazu: "Es ist unfaßbar, was hier vorgefallen ist. (…) Eltern haben das vorrangige Recht und die Verantwortung, für die Erziehung und Bildung ihrer Kinder Entscheidungen zu treffen."
"Eltern sollten von den Hintergründen (…) der "Sexualpädagogik der Vielfalt" wissen und über die Mißbrauchsgefahr informiert sein. Kinder haben ein Recht auf erstklassigen Unterricht und müssen vor Ideologie geschützt werden (…)."
Dieser Vorfall aus Österreich ist leider kein Einzelfall und steht stellvertretend für viele andere Verstöße von Schule und Lehrern gegen die Würde unserer Kinder.
Zur Erinnerung: Der heutige Sexualunterricht beruht auf den WHO-Standards für Sexualaufklärung. Sie wurden 2010 von dem bekannten Sexualpädagogen Uwe Sielert erarbeitet. Seinen offiziellen Empfehlungen zufolge sollten 4-Jährige an Masturbation herangeführt werden und Grundschüler die Kriterien für "akzeptablen Sex" erlernen. Ebenfalls noch in der Grundschule soll laut WHO-Standards Orgasmus und Entwicklung von Geschlechtsidentität vermittelt werden. Gelernt hat Uwe Sielert vom kriminellen Helmut Kentler, der in den 70er und 80er Jahren Kinder zwecks eines Experimentes in die Obhut vorbestrafter Pädophiler brachte,

was von der Berliner Senatsverwaltung gefördert wurde.

Schulkinder sollen digitale ID erhalten

Die niedersächsische Kultusministerin Julia Willie Hamburg will sämtlichen Schülern ab Schulbeginn eine individuelle Identifikationsnummer verpassen. Sie ließ erklären: "Im Kern geht es bei der Schüler-ID darum, den Bildungsverlauf einer jeden Schülerin und eines jeden Schülers darzustellen." Mit der ID solle verhindert werden, daß Kinder und Jugendliche im System verloren gehen. (…) "Jeder soll die Chance auf einen Abschluß haben." Das Projekt soll bis 2027 umgesetzt werden. Was genau auf der ID gespeichert und wer Zugriff auf die Daten haben wird, teilte Frau Hamburg nicht mit. Sie argumentierte, daß während Corona "(…) Schüler aus dem Bildungssystem verschwunden (…)" seien.

Aber erinnern wir uns daran, was diesen Zustand herbeigeführt hat: Die mit nichts zu begründenden Schulschließungen, der unwürdige und gefährdende Maskenzwang, die Zwangsisolation, die ständige Panikmache, eine Gefahr für die Angehörigen zu sein u.v.m. waren die Ursache für den Leistungsabfall. Die völlig sinnlosen Schikanen, die Kindern während des Corona-Wahns zugemutet wurden, müssen nun auch noch als Grund für ihre Komplettüberwachung herhalten. Durch die Hintertür und wie immer unter dem Vorwand, Kindern nur helfen zu wollen, soll die Totalüberwachung der Bürger nun schon im Kindesalter beginnen.

Kindertracking mit elektronischen Armbändern

Ein Projekt der Schweizer Primar-, also Grundschule, Birmensdorf wollte im Bereich der Tagesstrukturen eine Tracking-Lösung testen, um jederzeit den Aufenthaltsort von Schülerinnen und Schülern überwachen zu können. Das Personal sollte "aktiv informiert" werden, falls sich ein Kind unerlaubterweise vom Gelände entfernt. Es hieß, wenn Betreuungspersonen "bis zu zehn Minuten" aufwenden müssen, um ein Kind zu suchen, sei die Betreuung der anderen Kinder nicht mehr gewährleistet.

Die ganze Idee ging von dem Hortleiter Joel Giger aus, der gleichzeitig auch der Technologielieferant für das Trackingsystem ist!!! Die Leiterin des Volksschulamtes des Kanton Zürich Myriam Ziegler und die Präsidentin der Schulpflege Birmensdorf Bettina Köhler sahen darin aber keine problematischen Verflechtungen. Gegenüber der NZZ sagte Köhler: "Die Verantwortlichen der Tagesstrukturen der Schule Birmensdorf können durch das Pilotprojekt neue Erkenntnisse gewinnen und bieten der Firma gleichzeitig die Möglichkeit, das Produkt mit Fachpersonen zu testen."

Fragt sich eigentlich jemand, wie es den Kindern mit den elektronischen Handfesseln geht? Schwerverbrecher tragen Fußfesseln, Kinder Handfesseln? Eltern und Datenschutzbeauftragte standen dem Projekt zum Teil kritisch gegenüber. Es wurde erstmal kurzfristig gestoppt.

Ob uns als Nächstes "ein Chip unter der Haut" als die "viel bessere" Lösung erwartet? Ein Armband könnte man jederzeit abnehmen …

Demokratie-Nachhilfe für Schüler - weil sie "falsch" gewählt haben

Eine Anne-Frank-Schule in Hessen führte mit ihren Schülern anläßlich der EU-Wahl eine sogenannte Juniorwahl durch. Das Ergebnis war wohl wenig zufriedenstellend, die Schulleitung sprach plötzlich von einem Resultat, "das wir nicht einfach so hinnehmen wollen". Die rund 84 % wahlbeteiligten Schüler wählten wie folgt: Die CDU lag mit 26,7 % hauchdünn vor der AfD mit 25,7 % und der SPD mit 19,9 %. Mit großem Abstand landeten Die Partei mit 4,2 % und die Linke mit 3,7 % auf den hinteren Plätzen. Sonstige Parteien kamen zusammen auf 19,8 %.

Das Kollegium kam in einer eigens angesetzten Dienstversammlung mit dem Elternbeiratsvorsitz zusammen, um über den "ungeheuerlichen" Ausgang der Juniorwahl zu beraten. Das neu erklärte Ziel: "Die politische Bildung an unserer Schule so gestalten, daß die Schüler ein tieferes Verständnis für die Bedeutung und Errungenschaften unserer Demokratie entwikkeln".

Anstatt dem auf den Grund zu gehen, was die Schüler zu ihrer Wahl bewegt hat, da sie ja offenbar mit etwas unzufrieden schienen, unterstreicht die Direktorin: "Wir möchten gerade als Anne-Frank-Schule, Europaschule und Courage-Schule Haltung zeigen. Wir setzen uns dafür ein, daß Respekt, Toleranz und demokratische Werte erkannt, gelebt und geschätzt werden - nicht nur an unserer Schule, sondern in der gesamten Gesellschaft."
Im Klartext: Die "demokratischen Werte erkannt" hat nach Ansicht der Schulleitung nur, wer auch in der Lage und willens ist, sein Kreuz an der "richtigen" Stelle zu setzen - und sei es "nur" bei einer Juniorwahl an der eigenen Schule. Die Auswirkungen auf die Schüler: "Demokratie-Nachhilfe" mit Politikern und noch intensivere Zusammenarbeit mit externen politischen Bildungseinrichtungen.
Kriegsvorbereitungen in Schulen:
Bildungsministerin Stark-Watzinger will laut der "Welt" Kinder im Unterricht auf Krisen und den Krieg vorbereiten! Der Deutsche Lehrerverband begrüßt die Forderung. "Der Ukraine-Krieg schafft ein neues Bewußtsein für militärische Bedrohung, das auch an Schulen vermittelt werden muß", sagte der Präsident des Deutschen Lehrerverbands, Stefan Düll, der "Bild am Sonntag". Er erwarte von der Bundesministerin, daß sie jetzt das Gespräch mit den Bildungsministern in den Bundesländern suche. "Eine Absichtserklärung reicht nicht, jetzt muß im Politik-Unterricht zum Ukraine-Krieg und zur gesamteuropäischen, ja globalen Bedrohungslage gelehrt werden", sagte Düll.
In Deutschland wisse man viel zu wenig über die Bundeswehr. "Viel zu lange herrschte eine Friede-Freude-Eierkuchen-Stimmung", kritisierte der Verbandspräsident. Jugendoffiziere könnten eine "sinnvolle Unterstützung" im Unterricht sein, weil sie "vertrauenswürdige Absender sind, um für die Schüler eine Kriegsbedrohung einzuordnen". Sie könnten für "Inhalte für den Politikunterricht und das fächerübergreifende Ziel der Demokratie- und Friedenserziehung" zum Einsatz kommen.
War nicht der Fokus im Schulleben bislang, nebst Rechnen, Schreiben, Lesen lernen, erstens auf die Sozialkompetenz ausgerichtet friedlich miteinander umzugehen und zweitens für den Weltfrieden einzustehen? Wie bitte sollen militärische Übungen an Schulen der Friedensgesinnung dienen?

III. Angriff auf Kinder durch die Kirche:

Um nur ein Beispiel zu nennen, richtete der Vatikan im Mai 2024 im Olympiastadion in Rom den sogenannten Weltkindertag aus. Eingeladen wurde ein bekannter italienischer Transvestit, der den Kindern eine tolle Drag-Show bieten sollte. Er tanzte in Frauenkleidern und anzüglichen Pappkostümen, hob seinen Rock hoch und streckte den Kindern seinen Hintern entgegen. Die Kinder vor Ort saßen im Kreis um ihn herum, tausende andere Kinder schauten vom Bildschirm aus zu.
Der ehemalige päpstliche Nuntius Carlo Maria Vigano äußerte sich eindeutig zu dieser schamlosen Inszenierung auf X: "… Es ist jetzt klar, daß Bergoglio einer der Hauptaktivisten der höllischen LGBTQ-Agenda ist. Es gibt keine Worte mehr, um den Skandal und die Abscheu über das komplizenhafte und feige Schweigen des Episkopats auszudrücken.
Wer auch nur einen von diesen Kleinen, die an mich glauben, erzürnt, für den wäre es besser, wenn ihm ein Mühlstein … um den Hals gehängt und er in die Tiefen des Meeres geworfen würde." Dem Papst scheint es egal zu sein, daß hier eine ganze zukünftige Generation in ihrer Scham und Würde angegriffen wird. Er verteidigt weiterhin die LGBTQ-Agenda, mißbraucht damit seine Autorität und fördert die weltweite Geschlechterverwirrung.

IV. Angriff auf Kinder durch das Gesundheitswesen:

UNESCO und WHO fordern die Länder auf, jede Schule zu einer gesundheitsfördernden Schule zu machen. Eine gesundheitsfördernde Schule ist laut der WHO darauf ausgelegt, kontinuierlich ein gesundes Lebens-, Lern- und Arbeitsumfeld zu schaffen. Klingt für den ersten

Moment plausibel und gut. Jedoch würde ein solches Ziel eine umfassende Sammlung und Analyse von Gesundheitsdaten der Schüler und des Personals erfordern. Ein idealer Nährboden für eine umfassende Überwachung. Auch die Pharmaindustrie wäre Nutznießer, die sich mit besonderen Gesundheitsförderungs-Programmen in den Schulen einnisten könnte.
Aber vergessen wir bitte nicht, daß die WHO während der Plandemie maßgeblich für die Schulschließungen verantwortlich war, eine massenhafte Impfquote eines höchst gefährlichen und unerprobten Injektionsstoffes an unseren Kindern forderte und sie mit gesundheitsschädlicher Masken- und Testpflicht drangsalierte.
Glauben wir bloß nicht, daß dieselbe WHO nun plötzlich um das Wohl unserer Kinder besorgt sein wird. Vielmehr könnten uns schulische Zwangsimpfungen ohne Zustimmung der Eltern drohen, wie früher schon so häufig in osteuropäischen oder afrikanischen Ländern geschehen. Und nun soll die Schule, deren Kernkompetenz im Lehren besteht, auch noch die Aufgaben unseres Hausarztes übernehmen und uns erneut Vorschriften zur Behandlung unserer Kinder machen?

V. Angriff auf Kinder durch die Finanzwelt:

Bereits Kleinstkinder sollen an bargeldloses Bezahlen gewöhnt werden. Viele Banken und Finanzunternehmen bieten zum Nulltarif eine Kinderkreditkarte mit dazugehöriger App an. Eltern können Geld über eine App auf die Karte laden. Einige Anbieter legen nicht einmal ein Mindest- oder Höchstalter fest. Auf diese Weise soll so früh wie möglich eine spielerische Einführung in die digitale Finanzwelt programmatisch stattfinden, wo digitale Transaktionen allgegenwärtig sind. Bezahlen mit Bargeld wird so für die nächste Generation "spanischen Dörfern" gleich sein. Damit wird der gerade heranwachsenden Generation auch gleichzeitig aus dem Bewußtsein genommen, welche Freiheit man ihnen geraubt hat.
Eltern von heute können jedoch aus Verantwortung für ihre Kinder für die Freiheit und den freien Umgang mit Geld kämpfen. Lieber Bargeld-gebunden und frei als digital vernetzt und versklavt.

VI. Angriff auf Kinder durch die Digitalisierungs- und Unterhaltungsindustrie:

Laut Studiendaten der BZgA nutzen rund 96 Prozent der Jugendlichen im Alter von 12 bis 17 Jahren täglich das Internet, vor allem für Kommunikations- und Unterhaltungsangebote. Der digitale Medienkonsum steigerte sich, sowohl bei Mädchen als auch bei Jungen, wöchentlich von etwa 23 Stunden im Jahr 2019 auf rund 26 Stunden im Jahr 2023.
Diese Zeit vor dem Bildschirm, welche die Kinder um ihre Kreativität bringt, wird von den Regierungen gefördert und finanziert! In den letzten fünf Jahren schüttete der Bund bereits 200 Millionen Euro an Spieleentwickler aus. Jedes Jahr standen 50 Millionen Euro aus Habecks Haus zur Verfügung. In Deutschland gelten Computerspiele seit 2008 offiziell als Kulturgut! Dies entschied der Kulturrat mit der fadenscheinigen Begründung, daß zahlreiche Spiele sich der Umwelt und dem Klimawandel widmen.
Doch die Computerspiele, die Teenager oft spielen, benutzt das Militär zur Abhärtung und Verrohung junger Soldaten, damit sie in ihrem feindlichen Gegenüber keinen Menschen mehr sehen und diesen skrupellos angreifen können. Auch die sog. "Socials" sind ein brandheißes Eisen für Jugendliche. Laut einem Guardian-Bericht von 2021 begingen in Großbritannien 7 Prozent aller Kinder mit 17 Jahren einen Selbstmordversuch und fast jeder Vierte vollzog einen Akt der Selbstverstümmelung. Davon waren besonders Mädchen betroffen.
Als ein Grund dafür wurde genannt, daß "Social Media ein toxisches Umfeld" sein könnte. Laut internen Unterlagen wußten Facebook und Mark Zuckerberg beispielsweise, daß 32 Prozent der Teenagerinnen sich nach Instagram schlechter fühlten, wenn sie sich bereits vorher schlecht gefühlt hatten.
Es ist ratsam, unsere Kinder diesem toxischen Medienumfeld nicht sorglos zu überlassen, zumal die Kinder, wie auf Droge, nie zu ihrem eigenen Besten entscheiden werden, weil das

digitale Umfeld einfach zu schillernd auf sie wirkt.
FAZIT: Dies, liebe Zuschauer, war nur eine kleine Auswahl der erschreckenden Entwicklung. Themen wie ritueller Mißbrauch, Sexual-Delikte unter Kindern, krankmachende Gesundheitspolitik, unrechtmäßige Kindesentnahme, Kinderhandel und viele mehr können aufgrund ihres Umfangs an dieser Stelle nicht aufgeführt werden. Auch hat Kla.TV bereits mehrere vertiefende Sendungen produziert, die wir im Abspann für Sie einblenden werden.
Es tobt ein hybrider Krieg, und wenn wir uns diesem nicht bewußt werden und entgegenstellen, werden zuerst unsere Kinder und dann auch wir mit weggerafft. Im Plan des Great Reset wird ein Kind als Ressource für die Herrschenden und Oligarchen wahrgenommen, die ihre Macht und Kontrolle ausbauen möchten, indem sie die Zukunft von Kindern prägen und ihre Entwicklung beeinflussen.
Die Kinder wachsen in einer Welt auf, in der Künstliche Intelligenz (KI) und Technologie immer mehr dominieren und kontrollieren. Ihre Seele und Unbefangenheit ist stark gefährdet! Und sie werden zu Sklaven von perversen Lüstlingen und technokratischen Wüstlingen, die ihnen jede Chance verwehren, zu wunderbaren Menschen heranwachsen zu können, als die sie von Anbeginn an gedacht waren.
Verbreiten Sie diese Sendung! Es gibt viele Möglichkeiten, sich zur Wehr zu setzen. Es gibt Eltern, die Grundschullehrerinnen wegen seelisch sexueller Nötigung bei der Polizei angezeigt haben, weil sie ihren Kindern Pornofilme zeigten, Eltern, die Impfschäden nicht auf sich sitzen gelassen haben und zur Anzeige brachten, Eltern, die ihren Schulleitern deren Verantwortung gegenüber den Kindern beständig vor Augen führen. Damit sagen wir Ihnen nicht, daß Sie diese Dinge tun sollen.
Egal, was Sie unternehmen, bleiben Sie nur nicht passiv. Denn Verharmlosung und passives Zuschauen oder Aussitzen hat die zuvor genannten Auswüchse nicht nur gefördert, sondern hochgedüngt.
Es liegt an uns allen, unseren Kindern eine bessere Welt zu bauen!
Und gemeinsam werden wir es schaffen!<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 24. Januar 2025 (x1.472/…):
>>**Messerattacke in Schwerte: Drei Syrer greifen 18-Jährigen an - 15-Jähriger verletzt ihn lebensgefährlich**
In Schwerte wurde ein 18-jähriger Rumäne lebensgefährlich verletzt. Drei Syrer machten gezielt Jagd auf ihn. Ein 15-Jähriger stach mehrfach mit einem Messer zu - direkt vor den Augen der Polizei.
Von *Redaktion*
In der Innenstadt von Schwerte (Nordrhein-Westfalen) eskalierte am Donnerstagabend ein Streit zwischen Jugendlichen zu einer brutalen Messerattacke. Ein 15-Jähriger stach mehrfach auf einen 18-Jährigen ein, der lebensgefährlich verletzt wurde. Der Vorfall ereignete sich gegen 18:40 Uhr in der Nähe eines Drogeriemarktes, wie Der Westen berichtet.
Bei dem Opfer handelt es sich um einen 18-jährigen Rumänen. Die mutmaßlichen Täter sind drei Männer syrischer Herkunft. Der jüngste Verdächtige ist erst 15 Jahre alt. Die Bild-Zeitung nennt die Namen der Verdächtigen: Ahmad Al T. (26), Sulaiman A. (24) und Mahmoud A. (15).
Den Berichten zufolge könnte es sich um eine gezielte Vergeltungsaktion gehandelt haben. Die Bild-Zeitung schreibt, daß die drei Syrer offenbar gezielt Jagd auf den Rumänen gemacht haben. Zuvor soll es am selben Abend zu einer Auseinandersetzung gekommen sein, bei der der 15-jährige Tatverdächtige von dem 18-jährigen Rumänen angegriffen worden sein soll. In diesem Zusammenhang wurde gegen den Rumänen Anzeige erstattet.
Als der 15-Jährige den Rumänen später erneut erkannte, soll er zusammen mit seinem älteren Bruder und einem weiteren Begleiter die Verfolgung aufgenommen haben. Das Opfer ver-

suchte zu fliehen, wurde jedoch von dem Jugendlichen eingeholt und mehrfach mit einem Messer attackiert - dies geschah direkt vor den Augen einer zufällig anwesenden Polizeistreife.
Der 18-Jährige erlitt lebensgefährliche Verletzungen. Ein Rettungshubschrauber brachte ihn in eine Spezialklinik nach Bochum. Nach einer Nacht im Krankenhaus konnte die Klinik am Freitagmorgen Entwarnung geben: Der junge Mann befindet sich außer Lebensgefahr. Der Angriff löste einen Großeinsatz der Polizei aus. Die drei Tatverdächtigen versuchten zu fliehen, wurden jedoch noch am Tatort von den Einsatzkräften festgenommen.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 24. Januar 2025 (x1.472/…):
>>**Ein gestohlenes Land**
Yannis starb für gar nichts - sinnloses Morden ist auf deutschen Straßen alltäglich geworden. Politiker sprechen übliche Worte, doch das Land wie es einmal war gibt es nicht mehr.
Pauline Schwarz
"Machs gut mein Schatz, wir sehen uns später" - mit solchen oder ähnlichen Worten verabschiedeten am Mittwoch eine Mutter und ein Vater ihr zweijähriges Kind. Wie jeden Tag gaben sie den Kleinen bei seiner Kinderkrippe ab, in die vermeintlich sicheren Arme seiner Erzieher. Sie dachten sich wohl nicht viel dabei. Vielleicht machten sie sich Sorgen darüber, daß er einem anderen Kind sein Schäufelchen auf den Kopf hauen könnte - oder daß ihm ein Schäufelchen auf den Kopf gehauen wird. Aber ganz sicher sorgten sie sich nicht um eines: daß es das letzte Mal gewesen sein könnte, daß sie ihren Sohn sehen. Doch genau das ist in Aschaffenburg passiert.
Eine Gruppe Kindergartenkinder saß friedlich in einem Bollerwagen, den zwei Erzieherinnen durch den Park Schöntal zogen. Wie die pädagogische Leiterin der Krippe später gegenüber Main Echo beschreibt, bemerkten die zwei Frauen einen Mann, der ihnen folgt. Sie spürten, daß etwas nicht stimmt und wollten den Park sofort Richtung Innenstadt verlassen - "Da hat er sie von hinten überholt und sich vor den Wagen mit den Kindern gestellt", so die Pädagogin. Im nächsten Moment zog er ein Küchenmesser und stach erbarmungslos auf die fünf Kleinkinder zwischen einem und drei Jahren ein.
Bei dem Mann handelt es sich um Enamullah O. - einen ausreisepflichtigen Afghanen, der wegen Gewalttaten polizeilich bekannt ist und sich in seinem Blutrausch nicht aufhalten ließ. Eine der Erzieherinnen versuchte ihn offenbar von den Kindern wegzuziehen, aber ohne Erfolg - sie ging mit einem gebrochenen Arm zu Boden. Als ein 41-jähriger Familienvater, der grade mit seinem eigenen Kind im Park war, dazwischen ging, wurde auch er von dem 28-Jährigen niedergestochen. Der mutige Helfer starb, möglicherweise noch in Sichtweite des eigenen Kindes. Er hat sein Leben gegeben und so vielleicht noch Schlimmeres verhindert - auch wenn das zu sagen, in diesem Fall schwerfällt.
Denn ein kleiner Junge ist tot. Eine Passantin und zwei Polizisten versuchten noch vor Ort den zweijährigen Yannes zu reanimieren, doch vergeblich. Und es hätte fast noch ein zweites Kind getroffen: Ein kleines Mädchen erlitt schwere Schnittverletzungen am Hals. Sie wurde in ein örtliches Krankenhaus gebracht und ist inzwischen außer Lebensgefahr. Die anderen Kinder sind nach bisherigen Erkenntnissen unverletzt.
Es gibt aber noch ein weiteres Opfer: Ein 72-Jähriger erlitt Stichwunden am Oberkörper - wir wissen bislang nicht, inwiefern er in die Szene involviert war. Wahrscheinlich war er zufällig in dem Park. Auch er war einfach zur falschen Zeit am falschen Ort. Und die Angst vor genau dieser Situation kennt inzwischen wohl jeder in Deutschland.
Für ein gutes, sicheres Gefühl reicht es heute nicht mehr, Großveranstaltungen wie Stadtfeste oder Weihnachtsmärkte zu vermeiden. Den 20-jährigen Philippos hat es getroffen, als er mit einem Freund nach dem Abiball seiner Schwester auf einer Parkbank saß. Der 30 Jahre alte Martin K. mußte sterben, als er sich nachts am Kiosk noch ein Getränk holen wollte. Und

Christiane H., Stefanie W. und Johanna H.?
Sie starben 2021 an einem ganz normalen Tag in der Würzburger Innenstadt. Christiane war mit ihrer Tochter bei Woolworth einkaufen - genau wie Stefanie, die grade auf der Suche nach einem Kleid für die Hochzeit ihrer besten Freundin war. Die 73-jährige Ingrid L. kam grade aus der Sparkasse, als der Somalier Jibril Abdurahman 13 Mal auf sie einstach.<<

Schweiz: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 24. Januar 2025 (x1.473/…): >>**Milei Rede Davos: Befreiungsschlag gegen bolschewoke Tyrannei**

Argentiniens Präsident Javier Milei hat auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos eine Allianz gegen die "woke" Kultur gepriesen. Die "woke" Kultur müsse "aus der menschlichen Spezies entfernt" werden."

Gastbeitrag von *Meinrad Müller*

Zusammenfassung mittels X-Grok und ChatCPT:

Javier Milei, Argentiniens Präsident, hat mit seiner Rede beim Weltwirtschaftsforum in Davos für einen Paukenschlag gesorgt. Vor einem Jahr noch belächelt, steht er nun als das Gesicht einer weltweiten Bewegung gegen die Ideologie des Wokismus und des Sozialismus. Seine Rede war eine Fundamentalkritik am gegenwärtigen Zustand des Westens, ein Aufruf zur Verteidigung der klassischen liberalen Werte und eine Kampfansage an die globalen Eliten, die in supranationalen Organisationen wie diesem Forum die "unheilvolle woke Agenda" vorantreiben.

Der Westen am Abgrund

Milei erinnerte daran, daß der Westen in seiner Blütezeit die höchste Errungenschaft der menschlichen Zivilisation war - ein Produkt griechisch-römischer Kultur, jüdisch-christlicher Ethik und eines unvergleichlichen Pioniergeists.

Doch im Laufe des 20. Jahrhunderts habe eine politische Klasse, getrieben von kollektivistischen Ideologien, diesen Kurs verlassen. Anstelle von Freiheit und Eigenverantwortung traten Staatsintervention, Sozialismus und eine immer größere Umverteilung. Der Sozialstaat, einst als Sicherheitsnetz gedacht, sei zu einer Maschinerie geworden, die eine politische Kaste und ihre bevorzugten Gruppen versorgt - auf Kosten der produktiven Bevölkerung.

Wokismus als Krebs unserer Zeit

Milei sieht den Wokismus als das "mentale Virus", das den Westen zerfrißt. Er habe Universitäten, Medien, internationale Organisationen und Regierungen kolonisiert und schaffe eine Kultur der Zensur und moralischen Erpressung. Unter dem Deckmantel vermeintlicher Gerechtigkeit werde der klassische Liberalismus pervertiert und durch eine Ideologie ersetzt, die auf Schuld und Spaltung beruht. So sei der Feminismus längst keine Bewegung für Gleichberechtigung mehr, sondern ein Werkzeug zur Spaltung der Geschlechter.

Der radikale Ökologismus sei nicht am Umweltschutz interessiert, sondern daran, die wirtschaftliche Entwicklung des Westens zu sabotieren. Die Gender-Ideologie erziehe Kinder dazu, ihre eigene Biologie zu hinterfragen, und untergrabe die Grundpfeiler der Familie. Und die Migrationspolitik diene nicht mehr dazu, Fachkräfte anzuziehen, sondern werde zum Mittel einer "umgekehrten Kolonisierung" genutzt.

Der Kampf um die Zukunft

Trotz aller Rückschläge sieht Milei Hoffnung: Eine internationale Allianz der Freiheit sei im Entstehen - von Giorgia Meloni in Italien bis Viktor Orbán in Ungarn, von Nayib Bukele in El Salvador bis Donald Trump in den USA. Der Widerstand gegen die woke Ideologie wächst. Der Kampf ist jedoch nicht gewonnen. Die woken Eliten haben nach wie vor die Kontrolle über viele Institutionen und versuchen, ihre Macht mit allen Mitteln zu sichern.

Mileis Vision für Argentinien und die Welt ist ein Aufruf zur Rückkehr zur Freiheit. Argentinien, einst wirtschaftlich und politisch isoliert, hat sich unter seiner Führung zum Vorbild für fiskalische Verantwortung und Inflationskontrolle entwickelt. Die Ideale der Freiheit, die Ver-

teidigung von Leben, Freiheit und Eigentum, gewinnen wieder an Bedeutung. Milei sieht Argentinien als Vorboten einer neuen Ära für den Westen, der durch Sozialismus und politische Korrektheit korrumpiert wurde.
International hat Milei Verbündete gefunden, darunter Elon Musk, Giorgia Meloni, Nayib Bukele, Viktor Orbán, Benjamin Netanyahu und Donald Trump, die zusammen eine Allianz gegen die "woke" Ideologie bilden. Diese Bewegung wächst, während die Hegemonie der progressiven Linken in Politik, Bildung und Medien bröckelt.
Sein Angriff richtet sich gegen das, was er als die Pervertierung westlicher Werte durch den Wokismus sieht. Er kritisiert Konzepte wie soziale Gerechtigkeit, radikalen Feminismus, Gender-Ideologie und Klima-Aktivismus als Mittel zur Machtkonzentration durch den Staat. Milei plädiert für eine Rückkehr zu den Wurzeln des klassischen Liberalismus, der durch Freiheit, freien Handel und individuelle Rechte gekennzeichnet ist.
Er argumentiert, daß die letzten Jahrzehnte eine Abkehr von diesen Prinzipien bedeuteten, was zu wirtschaftlichem Stillstand und sozialer Unzufriedenheit geführt habe. Seine Vision ist eine, in der der Staat seine Rolle auf die Verteidigung grundlegender Rechte beschränkt und sich aus dem Wirtschaftsleben zurückzieht, um den Kapitalismus und die Kreativität der Menschen zu fördern.

Fazit

Milei endet seine Rede mit einem leidenschaftlichen Aufruf an die globale Führung, den alten Kurs zu verlassen und mutig neue Wege zu beschreiten. Er fordert eine Rückkehr zu den Idealen der Freiheit und mahnt, daß nur so der Westen wieder zu Größe und Wohlstand finden kann. Inspiriert von der argentinischen Nationalhymne, ruft er zu einem globalen Echo des heiligen Rufs nach "Freiheit, Freiheit, Freiheit!" auf.
Seine Botschaft ist klar: Der Kampf für Freiheit und gegen den Wokismus ist noch nicht gewonnen, aber die Hoffnung und die Bewegungen, die diese Ideale verkörpern, wachsen. Es lebe die Freiheit!<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/31771" berichtet am 24. Januar 2025 (x1.469/…): >>**Toxische Windkraftanlagen als Klimaretter?!**

Interview mit *Olrik Hopfmann-Poller*

KlaTV-Interviewer: Olrik Hopfmann-Poller, Sie sind Kopf der Bürgerinitiativen in Thüringen zum Thema Windkraftanlagen. Sie sind dort Sprecher auf Demos, Vernetzer, Vorkämpfer. Herzlich Willkommen bei Kla. TV.
Olrik Hopfmann-Poller: Ja, ich freue mich hier zu sein und über dieses wichtige Thema sprechen zu können.
KlaTV-Interviewer: Ja, wie sind Sie eigentlich auf das Thema aufmerksam geworden? Wie stehen Sie dazu? Woher kommt Ihre kritische Haltung?
Olrik Hopfmann-Poller: Ich besuchte vor vielen Jahren eine Informationsveranstaltung der Bürgerinitiative bei uns vor Ort und habe meine Einstellung dahingehend überdenken müssen. Für mich war das früher ein relativ ökologisches, gutes Thema, die Ressourcen des Planeten sinnvoll mit zu nutzen. Über die Gefahren, über die Auswirkungen habe ich dort noch nichts gewußt und das hat sich in den letzten Jahren enorm vertieft durch viele Informationen, durch viel Fachwissen, was man sich angeeignet hat. Und dahingehend hat sich das Bild komplett gedreht.
KlaTV-Interviewer: Dann schauen wir uns mal Ihre Kritikpunkte an.
Olrik Hopfmann-Poller: Man kann das ganz einfach zusammenfassen. Die sogenannte Energiewende, die den Menschen suggeriert, daß das alles sinnvoll, ökologisch und ökonomisch sinnvoll umzusetzen ist, ist eine blanke Lüge. Es gibt dort ganz viele Kritikpunkte, die den Menschen nicht bewußt sind. Dort kann man vor allen Dingen die ökonomische Auswirkung mit heranziehen. Die Windräder an sich sind ja dazu gedacht worden, um aus dem Wind, aus

der Windenergie heraus, Strom zu produzieren und das entsprechend zu speichern und den Bürgern und der Industrie zur Verfügung zu stellen. Der Gedanke ist erst mal gut, die Umsetzung ist schlecht, weil dieser Strom in der Masse nicht gespeichert werden kann. Das hat dazu geführt, daß wir die höchsten Strompreise der Welt bekommen haben, wie wir das zum Beispiel hier gerade sehen können: Wir sind Spitzenreiter, was die Preise angeht. Dies führt zu einer Gefährdung der Wirtschaft, zu einer Riesenbelastung der Bürger, der Menschen, der Haushalte.
Und wir haben eine bisher verdeckte Gefahr, die gerade kürzlich eingetreten ist, zum Beispiel die Gefahren eines Blackouts oder Brownouts. Dort hat auch mittlerweile das Bundesamt die Bürger informiert, weil dort aufgrund der fehlerhaften Umsetzung dieser Energiewende es eine Riesenbelastung der Stromnetze gibt, die zu einem Kollaps führen können. Und das ist natürlich für eine Gesellschaft, die in fast allen Bereichen mit Strom versorgt werden muß und will, eine absolute Katastrophe.
Diese Anlagen, diese großen Windkraftanlagen scheinen ja wie sanfte Riesen zu sein, die in der Natur stehen, die sich ab und zu mal drehen und die dort für den Menschen eigentlich nur Vorteile bringen sollen. So wird das ja dargestellt. Das ist aber nicht so. Das ist eine Industrieanlage, die mittlerweile bei vielen Standorten in ein Biotop gebaut wird, in den Wald, auch des Öfteren in Wasserschutzgebiete.
Dort gibt es Gefahren aus dem Betrieb dieser Anlage heraus. Das kann zum Beispiel der Abrieb der Stoffe (sein), die dort an dem Flügel eines Windrades dran sind, die durch die Umwelteinflüsse dazu führen, daß Mikropartikel in die Umwelt getragen werden. Da kann es erhebliche Gefahren für die Gesundheit, für die Tierwelt und natürlich auch für den Menschen geben, weil diese Mikropartikel zu einer toxischen Belastung für den Organismus führen. Das sind Untersuchungen, die nicht ich gemacht habe, sondern diese Untersuchungen kommen von staatlichen Behörden. Unter anderem das Fraunhofer-Institut und auch das Bundesumweltamt mußten auf diese Dinge mit hinweisen.
Es gibt in Deutschland ca. 1.500 Orte, die mit diesen PFAS belastet sind, wo teilweise das Grundwasser nicht mehr getrunken werden kann bzw. das Wasser gefiltert werden muß, ehe es auf die Felder ausgebracht werden kann. Das ist hochgefährlich. Deswegen gibt es entsprechende Untersuchungen, auf die wir dann später noch kommen, seitens der EU.
KlaTV-Interviewer: Okay, das klingt sehr gefährlich. Wenn ich mir das Bild aber anschaue, sieht das aus "wie nur ganz wenig", was hier abgerieben wird. Wollen wir uns kurz den Film mal anschauen?
Olrik Hopfmann-Poller: Ja, das würde einiges erklären.
KlaTV-Interviewer: Dann machen wir mal Film ab.
(Film von Thomas Mock, Rechtsanwalt:)
Und dann haben wir noch die Besonderheit der Rotorblätter. Die Rotorblätter bestehen also aus GFK-GFC-Mixmaterialien mit Epoxidharz, inklusive Bisphenol A und PFAS-Ewigkeitschemikalien, also ein hochtoxisches Material, was nicht nur beim Betrieb der Anlagen zu erheblichen Abrieben führen, die auch von der Windindustrie selbst unbestritten dargestellt werden.
Aber nicht nur im Blick auf die Mikropartikel, die dann abgelöst werden von der Oberfläche und die Ewigkeitschemikalien, die sich in der Umgebung auch schön in die Äcker und in die landwirtschaftlichen Flächen dann einbinden und nicht mehr herauszuholen sind, sondern die Windindustrie bestätigt das insoweit, daß sie sagt, ja, wir haben jedes Jahr erheblichen Oberflächenverlust an den Rotoren, wegen der Edge-Probleme, aber die werden ja repariert.
Die müssen auch repariert werden, weil je rauher die Oberfläche ist, desto lauter wird die Windanlage. Weil die Rotorblättern sind das Wesentliche das Laut-Schall-Emissions-Merkmal. Sondern auch der wirtschaftliche Ertrag der Rotorblattoberfläche wird durch die

Rauhigkeit geringer. Es gibt also verschiedenste Darstellungen, wonach pro Jahr 1, 2, 3 Prozent die Anlage weniger Strom erwirtschaftet durch den Abrieb der Oberfläche, die die Oberfläche so rauh macht.
Deshalb müssen sie regelmäßig repariert werden und allein das bestätigt ja inhärent, welch großer Abrieb an den Oberflächen stattfindet, sonst bräuchte man sie ja nicht zu reparieren. Und dieser Abrieb, da kann man sich drüber streiten, aber es gibt vom Wissenschaftlichen Dienst des Bundestags aus dem Jahr 2020 auf der Basis von Fraunhofer Überlegungen von 30 Meter langen Rotorblättern, wo 10 Meter eben relevant sind, wo erheblicher Abrieb stattfindet und das zu 45 kg Abrieb pro Jahr pro Windanlage führt.
Nun, wir haben heute nicht mehr 30 Meter lange Rotorblätter, wir haben heute im Minimum 80 Meter lange Rotorblätter - und die gehen in Richtung 100 Meter! Wenn wir also nur von 80 Meter langen Rotorblättern ausgehen, die heute Standard sind, müssen wir von etwa 40 Meter Länge ausgehen, die dem Wetter , der Aggression und dem Abrieb ausgesetzt sind und nicht mit 10 Metern, wie vom Wissenschaftlichen Dienst und dem Fraunhofer zugrunde gelegt.
Das heißt, es sind nicht mehr 45 kg pro Jahr, sondern 45 mal 4 = 180 kg pro Jahr pro Windanlage. Und wenn Sie 180 kg mal 25 Jahre Betriebsjahre rechnen, sind das zwischen 2 und 3 Tonnen, die pro Windanlage an Mikropartikeln und Ewigkeitschemikalien in die Umwelt verbreitet werden. Das ist für den Betreiber erst mal kein Problem, er kann ja jedes Jahr die Oberfläche und die Rotoren reparieren lassen.
Aber die Umgebung, insbesondere wenn es landwirtschaftliche Flächen für die Herstellung von Lebensmitteln sind, leidet natürlich insoweit darunter, weil eine kontinuierliche Kontamination mit Mikropartikeln und Ewigkeitschemikalien stattfindet, die nach 20, 25 Jahren natürlich dazu führen müssen, daß diese Flächen landwirtschaftlich für Lebensmittelnutzung nicht mehr nutzbar sind. Das ist dann für die Landwirte mehr oder weniger eine Enteignung.
KlaTV-Interviewer: Also, was wir jetzt gehört haben, es sind nicht nur ein paar Gramm, sondern Sie haben von mehreren Tonnen hier geredet.
Olrik Hopfmann-Poller: Ja, also das ist erschreckend, was für eine Belastung aus dem Abrieb droht. Und es ist ja nicht nur die einzigste gesundheitliche Belastung, sondern es kommt ja auch noch die Belastung des für die Menschen nicht hörbaren Infraschalls dazu. Dieser Infraschall ist deswegen so gefährlich, weil er eben für das Ohr, für das menschliche Ohr nicht hörbar ist. Aber durch die dauerhafte Einwirkung - also ähnlich wie ein Wassertropfen, der immer tropft, tropft, tropft - gibt es für sensible Menschen eine Belastung des Nervensystems, des Herz-Kreislauf-Systems.
Und die Menschen werden in dem Sinne um ihren Schlaf gebracht. Es gibt Studien darüber, daß da auch eine Belastung des Herzmuskels passieren kann. Das ist an der Deutschen Universität in Mainz festgestellt worden. Und da sind die Menschen, die da sensibel drauf reagieren, nicht nur um ihren Schlaf gebracht, sondern das kann dazu führen, daß Menschen dort wegziehen müssen, wo diese Anlagen erbaut werden.
KlaTV-Interviewer: Auch trotz des großen Abstandes bisher?
Olrik Hopfmann-Poller: Ja. Diese Anlagen sind ja mittlerweile fast 300 Meter hoch. Die werden deswegen in der Höhe errichtet, weil mittlerweile die guten Standorte schon vergeben sind an der Küste. Deswegen müssen die in die Höhe bauen. Und deswegen ist auch der Infraschall, der dort übertragen wird, kilometerweit spürbar. Die Mindestabstände, die die Regierung dort vorgesehen hat, sind viel zu gering. Und wenn dort nicht nur eine Anlage steht, sondern mehrere Anlagen, die komprimiert auf den menschlichen Körper einwirken, dann sind Menschen oder können Menschen sehr stark belastet werden, daß die nicht mehr dort eine schöne Lebensqualität haben, sondern daß sie dadurch krank werden.
KlaTV-Interviewer: Es gibt ja Verbände wie der BUND, die sich auf die Fahne gestellt haben,

das alles zu schützen. Ich zitiere, laut BUND stellt Windenergie keine grundsätzliche Gefahr für unseren Wald, unsere Vögel oder generell die Gesundheit oder die Natur dar.
Olrik Hopfmann-Poller: Ja, man glaubt, daß der BUND als Interessenvertreter der Natur und der Umwelt hier etwas Gutes möchte. Das macht er aber gerade nicht. Wie wir auf der Internet-Seite dieser Vereinigung erkennen können, arbeitet er sogar mit den Windradfirmen zusammen. Dort heißt es, daß dort entsprechend mit den Dachverbänden inhaltlich zusammengearbeitet wird und das ist ein klarer Interessenskonflikt und ist für mich keine Unabhängigkeit.
KlaTV-Interviewer: Das ist spannend, wenn man also jetzt schon ein bißchen ein Gefühl dafür bekommen hat, wie es so um die Windkraftanlagen bestellt ist, sollte man ja meinen, die Behörden wüßten hier schon Bescheid und würden eingreifen. Wie sind Ihre Erfahrungen mit den ganzen Behörden?
Olrik Hopfmann-Poller: Ja, das sollte man meinen, daß eine Behörde zum Wohle des Bürgers im Vorsorgeprinzip handelt, um Schäden an der Gesundheit und in der Umwelt zu verhindern. Das tut sie aber nicht. Die Erfahrungen sind wie folgt bei uns gewesen: Wir haben diese Behörden, das ist in dem Fall das Umweltamt und das Landratsamt, vor der Errichtung von Windenergieanlagen mit vielen Informationen versorgt, mit Stellungnahmen, Gutachten, in Fakten, die auch nicht mehr zu leugnen sind.
Und die Behörde hat in dem Sinne durch nichts reagiert, durch nichts tun. Das ist für mich eine absolute Unverschämtheit, weil die Einhaltung des Grundgesetzes auch für eine Behörde an oberster Stelle steht. Zudem muß der Anlagenbetreiber nachweisen, daß keine Schäden von seiner Anlage ausgehen. Und eine Umweltbehörde als nachgelagertes Amt des Landratsamtes, muß dort diese Sachen abprüfen, die bedenklich sind, wo Gefahren drohen, um größere Schäden zu verhindern.
Das tut sie aber nicht. Wir haben also dort viele Mails an insgesamt vier Behörden geschickt. Die Reaktion war gleich null. Es gab keine Rückmeldung. Und in unserem Fall war das so gewesen, daß diese Windräder in Teilen erst mal genehmigt wurden, die Baugenehmigung wurde erteilt. Und das ist juristisch natürlich ein absolut starkes Stück und so nicht hinnehmbar.
KlaTV-Interviewer: Das heißt, wenn jetzt Behörden und Politik und, wie man ja sicher mitbekommt, auch die Medien diese Technologie durchdrücken wollen, dann stellt sich ja schon die Frage nach dem Grund.
Olrik Hopfmann-Poller: Ja, die haben wir uns auch gestellt. Der Ansatz ist vielleicht mit einem Wort zu beschreiben - Ideologie. Das ist für mich eine grüne Ideologie, die nicht umsetzbar ist. Weil, was bedeutet Energiewende?
Wir wollen die Ressourcen des Planeten nutzen. Wir wollen das, sag ich mal, für die Menschen ordentlich nutzen, das die einen Profit davon haben, damit die Umwelt, sag ich mal, nicht darunter leidet. Und das probiert man unter anderem mit der Errichtung von tausendfachen Windkraftanlagen, die aber nicht das umsetzen können, was das Ziel ist. Es ist eine blanke politische Ideologie, die aber in der Praxis so nicht funktioniert. Und das ist natürlich eine Sache, warum wird von der Politik so gehandelt?
Warum wird nicht ein Stopp reingehauen? Warum wird nicht an die Fakten gedacht und rational gedacht? Und da ist für mich die Frage, sind die Politiker in dem Fall nicht kompetent genug? Wollen sie das nicht? Sind sie abhängig, daß sie da nicht dagegen vorgehen wollen? Und warum wird mit aller Konsequenz versucht, dieses Thema durchzudrücken, wo die Welt insgesamt so nicht diesen deutschen Sonderweg mitgeht? Also muß ich in Teilen unterstellen, daß wir eine abhängige Politik haben, denen unsere Heimat, unser Land egal ist und die in dem Sinne uns schädigen.
KlaTV-Interviewer: In Ihrer Bürgerinitiative haben Sie ja jetzt schon einige Erfahrungen ge-

macht, wie man so ganz praktisch als Mensch, der was tun will, aktiv werden kann. Erzählen Sie doch mal.
Olrik Hopfmann-Poller: Wir haben mittlerweile einen zehnjährigen Kampf hinter uns gegen diesen Wahnsinn. Und ein Teil des Erfolges ist der Zusammenhalt, die Vernetzung mit anderen betroffenen Menschen in anderen Bürgerinitiativen. Wichtig ist dabei, daß die Menschen zueinander finden, daß nicht jeder alleine kämpft, daß man sich mit Erfahrungen, mit Fakten, mit Informationsmaterialien, Gutachten, Rechtsbeiständen etc. austauscht. Und sich gegenseitig auch mit Manpower vor Ort unterstützt.
Das beinhaltet natürlich viel, viel Arbeit, viel Zeit und ein großes Engagement der Menschen. Und wenn man das seit vielen Jahren macht, dann weiß ich, wovon ich rede. Wir haben dort schon einiges auf die Beine gestellt. Wir haben Zeitungen gedruckt, Flyer. (Den Flyer finden Sie unterhalb der Sendung.) Wir haben Protestveranstaltungen gemacht, Stellungnahmen geschrieben, Petitionen geschrieben. Wir sind bis in den Erfurter Landtag gekommen. Wir haben eine gute Vernetzung mit der Politik, weil das sind wichtige Ansprechpartner, die uns hören müssen.
Aber das Ziel, das große Ziel für ganz Deutschland sollte sein, daß so viel Druck ausgeübt wird auf die politischen Entscheidungsträger, daß in konzentrierten Aktionen das zu einer Reaktion im Bundestag führt. Denn das ist der Ort der Entscheidung. Wir haben eine Gesetzeslage, die vom Bundestag aus kommt und die Auswirkungen hat auf die einzelnen Bundesländer. Und dort kann nur ein Zusammenschluß der betroffenen Menschen Erfolg bringen. Alleine ist man recht einsam auf weiter Flur.
Ich vergleiche das immer mit den Bauernheeren im Mittelalter. Wenn man die zusammenschließt, waren sie stark gewesen. Das kann ein Ansatz sein, erst mal natürlich die Kräfte zusammenzuführen und stetig und konsequent an dieser Thematik immer weiter zu arbeiten, nicht nachzulassen und das der Politik zu sagen, bis hierher geht es und nicht weiter.
Wir werden nicht ablassen. Wir werden an dem Thema dranbleiben. Und wir werden euch immer auf die Finger schauen, immer genau beobachten, was ihr tut. Und wir wollen und werden Veränderungen so lange einfordern, bis sie passieren. Denn die Gefahrenlage ist dort extrem. Die ist erkennbar. Und wir haben eine Verantwortung für uns, für unsere Familien, für unser Land. Und deswegen gibt es kein Aufgeben, sondern hier wird bis zum Schluß gekämpft.
KlaTV-Interviewer: Wir haben mitbekommen, daß fast allerorts Bürgerinitiativen wie Pilze aus dem Boden schießen. Eben gerade zum Thema Windkraft. Was können Sie diesen gerade jungen Bürgerinitiativen noch auf den Weg geben?
Olrik Hopfmann-Poller: Das Wichtigste hatte ich gerade mit genannt, ist die Vernetzung. Das heißt, die Bürgerinitiativen können sich natürlich gerne an uns wenden. Und wir versuchen, dort eine Anleitung zu geben, eine Hilfe mit den Dingen, die uns schon widerfahren sind, die wir schon erlebt haben. Denn unterm Strich ist auch ein Stück weit Erfahrung da notwendig, weil die Gesetzeslage kompliziert ist. Sie ist verschlimmert worden durch die letzte Regierung, gerade was das grüne Umweltministerium angeht. Und da ist ganz wichtig, dort ein Leitwerk an die Hand zu geben, damit die Menschen wissen, was sie genau tun sollen. Im regionalen Bereich, beziehungsweise überregional.
Deswegen haben wir dort einen Zusammenschluß von Bürgerinitiativen aus ganz Thüringen. Was wir jetzt zurzeit schon umsetzen mit vielen anderen Bürgerinitiativen. Und das soll und muß natürlich noch wachsen. Dazu haben wir ein Portal geschaffen, wo alle Informationen einfließen können, wo sich jede Bürgerinitiative daraus die Dinge entnehmen kann. Und natürlich ist der persönliche Kontakt ganz wichtig. Denn es ist wichtig, damit die Menschen sich gegenseitig unterstützen. Und ob das jetzt etwas näher ist oder weiter weg, spielt dann keine Rolle mehr. Das Entscheidende ist, jeder unterstützt jeden, damit wir in der Politik wahrge-

nommen werden.
KlaTV-Interviewer: Ja, sehr schön. Sie haben jetzt gerade den persönlichen Kontakt an die oberste Stelle gesetzt. Und Sie haben ja auch im Vorgespräch erzählt, daß Sie demnächst eine große Aktion planen, was jetzt nicht direkt auf die Politik zielt. Aber erzählen Sie doch noch kurz über diese Aktion.
Olrik Hopfmann-Poller: Wir versuchen mit einer Aktion ein entsprechendes, überregionales Aufsehen zu erregen. Das wird sich in Kürze manifestieren mit einem Flyer, der recht aussagekräftig ist. Auf die Gefahren, die von den Windkraftanlagen ausgehen, hatte ich vorhin hingewiesen. Und deswegen werden wir in absehbarer Zeit mit vielen anderen Bürgerinitiativen mindestens Thüringen-weit tausendfach die Bürger informieren und werden dort Ansprechpartner sein für interessierte Bürger, die mehr wissen wollen.
Nach dieser Flyer-Aktion wird es viele Informationsveranstaltungen geben, wo in entsprechenden Vorträgen mit sachlich fundierten Informationen das Ganze nochmal den Bürgern näher gebracht werden kann, damit endlich ein Aufwachen passiert. Und dann natürlich der Bürger oder wir als Bürgerinitiativen, die den Protest vereinigen, noch mehr Gewicht in der Politik bekommen und das Thema auf die oberste Tagesordnung gehoben wird, weil das extrem wichtig ist. Gesundheit ist das Allerwichtigste heutzutage, nicht nur die Energiesicherheit. Und wenn die Gesundheit nicht mehr da ist, dann leidet das Leben. Und das ist keine schöne Option.
KlaTV-Interviewer: Ja. Sie haben jetzt der Aufklärung, also der Information der betroffenen Bürger, die das einfach noch nicht wissen, einen absoluten Fokus gegeben. Und meine letzte Frage wäre jetzt noch, an wen könnte man jetzt die Information weitergeben? Wer ist da jetzt offen für solche Infos?
Olrik Hopfmann-Poller: Hier zählen vor allen Dingen die Landwirte mit dazu, da ja die Windräder oftmals auf Felder gestellt werden, wo entsprechende Produkte produziert werden. Hier zählen die Forstbehörden mit dazu, die natürlich auch die Belange des Tierschutzes im Wald und der Natur mit im Blick haben sollten.
Und es zählen vor allen Dingen auch die Wasserschutzbehörden mit dazu, beziehungsweise die Wasserversorgungsfirmen, die natürlich für das Trinkwasser zuständig sind. Weil, wenn es dort zu Gefahren kommt - die Gefahren hatte ich ja vorhin kurz beleuchtet - dann kann das zu extremen toxischen Belastungen führen, die uns alle gesundheitlich belasten können. Ich hatte vorhin die Zahl gesagt, es gibt schon 1.500 Orte in Deutschland, die bereits mit PFAS belastet sind.
Und es ist also auch eine Pflicht gegenüber sich selber, seiner eigenen Gesundheit, daß man diese Behörden oder diese Firmen fordert, nachfragt, informiert und darauf hinweist, daß hier Dinge auf die Menschen, auf die Natur, auf die Tiere einwirken können, die gefährlich werden können. Und dann sollten da draus hin entsprechende Informationen erfolgen. Empfehlung ist von mir immer, das zu bündeln und das gemeinsam der Politik vorzutragen, damit man sozusagen mit einer Stimme spricht.
KlaTV-Interviewer: Gut, vielen Dank für diese klaren Möglichkeiten, für die vorgeschlagenen Schritte. Wir werden das auf alle Fälle mit Kla.TV begleiten und auch nach unseren Möglichkeiten unterstützen. Vielen Dank.
Olrik Hopfmann-Poller: Ich bedanke mich für die Unterstützung und hoffe, daß das vielen Menschen jetzt klar wird, daß das ein ganz wichtiges Thema ist und sich jeder damit beschäftigen sollte. Vielen Dank.<<
USA: Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 05/25" berichtet am 24. Januar 2025 (x1.476/…): >>**"Unser Land blüht wieder auf"**
Trumps Amtseinführung: Der neue alte US-Präsident verspricht Reformen, der deutsche Botschafter tobt

Liz Roth

Um 12.01 Uhr in der Rotunde des Kapitols unter der "Apotheose Washingtons", einem Fresko von 1865, hob Donald Trump seine rechte Hand und machte mit seinem Schwur und den Schlußworten "so wahr mir Gott helfe" eines der größten politischen Comebacks perfekt. Anders als üblich fand die Vereidigung nicht im Freien, vor dem Gebäude des Parlaments statt, da die amerikanische Hauptstadt mit extremen winterlichen Wetterbedingungen zu kämpfen hatte. Das Auftaktgebet sprach der Erzbischof von New York, Kardinal Timothy Michael Dolan.

Unter den vielen geladenen Gästen befanden sich der scheidende Präsident Joe Biden mit seiner Stellvertreterin Kamala Harris, die ehemaligen Präsidenten Bill Clinton, George W. Bush und Barack Obama. Aber auch die wichtigsten Unternehmer des Landes wie Elon Musk, Amazon-Chef Jeff Bezos, Facebook-Gründer Mark Zuckerberg oder Apple-Geschäftsführer Tim Cook.

Ebenfalls hatte Trump mit einer Tradition gebrochen und ausländische Regierungschefs zu seiner Amtseinführung eingeladen, darunter Italiens Premierministerin Giorgia Meloni und den argentinischen Präsidenten Javier Milei. In seiner Antrittsrede versprach Trump, daß nun das "goldene Zeitalter" des Landes beginne.

"Von diesem Tag an wird unser Land wieder aufblühen und auf der ganzen Welt respektiert werden", sagte Trump und betonte, daß das "Streben nach Exzellenz und Erfolg" nun oberste Priorität haben werde. Der neue Präsident der USA versprach, daß das Land "seine Souveränität zurückgewinnen, seine Sicherheit wiederherstellen und die Waage der Gerechtigkeit wieder ins Gleichgewicht" bringen werde.

"Jahrelang hat ein radikales und korruptes Establishment unseren Bürgern Macht und Reichtum entzogen, während die Säulen unserer Gesellschaft zerbrochen und scheinbar völlig verfallen waren. Wir haben jetzt eine Regierung, die nicht einmal eine einfache Krise im Inland bewältigen kann, während sie gleichzeitig über eine anhaltende Reihe katastrophaler Ereignisse im Ausland stolpert."

"Demokratische Grundprinzipien werden weitestgehend ausgehebelt"

Nur wenige Momente nach der Vereidigung, während seiner Siegesfeier in der Capital One-Arena in Washington, machte er sein Versprechen wahr und unterschrieb vor Publikum die ersten Dekrete. Er unterzeichnete gleich neun Verordnungen, die sogenannten "Executive Orders", darunter diejenigen, die den Ausstieg der USA aus dem Pariser Klimaabkommen, den Neubeschäftigungsstopp für die meisten nicht-militärischen Angestellten der Bundesverwaltung und die Abschaffung des Home Office für diese vorsahen. In den anderen Beschlüssen stehen der ausdrückliche Schutz der Meinungs- und Redefreiheit sowie Anweisungen an die zuständigen Ressorts, sich verstärkt dem Kampf gegen die Inflation zu widmen.

Nach seiner Ankunft im Weißen Haus am frühen Abend begnadigte Trump rund 1.500 Personen, die wegen mutmaßlicher Beteiligung am "Sturm auf das Kapitol" am 6. Januar 2021 angeklagt worden waren. Nur wenige Stunden später wurden die ersten Häftlinge entlassen.

Für Wirbel kurz vor der Amtseinführung sorgte der deutsche Botschafter in den USA, Andreas Michaelis. In einem Bericht an das Auswärtige Amt warnte er in einem für einen Diplomaten außergewöhnlichen Ton vor massiven negativen Veränderungen der US-Politik durch den neuen Präsidenten. Die Agenda der zweiten Amtszeit Trumps sei jene "der maximalen Disruption, des Aufbrechens etablierter politischer Ordnung und bürokratischer Strukturen" und bedeute wie "seine Rachepläne letztlich eine Neudefinition der verfassungsrechtlichen Ordnung". Dies habe eine "maximale Machtkonzentration beim Präsidenten zu Lasten von Kongreß und Bundesstaaten" zur Folge, so Michaelis.

Weiter schreibt der Botschafter: "Demokratische Grundprinzipien sowie checks and balances (Kontrolle und Ausgleich) werden weitestgehend ausgehebelt, Legislative, Gesetzesvollzug

sowie Medien ihrer Unabhängigkeit beraubt und als politischer Arm mißbraucht, Big-Tech erhält Mitregierungsgewalt."
Das Auswärtige Amt wollte sich auf Anfrage dazu nicht äußern.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 05/25" berichtet am 24. Januar 2025 (x1.476/…): >>**Donald Trump präsentiert neue Kryptowährung mit seinem Namen**
Memecoins für die Fans
Thomas Kirchner
Gerade erst hat Amerika die Selbstbereicherung des Biden-Clans überstanden, schon sehen manche eine ähnliche Entwicklung bei Donald Trump: Kurz vor seiner Amtseinführung kam eine von ihm unterstützte Kryptowährung auf den Markt, die von Null auf 30 Milliarden Dollar Marktwert stieg. Vom Anfangskurs von 18 Cent auf 30 Dollar zwölf Stunden später war das ein Sprung von 15.000 Prozent. 80 Prozent werden von Insidern gehalten, mit ihnen verbundene Konten sollen bereits eine halbe Milliarde Dollar erlöst haben.
Trumps Währung ist eine sogenannte Memecoin, also eine Währung, die auf Trends oder Witzen aufbaut. Ihr technischer Mehrwert ist Null, denn sie bauen auf bestehende Kryptosysteme auf. In Trumps Fall ist das Solana. Außer Spekulation haben Memecoins keinen Nutzen. Folglich sind sie Nullsummenspiele: Wer sie auflegt, kann viel Geld kassieren. Eingezahlt wird das von einer gutgläubigen bis gierigen Öffentlichkeit in der Hoffnung, daß andere noch höhere Kurse zahlen. Doch der Letzte ist der Dumme. Negativbeispiel ist eine von der Influencerin Haliey Welch im Dezember gestartete Memecoin, die einen Wert von fast 500 Millionen Dollar erreichte, dann innerhalb weniger Minuten um 95 Prozent fiel.
Es fragt sich also: Hat Trump seine Stellung mißbraucht? Das ist weniger eindeutig als im Fall der Bidens, die politischen Einfluß monetisiert haben. Denn nicht alles, wo Trumps Name draufsteht, ist im Besitz der Firma. Schon seit Jahrzehnten wird vieles an Dritte lizenziert. Der Name schmückt Luxuswohntürme von Manila über Istanbul bis Punta del Este. Krawatten, Bücher, ein Gesellschaftsspiel - wie Hugo Boss oder Cartier, nur breiter gefächert, und erlangte die Marke Trump ihren Glanz lange vor dem politischen Engagement ihres Gründers. Damit unterscheidet er sich von den Clintons oder Obamas, deren Bücher und Podcasts ohne ihre politische Prominenz Ladenhüter geblieben wären.
Der Zeitpunkt der Einführung ist schlecht gewählt. Hohe US-Beamte sind angehalten, den Eindruck jeglichen Interessenkonflikts zu vermeiden. Das gilt auch für Wahlämter. Biden setzte sich über diese Empfehlung hinweg und schnappte Hillary Clinton das Ukraineressort weg, obwohl (oder weil) sein Sohn dort Geschäftsinteressen verfolgte. Trump hätte auch verzichten sollen.<<
Algerien: Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 05/25" berichtet am 24. Januar 2025 (x1.476/…): >>**Frankreichs schwarze Episode**
Mit dem neuen Gouverneur in Algerien eskaliert der Konflikt der arabischen Unabhängigkeitskämpfer gegen das koloniale Mutterland
Karlheinz Weißmann
Wie alle schmutzigen Kriege hat auch der Algerienkrieg kein präzise bestimmbares Anfangsdatum. In der Literatur findet sich die Auffassung, daß er mit den Gewalttaten zwischen arabischen Einwohnern und europäischen Siedlern 1945 begann, aber es wird auch die Ansicht vertreten, daß sein Auslöser das "Blutige Allerheiligen" war, als der Front de la libération nationale (FLN) am 1. November 1954 eine Reihe von Anschläge durchführte, denen Weiße, aber vor allem Einheimische zum Opfer fielen, die man als "Kollaborateure" betrachtete.
In den zehn Jahren zwischen dem ersten und dem zweiten Ereignis gab es kaum größere Konflikte, und selbst in den letzten Wochen des Jahres 1954 registrierte die Öffentlichkeit wenig von den dramatischen Ereignissen auf nordafrikanischem Territorium.
Das sollte sich ändern, nachdem die Regierung Mendès France beschlossen hatte, stärkere

Truppenkontingente nach Algerien zu entsenden und Jacques Soustelle am 25. Januar 1955 das Amt eines Gouverneurs antrat. Soustelle, Gaullist der ersten Stunde und Gelehrter - sein Fachgebiet waren die präkolumbischen Kulturen Amerikas - verstand sich als Kritiker des Kolonialismus. Er setzte deshalb an die Stelle der "Assimilation" die "Integration" der arabischen Einwohner. Aber die Zuspitzung der Lage und die ausgesuchte Grausamkeit des Vorgehens der FLN führten dazu, daß er seine ganze Energie auf die Rückgewinnung der militärischen Kontrolle des Gebietes richten mußte.

Das war seit 1830 Teil des französischen Empire. Vor der Besetzung hatte es nie eine Einheit gebildet, selbst der Name "Algerien" wurde von den Kolonialherren festgelegt. Bis dahin unterstand der größere Teil des Landes dem Bey von Algier, der pro forma dem Sultan in Konstantinopel Rechenschaft schuldete, aber faktisch mit Hilfe einer hauchdünnen türkischen Oberschicht und der einheimischen Notabeln nach Gutdünken regierte.

Die finanzielle Grundlage seiner Herrschaft bildeten von der Landbevölkerung eingeforderte Zahlungen und der Sklavenhandel; man bevorzugte weiße Christen wegen der hohen Preise, die sie erzielten, oder wegen der Möglichkeit, Lösegeld zu erpressen. Noch in den 1820er Jahren leistete Großbritannien eine Art Tribut an den Bey, damit seine Schiffe von den "Barbaresken" verschont blieben, und faktisch hat erst der Einmarsch französischer Truppen dieser Bedrohung und der Sklaverei ein Ende gemacht.

In der Folge siedelten sich Franzosen, aber auch Italiener, Spanier und Malteser in Algerien an oder wurden strafweise dorthin deportiert. Seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts stellten sie etwas mehr als zehn Prozent der Einwohner. Es entstand eine Landwirtschaft, die mit ihren Produkten das Mutterland versorgte, und seit der Zwischenkriegszeit kam es verstärkt zum Ausbau von Infrastruktur und Industrie. Davon profitierte die große Mehrheit der Araber beziehungsweise Berber aber kaum. Zwar galt Algerien seit 1875 rechtlich als integraler Bestandteil der französischen Republik, doch die einheimische Bevölkerung blieb faktisch einer Segregation unterworfen.

Sie bestand vor allem aus armen, analphabetischen Bauern, die keinen Zugriff auf die ertragreichen Böden des Landes und keine sozialen Aufstiegschancen hatten und sich oft der Willkür von Justiz und Verwaltung ausgesetzt sahen. Daran änderten auch die vorsichtigen Reformversuche wenig, die wegen der massiven Rekrutierung von Eingeborenentruppen während der beiden Weltkriege unvermeidlich waren. Vielmehr wuchs gerade in den Reihen der Veteranen der Unmut, deren Erfahrungen auf den europäischen Schlachtfeldern zudem jeden Glauben an die moralische Überlegenheit der Weißen erschüttert hatte.

Kampf gegen den FLN wurde mit äußerster Härte geführt

Aus ihren Reihen kamen viele jener Männer, die seit Mitte der 1940er Jahre mit dem Aufbau einer algerischen Unabhängigkeitsbewegung begannen. Über den Weg zum Ziel bestand allerdings keine Einigkeit. Während die meisten Führer von der Wirksamkeit friedlicher Mittel überzeugt waren, befürwortete eine Minderheit von Anfang an den bewaffneten Kampf. Wichtigster Träger dieser Strategie wurde der 1954 gegründete FLN.

Dessen Doktrin war der "algerische Nationalismus", der nur an dem Mangel litt, daß es eine algerische Nation nie gegeben hatte. Weshalb sich das, was unter dieser Bezeichnung verstanden wurde, in erster Linie aus dem Haß auf die Weißen, diffusen Vorstellungen von Sozialismus und Mobilisierung der Muslime im Sinne des Dschihad speiste.

Unterstützung konnte man in erster Linie aus den bereits unabhängigen arabischen Staaten erwarten. Ein Sachverhalt, der während der sogenannten "Suez-Krise" deutlich hervortrat, die im Oktober 1956 ausbrach, nachdem der ägyptische Staatschef Gamal Abdel Nasser den Suez-Kanal nationalisiert hatte und eine Intervention französischer und britischer Truppen gescheitert war.

Im Hintergrund spielte dabei das Zusammengehen der Supermächte Sowjetunion und USA

mit, die sich als Vorreiter des Antikolonialismus gerierten, um ihren Einfluß in der arabischen Welt weiter auszudehnen. Bezeichnenderweise trat der US-amerikanische Senator John F. Kennedy damals schon öffentlich für die Unabhängigkeit Algeriens ein und erneuerte diese Forderung, nachdem er 1961 zum Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt worden war. Zu dem Zeitpunkt war das Schicksal des französischen Algerien besiegelt. Besiegelt, obwohl die Franzosen aus den eigenen und den Fehlern der übrigen europäischen Kolonialmächte gelernt zu haben schienen.

So wurde der Kampf gegen den FLN zwar mit äußerster Härte geführt - Militär und Gendarmerie zerstörten rasch dessen Stützpunkte in den Städten und, drängten die verbleibenden Kämpfer in das Gebirge ab -, aber gleichzeitig ergriff man Maßnahmen, um Schutz und Versorgung der arabischen Bevölkerung zu sichern. Tatsächlich scheiterte der letzte breit angelegte Vorstoß des Front - die sogenannte "Belagerung von Algier" - schon im Oktober 1957, womit die französischen Truppen Herrn der Lage zu sein schienen.

Allerdings setzte der FLN seine Anschläge in Algerien wie in Frankreich fort, was zum Stimmungsumschwung beitrug, der sich allmählich bemerkbar machte. Es waren jetzt nicht mehr nur die Kommunisten, die linke Intelligenz - allen voran Jean-Paul Sartre und Simone de Beauvoir - sowie die "progressiven" Katholiken, die gegen den Krieg opponierten oder aktiv den FLN unterstützten, auch der Durchschnittsfranzose wollte je länger je weniger mit der nordafrikanischen Affäre belästigt werden.

Diese Entwicklung blieb in Algerien so wenig unbemerkt wie die Staatskrise der Vierten Republik. Angesichts der wachsenden Sorge, daß Frankreich das Überseeterritorium aufgeben werde, kam es am 13. Mai 1958 zu einem Militärputsch in Algier, der faktisch den "Staatsstreich auf Velours" vorbereitete, der Charles de Gaulle zurück an die Macht bringen sollte. Das und die Ausrufung einer Fünften Republik verbanden viele Algerienfranzosen mit großen Erwartungen. Als de Gaulle am 4. Juni 1958 in Algier eintraf, empfingen ihn die Einwohner begeistert und beantworteten sein berühmtes "Je vous ai compris" - "Ich habe Euch verstanden" wie den Hochruf "Vive l' Algérie française!" mit frenetischem Jubel.

Massenflucht von zwei Millionen Algerienfranzosen nach 1962

Nur spielte der General-Präsident zu diesem Zeitpunkt schon ein doppeltes Spiel. Die Durchführung eines Referendums über den zukünftigen Status Algeriens am 28. September ließ jedenfalls die Sorge unter den europäischen Siedlern wachsen, in einem autonomen Algerien auf den Status einer machtlosen Minderheit abgedrängt zu werden. Am 24. Januar 1960 kam es zu einer Revolte der Zivilbevölkerung in Algier - der "Woche der Barrikaden" -, die nur folgenlos blieb, weil die Armee nicht Partei ergriff. Anders ein gutes Jahr später, nachdem sich im Gefolge eines weiteren Referendums die Anzeichen verstärkt hatten, daß der Rückzug Frankreichs bevorstand.

Am 22. April 1961 erschütterte ein zweiter Militärputsch Algerien, getragen von Fallschirmjägern und Truppen der Fremdenlegion. Trotz der Unterstützung durch viele Europäer scheiterte der Vorstoß rasch, da es im Grunde keinen Plan gab, wie man vorgehen sollte. Die Akteure glaubten, es genüge, "Selbstbestimmung" zu fordern und auf dem Fortbestand der Algérie française zu beharren. Im übrigen rechnete man mit einer schweigenden Mehrheit der französischen Bevölkerung, die es nicht gab, und mit dem Anschluß der Truppen im Mutterland, die aber loyal zu de Gaulle standen.

Nach wenigen Tagen fiel der Vorstoß in sich zusammen. Die Anführer flohen ins Ausland oder wurden festgenommen und durch Militärgerichte abgeurteilt. Ein Teil schloß sich der Organisation de l' armée secrète (OAS) - der "Geheimen Armeeorganisation" an, die den Kampf in Algerien wie im Mutterland mit terroristischen Mitteln fortzusetzen suchte. Es resultierte daraus ein Konflikt, dessen besondere Schärfe auch damit zu tun hatte, daß das am 18. März 1962 mit dem FLN geschlossene Abkommen von Évian, das Algerien in die Unab-

hängigkeit entließ, eine Massenflucht von zwei Millionen Algerienfranzosen über das Mittelmeer auslöste, deren Remigration in keiner Weise vorbereitet worden war.
Diejenigen Europäer, die im Land geblieben waren, sahen sich der Rache der neuen Machthaber ausgesetzt. Schon unmittelbar nach Ausrufung eines souveränen algerischen Staates kam es in Algier zu einem Massaker. Das war aber nur ein Vorgeschmack auf die von der neuen Regierung in den nächsten Monaten vollzogene "Befriedung".
Man spricht von etwa 1.800 "verschwundenen" Algeriern europäischer Herkunft und etwa 80.000 Toten unter den "Frankreich treu ergebenen Muslimen", vor allem den Harkis, die als Milizen gedient hatten. Entsprechend erhöht sich die Zahl der Ziviltoten des Krieges, die in der Regel mit 140.000 bis 350.000 Personen angegeben wird; dazu kommen 24.000 gefallene französische Soldaten und 43.000 Angehörige der Ordnungskräfte. Wie viele Kämpfer des FLN getötet wurden, ist unbekannt.
Die Beziehungen zwischen Frankreich und Algerien sind auch sechzig Jahre nach dem Ende des Krieges belastet, was vor allem damit zu tun hat, daß man in Algier sehr genau weiß, wie man auf der gegenwärtig Konjunktur aufweisenden Klaviatur des "Antikolonialismus" spielen muß und Paris dem willig folgt. Das wäre de Gaulle nie in den Sinn gekommen.
Sein Entschluß zur Preisgabe des nordafrikanischen Gebiets folgte vielmehr ganz nüchternem Kalkül. Gegenüber einem Vertrauten, der sich für den Verbleib aussprach, hatte er geäußert: "Haben Sie die Muslime gesehen? Haben Sie die Muslime mit ihren Turbanen und ihren Djellabas gesehen? Sie sehen wohl, daß das keine Franzosen sind!
Diejenigen, die eine Integration vorschlagen, haben einen Vogel, auch wenn sie sehr intelligent sind. Versuchen sie Öl und Essig zu verbinden. Schütteln sie die Flasche. Aber nach dem Bruchteil eines Moments scheiden sie sich aufs neue. Die Araber sind die Araber, die Franzosen sind die Franzosen. Sie glauben daß der französische Körper zehn Millionen Muslime aufnehmen kann, die morgen zwanzig Millionen sein werden und übermorgen vierzig Millionen?"<<

Nigeria: Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 05/25" berichtet am 24. Januar 2025 (x1.476/…): >>**Verfolgte Christen in Nigeria**

Werner Olles

Die Zahlen sind schockierend: 2023 waren weltweit 365 Millionen Christen direkter Verfolgung ausgesetzt. Ein Land sticht dabei besonders hervor. In Nigeria kamen im besagten Jahr etwa 7.000 Christen wegen ihres Glaubens gewaltsam um. Und dennoch haben die Menschen dort trotz Diskriminierung, Verfolgung und sogar Tod einen unglaublich starken und inspirierenden Glauben.
Tatsächlich hat die Verfolgung der Christen in Nigeria System. Scharia-Gerichte im Norden, Blasphemie-Gesetze, die jeden treffen können, und Terrorgruppen wie Boko Haram oder die Milizen der ebenfalls islamischen Fulani verfolgen systematisch Christen und andere religiöse Minderheiten. Das Land ist eines von sieben muslimischen Staaten, in denen auf Blasphemie die Todesstrafe steht. Zudem begünstigen die Gesetze der Scharia als Rechtsprechung, die sich auf den Koran und die Sunna stützt, in den zwölf Nordstaaten brutale Ausschreitungen durch gewalttätige Gruppen. Der Islam hat dort einen privilegierten Status erlangt und beeinflußt auch stark die allgemeine Justiz.
Boko Haram, die sich zum Islamischen Staat (IS) bekennt, geht es ausdrücklich darum, Christen in Nigeria zu ermorden, Frauen und Kinder zu entführen und zwangsweise zu islamisieren. Der größten Gefahr sind dabei christliche Konvertiten, ihre Familien, Freunde und Nachbarn ausgesetzt. Sie werden häufig wegen falscher Anschuldigungen vor Gericht gestellt, erleiden im Gefängnis Folter und müssen oft jahrelang ohne anwaltliche Hilfe auf Prozesse warten.
Die Verfolger gehen gezielt vor, indem sie christliche Dörfer angreifen, die Bewohner töten

oder entführen und das Dorf dem Erdboden gleichmachen. Die islamischen Terroristen zerstören Kirchen und richten Priester und Pastoren hin. Zurück bleiben Ruinen, Massengräber, verwaiste Kinder, aber auch ein starker Glaube.
Die vierteljährlich erscheinende und von der christlichen Lobbygruppe ADF International ("Alliance Defending Freedom") herausgegebene Zeitschrift Impact berichtet in der aktuellen Ausgabe (4/2024) aber auch über die Hoffnung der Christen auf die Durchsetzung der Religionsfreiheit für alle Nigerianer, so wie sie im nigerianischen und internationalen Recht verankert ist.
Die Anwälte der Organisation arbeiten auf allen politischen Ebenen für die Abschaffung der Blasphemie-Gesetze, für den Schutz von Christen und verfolgten Minderheiten und ein friedvolles Miteinander. Leider ist selbst ein Freispruch vor Gericht in Ländern wie Nigeria, Pakistan oder Indonesien noch keine Garantie für die Sicherheit der Freigesprochenen, da anschließend immer noch die Gefahr besteht, daß sie Opfer eines Lynchmobs werden.<<

25.01.2025

BRD: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 25. Januar 2025 (x1.473/…): >>**Habeck verspricht sinkende Strompreise**
Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) will die Strompreise in der nächsten Legislaturperiode weiter senken. Der "Bild" (Samstagsausgabe) sagte Habeck: "Ich verspreche, die Strompreise werden sinken - dafür werde ich mich vom ersten Tag an einsetzen." Habeck ergänzte, Strom müsse sauber, sicher und bezahlbar sein. Das gelte für die Bürger, die Industrie und für die Zukunft des Planeten. Konkret will Habeck die Netzentgelte über den Bundeshaushalt finanzieren.
Die Stromsteuer solle faktisch abgeschafft werden. Außerdem sollten die Bürger stärker an den Gewinnen der Energiewende beteiligt werden.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 25. Januar 2025 (x1.473/…): >>**Militärführung schlägt Stationierung von EU-Soldaten in Grönland vor**
Die Militärführung der Europäischen Union hat die Stationierung von EU-Soldaten in der vom US-Präsidenten Donald Trump beanspruchten dänischen Insel Grönland ins Gespräch gebracht.
"Die Insel ist unter geopolitischen Gesichtspunkten von großer Bedeutung und hat auch aus sicherheitspolitischer Sicht eine große Relevanz", sagte der Vorsitzende des EU-Militärausschusses (EUMC), Vier-Sterne-General Robert Brieger, der "Welt am Sonntag". "Aus meiner Sicht wäre es durchaus sinnvoll, in Grönland, nicht nur wie bisher US-Streitkräfte zu stationieren, sondern künftig auch eine Stationierung von EU-Soldaten in Erwägung zu ziehen. Das wäre ein starkes Signal und könnte zur Stabilität in der Region beitragen", so Brieger, der als Chef des EU-Militärausschusses den Generalstabschefs der 27 EU-Mitgliedstaaten vorsitzt.
Letztlich sei ein solcher Schritt aber eine politische Entscheidung, sagte der General. Brieger erklärte weiter, Grönland sei ein dänisches Territorium in Übersee, das allerdings nicht zur EU gehöre. "Trotzdem haben die Europäer - ebenso wie die USA - Interessen in Grönland." In der Region gebe es reichhaltige Rohstoffvorkommen, zudem führten wichtige Verkehrswege für den internationalen Handel an Grönland vorbei. "Das schafft mit zunehmender Eisschmelze infolge des Klimawandels aber auch ein gewisses Spannungspotential gegenüber Rußland und möglicherweise China."
Insgesamt erwarte er, daß die USA als Mitglied der Vereinten Nationen die in der UN-Charta festgeschriebene Unverletzbarkeit der Grenzen respektierten. Laut Brieger haben die 27 EU-Staaten ihre Verteidigungsausgaben im vergangenen Jahr auf ein Rekordniveau erhöht. "Der Ukraine-Krieg hat zu einem Umdenken geführt", sagte der oberste EU-Militär. Die EU-Staaten hätten erkannt, daß es wichtig sei, viel stärker in militärische Fähigkeiten zu investie-

ren und zugleich den Aufbau der europäischen Verteidigungsindustrie anzugehen.
Brieger: "Die 27 EU-Staaten hatten im Jahr 2024 zusammen geschätzt ein Verteidigungsbudget von 326 Milliarden Euro - das wäre ein Plus gegenüber dem Jahr 2023 (279 Milliarden Euro) und ein Rekord in der Geschichte der Europäischen Union. Der steigende Trend von Verteidigungsinvestitionen - also Forschung, Entwicklung und Beschaffung von Verteidigungsgütern- im Jahr 2024 hat sich ebenfalls fortgesetzt, wobei die Daten darauf hindeuten, daß die Investitionen mehr als 100 Milliarden Euro und mehr als 30 Prozent der Verteidigungsausgaben insgesamt umfassen."
Mit Blick auf die erst am Donnerstag von Präsident Trump im Weißen Haus wiederholte Forderung an die Nato-Mitgliedsländer, fünf Prozent der Wirtschaftskraft in Verteidigung zu investieren, sagte Brieger: "Ich denke, viele Äußerungen von Präsident Trump sind vorwiegend rhetorischer Natur. Sie haben einen appellatorischen Charakter." Viele EU-Länder arbeiteten ernsthaft daran, dauerhaft das Zwei-Prozent-Ziel zu erreichen. Das sei eine "bemerkenswerte" Entwicklung.
Brieger: "Fünf Prozent zu fordern, ist ein stark vereinfachter Ansatz. Wenn man das Verteidigungsbudget nun zügig mehr als verdoppeln würde, könnte man das Geld voraussichtlich gar nicht ausgeben. Für deutlich mehr Aufträge fehlten vermutlich die notwendigen Produktionskapazitäten in der Rüstungsindustrie." Es müßte zudem militärische Planungsanalysen geben, wo das Geld investiert werden soll und woher das notwendige Personal für Einsatz und Wartung der Waffen überhaupt kommen könnte.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 25. Januar 2025 (x1.472/…):
>>**Musk bei AfD-Wahlkampfauftakt: "Die Zukunft unserer Zivilisation könnte sich bei dieser Wahl entscheiden"**
Elon Musk wurde beim AfD-Wahlkampfauftakt in Halle live zugeschaltet und sprach der Partei für die bevorstehende Bundestagswahl am 23. Februar Mut zu. Musk lobte das AfD-Wahlprogramm und bezeichnete die kommende Wahl als "unglaublich wichtig".
Jonas Aston
Elon Musk
US-Tech-Milliardär Elon Musk ist beim AfD-Wahlkampfauftakt in Halle zu Gast und per Video zugeschaltet. Sinn und Zweck des Auftritts war es, der Partei für die kommende Wahl Mut zuzusprechen. "Kämpft für eine großartige Zukunft für Deutschland", erklärte Musk live in der Halle vor etwa 4.500 Parteianhängern. Lob sprach Musk für das Wahlprogramm der AfD aus. Die dort erhobenen Forderungen seien solche des gesunden Menschenverstands.
Auch in Amerika habe man die Wahl durch das Einfordern von "fundamentalen Dingen" wie dem Schutz des Einzelnen durch den Staat. Ebenso müsse man Freiheiten für die Menschen schaffen. Ganz besonders lobt Musk die AfD für ihr Eintreten für die Meinungsfreiheit. Das Beharren auf der freien Meinungsäußerung sei unabdingbar für eine Demokratie.
Der gegenwärtigen Regierung warf er hingegen vor, "aggressiv" die Meinungsfreiheit in Deutschland zu "unterdrücken". Bürger einzusperren aufgrund von Social Media Posts sei eine "totalitäre Herangehensweise". Zudem machte Musk deutlich, daß er die kommende Wahl in Deutschland für "unglaublich wichtig" hält.
Wie die deutschen Wähler sich am 23. Februar entscheiden würden, sei nicht nur entscheidend für Europa, sondern womöglich für die gesamte Welt. Doch der CEO geht sogar noch einen Schritt weiter. "Die Zukunft unserer Zivilisation könnte sich bei dieser Wahl entscheiden". Musk hofft aus diesem Grund in Deutschland auf eine "Kettenreaktion".
Er rief dazu auf, mit Freunden und Familienmitgliedern zu sprechen, sie von der AfD zu überzeugen und damit schlußendlich zur stärksten Kraft in Deutschland zu machen. Er sei sich sicher: "Die Menschen wollen Veränderung". Und wenn man Veränderungen wolle, müsse man für eine andere Partei votieren. "Das ist ein Fakt, das ist logisch", so Musk. Zudem si-

cherte Musk der AfD seine Unterstützung ebenso wie die der Trump-Administration zu.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 25. Januar 2025 (x1.472/…):

>>**Nach AKW-Aus: Atomstromimporte erreichten 2024 neues Rekordhoch**

Deutschland hat im vergangenen Jahr so viel Atomstrom importiert wie nie zuvor. 18,1 Terawattstunden wurden aus dem Ausland dazugekauft - etwa ein Viertel aller Importe. Dabei wurde der Strom im Zuge des Atomausstiegs oft als besonders teuer bezeichnet.

Wim Lukowsky

Nach dem Atomausstieg im April 2023 sind die Stromimporte auch 2024 weiter massiv angestiegen. Das zeigen die Zahlen der Bundesnetzagentur. Während hierzulande 432.000 Gigawattstunden produziert wurden, mußten 67.000 Gigawattstunden im vergangenen Jahr dazugekauft werden. Das waren 23,2 Prozent mehr als noch 2023, als mit 54,3 Gigawattstunden bereits ein Rekordjahr verbucht wurde. Währenddessen gingen die deutschen Stromexporte auf 35.000 Gigawattstunden zurück.

Besonders brisant ist die Zunahme von Atomstromimporten: 18,1 Gigawattstunden und damit mehr als ein Viertel stammten 2024 aus ausländischen Kernkraftwerken. Zwischen 2015 und 2022, den Jahren vor dem endgültigen Atomausstieg, lagen die Importe noch bei durchschnittlichen 6,2 Gigawattstunden. Zudem war Deutschland in diesem Zeitraum Nettoexporteur, lieferte also mehr Strom aus als importiert werden mußte.

Das änderte sich 2023: Zum ersten Mal seit 20 Jahren mußte Deutschland mehr Strom im Ausland kaufen. Zwar war der Anteil des Atomstroms an den Importen zuvor prozentual höher, in absoluten Zahlen stiegen die gelieferten Kernkrafterzeugnisse aber auf 11,8 Gigawattstunden an und wurden somit fast verdoppelt. Im vergangenen Jahr wurde diese Zahl dann mit den 18,1 Gigawattstunden noch einmal drastisch überboten.

Diese Summe entspricht zudem ungefähr der Leistung zweier Kernkraftwerke, die im Ausland dementsprechend rund um die Uhr für Deutschland produzieren mußten. Die drei im April 2023 abgeschalteten Atomkraftwerke Emsland A, Isar 2, Neckarwestheim 2 hätten bei Nutzung ihrer Leistung etwa 30.000 Gigawattstunden beisteuern können.

Eine Laufzeitverlängerung sollte es aber nicht geben. Die für die Prüfung des Atomausstiegs zuständigen Behörden, das Umwelt- sowie das Wirtschaftsministerium, argumentierten auch mit wirtschaftlichen Risiken. Die Meiler müßten gewartet und neue Brennstäbe beschafft werden, lautete ein Argument.

Klaus Müller, Präsident der Bundesnetzagentur, aber auch Wirtschaftsminister Robert Habeck wollen Statt dessen auf günstige Stromimporte setzen, das soll durch den europäischen Strommarkt möglich sein. Doch im vergangenen Jahr machte Atomstrom den größten Anteil an angelieferten Stromerzeugnissen aus - Wind- und Wasserkraft lagen jeweils bei etwa 14.000 Gigawattstunden, Solaranlagen lieferten 3.300 Gigawattstunden.

Diese Zahlen stellen die Erklärungen von Müller und Habeck also in Frage: Entweder Deutschland hat oftmals nicht den günstigsten Strom importiert oder aber Atomstrom war das günstigste Erzeugnis, das am Markt eingekauft werden konnte. Dann stellt sich jedoch die Frage: Wäre der Weiterbetrieb der drei deutschen Meiler wirklich ein wirtschaftliches Risiko gewesen?<<

USA: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 25. Januar 2025 (x1.471/…):

>>**"Wall Street Journal" enthüllt: Trump macht sich über Scholz und Merz lustig**

Egal, wer von beiden nach der Bundestagswahl am 23. Februar Kanzler wird: Weder Friedrich Merz (CDU) noch Olaf Scholz (SPD) genießen beim neuen US-Präsidenten Donald Trump hohes Ansehen, wenn man dem renommierten "Wall Street Journal" glauben darf.

Hinter den Kulissen soll sich US-Präsident Donald Trump über die beiden lustig machen, schreibt Top-Journalist Bojan Pancevski. Er gilt als bestens vernetzt im Lager der Republikaner.

Bei einem Treffen in seinem Anwesen in Mar-a-Lago (Florida) soll Trump laut dem Bericht Mitte Dezember gesagt haben, daß er kürzlich einen Anruf von Scholz erhalten habe und daß er den deutschen (Noch-) Regierungschef langweilig und öde finde. Auch über Unions-Kanzlerkandidat Friedrich Merz soll sich Trump abfällig geäußert haben - wie genau, geht aus dem Artikel allerdings nicht hervor.<<

26.01.2025

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 26. Januar 2025 (x1.471/…): >>**Angela Merkel, die heimliche CDU-Vorsitzende!**

"Dicke Sauerländer" heißt eine herzhafte Bockwurst-Spezialität aus Nordrhein-Westfalen. Es gibt auch "dünne Sauerländer". Eines dieser ganz armen Würstchen ist 1,98 Meter lang und heißt Friedrich Merz!

Mit einem scheinbar scharfen Kurs in der Migrationsdebatte will er sich von seiner Erzrivalin Angela Merkel absetzen. Dabei ist und bleibt Friedrich Merz, der (peinlich, peinlich!) auf seinen Socken die Initialen "FM" trägt, ein Merkel-Getriebener. Wovon seine Verrenkungen mit Blick auf seinen vollmundig angekündigten "all in-Vorstoß" diese Woche im Deutschen Bundestag abermals eindrucksvoll Zeugnis ablegen.

Am Montag (27. Januar) tagt der Bundesvorstand der CDU. Vorgeblich, um eine Wende in der katastrophalen Migrationspolitik der Altparteien herbeizuführen.

Im Vorfeld meldete das linksgrüne "Redaktionsnetzwerk Deutschland" (RND), gegen die Merz-Pläne gebe es in der CDU "kritische Stimmen". "Das ist politischer Selbstmord", wird ein namentlich nicht genanntes Bundesvorstandsmitglied zitiert.

Weiter: "Das wird die CDU noch vor der Wahl komplett zerreißen. Wir kriegen die Brandmauer-Debatte bis zur Wahl nicht mehr weg. Ohne Not hat das Konrad-Adenauer-Haus die Frontstellung im Wahlkampf verändert: Nun heißt es: Alle gegen die CDU."

Merkel zieht hinter den Kulissen die Strippen

Aufschlußreich ist, wer in Berlin alles anonym die linke Medien-Mafia mit angeblichen Interna aus dem CDU-Bundesvorstand füttert. Die Spatzen pfeifen es vom Dach des Konrad-Adenauer-Hauses, der CDU-Parteizentrale in Berlin-Tiergarten, wer die anonymen Quellen sind. Es ist die Prätorianer-Garde von Angela Merkel, die in der CDU noch immer als heimliche Vorsitzende die Strippen zieht!

Da sind zum einen qua Amt die schwarzgrünen Ministerpräsidenten aus Kiel und Düsseldorf, Daniel Günther (Spitzname: "Genosse Günther") und Hendrik Wüst (Spitzname: "Wüstling"). Da sind zum anderen die gewählten Mitglieder.

Zu ihnen zählen u.a. der frühere Merkel-Paladin Hermann Gröhe, dem die Ex-Kanzlerin wie einem ungezogenen Kind auf offener Bühne sein schwarz-rot-goldenes Fähnchen entriß; die Laschet-Vertraute Serap Güler; Merkels frühere Staatsministerin für Migration, Annette Widmann-Mauz, die einst auf Grußkarten ohne jeden Weihnachtsbezug eine "besinnliche Zeit" wünschte. Man könnte an dieser Stelle auch noch einige andere aufzählen.

Das Kuriose ist: Die linken sogenannten Hauptstadtjournalisten erzählen sich gegenseitig ganz offen und stolz ihre anonymen "Quellen". Wie gesagt: Friedrich Merz ist ein ganz armes Würstchen!<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 26. Januar 2025 (x1.471/…): >>**Das falsche Asyl-Spiel der Union: Merz will gar keine Migrationswende!**

Der Deutsche Bundestag will am Mittwoch (29. Januar) über die weitgehend bei der AfD abgeschriebenen Anträge der Union zur Verschärfung des Asyl- und Migrationsrechts beraten. Darin fordern CDU und CSU u.a. dauerhafte Grenzkontrollen, die Zurückweisung ausnahmslos aller Versuche einer illegalen Einreise sowie die sofortige Inhaftierung aller vollziehbar ausreisepflichtigen Personen.

Doch immer klarer wird, daß es sich bei den vollmundigen Ankündigungen von Unions-

Kanzlerkandidat Friedrich Merz (CDU) um reines Wahlkampfgetöse handelt. Denn: Einige Passagen sollen der AfD die Zustimmung unmöglich machen.
Merz nimmt damit vorsätzlich in Kauf, daß die Anträge der Union scheitern könnten, nachdem SPD und "Grüne" diese im Kern bereits abgelehnt haben. Von wegen "unabhängig davon, wer ihnen zustimmt"!

Asyl-Spiel mit gezinkten Karten

Um zu verhindern, daß die AfD den Anträgen zustimmt, wurden in den Texten AfD-kritische Passagen eingebaut. Darin heißt es laut Agenturberichten: "Wer die illegale Migration bekämpft, entzieht auch Populisten ihre politische Arbeitsgrundlage.
Die AfD nutzt Probleme, Sorgen und Ängste, die durch die massenhafte illegale Migration entstanden sind, um Fremdenfeindlichkeit zu schüren und Verschwörungstheorien in Umlauf zu bringen (…) Sie will, daß Deutschland aus EU und Euro austritt und sich Statt dessen Putins Eurasischer Wirtschaftsunion zuwendet. All das gefährdet Deutschlands Stabilität, Sicherheit und Wohlstand. Deshalb ist diese Partei kein Partner, sondern unser politischer Gegner."
IM KLARTEXT: Die vorgebliche Migrationswende von Merz ist ein Spiel mit gezinkten Karten - es ist die reinste Wählerverarschung! Weil es ohne AfD-Stimmen eine Mehrheit für die Anträge nicht geben dürfte.
Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) machte bereits klar, daß die SPD den Vorstoß von Merz nicht mittragen werde: "Nur mit der AfD gäbe es Mehrheiten für seine Pläne", sagte sie dem linksgrünen Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND).
Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der "Grünen", Konstantin von Notz, bezeichnete die Forderungen als "weder zielführend noch rechtlich umsetzbar". Sie seien "weder verfassungsnoch europarechtskonform".
FDP-Chef Christian Lindner signalisierte hingegen Unterstützung für die Pläne der Union: "Eine Problemlösung würde der AfD den Wind aus den Segeln nehmen", sagte er der "Bild am Sonntag".
Das Problem: Nur mit der FDP und gegebenenfalls einigen BSW-Stimmen kriegt Merz eine Mehrheit im Deutschen Bundestag nicht zusammen. Vielleicht, weil er es gar nicht will? Weil die vorgebliche Migrationswende nur eine durchinszenierte Schmierenkomödie der Union im Wahlkampf ist? So schaut's aus!<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 26. Januar 2025 (x1.472/…):
>>**"Plötzlich ist Deutschland da": Habeck begeistert über Demos gegen Rechts**
Auf dem Parteitag der Grünen in Berlin formuliert Habeck einmal mehr seinen Machtanspruch. Er sieht seine Partei im Aufwind und traut ihr noch erhebliche Zuwächse zu. Außerdem würden ihn "die großen zivilgesellschaftlichen Bewegungen" hoffnungsvoll stimmen.
Jonas Aston

Robert Habeck zeigt sich begeistert von den Demos gegen Rechts

Die Grünen halten aktuell ihren außerordentlichen Bundesparteitag in Berlin ab. Auf der Tagesordnung steht allen voran die Verabschiedung ihres Wahlprogramms. Zudem nutzen die Spitzenfunktionäre der Grünen den heutigen Tag, um die Partei auf den Wahlkampf einzustimmen. Allen voran Kanzlerkandidat Robert Habeck drängte sich dabei in den Vordergrund. Er formulierte vehement seinen Machtanspruch. Auch in schwierigen Zeiten würden sich die Grünen nicht wegducken. Weiter erklärte er: "Jetzt geht es erst richtig los. Von diesem Parteitag läuten wir den Endspurt ein".
Habeck führte zudem aus, daß es für den Erfolg der Partei eine wache Gesellschaft brauche. Der "Einsatz für ein weltoffenes und tolerantes Deutschland" müsse aus der Mitte der Gesellschaft kommen. "Wir sehen auf einmal, daß das Land wach wird. Und gerade hier würde er Hoffnung schöpfen. Das Land würde anknüpfen an "die Tradition der großen zivilgesell-

schaftlichen Bewegungen, von Fridays for Future, der Unterstützung der Ukraine, der Reaktion auf diese rassistischen Remigrationspläne der AfD. Plötzlich ist Deutschland da". Diese Bewegungen und die dahinterstehenden Personen seien "das Beste, was Deutschland hat".
"Das Zutrauen wächst in unsere Partei, in meine Person", erklärt Habeck weiter. Zudem hält er eine bemerkenswerte Aufholjagd für möglich. Dafür müsse sich der nun anbahnende Optimismus jedoch verstärken. Es müsse nun Schluß sein mit der "Miesepetrigkeit", dem Schlechtreden und dem Haß der letzten zweieinhalb Jahre. Statt dessen brauche es nun Optimismus im ganzen Land. Außerdem müsse sich Deutschland zurück auf die eigenen Stärken besinnen. Auch mit Blick auf die USA erklärte Habeck, daß es bei der Bundestagswahl ein klares Signal brauche, daß wir uns "den autoritären Kräften nicht unterwerfen werden".
Zudem wurde Friedrich Merz auf dem Parteitag immer wieder dazu aufgefordert, die Brandmauer zur AfD zu bekräftigen. Habeck wirft Merz vor, eine "Germany First-Politik" zu forcieren und sich immer weiter auf die AfD zuzubewegen. Parteichef Felix Banaszak kritisierte Merz für seinen jüngsten Vorstoß, Anträge auch ohne vorherige Einigung mit SPD, Grünen und FDP in den Bundestag einzubringen. Mit diesen Äußerungen hätte Merz "großen Schaden" angerichtet. Es sei nun die Aufgabe von Friedrich Merz, diese Aussagen zu revidieren. "Es ist kein Zeichen von Schwäche, Fehler zu korrigieren", so Banaszak.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 26. Januar 2025 (x1.468/…): >>**Das Imperium schlägt zurück**

Von *Jürgen Elsässer*

Beflügelt von Trump und Musk sind die Patrioten überall im Aufwind, einige globalistische Regimes sind gefallen. Doch die Siegesstimmung ist verfrüht. Slowakei, Serbien, Georgien - überall bereitet der Tiefe Staat der alten Mächte Farbenrevolutionen vor.
So schnell wie der Ostblock 1989 wird der Globalismus nicht zusammenbrechen. Vor der Bundestagswahl - laut Elon Musk gestern eine "Schicksalswahl … vielleicht sogar für die ganze Welt" - werden in wichtigen Staaten Farbenrevolutionen vorbereitet, die die Herrschaft der Globalisten sichern und patriotische Regierungen an neuen Fronten gegen Rußland fesseln sollen.

Die Offensive

In der aktuellen Februar-Ausgabe von COMPACT konnte ich optimistisch verkünden: "Die Revolution fegt wie ein Orkan durch die Paläste der Globalisten. Einer nach dem anderen fällt: Biden weg, Scholz weg, Nehammer weg, Trudeau in Kanada weg, Yoon in Südkorea unter Hausarrest. Als nächstes müssen Keir Starmer und Emmanuel Macron zittern.
Der Brite hat einen Kinderschänderring an der Backe, der Franzose mußte seine Regierung auswechseln. Österreich ist die Schrift an der Wand: Der Versuch, eine letzte Abwehrfront gegen die blaue Flut zusammenzubasteln, ist gescheitert. Friedrich Merz, der Egon Krenz der BRD, wird es genauso wenig schaffen. Als letztes Mittel bleibt die Annullierung von Wahlen, wie in Rumänien im Dezember."

Die Gegenoffensive

Doch die Abschaffung der Demokratie in Rumänien ist nicht der einzige Punkt, an dem der Tiefe Staat der Globalisten eine Gegenoffensive gestartet hat. Ziel: Rußland, das in der Ukraine auf dem Vormarsch ist, soll sein Hinterland verlieren und an weiteren Fronten beschäftigt werden. Probates Mittel sind sogenannte bunte Revolutionen nach dem Vorbild des Umsturzes 2014 in der Ukraine. Eine Übersicht:
Slowakei: Am Freitag Abend demonstrierten über 100.000 in der Hauptstadt Bratislava und forderten den Sturz von Premier Robert Fico, der als "Russenknecht" verspottet wird. Hintergrund: Fico ist gehen die Sanktionen und verweigert Waffenexporte für das Selenski-Regimes. Er befürchtet einen Umsturz in den nächsten Wochen! Bereits im Mai 2024 wurde ein Mordanschlag durch einen Ukraine-Fan auf ihn verübt, er mußte wochenlang im Kranken-

haus behandelt werden.
Serbien: Das gleiche Bild! Immer wieder Großdemos in Belgrad von den Soros-finanzierten Kräften. Hier soll die Regierung von Alexander Vucic gestürzt werden, der sein gutes Verhältnis zu Rußland immer verteidigt hat. Vorwand ist der Einsturz eines Bahnhofsteils in Novi Sad mit vielen Todesopfern, den die Demonstranten der Regierung anlasten.
Georgien: Seit Oktober demonstrieren fast jeden Tag Zehntausende. Die Regierung, die bei den Wahlen im September 2024 über 54 Prozent der Stimmen bekommen hat, soll weg, weil sie zwar den EU-Beitritt befürwortet, aber nur zu "ungarischen" Bedingungen, das heißt ohne Übernahme von Wokeness und Genderquatsch - und bei weiterhin guten Beziehungen zu Rußland.
Transnistrien (COMPACT-online berichtete heute): Der östliche Landesteil der Republik Moldawien wird seit 30 Jahren mit UN-Zustimmung von russischen Friedenstruppen geschützt, weil dort hauptsächlich Russen und Russephone leben. Jetzt hat Selenski den russischen Gastransit nach Moldawien abgeklemmt. Der Westteil des Landes wird über andere westliche Pipelines versorgt - aber Transnistrien ist seit über zwei Wochen ohne Energie, die Wohnungen sind kalt, die Fabriken stillgelegt. So soll Transnistrien zur Kapitulation gepreßt werden.
Bis zum 23. Februar kann es in allen diesen Staaten zu einer Eskalation kommen, etwa durch Provokationen und False Flag-Anschläge. Und natürlich droht das auch in Deutschland …<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 26. Januar 2025 (x1.468/…): >>**SUPER!!! Wie Elon Musk die AfD zum Sieg führt**
Von *Jürgen Elsässer*
SUPER!!! Das ist ein Vitaminstoß für die heiße Phase des Wahlkampfs: Die Februar-Ausgabe von COMPACT-Magazin zeigt, wie und warum Elon Musk auf Deutschland setzt - und wie sich transatlantisch eine neue libertär-patriotische Achse Musk-Weidel-Meloni bildet, die das alte woke Regime wegfegt. Make Amerika Great Again - Machen wir Deutschland wieder großartig!
Musk und Weidel erzwingen die patriotische Wende in Deutschland
In den Bundesvorständen der Altparteien geht es zu wie im Zentralkomitee der SED nach dem Fall der Mauer. Alles rennet, rettet, flüchtet - der Fuchs ist in den Hühnerstall eingebrochen. Der Fuchs heißt Elon Musk. Der mächtige Springer-Konzern, der schon Angela Merkel den Rücken frei hielt und 2025 Friedrich Merz ins Kanzleramt schieben wollte, zweifelt mittlerweile an der eigenen Mission. Vor Weihnachten gab Big Boss Mathias Döpfner in der "Welt am Sonntag" Elon Musk eine ganze Seite für seinen AfD-Wahlaufruf, und vier Wochen später mußte "Bild am Sonntag" deprimiert einräumen, daß es "wahrscheinlicher ist, daß die AfD die Union überholt, als daß das der SPD gelingt".
Schlimmer noch als das blaue Wunder in den Umfragen ist für das Regime nur noch, daß die Hoffnungen eines Teils der transatlantischen Strippenzieher bei "Bild", im Gegenzug von der AfD mit unionskompatibler Mäßigung belohnt zu werden, nicht aufgegangen ist.
Beim AfD-Bundesparteitag Mitte Januar in Riesa präsentierte sich Alice Weidel so radikal wie nie. Nachdem sie einstimmig zur Kanzlerkandidatin gekürt worden war, hielt sie eine Rede, wie man sie eher von Björn Höcke erwartet hätte: Ja zur Wiedereröffnung von Nord Stream, Ja zur - auch bei Liberalen in der eigenen Partei umstrittenen - Remigration. Der "Spiegel" tobte hinterher: "Ein hartes Programm, eine scharfe Rede von Spitzenkandidatin Alice Weidel - die AfD zeigt offen wie nie, daß sie für völkischen Nationalismus steht." Zukkungen einer verendenden Journaille …
Der Saal kochte, als Weidel bei den Worten "Wir reißen alle Windkrafträder nieder" die Handkanten nach außen schlug, als wolle sie mit dem Abholzen der Riesenspargel gleich beginnen. Über Grüne und SPD verlor sie kein einziges Wort - alle Angriffe galten ausschließ-

lich der Union. Wer immer gehofft oder befürchtet hatte, die Kanzlerkandidatin könne die AfD an den Katzentisch der Macht führen, als unterwürfiger Juniorpartner von CDU und CSU, mußte sich eines Besseren belehren lassen: Diese Frau will für ihre Partei kein größeres Stück vom Kuchen - diese Frau will die Bäckerei!
"Alice für Deutschland" jubelten die Delegierten - das war ebenso das ansonsten von Staatsanwälten verbotene Versprechen, alles für das Vaterland zu tun, wie die Treuebekundung an die Chefin. Die AfD ein "gäriger Haufen" (Alexander Gauland) - das war einmal. Vor der entscheidenden Schlacht sind die Reihen geschlossen, die Phalanx steht.
Das war ein Auszug aus meinem Aufmacherartikel in COMPACT 2/2025.<<
Rußland: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 26. Januar 2025 (x1.468/…): >>**Putin über Stalin und den Zweiten Weltkrieg**
Von *COMPACT Redaktion*
Warum der Große Vaterländische Krieg in Rußland unvergessen ist, erklärt Wladimir Putin in der COMPACT-Edition 13: " Wladimir Putin: Geschichte Rußlands". Dem Zweiten Weltkrieg seien Fehler auf allen Seiten vorausgegangen, so die russische Sicht. Der Blick auf Stalin ist indes zwiegespalten. Seine Verbrechen werden in Rußland nicht verschwiegen. Doch erinnert man sich an den "Generalissimus" auch als den "Vater der Nation", der das Volk in seiner schwersten Stunde einte und rettete.
_ Hier ein Originaltext von Wladimir Putin aus seiner COMPACT-Edition "Geschichte Rußlands"
Der Nichtangriffspakt mit Hitler
Gleichzeitig hat die Sowjetunion versucht, jede Chance zu nutzen, um eine Anti-Hitler-Koalition zu schaffen, ich wiederhole es, trotz der zweideutigen Position der westlichen Länder. So erhielt die sowjetische Führung im Sommer 1939 über die Geheimdienste detaillierte Informationen über anglodeutsche Kontakte hinter den Kulissen. Bitte beachten Sie: Sie wurden sehr intensiv und fast gleichzeitig mit den trilateralen Verhandlungen von Vertretern Frankreichs, Großbritanniens und der UdSSR (zur Eindämmung Deutschlands) geführt, welche die westlichen Partner bewußt verzögerten.
In diesem Zusammenhang erwähne ich ein Dokument aus britischen Archiven - eine Anweisung an die britische Militärmission in Moskau, die im August 1939 eintraf. Darin heißt es ausdrücklich, daß die Delegation "sehr langsam verhandeln" solle; daß "die Regierung des Vereinigten Königreichs nicht bereit ist, detaillierte Verpflichtungen einzugehen, die unsere Handlungsfreiheit einschränken können". (Damit wurde eine Vereinbarung London-Moskau immer weiter verzögert, so daß die Sowjetunion fürchtete, im Falle einer deutschen Besetzung Polens plötzlich die Wehrmacht an ihren Grenzen zu haben.) …
In der entstandenen Situation hat die Sowjetunion (am 23. August 1939) den Nichtangriffsvertrag mit Deutschland unterzeichnet und war damit das letzte der europäischen Länder, das so etwas mit Deutschland unterzeichnet hat. Es geschah vor dem Hintergrund einer realen Kriegsgefahr an zwei Fronten, mit Deutschland im Westen und mit Japan im Osten, wo es bereits heftige Kämpfe am Halhin-Gol-Fluß (an der chinesisch-russischen Grenze, wo japanische Besatzungstruppen standen) gab.
Stalin und seinem Umfeld kann man völlig zu Recht vieles vorwerfen. Wir erinnern uns sowohl an die Verbrechen des Regimes gegen sein eigenes Volk als auch an die Schrecken der massenhaften Repressionen. Ich wiederhole, man kann den sowjetischen Führern in vielerlei Hinsicht Vorwürfe machen, aber man kann ihnen keinen Mangel am Verständnis äußerer Bedrohungen vorwerfen. (…)
Es wird heute viel über den damals geschlossenen Nichtangriffsvertrag geredet, und es werden deshalb dem modernen Rußland viele Vorwürfe gemacht. (…) Ich möchte Sie aber auch daran erinnern, daß die Sowjetunion eine rechtliche und moralische Bewertung des so genannten

Molotow-Ribbentrop-Pakts (Der Hitler-Stalin-Pakt heißt in Rußland Molotow-Ribbentrop-Pakt, nach den Namen der Außenminister) vorgenommen hat.
Die Resolution des Obersten Sowjet vom 24. Dezember 1989 verurteilte das geheime Zusatzprotokoll (worin die Einflußsphären in Osteuropa abgegrenzt wurden; die baltischen Staaten wurden darin der Sowjetunion zugeschlagen) offiziell als einen "Akt der persönlichen Macht", der nicht "den Willen des sowjetischen Volkes widergespiegelt hat, das nicht für diese Verschwörung verantwortlich ist". (…)
Später - während der Nürnberger Prozesse (1945/46) - erklärten die deutschen Generäle ihren schnellen Erfolg im Osten. Der ehemalige Stabschef der operativen Führung des Oberbefehlshabers der deutschen Streitkräfte, General Jodl, gab zu: "Daß wir nicht schon 1939 verloren haben, liegt nur daran, daß etwa 110 französische und britische Divisionen, die während unseres Krieges mit Polen im Westen gegen 23 deutsche Divisionen standen, völlig passiv geblieben sind."
Ich habe aus den Archiven die ganze Palette von Dokumenten angefordert, die mit Kontakten der UdSSR mit Deutschland während der dramatischen Tage im August und September 1939 zusammenhängen. Aus Ziffer 2 des geheimen Zusatzprotokolls zum Nichtangriffspakt zwischen Deutschland und der UdSSR vom 23. August 1939 geht hervor, daß im Falle des territorialen und politischen Umbaus der Regionen, aus denen der polnische Staat bestand, die Grenze der Interessensphären der beiden Länder "ungefähr entlang der Grenzen der Flüsse Narew, Weichsel und Sana verlaufen sollte".
Mit anderen Worten, es ging nicht nur um Gebiete, in denen eine überwiegend ukrainische und weißrussische Bevölkerung lebte, sondern auch die historisch polnischen Gebiete zwischen Bug und Weichsel fielen (laut Zusatzabkommen) in die sowjetische Einflußsphäre. (…)
Das gilt auch für die Tatsache, daß Berlin unmittelbar nach dem Angriff auf Polen in den ersten Septembertagen 1939 Moskau immer wieder zur Teilnahme an der Militäraktion aufgefordert hat. Die sow-jetische Führung ignorierte solche Appelle jedoch und vermied bis zum letzten Moment eine Einmischung in die dramatischen Ereignisse.
Erst als endgültig klar wurde, daß Großbritannien und Frankreich nicht versuchten, ihrem Verbündeten (Polen) zu helfen und die Wehrmacht in der Lage war, ganz Polen schnell zu besetzen und sogar Minsk zu erreichen, wurde beschlossen, am Morgen des 17. September die militärischen Einheiten der Roten Armee in die Gebiete einrücken zu lassen, die heute Teile von WeißRußland, der Ukraine und Litauen sind.
Es ist offensichtlich, daß es keine andere Möglichkeit gab. Andernfalls wären die Risiken für die UdSSR um ein Vielfaches gewachsen, denn, ich wiederhole es, die vorherige sowjetisch-polnische Grenze verlief nur wenige Dutzend Kilometer von Minsk entfernt, und der unvermeidliche Krieg mit den Nazis hätte für das Land (Sowjetunion) aus einer äußerst ungünstigen strategischen Position begonnen. Und Millionen von Menschen verschiedener Nationalitäten, darunter Juden, die in Brest und Hrodna, Peresim, Lemberg und Wilna lebten, wären den Nazis und ihren lokalen Handlangern, Antisemiten und radikalen Nationalisten zur Vernichtung überlassen worden. (…)
Bekanntermaßen ist der Konjunktiv schwierig auf Ereignisse anzuwenden, die bereits eingetreten sind. Ich sage nur, daß die sowjetische Führung im September 1939 die Gelegenheit hatte, die westlichen Grenzen der UdSSR weiter nach Westen bis nach Warschau zu schieben, aber beschlossen hat, dies nicht zu tun. (…) Am 4. Oktober 1939 erklärte der britische Außenminister Halifax im House of Lords: "Es sei daran erinnert, daß die sowjetische Regierung die Grenze im Wesentlichen auf die Linie verlagert hat, die Lord Curzon während der Konferenz von Versailles empfohlen hatte (…)."
Der bekannte britische Politiker und Staatsmann Lloyd-George unterstrich: "Die russische Armee hat Gebiete besetzt, die nicht polnisch sind und die nach dem Ersten Weltkrieg gewalt-

sam von Polen erobert wurden. (…) Es wäre ein Akt kriminellen Wahnsinns, die russischen Bewegungen mit den Bewegungen der Deutschen auf ein und dieselbe Stufe zu stellen." (…)
Es ist daher unfair zu behaupten, daß der zweitägige Besuch des Nazi-Außenministers Ribbentrop in Moskau der Hauptgrund für den Zweiten Weltkrieg ist.
Alle führenden Länder tragen in unterschiedlichem Maße ihren Anteil an seinem Anfang. Jeder machte irreparable Fehler, weil man glaubte, man könne andere überlisten, sich einseitige Vorteile sichern oder sich von dem bevorstehenden, weltweiten Übel fern halten. Und für diese Kurzsichtigkeit, kein System kollektiver Sicherheit zu schaffen, mußten Millionen von Menschen mit ihrem Leben zahlen.
Wir müssen verstehen, daß jegliche Zusammenarbeit mit Extremisten, wie zum Beispiel seiner Zeit mit den Nazis, egal unter welchen Bedingungen, egal aus welchen Motiven, zu einer Tragödie führen muß. Und es ging hier ja nicht nur um eine Zusammenarbeit, sondern um ein Paktieren. Wir müssen also anerkennen: Alle Maßnahmen zwischen 1934 und 1939 mit der Absicht, die Nazis an ihrer Kriegstreiberei zu hindern, waren echte Friedensbemühungen.
Und vom politischen Standpunkt aus gesehen war das ein außerordentlich gefährliches Unterfangen, und schließlich endete all das in einer Tragödie, im Beginn des Zweiten Weltkrieges, und natürlich muß man diese damals gemachten Fehler heute anerkennen. Unser Land hat die eigenen Fehler anerkannt. Die Duma der Russischen Föderation, unser Parlament, hat den Hitler-Stalin-Pakt - den Pakt zwischen Ribbentrop und Molotow (August 1939) - verurteilt. Wir möchten, daß auch andere Staaten, die mit Nazi-Deutschland paktierten, auf gleicher Ebene eine Verurteilung vornehmen und nicht nur auf der Ebene von Lippenbekenntnissen, sondern auch auf der politischen Ebene.
(Am selben Tag auf einer weiteren Veranstaltung)
Ich möchte die Aufmerksamkeit unserer verehrten Kollegen auf Folgendes lenken: Der Pakt Ribbentrop-Molotow (Hitler-Stalin-Pakt) war das letzte Dokument zwischen der Sowjetunion als europäischer Macht mit Hitlers Deutschland. Vorher aber gab es den deutsch-polnischen Nichtangriffspakt im Jahre 1934. Auch vor dem Ribbentrop-Molotow-Pakt wurden praktisch ähnliche Nichtangriffspakte zwischen Nazi-Deutschland und den anderen europäischen Großmächten abgeschlossen. Auch noch vor dem Ribbentrop-Molotow-Pakt wurde das sogenannte Münchener Abkommen (zur Preisgabe des Sudetenlandes, September 1938, zwischen Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Italien) unterzeichnet. Es wird auch als Münchner Verschwörung bezeichnet. (…)
Wenn wir aber von einer objektiven Bewertung der Geschichte reden wollen, müssen wir verstehen, daß sie nicht nur einfarbig ist. Die Geschichte um den Zweiten Weltkrieg hatte viele Nuancen, und es wurden von vielen Seiten riesige Fehler begangen. All diese Vorgänge und Taten vieler Länder schufen - auf die eine oder andere Art und Weise - Bedingungen für den Beginn der Aggressionen von Nazi-Deutschland in diesem riesigen Maßstab. An diesen Momenten sollten wir gemeinsam arbeiten, wenn wir ein objektives Bild des Zweiten Weltkrieges sehen wollen.
Wenn sich aber jemand zum Ziel setzt, aus diesem alten, schimmeligen Brötchen der Geschichte nur die Rosinen für sich heraus zu bohren und den schimmeligen Rest des Brötchens nur der anderen Seite zu überlassen, dann wird daraus nichts Gutes.
Quelle: Reden zum Gedenken an den Beginn des Zweiten Weltkrieges in Polen am 1.9.2009

Der Blutzoll der Sowjetunion

Die "Nazi-Strategen" waren überzeugt, daß ein riesiger, multinationaler Staat leicht in sich zusammenfallen würde. Es wurde erwartet, daß der plötzliche Krieg, seine Rücksichtslosigkeit und unerträglichen Härten, unweigerlich die interethnischen Beziehungen verschärfen würden und das Land zerstückelt werden könnte. Hitler sagte direkt: "Unsere Politik gegenüber den Völkern, die die Weiten Rußlands bewohnen, sollte darin bestehen, jede Form von

Meinungsverschiedenheiten und Spaltung zu fördern." Doch von den ersten Tagen an wurde klar, daß dieser Plan der Nazis scheiterte.
Die Festung Brest wurde von Soldaten von mehr als 30 Ethnien bis zum letzten Blutstropfen verteidigt. Während des Krieges - in großen, entscheidenden Schlachten und bei der Verteidigung jedes Brückenkopfes, jedes Meters der Heimat - sehen wir Beispiele dieser Einheit. (…)
Fast 27 Millionen Sowjetbürger sind an den Fronten, in deutscher Gefangenschaft, an Hunger und Bombenangriffen, in Ghettos und Öfen der NS-Todeslager gestorben. Die UdSSR verlor jeden siebten Bürger, das Vereinigte Königreich verlor einen von 127 und die Vereinigten Staaten verloren einen von 320. (…)
Quelle: Essay in The National Interest vom 18.6.2021

Putins Familie im Krieg

Für meine Eltern bedeutete der Krieg die schreckliche Qual des belagerten Leningrads, wo mein zweijähriger Bruder Vitya starb, wo meine Mutter auf wundersame Weise überlebte. Mein Vater meldete sich freiwillig, um seine Heimatstadt zu verteidigen, er tat dasselbe wie Millionen sowjetischer Bürger. Er wurde an der Newski-Brücke schwer verwundet. Und je weiter diese Jahre sich entfernen, desto größer wird der Wunsch, mit den Eltern zu sprechen, mehr von ihnen über die Zeit des Krieges zu erfahren. Aber heute ist es unmöglich, irgend etwas zu fragen, also bewahre ich die Gespräche mit meinem Vater und meiner Mutter über dieses Thema in meinem Herzen, auch ihre zurückgehaltenen Emotionen.
Quelle: Essay in The National Interest vom 18.6.2021

Die ukrainischen Nazis und der Holocaust

Wie wir wissen, waren die Täter sowohl der Pogrome an Polen als auch der Pogrome an Juden nicht die Deutschen selbst, sondern nur die SS-Division Galizien (bestehend hauptsächlich aus ukrainischen Freiwilligen), Bandera (Stepan Bandera, ukrainischer Nationalistenführer) und so weiter - all diese profaschistischen Bastarde. Sie vernichteten die Zivilbevölkerung: Sie massakrierten Russen, Juden und Polen.
Jeder weiß es. Und jetzt können wir auf den Aufnahmen der ukrainischen Wochenschau sehen, wie Menschen mit SS-Galizien-Abzeichen im Kriegsgebiet im Donbass stehen. Das deutet darauf hin, daß wir das Richtige und Rechtzeitige getan haben, indem wir diese Operation (den Einmarsch in die Ukraine am 22. Februar 2024) gestartet haben, sonst hätte es noch mehr von ihnen gegeben.
Quelle: Pressekonferenz mit Alexander Lukaschenko am 12.4.2022

Stalins Rolle damals und heute

Stalin war ein Produkt seiner Zeit. Man kann ihn einerseits verteufeln, so viel man will. Andererseits reden wir ja auch über seine glorreichen Verdienste im Kampf gegen den Faschismus. Und was die Verteufelung angeht - wir kennen auch eine historische Figur namens Oliver Cromwell. Der war ein sehr blutrünstiger Mann, der im Zuge einer Revolution an die Macht kam und sich zu einem Diktator und Tyrannen entwickelte. Trotzdem findet man heute noch in ganz Großbritannien Denkmäler zu seinen Ehren.
Auch Napoleon wird nach wie vor vergöttert. Aber was hat er getan? Er bediente sich einer Welle revolutionärer Begeisterung, um an die Macht zu kommen. Dann führte er nicht nur die Monarchie wieder ein, sondern ernannte sich auch noch selbst zum Kaiser. Und er führte Frankreich in eine nationale Katastrophe, in die völlige Niederlage.
Es gibt viele solcher Situationen und Persönlichkeiten, mehr als genug in der gesamten Weltgeschichte. Ich glaube, daß die übermäßige Verteufelung Stalins nur eine der Methoden ist, die Sowjetunion und Rußland anzugreifen. Man versucht damit, dem heutigen Rußland einen Ursprung im Stalinismus unterzuschieben. Natürlich hat auch unser Land in Bezug auf seine Vergangenheit keine weiße Weste, aber damit müssen wir leben.

Der ukrainische Nazi-Führer

Stepan Bandera war Chef der 1929 in Wien gegründeten Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN). Über spröden Nationalismus ging er indes weit hinaus, wie man einem Aufsatz in Le Monde diplomatique aus dem Jahr 2007 entnehmen kann: "1940 kam es zu einer Spaltung der Bewegung. Der radikale Nationalist Stepan Bandera gründete die scharf antisemitische OUN-B (Banderowzi), aus deren Reihen sich die Freiwilligen schon 1941 für zwei ukrainische Wehrmachtsbataillone (Nachtigall und Roland) rekrutierten.

Nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 beteiligte sich Banderas OUN-B an zahlreichen Pogromen in der Ukraine." In einer Studie der Universität Augsburg (Der Holocaust in der Ukraine) heißt es: "Schätzungen zufolge partizipierten 30.000 bis 40.000 Ukrainer am Holocaust. Aus Ukrainern zusammengestellte Polizeibataillone, OUN-Milizen sowie Anwohner beteiligten sich an Pogromen und halfen bei der Organisation und Durchführung von Massenerschießungen."

Eine OUN-Miliz bereitete zum Beispiel durch Verhaftungen die Massenerschießung von 3.000 Juden durch die Einsatzgruppe C der deutschen Sicherheitspolizei am 5. Juli 1941 in Lemberg vor. Aus der Zeit dieser blutigen Kollaboration stammt auch ihr Abzeichen, das vom Asow-Regiment der heutigen ukrainischen Armee weiterverwendet wird: eine blaue Wolfsangel auf gelbem Grund. Das Symbol wurde auch von der damaligen SS-Verfügungsdivision genutzt.

Bandera wurde noch 1941 auf Geheiß Hitlers verhaftet - seine Vision einer Eigenstaatlichkeit der Ukraine paßte nicht ins Nazi-Konzept einer Neuordnung des Ostens. Er wurde in Sachsenhausen interniert - allerdings nicht im KZ-Trakt, sondern als sogenannter Ehrenhäftling in einer größeren Wohnung mit getrenntem Schlaf- und Wohnbereich, Bildern an den Wänden und Teppich auf dem Boden. Hitler wollte ihn zum gemeinsamen Kampf gegen die Sowjets wieder zurück in die Ukraine schicken - ein Vorhaben, das am schnellen Vormarsch der Roten Armee scheiterte. (Redaktion)

Was ich damit sagen will: Rußland hat sich radikal verändert. Irgend etwas aus dieser Zeit hat sich sicher in unserer Mentalität festgesetzt, aber eine Rückkehr zum Stalinismus wird es nicht geben, weil sich die Mentalität des Volkes geändert hat. Als Stalin an die Macht kam, hatte er noch wunderbare Ideen, die er realisieren wollte. Er sprach von Gleichheit, Brüderlichkeit und Frieden … und dann wurde er zum Diktator. Ich glaube nicht, daß in dieser Lage etwas anderes möglich gewesen wäre. Damit meine ich die Weltlage. War es in Spanien, Italien oder Deutschland etwa besser? Es gab viele Staaten, deren Regierungen eine Gewaltherrschaft einsetzten.

Das bedeutet aber noch lange nicht, daß Stalin nicht imstande gewesen wäre, das Volk der Sowjetunion zu vereinen. Er schaffte es, den Widerstand gegen den Faschismus zu organisieren. Und er verhielt sich dabei nicht wie Hitler, sondern hörte auf seine Generäle und ließ sich sogar einige Male von ihnen eines Besseren belehren.

Das alles heißt natürlich nicht, daß wir die Gräueltaten des Stalinismus vergessen dürften - den Mord an Millionen unserer Landsleute, die Vernichtungslager. Die Erinnerung daran muß erhalten bleiben. Stalin ist eine zwiespältige Figur. Ich glaube, daß er gegen Ende seines Lebens in einer psychisch sehr schwierigen Lage war. Aber um dies mit Sicherheit sagen zu können, wäre eine unparteiische Studie nötig.

Quelle: Oliver Stone-Interview mit Putin am 2.7.2015

Dieser Artikel erschien in der neuen COMPACT-Edition 13: " Wladimir Putin: Geschichte Rußlands".<<

USA: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 26. Januar 2025 (x1.468/…): >>**Musk beim AfD-Auftakt: "Seid stolze Deutsche!"**

Von *Jürgen Elsässer*

Wahlkampfauftakt der AfD heute in Halle. Die Messe mit Tausenden gefüllt, Alice Weidel spricht - und dann wird Elon Musk zugeschaltet. Wahnsinn! Was er sagt, bestätigt alles, was wir in der Februar-Ausgabe von COMPACT-Magazin über ihn geschrieben haben, in der wir erklären, "Warum Elon Musk auf Deutschland setzt"! So eine pro-deutsche Rede hat zu meinen Lebzeiten kein führender Vertreter der USA gehalten - er geht sogar mit der offensiven Benennung des Schuld-Kultes weit über das hinaus, was bisher im AfD-Mainstream erlaubt war. …

Hier Elon Musks heutige Rede im Wortlaut

"Ihr seid wirklich die beste Hoffnung für Deutschland. Ich denke, es ist sehr wichtig, daß die Menschen stolz darauf sind, Deutsche zu sein. Es ist in Ordnung, stolz darauf zu sein, Deutscher zu sein. Es ist gut, stolz auf die deutsche Kultur und die deutschen Werte zu sein und diese nicht in einer Art Multikulturalismus zu verlieren, der alles verblendet. Ich denke, wir wollen einzigartige Kulturen auf der Welt haben.

Wir wollen Menschen haben, die … wir wollen nicht, daß überall alles gleich ist, daß alles nur eine große Suppe ist. Wir wollen etwas haben, wo … man in verschiedene Länder geht und es einzigartig und besonders und gut ist. Und daß die deutsche Regierung Maßnahmen ergreift, um ihre Bürger zu schützen. Das deutsche Volk ist eine alte Nation, die Tausende von Jahren zurückreicht."

Und dann: "Ich denke, es wird zu viel auf vergangene Schuld geachtet und wir sollten darüber hinausgehen. Kinder sollten nicht für die Sünden ihrer Eltern oder vielleicht sogar ihrer Urgroßeltern schuldig sein. Wir sollten optimistisch und gespannt auf eine Zukunft für Deutschland sein. Und das ist wirklich meine Botschaft. (…) Bewahren Sie die deutsche Kultur."

Und dann: "Diese Wahl (am 23. Februar) entscheidet nicht nur das Schicksal Deutschlands, sondern Europas, vielleicht sogar der Welt."<<

27.01.2025

BRD: Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 27. Januar 2025 (x1.470/…): >>**CDU-Wahlkampf-Show ist keine Lösung: Zeit für eine ECHTE Migrationswende!**

Noch immer steht unser Land erschüttert vor den Messermorden in Aschaffenburg: Ein polizeibekannter und ausreisepflichtiger Afghane ermordete einen zweijährigen Jungen und einen 41-jährigen Mann, der schützend eingreifen wollte. In einer solchen Situation auch nur auf den Gedanken zu kommen, parteipolitische Spielereien zu treiben, verbietet sich. Doch genau in diese Kategorie gehört die Verhaltensweise der CDU bezüglich der beiden Entschließungsanträge, die die Merz-Partei in dieser Woche auf Druck der AfD in den Bundestag einbringen will.

Anstatt einen Gesetzentwurf für eine klare Migrationswende vorzulegen, beschränkt sich die CDU auf einen bloßen Entschließungsantrag. Das Problem dabei: Während ein Gesetzentwurf bindende Wirkung für die Bundesregierung hätte, handelt es sich bei einem Entschließungsantrag nur um eine unverbindliche Aufforderung.

Doch wer hat ernsthaft das Vertrauen, daß ausgerechnet die rot-grüne Rest-Ampel sich an solche unverbindlichen Forderungen halten wird? Schließlich kann es für Habeck und Scholz gar nicht genug Massenmigration geben, wie auch die jüngsten Beschlüsse zum Familiennachzug beim Bundesparteitag der Grünen bestätigten. Zusätzlich hat die Union in ihre Antragsbegründung einen themenfremden Absatz eingefügt, der mit Unterstellungen gegen die AfD polemisiert.

Deutlicher konnte es also nicht werden: Es geht der CDU nicht um die Sache - diese Partei hat

auch nach den Messermorden von Aschaffenburg nicht verstanden, in welcher dramatischen Lage sich unser Land befindet. Die AfD wird sich an diesen verantwortungslosen CDU-Spielereien kein Beispiel nehmen, sondern vernünftigen Anträgen selbstverständlich zustimmen.
Klar ist aber auch: Einzelne unverbindliche Entschließungsanträge sind noch keine Migrationswende. Die CDU hätte seit mehr als zehn Jahren längst handeln können und hat die Bürger immer wieder betrogen! Einen Stopp der Massenmigration und die konsequente Abschiebung von kriminellen und vollziehbar ausreisepflichtigen Migranten gibt es daher nur mit der AfD.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 27. Januar 2025 (x1.471/…): >>**Schon vergessen, Herr Merz? Steuergelder für "Seenotretter" - mit Stimmen der CDU!**
Das Migrationswende-Geheuchel von Unions-Kanzlerkandidat Friedrich Merz (CDU) - da lohnt sich doch ein Blick ins Archiv: Es waren auch Unions-Abgeordnete , die 2023 den Schleuser-Millionen der Ampel-Regierung für sogenannte "Seenotretter" im Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages zustimmten!
Der ultralinke "Grünen-Abgeordnete" Julian Pahlke lobte seinerzeit: "Daß die Union die Förderung mitträgt, zeigt, daß christliche Werte für einige Abgeordnete auch weiterhin eine wichtige Rolle spielen."
Mit Blick auf die vollmundigen Reden, mit denen Unions-Fraktionschef Friedrich Merz zuvor gegen das Schleuser-Unwesen im Mittelmeer gewettert hatte, wunderte sich das liberal-konservative Portal "Tichys Einblick" damals: "Weiß bei der CDU die linke Hand, was die rechte tut? Weiß die linke Hand zumindest, was sie selbst tut?
Und erinnert sich irgendwer daran, wie man vor gar nicht allzu langer Zeit selbst abgestimmt hat? Denn im Moment sieht es danach aus, als wolle Friedrich Merz aller Welt zeigen, daß er sich an mindestens genauso viele Dinge nicht erinnern kann wie Olaf Scholz. Aber ob man damit wirklich ins Kanzleramt kommt?"<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 27. Januar 2025 (x1.471/…): >>**Der kurze Mutanfall des Friedrich Merz: Die Union kommt aus ihrer Schuld am Migrationschaos nicht heraus**
Keine 48 Stunden hat das neue Rückgrat gehalten, das der CDU-Chef und Unions-Kanzlerkandidat Friedrich Merz nach der Mordtat eines Afghanen in Aschaffenburg kurzzeitig entdeckt zu haben schien. Von "schärfere Migrationspolitik, egal mit wem" und dem faktischen Einreißen der "Brandmauer" zur AfD bis zum kläglichen Versuch, sich mit Taschenspielertricks und Ausflüchten doch wieder hinter deren eingestürzten Trümmern zu verstekken, dauerte es bei Friedrich Merz weniger als zwei Tage. Der lange Sauerländer schafft es offenkundig nicht, aus dem übermächtigen Schatten von "Willkommenskanzlerin" Angela Merkel herauszutreten.
Noch am Donnerstag letzter Woche hatte Merz mit getragener Miene einen "Fünf-Punkte-Plan" für einen harten migrationspolitischen Kurswechsel vorgestellt, der auch von der AfD hätte stammen können - und wahrscheinlich in weiten Teilen auch bei ihr abgekupfert war. Merz benannte "zehn Jahre verfehlte Migrationspolitik" - beginnend also mit CDU-Kanzlerin Merkel - als Ursache der Misere. Ein Befreiungsschlag?
Merz blufft, Alice Weidel will die Karten sehen
AfD-Kanzlerkandidatin Alice Weidel reagierte umgehend, bot eine Zusammenarbeit an und forderte Merz auf, nicht bis zum "ersten Tag" seiner eventuellen Kanzlerschaft zu warten, sondern sofort in der nächsten Sitzungswoche die notwendigen Gesetze zu verabschieden. Den Bluff im Wahlkampfpoker wollte sie Merz nicht durchgehen lassen, die AfD-Chefin wollte seine Karten sehen. In einer nächtlichen Schaltkonferenz des CDU-Präsidiums erklärte

der in die Enge getriebene Unions-Frontmann, es sei ihm "egal", wer am Ende mitstimme, und, das Poker-Bild aufgreifend: Er gehe "All-In". Faktisch war die Brandmauer damit erledigt.
Tags darauf dann die Gegenoffensive der Migrationsextremisten: "Grüne", SPD und Mainstream-Medien beschwören im Chor die "Brandmauer", die den linken Kräften die Macht und der Asyl-Lobby das ungebremste "Weiter so" bei der Massenmigration garantiert, die SPD fabriziert ein Gegenpapier zum Merz-Plan, das mit wilden Thesen und Verdrehungen die angebliche Völkerrechts- und EU-Widrigkeit einer Politik beweisen soll, die in zur Vernunft gekommenen Ländern längst praktiziert wird, und der "Grünen-Anführer" Robert Habeck, der keine Gelegenheit ausläßt, um die Union mit der "Brandmauer-Keule" zu erpressen, wirft Merz vor, die Regierungsparteien mit der Andeutung zu "erpressen", auch Stimmen der AfD akzeptieren zu wollen.

Schaulaufen ohne Ergebnis

Und auch die zahlreichen Bataillone der Merkelianer ziehen in der Union offenbar eifrig die Fäden, um den ursprünglichen Merz-Vorstoß zu verwässern.
Vorläufiges Zwischenergebnis: Die Union will in der anstehenden Sitzungswoche nicht etwa konkrete Gesetzentwürfe im Sofortverfahren zur Abstimmung stellen, sondern lediglich einen unverbindlichen Entschließungsantrag mit Appellen an die Bundesregierung, die diese einfach beiseite wischen kann.
Den Entwurf leitet die Unionsfraktion SPD und "Grünen" vorab zu, nicht aber der AfD, mit der sie, zusammen mit AfD und einigen Fraktionslosen, tatsächlich eine Mehrheit schmieden könnte. Zusätzlich baut sie einige überflüssige und haltlose AfD-Beschimpfungen ein, um diese zu verleiten, den Antrag abzulehnen. Alles läuft also auf ein Schaulaufen ohne Ergebnis hinaus.
Das Argument, in der Kürze der bis zur Wahl verbleibenden Sitzungszeit sei ein reguläres Gesetzgebungsverfahren einschließlich der vorgeschriebenen Ausschußberatungen nicht möglich, ist vorgeschoben: Schließlich haben CDU und CSU mit dem "Zustrombegrenzungsgesetz" einen beschlußreifen Gesetzentwurf in der Schublade, den sie noch vor wenigen Wochen aus Angst vor einer Verabschiedung mit den Stimmen der AfD wieder feige von der Tagesordnung genommen hatte - und den sie jetzt sofort wieder zur Abstimmung stellen könnte, wenn es ihr denn tatsächlich ernst wäre mit einem migrationspolitischen Kurswechsel.

Festgefahren im Merkel-Morast

Daran darf nach wie vor gezweifelt werden. Während ein Massenaufgebot von Asyl-Lobbyisten und Haltungsakrobaten am Brandenburger Tor mit einem geschmacklosen Quasi-Fackelmarsch "gegen rechts" mobilisieren, während "Grünen-Politiker" sich mit feixenden Selfies auf dieser Kundgebung feiern und die Angehörigen der Opfer verhöhnen, die in Aschaffenburg, Magdeburg und vielen anderen Städten um ihre ermordeten Kinder und Verwandten trauern, biedern sich Friedrich Merz und die Union abermals bei jenen Kräften an, die für eine ungebremste Fortsetzung von Asylmißbrauch und Messereinwanderung stehen, und flehen sie um Zustimmung für ihre Anträge an.
Wirklich verwunderlich ist das nicht. Schließlich sind CDU und CSU die Parteien, die unter der ersten "grünen" Kanzlerin Angela Merkel die Herrschaft des Unrechts und die Flutung des Landes mit inzwischen Millionen illegalen Migranten und Pseudo-Asylzuwanderern überhaupt erst in Gang gesetzt hat. Damit tragen sie die Hauptverantwortung auch für alle Folgen der Massenzuwanderung, von der Überlastung der Sozialsysteme über Wohnungsmangel, Verwahrlosung und Heimatverlust selbst in den letzten Winkeln bis zum Kollaps der inneren Sicherheit unter der explodierenden importierten Gewaltkriminalität.

Fortdauernde Herrschaft des Unrechts

Die migrationspolitische Herrschaft des Unrechts hält bis heute an, und die Union trägt sie

auch weiterhin mit - unabhängig davon, daß CDU und CSU seit Herbst 2021 im Bund formal in der Opposition sind, während die "grün-rote" Ampel den Migrationsirrsinn auf die Spitze getrieben hat.
Weniger als eine Woche vor Aschaffenburg hatte die CDU Nordrhein-Westfalen die Migrationskanzlerin bei einem Wahlkampfauftritt im Rahmen ihres Neujahrsempfangs besinnungslos und frenetisch bejubelt. Vorneweg der "schwarz-grüne" NRW-Ministerpräsident Hendrik Wüst, der seinem Idol Angela Merkel im Mai 2023 mit großem Brimborium den Staatspreis des Landes Nordrhein-Westfalen verliehen hatte. Und falls immer noch einer glauben sollte, in CSU-Bayern tickten die Uhren anders - der wendige Ministerpräsident Markus Söder hatte seinerzeit sofort nachgezogen und Angela Merkel im Juni 2023 den bayerischen Verdienstorden umgehängt.

Das Versagen der Unions-Innenminister

Von solchen Leuten ist kaum zu erwarten, daß sie jemals ernsthaft mit der verhängnisvollen Merkel-Politik brechen. Im "schwarz-grünen" Nordrhein-Westfalen hat man viel Zeit und Geld für die Einrichtung von staatlichen Denunziationsstellen gegen sogenannte "Muslimfeindlichkeit". Von geschlossenen Grenzen und Einreisekontrollen will man dagegen nichts wissen, bei Abschiebungen abgelehnter und straffälliger Asylbewerber ist der Eifer genauso gering.
Abschiebungen sind Ländersache. Die Innenminister der unionsregierten Bundesländer versagen dabei genauso kläglich wie ihre SPD-Kollegen und Bundesinnenministerin Nancy Faeser. Um das festzustellen, reicht ein kurzer Blick auf die Mordanschläge der letzten Wochen und Monate.
Der Mörder von Aschaffenburg, der längst nach Afghanistan hätte abgeschoben werden müssen - wegen der Untätigkeit von CSU-Innenminister Joachim Hermann war er noch da. In Magdeburg, Ort des furchtbaren Auto-Mordanschlags auf den Weihnachtsmarkt durch einen psychopathischen Hochstapler aus Saudi-Arabien, der trotz mehrfacher Terrordrohungen nicht rausgeworfen, sondern sogar eingebürgert worden war, regiert die CDU, der auch die Innenministerin des Landes angehört.
Solingen, Ort eines brutalen islamistischen Messerattentats: Hier heißt der Versager im Innenministerium Herbert Reul. Und in Mannheim, wo ein islamistischer Messerstecher einen Polizeibeamten ermordete und den bekannten Islamkritiker Michael Stürzenberger lebensgefährlich verletzte, ist CDU-Innenminister Thomas Strobl für die innere Sicherheit zuständig.

Friedrich Merz rudert mal wieder zurück

Dem geballten Druck der "Grünen" und Linken, die um ihr Machtabonnement fürchten, wenn das "Brandmauer-Dogma" fallen sollte, und der Merkelianer in den eigenen Reihen ist Friedrich Merz offenbar nicht gewachsen. Er rudert einmal mehr zurück und verwickelt sich in Widersprüche. Wenn auch diese Chance zu einer Migrationswende verstreicht, liegt die Verantwortung vor allem bei ihm.
Schon munkelt man in Berlin, Merz könnte spätestens nach der Bundestagswahl weggeputscht und durch den Merkel-Mann Hendrik Wüst ersetzt werden, um mit "Rot-Grün" weitermachen zu können wie gehabt. Die Migrationswende muß trotzdem kommen, und ohne den Druck der AfD wird sie nicht geschehen. Dafür muß zuerst die "Brandmauer" fallen. Wenn Friedrich Merz dafür zu schwach ist, das bis zum Ende durchzuziehen, wird die Zeit über ihn hinweggehen, und mit ihm möglicherweise über die ganze Union. Spätestens dann schlägt die Stunde für eine Volkskanzlerin Alice Weidel.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 27. Januar 2025 (x1.473/…):
>>**Goldpreis in Euro auf Rekordhoch**
Der Goldpreis hat in Euro letzte Woche ein Rekordhoch erreicht. Still und leise ist er seit Anfang des Jahres bereits um 4,2 % gestiegen, nachdem er 2024 einen Gewinn von 35,9 % ver-

buchen konnte. Erst der Anfang einer großen Rally?

Von *Claus Vogt*

Während die als große Realityshow aufgezogene Amtseinführung Donald Trumps und steigende Aktienkurse die Schlagzeilen beherrschen, hat der Goldpreis in Euro ein Rekordhoch erreicht. Still und leise ist er seit Anfang des Jahres bereits um 4,2 % gestiegen, nachdem er 2024 einen Gewinn von 35,9 % verbuchen konnte - nicht schlecht für ein erzkonservatives Investment, das ich Ihnen in erster Linie als Schutz vor Geldentwertung und Staatsbankrotten empfehle.

Von der sehr hohen Staatsverschuldung Amerikas und Europas gehen gewaltige Risiken aus. Die Wohlstandsvernichter der Fed und der EZB werden auch in Zukunft mit einer laxen Geldpolitik die Interessen ihrer hochverschuldeten Regierungen verfolgen, die weiterhin über ihre Verhältnisse leben wollen und sich einen feuchten Kehricht um Ihr finanzielles Wohlergehen scheren.

Trump fordert Zinssenkungen

In einer am … 23. Januar 2025 gehaltenen Rede hat US-Präsident Trump angekündigt, er werde sofortige Zinssenkungen fordern und der Rest der Welt solle seinem Beispiel folgen. Nun ist zwar weder die US-Zentralbank Fed noch die EZB an Weisungen Trumps oder anderer Politiker gebunden. Insofern war es taktisch eher unklug, den Wunsch nach niedrigen Zinsen so offen auszusprechen. Es zeigt Ihnen aber in aller Deutlichkeit, wes Geistes Kind Trump wirklich ist.

Nach allem, was die Fed und die EZB in den vergangenen Jahren schon an geldpolitischen Maßnahmen vorgenommen haben, können Sie ohnehin sicher sein, daß beide Zentralbanken auch in Zukunft eine ultralaxe, das heißt inflationäre Geldpolitik betreiben werden. Schließlich sind beide Zentralbanken seit der Wirtschafts- und Finanzkrise von 2008 mit gewaltigen Anleihenkäufen in großem Umfang in die Staatsfinanzierung eingestiegen.

Mehr müssen Sie in Bezug auf die nur formal bestehende Unabhängigkeit der Zentralbanken nicht wissen. Mit Gold und Minenaktien schützen Sie Ihr Vermögen vor den Machenschaften dieser Wohlstandsvernichter.

Gold in Euro plus 160 % in gut 6 Jahren

Der folgende Chart zeigt Ihnen den Goldpreis in Euro. Seit Oktober 2018 hat er 160 % zugelegt. Er befindet sich in einem geordneten Aufwärtstrend, der weder Anzeichen von Überhitzung noch Ermüdungserscheinungen erkennen läßt. Unsere langfristig orientierten Indikatoren und Prognosemodelle, die uns seit dem Beginn der großen Goldhausse zur Jahrtausendwende hervorragende Dienste geleistet haben, signalisieren eine Fortsetzung der Edelmetallhausse.

Für den Fall einer Baisse an den Aktienmärkten erwarten wir sogar eine Beschleunigung der Goldhausse. Denn sobald es an der Börse abwärts geht, werden die Zentralbanken die Geldschleusen wieder sperrangelweit öffnen, um die Staatsfinanzen und das Finanzsystem vor einem Zusammenbruch zu bewahren.

Goldpreis in Euro pro Unze (in hundert Euro), 2018 bis 2025

Seit Oktober 2018 hat der Goldpreis in Euro gerechnet 160 % zugelegt. Der sehr geordnete Aufwärtstrend läßt keinerlei Schwächezeichen erkennen. Quelle: StockCharts.com; krisensicherinvestieren.com

Treffsicherer Indikator gibt Warnsignal für die Börse

Trotz der Euphorie, die der Wahlsieg Trumps an der Börse ausgelöst hat, haben die markttechnischen Warnsignale in den vergangenen Wochen stark zugenommen. Zwar scheint der US-Aktienmarkt unverwundbar zu sein. Wer die Finanzgeschichte kennt, weiß jedoch, daß sich das sehr schnell ändern kann. ...<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 27. Januar 2025 (x1.473/…):

>>**Schleppende Aufklärung von Betrug bei Corona-Schnelltests**

Die Aufklärung des massiven Betrugs bei der Abrechnung von Corona-Schnelltests kommt kaum voran. Lediglich 57,9 Millionen Euro des mutmaßlichen Milliardenschadens wurden bisher von den Testbetreibern an den Bund zurückgezahlt, geht aus einer Übersicht hervor, die die Kassenärztliche Bundesvereinigung am 20. Dezember 2024 an das Bundesgesundheitsministerium verschickt hat und über die die "Welt" (Dienstagausgabe) berichtet.

Der Betrag ist nur ein Bruchteil der geschätzten Schadensumme: Das "Deutsche Steuerzahlerinstitut" - das Forschungsinstitut des Lobbyverbands "Bund der Steuerzahler" - schätzt die Summe auf 1,5 bis zwei Milliarden Euro. Nach Angaben der Kassenärztlichen Bundesvereinigung variieren die Rückzahlungen der Bundesländer stark. So zahlte allein Baden-Württemberg rund 32 Millionen Euro zurück, mehr als die Hälfte der Gesamtsumme.

Danach folgte Bayern mit 3,9 Millionen und das Saarland sowie Rheinland-Pfalz mit je 3,5 Millionen. Acht Bundesländer überwiesen weniger als eine Million Euro. Mehrere Kassenärztliche Vereinigungen teilten laut der "Welt" mit, daß zahlreiche Klageverfahren und staatsanwaltschaftliche Ermittlungsverfahren bislang noch nicht zum Abschluß gekommen seien. Viele Teststellenbetreiber befänden sich nicht mehr in Deutschland oder seien in laufenden Insolvenzverfahren. Zudem seien die "internen Ressourcen" zur Abrechnungsprüfung begrenzt, heißt es etwa aus der KV Thüringen.

Experten weisen allerdings darauf hin, daß die laufenden Verfahren nicht der einzige Grund sein dürften, warum es mit der Aufklärung und Rückerstattung der Betrugssummen so langsam vorangeht. "Die Kassenärztlichen Vereinigungen scheuen natürlich den Prüfaufwand", sagte Matthias Warneke, wissenschaftlicher Leiter des "Deutschen Steuerzahlerinstituts". Tatsächlich gibt es für die KVen keinen finanziellen Anreiz für die mühsame Detektivarbeit: Das Geld, das sie von den Testbetreibern zurückholen sollen, fließt komplett an den Bund.

So ist auch die Zahl der Strafanzeigen, die die Kassenärztlichen Vereinigungen gestellt haben, im Verhältnis zu den zwischenzeitlich mehr als 20.000 Testzentren eher gering, berichtet die "Welt" unter Berufung auf eine eigene Umfrage bei den KVen in den Bundesländern. So erstattete etwa Bayern 79 Mal Anzeige, Hessen 63 Mal, Niedersachsen 44 Mal, Baden-Württemberg 41 Mal, die KV im Bereich Nordrhein 40 Mal, Sachsen-Anhalt 21 Mal, Thüringen 13 Mal und Bremen zwölf Mal. Warneke kritisierte, daß abgesehen von politischen Lippenbekenntnissen bislang "nicht viel passiert" sei.

Seine Forderung: "Das Bundesgesundheitsministerium könnte den KVen die Nachprüfung massiv erleichtern, wenn es mit eigenen Datenanalysen systematisch nach Betrugsindizien sucht." Dann könnten die Kassenärztlichen Vereinigungen gezielt Teststellenbetreiber konfrontieren und entsprechende Rückzahlungen einfordern. Dafür gebe es nachweislich effiziente Softwaremethoden. "Bund und Länder müßten es nur wollen", sagte Warneke. "Aber leider herrscht eher eine 'Schwamm-drüber-Mentalität'."

Kritik kommt auch aus der FDP. "Es ist unbegreiflich, daß angesichts eines enormen Schadens für den Steuerzahler, der bis zur Milliarde gehen könnte, bisher nur eine vergleichbar winzige Summe zurückgeholt wurde", sagte Karsten Klein, FDP-Obmann im Haushaltsausschuß und bayerischer Landesgruppenchef der FDP-Bundestagsfraktion. Die Aufarbeitung des massiven Betrugs durch Testbetreiber müsse von Minister Lauterbach "endlich zur Chefsache" gemacht werden. "Noch können Betrüger ausfindig gemacht werden - wenn nur engagiert genug nach ihnen gesucht wird."

Weiter forderte der Haushaltspolitiker: "Karl Lauterbach muß umgehend überprüfen, wie umfassend die Kassenärztlichen Vereinigungen und die Bundesländer nach Testbetrügern suchen." Dies gelte um so mehr, als daß beide nicht vom Ermittlungserfolg profitieren und der Schaden allein zulasten des Bundes geht. "Aufgrund des fehlenden Anreizes dürfte sich deren

Aufklärungsinteresse daher in Grenzen halten", so Klein.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 27. Januar 2025 (x1.472/…): >>**Mord an CDU-Politiker: Migrant aus Guinea nach zweitem Angriff gefaßt**

Ein junger CDU-Politiker tot, die Kehle durchtrennt, seine Wohnung in Flammen. Der Täter: ein 24-jähriger Migrant aus Guinea. Erst ein zweiter brutaler Angriff auf eine Ukrainerin brachte die Ermittler auf seine Spur.

Christopher Mang

Am 14. Januar wurde der 24-jährige CDU-Nachwuchspolitiker Christoph R. tot in seiner Wohnung in Beelitz-Heilstätten (Brandenburg) aufgefunden. Der junge Politiker lag mit durchtrennter Kehle leblos auf seinem Bett. Nachbarn hatten ihn zuvor aus der brennenden Wohnung gerettet, doch jede Hilfe kam zu spät: Christoph R. erlag noch vor Ort seinen schweren Verletzungen. Vom Täter fehlte zunächst jede Spur.

Zwölf Tage vergingen ohne Verdächtigen, bis sich am vergangenen Sonntag eine weitere Gewalttat im selben Wohnhaus ereignete. Dieses Mal wurde eine 54-jährige Frau aus der Ukraine in ihrer Wohnung angegriffen. Nach Angaben der Bild begann der Täter damit, die Frau zunächst zu massieren, bevor er plötzlich versuchte, sie zu würgen und ihr eine Schnittwunde am Hals zufügte. Glücklicherweise überlebte die Frau den Angriff.

Ermittlungen führten schnell zu einem Verdächtigen: Laut Informationen der Bild-Zeitung handelte es sich um den 24-jährigen Mahmadou-Alpha B., einen Mitbewohner aus demselben Haus. Laut sowohl Bild als auch Nius handelt es sich bei dem Verdächtigen um einen Mann aus Guinea. Er wurde noch am selben Tag in seiner Wohnung festgenommen.

Während seiner Flucht nach dem Angriff sprang B. aus dem ersten Stock des Hauses und verletzte sich dabei. Laut Bild wurde er in ein Krankenhaus gebracht, wo er unter polizeilicher Aufsicht steht. Laut der Märkischen Allgemeinen soll er in eine psychiatrische Einrichtung eingewiesen worden sein.

Für die Ermittler ergab sich schnell ein Zusammenhang zwischen den beiden Vorfällen: Zwei Gewalttaten innerhalb weniger Tage, am gleichen Ort. Der Verdacht fiel schließlich auf Mahmadou B. Zuerst hatte die Märkische Allgemeine berichtet, daß die Angriffe offenbar vom selben Mann verübt worden waren. Gegen den Mann wird wegen Mordes und wegen versuchten Mordes ermittelt. Die Staatsanwaltschaft prüft derzeit, ob die Voraussetzungen für Haftbefehle in beiden Fällen vorliegen.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 27. Januar 2025 (x1.468/…): >>**BRD-Sprech _ Auschwitz**

Von *Manfred Kleine-Hartlage*

Es gibt Ortsnamen, die durch ihre bloße Nennung Assoziationsnetze bis tief ins Unbewußte aktivieren, etwa Waterloo, Langemarck, Hiroshima - oder Auschwitz. Welche von ihnen im Lauf der Zeit ihren mythischen Klang verlieren (Wer kennt heute noch Langemarck?) und welche immer stärker aufgeladen werden, ist eine Frage der "Erinnerungskultur": Aufgeladen wird normalerweise, was den jeweiligen Machthabern als förderungswürdig gilt.

Aus deren Sicht hat die mythische Verdichtung den Vorteil, beim Publikum brauchbare Gefühle und Verhaltensweisen gleichsam auf Knopfdruck hervorzurufen und sich selbst die Mühe des Argumentierens zu ersparen. Joschka Fischer (dem der Satz zugeschrieben wird, Auschwitz sei der "Gründungsmythos der Bundesrepublik") griff folgerichtig 1999 zur Parole "Nie wieder Auschwitz", um den Kosovokrieg zu rechtfertigen - einen Krieg, für den weder das Völkerrecht noch die Interessen Deutschlands einen hinreichenden legitimen Grund hergaben.

Daß gerade der Name "Auschwitz" zu einem solchen manipulativen Zweck geeignet war, ist das Ergebnis einer Geschichtspolitik, die unter Dutzenden von Völkermorden des 20. Jahrhunderts gerade den an den Juden (symbolisch verdichtet in dem Wort "Auschwitz") in per-

verser Weise privilegierte. Anders als etwa die Massenmorde Stalins oder Maos oder auch der Genozid an den Armeniern wurde "Auschwitz" zum Inbegriff des absolut Bösen. Da dergleichen nur unter Beteiligung der ideologieproduzierenden Industrie möglich ist und diese keineswegs interessenneutral agiert, stellt sich die Frage, welchen Interessen (beziehungsweise der Bekämpfung welcher Interessen) gerade eine solche Erinnerungskultur dient.
Zum einen wird dadurch ein ganz bestimmtes Land, nämlich Deutschland, im Zustand ständiger Erpreßbarkeit gehalten, und dies um so mehr, als dessen führende Politiker nicht müde werden, sich immer dann auf die "Laßt der Vergangenheit" zu berufen, wenn es - etwa bei der Eurorettung - Maßnahmen zu legitimieren gilt, die offensichtlich gegen die Interessen des eigenen Landes gerichtet sind.
Die Geschichtspolitik der BRD verschärft sich dabei in dem Maße, in dem sie ihre Fähigkeit verliert, sich durch eigene Erfolge zu legitimieren. Je mehr sich ihr Bild verdüstert, desto verzweifelter muß sie darum kämpfen, aus der historischen Kontrastfolie - dem Dritten Reich - alle Graustufen zu tilgen und nur tiefstes Schwarz übrigzulassen.
Es handelt sich um eine Religion ohne Trost und Hoffnung, auch ohne Moral.
Wenn Auschwitz schließlich für das absolut Böse steht, wird damit eine Religion etabliert, die jede andere relativiert. Es handelt sich um eine Religion ohne Gott und Erlösung, aber mit einem im Diesseits wirkenden Bösen, zu dessen Bekämpfung alle Mittel, auch solche, die ihrerseits böse (aber ideologieimmanent eben nur relativ böse) sind, erlaubt sind.
Der Nationalsozialismus ist Geschichte, aber die Hitlers vermehren sich in dem Maße, wie es Politiker und politische Kräfte gibt, die man ausschalten will: Das kann Gaddafi sein oder Saddam Hussein - oder auch der innenpolitische Gegner, sofern dieser der Meinung ist, die Interessen des deutschen Volkes vertreten zu dürfen, da diese durch Auschwitz für alle Zeiten delegitimiert seien.
Es handelt sich um eine Religion ohne Trost und Hoffnung, auch ohne Moral. Um eine Religion, die das Gewissen nicht schärft, sondern ausschaltet, und die den Menschen nicht in eine Beziehung zu Gott rückt und damit der Manipulation durch weltliche Machthaber entzieht, sondern sein Gewissen eben dieser Manipulation zur Verfügung stellt.
_ *Manfred Kleine-Hartlage ist Publizist und Diplom-Sozialwissenschaftler. Die Serie ist an sein Buch "Die Sprache der BRD" angelehnt: Verlag Antaios, 240 Seiten, gebunden …*
Dieser Artikel erschien im COMPACT-Magazin 08/2016.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 27. Januar 2025 (x1.468/…): >>**Befreiend: Elon Musk spricht wie Björn Höcke**
Von *Jürgen Elsässer*
Musk hat nicht nur der AfD, sondern allen Deutschen Mut gemacht, sich nicht weiter einem Schuldkult zu unterwerfen. Damit ist er weit über eine bloße Wahlempfehlung hinausgegangen: SUPER!!! …
So pro-deutsch war nie ein führender Ami
Die Botschaft, die der Tech-Unternehmer auf dem AfD-Wahlkampfauftakt am Samstag übermittelte, hatte es in sich. So eine pro-deutsche Rede hat bislang kein führender Vertreter der USA gehalten - er ging sogar mit der offensiven Benennung des Schuldkultes weit über das hinaus, was bisher im AfD-Mainstream erlaubt war. Zuletzt hatte sich das Björn Höcke in seiner Dresdner Rede vom Januar 2017 getraut …
Musk wörtlich: "Es ist okay, stolz darauf zu sein, Deutscher zu sein. Es ist gut, stolz auf die deutsche Kultur und die deutschen Werte zu sein und diese nicht in einer Art Multikulturalismus zu verlieren, der alles verschleiert."
Es solle "einzigartige Kulturen auf der Welt" geben. "Wir wollen nicht, daß überall alles gleich ist, daß alles nur eine große Suppe ist. (…) Das deutsche Volk ist eine alte Nation, die Tausende von Jahren zurückreicht." Der Amerikaner ging sogar auf den Kampfgeist der alten

Germanen ein, die sich dem römischen Imperium in den Weg gestellt hätten.
Dann folgte die Bombe: "Ich denke, es wird zu viel auf vergangene Schuld geachtet (…). Kinder sollten nicht für die Sünden ihrer Eltern oder vielleicht sogar ihrer Urgroßeltern schuldig sein. Wir sollten optimistisch und gespannt auf eine Zukunft für Deutschland sein. Und das ist wirklich meine Botschaft. (…) Bewahren Sie die deutsche Kultur!"
Musk schloß mit den Worten: "Diese Wahl (am 23. Februar) entscheidet nicht nur das Schicksal Deutschlands, sondern Europas, vielleicht sogar der Welt."

Der Aufschrei des Establishments

Schon am nächsten Tag hagelte es Kritik an Musk - aus Israel und aus Polen am lautesten. Kanzler Scholz schloß sich an. Am ausführlichsten wurde die Kritik von Springer-Chef Mathias Döpfner formuliert - also ausgerechnet von dem Mann, der Musk die Seiten seiner Welt am Sonntag für einen AfD-Wahlaufruf geopfert hatte.
Döpfner schreibt, gegen Musk gerichtet: "Dies auf einer Wahlkampfveranstaltung zu sagen, und zwar zwei Tage vor dem Gedenktag der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz, in dem etwa eine Million Juden ermordet und industriell vernichtet worden sind - das macht mir Angst. (…) So als könnte man die bösen Geister der Vergangenheit vertreiben, indem man sie vergißt. Dabei ist das Gegenteil richtig. Einen Schlußstrich unter den Völkermord an sechs Millionen Juden kann es nie geben."
Wirklich NIE? Die Deutschen als Tätervolk bis in alle Ewigkeit? Das ist genau der Schuldkult, den Elon Musk attackiert hat!

Vom Auschwitz-Gedenken

Der herbeigezwungene Kontext von Musks Rede am Samstag zum Auschwitz-Gedenktag heute ist bizarr. Wieso sollte der Amerikaner Musk die deutschen Gedenktage im Kopf haben? Im Übrigen: Die AfD hat die einzig richtige Schlußfolgerung aus der Befreiung von Auschwitz durch die Rote Armee gezogen, und die heißt: Frieden mit Rußland.
Döpfner und Seinesgleichen bringen aber das Kunststück fertig, einerseits an Auschwitz zu erinnern, aber gleichzeitig weiter zum Krieg gegen die Russen, also die Befreier von Auschwitz, zu trommeln. Die richtige Lehre aus der Vergangenheit heißt: "Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!" Döpfners Lehre aber heißt: Die Deutschen können nur dann Buße für Faschismus und Holocaust tun, indem sie weitere Kriege an der Seite der Westmächte (und Israels) vorbereiten. Das ist pervers.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 27. Januar 2025 (x1.468/…): >>**Gegen den Schuldkult**
In seinem Grußwort beim AfD-Wahlkampfauftakt in Halle hat sich Elon Musk gegen den Schuldkult und die Herabwürdigung der Deutschen als verachtenswertes Volk aufgrund ihres vermeintlichen "Sonderwegs" in der Geschichte gewandt. Schon vor Jahren warf sich ausgerechnet ein marxistischer Philosoph gegen dieses Vorurteil in die Bresche - mit ungewöhnlichen Argumenten. Ein Auszug aus unserer Sonderausgabe "Geschichtslügen gegen Deutschland" …
_ von *Domenico Losurdo*
Die Theorie vom deutschen Sonderweg stellt die deutsche Geschichte dem Rest der Welt entgegen; doch ähnliche Theorien haben jeweils die Geschichte des einen oder anderen Landes dem Rest der Welt entgegengestellt. Weit entfernt, aus der Notwendigkeit heraus entstanden zu sein, die eigentümliche Herausbildung Deutschlands zu verstehen, ist die Kategorie "Sonderweg" ein Topos, ein Gemeinplatz, zu dem man immer dann seine Zuflucht nimmt, wenn man es mit einem neuen oder ungewöhnlichen historischen Phänomen zu tun hat. Bei genauerer Untersuchung der Geschichte ergibt sich, daß es nichts Wiederkehrenderes gibt als den "Sonderweg"!

Deutschlands revolutionäre Tradition

Außerdem handelt es sich um eine Kategorie, die die geistige Faulheit fördert. Geht es darum, das lange Andauern der Autokratie in Rußland zu erklären? Da haben wir den russischen Sonderweg! Nimmt man sich vor, die Gründe für den Sieg des Bonapartismus in der Mitte des 19. Jahrhunderts in Frankreich aufzuzeigen? Dann gibt es nichts Einfacheres, als auf den französischen Sonderweg zu verweisen! (…)

Im deutschen Fall fehlt diese Plausibilität. Und dennoch erweist sich die Mythologie als zählebig, die die Geschichte des deutschen Volkes so rekonstruiert, als wäre sie vollkommen von einer negativen Teleologie beherrscht, die unwiderstehlich auf die Barbarei des Dritten Reichs und auf die Greuel der "Endlösung" hinausliefe.

Selbst hochgebildete Intellektuelle erinnern sich anscheinend nicht an die vielen Jahrzehnte, in denen Deutschland gleichbedeutend für Revolution stand. Wenn Marquis de Condorcet im Jahre 1792 an die Deutschen appelliert, den bevorstehenden konterrevolutionären Kreuzzug gegen das neue Frankreich zu boykottieren, geht er, dabei vor allem die Reformation ins Gedächtnis rufend, so weit zu erklären: "Wir verdanken euch unsere Freiheit." (…)

Wehe den Besiegten!

Doch mit der Entfesselung des Zweiten Weltkriegs durch Hitler bekommt die These vom zuinnerst barbarischen und kriegshetzerischen Charakter des deutschen Volkes nicht nur neuen Aufschwung, sondern nimmt zudem eine noch beunruhigendere Färbung an. In einer Rede vom April 1941 erklärt Premier Winston Churchill: "Es gibt weniger als 70 Millionen bösartiger Hunnen - einige (some) davon sind zu heilen, andere umzubringen."

Noch vielsagender ist die Stellungnahme eines anderen bedeutenden Staatsmannes. Nachdem er in Jalta 1943 erklärt hatte, er fühle sich "blutdürstiger denn je gegen die Deutschen" wegen der von ihnen begangenen Gräueltaten, nimmt US-Präsident Franklin Delano Roosevelt schließlich, ohne es zu wissen, den von einem frommen und bekannten amerikanischen Pastor schon im Ersten Weltkrieg gemachten Vorschlag wieder auf:

"Wir müssen hart mit Deutschland umgehen, und ich meine das deutsche Volk, nicht nur die Nazis. Entweder müssen wir das deutsche Volk kastrieren, oder man muß die Deutschen in einer Weise behandeln, daß sie nicht immerzu Leute in die Welt setzen, die so weitermachen wollen wie früher."

Indem er die "historische Natur" des "Bösen" des Hitler-Regimes und seiner Ideologie hervorhebt, macht er unfreiwillig deutlich, wie die von ihm geforderten "Sterilisationen" in Wahrheit das "von den Nazis gegebene Beispiel" nachahmen. Tatsächlich gehen der "Endlösung" im Dritten Reich wiederholte Programme oder Anregungen zur "Massensterilisation der Juden" voraus.

Mit Plakaten und Filmen, die Bilder aus den KZs zeigen, versuchten die westlichen Alliierten, "den" Deutschen die Verantwortung an den Verbrechen des Dritten Reiches zuzuschieben. In der Sowjetischen Besatzungszone wurde die Kollektivschuldthese nicht propagiert, sondern es wurden selektiv "Kapitalisten" und "Faschisten" angeprangert.

Trotz der reichen demokratischen und revolutionären Tradition Deutschlands gibt es auch heute noch Leute, die den Mythos eines auf ewig unverbesserlichen deutschen Volkes verbreiten und damit Deutschland erpressen wollen, um ihm jede Unabhängigkeit im Vergleich zur Außenpolitik Amerikas und Israels unmöglich zu machen.

Nur so lassen sich die plumpe Agitation der Antideutschen und der internationale Erfolg des Buches des amerikanischen Historikers Daniel J. Goldhagen (Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust, 1996) erklären. Dieser bezeichnet darin den Antisemitismus und sogar den "eliminatorischen Antisemitismus" als eine "allgemeine Charakteristik des deutschen Volkes".

Diese These baut auf kolossalen Verdrängungen auf. Im Personenregister seines Buches sind

weder Hermann Cohen noch Henry Ford verzeichnet, noch kommen die Namen der exaltiertesten US-amerikanischen Antisemiten vor, die von Hitler die "Vernichtung" (extermination) der Juden fordern, um die notwendige "Desinfizierung" (disinfection) der Gesellschaft zu realisieren. (…)<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 27. Januar 2025 (x1.468/…): >>**Hamburg: Gewalt gegen Chrupalla-Auftritt**

Von *Sven Eggers*

Rund um eine Rede von AfD-Bundessprecher Tino Chrupalla ist es in Hamburg zu erheblichen Ausschreitungen gekommen. Politik und Medien hatten die Stimmung im Vorfeld gezielt vergiftet. …

Aggressiv haben Autonome und Linke versucht, am Sonntag eine AfD-Kundgebung mit Tino Chrupalla zu verhindern. Zwar gelang dieses Vorhaben nicht, doch es kam zu massiven Ausschreitungen. Die Polizei setzte am Ende Wasserwerfer ein. Teils gewaltbereite Demonstranten hatten schon seit den frühen Morgenstunden versucht, den Veranstaltungsort, die Friedrich-Ebert-Halle in Hamburg-Heimfeld, systematisch zu blockieren.

Festnahmen und Verletzte

Nach ersten Angaben der Polizei soll es sich um etwa 3.000 Extremisten gehandelt haben. Später wurde diese Zahl noch auf 1.000 korrigiert. Die Halle war mit 900 AfD-Anhängern gefüllt. Vor dem Versammlungsort drohte die Lage immer wieder zu eskalieren, drohten Absperrungen durchbrochen zu werden. Die Polizeikräfte hielten sich trotz massiver Attacken merklich zurück. Der Wasserwerfer-Einsatz erfolgte spät. Letztlich gab es 18 vorübergehende Festnahmen und sechs verletzte Polizisten.

Medien in Hamburg hatten zuvor in aller Ausführlichkeit über die geplanten Proteste berichtet und im Grunde für die Teilnahme geworben, garniert natürlich mit dem üblichen Anti-AfD-Framing.

In der Halle hatte Chrupalla das Migrationsdesaster der alten Parteien kritisiert und sich vor allen Dingen gegen undemokratische Brandmauern ausgesprochen. Dem Namensgeber der Halle, SPD-Reichskanzler Friedrich Ebert, fühle er sich sehr verbunden. Er habe sich in besonderem Maße für die Arbeiterklasse eingesetzt. Die AfD sei die einzige Partei, die eben dies heute noch tue. Der Hamburger AfD-Chef Nockemann verurteilte die Tumulte vor der Tür. Wer so agiere, sein ein Feind der Demokratie.<<

Rußland: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 27. Januar 2025 (x1.468/…): >>**Trump und Putin: Wie weiter?**

Von *COMPACT Redaktion*

Mit welchen Erwartungen blickt man in Rußland auf Trump? Mit dieser Frage haben sich jetzt Thomas Röper und COMPACT-Mitarbeiter Dominik Reichert in der aktuellen Ausgabe von Anti-Spiegel-TV befaßt. Nachfolgend Auszüge aus der interessanten Sendung. Was Putin angeht, so empfehlen wir dringend, auf Originalquellen zu setzen. Wir liefern Ihnen unsere Edition "Wladimir Putin - Geschichte Rußlands".

Thomas Röper: Ja, also die Meinungen in Rußland zu Trump sind ja sehr gemischt. Also, Trump wird ganz sicher nicht als Heilsbringer angesehen. Man sieht Trump sogar sehr kritisch. Verbreitet ist ja in Rußland die Aussage, daß es eigentlich egal sei, wer in Amerika regiert, die Politik ändert sich ohnehin nicht. Also, in der Frage der Nahostpolitik hat Rußland sicherlich keine Freudensprünge wegen Trump gemacht. Er ist sehr stark pro Israel und sehr stark gegen den Iran.

Iran und Rußland haben gerade ein Partnerschaftsabkommen geschlossen. Das ist schon der erste Punkt, an dem es sicherlich schwierig wird. Zudem: Trump war immer sehr antichinesisch, und die Russen stehen an der Seite von China. Oder Venezuela: Da hat die Trump-Regierung gesagt, sie wolle da einen Regime-Change. Auch das ist ein Land, mit dem Ruß-

land eigentlich gut kann - finden die meisten Russen also auch nicht gut.
Kuba: Biden hatte Kuba von der Liste der Staaten gestrichen, die den Terror unterstützten. Trump hat es sofort wieder draufgesetzt. Es gibt genug Themen in der Außenpolitik, bei denen die Russen über Trump sicherlich nicht glücklich sind. Von Alaska und dann Arktis brauchen wir erst gar nicht zu reden. Was die Ukraine angeht, da ist es so, daß die Russen vielleicht eine gewisse Hoffnung haben, daß zumindest dieses Blutvergießen beendet wird.

Die EU hat fertig

Aber interessant finde ich, wenn man sich jetzt die russischen Medienberichte anguckt, was sie über die EU erzählen. Es ist schon eine gewisse sarkastische Schadenfreude da, daß die EU gerade völlig von der Rolle ist. Es ist ja anscheinend wirklich so, daß die EU jetzt quasi aus dem Boot ist, was die ganze ukrainische Geschichte angeht.
Trump hat mit der EU noch nicht gesprochen. Die EU-Kommission will ein Treffen mit Trump. Er hat in Richtung EU bisher nur Pfeile abgeschossen nach dem Motto: Ihr müßt mehr Öl und Gas bei mir kaufen, sonst gibt es hohe Zölle. Ihr müßt jetzt fünf Prozent in die Rüstung stecken, sprich bei amerikanischen Firmen Rüstung und mehr Waffen kaufen. Keine freundlichen Worte Richtung Europa.
Dominik Reichert: Putin hat sich ja kurz vor der Amtseinführung von Donald Trump zu Wort gemeldet. Er hat ihm gratuliert und auch das Gesprächsangebot von Donald Trump kommentiert. Und diese Aussagen von Putin, die waren ganz interessant. Also, ich habe die als sehr, sehr positiv aufgenommen. Aber wenn man sich die Version im vollen Kontext anguckt, der Kontext, der von den westlichen Medien in der Regel weggeschnitten wurde, dann sieht man, daß Vorbedingungen doch nach wie vor eine Rolle spielen.
Originalton Putin: Wir hören Erklärungen des neu gewählten US-Präsidenten von Mitgliedern seines Teams über den Wunsch, die direkten Kontakte zu Rußland wiederherzustellen, die von der scheidenden Regierung ohne unser Verschulden unterbrochen wurden. Wir hören auch seine Erklärungen über die Notwendigkeit, alles zu tun, um einen dritten Weltkrieg zu verhindern.
Natürlich begrüßen wir diese Haltung und beglückwünschen den gewählten US-Präsidenten zu seinem Amtsantritt. Ich möchte betonen, daß wir den Dialog nie aufgegeben haben und immer bereit waren, reibungslose und kooperative Beziehungen zu jeder amerikanischen Regierung zu unterhalten, wie ich bei zahlreichen Gelegenheiten gesagt habe.
Wir gehen davon aus, daß der Dialog auf einer gleichberechtigten und von gegenseitigem Respekt geprägten Grundlage aufgebaut wird. Wobei die bedeutende Rolle berücksichtigt wird, die unsere Länder in einer Reihe von Schlüsselfragen auf der globalen Agenda spielen, einschließlich der Stärkung der strategischen Stabilität und Sicherheit. Wir sind offen für einen Dialog mit der neuen US-Regierung über den Ukraine-Konflikt. Das Wichtigste dabei ist, die Ursachen der Krise anzugehen, über die wir bereits mehrfach gesprochen haben.
So möchte ich noch einmal betonen, daß das Ziel nicht ein kurzer Waffenstillstand sein darf, nicht eine Art Atempause für die Umgruppierung der Kräfte und die Wiederaufrüstung für eine anschließende Fortsetzung des Konflikts, sondern ein langfristiger Frieden auf der Grundlage der Achtung der legitimen Interessen aller Menschen, aller Völker, die in dieser Region leben. Aber natürlich werden wir für die Interessen Rußlands, für die Interessen des russischen Volkes kämpfen. Das ist ja auch Sinn und Zweck der militärischen Spezialoperation.
Thomas Röper: Was wir sehen ist, die russische Position ist im Grunde unverändert geblieben. Putin war immer gesprächsbereit, die ganzen zweieinhalb Jahre. Putin hat aber auch immer gesagt in den Gesprächen, wir müssen uns auf Augenhöhe gegenseitig ernst nehmen, die Interessen des anderen berücksichtigen und so weiter. Da hat sich nichts geändert. Und eine wichtige Bedingung ist für Rußland immer: Es geht nicht um einen Waffenstillstand, es geht

nicht um ein Einfrieren des Konfliktes, die Europäer aber noch glauben, wenn sie jetzt meinen, sie müssen hinterher Friedenstruppen hinschicken, um da irgendeine Kontaktlinie zu sichern.
Anti-Spiegel-TV wird jeden Sonntag auf dem X Account von Compact Mitarbeiter Dominik Reichert veröffentlich. Ein Klick auf das Bild führt euch zu aktuellen Ausgabe.
Anti-Spiegel-TV wird jeden Sonntag auf dem X Account von COMPACT-Mitarbeiter Dominik Reichert veröffentlich. Ein Klick auf das Bild führt euch zur aktuellen Ausgabe.
Die Russen wollen eine komplette Friedenslösung erreichen, um eben den Konflikt zu beenden und nicht nur einzufrieren, daß er in drei, vier Jahren wieder ausbricht. Also, da hat sich an Rußlands Position jetzt eigentlich nichts geändert, obwohl das in den Mediendarstellungen ein bißchen anders klang. Aber jetzt ist die Frage: Was bedeutet das für Verhandlungen? Wir wissen ja immer noch nicht, was Trump eigentlich will. Er redet von Deals, aber was er jetzt will, ist unklar.

Erfolg in 100 Tagen?

Im Wahlkampf hat er ja immer rumgetönt, ja, also wenn er dann Präsident wird, sei innerhalb von 24 Stunden alles vorbei, er beende das in 24 Stunden. Ob er das geglaubt hat oder nicht, sei dahingestellt. Fakt ist, inzwischen ist er realistischer geworden. Er hat dann mal von drei bis sechs Monaten gesprochen vor ein paar Tagen. Seine Berater reden so eher von drei Monaten und sein Ukraine-Beauftragter Kellogg, der hat jetzt von 100 Tagen gesprochen, das wäre sein Ziel. Fakt ist, offensichtlich sind alle auf Gespräche eingestellt, aber es wird nicht so schnell gehen, wie wir zuerst dachten.
Dominik Reichert: Ja, das Interessante ist halt, so unkonkret Trump bei seinen Lösungsvorschlägen ist, desto großspuriger ist er bei seinen Ansagen in den sozialen Medien. Wir haben das jetzt vor ein paar Tagen gehabt, daß er da ordentlich auf den Tisch gehauen hat in Richtung Rußland. Und sozusagen einerseits gesagt hat: Ja, ich mag Rußland, Rußland, tolles Land und so weiter. Und andererseits hat er aber gesagt: Herr Putin, wir müssen jetzt hier einen Deal machen. Ja, wir kommen jetzt an den Tisch. Wir machen das jetzt hier auf die leichte oder auf die harte Tour.
Ja, und wenn du dich für die harte Tour entscheidest, dann wird es nur immer schlimmer für Rußland.
Originalton Trump: Ich möchte Rußland nicht schaden. Ich liebe das russische Volk und hatte immer ein sehr gutes Verhältnis zu Präsident Putin. Und das trotz der Rußland-Falschmeldung der radikalen Linken. Wir dürfen nie vergessen, daß Rußland uns geholfen hat, den Zweiten Weltkrieg zu gewinnen. Wobei dabei fast 60 Millionen Menschen ums Leben kamen. Dennoch tue ich Rußland, dessen Wirtschaft am Boden liegt und Präsident Putin einen sehr großen Gefallen.
Beruhigen Sie sich und beenden Sie diesen lächerlichen Krieg. Es wird nur noch schlimmer werden. Wenn wir nicht bald einen Deal abschließen, habe ich keine andere Wahl, als alles, was Rußland an die USA und verschiedene andere beteiligte Länder verkauft, mit hohen Steuern, Zöllen und Sanktionen zu belegen. Lassen Sie uns diesen Krieg, der nie begonnen hätte, wenn ich Präsident wäre, hinter uns bringen. Wir können es auf die leichte oder die schwierige Art machen. Und die einfache Art ist immer besser. Es ist Zeit, einen Deal zu machen. Es dürfen keine weiteren Leben verloren werden.
Dominik Reichert: Also, es klingt wie ein Ultimatum. Zuckerbrot und Peitsche. Und das ist natürlich, wenn man das jetzt, sage ich mal, vergleicht mit dem, was wir uns gerade von Putin angeschaut haben, sind das zwei komplett andere Welten. Putin deutlich diplomatischer in seiner Ausdrucksweise, während Trump, ich sage mal, poltert, auf den Tisch haut und sich da auch ein Stück weit, würde ich behaupten, inszeniert. Und das ist eben vor allem auch für den heimischen Markt, für das eigene Publikum gedacht und weniger als direktes Signal an Putin.

Ich denke, daß Signal an Putin war eher, ja, laß uns reden. Und was es dann zu bereden gibt, das wird dann wahrscheinlich im Gespräch erörtert.
Thomas Röper: Ja gut, das weiß ich nicht, ob das ein Signal war oder ob Trump, der ja nun gerade mit diesem Thema Druck im Nahosten sehr Erfolg hatte, der hat ja auch auf Israel Druck gemacht und hat dann hinbekommen, daß die Schießerei im Gaza-Streifen aufhört. Also, vielleicht glaubt er sogar, daß es funktioniert. Ich weiß es nicht, das muß nur ihn fragen.
Wer nicht unbedingt die westlichen Medien verfolgt, sondern sich anhört, was Putin in all den Jahren, die er im Amt ist, selbst gesagt hat, offiziell auf Diskussionen und Interviews, der weiß, daß Putin sehr diplomatisch formuliert und Trump eher poltert. Das ist sein Markenzeichen. Das mögen ja auch die Amerikaner, dieses Poltern, diese emotionale Effekthascherei und so. Also, die Russen sagen es ja auch immer wieder: Das ist jetzt Wahlkampf, das ist jetzt für die Innenpolitik gemeint, da gucken wir uns mal an, was denn wirklich im Gespräch kommt. Und ich denke, so ist es ja auch.

Was wollen die USA denn noch sanktionieren?

Die Frage, die man sich ja stellen muß, ist: Wird das jetzt an Rußlands Position was ändern? Sondern stellen wir uns vor, Trump meint das ernst und will jetzt anfangen, von Putin das und das ultimativ zu fordern, sonst gibt es dann Zölle und Sanktionen und vielleicht wieder Ukraine-Hilfen und so weiter. Wird Rußland das erschrecken?
Was wollen die USA noch sanktionieren? Zölle würden die USA nicht allzu sehr, würden die Russen gar nicht schockieren, weil es gibt kaum noch Handel zwischen Rußland und USA, gab es eh fast nie. Da ist nicht viel, wo sie Zölle erheben können, die USA. Sanktionen, da ist, glaube ich, auch alles sanktioniert.
Ich glaube nicht, daß Trump jetzt da irgend etwas hat, womit er Putin ernsthaft drohen kann, weil Soldaten wird er nicht schicken. Die Zeit arbeitet für Rußland. Die ukrainische Front weicht zurück. Man könnte auch sagen, sie ist am Zusammenbrechen. Und wenn das passiert, wenn die Front wirklich zusammenbricht, dann kann eigentlich aus dem Westen niemand mehr noch irgendwas von Rußland fordern.<<

USA: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 27. Januar 2025 (x1.471/…): >>**Neuer US-Verteidigungsminister vereidigt: Pete Hegseth ist der Schrecken aller Woken!**

Pete Hegseth ist als neuer US-Verteidigungsminister vereidigt worden. Als mehrfach ausgezeichneter Ex-Soldat dürfte er die politische Indoktrinierung der mächtigsten Armee der Welt beenden.
"Der umstrittene Fox-News-Moderator", so mokierten sich deutsche Medien, allen voran die linksgrüne "ARD-tagesschau", als Donald Trump seinen neuen Pentagon-Chef nominierte. "Keine Regierungserfahrung" hieß es, Hegseth habe "Alkoholprobleme" gehabt.
Dabei paßt Trumps Verteidigungsminister schon deshalb ins Pentagon, weil Hegseth als mehrfach ausgezeichneter Soldat in Kuba, Irak und Afghanistan diente: "Ich habe Truppen im Kampf angeführt. Ich war tagelang auf Patrouille. Ich drückte den Abzug. Ich hörte Kugeln fliegen", schilderte er seine Kampferfahrungen.
Deutsche "Buntwehr": Woke schwenkt, marsch!
Das männliche Erscheinungsbild des neuen US-Verteidigungsministers, seine Tattoos und seine durch und durch anti-woke Einstellung (er kritisierte die "Gehirnwäsche" an amerikanischen Universitäten) machen ihn für die Regenbogen-Szene zum roten Tuch. Übrigens auch für seinen Noch-Amtskollegen Boris Pistorius (SPD), der im Oktober 2024 auf einer sogenannten Diversitäts-Konferenz der Bundeswehr für mehr Vielfalt in der deutschen "Buntwehr" warb.<<

Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 27. Januar 2025 (x1.475/…): >>**Tech-Elite in Silicon Valley läßt ihre Kinder bewußt ohne Technik lernen**
Herbert Ludwig

Im kalifornischen Silicon Valley, dem Zentrum des digitalen Fortschritts, schreibt Lydia Roeber in einem wichtigen Artikel auf Epoch Times, zögen viele Eltern bewußt für ihren Nachwuchs private Schulen vor, insbesondere die dortige Waldorfschule, die mit wenig oder keinem Computereinsatz arbeiten.

Dafür nähmen sie lange Wartezeiten und hohe Schulgebühren in Kauf. Sie seien überzeugt, daß es zunächst auf eine gesunde Entwicklung und Ausbildung aller Anlagen und Fähigkeiten der Kinder ankomme, die durch zu frühe Technik beeinträchtigt würden. Deutschland schreitet jedoch mit der Digitalisierung an den Schulen stramm voran, während Schweden inzwischen zu Tafel, Stift und Buch zurückkehrt.

Viele Eltern in Silicon Valley, die in der IT-Branche tätig sind, seien der klaren Überzeugung, daß die beste Vorbereitung auf die digitale Zukunft nicht darin bestehe, ihre Kinder sofort in die Welt der Bildschirme und Apps einzuführen. Vielmehr sollten sie zuerst eine solide Grundlage in Kreativität, kritischem Denken und zwischenmenschlicher Kommunikation erhalten. So habe Alan Eagle, Ex-Kommunikationsmanager bei Google, erklärt: "Die Idee, daß eine App auf einem iPad meinen Kindern besser Lesen oder Arithmetik lehren kann, ist lächerlich", schreibt das Portal "Futurezone".

Eagle sei fünf Jahre ehrenamtlicher Treuhänder der Waldorfschule in Palo Alto gewesen, die sich im Herzen des Silicon Valley, 20 Fahrminuten entfernt von den Tech-Hauptquartieren der Firmen Apple, Google, Amazon, Facebook und Co. befinde. An der Schule seien Computer verboten, und auch der private Gebrauch sei nicht gerne gesehen. Erst ab der achten Klassenstufe werde dort ein eingeschränkter Gebrauch technischer Geräte befürwortet, so "Futurezone".

Nach dem Bericht von 2018 hätten drei Viertel der Schüler Eltern, die bei einem Tech-Konzern tätig seien.

Eigene Fantasie statt Tablet-Spiele

"An der Waldorf School of the Peninsula lernen die Kinder vorwiegend durch physische Aktivitäten und kreative Werkarbeiten. Die Popularität des traditionellen Unterrichts zieht lange Wartezeiten nach sich und ist teuer. Die private Einrichtung nimmt über 38.000 Dollar pro Schuljahr.

Vergleichsweise günstig dagegen ist die christlich geprägte Canterbury-Schule in Los Altos, die ebenfalls ohne Technik im Klassenzimmer auskommt. Auf der Website der Schule heißt es wie folgt:

´Die Kinder von heute werden mit digitalen Medien und Bildern bombardiert, was oft auf Kosten der Entwicklung solider, grundlegender Fähigkeiten im Bereich des Hör- und Leseverstehens geht. Dies ist der Grund für unsere Politik der technologiefreien Klassenzimmer. Unsere Schüler lernen, nicht von der Technologie abhängig zu sein, sondern die Grundlagen der Phonetik, der Arithmetik und der lesbaren Schrift anzuwenden.`

Die Canterbury School kostet etwa 11.000 US-Dollar pro Jahr.

Auch zu Hause starke Einschränkung

Das Tech-Verhalten der Silicon-Valley-Kinder unterscheide sich deutlich von dem vieler anderer Kinder. Während in vielen Familien Smartphones, Tablets und Fernseher eine zentrale Rolle im Alltag spielen, gingen viele Eltern aus der IT-Branche bewußter mit der Bildschirmzeit ihrer Kinder um.

Apple-Gründer Steve Jobs habe 2010 einem Journalisten der "New York Times" eingeräumt, daß seine Kinder das damals gerade herausgebrachte iPad nicht nutzten. Auf die Frage, ob seine Kinder das neue Gerät mögen, habe er geantwortet: "Sie haben es nicht benutzt. Wir

schränken ein, wie viel Technologie unsere Kinder zu Hause verwenden."
Diese Einstellung ist im Silicon Valley weitverbreitet. Konkurrent und Microsoft-Gründer Bill Gates habe in einem Interview mit dem "Mirror" erklärt, daß seine Kinder bis zum Alter von 14 Jahren kein eigenes Handy besitzen durften. Danach sei die Nutzung reglementiert worden: "Wir legen oft eine Zeit fest, nach der es keine Bildschirmzeit mehr gibt, und in ihrem Fall hilft es ihnen, zu einer vernünftigen Zeit schlafen zu gehen", so Gates. Er habe hinzugefügt, daß die Kinder keine Handys am Tisch haben dürften, für Hausaufgaben oder zum Lernen sei das aber in Ordnung.

Das Geschäft mit der Hardware

Interessanterweise seien sowohl Microsoft als auch Apple im Bildungsbereich tätig. Die Apple-Bildungsinitiative wolle Schulen dabei unterstützen, sich auf eine Zukunft in einer digitalisierten Welt vorzubereiten. Vorgesehen seien dafür verschiedene Programme und Dienstleistungen, die Technologie in den Unterricht implementieren sollen.
Lehrern werde beim kostenlosen Fortbildungsprogramm "Apple Teacher" mit verschiedenen Schulungen dabei geholfen, sich im Umgang mit Apple-Produkten wie iPads und MacBooks weiterzubilden. Das Motto: "Bringen wir die Welt ein Stück weiter."
"Doch auf der Tour zum Programm hatte Apple-CEO Tim Cook dafür plädiert, daß Technologie nicht die Lösung für alles sei: "Ich glaube nicht an einen übermäßigen Einsatz von Technologie", zitiert ihn "Futurezone". Und weiter: "Ich denke nicht, daß es ein Erfolg wäre, wenn wir nur noch darauf setzen würden." Das gelte auch für computergestützte Unterrichtsfächer. "Es gibt immer noch Ideen, über die gesprochen werden muß, die verstanden werden müssen", sagte der Apple-CEO laut "The Guardian". Er selbst wolle nicht, daß seine Neffen Social Media nutzen."

Digitalisierungsland Deutschland

Doch der 2019 gestartete Digital Pakt Schule solle die digitale Infrastruktur an deutschen Schulen verbessern und diese bestenfalls zu digitalen Kompetenzzentren machen. Insgesamt seien an die 6,5 Milliarden € Fördermittel ausgegeben worden: primär für den Ausbau von WLAN-Netzen, digitalen Lernplattformen und Anschaffung von mobilen Endgeräten. "Digitale Bildung ist Chancengerechtigkeit und betrifft am Ende jeden", so die damalige Bildungsministerin Anja Karliczek (CDU). Der DigitalPakt 2.0 solle ab 2025 bis 2030 laufen.
Auch der Einsatz von KI werde forciert. Entgegen der Empfehlung des eigenen Expertengremiums habe sich die Kultusministerkonferenz (KMK) am 10. Oktober für die Nutzung von Künstlicher Intelligenz (KI) in schulischen Bildungsprozessen inklusive der Grundschulen ausgesprochen. Potentiale der Technologie sollten für das Lernen und Lehren bestmöglich genutzt und den Schülern solle ein konstruktiv kritischer Umgang mit KI ermöglicht werden, so die Verlautbarung.
Die Ständige Wissenschaftliche Kommission der Kultusministerkonferenz (SWK) habe zuvor in einem Papier davor gewarnt, daß ein frühzeitiger Einsatz von KI-gestützten Sprachmodellen diese Kompetenzentwicklung behindert und im ungünstigsten Fall unterbindet. In der Grundschule und in den ersten Jahren der Sekundarstufe I solle nach Meinung der Kommission darauf verzichtet werden.

Moratorium der Schul-Digitalisierung gefordert

"Vierzig führende deutsche Wissenschaftler unterschiedlicher Fachbereiche hatten Ende 2023 ein Moratorium der Digitalisierung an Schulen und vorschulischen Bildungseinrichtungen gefordert.
Die Experten, darunter Psychologen, Pädagogen und Mediziner, setzen sich dabei für die Abkehr von der Digitalisierung an Schulen und Kitas ein. Professor Ralf Lankau, Medienpädagoge an der Hochschule Offenburg und einer der Initiatoren des Aufrufs, begründete dies so:
´Die wissenschaftliche Erkenntnis ist inzwischen, daß Unterricht mit Tablets und Laptops die

Kinder bis zur sechsten Klasse nicht schlauer, sondern dümmer macht. Hinzu kommen laut Studien negative gesundheitliche, psychische und soziale Wirkungen durch den vermehrten Einsatz digitaler Geräte im Unterricht.
Die derzeitigen Erkenntnisse ließen nur einen Schluß zu:
Jetzt ist der Zeitpunkt, daß die Schulpolitik auf die Pädagogen und Kinderärzte dieses Landes hört und den Versuch des digitalen Unterrichts abbricht!
In Schweden habe die Bildungsministerin den Tablet-Einsatz in der Primarstufe bereits gestoppt, so Lankau. Nach diesem Vorbild könne man auch in Deutschland handeln."

Digitale Kehrtwende in Schweden

Während es in Deutschlands Schulen aktuell vorrangig darum gehe, digital aufzurüsten, passiere in Schweden das Gegenteil.
2023 habe die schwedische Regierung die Entscheidung ihrer Vorgänger korrigiert, wonach Vorschulen des Landes verpflichtend mit digitalen Geräten ausgestattet werden. Dem Umdenken zugrundegelegen habe eine Stellungnahme von fünf Professoren des renommierten Karolinska-Instituts in Stockholm, nach der die behaupteten positiven Auswirkungen der digitalen Bildung nicht belegbar seien. Vielmehr habe die Forschung gezeigt, daß "die Digitalisierung der Schulen große negative Auswirkungen auf den Wissenserwerb der Schüler" habe.
Die gesetzten Ziele wie Bildungs- und Chancengerechtigkeit, Unterrichtsverbesserung und gesellschaftliche Teilhabe könnten nicht erreicht werden. Vielmehr sei es genau gegensätzlich:
"Es ist offensichtlich, daß Bildschirme große Nachteile für kleine Kinder haben. Sie behindern das Lernen und die Sprachentwicklung. Zu viel Bildschirmzeit kann zu Konzentrationsschwierigkeiten führen und die körperliche Aktivität verdrängen", heißt es in dem Gutachten des Karolinska-Instituts. (Epoch Times berichtete).
Jetzt, zum Schulstart im September 2024, sei das größte nordische Land zu Tafeln, Stiften und Schulbüchern zurückgekehrt. Schwedens Regierung habe bei der staatlichen Schulbehörde Skolverket einen neuen Lehrplan in Auftrag gegeben, der ab 2025 gelten solle und auf eine Rückkehr zum Lernen ohne digitale Hilfsmittel hinauslaufe. Art und Umfang der eingesetzten digitalen Mittel im Schulunterricht hätten zuvor im Ermessen von Schwedens Schulen gelegen.
"Auch die Wissenschaftler, die in Deutschland das Moratorium forderten, warnen, daß zuerst die Folgen der digitalen Technologien abschätzbar sein müßten, bevor weitere Versuche an schutzbefohlenen Kindern und Jugendlichen mit ungewissem Ausgang vorgenommen werden. Medienpädagoge Ralf Lankau sagt dazu: 'Diese haben nur ein Leben, nur eine Bildungsbiographie und wir dürfen damit nicht sorglos umgehen'."<<

28.01.2025

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 28. Januar 2025 (x1.471/…):
>>**Guckt mal, Ihr Altparteien-Schwafler: Trump halbiert Zahl der illegalen Grenzübertritte binnen einer Woche!**

US-Präsident Donald Trump ist gerade einmal eine Woche im Amt und schon hat sich die Zahl der illegalen Grenzübertritte an der Südgrenze zu Mexiko halbiert. Und das ist erst der Anfang!
Bereits an seinem ersten Amtstag hatte Trump per Dekret den Notstand an der Grenze ausgerufen und die Maßnahmen dort deutlich verschärfen lassen. Mit signifikant meßbarem Erfolg, wie der konservative Sender Fox News meldet.
Die Zahl der registrierten illegalen Grenzübertritte ist demnach regelrecht eingebrochen. Schon nach zwei Tagen war die Zahl von 1.073 auf 714 am Tag gesunken. Am Sonntag (26. Januar) betrug sie an der gesamten Südgrenze laut Fox News dann nur noch 582 innerhalb von 24 Stunden.

Zum Vergleich: Noch in den letzten Tagen der Biden-Regierung wurden zwischen 1.200 und 1.500 Migranten pro Tag festgestellt.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 28. Januar 2025 (x1.471/…): >>Fotoshooting in Auschwitz: Habecks pietätloser Wahlkampf-Tiefpunkt ist nur noch zum K. ..!

Wer dachte, Robert Habecks narzißtische Beamer-Show am Münchner Siegestor hätte bereits den Tiefpunkt im Bundestagswahlkampf markiert, sieht sich eines Schlechteren belehrt: Der "Grünen-Kanzlerkandidat" läuft im schwarzen Mantel durch den Stacheldraht-Korridor im NS-Vernichtungslager Auschwitz.

Seine inszenierte Andächtigkeit - Habeck schreibt über "stille Momente für sich" - läßt er effekthascherisch von einem Social-Media-Team fotografieren. Sein Posting auf X zum 80. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers durch die Sowjets enthält dreimal das Wort "ich".

Tiefer geht’s nimmer: "Das ist einfach nur schäbig, Auschwitz als Hintergrund für die Selbstdarstellung zu verwenden", schreibt ein Nutzer.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 28. Januar 2025 (x1.472/…): >>**Kindern vor Schulen nachgestellt: 51-jähriger Libanese terrorisiert niedersächsische Gemeinde**

Ein 51-jähriger Asylbewerber, vermutlich aus dem Libanon, terrorisiert seit zwei Jahren die niedersächsische Gemeinde Zetel, indem er Anwohner und Kinder bedroht und belästigt. Die Unterbringung in einer psychiatrischen Einrichtung wurde bislang abgelehnt.

Jonas Aston

Ein 51-jähriger Asylbewerber stellt Kindern vor Schulen und Kindergärten nach

Die niedersächsische Gemeinde Zetel wird von einem 51-Jährigen Asylbewerber terrorisiert. Darüber berichtet die Nordwest-Zeitung. Demnach stelle der Migrant Anwohnern sowie Kindern vor Schulen und Kindergärten nach. Dem Bürgermeister Olaf Oetken zufolge trete der 51-Jährige dabei zunehmend aggressiv und bedrohlich auf. In der jüngeren Vergangenheit sei er bereits gewalttätig geworden.

Bernd Hoinke, der Erste Gemeinderat, spricht von einer psychischen Erkrankung des Mannes. Eine offizielle Bestätigung steht hier jedoch noch aus. Die Nordwest-Zeitung berichtet von einer zeitweiligen psychiatrischen Behandlung des mutmaßlich aus dem Libanon stammenden 51-Jährigen. Laut Polizeiangaben sind über 100 Ermittlungsverfahren gegen den Asylbewerber anhängig, darunter wegen Hausfriedensbruchs, Diebstahls und Erregung öffentlichen Ärgernisses. Die Behörden wollen wegen der Bedrohungslage nun eine dauerhafte Unterbringung des Libanesen in einer psychiatrischen Einrichtung durchsetzen.

Hier stellt sich allerdings der zuständige Richter quer. Da er die Voraussetzungen nicht erfüllt sah, lehnte er eine Unterbringung nach Angaben des NDR ab. Mit einem Aufruf hat sich die Gemeinde deswegen nun noch einmal an die Behörden gewandt. In dem Statement heißt es: "Wir möchten die relevanten Stellen mit unserem Statement darauf hinweisen, daß aus unserer Sicht ein Gefahrenpotential vorliegt". Die Polizei hat bereits Kontakt mit dem Landkreis aufgenommen, um die Situation zu erörtern. In Kürze ist zudem ein Treffen zwischen Polizei, Gemeinde und Landkreis Friesland geplant.

Die Innenministerkonferenz (IMK) hat als Reaktion auf die tödliche Messerattacke in Aschaffenburg neue Maßnahmen beschlossen, um psychisch kranke Gewalttäter besser zu überwachen. Die IMK fordert einen "ganzheitlichen Ansatz" mit engerer Zusammenarbeit zwischen Sicherheits-, Gesundheits-, Ausländer- und Waffenbehörden sowie neue Befugnisse für Ermittler zur Gesichtserkennung und KI-gestützten Datenanalyse.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 28. Januar 2025 (x1.472/…): >>**Stihl droht mit Abwanderung in die Schweiz**

Der Kettensägenhersteller Stihl droht mit Abwanderung in die Schweiz, wenn sich die wirt-

schaftliche Situation in Deutschland nicht ändern sollte. Aufsichtsratschef Nikolas Stihl stellt der Bundesrepublik ein Ultimatum.
Von *Redaktion*
Nikolas Stihl führt das Familienunternehmen in dritter Generation.
Der Kettensägenhersteller Stihl droht damit, ein geplantes neues Werk nicht in Deutschland zu bauen. Denn aufgrund der geringeren Bürokratie und weniger Urlaubszeit sei die Arbeitsstunde in der Schweiz zehn Prozent günstiger als in der Bundesrepublik.
Aufsichtsratschef Nikolas Stihl sagte im Interview mit der Augsburger Allgemeinen, daß Deutschland bis 2030 Zeit habe, um die politischen und wirtschaftlichen Standortbedingungen zu verbessern. Bis dahin wolle man entscheiden, ob man das Werk in der Schweiz baut oder in Ludwigsburg.
"Aufgrund der toxischen Standort-Bedingungen in Deutschland - neben gestiegenen Baukosten sind das vor allem eine ausufernde Bürokratie und hohe Arbeitskosten - haben wir entschieden, diese Investition erst einmal nicht zu tätigen", sagte Stihl. Die Produktion in Deutschland könne nur deshalb weiterlaufen, weil sie ständig erhöht werde und Prozesse automatisiert würden.
Nikolas Stihl sagte, daß die Arbeitslosenquote in Deutschland viel höher als sechs Prozent sei, wenn die geburtenstarken Jahrgänge in einen frühzeitigen Ruhestand gehen würden. "Die Krise ist längst am Arbeitsmarkt angekommen, wird aber nicht sichtbar. Ich mache mir große Sorgen um den Standort Deutschland". "Der Rücken berührt die Wand", betonte er. Denn jeder Arbeitsplatz, der in der Industrie verloren geht, bleibe verloren.
Anstatt die ausufernde Bürokratie einfach nur zu stoppen, müsse sie dringend abgebaut werden, sowohl in Deutschland als auch auf EU-Ebene. Wie Stihl sagte, seien in der letzten EU-Kommission 13.000 Verordnungen erlassen worden. "Der deutsche Standort hat innerhalb kürzester Zeit massiv an Wettbewerbsfähigkeit verloren."
Im Dezember letzten Jahres mußte Stihl bereits den Abbau von mehr als 100 Arbeitsplätzen an seinem Stammsitz im baden-württembergischen Waiblingen verkünden. Als Grund gab man damals die stark rückläufigen Umsatzzahlen sowie die Belastungen durch Inflation und die hohen Energiepreise an.
Nikolas Stihl äußerte schon Ende 2022 gegenüber der dpa deutlich, was er von der Politik rund um die Energiewende in Deutschland hält: Dilettantismus sei da "schon ein relativ schwaches Wort". Seiner Ansicht nach hätten die Atomkraftwerke "selbstverständlich weiterlaufen müssen". Denn die erneuerbaren Energien würden laut dem Stihl-Chef niemals grundlastfähig sein.<<

Frankreich: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 28. Januar 2025 (x1.468/…): >>**Von Brigitte, Michael und Emmanuel**
Von *Johann Leonhard*
Die konservative US-Publizistin Candace Owens kündigt neue Enthüllungen zu den Gerüchten um Brigitte Macron an. Es geht um die geschlechtliche Identität der First Lady. …
Am 9. Mai 2023, dem Internationalen Frauentag, tritt Frankreichs Staatschef vor die Presse, um eine wütende Erklärung abzugeben. Es seien Behauptungen im Umlauf, seine Gattin sei tatsächlich ein Mann in Frauenkleidern. Ein Gerücht, das sich seit Jahren hartnäckig zu halten scheint. Die Anschuldigungen seien "falsch und erfunden" und "typisch für frauenfeindliche Angriffe im Internet", so Macron. Die großen Zeitungen in Frankreich, darunter Le Monde und Le Figaro springen ihm bei. Von "falschen, transphoben Informationen" und "absurden Gerüchten" ist die Rede, die von "Rechtsextremen" gestreut würden.
Verklagte Journalisten
Statt die Gerüchte zu widerlegen, was ja ein Leichtes sein müßte, geht Brigitte Macron juristisch gegen die Behauptungen vor. Sie verklagt Amandine Roy und Natacha Rey, zwei Jour-

nalistinnen, die die Theorie schon länger verbreiten. Die beiden erzählen von Anrufen, Drohungen, sagen, sie seien "von Behörden eingeschüchtert" worden, um ein "Staatsgeheimnis" unter dem Teppich zu halten.
Zumindest den Besuch der Polizei Mitte 2021 hat sich Natacha Rey nicht eingebildet. Plötzlich stehen die Beamten in ihrer Wohnung, nehmen sie mit, verhören sie über fünf Stunden, bevor man sie mit einer "Verwarnung" laufen läßt. "Ich bin schockiert über die unverhältnismäßigen Mittel, die von den Behörden eingesetzt wurden, um sie zum Schweigen zu bringen", erklärt ihr Anwalt. Sogar das Handy nahm man ihr ab, wollte die Namen aller Journalisten haben, mit denen sie über das Thema gesprochen hatte …
Warum so ein Aufriß? Die Theorie ist doch Quatsch. Oder? Den Ball ins Rollen gebracht hatten vor einigen Jahren durchaus seriöse Journalisten und Ahnenforscher. Die Ergebnisse ihrer Recherche sind in einem 200-seitigen Dossier nachzulesen, das sich besonders auf die Arbeit des Journalisten Xavier Poussard und seine Publikation Faits & Documents stützt. Das Dokument mit dem Titel "Von Jean-Michel zu Brigitte Trogneux, Lügen im Élysée" listet in minutiöser Kleinstarbeit die Indizien auf. Anfang März verwettet Candace Owens ihre "gesamte berufliche Reputation" darauf. Ihr Video zum "Brigitte-Gate" geht durch die Decke, erreicht hunderttausende Aufrufe - bevor es von Youtube gelöscht wird.

Wie alles begann

Vertuschung, Korruption, Sex, Lügen, Machtmißbrauch und ein Mann in Frauenkleidern - die Geschichte hat einfach alles. Sie beginnt im Jahr 1992 im Jesuiten-Gymnasium La Providence in Amiens, dem Geburtsort von Macron in Nordfrankreich. Der gerade 15 Jahre alte Emmanuel lernt dort seine spätere große Liebe kennen. Brigitte Macron ist seine Lehrerin. Als sie sich in einer Theater-AG der Schule erstmals annähern, ist sie 39 Jahre alt, also 24 Jahre älter als ihr junger Liebhaber.
Seine "Tiefe" und seine "Poesie" hätten sie fasziniert, sagt sie später. Emmanuels Eltern waren alles andere als begeistert. Die Mutter soll damals gebettelt haben: "Halte dich von meinem Sohn fern, bis er 18 ist!" Doch Brigitte wollte ihr das nicht versprechen.
Abgesehen davon, daß diese Liebesgeschichte an Pädophilie (und Strafbarkeit) grenzt, war Brigitte damals noch verheiratet und Mutter von drei kleinen Kindern. So jedenfalls will es die Legende. Ihr damaliger Partner, André-Louis Auzière, soll ein Bankier gewesen sein, doch der Mann ist ein Phantom: kein Foto, keine Adresse, keine Interviews, kein Lebenszeichen. Bis heute fehlt jede Spur, worauf wir noch zurückkommen werden.
Nach 13 Jahren geheimer Liebe auf Distanz heiraten Brigitte und Emmanuel dann 2007 - da ist sie 54, er gerade 29 Jahre alt. Erstaunlich: Mit dieser Vermählung bekommt Emmanuels Karriere plötzlich mächtig Auftrieb. Den Posten als Finanzdirektor im Wirtschaftsministerium verläßt er 2008, um als Investmentbanker bei der Rothschild-Bank anzuheuern. Ab 2012 Wirtschaftsberater im französischen Präsidialamt, wird Macron vom damaligen sozialistischen Präsidenten François Hollande gefördert. 2014 übernimmt er das Wirtschaftsministerium und zieht 2017 schließlich selbst in den Élysée-Palast ein, 2022 noch mal.

"Nein, er ist nicht schwul!"

Kommentatoren bezeichnen Brigittes Rolle an seiner Seite laut dem britischen Daily Mail als "irgendwo zwischen einem Spin-Doktor und einer grauen Eminenz". Das Magazin Le Parisien ging sogar so weit, sie nach dem Amtsantritt ihres Mannes als "Madame La Présidente" auf die Titelseite zu hieven. Immer wieder aufkommenden Gerüchten, Emmanuel habe einen Hang zum gleichen Geschlecht, widerspricht die Gattin vehement: "Nein, er ist nicht schwul", zitiert sie das Magazin Closer Anfang 2017 auf dem Cover. Als Brigitte mit ihrem Neuen gen Paris aufbricht, gibt sie ihren Schülern noch eine kryptische Bemerkung mit: "Ihr werdet Dinge über mich hören, wahre und falsche. Ich werde nie über sie sprechen."
Daß es sich bei Brigitte Macron (geb. Trogneux) tatsächlich um eine Kunstfigur handeln

könnte - oder besser: um einen Fall von Identitätsdiebstahl -, ist die zentrale These des Dossiers. Brigitte hatte nämlich fünf Geschwister, darunter einen acht Jahre älteren Bruder namens Jean-Michel. Dieser Bruder ist erstaunlicherweise seit seinem 30. Lebensjahr wie vom Erdboden verschluckt, wie die Autoren erklären. Zum selben Zeitpunkt erschien damals Brigitte Macron auf der Bildfläche.
"Vor 1984 haben wir einen existierenden Jean-Michel und eine nicht auffindbare Brigitte, nach 1984 eine sehr präsente Brigitte und einen nahezu ausgelöschten Jean-Michel: Als ob Jean-Michel zu Brigitte geworden wäre…", schreiben die Autoren. Vergleicht man Bilder des verschollenen Bruders mit Bildern seiner Schwester, scheint sie ihm wie aus dem Gesicht geschnitten.
Die Behauptung: Die echte Brigitte sei bereits als Kind im Alter von acht, vermutlich im Frühjahr 1961, verstorben, woraufhin man sie "reinkarnierte": Jean-Michel nahm ihre Identität an und lebt seither als Frau. Dies war möglich, weil die Familie das Spiel mitspielte, dem unter "Geschlechtsdysphorie" leidenden Sohn einen Ausweg weisen wollte - und weil der Tod der Schwester nie amtlich gemeldet wurde, was in Frankreich offenbar nicht ungewöhnlich ist. Damit wäre "Brigitte", die "Frau" des französischen Präsidenten, also ihr Bruder Jean-Michel, tatsächlich 79 Jahre alt und eben ein Mann. Als Frau tritt die heutige First Lady, so heißt es, erstmals öffentlich ab 1991 in Erscheinung - und zwar als Lehrerin an besagtem Jesuiten-Kolleg.
In einem völlig anderen Licht erscheint unter diesen Umständen das Kennenlernen des Regentenpaares. Tatsächlich war Emmanuel damals dann nämlich erst 14, "sie" aber schon 47, so die Autoren. Der irre Verdacht ließe sich leicht widerlegen, etwa durch einen Bluttest oder alte Fotos. Noch einfacher: Brigitte könnte ihren Bruder Jean-Michel vor die Kamera holen. Damit wäre die Sache aus der Welt. Doch nichts dergleichen geschieht. Nicht ein Gegenbeweis wird erbracht. Hierin könnte der Grund liegen, warum die vermeintliche Verschwörungstheorie derartige Steherqualitäten beweist.

"Als habe er nie existiert!"

Was den Verdacht erhärtet: Die ersten 30 Lebensjahre von "Brigitte" sind ein schwarzes Loch. Jugendfreunde oder Bekanntschaften sucht man vergeblich. Ebenso existieren keinerlei Fotos, keine Videos, keine Aufnahmen aus ihrer Kindheit oder Jugend, von ihrer ersten Hochzeit oder Schwangerschaft. Solche Bilder könnten widerlegen, daß sie ist, wer sie zu sein vorgibt, so die These.
Und wenn dann doch plötzlich Fotos auftauchten, die die Gerüchte zerstreuen sollen, ging auch das nach hinten los: Ein Bild, das Brigitte als junges Mädchen bei ihrer Kommunion zeigen soll, wurde bereits als Fälschung entlarvt. Denn es zeigt nicht Brigitte, sondern ihre jüngste Tochter Tiphaine. Der Vergleich des abgebildeten Kindes mit der heute 40-jährigen Blondine verblüfft. Ist das nicht verdächtig?
Ebenfalls kurios: Bis heute ist es niemandem gelungen, den Ex-Mann von Brigitte Macron, den zuvor erwähnten Banker Auzière, ausfindig zu machen. "Als habe er nie existiert!" titelt das französische Magazin Gala 2017. Ein Foto, das ihn und Brigitte zeigen soll - und 2018 durch den TV-Sender France3 verbreitet wird - erweist sich ebenfalls als Fake.
Es zeigt einen Herrn, der jedoch nicht der Ehemann, sondern ein Lehrerkollege des Jesuiten-Gymnasiums ist. Warum diese Irreführung? Dem französischen Medium Paris Match erzählt die Tochter Tiphaine später zur großen Überraschung der Öffentlichkeit, ihr Vater sei bereits 2019 verstorben. Er habe es vorgezogen, in "kompletter Anonymität" zu bleiben. Tja.
Berechtigt bleibt allerdings die Frage: Wie kann "Brigitte" die Mutter von drei Kindern sein? Es seien, so behaupten die Journalisten, tatsächlich ihre Kinder. Nur sei sie nicht die Mutter, sondern ihr Vater. Die echte Mutter sei eine Frau namens Brigitte Auzière, mit deren Onkel Jean-Michel ("Brigitte") befreundet war.

Das Tüpfelchen auf dem i: Dieser Onkel hatte einen Vater und einen Bruder, die beide im französischen Geheimdienst tätig waren. Man vermutet, daß sie den Bankier und Ex-Mann von Brigitte Macron "André Louis Auzière" als fiktiven Charakter erfunden und ihr auch sonst bei der Inszenierung geholfen haben. Alles in allem also eine vollkommen irre Theorie. Bitte gehen Sie weiter. Es gibt hier nichts zu sehen.<<

USA: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 28. Januar 2025 (x1.471/…): >>**Steve Bannon: "Die Deutschen zerstören ihr Land vor ihren eigenen Augen"**

Der frühere engste Berater von Donald Trump und Ex-Chefstratege im Weißen Haus, Steve Bannon, hat sich besorgt über den Niedergang Deutschlands geäußert.

In einem Interview mit der "Berliner Zeitung" sagte Bannon: "Sie sind eine fortschrittliche Industriemacht und steuern auf den finanziellen Zusammenbruch zu. Sie zerstören ihr Land vor den eigenen Augen."

Scharf kritisierte Bannon, der heute als einflußreicher politischer Publizist arbeitet, das "deutsche Establishment". Es habe das Land "deindustrialisiert". Er betonte: "Diese Dekarbonisierung ist Wahnsinn!". Die Masseneinwanderung tue ein Übriges.

Bannon lobte die AfD. Auch wenn diese kein "Allheilmittel" sei, so unterscheide sich die AfD von den Altparteien wenigstens darin, "daß sie sich dagegen wehrt."<<

Kolumbien: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 28. Januar 2025 (x1.471/…): >>**Geht doch: Kolumbien nimmt Migranten zurück - Donald Trump statuiert Exempel**

Donald Trump hat an Kolumbien erfolgreich ein Exempel statuiert. Nicht einmal 24 Stunden dauerte der Widerstand von Präsident Gustavo Petro gegen die Rücknahme illegaler Migranten aus den USA.

Petro hatte zwei US-Militärmaschinen mit kolumbianischen Migranten an Bord zunächst die Landeerlaubnis verweigert, besann sich aber schnell eines anderen, nachdem der US-Präsident mit Strafzöllen von 25 bis zu 50 Prozent auf kolumbianische Produkte gedroht hatte.

Es ist ein Signal an die ganze Welt, daß es Donald Trump ernst meint nicht nur mit seinem harten Migrationskurs. In einer schriftlichen Erklärung von US- Regierungssprecherin Karoline Leavitt heißt es mit Blick auf den Rückzieher Kolumbiens: "Die heutigen Ereignisse zeigen der Welt, daß Amerika wieder respektiert wird."<<

29.01.2025

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 29. Januar 2025 (x1.471/…): >>**NRW: Kein Platz im Knast - Marokkanischer Straftäter darf weiter frei rumlaufen**

In der Bundesstadt Bonn hat die Polizei einen wegen sexueller Belästigung gesuchten Marokkaner (34) geschnappt - nun ist er wieder auf freiem Fuß. Grund: Es gab keine freien Plätze im Abschiebeknast, wie eine Polizeisprecherin bestätigte.

Einsatzkräfte der Bundespolizei hatten den Nordafrikaner am Wochenende in einer Passage des Bonner Hauptbahnhofs gefaßt. Der 34-Jährige war seit fast einem Jahr wegen sexueller Belästigung zur Fahndung ausgeschrieben.

Da sich der Verdächtige nicht ausweisen konnte, nahmen ihn die Beamten mit auf die Dienststelle. Eine Identitätsfeststellung ergab, daß der Migrant keinen gültigen Aufenthaltsstatus hat. Eine eigentlich sofort fällige Überstellung in Abschiebehaft scheiterte wegen fehlender Plätze. So schaut's aus im "schwarz-grün" regierten Nordrhein-Westfalen!<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 29. Januar 2025 (x1.471/…): >>**"Brandmauer-Beben" im Deutschen Bundestag: AfD verhilft Merz zur Mehrheit!**

Der 29. Januar wird als ein historischer Tag in die Geschichte des Deutschen Bundestages eingehen: Erstmals hat es eine Mehrheit mit den Stimmen der AfD gegeben!

Mit knapper Mehrheit wurde in namentlicher Abstimmung ein Entschließungsantrag der Unionsfraktion zur Verschärfung des Asylrechts (5-Punkte-Plan) angenommen. 348 Abgeordnete

stimmten dafür, zehn Parlamentarier enthielten sich, 345 Abgeordneten votierten dagegen. Möglich wurde diese Mehrheit nur mit der AfD!
"Das ist wahrlich ein historischer Moment", kommentierte Bernd Baumann, Parlamentarischer Geschäftsführer der AfD-Fraktion, vom Rednerpult aus den Ausgang der Abstimmung. Einige AfD-Abgeordnete umarmten sich auf ihren Stühlen im Plenum.
Der zweite Entschließungsantrag der Union, ein 27-Punkte-Plan zur inneren Sicherheit, wurde hingegen abgelehnt.
Beide Anträge der Union sind zwar rechtlich nicht bindend, sollen aber die Bundesregierung zu einer Wende in der Migrationspolitik verpflichten. Die AfD hatte verlangt, den 27-Punkte-Entschließungsantrag der Union aufzuteilen, weil man nicht allen Punkten wegen datenschutzrechtlicher Bedenken zustimmen wollte. Dies lehnte die Union ab.

"Grüne" und Kommunisten schäumen vor Wut

Im Parlament kam es nach der Abstimmung zu tumultähnlichen Szenen. Unionsfraktionschef Merz "bedauerte" in einer kurzen Ansprache, daß eine Mehrheit nur so möglich gewesen sei.
Wer mit den "feixenden Gesichtern der AfD" Mehrheiten finde, der könne nicht so tun, als ginge man jetzt zur Geschäftsordnung über, geiferte Britta Haßelmann ("Grüne").
Heidi Reichinnek (Linke) entblödete sich nicht zu dem Ausruf: "Wir werden dafür sorgen, daß das hier jetzt ein Ende hat. Leistet Widerstand gegen den Faschismus im Land. Auf die Barrikaden!"
Der Abstimmung vorangegangen war eine mehrstündige Debatte über eine Regierungserklärung von Noch-Kanzler Olaf Scholz (SPD) zur politischen Lage in Deutschland.

"So kann es nicht weitergehen"

AfD-Chefin Alice Weidel warf sowohl Regierung als auch der Union Totalversagen in der Migrationspolitik vor: "So kann es nicht weitergehen, es ist schon viel zu lange viel zu viel!" Scholz hinterlasse Deutschland ein "auf die Spitze getriebenes Migrationschaos". Mit Blick auf die Merz'sche "Brandmauer" sprach die AfD-Kanzlerkandidatin von einer "antidemokratischen Kartellabsprache", um Millionen Wähler auszuschließen.

"Abschreiben statt abschieben"

Scharf kritisierte Weidel die jahrelange Blockade von AfD-Anträgen auch durch die CDU/CSU im Parlament. Jetzt, unter dem Eindruck des Messer-Horrors von Aschaffenburg, gelte plötzlich wenige Wochen vor der Bundestagswahl das Motto "abschreiben statt abschieben". An Merz gewandt sagte Weidel: "So lange Sie sich an ihre Brandmauer klammern, solange wird es auch weitere Brandmauer-Tote geben."
FAZIT: Die "Brandmauer" bekommt immer größere Risse. Das Altparteien-Gezänk im Bundestag machte wieder einmal überdeutlich, daß nur noch die AfD in der Regierung wirklich etwas bewegen kann!<<

Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 29. Januar 2025 (x1.475/…): >>**Konto-Kündigung der Banken als Waffe gegen alternative Medien**

Herbert Ludwig

Die zunehmenden Konto-Kündigungen der Banken, die oppositionellen Medien regelrecht die finanzielle Basis für ihre Arbeit entziehen, das "De-Banking", treten immer mehr in das öffentliche Bewußtsein. Am 17.1.2025 veröffentliche die "Preußische Allgemeine" darüber einen kritischen Artikel, in dem einige bekannte Journalisten und alternative Medien aufgeführt werden - darunter auch der "Fassadenkratzer" - die in den letzten Jahren von Konto-Kündigungen betroffen wurden. Wir übernehmen hier diesen Artikel mit freundlicher Erlaubnis des Autors und der Redaktion der "Preußischen Allgemeinen". (hl)

Preußische Allgemeine Zeitung
Wolfgang Kaufmann
Wie politischen Abweichlern der finanzielle Hahn abgedreht wird
Im Kampf gegen systemkritische Stimmen und oppositionelle Medien kommen in den sogenannten Demokratien des Westens mittlerweile immer härtere Bandagen zum Einsatz. Eines der neuesten Instrumente, um unliebsame Meinungen möglichst wirksam zu unterdrücken, ist das sogenannte De-Banking. Dieser Begriff steht für die Kündigung der Bankkonten von Personen, Unternehmen oder Organisationen aus politischen Gründen. In der Bundesrepublik ereignete sich der erste derartige Fall im Jahre 2000. Damals traf es die Partei Die Republikaner. Ein Jahr später kündigte die Postbank dann auch ihre Geschäftsbeziehungen zur konservativen Wochenzeitung "Junge Freiheit".
Weitere Leidtragende des De-Banking aus dem als "rechts" bezeichneten Spektrum waren seit 2018 unter anderem die AfD-nahe Desiderius-Erasmus-Stiftung, die freien Publizisten Ken Jebsen alias Kayvan Soufi-Siavash, Boris Reitschuster, Alexander Wallasch und Hadmut Danisch sowie die alternativen Medien Apolut, Manova, Fassadenkratzer und "Compact-Magazin".
Darüber hinaus wurden aber auch Exponenten der Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands (MLPD) und Kritiker der Corona-Maßnahmen wie Bodo Schiffmann, Markus Haintz, Anselm Lentz und Gunnar Kaiser sowie die Produktionsfirma Oval-Media und der Verein Mediziner und Wissenschaftler für Gesundheit, Freiheit und Demokratie (MWGFD) Opfer des De-Banking. Nach Recherchen des Online-Magazins Multipolar gab es allein seit 2020 um die 40 Kündigungen von Dissidenten-Konten, wobei die Zahl von Jahr zu Jahr wuchs.
Für die Betroffenen waren die Entscheidungen der Banken in jedem Falle wirtschaftlich fatal. Durch die Schließung und Neueröffnung von Konten sowie die notwendigen organisatorischen Maßnahmen entstanden erhebliche Kosten. Zudem ging das Spendenaufkommen um bis zu 50 Prozent zurück, weil viele bisherige Unterstützer es versäumten, neue Daueraufträge einzurichten.
Angesichts des Umstandes, daß der ebenso lautlose wie effektive Kampf gegen kritische Meinungen mit Hilfe der Banken eine ständige Intensivierung zu erfahren scheint, stellt sich die Frage, ob hier eine konzertierte und gesteuerte Aktion abläuft oder nicht. Dabei lautet die Antwort letztlich "Jein", denn oftmals agieren die Geldinstitute völlig aus eigenem Antrieb beziehungsweise vorauseilendem Gehorsam. Der Hauptgrund dafür liegt in der Angst vor einer Rufschädigung.
Die Bankvorstände, welche sich gegenüber den Verwaltungs- und Aufsichtsräten sowie der Öffentlichkeit und der Gesamtheit der Kunden verantworten müssen, fürchten Schmähkritik in den Medien, wenn sie Geschäfte mit als rechts- oder linksextrem stigmatisierten Kunden oder "Verschwörungstheoretikern" machen. Dazu kommt das vitale Interesse, sich gegenüber den staatlichen Kontrollinstanzen nicht zu exponieren.
Immerhin kann die dem Bundesfinanzministerium unterstehende Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) einer Bank teure Auflagen erteilen, wenn sie zu der Ansicht gelangt, daß das Geldinstitut "Reputationsrisiken" eingegangen sei. Wobei für eine solche Bewertung negative Berichte in den konventionellen oder sozialen Medien ausreichen. Zudem befürchten die Führungspersonen in Banken Zweifel an ihrer beruflichen Eignung gemäß der Leitlinien der Europäischen Bankenaufsicht. Hierfür genügen ebenfalls schon Verdächtigungen im Hinblick auf wie auch immer geartete Kontakte zu "Extremisten".
Insofern verfügen politische Aktivisten und Medien über die Möglichkeit, Banken unter Druck zu setzen. Und das tun sie tatsächlich in reichlichem Maße, wobei es sich stets um Protagonisten auf Seiten der Linken handelt. Besonders stark in Erscheinung traten hier "Die Tageszeitung" (taz) und "Der Tagesspiegel" sowie das wegen seiner fehlerbehafteten "Enthül-

lungen" berüchtigte staatlich geförderte Medienunternehmen Correctiv - Recherchen für die Gesellschaft. Davon zeugen Artikel wie "Neues von der Volksbank, der die Extremisten trauen". In diesem Fall war die Volksbank Pirna gemeint, welche auf die Denunziationen hin schließlich das Konto des Online-Magazins Apolut kündigte.
Gleichzeitig spielt aber auch der Verfassungsschutz eine wichtige Rolle im System des De-Bankings zulasten der Opposition. So durchforsten Mitarbeiter der Commerzbank, die sich teilweise im Staatsbesitz befindet und seit 2009 Konten aus politischen Gründen kündigt, laut dem Wochenmagazin "Focus" regelmäßig die Verfassungsschutzberichte, "um mutmaßliche Verfassungsfeinde zu identifizieren".
Außerdem wären da noch die Finanzermittlungen seitens des deutschen Inlandsgeheimdienstes wegen angeblich "volksverhetzender und gewaltorientierter Bestrebungen". Diese wirken wie eine indirekte Aufforderung an die Adresse der Banken, die in Verdacht geratenen Kunden schärfstens unter die Lupe zu nehmen und gegebenenfalls Kündigungen auszusprechen.
Geht es nach Innenministerin Nancy Faeser (SPD), sollen die Bankauskünfte an den Verfassungsschutz noch weiter "entbürokratisiert" werden.
Dann würde bereits der Umstand ausreichen, daß der Kontoinhaber zu einer "gesellschaftlichen Einflußnahme" fähig sei, was auf Medien natürlich stets zutrifft. Mit Blick auf all dies sagte der frühere Finanzminister von Mecklenburg-Vorpommern, Mathias Brodkorb (SPD): Der Verfassungsschutz "verfolgt Menschen, bevor sie eine Straftat begangen haben, das macht kein anderer Inlandsgeheimdienst in westlichen Demokratien".
Daß das De-Banking durchaus im staatlichen Interesse liegen könnte, ergibt sich zudem aus dem Faktum, daß die Bundesregierung keinerlei Handlungsbedarf sieht, was die Unterbindung dieser hochproblematischen Praxis betrifft. Vielmehr erklärte die grüne Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, Claudia Roth: "Uns ist das Phänomen von Kontokündigungen bei … Medien nicht bekannt". Und das Finanzministerium meinte kurz und bündig, geschäftspolitische Entscheidungen lägen "im freien Ermessen" der Kreditinstitute.
Daher bleibt den Betroffenen letztlich nur der Klageweg und die Hoffnung auf ein halbwegs faires Verfahren.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 29. Januar 2025 (x1.472/…):
>>**CDU und FDP votierten fast geschlossen für Merz' Migrationsplan**
Der Bundestag hat mit knapper Mehrheit den von CDU-Chef Friedrich Merz eingebrachten "Fünf-Punkte-Plan" zur Verschärfung der Migrationspolitik beschlossen. Die CDU/CSU-Fraktion stimmte nahezu geschlossen dafür, mit nur einer Gegenstimme. Bei der FDP gab es lediglich zwei Enthaltungen.
Von *Redaktion*
Am Mittwoch hat der Bundestag über den von CDU-Chef Friedrich Merz eingebrachten "Fünf-Punkte-Plan" zur Verschärfung der Migrationspolitik abgestimmt. Der Antrag wurde auch mit Unterstützung der AfD angenommen.
Nach der offiziellen Aufstellung der Bundestagsverwaltung votierten 187 Abgeordnete der CDU/CSU, 75 der AfD, 80 der FDP sowie sechs fraktionslose Abgeordnete für den Antrag. Damit wurde die erforderliche Mehrheit von 348 Stimmen erreicht. Insgesamt gab es 345 Nein-Stimmen.
Bemerkenswert ist, daß die CDU/CSU mit lediglich einer Gegenstimme und die FDP mit nur zwei Enthaltungen weitgehend geschlossen für den Antrag stimmten. Offenbar hat die Überzeugungsarbeit von Merz gefruchtet. Zuvor hatte es im linken Flügel der CDU um Ministerpräsident Günther Unruhe gegeben.
Die einzige CDU-Abgeordnete, die gegen den Antrag ihrer Fraktion stimmte, war Antje Tillmann. Sie vertritt den Wahlkreis Erfurt - Weimar - Weimarer Land II und wird den Bundestag nach der laufenden Legislaturperiode verlassen.

Friedrich Merz selbst äußerte Bedauern darüber, daß der Antrag mit Unterstützung der AfD eine Mehrheit fand, und bot SPD und Grünen neue Verhandlungen an.
Die detaillierte Analyse der einzelnen Fraktionen zeigt ein nahezu geschlossenes Abstimmungsverhalten innerhalb der Parteien:
Der angenommene Antrag fordert unter anderem ein faktisches Einreiseverbot für Personen ohne gültige Einreisedokumente, einschließlich solcher, die in Deutschland Asyl beantragen möchten. Zudem sollen ausreisepflichtige Personen in Haft genommen und dauerhafte Grenzkontrollen eingeführt werden.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 29. Januar 2025 (x1.472/…):
>>**Opfer jetzt an Sauerstoffgeräten: 14-Jährige von migrantischer Mädchengang krankenhausreif geschlagen**
Eine migrantische Mädchengruppe hat in Friesland eine 14-Jährige zusammengeschlagen, sie liegt nun angeschlossen an Sauerstoffgeräte im Krankenhaus - mit dem "ganzen Körper voller Fußabdrücke", wie die Mutter berichtet. Die Gang hat bereits 24 Anzeigen wegen Körperverletzung.
Bereits 2024 gab es 24 Anzeigen wegen Körperverletzung gegen die Mädchengang.
Am 23. Januar schlugen mehrere Schülerinnen eine 14-jährige Mitschülerin in der Oberschule in Sande im Friesland krankenhausreif. Die Mitglieder der Schülerinnen-Gang sollen laut Bild Migrationshintergrund haben, die Eltern aus Syrien und dem Libanon stammen. Zuerst berichtete die Nordwest-Zeitung über den Fall. Die Mutter der 14-jährigen Lena vermutet, daß ihre Tochter zusammengeschlagen wurde, weil sie als Zeugin gegen die anderen Schülerinnen ausgesagt hatte, die in einem Chat einen Lehrer bedroht hatten. Es handele sich ihrer Ansicht nach um einen Racheakt. Sie entschied sich, an die Öffentlichkeit zu gehen, weil sie "nicht mehr aus Angst schweigen" wolle.
Die Schule müsse etwas gegen die Mädchengruppe unternehmen, so die Mutter. Wie die Welt berichtet, soll es allein im letzten Jahr im Zusammenhang mit der migrantischen Mädchengang zu 24 angezeigten Körperverletzungsdelikten gekommen sein. Am 23. Januar traf Lenas Schwester auf die drei Anführerinnen der Gruppe, die 13 und 14 Jahre alt sind. Die Mädchengruppe soll die 15-Jährige wegen ihres Gewichts gemobbt haben. Als Lena dazu kam, sei die Situation eskaliert. Lena wurde eingekreist, zwischenzeitlich sollen laut Bild bis zu fünfzehn Mädchen daran beteiligt gewesen sein. Zwei der gewalttätigen Mädchen seien bereits von der Schule suspendiert.
"Sie haben meinen Kopf auf den Boden geschlagen, haben einen Kreis um mich gebildet. Sie sind auf mir herumgesprungen, haben auf mich eingetreten. Ich hatte Angst um mein Leben", sagte die 14-jährige Lena zu Bild. Sie war wegen einer Gehirnerschütterung und Hirnblutung ins Krankenhaus gebracht worden und befindet sich noch dort. Die Mutter des Mädchens sagt: "Durch ein riesiges Hämatom auf der Brust hat sie Probleme beim Atmen. Sie muß durchgehend am Sauerstoff angeschlossen sein."
Der Vater einer Freundin von Lena habe einen Krankenwagen gerufen, nachdem die Schule keinen Krankenwagen gerufen haben soll. Seine Tochter habe ihn angerufen und von dem Angriff erzählt. Sie mußte zusehen, wie ihre Freundin zusammengeschlagen wurde. Die Schule widerspricht der Darstellung in der Nordwest-Zeitung: Nachdem man sich einen Überblick über die Situation verschafft habe, habe die Schule einen Krankenwagen gerufen und die Polizei alarmiert.
Als die Mutter der zusammengeschlagenen 14-Jährigen ins Schulbüro gekommen war, habe ihre Tochter weinend auf einem Stuhl gesessen. "Die Haare zerrupft, der ganze Körper voller Fußabdrücke", sagte die Mutter laut Bild. Lena hat Anzeige gegen die drei Anführerinnen der Mädchengruppe erstattet wegen gefährlicher Körperverletzung. In einem Gruppenchat sind zuvor auch gewaltverherrlichende Videos gezeigt worden. Die Eltern der betroffenen Kinder

sagen, daß in diesen Videos auch Enthauptungen durch mutmaßliche IS-Terroristen gezeigt worden sein sollen. Die Polizei bestätigte die Verbreitung von IS-Videos nicht, bestätigt aber die Verbreitung von gewaltverherrlichenden Videos.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 29. Januar 2025 (x1.472/…): >>**Massiver Einbruch: Wirtschaftswachstum für 2025 auf nur noch 0,3 Prozent korrigiert**

Auch 2025 muß Robert Habeck die Konjunkturprognose nach unten korrigieren. Statt der noch im Herbst verkündeten 1,1 Prozent soll die Wirtschaft 2025 nur noch um 0,3 Prozent wachsen. Das teilte das Wirtschaftsministerium am Mittwoch mit.

Wim Lukowsky

Die deutsche Wirtschaft wird auch im laufenden Jahr weniger wachsen, als von der Bundesregierung zunächst erwartet. Das Wirtschaftsministerium korrigierte die preisbereinigte Konjunkturprognose für 2025 am Mittwoch auf nur noch 0,3 Prozent Wachstum. Das geht aus einer Pressemitteilung zum Jahreswirtschaftsbericht der Behörde hervor.

Nachdem Robert Habeck bereits 2023 und 2024 eine Rezession verkünden mußte, ist die neuerlich gesunkene Wachstumserwartung der nächste Rückschlag für den Wirtschaftsminister. Im vergangenen Jahr sank die Wirtschaftsleistung trotz zuvor verbreiteten Optimismus um 0,2 Prozent, davor war es ein Minus von 0,3 Prozent. Eine zweijährige Rezession gab es zuletzt 2002 und 2003.

Die jetzt um 0,8 Prozentpunkte gesenkte Wirtschaftsprognose stellt einen massiven Einbruch des Wachstums dar. Noch im Oktober hatte Habeck das Wachstum für 2025 auf einer Pressekonferenz auf 1,1 Prozent beziffert, drei Monate später muß der Wirtschaftsminister den nächsten Rückschlag einstecken.

Im Gegensatz zur Bundesregierung prognostizieren das Handelsblatt Research Institute (HRI) und der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) für das laufende Jahr sogar einen Rückgang um 0,1 P

Auch das Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) hatte die Prognose der Bundesregierung für 2025 drastisch unterschritten: Im Dezember bezifferte das Institut das erwartbare Wachstum auf nur noch 0,1 Prozent. Auch der Internationale Währungsfonds bezifferte das Wachstum kürzlich nur noch auf 0,3 Prozent - die Bundesregierung folgte jetzt dieser Prognose.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 29. Januar 2025 (x1.468/…): >>**Er will uns alle södern**

Von *Sven Eggers*

Dieser Artikel erschien im neuen COMPACT-Spezial 43: "Die Altparteien. Wie sie uns belügen". Totengräber einer Volkspartei. Der bayerische Ministerpräsident ist der Inbegriff politischer Unglaubwürdigkeit. Das macht ihn so unberechenbar. Es geht ihm nur um Macht. Jetzt droht er: "Ohne mich gibt es keine Regierung." Merz muß zittern.

10. Juni 2023: In Erding bei München protestieren 13.000 Menschen gegen das grüne Heizungsdiktat. Als sich Ministerpräsident Markus Söder auf der Bühne blicken läßt und sich beim Widerstand anwanzen will, setzt ein ohrenbetäubendes Pfeifkonzert ein. Nie zuvor ist ein CSU-Politiker im Freistaat derart massiv ausgebuht worden wie der gebürtige Nürnberger an diesem Tag. "Hau ab!", schallt es ihm entgegen. Er verliert die Fassung, schreit: "Ich kann Ihnen nur sagen: Haut selber ab!"

Merz kann sich nie sicher sein, ob ihn nicht doch noch ein Giftpfeil aus Bayern erwischen wird.

Aus dem engsten Kreis des CSU-Bosses war seinerzeit zu erfahren, daß die Pfiffe von Erding den eitlen Selbstdarsteller enorm geschockt hätten. Mit dem geballten Unmut der Besucher hatte er nicht gerechnet. Seither, so stecken uns seine Leute, agiere er häufiger nervös und verunsichert. Bis heute. Und so kann sich Friedrich Merz auch nie sicher sein, ob ihn nicht

doch ein Giftpfeil aus Bayern erwischen wird.
Schon die berühmt-berüchtigte Präsentation des Kanzlerkandidaten der Union im September 2024 ließ tief blicken. Das Wort hatte nämlich zunächst nicht etwa ein Moderator, ein Pressesprecher, der Generalsekretär oder der Auserwählte selbst, sondern Söder. Ihm blieb es vorbehalten, der versammelten Pressemeute mitzuteilen: "Die K-Frage ist entschieden, Friedrich Merz macht's." Und, als wäre es die alles entscheidende Zusatzinformation, schob er nach: "Ich bin fein damit." Nachfragen waren nicht erwünscht.
Die FAZ präsentierte anschließend einen Medienwissenschaftler, der zu dem Anglizismus anmerkte, daß "I'm fine with it" eigentlich mit dem sehr nüchternen "Ich kann damit leben" übersetzt werden müsse; im Bayerischen: "Paßt scho!". Begeisterung und Loyalität werden allerdings anders ausgedrückt. Und so bleibt es dabei: Politische Freunde leben in Söders Umfeld besonders gefährlich. Nicht nur Armin Laschet kann ein Lied davon singen.

Rückgratlose Wendigkeit

Auch Hubert Aiwanger von den Freien Wählern, stellvertretender Ministerpräsident und Wirtschaftsminister im Freistaat, bekam es mit ihm zu tun. Wir erinnern uns: Weil er als Schüler ein geschmackloses Flugblatt zu verantworten gehabt haben soll, fuhren Medien, allen voran die Süddeutsche Zeitung, im Sommer 2023 eine üble Kampagne gegen den Urbayern. Söder stimmte öffentlich in den Chor der Empörten ein und behielt sich ausdrücklich die Entlassung seines engen Mitstreiters vor.
Dazu hätte er allerdings eine Landtagsmehrheit benötigt, und die war keineswegs gewiß. Beim Scheitern einer solchen Abstimmung wäre der Ministerpräsident verpflichtet gewesen, seinerseits zurückzutreten. So steht es in der bayerischen Verfassung, Artikel 44. Es folgte eine peinliche Klamotte. Söder ließ seinen Mann mehrere Tage im Regen stehen, wartete ab, bis der Ruf Aiwangers mindestens beschädigt war, um dann väterlich an ihm festzuhalten.

Politische Freunde leben in Söders Umfeld ganz besonders gefährlich.

Keine Frage: In der Disziplin der rückgratlosen Wendigkeit ist er der ganz große Meister. Weitere Beispiele gibt es in Hülle und Fülle. So trat er etwa 2010 als bayerischer Umweltminister vehement für eine Laufzeitverlängerung deutscher Atomkraftwerke ein. Södersprech damals: "Wer Klimaschutz ernst nimmt, weiß: Wir sind weiter auf Kernkraft angewiesen." Weniger als ein Jahr später forderte er das Gegenteil, nämlich den Ausstieg aus der Kernenergie.
Dies sei der "Lackmustest für die Glaubwürdigkeit, wie ernst wir es mit der Energiewende meinen", so der Blitz-Bekehrte. Noch 2021 wischte er Bedenken beiseite: "Der Beschluß zum Atomausstieg basiert auf einer breiten Akzeptanz." Spätestens 2023 gab er dann wieder den Kernkraftbefürworter: "Energie einseitig abzuschalten, ist am Ende der falsche Weg." Wer das anders sehe, agiere "scheinheilig" und mit "einer hohen Doppelmoral versehen", so der frisch vom Öko-Paulus zum Atom-Saulus remutierte.
Wendehals-Söder im Mai 2012: "Der Islam ist ein Bestandteil Bayerns." Im März 2018 klang das wiederum so: "Muslime, die hier leben und sich integrieren, ja, aber der Islam gehört kulturgeschichtlich nicht zu Deutschland." Einmal hü, einmal hott! Daß es für die CSU in Bayern am Ende immer noch reicht, liegt besonders an der desaströsen Schwäche der Konkurrenz. In Bayern fährt die SPD Ergebnisse ein, die an der Wahrnehmungsgrenze liegen. Als die CSU früher 60 Prozent und mehr verbuchen konnte, blieben für die Sozis auch noch um die 30 Prozent übrig. Diese Zeiten sind vorbei.
Wirklich beliebt ist der Anhänger des 1. FC Nürnberg in Bayern nicht, seine Wahlergebnisse sind vergleichsweise mager. Er kann sich jedoch auf gewachsene CSU-Strukturen und -Abhängigkeiten stützen. Vor allen Dingen in ländlichen Gebieten sind die Verflechtungen zwischen Kirche, Sportverein, Frühschoppen, Partei und Rathaus ungesund eng. Junge Karrieristen setzen noch immer aufs CSU-Parteibuch, wenn auch oft widerwillig. Doch auch diese

bayernspezifische Amigo-Kultur bröckelt mittlerweile erfreulich stark.

Es war einmal ein Doktorand …

Söder entstammt einem bodenständig-fränkischen Milieu, das von der abgehobenen Münchner Schickeria oft abwertend als kleinbürgerlich und rückständig angesehen wird. 1967 in Nürnberg als Sohn eines Maurermeisters mit kleiner Baufirma geboren, kennt er die Welt der sogenannten kleinen Leute: "Sie stehen morgens früh auf. Sie versuchen, ihre Familien zu ernähren und zahlen ihr Haus ab. Gute Leute sind das", sagte er einmal über die Menschen, unter denen er aufgewachsen ist.

Von seinem Vater übernahm der Jugendliche die Bewunderung für die CSU-Legende Franz Josef Strauß: "Dieses Kraftuhrwerk, dieser Titan der Worte, hat mir unheimlich gut gefallen. Ich hatte sogar ein riesengroßes Poster von Strauß, fast überlebensgroß. Ich wohnte bei uns zu Hause unter einer Dachschräge, und dort hing dieses Poster. Wenn ich aufgewacht bin, habe ich also an der Decke direkt Strauß angeschaut."

Nach dem Abitur am Nürnberger Dürer-Gymnasium mit der Durchschnittsnote 1,3 und der Ableistung seines Wehrdienstes nahm der hünenhafte Franke mit der Schuhgröße 47 an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg ein Studium der Rechtswissenschaften auf, das er 1998 mit einer Dissertation über die "Entwicklung der Kommunalgesetzgebung im rechtsrheinischen Bayern zwischen 1802 und 1818" abschloß. Die Doktorarbeit ist nicht nur aufgrund des anspruchsvollen Themas bemerkenswert, sondern auch wegen seiner Einschätzung der Lage des Königreiches nach der vernichtenden Niederlage Napoleons 1812 in Rußland. "Durch die Befreiungskriege bedingt, begann man sich mehr für das Deutschnationale zu begeistern", so der Doktorand.

Die trockene Juristerei war Söders Sache dann aber nicht. Nach einem journalistischen Volontariat übernahm er eine Redakteursstelle beim Bayerischen Rundfunk in München. Parallel dazu verlief sein politischer Aufstieg: Mit 16 Jahren trat der Streber in die CSU und Junge Union ein, mit 27 wurde er Landtagsabgeordneter, mit 36 übernahm er das Amt des CSU-Generalsekretärs, und mit 40 riefen Regierungsweihen. 2007 wurde er im Kabinett Beckstein Staatsminister für Bundes- und Europa-Angelegenheiten, unter Seehofer übernahm er 2008 das Umwelt- und Gesundheits- sowie 2011 das Finanzressort. Vorläufiger Höhepunkt seiner Karriere war im März 2018 die Kür zum bayerischen Ministerpräsidenten.

Verflechtungen zwischen Kirche, Sportverein, CSU und Rathaus sind in Bayern ungesund eng.

Regelmäßig gerät er mit eigenen Parteifreunden aneinander. Für Söder sind solche Zänkereien jedoch lediglich Scheingefechte, die er nutzt, um sein Profil zu schärfen. Deutsche Interessen oder auch das Schicksal seiner Partei sind ihm ziemlich schnuppe.

Seehofers Brutus

Als Fake hatte sich im Sommer 2018 auch seine Unterstützung für Bundesinnenminister Horst Seehofer im Streit mit Kanzlerin Merkel entpuppt. Söders Vorgänger war in teils harte Asyl-Gefechte mit Berlin verwickelt, forderte eine Kehrtwende in Sachen offene Grenzen und war drauf und dran, im Asyl-Streit auch die Bundestagsfraktion der Union mehrheitlich auf seine Seite zu ziehen. "Ungefähr 70 bis 80 Prozent der Abgeordneten stehen auf Seehofers Seite", wollte die Bild damals wissen. Die CSU-Landesgruppe verweigerte sogar eine gemeinsame Fraktionssitzung mit den CDU-Kollegen.

Kampfeslustig und fest an der Seite seines Parteifreundes präsentierte sich in jenen Tagen zunächst auch der bayerische Ministerpräsident: "Bei der Zuwanderung dürfen wir keine halben Sachen mehr machen. Wir sind im Endspiel um die Glaubwürdigkeit. Die Menschen haben die Geduld verloren. Die CSU steht." Im Tagesthemen-Interview kreierte Söder die anschließend von Merkel-Freunden heftig kritisierte Formulierung vom "Asyltourismus".

Die Debatte erfaßte schließlich die ganze Repu-blik, Medien überschlugen sich. Die Frankfur-

ter Allgemeine Sonntagszeitung titelte von "Trennungsgedanken in der Union", die FAZ verwies auf Umfragen, nach denen es die Christsozialen mehrheitlich auf einen Bruch mit der CDU ankommen lassen wollten, der Spiegel kam mit eigener Erhebung um die Ecke und vermeldete, daß sich die Mehrheit eine bundesweite CSU wünsche. Seehofer selbst beklagte in der Welt am Sonntag mit Blick auf Merkel: "Ich kann mit der Frau nicht mehr arbeiten."
In dieser zugespitzten Lage, als es eben auch auf den Ministerpräsidenten von Bayern angekommen wäre, zog Söder den Schwanz ein und ließ Seehofer im Stich. Plötzlich gefiel er sich in der Rolle des Mahners, forderte Sachlichkeit im Umgang miteinander, rief zur rhetorischen Mäßigung auf und empfahl ganz allgemein bessere Umgangsformen in der politischen Auseinandersetzung.
Man traute seinen Augen und Ohren kaum. Der Spiegel damals: "Söder hat ein gutes Gespür dafür, wann es ratsam ist, die Richtung zu ändern oder sich abzusetzen." Der Polit-Schauspieler spulte sein neues Programm ungeniert herunter, errötete auch nicht vor Scham. Und er setzte noch einen drauf: "Ich werde das Wort "Asyltourismus" nicht mehr verwenden, wenn es jemanden verletzt."
Horst Seehofer gab sein Amt als CSU-Chef wenige Wochen später ab. Sein Nachfolger? Natürlich der machtgeile Franke! Bei seinem Abgang wird sich Merkels Innenminister möglicherweise an sein früheres Urteil über Söder erinnert haben. Der sei, so Seehofer am Rande einer Weihnachtsfeier 2012, "vom Ehrgeiz zerfressen", habe "charakterliche Schwächen" und leiste sich "zu viele Schmutzeleien". Marco Buschmann, FDP-Justizminister von 2021 bis 2024, brachte es vor einiger Zeit auf den Punkt: "Wenn es Söder nützt, wird er vermutlich auch noch den Hashtag "Nie mehr CSU" verwenden."

Söders grüne Ader

Der Umtriebige kennt in der Tat nur eine Richtschnur: nämlich seinen eigenen Nutzen zu mehren und Schaden von sich selbst abzuwenden. Im Sommer 2023 polterte er gegen den Gender-Wahnsinn und prangerte eine "rot-grüne Umerziehung" an, er selbst aber hißte schon 2021 die Regenbogenflagge an der Staatskanzlei, um, gähn, "ein Zeichen zu setzen". Im Sommer 2021 tauchte er beim Fußball-Länderspiel gegen Ungarn in München mit Regenbogen-Mundschutz im Stadion auf.
Derzeit attackiert der CSU-Chef wiederholt die Grünen und läßt sich dafür entsprechend bejubeln. Kostprobe: "Die Grünen passen mit ihrem Weltbild nicht zu Bayern, und deswegen wird es keine Grünen in der bayerischen Staatsregierung geben. Auf gar keinen Fall!"
Jeder, wirklich jeder, aber weiß genau: Gleich morgen würde der Wendehals gemeinsame Sache mit Habeck, Baerbock und Co. machen, sofern es ihm nützen könnte; Prinzipienlosigkeit als Markenkern. Im Februar 2021 klang das bei ihm, vom Stern auf Schwarz-Grün angesprochen, denn auch noch so: "Es wäre ein spannendes Zukunftsteam, das Inspiration bieten könnte, weil es die ganz große Frage unserer Zeit in den Blick nimmt: die Versöhnung von Ökonomie und Ökologie."
Wirklich beschämend war der Moment, als er im Juli 2019 einen Baum umarmte. Die Aufnahme entstand im Münchner Hofgarten, also gleich neben der Staatskanzlei. Die Zeit beschrieb die bizarre Zeremonie: "Kameras klicken, die Pose stimmt. Die Staatsregierung startet an diesem Sommertag medienwirksam ihre Klima-Offensive. Ein radikaler Umbau des Staatswaldes wird beschlossen. Die Klimastrategie ist auf dem Weg."

Der Skrupellose

Unvergessen und unverzeihlich ist Söders Rolle in den Corona-Jahren. Ohne jeden Skrupel leitete er sein Unrechtsregime in Bayern, sperrte nach Lust und Laune Bürger ein, verhängte willkürlich Lockdowns und "Lockerungen"; er tobte sich geradezu aus. Grundrechte wurden via Pressekonferenzen ausgehebelt. Södolf, so sein damaliger Spitzname, spaltete, er grenzte ganze Gesellschaftsschichten aus, er hetzte, er lief Amok. Wer ihn dort erlebt hat, der weiß,

daß er zu allem bereit ist. Zu allem!
Söder hat Verletzungen des Grundgesetzes nicht nur hingenommen, er war der Akteur, der Täter.
Ohne mit der Wimper zu zucken, trieb er in Angst versetzte Bürger in die Hände der Pharmaindustrie, nötigte sie zur Spritze, nahm schwere Impfnebenwirkungen bis hin zum Tod in Kauf und verhöhnte nebenbei alle Skeptiker. SöDDR als Nadel-Hooligan!
Wesentliche Teile seiner Corona-Diktatur sind von Gerichten mittlerweile als verfassungswidrig entlarvt. So erklärte der Bayerische Verwaltungsgerichtshof die im März 2020 verhängte Ausgangssperre für unwirksam. Den Betroffenen, Eingesperrten, Geknebelten und Geknechteten half das allerdings kaum mehr.
Der Polit-Amokläufer hat Verletzungen des Artikels 1 des Grundgesetzes zum Schutz der Würde des Menschen nicht nur hingenommen, er war der Akteur, der Täter. Das Recht auf körperliche Unversehrtheit hat er selbst mit Anordnungen zur Testpflicht, dem Bohren mit langen Stäben in unseren Nasen und natürlich mit der Nötigung zur Spritze monatelang mit Füßen getreten.
Denkbar knapp schlitterte er 2020 an einem Giga-Skandal vorbei. Seine Ehefrau Karin Baumüller-Söder hatte im April 2020 offenbar versucht, der bayerischen Landesregierung 16 Millionen Schutzmasken für rund 30 Millionen Euro zu verkaufen. Der Deal sollte über die Baumüller Holding GmbH & Co. KG abgewickelt werden, eine von sechs Tochterfirmen der Baumüller-Gruppe, für die Karin Baumüller-Söder geschäftsführend tätig ist. Die Masken hätten in China bestellt und dann an die Staatsregierung weiterverkauft werden sollen.
Das Geschäft sei nicht zum Abschluß gekommen, so öffentlich-rechtliche Faktenchecker. Daß aber die Gattin des Ministerpräsidenten beziehungsweise beide zusammen zumindest versucht haben, ein solches Geschäft abzuwickeln, bleibt unwiderlegt und ist auch vor dem entsprechenden Masken-Untersuchungsausschuß des Landtags thematisiert worden.

Söder vs. Ungeimpfte

Am 5. November 2021 ließ Markus Söder über soziale Medien verbreiten, was sich später als großer Unsinn herausstellte: "Wir haben eine Pandemie der Ungeimpften. Die Situation in den Krankenhäusern ist schwierig, und 90 Prozent der Covid-Patienten auf den Intensivstationen sind nicht geimpft."
Am 15. Februar 2022 verlangte er im Interview mit der Augsburger Allgemeinen die generelle Impfpflicht: "Hier geht es um die Kernfrage: Befreien wir uns von unzähligen Verordnungen im Gegenzug zu einer einzigen Pflicht? Keiner weiß, ob es nicht wieder einmal eine andere Mutation gibt." Eine "Impfpflicht würde uns davor besser schützen, sie würde uns Sicherheit und Freiheit geben."
Am 19. Februar 2022 fabulierte er gegenüber der Main-Post: "Einige Menschen haben sich in der Pandemie leider in eine Welt von Verschwörungstheorien verirrt. Wir dürfen am Ende keine "Corona-RAF" bekommen, für die Gewalt akzeptabel wäre."
Söder trat, so kennen wir ihn, zunächst als Gegner, dann als Befürworter einer Impfpflicht auf. Sogar eine Zwangsimpfung für Kinder ab 12 Jahren brachte er ins Spiel, beseelt von der Idee, "daß direkt im Klassenzimmer geimpft" werden könne. Schließlich seien die Todeszahlen so hoch, "als würde jeden Tag ein Flugzeug abstürzen", schürte er vor einer der berüchtigten Ministerrunden im November 2021 gezielt Panik.
Auch an der Geschichte einer "Pandemie der Ungeimpften" strickte er eifrig mit, teils mit beschämenden öffentlichen Auftritten. Keine Frage: Dieser Politiker hat die Spielregeln der Demokratie grob mißachtet. Das schreit weiterhin nach einer Aufarbeitung, die diese Bezeichnung auch verdient.
Daß er nun immer wieder betont, an einer Kanzlerkandidatur kein Interesse zu haben, kann eigentlich gemäß seiner eigenen Logik nur das Gegenteil bedeuten. Schon vor der Bundes-

tagswahl 2021 hatte er beteuert, in Bayern bleiben zu wollen, ehe er dann plötzlich doch mit entsprechenden Ambitionen aufwartete und dem CDU-Kanzlerkandidaten Armin Laschet das Leben zur Hölle machte. Er wird auch Friedrich Merz im Nacken sitzen und auf dessen Fehler hoffen, um ihn irgendwann von hinten umgrätschen zu können.
Dieser Artikel erschien im neuen COMPACT-Spezial 43: "Die Altparteien. Wie sie uns belügen".<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 29. Januar 2025 (x1.468/…): >>**AfD: Erst Tabu-Bruch, dann Normalisierung**
Von *Michael Brück*
Erstmals haben die Stimmen der AfD einem Antrag im Deutschen Bundestag zur Mehrheit verholfen. Und das auch noch bei der Migrationsfrage, dem Kernthema von Konservativen und Patrioten. Während die blaue Partei ihren Erfolg als Dammbruch und Ende der Brandmauer feiert, schäumt das linke Establishment und stürzt sich wahlweise in Beschimpfungen, Gewaltaufrufe oder Weltuntergangsszenarien.
Vor dem Konrad-Adenauer-Haus findet sogar eine Demonstration der linken Szene statt, mit der das Verbot der CDU gefordert wird. Die Angst der Linken ist nicht unbegründet: Auf den Tabu-Bruch folgt die Normalisierung, der Aufwind für Deutschlands Patrioten hält an, wohl auch zur Bundestagswahl. In der neuen COMPACT-Spezial "Die Altparteien - Wie sie uns belügen und betrügen" zeigen wir, welche Dynamik jetzt in das Parteienkarussell kommt.
Erst waren es Mehrheiten unter Beteiligung der AfD in kleinen Gemeinde- und Stadträten, bei denen der interessierte Leser erst einmal die Suchmaschine seines Vertrauens anwerfen mußte, um herauszufinden, wo die kaum bekannten Orte überhaupt liegen. Es folgten größere Städte und Landkreise - etwa beim Anti-Regenbogenbeschluß in Neubrandenburg, der Abschaffung des Integrationsbeauftragten im Landkreis Bautzen oder der Umsetzung einer Bezahlkarte für Asylbewerber im Stadtrat Dresden.
Parallel verschafften AfD-Stimmen im Thüringer Landtag erstmals eine Mehrheit bei der Umsetzung von Gesetzen, etwa bei der Senkung der Grunderwerbssteuer. Und in Sachsen scheiterten zwei Friedensinitiativen der AfD-Landtagsfraktion nur knapp, erstmals hatte mit dem frisch in den Landtag eingezogenen BSW eine andere parlamentarische Kraft einem AfD-Antrag zugestimmt. Auf all diese Entscheidungen in den kommunalen Räten und Landtagen folgte stets die mediale Empörung. Doch während die Dimension der politischen Entscheidung wuchs, ließ sich die Empörungsspirale nicht mehr parallel mitdrehen. Denn längst hatte eine Normalisierung der AfD eingesetzt.
Das vorletzte Tabu ist seit heute gefallen
Wurden Vertreter der CDU medial für gemeinsame kommunale Initiativen mit der AfD kritisiert, suchten sie ausreden oder betonten, daß es auf der kommunalen Ebene um Sachpolitik ginge, nicht um die dahinterstehenden Parteien. Wobei das natürlich nur die halbe Wahrheit ist, denn gerade bei ideologisch aufgeladenen Themen ist die vernünftigste Sachpolitik nicht frei von der dahinterstehenden Parteilinie. Mit einem Bundestagsantrag, bei dem bewußt die Zustimmung der AfD einkalkuliert wurde, um überhaupt mehrheitsfähig zu werden, ist jedoch das vorletzte Tabu gefallen.
Der linke Mob tobt und das vermutlich noch ein paar Tage. Gut möglich, daß die CDU vorläufig wieder einen Schritt zurück macht und vor der nächsten Abstimmung, mit der am Freitag nicht nur eine unverbindliche Resolution durchgesetzt werden soll, sondern ein konkretes Gesetzesvorhaben, kneift. Doch sie wird in wenigen Wochen wieder vor der gleichen Ausgangslage stehen und sich die Frag
e stellen, wie sie dem Bürger eine konservative Politik - selbst wenn diese nur vorgespielt ist - verkaufen möchte, wenn die linken bis linksextremen Parteien jede noch so kleine Verschärfung der Migrationspolitik blockieren. Und wieder wird es nur einen Ausweg geben: Mehrhei-

ten mit der AfD. Mit dem Unterschied, daß nach dem 23. Februar 2025 AfD und CDU zusammen über die absolute Mehrheit verfügen werden und sich der Handlungsspielraum stark erweitert.

Die Brandmauer fällt erst, wenn auch AfD-Anträgen zugestimmt wird

Doch endgültig gefallen ist die Brandmauer ohnehin erst, wenn nicht die AfD zum Mehrheitsbeschaffer für CDU-Anträge wird, sondern die CDU dem öffentlichen Druck nicht mehr standhalten kann und AfD-Anträgen zustimmen muß. Erst dann hat die AfD das Heft gänzlich in der Hand. Möglicherweise wird dieser Punkt bereits nach der Bundestagswahl erreicht.

Ab diesem Zeitpunkt beginnt dann aber auch ein neues Kapitel für die AfD, die aus ihrer Rolle als Fundamentalopposition plötzlich mit realen Machtmöglichkeiten konfrontiert ist und aufpassen muß, wann und unter welchen Bedingungen sie Kooperationen mit den übrigen Parteien eingeht. Denn die Brandmauer, so ausgrenzend sie auch gewesen ist, war bisher der beste Schutz für die AfD, die Distanz zum etablierten Parteienkartell zu wahren. Fällt die Brandmauer, winkt zwar die politische Normalisierung der Partei, es lauern aber auch neue Gefahren.

Die Bundestagswahl 2023 dürfte zum größten politischen Erdbeben führen, was es seit 1949 auf Bundesebene bei einer Wahl gegeben hat.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 29. Januar 2025 (x1.468/…): >>**Dresden: Die Flamme der Erinnerung leuchtet wieder**

Von *Daniell Pföhringer*

Im vergangenen Jahr beschädigte eine stadtoffizielle Bilderstürmerei unter der Ägide von Dresdens OB Hilbert das Gedenken an die Opfer des Bombenterrors vom 13./14. Februar 1945. Doch dank der Freien Sachsen wird auch in diesem Jahr die damals entfernte "Flamme der Erinnerung" wieder leuchten. Wir prangern den Massenmord an: In COMPACT-Geschichte "Dresden 1945. Die Toten, die Täter und die Verharmloser" lesen Sie die Wahrheit über dieses ungesühnte Kriegsverbrechen.

Es war ein Skandal sondergleichen: Im vergangenen Jahr ließ Dresdens Oberbürgermeister Dirk Hilbert (FDP) klammheimlich eine Inschrift zum Gedenken an die Opfer der Bombardierung der Stadt am 13./14. Februar 1945 entfernen. Dort wurden 1945 über mehrere Tage Tausende von Toten, die im Bombenhagel umgekommen waren, verbrannt.

Diese hinterhältige Aktion stieß bei vielen Bürgern der sächsischen Landeshauptstadt auf Unverständnis und Entsetzen. Nachvollziehbarerweise - schließlich war dies der einzige Ort der Erinnerung an die schrecklichen Bombennächte in der Dresdner Innenstadt.

Antifa zerstörte neue Gedenktafel

Daraufhin brachten Aktivisten der Identitären Bewegung am Ort der früheren Inschrift eine neue, provisorische Gedenktafel mit folgender Aufschrift an: "Dies ist ein Ort der Mahnung, des Erinnerns und Gedenkens. Hier wurden die Leichname tausender Opfer der Luftangriffe des 13. und 14. Februar 1945 verbrannt."

Doch im Gefolge einer Anti-Rechts-Demo, die unter anderem von den etablierten Rathausparteien und Fridays for Future unterstützt wurde, befand sich auch eine Handvoll militanter Antifas, die ihrer Zerstörungswut an dem provisorischen Gedenkort freien Lauf ließen. Sie entfernten die Gedenkplatte, entwendeten Kerzen und zertraten abgelegte Blumen.

Die "Flamme der Erinnerung"

Doch damit nicht genug. Am 12. Februar 2024 sorgte das Bürgernetzwerk Ein Prozent, unterstützt von den Freien Sachsen, für einen gleichermaßen spektakulären wie auch würdigen Gedenkakt. Am Rande des Dresdner Montagprotests wurde die tonnenschwere Metall-Installation "Flamme der Erinnerung" für die Bombenopfer vor der Frauenkirche aufgestellt.

In dem Mahnmal, das mit Gerhart Hauptmanns berühmten Zitat "Wer das Weinen verlernt hat, der lernt es wieder beim Untergang Dresdens" versehen war, wurde symbolisch ein Ge-

denkfeuer für die Opfer der Bombardierung entzündet. Nicht nur Passanten, sondern auch vorübergehende Touristen zeigten sich bewegt über diese Form des Gedenkens.
Doch auch in diesem Fall machte die Stadtverwaltung unter OB Hilbert dem würdigen Gedenken den Garaus. In der Nacht zum 13. Februar, dem Jahrestag des Bombenhagels, ließ er die Feuerwehr anrücken, die die Flamme der Erinnerung löschte. Das Mahnmal wurde später vom THW mit einem Kran demontiert und auf einem Lkw abtransportiert.

Würdiges Gedenken

Doch die etablierte Politik kann die Erinnerung an die mindestens 100.000 Toten, die in den Bombennächten des 13. und 14. Februar 1945 ihr Leben ließen, nicht auslöschen. In diesem Jahr wird die "Flamme der Erinnerung" wieder leuchten. Zu verdanken ist dies den Freien Sachsen, die die tonnenschwere Metall-Installation von Ein Prozent zur Verfügung gestellt bekommen haben.
So wird die "Flamme der Erinnerung" im Rahmen einer neuen, eigenständigen Aktion in Form einer Dauermahnwache vom 13. bis 15. Februar 2025 wieder aufgestellt und soll so Patrioten und Bürgern als Ort des stillen Gedenkens dienen. Heuer jährt sich die Bombardierung Dresdens zum 80. Mal.
Darüber hinaus wird es auch in diesem Jahr wieder - neben mehreren Kranzniederlegungen am 13. Februar - einen zentralen Trauerzug patriotischer Kräfte durch Dresden geben. Die Veranstaltung, zu der bereits eine bundesweit Mobilisierung begonnen hat, findet am Samstag, den 15. Februar 2025 statt, erste Informationen sind bereits auf dem Telegram-Kanal der Veranstalter zu finden.
Wir treten der Hetze und den Lügen entgegen: COMPACT-Geschichte "Dresden 1945. Die Toten, die Täter und die Verharmloser" wendet sich gegen die Verhöhnung der Dresdner Bombenopfer. Erfahren Sie die Wahrheit über den alliierten Massenmord am 13./14. Februar 1945. Ohne Herunterrechnen der Opferzahlen und geschichtspolitische Propaganda.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 29. Januar 2025 (x1.468/…): >>**Petr Bystron: Make Europe Great Again**

Von *S. Hofer*

Ob Viktor Orban, Marine Le Pen oder Nigel Farage: Für die linksgrün dominierten Medien sind diese Politiker absolute Feindbilder. Doch für Patrioten sind sie Helden des Widerstands gegen eine Entwicklung, die die gewachsenen Nationen sowie den Geist und die Seele Europas zu zerstören droht. Darüber hat der AfD-Europaabgeordnete Petr Bystron ein Buch mit dem Titel "Make Europe Great Again" verfaßt. Hier mehr erfahren.
Petr Bystron, selbst noch in der damaligen kommunistischen Tschechoslowakei geboren, beschäftigt sich im ersten Kapitel seines Buches "Make Europe Great Again" mit dem, was er "Die Vergewaltigung Europas" nennt. Damit zielt er auf Phänomene wie Islamisierung, massenhafte Migration, die Spaltung der Völker in (wenige) Globalisierungsgewinner und (viele) Globalisierungsverlierer, den Verlust nationaler und religiöser Identität.
Er läßt dabei keinen Zweifel daran, was er als die größte Gefahr ansieht, nämlich ein "auswucherndes, bürokratisches, imperiales Projekt - einen Superstaat, ein EU-Großreich unter Führung von Berlin und Brüssel", wie er in "Make Europe Great Again" schreibt.
Es ist deshalb geradezu folgerichtig, daß die Politikerporträts in dem Buch mit der Person des Briten Nigel Farage beginnen. Dieses Kapitel ist eines der lesenswertesten des Buches, weil es eine faszinierende Figur und eine ebenso faszinierende Karriere sehr lebendig beschreibt.
Allerdings paßt Farage in vielerlei Beziehung nicht wirklich zu den anderen Politikern in dem Buch, das den Untertitel "Die neurechte Politikergeneration" trägt. Der Brite versteht sich nämlich keineswegs als "rechts" im herkömmlichen Sinne, sondern als aufrechter Konservativer, der nicht hinnehmen wollte, daß sein Land sich Brüssel unterwirft.

Bollwerk im Osten

Wie Farage gegen alle Widerstände und Erwartungen den Brexit bewirkte, ist eine der unglaublichsten politischen Erfolgsgeschichten des 21. Jahrhunderts. Eine ganz andere Erfolgsgeschichte ist die des ungarischen Politikers Viktor Orban.

Bystron schildert in "Make Europe Great Again" mit großer Sympathie den Weg eines Mannes, der seit dem Ende des kommunistischen Regimes in Ungarn 1989 großen Anteil am Schicksal seines Landes hat, große Wahlerfolge erzielt und wegen seiner Prinzipientreue nun zum Buhmann der Brüsseler EU-Maschinerie geworden ist.

Im Gegensatz zu vielen westlichen Karrierepolitikern hat Orban schon als Jugendlicher und Student Mut gegen die kommunistischen Machthaber in Budapest gezeigt und hatte bedeutenden Anteil an deren Sturz. Schon 1990 wurde er ins nun frei bestimmte Parlament gewählt und im Laufe vieler Jahre zur bestimmenden politischen Figur seines Landes. Zu denen gehörte auch der frühere tschechische Präsident Vaclav Klaus, den Bystron in seinem kenntnisreichen Porträt einen "Fundamentalisten der Freiheit" nennt - sehr zu Recht.

Quo vadis, AfD?

Eine politische Figur vom Format Orbans gibt es in der AfD noch nicht, auch wenn mit Alice Weidel eine überzeugende und populäre Parteichefin und Kanzlerkandidatin an der Spitze steht. Doch in der zweiten oder dritten Reihe sieht es dünn aus. Deshalb beschäftigt sich Bystron im letzten Kapitel mit dem personellen Führungsdilemma der Partei, der er selbst angehört. Der Europaabgeordnete versucht Gründe und Lösungsansätze dafür zu finden.

Anzumerken bleibt, daß Bystron in "Make Europe Great Again" die deutlich verschiedenen Interessenlagen der vorgestellten Personen aufgrund ihrer jeweiligen staatlichen Zugehörigkeit ausblendet. Doch wahrscheinlich wäre dieses Thema auch ein weiteres Buch wert.

Verteidiger Europas: Der Europaabgeordnete Petr Bystron stellt in "Make Europe Great Again" die neue rechte Politikergeneration Europas vor: Viktor Orban, Marine Le Pen, Nigel Farage und andere. Angereichert mit vielen Anekdoten aus persönlichen Begegnungen, analytisch durch die Rückschlüsse auf Deutschland.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 29. Januar 2025 (x1.468/…): >>**Die geschändeten "Frolleins"**

Von *Gero Bernhardt*

Im April 1945 überquerten Soldaten der 1. französischen Armee unter Leitung des Generals Jean de Lattre de Tassigny den Rhein nördlich von Karlsruhe. Doch für viele deutsche Frauen bedeutete dies keine Befreiung, denn der Vorstoß ging mit etlichen Vergewaltigungen einher. Ein Auszug aus COMPACT-Geschichte "Verbrechen an Deutschen - Vertreibung, Bombenterror, Massenvergewaltigungen". Der Wahrheit verpflichtet!

Nicht nur Soldaten der Roten Armee, auch Angehörige der Truppen der Westalliierten haben sich sexueller Gewalt an deutschen Frauen schuldig gemacht. Vor allem Franzosen und Amerikaner haben Schande auf sich geladen. Der französische General Jean de Lattre de Tassigny hatte am 5. April 1945 als Direktive an seine auf deutschen Boden vorstoßenden Truppen ausgegeben, sie mögen "einen natürlichen Haß gegen den grausamen Feind unserer Freiheit und unserer Kultur, einen legitimen Haß gegen eine Nation, die gierig ist, die Welt zu unterwerfen", nicht zurückhalten.

Wie dies aussah, beschreibt der Historiker Heinz Nawratil in seinem Buch "Die deutschen Nachkriegsverluste unter Vertriebenen, Gefangenen und Verschleppten" wie folgt:

"In einigen Orten Südwestdeutschlands kam es bei und nach dem Einmarsch französischer Truppenteile im April und Mai 1945 zu Vergewaltigungen, Brandstiftungen, willkürlichen Erschießungen und dergleichen."

Als Beispiel beschreibt er unter anderem das besonders harte Schicksal einer südwestdeutschen Kommune in der Zeit vom 15. bis zum 17. April 1945:

"Im württembergischen Freudenstadt errichtete das französische Militär ein wahres Schreckensregiment, nachdem es den unverteidigten Kurort fast vollständig zerstört hatte. Die ersten Tage der französischen Besatzungszeit in Freudenstadt erinnerten an die berüchtigten Exzesse französisch-marokkanischer Truppen im Monte-Cassino-Gebiet und sind mit dem Einmarsch der Roten Armee in Ostdeutschland verglichen worden."

In der amtlichen Sammlung "Dokumente deutscher Kriegsschäden" befindet sich ein Augenzeugenbericht über die Vorgänge in Freudenstadt, in dem es heißt: "Weiße Franzosen, Fremdenlegionäre, Marokkaner und Algerier besetzten die Stadt. (…) Es wurde drei Tage lang gemordet, geplündert, vergewaltigt und Häuser angezündet. Frauen von 16 bis 80 Jahren waren Freiwild; Väter und Mütter, die sich schützend vor ihre Angehörigen stellten, wurden niedergeschossen; die Schreie der gequälten Menschen hallten durch die Nächte. Circa 800 geschändete Frauen meldeten sich zur ärztlichen Untersuchung im Krankenhaus."

Terror der Kolonialtruppen

Auf diese Weise erwarben sich die Franzosen den schlechtesten Ruf unter den Westalliierten, vor allem wegen ihrer marokkanischen, algerischen und tunesischen Truppenteile. Bei diesen "kam hinzu, daß sie sie zwar immer ganz vorne an der Front eingesetzt wurden und die höchsten Verluste zu beklagen hatten, aber dennoch nur als französische Soldaten zweiter Klasse angesehen wurden. Jetzt waren sie erschöpft und ausgehungert - und so begannen viele, ihren Gefühlen freien Lauf zu lassen", schreibt die Stuttgarter Zeitung mit Blick auf den Jahrestag der Eroberung der Stadt am 18. April 2015.

Unter Berufung auf eine Studie des französischen Historikers Marc Hillel geht der Deutschlandfunk von 1.200 vergewaltigten Frauen allein im Stuttgarter Raum aus, wobei das jüngste bekannte Opfer 14, das älteste 74 gewesen sei. In Konstanz sei es zu 400 sexuellen Übergriffen gekommen, in Freudenstadt zu 500.

Alarmiert von solchen Nachrichten, prangerte US-Senator James O. Eastland die Massenvergewaltigungen in Südwestdeutschland, verübt von den französischen Verbündeten der Amerikaner, im Juni 1945 in Washington öffentlich an. Er sprach sogar von 5.000 Frauen und Mädchen, die von französischen Soldaten aus afrikanischen Kolonien in Stuttgart und Umgebung brutal vergewaltigt worden seien.

Eastland war damit überhaupt der erste Politiker auf alliierter Seite, der nach Ende des Zweiten Weltkrieges Sexualverbrechen an der deutschen Zivilbevölkerung zur Sprache brachte. Der Senator beschuldigte die US-Armeeführung, die Untaten der französischen Verbündeten zu vertuschen. Wörtlich erklärte er im Kongreß:

"Wenn wir Soldaten ausrüsten und ihnen unter amerikanischem Oberbefehl die Macht über Frauen und Kinder geben, dann ist es unsere Pflicht, dafür zu sorgen, daß Ordnung aufrechterhalten wird und es nicht zu Räubereien, Morden und Angriffen auf Frauen kommt, wie sie sich zweifellos in Stuttgart zugetragen haben."

Eastlands Protest schlossen sich die Senatoren Wheeler, McClellan, Revercomb und Maybank an.

Von einem französischen Versuch, Vergewaltigungsverbrechen aus den eigenen Reihen zu verhindern, berichtet die von Wolfgang Sannwald herausgegebene "Dokumentation über das Kriegsende im Landkreis Tübingen": Am Abend des 23. April 1945 zog der französische Ortskommandant die Frauen und Mädchen von Belsen im Schulgebäude zusammen und ließ einen Doppelposten davor stellen, um sie vor marodierenden Afrikanern in französischen Diensten zu schützen. Die Truppe war allerdings kaum abgezogen, da überfielen in den Nächten vom 26. bis zum 29. April Marokkaner das Dorf erneut, wobei etwa 20 Frauen und Mädchen vergewaltigt wurden.

Lindbergh klagt an

Doch nicht nur französische Truppen machten sich sexueller Übergriffe schuldig, auch ameri-

kanische GIs vergingen sich vielfach an Frauen. Am 19. Mai 1945 vertraute Amerikas Fliegerheld Charles Lindbergh seinem Kriegstagebuch über die Zustände im besetzten Deutschland an:
"Daheim bringen unsere Zeitungen Artikel, wie wir unterdrückte Länder und Völker "befreien". Hier verstehen unsere Soldaten unter dem Ausdruck "befreien" so viel wie sich Beute verschaffen. Alles, was man einer feindlichen Person abnimmt oder aus einem Hause trägt, wird der Sprache der Gls zufolge "befreit". Leicas werden "befreit", Waffen, Proviant, Kunstwerke, einfach alles. Ein Soldat, der eine Deutsche vergewaltigt hat, hat sie "befreit"."
Die Historikerin Miriam Gebhardt hat in ihrem Buch "Als die Soldaten kamen" versucht, die Zahl der sexuellen Übergriffe durch amerikanische Besatzungssoldaten über die 1945 geborenen Vergewaltigungskinder zu errechnen. Dafür hat sie zahlreiche Quellen ausgewertet, die zeigen, daß amerikanische Soldaten keinesfalls nur Schokolade brachten und von "Frolleins" bereitwillig umschwärmt wurden.
Bei vielen, aber nicht allen Schilderungen ist von farbigen Soldaten als Tätern die Rede. "Es gibt tatsächlich für alle bundesdeutschen Länder Zahlen von Kindern, die durch Vergewaltigung gezeugt worden sind und auch mit der Nationalität der Väter. Und man weiß allgemein, daß ungefähr bei jeder hundertsten Vergewaltigung ein Kind zur Welt kommt."
Aus diesen Angaben kommt die Autorin auf 190.000 sexuelle Übergriffe allein durch GIs und 860.000 Vergewaltigungen insgesamt in Deutschland - was bedeuten würde, daß es im Westen genauso viele Vergewaltigungen gegeben hätte wie im Osten. Dabei geht sie allerdings von auffallend weniger russischen Taten aus als ihre Fachkollegen. Die genaue Zahl wird sich vermutlich nie ermitteln lassen.
Gebhardts Verdienst ist, wie die Welt am 2. März 2018 schreibt, "viele bislang wenig beachtete Quellen ausgewertet zu haben". Auch der Spiegel (22. Februar 2018) erkennt die Leistung an, vergessenen Frauen eine Stimme zu geben: "Miriam Gebhardt weist auch darauf hin, daß bis heute nichts an die Opfer erinnere. In der Tat haben zwar so unterschiedliche Gruppen wie die Gesellschaft für Bedrohte Völker und die Berliner CDU (…) einen Erinnerungsort für die zum Kriegsende vergewaltigten Frauen gefordert, aber geschehen ist nichts."
Den kompletten Beitrag finden Sie in COMPACT-Geschichte "Verbrechen an Deutschen - Vertreibung, Bombenterror, Massenvergewaltigungen".<<
Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/14056" berichtet am 29. Januar 2025 (x1.469/…): >>**Hurra, das Internet der Dinge ist da!**
Sicher habt ihr auch schon gehört vom Internet der Dinge, was gerade überall angepriesen wird!
Unter dem Internet der Dinge versteht man die Vernetzung von Gebrauchsgegenständen aller Art und wie diese dank ihrer künstlich erworbenen Intelligenz nun ein reges Eigenleben entwickeln.
Daß sich Computer, Fernseher und DVD-Geräte ihren Zugang zum Internet suchen, ist ja heute fast schon langweilig. Aber daß dazu nun auch unsere lieben Küchengeräte wie z.B. der Kühlschrank endlich in der Lage sind, uns von ebenso lästigen wie intellektuell anspruchsvollen Arbeiten zu befreien… ist doch MEGA! Wie das gehen soll? Ganz einfach: Man muß nun nicht mehr mühsam seinen Einkaufszettel selber schreiben, sondern der Kühlschrank, unser "cooler Helfer" nimmt uns diese lästige Aufgabe jetzt ab. Und nicht nur das, er bestellt auch gleich alles online, was er für unser weiteres Überleben für wichtig erachtet. Ein Hoch auf den Kühlschrank!
Wie lange habe ich auf diesen historischen Moment gewartet. Je nach technischer Ausstattung des Kühlschrankes müssen technikverliebte Hausfrauen und Hausmänner nun auch nicht mehr selbst herausfinden, ob es sich z.B. bei diesem "grün-gelben Gebilde" da hinten links im Kühlschrank tatsächlich um einen Stinkekäse handelt. Denn dank vollautomatischer Frische-

analyse würde eine, nur dezent aufdringliche Sirene vor allzu starker Geruchsbelästigung warnen und die aktuellen Verfallsdaten über Newsletter an alle angeschlossenen E-Mail-Adressen senden. Habt ihr mich verstanden?
Noch ein kleiner Tipp am Rande für die männlichen Nutzer dieser innovativen Technik: Bitte bei der Meldung "der Zustand Ihrer Eier ist grenzwertig" nicht an gesundheitliche Probleme denken. DANKE…! Apropos Gesundheit. Wie wär's mit einer Boscholette? Ach so, also ich meine eine Internettoilette von Bosch? Ein stilles Örtchen, das uns dann umgehend über unseren Gesundheitszustand anhand der ihm verabreichten Hinterlassenschaften informiert und sofort die Therapie einleitet. Während der Technologienutzer nach seiner "geschäftlichen Sitzung" immer noch verdutzt auf das Display schaut, hat die Boscholette schon eine Medikamentenbestellung samt Foto ins Internet gestellt.
Und sollten Sie diese Entwicklung dann doch zum Kotzen finden, beantragt die Boscholette bei Ihrem Hausarzt umgehend eine Krankschreibung.
Und damit wir uns nicht noch in unserem Gesundheitszustand ins Auto setzen müssen, um den abzuholen, hat man natürlich auch daran gedacht, das vielversprechende "5G" zu entwikkeln, die fünfte Generation der Mobilfunkkommunikation, die alles miteinander vernetzt, schneller und selbstständiger werden läßt. Damit sinkt unser Gesundheitszustand zwar noch weiter in den Keller, aber was soll's - immerhin verspricht sie nicht nur intelligente Kühlschränke, Toiletten, usw. sondern auch eine ganze Stadt voller technischer intelligenter Helfer, selbstfahrender Autos und Vielem mehr. …
Die Pharmaindustrie findet "5G" im übrigen Klasse und versucht jetzt schon Aktien bei Bosch zu ergattern, falls die Boscholette schon bald auf den Markt kommen sollte! Künstliche Intelligenz … SUPER!!! Hurra, ich muß nun nicht mehr selber denken… das kann ich mir ja nun schenken… . Das Denken!<<
USA: Das deutsche Multipolar-Magazin berichtet am 29. Januar 2025 (x1.474/…): >>**Trump ordnet WHO-Austritt und Rehabilitierung "ungeimpfter" US-Soldaten an**
Herausgegeben von *Stefan Korinth* und *Paul Schreyer*
Kritische Stimmen aus China und Rußland zu WHO-Austritt / Berliner "WHO-Hub für Pandemieaufklärung" finanziell offenbar nicht betroffen / US-Medien: Einschränkung der Gain-of-Function-Forschung steht ebenfalls bevor
Der neue US-Präsident Donald Trump hat in seinen ersten Amtshandlungen mehrere politische Schritte unternommen, die sich auf die Corona-Krise beziehen. Eine der von ihm nach seiner Amtseinführung unterzeichneten Durchführungsverordnungen ("executive orders") betraf den Rückzug der Vereinigten Staaten aus der Weltgesundheitsorganisation (WHO).
Laut US-Presse ist eine weitere Verordnung geplant, die die Finanzierung der "Gain-of-Function-Forschung" partiell stoppen soll. In seiner Antrittsrede hatte Trump zudem angekündigt, alle Soldaten, die "zu Unrecht" aus dem Militär ausgeschlossen worden waren, weil sie sich der Corona-Impfpflicht widersetzt hatten, mit voller Gehaltsnachzahlung wieder einzusetzen. Berichten aus dem Jahr 2022 zufolge sollten rund 3000 nicht gegen Corona geimpfte Soldaten aus dem US-Militär entlassen werden.
Bei der Unterzeichnung des Dekrets zum Ausstieg aus der WHO hatte Trump erklärt, die USA würden unfair behandelt: "Die Weltgesundheitsorganisation hat uns abgezockt." Schon in seiner ersten Amtszeit von 2017 bis 2021 hatte Trump die WHO massiv kritisiert. Im April 2020 warf er ihr schwerwiegende Fehler im Management der Corona-Krise vor und monierte, sie habe "wahrscheinlich" zu Beginn mehr gewußt, als sie offengelegt habe. Darum stellte er schon damals die Zahlungen ein und erklärte den Austritt seines Landes.
Sein Nachfolger Joe Biden nahm Trumps Anordnungen nach Amtsantritt wieder zurück. Die USA waren bisher der größte Geldgeber der WHO, sie steuerten knapp ein Fünftel zur Gesamtfinanzierung bei. Die Frist zum Austritt beträgt ein Jahr, in diesem Zeitraum könne die

Entscheidung juristisch noch angefochten werden, heißt es bei der Tagesschau. Der WHO zufolge beläuft sich das Budget der Organisation für 2024 und 2025 auf 6,83 Milliarden US-Dollar. Davon werden unter anderem 8.000 Mitarbeiter finanziert.

Der neuerliche Austritt aus der WHO rief unterschiedliche Reaktionen hervor. Laut der staatlichen russischen Nachrichtenagentur RIA Novosti wird die Entscheidung von Wjatscheslaw Wolodin, Sprecher der Staatsduma, kritisiert. Die USA seien "mal wieder nur auf der Suche nach dem eigenen Vorteil", sagte er. Alexej Kurinny, stellvertretender Vorsitzender des Staatsduma-Ausschusses für Gesundheitsschutz, warnte vor massiven Kürzungen von Programmen in Entwicklungsländern. Ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums erklärte der staatlichen Nachrichtenagentur Xinhua zufolge, daß die Rolle der Weltgesundheitsorganisation gestärkt und nicht geschwächt werden sollte.

Der französische Mikrobiologe Didier Raoul hingegen bemerkte laut dem Nachrichtenportal TKP, daß ein wachsender Teil der Welt, vor allem viele Länder Afrikas, Vertrauen in die WHO verloren hätten. Der Vorsitzende der sozialkonservativen "Heritage-Partei" Großbritanniens, David Kurtin, forderte demnach, daß sein Land ebenfalls aus der WHO austritt. Die italienische Partei "Lega", Koalitionspartner der derzeitigen Regierung, legte einem Bericht der staatlichen türkischen Nachrichtenagentur zufolge als Reaktion auf Trumps Dekret einen Gesetzentwurf zum Austritt aus der WHO vor.

Wie das Ärzteblatt berichtete, beschloß die Weltgesundheitsorganisation nach der Austrittserklärung der USA erste Sparmaßnahmen. So habe WHO-Chef Tedros Adhanom Ghebreyesus einen weitgehenden Einstellungsstopp angekündigt. Technische Unterstützungsmissionen der WHO sollen zusammengestrichen, Reisekosten reduziert werden. Konferenzen sollen künftig vorwiegend virtuell stattfinden.

Laut "Business Insider" soll der WHO-Austritt jedoch keine Auswirkungen auf den in Berlin angesiedelten "WHO-Hub für Pandemie- und Epidemieaufklärung" haben. Die "Drehscheibe" wurde in Kooperation von WHO, Robert Koch-Institut und der Berliner Charité im September 2021 eingerichtet, um mit Hilfe eines "globalen Datenökosystems" zukünftige Pandemieausbrüche frühzeitig zu erkennen.

Das Wall Street Journal berichtete von einer noch in Arbeit befindlichen Durchführungsverordnung zur Gain-of-Function-Forschung. Diese "umstrittene Forschungsmethode" manipuliert Viren genetisch, damit sie gefährlicher werden. Trumps Dekret sieht eine vorübergehende Aussetzung der Bundesmittel für bestimmte Arten dieser Forschung vor. Damit würde Trump auf eine weltweite Forderung nach einem Stopp eingehen.

So sprachen sich Wissenschaftler unterschiedlicher Fachrichtungen vor drei Jahren in der "Hamburger Erklärung" mit Blick auf SARS-artige Corona- sowie Vogelgrippeviren für eine Beendigung der "Gain-of-function-Forschung" an Krankheitserregern mit weltweitem Pandemie-Potential aus. Laut Wall Street Journal könnten einige Erreger wie das H5N1-Vogelgrippevirus von Trumps geplantem Verbot jedoch ausgenommen werden.

In einer weiteren Durchführungsverordnung hob Trump ein Dekret zur Regulierung Künstlicher Intelligenz (KI) auf. KI-Entwickler sollen mehr Freiraum erhalten. Kurz darauf gab der neue US-Präsident das KI-Projekt "Stargate" bekannt. Dabei handelt es sich um ein 500 Milliarden Dollar schweres Förderprogramm aus dem Weißen Haus. Laut "CBS News" geht es unter anderem darum, einen Impfstoff gegen Krebs zu entwickeln.

"Man kann eine Krebsfrüherkennung mit einem Bluttest durchführen und mit Hilfe von KI den Bluttest auswerten, um den Krebs zu finden", wird Larry Ellison, Gründer des US-Softwarekonzerns "Oracle", zitiert. Mithilfe von KI könne dann ein mRNA-Impfstoff innerhalb von 48 Stunden durch Roboter hergestellt werden.

Ende vergangener Woche hob Donald Trump den Personenschutz für den ehemaligen Corona-Berater der US-Regierung, Anthony Fauci, auf. Der Personenschutz durch den Secret Ser-

vice sei "kein Privileg auf Lebenszeit", erklärte der US-Präsident. Fauci war durch Trumps Vorgänger Joe Biden unmittelbar vor Ende von dessen Amtszeit vorsorglich begnadigt worden.
Die Begnadigung bezieht sich auf "jegliche Verbrechen gegen die Vereinigten Staaten", die Fauci im Zeitraum vom 1. Januar 2014 bis 19. Januar 2025 "begangen oder an denen er teilgenommen hat" und die sich aus seinem Dienst als Direktor des National Institute of Allergy and Infectious Diseases (NIAID), als Präsidentenberater oder als Mitglied verschiedener COVID-19-Arbeitsgruppen der Regierung "ergeben oder in irgendeiner Weise damit zusammenhängen".<<

30.01.2025

BRD: Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 30. Januar 2025 (x1.470/…): >>**Rest-Ampel befördert Regierungsbeamte: Am 23. Februar diese Abgehobenheit abwählen!**
Sie schieben nicht ab, sie machen ihre Arbeit nicht, sie schützen unsere Kinder nicht vor eingewanderten Messerstechern und Vergewaltigern - doch zum Abkassieren und Bereichern haben sie immer Zeit und Energie.
Seit dem Auseinanderbrechen der Ampel-Regierung im November vergangenen Jahres hat die Rest-Ampel aus SPD und Grünen innerhalb von nur zwei Monaten 90 Regierungsbeamte befördert. Allein im Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wurden 26 Beamte von der Gehaltsstufe A 15 in die Besoldungsgruppe A 16 befördert - das bedeutet ein Gehalt von bis zu 8716 Euro brutto.
Die kurz vor der Bundestagwahl durchgesetzten Beförderungen, von denen das eigene politische Umfeld profitiert, haben einen faden Beigeschmack. Es bestätigt sich einmal mehr das Bild, daß die etablierten Parteien nur noch am Posten- und Machterhalt interessiert sind.
Der immer noch aufgeblähte Bundestag, die ständigen unangemessenen Diätenerhöhungen, der Luxus-Umbau des Kanzleramts und der viel zu große Regierungsapparat mit mehr als 22.000 Regierungsbeamten zeugen von einer Mentalität der Selbstbedienung. Dabei zeigt das Beispiel USA, daß es auch anders geht: Schon am ersten Tag seiner Amtszeit hat US-Präsident Donald Trump einen Einstellungsstopp für Bundesbehörden verhängt. Was für ein Kontrast!
Auch unser Land braucht dringend eine Verschlankung der Ministerien. Vor allem müssen aber die Chefs dieser Ministerien aus ihren Ämtern wieder herausgewählt werden - denn kein einziger Ampel-Minister ist auch nur ansatzweise seinem Amtseid gerecht geworden. Am 23. Februar haben die Bürger die Möglichkeit, die Abgehobenheit von CDU und Ampel-Parteien abzuwählen!<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 30. Januar 2025 (x1.471/…): >>**Wer noch fehlte: Angela Merkel (CDU) rügt Merz wegen "falscher" Mehrheit mit AfD-Stimmen**
Auch die frühere Masseneinwanderungskanzlerin Angela Merkel (CDU) hat sich in die Migrationsdebatte eingeschaltet. Die innerparteilich noch immer einflußreiche "heimliche CDU-Vorsitzende" kritisiert Unions-Kanzlerkandidat Friedrich Merz (CDU) scharf für dessen Entscheidung, im Deutschen Bundestag mit der AfD zu stimmen.
In einer schriftlichen Erklärung betont die mit der Annullierung von demokratischen Wahlen, Stichwort Thüringen, erfahrene Ex-Kanzlerin, daß das Abstimmungsverhalten der Union im Widerspruch zu einer von Merz im November formulierten Vereinbarung stehe. Merz habe damals zugesichert, keine Mehrheiten im Parlament herbeiführen zu wollen, die nur mit der AfD zustande kommen.
"Dieser Vorschlag und die mit ihm verbundene Haltung waren Ausdruck großer staatspolitischer Verantwortung, die ich vollumfänglich unterstütze", erklärte Merkel und griff ihren Erz-

rivalen frontal an: "Für falsch halte ich es, sich nicht mehr an diesen Vorschlag gebunden zu fühlen und dadurch am 29. Januar 2025 sehenden Auges erstmalig bei einer Abstimmung im Deutschen Bundestag eine Mehrheit mit den Stimmen der AfD zu ermöglichen."<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 30. Januar 2025 (x1.473/…): >>**Nach Abstimmung mit AfD: Merkel übt scharfe Kritik an Merz**

In einer seltenen Erklärung hat die ehemalige Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) das erstmalige gemeinsame Votum von Union und FDP mit der AfD kritisiert. Sie halte es für falsch, "sehenden Auges erstmalig bei einer Abstimmung im Deutschen Bundestag eine Mehrheit mit den Stimmen der AfD zu ermöglichen", schrieb Merkel am Donnerstag auf ihrer Homepage.

Die Bundeskanzlerin a.D. erinnerte zunächst daran, daß der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Kanzlerkandidat von CDU und CSU, Friedrich Merz, in seiner Rede am 13. November 2024 erklärt hatte, daß er mit SPD und Grünen vereinbaren will, "daß wir nur die Entscheidungen auf die Tagesordnung des Plenums setzen, über die wir uns zuvor mit Ihnen von der SPD und den Grünen in der Sache geeinigt haben, so daß weder bei der Bestimmung der Tagesordnung noch bei den Abstimmungen in der Sache hier im Haus auch nur ein einziges Mal eine zufällige oder tatsächlich herbeigeführte Mehrheit mit denen da von der AfD zustande kommt".

Diese Verabredung wolle er ausdrücklich vorschlagen, hieß es in der Rede von Merz. "Denn das hätten diese Damen und Herren von rechts außen doch gerne, daß sie plötzlich die Mehrheiten besorgen, und sei es mit Ihnen von den beiden Minderheitsfraktionen bei der Bestimmung der Tagesordnung. Wir wollen das nicht", zitiert Merkel ihren Nachfolger an der Spitze der CDU. Dieser - nun gebrochene - Vorschlag "und die mit ihm verbundene Haltung waren Ausdruck großer staatspolitischer Verantwortung, die ich vollumfänglich unterstütze", erklärte Merkel.

"Für falsch halte ich es, sich nicht mehr an diesen Vorschlag gebunden zu fühlen und dadurch am 29. Januar 2025 sehenden Auges erstmalig bei einer Abstimmung im Deutschen Bundestag eine Mehrheit mit den Stimmen der AfD zu ermöglichen."

Die Ex-Kanzlerin mahnte eine Rückkehr zu einem anderen Umgangston und sachlichen europarechtskonformen Vorschlägen an. "Statt dessen ist es erforderlich, daß alle demokratischen Parteien gemeinsam über parteipolitische Grenzen hinweg, nicht als taktische Manöver, sondern in der Sache redlich, im Ton maßvoll und auf der Grundlage geltenden europäischen Rechts, alles tun, um so schreckliche Attentate wie zuletzt kurz vor Weihnachten in Magdeburg und vor wenigen Tagen in Aschaffenburg in Zukunft verhindern zu können", so Merkel.<<

Das deutsche Multipolar-Magazin berichtet am 30. Januar 2025 (x1.474/…): >>**Corona-Aufarbeitung als Demokratisierung**

Herausgegeben von Stefan Korinth und Paul Schreyer

Nach dem Bundespräsidenten haben nun auch einstige Hardliner wie Karl Lauterbach und Katrin Göring-Eckardt ihren Willen zu einer dringlichen Aufarbeitung der Corona-Zeit bekundet. Der Wind dreht sich. Doch zentrale Kommissionen reichen nicht aus. Die Aufarbeitung muß vor Ort geschehen - darin liegt auch die Chance für eine überfällige Demokratisierung des Landes.

PAUL SCHREYER

Die Demokratie, so heißt es, ist in Gefahr. Überall und unablässig wird zu ihrem Schutz aufgerufen, gegen Feinde von außen wie innen, Populisten, Autokraten, aber auch Bürger, die demokratisch gewählte Politiker beschimpften, alles Etablierte in Frage stellten. Gefährlich sei das. Diese Besorgnis, mal hilflos verzagt, mal kampflustig vorgetragen, wirkt einerseits ehrlich. Andererseits scheint sie vor allem eine Sorge um die Akzeptanz der Regierung zu sein,

deren ungestörtes Wirken gleichgesetzt wird mit eben diesem Wort: Demokratie.
Ein Widerspruch scheint auf. Existierte sie tatsächlich, die Demokratie, müßte kaum Sorge um sie bestehen, da jeder Unmut einer Mehrheit ja rasch zu politischen Entscheidungen führte, die für mehr Zufriedenheit sorgten. Wer ist schon ernsthaft gegen ein System, das die Wünsche der breiten Masse ernst nimmt und das auch die Interessen von Minderheiten, wo immer sie politisch stehen, nicht arrogant übergeht, sondern einen verträglichen Ausgleich für alle zu finden versucht - eben Demokratie?
Die unerfreuliche Erklärung für diesen Widerspruch ist so schlicht, daß es fast peinlich erscheint sie auszusprechen: Demokratie existiert in Deutschland und anderswo nur in Bruchstücken, viel wirksamer zu allen Zeiten und stabil bis heute ist die Oligarchie, Herrschaft der Wenigen, zumeist der (Einfluß-)Reichen, mit vereinzelten demokratischen Einsprengseln und Mitbestimmungsrechten, hier und da in Revolutionen erkämpft, die letzte vor 107 Jahren. Das ist lange her.
Daß politische Beschlüsse heute nahezu ausschließlich den Vorstellungen derjenigen folgen, die kraft ihrer Vermögen oder persönlichen Netzwerke privilegierten Zugang haben zu den Kreisen, in denen Entscheidungen vorbereitet und vielfach auch getroffen werden, ist leider keine abseitige These, sondern durch Studien - in Deutschland sogar sehr gründlich im Regierungsauftrag verfaßt - belegt, und zwar in einer für Demokraten beschämend klaren Weise, seit Jahren schon. Was Arme und Mittelschicht wollen, ob nun in Deutschland oder zum Beispiel auch in den USA, zählt nicht. Sie haben nichts zu sagen, können wählen wen sie wollen. Ihr Einfluß liegt konstant bei Null.
Die "Demokratieverteidiger" blenden das aus, behelfen sich mit Umdeutungen. Demokratie wird nicht, der Wortbedeutung folgend, als Regierung durch das Volk begriffen, auch nicht als Vollzug des Mehrheitswillens, neuerdings nicht einmal mehr als lauter, heftiger Meinungsstreit - sondern als die mal freundliche, mal strenge Kunst, die Massen zu lenken. Zu ihrem besten natürlich. Denn den Massen, ungebildet, leicht verführbar, sei nun mal nicht zu trauen, sie bedürften der zielstrebigen Anleitung durch die Klügsten und Moralischsten.

Verschärfte Lenkung und Vormundschaft

Mit Corona hat sich dies alles verschärft, das Lenken und die angemaßte Vormundschaft. Es entschied die "Ministerpräsidentenkonferenz", ein Konstrukt abseits der Verfassung, das konsequent auch gar keine Protokolle mehr führte, und in dem Ideen aufploppten und durchgewunken wurden, deren Herkunft und Quelle in vielen Fällen schleierhaft bleibt. Es waren radikale, oft absurde Ideen - Lockdown, FFP2-Maskenpflicht, 2G-Gesellschaftsspaltung, Nötigung zur Injektion experimenteller Präparate - die Millionen Menschen schädigten, häufig schwer. Regiert wurde von dieser informellen Versammlung der Landesfürsten nach Gutsherrenart, so deutlich, wie lange nicht mehr.
Mußte das so sein, weil eine akute Gesundheitsgefährdung die Regierung dazu zwang? Dazu gehen die Ansichten auseinander und die Frage ist so wesentlich, daß eine Aufarbeitung der Coronazeit schon allein deshalb unvermeidlich sein dürfte, um sie befriedend zu klären. Nötig wäre es, sich um eine Faktengrundlage zu bemühen, auf die sich beide Seiten des Streits - Maßnahmenverteidiger und -kritiker - einigen können. Solange jeder in seiner Faktenblase verharrt, bleibt eine Versöhnung schwer denkbar.
Konkret heißt das: Welche Gefahr war im März 2020 wirklich meßbar und nicht lediglich prognostizierbar? Wer sorgte dafür, daß die Idee zu einem Lockdown im Februar 2020 die Bundesregierung erreichte? Wie viele Coronatote seither sind belegbar? Wie viele Fälle Impfgeschädigter schlummern in den Datenbanken der Krankenkassen, deren Auswertung das Paul-Ehrlich-Institut seit Jahren verschleppt? Welches Schadpotential haben die mRNA-Präparate tatsächlich und wann genau wußten die verantwortlichen Behörden davon? Eine gemeinsame Faktengrundlage zu all diesen Fragen existiert nicht, sie sollte miteinander aus-

verhandelt werden, in einem gründlichen, langwierigen, offenen Dialog, der alle wissenschaftlichen Erkenntnisse einbezieht, auch die unbequemen.
In der Verweigerung eines solchen Dialoges liegt letztlich schon ein halbes Schuldeingeständnis: Man ahnt im Unrecht zu sein oder scheut ganz einfach aus Bequemlichkeit die Auseinandersetzung und will deshalb lieber "nach vorn schauen". "Keine Fehlerdiskussion, Genossen", mahnte Walter Ulbricht 1956, als es mit der Entstalinisierung im Ostblock begann. Gemeint war: Bitte jetzt keine Selbstkritik, die schwächt uns nur. Egon Krenz kommentierte dazu kürzlich mit Blick auf die DDR-Regierung: "Von den negativen Folgen dieser Aufforderung haben wir uns nie erholt."
Sind es solche Einsichten die Frank-Walter Steinmeier nun plötzlich, am 25. Januar 2025, eine Corona-Aufarbeitung fordern lassen? "Es eilt", so der Bundespräsident, und er werde diese Aufarbeitung, "wenn eine neue Regierung und ein neuer Bundestag sich dieser Aufgabe tatsächlich nicht widmen sollten", umgehend selbst in die Wege leiten. Man staunt und erinnert sich an Steinmeiers markige Worte aus der Coronazeit: "Diejenigen, die sich nicht impfen lassen, gefährden uns alle." Das war sie, die gezielte und mutwillige Spaltung der Gesellschaft.
Ist es nun der frische Wind, der aus den USA weht, dem vormaligen Zentrum des Geschehens, von wo all die guten Ratschläge und Ideen ("Lockdown") kamen, wo jetzt aber die "Schwurbler" regieren - und dabei doch die engen transatlantischen Partner bleiben müssen? Keine Frage, diese Schwierigkeit erfordert Anpassungsfähigkeit. Am schnellsten reagierte Karl Lauterbach. Kaum war Steinmeiers Forderung in der Welt, schloß er sich an.
"Zügig" müsse es jetzt gehen mit der Aufarbeitung, so der Herr des Ministeriums, das über Jahre mit Hilfe einer teuren Großkanzlei die RKI-Protokolle geheim halten wollte. Katrin Göring-Eckart, eine weitere Corona-Hardlinerin plädierte am Folgetag engagiert für eine "ungeschönte Aufarbeitung, ohne weitere Spaltung herbeizureden". Als sei diese Spaltung eine Phantasie.

Aufarbeitung vor Ort: Chance zur Demokratisierung

Dennoch: In der Krise der kaum vorhandenen Demokratie führt die Möglichkeit einer Corona-Aufarbeitung zu einer Chance, wie es sie lange nicht gab. Eine Aufarbeitung ist eben nicht einfach der störende Versuch schlechtgelaunter Maßnahmenopfer nachträglich zu ihrem Recht zu kommen, es ist auch kein rückwärtsgewandtes Lamentieren.
In einer Aufarbeitung, so sie denn dezentral an vielen Orten der Republik - in Städten, Gemeinden, Gesundheitsämtern, Krankenhäusern, Schulen und Universitäten - stattfindet, nicht verordnet von oben, sondern als freie Initiativen von Bürgern an der Basis, liegt ein vielseitig nutzbares Werkzeug zur Demokratisierung. Bürger debattieren und entscheiden vor Ort in eigener Verantwortung, was sie wollen und was sie so nie wieder erleben - oder besser: hilflos erleiden - wollen. Deshalb reicht für diese Aufarbeitung auch keine zentrale Instanz, sie muß dezentral vor Ort geschehen. Auch wenn die Widerstände, wie zuletzt in Wolfsburg, groß bleiben.
Wo Bürger sich selbst zur Aufarbeitung ermächtigen und die Verantwortlichen vor Ort zum Gespräch einladen, auf Augenhöhe, mit gegenseitigem Respekt, da kann, bestenfalls, etwas wachsen, was tatsächlich in Richtung einer Demokratie geht, wie sie bislang nur in Ansätzen real existiert. Mühsam wird es sein und lange wird es dauern. Doch das Thema hat das Potential, genügend Menschen zu beteiligen. Zu viele sind geschädigt worden und werden das nicht vergessen.
Ausgangspunkt könnten moderierte öffentliche Podiumsdiskussionen sein. Anzufragende Teilnehmer wären Bürgermeister, Vertreter des Gesundheitsamtes (denn diese wurden vom Robert Koch-Institut getäuscht und sollten zukünftig als Verbündete vor Ort gewonnen werden, verpflichtet vor allem den Bürgern), Vertreter der Ärzteschaft sowie Vertreter von Kriti-

kern der Maßnahmen, insbesondere in Berufen mit allgemeiner Verantwortung, wie kritische Lehrer, kritische Ärzte, kritische Staatsanwälte. Schließlich: Kritiker und Befürworter der Maßnahmen sollten zahlenmäßig ausgeglichen auf dem Podium vertreten sein. Ein solcher Dialog, einmal begonnen, könnte dann verstetigt werden.
Als die Corona-Demos im Dezember 2021 überall in Deutschland begannen, als Reaktion auf die angedrohte Impfpflicht, und als dann im Januar 2022 Woche für Woche mehr als 300.000 Menschen auf die Straße gingen, war dieses demokratische Potential schon einmal greifbar. In Hamburg und anderswo liefen die Bürger damals hinter einem großen Transparent mit der Aufschrift: "Es endet nicht, wenn wir es nicht beenden". In diesem Sinne kann es nun heißen: wirkliche Demokratie beginnt nicht, wenn wir sie nicht beginnen. Mit einer Aufarbeitung. Von unten.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 30. Januar 2025 (x1.472/…): >>**"Wir sind ohnmächtig": Landkreis muß wegen Überwachung eines einzigen Afghanen 40.000 Euro im Monat zahlen**
Der Landkreis Bad Kreuznach gibt monatlich 40.000 Euro für die Bewachung eines aggressiven afghanischen Asylbewerbers aus. Der Asylantrag des Mannes wurde bereits abgelehnt.
Jonas Aston
Zur Überwachung eines einzigen Afghanen muß Bad Kreuznach monatlich 40.000 Euro zahlen
Wegen eines einzigen afghanischen Asylbewerbers muß der Landkreis Bad Kreuznach zu Sicherheitszwecken erhebliche monatliche Kosten aufbringen. Um den Afghanen zu überwachen und die Öffentlichkeit vor ihm zu schützen, zahlt die Kommune monatlich 40.000 Euro an einen privaten Sicherheitsdienstleister. Gegenüber dem SWR erklärt Bürgermeister Markus Lüttger (CDU): "Der junge Mann ist in der Wohngemeinschaft mit einem Stock auf seine Mitbewohner losgegangen, hat Porzellan kaputtgeschlagen und Scheiben eingeworfen."
Der Afghane soll andere Gläubige mit religiös motivierten Einschüchterungen unter Druck gesetzt haben. Er warf ihnen vor, ihren Glauben nicht streng genug zu praktizieren. Auch Landrätin Bettina Dickes (CDU) zeigt sich wegen des problematischen Auftretens des Asylbewerbers alarmiert. Sie erklärt: "Es kann nicht sein, daß nach Gewalttaten von Flüchtlingen immer gefragt wird, warum die Behörden nichts getan haben. Hier wollen wir was tun und können es nicht. Wir sind ohnmächtig."
Bereits im letzten Jahr forderte sie die rheinland-pfälzische Landesregierung zum Handeln auf und wollte eine Abschiebung des Mannes erwirken. Die Landesregierung bestätigte in einem Schreiben vom Januar die Bedenken bezüglich des Mannes, betonte jedoch, daß Entscheidungen über Abschiebungen nach Afghanistan in den Zuständigkeitsbereich der Bundesregierung fallen würden. Man selbst würde "stets alle Möglichkeiten, Straftäter und Gefährder, wenn dies rechtlich möglich ist, in ihre Herkunftsstaaten zurückzuführen" ausschöpfen.
Das Bundesinnenministerium unter Leitung von Nancy Faeser (SPD) steht nun vor der Entscheidung über das weitere Vorgehen in diesem Fall. Der betreffende Afghane, dessen Asylantrag rechtskräftig abgewiesen wurde, hält sich seit 2023 im Landkreis auf. Eine psychiatrische Unterbringung wurde nach ärztlicher Begutachtung als nicht notwendig erachtet.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 30. Januar 2025 (x1.468/…): >>**"Remigration ist das Gebot der Stunde"**
Von *COMPACT Redaktion*
Dieser Artikel erschien im COMPACT-Spezial 41: "AfD". Erklärung der AfD-Landesvorsitzenden. In einer gemeinsamen Erklärung bekräftigten die Fraktionsvorsitzenden der Ost-AfD die Notwendigkeit der Rückführung illegal Zugewanderter: "Dafür werden wir nach der Regierungsübernahme sorgen."
"Remigration" ist zum "Unwort des Jahres" gekürt worden. Dieser Titel wird durch eine Jury

vergeben, der in diesem Jahr der CDU-Funktionär Ruprecht Polenz als Gastjuror angehört. Diese Jury spielt sich seit 30 Jahren als Sprachpolizei auf und will die öffentliche Debatte im Sinne ihrer antideutschen Ideologie lenken.
Denn: Wer Sprachtabus errichtet, will den Bürgern den Mund verbieten. Wer einen Begriff zum Unwort erklärt, will den Inhalt und den Urheber des Begriffes diffamieren. Wer Worte verbietet, will verhindern, daß die Probleme gelöst werden, die mit diesen Worten beschrieben werden.
"Deutschland muß wieder deutscher werden."
Remigration ist kein Unwort. Remigration bedeutet Rückwanderung. Remigration ist nichts Neues: Bereits Helmut Kohl (CDU) wollte Anfang der 1980er Jahre die Zahl der Türken in Deutschland halbieren.
Remigration ist nicht verboten oder anstößig, sondern im nationalen Interesse Deutschlands. Remi-gration meint die Umkehr der Migrationsströme, die gegenwärtig ungehemmt in Richtung Deutschland fließen. Das Resultat: Ende 2022 lebten rund 13,4 Millionen Ausländer in Deutschland, 2023 wurden in Deutschland mehr als 350.000 Erstanträge auf Asyl gestellt.
Trotz der Einwanderung von Millionen Migranten ist der Fachkräftemangel so groß wie nie zuvor. Einwanderung löst keines unserer Probleme, sondern verstärkt sie. Laut Prof. Bernd Raffelhüschen wären "Deutschlands Wohlstand, unsere soziale Sicherheit OHNE Zuwanderung besser gesichert als mit der klügsten Migrations-Politik" (Bild, 10.1.2024).
Wir, die Fraktionsvorsitzenden Ost, erklären: Remigration ist das Gebot der Stunde. Die Sozialmigration nach Deutschland muß beendet und rückabgewickelt werden. Dafür werden wir nach der Regierungsübernahme sorgen.
Wir werden Recht und Gesetz anwenden, die Grenzen schützen und Deutschland vor weiterer Sozialmigration bewahren.
Wir werden eine großangelegte Rückführungsinitiative für illegale Einwanderer planen und durchführen.
Wir werden sämtliche Anreize minimieren, die Deutschland zum Magneten für illegale Einwanderung gemacht haben.
Wir werden das Staatsangehörigkeitsrecht, welches bis zum Jahr 2000 galt, wiederherstellen.
Wir werden Maßnahmen ergreifen, um den Assimilationsdruck auf nichtintegrierte Ausländer zu erhöhen.
Wir werden Anreize schaffen, um nichtintegrierten Migranten die Heimkehr zu ermöglichen.
Eine für die Funktionsfähigkeit unserer Demokratie und unserer Wirtschaft katastrophale Entwicklung zu stoppen, die Jahrzehnte von den Kartellparteien zugelassen wurde, und ihre Schäden zu beseitigen, wird Jahrzehnte brauchen.
Das wissen wir. Aber wir werden beginnen, sobald wir in Regierungsverantwortung stehen. Deutschland muß wieder deutscher werden. "
_Gemeinsame Erklärung vom 16. Januar 2024 von Dr. Hans-Christoph Berndt (Vorsitzender der AfD-Fraktion im Landtag Brandenburg); Björn Höcke (Vorsitzender der AfD-Fraktion im Landtag Thüringen); Oliver Kirchner (Vorsitzender der AfD-Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt); Nikolaus Kramer (Vorsitzender der AfD-Fraktion im Landtag Mecklenburg-Vorpommern); Ulrich Siegmund (Vorsitzender der AfD-Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt); Jörg Urban (Vorsitzender der AfD-Fraktion im Landtag Sachsen).
Dieser Artikel erschien im COMPACT-Spezial 41: "AfD".<<
Schweden: Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 30. Januar 2025 (x1.472/…): >>**Koran-Verbrennung**
Islamkritiker Salwan Momika in seinem Haus in Schweden erschossen
Der christliche Islamkritiker Salwan Momika wurde am Donnerstag erschossen. Mehrere Männer sollen in sein Haus eingedrungen sein, während er live auf TikTok streamte. Bekannt

wurde Momika durch seine Koranverbrennungen.
Boris Cherny
Am Donnerstagmorgen wurde der Islamkritiker Salwan Momika durch mehrere Schüsse in seiner Wohnung in Schweden getötet, wie lokale Behörden bestätigen. Der Körper von Momika wurde am Donnerstagmorgen in einem Vorort der Hauptstadt Stockholm gefunden. Kurz vor seiner Erschießung hatte Momika einen Livestream auf TikTok gestartet. Berichten zufolge, soll die Erschießung dadurch live übertragen worden sein, bestätigt werden konnte das jedoch bislang nicht. Die schwedische Polizei geht davon aus, daß mehrere Männer in das Haus des Islamkritikers eingedrungen waren.
Noch am Donnerstag sollte ein Gericht in einem Prozeß gegen Momika entscheiden. Aufgrund seiner Koran-Verbrennungen wurde ihm und anderen "Anstiftung zu rassistischem Haß" vorgeworfen. Der Urteilsspruch wurde nun von einem Stockholmer Gericht verschoben, die Begründung ist, daß einer der Angeklagten gestorben sei.
Momika hatte mit seinen Koran-Verbrennungen weltweite Bekanntheit erlangt. Der assyrische Christ war seit Jahren einer der wichtigsten Anti-Islam-Aktivisten in Schweden. 2017 war er aus dem Irak nach Europa geflüchtet, in seiner Heimat wurde er politisch verfolgt, etwa durch den Islamischen Staat.
In der islamischen Welt sorgten seine Videos der Protestaktionen für Empörung. Nach einer Koran-Verbrennung im Jahr 2023 hatte der Assyrer eine kleine diplomatische Krise ausgelöst: Die Türkei weigerte sich aufgrund von Momikas Aktion, eine Zeit lang die Aufnahme Schwedens in die NATO zu ratifizieren.
In anderen islamischen Ländern, etwa dem Irak, dem Iran und Pakistan, demonstrierten Tausende Muslime gegen die Verbrennungen, und das teilweise gewaltsam. Im Juli 2023 stürmte ein wütender Mob in Bagdad die schwedische Botschaft. Die irakische Regierung drohte unterdessen mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Schweden.
Der Regierung wurde von den Muslimen vorgeworfen, die Aktionen zuzulassen. Schwedische Behörden ließen die Verbrennungen mit dem Verweis auf Meinungsfreiheit zu. Erst später wurde Momika deswegen angezeigt. Aufgrund der laufenden Prozesse und der akuten Gefahr für sein Leben - der Islamkritiker trug etwa immer eine schußsichere Weste - wollte er Asyl in den USA suchen.<<

31.01.2025

BRD: Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 06/25" berichtet am 31. Januar 2025 (x1.476/…): >>**Lichter gegen Rechtsruck**

Völlig verblendet

Thorsten Hinz

Kann eine neue Welle des Protests entstehen?", fragte erwartungsvoll Tagesschau online anläßlich des "Lichtermeers gegen den Rechtsruck". Dazu aufgerufen hatten die grünaffine Kampagnenorganisation "Campact", die Bewegung "Fridays for Future" sowie die "Eltern gegen Rechts", eine "Selbsthilfegruppe von Eltern rechtsextrem orientierter Söhne und Töchter". Mit einem Anflug von Wehmut erinnerte der öffentlich-rechtliche Sender an die Großdemonstrationen genau vor einem Jahr, als die Lügengeschichte über die "Wannseekonferenz 2.0" bundesweit Hunderttausende auf die Straßen gebracht hatte.
Die Verbindung aus schierer Masse, wahnhafter Verblendung und in humanitäres Pathos gekleideter Aggressivität hatte den Menschenaufläufen vom Januar 2024 etwas Bedrohliches verliehen. Diesmal wirkten die Kundgebungen fast harmlos, geradezu zombiehaft. Unter verstaubten Parolen hatten Untote sich zwar nicht zum letzten, aber vielleicht zum vorvorletzten Gefecht versammelt.
Die Grünen werden bei den Bundestagswahlen Stimmen und Mandate verlieren. "Fridays for Future" ist ein Auslaufmodell. Und die woken Eltern, welche die Rechtsdrift ihrer Kinder be-

klagen, weigern sich zu begreifen, warum der Nachwuchs seine Zukunft in der multiethnischen Gesellschaft kritischer einschätzt, als Mama und Papa ihm das weisgemacht haben.
Ihr Kampf gegen "Extremismus" ist der Versuch, sich den Blick auf die Wirklichkeit zu ersparen.
Zu den Teilnehmern gehörte die grüne Bundestagsvizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt, die kurz zuvor behauptet hatte, die Migration hätte mit dem Alltag der Menschen "verdammt wenig zu tun". Die Morde von Aschaffenburg gaben darauf die denkbar grausamste Antwort. Das Beispiel zeigt: Unsere Pseudo-Eliten verfügen über keine Erzählung mehr, die mit der Wirklichkeit auch nur ansatzweise kompatibel wäre. Ihr Kampf gegen "Extremismus" ist der Versuch, sich den Blick auf die Wirklichkeit zu ersparen und ihn den Klarsichtigen zu verbieten.
Einige zehntausend tauchten trotzdem in das Lichtermeer der Verblendung ein, aber das "Comeback des Jahres", wie die taz meinte, war das wirklich nicht. Es deutete sich aber auch kein schneller Abschied an. Die Untoten, die sich in Berlin, Köln und anderswo gegenseitig versicherten, weiterhin unter den Lebendigen zu weilen, hatten in der Vergangenheit genügend Zeit und Gelegenheit gehabt, sich in der Etappe einzugraben.
Sie werden sich zu verteidigen wissen: die unfähigen Mandatsträger, die politisierten Behördenchefs, die Asylprofiteure, die steuerfinanzierten Denunzianten. Und da sind die Medien, allen voran die öffentlich-rechtlichen, die auch diesmal kräftig für die Veranstaltung getrommelt hatten. Um gegen diesen Gespensterreigen anzukommen, genügen nicht Myrrhe und Weihrauch. Nötig ist die Kettensäge - mindestens!<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 06/25" berichtet am 31. Januar 2025 (x1.476/…): >>**"Ganz Berlin haßt die AfD!"**
Drohender "Rechtsruck": Wie in anderen Städten demonstrieren am Regierungssitz Tausende gegen eine härtere Einwanderungspolitik
Vincent Steinkohl
Das Brandenburger Tor in Berlins historischer Mitte stehe historisch für den Fackelzug der Nationalsozialisten durch die Säulen des Gebäudes, doziert Campact-Mitgründer Christoph Bautz. Elon Musks erhobener rechter Arm bei der Amtseinführung Donald Trumps vor wenigen Tage sei eine Erinnerung, weltweit gegen Faschismus zu kämpfen, meint er. Denn: "Nie wieder ist jetzt."
Steile Thesen dieser Art gibt es an diesem Tag zuhauf zu hören und zu lesen. Bei milden zwölf Grad kommen unter dem Motto "Wir stehen zusammen! - Demo und Lichtermeer für Demokratie und gegen den Rechtsruck" Menschen zusammen, um zu protestieren. Gegen was eigentlich? Gegen vieles. Den allgemeinen Rechtsruck, die AfD, die Migrationspläne von Friedrich Merz. Gegen Donald Trump und Elon Musk.
Aufgerufen hatte ein Potpourri verschiedener linker bis linksradikaler Organisationen: "Campact", "Fridays for Future", "Eltern gegen Rechts", die Evangelische Kirche und weitere. Eine Rednerin wird sich zum Ende der Veranstaltung bei 100.000 Teilnehmern bedanken. Ein anwesender Polizist schätzt die Menge gegenüber der JUNGEN FREIHEIT auf 30.000 Teilnehmer.
Das Publikum ist urban-gutsituiert. Viele kommen mit ihren Kindern, der Migrantenanteil ist verschwindend gering. Die mitgebrachten Schilder fordern Dinge wie "Keine Macht für Haß von Rechts" und "Haltung statt Spaltung". Rosafarbene Warnwesten weisen die "OrdnerInnen" aus, zusätzlich gibt es ein "Awareness Team", bei dem Demonstrationsteilnehmer vermeintlich rassistische, misogyne und antisemitische Vorfälle melden können. "Ganz Berlin haßt die AfD", heißt es auf dem selbstgemalten Schild eines Teammitglieds.
"Keine Macht für Haß von rechts"
Doch nicht nur die AfD, auch CDU-Chef Merz hat keinen leichten Stand bei den Organisato-

ren. Was er mache - gemeint ist sein Versprechen, die Migrationspolitik "egal mit wem" vom Kopf auf die Füße zu stellen -, sei "zum Schämen". Während "unsere Kinder mit Feuerwehrautos spielen", betreibe Merz "politische Brandstiftung", empört sich eine Rednerin. "Die Forderungen nach weniger Migration schaden allen Kindern", weiß eine andere.
Die Demonstranten werden dazu aufgerufen, eine Online-Petition für ein AfD-Verbot zu unterschreiben. Doch Widerstand gegen den Rechtsruck beschränke sich nicht auf Demonstrationen, betont die Rednerin. Es sei wichtig, den Landtags- und Bundestagsabgeordneten im eigenen Wahlkreis klarzumachen, daß es eine Stimme für sie nur gebe, wenn die Brandmauer zur AfD bestehen bleibe.
Zwischendurch wird immer wieder gesungen: "Wir stehen zusammen Hand in Hand - für die Demokratie in unserem Land." Dann wird es mucksmäuschenstill am Pariser Platz. Ein Redner ruft auf zu einer Schweigeminute für die Opfer und die Hinterbliebenen der Bluttat von Aschaffenburg. In diesem Moment könnte man eine Stecknadel fallen hören.
Nachdem der Moment des Innehaltens verflogen ist, geht die Agenda weiter. "Die Rechten" und Friedrich Merz mißbrauchten den Terror für ihre spalterische Politik, sagt ein Redner. Er und seine Freunde hingegen trauern "mit viel Liebe und Mitgefühl". Schreckliche Einzelfälle dürften nicht dazu führen, daß "Geflüchtete" unter Generalverdacht gestellt werden. "Say it loud, say it clear - Refugees are welcome here" ("Sagt es laut, sagt es klar - Flüchtlinge sind hier willkommen").
Gegen 17.30 Uhr ist es soweit. Luisa Neubauer betritt die Bühne. Unter tosendem Jubel beginnt sie ihre Ansprache. "Sie haben Haß, wir haben Haltung." Internetoligarchen, Rechtspopulisten und Klimaleugner wollen "die Welt in Flammen sehen. Und nichts anderes." Doch "Demokrat…Innen" lassen sich nicht einschüchtern, betont die Klima-Ikone. "Sie wollen Dunkelheit verbreiten, also machen wir das Licht an", ruft Neubauer. Daraufhin erleuchtet ein Lichtermeer aus Mobiltelefonen, Taschenlampen und Kerzen den dunklen Abendhimmel der Hauptstadt.
Sollte Merz seine Anträge auch mit AfD-Stimmen durchsetzen, würden in den nächsten Wochen Hunderttausende in der ganzen Republik für "unsere Demokratie" auf die Straße gehen, verspricht sie ihren Anhängern. Gegen 18 Uhr löst sich die Versammlung langsam auf, und der Pulk trägt seine Schilder, Transparente und Plakate mit "Menschenrechte statt rechte Menschen" wieder ins heimische Domizil.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 06/25" berichtet am 31. Januar 2025 (x1.476/…): >>**Diesen Namen endgültig streichen**
Ende einer Tradition: In Munster wird die letzte Hindenburg-Kaserne der Bundeswehr umbenannt
Christian Vollradt
Die Tage der Hindenburg-Kaserne sind wohl gezählt. Dabei steht keineswegs die Schließung des Standorts im niedersächsischen Munster, gut eine Autostunde von der Landeshauptstadt Hannover entfernt inmitten der Lüneburger Heide gelegen, an. Auch blicken die beiden dort stationierten Verbände, das Artillerielehrbataillon 325 und das Panzergrenadierlehrbataillon 92, keiner ungewissen Zukunft entgegen. Nein, der Name "Hindenburg" ist es, der bald Geschichte sein dürfte in der 15.000-Einwohner-Kleinstadt, dem größten Standort des deutschen Heeres und viertgrößten der gesamten Bundeswehr.
Zur Disposition steht die Benennung der Liegenschaft schon länger. Die meisten anderen nach dem einstigen Generalstabschef und Reichspräsidenten Paul von Hindenburg (1847-1934) benannten militärischen Einrichtungen gehören bereits der Vergangenheit an. Munster ist quasi die letzte Bastion - mutmaßlich auch weil hier ein direkter historischer Bezug zum Namensgeber besteht. Denn Hindenburg war 1893 als Oberst zum Kommandeur des (Oldenburgischen) Infanterieregiments 91 ernannt worden, das in dieser Zeit das sogenannte "Hauptla-

ger" in Munster, den heutigen Truppenübungsplatz Süd, einweihte.

"Gilt heute vielfach als Totengräber der Demokratie"

Vor allem von Linksaußen wurde stets Stimmung gegen die traditionelle Namensgebung gemacht. "Der Name Hindenburg muß endlich weg!" forderte die niedersächsische Linkspartei bereits vor über einem Jahr. Auch die vom pensionierten Lehrer Jakob Knab maßgeblich betriebene "Initiative gegen falsche Glorie" verlangt seit Jahren eine Umbenennung.

In Beiträgen - ob in der Jungen Welt, im Neuen Deutschland oder im linksextremen Magazin Antifa, herausgegeben von der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN-BDA) führen Knab und seine Mitstreiter als Argumente gegen Hindenburg stets dessen angebliche Verantwortung für Kriegsverbrechen im Ersten Weltkrieg ins Feld, vor allem aber seine Rolle als "Steigbügelhalter der Nationalsozialisten".

Der Linken-Bundestagsabgeordnete Jan Korte hatte im Herbst 2023 die Bundesregierung gefragt, ob Paul von Hindenburg "nach wie vor für die Bundeswehr als traditionsstiftend" gelte. Die Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin im Bundesverteidigungsministerium, Siemtje Möller, entsprach seinerzeit noch einem "Jein": Als Reichspräsident sei Hindenburg auch von den "demokratischen Kräften der sogenannten Weimarer Koalition" unterstützt worden.

"In seine erste Präsidentschaft fällt die Stabilisierung der ersten Demokratie auf deutschem Boden. Hindenburg hat sich dabei stets strikt an die Verfassung gehalten", betonte das Ministerium. Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges habe er die "Dolchstoßlegende" befördert, anders als Erich Ludendorff aber keine antidemokratischen Strömungen gefördert.

Taten und Leistungen einer Person, so die Staatssekretärin, müßten im Einzelfall sorgfältig abgewogen werden. "Für Paul von Hindenburg ist dies seine Amtsführung als direkt gewähltes Staatsoberhaupt der ersten deutschen parlamentarischen Demokratie und sein auf Einhaltung der verfassungsmäßigen Ordnung ausgerichtetes Handeln."

Doch seien "Traditionsstiftung und Traditionspflege dynamisches und niemals abgeschlossenes Handeln" und würden auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse bewertet werden. Daher könne es "auch zu einer Umbenennung der in Rede stehenden, bisher nach Paul von Hindenburg benannten Liegenschaft führen".

Dieser Punkt ist nun offensichtlich erreicht. "Jüngere Forschungen haben Hindenburg aufgrund seiner Rolle bei der Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933 in ein anderes Licht gerückt, so daß er in der Öffentlichkeit heutzutage vielfach als 'Totengräber der Demokratie' gilt", heißt es nun in einem aktuellen Aufsatz eines Mitarbeiters des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw). Seit dem Herbst vergangenen Jahres befinde man sich daher in Munster "in einem Umbenennungsprozeß".

Zwei Ziele sollen Kasernennamen heutzutage in der Bundeswehr erfüllen: erstens eine Art Aushängeschild der Truppe für die Öffentlichkeit vor Ort sein, zweitens als Teil der Traditionspflege "die emotionale Bindung der Bundeswehrangehörigen an ihren Standort stärken". Dabei gilt die klare Vorgabe, daß die Namen "im Einklang mit den wertegebundenen Anforderungen des "Traditionserlasses" von 2018 stehen müssen" (JF 33/24). Und der schreibt vor, daß Tradition und Identität der Bundeswehr "jene Teile ausschließen, die unvereinbar mit den Werten unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung sind".

Ein Sprecher des Heeres bestätigte der JUNGEN FREIHEIT: "Die Hindenburg-Kaserne in Munster soll nach Unteroffizier Friederike Krüger benannt werden" (siehe Kasten). Und weiter: "Die Initiative für Umbenennung und die künftige Namensgeberin ging von der in Munster stationierten Truppe aus." Das allerdings steht im Widerspruch zur Antwort des Bundesverteidigungsministeriums (BMVg) auf eine Anfrage der Jungen Freiheit: "Konkrete Namensvorschläge entstehen grundsätzlich 'aus der Truppe heraus'.

Das heißt, der Vorschlag eines Namens kommt vom Hauptnutzer der jeweiligen Liegen-

schaft", teilte eine Sprecherin mit. Aber: "Im vorliegenden Fall wurde der Prozeß der Umbenennung jedoch durch das BMVg angestoßen." Ausschlaggebend war demnach ein vom Ministerium in Auftrag gegebenes Gutachten des ZMSBw, das zum Ergebnis kam, Hindenburg sei im Sinne der gültigen Richtlinien "nicht mehr als traditionswürdig für die Bundeswehr einzustufen".

Die Auswahl und Erstbewertung geeigneter neuer Namensvorschläge habe dann der Truppe vor Ort oblegen, unterstützt durch die fachliche Expertise der Militärhistoriker. "Derzeit sprechen keine Gründe dagegen, den vorgelegten Vorschlag weiterzuverfolgen", so die Ministeriumssprecherin. "Die abschließende Genehmigung des neuen Liegenschaftsnamens obliegt dann dem Bundesminister der Verteidigung." Wer auch immer das demnächst sein - oder bleiben - wird: Es spricht wenig dafür. daß sich an der geplanten Namensänderung noch etwas ändert.

Paul von Hindenburg

In den dreißiger Jahren wurden zahlreiche Kasernen nach dem 1934 verstorbenen Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg benannt. Seit dem Sieg in der Schlacht bei Tannenberg 1914 genoß er großes Ansehen in Deutschland. Die Bundeswehr übernahm in den fünfziger Jahren diese Tradition, da Hindenburg sowohl für militärische Leistungen, als auch für eine verfassungskonforme Amtsausübung als Präsident der Weimarer Republik stand.

Die meisten Hindenburg-Kasernen sind mittlerweile Geschichte, meistens weil die Standorte im Zuge der massiven Truppenreduzierungen seit den neunziger Jahren geschlossen wurden. Dies gilt beispielsweise für Oldenburg, Ulm, Neumünster und Kassel. In Tübingen war die einstige Hindenburg-Kaserne nach 1945 französische Garnison geworden (Quartier Desazares de Montgailhard). Nach dem Abzug 1991 war dennoch bei Planungen stets von der Hindenburg-Kaserne die Rede. 2012 beschloß dann der Stadtrat, daß diese Bezeichnung nicht mehr verwendet werden soll. (vo)

Friederike Krüger

Im April 1813 zog die 19jährige Dienstmagd Friederike Krüger aus Mecklenburg als Mann unter dem Namen August Lübeck verkleidet freiwillig mit dem Colbergschen Grenadier-Regiment in den Krieg gegen die napoleonischen Besatzer. Bereits in der Schlacht bei Großbeeren flog ihre wahre Identität auf. Geschützt von den Offizieren und mit Erlaubnis König Friedrich Wilhelm III. durfte sie unter ihrem echten Namen weiter dienen.

Nach einer Verwundung wurde sie zum Unteroffizier befördert und für Tapferkeit mit dem Eisernen Kreuz ausgezeichnet. Nach dem Krieg aus der preußischen Armee entlassen, heiratete sie einen Unteroffizier und erhielt nach ihrem Tod 1848 ein Ehrengrab. Bereits 2018 hatte der damalige Parlamentarische Staatssekretär im Verteidigungsministerium Peter Tauber (CDU) in einem Gastbeitrag in der Zeit gefordert, eine Kaserne nach ihr zu benennen. Friederike Krüger sei "in ihrer Bereitschaft, alles für ihr Vaterland einzusetzen und für die Freiheit zu kämpfen, ein Vorbild gewesen". (vo)<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 06/25" berichtet am 31. Januar 2025 (x1.476/…): >>**Grünes Regierungsprogramm für die Bundestagswahl 2025 beschlossen**

Hysterische Phantasten

Ulrich van Suntum

Die Grünen haben voriges Wochenende ihr Bundestagswahlprogramm beschlossen. Und im wesentlichen wollen sie weitermachen wie bisher. Von Verbrennerverbot über Subventionen und Zuschüsse für "klimafreundliche" Investitionen bis hin zu 15 Euro Mindestlohn und dem 49-Euro-Ticket ist alles dabei, was Öko-Sozialisten sich so vorstellen. Neu ist die verrückte Idee einer "globalen Milliardärs-Steuer", mit der sie wohl ihre Elon-Musk-Allergie abreagieren wollen.

Wohin das alles führt, haben drei Jahre Ampel gezeigt: Schlußlicht beim Wachstum, Welt-

meister in Bürokratie und bei den Energiepreisen. Nie hat es in Friedenszeiten eine größere Vernichtung von Kapital und Wohlstand gegeben als unter dieser Schreckensherrschaft. Von wegen "die Sonne schickt keine Rechnung": Glauben diese Leute eigentlich selbst noch an die Märchen, die sie uns erzählen?
Näher liegt der Verdacht, daß die Klimahysterie bewußt geschürt wird, um eine völlig andere Gesellschaftsordnung durchzusetzen. Denn der totalitäre Herrschaftsanspruch der Grünen geht weit über die Wirtschaft hinaus und trägt mittlerweile geradezu maoistische Züge. Die woke Indoktrination beginnt bereits in der Kita und geht nahtlos weiter in den Schulen und Universitäten. Logischerweise findet sie dann ihre Fortsetzung in den Massenmedien, wo ein Großteil der Journalisten grün tickt.
Nur so ist zu erklären, daß ein ökonomischer Dilettant wie Robert Habeck überhaupt Wirtschaftsminister werden konnte. Allein die mediale Rückendeckung erlaubt es ihm, sein zerstörerisches Werk weitgehend ungehindert durchzuziehen.
Und er wird es weiter tun. So sollen nach der Kernkraft auch die fossilen Kraftwerke und die Gasnetze weitgehend verschwinden, bis wir vollständig abhängig von den grünen Flatterenergien sind. Darüber hinaus soll auch der Energieverbrauch insgesamt massiv sinken, selbst wenn er noch so grün ist. Zugleich versprechen die Grünen Wachstum und steigende Einkommen.
Diese Pläne sind so irre, daß sie eigentlich nur noch mit psychiatrischen Fachbegriffen zu beschreiben sind. Schon jetzt gehen die Kosten für den Klimaschutz in die Billionen, ohne den geringsten Effekt auf die Erderwärmung. Selbst die EU beginnt das inzwischen einzusehen, nicht aber die grünen Phantasten. Am 23. Februar sollten wir ihnen die rote Karte zeigen.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 06/25" berichtet am 31. Januar 2025 (x1.476/…): >>**Über Jahrtausende sehr wertbeständig**
Vermögensschutz: Der Goldpreis steigt immer weiter / Aber auch ein sicherer Hafen bei Inflation, Krieg und Krisen?
Dirk Meyer
Vorige Woche ist der Goldpreis auf 2.771 Dollar gestiegen. Die Notierung pro Feinunze (31,1 Gramm) lag damit nur noch knapp unter dem historischen Rekord-Kurs von 2.787 Dollar am 30. Oktober 2024. Marktbeobachter sahen zwei Hauptursachen: die Unsicherheit über die konkrete Handels- und Zollpolitik von Donald Trump und mögliche Zinsentscheidungen der Zentralbanken Fed und EZB. Die Nachfrage nach Gold hat aber schon vor den jüngsten US-Wahlen historische Höchstmarken erreicht. Allein im dritten Quartal 2024 waren es weltweit 1.313 Tonnen (t).
Die größten Goldkäufe entfielen auf die Schmuckherstellung (543 t), Barren und Münzen (269 t), Zentralbanken (186 t), den außerbörslichen Handel (137 t) sowie Investmentfonds (ETF; 95 t) - mit einem Rekordwert von insgesamt über 100 Milliarden Dollar. Der Goldpreis ist seit Jahresbeginn 2024 um ein Drittel (in Euro gerechnet) angestiegen. Galt in der Antike Gold als kraftvolles Symbol für Reichtum, Macht, Prestige und Reinheit, so nennen Privatanleger heute in der Regel zwei Motive: den Inflationsschutz und Gold als Versicherung sowie Krisenwährung. Doch stimmt das überhaupt?
Begrenzte Goldvorkommen und keine geldpolitische Vermehrung
Unter Ertragsgesichtspunkten hat Gold zunächst den Nachteil, daß es keine Zinsen abwirft. Anders herum: Wenn die Marktzinsen anziehen, steigen die Haltekosten in Gestalt entgangener Zinserträge. Das Edelmetall verliert gegenüber Schuldverschreibungen an Attraktivität. Seine Produktion (Förderung, Aufbereitung) verursacht darüber hinaus Kosten.
Doch der Vorteil gegenüber staatlichem Kreditgeld (Dollar, Euro, Franken) und anderen verzinslichen Nominalwerten (Anleihen, Sparbriefe) besteht in dem inneren Wert als Realvermögen. Zudem benötigt Gold keinen Gegenspieler, wie bei Anleihen den verpflichteten Kredit-

nehmer oder bei Aktien das solvente Unternehmen bzw. die Börse, um den Wert zu realisieren.
Weil die Goldvorkommen begrenzt sind, kann es nicht durch eine geldpolitische Vermehrung inflationär entwerten. Wohl auch deshalb genießt Gold den Ruf als Inflationsschutz. Doch wie zwei US-Studien zeigen, läßt sich dies anhand historischer Daten so nicht belegen.
In einer Studie von Amy Arnott, Portfolio-Strategin bei der Analysefirma Morningstar, weisen der Goldpreis und die Inflation in den vergangenen 50 Jahren keinen relevanten statistischen Zusammenhang (Korrelation) auf, so daß es hiernach keine nennenswerte Beziehung zwischen beiden Größen gibt. Die "Inflationsschutz-These" wird hiernach nicht unterstützt. Drei Zeiträume mit hoher Inflation hat Arnott speziell untersucht. In zwei Perioden mit hoher Geldentwertung hat Gold sogar deutlich an Wert verloren.
Zwischen 1980 bis 1984 sank der Goldpreis jährlich im Schnitt um zehn Prozent, obwohl der jährliche Anstieg des Konsumentenpreisindex mit 6,5 Prozent hoch lag. Ähnlich die Periode von 1988 bis 1991: Während die Geldentwertung bei durchschnittlich 4,6 Prozent lag, verloren Anleger in diesem Zeitraum rund 7,6 Prozent an Wert.
Das Finanzmarktportal Seeking Alpha kommt zu ähnlichen Ergebnissen. In dem hier untersuchten Zeitraum von 1978 bis 1995 lag die Inflationsrate mit 127 Prozent über dem Goldpreisanstieg von 71 Prozent. Zwischen 1980 und 2000 weist diese Studie gar einen Anstieg des Konsumentenpreisindex um etwa 120 Prozent auf, während der Goldkurs 43 Prozent niedriger notierte.
Damit käme Gold seinem Ruf als sicherer Hafen bei Geldentwertung kaum nach. Eine Mischung aus Aktien, Immobilienanlagen, Rohstoffen wie Öl und inflationsindexierten Anleihen könnte besser absichern. Je länger der Zeitraum allerdings gewählt wird, desto mehr zeigt Gold seine Wertbeständigkeit.
Und dies sowohl gemessen anhand eines repräsentativen Warenkorbes von Konsumgütern wie auch gegenüber ausgewählten Referenzgütern. So wurde zur Römerzeit eine Toga im Gegenwert von einer Gold-Unze gehandelt. Dies entspricht in etwa dem "Goldpreis" eines handgefertigten Maßanzuges von hochwertigem Material in Höhe von 2.500 Euro.

Transaktionskosten, Handels- und Besitzverbote von Gold

Auch bei Immobilien ist eine stabile Relation über einen Zeitraum von 110 Jahren gegeben. So war ein durchschnittliches Haus in den USA 1915 für 3.200 Dollar zu erstehen, was beim damaligen Goldkurs 169 Unzen entsprach. Bei einem Kurs von 2.650 Dollar je Unze (Ende November 2024) waren 158 Unzen notwendig, um den durchschnittlichen US-Hauspreis von 420.000 Dollar aufzubringen.
Während der Goldbestand in diesem Zeitraum jährlich nur um 1,58 Prozent von 39.091 auf 212.582 Tonnen stieg, erhöhte sich die Geldmenge des Dollars mit einer jährlichen Steigerungsrate von 6,25 Prozent von 30 Milliarden auf 20.827 Milliarden Dollar. Entsprechend hoch war der Kaufkraftverlust des Dollars.
Demgegenüber deflationierte das Gold sogar - seine Kaufkraft stieg, wenn man den Preis für einen Liter (l) Milch als Referenz nimmt. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts bekam man für ein Gramm des Edelmetalls 1,5 l Milch. Mit Ausnahme der Phase der Hyperinflation 1923, in der rund 7.150 l Milch erworben werden konnten, sank der Milchpreis (gemessen in Gold) eher kontinuierlich.
So bekam man in den 1970er Jahren für ein Gramm Gold knapp sechs Liter Milch, in den 1990ern bereits 17 l und heute ca. 75 l. Der Grund liegt unter anderem im Anstieg der "Milchproduktivität", denn die Milchleistung einer Kuh vervierfachte sich in den vergangenen hundert Jahren auf etwa 8.000 l pro Jahr.
Wenn Gold schon keinen kurzfristigen Schutz gegen Inflation bietet und auch langfristig Wertsteigerungen - gemessen am Verbraucherpreisindex oder Wohnimmobilien - nicht zu

erwarten sind, könnte das Edelmetall dann zumindest als Versicherung und Krisenwährung Sicherheit bieten?
Das gilt eingeschränkt: Von den verschiedenen Formen der Goldanlage (Münzen, Barren, "Xetra Gold-Wertpapier" mit Goldauslieferungsanspruch, Gold-Sondervermögen (ETF) oder Schuldverschreibungen auf Gold (ETC) dürfte vornehmlich physisches Gold in kleiner Stükkelung in Frage kommen, da es die drei Geldfunktionen gerade im Krisenfall besonders gut erfüllt - als Recheneinheit, Zahlungs- und Wertaufbewahrungsmittel.
Allerdings sind die Transaktionskosten (Abschläge gegenüber Börsenkurs, Verwahrgebühren, Versicherung) nicht zu vernachlässigen - sie sind der Preis der Sicherheit. Doch gerade in Krisen- und Kriegszeiten wurden und werden mitunter Handels- und Besitzverbote von Gold erlassen, verknüpft mit einer Abgabepflicht an den Staat.
Hintergrund sind Maßnahmen zur Stabilisierung der Währung bzw. die direkte Kriegs- und Krisenfinanzierung. So geschehen mit Regierungs- oder Besatzungsverordnungen (Deutsches Reich 1923, 1936 bis 1955; USA 1933 bis 1974; Indien 1963 bis 1990). Zuwiderhandlungen wurden mit Beschlagnahme, Geld- und Haftstrafen sanktioniert. Ist so etwas heute wirklich unvorstellbar?
Prof. Dr. Dirk Meyer lehrt Ökonomie an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 06/25" berichtet am 31. Januar 2025 (x1.476/…): >>**Warnsignale in der Bildungskrise**
Erziehung zur Demokratie: Der Deutschunterricht war immer auch politisch, scheint aber angesichts rasant abnehmender Lesefähigkeit seine volkspädagogischen Ziele nun zu verfehlen
Oliver Busch
Der Grundschulabgänger kann im allgemeinen hinlänglich lesen", stellte der Pädagoge und Literaturwissenschaftler Hermann Helmers in seinem Standardwerk "Didaktik der deutschen Sprache" über die "Einführung in die muttersprachliche und literarische Bildung" (1997) zufrieden fest. Da schwang auch Stolz auf den Anteil mit, den er seinem Fach, der Deutsch-Didaktik, an diesem Erfolg zuschrieb.
Nur vier Jahre später reißt der "PISA-Schock" Helmers, seine Kollegen sowie alle, die in der noch jungen Berliner Republik bildungspolitische Verantwortung tragen, brutal aus dieser Illusion, in der besten aller schulischen Welten zu leben. Dokumentierte die 2001 publizierte erste PISA-Studie doch, daß deutsche 15jährige im internationalen Vergleich der Leseleistungen ein blamabel unterdurchschnittliches Ergebnis erzielten.
Trotz zahlreicher Initiativen und Programme der Kultusministerkonferenz der Länder, die darauf abzielten, die Anzahl jener Schüler deutlich zu reduzieren, deren Lesefähigkeit mangelhaft ist, haben sich die Zustände in den letzten zwei Jahrzehnten nicht wesentlich verbessert, sondern eher kontinuierlich verschlechtert. Das bestätigen auch neueste Hiobsbotschaften von der Bildungsfront. Es begann mit einer im letzten Sommer veröffentlichten Vergleichsstudie über die Leistungen Berliner Dritt- und Achtkläßler in Deutsch und Mathematik.
Demnach erfüllten 46 Prozent der getesteten Grundschüler der dritten Klassen Mindestanforderungen beim Lesen nicht. In der achten Klasse Integrierter Gesamtschulen sah es noch düsterer aus: 62 Prozent scheiterten daran, einen einfachen Text zu lesen und zu verstehen. In der Mathematik, die nur mit Lesefähigkeit zu bewältigen ist, lag die Versagerquote sogar bei 74 Prozent. Und selbst an Berliner Gymnasien waren 12 beziehungsweise 21 Prozent der Schüler überfordert damit, Standardansprüchen im Lesen und Rechnen zu genügen.
Welche Konsequenzen diese früh auftretenden und bis zum Schulabschluß in der Regel nicht zu behebenden Defizite zeitigen, offenbarte eine kurz vor Weihnachten 2024 präsentierte OECD-Studie, die im internationalen Kontext auch die Lesekompetenz von 4.800 erwachsenen Deutschen zwischen 16 und 65 Jahren prüfte. Es kam zwar nicht so schlimm, wie nach den vielen für den Nachwuchs im einstigen Land der Dichter und Denker so desaströs ausge-

fallenen Schulleistungsstudien seit PISA 1 zu befürchten war.
Aber das "hohe mittlere Niveau" erklommen die deutschen Probanden nur, weil die Leseleistungen in den übrigen 30 Teilnehmerländern seit dem letzten Test von 2012 markant gesunken waren. Zudem hoben die sehr guten Werte, die die Älteren der Jahrgänge von 1960 bis 1970 erzielten, den deutschen Durchschnitt an, während schlechtere Leseleistungen Erwachsener mit Migrationshintergrund ihn herabdrückten.
Dieser Kreis stellt auch einen Teil der bestürzenden 20 Prozent, denen nur schwache Lese- und alltagsmathematische Kompetenzen sowie Problemlösungsfähigkeiten bescheinigt wurden. "Schwache Lesefähigkeit" bedeutet, daß die Erwachsenen dieser Gruppe nicht einmal auf der geistigen Stufe von Zehnjährigen rangieren, weil sie Texten zentrale Informationen nicht entnehmen können.
Die sich jenseits von Schule und Bildung auftuende gesellschaftpolitische Dimension und Brisanz solcher trostlosen Befunde für die deutsche Kulturnation ergibt sich freilich erst im Rückblick auf die Geschichte des Deutschunterrichts nach 1945, wie sie unlängst, bis 1989 getrennt dargestellt für die Bundesrepublik und die DDR, im Fachblatt der Deutsch-Didaktiker erschienen ist (Der Deutschunterricht, 1/2024).
Aus der Taufe gehoben wurde diese westdeutsche Zeitschrift 1948, noch während des Besatzungsregimes, vor dem Hintergrund der Debatten über Vergangenheitsbewältigung, bildungspolitische Lehren aus der NS-Diktatur und das im Mai 1949 verabschiedete Bonner Grundgesetz. Kein Wunder, daß in diesem Umfeld die Herausgeber den Deutschunterricht von Anfang an als "politischen Unterricht", mithin Sprach- und Literaturvermittlung als "Erziehung zur Demokratie" konzipierten.
Sind aber 75 Jahre später ein Fünftel der bundesdeutschen Erwachsenen als konstitutionelle Analphabeten einzustufen, die am gesellschaftlichen Leben geistig nicht teilzunehmen vermögen, besteht Grund, wenn nicht vom Scheitern des überkommenen idealistischen Erziehungsprojekts und somit von der akuten Gefährdung des demokratischen Systems zu sprechen, so doch die Alarmsirenen zu hören, die ein solches Studienresultat auslösen sollte.
Wie alle Beiträge im Deutschunterricht dokumentieren, war diese Entwicklung 1949 keineswegs abzusehen. Im Gegenteil: Die Lehrpläne für den Deutschunterricht der politisch so unterschiedlichen Staaten wurzeln in einem gemeinsamen Menschenbild. In der sowjetischen Besatzungszone, der späteren DDR, richtete ein schon im Juli 1946 fixierter Deutschlehrplan das Unterrichtsziel für die achtjährige Grund- und vierjährige Oberschule zwar plakativ auf die "antifaschistisch-demokratischen Grundwerte" aus.
Man hielt aber, genau wie die Pädagogen und Bildungspolitiker in den westlichen Besatzungszonen, die es religiös, "christlich-abendländisch" akzentuierten, am Humboldtschen Ideal "allseitiger" Persönlichkeitsbildung fest, wenn auch die "allseitig entwickelte sozialistische Persönlichkeit" mit gefestigten marxistisch-leninistischen Grundüberzeugungen gemeint war. Was für die Praxis des Deutschunterrichts hieß, Schüler nicht nur zur selbständigen Texterschließung und zu vertiefter Sinnerfassung anzuleiten, sondern auch zu "parteiischer Interpretation".
Die Hauptfunktion des sozialistischen Literaturunterrichts bestand darin, die Schüler mit Werken der "humanistischen Literatur" aus allen Epochen vertraut zu machen, um ihre literarische Allgemeinbildung und damit ihre Persönlichkeitsentwicklung zu fördern. Besonderer Wert kam dafür dem "klassischen Erbe" der Goethe-Zeit zu, jenen für mustergültig erachteten, dem Humanitätsideal verpflichteten literarischen Werken, die vom "Kampf der Menschen gegen soziale Unterdrückung und für ein menschenwürdiges Leben erzählen".
Für den Unterricht dienten sie als Ausgangspunkt, um das Sprachkunstwerk in den Zusammenhang mit seinen historisch-ökonomischen Entstehungsbedingungen, im Rahmen seiner "Gebundenheit an antagonistische Klassengegensätze" zu thematisieren und so Klassikerlek-

türe mit marxistischer Weltsicht zu verbinden.
Hingegen glaubten Deutschdidaktiker im Westen zunächst, inspiriert von dem einflußreichen Schweizer Germanisten Emil Staiger und seiner als Reaktion auf ideologische Vereinnahmungsexzesse zwischen 1933 und 1945 entworfenen Theorie "werkimmanenter Interpretation", Dichtung als Medium zur Vermittlung vermeintlich zeitloser, "unpolitischer" Werte und ewiger Wahrheiten anbieten zu können. Dementsprechend spiegelten der schulische Lektürekanon und das "Deutsche Lesebuch" der 1950er Jahre noch agrarische, religiös geprägte Lebenswelten des 19. Jahrhunderts und nicht die Realität der pluralistischen bundesdeutschen Industriegesellschaft wider.
Das änderte sich erst in den frühen Sechzigern, als sich der Deutschunterricht für bis dahin Marginalisierte, von Büchner bis Brecht, für Gebrauchstexte, Sachprosa, Comics und Jugendliteratur öffnete. Nun setzten sich jene "Reformer" bildungspolitisch durch, die wie das linke, 1969 von Deutschlehrern gegründete "Bremer Kollektiv" oder die Autoren der berühmtberüchtigten "Hessischen Rahmenrichtlinien" (1972), die "emanzipatorische Funktion" des Deutschunterrichts und die "Erziehung zur Mündigkeit" (Adorno) propagierten, um das "kapitalistische System" vom Klassenzimmer und vom Hörsaal aus zu stürzen.
Ungeachtet dessen, ungeachtet auch der ideologisch-kollektivistischen Verhärtung der Schulpolitik der DDR seit Übernahme des Ministeriums für Volksbildung durch Margot Honecker (1963), orientierte sich der Deutschunterricht in beiden deutschen Staaten im Kern weiterhin am Ideal der selbstbestimmten, umfassend gebildeten Persönlichkeit.
Hier, in der bürgerlich- kapitalistischen Demokratie des Westens, am vielbeschworenen "Menschenbild des Grundgesetzes", dort, in der "Volksdemokratie" der SED, ausgerichtet auf den "wahrhaft menschlichen Menschen", der dereinst in der klassenlosen Gesellschaft "seine allseitig entwickelten Anlagen allseitig bestätigen" werde (Friedrich Engels).
Das blieb erwartungsgemäß Utopie. Aber immerhin, ausweislich der "Aufsatzstudie Ost" von 1996 garantierte der "ganzheitliche", das kulturelle Erbe in einem festen Lektürekanon überliefernde Deutschunterricht der DDR die sprachlich-literarische Leistungsfähigkeit sicherer als im Westen, wo sich schon vor dem Mauerfall Symptome einer "Verflachung von Schreiben und literarischem Lesen" zeigten, von der nur die in der OECD-Studie von 2024 so positiv bewertete "Boomer-Generation" gerade noch verschont blieb.
Trotzdem, so leitet der Literaturdidaktiker Christian Dawidowski (Universität Osnabrück) die Beiträge des Deutschunterrichts ein, seien die Weichen für den seit PISA 1 erlebten Niedergang sprachlich-literarischer Bildung bereits gestellt gewesen. Die seit der Jahrtausendwende rasant fortschreitende Digitalisierung des Lesens, die expansive "Kompetenzorientierung" der allein auf "informatorisches Lesen" und dessen "Funktionalität" abstellenden PISA-Didaktik sowie die drastische Absenkung der Bildungsstandards zwecks "Integration" von Millionen kulturfremder Zuwanderer münden heute in Zuständen, die die Zukunft des demokratischen Gemeinwesens in Frage stellen.
Die Zeitschrift "Der Deutschunterricht" erscheint im Friedrich-Verlag (Hannover) jährlich mit fünf Ausgaben. www.friedrich-verlag.de<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 06/25" berichtet am 31. Januar 2025 x1.476/…):
>>**Frühe Warnung vor tagespolitischer Instrumentalisierung des Holocaust**
Verunsichernde Welterfahrung
Wie können wir an die NS-Zeit erinnern, wenn die Zeitzeugen aussterben?" Die Antwort auf diese Frage des Jenaer Zeithistorikers Axel Doßmann scheint der US-Filmemacher Steven Spielberg mit seiner 2012 gegründeten Shoah Foundation gefunden zu haben. Sie reagierte damals auf das gestiegene diskursive Bedürfnis nach Emotionalität und Authentizität im Umgang mit dem nationalsozialistischen Völkermord an den Juden Europas und überführte Antworten von Überlebenden auf Tausende Fragen als Videoclips in anthropomorphe Frage-

Antwort-Systeme. Ziel war es, das Format Zeitzeugengespräch in die Zeit nach dem Tod der leibhaftigen Zeitzeugen zu verlängern.
Perfektioniert durch Künstliche Intelligenz, hat sich der Zugriff auf die großen US-Archive mit videografierten Holocaust-Testimonies, insgesamt 100.000 Gespräche mit Shoah-Überlebenden, seitdem enorm dynamisiert. Doch drohe gerade die Masse des Verfügbaren das Verlangen nach kollektiver Erinnerung zu konterkarieren. Denn digitale Segmentierung und Indexierung laden zum Surfen durch die Bestände ein, fördern eine voyeuristische Konsumhaltung und eine Selbstbespiegelung der Gefühle.
Wovor der jüdisch-ungarische Schriftsteller Imre Kertész, ein Überlebender von Auschwitz und Buchenwald, bereits 1999 warnte: Zeitzeugengespräche würden nicht verhindern, daß die Konfrontation mit Auschwitz als "menschengemachte, verunsichernde Welterfahrung" immer weiter in moralisch-politische Rituale und tagespolitische Instrumentalisierungen abgleite, die im Ergebnis den "Holocaust den Menschen entfremdet" (Aus Politik und Zeitgeschichte, 1-5/2025). (ob) www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 06/25" berichtet am 31. Januar 2025 (x1.476/…): >>**Durch den politischen Fleischwolf gedreht**
Der Katalog des Dokumentationszentrums "Flucht, Vertreibung, Versöhnung" offenbart, wie das Gedenken an die Vernichtung deutschen Lebens in den Ostprovinzen und Ostmitteleuropa mit weltweiten Migrationsphänomenen verwässert wird
Stefan Scheil
In den heftigen geschichtspolitischen Debatten der 1990er Jahre entwickelte sich neben manch anderen Vorhaben auch der Gedanke, der deutschen Nation einen Ort zur Aufarbeitung der nationalen Katastrophe von 1945 zu geben. Dieser Ort sollte sich, im Grundgedanken der Versöhnung, vor allem der Vernichtung deutschen Lebens auf einem Viertel des früheren Siedlungsgebietes widmen.
Damit war die in Deutschland stets etwas verharmlosend sogenannte "Vertreibung" gemeint. Getragen wurde dieses Vorhaben seinerzeit vor allem von Erika Steinbach als CDU-Bundestagsabgeordnete und Präsidentin des Bundes der Vertriebenen, zusammen mit SPD-Generalsekretär Peter Glotz. Dies geschah unter dem Stichwort "Zentrum gegen Vertreibung".
Alles wird mit allem vermischt, bis die Kernfrage vernebelt ist
Jahrzehnte später ist aus diesem Projekt heraus inzwischen eine Ständige Ausstellung in einem Dokumentationszentrum entstanden, das von einer Bundesstiftung mit dem Namen "Flucht, Vertreibung, Versöhnung" betrieben wird.
Es liegt dazu jetzt ein Katalog vor, gefördert von der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien, also der Grünen-Politikerin Claudia Roth.
Schon der Wechsel in Namen und Parteibindung deutet an, wie sehr das ursprüngliche Projekt durch den politischen Fleischwolf gedreht wurde. Das von Steinbach und Glotz initiierte Zentrum wurde zeitgleich mit dem Antritt der Bundesregierung Schröder/Fischer 1998 zur Bundessache erklärt, als parallel dazu die finanzielle Ausstattung der bisherigen Vertriebenenorganisationen in Richtung Null gesetzt wurde.
Es folgte jahrelanges Gezerre, da vor allem aus Polen lebhaft Mitsprache an dem eingefordert wurde, was in Berlin präsentiert werden würde. Die heutige Stiftungsleiterin Gundula Bavendamm deutet das im Vorwort des Ausstellungskatalogs an. Im Mittelpunkt der Präsentation steht jetzt im Endstadium keine deutsche, sondern "eine europäische Geschichte". Das geschieht in einer sehr weiten Auslegung des Begriffs, die sich teilweise auf den Nahen Osten erstreckt und auch auf die Migrantenströme des Jahres 2015. Kurz gesagt: Alles wird mit allem vermischt, bis die Kernfrage im Nebel zu verschwinden droht.
So haben die Ausstellungsmacher denn auch bezeichnenderweise Schwierigkeiten mit dem Begriff deutsch selbst. Allen Ernstes wird eine Karte mit "deutschen Siedlungsgebieten in

Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa" präsentiert, auf der von den Sudetengebieten über Ungarn und Rumänien bis an die Wolga solche Gebiete verzeichnet sind. Es fehlt jedoch Österreich. In Eger, in Brünn und der Gottschee wohnten also Deutsche und werden brav registriert, in Linz und Wien aber nicht.
So kann man natürlich auch versuchen, die deutsche Nation der Kriegszeit zu dekonstruieren, demonstriert aber eher noch einmal unfreiwillig, daß die Verbreitung von Desinformation über die Konflikte und die Frontstellungen der Weltkriegsära weiterhin zum täglichen Geschäft der offiziellen bundesrepublikanischen Geschichtspflege gehört.
Eigentlich steht zur Beschreibung der Tatsachen statt "Vertreibung" seit eh und je der Begriff des Völkermords im Raum. Das wissen auch die Ausstellungsmacher und widmen dieser Frage einen eigenen Abschnitt. Vertreibungen, so lassen sie wissen, könnten auch in Völkermord abgleiten. Da fallen ihnen als erstes Beispiel allerdings nicht Millionen Vertriebene und Hunderttausende 1945 getötete Deutsche ein, sondern die afrikanischen Hereros.
An denen habe das Deutsche Kaiserreich den "ersten Völkermord des zwanzigsten Jahrhunderts zu verantworten". Sodann geht es in der Beispielreihe weiter, über die türkischen Armeniermassaker hin zu den nationalsozialistischen Taten während des Zweiten Weltkriegs. Andere Beispiele fehlen. Was allerdings nicht fehlt, ist die Andeutung deutscher Verantwortung auch im Fall der Armenier.
Auf der anderen Seite werden verschiedene Anläufe unternommen, vergangene Vertreibungsverbrechen stillschweigend nahezu zu billigen, wenn sie nur von der politisch korrekten Seite ausgegangen sind. So erfährt der Leser mit Blick auf den türkisch-griechischen Krieg Anfang der 1920er Jahre, "die internationale Politik akzeptierte gegenseitige Vertreibungen als realpolitische Lösung".
Und in weiterer Steigerung: "Bis nach dem Zweiten Weltkrieg galten Zwangsumsiedlungen in der internationalen Politik als probates Mittel zur Lösung ethnischer Konflikte." Als Beispiel wird an dieser Stelle Winston Churchills öffentliche Rechtfertigung des kommenden Endes deutschen Lebens in Ostpreußen aus dem Jahr 1944 genannt. Immerhin werden dann im Katalog leise Zweifel am Erfolg dieser Methode angemeldet, da es schließlich weiterhin und bis heute türkisch-griechische Konflikte gebe.
Wenn Zwangsumsiedlung aber bis nach 1945 selbst im demokratischen Westen als ein schlicht "probates Mittel" gegolten habe, was bleibt dann eigentlich von der einführenden Behauptung übrig, "Flucht und Vertreibung sind historisch, politisch und moralisch nicht von den deutschen Verbrechen zu trennen"?
Wo genau sind die Moral und die Differenzen zu finden, wenn Stalin, Roosevelt und Churchill sozusagen in probater Weise die Vernichtung und Neuschaffung einer Zufallsauswahl von ethnischen Siedlungsgebieten umsetzten, wie sie in den radikalsten Varianten des nationalsozialistischen "Generalplans Ost" für andere Gebiete geplant waren? Diese Assoziation kommt unwillkürlich, da sich die Ausstellung dann sogar einen nationalsozialistischen Standardbegriff der Siedlungspolitik zu eigen macht: Ordnung.

Es werden viele Fragen wenigstens überhaupt einmal angesprochen

"Neuordnung durch Vertreibungen" heißt das entsprechende Kapitel über die Nachkriegszeit. Darin wird völlig unkritisch referiert, die tschechische Exil-Regierung hätte schon ab 1940 "rechtliche Grundlagen" für die spätere Zerstörung der sudetendeutschen Siedlungsstruktur geschaffen. Über die moralische und völkerrechtliche Tragfähigkeit solcher angeblichen Grundlagen fällt hier kein Wort, wie auch weder die tschechischen noch die polnischen Eroberungs- und Vertreibungspläne gegenüber Deutschen aus der Vorkriegszeit in der Ausstellung thematisiert werden.
Es ist jedoch empirisch falsch, solche Pläne in zeitlicher Umkehrung lediglich als Konsequenz der Kriegszeit darzustellen. Wer aber weder die politische noch die juristische oder die mora-

lische Dimension des Völkermordes nach 1945 umfassend ansprechen will, der sollte ein solches Projekt doch eher anderen überlassen.
Nun soll damit nicht gesagt werden, das Ausstellungsprojekt als solches sei restlos unbrauchbar. Es spricht tatsächlich viele Fragen wenigstens überhaupt einmal an. Auch führen die Ausstellungsmacher einige persönliche Schicksale von Vertriebenen an und können die Zustimmung betroffener Ausstellungsbesucher und Zeitzeugen zu ihrem Konzept zitieren.
Im Ergebnis glauben die Verantwortlichen jedenfalls, mit ihrer Produktion das letzte Wort gesprochen und den Streit über einen Ort zur öffentlichen Erinnerung an die Vertreibung zu einem "Abschluß" gebracht zu haben. Doch legt man den Ausstellungskatalog mit reichlich gemischten Gedanken beiseite. Versöhnliche sind eigentlich kaum dabei.
Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung, Berlin: Flucht, Vertreibung, Versöhnung. Sandstein Verlag 2024, Klappenbroschur, 237 meist farbige -Abbildungen, 336 Seiten …<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 06/25" berichtet am 31. Januar 2025 (x1.476/…): >>**Suizidale Sehnsüchte**
Geburtenschwund, Bildungsmisere oder Infantilismus: Josef Kraus prangert Europas innere Bedrohung durch Dekadenz an
Siegfried F. Franke
Unter Dekadenz wird oft vordergründig und ganz schlicht der gedankenlose Konsum verstanden, ohne der Hege und Pflege der Ressourcen materieller und ideeller Grundlagen die notwendige Aufmerksamkeit zu widmen. Nicht selten kommt er parvenühaft, geschmacklos und wählerverachtend daher, wenn etwa Spitzensportler das kredenzte Hochzeitsmenü mit Goldstaub garnieren, oder wenn sich Politiker auf Schritt und Tritt von Visagisten und Coiffeuren begleiten lassen.
Während Guido Westerwelle, Bundesaußenminister von 2009 bis 2913, für seine Feststellung, daß sich in Deutschland eine "spätrömische Dekadenz" ausbreite, noch heftige Kritik auf sich zog, werden ähnliche Vorwürfe wie im Capital (September 2022) oder im Cicero (März 2024) bestenfalls mit einem müden Schulterzucken quittiert. Westerwelle bezog sich bei seinem Befund auf das aus dem Ruder laufende Sozialsystem.
Daß sich der Staat selbst als Treiber der Dekadenz verhält, zeigt sich am "Bürgergeld", das ohne Zweifel den Leistungswillen breiter Kreise schwächt. Hubertus Heil, Bundesminister für Arbeit und Soziales, ist jedenfalls sichtlich stolz auf diese Reform und negiert deren nachteilige Folgen.
Die nicht mehr zu leugnende Mißachtung der Grundlagen des Wohlstand eines Landes, mehr noch: ihre bewußte und von der "Ampel" beschleunigte Zerstörung, man denke nur an die Abschaltung und die durch Sprengung wichtiger Anlagenteile irreversibel unbrauchbar gemachten Kraftwerke, läßt Josef Kraus mit Recht von einem "Rausch der Dekadenz" sprechen, und er folgert: "Morgenthau erledigen wir selbst." Das im Herbst 2024 vorgestellte und inzwischen bereits in dritter Auflage erschienene Buch arbeitet engagiert und mit großer Sachkenntnis jene politischen Triebfedern heraus, die zu diesem "Rausch" führen.
Der Transformationsprozeß produziert "neue Unmündigkeit"
Ihre Wurzeln sind vielfältig und weisen weit zurück. Zu nennen ist zunächst die von den Alliierten ersonnene Kollektivschuldthese und die daran anknüpfenden Umerziehungsmaßnahmen, die zu großen Teilen von den sogenannten 68ern aufgegriffen und vorangetrieben wurden. Dazu hat sich Josef Kraus bereits 2018 dezidiert geäußert ("50 Jahre Umerziehung - Die 68er und ihre Hinterlassenschaften", Manuscriptum 2018).
Damit verbunden ist der Kulturmarxismus der Frankfurter Schule und der - angeblich - "herrschaftsfreie Diskurs" (Habermas). Diese "Schule" machte sich vor allem daran, mit dem mysteriösen Begriff der "Dekonstruktion" zentrale bürgerliche und gesellschaftliche Institutionen, vor allem "Familie, Elternschaft, Geschlecht, Gesellschaft sowie Volk und Nation", zu

"hinterfragen", das heißt im Klartext, auszuhöhlen und zu zerstören.
Kraus belegt, daß der Westen - und vor allem Deutschland - seit langem durch eine überbordende Selbstkritik auffällt (Teil III: Ideologische Verirrungen). Sie findet ihren Ausdruck in zahlreichen "Antis": Antifaschismus, Antikolonialismus, Antirassismus, Antizionismus usw. Hinzu treten Ersatzreligionen wie der Klimawandel, die Geschlechtsvielfalt und Diversität. In all dem zeigt sich, wie erfolgreich der "lange Marsch durch die Institutionen" war, der theoretisch mit Antonio Gramsci und praktisch mit Rudi Dutschke verknüpft ist.
Angekommen in den Institutionen, verstieg sich die Migrationsforscherin Naika Foroutan 2023 zu der Formulierung, daß Deutschland "per se niemandem" gehöre. Ihr entgeht offenkundig, daß die damit verbundene Absage an den Begriff der Nation zugleich die zivilisatorische Rückstufung zum Tribalismus beinhaltet.
Kraus enthüllt des weiteren auch den Widersinn, der in den - schon auf Angela Merkel (2017) zurückgehenden - Programmen zum "Anti-Rassismus" und zur "Kolonialismus-Buße" steckt. Immer wenn ideologiegetriebene Anschuldigungen nicht konkret belegt werden können, taucht - um einen Ausdruck von Friedrich A. von Hayek zu verwenden - das Wieselwort "strukturell" auf: wie "struktureller Rassismus", der besonders gern der Polizei angeheftet wird. Schließlich stellt sich die Frage, wie ein "Niemandsland" für alle Übel dieser Welt verantwortlich sein kann.
Um dem "Rausch der Dekadenz" zu entkommen, listet Kraus zahlreiche Wege und Möglichkeiten auf. Sie kumulieren in einer gesunden Mischung von individueller und gemeinschaftlicher Identität, für die der Wert des "Wir" steht. Leider wird dieses Wort - auch vom derzeitigen Bundespräsidenten - mißbraucht und in ausgrenzender Weise verwendet. Kraus zeigt, wie sich die Schichten des "Wir" im Laufe der Zeit anreichern.
Sie beginnen mit der Familienorientierung des Säuglings und setzen sich über den schulischen Verlauf, die Berufsausbildung bis hin zur Erkundung der Facetten der räumlichen Umgebung von Heimat, Dorf, Stadt und Region fort. Darauf aufbauend folgt später die Identifikation mit Volk und Nation, ohne dabei ins Nationalistische zu fallen. Selbstbewußtsein und Fairneß schließen sich eben nicht aus.
All das läuft auf eine Rückbesinnung und Festigung des Familienbegriffs und auf eine radikale Umkehr in der Bildungspolitik hinaus. Nur so läßt sich die "neue Unmündigkeit", die der "Transformationsprozeß" offenkundig mit sich bringt, überwinden und - im Sinne Kants - eine notwendige "Aufklärung 2.0" erreichen.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 06/25" berichtet am 31. Januar 2025 (x1.476/…): >>**Turbo der Deindustrialisierung**
Die zunehmende Zahl an kurzen Stromausfällen belegt eine sinkende Versorgungssicherheit
Marc Schmidt
Bereits zum zweiten Mal belegen Daten der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK) einen Standortnachteil Deutschlands, der früher ein Standortfaktor gewesen ist. Die Zahlen bilden die Versorgungssicherheit der Stromnetze für die Unternehmen ab. Diese verzeichnen eine zunehmende Zahl kurzzeitiger Stromausfälle insbesondere im produzierenden Gewerbe. Da Stromausfälle erst ab einer Länge von mehr als drei Minuten in die Statistiken der Bundesnetzagentur (BNetzA) einfließen, werden die kurzzeitigen Unterbrechungen, die aber für erheblichen Schaden sorgen, offiziell nicht erfaßt.
Das erinnert an die Deutsche Bahn, die Züge, die sechs Minuten zu spät ankommen, als "pünktlich" bewertet. Dennoch waren über ein Drittel der ICE- und IC-Züge 2024 unpünktlich unterwegs - Tendenz steigend. Auch das Ergebnis der DIHK-Umfrage ist niederschmetternd: Mehr als 40 Prozent der Firmen verzeichnen jährlich Stromausfälle unter drei Minuten. Besonders betroffen ist die Industrie, wo die Hälfte der Betriebe solche Ausfälle erlebte. Längere Ausfälle über drei Minuten betrafen elf Prozent der Industriefirmen. Längere Datenreihen zei-

gen eine klare Zunahme von Versorgungsproblemen.

Produktionsausfälle, Datenverluste und teure Maschinenschäden

Die Ursachen der Ausfälle sind für die meisten Unternehmen nicht nachvollziehbar, die Netzbetreiber auf den unteren Spannungsebenen sind zudem oft selbst nicht in der Lage, die Sachverhalte aufzuklären.

Lediglich die in den BNetzA-Statistiken zu den längeren Ausfällen angeführten Schäden durch Baumaßnahmen scheiden bei den Kurzausfällen auf Grund der Reparaturzeiten meist aus. Energieexperten gehen von ungeplanten Brownouts, also kurzzeitigen Stromausfällen oder starken Spannungsschwankungen eines örtlichen oder regionalen Netzbetreibers aus. Diese sind durch Redundanzen und Netzsteuerung (Redispatch) zeitnah auszugleichen, allerdings bleibt der Schaden der Unternehmen, der durch Netzbetreiber oder Versorger nicht ersetzt wird und auch kaum angemessen zu versichern ist.

Die finanziellen Auswirkungen von Stromausfällen sind erheblich. Industrieanlagen und Rechenzentren sind anfällig gegen Spannungsschwankungen und kurzzeitige Unterbrechungen. Den DIHK-Daten zufolge verursachten bereits die kurzen Ausfälle bei 32 Prozent der Unternehmen Kosten von bis zu 10.000 Euro. 15 Prozent berichteten von Kosten zwischen 10.000 und 100.000 Euro, und bei zwei Prozent lagen die Verluste sogar darüber. Produktionsausfälle, Maschinenschäden und Datenverluste sind die häufigsten Folgen.

Erschwerend kommt hinzu, daß klassische Maßnahmen gegen Versorgungsausfälle, wie etwa Notstromaggregate, erst nach dem Schaden durch die Versorgungsunterbrechung anspringen und bereits bei Produktionen mittlerer Größe so hoch dimensioniert sein müßten, daß sich diese Investition nicht lohnt. Trotzdem haben bereits 46 Prozent der Firmen im Bereich der Absicherung gegen längere Stromausfälle investiert oder befinden sich in der Umsetzung. Investitionsmittel, die der schrumpfenden deutschen Wirtschaft an anderer Stelle fehlen.

Laut dem DIHK-Energiewende-Barometer denken vier von zehn Firmen darüber nach, ihre Fertigung wegen der Energiepreise einzuschränken oder ins Ausland zu verlagern. Besonders betroffen sind energieintensive Industrien wie Chemie, Stahl, Glas und Papier, aber auch Rechenzentren und Autohersteller.

Die Zahlen der Versorgungsunterbrechungen, der Abwanderungsplanungen, der Insolvenzen und der Deindustrialisierung sind daher Themen auf der Energiefachmesse E-World ab 11. Februar in Essen. Die dort versammelten Unternehmen profitierten gern von der Subventionspolitik der "Energiewende" - doch eine praktikable Lösung für die Integration des volatilen Sonnen- und Windstrom ins komplexe Energienetz eines Industrielands wird sich auch hier nicht finden.

dihk.de/de/aktuelles-und-presse/tdw/topthemen/energiepreise-bedrohen-wettbewerbsfaehigkeit-der-deutschen-industrie-127034<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 06/25" berichtet am 31. Januar 2025 (x1.476/…): >>**Ist das Müll oder was?**

Paul Leonhard

Nachbarn kontrollieren mehr als bisher Nachbarn. Denn es geht ums Geld. So muß Biomüll ab Mai exakt nach den Vorgaben des Gesetzgebers getrennt werden. Wer nicht sorgfältig Störstoffe vor der Entsorgung in der Biotonne seinem häuslichen Mülleimer entnimmt, bekommt Ärger. Erst mit dem Entsorgungsunternehmen und dann mit den Nachbarn. Denn die Müllmänner sind künftig verpflichtet, den Inhalt der Tonnen auf Fehlwürfe zu überprüfen. Ist deren Anteil zu hoch, etwa in Wohnvierteln, wo die Einwohner die deutschen Mülltrennungsgebote ignorieren, dürfen die Abfälle nicht mehr abtransportiert werden.

Statt dessen werden die Tonnen markiert. In Magdeburg wird das bereits so gehandhabt. Schlecht sortierte Tonnen erhalten einen Aufkleber. Auf diesem ist ein böse schauender Junge - richtige Mülltrennung wird schließlich schon in der Grundschule gelehrt - und ein QR-Code

aufgedruckt. Wer diesen mit dem Smartphone scannt, gelangt auf eine Website mit Informationen zum Thema Müll.
Als Störstoffe gelten für den Gesetzgeber dabei Kunststoff, Glas oder kompostierbare Plastiktüten.
Der Aufkleber ist quasi die gelbe Karte, ab Frühjahr gibt es dann die rote: Die Tonne wird nicht mehr geleert, bis der Hausmeister ihren Inhalt so lange umsortiert, bis alles gesetzeskonform ist. Im Sommer dürfte das eklig werden. Denn schon heute verströmen Biotonnen, in denen es gärt und brodelt, weil das Müllauto mal eine Runde eingespart hat, für unangenehme Gerüche. Zu diesem kommen dann Bußgelder bis zu 2.500 Euro. Die Ratten indes dürfte es freuen. Die tolerierte Fremdstoffmenge hat der Gesetzgeber ebenfalls festgelegt: Sie darf maximal ein Prozent betragen.
Als Störstoffe gelten dabei Kunststoff, Glas oder kompostierbare Plastiktüten. Neue Müll-Regeln hat sich auch die EU ausgedacht. Galt bisher, daß unbeschädigte Schuhe und Kleidungsstücke in die Kleidercontainer der Hilfsorganisationen gesteckt werden können, so besteht seit Januar eine Getrenntsammelpflicht für Altkleider für die kommunalen Entsorger. So sollen verschlissene Kleidungsstücke angeblich wieder recycelt werden. Die Kosten dafür zahlt der Bürger.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 31. Januar 2025 (x1.471/…): >>**ARD-Deutschlandtrend: 85 Prozent der Wähler sagen, daß der Staat die Kontrolle über die Migration verloren hat!**
Der neue ARD-Deutschlandtrend zeigt: Nicht einmal mehr jeder fünfte Deutsche glaubt noch, daß der Staat das Asyl-Chaos in den Griff bekommt. 85 Prozent finden, daß die Zuwanderung nach Deutschland "weniger gut" oder "schlecht" gesteuert wird. Nur neun Prozent antworten mit "gut".
Klar ist: Inzwischen dominiert das Thema Migration und Flucht den Bundestagswahlkampf - spätestens seit dem tödlichen Messerangriff eines straffälligen und abgelehnten Asylbewerbers auf eine Kindergruppe in Aschaffenburg. Rund die Hälfte der Befragten sagt, daß zu wenig über die Umsetzung beschlossener Abschiebungen, die Kriminalitätsbekämpfung in Deutschland allgemein und die generelle Versorgung mit psychiatrischer Behandlung, diskutiert wird.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 31. Januar 2025 (x1.471/…): >>**Gottfried Curio (AfD): Faesers Vorstoß zu "Erkundungsreisen" von Syrern verletzt deutsches Recht**
Der innenpolitische Sprecher AfD-Bundestagsfraktion, Gottfried Curio, hat die Ankündigung von Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD), Syrern unschädliche "Erkundungsreisen" in ihr Heimatland zu ermöglichen, scharf kritisiert.
In einer in Berlin veröffentlichten Erklärung rügte Curio, die Innenministerin verstoße damit gegen geltendes Recht.
"Da ein Großteil der in Deutschland befindlichen syrischen Asylbewerber ihre Schutzbedürftigkeit mit Verfolgung durch das Assad-Regime beziehungsweise dem örtlichen Bürgerkrieg begründet hatten, ist klar, wie diese Entscheidung aktuell ausfallen muß: Der Schutzstatus ist zu widerrufen!", betonte der AfD-Politiker und folgerte: "Wenn die Betroffenen sich in der Lage sehen, Syrien 'zur Erkundung' der Verhältnisse ihrer Familie zu betreten, so sind sie ganz offenbar nicht mehr schutzbedürftig." Fragen wie "Was macht die Familie, wie steht es um das Haus" seien dabei "schlicht irrelevant".
Curio unterstrich: "In bekannter Manier will sich die Innenministerin wieder einmal um klare, bindende Entscheidungen Asylbewerbern gegenüber drücken. Daß sie damit deutsches Recht und deutsche Interessen verletzt, überrascht nach ihrer Amtsführung niemanden mehr. Die AfD-Fraktion fordert nachdrücklich den umfassenden Widerruf eines etwaig gewährten

Schutzstatus sowie die umgehende Abschiebung der in Frage kommenden Personen."<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 31. Januar 2025 (x1.471/…): >>**Polit-Insider Einar Koch befürchtet: Scholz bleibt Kanzler und nach der Neuwahl ist vor der Neuwahl!**
Wer die Merz-CDU wählt, riskiert das Chaos einer Scholz/Habeck-Minderheitsregierung! Das befürchtet Polit-Insider Einar Koch. Er hält Neuwahlen nach den Neuwahlen am 23. Februar für möglich. In einem Gastbeitrag für den Deutschland-Kurier analysiert der "Ex-Bild-Politikchef" die Lage nach dem historischen 29. Januar 2025.
VON *EINAR KOCH*
Nach der Neuwahl ist vor der Neuwahl!
Für mich ergeben sich zwei wesentliche Erkenntnisse aus dem historischen 29. Januar 2025 im Deutschen Bundestag.
ERSTENS: Es gibt eine strukturelle Mehrheit für eine bürgerliche Mehrheit in diesem seit zehn Jahren geschundenen Land.
ZWEITENS: Es gibt weit und breit keinen "Prinzen", der diese Mehrheit in Gestalt einer handlungsfähigen Regierung wachküssen könnte.
Die politische Gemengelage drei Wochen vor der Bundestagswahl verheißt nichts Gutes: Auf Basis des zu erwartenden Wahlergebnisses wäre zwar eine satte bürgerliche Mehrheit aus AfD und Union möglich - dies sogar ohne die bedeutungslos gewordene FDP.
ABER: Friedrich Merz (CDU) ist so gut wie erledigt! Nicht, weil er das Richtige mit den angeblich "falschen" Stimmen (Angela Merkel) getan hat; sondern weil sich dieser "Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht naß" - Wackelpudding selbst an die Wand genagelt hat!
Das Dilemma von Friedrich Merz ist: Er hat sich aus rein wahltaktischen Motiven selbst ein Bein gestellt, über das ihn nun seine Erzrivalin Angela Merkel, die Schutzpatronin der Masseneinwanderung und noch immer heimliche Vorsitzende der CDU zu Fall bringen will - bringen wird?
Der Kardinalfehler des in tiefster Wolle schwarz-grün gefärbten Unions-Kanzlerkandidaten war und ist: Er sagt "A", ohne "B" zu sagen! Der Unions-Kanzlerkandidat hat nicht klar und unmißverständlich Rechenschaft darüber abgelegt, mit wem er seine vollmundig angekündigte "Migrationswende" als Kanzler eigentlich umsetzen will; mit wem er überhaupt regieren will!
Was wird bei der Wahl am 23. Februar herauskommen?
Legt man die jüngsten Umfragen (ARD-Deutschlandtrend) zugrunde, so ergibt sich folgendes Szenario: Die Merz-CDU wird als scheinbarer "Sieger" aus der Wahl hervorgehen - mit plus/minus 30 Prozent.
Wobei auch das wie jede halbe Wahrheit schon jetzt eine ganze Lüge ist. Weil nämlich die AfD mit der CDU (mindestens) gleichziehen wird, wenn man aus dem zu erwartenden Gesamtergebnis der Unionsparteien den bundesweiten CSU-Anteil von etwa sechs bis sieben Prozent herausrechnet.
Der wahre Wahlsieger wird also Alice Weidel und nicht Friedrich Merz heißen!
Ob nun Schwarz-Grün (knapp möglich) oder Schwarz-Rot-Grün - es würde auf eine noch linkere Regierung als bisher, weil ohne die FDP, hinauslaufen.
Auf einem gänzlich anderen Blatt steht, wie diese beiden Koalitions-Varianten nach dem aus Sicht von "Grünen" und SPD Merz’schen "Tabu-Bruch" politisch noch zustande kommen sollen?
Deshalb habe ich eine andere Befürchtung: Deutschland wird nicht vom Ampel-Regen in eine noch linkere Merz-Traufe kommen, sondern Deutschland wird noch unregierbarer werden als bisher - und zwar mit dem rot-grünen Tandem Scholz/Habeck!
Wer es nicht glauben mag, sollte Absatz 3, Artikel 69, im Grundgesetz lesen. Darin heißt es: "Auf Ersuchen des Bundespräsidenten ist der Bundeskanzler, auf Ersuchen des Bundeskanz-

lers oder des Bundespräsidenten ist ein Bundesminister verpflichtet, die Geschäfte bis zur Ernennung seines Nachfolgers weiterzuführen."
Im Klartext: Wird Friedrich Merz mangels Mehrheit im Deutschen Bundestag nicht zum Kanzler gewählt und auch kein anderer, bleibt die rot-grüne Resterampe Scholz/Habeck bis auf weiteres "geschäftsführend" im Amt! Denn WANN ein neuer Bundeskanzler gewählt werden muß, regelt das Grundgesetz nicht. Was bedeutet "bis auf weiteres"?
Zu Ende gedacht bedeutet der zu erwartende Wahlausgang dies: Kommt es nicht zu einer noch linkeren Linksregierung, muß die AfD bei Neuwahlen nach den Neuwahlen (im Herbst 2025?) so stark werden, daß an ihrer Regierungsbeteiligung dauerhaft kein Weg mehr vorbeiführt. Sonst ändert sich hierzulande am Migrations-Chaos nichts - "NÜSCHTE", wie der Berliner sagt. Auch nichts, "nüschte" in wirtschaftlicher Hinsicht. Daß Deutschland bis zu möglichen Neuwahlen im Herbst weiter den Bach runtergeht - ist "denen" doch egal!
Sepp Herberger, die deutsche Nationaltrainer-Legende, hat einmal gesagt: "Nach dem Spiel ist vor dem Spiel!" Übertragen auf die politische Lage vor der Bundestagswahl am 23. Februar schwant mir: Nach der Neuwahl ist vor der Neuwahl - und das noch lange Zeit mit Olaf Scholz als Minderheits-Kanzler (siehe Artikel 69, Absatz 3 des Grundgesetzes).
FAZIT: Deutschland drohen französische Verhältnisse!<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 31. Januar 2025 (x1.472/…): >>**"Wirtschaftliche Realitäten"**
Auch Bosch leidet unter der Wirtschaftsflaute: Gewinn bricht um ein Drittel ein
Der Gewinn von Bosch ist im vergangenen Jahr drastisch zurückgegangen: Der operative Gewinn sank um ein Drittel auf 3,2 Milliarden Euro. Auch beim Gesamtumsatz mußte das Unternehmen Abstriche machen. Tausende Jobs stehen auf der Kippe.
Von *Redaktion*
Bosch bleibt von der schwachen Wirtschaftslage nicht verschont.
Der Technologiekonzern Bosch spürt die Folgen der globalen Wirtschaftsflaute deutlich. Der operative Gewinn (Ebit, das Ergebnis vor Zinsen und Steuern) sank 2024 um ein Drittel auf 3,2 Milliarden Euro, wie das Unternehmen am Freitag mitteilte. Auch der Umsatz schrumpfte leicht um ein Prozent auf 90,5 Milliarden Euro.
Bosch-Chef Stefan Hartung zeigte sich enttäuscht: "Wir konnten uns den wirtschaftlichen Realitäten nicht entziehen." Die angestrebten Wachstumsraten von fünf bis sieben Prozent wurden klar verfehlt. Als Hauptgründe für die schwache Entwicklung nannte Bosch das langsame Wachstum der Weltwirtschaft, Verzögerungen in Zukunftsbereichen wie E-Mobilität und Wärmepumpen sowie hohe Investitionen in neue Technologien. Dennoch schrieb keine Sparte rote Zahlen, betonte Finanzchef Markus Forschner.
Auch die Belegschaft bleibt von der Krise nicht verschont. Ende 2024 beschäftigte Bosch weltweit noch 417.900 Mitarbeiter - ein Rückgang um 11.500 Stellen. In Deutschland sank die Zahl der Beschäftigten um 4.400 auf 129.800. Bis 2032 könnten weltweit über 12.000 Jobs wegfallen, davon gut 7.000 in Deutschland. Bis 2027 sollen etwa 3.800 Stellen in Deutschland abgebaut werden - vor allem im Geschäftsbereich Cross-Domain Computing Solutions.
In diesen Bereich fällt die Entwicklung von intelligenten Fahrassistenzsystemen - die Nachfrage entwickelte sich im laufenden Jahr jedoch nicht wie erwartet. Generell steckt das Unternehmen auch wegen der stockenden Absatzzahlen von Teilen für den Elektromobilitätsmarkt in der Krise: Bereits im Frühjahr 2024 wurde die Streichung von 7.000 Stellen bekanntgegeben, zuletzt reduzierte der Konzern sogar die Arbeitszeit seiner Angestellten, um weitere Abbaumaßnahmen zu verhindern.
Für 2025 hofft Bosch auf eine Erholung von Umsatz und Gewinn, will aber erst im Mai eine konkrete Prognose abgeben.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 31. Januar 2025 (x1.472/…):

>>**Jetzt zeigt Rot-Grün, daß die "Brandmauer" nur ein ruchloser Kniff der Macht ist**

SPD und Grüne entlarven sich im Bundestag: Sie wollen Probleme nicht lösen, sondern lieber einen Wahlkampf mit Faschismus-Hetze führen. Damit verlassen sie endgültig die demokratische Mitte - mit solchen Leuten ist kein Staat zu machen.

Max Roland

SPD-Chef Rolf Mützenich und seine Partei betreiben eine infame Hetzkampagne - und verlassen die demokratische Mitte.

Mittags führten Unions-Fraktionschef Merz und CSU-Landesgruppenchef Dobrindt intensive Gespräche mit SPD-Fraktionschef Rolf Mützenich. Es sei der Versuch, in der Mitte doch nochmal zueinander zu finden, berichtet Pioneer-Korrespondentin Karina Mößbauer. Auch die Grünen sprechen mit der Union, Fraktionschefin Britta Hasselmann war in Merz' Büro zu sehen. Doch es nützt alles nichts. Rot-Grün blockiert jede Einigung.

Der letzte, naiv wirkende Vorstoß der FDP, mit Rot-Grün aus der sogenannten "Mitte" heraus eine Lösung zu finden für das Zustombegrenzungsgesetz, scheitert. SPD-Fraktionschef Mützenich bleibt hart - wie auch die Grünen verweigert die SPD offenbar die Diskussion in der Sache. Statt dessen fordern die Sozialdemokraten eine öffentliche Entschuldigung von Merz dafür, am Mittwoch gemeinsam mit der AfD abgestimmt zu haben - eine Demütigung, der Merz nicht folgen kann.

Auch die Grünen sehen im Zustrombegrenzungsgesetz "keine Gesprächsgrundlage", berichtet Welt-Journalist Robin Alexander. Einen Kompromiß der "demokratischen Mitte", die von SPD und Grünen so oft beschworen wird, wollen sie gar nicht. Sie zeigen auch, daß sie längst nicht mehr zu dieser Mitte dazugehören. Statt dessen verschärfen sie ihre Rhetorik bis zum Anschlag.

Beide Parteien fahren eine infame Kampagne, die den Teufel an die Wand malt. Die Rede ist von "Faschismus", man zieht Vergleiche zur Machtergreifung und nutzt auf angeschärften Protesten offen Auschwitz für politische Agitation. Mit der Realität hat all das nichts zu tun. Es ist ein Dammbruch auf rhetorischer Ebene, der nur den eigenen Wahlkampf stärken soll - Koste es, was es wolle. Insbesondere die SPD ist zur gesellschaftlichen Scharfmacherin avanciert, die das Klima immer weiter aufheizt. Man kann inzwischen nur noch von Hetze sprechen, und diese Hetze entfaltet schon ihre Wirkung vor Parteibüros, bei Angriffen auf Gebäude und Drohungen gegen Menschen.

Die Grünen machen da mit - erst am Freitag veröffentlicht Robert Habeck ein kurzes Statement, in dem er Gewalt verurteilt. Die SPD hingegen schweigt bis heute eisern zur Gewalt, die sie mit ihrer Rhetorik befeuert. Eine Anfrage von Apollo News bezüglich eines Statements der Partei, das die Übergriffe auf die CDU verurteilt, bleibt seit Donnerstagnachmittag unbeantwortet. Ein veröffentlichtes Statement der Sozialdemokraten gegen Gewalt und Einschüchterung gibt es nicht. Man kann nur noch davon ausgehen: Im Willy-Brandt-Haus nimmt man die Eskalation auf den Straßen, die man selbst befeuert hat, stillschweigend in Kauf.

Die absolute Mehrheit der Deutschen will eine Migrations-Wende, 66 Prozent der Menschen unterstützt Merz' Migrations-Vorstöße in der Sache. Rot-Grün aber wollen nicht. Sie beschwören den heraufbrechenden Faschismus - aber stünde der wirklich an, wäre es ja an beiden Parteien, die Demokratie mit einem Kompromiß zu retten. Diesen wollen sie nicht - und zeigen, daß ihr Gerede über Faschismus damit wertlos und Teil einer entgrenzten Hetzkampagne ist.

Wahlkampf mit dem dunkelsten Kapitel der deutschen Geschichte, Nazi-Vergleiche gegen die Opposition - Rot-Grün verliert jede Hemmung und jeden Anstand. Beide Parteien kämpfen nicht für die Mitte, der sie angeblich angehören wollen, sondern zerschneiden das Tischtuch. Sie stehen damit nicht mehr in der Mitte als Teil einer staatstragenden, demokratischen Par-

teienlandschaft - sondern haben sich mit ihrer Hetze endgültig an den linken Rand manövriert. Mit Rot-Grün ist kein Staat mehr zu machen.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 31. Januar 2025 (x1.472/…): >>**Berliner Problemschule**

Nach Jagdszenen: Deutsch-bosnischer Schüler verletzt zwölf Mitschüler mit Reizgas

Am Donnerstag kam es an der Berliner Friedrich-Bergius-Schule erneut zu einem gewaltsamen Angriff auf Schüler. Ein 15-jähriger Deutsch-Bosnier attackierte die Jugendlichen mit Pfefferspray. Dabei wurden zwölf Schüler verletzt.

Selma Green

Am Donnerstagmittag kam es erneut zu einem Polizeieinsatz in der Berliner Friedrich-Bergius-Schule. Die Einrichtung war in den letzten Wochen nach Übergriffen von Schülern mit Migrationshintergrund in die Schlagzeilen geraten. Am Donnerstag kam es jetzt zu einem Reizgasangriff: Ein Jugendlicher hatte zwölf weitere Schüler mit Pfefferspray verletzt.

Elf Verletzte konnten vor Ort durch Rettungskräfte versorgt werden, ein Schüler mußte zur Behandlung ins Krankenhaus gebracht werden. Gegenüber Apollo News bestätigte die Polizei, daß der Angreifer eine deutsch-bosnische Staatsbürgerschaft besitzt. Dem Angriff, der sich gegen 12 Uhr im Flur des Schulgebäudes ereignet hat, soll ein Streit zwischen einer 14-jährigen Schülerin und einem 15-jährigen Schüler vorausgegangen sein.

Dabei soll der 15-Jährige das Mädchen beleidigt und geschubst haben. Die Schülerin informierte daraufhin ihren Bruder, der ebenfalls Schüler an der Friedrich-Bergius-Schule ist. Der 15-jährige Bruder soll in der darauffolgenden Pause im Flur des Schulgebäudes auf den Jugendlichen losgegangen sein, ihn mit Pfefferspray attackiert und anschließend vom Schulgelände geflohen sein. Neben dem 15-Jährigen, der zur ambulanten Behandlung ins Krankenhaus gebracht wurde, erlitten elf weitere Schüler bei dem Angriff Atemwegs- und Augenreizungen.

Der Vorfall markiert bereits den zweiten Angriff auf einen Schüler der Friedrich-Bergius-Schule in diesem Jahr. Erst am 15. Januar war es zu einer Verfolgungsjagd gekommen, bei der ein Siebtkläßler mit Schlagringen, Baseballschlägern und Messern gejagt worden war. Der Siebtkläßler hatte Verletzungen durch Schläge und Tritte erlitten, die Polizei mußte mit einem Großaufgebot anrücken.

Gegenüber Apollo News erklärte die Polizei, daß es sich bei einem der Angreifer um einen 15-jährigen Syrer handelt. Zu weiteren Angreifern wurden keine Angaben gemacht. Insgesamt sind 80 Prozent der Schüler an der Friedrich-Bergius-Schule keine deutschen Muttersprachler.

Nach dem Vorfall hatte die Berliner Bildungssenatorin Katharina Günther-Wünsch die Schulleiterin der Schule, Andrea Mehrländer, für den Vorfall harsch kritisiert. Die Schulleitung hätte Hilfsangebote des Senats zuvor verweigert, so der Vorwurf von Günther-Wünsch.

Der Elternsprecher Andreas Thewalt stellte allerdings dar, daß der Senat infolge eines Brandbriefs der Schule wegen der vorherrschenden Umstände Hilfe versprochen, aber nie geliefert hatte.

Trotz des Vorwurfs des Elternsprechers und der Schulleitung der mangelnden Hilfe seitens des Senats sorgte die Senatorin Günther-Wünsch für die Entlassung der Schulleiterin Mehrländer in der vergangenen Woche. Seit dem 24. Januar ist der neue Schulleiter Engin Catik im Amt. Dieser Wechsel der Schulleitung verhinderte allerdings anscheinend nicht, daß es an der Friedrich-Bergius-Schule nun erneut zu einem Angriff auf einen Schüler kam.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 31. Januar 2025 (x1.472/…): >>**ARD-Moderatorin irritiert mit Frage zu Aschaffenburg - "Warum gehen denn Kinder dort bitte spazieren auch?"**

Einen Tag nach dem Attentat stellt eine ARD-Moderatorin die Frage, warum die Kindergartengruppe im Park Schöntal spazieren ging, wenn der Park von der Polizei als gefährlich ein-

gestuft wurde.
Marie Rahenbrock
In Aschaffenburg wurde ein Yannis getötet und Elin schwer verletzt.
Nur einen Tag nach dem Messerangriff in Aschaffenburg fragte eine Moderatorin in der ARD-Sendung Brisant, warum die Kindergärtner mit den Kindern im Park Schöntal spazieren gingen, wenn der Park von der Polizei als gefährlich eingestuft wurde. Sie sagte: "Der Park, Christoph, in dem der Messerangriff geschah, sind wir nochmal bei Erklärungen, ist eingestuft als gefährlicher Ort. Warum gehen denn Kinder dort bitte spazieren auch?" Sie wiederholte die Frage an den Reporter in der Live-Schalte in Aschaffenburg noch einmal: "Warum geht man da spazieren?". Das sorgt für Aufregung im Netz.
Der Reporter antwortete: "Das muß man differenziert betrachten." Der Park liege im Stadtzentrum und werde tagsüber von vielen Leuten besucht. Es sei eine "große, vielfältige Grünanlage". Abends jedoch werde der Park zum "Drogenumschlagsplatz", dann komme es zu Kriminalitätsdelikten. "Deshalb ist er von der Polizei eingestuft worden als gefährlicher Ort und wird auch verstärkt kontrolliert."
Weiter sagte der Reporter: "Diese Tat ist am helllichten Tag passiert, kurz vor Mittag, damit konnte so wohl keiner rechnen." Die Frage der Brisant-Moderatorin ist nicht die einzige Taktlosigkeit in Bezug auf die öffentlich-rechtliche Berichterstattung über Aschaffenburg.
Eine Journalistin des Bayerischen Rundfunks sagte, das Attentat sei "interessant" und "spannend". Laut ihr sei so etwas in der bayerischen Stadt "bislang tatsächlich noch nicht passiert." Die Kritik an den Aussagen der Reporterin wurde so groß, daß sich der BR nun selbst angehalten sah, eine Stellungnahme zu veröffentlichen. Laut dem Sender bedauere die Reporterin "die Formulierung sehr".
Sie sei von den Geschehnissen "tief betroffen". Die Frau hätte lediglich "an einer Stelle in einer Live-Schalte den Faden verloren und nach Worten gesucht". Die Reporterin würde selbst aus der Stadt kommen und hätte versucht, "den Schockzustand des Ortes" darzustellen. Bei dem Attentat am 22. Januar wurde der zweijährige Yannis durch den Afghanen Enamulla O. mit einem Messer getötet. Die zweijährige Elin wurde schwer verletzt, ihr stach der Täter in den Hals. Der 41-jährige Kai-Uwe Danz ging dazwischen, um die Kindergartenkinder zu schützen, und wurde ebenfalls getötet.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 31. Januar 2025 (x1.472/…):
>>**Fast drei Millionen Arbeitslose im Januar - so viele wie seit zehn Jahren nicht mehr**
Im Januar stieg die Zahl der Arbeitslosen auf fast drei Millionen an. So viele Arbeitslose gab es zuletzt vor zehn Jahren.
Von *Redaktion*
Nur im Februar 2015 war die Arbeitslosenzahl höher: 3,017 Millionen Menschen hatten keine Arbeit.
Im Januar stiegen die Arbeitslosenzahlen auf den höchsten Stand seit fast zehn Jahren. Die Bundesagentur für Arbeit meldete am Freitag 2,993 Millionen Arbeitslose. Das sind 186.000 Arbeitslose mehr als im Dezember. Damit stieg die Arbeitslosenquote um 0,4 Prozentpunkte auf 6,4 Prozent.
Zuletzt war die Arbeitslosenzahl im Februar 2015 mit 3,017 Millionen Arbeitslosen höher. Die Bundesagentur für Arbeit teilte am Freitag mit, ein Anstieg der Arbeitslosenzahl im Winter sei normal. Dennoch hinterlasse die Wirtschaftsschwäche ihre Spuren. "Das Beschäftigungswachstum setzt sich tendenziell zwar fort, verliert aber mehr und mehr an Kraft", sagte die Vorstandsvorsitzende der Arbeitsagentur, Andrea Nahles.
Bereits am Dienstag sagte eine Sprecherin der Behörde gegenüber Bild, die Zahl von drei Millionen sei rein "psychologisch", weil man davon ausgehe, daß die Arbeitslosenzahlen im Frühjahr wieder sinken, wenn die Saisonarbeit wieder losgeht. Die anhaltende wirtschaftliche

Schwäche führt allerdings vermehrt zu Stellenkürzungen, vor allem in der Industrie.
Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft teilte im November mit, daß noch 130.000 angekündigte Kündigungen ausstehen, darunter 30.000 Stellen bei der Deutschen Bahn, 14.000 Stellen bei ZF und 13.000 Stellen bei Continental.
Das Handelsblatt Research Institute (HRI) rechnet auch weiterhin mit einer wachsenden Arbeitslosigkeit: Im Jahresmittel könnte die Zahl der Arbeitslosen auf über drei Millionen ansteigen und 2026 sogar auf 3,06 Millionen anwachsen, hieß es in einem im Januar veröffentlichten Bericht.
Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), das zur Arbeitsagentur gehört, geht hingegen davon aus, daß die Zahl von drei Millionen Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt nicht überschritten wird. Im Gegensatz zum HRI geht das IAB von einem Jahresdurchschnitt für 2025 von 2,84 Millionen Arbeitslosen aus.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 31. Januar 2025 (x1.472/…):

>>**Merz spricht über Gruppenvergewaltigungen - SPD und Grüne reagieren empört, doch die Zahlen sind eindeutig**
Friedrich Merz spricht Klartext - und bringt die linken Fraktionen im Bundestag zum Kochen. Als der CDU-Chef Gruppenvergewaltigungen durch Asylbewerber thematisiert, brechen SPD und Grüne in Empörung aus.
Von *Redaktion*
Ein aufgeladener Moment im Deutschen Bundestag: Als CDU-Chef Friedrich Merz in seiner Rede zum "Zustrombegrenzungsgesetz" auf die Problematik der Gruppenvergewaltigungen durch Asylbewerber hinwies, reagierten Abgeordnete der SPD und der Grünen empört und lautstark - ganz so, als existiere diese gar nicht.
Merz sagte: "Aber ist das Ihr Ernst, daß wir angesichts der Anschläge in Magdeburg, in Aschaffenburg, der täglich stattfindenden Gruppenvergewaltigungen aus dem Milieu der Asylbewerber heraus - ist das Ihr Ernst, daß wir angesichts der Tatsache, daß sich mittlerweile Elterngruppen in ganz Deutschland zusammenfinden, von Kindern, die von Asylbewerbern Opfer geworden sind, von schwersten Straftaten - ist das Ihr Ernst, daß wir heute darüber in der Mitte des Deutschen Bundestages nicht entscheiden können? Das kann nicht Ihr Ernst sein."
Kaum hatte Merz diese Worte ausgesprochen, schlugen SPD- und Grünen-Politiker mit Empörung zurück. Es folgten laute Zwischenrufe und sichtliche Aufregung.
Die Zahlen sprechen eine klare Sprache: Laut der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) der Bundesregierung wurden im vergangenen Jahr 761 Gruppenvergewaltigungen registriert, nach 789 im Jahr 2022 und 677 im Jahr 2021. In den Jahren zuvor lagen die Zahlen bei 704 (2020) und 710 (2019). Das bedeutet, daß in Deutschland durchschnittlich mehr als zwei Gruppenvergewaltigungen pro Tag stattfinden. Die Dunkelziffer könnte noch deutlich höher liegen.
Der Anteil nichtdeutscher Tatverdächtiger lag laut einer Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der AfD bei 50 Prozent in den Jahren 2019 und 2022. In den Jahren 2020 und 2021 lag er mit 46 bzw. 47 Prozent nur leicht darunter, 2023 betrug er 48 Prozent.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 31. Januar 2025 (x1.472/…):

>>**Nach Abstimmung: Scholz mahnt, sich "nicht spalten zu lassen"**
Der Bundestag hat das von der Union eingebrachte "Zustrombegrenzungsgesetz" knapp abgelehnt - zur Erleichterung von Kanzler Scholz. "Wir dürfen uns nicht spalten lassen", mahnt dieser jetzt ausgerechnet.
Von *Redaktion*
Der Bundestag hat am Freitag das von der Union eingebrachte "Zustrombegrenzungsgesetz" mit knapper Mehrheit abgelehnt. Für Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) ist das wenig überraschend ein Grund zur Erleichterung.

"Der Bundestag hat das "Zustrombegrenzungsgesetz" abgelehnt. Darüber bin ich erleichtert - und ich bin mir sicher, daß es vielen anderen auch so geht. Denn: Wir dürfen uns nicht spalten lassen", schrieb Scholz auf der Plattform X.
Nachdem die Union am Mittwoch auch mit Stimmen der AfD ihren 5-Punkte-Plan im Bundestag beschlossen hatte, behauptete Scholz, er könne Friedrich Merz nicht mehr vertrauen, daß dieser nicht doch eine "schwarz-blaue Koalition" eingehen würde.
Während Scholz den gesellschaftlichen Zusammenhalt beschwört, nutzen SPD und Grüne die Gelegenheit, um die CDU und ihren Vorsitzenden Friedrich Merz in die Nähe der AfD zu rücken. Begriffe wie "Faschismus" werden in den Raum gestellt, Parallelen zur Machtergreifung der Nationalsozialisten gezogen. Auf Protesten werden Holocaust-Referenzen genutzt, um politische Stimmung zu machen.
In mehreren deutschen Städten wurden CDU-Geschäftsstellen von linken Demonstranten attackiert und besetzt. Demonstranten zündeten Pyrotechnik und hielten Plakate hoch, die Merz mit Reichspräsident Hindenburg gleichsetzten.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 31. Januar 2025 (x1.472/…):
>>**23 Abweichler bei der FDP, 12 bei der Union - an diesen Abgeordneten scheiterte Merz' Vorstoß**
Das "Zustrombegrenzungsgesetz" fiel im Bundestag durch. Von 197 Unionsabgeordneten stimmten 12 nicht mit der Fraktionslinie. Bei der FDP ist es stärker: Mit 2 Nein-Stimmen, 5 Enthaltungen und 16 Abwesenden ließ auch sie das Gesetz scheitern.
Christopher Mang
Das "Zustrombegrenzungsgesetz" der CDU/CSU-Fraktion ist im Bundestag am Freitag knapp abgelehnt worden. 338 Abgeordnete stimmten dafür, 350 dagegen, 5 enthielten sich. Insgesamt wurden 693 Stimmen abgegeben. Ursprünglich hatten CDU/CSU, FDP, AfD und das BSW angekündigt, das Gesetz zu unterstützen.
Die größte Abweichung kam von der FDP. Zwei ihrer Abgeordneten stimmten gegen das Gesetz, fünf enthielten sich, sechzehn blieben der Abstimmung fern.
Innerhalb der CDU/CSU-Fraktion blieben zwölf Abgeordnete von insgesamt 197 der Abstimmung fern. Bereits am Mittwoch hatten sich neun Unionsabgeordnete beim Entschließungsantrag nicht beteiligt. Die einzige CDU-Abgeordnete, die offen gegen ihre Fraktion stimmte, war Antje Tillmann.
Am Mittwoch hatte es beim Entschließungsantrag neun Abgeordnete gegeben, die nicht abgestimmt hatten. Die einzige CDU-Abgeordnete, die offen gegen ihre Fraktion stimmte, war Antje Tillmann. Die anderen Parteien wiesen ähnliche Werte auf.
Nach der massiven medialen Kritik an der Union, den teils gewalttätigen Demonstrationen und der Einmischung Angela Merkels ist das Abstimmungsergebnis wenig überraschend. Trotz des Widerstands aus Regierungskreisen und der Ablehnung durch Rot-Grün bleibt der Rückhalt für Merz in seiner Fraktion allerdings relativ stabil. Die Mehrheit der Deutschen unterstützt seinen Kurs: 66 Prozent sprechen sich für eine Migrationswende aus.
Merz selbst kritisierte das Abstimmungsverhalten der FDP scharf: "Bei der FDP hat es zwei Nein-Stimmen, fünf Enthaltungen und 16 Nicht-Teilnahmen gegeben. Die FDP hat mit ihrer schlechten Präsenz und ihren vielen Enthaltungen und den zwei Nein-Stimmen mit verhindert, daß es zu einer Asyl- und Migrationswende gekommen ist. Ich bedaure das."<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 31. Januar 2025 (x1.472/…):
>>**12 Stimmen - Zustrombegrenzungsgesetz vom Bundestag mit knapper Mehrheit abgelehnt**
Am Freitag lehnte der Bundestag das Zustrombegrenzungsgesetz der Union mit einer knappen Mehrheit ab. Am Ende entschieden zwölf Stimmen über den Antrag. Etwa ein Dutzend Abweichler entschieden die Abstimmung in Reihen der CDU und FDP.

Von *Redaktion*
31.01.2025 18:43
Abweichler bei FDP und Union entscheiden die Abstimmung
Insgesamt gab es in der FDP-Fraktion 23 Abweichler, bei der Union waren es zwölf Abweichler. Die Union hätte die Entscheidung selbst herbeiführen können, allerdings gab es bereits bei der Abstimmung am Mittwoch eine ähnlich hohe Anzahl an Abweichlern. Auch für Freitag war daher mit etwa zehn Enthaltungen gerechnet worden. Viel überraschender ist aber das Abstimmungsverhalten der FDP, wo allein 16 der 90 Abgeordneten keine Stimme abgaben (mehr dazu hier).
31.01.2025 17:25
Zustrombegrenzungsgesetz abgelehnt
In zweiter und dritter Lesung hat der Bundestag das Gesetz zur Begrenzung des illegalen Zustroms von Drittstaatsangehörigen nach Deutschland, kurz Zustrombegrenzungsgesetz, abgelehnt. 338 Abgeordnete stimmten letztlich für das Gesetz, 350 dagegen. 5 enthielten sich. Insgesamt wurden 693 Stimmen abgegeben.
31.01.2025 17:22
SPD beantragt Sitzungsunterbrechung
Die SPD hat für parteiinterne Beratungen eine Unterbrechung der Sitzung beantragt. Das Plenum leert sich. Nach der Verkündung des Ergebnisses hatten Grüne und SPD geklatscht, vor allem die Die Linke hatte sich lautstark über die Ablehnung gefreut.
31.01.2025 16:35
Abstimmung beginnt
Auf der Tagesordnung steht jetzt die Abstimmung über den Unions-Antrag. Zunächst gibt es Anträge zur Abstimmung, unter anderem den Verhinderungs-Antrag, der den Gesetzesentwurf im Ausschuß versauern lassen soll. Dieser geht mit den Stimmen von Rot-Rot-Grün nicht durch, Union, FDP, AfD und BSW stimmen dagegen. Damit ruft die sitzungsleitende Bundestagspräsidentin Göring-Eckardt die Abstimmung auf - es wird namentlich abgestimmt.
31.01.2025 16:21
Union widerspricht: Grüne wollen Probleme nicht lösen
"Mit dem, was Sie hier vorgetragen haben, werden Sie dem ernsten Teil der Debatte nicht gerecht". Die Union habe vier Stunden "mit allen demokratischen Parteien der Mitte" gesprochen und Angebote gemacht. Doch insbesondere die Grünen hätten deutlich gemacht, "daß Sie nicht bereit sind, inhaltlich über diese Themen zu sprechen. Ihnen ging es ganz grundsätzlich darum, daß wir heute nicht zu einem Ergebnis kommen."
31.01.2025 16:19
Grüne wollen Abstimmung verhindern
Die Debatte ist beendet - da schreitet Grünen-Fraktionsvorsitzende Katharina Dröge nochmal zum Rednerpult, sie spricht zur Geschäftsordnung. Die Debatte habe gezeigt, was für ein Keil in die Mitte des Parlamentes getrieben wurde. Demokratische Abgeordnete würden sich zu scharfe Vorwürfe machen: "Wir haben eine immer weiter in einen Furor reingesteigerte Debatte erlebt", klagt Dröge. "So weit darf es nicht kommen."
Deswegen schlägt sie vor, das Gesetz der Union nochmal in den Ausschuß zu überweisen - denn man könne "nicht mit Rechtsextremen abstimmen". Sie wiederholt Habecks Worte und problematisiert das Argument, eine Mehrheit wolle die Migrationswende. Das schließe "Faschisten und Rechtsextreme in diesem Land" ein.
31.01.2025 16:04
Faeser schimpft auf Union - und schweigt zur Gewalt auf deutschen Straßen
Innenministerin Nancy Faeser spricht ebenfalls in der Debatte: Laut der SPD-Politikerin hat die Union "die demokratische Mitte verlassen." Daß linksradikale im ganzen Land Straf- und

Gewalttaten gegen die CDU begehen, ist der Ministerin kein Wort der Verurteilung wert: In der Debatte schweigt Faeser dazu, schimpft lieber auf die Union.
Der Gesetzesentwurf bringe Deutschland "inhaltlich nicht weiter", sagt sie in Richtung CDU/CSU. "Unsere Verfassung und die Europäische Menschenrechtskonvention schützen Familien." Den Familiennachzug dauerhaft auszuschließen, ginge daher nicht, behauptet sie. Die SPD wolle aber noch einmal mit der Union verhandeln.
31.01.2025 15:39
AfD schimpft auf Union: Warum erst jetzt?
Der erste parlamentarische Geschäftsführer der AfD-Fraktion, Bernd Baumann, hält eine laute Rede und hält der Union ihr jahrelanges Versagen in der Migrationspolitik vor. Er fragt, warum die Union jetzt erst, nach Aschaffenburg handle - und nicht schon nach vergleichbaren Morden, die es in den letzten Jahren immer und immer wieder gab. Er kündigt an, seine Partei werde dem Gesetzentwurf zustimmen. Gleichzeitig wirft er der Union die stundenlangen Verhandlungen vom Vormittag als Einknicken und Zaudern vor. Es müsse allen Wählern klar sein: "Eine grundsätzliche Änderung in der Migrationspolitik gibt es nur mit der AfD!", ruft er.
31.01.2025 15:26
"Es geht Ihnen nur um sich selbst"
Kubicki wirft Rot-Grün Bigotterie vor und sagt: "Wer glaubt, andere mit moralischen Appellen beeindrucken zu können, während er selbst nichts tut, um die offenkundigen Probleme im Land anzugehen, der zeigt nur eins: Es geht ihm nicht ums Land. Es geht ihm nur um sich selbst"
Zu den infamen Kampagnen insbesondere der SPD sagt er: "Was Sie hier seit Mittwoch veranstalten, ist wirklich ein Schmierentheater. Und ich sagen Ihnen aus meiner langen Lebenserfahrung, Herr Kollege Mützenich: Gerade die Sozialdemokratie wird am 23. Februar dafür einen bitteren Preis zahlen."
31.01.2025 15:24
Kubicki macht Rot-Grün in feuriger Rede fertig
Für die FDP macht Wolfgang Kubicki die rot-grünen Parteien in der bisher besten Rede fertig. Er sei schon für "mehr Demokratie wagen" eingetreten, als viele im Bundestag nicht mal geboren waren, sagt Kubicki. "Ich habe die Institutionen dieses Landes in den 90ern schon gegen die DVU verteidigt". "Und jetzt muß ich mir von einer Vorfeldorganisation der Grünen sagen lassen, ich würde dem Faschismus Tür und Tor öffnen. Gleichzeitig muß ich mit von der Vorsitzenden der Grünen-Fraktion sagen lassen, meine Partei stünde rechts von der AfD!" Kubicki ist sauer: "Wenn sich jemand entschuldigen muß, dann Frau Hasselmann bei meiner Partei!"
Hart geht Kubicki mit den Grünen ins Gericht. "Wer parlamentarische Mitbewerber auf diese Weise abqualifiziert, die ihre parlamentarische Pflicht erfüllen, der sollte sich in Sachen Moral besser zurückhalten. Und ich finde: Eine Partei, bei der die Unschuldsvermutung in eine Schuldvermutung verkehrt wird, sollte sich insgesamt zurückhalten."
"Wenn wir jetzt erleben, daß CDU-Zentralen beschmiert werden und die Polizei Veranstaltungen von CDU und FDP schützen muß, frage ich Sie: Was tun Sie gegen diese Verrohung des demokratischen Diskurses? Was tun Sie dagegen?"
Die Grünen hätten "jede vernünftige Initiative bei der Migration" hintertrieben und verschleppt. Sie hätten im EU-Parlament gegen die Asylrechts-Reform auf EU-Ebene votiert, in Deutschland die Ausweitung sicherer Herkunftsländer verweigert. All das sei "unmoralisch."
"Und ich finde es unmoralisch, daß die Grünen nach dem Anschlag von Aschaffenburg selbstergriffen Selfie-Fotos machen, während wenige hundert Meter weiter Hamas-Anhänger brüllen: Tot den Juden. Und kein Wort dazu!" Kubicki macht die Grünen und die linken Parteien

brutal nieder: "Ich finde es unmoralisch, daß Sozialdemokraten und Grüne bei jedem Anschlag tief betroffen sind - aber seit Jahren wegschauen, wie die Freiheit im Land meterweise stirbt".<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 31. Januar 2025 (x1.468/…): >>**AfD-Verbot? Gescheitert!**

Von *Sven Eggers*

Eigentlich war das eine historische Angelegenheit: Der Bundestag diskutierte gestern über das Verbot der blauen Oppositionspartei. Allerdings ist das Ansinnen ziemlich jämmerlich gescheitert. …

Über Namen möge man keine Witze machen, das ist journalistischer Standard. Mit Blick auf den Bundestagsabgeordneten Marco Wanderwitz ist es eine echte Herausforderung, sich an diese Regel auch zu halten, zumal sein Unmut auf die AfD in Teilen lächerlich daherkommt. Es war nun federführend an dem AfD-Verbotsantrag beteiligt, hatte in den vergangenen Monaten etwas mehr als 100 Abgeordnete davon überzeugen können, sein Papier mitzutragen. Am Ende wurde nicht einmal über seinen Antrag abgestimmt.

Beleidigungs-Bingo

Im Rampenlicht stand er gestern aber doch. Immer wieder fingen ihn die TV-Kameras während der Debatte ein, wiederholt wurde er zu Interviews gebeten. Tapfer stand er dabei seinen Mann, bezeichnete die AfD abwechselnd als Hort für "Verfassungsfeinde" oder "Menschenfeinde" oder "Feinde der Demokratie". Ja, "demokratievergiftend" sei die Partei von Alice Weidel. Sie müsse weg!

Folgen wollte ihm nur eine verhältnismäßige kleine Minderheit im Bundestag, zumeist Hinterbänkler. Die meisten etablierten Volksvertreter lösten das argumentativ so: Natürlich sei es "richtig und wichtig, diese Debatte zu führen", aber …

Und dann kamen Argumente von "mangelnder Erfolgsaussicht" bis hin zu "dauert zu lange" oder "lieber politisch bekämpfen".

Wer blieb dem Wanderwitz letztlich? Renate Künast von den Grünen, die hielt ihm die Stange. Es könne ja nicht angehen, daß die NPD zu klein, die AfD aber zu groß für ein Verbotsverfahren sei. Sie glaube, die AfD käme demnächst mit einer Gewaltherrschaft um die Ecke. Das hat sie wirklich gesagt. Carmen Wegge, Abgeordnete der SPD, gab sich empört, daß die AfD auch "Remigration" fordere. Na dann …

Zu den prominentesten Rednern der etwa neunzigminütigen Debatte zählte Ex-Grünen-Chefin Ricarda Lang. Sie warf in erster Linie der CDU vor, zu einem "Handlanger der AfD" geworden zu sein, so meckerte sie.

Vor einem "grassierenden Faschismus" sprach SPD-Politiker Helge Lindh. Die AfD sei "erbärmlich und unanständig". Jeder durfte einmal draufschlagen.

Konstantin Kuhle von der FDP sehe in der AfD zwar ein "Organ hybrider Kriegführung durch Rußland und China", aber ein Verbot befürworte er nicht. Ähnlich der Auftritt von Philipp Amthor von der CDU: Viele AfD-Funktionäre seien "antisemitisch", "rechtsextrem" und "frauenverachtend". Allerdings sei dies der "falsche Zeitpunkt" für die Einleitung eines Verbotsverfahrens, weil es der AfD die Möglichkeit gebe, sich in der "Opferrolle zu suhlen".

Was sagt die AfD?

Für die AfD sprachen Peter Boehringer und Stephan Brandner. Beide hatten leichtes Spiel. Mit einem Verbot würden Millionen Wähler einfach so ausgegrenzt, so die AfD-Abgeordneten. Linke Medien und eine "Antifa-Innenministerin" reichten aber nicht aus, um hier quasi die Demokratie auszuhebeln. Gegen die AfD werde mit "Mitteln der Diktatur und von Polizeistaaten" vorgegangen, kritisierte Brandner. "Statt Probleme zu lösen, leben sie ihren Verbots- und Unterdrückungsfetischismus aus!"

Über den aussichtslosen Antrag wurde letztlich gar nicht erst abgestimmt. Er soll nun im In-

nenausschuß beraten werden. Dort wird er sehr wahrscheinlich ein Begräbnis dritter Klasse erfahren.<<

Schweiz: Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 06/25" berichtet am 31. Januar 2025 (x1.476/…): >> **Zwei Brandreden in den Alpen**

Gerhard Papke

Das war ein Schock für das World Economic Forum in Davos, als Argentiniens Präsident Javier Milei in seiner Rede nicht nur für eine radikal-liberale Agenda trommelte, sondern in seiner Brandrede zugleich der "Epidemie des Wokeismus" den Kampf ansagte. Seine Abrechnung mit dem Marxismus in wirtschaftlicher wie kultureller Form war gnadenlos.

Er ließ keinen Zweifel, daß er sich als Teil einer weltweiten Reformbewegung sieht, zu deren Mitstreitern er namentlich unter anderem Musk, Orbán, Meloni und natürlich Donald Trump zählte.

Ebendieser Trump sorgte mit seiner zugeschalteten Rede für den zweiten Knalleffekt. So knallhart, wie er seine "AmeriCa First-Agenda" vortrug, mußte jedem klar werden, wie fundamental sich die Welt ändern wird. Hohe Importzölle, mit denen Trump droht, können in Protektionismus umschlagen, mit Wohlstandsverlusten für alle Länder. Der Ökonom Milei wird ihm das hoffentlich erläutern.

Doch Trumps Beharren auf einer Politik nationaler Stärke ist so richtungsweisend wie ihre gemeinsame Agenda zur Rettung der christlich-abendländischen, westlichen Kultur. Wie akut diese Kultur bedroht ist, kann man nirgends besser sehen als in Europa. Höchste Zeit, daß wir Deutschen etwas unternehmen, um unser Land zu bewahren.

Gerhard Papke ist Ex-Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion und Landtagsvizepräsident in NRW.<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/31745" berichtet am 31. Januar 2025 (x1.469/…): >>**Größtes medizinisches Verbrechen Amerikas: Lobotomie vs. Gender-OPs**

Wie in der Sendung über die geleakten WPATH-Dokumente (auf deutsch: Weltfachverband für Transgender-Gesundheit) bereits erwähnt, sind ganze Ärzteverbände damit beschäftigt, Genitaloperationen an Menschen durchzuführen, die an der sogenannten Genderdysphorie leiden. Diese Menschen würden sich in ihrem Körper unwohl fühlen und oftmals unter psychischen Problemen leiden - so beschreiben es die WPATH-Ärzte und -Therapeuten aus ihrer Praxiserfahrung.

Und prompt "unterstützen" sie ihre Patienten durch verschiedene geschlechtsangleichende OPs, unter anderem mit der künstlichen Bildung von Geschlechtsorganen (Vagino- oder Phalloplastik), Entfernung der Gebärmutter (Hysterektomie) und "Top Surgery", also einer Entfernung der weiblichen Brüste (Mastektomie). Doch sind solch buchstäblich einschneidenden Eingriffe wirklich heilsam und zielführend für psychisch Leidende? Oder gibt es da großen Grund zur Besorgnis? Lernen wir aus Beispielen der Vergangenheit:

Zur Geschichte der Lobotomie:

Mitte des 20. Jahrhunderts herrschte in der medizinischen Welt die weit verbreitete Meinung, daß die wirksamste und humanste Behandlung von Geisteskrankheiten die Lobotomie sei. "Bei der gängigen Methode bohrt man beidseitig ein Loch in den Kopf, führt dann ein stumpfes Instrument ein und vollführt damit eine bogenförmige Drehbewegung, wodurch eine nicht unerhebliche Menge an Hirnsubstanz zerstört wird.

Ein anderes Verfahren besteht darin, daß man durch die dünne Struktur, die Auge und Hirn voneinander trennt, ein chirurgisches Gerät durch die Augenhöhle ins Gehirn einführt und ebenfalls bogenförmig bewegt." So werden Davison und Neale von Heiko Schöning in seinem Buch "Game Over" zitiert. (Game Over S.111)

1941 beschrieb die New York Times, daß bei Lobotomie-Patienten "(…) Sorgen, Verfolgungskomplexe, Selbstmordabsichten, Obsessionen, Unentschlossenheit und nervöse Span-

nungen durch eine neue Operation am Gehirn, im wahrsten Sinn des Wortes, mit dem Messer aus dem Kopf geschnitten werden." Wobei die Brutalität der operativen Verstümmelung nicht erwähnt wurde. Denn "(…) durch die Lobotomie wurden etwa Menschen in psychiatrischen Einrichtungen anfangs ruhiger (…)", zitiert Schöning weiter, was der brutalen OP zunächst den Anschein einer Wunderheilung verlieh.
Trotz der offensichtlichen Gefahren und verheerenden Nebenwirkungen machte sich die medizinische Gemeinschaft schnell die Praxis der Lobotomie als Behandlung für eine Vielzahl von psychischen Störungen zu eigen, darunter Depressionen, Zwangsstörungen, Epilepsie und Schizophrenie.
Lobotomisten, d.h. Ärzte, die diese OP durchführten, wurden nicht verunglimpft, sondern genossen bei vielen ein hohes Ansehen. Antonio Moniz, der Erfinder der Lobotomie, wurde 1949 für seinen Beitrag zur Medizin mit dem Nobelpreis geehrt. Walter Freeman und James Watts, die das Verfahren in den Vereinigten Staaten populär machten, wurden auf den Jahrestagungen der American Medical Association (AMA) (amerikanische Berufsvereinigung und Lobbygruppe von Ärzten und Medizinstudenten …) herzlich empfangen, wo sie mit Ausstellungen über ihre hirnverstümmelnden Eingriffe informierten. Nach Peter Breggin wird Freeman folgendermaßen zitiert:
"Die Psychochirurgie erlangt ihren Erfolg dadurch, daß sie die Phantasie zerschmettert, Gefühle abstumpft, abstraktes Denken vernichtet und ein roboterähnliches, kontrollierbares Individuum schafft." (Game OVER S. 110)
Da es zu jener Zeit als unethisch galt, Ärztekollegen zu kritisieren, verlieh das angesehene "New England Journal of Medicine" dem Verfahren wissenschaftliche Gültigkeit: Es veröffentlichte einen Artikel, in dem es hieß, die Operation beruhe "(…) auf soliden physiologischen Beobachtungen". Auch die Boulevardpresse spielte eine entscheidende Rolle. In den nächsten fünf Jahren wurde die Lobotomie häufig in populären US-Publikationen wie "Reader's Digest", "Time" und "Newsweek" behandelt.
Die Berichterstattung war insgesamt positiv und spielte die barbarische Realität des Eingriffs herunter. Keine der bedeutenden amerikanischen medizinischen Vereinigungen, einschließlich der American Psychiatric Association (APA)(amerikanische psychiatrische Gesellschaft - wichtigste psychiatrische Vereinigung in den USA) und der American Medical Association (AMA) (amerikanische Berufsvereinigung und Lobbygruppe von Ärzten und Medizinstudenten), hatten sich offiziell gegen den Eingriff ausgesprochen.
Verzweifelte Patienten und ihre Familien beantragten eine Lobotomie, nachdem sie diese Artikel gelesen hatten. Die Bedingungen in den psychiatrischen Anstalten dieser Zeit waren beklagenswert, und alternative Behandlungsmethoden wie die Insulinkomatherapie (künstlich herbeigeführte Unterzuckerung durch die Verabreichung von Insulin, worauf der Patient für einige Minuten in ein Koma fällt) und die Elektroschocktherapie (hierbei wird unter Narkose für Sekunden Strom durch das Gehirn geleitet, der einen "therapeutischen" Krampfanfall auslöst) waren ebenfalls hart und oft gewalttätig.
Dies führte zu einer starken, vorsätzlichen Blindheit gegenüber dem barbarischen Charakter der Lobotomie und den damit verbundenen Nebenwirkungen. Häufig versetzte das Verfahren die Patienten in einen Zustand "chirurgisch herbeigeführter Kindheit".
Freeman erfand die "transorbitale Lobotomie", bei der ein chirurgisches Instrument, das einem Eispickel ähnelte, durch die Augenhöhle des Patienten in das Gehirn gehämmert wurde. Er betrachtete sein Verfahren als erfolgreich, wenn seine Patienten die Anstalt verlassen und zu Hause "auf dem Niveau eines häuslichen Invaliden oder eines Haustieres" gepflegt werden konnten. Er war auch davon überzeugt, daß der Eingriff um so besser war, je früher er durchgeführt wurde und setzte sich dafür ein, daß die Operation als erste Behandlungsmöglichkeit für Menschen mit nur leichten Geisteskrankheiten galt.

Doch der fragwürdige Erfolgsmaßstab blieb aus: Einige Patienten blieben dauerhaft behindert und etwa 15 % starben. Den glücklichsten von Freemans Patienten gelang es, ein halbwegs unabhängiges Leben zu führen und gering qualifizierte Jobs anzunehmen, aber die meisten hatten nicht so viel Glück.
Bei vielen wurde das Langzeitgedächtnis zerstört, und sie hatten selbst mit den einfachsten Aufgaben zu kämpfen. Etliche blieben lebenslang behindert. Das wohl ungeheuerlichste Verbrechen Freemans war, daß er transorbitale Lobotomien an Kindern durchführte, insgesamt 19, von denen 11 in der 1950 erschienenen Ausgabe seines Buches "Psychosurgery" (Psychologische Operation) beschrieben wurden. Das jüngste Kind war erst vier Jahre alt. Zwei der 11 Kinder starben an Hirnblutungen.
Erst als die "New York Times" in ihrer Berichterstattung erklärte, daß "Chirurgen jetzt so wenig Bedenken an Operationen am Gehirn haben wie daran, einen Blinddarm zu entfernen", begann sich der Widerstand gegen das Verfahren ernsthaft zu formieren. Denn die zunächst ruhiger gewordenen Patienten in psychiatrischen Anstalten, wurden "(…) dann stumpfsinniger, teilnahmsloser und starben" ("Game Over" S. 111, Barahal).
Kritiker wiesen endlich auf die schweren Nebenwirkungen hin, die bei vielen Patienten auftraten, äußerten Bedenken hinsichtlich der Kriterien, die zur Erfolgsmessung verwendet wurden und warfen den Chirurgen vor, die Eingriffe ohne vorherige psychiatrische Beurteilung durchzuführen. Jedoch der Mangel an humanen Behandlungsalternativen - oder eher das blinde Hinwegsehen über die Brutalität der Methode - veranlaßte Psychiater und Familien, dennoch zu solch verzweifelten Maßnahmen zu greifen.
Erst die Erfindung des Medikaments Chlorpromazin (Psychopharmaka mit dämpfender Wirkung und starken Nebenwirkungen) in den 1950ern löste den jähen Rückgang der Lobotomie aus.
Heiko Schöning ging in seinem Buch sogar so weit, von der Eispickel-Persönlichkeitszerstörung zu sprechen. Durch Lobotomie wurden in den USA, so Schöning, zwischen 1936 und 1978 rund 35.000 Personen verstümmelt. Weltweit werden die Opfer auf rund eine Million geschätzt. Und nicht selten wurden solche Methoden zum Brechen des Widerstandes eingesetzt, sei es in Strafvollzugsanstalten oder bei zivil Ungehorsamen, also an Kritikern des vorherrschenden Systems.
"Neben der Anwendung bei psychiatrisch kranken Menschen gibt es von Anfang an Bestrebungen, soziale Probleme mittels Hirnoperation zu lösen. Hier beginnt die eigentliche Nutzung der Psychochirurgie für das Organisierte Verbrechen. Anfang des 20. Jahrhunderts hatte bereits ein britischer Mediziner vorgeschlagen, durch eine Hirnoperation den Streikwillen der Bergarbeiter zu entfernen (…) Neben der Eispickelmethode (…) gibt es mittlerweile eine Vielzahl verfeinerter psycho-chirurgischer Eingriffe. (…)
Weltweit wird bis heute mit und an diesen Fortentwicklungen gearbeitet. Alle Methoden haben eines gemeinsam: Sie zerstören dauerhaft Teile des Gehirns. Die Psychochirurgie steht, trotz der mittlerweile bewiesenen Unbrauchbarkeit zu sozialen Therapiezwecken, weiterhin hoch im Kurs." (Gildengerb "Game Over" S. 112-113)
Die Gegenwart der Genitalchirurgie:
Allein, wie die Ärzteverbände Freemans barbarische Methode als wissenschaftlich gültig erklärten, beweist ein Höchstmaß verbrecherischer Gewissenlosigkeit und krimineller Energie. Die Geschichte dieser brutalen, operativen Eingriffe der Lobotomie hätte der medizinischen Welt als abschreckendes, unmenschliches Beispiel dienen sollen.
Aber weit gefehlt!
Nur etwa 70 Jahre später bahnt sich ein nächstes Desaster an. Eine kalifornische Therapeutin berichtet ihren Kollegen im WPATH-Forum von der "bemerkenswerten Heilkraft" der chirurgischen Kastration für ihre psychisch kranken Patienten, die so "auf den Weg der emotionalen

Genesung" gebracht wurden und vermutlich für immer glücklich lebten.
Gender-Chirurgen der WPATH umgehen, wie die Lobotomisten vor ihnen, die ethischen Anforderungen, daß ein chirurgischer Eingriff nachweislich sicher und vorteilhaft sein muß, bevor er in die allgemeine medizinische Praxis eingeführt wird.
Die wenigen Langzeitstudien über Genital-OPs, die es gibt, zeigen erhebliche Beeinträchtigungen der sozialen Funktionsfähigkeit, hohe Raten psychischer Erkrankungen im Nachgang und ein erhöhtes Selbstmordrisiko. Trotzdem befürworten dieselben Organisationen wie damals, also Verbände wie die APA (amerikanische psychiatrische Gesellschaft- wichtigste psychiatrische Vereinigung in den USA…) und AMA (amerikanische Berufsvereinigung und Lobbygruppe von Ärzten und Medizinstudenten), die Genitalamputation von Minderjährigen und psychisch kranken Erwachsenen durch WPATH-Chirurgen.
In beiden geschichtlichen Skandalen sind die Opfer mehrheitlich entweder minderjährig oder psychisch krank oder beides, und die durchgeführten OPs führen zu dauerhaften Entstellungen und Behinderungen. Es bleibt den männlichen Patienten nach einer operativ aufgebauten Vagina (Vaginoplastik) im besten Fall ein Hohlraum zurück, der lebenslang geweitet werden muß, sowie eine drastisch eingeschränkte Sexualfunktion.
Die weniger Glücklichen erleiden schwerwiegende Komplikationen wie blutgefüllte Becken, Probleme beim Wasserlassen und Fisteln. Ritchie Herron, ein de-transitionierter (Rückgängigmachung der geschlechtlichen Umwandlung) Mann, der sich während einer psychischen Krise einer Vaginoplastik unterzog, beschreibt sein Leben nach der Operation als einen lebenden Albtraum. "So kann man nicht in Würde leben", sagte das 32-jährige Opfer des heutigen medizinischen Verbrechens, das unter ständigen Schmerzen, Taubheitsgefühlen und Harnwegsstörungen leidet.
Eine Gegenüberstellung von Lobotomie und Genitalchirurgie:
Obwohl viele Patienten von Komplikationen geplagt werden und unter erheblichen psychischen und beziehungstechnischen Schwierigkeiten leiden, wird öffentlich gelogen und damit geworben, sie seien mit dem Ergebnis ihrer Genital-OP zufrieden.
Im Vergleich dazu waren früher zahlreiche Familien Dr. Freeman aufrichtig dankbar, daß er ihren Angehörigen geholfen hat, trotz der durch die OP verursachten enormen verheerenden Folgen. Damals wie heute deutet es auf ein gewisses Maß an Selbsttäuschung hin oder, wie niederländische Forscher befürchten, auf ein "durch Wunschdenken verzerrtes Glück".
Familien, die in die Lobotomie eines geliebten Menschen eingewilligt haben, haben natürlich den Anreiz, sich an die Überzeugung zu klammern, daß es die richtige Entscheidung war. Dabei werden die offensichtlichen Anzeichen, daß dies nicht der Fall war, vorsätzlich ignoriert. Viele Heranwachsende oder ihre Eltern sowie betroffene Erwachsene stehen heute möglicherweise vor einem ähnlichen inneren Kampf.
Alle verfügbaren Erkenntnisse aus der Zeit, bevor der "Gender-Hype" hoch politisiert wurde, deuten darauf hin, daß die Mehrheit aller Minderjährigen sich nach der Pubertät mit ihrem Geschlecht versöhnt. Doch leider liegt der natürlichen Entwicklung von Jugendlichen ein zerstörtes gesellschaftliches Fundament zugrunde. Denn das völlig natürliche Suchen nach der eigenen Identität, einhergehend mit Unzufriedenheit und Zweifel an sich selbst, wird gezielt einer Gender-Deutungshoheit unterworfen.
Die Kinder unserer Zeit sind infiltriert. Ab dem Kindergarten werden sie aufgefordert, ihr Geschlecht in Frage zu stellen. Im Schulunterricht wird der ganz natürliche Entwicklungsprozeß der Pubertät bewußt falsch gedeutet. Nämlich, daß man möglicherweise im falschen Körper geboren wurde und ein anderes Geschlecht zu wählen kein Problem sei. Genau das spielt der Gender-Ideologie und WPATH in die Hände. Spaltung und Zerstörung von Familien sind nicht selten ein zusätzliches Leid.
Statt in Ausgewogenheit und Geduld mit der jungen Generation das Ende der Entwicklung

abzuwarten, plädieren die Mitglieder der WPATH, in unverantwortlicher Weise, für chirurgische Eingriffe als einzige Behandlungsmöglichkeit, selbst für Minderjährige und schwer psychisch Kranke. Ganz ähnlich, wie Freeman und seine Kollegen damals behaupteten, daß die Lobotomie die einzige Hoffnung für die armen, unglücklichen Seelen in den Irrenanstalten sei. Damals wie heute: eine nicht wieder gut zu machende Verstümmelung!

Fazit: Nachdem 1967 sein letzter Patient an einer Hirnblutung gestorben war, wurde dem in Ungnade gefallenen Walter Freeman die Zulassung zum Krankenhaus entzogen. Den Rest seiner Tage verbrachte er damit, quer durch die USA zu fahren, seine Patienten und deren Familien aufzuspüren und nach Beweisen dafür zu suchen, daß sein geliebtes Verfahren geholfen und nicht geschadet hatte. Freeman sah sich selbst als "Retter" der schwer psychisch Kranken und glaubte, den Hoffnungslosen Hoffnung zu geben. Auf dem Höhepunkt seiner Karriere hätte er sich nie vorstellen können, daß seine wundersame Heilung eines Tages geschmäht und als Greueltat betrachtet werden würde.

Das Gleiche gilt für die WPATH und ihre Mitglieder. Angespornt von dem Gedanken, Helden der Bürgerrechte zu sein, die für die Unterdrückten kämpfen, sehen sie sich selbst als Vorreiter in der Medizin, die den bedürftigen Patienten die notwendige medizinische Versorgung bietet. Wir jedoch sind der Meinung, daß die chirurgische Zerstörung gesunder Genitalien als ein Verbrechen, von gleichem oder sogar größerem Ausmaß wie die Lobotomie, in die Geschichte eingehen wird. Und die Schlächter ihrer gerechten Strafe nicht entgehen dürfen!<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 06/25" berichtet am 31. Januar 2025 (x1.476/…): **Liebesgrüße an Brüssel & Co.**

Weltwirtschaftsforum: Beim jährlichen Elitentreff in Davos zwingen Trump und Milei europäische Politiker in die Defensive

Liz Roth

Einmal im Jahr wird eine beschauliche Wintersport-Gemeinde in der Schweiz zum Dreh- und Angelpunkt der globalen Elite: Davos. Hierher lädt das Weltwirtschaftsforum (WEF) für eine Januarwoche Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft, um Ideen für die Zukunft der Welt zu diskutieren. Nicht anders in diesem Jahr.

Vergangene Woche ging es eigentlich um "Zusammenarbeit im intelligenten Zeitalter". Und doch diktierten die aktuellen geopolitischen Verwirrungen den Ton der Veranstaltung. Vor allem die Amtseinführung Donald Trumps prägte die Gespräche und Debatten. Vor allem, weil er am ersten Tag seiner Präsidentschaft angekündigt hatte, die Handelsbeziehungen der Vereinigten Staaten gründlich umzukrempeln.

"Ich versuche, konstruktiv zu sein, weil ich Europa liebe. Ich liebe die Länder Europas", versicherte Trump, als er per Videokonferenz vor etwa 3.000 Teilnehmern auftrat. "Aber sie behandeln die USA sehr, sehr ungerecht." Vor allem mit den Umsatzsteuern und den Zöllen, die ihm zufolge den Export der US-Waren nach Europa erschwerten. Er mahnte die anwesenden Entscheidungsträger, daß die Nato-Verbündeten nicht erwarten sollten, von zukünftigen US-Strafzöllen verschont zu bleiben.

"Europa ist heute mehr mit Regulierungen beschäftigt"

Die Präsidentin der EU-Kommission, Ursula von der Leyen, war Trumps Kampfansage schon zwei Tage vor seiner Rede zuvorgekommen. Dies, ohne den US-Präsidenten namentlich zu benennen. Sie bezeichnete die USA als einen der engsten Partner der EU mit ihren 27 Mitgliedstaaten.

"Keine andere Volkswirtschaft der Welt ist so stark integriert wie wir", sagte sie und wies darauf hin, daß das Handelsvolumen zwischen der EU und den USA 1,5 Billionen Euro betrage, was 30 Prozent des Welthandels ausmache. "Unsere oberste Priorität wird es daher sein, uns frühzeitig zu engagieren, gemeinsame Interessen zu erörtern und verhandlungsbereit zu sein", fügte sie hinzu. "Wir werden pragmatisch sein, aber wir werden immer zu unseren

Grundsätzen stehen. Unsere Interessen zu schützen und unsere Werte zu wahren - das ist der europäische Weg."
Gleichwohl betonte von der Leyen, daß sich im vergangenen Vierteljahrhundert eine neue Ära des harten globalen Wettbewerbs entwickelt habe. Dabei verwies sie auf den zunehmenden Einsatz von Sanktionen, Exportkontrollen und Zöllen zur Wahrung nationaler Interessen, die das Ende der Epoche eines freieren Handels zwischen den Volkswirtschaften gekennzeichnete. "Wir müssen zusammenarbeiten, um einen globalen Wettlauf nach unten zu vermeiden", mahnte sie. "Denn es ist in niemandes Interesse, die Bindungen in der Weltwirtschaft zu lösen."
Konflikte zeichneten sich auch an der anderen Front ab. "Unsere Bemühungen um eine Friedensregelung zwischen Rußland und der Ukraine sind nun hoffentlich auf dem Weg", betonte Trump in seiner Videoschalte. "Es ist so wichtig, daß wir das schaffen. Da ist ein absolutes Niemandsland. Millionen von Soldaten werden getötet. Niemand hat so etwas seit dem Zweiten Weltkrieg gesehen."
Unter den europäischen Politikern dominierte die Angst, daß Trump versuchen könnte, den Krieg in der Ukraine durch Gespräche mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin zwar schnell zu beenden - aber unter Bedingungen, die für Kiew ungünstig sein könnten. Nato-Generalsekretär Mark Rutte forderte die westlichen Unterstützer der Ukraine auf, auch nach fast drei Jahren des Krieges die Hilfe aufrechtzuerhalten.
"Sollten wir ein schlechtes Abkommen sehen, würde das höchstens bedeuten, daß sich der russische Präsident mit den Führern Nordkoreas, des Irans und Chinas auf die Schulter klopfen würden. Das können wir nicht akzeptieren", sagte er.
Auch die Stimme des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj durfte hier nicht fehlen. "Ich möchte über die Zukunft Europas sprechen", begann er seine Rede. Er betonte, Europa müsse sich künftig selbst verteidigen können. Und erlaubte sich eine Schelte in Richtung Brüssel: "Europa ist heute mit Regulierungen beschäftigt und weniger mit der Freiheit."
"Ein Krebsgeschwür, das ausgerottet werden muß"
Freiheit schreibt sich auch der argentinische Präsident Javier Milei, ein enger verbündeter Trumps, auf die Fahnen. Auch er sorgte mit harten Worten für Aufruhr unter den Anwesenden. Einen bedeutenden Teil seiner Rede widmete er der Verteidigung der traditionellen Werte. Dabei nahm er besonders eine Ideologie ins Fadenkreuz.
"Das geistige Virus der woken Ideologie", so Milei, sei "eine Epidemie, die die Grundlagen der westlichen Zivilisation zerstört. Woke ist das Krebsgeschwür, das ausgerottet werden muß. Es hat unsere Institutionen, unsere Universitäten, unsere Medien und sogar unsere supranationalen Gremien kolonisiert. Die Wokeness bezeichnete Milei als ein Ergebnis "kultureller Zersetzung" und beklagte, daß sie darauf abziele, "Kritik und Widerspruch" zum Schweigen zu bringen.
"Feminismus, Gleichstellung, Gender-Ideologie, Klimawandel, Abtreibung und Einwanderung sind alles Köpfe einer und derselben Hydra, deren Ziel es ist, den Vormarsch des Etatismus zu rechtfertigen", fügte er hinzu. "Ich bin hierher gekommen, um Ihnen zu sagen, daß unser Kampf zwar noch nicht gewonnen ist, aber es gibt jetzt Hoffnung, daß unsere moralische Pflicht wiederbelebt wurde und auch unsere historische Verantwortung, die ideologische Struktur dieses kranken Wokeismus zu demontieren."
Die ganze Rede Javier Mileis in Davos finden Sie auf unserer Webseite: www.JUNGEFREIHEIT.de<<
Großbritannien: Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 06/25" berichtet am 31. Januar 2025 (x1.476/…): >>**Wer beugt den Terrorvorbeugern vor?**
Im Nachgang von Southport: Die Labour-Regierung steht zunehmend unter Druck und setzt auf noch mehr autoritäre Maßnahmen

Kuba Kruszakin

Der Southport-Mordprozeß ist zu Ende. Der ruandischstämmige Axel Rudakubana, dessen Blutbad Ende Juli 2024 ganz Großbritannien in Brand gesetzt hatte, wurde vergangene Woche zu 52 Jahren Haft verurteilt. Lebenslang war ausgeschlossen. Als er drei Mädchen - Elsie Dot Stancombe, Bebe King und Alice da Silva Aguiar - mit dutzenden Messerstichen abgeschlachtet und weitere neun Personen verletzt hatte, war er 17 und damit minderjährig. Eine Tat, die der britischen Politik immer mehr zur Laßt wird.

"Ich bin froh, daß diese Mädchen tot sind", zitierte ihn die Staatsanwaltschaft am letzten Prozeßtag. Mehrfach versuchte Rudakubana, die Urteilsverkündung zu verhindern. Zweimal gab er an, ärztlich versorgt werden zu müssen. Beide Male stellte sich das Gegenteil heraus. "Feigling", schimpfte die Mutter einer Erstochenen. Journalisten weinten vor laufenden Kameras, als sie Stellungnahmen der Opfer und Augenzeugen vorlasen.

Die Behörden wußten seit 2019 über die gewalttätigen Neigungen Rudakubanas (JF 5/25). Ein Beamter sagte The Guardian, der Ruander sei "absolut verrückt nach Völkermorden" gewesen und habe jeden davon perfekt beschreiben können. Auch ein ehemaliger Mitschüler nannte ihn eine "tickende Zeitbombe".

Deutlich mehr Rechte als Islamisten im Blick von "Prevent"

"Die Taten von Southport stehen vor dem Hintergrund einer steigenden Zahl junger Menschen, die sich für Extremismus und Gewalt begeistern", reagierte Innenministerin Yvette Cooper auf das Urteil in einem Gastbeitrag für The Sunday Times. Das Rezept der Labour-Politikerin: die staatlichen Kompetenzen auszuweiten. Das Terrorvorbeugungsprogramm "Prevent" soll etwa auf unpolitische Gefahren ausgedehnt werden.

Gleich dreimal war Rudakubana "Prevent" gemeldet worden. Jedesmal wiesen die Verantwortlichen die Beschwerden ab. "Der Fall scheint nicht, mit einer Ideologie oder Radikalisierungspotential zusammenzuhängen", stellten sie 2019 fest. Das noch unter dem Tory-Premier David Cameron geschaffene Programm befaßt sich überwiegend mit Rechtsextremismus und Islamismus, vor allem aber mit ersterem. Von April 2023 bis März 2024 leitete "Prevent" insgesamt 230 mutmaßliche Rechtsextremisten an weitere Programme weiter. Bei Islamisten traf dies nur auf 118 Fälle zu.

"Die Schüler wurden dem Prevent gemeldet, weil sie gesagt haben, es gebe nur zwei Geschlechter", merkte Publizistin Lara Brown auf dem Kurznachrichtendienst X an. "Und die Verantwortlichen untersuchten haargenau den Herrn der Ringe." Keine Übertreibung: 2019 hatte ein "Prevent-Bericht" festgestellt, daß Anspielungen an das Werk von J. R. R. Tolkien ein Zeichen der Radikalisierung darstellten.

Damit will die Labour-Regierung wohl nicht Schluß machen. Statt dessen will sie neben der "Prevent-Reform" auch sogenannte Haßrede unterhalb der Strafbarkeitsgrenze verstärkt erfassen, berichtet The Telegraph. Etwa die während der Southport-Unruhen erhobenen Vorwürfe, der Staat habe sanftere Maßstäbe an Migranten gesetzt.

Auch Einschränkungen für den Messerhandel sind in Planung. Labour steht unter Druck: Unmittelbar nach dem Southport-Prozeß landete die migrationskritische Reform UK erstmals auf Platz eins in einer Sonntagsfrage mit 26 Prozent. Labour kam nicht mal auf Platz zwei. Sie mußte sich mit Platz drei hinter den Tories zufriedengeben.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 06/25" berichtet am 31. Januar 2025 (x1.476/…): >>**Was die Morde von Southport bedeuten**

Das System ist nicht kaputt

Kuba Kruszakin

Das Blutbad von Southport hätte verhindert werden können - das steht jetzt amtlich fest. Hätte der britische Staat vor fünf Jahren gehandelt, wären Elsie Dot Stancombe, Bebe King und Alice da Silva Aguiar noch am Leben. Hätte der britische Staat vor fünf Jahren Hinweise ernst-

genommen, daß ein ruandischstämmiger Schuljunge eine krankhafte Mordlust entwickelt, wäre dieser nicht zum dreifachen Kindsmörder geworden. Doch Taten wie diese zu verhindern war dem britischen Staat offenbar nie wichtig genug.
Southport war kein Fehler im System. Es war nur das jüngste einer unüberschaubar lang gewordenen Reihe von Opfern, die Labour und Tories gleichermaßen in Kauf genommen haben, um ihren narzißtischen Traum einer linken Utopie zu verwirklichen - eines Landes, in dem nicht Schutz des Eigenen, sondern die Liebe des Fremden oberste Priorität haben.
Daß die migrationskritische Partei "Reform UK" die Volksparteien auf einmal in den Umfragen überholt, versetzt sie mehr in Aufregung als die Toten der vergangenen Jahrzehnte. Bücher aus den Fünfzigern, die nicht mehr "political correct" sind, stellen mittlerweile eine größere Gefahr für das Vereinigte Königreich dar als Hunderte Messerstecher.
Das Blutbad von Southport und die anschließenden Unruhen sind nun das Symbol des Scheiterns dieser Utopie. Es steht zu hoffen, daß Deutsche und Briten am Ende die richtigen Schlüsse aus dem Fanal von Southport ziehen.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 31. Januar 2025 (x1.468/…): >>**"Eine Verschwörung gegen den Brexit"**
Für den britischen Publizisten ist der Austritt seines Landes aus der EU der vom Volk unterstützte Sieg eines Teils der Eliten gegen einen anderen. Schon bald könnten andere Staaten dem Vorbild folgen.
_ *John Laughland* im Gespräch mit *Martin Müller-Mertens*
Mehr als dreieinhalb Jahre nach dem EU-Referendum hat Großbritannien Ende Januar die Europäische Union verlassen. Ist das ein historisches Ereignis für Europa?
Es ist das erste Mal seit Jahrzehnten, daß ein europäisches Volk zwei Mal Nein zu Europa sagt, denn die Unterhauswahlen im Dezember 2020 waren quasi ein zweites Referendum über den Brexit. 1992 haben die Dänen gegen Maastricht gestimmt, mußten dann aber im darauffolgenden Jahr ein zweites Mal abstimmen. Wir erinnern uns an die Referenden in Frankreich 2005 und den Niederlanden 2006, in Irland 2001 und 2009, deren Ergebnisse aber bei erneuten Abstimmungen ebenfalls ganz oder teilweise ausgehebelt wurden. Mit Großbritannien hat sich zum ersten Mal ein europäisches Volk geweigert, dem Druck nachzugeben. Es ist ein historisches Ereignis.
"Theresa May wollte den Brexit lediglich dem Namen nach."
Bei Parlamentswahlen benötigt man allerdings keine absolute Mehrheit. War es dann wirklich ein zweites Referendum?
Nicht ausschließlich. Es ging auch darum, den Nationalen Gesundheitsdienst zu retten, aber der Brexit war das wichtigste Thema nach drei Jahren Blockade. Die ehemalige Regierung hatte sich unfähig gezeigt, den Brexit zu realisieren. Die Tatsache, daß Boris Johnson die größte Mehrheit seit 1987 gewonnen hat, zeigt, wie viele Briten den Brexit unterstützen und daß sie vor allem wollen, daß dieses Problem endlich gelöst wird. Übrigens haben die Konservativen auch in Prozenten zugelegt und sogar besser abgeschnitten als unter Margaret Thatcher.
Ist die mehrmalige Brexit-Verschiebung Ausdruck der Unfähigkeit der früheren Premierministerin Theresa May, oder liegt der Grund in der kompromißlosen Verhandlungsstrategie der EU?
Theresa May war nicht unfähig. Die Regierung May wollte den Brexit allerdings lediglich dem Namen nach vollziehen. Ihr Plan in Zusammenarbeit mit den Eliten - also den Medien, dem Parlament, der öffentlichen Verwaltung - war es, daß Großbritannien Mitglied der Zollunion bleibt. Es gab eine Verschwörung der Eliten gegen den Brexit und das Resultat des Referendums - und die ehemalige Regierung war Teil dieser Verschwörung. Das hat nicht funktioniert, und bereits die Wahl Boris Johnsons zum Vorsitzenden der Konservativen Partei

markiert den Beginn des Endes dieser alten Politik.

Damit wäre der Vollzug des Brexit letztlich ein Sieg des Volkes über die Eliten.

Interessanterweise hat Boris Johnson dieses populistische Argument - das Volk gegen die Eliten - im Wahlkampf nicht in der Weise benutzt, wie man es hätte erwarten können. Diese Analyse würde auch nicht ganz stimmen. Es ist vielmehr der vom Volk unterstützte Sieg eines Teils der Eliten gegen einen anderen Teil.

Der Unterschied zwischen Großbritannien und den anderen Staaten der Europäischen Union besteht darin, daß die politische Klasse in der europäischen Frage völlig gespalten ist. Das ist in keinem anderen europäischen Land der Fall, dort gibt es diesbezüglich jeweils eine klare Trennung zwischen dem Volk und den Eliten.

Wird der Teil der Eliten, der gegen den Brexit war und ist, seine Niederlage akzeptieren?

Das glaube ich nicht. Es gibt bereits einige Kandidaten für die Führung der Labour-Partei, die sagen: Wir wollen, daß sich Großbritannien in einigen Jahren wieder der EU anschließt. Aber sie haben nun mal eine furchtbare Niederlage erlitten.

Das ist eine objektive Tatsache, ob sie es akzeptieren oder nicht. Boris Johnson verfügt im Parlament über eine Mehrheit von 80 Sitzen und dieses Parlament wird jetzt fünf Jahre regulär arbeiten. Man kann voraussehen, daß Johnson auch in fünf Jahren wieder gewinnen und dann insgesamt zehn Jahre an der Macht sein wird. Welche Rolle die EU-Befürworter in zehn Jahren spielen, weiß natürlich niemand.

"Die Eliten haben eine furchtbare Niederlage erlitten."

Die Führungsfigur im Kampf für den Brexit war zweifellos der einstige UKIP-Chef Nigel Farage. Mit seiner neuen Brexit-Partei hat er bei den EU-Wahlen im Mai 2019 mehr als 30 Prozent der Stimmen gewonnen. Durch den Verzicht auf eigene Kandidaten in den für die Tories aussichtsreichen Wahlkreisen hat er im Dezember dann den Wahlsieg Boris Johnsons mitermöglicht. Wie wichtig war Farage in diesem Prozeß?

Er hat eine ganz entscheidende Rolle gespielt, und es war sein Sieg. Wenn er nicht Anfang 2019 die Brexit-Partei aufgestellt hätte, wäre Theresa May heute noch immer Premierministerin. Die Tatsache, daß er 300 Kandidaten zurückgezogen hat, hat den Konservativen sehr geholfen. Zum einen, weil es keine Kandidaten gegen die Konservativen gab, aber vor allem, weil seine Partei aller Wahrscheinlichkeit nach Labour im Norden Englands und in anderen traditionellen Hochburgen Stimmen abgesaugt hat.

Dennoch hat die Brexit-Partei bei den Unterhauswahlen keinen einzigen Sitz gewinnen können. Wird Farage für die britische Politik künftig noch eine Rolle spielen?

Wahrscheinlich nicht. Er hat jetzt gewonnen, nachdem er etwa 25 Jahre für den Austritt gekämpft hat. Aber er wird nun wohl gezwungen sein, sich zurückzuziehen.

Großbritannien ist ausgetreten, bleibt für eine Übergangsperiode jedoch noch an die EU gebunden. Entsprechende Verhandlungen sollen bis Jahresende abgeschlossen sein.

Die Zeit ist sehr knapp, denn Boris Johnson hat versprochen, nicht um eine Verlängerung der Übergangsperiode zu bitten. Er muß also alle künftigen Regelungen mehr oder weniger bis Juli ausgehandelt haben, denn zu diesem Zeitpunkt müßte er um eine Verlängerung bitten. Aber er wird genügend Druck ausüben, um zu bekommen, was er will: ein Freihandelsabkommen, das die Mitgliedschaft nicht ganz, aber doch überwiegend ersetzen wird.

Aber ist Großbritannien mit einem solchen Freihandelsabkommen dann wirklich ausgetreten? Oder ist es in einer Rolle wie etwa Norwegen, das den Vorgaben der EU unterworfen ist und faktische Mitgliedsbeiträge zahlt?

Nein, das ist bereits ausgeschlossen worden, auch wenn man natürlich nie weiß, wie es dann in der Wirklichkeit aussieht. Aber Johnson hat explizit versprochen, daß es keine juristische Abhängigkeit geben und Großbritannien nicht mehr der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes unterstehen wird.

"Die Gefahr kommt aus Amerika."

Sie sagten, es ist das erste Mal, daß sich ein europäisches Land gegen die EU stellt. Vor ein paar Jahren hatte allerdings auch Island seinen Mitgliedsantrag zurückgezogen.

In Polen und Ungarn wiederum gibt es durchaus Widerstand gegen Brüssel, aber keine Austrittsbestrebungen. Wird Großbritannien alleine bleiben oder ist das der Beginn eines Auflösungsprozesses?

Die EU hat Referenden in Ländern wie Polen und Kroatien gewonnen, in denen es um den Beitritt ging. Aber sie hat systematisch Referenden in bestehenden Mitgliedsstaaten verloren. Es ist ihr jedoch immer wieder gelungen, diese Länder zu zweiten Referenden zu zwingen. In dieser Hinsicht ist Großbritannien ohne Beispiel. Ob das Land alleine bleibt, ist für mich die entscheidende Frage.

Ich glaube nicht, daß es sehr schnell zu weiteren Austritten kommen wird, denn in allen anderen europäischen Ländern herrscht Einigkeit in der politischen Klasse. Zudem ist Großbritannien ein ehemaliges Weltreich und hat immer die gesamte Welt vor dem geistigen Auge.

Ein Brite kann mit Englisch in der ganzen Welt arbeiten. Und das unterscheidet uns von anderen europäischen Ländern, die nicht die gleiche imperiale Geschichte haben. Aber andere Länder könnten in einigen Jahren auf Ideen kommen - und das ist natürlich die große Angst der EU.

Seit einigen Jahren ist ein starkes Engagement Chinas auf dem westlichen Balkan zu erkennen. Also genau in der Region, auf die sich die EU nach der Absage der Beitrittsverhandlungen mit Nordmazedonien bis auf Weiteres nicht ausdehnen wird. Auch in Großbritannien scheint China offene Türen zu finden. Besteht die Gefahr, daß durch eine Abkehr von der EU letztlich nur der Hegemon Brüssel gegen den Hegemon Peking ausgetauscht wird?

Diese China-Politik begann schon unter David Cameron, das hängt nicht mit dem Brexit zusammen. Und es stimmt, daß von der ehemaligen Regierung in Bezug auf China einige wirklich schlechte Entscheidungen gefällt wurden. Ich denke vor allem an eine neue Nuklearanlage, die von den Franzosen gebaut, aber China gehören wird. Vom Standpunkt der nationalen Sicherheit ist das völlig inakzeptabel. Aber wenn man von der Gefahr einer politischen Hegemonie spricht, so geht diese Gefahr eher von Amerika aus als von China. Diese Hegemonie existiert natürlich ohnehin schon, aber sie wird in den kommenden Jahren noch stärker werden.

Raus aus der EU

Mit Großbritannien verläßt erstmals ein unabhängiger Staat die Europäische Union. Bereits 1985 trat Grönland nach einer Volksabstimmung aus der Vorläuferin Europäische Wirtschaftsgemeinschaft aus. Die Atlantikinsel war als Teil Dänemarks der EG beigetreten, konnte durch das Autonomiestatut von 1979 jedoch selbst über die Mitgliedschaft entscheiden. Im Januar 2012 verließ die zu Frankreich gehörende Karibikinsel Saint-Barthélemy die EU und ist seither ein assoziiertes Gebiet der Brüsseler Union. Ebenfalls eigenständiges Mitglied der Europäischen Gemeinschaften war Französisch-Algeriern, das jedoch im Zuge seiner Unabhängigkeit automatisch ausschied.

Werden die Schotten die Gelegenheit für ein neues Unabhängigkeitsreferendum nutzen?

Die neue Regierung in London hat gesagt, daß es kein zweites Referendum in Schottland geben wird. Die schottischen Nationalisten haben bei diesen Unterhauswahlen unter 50 Prozent bekommen. Das heißt, es gibt keinen Beweis dafür, daß die Schotten ihre Meinung zur Mitgliedschaft im Vereinigten Königreich geändert haben. Die schottischen Nationalisten könnten ein zweites Referendum also durchaus verlieren. Die Unterhauswahlen ändern in dieser Frage aber sowieso nichts. 2021 finden in Schottland wieder Wahlen statt - danach könnte sich diese Frage noch einmal stellen.

*_ John Laughland (*1963) ist ein britischer Publizist und schrieb unter anderem für den*

"Spectator", das "Wall Street Journal" und den "Guardian". Seit 2008 ist er Studiendirektor des Institut für Demokratie und Zusammenarbeit in Paris sowie Europadirektor der European Foundation in London. Außerdem war er Teilnehmer mehrerer COMPACT-Souveränitäts-konferenzen.
Dieser Artikel erschien im COMPACT-Magazin 02/2020.<<
Europa: Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 06/25" berichtet am 31. Januar 2025 (x1.476/…): >>**Lektion für Europa**
Dank Donald Trump kann jetzt der "Green Deal" der EU beerdigt werden
Francesco Giubilei
Der Sieg von Donald Trump scheint den Wunsch nach europäischer Einheit zu wecken, wenn man die Appelle betrachtet, die die Debatten auf dem alten Kontinent kennzeichnen. Die EU hat nie einen Hehl daraus gemacht, daß sie auf einen Sieg von Kamala Harris gehofft hat, um den Status quo aufrechtzuerhalten, der es den bürokratischen Eliten ermöglicht hätte, die großen historischen Herausforderungen zu ignorieren, die auf die westliche Welt und Europa zukommen - und teils schon ins Haus stehen.
Herausforderungen, auf die sich die europäischen Institutionen nicht vorbereitet haben. Eine solche Vorbereitung ist auch nicht machbar, wenn man nicht beginnt, sich die Fehler einzugestehen, die man gemacht und dann ständig wiederholt hat. Nicht zuletzt das Versäumnis, eine Bilanz der EU-Wahl zu ziehen, die den Kontinent 2024 erschütterte und den Schwerpunkt der europäischen Politik nach rechts rückte.
Das Votum wurde von Faktoren wie der Einwanderung und den verheerenden Auswirkungen des "Green Deal" entschieden - Themen auf der politischen Agenda, die von der Linken in der Vergangenheit unterschätzt wurden, die den "Green Deal" konzipierte und gleichzeitig die Augen vor der illegalen Einwanderung verschloß, deren Auswirkungen wir inzwischen leider überdeutlich zu spüren bekommen haben.
Die Probleme liegen hier ähnlich wie in den Vereinigten Staaten während der vier Jahre Joe Biden, als die höchste Quote irregulärer Einwanderung in der gesamten Geschichte des Landes verzeichnet wurde und die Grenzübertritte Rekorde feierten. Diese Zahlen sind nicht das Ergebnis Trumpscher Propaganda: Vielmehr verdanken sie sich der sorgfältigen Analyse der New York Times, also der linksliberalen Zeitung schlechthin. Die Redaktion hat sich nach dem Abklingen des Wahlkampfgetöses eine genaue Recherche vorgenommen, in der die Fehler der Biden-Administration aufgezeigt werden.
Diese hat die Vereinigten Staaten an die Schwelle von 15 Prozent ausländischer Bevölkerung gebracht, mit den daraus resultierenden Konsequenzen, die vor allem die schwächeren Teile der amerikanischen Bevölkerung getroffen haben - darunter Minderheiten, welche als erste unter den Folgen irregulärer Einwanderung leiden. In Europa hat die unkontrollierte Migration zu Sicherheitsrisiken geführt.
Wer leidet darunter? Wie immer die Schwächsten, also all diejenigen, welche die Linke gestern noch als "städtisches Proletariat" idealisierte. Zum Problem der illegalen Einwanderung kam der Green Deal hinzu, den die Grünen der Europäischen Union mit der Timmermans-Doktrin aufgezwungen haben.
Der Green Deal ist eine Torheit, die eine noch nie dagewesene Industriekrise verursacht hat. Diese verdankt sich erstmals nicht wirtschaftlich-finanziellen Faktoren, sondern der Sabotage der Wirtschaft durch eine ideologisierte Linke, die weit von der Alltagsrealität der einfachen Menschen lebt.
Abgesehen von dem Öko-Wahn, der dem Green Deal zugrunde liegt, ist es schwer, eine Erklärung für den rapiden Zeitplan zu finden, den die EU sich selbst zur "Dekarbonisierung" auferlegt hat - einer Umstellung, die einem wirtschaftlichen Selbstmord gleicht.
Der Angriff auf den Verbrenner hat die deutsche und die italienische Industrie besonders ge-

troffen, nicht nur wegen der teils engen Verbindung zwischen den beiden Volkswirtschaften, sondern auch wegen der Rolle, die der Automobilsektor in beiden Ländern und damit auch in ganz Europa spielt.
Man hat uns einen Sprung ins Leere aufgenötigt, um einer Utopie zu folgen. Wir üben den Verzicht auf moderne Technologien, um auf solche zu setzen, die es noch überhaupt nicht gibt - ohne zu wissen, ob diese den Verbrenner ersetzen können. Ebenso schwer wiegt der Fehler, die Kernenergie abzuschaffen, um auf "grüne" Stromerzeugung zu setzen.
Kernenergie ist die sicherste, umweltfreundlichste und nachhaltigste Energie, die wir kennen. Sie erzeugt keine Emissionen und bildet den Sektor, in dem wir über ein erstklassiges Wissen verfügen. Trotzdem wurden all die Politiker, die sich in den vergangenen Jahren gegen den Kurs der EU gestellt haben, als "gefährlich" und "reaktionär" abgestempelt.
Die Angriffe auf Polen, als die Konservativen regierten, auf Orbáns Ungarn und zuletzt auf Giorgia Melonis Italien belegen dies. Die Europawahl war da ein Signal, das den Kommissaren in Brüssel einen Tempowechsel aufnötigte.
Trumps Sieg wiederum wandelte die Beziehungen zwischen Europa und den Vereinigten Staaten, in denen Italien nun die Rolle eines Scharniers spielt. Selbst in bezug auf den Zollstreit dürfen wir nicht vergessen, daß Deutschland und Italien nach wie vor wichtige Exporteure in die USA sind. Es wäre töricht, von einem Konflikt mit Trump auszugehen, nur weil er bei EU-Bürokraten nicht beliebt ist.
Dennoch wirken die Aufrufe zur Einheit in der EU im Vergleich zu den Problemen, vor denen Europa steht, verspätet. Denken wir an Verteidigung, wo Italien bittet, die diesbezüglichen Ausgaben vom Stabilitätspakt zu entkoppeln, da es sonst unmöglich ist, die von der Nato geforderten zwei Prozent (oder die von den Vereinigten Staaten angestrebten fünf Prozent des Haushalts) zu erreichen. Diese Ausgaben sind in unserem Interesse. Verteidigung rutscht schon zu lange in den Prioritäten Europas nach unten.
Die Hauptsache bleibt jedoch die Wahl in den Vereinigten Staaten. Trump erkennt die EU nicht als ebenbürtig an, sondern knüpft Beziehungen zu den einzelnen europäischen Ländern - besonders zu Italien. Meloni wird so zu einer Brücke zwischen Europa und den Vereinigten Staaten.
In wenigen Tagen hat Trump mit seiner Politik alle Unzulänglichkeiten des "pro-europäischen" Europas aufgedeckt. Er hat gezeigt, wovor Konservative schon lange warnen. Hoffen wir, daß wir aus unseren Fehlern lernen. Noch ist es nicht zu spät.
Francesco Giubilei, Autor und Verleger, ist Präsident der konservativen Tatarella-Stiftung.<<
USA: Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 06/25" berichtet am 31. Januar 2025 (x1.476/…): >>**Trump begräbt globale Mindeststeuer**
Finanzpolitik: Ein Präsidentenmemorandum erklärt das OECD-Abkommen für US-Firmen für unwirksam
Thorsten Polleit
Die Wiederwahl von Donald Trump war der Startschuß für weitreichende und tiefgreifende Veränderungen - und zwar nicht nur in Amerika. Vor allem auch deshalb, weil er sich zum Ziel gesetzt hat, den übergroßen "Deep State" zurückzudrängen, zu verkleinern, zu entmachten. Für ihn und seine Administration ist das ein unverzichtbarer Schritt, um Amerika Freiheit zurückzugeben und damit auch Wachstum und Beschäftigung zu befördern.
Wenig verwunderlich ist daher, daß die Trump-Administration wenig Sympathien hat für internationale Vereinbarungen, die ihre Vorgänger getroffen beziehungsweise hinterlassen haben. Und so kann es auch nicht wirklich überraschen, daß der US-Präsident sogleich die "globale Mindeststeuer" für unwirksam erklärt hat.
Dieses Steuerabkommen wurde im 2021 von 140 Staaten beschlossen und zielt auf internatio-

nal operierende Konzerne ab - insbesondere der damalige Bundesfinanzminister Olaf Scholz hatte sich dafür stark gemacht. Vereinfacht verbirgt sich dahinter folgendes: Eine Mindeststeuer von 15 Prozent wird erhoben auf die Gewinne von Firmen mit mindestens 750 Millionen Euro Jahresumsatz.
Sollte ein Unternehmen in einem Land weniger als 15 Prozent Steuern zahlen, kann der Staat, in dem die Firma ihren Sitz hat, die entsprechende Differenz nachbesteuern. Dadurch soll es für Konzerne unattraktiv werden, in "Steueroasen" zu flüchten.
Die USA unter Joe Biden hatten der globalen Mindeststeuer zwar zugestimmt, der US-Kongreß hatte jedoch die Maßnahme nie umgesetzt. In der EU wurde eine entsprechende Richtlinie verabschiedet, um die nationale Umsetzung zu regeln. Sie wurde in Deutschland 2023 gesetzlich eingeführt. In den EU-Ländern gilt also die globale Mindeststeuer. Doch die globale Mindeststeuer hat noch einen weiteren Aspekt: Sie sieht eine Umverteilung der Einnahmen aus der globalen Mindeststeuer zwischen den Teilnehmerstaaten vor.

Die angekündigte amerikanische Verhandlungsposition ist gewaltig

Anlaß dafür ist die Kritik, daß globale Firmen Gewinn in Ländern machen, in denen sie nicht beheimatet sind. Frankreich war daher vorgeprescht und wollte eine "Digitalsteuer" erheben. Dabei hatte Paris vor allem Google, Apple, Facebook und Amazon im Auge. Nachdem sich jedoch die Staaten im Rahmen der Wirtschaftsorganisation OECD auf eine globale Mindeststeuer geeinigt hatten, verzichteten Frankreich und andere Länder auf nationale Alleingänge. Doch mit dem Aus für die globale Mindeststeuer ist zu erwarten, daß einige Staaten wieder zu einer Digitalsteuer zurückkehren wollen.
Vorsorglich hat Trump daher das US-Finanzministerium angewiesen, über "Schutzmaßnahmen" gegenüber solchen Ländern nachzudenken, die Steuergesetze eingeführt haben oder einführen wollen, mit denen amerikanische Unternehmen im Ausland unverhältnismäßig stark belastet werden.
Kein Zweifel: Die US-Verhandlungsposition ist gewaltig, und die Trump-Administration wird wohl nicht davor zurückschrecken, auf Worte auch Taten folgen zu lassen. Würden die EU-Länder US-Firmen mit erhöhten Steuern zu Leibe rücken wollen, wäre mit einer entsprechenden Vergeltung aus Washington zu rechnen - wie erhöhte US-Zölle auf importierte Güter aus diesen Ländern. Das dürfte letztere wohl in die Schranken weisen.
Aus dem Blickwinkel ökonomischer Vernunft verdient Trumps Schlag gegen eine globale Mindeststeuer Zustimmung. Und zwar aus zwei Gründen. Erstens: Das Erhöhen der Steuern auf Unternehmensgewinne "bestraft" nicht etwa die Unternehmer. Die Steuererhöhungen treffen vielmehr und unmittelbar die Konsumenten.
Denn entweder führt eine Unternehmenssteuer zu einer Verringerung der Produktionsmenge - weil es sich für die Firmen schlichtweg nicht mehr lohnt, die Güter in der bisherigen Menge und Qualität herzustellen. Oder aber die Firmen schlagen die erhöhten Kosten, zu der die Steuerbelastung führt, auf ihre Absatzpreise auf, so daß die Konsumenten nunmehr mehr für die Güter bezahlen müssen. In beiden Fällen ist der Konsument der Geprellte.
Zweitens: Das Problem, unter dem die Volkswirtschaften des Westens leiden, sind nicht zu geringe Einnahmen des Staates. Vielmehr ist ein zu großer Staat, der zu hohe Einnahmen hat und noch mehr ausgibt, das Problem. So gesehen ist es überfällig, den Staat zu schrumpfen - für Steuersenkungen und Ausgabenkürzungen zu sorgen, wie es die neue US-Administration vorhat. Letztlich ist die Absage der Trump-Administration an eine globale Mindeststeuer im Sinne aller Konsumenten.
Prof. Dr. Thorsten Polleit ist Volkswirt und Herausgeber des Börsenbriefs "Boom & Bust Report"<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 06/25" berichtet am 31. Januar 2025 (x1.476/…): >>**Wie Trump Südamerika für sich entdeckt**

Das Exempel Kolumbien

Alex Baur

Das ging zackig. Am Sonntag morgen verweigerte der sozialistische Präsident Gustavo Petro zwei US-Maschinen mit Abgeschobenen die Landung in Kolumbien. Schon am Abend knickte er ein. Bedingungslose Kapitulation. Man kann sich nur fragen, was ihn mehr überzeugte: 25 Prozent Strafzölle oder der Entzug von US-Visa für sein Gefolge.

Petro mag Donald Trump als Inkarnation des US-Imperialismus verdammen. Tatsache ist, daß Trump bei den Latinos - fast 15 Prozent der US-Wähler - mehr Stimmen geholt hat als je ein Republikaner vor ihm. Auch die Lateinamerikaner leiden unter importierer Kriminalität. Unter den acht Millionen Elendsmigranten aus Venezuela haben sich im Schatten von Maduros Narco-Diktatur kriminelle Netzwerke über den ganzen Kontinent ausgebreitet.

Die Latinos leiden unter der Gewalt auf der Straße ebensosehr wie die Angelsachsen. Und sie sind die ersten, die ihre Jobs an Schwarzarbeiter verlieren. Mit Marco Rubio hat Donald Trump einen Latino zum Außenminister gemacht, der die Sprache der Nachbarn beherrscht. Trump zeigt, daß diese ihm wichtig sind. Es ist auch nicht so, daß die USA immer die Marschrichtung vorgeben. Trump orientiert sich an den Reformen, die Javier Milei und Najib Bukele in Argentinien und El Salvador vor ihm eingeleitet haben.

Alex Baur ist Journalist und berichtet als Korrespondent für die Weltwoche von Südamerika aus.<<

Israel: Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 31. Januar 2025 (x1.472/…): >>**Nach 7. Oktober - Keine Daten zum Terrorismusverdacht - dennoch fliegt die Bundesregierung 1.600 palästinensische Flüchtlinge ein**

Nach dem Massaker der Hamas am 7. Oktober 2023 hat die deutsche Regierung über 1.600 palästinensische Flüchtlinge nach Deutschland eingeflogen. Dabei wurde nicht erfaßt, wie viele der Personen extremismusverdächtig sind.

Marie Rahenbrock

Seitdem die Hamas am 7. Oktober 2023 das Massaker in Israel verübte, hat die Bundesregierung über 1.600 Menschen "aus den palästinensischen Gebieten" nach Deutschland geholt. Das geht aus einer Antwort des Innenministeriums auf eine Anfrage der AfD-Bundestagsabgeordneten Beatrix von Storch hervor, die Nius vorliegt.

Konkret wurden bis Ende 2024 insgesamt 1.625 Personen aus dem Gaza-Streifen oder dem Westjordanland in Deutschland aufgenommen. Von Storch wollte wissen, bei wie vielen der aufgenommenen Personen ein Terrorismus- oder Extremismusverdacht vorliegt. "Eine statistische Erfassung von im Sinne der Fragestellung eingereisten Personen, bei denen ein Terrorismus- bzw. Extremismusverdacht besteht, erfolgt nicht", heißt es in der Antwort.

Zugleich versicherte das Innenministerium, daß bei einem "entsprechenden Verdacht" die "jeweils erforderlichen Maßnahmen" von den deutschen Sicherheitsbehörden ergriffen werden. Dazu befinden sich die Behörden im Austausch über die "sicherheitsrelevanten Einzelfälle". Von den insgesamt eingereisten 1.625 Personen waren bis Ende Dezember noch 1.418 im Land. 640 palästinensische Flüchtlinge haben einen Asylantrag gestellt.

Mit welcher Begründung sie von der Bundesregierung nach Deutschland geholt wurden, ist unbekannt. Auch die Höhe der aufgewendeten Mittel für den Einflug der palästinensischen Migranten ist unklar. Zum Vergleich: Die Einfuhr von 18.000 Ortskräften aus Afghanistan kostete im vergangenen Jahr mehrere Milliarden Euro, wie Welt im November berichtete.

Insgesamt sollen 48.000 Afghanen seit dem Abzug der NATO-Truppen aus Kabul 2021 über offizielle Programme die Einreisemöglichkeit nach Deutschland erhalten haben. Tausende Afghanen könnten dabei illegal nach Deutschland eingereist sein. Denn bei einer hohen vier-

stelligen Zahl überprüfte die Polizei die Einreisegenehmigung.
Es steht der Verdacht im Raum, daß für einige Afghanen die Visa nur auf Basis von "Proxy-Pässen" ausgestellt wurden. Für Proxy-Pässe müssen Antragsteller nicht persönlich auf dem Amt erscheinen - sie können von Dritten beantragt und abgeholt werden. Derartig ausgestellte Pässe sind jedoch in Deutschland nicht gültig.<<

01.02.2025

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 1. Februar 2025 (x1.496/…): >>**Merz-Dämmerung: Erster CDU-Funktionär ruft zur Wahl der AfD auf - Alice Weidel: "Merz kann kein Kanzler!"**

Nach der demütigenden Demontage des Unions-Kanzlerkandidaten Friedrich Merz durch seine eigene Bundestagsfraktion herrscht an der CDU-Basis blanke Panik mit Blick auf den 23. Februar! Der erste CDU-Funktionär hat Unions-Anhänger bereits offen dazu aufgerufen, AfD zu wählen, um das Asyl-Chaos zu stoppen. AfD-Kanzlerkandidatin Alice Weidel: "Friedrich Merz kann kein Kanzler!"

Auf die Frage, was er Kritikern entgegenhalte, die sagen: "Wer bei der Bundestagswahl CDU wählt, wählt AfD", hat Matthias Risch, Mitgliederbeauftragter der Kasseler CDU und ehemaliger Pfarrer, gegenüber der "Hessischen Allgemeinen Zeitung" (HNA) eine klare Antwort gegeben: "Wer will, daß illegale Migranten aus dem Land vertrieben werden, muß AfD wählen!"

Die Stimmung in der Gesellschaft habe sich verändert. Den Spruch, Flüchtlinge seien willkommen, höre man kaum mehr. "Vielmehr kommen wir mit der Situation nicht zurecht", räumte der Ex-Pfarrer ein.

Merkels kalte Rache

Das Abstimmungsdebakel um das von der AfD unterstützte (weil von ihr abgeschriebene) "Zustrombegrenzungsgesetz" hat allzu deutlich gezeigt, wer noch immer in der CDU das Sagen hat: Es sind Angela Merkel und ihre "Merkelianer", im Partei-Jargon auch "Schwarzer Block" genannt!

Die scheinkonservative Schaufensterpuppe Friedrich Merz steht plötzlich bis auf die Knochen blamiert da, wie der "Kaiser ohne Kleider" im Märchen von Hans Christian Andersen.

AfD- Kanzlerkandidatin Alice Weidel spricht denn auch von einer regelrechten "Implosion", die eigene Fraktion habe Merz "abgesägt". Weidel resümiert: "Das ist die Demontage von Friedrich Merz als Kanzlerkandidat gewesen. Er kann kein Kanzler, er kann kein Kanzlerkandidat", sagte Weidel.

Co-Fraktionschef Tino Chrupalla sekundierte, die Union müsse sich fragen, wer der eigentliche Kanzlerkandidat sei - Merz oder die frühere Kanzlerin Angela Merkel?

Eiskalter Vernichtungsschlag der Physikerin

Eine berechtigte Frage, wie ein Blick auf die 12 CDU-Abweichler zeigt, die bei der Abstimmung Merz die Gefolgschaft versagt haben. Angeführt wird die Riege von Helge Braun, unter Angela Merkel Chef des Kanzleramts; Monika Grütters, frühere Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, gilt noch immer als enge Merkel-Vertraute; ebenso Anette Widmann-Mauz, frühere Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration.

Angela Merkel, die Physikerin, hat ihren Vernichtungsschlag gegen den Erzrivalen Merz eiskalt berechnet, als sie sich brachial zu Wort meldete, nachdem erstmals im Deutschen Bundestag am Mittwoch (29. Januar) eine demokratische Mehrheit zusammen mit der AfD bei der Abstimmung über den von Merz vorgelegten Entschließungsantrag zur Grenzschließung zustande gekommen war. Mitten im Wahlkampf brach Merkel mit der von ihr angeblich selbst so eisern gepflegten Regel, sich nicht in die Amtsgeschäfte der Nachfolger einzumischen.

Das Ziel der früheren Masseneinwanderungskanzlerin ist offenkundig: Merkel will Merz als

Kanzler verhindern und hat nur auf das "Momentum" gewartet. Sie arbeitet auf Schwarz-Grün hin, auf die finale Deutschland-Zerstörung!
In Unionskreisen wird bereits ein möglicher Ersatzkandidat an Stelle von Merz für die Kanzlerwahl im Deutschen Bundestag geflüstert: Hendrik Wüst, der schwarz-grüne CDU-Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen. Formal würde dagegen nichts sprechen. Denn entgegen landläufiger Meinung muß ein Bundeskanzler nicht Mitglied des Parlaments sein.
Die "demokratische Mitte" wütet
Derweil wütet bundesweit ein organisierter linksgrüner "Brandmauer-Hysteriemob", die sogenannte "demokratische Mitte". Beispiele:
- Vor der CDU-Geschäftsstelle in Gießen (Hessen) zündeten Linksextreme Bengalos.
- Die Hamburger CDU-Zentrale wurde mit Farbbeuteln beworfen, dazu ein Banner mit der Parole "Hier sitzen die Straftäter - CDU raus!".
- In Gersweiler (Saarland) beschmierten Unbekannte das örtliche CDU-Büro mit Sprüchen wie "Nazi-Freunde" und "FCK CDU".
- In Berlin-Charlottenburg drangen etwa 40 Demonstranten in ein CDU-Bürgerbüro ein - nach Ansicht des Bündnisses "Widersetzen" ein legitimer und von der demokratischen Versammlungsfreiheit gedeckter Protest!
Das "Tor zur Hölle" (SPD-Fraktionschef Rolf Mützenich) führt ganz offensichtlich durch die "demokratische Mitte".<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 1. Februar 2025 (x1.498/…):
>>**CSU kündigt Atomkraftstrategie an**
Nicht nur in der Migrationspolitik, auch in der Wirtschafts- und Energiepolitik kündigt CSU-Chef Söder eine radikale Wende an, sollte die Union die Regierungsverantwortung übernehmen. Deutschland solle dann neue Gaskraftwerke bauen und "eine eigene Gasförderung prüfen, anstatt von teurem Fracking-Gas aus den USA abhängig zu werden", sagte der bayerische Ministerpräsident dem "Handelsblatt".
Der CSU-Chef sagte, daß es ohne Kernkraft nicht gelingen werde, "den industriellen Wohlstand zu halten". Der Energiebedarf werde in Zukunft durch KI, Digitalisierung und E-Mobilität enorm steigen. "Darauf müssen wir uns einstellen und das geht eben nicht nur mit Sonne und Wind." Bestehende Meiler zur Erzeugung von Kernenergie sollen reaktiviert werden.
"Wir können auch mit Partnerländern wie Frankreich und Tschechien kooperieren und uns einen privilegierten Zugang zu Kernenergie sichern", erklärte Söder. Langfristig sei "der Bau eigener kleiner Reaktoren der nächsten Generation an bestehenden Standorten denkbar".<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 1. Februar 2025 (x1.497/…):
>>**Anstieg bei Sexualstraftaten: Die Hälfte der tatverdächtigen Vergewaltiger sind Ausländer**
Die Zahl der Sexualstraftaten ist in Berlin erneut angestiegen. Ausländische Staatsbürger sind dabei im Vergleich zum Bevölkerungsanteil deutlich überrepräsentiert: Bei Vergewaltigungen stellen sie 49 Prozent der Tatverdächtigen.
Von *Redaktion*
Seit 2018 stieg die Zahl der erfaßten Sexualdelikte stark an.
Die Zahl der Sexualstraftaten in Berlin erreichte 2024 einen neuen Höchststand: Insgesamt gab es 7.475 "Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung". In diese Rubrik fallen 43 Straftatbestände, darunter Vergewaltigung, sexuelle Belästigung oder exhibitionistische Handlungen. Wie die Berliner Zeitung berichtet, stammen die Zahlen aus der unveröffentlichten Antwort der Senatsverwaltung für Inneres auf eine parlamentarische Anfrage des fraktionslosen Abgeordneten Antonin Brousek.
Von den 4.590 Tatverdächtigen waren 1.764 Ausländer, was einem Anteil von 38,4 Prozent

entspricht. Der Ausländeranteil in Berlin betrug hingegen 24,4 Prozent. Bei den 754 Tatverdächtigen, die eine Vergewaltigung begangen haben sollen, hatten sogar 373 mutmaßliche Täter keine deutsche Staatsbürgerschaft. Das entspricht einem Anteil von 49 Prozent.
Auch bei der sexuellen Belästigung ist ein Großteil der Tatverdächtigen nicht im Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit: Von 701 Verdächtigen haben 353 keinen deutschen Paß, was einem Anteil von 50 Prozent entspricht.
Seit sechs Jahren liegt der Anteil der ausländischen Strafverdächtigen bei Sexualdelikten in Berlin insgesamt bei über dreißig Prozent, obwohl der Ausländeranteil in Berlin deutlich geringer ist. 2018 gab es insgesamt 4.181 erfaßte "Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung", somit gibt es auch einen deutlichen Anstieg in den absoluten Fallzahlen.
Brousek fragte auch nach sogenannten "Grooming Gangs", also Gruppen von Erwachsenen, die Kinder durch Täuschung in die Prostitution zwingen. Der Politiker wollte wissen, welche Erkenntnisse dem Innensenat über derartige Gruppen vorliegen, die organisiert Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung begehen. Der Staatssekretär von Innensenatorin Iris Spranger teilte in der Antwort mit: "Es sind derzeit keine Sachverhalte im Sinne der Fragestellungen bekannt."<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 1. Februar 2025 (x1.497/…):
>>**Fünf Fachkräfte für 13 Millionen: Welcome Center von Habecks Bruder floppt**
Das Welcome Center Schleswig-Holstein sollte mit Millionenbudget internationale Fachkräfte ins Land holen - doch nach einem Jahr Betrieb wurden lediglich fünf vermittelt. Besonders brisant: An der Spitze der Unternehmung steht Hinrich Habeck, der Bruder von Robert Habeck.
Robert Habecks Bruder steht in Schleswig-Holstein in der Kritik.
Das Welcome Center Schleswig-Holstein, ein mit Steuergeldern finanziertes Prestigeprojekt der Landesregierung, steht nach seinem ersten Betriebsjahr vor einem Scherbenhaufen. Trotz eines üppigen Budgets von 13 Millionen Euro bis 2028 konnte die Einrichtung im Jahr 2024 lediglich fünf ausländische Fachkräfte erfolgreich vermitteln. Dies berichtet die Lübecker Zeitung.
Das Welcome Center wurde mit dem Ziel gegründet, internationale Talente und Unternehmen nach Schleswig-Holstein zu holen und so dem prognostizierten Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Bis 2035 könnten dem Bundesland bis zu 180.000 Arbeitskräfte fehlen - eine Lükke, die das Zentrum mit einem umfassenden Beratungsangebot und dem Abbau bürokratischer Hürden schließen sollte.
Neun Angestellte berieten im vergangenen Jahr 516 Einzelpersonen, darunter 200 im Ausland lebende Menschen. Zusätzlich wurden 228 Unternehmen beraten. Das Ergebnis dieser aufwendigen Beratungstätigkeit: Fünf vermittelte Fachkräfte. Für die erste erfolgreiche Vermittlung im Juni 2024 waren mehr als zehn Beratungsgespräche nötig. In den anderen Fällen immerhin noch vier bis fünf.
An der Spitze der Wirtschaftsförderung und Technologietransfer Schleswig-Holstein GmbH (WTSH), unter deren Dach das Welcome Center operiert, steht seit Mai 2022 Dr. Hinrich Habeck - der jüngere Bruder des Bundeswirtschaftsministers Robert Habeck.
"Der Vermittlungsprozeß erweist sich als zeitaufwendig und komplex, da nicht alle Verfahrensschritte direkt im Welcome Center Schleswig-Holstein abgewickelt werden können", teilte das Wirtschaftsministerium des Landes der Zeitung mit. Arbeits-Staatssekretär Tobias von der Heide räumte dennoch ein, daß fünf Vermittlungen "natürlich nicht ausreichend" seien.<<

Willy Klages (1953*, von 1972-2016 Mitarbeiter eines großen deutschen Energieversorgungsunternehmens) schreibt am 1. Februar 2025 folgenden Offenen Brief an kritische deutsche Publizisten: >>**Offener Brief über die Zwangsbetreuung der Deutschen vom 11.11.1918 bis 2025**

Sehr geehrte Damen und Herren!

Gründung des Deutschen Reiches

Der Sieg über Frankreich hatte in den deutschen Staaten zwar eine Welle der nationalen Begeisterung entfacht, aber die Bildung eines vereinten deutschen Staates war trotzdem noch äußerst schwierig, denn Bismarck mußte 22 deutsche Einzelstaaten und 3 Freie Städte vereinigen:

Vier Königreiche: Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg.

Sechs Großherzogtümer: Baden, Hessen, Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz, Oldenburg, Sachsen-Weimar-Eisenach.

Fünf Herzogtümer: Anhalt, Braunschweig, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Coburg-Gotha, Sachsen-Meiningen.

Sieben Fürstentümer: Lippe, Schaumburg-Lippe, Schwarzburg-Rudolstadt, Schwarzburg-Sondershausen, Reuß Ältere Linie, Reuß Jüngere Linie und Waldeck.

Drei Freie Städte: Hamburg, Bremen und Lübeck.

Der neue deutsche Nationalstaat sollte nicht wieder durch den Vielvölkerstaat Österreich-Ungarn belastet und gefährdet werden, deshalb verzichtete man ausdrücklich auf die Aufnahme der Österreicher. Das Deutsche Reich trat am 18. Januar 1871 die Rechtsnachfolge des im Jahre 1806 aufgelösten "Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation" an, deshalb handelte es sich um keine Neugründung, sondern lediglich um eine "Erneuerung" bzw. um eine "Übernahme". Das Amt des "Deutschen Kaisers" war jedoch neu, denn bis 1806 gab es nur "Römische Kaiser".

Mit der Gründung des Deutschen Reiches und Herstellung der nationalen Einheit krönte Bismarck seine politische Arbeit. Durch die Vereinigung fast aller deutschen Volksstämme verwirklichte Bismarck einen jahrhundertealten deutschen Traum, den sich die anderen großen europäischen Völker längst erfüllt hatten.

Das Deutsche Reich wurde als Bundesstaat ("ewiger Bund") mit 25 Ländern (22 Fürstentümer und 3 Freie Städte) gegründet und war mit 40,8 Millionen Einwohnern und rd. 541.000 qkm, nach Rußland und Österreich-Ungarn, der drittgrößte Staat Europas.

Das Deutsche Reich war ein souveräner St und verfügte von 1871 bis zum Abschluß des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November 1918 über die 3 klassischen Merkmale eines souveränen Staates:

- Staatsgebiet (einen klar abgegrenzten oder definierten Landbesitz). Das Staatsgebiet oder Hoheitsgebiet ist der Raum, der der territorialen Oberhoheit eines Staates unterliegt.
- Staatsvolk. Das Staatsvolk wird von den Bewohnern eines Staates gebildet, die in dem Staatsgebiet alle bürgerlichen und politischen Rechte besitzen.
- Staatsgewalt. Ausübung der Macht innerhalb eines Staates durch staatliche Regierungsorganisationen, wie z.B. Verwaltung, Polizei, Gerichte etc.

Für Europa bedeutete die deutsche Einigung eine völlige Umwälzung der bisherigen Machtverhältnisse. Deutschland, seit dem Dreißigjährigen Krieg von 1618 bis 1648 kein ernstzunehmender Gegner der europäischen Großmächte, entwickelte sich nach der Reichsgründung sehr schnell zu einem wirtschaftlich und politisch bedeutenden europäischen Staat.

Der deutsche Michel war nie ein aggressiver Welteroberer, kolonialer Sklavenhalter und rücksichtsloser Ausbeuter, sondern die Deutschen arbeiteten selbst in ihrem Land oder handelten mit anderen Ländern.

Obgleich das deutsche Volk in jener Zeit nur über beschränkte Mitwirkungsrechte verfügte, waren die Deutschen keine bedingungslos unterdrückten Untertanen.
Die deutschen Bildungseinrichtungen waren für damalige Verhältnisse international anerkannt und führend. Der Deutsche Reichstag entwickelte damals vorbildliche Gesetzeswerke, wie z.B. die Zivil- und Strafprozeßordnung: 1871/1877, das BGB: 1900, und zählte in jener Zeit zu den angesehensten europäischen Parlamenten. Die fortschrittlichen deutschen Gesetze wurden sogar oftmals komplett von Nachbarländern übernommen.
Thomas Woodrow Wilson, von 1913-1921 nordamerikanischer Präsident, lobte z.B. im Jahre 1892 die preußische Staatsführung (x063/379): >>Der preußische Staatsaufbau ist ein Vorbild für die höchste Entwicklung der Selbstverwaltung in Deutschland. Preußen hat sich bemüht, seine Verwaltung vollkommener auszubilden als irgendein anderer Staat Europas. ...<<
Das Deutsche Reich stieg unerwartet schnell vom Agrarstaat zur führenden europäischen Industrienation auf, so daß die große Zahl der Arbeitslosen und der deutschen Auswanderer merklich zurückging.
Nach der Reichsgründung im Jahre 1871 nahm das Tempo der Industrialisierung in Deutschland enorm zu (x176/205): >>… Um 1830 hatten vier Fünftel der Bevölkerung ihren Lebensunterhalt in der Landwirtschaft gefunden. Mitte der achtziger Jahre war es knapp die Hälfte.
Die Industrie entfaltete sich in fast märchenhafter Weise: Zwischen 1871 und 1874 entstanden genau so viele Hochöfen, Eisenhütten und Maschinenfabriken wie in der Zeit von 1800 bis 1870. An die Stelle der handwerklichen Einzelanfertigung trat die Massenfabrikation im Großbetrieb.
Die Produktivität der Industrie stieg zwischen 1870 und 1890 um die Hälfte, im Braunkohlenbergbau um das Doppelte, in der Roheisenerzeugung gar um das Fünffache. Entsprechend wuchs das Bankkapital, bei der Deutschen Bank z.B. von 15 auf 100 Millionen, und die Zahl der Effekten (Aktien) an der Berliner Börse vervierfachten sich im gleichen Zeitraum. …<<

Beginn des Ersten Weltkrieges

Da der russische Truppenaufmarsch an den deutsch-österreichischen Grenzen unvermindert anhielt, erfolgte am 1. August 1914, um 17.00 Uhr, die deutsche Mobilmachung. Gegen 19.00 Uhr wurde die deutsche Kriegserklärung an Rußland übergeben, so daß der Erste Weltkrieg als deutsch-russischer Krieg begann.
Das Meinungskartell der Mainstream-Historiker behauptet bis zum heutigen Tag, daß Deutschland die Hauptschuld am Ausbruch des Ersten tragen Weltkrieges würde. Wer die wesentlichen historischen Fakten kennt, die zum Ersten und später zum Zweiten Weltkrieg führten, stößt jedoch schon bald auf die eigentlichen Drahtzieher im Hintergrund.
Nicht Zufälle, sondern langfristige Planungen der maßgeblichen NWO-Strategen führten zur Zerschlagung der mächtigen europäischen Kaiserreiche Rußland, Deutsches Reich und Österreich-Ungarn sowie des Osmanischen Reiches und zur Entstehung beider Weltkriege.
US-Kardinal John Murphy Farley (1842-1918, seit 1902 Erzbischof von New York) erklärte z.B. während des Eucharistischen Weltkongresses vom 22. bis 26. Juli 1914 in Lourdes kurz vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges (x347/83): >>Der Krieg, der in Vorbereitung ist, wird ein Kampf zwischen dem internationalen Kapital und den regierenden Dynastien sein. Das Kapital wünscht niemanden über sich zu haben; kennt keinen Gott oder Herrn und möchte alle Staaten als große Bankgeschäfte regieren lassen. Ihr Gewinn soll zur alleinigen Richtschnur der Regierenden werden … Business - einzig und allein …<<

Waffenstillstandsabkommen von Compiègne

Der Abschluß des Waffenstillstandes war völkerrechtlich keine bedingungslose Kapitulation, sondern ein rechtsverbindlicher Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und den Ententemächten.
Seit dem 11. November 1918 war das Deutsche Reich schließlich den Siegern auf Gedeih und

Verderb ausgeliefert. Nachdem alle deutschen Truppen ihre Waffen niedergelegt hatten, verstärkten die Siegermächte am 6. Dezember 1918 die Seeblockade auch im Ostsee-Raum, um die Bevölkerung des Deutschen Reiches systematisch auszuhungern.
Als die wahren Absichten der Siegermächte bekannt wurden, mußten die Deutschen bestürzt und verzweifelt zur Kenntnis nehmen, daß man sie arglistig getäuscht hatte, denn fast alle Vereinbarungen und verbindlichen Zusagen des Waffenstillstandsvertrages blieben später unberücksichtigt. Die folgenden Waffenstillstandsbedingungen der Siegermächte waren ungewöhnlich brutal und gnadenlos.
Auch die unmenschliche Hungerblockade blieb weiterhin in Kraft. Bei der von den alliierten Siegermächten durchgeführten "Hungerblockade" vom 11.11.1918 bis zum 12.07.1919 handelte es sich gemäß Haager Landkriegsordnung - "Ordnung der Gesetze und Gebräuche des Landkrieges" - vom 18.10.1907 um ein Kriegsverbrechen.
Die Deutschen verloren nach dem Waffenstillstandsabkommen vom 11. November 1918 ihre Freiheits- und Selbstbestimmungsrechte. Nach nur 47 Jahren der Freiheit begann für die Deutschen eine endlose Zeit der Unfreiheit.
Die deutschen Autoren Dr. Thomas Jung und Friedrich Georg schrieben später (im Jahre 2019) in ihrem Buch "1918 - Die Tore zur Hölle. Die verheimlichte Wahrheit über den Untergang des deutschen Kaiserreiches", daß US-Präsident Wilsons "14-Punkte-Friedensplan" nicht der letzte große Betrug der globalen Kriegstreiber blieb (x340/216-217): >>… Die Kriegstreiber von heute sind wie 1914 und 1939 kühl kalkulierende, machtbesessene und menschenverachtende Hasardeure. Sie finden sich unter Spekulationsbankern und Inhabern von Rüstungsgroßkonzernen, vor allem in den transnationalen Konzernen und dem transnationalen Kapital. …
Wie die Mittelmächte 1918 an einen gerechten Frieden nach den "Vierzehn Punkten" Wilsons vertrauten und die Waffen streckten, glaubte die sowjetische Führung 1990, auf die Feststellungen in den "Zwei-plus-Vier-Verträgen" zur Wiedervereinigung Deutschlands vertrauen zu dürfen, nach denen die NATO keinesfalls über die Oder als polnisch-deutsche Grenze nach Osten hinaus ausgedehnt werden sollte.
Die Russen zogen aus Osteuropa ab. Heute steht die NATO in den baltischen Staaten. Alles war Lüge.
Am Ende des Ersten Weltkrieges gingen am 11. November 1918 die Tore zur Hölle auf! Bis heute hat sie niemand wieder geschlossen.<<

"Versailler Friedensvertrag"

Die Deutschen mußten letzten Endes in Versailles nicht nur ein politisches und militärisches, sondern auch ein volkswirtschaftliches Todesurteil akzeptieren. Das Deutsche Reich zählte nach dem Versailler Friedensdiktat vom 28. Juni 1919 zu den wirtschaftlich und politisch entmündigten Staatsgebilden (Staaten ohne Selbstbestimmung). Die Deutschen wurden anschließend durch die Siegermächte bevormundet, entmündigt und planmäßig ausgeplündert.
Der britische Politiker David Lloyd George (1863-1945, 1916-22 Ministerpräsident) schrieb später über die rücksichtslosen Versailler Friedensverhandlungen (x321/80): >>Die internationalen Bankiers diktierten die Reparationsübereinkommen. Die Besitzer unserer Nationalbanken schoben Diplomaten, Politiker, Juristen und Journalisten beiseite und erließen ihre Befehle mit dem gebieterischen Wesen absolutistischer Monarchen, die wußten, daß es gegen die grausamen Dekrete keinen Einspruch gab. …<<
Der Versailler Vertrag war ein völkerrechtswidriges Unterdrückungsinstrument gegen das Deutsche Reich. Das Deutsche Reich wurde nach der Ablehnung des Versailler Vertrages nachweislich durch Ultimaten unter Druck gesetzt (wie z.B. durch Gewaltanwendung: "Hungerblockade" vom 11.11.1918 bis zum 12.07.1919 und durch Gewaltandrohung: sofortige Besetzung des gesamten Deutschen Reiches).

Die gewaltsame Durchsetzung des Versailler Friedensvertrages verstieß zweifelsfrei gegen die damals geltenden Grundsätze des Völkergewohnheitsrechts, denn ein durch Gewaltanwendung und Gewaltandrohung erzwungener Vertrag stellte einen derart eklatanten und schwerwiegenden Bruch des Völkerrechts dar, daß er von Anfang an als nichtig bzw. ungültig betrachtet werden mußte.

Weimarer Republik von 1919-1933

Die Weimarer Verfassung wurde am 14. August 1919 im Reichsgesetzblatt veröffentlicht und die neue Verfassung des Deutschen Reiches trat damit in Kraft.

Die Weimarer Republik von 1919 war kein souveräner Staat und verfügte nicht über die klassischen Merkmale eines Staates (Staatsgebiet, Staatsvolk, Staatsgewalt). Aufgrund der Versailler "Friedensbedingungen" (Gebietsabtretungen, hohe Wiedergutmachungsleistungen, Stationierung von Besatzungstruppen, Teilauflösung des deutschen Heeres etc.) zählte die Weimarer Republik von 1919-1933 völkerrechtlich nicht zu den politisch und ökonomisch unabhängigen Staaten, die die Fähigkeit besaßen, mit anderen Staaten souverän in politischen Kontakt zu treten.

Die Weimarer Verfassung war keine frei gewählte Verfassung des deutschen Volkes, denn Deutschland wurde damals von den Siegermächten des Ersten Weltkrieges dominiert. So wurde z.B. Artikel 61 der Weimarer Verfassung, der den Anschluß Deutsch-Österreichs an das Deutsche Reich vorsah, von den Siegermächten verboten.

Aufgrund der rücksichtslosen Ausbeutungs- und Unterdrückungsmaßnahmen der Siegermächte besaß die zwangsbetreute Weimarer Republik nach dem Ende des Ersten Weltkrieges eigentlich nie eine realistische Überlebenschance.

Als Reichspräsident Hindenburg den NSDAP-Führer Adolf Hitler am 30. Januar 1933 zum Reichskanzler ernannte, liquidierte Hindenburg gleichzeitig die Weimarer Republik. Nach ungemein schweren Jahren, in denen von 1919-33 insgesamt 20 deutsche Regierungen aufgerieben wurden und scheiterten, wurde schließlich das Schicksal der "Weimarer Republik" am 30. Januar 1933 entschieden.

Erich Ludendorff (1865-1937, deutscher General des Ersten Weltkrieges und später aktiver Hitlerputsch-Teilnehmer) schrieb am 31. Januar 1933 an den Ex-General und amtierenden Reichspräsidenten Hindenburg (x034/635): >>... Ich prophezeie ihnen feierlich, daß dieser unselige Mann unser Reich in den Abgrund stürzen und unsere Nation in unfaßbares Elend bringen wird. Kommende Geschlechter werden sie wegen dieser Handlung in Ihrem Grabe verfluchen.<<

NS-Diktatur von 1933-1945

Am 23. März 1933 wurde das "Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich", das sog. "Ermächtigungsgesetz", vom Reichstag mit der notwendigen 2/3-Mehrheit von 444:94 beschlossen. Da bei der Abstimmung 81 Abgeordnete mit Gewalt ferngehalten wurden, war das "Gesetz" verfassungsrechtlich null und nichtig.

Aufgrund des gewaltsamen Staatsstreiches (Verhaftung und Bedrohung von Reichstagsabgeordneten) begingen die Nationalsozialisten am 23. März 1933 verfassungsrechtlich eindeutig Hochverrat. Hitlers NS-Terroristen hielten das Deutsche Reich danach praktisch bis Mai 1945 besetzt. Nach Errichtung der NS-Diktatur bestimmten in Deutschland nur noch Gewalt und Terror das Leben der Menschen.

Prof. Dr. Karl Jaspers (1883-1969, Philosoph, erhielt von 1937-45 Lehrverbot und ab 1943 Publikationsverbot durch das NS-Regime) schrieb später, daß am 23. März 1933 unter Hitlers Führung erstmalig in der deutschen Geschichte ein **Verbrecherstaat** gebildet wurde, also ein "Staat", der systematische Verbrechen mittels seiner Institutionen, seiner Träger und Untergeordneten verübte (x154/14). Alle Gesetze, die danach von 1933-1945 durch das totalitäre NS-Regime erlassen wurden, waren demnach zweifelsfrei verfassungsrechtlich null und nichtig.

Adolf Hitler (1889-1945), der nachweislich jahrelang durch zahlreiche ausländische Förderer, wie z.B. durch das New Yorker Bankhaus Kuhn, Loeb & Co., und durch zahlreiche US-Großindustrielle finanziell unterstützt wurde, enttäuschte seine NWO-Geldgeber nicht. Der selbsternannte NS-Führer zählte nachweislich von 1933-1945 zu den gehorsamen Erfüllungsgehilfen und willigen Handlangern der anglo-amerikanischen NWO-Finanzeliten.
Hitlers angebliche Revisionen, um nicht haltbare, vorsätzliche Ungerechtigkeiten des Versailler Vertrages zu beseitigen, führten schließlich zwangsläufig zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges bzw. zur Fortsetzung des 2. Dreißigjährigen Krieges.

Bedingungslose Kapitulation der Deutschen Wehrmacht

Da Stalin ausdrücklich die Wiederholung der deutschen Kapitulationserklärung verlangte, unterzeichneten Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel (Chef des OKW), Generaladmiral von Friedeburg (Oberbefehlshaber der Kriegsmarine) und Generaloberst Hans-Jürgen Stumpff (stellvertretender Oberbefehlshaber der Luftwaffe) am 9. Mai 1945, um 0.16 Uhr, die militärische Kapitulationsurkunde im sowjetischen Hauptquartier in Berlin-Karlshorst
Aufgrund der bereits vor Beginn des Zweiten Weltkrieges geltenden Haager Landkriegsordnung (HLKO) von 1899 bzw. von 1907 sowie der Genfer Konvention von 1864 und 1929 wurden durch die bedingungslose Kapitulation der Deutschen Wehrmacht vom 9. Mai 1945 völkerrechtlich lediglich die Kampfhandlungen eingestellt.
Da später kein Friedensvertrag zwischen dem Deutschen Reich und den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges geschlossen wurde, galten weiterhin die Vereinbarungen und Gesetze der Haager Landkriegsordnung.
Die militärische, wirtschaftliche und politische Ausschaltung Deutschlands, die man nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg im Jahre 1918 begonnen hatte, wurde nach dem verlorenen Zweiten Weltkrieg 1945 während der jahrzehntelangen Besatzungsherrschaft kompromißlos fortgesetzt.
Die Deutschen wurden nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges von den Siegermächten zweifelsfrei nicht befreit, sondern sie wurden in den folgenden Jahrzehnten politisch und wirtschaftlich entmündigt, konsequent ausgeplündert sowie systematisch umerzogen.

Sexualverbrechen während der sogenannten Befreiung der Deutschen

Dr. Gerhard Reichling (langjähriger Mitarbeiter des Statistischen Bundesamtes, der nach seiner Pensionierung Leiter der wissenschaftlichen Arbeitsstelle der "Deutschen Sektion der Forschungsgesellschaft für das Weltflüchtlingsproblem" wurde) ermittelte zum Themenkomplex "Vergewaltigungsverbrechen" folgende Zahlen (x037/58-60):
Während der Flucht, "Befreiung" und Vertreibung wurden in den ostmitteleuropäischen Vertreibungsgebieten (ohne reichsdeutsche Bombenevakuierte und Dienstverpflichtete) etwa 1.400.000 deutsche Frauen und Mädchen durch Soldaten der Roten Armee vergewaltigt. Etwa 180.000 Opfer kamen um.
In der späteren sowjetischen Besatzungszone (SBZ, ohne Berliner sowie ohne ostdeutsche Flüchtlinge und Vertriebene) wurden im Verlauf der "Befreiung" etwa 500.000 mitteldeutsche Frauen und Mädchen vergewaltigt (7,5 % der weiblichen Bevölkerung). Etwa 50.000 Opfer kamen um.
In Groß-Berlin (ohne ostdeutsche Flüchtlinge und Vertriebene) wurden etwa 100.000 Frauen und Mädchen vergewaltigt (6,7 % der weiblichen Bevölkerung). Etwa 10.000 Opfer kamen um.
Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT-Geschichte" Nr. 8 berichtete später (im Oktober 2019) über die sexuellen Übergriffe der Westalliierten (x358/41): >>**Die geschändeten "Frolleins"**

_ *von Gero Bernhardt*

Auch Soldaten der Westalliierten haben sich sexueller Gewalt an deutschen Frauen schuldig

gemacht. Vor allem Franzosen und Amerikaner haben Schande auf sich geladen.
Der französische General Jean de Lattre de Tassigny hatte am 5. April 1945 als Direktive an seine auf deutschen Boden vorstoßenden Truppen ausgegeben, sie mögen "einen natürlichen Haß gegen den grausamen Feind unserer Freiheit und unserer Kultur, einen legitimen Haß gegen eine Nation, die gierig ist, die Welt zu unterwerfen", nicht zurückhalten. …<<

1,6 Millionen tote deutsche Kriegsgefangene

Im Verlauf des Zweiten Weltkrieges und nach der Kapitulation gerieten etwa 11.094.000 deutsche Soldaten in die Kriegsgefangenschaft.
Hunderttausende von deutschen Kriegsgefangenen, die im Mai 1945 im Westen kapitulierten, wurden danach durch die westlichen Alliierten an die UdSSR, Polen, Tschechoslowakei, Jugoslawien, Italien, Frankreich und andere Länder ausgeliefert. Dort wurden die deutschen Kriegsgefangenen nicht selten jahrelang als Zwangsarbeiter eingesetzt.
Falls die deutschen Kriegsgefangenen überlebten, kehrten sie mehrheitlich als gebrochene Männer zurück. Mindestens 1.577.000 deutsche Kriegsgefangene überstanden die barbarischen Torturen der Kriegsgefangenschaft nicht (x026/45).
Während US-General John Lee am 2. Juni 1945 erklärte, daß sich in den Lagern der US-Army **3.878.537** deutsche Kriegsgefangene aufhalten würden, meldete das Oberkommando aller Alliierten-Armeen in Europa eigenartigerweise am selben Tag nur **2.927.614** inhaftierte deutsche Kriegsgefangene (x131/67). Später behauptete das US-Oberkommando, daß man die Differenz von rd. 951.000 deutschen Kriegsgefangenen an die Russen ausgeliefert hätte. Durch diesen perfiden Trick konnte man die Todeszahlen in den US-Kriegsgefangenenlagern gezielt manipulieren.

Verhaftung der Dönitz-Regierung

Am 23. Mai 1945 wurde die "Geschäftsführende Zentralregierung des Deutschen Reiches" durch die Siegermächte abgesetzt. Sämtliche Mitglieder der letzten deutschen Reichsregierung und des Oberkommandos der Wehrmacht (sog. "Dönitz-Clique") wurden am 23. Mai 1945 auf Weisung General Eisenhowers in Flensburg-Mürwik verhaftet und "als Kriegsgefangene" inhaftiert. Generaladmiral von Friedeburg beging noch am selben Tag in seiner Zelle Selbstmord (Giftkapsel).

Berliner Erklärung

Nach der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht und Verhaftung der "Dönitz-Regierung" übernahm gemäß Berliner Deklaration vom 5. Juni 1945 der Alliierte Kontrollrat die gesamte Regierungsgewalt im Deutschen Reich, so daß alle deutschen Staatsbürger zu Subjekten der Besatzungsmächte wurden.
Da die Siegermächte nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges keinen Gebrauch von ihrem Recht der vollständigen Unterwerfung des Deutschen Reiches machten, wurde das Deutsche Reich - in den Grenzen von 1937 - gemäß Berliner Erklärung vom 5. Juni 1945 durch die Siegermächte nachweislich völkerrechtlich nicht annektiert, sondern nur besetzt.
Die Berliner Deklaration vom 5. Juni 1945 stellte damals eindeutig fest, daß das Deutsche Reich als Völkerrechtssubjekt nicht untergehen sollte (x151/67). Das Deutsche Reich blieb deshalb als Rechtssubjekt bestehen, war aber nach der Verhaftung der "Dönitz-Regierung" desorganisiert bzw. nicht mehr geschäftsfähig.

Sowjetisch-polnische Verwaltung Ostdeutschlands

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1954 über den sowjetisch verwalteten Teil Ostpreußens (x001/88E): >>… Als Grenze zwischen dem sowjetisch verwalteten und dem polnisch verwalteten Teil Ostpreußens wurde eine Linie festgelegt, die fast gradlinig von der Küste des Frischen Haffes unmittelbar südlich von Heiligenbeil nach Osten quer durch Ostpreußen verläuft und nördlich von Goldap auf die alte ostpreußisch-litauische Grenze stößt. …<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1954 über die polnisch verwalteten deutschen Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie (x001/96E):
>>... Anders als im nördlichen Teil Ostpreußens blieb die sowjetrussische Militärverwaltung in den übrigen Gebieten Ostdeutschlands auf eine kurze Übergangszeit beschränkt, die mit der Besetzung bis Mai 1945 begann und mit der Verwaltungsübergabe an die Polen spätestens im Herbst 1945 endete. Je nach dem Zeitpunkt der Eroberung und der Verwaltungsübergabe an polnische Behörden war die sowjetische Militärverwaltung in den einzelnen Gegenden und Orten östlich der Oder-Neiße-Linie von unterschiedlicher Dauer.<<

Sowjetische Verwaltung Mitteldeutschlands

Die 3 Siegermächte (USA, Großbritannien und UdSSR) beschlossen am 29. Juni 1945 den Rückzug aller Truppen der westlichen Alliierten aus Mitteldeutschland. Im Gegenzug erhielten die Nordamerikaner und Briten freien Zugang nach Berlin (mündliche Zusage) und marschierten vom 1. bis 4. Juli 1945 in die sog. "Berliner-Westsektoren" ein.
Teile der mitteldeutschen Gebiete (ca. 7,0 Millionen Einwohner) wurden bereits seit dem 21. Juni 1945 von der sowjetischen Militäradministration (SMAD) verwaltet. Nach der Besetzung Mitteldeutschlands führte die Sowjetunion umgehend den sog. marxistisch-leninistischen Sozialismus ("Diktatur der Arbeiter und Bauern") ein.

Konferenz von Potsdam

Im Verlauf der internationalen Konferenz von Potsdam, die am 2. August 1945 beendet wurde, schlossen die Alliierten keine völkerrechtlichen Verträge. Es handelte sich lediglich um Absprachen bzw. Vereinbarungen zwischen den Siegermächten und den Vertreiberstaaten (x150/18). Die Verhandlungsergebnisse wurden im sog. "Potsdamer Protokoll" festgehalten, das bis zum endgültigen Abschluß einer friedensvertraglichen Regelung Gültigkeit besitzen sollte.
Im Potsdamer Abkommen betonten die Siegermächte zwar ausdrücklich, daß man nicht beabsichtigen würde, das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven, aber die hilflosen Ost- und Volksdeutschen hatten schon längst die brutale Wirklichkeit erlebt bzw. nicht überlebt. Aufgrund der völlig überzogenen Gebietsabtretungen, die sie noch in der Atlantik-Charta vom 14.08.1941 aus moralischen Gründen als unannehmbar abgelehnt hatten, akzeptierten die Nordamerikaner und Briten stillschweigend die Massenvertreibung von Millionen.
Die westlichen Alliierten waren trotz der gigantischen Bevölkerungsmassen zuversichtlich, daß man die Deutschen geregelt und human "umsiedeln" könnte. Diese naiven Fehleinschätzungen und fehlende internationale Kontrollmaßnahmen brachten nochmals unvorstellbare Leiden und unsägliches Elend über die Ost- und Volksdeutschen.
Aufgrund der Berliner Erklärung vom 5. Juni 1945 wurde das Deutsche Reich (in den Grenzen von 1937) nicht annektiert, sondern nur besetzt. Die Besatzungsmächte übten deshalb keine volle Souveränität über das besetzte Gebiet aus, so daß zum Beispiel die von ihnen durchgeführten oder gebilligten Gebietsabtretungen, Enteignungen, Bevölkerungsumsiedlungen und Zwangsdeportationen eindeutig gegen das damals geltende Völkerrecht verstießen und völkerrechtswidrig waren.
Infolge der zahlreichen Verletzungen des Völkerrechts muß das sogenannte "Potsdamer Abkommen" von Anfang an als nichtig bzw. ungültig betrachtet werden. Sämtliche völkerrechtswidrigen Vereinbarungen des "Potsdamer Abkommens" waren ohnehin gemäß Völkerrecht unwirksam.
US-Senator Charles W. Vursell berichtete später über das Potsdamer Abkommen (x028/149):
>>... Durch die Potsdamer Vereinbarung wurde die Regierung der Vereinigten Staaten unbeabsichtigt zum Mitverantwortlichen für den massenhaften Hungertod, besonders in Deutschland. - (Sie verstießen) gegen das geltende humanitäre Prinzip des Völkerrechts, wonach immer dem Sieger die Verantwortung zufällt, nach besten Kräften die unschuldigen Opfer der

besiegten Bevölkerung zu schützen.<<

Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus Ost-Mitteleuropa von 1945-1951

Bei der völkerrechtswidrigen Vertreibung von mehr als 14 Millionen Deutschen aus Ost-Mitteleuropa, wobei mindestens zwei Millionen ihr Leben verloren, handelte es sich zweifelsfrei um Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Vor allem für die nach Westen geflüchteten oder vertriebenen Reichs- und Volksdeutschen begann damals ein verzweifelter Kampf ums nackte Überleben, um dem Hunger- oder Kältetod zu entgehen.

Für Millionen von Heimatvertriebenen wurde das neue Leben im Westen zu einem jahrelangen Überlebenskampf. Überall in Mittel- und Wesdeutschland sah man erschöpfte Vertriebene, die Nahrung und Unterkünfte suchten. Alte Menschen hatten es besonders schwer, denn sie waren nach den Zwangsumsiedlungen mehrheitlich vollkommen am Ende ihrer körperlichen und seelischen Kräfte.

Am 26. Juni 1945 unterzeichneten in San Francisco 50 Nationen die Charta der Vereinten Nationen. Bei dieser Konferenz wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die deutschen Vertriebenen und Flüchtlinge aufgrund der UN-Feindstaatenklauseln Artikel 53 und Artikel 107 der Charta der Vereinten Nationen von der internationalen Flüchtlingsfürsorge ausgeschlossen werden (x024/344).

Besatzungspolitik der Siegermächte

Nachdem die Siegermächte die uneingeschränkte Gesetzgebungs-, Verwaltungs- und Justizgewalt in den Besatzungszonen übernommen hatten, waren die hoffnungslos erschütterten Deutschen den Siegern auf Gedeih und Verderb ausgeliefert und mußten die drakonischen Maßnahmen, Willkürakte und Schikanen der Besatzer über sich ergehen lassen.

In der berüchtigten Direktive JCS 1067 der US-Militärregierung, die bis Mitte 1947 die Basis der US-Besatzungspolitik bildete, hieß es damals z.B., daß Deutschland nicht zum Zwecke der Befreiung, sondern als besiegter Feindstaat besetzt werden sollte.

US-General Lucius D. Clay schrieb später über die berüchtigte Geheimdirektive JCS 1067 (x114/2.103): >>JCS 1067 ließ der Militärregierung nur begrenzte Vollmachten. Es untersagte uns ausdrücklich, Schritte zu unternehmen, die deutsche Wirtschaft irgendwie wieder herzustellen oder auf ihrem Stand zu erhalten: erlaubt war nur die höchtsmögliche Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung; eine Bodenreform war vorgesehen. ...

(Es) stand außer Zweifel, daß JCS 1067 einen "Karthago-Frieden" zum Ziel hatte, der unser Handeln in den ersten Besatzungsmonaten bestimmte.<<

Hungerpolitik

US-General Clay erklärte am 15. Mai 1945 während einer Pressekonferenz, daß es die erste Aufgabe sei, die deutschen Kriegsverbrecher einer gerechten Aburteilung zuzuführen und daß man die Lebensmittelversorgung für Deutschland zunächst sehr verknappen würde.

Die Abtrennung der landwirtschaftlichen Überschußgebiete Ostdeutschlands, die jahrelange Versklavung von Millionen von deutschen Kriegsgefangenen, die gewaltsame Umsiedlung von mehr als 14 Millionen Deutschen aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße in das verwüstete Restdeutschland sowie die Verhinderung von westeuropäischen Hilfslieferungen mußten zwangsläufig zu humanitären Katastrophen führen.

Die Lebensverhältnisse der Nachkriegszeit waren nicht nur in Ostdeutschland katastrophal, sondern auch in Mittel- und Westdeutschland herrschten chaotische Lebensbedingungen.

Bei der völkerrechtswidrigen "Hungerpolitik" in den deutschen Besatzungszonen handelte es sich eindeutig um ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Deutsche Nachkriegverluste des Zweiten Weltkrieges

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 9. August 2008 über die die deutschen Nachkriegverluste des Zweiten Weltkrieges (x887/...): >>**Klassiker aktuali-**

siert

... Nawratil zählt **8,8 Millionen Nachkriegstote**, davon 4,0 Millionen Opfer der Hungerpolitik, 2,8 Millionen Opfer der Vertreibungen, 1,6 Millionen tote Kriegsgefangene, 0,3 Millionen Opfer der Sowjetarmee in Mitteldeutschland und Österreich plus 0,1 Millionen Tote in sowjetischen KZ und Gefängnissen in Deutschland. ...<<

Bestrafung der deutschen "Hauptkriegsverbrecher"

Die 4 Siegermächte beschlossen am 8. August 1945 in London ein Abkommen über die Verfolgung und Bestrafung der deutschen "Hauptkriegsverbrecher", das als Grundlage für die "Nürnberger Prozesse" (Internationaler Militärgerichtshof in Nürnberg) diente. Zur Ahndung der NS-Straftaten wurden damals im "Londoner Statut" die völkerrechtlichen Begriffe "Verbrechen gegen den Frieden", "Kriegsverbrechen" und "Verbrechen gegen die Menschlichkeit" definiert.

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtete später über die Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse (x309/120-121): >>Die moralische Wirkung der Nürnberger Prozesse hielt sich allerdings in Grenzen, weil die Alliierten die gleichen Taten, für die sie führende Nationalsozialisten an den Galgen brachten, zur gleichen Zeit, bloß in viel größerem Maßstab, in Ostdeutschland selbst begingen oder genehmigten. ...<<

Völkerrechtswidrige Liquidierung des preußischen Staates

Der Alliierte Kontrollrat beschloß am 25. Februar 1947 die Liquidierung des preußischen Staates (Kontrollratsgesetz Nr. 46).

Die Besatzungsmächte erließen damals eine völkerrechtswidrige Anordnung, denn aufgrund der Berliner Erklärung vom 5. Juni 1945 wurde das Deutsche Reich (in den Grenzen von 1937) nicht annektiert, sondern nur besetzt. Die Besatzungsmächte übten deshalb keine volle Souveränität über das besetzte Gebiet aus, so daß die von ihnen durchgeführte Liquidierung Preußens eindeutig völkerrechtswidrig war. Das Kontrollratsgesetz Nr. 46 war demnach **null und nichtig** und der preußische Staat besteht gemäß Völkerrecht weiterhin.

Der Marshall-Plan

US-Außenminister George C. Marshall stellte am 5. Juni 1947 das US-Hilfsprogramm für Europa vor. Der Marshall-Plan sollte in erster Linie eine mögliche wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und Westdeutschland verhindern und langfristig ausschließen.

Der US-Bankier Owen Young (1874-1962) begrüßte am 12. September 1947 den Marshall-Plan, um weitere kommunistische Expansionen zu verhindern (x111/367): >>... (und) daß der westliche Teil Deutschlands kommunistisch und von Rußland vereinnahmt wird.

Wenn Rußland seine momentanen riesigen Ressourcen an Rohmaterialien und Arbeitskraft mit den schöpferischen, produktiven und organisatorischen Fähigkeiten der Deutschen verbinden könnte, würde es in kurzer Zeit zur mächtigsten Nation der Welt.

Das ziemlich wahrscheinliche Ergebnis davon wäre, daß das gesamte Westeuropa zur Annahme eines kommunistischen Programms gezwungen wäre. Die USA stünden dann einer Bedrohung gegenüber, die die Bedrohung durch Hitler als Kinderspiel erscheinen ließe.<<

James P. Warburg (Berater der US-Militärregierung in Deutschland) begründete damals die damalige US-Außenpolitik wie folgt (x156/40-41): >>... Wir Amerikaner haben ein vitales Interesse an der Zukunft Deutschlands, weil Deutschland das Versuchsfeld für ein großes Experiment ist, das wir machen müssen. Wir müssen versuchen, einen dauernden Frieden durch die Zusammenarbeit der großen Mächte zu verbürgen. Deutschland ist das Laboratorium, in dem dieses Experiment gelingt oder mißlingt. ...<<

Gründung der ACUE

Am 23. April 1948 gründete man in New York das "American Committee for a United Europe" (ACUE). Diese überwiegend vom CIA finanzierte Organisation förderte und unterstützte in erster Linie die Gründung einer allgemeinen europäischen Union und die Bildung eines

europäischen Einheitsstaates, um Deutschenland heimlich auszuplündern und letzten Endes vollständig zu ruinieren und aufzulösen.

Ruhrstatut

Während der Zonenkonferenz in Minden kritisierte Konrad Adenauer am 10. Juli 1948 die Londoner Verhandlungen über das Ruhrstatut (x112/548): >>... Das Londoner Abkommen ist gegenüber dem Versailler Vertrag viel, viel härter und schwerer.

Eine solche wirtschaftliche Annektion ist noch schlimmer als eine politische Annektion. …<<

Am 22. April 1949 trat das "Ruhrstatut" in Kraft. Danach war die gesamte Kohlen-, Koks- und Stahlproduktion des Ruhrgebietes einer internationalen Kontrollbehörde unterstellt.

Bundeskanzler Adenauer begründete am 25. November 1949, um 3 Uhr morgens, im Bundestag den Beitritt zur Ruhrbehörde u.a. damit, daß die alliierten Militärregierungen bei einer Ablehnung die geplanten Demontagen in der BRD unverändert fortgesetzt hätten (x243/177).

Bei der internationalen Ruhrbehörde (Ruhrstatut) handelte es sich um eine Tarnorganisation des NWO-Imperiums. Diese geschickt getarnte Organisation sollte in erster Linie die langfristige wirtschaftliche Ausbeutung und politische Unterdrückung Deutschlands garantieren.

Das Ruhrstatut wurde später aufgrund des Pariser Vertrages vom 18.04.1951 am 23. Juli 1952 in die Montanunion und danach 1967 durch Fusionsvertrag in die EG integriert.

Besatzungsstatut für Westdeutschland

Die Außenminister Acheson (USA), Bevin (England) und Schuman (Frankreich) beschlossen am 8. April 1949 während einer Konferenz in Washington (vom 5. bis zum 8. April 1949) ein Besatzungsstatut für Westdeutschland und die Einsetzung einer Alliierten Hohen Kommission (Ersatz für den seit März 1948 entscheidungsunfähigen Alliierten Kontrollrat).

Das "neue Besatzungsstatut" trat am 21. September 1949 in Kraft. Dieses Besatzungsstatut reduzierte zwar die geplanten Demontagen, aber die Souveränität der "neuen" Bundesrepublik Deutschland wurde durch die große Autorität der westlichen Besatzungsmächte bis zum 4. Mai 1955 erheblich eingeschränkt. Die Oberaufsicht der westlichen Alliierten über Reparationen, Entmilitarisierung, Außenpolitik der BRD und die Ruhrkontrolle änderte sich damals jedenfalls nicht.

Grundgesetz der BRD

Das Grundgesetz mußte den Besatzungsmächten zur Genehmigung vorgelegt werden. Das Grundgesetz der BRD wurde nicht aufgrund des Selbstbestimmungsrechtes des deutschen Volkes erlassen, wie es in der Präambel hieß, sondern das Grundgesetz der BRD wurde formalrechtlich infolge eines gemeinsamen Aktes der Militärgouverneure der drei Westmächte (als oberste Befehlshaber und Inhaber der obersten Gewalt in ihren Besatzungszonen) in Kraft gesetzt.

Der deutsche Verfassungsrechtler Hans Herbert von Arnim berichtete 2008 in seinem Buch "Die Deutschlandakte" (x357/9): >>Tatsächlich waren es die westlichen Besatzungsmächte, die die Entstehung des Grundgesetzes beherrschten. Sie dekretierten den Erlaß des Grundgesetzes, nahmen massiv Einfluß auf seinen Inhalt und stellten sein Inkrafttreten unter den Vorbehalt ihrer Genehmigung.<<

Die eigentliche Verfassung der BRD blieb trotz der Verabschiedung des Grundgesetzes zunächst das Besatzungsstatut der westlichen Siegermächte.

Erst nachdem am 5. Mai 1955 die Pariser Verträge in Kraft traten, entfiel zwar offiziell das Besatzungsstatut, aber wesentliche Vorbehaltsrechte und geheime Zusatzverträge der alliierten Siegermächte blieben weiterhin bestehen: Stationierungskosten, Truppenstationierung, Berlin-Status, Wiedervereinigungs- und Friedensvertragsfrage, Medienkontrolle und andere Vorbehaltsrechte.

Gründung der Bundesrepublik Deutschland

Der Parlamentarische Rat stellte am 23. Mai 1949 in einer öffentlichen Sitzung fest, daß die

BRD gemäß Artikel 144 GG als parlamentarischer Staat gegründet worden sei.
Es handelte sich bei der BRD lediglich um ein Besatzungskonstrukt der westalliierten Siegermächte, aber um keinen Staat im völkerrechtlichen Sinn, denn die BRD verfügte nicht über die klassischen Merkmale eines Staates (Staatsgebiet, Staatsvolk und Staatsgewalt). Die von den Siegermächten gegründete BRD war völkerrechtlich politisch und ökonomisch kein unabhängiger oder souveräner Staat.
Infolge der zahlreichen geheimen Vorbehaltsrechte des Besatzungsstatutes und der geheimen Zusatzverträge (Ruhrstatut und Zwangsmitgliedschaft in den Folgegemeinschaften Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl bzw. Montanunion, EG und EU) handelten die vom deutschen Volk gewählten Parteien und Abgeordneten seit Gründung der BRD im Auftrag und nach den Vorgaben der alliierten Siegermächte. Insofern waren alle bisher durchgeführten Wahlen in der BRD (wie auch in der DDR) lediglich bedeutungslose Pseudowahlen, denn die gewählten Parteien und Abgeordneten konnten die Interessen des deutschen Volkes nie souverän vertreten.

Verfassung und Gründung der Deutschen Demokratischen Republik

Der "Deutsche Volksrat", der im Auftrag der mitteldeutschen SED-Einheitspartei handelte, veröffentlichte am 22. Oktober 1948 den "Entwurf einer Verfassung für die Deutsche Demokratische Republik". Dieser Verfassungsentwurf wurde am 19. März 1949 durch den Deutschen Volksrat angenommen.
Die Deutsche Demokratische Republik wurde am 7. Oktober 1949 gegründet.
Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906-1984) schrieb später über die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik (x063/635): >>... Eine Verfassung haben die Parteiinstanzen der Sowjetzone am 19. März 1949 verkündet. Auf dem Papier durchaus demokratisch, mit zahlreichen Bestimmungen, die nahezu wörtlich aus der Weimarer Verfassung übernommen wurden, bildeten sie in Wirklichkeit nur den Deckmantel für eine totale Willkürherrschaft.
Die Einrichtung einer Geheimpolizei, des Staatssicherheitsdienstes, eine politisierte Justiz, Säuberungsaktionen, Gleichschaltung der Jugend, in steigendem Maße eine atheistische, religionsfeindliche Propaganda und die nahezu völlige Absperrung nach außen sollten der SED-Regierung die Kontrolle über die Bevölkerung sichern. ...<<

Schlußbemerkungen zur Rückgewinnung der Freiheits- und Selbstbestimmungsrechte des Deutschen Volkes

Deutsches Reich (1871-1918) = 47 Jahre Freiheit und Selbstbestimmung für die Deutschen.
Das rasante Wirtschaftswachstum und die großartigen Exporterfolge des Deutschen Reiches entschieden schließlich das Schicksal des Deutschen Kaiserreiches, denn die damaligen Großmächte Großbritannien, Frankreich und USA duldeten keine "aufmüpfige" deutsche Industrie- und Wirtschaftsmacht.
Die lästigen deutschen Konkurrenten wurden nach dem Waffenstillstandsabkommen vom 11. November 1918 und dem Versailler Friedensdiktat vom 28. Juni 1919 systematisch durch die Siegermächte bevormundet, entmündigt und ausgeplündert.
Das Deutsche Reich zählt danach bis zum heutigen Tag zu den wirtschaftlich und politisch entmündigten Staatsgebilden (Staaten ohne Selbstbestimmung). Die Deutschen besitzen seither keine frei gewählte Verfassung und keinen souveränen Staat (Staatsgebiet, Staatsvolk, Staatsgewalt):
Weimarer Republik (1918-1933) = 15 Jahre Unfreiheit und eingeschränkte Selbstbestimmung für die Deutschen.
NS-Regime (1933-1945) = 12 Jahre Unfreiheit und Terror für die Deutschen.
Nachkriegszeit (1945-1949) = 4 Jahre Unfreiheit und Sklavendasein für die Deutschen.
BRD und DDR (1949-1990) = 41 Jahre Vasallenschaft und eingeschränkte Selbstbestim-

mung für die Deutschen.
BRD bzw. DDR 2.0 (1990-2025) = 35 Jahre Vasallenschaft und eingeschränkte Selbstbestimmung für die Deutschen

Entmündigung, politische Unterdrückung, wirtschaftliche Ausbeutung und ideologische Umerziehung

Obgleich die Deutschen seit über 100 Jahren planmäßig bevormundet, versklavt und ausgeplündert werden, berichtete bisher fast kein deutscher Historiker und kein deutscher Journalist über diesen unfaßbaren Zustand. Anstatt das sogenannte Volk der "Dichter und Denker" über die historische Wahrheit und Realität zu informieren, wurden die Deutschen systematisch zu einem "Volk der Täter" umerzogen und ihre mehr als tausendjährige deutsche Rechts- und Verfassungsgeschichte fast auf die 12 Jahre des verbrecherischen NS-Regimes reduziert.

Die bevormundeten Deutschen besitzen keine Freiheits- und Selbstbestimmungsrechte

Aufgrund der unsinnigen Destabilisierungspolitik der betreuten bzw. fremdbestimmten deutschen Politiker und Parteien ähnelt die BRD gegenwärtig einem Irrenhaus, in dem anscheinend die gemeingefährlichsten Insassen die Herrschaft übernommen haben.

Nicht wenige ausländische Diplomaten und Journalisten zweifeln z.B. wegen der selbstmörderischen Energiewende und der unkontrollierten Massenmigration an der Zurechnungsfähigkeit der Deutschen. Diese Kritiker unterschlagen jedoch wissentlich, daß die bevormundeten Deutschen bei entscheidenden Fragen seit Jahrzehnten nach wie vor keine Freiheits- und Selbstbestimmungsrechte gegenüber den westlichen Siegermächten des Zweiten Weltkrieges besitzen.

Die BRD ist immer noch besetzt und muß gemäß Artikel 120 des deutschen Grundgesetzes (Stand: Januar 2018) weiterhin Besatzungskosten übernehmen. Die Deutschen stehen bis zum heutigen Tag völkerrechtlich unter Vormundschaft der Besatzungsmächte, d.h. sie sind geschäftsunfähig und besitzen gegenüber den westalliierten Betreuern bei allen entscheidenden Fragen nach wie vor keine souveränen Freiheits- und Selbstbestimmungsrechte. Die Deutschen können aufgrund der fortgeltenden geheimen Befugnisse und Vorbehaltsrechte der westlichen Alliierten bzw. wegen der gegenwärtigen Vormundschaft oder der Gebrechlichkeitspflegschaft nicht frei und selbstbestimmt handeln, denn die zwangsbetreuten Deutschen sind weiterhin vollkommen wehr- und willenlos.

Auch die Deutschen haben das Recht auf Selbstbestimmung

Nach über 100 Jahren der Entmündigung, der politischen Unterdrückung, der wirtschaftlichen Ausbeutung und der ideologischen Umerziehung wird es allmählich Zeit, dem deutschen Volk das Recht auf Selbstbestimmung zurückzugeben. Vorübergehende Einschränkungen der Souveränität sind gemäß Haager Landkriegsordnung legal. Die dauernde Einschränkung der Souveränität ist jedoch völkerrechtlich verboten.

Die Deutschen haben wie alle Völker das Recht, in Frieden und Freiheit sowie ohne Vormundschaft zu leben, deshalb sind die bis zum heutigen Tag fortgeltenden geheimen Befugnisse und Vorbehaltsrechte der Alliierten bzw. die bisherige Vormundschaft oder die Gebrechlichkeitspflegschaft unverzüglich zu beenden.

Man hat die Deutschen schon lange genug versklavt, hiermit muß irgendwann Schluß sein, denn die Abschaffung der Sklaverei wurde schließlich im Jahre 1948 durch die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte völkerrechtlich bestätigt.

Völkerrechtlicher Status des Deutschen Reiches und der BRD

Die Bundesverfassungsrichter stellten im "Grundlagenvertragsurteil" vom 31. Juli 1973 klar, daß das Deutsche Reich völkerrechtlich weiterhin fortbesteht (x028/169): >>... Das Deutsche Reich existiert fort, ... besitzt nach wie vor Rechtsfähigkeit, ist allerdings als Gesamtstaat mangels Organisation, insbesondere mangels institutionalisierter Organe selbst nicht handlungsfähig. ...<<

Egon Bahr (1922-2015, von 1972-1976 SPD-Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit) erklärte im Jahre 1996 in der Berliner Akademie der Künste (x346/8): >>… Von Konrad Adenauer bis Helmut Kohl waren alle Bundeskanzler inoffizielle Mitarbeiter der CIA.<<
Der SPD-Politiker Oskar Lafontaine (seit 2005 Parteimitglied der "Linken") berichtete am 6. Januar 2003 in der BILD-Zeitung (x353/76): >>… Wenn Washington am Golf Krieg führt, ist Deutschland immer beteiligt, weil es der Flugzeugträger der USA in Europa ist. Wir sind kein souveräner Staat. Wir nehmen gezwungenermaßen an Angriffskriegen der Supermacht teil.<<
Der deutsche CSU-Politiker Horst Seehofer, seit 2008 bayerischer Ministerpräsident, erklärte am 20. Mai 2010 während einer Unterhaltung mit dem Kabarettisten Erwin Pelzig (x317/-151): >>… Diejenigen, die entscheiden, sind nicht gewählt, und diejenigen, die gewählt werden, haben nichts zu entscheiden.<<
Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 8. Dezember 2011 über eine Rede des damaligen Finanzministers Wolfgang Schäuble (CDU) im November 2011: >> …**Souveränität gibt es seit den Kriegen nicht mehr**
Schäuble leitete diese Passage seiner Rede mit den Worten ein: "Die Kritiker … gehen ja in Wahrheit von dem Regelungsmonopol des Nationalstaates aus." …
Und weil dies so sei, formulierte er jenen folgenschweren Satz: "Und wir in Deutschland sind seit dem 8. Mai 1945 zu keinem Zeitpunkt mehr voll souverän gewesen." ...<<

Abschluß eines völkerrechtlich anerkannten Friedensvertrages für den Ersten und Zweiten Weltkrieg

Um das unwürdige Sklavendasein im gegenwärtigen Vasallengebilde BRD endlich zu beenden, benötigt Deutschland unbedingt den Abschluß eines völkerrechtlich anerkannten Friedensvertrages, denn der Versailler Friedensvertrag vom 28. Juni 1919 wurde zweifelsfrei durch Gewaltanwendung und Gewaltandrohung erzwungen und war deshalb von Anfang an nichtig bzw. ungültig. Der sog. Zwei-plus-Vier-Vertrag vom 12. September 1990 war ebenfalls völkerrechtwidrig, weil die fremdbestimmten Besatzungskonstrukte BRD und DDR überhaupt nicht am Zweiten Weltkrieg beteiligt waren, sondern das Deutsche Reich.

Das Völkerrecht ist eine überstaatliche Rechtsordnung

Die Bestimmungen der Haager Landkriegsordnung sind nach wie vor anerkannte Teile des humanitären Völkerrechts. Von dem Völkerrecht können sich auch die westlichen alliierten Siegermächte nicht kurzerhand einseitig verabschieden, denn es handelt sich beim Völkerrecht um eine überstaatliche Rechtsordnung, die für alle Staaten gilt.
Die alliierten Siegermächte sind wegen des fehlenden Friedensvertrages völkerrechtlich weiterhin verpflichtet, die besatzungsrechtliche Verwaltung der deutschen Besatzungsgebiete gemäß Artikel 43 der Haager Landkriegsordnung von 1907 zu garantieren, denn Die Haager Landkriegsordnung gilt vom Kriegsbeginn bis zum Abschluß eines Friedensvertrages als oberstes Gesetz.

Pflichten der Betreuer

Da es zu den Pflichten des Betreuers gehört, alle Angelegenheiten des Betreuten so zu besorgen, wie es dessen Wohl entspricht, sind die westalliierten Siegermächte gemäß Haager Landkriegsordnung (HLKO) von 1899 bzw. von 1907 sowie der Genfer Konvention von 1864 und 1929 zwangsläufig für die derzeitigen zerstörerische Destabilisierungspolitik der fremdbestimmten deutschen Politiker verantwortlich.
Die alliierten Siegermächte USA, Großbritannien, Frankreich und Rußland (Fortsetzerstaat der Sowjetunion) sind gemäß der Charta der Vereinten Nationen verpflichtet, auch den Deutschen die von Gott gegebenen Freiheits- und Selbstbestimmungsrechte zurückzugeben.

Einberufung einer Verfassunggebenden Versammlung

Die Zeit drängt, deshalb müssen die Rechtsnachfolger der Gründungsmitglieder des Deutschen Reiches unverzüglich die erforderlichen völkerrechtlichen Friedensverhandlungen mit

den maßgeblichen alliierten Siegermächten einleiten.
Um die Wiedererrichtung der völkerrechtlichen Handlungsfähigkeit des Deutschen Reiches einzuleiten, müssen die alliierten Siegermächte die Rechtsnachfolger der Gründungsmitglieder des Deutschen Reiches autorisieren, eine Verfassunggebende Versammlung einzuberufen.

Vorübergehende Übernahme der Regierungsgewalt durch die alliierten Siegermächte

Um während der Wiederherstellung der völkerrechtlichen Handlungsfähigkeit des Deutschen Reiches die Aufrechterhaltung der Ordnung und der Verwaltung zu gewährleisten, ist es unbedingt erforderlich, daß die alliierten Siegermächte vorübergehend die "Berliner Deklaration" vom 5. Juni 1945 reaktivieren.

Freiheit oder Untergang

Letzten Endes haben es nur die alliierten Siegermächte in der Hand, ob das Volk der Deutschen nach über 100 Jahren der Versklavung endlich wieder in Frieden, Einigkeit, Recht und Freiheit leben darf. Die völkerrechtliche Souveränität Deutschlands kann nur realisiert werden, wenn sich die alliierten Besatzungsmächte aktiv dafür einsetzen, die gegenwärtig nicht vorhandene Handlungsfähigkeit des Deutschen Reiches wieder herzustellen.
Ungeachtet der völkerrechtlichen Verpflichtungen der alliierten Siegermächte müssen die Deutschen sofort ihren zwangsbetreuten Todesschlaf beenden und endlich um ihre Freiheit und die Freiheit ihrer Nachkommen kämpfen. Wenn wir es jetzt nicht schaffen, unsere Ketten zu sprengen, um das schändliche Sklavendasein zu beenden, dann wird das Volk der Deutschen mit tödlicher Sicherheit untergehen.

GOTT MIT UNS …<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/31750" berichtet am 1. Februar 2025 (x1.494/…): >>**Bundestagswahl: Diese Verschwörung zerstört Deutschland - was steckt hinter Merz, Scholz & Co.?**

Laut einer aktuellen Studie der OECD wird Deutschland im Jahr 2025 mit einem prognostizierten Wirtschaftswachstum von 0,7 % wieder das Schlußlicht der westlichen Industriestaaten bilden. Auch die großen Wirtschaftsforschungsinstitute trauen der deutschen Wirtschaft 2025 nur wenig zu. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) z.B. rechnet mit einem Mini-Wachstum von 0,2 % und das Institut für Weltwirtschaft in Kiel (IfW Kiel) geht sogar von einer Stagnation aus. Angesichts dieser trüben Aussichten ist es nicht verwunderlich, daß im aktuellen Wahlkampf zur Bundestagswahl die Parteien in ihren Wahlprogrammen einen Schwerpunkt auf die wirtschaftliche Wiederbelebung Deutschlands legen.
Der freie Schriftsteller und Literaturpreisträger Wolfgang Bittner schreibt hierzu:
"Deutschland wird ruiniert. - Aber es herrscht Schweigen über die Ursachen! Erstaunlich, was sich da vor unseren Augen abspielt. 22.400 Unternehmensinsolvenzen im Jahr 2024, Massenentlassungen, Kurzarbeit, Abwanderung von Unternehmen in andere Länder. Jetzt haben die Parteien ihre Wahlprogramme veröffentlicht und sie wollen vor allem die Wirtschaft wiederbeleben. Aber es herrscht Schweigen über die eigentlichen Ursachen des wirtschaftlichen Niedergangs; ebenso bei den Gewerkschaftern und Unternehmern!"
Laut Bittner wird Deutschland systematisch deindustrialisiert, wozu die Sprengung der Ostsee-Pipelines Nord Stream beigetragen habe, durch die Deutschland von verläßlichen und preiswerten Energielieferungen abgeschnitten wurde.
Der Finanzexperte Ernst Wolff präzisiert Bittners Aussagen wie folgt:
"All das, was wir erleben im Moment, ist ein riesiger Angriff der USA auf die EU und zwar den stärksten Staat in der EU, und das ist Deutschland. Also, daß die deutsche Autoindustrie zerstört wird, daß die deutsche Industrie insgesamt an die Wand gefahren wird, daß die deutschen Banken unter Druck geraten, das hat alles seinen Ursprung in den USA. Nur: Die USA

werden nicht vom Weißen Haus aus gelenkt, sondern die werden vom digital-finanziellen Komplex (IT-Konzerne + Vermögensverwalter wie BlackRock und Vanguard), von der Wall Street und vom Silicon Valley aus gelenkt."
Das Perfide an diesem Angriff ist, daß er anscheinend nicht allein von außen durchgeführt wird. Laut dem deutschen Ökonom Prof. Dr. Christian Kreiß haben Wirtschaftsminister Robert Habeck, Außenministerin Annalena Baerbock und Bundeskanzler Olaf Scholz einen maßgeblichen Anteil am wirtschaftlichen Niedergang Deutschlands. Durch das ständige Schüren des Rußland-Konflikts, die infolgedessen erlassenen Sanktionen und auch durch die chaotische Wirtschaftspolitik der Ampelregierung wird laut Kreiß die deutsche Industrie und der Mittelstand in ungeheurem Ausmaß geschädigt. Er sagte dazu:
"Manchmal scheint es mir so, als wenn unsere beiden grünen Minister Habeck und Baerbock gewissermaßen wie Auftragskiller der deutschen Industrie handeln würden."
Wie Kla.TV in den Sendungen "Vertraulich: Plan zur Zerstörung der deutschen Wirtschaft" (www.kla.tv/23776) und "Habecks Wärmepumpen und Familienfilz" (www.kla.tv/26141) aufgedeckt hat, handeln diese im Interesse von BlackRock, Vanguard und den Superreichen. Ebenso geschieht alles im Einklang mit einem Strategiepapier der RAND Corporation, einem Frontunternehmen der CIA, das laut dem italienischen Hochgrad-Freimaurer Gioele Magaldi in hohem Ausmaß von den Hochgrad-Freimaurern gelenkt wird. Ziel dieses Plans ist, die gezielte wirtschaftliche Schwächung und Zerstörung Deutschlands, um die marode Wirtschafts- und Finanzlage der USA zu stabilisieren.
Doch ist es möglich, daß Politiker, die bei ihrem Amtsantritt per Eid erklärt haben, ihre Kraft dem Wohle des deutschen Volkes zu widmen, seinen Nutzen zu mehren und Schaden von ihm zu wenden, so handeln? Um dies zu verstehen bzw. erklären zu können, hilft es, den Hintergrund der Spitzenpolitiker der aktuellen Ampel-Regierung näher zu betrachten.

Die Ampel-Regierung und ihre Verstrickungen

Olaf Scholz

In der Sendung "Die Akte Olaf Scholz" (www.kla.tv/19846) wurden seine Nähe und Vernetzung mit der Hochfinanz aufgedeckt. Bezeichnend hierzu ist, daß Scholz z.B. nach dem Bruch der Ampel-Regierung Jörg Kukies als neuen Finanzminister berufen hat. Kukies ist ehemaliger Banker der Großbank Goldman-Sachs, deren Hauptaktionär der weltgrößte und mächtigste Vermögensverwalter BlackRock ist. Da BlackRock das Vermögen der Superreichen verwaltet und deren Interessen vertritt, kann es nun direkt die deutsche Finanzpolitik gestalten.
Hinzu kommt, daß Scholz auch Hochgrad-Freimaurer und Mitglied in den Superlogen Parsifal und Atlantis-Aletheia ist. Ziel der Hochgrad-Freimaurerei ist die Errichtung einer Eine-Welt-Regierung und damit die Zerstörung der Nationalstaaten.

Annalena Baerbock und Robert Habeck

Frau Baerbock ist Mitglied beim "German Marshall Fund", kurz GMF, einer einflußreichen amerikanischen Denkfabrik mit Sitz in Washington, D.C. Laut F. William Engdahl, einem deutsch-amerikanischen Wirtschaftsjournalisten, wurde der GMF 1971 von Guido Goldman initiiert, einem Schützling der Globalstrategen und Hochgrad-Freimaurer Henry Kissinger und Zbigniew Brzezinski. Diese wiederum haben enge Verbindungen zu David Rockefeller und anderen Wallstreet-Bankern.
Laut dem deutschen Theologen, Buchautor und Experten für Hochgrad-Freimaurerei, Johannes Rothkranz, ist der GMF aber auch ein Ableger von "THREE EYES", einer der weltweit mächtigsten freimaurerischen Ur-Logen. Ziel der Gründung sei, insbesondere Deutschland und die souveränen Staaten der EU zu demontieren, um sie besser der Globalisierungsagenda der Wall Street anpassen zu können.
Interessanterweise ist Frau Baerbock seit dem Jahr 2020 auch Mitglied im Forum der "Young Global Leaders" des World Economic Forum (WEF). Das WEF ist ebenfalls eine Organisati-

on der Hochgrad-Freimaurer, die aktuell unter dem Deckmantel der Nachhaltigkeit mit der Agenda 2030 und dem "Great Reset" eine neue Weltordnung im Sinne der Finanzoligarchen durchsetzen will.
Bei Robert Habeck fallen seine Verflechtungen mit Energiewende-Organisationen und den dahinterstehenden Stiftungen und Milliardären auf, die schlußendlich von seiner Politik profitieren. Zudem wird er, ebenso wie sein Parteikollege und Landwirtschaftsminister Cem Özdemir, auf der Seite des WEF gelistet und vertritt somit auch die vom WEF angestrebte Agenda.
Baerbock und Habeck werden beide auch als "Neu-Atlantiker" beim Atlantic Council geführt. Diese gewichtige Denkfabrik wurde geschaffen, um sicherzustellen, daß Europa der globalen Politik der USA folgt. Laut Johannes Rothkranz ist das Atlantic Council jedoch ebenfalls ein Instrument der globalen Hochgrad-Freimaurer, mit dem Ziel eine Eine-Welt-Regierung zu errichten!
Christian Lindner
Christian Lindner ist Mitglied der Atlantik-Brücke. Sie ist das bedeutendste deutsch-transatlantische Netzwerk und eine Lobbyorganisation der amerikanischen Politik in Deutschland mit ca. 500 Mitgliedern. Sie hat ihre Wurzeln bei der Hochfinanz und dem "Council on Foreign Relations" (CFR), der einflußreichsten Denkfabrik des vergangenen Jahrhunderts. Diese ist ebenfalls eine Schöpfung der Hochgrad-Freimaurer, die von Rothschild initiiert und von Rockefeller finanziert wurde.

Die Verbindungen der Ampelregierung zu den Bilderbergern

Die Bilderbergkonferenzen wurden von dem CFR-Mitglied und Hochgrad-Freimaurer Charles D. Jackson gegründet. Die Aktivitäten der Bilderberg-Gruppe zielen ebenfalls auf die Schaffung einer Eine-Welt-Regierung ab. Die deutsche Politologin und Soziologin Claudia von Werlhof schrieb über die Bilderberg-Konferenzen folgendes:
"Hier ist man im Vorhof der Macht, der wirklichen Macht. Hierher wird eingeladen, wer ins Visier dieser Macht geraten ist. Und als was wird er oder sie eingeladen? Als kommender Vertreter dieser Macht!"
Wie sehr das zutrifft, beweisen nachfolgende Spitzenpolitiker der Ampelregierung, deren politischer Aufstieg dem Jahr der Konferenzteilnahme folgte:
Olaf Scholz: Konferenzteilnahme 2010 - 2011 Erster Bürgermeister von Hamburg
Christian Lindner: Konferenzteilnahme 2013 - FDP-Vorsitzender ab Dez. 2013
Marco Buschmann (FDP): - Justizminister: Konferenzteilnahme 2024!
Wolfgang Schmidt (SPD): Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramtes - Konferenzteilnahme 2023!
Was Claudia von Werlhof zur Teilnahme an den Bilderbergkonferenzen ausführte, ist charakteristisch für Organisationen und Logen der Hochgrad-Freimaurerei. Die Teilnehmer werden gezielt ausgewählt und Mitglied werden nur diejenigen, die sich deren Zielen und Statuten unterwerfen bzw. diese zur eigenen Sache machen. Die Mitgliedschaft der genannten deutschen Spitzenpolitiker in diesen Freimaurer-Netzwerken bedeutet daher, daß deren Ziele für sie Priorität haben und sie womöglich auch weisungsgebunden handeln.
Daher ist es nicht verwunderlich, daß sie mit ihrer Politik Deutschland schaden bzw. es ruinieren, wenn als nächster global-strategischer Schachzug der Hochgrad-Freimaurer z.B. die wirtschaftliche Zerstörung Deutschlands und der EU ausgerufen wird.
Angesichts dieser erschreckenden Unterwanderung der Ampelregierung stellt sich im Hinblick auf die anstehende Bundestagswahl natürlich die Frage: Bringt die Wahl von Friedrich Merz zum nächsten Bundeskanzler die erhoffte wirtschaftliche Wende zum Guten?
Der Finanzexperte Dirk Müller hat die mit Merz verbundene Problematik bereits 2018 treffend formuliert. Er sagte:

"Friedrich Merz ist ohne Frage im höchsten Maße kompetent. Nur für wen macht er Politik? Für die breite Masse der Gesellschaft, oder für die, für die er heute schon in höchsten Positionen die Lobbyarbeit macht?"
Um eine Antwort auf diese herausfordernde Frage geben zu können, werden nun nachfolgend die Hintergründe und Verflechtungen von Friedrich Merz beleuchtet.

II) Die Akte Friedrich Merz

Tätigkeit von Friedrich Merz als Wirtschaftsanwalt und der Cum-Ex-Skandal

Im Jahr 2005 wurde Friedrich Merz Partner in der Rechtsanwaltskanzlei Mayer Brown. Besonders hervorzuheben dabei ist, daß Mayer Brown Unternehmen half, den Cum-Ex-Skandal juristisch zu bewältigen. Der Cum-Ex-Skandal war ein planmäßiges Betrugsverfahren, das dem deutschen Staat Steuerausfälle in Höhe von mindestens 35 Milliarden Euro bescherte, die direkt in die Taschen der Konzerne flossen. Merz war auch Mitglied des Aufsichtsrats und Vorsitzender des Verwaltungsrats, der in den Skandal verwickelten Privatbank HSBC Trinkaus.
In dieser Kontrollfunktion hätte er die Beteiligung an dem Betrug und den Betrug insgesamt auffliegen lassen können. Doch er tat es nicht. Sein Schweigen und seine Untätigkeit bei der Aufklärung des Cum-Ex-Skandals werden allerdings verständlich, wenn man folgende Zusammenhänge berücksichtigt: Im Zentrum dieses Skandals steht die Hamburger Privatbank M M. Warburg. Die Warburgs gehören zu den mächtigsten und einflußreichsten Familien der Welt, mit engen Verbindungen zu den Rothschilds und Rockefellers. Eric Warburg war z.B. auch Mitgründer der Atlantik-Brücke und des American Council on Germany - beides Denkfabriken der Hochgrad-Freimaurer.
Und wer sitzt im Kuratorium der Stiftung der Atlantik-Brücke, während Friedrich Merz zeitgleich Vorsitzender der Atlantik-Brücke war? Es ist Max M. Warburg Jr., der Hauptgesellschafter der Privatbank M. M. Warburg & Co.! Die beiden saßen sozusagen im gleichen Boot, was erklärt, warum Merz Warburg nicht auffliegen ließ.

Verbindungen von Friedrich Merz zu internationalen Konzernen und DAX-Unternehmen

Friedrich Merz hatte als Bundestagsabgeordneter bis zu 18 Nebenjobs gleichzeitig. Neben seinen Tätigkeiten als Anwalt war er für internationale Konzerne und DAX-Unternehmen tätig. Er saß in Aufsichtsräten, Beiräten und Verwaltungsräten beispielsweise von der
Commerzbank AG
IVG Immobilien AG
BASF Antwerpen
Deutsche Börse AG
Flughafen Köln/Bonn GmbH
und verdiente 2018 mit solchen Nebentätigkeiten nach eigenen Aussagen rund eine Million Euro im Jahr, und ist dadurch natürlich bestens vernetzt mit all diesen Konzernen.

Friedrich Merz und BlackRock

Merz war von Anfang 2016 bis Dezember 2020 Aufsichtsratsvorsitzender von BlackRock Deutschland und dessen bestbezahlter Lobbyist. BlackRock ist mit einem verwalteten Vermögen von 11,5 Billionen US-Dollar der weltweit größte und mächtigste Vermögensverwalter. Er hat zusammen mit dem Vermögensverwalter Vanguard durch Aktienanteile großen Einfluß auf nahezu alle multinationalen Konzerne. Hierzu gehören alle DAX-Unternehmen und auch internationale Rüstungsfirmen, die unmittelbar von Waffenlieferungen an die Ukraine profitieren. Dies sind z.B.: Boeing, Lockheed Martin, Airbus oder Rheinmetall.
Äußerst aufschlußreich hinsichtlich der engen Verbindung von BlackRock und Merz ist folgender Zusammenhang: Der Gründer und Vorstandsvorsitzende von BlackRock, Larry Fink, ist ebenso wie der Gründer der Vanguard Group, John Bogle, Hochgrad-Freimaurer. Das

heißt, die weltweit mächtigsten Vermögensverwalter sind ebenfalls Schöpfungen der Hochgrad-Freimaurer und gehören zu deren Netzwerk. Larry Fink ist sogar Mitglied in sechs mächtigen Ur-Logen und zusätzlich auch "Agenda Contributor" (Unterstützer der WEF-Agenda) des World Economic Forums WEF.
Vanguard und BlackRock verwalten insbesondere die Vermögen der Superreichen, die ebenfalls vielfach in die Hochgrad-Freimaurerei verstrickt sind. Larry Fink verdankt seinen Aufstieg sogar direkt den Rothschilds, die vermutlich zur Spitze der weltweiten Hochgrad-Freimaurerei gehören. Dies bedeutet, daß Friedrich Merz der deutsche Spitzenlobbyist und Frontmann dieses Machtinstruments der Hochgrad-Freimaurer in Deutschland war. Mit seinem Wiedereinstieg in die deutsche Politik und seiner Kandidatur als Parteivorsitzender der CDU beendete er jedoch seine Anstellung bei BlackRock.

Weitere Mitgliedschaften und Verstrickungen von Merz

Friedrich Merz ist, wie bereits oben erwähnt, genauso wie Christian Lindner, Mitglied der Atlantik-Brücke. Vor seiner Rückkehr in die Politik war er von 2009 bis 2019 sogar Vorsitzender dieser US-Lobbyorganisation der Hochgrad-Freimaurerei. Darüber hinaus ist er auch Mitglied der Trilateralen Kommission. Diese ist neben dem Council on Foreign Relations (CFR) eine der mächtigsten Denkfabriken der globalen Finanzmafia und wurde von den Hochgrad-Freimaurern Zbigniew Brzeziński und David Rockefeller gegründet. Äußerst aufschlußreich ist, daß Friedrich Merz im Jahr 2024 auch an der Bilderbergkonferenz teilnahm. Kurz darauf setzte er sich als Kanzlerkandidat der Union durch.
Die Spitzenpositionen von Merz bei vielen internationalen Konzernen, bei BlackRock und der Atlantik-Brücke, sowie seine Mitgliedschaft bei der elitären Trilateralen Kommission bedeutet, daß Merz kein einfacher Handlanger dieser Globalisten ist. Er ist genauso wie Olaf Scholz, der ja selber Hochgrad-Freimaurer ist, ein Frontmann, der deren Sache zu seiner Sache gemacht hat. Seine Teilnahme an der Bilderbergkonferenz 2024 bedeutet auch, daß er sogar der auserkorene Vertreter der Finanzmafia der Hochgrad-Freimaurerei in Deutschland ist. Als Bundeskanzler wird er daher in erster Linie deren Interessen vertreten und nicht die des deutschen Volkes.
Was ist von Friedrich Merz als Bundeskanzler zu erwarten?
Der Finanzexperte Ernst Wolff faßt die Folgen einer Wahl von Friedrich Merz zum Bundeskanzler folgendermaßen zusammen:
"Der kommt ja direkt aus dem Hause BlackRock. Also BlackRock übernimmt mehr oder weniger die deutsche Politik. Das ist völlig außer Frage!"
Merz wird dementsprechend seine Politik auf die Interessen der Großkonzerne und von BlackRock ausrichten. Dies erkennt man schon daran, daß er ein vehementer Vertreter einer Eskalation des Ukraine-Kriegs ist. So fordert er z.B. die Lieferung von Taurus Marschflugkörpern ohne jede Reichweiten-Begrenzung. Damit riskiert er eine weitere Eskalation dieses Krieges. Deutschland würde dadurch finanziell und wirtschaftlich weiter ausbluten, während die Rüstungskonzerne und dahinter BlackRock die Hauptprofiteure wären.
Aufhorchen ließen auch seine Aussagen angesichts der zunehmend klammen staatlichen Kassen. Er sagte: "Auf den deutschen Konten, Sparkonten und laufenden Girokonten, liegen 2,8 Billionen Euro. Stellen Sie sich mal einen kurzen Augenblick vor, wir wären in der Lage, davon nur 10 Prozent zu mobilisieren - mit einem vernünftigen Zinssatz: für die öffentliche Infrastruktur in Deutschland; für den Ausbau dessen, was wir in der Bildung, im öffentlichen Sektor, in der gesamten Infrastruktur unseres Landes brauchen. Es fehlt uns nicht an Kapital, es fehlt uns an den vernünftigen Instrumenten, dieses Kapital so zu mobilisieren …"
Bereits als es um die Bewältigung der finanziellen Belastungen durch die Corona-Pandemie ging, widersprach Merz einer Vermögensabgabe von Reichen und forderte statt dessen "alle staatlichen Leistungen von Bund, Ländern und Gemeinden auf den Prüfstand (zu) stellen", das

"gelte auch für soziale Transferleistungen". Bildung und Betreuung dürfe man nicht länger als selbstverständliche Angebote des Staates ansehen.
Diese Aussagen erinnern an das Geständnis des ehemaligen Wirtschaftskillers und Agenten des US-Auslandsgeheimdienstes NSA, John Perkins (www.kla.tv/15668). Laut Perkins ist es gängige Praxis der Finanzmafia, Länder gezielt in die Verschuldung zu führen, um sie dann mittels sogenannter Wirtschaftskiller auszuplündern. Ihre Ressourcen, viele ihrer Sozialleistungen, die Versorgungsunternehmen, ihre Schulsysteme, ihre Versicherungssysteme usw. müssen sie verschachern - und zwar an ausländische Konzerne und die dahinterstehende Finanzmafia.
Seit der Corona-Plandemie ist die deutsche Staatsverschuldung innerhalb von nur vier Jahren um über 30 % auf mehr als 2,5 Billionen Euro angestiegen. Durch die aktuell einbrechende Konjunktur, die zunehmend klammen Staatshaushalte infolge sinkender Steuereinnahmen und die Milliarden für den Ukraine-Krieg, könnte dieser Schuldenberg weiter exponentiell zunehmen und die nächste Stufe im Wirtschaftskrieg der Hochgrad-Freimaurer gegen Deutschland einleiten: Die systematische Ausplünderung und Zerstörung mittelständischer Unternehmen und des Mittelstands durch Finanzkonzerne wie BlackRock.
Vor diesem Szenario warnt der Finanzexperte Ernst Wolff bereits seit Jahren. Jetzt könnte sie von Friedrich Merz als Bundeskanzler durch Amtsmißbrauch von höchster Stelle her eingeleitet und vollzogen werden.

III Fazit

Angesichts der aufgezeigten Zusammenhänge befindet sich die politische Führung Deutschlands offensichtlich fest im Griff der Finanzmafia der Hochgrad-Freimaurerei. Doch die Umklammerung und Durchdringung der deutschen Gesellschaft durch diese Krake geht noch viel weiter.
Dadurch, daß weder von den Medien noch von den Unternehmen noch von den Gewerkschaften die wirklichen Gründe für den Niedergang Deutschlands angeprangert werden, zeigt, daß zumindest deren Spitzenfunktionäre ebenfalls Teil des Problems sind. In der Sendung "Wie Deutschland fremdgesteuert wird - Die Atlantik-Brücke" (www.kla.tv/19880) wurde z.B. aufgezeigt, daß auch die Chefredaktionen der deutschen Leitmedien mit ca. 100 Mitgliedern bei der Atlantik-Brücke vertreten sind. Auch sind viele führende Köpfe deutscher Konzerne und Unternehmen ebenfalls Teil dieses Netzwerks.
Dies bedeutet, es kommt allein auf Sie an, verehrte Zuschauer. Angesichts der aufgezeigten Unterwanderung gilt es jetzt eine breite gesellschaftliche Debatte zu entfachen. Es wird kein Retter von oben aus der Spitze der Gesellschaft kommen. Dies ist einerseits erschreckend, andererseits aber auch eine einmalige Gelegenheit, die unsere ganze Gesellschaft zum Positiven verändern kann. Es gilt nun, den Individualismus hinter sich zu lassen und stattdessen Schulterschluß zu üben und gemeinsam gegen diese Machenschaften aufzustehen. Auf diese Weise wird nichts unmöglich sein und wir werden diese Welt zum Guten verändern.
Beginnen Sie gleich heute damit, denn gerade vor der Bundestagswahl beschäftigen sich viele Wähler mit politischen Hintergründen und Fragestellungen. Deswegen sollten diese Zusammenhänge jetzt im ganzen Land verbreitet werden. Um die Unterwanderung in der Politik zu stoppen, braucht es absolute Transparenz in der Politik.
Dem Wähler muß vor jeder Wahl bekannt sein, wer wo Mitglied ist und wer von wem welche Nebeneinkünfte bekommt. Für politische Mandatsträger braucht es zudem ein totales Verbot der Mitgliedschaft in elitären Netzwerken, Stiftungen etc. Auch ein Teilnahmeverbot an deren Treffen und Konferenzen ebenso wie ein Verbot der Annahme von Spitzenpositionen direkt nach Beendigung der politischen Laufbahn.
Sehen Sie abschließend eine Auswahl weiterer bekannter Verstrickungen deutscher Spitzenpolitiker und führender Persönlichkeiten in elitäre Netzwerke.

Atlantik-Brücke:
Sigmar Gabriel, SPD, Vorsitzender Atlantik-Brücke
Christian Lange, SPD
Patrick Döring, FDP
Alexander Graf Lambsdorff, FDP
Philipp Rösler, FDP
Angela Merkel, CDU
Norbert Röttgen, CDU
Joachim Pfeiffer, CDU
Friedbert Pflüger, EVP, CDU
Walther Leisler Kiep, CDU
Dorothee Bär, CSU
Markus Blume, CSU
Omid Nouripour, Die Grünen
Chantal Kopf, Die Grünen
Reiner Hoffmann, Deutscher Gewerkschaftsbund
Martin Winterkorn, VW
James von Moltke, Deutsche Bank
Jürgen Großmann, Aufsichts-/Beirat u. a. Deutsche Bahn, VW
Kai Diekmann, ehemals Gesamtherausgeber BILD
Claus Kleber, ZDF
Angelika Gifford, Facebook
Prof. Dr. Michael Hüther, Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft
Max Otte, Ökonom
Wolfgang Ischinger, ehemals Vorsitzender der Münchner Sicherheitskonferenz
Trilaterale Kommission:
Sigmar Gabriel, SPD
Wolfgang Gerhardt, FDP
Alexander Graf Lambsdorff, FDP
Michael Fuchs, CDU
Kurt Joachim Lauk CDU
Roderich Kiesewetter, CDU
Joachim Pfeiffer, CDU
Heinz Riesenhuber, (CDU), Aufsichtsrat Frankfurter Allgemeine Zeitung
Klaus-Dieter Frankenberger, Frankfurter Allgemeine Zeitung
Martin Weiss, Burda Media
Arend Oetker, Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände
Heinrich Weiss, ehemaliger Präsident des BDI
Joachim Lang, ehemals BDI
Manfred Bischoff, Daimler AG
Jürgen Chrobog, BMW
Henning Schulte-Noelle, E.ON und ThyssenKrupp AG
Jürgen Fitschen, ehemals Deutsche Bank AG
Klaus-Peter Müller, Commerzbank AG
Uwe Fröhlich, DZ Bank
Andreas Schmitz, Privatbank HSBC Trinkaus, Präsident Bundesverband deutscher Banken
Oliver Bäte, Allianz SE
Claudia Nemat, Deutsche Telekom AG
Rolf Buch, Vonovia

Wolfgang Ischinger, ehemals Vorsitzender der Münchner Sicherheitskonferenz
Bilderberger:
Ursula von der Leyen, CDU
Helmut Kohl, CDU
Angela Merkel, CDU
Norbert Röttgen, CDU
Wolfgang Schäuble, CDU
Jens Spahn, CDU
Thomas de Maizière, CDU
Roland Koch, CDU
Franz Josef Strauß, CSU
Edmund Stoiber, CSU
Helmut Schmidt, SPD
Gerhard Schröder, SPD
Peer Steinbrück, SPD
Linda Teuteberg, FDP
Joschka Fischer, Die Grünen
Jürgen Trittin, Die Grünen
Anton Hofreiter, Die Grünen
Frank Bsirske, Die Grünen, ehemals ver.di-Vorsitzender
Christoph Bertram, Die Zeit
Matthias Naß, Die Zeit
Josef Joffe, Die Zeit
Mathias Döpfner, Springer AG
Wolfgang Reitzle, Linde AG
Thomas Enders, Airbus Group
Peter Löscher, ehemals Siemens AG
Dieter Zetsche, ehemals Daimler
Katrin Suder, Deutsche Post, DHL
Hans-Christian Boos, Arago GmbH, Initiator Kontakt-Tracing COVID-19-App
Hans-Werner Sinn, Ökonom
Wolfgang Ischinger, ehemals Vorsitzender der Münchner Sicherheitskonferenz
Klaus Schwab, WEF<<
Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/31825" berichtet am 1. Februar 2025 (x1.494/…): >> **12 Sippenhaft-Abgründe - Eindringlicher Zuhilfe-Ruf an alle!**
Von *Ivo Sasek*
Wenn ich heute von Sippenhaft rede, geht uns zuerst einmal ein Schauer über den Rücken. Unkontrollierbare Reflexe signalisieren uns nämlich sogleich, daß es so etwas wie Sippenhaft heute doch gar nicht mehr geben kann. Als aufgeklärte Gesellschaft sind wir doch über die Tragödien des Mittelalters hinweg!
Etwas zeitgenössischere Reflexe erinnern uns dann mahnend an tragische Sippenhaft-Szenen im Nationalsozialismus der Dreißiger- oder Vierzigerjahre. Oder an die von der israelischen Regierung praktizierte Sippenhaftung mit ihren Kollektivstrafen der Achtzigerjahre. Oder dann wieder an die geistlichen Säuberungsaktionen in Nordkorea der Fünfzigerjahre unter Kim Il-Sung.
Wozu also sollten wir unsere Gemüter damit beschweren, über Sippenhaft nachzugrübeln? Vielleicht stimmt es ja, daß bei all den Sicherheitsmaßnahmen gegen den Neo-Faschismus der "Fall Philipp Scheidemanns" sich nicht wiederholen könnte.
Undenkbar, daß je wieder eine Gestapo wie am 13. Juli 1933 einfahren könnte, um Verwandte

eines Beschuldigten mit Gewalt in eine Sippenhaftung zu ziehen oder zu zwingen. Doch, frage ich: Bist du dir da wirklich ganz sicher, daß unsere "Trendy-Gesellschaft" mit Sippenhaft nichts mehr am Hut hat?
Laß dir jetzt den Blick dafür schärfen, daß alle vorangegangenen Sippenhaftungen der Menschengeschichte geradezu ein Klacks gegenüber dem waren, was wir heute tagtäglich auf allen Gebieten unseres Lebens an Sippenhaft zu erleiden haben. Und dies kurioserweise, ohne daß das Gros der Menschen überhaupt checkt, was da abgeht.
Zuerst muß ich aber noch einmal deinen gewohnten Blick, dein Blickfeld etwas mehr erweitern, daß du den Begriff Sippenhaft nicht nur reflexartig mit Szenarien wie etwa des Novembers 1939 verbindest. Sippenhaft ist nicht nur, wenn die Gestapo nach einem gescheiterten Anschlag, wie etwa dem auf Adolf Hitler, gleich die ganze Familie des geständigen Attentäters Elser verhaftet.
Oder wie im Frühjahr 1945, wo zwölf Familienmitglieder Stauffenbergs und eine Gruppe von rund 100 Häftlingen im KZ Buchenwald gesammelt wurden. Wir lösen uns heute auch von jeder Assoziation zum Juli 2002, wo der oberste Gerichtshof Israels grünes Licht für die Entführung von Familienangehörigen von Terrorverdächtigen gab, sodaß sie als menschliche Schutzschilde aus dem Westjordanland in den Gazastreifen deportiert wurden.
Nein, die postmodernen Versionen der Sippenhaft, von denen wir jetzt sprechen, bewegen sich von unserer finanziellen Haftung für unser gesamtes verdrehtes und kriminelles Gesundheits- und Wirtschafts-Wesen über unsere mißbrauchten Informationssysteme. Sie umfangen unsere finanzielle Haftung für jeden Wissenschaftsirrsinn, jeden insgeheimen Natur- und Umwelt-Terrorismus. Und sie umfangen natürlich auch jede unnütze Bürokratie, jeden kulturellen, ideologischen und allgemeinen Bildungswahnsinn.
Ja, wir haften mit Billionen Zwangsabgaben auch noch für zahllos politisch getarnte Geheimbund- und Geheimdienst-Aktivitäten. Dabei füttern wir auch noch getreu den gesamten von ihnen unterwanderten Justizapparat, trotz dessen längst offenkundigem Rechts-Bankrott.
Und so sieht unsere aktuelle Sippenhaft im Detail und in ungefähren Zahlen aus - um nur gerade einmal zwölf finanzielle Haftungsgebiete zu nennen:
1. Obgleich uns die Mainstream-Medien - die Kriegstreiber-Medien nenne ich sie gerne - Tag für Tag belügen und betrügen, daß sich die Balken biegen, zwingt man uns monatlich GEZ- und SERAFE-Sippenhaftgebühren auf. Stimmt das?
In der Schweiz sind das 1,37 Mrd. CHF jährliche Sippenhaft-Gebühren an die SERAFE. In Deutschland jährlich 8,5 Mrd. Euro GEZ-Zwangsgebühren.
2. Nachdem wir schon in anderen Sendungen beleuchtet haben, auf welchen kriminellsten Wegen unsere Staatsschulden zustande gekommen sind, tragen wir nun an der aktuell auf uns lastenden Sippenhaft-Summe Folgendes.
In der Schweiz waren es 2023 141,687 Mrd. CHF.
In Deutschland im Jahr 2024 2.635,1 Mrd. Euro. Das sind 2,63 Billionen Euro.
Für allein diese zwei Länder ergibt sich also das bescheidene Sippenhaft-Sümmchen von etwa 2,78 Billionen. Überlegt mal, was das für eine Zahl ist: Das sind 2.780 × 1 Milliarde Euro. Und wie ihr sicher noch aus der Schule wißt, besteht 1 Milliarde Euro wiederum aus 1.000 Millionen Euro. Keiner von uns kann diese Sippenhaft-Summe weder rein mental erfassen noch begleichen.
Hier kann es darum nur einen einzigen gängigen Ausweg geben, ihr Lieben: Das ist die Ausrufung eines weltweiten totalen Schulderlasses. Einen solchen können wir doch ohne weiteres in einem weltweiten demokratischen Volksentscheid ausrufen. Dies liegt in der Macht des Volkes, da es ja der verbriefte Souverän ist. In der Bibel hat Gott übrigens einen kompromißlosen Schulderlaß für jedes 50. Jahr, dem sogenannten Erlaßjahr, fest angeordnet. Lesen wir das einmal zusammen:

(3. Mose 25,10:) "Und ihr sollt jedes fünfzigste Jahr heiligen, und sollt auf der Erde Freilassung für all seine Bewohner ausrufen. Ein Jubel soll es euch sein, und so werdet ihr jeder wieder zu seinem Eigentum kommen und jeder zu seiner Sippe zurückkehren."
Wenn das nicht ein Grund zum Jubeln ist!
3. Schauen wir uns als drittes an, wie viele Steuern uns pro Jahr und Kopf insgesamt "abgenötigt" werden:
2023 waren es in der Schweiz 74,784 Mrd. CHF.
In Deutschland 915,8 Mrd. Euro - nur Steuern.
Gegenüber dem Vorjahr war dies in Deutschland ein Anstieg um 20.000 x 1 Million Euro.
4. Wieviele Sippenhaft-Zahlungen leisteten wir an die EU?
In der Schweiz zahlten wir 2024 allein für bilaterale Abkommen 1,7 Mrd. CHF.
In Deutschland belief sich diese zärtlich so genannte Haushaltsabgabe an die EU im selben Jahr auf 29,874 Mrd. Euro.
5. Dann hängen wir alle mit drin in der Alkohol- und Tabaksteuer-Sippenhaft.
An dieser Stelle wird manch einer natürlich Einspruch erheben und sagen: "Moment mal - weder rauche noch trinke ich - genau diese Steuer wurde doch gerecht auf die Verursacher abgewälzt." Wir übersehen dabei allerdings, daß ansehnlichste Teile unserer Wirtschaft dadurch spürbare Einbußen miterleiden.
Zum Beispiel, weil vielen Rauchern und Trinkern schlichtweg das nötige Kleingeld schon für gesunde Nahrung, geschweige denn für sportliche oder irgendwelche touristische Aktivitäten fehlt. Viele laufen immer in denselben Kleidern rum, auch diese Wirtschaft leidet darunter. Man könnte hier endlos aufzählen, versteht ihr? Und jeder Gesunde, der ausnahmsweise einmal ein gutes Glas Wein genießen will, bezahlt heute zum Beispiel in Zürich im Restaurant 9-12 CHF pro Deziliter und zwar mittelmäßigen bis schlechten Wein - ob rot oder weiß. Hier auch noch ein kurzer Blick auf die aktuellen Tabaksteuern:
In der Schweiz betrugen sie im Jahr 2023 2,025 Mrd. CHF.
In Deutschland im Jahr 2020 14,6 Mrd. Euro.
Ich erwähne diesen Posten, weil uns Beweise vorgelegt wurden, wie unsere Machtträger insgeheim sogar mit unseren einbezahlten Altersvorsorge-Einlagen an der Börse gepokert und dabei zig Milliarden davon tatsächlich verpokert haben. Wißt ihr nichts davon? Schaut Euch die hinten eingeblendete Sendung an. Was würden sie da erst mit unseren Alkohol- und Tabaksteuern alles anstellen? Was wir brauchen, ihr Lieben, ist eine lückenlose Überwachung von sämtlichen Geldströmen und Geldflüssen! Und diese Überwachung muß durch das neutrale Volk von A bis Z erfolgen. Auf allen Gebieten. Alles muß von wirklich unbefangenen Instanzen genauestens unter die Lupe genommen werden. Anders werden wir an all den hinterhältigen Machtmißbräuchen noch verbluten.
6. Ich komme zu den Sippenhaft-Beiträgen im Bereich Umwelt: Wie hoch treffen uns dort die Zwangsabgaben?
Wißt ihr, in Wirklichkeit ist das alles noch weit höher, weil das hier nur die offiziellen Dinge sind. In der Schweiz waren das 2023 16,2 Mrd. CHF.
In Deutschland 2022 966,698 Mrd. Euro Umweltabgaben.
7. Und nun zu einem der größten Sippenhaft-Konstrukte, auf das ich später noch detaillierter und final eingehen werde: das Gesundheitswesen - unsere obligatorischen Krankenkassenbeiträge.
In der Schweiz cashten wir für das Gesundheitswesen in 2022 91,482 Mrd. CHF - also 10.428 CHF pro Bürger! Vor ein paar Jahrzehnten belief sich diese Zahl auf ein paar hundert CHF. Das waren, wieder mit anderen Worten, 11,7 % des Bruttoinlandsproduktes. 1960 waren dies noch 4,5 %.
Deutschland cashte im selben Zeitraum 497,7 Mrd. Euro, also 5.939 Euro pro Einwohner. Das

war gegenüber dem Vorjahr schon wieder eine Erhöhung der Zwangszahlungen um 4,8 %! Seht ihr, wir bezahlen immer mehr und sind immer kränker. Darum geht es. In dieser Sippenhaft will ich nicht mehr leben.
Wie sieht es mit der Sippenhaftung hinsichtlich der oft so irre widersinnigen wissenschaftlichen Forschung in Zahlen aus? Also z.B. unsere Zwangszahlungen für die Raumfahrt, das CERN der Schweiz und andere Einrichtungen?
8. Die Beiträge an CERN beliefen sich 2024:
- in der Schweiz auf 45,8 Mio. CHF
- in Deutschland auf 258,2 Mio. Euro
9. Für die kürzlichen Beiträge an die ESA, also die Europäische Weltraumorganisation, blutete die Schweiz wieder mit weiteren 600 Mio. CHF, Deutschland mit weiteren 951,6 Mio. Euro.
10. Für die allgemeine Forschung werden in der Schweiz jährlich rund 3 % des BIP (also des Bruttoinlandsproduktes), also über 20 Mrd. CHF abgeknöpft, und dies nur gerade für Grundlagenforschungen und Entwicklung. Was dabei aber wieder konkret rauskommt, sehen wir unter anderem an den immer perfekter ausgeheckten Überwachungstechnologien. Versteht ihr?
Euch Deutschen haben sie für dieselbe Sache allein in 2022 121,4 Mrd. Euro abgezwackt.
11. Auch die immer bedenklicher werdende Kultur melkt uns sippenhaft-mäßig ab.
In der Schweiz forderte sie von uns allein im Jahr 2021 343 CHF pro Einwohner. Deutschlands Zwangsbeitrag belief sich auf rund 14,5 Mrd. Euro.
12. Aber auch unsere militärischen Zwangsmechanismen müssen zur Sippenhaft gerechnet werden. Trotzdem zunehmend viele Millionen friedfertige Menschen offen für Frieden demonstrieren, wurden uns neutralen Schweizern in 2023 wieder 5,7 Mrd. CHF abgezwackt. Und den kriegsunwilligen Deutschen in 2024 weitere 72 Mrd. Euro.
Was nun schon allein diese 12 genannten Sippenhaft-Gebiete zusammengezählt betrifft, lasten in der Summe in der Schweiz jährlich rund 24.000 CHF auf jedem einzelnen Kopf - also auch auf jedem Baby-Kopf, meint das. In Deutschland lasten sogar 32.000 Euro pro Jahr auf jedem Kopf. Und nebst diesen jährlichen Zwangsabgaben lasten ja auch, wie schon erwähnt, noch die verbrecherisch zustande gekommenen Staatsschulden auf uns. In der Schweiz prasseln damit also weitere 16.000 CHF auf jeden Kopf herab, und zwar bis hinunter auf jedes Neugeborene. In Deutschland sind es rund 32.000 weitere Euros auf jeden Kopf.
Rechnen wir das jetzt zusammen, schauen wir also allein auf das Jahr 2024 zurück, dann lasten aktuell auf jedem Schweizer und jedem deutschen Kopf durchschnittlich 60.000 CHF oder Euro - ist ja in etwa dasselbe - Sippenhaft-Schulden. Und bei dieser Rechnung haben wir gewiß noch einige weitere markige Sippenhaft-Konstrukte übersehen und daher unberücksichtigt gelassen.
Trotzdem drängt sich schon einmal die logische Frage auf: Was kann denn die betrogene Menschheit überhaupt gegen all solch schüttere Entwicklungen tun? Denn immerhin erleidet sie ja gleichsam das Schicksal von Odysseus' Gattin, die während der langjährigen Verschollenheit ihres Gatten wehrlos mit ansehen mußte, wie eine gierige Schar skrupelloser Freier das Hab und Gut ihres Mannes verschlungen hat - um es einmal mit Homers griechischer Mythologie auszudrücken. Ich verweise mit dieser Rede allerdings auf moderatere Möglichkeiten und Auswege aus der Sippenhaft, als wie Odysseus sie ergriffen hat. Denn nach seiner Rückkehr hat er ja bekanntlich alle Freier, die ausbeuterisch um seine Penelope geworben hatten, kurzerhand umgelegt und so wieder die Herrschaft über Ithaka zurückerlangt.
Laßt mich am Beispiel unserer Sippenhaft im Gesundheitswesen jetzt einmal ein weit gerechteres und im wahrsten Sinne heilsameres Finanzierungsmodell vorschlagen. Wir spielen jetzt nur mit Gedanken, mal zuerst ganz unverbindlich. Hört mir zu. Denn gerade aus unseren Ge-

sundheitssystemen schreit das widersinnigste Unrecht der Sippenhaft doch geradezu zum Himmel! Da werden ja die frommsten Pietisten und keuschesten Gemüter nicht mehr allein nur dazu gezwungen, Abtreibungen mitzufinanzieren, sondern jetzt darüber hinaus auch noch alle möglichen Umoperationen sexuell Unzufriedener. Ja, sobald diese gerade mal keine Lust mehr auf einen Pimmel haben und sich stattdessen eine künstliche Möse samt Vollbrüsten montieren lassen, bitten sie uns zur Kasse - und das Ganze natürlich auch beliebig in jede andere Richtung (Umoperationen).
Ähnlich ungerecht aber geht es in unserem Gesundheitssystem doch schon seit Jahrzehnten in jeder Hinsicht zu und her: Da haben doch die enthaltsamsten und rücksichtsvollsten Menschen gnadenlos immer noch höhere Zechen für die Folgeschäden maßloser Fresser und Säufer zu leisten. Unbeugsamer, muß nebenbei noch betont sein. Zahllose Menschen, die bescheiden und geradezu jungfräulich durchs Leben gehen, haben die Folgeschäden sexueller Perverslinge mit all deren Seuchen, Pilzen und Geschlechtskrankheiten zu berappen. Feinsäuberliche und in allem hygienische Menschen haben für die Folgeschäden jener Zeitgenossen aufzukommen, die unbelehrbar wie die Schweine leben.
Diese sind doch meist nur deshalb ständig krank, weil sie einfach nur schon zu faul sind, um sich den Dreck vom Leibe und der Wohnung zu wischen. Zarteste Gemüter haben wiederum für die maßlosen Exzesse Drogensüchtiger, Alkoholiker, Tablettensüchtiger und sonst wie Asozialer zu zechen. Alles unbeugsame Menschen, die nichts lernen wollen. Nebst dieser monatlichen Pein tobt dann auch noch seit je dieser ewig besserwisserische Streit zwischen Rechts- und Linksparteien, zwischen Liberalen und Konservativen, zwischen religiösen und unreligiösen Gruppierungen usw.
Und genau in diesem ständig gegenseitigen besserwisserischen Gezänke wittere ich das Potential für ein völlig neues und daher absolut gerechtes Gesundheitssystem, ihr Lieben: Nach dem Sprichwort "Gleich und Gleich gesellt sich gern" oder nach der erwiesenen Gesetzmäßigkeit, daß sich Gleiches gegenseitig anzieht, wäre es doch nichts als gerecht, wenn wir nach genau diesen Kriterien auch den Weg der Finanzierung unseres Gesundheitswesens einrichten würden.
Ich denke, ein Probelauf würde nicht schaden. Ich plädiere auf einen demokratischen Volksentscheid, daß wir uns für ein diesbezügliches Pilotprojekt aussprechen. Alle freiwilligen Teilnehmer sollten für die Zeit dieses offiziell beschlossenen Pilotprojektes von allen bisherigen Verpflichtungen zu irgendeiner Krankenkasse oder irgendeiner bestehenden Gesundheitsvorschrift einfach einmal befreit werden.
Im Klartext würde dies bedeuten, daß zum Beispiel die Linken eine eigene Krankenversorgung unter sich betreiben und ebenso die Rechten. Kein Linker dürfte in eine Versorgungskette der Rechten eintreten und kein Rechter dürfte sich an den Tropf der Linken hängen, würde das bedeuten. Ebenso sollten Freisinnige unter sich ein eigenes Betreuungs- und Finanzierungssystem haben und auch die religiös oder sonst wie Gleichgesinnten unter sich. Jeder sollte sich ganz frei mit irgendeiner Gruppe seiner Wahl, aber unbedingt seinesgleichen, verbinden.
Auf diesem Weg würde ziemlich klar und deutlich sichtbar werden, welche der sich gegenseitig erniedrigenden Besserwisser jetzt tatsächlich auch die gesündeste Lebensweise pflegt. An dieser Stelle muß einfach wieder einmal klipp und klar daran erinnert werden, daß die allermeisten Krankheiten einfach nur etwas mit widernatürlichem Lebenswandel, mit widernatürlichen Lebensweisen zu tun haben, versteht ihr.
Die allgemeinen Volksschädigungen durch Mobilfunkstrahlung, belastete Trinkwasserversorgung, Smog usw. würden sich auch im neuen Finanzierungssystem weiterhin gleichmäßig auf alle Gruppierungen verteilen. Denn es sind ja auch alle gleichermaßen davon betroffen, ob nun wissend oder unwissend. Die immer teurer werdende medizinische Behandlung der ver-

gangenen Jahrhunderte konzentrierte sich leider zunehmend nur auf die Symptombehandlung statt auf die Ursachenbehandlung von Erkrankungen.
Diese sträfliche Ignoranz von fundamentalen Zusammenhängen und Naturgesetzen spielte natürlich sowohl Ärzten als auch Big-Pharma astronomische Krisenprofite ein. Nach mehreren Jahrzehnten der Sozialarbeit unter Drogensüchtigen, Alkoholikern und sonstwie psychisch Leidenden kann ich dir mit Gewißheit sagen, daß ausgerechnet jene Parteien mit der allergrößten Klappe unsere Gesellschafts- und Gesundheitssysteme am allermeisten schädigen. In der Praxis schaffen sie es aber immer wieder, zugleich die dominanteste Rolle in der Politik einzunehmen, uns alles vorzuschreiben.
Ausgerechnet die, die uns immer noch unsinnigere Gesetze aufbrummen. Zuallerletzt aber wäre solche Spezies bereit, ihren eigenen Lebensstil zu ändern, sich Naturgesetzen oder gar moralischen Verpflichtungen unterzuordnen. Und du siehst, ich nenne hier keine konkreten Kreise oder Namen. Jetzt geht es einmal nur um das Prinzip. Es geht nur darum, ein neues Finanzierungssystem durchzudenken, wo jeder sich ganz praktisch zu Seinesgleichen halten muß.
Für einen Testlauf müßten wir unsere gängigen Krankenkassensysteme zumindest vorübergehend einmal nur noch für diejenigen bestehen lassen, die ein solches auch wirklich wünschen. Allen übrigen aber muß die Freiheit zum vorübergehenden Austritt gewährt werden. Ich behaupte, daß wir binnen ein bis drei Jahren in aller Deutlichkeit sehen würden, welche Gruppierungen ihren Lebensstil radikal ändern müßten, damit sie finanziell nicht an ihren Folgeschäden ersticken.
Ich denke noch etwas weiter: Die neue Prämisse aber wäre, daß jeder Mensch sich mit mindestens 1000 bis 2000 Gleichgesinnten eigener Wahl zu einem Gesundheitswesen zusammenschließen müßte. Diese Kreise könnten dann optimalerweise ihre eigenen Verwaltungseinheiten oder -gremien bestimmen, ohne sich sonderliche Gebäude mit allem Klimbim anzuschaffen. Von zu Hause aus könnte man in überschaubaren Gruppen via Telefonkonferenzen oder wie auch immer die Krankheitsfälle erfassen und dann bearbeiten.
Dazu bräuchte es lediglich ehrliche und offene Mitwirker, wie diese auch in früher noch gängigen Volksgerichten, sprich Geschworenen-Gerichten oder Volkstribunalen, üblich waren. Wie eine Familie würde man kurz die Köpfe zusammenstrecken, sich die Krankheitsfälle beschauen und dann beschließen, welchen Weg der Behandlung man einschlägt. Schon allein dadurch würden laufend Milliarden an Bürokratie- und Infrastrukturkosten wegfallen.
Während man in der Startphase die gleichen Krankenkassenpreise erheben könnte wie bislang, sollten die Verwaltungslöhne zuerst möglichst niedrig gehalten werden. Erst wenn sich ein allgemein beruhigender Überschuß an Krankengeldern gebildet hat, sollte man die Verwaltungslöhne erhöhen. Manches könnte anders sein, aber ihr versteht, man muß es einmal durchdenken. Und dann steigen die Verwaltungslöhne auch nur in analogen Prozenten zu erarbeiteten Überschüssen, gleichsam einem Bonussystem.
Ebenso wäre es äußerst heilsam, wenn man - wie im alten China - die Ärzte im neuen Gesundheitssystem erst dann bezahlen müßte, nachdem sie auch einen wirklich sichtbaren Erfolg mit ihrer Kunst erzielen konnten, sonst könnte ja jeder Arzt werden.
Eine ehrenamtliche Verwaltung wäre natürlich das Tüpfelchen aufs I. Ich denke nur laut. Eine solche hätte den großen Vorteil, daß alles von vornherein viel schneller abgewickelt wäre. Und jede kopflose Geldverschwendung und sowieso jeder lobbyierte Krisenprofit hätte über Nacht ein Ende, glaubt es.
Je größer die Überschüsse, desto günstiger könnte dann die Krankenkasse für alle werden. Dadurch wäre für alle die Motivation geschaffen, den besten Weg zur Heilung zu wählen und auch zu finden. Das ehrenamtliche Verwaltungsteam könnte immer wieder mal wechseln, damit möglichst viele Teilnehmer einen tieferen Sinn für unser Gesundheitswesen entwickeln

könnten.
Und ich weiß, selbstverständlich wäre auch diese neue Verwaltungsweise wieder eine neue Form der Sippenhaft - ich denke allerdings, eine weit gerechtere als bisher. Denn nun könnten alle Homosexuellen, Lesben, alle QUEER und sonst wie LSBTTIQ begeisterten Menschen unter sich ihr eigenes Gesundheitssystem bilden und verwalten. Zusammen mit den Transen und allen, die so große Entzückung an grenzenloser Freiheit zeigen, würden sie dann äußerst heilsame und gnadenlos verbindliche Erfahrungskreise bilden können.
Unsere bisherigen Krankenkassensysteme, die stets jede Gattung Mensch in den gleichen Topf warf, müßten zumindest vorübergehend alle Testgruppen gänzlich freigeben, daß wäre die Vorbedingung. Es müßte gesetzlich verankert werden, daß in dieser Zeit jeder Übergriff von nicht Gleichgesinnten unzulässig ist. Die Mindestgröße von 1.000-2.000 Gleichgesinnten - das ist nur so ein Anfangsvorschlag - müßte ebenso gesetzlich als obligatorisch verankert werden, damit niemand plötzlich ganz allein auf sich selbst gestellt wäre.
Und ich kann euch aus Jahrzehnten der Sozialarbeit versichern, daß dies der gründlichste und schnellste Weg wäre, um unsere Gesellschaft zu einer besseren Gesundheit zu führen.
Jeder bisher gehabte Zwang, sich legitimierten Ärzten und Big-Pharma unterwerfen zu müssen, wäre zuerst in der Testphase vollständig aufgehoben. Jeder Mensch sollte während dieser Zeit das verbriefte Recht auf jene Gesundheitsbehandlung haben, die er sich selber erwählt. Auch diese Befreiung dürfte unter Gleichgesinnten dann überhaupt kein Problem sein. Wer immer sich weiterhin Big-Pharma anvertrauen möchte, darf gerne weiter aus diesem gehabten Quell trinken. Wer aber ganz auf Naturheilverfahren und -mittel besteht, dürfte dann ganz mit Seinesgleichen diesen Weg beschreiten. Aber jede selbstgewählte Sippe müßte dann natürlich auch bis zum Letzten für ihre Gesundheits- bzw. Krankenkosten haften.
Ich denke, zur objektiven Belehrung der gesamten Menschheitsfamilie würde eine solche Neuordnung des Gesundheitswesens von zuerst einmal eins bis drei Jahren vollauf genügen. Dann wäre es an der Zeit für eine erste offizielle Bilanz und einen objektiven Vergleich aller Gruppen, damit sich die gesündeste Gruppe offenbaren kann. Das meint diejenige mit den geringsten Krankenkosten. Und dieser Gruppe sollte man daraufhin auch politisch die Hoheit über die Entwicklung des gesamten Krankheitswesens einräumen, wie z.B. mehr Stimmenanteile usw. Dann haben endlich wirklich jene wieder etwas zu sagen, die auch in der Praxis am meisten zu bieten haben.
Gegenwärtig ist aber leider, wie schon erwähnt, noch immer das bare Gegenteil der Fall. Dies könnte übrigens jeder Gesundheits- oder Sozialarbeiter in aller Welt bestätigen, wenn er denn nur mit offenen Augen und wachen Sinnen seinen Job getan hat.
Ich muß jetzt allmählich zur Landung ansetzen: Um unsere Welt vor der unmittelbar bevorstehenden, übel geplanten Totalenteignung zu retten, braucht es jetzt kompetente Fachkräfte aus allen in dieser Rede benannten Lebensgebieten. Wißt ihr, ich habe euch Fachkräfte schon in meiner ersten Nationenrede - hinten eingeblendet - zum aktiven Widerstand aufgerufen. Doch noch immer schweigen hunderttausende wichtigster Fachleute zum ganzen Weltbetrug, obgleich sie haargenau sehen, was hier abgeht.
So etwa - was die Covid-Schweinerei betrifft - unzählige Ärzte, aber auch Wissenschaftler, Finanzexperten schweigen, Epidemiologen, Chemiker, Physiker usw. Aber auch zahllose Sicherheitskräfte in all den erwähnten Gebieten, Polizisten, Kriminologen schweigen, Staatsanwälte, Richter und sonst wie Rechtskundige. Alle halten die Klappe. Schweigend halten sie sich im Hintergrund. Obwohl sie laufend diesen Völkermord und die zunehmende Volksplünderung mit offenen Augen sehen. Und ich sage euch Justizbevollmächtigte: Ihr deckt mit diesem Verhalten wider jedes bessere Wissen die Massenmörder. Ihr deckt damit Volksmörder, Weltzerstörer!
Ich sage euch: Denkt bloß nicht bei euch selber, ihr würdet einem gerechten Gericht dann ent-

gehen, wenn ihr so weitermacht! Niemand weiß doch besser als ihr, was es heißt, in die Mühlen einer zuschlagenden Justitia zu geraten! Doch bis dato schaut ihr einfach passiv zu und veranlaßt sogar selber noch, daß nicht mehr die aufgeflogenen Brandstifter gejagt und bestraft werden, sondern diejenigen, die den Brand angezeigt haben. Ihr jagt konsequent vor allem diejenigen, die zu Recht und unter Einsatz ihres Lebens diese mörderischen Brandstifter angezeigt haben!
So etwa wie im Fall von Staranwalt Reiner Füllmich. Diese Verhaftung, dieser Umgang mit ihm, stinkt doch vor lauter Unrecht bis zum Himmel! Ich beschwöre euch kompetenten Fachleute aller Gattung geradezu, jetzt endlich aufzustehen und offen Farbe zu bekennen. Mit uns zusammen. Eröffnet eigene Kanäle oder sagt aus über Kla.TV oder sonstige freie Aufklärungsmedien. Aber sagt aus! Wer das ganze Unrecht und den ganzen Impf-Völkermord erkannt und durchschaut hat und dennoch "Stasi-Gehorsam" gegen die Schwerstverbrecher leistet, der ist unwiderruflich ein Mittäter und Komplize dieser Mörderbande.
Denkt ja nicht, daß ihr in der neuen Welt - wenn sie dann durchbricht - noch irgendeine Stellung inne hättet, wenn ihr nicht jetzt in der bedrohtesten Stunde der Menschheitsgeschichte den Mund auftut, sondern weiter schweigt. Stellt euch also zusammen mit allen aufrichtigen und mutigen Menschen in den Riß und kämpft mit uns durch, bis wir in allen 12 hier genannten Lebensgebieten die neue Welt durchgesetzt haben. Sobald dieser Sieg errungen ist, wird es mit Sicherheit eine gerechte Abrechnung mit allen Feiglingen des Jetzt-Zeitalters geben, die aus lauter Egoismus und Selbstschonung zum bösen Spiel geschwiegen haben oder die einfach passiv geblieben sind, aus welchen Gründen auch immer.
Und was das Allerschlimmste ist: Feiglinge, die zu aktiven Terror-Stasigehilfen geworden sind, zu notorischen Ja-Sagern, die in ihren Augen ja nur ihren Job gemacht haben, weil sie ja diesen Job machen mußten - überall hört man das - wenn sie denn nicht Nachteile irgendwelcher Art riskieren wollten. Ich sage euch, riskiert besser mal nicht die Nachteile, die in der neuen Welt auf euch warten.
So haben z.B. zehntausende Ärzte und Krankenschwestern den Menschen einfach unbeirrt weiter diese längst aufgeflogenen Covid-Todesspritzen verpaßt - obgleich sie ganz genau wußten und wissen, was sie taten und noch tun. Und darum schonen sie sich selber samt ihren Kindern sogar noch gezielt. Seht bitte dazu unsere beweiskräftigen Sendungen an. Ich sage: Im Namen Gottes, ich bitte jeden einzelnen meiner Zuhörer und insbesondere nochmals alle Fachkräfte und die gesamte Christenheit, alle Religionen: Stellt euch jetzt mutig und verbindlich in die Kampfreihen der freien Aufklärer. Denn hättet ihr zusammen mit uns von Anfang an mutig eure Stimmen erhoben, hätten wir wohl längst gesiegt.
Ich bin Ivo Sasek, der seit 1977 vor Gott steht.<<

Frankreich: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 1. Februar 2025 (x1.498/…): >>**Franzosen werden wütend: Strom teuer wegen Export nach Deutschland**
Der deutsche Energiewende-Wahnsinn mit bizarren Folgen: In Frankreich regt sich Widerstand wegen der Stromexporte nach Deutschland. Das treibt dort die Preise in die Höhe. Der Leidtragende ist der französische Verbraucher.
Von *Meinrad Müller*
Frankreich wurde zum Lastesel für Deutschlands Energiehunger degradiert - mit verheerenden Folgen für die eigenen Bürger. Während Deutschland aus ideologischer Verblendung seine eigenen Kernkraftwerke zerstörte, muß es nun französischen Atomstrom importieren. Die Leidtragenden? Die französischen Verbraucher, die unter steigenden Strompreisen ächzen, während Berlin sich in grüner Selbstgefälligkeit sonnt.
Atomkraftwerke rechts des Rheins sind böse, links des Rheins aber wunderbar - eine absurde Kindergartenlogik, die von der Bundesregierung in eiserner Konsequenz umgesetzt wurde.

Deutsche Kernkraftwerke wurden abgeschaltet, während Paris nun gezwungen ist, für die Stromlücken in Deutschland einzuspringen. Wer zahlt die Zeche? Frankreichs Bürger.
Die Mär von der Energiewende als moralischem Sieg kollidiert mit der Realität: Während Deutschland den Ausstieg aus der Atomkraft als Triumph feiert, zwingt es seine Nachbarn, die eigene politische Dummheit auszugleichen.
Frankreich zahlt mit höheren Strompreisen, Versorgungsengpässen und einer zunehmend fragilen Energieinfrastruktur. Die Wut wächst - und mit ihr beginnt ein altes Feuer wieder zu lodern: das der Erbfeindschaft. Nicht mit Bajonetten und Panzern, sondern mit Stromrechnungen und wirtschaftlicher wie militärischer Schieflage.
Die deutsch-französischen Beziehungen haben in der Geschichte oft gelitten, wenn ein Land dem anderen wirtschaftliche Lasten aufbürdete. Heute ist es die Energiepolitik, die für neue Spannungen sorgt. Und Frankreichs Bürger merken es im Alltag: Die Strompreise steigen, und ihre Regierung setzt Ressourcen für Deutschlands Fehlentscheidungen ein, statt die eigenen Bürger zu entlasten. Wer leidet, dem fällt es schwer, seinen Nachbarn zu lieben.
Doch Deutschland lebt in einer Illusion: Daß Paris diesen Zustand dauerhaft akzeptieren wird. Die französische Politik ist wechselhaft, Regierungen wechseln schnell, und mit ihnen die Prioritäten. Die Geduld der Franzosen ist nicht unbegrenzt und die Erfahrung zeigt, daß kein Land ewig der Energie-Lastesel eines anderen sein möchte.
Was passiert, wenn Paris eines Tages beschließt, nicht mehr für Berlins Energie-Dogmen einzustehen? Wenn Frankreich die Exporte nach Deutschland drosselt oder priorisiert, die eigene Bevölkerung zu versorgen? Dann steht Deutschland ohne Netz da - wortwörtlich.
Die Geschichte lehrt: Wer seinen Nachbarn ausnutzt, erntet langfristig Mißtrauen. Frankreich trägt heute die deutsche Energiewende mit - aber nicht aus Überzeugung, sondern weil es kurzfristig keine Wahl hat. Doch eines ist sicher: Die Erbfeindschaft zwischen beiden Ländern mag Geschichte sein, doch mit Deutschlands Energie-Ideologen bekommt sie neues Brennmaterial. Und wenn sich der Unmut weiter aufstaut, könnte aus dieser Erbfeindschaft eine neue Eskalation entstehen - diesmal nicht auf den Schlachtfeldern, sondern in den Stromnetzen Europas.<<

02.02.2025

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 2. Februar 2025 (x1.496/…): >>**"Auf ein Glas mit Armin": Merz (CDU) feiert nach Bundestags-Abstimmung auf Laschet-Party mit "Grünen"**

Auf dem Höhepunkt des Streits um die Migrationspolitik ist es zu einer geheim gehaltenen Party führender Politiker von Union und "Grünen" gekommen. Mehrere prominente Befürworter von "Schwarz-Grün" folgten einer Einladung des früheren CDU-Chefs Laschet unter dem Motto "Auf ein Glas mit Armin". Die "schwarz-grüne" Feier entlarvt das ganze Geheuchel der inszenierten Empörung rund um die Abstimmungsmehrheit am 29. Januar im Deutschen Bundestag mit den Stimmen der AfD.
Laut einem Bericht des "Stern" waren am Donnerstagabend (30. Januar) mehrere "schwarz-grüne" Spitzenpolitiker einer Einladung des früheren CDU-Chefs Armin Laschet zu einem privaten Treffen in dessen Berliner Wohnung gefolgt. Die Party unter dem Motto "Auf ein Glas mit Armin" fand also NACH der Abstimmung über den Fünf-Punkte-Plan des Unionskanzlerkandidaten Friedrich Merz (CDU) zur Migrationspolitik statt (u.a. Grenzschließungen). Die Annahme des Entschließungsantrags mit den Stimmen der AfD-Bundestagsfraktion löste bundesweit auch eine am Wochenende andauernde linksgrüne Massenhysterie aus.

Prösterchen, Annalena. Auf dein Wohl, Cem!

Zu den Gästen zählten dem Bericht zufolge "Top-Grüne" wie Noch-Außenministerin Annalena Baerbock, Noch-Landwirtschaftsminister Cem Özdemir und Bundestags-Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt.

Auf CDU-Seite waren unter anderem Kanzlerkandidat Friedrich Merz (!) und Fraktionsvize Jens Spahn dabei. Die Atmosphäre beschrieben Teilnehmer als freundlich und zwanglos. Von einem Strategietreffen könne nicht die Rede sein, hieß es abwiegelnd.
Auch wenn die Einladungen angeblich bereits vor Wochen verschickt wurden, so zeigt die "schwarz-grüne" Party dennoch, daß die Schmierenkomödie um die Abstimmungen im Deutschen Bundestag ein abgekartetes Spiel zwischen Union und "Grünen" war!
Sie verarschen die Wähler nach Strich und Faden!<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 2. Februar 2025 (x1.496/…): >>**Magdeburg-Killer zu hart angefaßt? Ermittlungen gegen Polizeibeamte**
Gegen Polizeibeamte, die an der Festnahme des Magdeburg-Terroristen am 20. Dezember 2024 beteiligt waren, läuft ein Ermittlungsverfahren wegen Körperverletzung im Amt. Das geht aus einer Antwort der Landesregierung Sachsen-Anhalt auf eine Anfrage der AfD-Fraktion im Landtag hervor.
Demnach soll es eine Körperverletzung zum Nachteil des 50-jährigen Taleb A. gegeben haben. Der Araber hat sechs Menschenleben auf dem Gewissen. Die Ermittlungen richten sich dem Magdeburger Innenministerium zufolge bislang nicht gegen eine namentlich benannte Person. Disziplinarrechtliche Maßnahmen seien bisher nicht eingeleitet worden.
Die Generalstaatsanwaltschaft Naumburg teilte unterdessen mit, sie gehe davon aus, daß der Täter vom Magdeburger Weihnachtsmarkt schuldfähig ist. "Es handelt sich nach vorläufiger Bewertung wohl um einen vorsätzlich geplanten Anschlag eines Amokläufers", sagte Pressesprecher Klaus Tewes der "Welt am Sonntag".<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 2. Februar 2025 (x1.498/…): >>**Das war's, Deutschland!**
Deutschland auf dem Weg in eine Staatskrise. Die Ablehnung des Zustrombegrenzungsgesetzes zerstört das Vertrauen in Regierung und Politik. Die Sicherheitsinteressen und Erwartungen der Mehrheit der Bürger werden kalt ignoriert.
Daniel Matissek: "Mit der Ablehnung eines Gesetzes, das ohnehin allenfalls nur ein erster Schritt hin zur Wiedererlangung der staatlichen Handlungsfähigkeit an den bzw. innerhalb der Grenzen gewesen wäre und nichts anderes als die Wiederherstellung rechtsstaatlicher Verhältnisse in der Asyl- und Migrationspolitik zum Ziel gehabt hätte, hat der Bundestag sich nun auch offiziell gegen die Mehrheit des deutschen Volkes gestellt und den Menschen unmißverständlich klar gemacht, daß deren Sicherheitsinteressen und Erwartungen für ihn nicht zählt.
Aus dem einstigen Hohen Haus ist ein Abort geworden, aus der Stätte, an der die "repräsentativen" Vertreter des Volkes in dessen Namen entscheiden und handeln sollten, ist ein Problemkindergarten von Ideologen, verblendeten Narren, Narzißten und Wahnsinnigen geworden, eine Senkgrube des Parteienunrats, dem das Wohl des deutschen Volkes ganz gleichgültig ist."<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 2. Februar 2025 (x1.493/…): >>**Dresden 1945: Massenmörder Churchill**
Von *Gero Bernhardt*
Gegen das Vergessen: Die Bombardierung Dresdens am 13./14. Februar 1945 war ein Kriegsverbrechen ungeheuren Ausmaßes. Der Hauptverantwortliche wurde nie zur Rechenschaft gezogen. Sein Name: Winston Churchill. Sein Motiv: Deutschenhaß. …
Die Verantwortlichen in Großbritannien und den USA mögen anfangs gedacht haben, der Bombenkrieg könnte dazu führen, daß sich ein großer Teil der Deutschen dem Krieg verweigert. Aber die stets bestens informierten Geheimdienste der Alliierten meldeten bald, daß der Krieg gegen Frauen und Kinder und die Zerstörung der Innenstädte die Kampfentschlossenheit der Deutschen noch verstärkte. Welche Beweggründe standen also hinter der Fortführung und Steigerung dieser Angriffe?

Vergeblich hatten deutsche Regierungen immer wieder ein verschärftes Verbot des Bombenkrieges gefordert, zunächst im Völkerbund, auch noch 1936, zuletzt in dramatischen Appellen nach Beginn des Zweiten Weltkriegs. Bereits zwei Tage nach der Kriegserklärung der Briten (03.9.1939) begannen die Luftangriffe auf deutsche Städte. Winston Churchill befahl am Tag seiner Regierungsübernahme (10.5.1940) deren massive Ausweitung. Das Bomber Command der Royal Air Force folgte dem Befehl. Das Kalkül des britischen Premiers war zunächst, die deutsche Regierung zu Gegenangriffen auf britische Städte zu provozieren.
Er erwartete sich eine Erhöhung der Kriegswilligkeit der britischen Bevölkerung, die ja ursprünglich mehrheitlich den Frieden wollte, leider im Gegensatz zu den Herrschenden. Die unaufhörlichen und weitreichenden Versuche Hitlers, sich mit Großbritannien zu verständigen, waren auch in London bekannt.

So viele Opfer wie möglich

Die Bombardierung deutscher Städte sollte die deutsche Luftwaffe auf zivile Ziele in England lenken, um sie davon abzuhalten, die Flugplätze der britischen Jäger anzugreifen. Die Auslieferung neuer Jäger aus Coventry und den anderen Flugzeugfabriken war erst angelaufen. Um den Feind zum Einlenken zu zwingen, begannen nach vier Monaten des Zuwartens und Protestes deutsche Gegenangriffe.
Churchill war also bewußt, daß die Bombardierung von Städten keineswegs dazu führt, daß das Volk sich der Kriegführung verweigert. Und die vielen Agenten und Widerstandskämpfer in Deutschland meldeten umgehend die Festigung des Widerstandswillens der Deutschen.
Dennoch unternahm der britische Regierungschef alle Anstrengungen, den Bombenkrieg fortzuführen und auszuweiten. Danach konnte die Motivlage damit erklärt werden, daß als Ziele Industriestädte gewählt wurden, zunächst im nahe gelegenen Ruhrgebiet. Allerdings waren nicht die kriegswichtigen Fabriken das Ziel.
"Von Essen abgesehen haben wir niemals ein besonderes Industriewerk als Ziel gewählt. Die Zerstörung von Industrieanlagen erschien uns stets als eine Art Sonderprämie. Unser eigentliches Ziel war immer die Innenstadt", so der Chef des britischen Bomber Command, Arthur Harris.
In der Directive to Chief of Air Staff vom 05.02.1942 hieß es: "Ich nehme an, daß es klar ist, daß das Ziel Wohngebiete sind, nicht etwa Schiffswerften oder Flugzeugfabriken.
Der Bombenkrieg war also keineswegs als Maßnahme gegen militärische Einrichtungen geplant. Die offizielle Begründung war jetzt das sogenannte Moral Bombing, als könnte das vorsätzliche Verbrennen von Frauen und Kindern jemals "moralisch" sein. Von den über 600.000 durch Luftangriffe getöteten deutschen Zivilisten waren mindestens 80.000 Kinder.
Wie 1914 wäre ein Weltkrieg auch 1939 von Seiten Englands leicht zu verhindern gewesen. Das schreibt sogar Churchill in seinen Memoiren. Bereits am Beginn des Polenfeldzugs lancierten die Deutschen ein Angebot auf sofortigen Waffenstillstand und Friedensschluß, der ein Konferenzangebot und sogar Wiederherstellung aller entstandenen Kriegsschäden zum Inhalt hatte.
Dem folgten öffentliche Friedensangebote Hitlers vor dem Reichstag und über 50 ähnliche Avancen seitens der deutschen Regierung, von Belgien, Italien, der Schweiz, Holland, der skandinavischen Regierung, vom Vatikan und sogar durch Beauftragte des Widerstandes in Deutschland. Churchill ging nicht darauf ein - er hatte andere Ziele. Aber welche?

Die Wissenschaft vom Massenmord

Zunächst wurde durch ein Expertenteam von Wissenschaftlern und Feuersachverständigen eine Strategie entworfen, wie die Bombardierung den größtmöglichen Schaden anrichten und die größte Zahl an Opfern erzielen kann. Die USA gingen sogar so weit, in der Wüste deutsche Wohnviertel aufzubauen, um die Bombenwirkung zu studieren.
Das Ergebnis war die akribische Planung des Feuersturms, bei dem hunderte von Einzelbrän-

den zu einem Riesenfeuer zusammenwachsen. Durch den Sog entstehen Stürme von Orkanstärke, die Sauerstoffzufuhr erzeugt Flammen von der Temperatur eines Schneidbrenners. In Dresden wurde der Asphalt zu einer brennenden Flüssigkeit, das Glas der Marmeladengläser in den Kellern schmolz, noch heute sind Schichten von verglastem Sand im Untergrund zu erkennen. Solche Feuerstürme sind so stark, daß Personen erfaßt und über Gebäude hinweg in die Flammen gerissen werden.

Die Vernichtung der Stadtbevölkerung sollte in mehreren genau berechneten Angriffswellen vor sich gehen: Luftmarkierer setzen auf Einweisung von sogenannten Pfadfindern und eines Masterbombers Leuchtbomben, um das Zielgebiet festzulegen. Die Bombenwürfe erfolgen in einem Fächer oder kreisförmig, um die Fliehenden in das Zentrum des Feuersturmes zu treiben. Dann werden durch Luftminen ("Wohnblockknacker") die Dächer zerstört und Wände umgelegt. Dadurch wird brennbares Material auf die Straßen befördert, Möbel, Hausrat, Balken der Dachstühle.

In der zweiten Welle werden Phosphor-, Thermit- und Flüssigkeitsbrandbomben geworfen. Sprengbomben mit Zeitzündern hindern Feuerwehr und Löschmannschaften am Verlassen der Schutzräume. Tieffflieger machen Jagd auf Trupps von Zivilisten, die aus der Stadt flüchten. Zwei Stunden nach dem ersten Angriff streut die dritte Welle Splitterbomben, die die von weit her herbeigeeilten Feuerwehrkräfte töten sollen. Zusätzliche Angriffe am nächsten Morgen treffen Aufräumer und Rückkehrer und löschen weiteres Leben aus.

Der Höhepunkt des Vernichtungswillens

Die Hauptmasse der Bombenabwürfe erfolgte im letzten Kriegsjahr 1945. In den Wochen vor Kriegsende wurde die Vernichtungsstrategie noch intensiviert. Churchill verlangte von seinen Stabschefs 1944 den Einsatz von biologischen Waffen (Milzband-Kampfstoff N) und ein "Tränken der deutschen Städte mit Giftgas" (Public Rec. Off., London, AIR20/3227, CAB 79/78PREM 3/89). Das Giftgas war bereits auf dem Weg, konnte aber durch einen verzweifelten Luftangriff der letzten deutschen Reserven im italienischen Hafen Bari vernichtet werden. Die Bomben von Hiroshima waren eigentlich für Berlin vorgesehen, aber sie waren nicht vor dem 8. Mai einsatzfähig.

Der Höhepunkt, aber keineswegs der Abschluß dieser Vernichtungsorgie, war der Angriff auf die überfüllte und völlig unverteidigte Lazarettstadt Dresden, in der es keine Schutzbunker gab. Der mit wissenschaftlicher Akribie berechnete Feuersturm umfaßte den gesamten Innenstadtbereich, etwa 20 Quadratkilometer.

Als Ziel und Motiv der sonst unverständlichen Massen-Kriegsverbrechen wurde offensichtlich, daß es um die Demoralisierung und Dezimierung der deutschen Bevölkerung ging - ganz im Sinne von Clemenceaus ("Es sind 20 Millionen Deutsche zu viel auf der Welt"). Dieses Ziel wurde durch alle Kriegshandlungen der Alliierten im letzten Kriegsjahr verfolgt.

US-General Eisenhower zu Beginn des sogenannten Roer-Angriffes: "Unser Hauptziel ist nicht die Vernichtung von so vielen Deutschen wie möglich. Ich erwarte die Vernichtung jedes Deutschen westlich des Rheines und innerhalb des Gebietes, das wir angreifen." Diese Vernichtungspolitik wurde nach der Kapitulation fortgesetzt: Militärdiktatur, inszenierte Hungerkatastrophe in den Städten, Vertreibungsmorde, Rheinwiesenlager.

Beim Inferno von Dresden am 13/14. Februar 1945 ließen über 100.000 Deutsche ihr Leben. Vom Mainstream wird nach wie vor kolportiert, daß Dresden kriegswichtige Ziele aufwies. Doch dies entspricht nicht der Wahrheit.

In COMPACT-Geschichte "Dresden 1945. Die Toten, die Täter und die Verharmloser" lesen Sie die Fakten zur Zerstörung der Elbmetropole, die in der öffentlichen Debatte unter den Tisch fallen. …<<

03.02.2025

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 3. Februar 2025 (x1.496/…): >>**Wegen Zwangsverheiratung: Syrer entführen 16-Jährige in Erfurt auf offener Straße**

Nach der Entführung einer 16-Jährigen auf offener Straße in Erfurt ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen den Vater und den Bruder. Die Männer hatten das Mädchen in einen Transporter gezerrt und sollen geplant haben, die 16-Jährige in Syrien gegen ihren Willen zu verheiraten. Gegen die beiden Syrer bestehe dringender Tatverdacht wegen Freiheitsberaubung in Tateinheit mit versuchter Zwangsheirat, sagte ein Sprecher der Erfurter Staatsanwaltschaft.

Der 46 Jahre alte Vater und der 19 Jahre alte Bruder sollen demnach vorgehabt haben, daß Mädchen nach Syrien zu verschleppen und das Opfer dort gegen seinen Willen zu verheiraten. Der Vater wurde in der tschechischen Hauptstadt Prag festgenommen worden. Gegen ihn lag ein europäischer Haftbefehl wegen Freiheitsberaubung vor. Auch das Mädchen war in Prag aufgegriffen worden. Ihr Bruder wurde in Erfurt festgenommen.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 3. Februar 2025 (x1.496/…): >>**Die unendliche Geschichte vom Staatsversagen: Hier sind sechs Nachrichten aus nur einer Woche!**

Allein sechs Nachrichten aus nur einer Woche zeugen neuerlich vom ganzen Ausmaß des Staatsversagens in der täglich eskalierenden Migrationskrise! Sechs Beispiele, welche die auch am Wochenende anhaltende linksgrüne Massenpsychose von migrations-gestörten AfD-Hassern nur noch pervers erscheinen lassen!

- NORDRHEIN-WESTFALEN: Im "schwarz-grün" regierten NRW stieg die Zahl der Straftatverdächtigen unter 21 Jahren einem neuen Lagebericht des Landeskriminalamtes (LKA) zufolge innerhalb eines Jahres um zehn Prozent - von 140.000 auf rund 155.000! Mehr als 32 Prozent der Tatverdächtigen hatten keinen deutschen Paß - ein Anstieg sogar von mehr als 18 Prozent!

- NIEDERSACHSEN I: Ein erst vor wenigen Monaten nach Deutschland gelangter Syrer (17) hat laut Medienberichten eine 34-jährige Frau in Hannover vergewaltigt. Das Syrer-Früchtchen soll der Frau, die von einer Party kam, in der U-Bahn gefolgt sein und sein Opfer frühmorgens um 3.00 Uhr in ein Gebüsch unweit eines Polizeireviers gezerrt haben.

- NIEDERSACHSEN II: Ein Schwarzafrikaner wird trotz 50 Straftaten aus der Abschiebehaft entlassen - und geht in Lüneburg sofort wieder auf ein früheres Opfer los. Nachdem ein Amtsrichter die Ausstellung eines Abschiebe-Haftbefehls gegen den 30-jährigen Intensivtäter aus Guinea-Bissau abgelehnt hatte, griff der Migrant eine Bäckereimitarbeiterin erneut an und verletzte sie schwer. Der Mann, hatte die Frau bereits zuvor einmal attackiert.

Stephan Bothe, innenpolitischer Sprecher der AfD-Landtagsfraktion: "Wir sehen ein Ausmaß von Behördenversagen, wie man es sich nicht vorstellen mag."

- SACHSEN: Seine Tat schockte Deutschland, doch der Killer von Chemnitz kann nicht abgeschoben werden! Im August 2018 tötete der damals 23 Jahre alte Syrer Alaa S. mit seinem noch immer flüchtigen Komplizen Farhad A. (damals 26) aus dem Irak beim Stadtfest in Chemnitz den 35 Jahre alten Daniel H.

2019 wurde der Syrer wegen Totschlags zu neuneinhalb Jahren verurteilt. Nun kommt Alaa S. vorzeitig frei. Staatsanwältin Ingrid Burghart: "Der Mann hat eine günstige Kriminal- und Sozialprognose (…) und kann damit nach Verbüßung von zwei Dritteln der Strafe entlassen werden." Wegen seiner "günstigen Sozialprognose" ist eine Abschiebung des Syrers nicht möglich!

- RHEINLAND-PFALZ: Im Landkreis Bad Kreuznach sorgt ein abgelehnter Asylbewerber (20) aus Afghanistan seit Monaten für Angst uns Schrecken: Er bedrohte Mitbewohner in seiner Unterkunft und attackierte sie, weil sie "zu wenig beten" würden.

Folge: Der Afghane bekam einen eigenen Wohncontainer, wird dort rund um die Uhr von

zwei Sicherheitsmännern bewacht. Das kostet die deutschen Steuerzahler 40.000 Euro im Monat, aufs Jahr gerechnet 480.000 Euro!
- BADEN-WÜRTTEMBERG: Im "grün-schwarzen" Südwesten beging eine schrecklich kriminelle Familie aus Aleppo 154 Straftaten! Die Syrer waren zwischen 2015 und 2020 als sogenannte Flüchtlinge nach Stuttgart gekommen. Oberhaupt Almudy H. (43) sagt, er habe 13 Kinder, lebt auf 230 Quadratmetern: "Wir zahlen auch ein bißchen Miete." Inzwischen sitzen fünf seiner Söhne im Gefängnis bzw. kommen demnächst hinter Gitter.
Edo (20) erhielt drei Jahre und drei Monate Freiheitsentzug wegen einer Messerstecherei. Seinen Brüdern Khalil (17), Mohammed (23) und Jamil (27) wird derzeit wegen versuchten Totschlags der Prozeß gemacht. Sie sollen in der belebten Fußgängerzone Stuttgarts aus nichtigem Anlaß drei Passanten niedergestochen und teilweise lebensgefährlich verletzt haben.
Mufed (21) steht ab 18. Februar vor dem Stuttgarter Landgericht - u. a. wegen Geiselnahme und versuchter räuberischer Erpressung.
Sechs Nachrichten aus Deutschland neben vielen anderen aus nur einer Woche, die sprachlos machen. Sie alle zeigen: SO KANN ES NICHT WEITERGEHEN!<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 3. Februar 2025 (x1.496/…): >>**160.000 Euro für Habeck-Bruder: Sein "Welcome-Center" vermittelte fünf "Fachkräfte"**
In Schleswig-Holstein ("Schwarz-Grün") fehlen 180.000 Fachkräfte - in diesem Fall bleibt der Fachkräftemangel im wahrsten Sinne des Wortes in der Familie:
Vor gut einem Jahr wurde in Kiel das "Welcome Center Schleswig-Holstein" gegründet, um mehr "Fachkräfte" für das nördlichste Bundesland anzuwerben. Geschäftsführer ist Hinrich Habeck, der drei Jahre jüngere Bruder von "Grünen-Kanzlerkandidat" Robert Habeck. Er kassierte zuletzt ein Jahresgehalt von 160.000 Euro. Seine bisherige Erfolgsbilanz: gerade einmal fünf vermittelte "Fachkräfte"!
Finanziert wird das Zentrum (neun Mitarbeiter) mit Mitteln der "schwarz-grünen" Landesregierung - genauer gesagt mit dem Geld der Steuerzahler: rund 13 Millionen Euro bis 2028.
Eines jedenfalls kann man nicht bestreiten: "Schwarz-grüner" Familiensinn wird an der Küste ganz groß geschrieben!<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 3. Februar 2025 (x1.496/…): >>**CDU-Parteitag: Party-Merz läßt "schwarz-grünes" Sofortprogramm beschließen**
Die CDU will auf einem Parteitag heute (3. Februar) in Berlin ein Sofortprogramm für eine möglichst "schwarz-grüne" Regierung unter Party-Unionskanzlerkandidat Friedrich Merz beschließen.
Der Leiter des Katholischen Büros in der Hauptstadt, der linksgrüne Prälat Karl Jüsten, rief bei einem Gottesdienst vor dem CDU-Parteitag zu "Weltoffenheit und Toleranz" auf: "Als gläubige Christen können wir deshalb gar nicht anders als für Freiheit und Frieden in der Welt einzutreten, für Weltoffenheit, für Toleranz und Gerechtigkeit zu kämpfen", sagte er in seiner "Predigt" zum Auftakt der Propaganda-Veranstaltung.
Die rund 1.000 CDU-Delegierten versammeln sich nur wenige Tage nach dem "Tabubruch" im Bundestag, mit dem Parteichef Friedrich Merz die Republik "erschüttert" hat. Im Vorfeld des CDU-Parteitages kam es in Berlin zu massiven Protesten, wo laut Polizei 160.000 Menschen demonstrierten. Auch für Montag sind bundesweite Kundgebungen geplant, die vom linksgrünen Kampfverband "Campact" gesteuert werden.
Der CDU-Parteitag in Berlin soll nun ein "Sofortprogramm" beschließen, mit dem Merz als Kanzler die Wirtschaft ankurbeln und die Migration angeblich begrenzen will. Beobachter erwarten eine Jubelveranstaltung, mit der die tiefe Zerrissenheit der Union übertüncht werden soll. Denn auch die "Merkelianer" wollen nach der Wahl nicht für ein enttäuschendes Ergebnis verantwortlich gemacht werden.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 3. Februar 2025 (x1.498/…): >>**Berlin: SPD will 3.600 % mehr für's Parken**

Dem Staat und den Kommunen geht das Geld aus. Mit neuen Tricks will die SPD den Arbeiter aussaugen. In Berlin soll Jetzt nach dem Willen von Wirtschaftssenatorin Franziska Giffey (SPD) die Gebühr für einen Anwohner-Parkplatz von rund 10 Euro auf 365 Euro steigen pro Jahr - mit fragwürdigen Begründungen.

Wirtschaftssenatorin Franziska Giffey (SPD) hat in Berlin eine Gebühr von 365 Euro jährlich für das Anwohnerparken vorgeschlagen. Der Regierende Bürgermeister Kai Wegner (CDU) bezeichnet die bisherigen 10,20 Euro als "nicht mehr zeitgemäß". Aber eine Erhöhung von rund 3600 Prozent für Anwohnerparken - das ist zeitgemäß?<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 3. Februar 2025 (x1.498/…): >>**Zahl der armutsgefährdeten Rentner steigt auf neuen Rekordwert**

Die Zahl der Rentner, die als armutsgefährdet gelten, ist im vergangenen Jahr deutlich gestiegen und hat einen neuen Rekordwert erreicht.

Nach Daten des Statistischen Bundesamtes, die die Bundestags-Gruppe der Partei BSW erfragt hat und über die die Zeitungen des "Redaktionsnetzwerks Deutschland" berichten, kletterte die Quote bei den Ab-65-Jährigen im Vergleich zu 2023 von 18,4 Prozent auf 19,6 Prozent. Dieser Anstieg um 1,2 Prozentpunkte bedeutet in absoluten Zahlen eine Zunahme um rund 300.000 Menschen auf 3,54 Millionen.

Die Steigerung bei den Rentnern ist stärker als in der Gesamtbevölkerung. Hier nahm die Armutsgefährdungsquote nach früheren Angaben der Statistiker um 1,1 Punkte auf 15,5 Prozent zu. Eine Person gilt als armutsgefährdet, wenn sie über weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens verfügt. 2024 lag dieser Schwellenwert für einen Alleinlebenden in Deutschland bei 1.378 Euro netto im Monat, für Haushalte mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern unter 14 Jahren betrug er 2.893 Euro.

BSW-Chefin Sahra Wagenknecht sagte dem RND, die Rente in Deutschland sei ein "Megaproblem". 300.000 Armutsrentner mehr in einem Jahr seien eine beschämende Rentenbilanz der SPD. "CDU und AfD versprechen noch nicht mal Stabilität, sondern fordern faktische Rentenkürzungen", kritisierte sie. Wagenknecht forderte ein Rentensystem nach dem Vorbild Österreichs, wo auch Beamte und Selbstständige einzahlen. "Dann hätten Rentner, die ihr ganzes Leben gearbeitet haben, wie bei unseren Nachbarn im Schnitt rund 800 Euro mehr im Monat", versicherte die BSW-Chefin.<<

Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 3. Februar 2025 (x1.500/…): >>**Nahrung, Pharma und moderne Medizin - ein teuflisches Geschäftsmodell**

Herbert Ludwig

Der Gesundheitszustand der Bevölkerung in der westlichen Welt, insbesondere in den USA, ist katastrophal. Dort leiden 60 % der Erwachsenen und schon 50 % der Kinder an einer chronischen Krankheit. Die amerikanische Ärztin Dr. Casey Means und ihr Bruder, der Lobbyist Calley Means, decken in einem Interview mit Tucker Carlson die erschreckenden systemischen Ursachen auf: ein teuflisches Zusammenspiel von Ernährungs- und Pharmaindustrie sowie der modernen Medizin und dem korrupten staatlichen Gesundheitssystem. Dr. Valentin Wember hat einen Auszug des Interviews ins Deutsche übersetzt, transkribiert und als Hintergrund seiner neuen tiefgründigen Analyse der Corona-Krise eingefügt.

Persönliche Erfahrungen und Motive

Dr. Casey Means erkannte nach neun Jahren medizinischer Tätigkeit, "daß die Patienten in Amerika regelrecht zerstört werden, die Kinder, die Erwachsenen, die älteren Menschen."

Als Chirurgin sei man fast ausschließlich fokussiert auf das eigene kleine chirurgische Fachgebiet. Erst wenn man den Blick auf das Ganze lenke, sehe man, was tatsächlich mit der ame-

rikanischen Bevölkerung passiere:
"Unsere Gesundheit wird immer schlechter. Jahr für Jahr. Die Menschen in Amerika werden jedes Jahr kränker. Sie werden jedes Jahr depressiver. Jedes Jahr nimmt die Fruchtbarkeit der US-Bürger ab. Und sogar die Lebenserwartung sinkt - und das in einem Land, in dem mehr Geld für Gesundheit ausgegeben wird als in jedem anderen Land der Welt."
Eines Tages habe sie eine Patientin operieren müssen, die gerade ihre dritte Nebenhöhlen-Operation durchmachte. Sie wisse, was sie da zu tun und welche Rezepte sie zu schreiben habe. Aber in diesem Moment sei ihr klar geworden, daß sie keine Ahnung davon habe, warum diese Patientin wirklich krank sei. Sie habe so viele andere Gesundheitsprobleme gehabt: Prädiabetes, Arthritis, ein vernebeltes Gehirn, Fettleibigkeit und dieses Nebenhöhlenproblem.
"In meiner Ausbildung wurde mir nie beigebracht, den Patienten als Ganzes zu betrachten und zu sehen, wie all diese Dinge zusammenhängen. Mir wurde nur beigebracht, wie man eine Operation durchführt und sie dann abrechnet. … Wir ignorieren die systemischen Ursachen der Krankheiten. Wir ignorieren, … daß die Amerikaner kränker und kränker werden, aber wir profitieren davon, daß die Menschen immer mehr Krankheiten haben, die wir dann behandeln.
Das Gesundheitswesen ist in Wirklichkeit ein Geschäftsmodell, und das ist das Problem. Das Gesundheitswesen ist die größte und am schnellsten wachsende Branche in den Vereinigten Staaten. Und logischerweise verdient das Gesundheitswesen am meisten Geld, wenn immer mehr Menschen krank werden und wenn die kranken Menschen über einen möglichst langen Zeitraum hinweg behandelt werden. Je länger die Behandlung, desto größer der Gewinn."
Als sie einige Teile des Gesamtbildes wie ein Puzzle zusammensetzte, sei ihr klar geworden, daß ihre Ausbildung sie im Grunde unfähig gemacht habe, "wirklich zu verstehen, warum Patienten krank werden und wie man ihnen helfen kann, gesund zu werden.
Ich mußte mich aus der Welt der Chirurgie verabschieden, als mir klar wurde, daß ich mein Geld im Wesentlichen damit verdienen würde, daß ich möglichst wenig Zeit damit verbringe, mit den Patienten zu sprechen, um die Ursachen ihrer Krankheit herauszufinden und zu verstehen und um ihnen zu helfen, ihre Gesundheit von Grund auf zu verbessern, sondern daß ich stattdessen nur von ihrer Krankheit finanziell profitiere. …
An meinem 30. Geburtstag ging ich in das Büro meines Lehrstuhlinhabers, legte das Skalpell weg und ging. …"
Und sie denkt über die medizinische Ausbildung nach, über die Vorstellung, welche die moderne Schulmedizin vom Wesen des Menschen hat bzw. nicht hat und von wem das gefördert und ausgenutzt wird. Alles in der Ausbildung sei darauf ausgerichtet, davon abzuhalten, über die Ursachen nachzudenken. Der Körper werde nicht als ein System, als eine Ganzheit betrachtet, und der Grund dafür liege zu einem erheblichen Teil darin,
"daß diejenigen Leute, die unsere medizinische Ausbildung finanzieren, die Pharma-Unternehmen sind. Die Folge: Uns Medizinern wird beigebracht, wie man sehr schematisch und fast roboterhaft die Patienten betrachtet."
Die Amerikaner wollten natürlich nicht, daß sie früh sterben, daß ihre Kinder all diese chronischen Krankheiten haben wie Autismus, Lebensmittelallergien, Fettleibigkeit und Prädiabetes, daß 40 % der Jugendlichen bereits psychische Probleme haben.
"Aber das gesamt-gesellschaftliche System der Ernährung und der Gesundheit ist so aufgestellt, daß dieses System immer mehr Krankheiten erzeugt, von denen die Pharmaindustrie und die Geräte-Hersteller und nicht zuletzt die Ärzte profitieren können.
Das geschieht auf fast allen Ebenen, von der Industrie der Lebensmittel-Verarbeitung über die medizinisch-technische Industrie bis hin zur Pharmaindustrie."
Calley Means fand das Aussteigen seiner Schwester aus der Chirurgie zunächst idiotisch. Doch vor dem Hintergrund seiner eigenen Erfahrungen und Erkenntnisse konnte sie ihn all-

mählich davon überzeugen, "daß das Thema 'Gesundheit und Ernährung' das wichtigste Thema in diesem Land ist, und im Kern dieses Themas geht es um eine Mega-Korruption."
Die Korruption beginne damit, daß die medizinische Fakultät in Stanford zu 50 % von der Pharmaindustrie finanziert werde. Und in der Pharmakologie gehe es fast nur darum, wie man die Krankheiten in den Griff bekomme, "aber man lernt nicht, wie man heilt. - Darin besteht das riesige Problem. Die Folge: Die Dynamik der größten Industrie unseres Landes zerstört Menschenleben."
Er habe für diejenigen Politiker, für die er Wahlkampf machte, der Lebensmittelindustrie und der Pharmaindustrie gegenüber gesessen, um von ihnen Geld für den Wahlkampf seiner Kandidaten zu erhalten. Die Pharmaindustrie gebe in Washington fünfmal mehr Spenden-Geld für Politiker aus als die Ölindustrie. Sie sei mit Abstand der größte Spenden-Geber.
Er habe früh gelernt, daß die Lebensmittelindustrie eine absolute Schlüsselrolle spiele.
Und die heutige verarbeitende Lebensmittelindustrie sei, was nur wenige wüßten, von der Zigarettenindustrie geschaffen worden. Das sei eine aufschlußreiche Geschichte.
R. J. Reynolds und Philipp Morris, zwei der größten Tabakunternehmen der Welt, hätten, wie auch Dr. Wember recherchierte, in den 1980er Jahren mehrere bedeutende Lebensmittel-Unternehmen übernommen und seien so selbst die beiden größten Lebensmittel-Unternehmen geworden.
In den 1990er Jahren hätten die beiden riesigen Zigarettenhersteller dann zwei strategisch wichtige Schachzüge getan.
"Schachzug Nr. 1: Sie verlagerten ihre Gelder für Werbung und Lobbyarbeit und Sponsoring von den Zigaretten hin zu den Lebensmitteln. Die Leute von der Zigarettenindustrie waren Spezialisten darin, wie man Menschen von Zigaretten abhängig machen kann. Der gleiche Ansatz wurde jetzt verlagert vom Tabak auf die Lebensmittel. Das war einer der Gründe für den gigantischen Aufstieg von extrem verarbeiteten Lebensmitteln, denn nur bei der Verarbeitung konnte man Substanzen beimischen, die - wie schon bei den Zigaretten - abhängig machen. …
Der 2. Schachzug: Die größten Ausgaben für Lobbyarbeit wurden in die Zusammenarbeit mit den Lebensmittel-Behörden investiert. Sehr viel Geld floß an die FDA, an die USDA und an die Harvard-Universität. … Die Behörden und Harvard publizierten dann einen berühmten Bericht, der besagt, daß Zucker keine Fettleibigkeit verursacht."
Durch die Kooperation der Tabak-Konzerne mit der FDA (US-Arzneimittel-Behörde) und der USDA (Landwirtschaftsministerium) sei dann auch in 1990er Jahren die berühmte Ernährungspyramide erfunden worden. Sie besage, daß Fette auf tierischer Basis schlecht und Kohlehydrate gut seien. Kohlehydrate und Zucker seien zur Basis der Pyramide geworden. - Seitdem habe sich die amerikanische Ernährungsweise massiv geändert und immer mehr auf extrem verarbeitete Lebensmittel umgestellt worden, weil die Menschen den medizinischen Institutionen vertrauten. Die Ernährungspyramide sei im Grunde ein Marketing-Instrument für extrem verarbeite Lebensmittel.
Die Ernährung der Kinder bestehe heute zu 70 % aus ultraverarbeiteten Lebensmitteln, die von der Zigarettenindustrie erfunden worden seien, um Kinder an diese leckeren Lebensmittel zu binden, manche würden sagen, um sie süchtig zu machen. Es gebe in den verarbeiteten Lebensmitteln Hunderte von verschiedenen Inhaltsstoffen und Mixturen, die Wissenschaftler in einem Labor herstellten, um die Lebensmittel schmackhafter und die Konsumenten, wie manche sagen, süchtig zu machen. Auf diese Weise sei beim Lebensmittelkonsum der Kalorienverbrauch in die Höhe geschnellt.
Er wisse, wovon er spreche, denn er habe als Lobbyist für die Lebensmittelindustrie gearbeitet.
"Diese Industrie hat durch ihre Spenden die FDA im Grunde gekauft."

Ernährung und Krankheit - ein Geschäftsmodell

Eine weitere gravierende Veränderung, so Dr. Casey Means, betreffe die Getreide in der Ernährung. Seit den 1960er Jahren handele es sich um ultraverarbeitetes Getreide, das im Grunde nur noch versteckter Zucker ohne echten Nährwert sei.

Ein dritter Punkt seien Pflanzenöle. Sie bildeten längst die Hauptkalorienquelle der Amerikaner, in erster Linie Sojabohnen-Öl und Raps-Öl. Viele Pflanzenöle seien sehr billig, auf der anderen Seite aber hochgradig entzündlich.

Calley Means betont, daß diese Inhaltsstoffe und viele Chemikalien, die in den ultraverarbeiteten Lebensmitteln enthalten seien, eben keine natürlichen Nahrungsmittel seien. Sie führten zu den massiven Nebenwirkungen, die sie in ihrem Buch "Good Energy" beschrieben hätten.

Die Lebensmittelindustrie versuche, die Lebensmittel billig zu machen aber sie zugleich so zu komponieren, daß man mehr von ihnen wolle und dadurch süchtig werde.

Korruption

Als junger Lobbyist habe er in den Morgensitzungen mitbekommen, wie die Lebensmittelkonzerne ihre Lobbyarbeit organisierten, um Einfluß auf das USDA zu nehmen, also auf das Zentrum der Ernährungsforschung, indem man dieses mit Spendengeldern überhäuft habe.

"Wir hatten zum Beispiel eine Liste von Spitzen-Professoren, die wir gesponsert haben. Die Lebensmittelindustrie zahlt 11 Mal mehr für grundlegende Ernährungsforschung als das NIH (National Institutes of Health). In den letzten zwei Jahren gab es 50.000 begutachtete Forschungsstudien über Ernährung, die von Experten begutachtet wurden. Wir sponsern sowohl die Studien als auch die Experten!"

Der kriminelle Teufelspakt bestehe darin, daß die Lebensmittelindustrie eng mit der Gesundheitsindustrie verbandelt sei. Der Gesundheitssektor sei - unter wirtschaftlichem Gesichtspunkt - die größte und am schnellsten wachsende Branche.

"Das ökonomisch Beste für die Gesundheitsindustrie ist es, wenn ein Kind krank wird. Wenn ein Kind krank wird oder irgendein Amerikaner an einer chronischen Krankheit erkrankt, sei es Diabetes, Fettleibigkeit, Nierenkrankheit, Herzkrankheit oder was auch immer - nimmt man in der Folge ein Leben lang Medikamente.

Diese Menschen werden ein Leben lang behandelt, und sie laden sich immer mehr Komorbiditäten (weitere Krankheiten zur Grunderkrankung, hl) auf. Wenn man Diabetiker ist, hat man im Durchschnitt vier weitere Komorbiditäten. Man stirbt nicht. Man leidet nur. … Die Zahl der Erkrankungen nimmt ständig zu. (…)

Der kriminelle Teil dieser Tragödie, der wirkliche Teufelspakt besteht darin, daß das Gesundheitssystem, von dem man eigentlich erwarten sollte, daß es sich dazu äußert, warum wir so krank werden, schweigt. Es klärt nicht über die Gründe auf. Es schweigt. Dadurch wird das Gesundheitssystem zum Komplizen."

Als er für Coca-Cola gearbeitet habe, habe Coca-Cola sogar Geld an die American Diabetes Association gezahlt, auch an die American Academy of Pediatrics. Wenn es irgend etwas gebe, was die American Diabetes Association tun sollte, dann doch wirklich, kein Geld von Coca-Cola anzunehmen!

Eine rundum erkrankte Gesellschaft

Dr. Casey Means schildert nun das "Gesundheitsdebakel der Nation".

74 % der amerikanischen Erwachsenen seien heute übergewichtig oder fettleibig, wobei der Anteil der Fettleibigkeit allein 41,9 % betrage. Bei den Kindern liege der Anteil der Übergewichtigen und Fettleibigen bereits bei fast 50 %.

(Dr. Wember fügt ein, in Deutschland seien 53 % der Erwachsenen übergewichtig oder fettleibig.)

77 % der jungen Erwachsenen in den USA seien wegen Übergewicht und Fettleibigkeit nicht geeignet, im Militär zu dienen.

"50 % der amerikanischen Erwachsenen haben Prädiabetes (eine Vorstufe zu Diabetes mit erhöhtem Blutzuckerspiegel, hl) oder Typ-2-Diabetes, was ein immenses Problem in unserem Land ist. Inzwischen haben 30 % der Teenager Prädiabetes. Das ist eine Krankheit, die noch vor einer Generation kein Kinderarzt in seinem Leben je gesehen hat. In den 1950er Jahren hatte 1 % der Amerikaner Typ-2-Diabetes.
Und weiter: Heute haben 18 % der Jugendlichen in den USA eine Fettlebererkrankung, eine Krankheit, die früher nur bei Alkoholikern im Spätstadium auftrat. Weiter: Die Krebsraten steigen bei jungen und älteren Menschen sprunghaft an. Die Zahl der Krebserkrankungen bei jungen Erwachsenen ist um 79 % gestiegen."
(Dr. Wember merkt an, daß die letztere Zahl sich allerdings auf eine globale Studie für die Zeit von 1990 bis 2019 beziehe, sie betreffe nicht nur die USA, sondern auch andere Regionen wie Gesamtnordamerika, Austral-Asien, Westeuropa.)
25 % der amerikanischen Frauen nähmen ein Antidepressivum ein, 40 % der 18-Jährigen hätten eine psychische Diagnose. Die USA hätten die höchste Säuglings- und Müttersterblichkeitsrate in der gesamten entwickelten Welt. Und das, obwohl sie zwei Mal so viel für die Betreuung von Säuglingen und Müttern ausgäben wie jedes andere Land. …
Die Autismus-Rate bei Kindern liege landesweit bei 1 zu 36, in Kalifornien sogar bei 1 zu 22. Im Jahr 2000 seien es noch 1 zu 150 gewesen.

Impfen, impfen über alles

Wie in Anmerkung 3 nachgewiesen, ist die dramatische Autismus-Zunahme bei Kindern, die eigentlich einer Epidemie entspricht, die Folge der gewaltigen Zunahme der Pflichtimpfungen. Ein Kind, das heute in einem Krankenhaus in den USA geboren wird, bekomme innerhalb weniger Stunden bereits eine erste Impfung gegen Hepatitis-B, eine sexuell übertragbare Krankheit! Im Laufe der nächsten drei Jahre kämen bis zu 30 Impfungen hinzu.
Es gebe keinen Marktsektor in der US-Wirtschaft, der mit einer solchen Dynamik wachse, wie der Impf-Sektor. Sobald ein Impfstoff auf die Liste obligatorischer Impfungen gesetzt werde, zahle die Regierung Hunderte von Milliarden Dollar für ein Produkt, das - je nach Bundesstaat - dann für jeden einzelnen Amerikaner vorgeschrieben sei.

Korruption

Es habe sich ein gewaltiger Druck entwickelt, mehr und mehr Impfstoffe auf den Markt zu bringen. Er rede hier, so Calley Means, nicht von der Wirksamkeit von Impfstoffen, sondern nur über die wirtschaftliche Seite, über die Mathematik der Profite durch die Zusammenarbeit von Regierungs-Behörden mit der Pharmaindustrie. Es gehe um ein riesiges Geschäft, um Hunderte von Milliarden Dollar. Wenn ein Impfstoff einmal zugelassen sei und in einem Bundesstaat auf der Liste der Pflicht-Impfungen stehe, werde er für immer (aus Steuergeldern, hl) bezahlt. Der Geldstrom fließe. -
Und dann kämen die Gesundheits-Behörden daher - die als vertrauenswürdige Institutionen angesehen würden - und bezeichneten jeden als Kriegsverbrecher, der es auch nur wage, eine Frage zu den Impfungen zu stellen.
Aber die Korruption geht noch weiter. Auch YouTube und die großen Medienhäuser würden stark von der Pharmaindustrie finanziert. Pharma sei der größte Geldgeber der Mainstream-Nachrichten-Medien. Das sehe man schon daran, wieviel Pharma-Werbung in den USA auf YouTube geschaltet sei.
"Als Pharma-Lobbyisten wissen wir", so Calley Means, "daß wir einen 'speziellen Draht' zu YouTube haben, warum ein großer Teil der Werbe-Einnahmen von uns kommt. Und dann haben wir natürlich die Studien aus Harvard, die wir finanziert haben. Diese Studien zeigen dann, daß es ´wissenschaftsfeindlich" ist, wenn man unsere Produkte in Frage stellt, und das können wir dann den Verhandlungspartnern von YouTube, zu denen wir ja einen direkten Draht haben, präsentieren."

"Bei 80 % der Studien zu Pharma-Produkten besteht ein Interessenkonflikt aufgrund der Finanzierung. Für akademische Studien gibt es leider zu wenige Regeln für Interessenkonflikte. Das Spiel funktioniert deshalb sehr einfach: Wir finanzieren die akademischen Studien und erhalten im Gegenzug das Güte-Siegel von Harvard, das Siegel des NIH, das besagt, daß unsere pharmazeutischen Produkte perfekt sind, und dann benutzen wir diese Studien, um die Tech-Unternehmen der Social-Media sowie die großen traditionellen Medienhäuser zu beeinflussen, die wir ebenfalls bezahlt haben. Auf diese Weise können wir festlegen, was als Fehlinformationen gilt."
So viel zunächst aus diesem Interview und dem für die Corona-Aufarbeitung hochaktuellen Buch von Dr. Valentin Wember.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 3. Februar 2025 (x1.493/…): >>**Dresden 1945: "Sie rannten brennend über die Straße"**
Am 13. Februar jährt sich die Bombardierung Dresdens zum 80. Mal. Heinz Kockel, Jahrgang 1930, erlebte die Angriffe am 13./14. Februar 1945 direkt im Stadtzentrum mit. Zu diesem Zeitpunkt war er als Luftschutzmelder der Hitlerjugend eingeteilt. …
_ von *Heinz Kockel*
Ich bin Jahrgang 1930, geboren im Mai. Ich bin groß geworden als Arbeitersohn. Mein Vater war Kraftfahrer in Dresden. Ich bin also gebürtiger Dresdner, mit Leib und Seele meiner Heimatstadt verbunden. 1937 kam ich in die erste katholische Volksschule auf der Grünstraße. Als die Konfessionsschulen geschlossen wurden kam ich auf die zweite Volksschule von Dresden auf der Reitbahnstraße.
1940 wurde ich in die Hitlerjugend (HJ) aufgenommen. Die Vereidigung fand auf dem Adolf-Hitler-Platz, dem heutigen Theaterplatz, statt. Dort bekam ich auch meine erste Uniform, worauf ich sehr stolz war. Wir machten Kameradschaftsabende, wir sangen Lieder und vieles mehr.
1939 begann der Krieg. Mein Vater wurde im Zuge der Mobilmachung auf der Königsbrücker Straße mitsamt seinem Fahrzeug requiriert. Die geladene Ware durfte er noch ausliefern und kam danach nach Dresden-Übigau in die Kaserne zur Ausbildung. Da er Kraftfahrer war wurde das Fahrzeug ebenfalls konfisziert. So diente mein Vater in Polen und Frankreich.
1944 wurde ich bei der HJ als Luftschutzmelder eingesetzt. Unser Stützpunkt befand sich auf der Schloßstraße im Keller der Nordstern-Versicherung. Wir hatten jedoch nie damit gerechnet, daß unsere Heimatstadt zerstört wird. Schließlich hieß es immer "Dresden wird verschont", da es eine Kunst- und Kulturstadt sei. Die ganze Welt, so dachte man, würde darauf achten, daß Dresden nichts passiert.
Als die Sirenen heulten
Am 13. Februar 1945 begann bei meiner Familie und mir der Untergang. Es war Faschingsdienstag. Meine ältere Schwester und ich tobten auf den Straßen herum, woran sich aber niemand störte. Wir waren eben Kinder. Als wir am Abend wieder zu Hause angekommen waren, sagte meine Mutter: "Nun aber rasch ins Bett", worauf ich entgegnete: "Gibt es denn heute keine Pfannkuchen?" In diesem Moment sagte meine Schwester: "Na die kommen von oben". So ein Quatsch - von oben werden wir Pfannkuchen bekommen, sagte sie. Es war als wäre es eine Voraussage gewesen. Hätten wir erahnt was uns bevorstand, hätten wir sofort unsere Sachen gepackt und die Stadt verlassen. Aber es hatte niemand gewußt - im Vertrauen darauf, daß unsere Stadt verschont bleibt.
Nachts ging es los. Wir waren kaum im Bett, als die Sirenen heulten. Wir sprangen aus den Betten und meine Mutter, meine Schwester und meine Oma sind in den Keller unseres Hauses gegangen, was sich auf der Kleinen Brüdergasse befand. Ich mußte in meine Leitstelle. Ich hatte die Winterkleidung der HJ in schwarz. Die Hosen nannten wir scherzhaft "Äpfelklauhosen" weil sie unten einen Gummizug hatten. Also zog ich die Winteruniform an und rannte in

die Nordstern-Versicherung wo ich mich beim zuständigen Luftschutzwart meldete.
An der Wand hing ein Rundfunkapparat: "Achtung, Achtung! Feindliche Bomberverbände sind im Anflug auf das Stadtgebiet, es ist mit Bombenabwürfen zu rechnen." Noch heute packen mich diese Worte. Da waren die feindlichen Verbände vielleicht in Meißen oder Leipzig. Dann war eine kleine Weile Ruhe, bevor die Meldung erneut kam: "Achtung, Achtung! …"
In meiner Erinnerung hörte ich viermal die Ansage. Dann ging es los. Mit einem Rauschen schlugen die ersten Bomben ein. Vom Zwinger herüber zur Kleinen Brüdergasse kamen sie immer näher. Die Einschläge waren im unmittelbaren Bereich. Dann rauschten die Brandbomben und Phosphorkanister. Ich habe später gesehen, wie die Sandsteinfiguren des Dresdner Zwingers vom Phosphor zerschmolzen waren.
Aus den Erzählungen meiner Mutter weiß ich, daß sie noch auf den Dachboden rennen wollte, um die Brandbomben zu löschen. Sie hatte in unserem Haus den Posten des Luftschutzwartes übernommen. Heute ist das sicher unvorstellbar. Meine Großmutter sagte zu ihr: "Anna" - meine Mutter hieß Anna - "Anna bleib hier". Denn wer wußte schon was oben auf dem Dachboden passieren würde? Unser Haus brannte noch nicht. Aber die Nebengebäude, in den Gründerjahren umgebaute Klostergemäuer, standen lichterloh in Flammen. Sie dienten ehemals zur Aufnahme der im Zuge der Industrialisierung nach Dresden ziehenden Landbevölkerung.
Ich selbst sollte eine Meldung zur Schloßwache überbringen, wie weiter zu verfahren wäre. Denn in unserer Leitstelle war bereits der gesamte Funk ausgefallen. Ich wollte gerade die Leitstelle verlassen, als gegenüber in einem Haus eine schwere Bombe einschlug. Die rückwärtige Notausgangstür aus Stahlbeton wurde herausgerissen und Staub, Dreck und Mörtel in die Leitstelle geschleudert. Der Druck schleuderte mich bis fast auf die Straße. Es entstand eine Panik. Meine Meldung hatte ich schon vergessen und machte mich auf den Weg, meine Familie zu finden.
"Raus hier, kommt, wir müssen hier raus!"
Der Weg von der Schloßstraße zur Kleinen Brüdergasse war ja nicht weit. Ich rannte zu unserem Haus, es stand noch. Im Hausflur stand eine alte Frau im Rollstuhl. Sie war gelähmt und beim Alarm konnte sich niemand mehr um sie kümmern. Jeder versuchte sein eigenes Leben zu schützen. Ich rannte in den Keller hinunter, wo meine Mutter und alle anderen verängstigt, mit tränenverschmierten Gesichtern saßen. Aber niemand schrie. Ich ging zu meiner Mutter, Oma und Schwester und sagte: "Raus hier, kommt, wir müssen hier raus!"
Glücklicherweise war dies gerade das Ende des ersten Luftangriffes. So sind wir die Treppe herauf gestiegen und aus dem Haus. Die Frau im Rollstuhl stand noch immer im Hausflur. "Nehmt mich mit, nehmt mich mit", bat sie, aber wir konnten ihr nicht helfen. In der Aufregung hatten wir nicht einmal mehr an das Gepäck gedacht, worin sich hauptsächlich die wichtigsten Dokumente wie Ausweispapiere usw. befanden. Wir haben an nichts weiter gedacht als: "Weg hier, an die Luft".
Wir bewegten uns in Richtung Taschenberg. Auf dem Weg dorthin sah ich schreckliche Dinge. Zwei Frauen rannten brennend über die Straße. Sie hatten scheinbar Phosphor abbekommen. Aber auch ihnen konnten wir nicht helfen.
Als wir ein Stück weit gekommen waren, bemerkte meine Mutter, daß wir sämtliches Gepäck vergessen hatten. Ich überlegte nicht lange und sagte: "Mache Dir keine Sorgen, wir treffen uns an der Brühlschen Terrasse wieder".
Instinktiv rannte ich zurück, die zwei Frauen waren in der Zwischenzeit schon tot. Am Haus angekommen - die Frau im Hausflur war auch bereits tot - rannte ich in den Keller. Ich konnte nur noch den Rucksack meiner Großmutter finden, nahm ihn und rannte wieder aus dem Haus heraus. Als ich auf Höhe des Schlosses war, hörte ich aus der Ferne immer wieder die Explosionen der Zeitzünder. Es war ein mächtiges Getöse und der Feuersturm tobte. Auf dem Ta-

schenberg, wo etwas Platz war, hockten die Menschen um ein ehemaliges Denkmal von dem nur noch der Sockel stand. Sie hockten da, nur das was sie am Leibe trugen und hatten sich aufgegeben.
Da ich zur Brühlschen Terrasse wollte rannte ich weiter und sah, als ich an der Hofkirche war, wie die Feuerwehr noch versuchte die Semperoper zu retten. Das Fahrzeug steckte aber schon im Asphalt fest. Ich rannte weiter in Richtung der Brühlschen Terrasse, wo mir eine Nachbarin entgegen kam. Diese gab mir zu verstehen, daß meine Mutter sich am ersten Durchgang der Terrasse aufhielt, wo sich auch die Sächsisch-Böhmische Dampfschifffahrtsgesellschaft befand. Dort fand ich sie auch tatsächlich wohlbehalten wieder.
Dann hörten wir aus Dresden-Neustadt wieder die Sirenen und suchten Schutz unter dem Bogen des Durchganges. Im Durchgang selbst befand sich eine kleine Eisentür, welche offen stand. In dem Raum befanden sich Menschen. Da wir so ziemlich die Letzten waren und nach uns nur noch zwei Soldaten kamen, begaben wir uns auch in diesen Raum und die Soldaten schlossen sofort die Tür.

Der zweite Angriff

Dann kam der zweite Angriff. Bei jedem Bombeneinschlag riß es den Soldaten die Tür aus der Hand und sie hatten alle Mühe sie jedes mal wieder zu schließen. Ich erinnere mich noch genau wie, als die Türe wieder aufflog, ein Phosphorkanister die Straße herunter gerutscht kam und dabei seinen todbringenden Inhalt verspritzte. Der Behälter hatte in etwa die Größe eines Benzin- oder Ölkanisters, allerdings viereckig. Durch die Decke in der sich Gullydeckel befanden kam der Funkenflug und am anderen Ende des Raumes brannte das Gebäude der Dampfschiffahrtsgesellschaft.
Ich sah eine Frau die nichts weiter hatte als ihren Kanarienvogel, der aufgeregt in seinem Käfig umherflatterte. Aus dem hinteren Teil des Raumes, wo bereits das Feuer eintrat, schrien die Menschen. Ansonsten herrschte eine gespenstische Stille. Die Menschen standen unter Schock, waren verängstigt. Es waren vielleicht nur Minuten aber es kam uns vor wie ein ganzes Menschenleben. Als es ruhiger wurde konnten wir den Raum verlassen, denn glücklicherweise saßen wir nahe am Ausgang. Nur wenige Meter weiter suchten wir erneut Unterschlupf in einem Bierkeller wo wir dann einige Stunden abwarteten bis wir uns in Sicherheit glaubten.
Als wir den Keller verließen, bewegten sich schon Tausende Menschen die Elbe entlang, strömten aus der Stadt. Obwohl die Augustbrücke bereits gesperrt worden war sickerten noch einige Menschen links und rechts durch. Wir aber bewegten uns die Elbe entlang in Richtung Blasewitz zum Blauen Wunder. Es bot sich ein entsetzliches Bild. Überall lagen die Leichen. Hier ein Körper ohne Kopf, da nur ein abgerissener Finger mit Ehering. Andere lagen da, als würden sie nur schlafen.
Wir überquerten das Blaue Wunder, wo auf der anderen Elbseite bereits eine Auffangstelle eingerichtet war. Über diese organisatorische Leistung und die Zusammenarbeit der SA, der Bevölkerung, des Luftschutzes und der Wehrmacht staune ich noch heute. Überall waren Schilder mit der Aufschrift "Auffangstelle" angebracht. Dort wurden wir zunächst registriert und die Verwundeten vor Ort notdürftig versorgt. Es gab auch einen großen Tisch mit geschmierten Broten, wobei die Organisation so eingerichtet war, daß wirklich jeder etwas Verpflegung erhielt. Meine Großmutter bekam bei dieser Gelegenheit das erste Mal seit langem wieder richtigen Bohnenkaffee.
In einer vollkommen zerstörten Stadt vorbereitet zu sein um die Menschen aufzufangen und erste Hilfe zu leisten - diese Leistung beeindruckt mich bis heute. Nachdem wir in der Auffangstelle alles erledigt hatten, bewegten wir uns über die Grundstraße in Richtung Bühlau. Dort wurden wir auf der Ullersdorfer Straße von einer Anwohnerin angehalten, die uns Hilfe anbot. So bekamen wir noch einmal etwas Verpflegung und die Möglichkeit, vor allem für

meine Mutter und meine Großmutter, uns ein wenig frisch zu machen.
Dort erlebten wir auch den Mittagsangriff, wo man mit Bordwaffen auf wehrlose Menschen geschossen hat. Eine wehrlose Stadt anzugreifen, in der die Menschen nur noch ihr Leben retten wollen, die nichts weiter haben als ihr Leben, das war Mord. Davon können sich die Alliierten nicht freisprechen. Wir kamen dann bei Verwandten in Höflein bei Crostwitz unter. So hatten wir erst einmal wieder ein Dach über dem Kopf. (Quelle: dresden-gedenken.info)
Weitere Zeitzeugenberichte, eine fundierte Darstellung der Bombardierung und Fakten zur Zerstörung der Elbmetropole, die in der öffentlichen Debatte unter den Tisch fallen, finden Sie in COMPACT-Geschichte "Dresden 1945. Die Toten, die Täter und die Verharmloser" . Wir gedenken der Opfer und treten den Lügen entgegen. …<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 3. Februar 2025 (x1.493/…): >>**AfD-Baumann: "Man kann der Union nicht vertrauen!"**
Von *COMPACT Redaktion*
Letzten Freitag im Bundestag. Bernd Baumann, Parlamentarischer Geschäftsführer der AfD-Fraktion, erklärt die Unterstützung der Blauen zum Zustrombegrenzungsgesetz (das letztlich an fehlenden CDU- und FDP-Abgeordneten scheiterte), rechnet aber mit der Union ab, der man nicht über den Weg trauen könne. …
Dr. Bernd Baumann (AfD); Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Merz,
Sie wollten heute um 10.30 Uhr einen Gesetzentwurf zur Migrationsbegrenzung einbringen. Sie wollten vorangehen in diesem Land. Aber dann fingen Sie wieder an, zu zaudern und zu tänzeln, wieder mit Rot-Grün zu verhandeln, dreieinhalb Stunden lang. Jeder Wähler muß jetzt verstehen: Eine grundsätzliche Änderung in der Migrationspolitik gibt es nur mit der AfD. Wir stehen fest …
(Beifall bei der AfD)
Meine Damen und Herren, wir tänzeln nicht, wir wanzen uns nicht an Rot-Grün heran. Wir überwinden Rot-Grün; das ist unser Ziel.
(Beifall bei der AfD)
Schon am Mittwoch hat es hier im Bundestag ein Beben gegeben. Die Union hatte versucht, sich erstmals aus der Umklammerung von Links-Grün zu befreien und in einer Abstimmung eine Mehrheit jenseits dessen gesucht. Es war eine Mehrheit mit den Stimmen der AfD. Wir haben gemeinsam eine Mehrheit erzielt, und das sofort, im ersten Anlauf. Entscheidend war dabei das Zusammenwirken von Blau und Schwarz. Und nach der Bundestagswahl wird diese Mehrheit noch viel größer sein - durch die Stärke der AfD, Herr Merz.
(Beifall bei der AfD - Friedrich Merz, CDU/CSU: Vergessen Sie es!)
Die Journalisten fragten mich danach: Herr Baumann, sagen Sie doch mal, die Union hat doch jetzt alle Migrationspunkte von Ihnen übernommen, sogar die Zurückweisung an den Grenzen. Was unterscheidet Sie denn jetzt noch von der Union? - Wissen Sie, was ich geantwortet habe? Ja, die Union hat alle Punkte übernommen. Aber es kommt doch nicht darauf an, was die Union im Wahlkampf verspricht. Es kommt doch darauf an, ob sie glaubwürdig ist. Und genau das ist sie nicht.
(Beifall bei Abgeordneten der AfD)
Sie wird mit SPD und Grünen koalieren und nichts von dem, was sie verspricht, umsetzen. Das haben wir doch gleich nach dem Abstimmungserfolg am Mittwoch sehen können: Da ging hier ein Friedrich Merz mit schlotternden Knien …
(Friedrich Merz (CDU/CSU): Ach du lieber Gott!)
… ans Rednerpult und entschuldigte sich bei SPD und Grünen, daß er eine Mehrheit bekommen hatte für seinen eigenen Antrag. Das ist die CDU von heute: Sie steht nicht, sie wankt - wie erbärmlich ist das eigentlich!
(Beifall bei der AfD)

Heute will die Union wieder eine Vorlage zur Migrationsbegrenzung auf die Tagesordnung setzen, diesmal eine Gesetzesvorlage. Es geht um das Aufenthaltsgesetz, um die Stärkung der Bundespolizei, Begrenzung des Familiennachzugs. Wieder alles gute Forderungen; denn es sind ja erneut unsere Forderungen - die Union hat sie nur kopiert -, und deshalb stimmen wir auch wieder zu.
(Beifall bei der AfD)
Wir stimmen zu - aber die Union wankt. Daniel Günther, CDU-Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, kündigt schon an: Das heutige Zuwanderungsbegrenzungsgesetz wird gestoppt, spätestens im Bundesrat, von CDU-Länderchefs, die gegen ein Gesetz der eigenen Partei stimmen. Auch der Berliner CDU-Regierungschef hat das schon geäußert. Das sagt doch alles über diese Union: Man kann ihr nicht vertrauen, sie ist einfach unglaubwürdig.
(Beifall bei der AfD)
Damit nicht genug: Gestern fiel auch noch Ex-Kanzlerin Merkel ihrem Parteifreund Merz in den Rücken. Sie hält es für falsch, wenn er Gesetze einbringt, ohne vorher mit Rot-Grün zu verhandeln, mit Rot-Grün abzustimmen. Drei Viertel - das muß jeder draußen wissen - dieser heutigen Unionsabgeordneten, wie sie hier sitzen, waren schon bei Merkel dabei, sind altgediente Merkelianer, drei Viertel der heutigen Unionsfraktion. Die ruft Merkel jetzt zum Widerstand auf - gegen ein eigenes Gesetz. Worauf kann man sich bei der Union überhaupt noch verlassen? Auf gar nichts. Diese Partei ist unglaubwürdig durch und durch.
(Beifall bei der AfD)
Das zeigt auch ein Blick in die Bundesländer, in denen die Union regiert. Nirgendwo dort wird mehr abgeschoben als in links-grün regierten Ländern. Nirgendwo verwirklicht die Union ihre Wahlversprechen. Der Union kann man weder in den Ländern noch im Bund vertrauen; das müssen die Wähler bei der anstehenden Bundestagswahl jetzt wissen.
(Beifall bei der AfD)
Jetzt behaupten die Union und Friedrich Merz auch noch, es seien die aktuellen Morde von Aschaffenburg, die sie zum Umdenken gebracht hätten. Aber, Herr Merz, was war denn mit den vielen, vielen anderen Morden zuvor? Maria aus Freiburg: schon 2016 von einem Afghanen ermordet. Mia aus Kandel: 2017 getötet von einem Afghanen. Susanna in Wiesbaden: 2018 von einem Iraker ums Leben gebracht. Und das sind nur die Fälle, über die die Medien auch berichtet haben.
Die aktuellen Gesamtzahlen für Asyl-Migranten weisen etwas ganz anderes aus: Für 2023 - das sind die aktuellsten Zahlen, die vorliegen - allein 64 Morde, 8.800 Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe und 56 000 Körperverletzungen. Das hat Sie von der Union nie interessiert. Und jetzt, vier Wochen vor der Bundestagswahl, kommen Sie damit. Die aktuellen Morde sind also nicht der Grund für dieses Umdenken, so wenig wie die Morde davor. Es ist allein der Erfolg der AfD kurz vor der Bundestagswahl. Das treibt die Union an und sonst überhaupt gar nichts.
(Beifall bei der AfD)
Wegen all dieser schrecklichen Gewalttaten haben wir von der AfD hier immer wieder Anträge gestellt. Erstmals 2017, da waren wir gerade im Parlament, Antrag der AfD zur Zurückweisung an den Grenzen - von der Union abgelehnt. 2020 erneuter Antrag zur Zurückweisung an den Grenzen - von der Union abgelehnt. 2022, 2023, 2024 - abgelehnt, abgelehnt, abgelehnt. Wie viele Menschen mußten Ihretwegen sterben, liebe Union? Die haben Sie auf dem Gewissen. Das sind die Toten Ihrer Brandmauer!
(Beifall bei der AfD)
Glaubhaft und dauerhaft erlösen kann Deutschland nur die AfD.
(Beifall bei der AfD)<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 3. Februar 2025 (x1.493/…): >>**Querdenker-Demo in Göttingen blockiert**

Von *Michael Brück*

Versammlungsfreiheit gibt es in der Bundesrepublik nur, wenn die "richtige" politische Gesinnung auf die Straße getragen wird. Gerade in linken Hochburgen müssen das Bürger, die trotzdem ihre Grundrechte in Anspruch nehmen wollen, immer wieder spüren. Wie am Samstag in der Universitätsstadt Göttingen, die überregional für ihre linke Szene bekannt ist: Mehrere tausend Linksextremisten blockierten eine Querdenker-Demonstration. Die Polizei sah sich nicht gewillt, die Aufzugstrecke zu räumen. …

Bereits zum vierten Mal hatten Initiativen der Querdenker-Bewegung ins niedersächsische Göttingen mobilisiert. Immer wieder war es bei vergangenen Demonstrationen zu starken staatlichen Schikanen und Übergriffen aus der linken Szene gekommen, weshalb jeweils neue Folgeveranstaltungen der Querdenker geplant wurden. Diese Tradition dürfte sich auch mit einer fünften Auflage fortsetzen, denn erneut war die Staatsmacht nicht gewillt, das Versammlungsrecht zu schützen.

Mehrere hundert Querdenker konnten zwar zunächst vom Göttinger Hauptbahnhof unter dem Motto " Neuwahlen - Chance zur Veränderung?" durch die Stadt ziehen, nach einigen hundert Metern war jedoch Schluß. Unter den Augen der Polizei hatten sich bis zu 2000 (!) Gegendemonstranten, die meisten davon optisch im Look der linksautonomen Antifa, auf der Wegstrecke versammelt. Die Polizeiführung entschied, daß eine Räumung unverhältnismäßig sei und ließ den Rechtsbruch durchgehen, für die Querdenker blieb nur der Rückweg zum Bahnhof.

Querdenker danken Einsatzkräften vor Ort und kritisieren Polizeiführung

In einer Stellungnahme der Querdenker-Organisatoren wird explizit den Polizeikräften vor Ort gedankt, welche versucht haben, die Versammlungsfreiheit zu schützen und mehrere Angriffe abwehren mußten. Drei Polizisten wurden dabei sogar verletzt. Kritisiert wird dagegen die Polizeiführung, die - offenbar aus politischer Motivation heraus - einer Räumung der Antifa-Blockade widersprach.

Und das, obwohl aus der Gegendemonstration heraus immer wieder Straftaten begangen wurden: "An der Ewaldstraße, auf der Berliner Straße sowie auf dem Wall setzten Unbekannte Mülltonnen bzw. Barrikadenmaterial in Brand. Die Göttinger Berufsfeuerwehr mußte ausrükken und die Feuer ablöschen", heißt es beispielsweise in der Abschlußmitteilung der Polizei.

Diese Willkür hat System: Auch im vierten Anlauf weigert sich die Göttinger Polizeiführung, eine Querdenker-Demonstration konsequent durchzusetzen.

Es ist eine Kapitulation vor der linksextremen Antifa. In COMPACT-Spezial "Antifa. Die linke Macht im Untergrund" zeigen wir, wie die Netzwerke der Szene funktionieren und wie weit nach oben die Kontakt der Antifa in die Behördenstrukturen reichen. Hier mehr erfahren und mit wenigen Klicks herunterladen.<<

04.02.2025

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 4. Februar 2025 (x1.493/…): >>**Dresden 1945: Als Linke noch trauern konnten**

Von *Karel Meissner*

Ausgerechnet Ulrike Meinhof schrieb 1965, bevor sie mit der RAF zur Mörderin wurde, einen erstaunlichen Essay für die Zeitschrift Konkret über den Bombenterror von Dresden. Ihre heutigen Nachfolger würden ihn wohl umstandslos als rechtsradikal verleumden. …

Ulrike Meinhof beginnt ihren Text mit dem Titel "Dresden" sehr sachlich und nüchtern: "Vor zwanzig Jahren, am 13. und 14. Februar 1945, in der Nacht von Fastnachtsdienstag auf Aschermittwoch, ist der größte Luftangriff der alliierten Bomberkommandos im Zweiten Weltkrieg auf eine deutsche Stadt geflogen worden: der Angriff auf Dresden. Dreimal inner-

halb von 14 Stunden wurde die Stadt bombardiert."
Um wenig später dem Leser einen kleinen Eindruck jenes Grauens zu vermitteln: "Als die englischen Bomber abflogen, hinterließen sie ein Flammenmeer, das über 80 Kilometer weit den Himmel glühend machte."
Jeder Manipulation unverdächtig, schreibt die damalige Konkret-Redakteurin: "Über 200.000 Menschen sind in den Flammen von Dresden umgekommen."
Heute ein Sakrileg, damals noch völlig harmlos, zitiert Meinhof den zu jener Zeit noch hoch angesehenen britischen Historiker David Irving: "Zum ersten Mal in der Geschichte des Krieges hatte ein Luftangriff ein Ziel so verheerend zerstört, daß es nicht genügend unverletzte Überlebende gab, um die Toten zu begraben."
Sehr vorsichtig wird Meinhof bei der Zahl der Einwohner zum Zeitpunkt des COMPACT-Geschichte "Dresden 1945. Die Toten, die Täter und die Verharmloser": "Als es zerstört wurde, hielten sich über eine Million Menschen in dieser Stadt auf. Man schätzt 1,2 bis 1,4 Millionen. Flüchtlinge aus Schlesien, Pommern und Ostpreußen, Evakuierte aus Berlin und dem Rheinland, Kindertransporte, Kriegsgefangene und Fremdarbeiter."
Meinhof weiter: "Dresden galt in ganz Deutschland als eine Stadt, die nicht bombardiert werden würde. Sie wurde zur Lazarettstadt für verwundete Soldaten erklärt und mit riesigen Rotkreuz-Symbolen auf den Dächern gekennzeichnet."

Mantel der Lüge

Bomber-Harris und Co. mußten geahnt haben, daß Schreckliches passieren würde. Sie gaben den Tötungsbefehl mit Vorsatz.
Meinhof: "Man hatte den englischen Soldaten, die die Angriffe geflogen haben, nicht die Wahrheit gesagt. Man hat gesagt: Ihre Flotte greift das Oberkommando des Heeres in Dresden an. Man hat gesagt, Dresden sei ein wichtiges Nachschubzentrum für die Ostfront. Man hat gesagt, das Angriffsziel sei ein Gestapo-Hauptquartier im Stadtzentrum, ein wichtiges Munitionswerk, ein großes Giftgaswerk."
Und sie geht noch weiter. Meinhof zeigt den Schwindel auf. Der Fisch stinkt bekanntlich vom Kopf her: "Es ist der englischen Regierung unter ihrem Premierminister Sir Winston Churchill bis zum Ende des Krieges, bis März ’45, gelungen, den tatsächlichen, absichtlichen, planmäßigen Charakter der britischen Bombenangriffe auf deutsche Städte geheim zu halten. Dresden war der Höhepunkt dieser Politik."
Während bei jeder unpassenden Gelegenheit deutsche Staatsoberhäupter vor Fremden in den Staub fallen, um sich für ihnen zugefügtes Unrecht zu entschuldigen, fehlt bis heute jede Entschuldigung aus dem englischen Haus. Selbst der Queen, die ihre deutschen Vorfahren verheimlicht - aus Battenberg wurde Mountbatten -, entfuhr kein Wort der Abbitte an das deutsche Volk.
Meinhof dazu schon 1965: "Daß an der Bahre Sir Winston Churchills das Stichwort Dresden nicht gefallen ist, legt den Verdacht nahe, Dresden sollte immer noch dem Volk angelastet werden, das doch selbst betrogen worden ist."
Die Wahrheit über den Bombenterror: In COMPACT-Geschichte "Dresden 1945. Die Toten, die Täter und die Verharmloser" zeichnet der bekannte Buchautor und Luftkriegsexperte Wolfgang Schaarschmidt den Massenmord durch angloamerikanische Bomber am 13./14. Februar 1945 wirklichkeitsgetreu nach. Ohne Herunterrechnen der Opferzahlen! Eine fundierte Darstellung mit Fakten zur Zerstörung der Elbmetropole, die in der öffentlichen Debatte unter den Tisch fallen. …<<
Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/31905" berichtet am 4. Februar 2025 (x1.494/…): >>**Der Medien-Riese wankt!**
Nie zuvor hat der öffentlich-rechtliche Rundfunk, kurz ÖRR, für so viele Negativschlagzeilen gesorgt wie im vergangenen Jahr. Und die Skandale reißen nicht ab. Immer mehr Zuschauer

äußern ihren Unmut. Vor allem brodelt es auch von innen.
Zunehmend stehen Mitarbeiter nicht mehr hinter ihren eigenen Sendeanstalten. Der Widerstand wächst. Die, die man zum Schweigen brachte, schreien draußen umso lauter und werden mehr und mehr gehört und auch verstanden. Denn die Gründe für die Selbstdemontage des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sind offensichtlich.
Er erfüllt seinen Auftrag schon lange nicht mehr. Die oberste Pflicht des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist nämlich glasklar im Medienstaatsvertrag definiert:
"Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten sind bei der Erfüllung ihres Auftrags der verfassungsmäßigen Ordnung und in besonderem Maße der Einhaltung journalistischer Standards, insbesondere zur Gewährleistung einer unabhängigen, sachlichen, wahrheitsgemäßen und umfassenden Information und Berichterstattung wie auch zur Achtung von Persönlichkeitsrechten verpflichtet. Ferner sollen sie die einem öffentlich-rechtlichen Profil entsprechenden Grundsätze der Objektivität und Unparteilichkeit achten und in ihren Angeboten eine möglichst breite Themen- und Meinungsvielfalt ausgewogen darstellen."
So steht es auf dem Papier. Und so sieht es in der Praxis aus:
Schlagzeile 1: Objektiv und unparteilich …?
Jüngster Skandal: NDR Polit-Show "Die 100". 100 Bürger, die die deutsche Durchschnittsgesellschaft abbilden sollten, entpuppen sich überproportional als Parteimitglieder linker Parteien, als Politiker und sogar als Komparsen oder Schauspieler.
Der Titel der Sendung "Ist die AfD eigentlich ein Problem für die Demokratie?" ist auf subtile Weise höchst manipulativ - keinesfalls aber fair, unparteilich und objektiv.
Daß das Ausstrahlungsdatum exakt in die Woche vor der auch bundespolitisch herausragend wichtigen Landtagswahl in Brandenburg fällt, zeigt, wohin die Reise gehen sollte.
In einer aktuellen Studie mit über 500 etablierten Journalisten gab kein einziger der Befragten an, AfD-Wähler zu sein bzw. der AfD nahezustehen.
Eine Umfrage unter Volontären des Ersten (ARD) ergab: 92 (!) Prozent wählen grün-rot-rot. Wenn die Präferenzen von Redakteuren so krass von jenen der Gebührenzahler abweichen, ist es praktisch unmöglich, den Sendeauftrag zu erfüllen.
Schlagzeile 2: Verschleuderung von Zwangsgebühren
Bei dem Skandal des öffentlich-rechtlichen Rundfunks Berlin-Brandenburg, kurz RBB, ging es nicht nur um die Erhöhung des Gehalts von Ex-Intendantin Patricia Schlesinger um 16 Prozent (!) auf 303.000 Euro. Nach und nach wurde publik, was in den oberen Etagen alles genehmigt wurde:
- zusätzliche Boni
- dubiose Beraterverträge für Schlesingers Ehemann Gerhard Spörl
- die Renovierung der Chefetage
- ein luxuriöser Audi A8 Dienstwagen mit Massagesitzen im Wert von 145.000 Euro.
Die beiden Chauffeure soll Frau Schlesinger nicht nur für geschäftliche, sondern auch für private Besorgungen in Anspruch genommen haben.
Der RBB-Verwaltungsratschef Dieter Wolf, der auch Aufsichtsratschef der Messe Berlin war, soll einen mit 100.000 Euro dotierten Beratervertrag zwischen der Messe Berlin und Gerhard Spörl, dem Ehemann von Schlesinger, initiiert haben. Darüber hinaus sollen mehrere Immobilien-Experten, mit denen Wolf eine Geschäftsbeziehung pflegte, Beraterverträge für ein zentrales Bauprojekt des öffentlich-rechtlichen Senders, des Digitalen Medienhauses, erhalten haben.
Die Kosten für dieses Bauprojekt wurden anfangs mit 60 Millionen Euro veranschlagt. Sie stiegen auf unglaubliche 311 Millionen. Im Dezember 2022 wurde die Planung des Digitalen Medienhauses eingestellt - allerdings nicht zum Nulltarif. Denn selbst nach dem Stopp des Projekts sind hohe Summen geflossen. Rund 32 Millionen Euro sind für Planungen, Vorberei-

tungen und Projektarbeit für das Vorhaben investiert worden. Die Gebührenzahler bleiben nach Angaben der "Business Insider" aufgrund des Planungsstopps nun auf Kosten für die "Wegwerfplanung" und Schadensersatzansprüche in Höhe von 8,8 Millionen Euro sitzen.
Dazu hält der Medienstaatsvertrag fest:
"Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten sind mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse (…) betraut."
Dieser Maßstab gilt auch für das Filmhaus Köln. Anstatt der veranschlagten rund 130 Millionen Euro ist mittlerweile von 240 Millionen Euro die Rede.
Vielleicht stellen Sie sich an dieser Stelle die Frage: Was wäre, wenn ich so handeln würde?
Dann bitte jetzt anschnallen, es wird noch ein wenig delikater:
Nach eigener Aussage hat Frau Schlesinger insgesamt neun Mal Dinner mit Catering in ihrer Wohnung als Geschäftsessen abgerechnet. Im Klartext: Der Gebührenzahler hat die Verköstigung von Gästen in der Privatwohnung bezahlt. Die Namen der Gäste wurden nicht verraten.
So weit ein kleiner Blick hinter die Hochglanzfassaden des öffentlich-rechtlichen Rundfunks.
Schlagzeile 3: Wahrheitsgemäß und umfassend informiert …?
Wenn es um die Inhalte geht, ist der Spaß gänzlich vorbei. Der lautstark gerühmte Qualitätsjournalismus, das Hauptargument für die Notwendigkeit eines öffentlich-rechtlichen Rundfunks, wird zutiefst erschüttert, das Vertrauen in die Seriosität enorm verletzt. ÖRR-Mitarbeiter oder Politiker, die als "zufällig vorbeikommende Passanten" Interviews geben, erregen im Netz regelmäßig Unmut, Spott und Häme.
Nochmals zur Erinnerung: Eingerichtet wurde der öffentlich-rechtliche Rundfunk insbesondere zur Gewährleistung einer unabhängigen, sachlichen, wahrheitsgemäßen und umfassenden Information und Berichterstattung. (...) Ferner (...), um Grundsätze der Objektivität und Unparteilichkeit zu achten und (...) eine möglichst breite Themen- und Meinungsvielfalt ausgewogen darzustellen.
- Eine "zufällig" vorbeikommende Kundin im Supermarkt will keine "AfD-Hirse".
Hintergrund: Ein Hirseprodukt sollte aus einem Biomarkt verschwinden, weil dahinter ein AfD-Geschäftsführer stand. Die zufällig interviewte Kundin Monika Lazar saß im wahren Leben als Abgeordnete für die Grünen im Bundestag und gehörte dem Innenausschuß an.
"Von jemandem mit so einer Einstellung, also einem AfD-Mitglied, das eben auch in Funktion ist, hergestellt wird, dann möchte ich das eben auch nicht kaufen und deshalb ist es gut, daß es hier auch einfach nicht angeboten wird. Ansonsten laufe ich ja Gefahr, daß ich es dann kaufe. Und AfD-Hirse will ich nicht essen."
- Der RBB interviewte zufällig vorbeikommende Radfahrer und wollte wissen, was sie von "Pop-up-Radwegen" halten. Der zufällig Vorbeiradelnde ist der grüne Verkehrspolitiker Georg Kössler. Er begrüßt die Schaffung von mehr Radwegen dieser Art. Wen wundert das?
Georg Kössler ist grüner Verkehrspolitiker mit Sitz im Abgeordnetenhaus Berlin.
- In einem Beitrag über die "Demo gegen Rechts" in Frankfurt wurde eine Aktivistin vorgestellt und interviewt. Sie sagt: "Die ganzen marginalisierten Gruppen, die so unter ‚woke' abgehandelt werden, (...) das sind die Menschen, die damals nicht mehr leben sollten." Nirgendwo findet sich allerdings ein Hinweis, daß Hadija Haruna-Oelker eine Mitarbeiterin des Hessischen Rundfunks ist.
- Eine Kundin spricht über die Penny-Aktion, Produkte mit Klima-Preisaufschlägen zu verteuern. Sie findet das gut, weil es zum Nachdenken anregt.
"Finde ich gut, weil es zum Nachdenken anregt."
Hannah Mertens ist allerdings keine zufällige Penny-Kundin, sondern Moderatorin beim Westdeutschen Rundfunk.
Übrigens: Die meisten der Original-Quellen dieser Berichte wurden gelöscht oder verändert.
Schlagzeile 4: Niederlagen des ÖRR vor Gericht:

Jan Böhmermann ist mit seinem "ZDF Magazin Royale", das viele als skandalös und menschenverachtend empfinden, zu einem der wichtigsten Verbündeten der Ampel-Koalition geworden. So lieferte er Nancy Faeser eine verleumderische öffentliche Denunziation eines ihr unliebsamen Staatsbeamten. Sie konnte ihn aus seinem Amt fegen.
Doch wie FOCUS-online berichtete, erteilte das Münchner Landgericht ihm und dem ZDF "eine klare Ohrfeige: Der Richter hat festgestellt, daß die Berichterstattung über Arne Schönbohms angebliche Nähe zu russischen Geheimdiensten falsch war".
Der renommierte Staatsrechtler Ulrich Vosgerau nahm Anfang November 2023 an einem privaten Treffen politisch interessierter Unternehmer in Potsdam teil. Die staatlich teilfinanzierte Plattform "Correctiv" veröffentlichte darüber einen angeblichen Bericht.
Durch strategisch plazierte Triggerworte wie Deportation und Wannseekonferenz, durch subjektive Kommentare, falsche Assoziationen usw., beschworen die Autoren das Schreckgespenst eines geheimen "Masterplans zur Ausweisung von deutschen Staatsbürgern aufgrund ihrer ‚Ethnie' (Volksgruppe)". Dies löste einen bundesweiten Empörungssturm aus. Es gab Kundgebungen in allen Großstädten und Wortmeldungen aller Spitzenpolitiker vom Bundeskanzler abwärts.
Vosgerau hat sich juristisch gewehrt. Im Beitrag fanden sich "weder aussagekräftige Zitate noch sonstige Belege" für die Darstellungen von Correctiv.
"Längst steht fest: Den behaupteten ‚Geheimplan' gab es nie. Aber gab es einen geheimen Plan von Correctiv, Politik und Medien? Dafür spricht vieles."
Von den Gerichten ist sowohl der Plattform Correctiv als auch Anstalten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks "die Falschberichterstattung im Zusammenhang mit dem Skandal um angeblich geplante Massendeportationen untersagt worden".
Schlagzeile 5: Der Medien-Riese wankt!
Der Druck auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk hat so immens zugenommen, daß die Forderung nach der längst fälligen GEZ-Erhöhung völlig verstummt ist. Dabei hat die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten noch im Frühjahr 2024 eine deutliche Erhöhung gefordert. Die Sender wollten noch viel mehr.
Und plötzlich: "Das große Schweigen im Walde". Keiner rührt sich. Der Bogen ist zu weit überspannt. Der Riese wankt.
Der öffentlich-rechtliche Rundfunk kann seine Skandale nicht länger aussitzen. Im Oktober 2024 mußte die Politik, genauer gesagt, die Ministerpräsidentenkonferenz in Leipzig, Flagge zeigen und einen radikalen Reformplan beschließen. Wahrscheinlich um noch zu retten, was zu retten ist:
- Die Erhöhung des Rundfunkbeitrags zum Jahreswechsel wurde gestoppt
- Die Hälfte der linearen Spartenprogramme soll gestrichen werden, wie Tagesschau24, Phoenix, ZDFneo und KiKA
- Jeder dritte Sender beim Hörfunk soll wegfallen
- Die Kosten für den "Sport" werden auf fünf Prozent der Gesamtausgaben von ARD und ZDF gedeckelt
- Die Gehälter der Sender-Chefs sollen an die des öffentlichen Dienstes angepaßt werden.

Mit diesen Luxus-Zahlungen hat Kla.TV vor kurzem in einer Umfrage die Bürger konfrontiert.
Dazu noch ein aktueller Nachtrag: WDR-Intendant Tom Buhrow geht in Rente. Bei einem Jahresgehalt von 433.200 Euro sollen dem 64-Jährigen rund 25.000 Euro pro Monat zustehen. Insgesamt wird seine künftige Rente wohl 4,527 Millionen Euro kosten.
Zum Abschluß hat Ulrich Vosgerau das Wort. In seinem Buch "Die Herrschaft des Unrechts" bringt er den Zusammenhang wie folgt auf den Punkt:
"Politische und mediale Eliten halten in grundlegenden politischen Fragen (…) im allgemei-

nen zusammen, sie bilden einen politisch-medialen Komplex, eine (…) in der Oberschicht angesiedelte Parallelgesellschaft."
Kla.TV hat diese globale Agenda bereits mehrfach aufgezeigt.(https://www4.kla.tv/Agenda2030 , https://www4.kla.tv/Medien)
Die Medien dienen als Hauptinstrument, um Menschen und Völker in ihrem Sinne zu manipulieren. Da die dramatischen Konsequenzen aber immer offensichtlicher zu Tage treten, öffnen immer mehr Menschen die Augen und erkennen das verhängnisvolle Spiel.
Wenn man das Prinzip von Saat und Ernte betrachtet, muß es so kommen.
Denn - der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat seine ihm zugedachte Saat des "Qualitätsjournalismus" schon lange nicht mehr ausgesät.
Wir sind froh, wenn Sie nach dieser Sendung noch kritischer hinschauen, was uns die Mainstream-Medien auftischen.
Und eine Bitte noch: Wenn Ihnen Ungereimtheiten auffallen, zögern Sie nicht und schreiben Sie uns an (Webseite: https://www4.kla.tv/index.php?a=showformular), denn in einem Punkt sind die Massenmedien auffallend eifrig und gewissenhaft - wenn es nämlich darum geht, die Original-Quellen ihrer Ungereimtheiten zu löschen oder zu verändern.
Doch je mehr Augen wachsam sind, desto schneller kommen ihre Taten ans Licht.<<
USA: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 4. Februar 2025 (x1.498/…): >>**Trump tritt aus UN-Menschenrechtsrat aus**
Donald Trump hat eine Verordnung unterzeichnet, mit der die USA aus dem UN-Menschenrechtsrat austreten, und die künftige Finanzierung der UN-Agentur für palästinensische Flüchtlinge (UNRWA) unterbunden. Das berichten mehrere US-Medien am Dienstag übereinstimmend.
Die US-Finanzierung für die Organisation war 2024 unter der Regierung von Joe Biden ausgesetzt worden, nachdem Israel eine Handvoll Unrwa-Mitarbeiter beschuldigt hatte, an den Hamas-Anschlägen vom 7. Oktober 2023 beteiligt gewesen zu sein. Untersuchungen in diese Richtung förderten aber keine Beweise dafür zutage. Die erste Trump-Administration hatte die Finanzierung der Agentur im Jahr 2018 bereits gestrichen, bevor die Biden-Administration sie 2021 wieder in Betrieb nahm.
Genauso waren die USA unter Trump 2018 schon aus dem UN-Menschrechtsrat ausgetreten, was Biden ebenfalls 2021 zurückgenommen hatte.<<
05.02.2025
BRD: Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 5. Februar 2025 (x1.495/…): >>**"Klimarat" will noch mehr Ausgaben: Zeit für starke Industrie statt Klima-Hysterie!**
Seit Jahren wird mit dem maßlosen Klima-Kult der etablierten Parteien eine Branche nach der anderen zerstört und aus dem Land getrieben: Von der Auto- über die Chemie- bis hin zur Stahlindustrie sehen wir nichts als wirtschaftlichen Niedergang. Doch dem sogenannten "Expertenrat für Klimafragen" reicht das noch nicht: Das regelmäßig von der Bundesregierung beauftragte Gremium fordert trotz explodierender Energiepreise eine noch radikalere Klimapolitik. Investitionen in vermeintlichen Klimaschutz müßten "priorisiert" werden; es gebe eine Finanzierungslücke im mittleren bis hohen zweistelligen Milliardenbetrag pro Jahr.
Dabei ist es im Übrigen ein Hohn, daß Medien wie das ZDF den Expertenrat allen Ernstes als "unabhängiges fünfköpfiges Wissenschaftler-Gremium" bezeichnen. In Wahrheit werden sämtliche fünf Mitglieder des Expertenrats von der Bundesregierung für die Dauer von fünf Jahren benannt. Sein Arbeitsauftrag basiert auf dem Bundesklimaschutzgesetz, das 2019 vom damaligen Merkel-Bundeskabinett verabschiedet wurde.
Im aktuellen Zweijahresgutachten macht sich diese Nähe zu den etablierten Parteien deutlich bemerkbar: Es wimmelt von typischen Regierungsphrasen und von Hobhudelei für die Regie-

rung. Der politische Mainstream beauftragt selbsternannte "Experten", um die eigene Ideologie absegnen zu lassen.
Zu dieser Regierungs-Lobhudelei gehört auch, daß sich der Expertenrat über sinkende CO2-Emissionen im Energiesektor freut. Der Hauptgrund seien die höheren Energiepreise und die deshalb schwächelnde Konjunktur, wie das Gremium selbst einräumt. Doch das scheint die Möchtegern-Experten nicht weiter zu stören.
Für die AfD ist klar: Wir werden den Irrweg des Verbrenner- und Kernkraft-Ausstiegs stoppen, weil es sich hier um eine irrationale Hysterie handelt, bei der uns die Welt nicht folgt. Wir werden dem Beispiel der Trump-Regierung folgen und aus dem Pariser Klima-Abkommen aussteigen. Wir stehen für einen soliden Energie-Mix einschließlich moderner Kernkraftwerke, die übrigens auch CO2-Neutralität bieten. Es ist Zeit für eine starke Industrie statt für Klima-Hysterie!<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 5. Februar 2025 (x1.496/…): >>**"Jemand muß mit Olaf reden": SPD-Chef Klingbeil soll Scholz zum Verzicht auf Kandidatur gedrängt haben**
Mindestens zweimal soll SPD-Chef Lars Klingbeil versucht haben, Kanzler Olaf Scholz eine erneute Kanzlerkandidatur auszureden. Unterstützt worden sein soll er darin auch von der Co-Vorsitzenden Saskia Esken und von SPD-Generalsekretär Matthias Miersch. Die Partei dementiert.
SPD-Chef Lars Klingbeil soll nach übereinstimmenden Recherchen von T-Online und Berliner "Tagesspiegel" Olaf Scholz wiederholt nahegelegt haben, auf eine erneute Kanzlerkandidatur zu verzichten. In den Berichten wird Bezug genommen auf mehrere SPD-Quellen. Klingbeil soll demnach mindestens zweimal bei Scholz vorstellig geworden sein.
Klingbeil habe damit den Bedenken der engeren SPD-Führung sowie mächtiger SPD-Landesverbände Rechnung getragen, heißt es in den Berichten.
Eine SPD-Sprecherin widersprach entschieden: "Die Darstellung ist falsch." Klingbeil habe nach dem Ampel-Aus mit Scholz und mit Verteidigungsminister Boris Pistorius über die vorgezogene Bundestagswahl und die Spitzenkandidatur gesprochen, sagte die Sprecherin. Von einem Drängen zum Kandidatur-Verzicht könne keine Rede sein. Für Pistorius hatten sich zuletzt immer mehr prominente Genossen und Parteigliederungen ausgesprochen.
Scholz hielt an Anspruch fest
Neben Klingbeil sollen auch dessen Co-Vorsitzende Saskia Esken sowie SPD-Generalsekretär Matthias Miersch der Ansicht gewesen sein, daß mit Scholz als Kanzlerkandidat die vorgezogene Bundestagswahl kaum zu gewinnen sei. Scholz beharrte in den Gesprächen mit der SPD-Spitze jedoch auf seinem Anspruch.
Es soll weitere Runden mit mehreren Teilnehmern gegeben haben, um Scholz umzustimmen. Mehrere Teilnehmer, darunter die stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Achim Post und Dirk Wiese, sollen darauf gedrungen haben, daß man auf Scholz zugehen müsse, damit dieser den Weg für Pistorius freimache. "Jemand muß mit Olaf reden", sagte demnach ein Teilnehmer des Gesprächs.<<
Das deutsche Multipolar-Magazin berichtet am 5. Februar 2025 (x1.499/…): >>**Wirtschaftsforscher fordern mehr Zuwanderung**
Herausgegeben von *Stefan Korinth* und *Paul Schreyer*
DIW: Unternehmen brauchen mehr ausländische Arbeitskräfte / Bundesagentur für Arbeit: Deutsche Arbeitslosenzahlen auf höchstem Stand seit zehn Jahren / Bundesregierung: Gründe für Wirtschaftsflaute vor allem hohe Energiepreise, hohe Steuern und marode Infrastruktur
Während derzeit im Wahlkampf politisch über eine Begrenzung der Migration debattiert wird, erklären Ökonomen, die deutsche Wirtschaft brauche langfristig mehr Zuwanderung. So heißt es in einem aktuellen Bericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) Berlin,

aufgrund des demografischen Wandels stehe Deutschland langfristig vor einem zunehmenden Arbeits- und Fachkräftemangel. Dieser werde das Produktionspotential der deutschen Wirtschaft erheblich einschränken.
Aus Sicht der Wirtschaftsforscher könnte mehr Migration die deutsche Wirtschaft "erheblich" ankurbeln. Das inländische Arbeitskräftepotential sei nahezu ausgeschöpft und die "Babyboomer" gingen demnächst in Rente. Eine niedrige Arbeitslosenquote und eine hohe Zahl an offenen Stellen seit etwa 2015 seien die Folgen dessen, daß die geburtenstarken Jahrgänge zwischen 1954 und 1969 aus dem Erwerbsleben nach und nach ausscheiden, schreiben die Autoren.
Das führe dazu, daß die Zahl der inländischen Arbeitskräfte zwischen 2025 und 2029 voraussichtlich um etwa 300.000 Personen zurückgeht. Um das auszugleichen, wäre den DIW-Berechnungen zufolge bis 2029 eine Zuwanderung von 1,5 Millionen Erwerbspersonen notwendig.
Laut dem Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung, den Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) am 29. Januar vorstellte, liegen die Probleme deutscher Unternehmen jedoch vor allem in "höheren Energiepreisen und einer höheren Steuerlast, gestiegenen Sozialabgaben, zu viel Bürokratie und einer zum Teil maroden Infrastruktur" begründet. Die Zahl der Firmenpleiten nimmt zu, ebenso wie die daraus resultierende Arbeitslosigkeit. Diese ist auf fast drei Millionen Betroffene angewachsen, wie die Bundesagentur für Arbeit (BA) Ende Januar meldete. Dies ist der höchste Stand seit Februar 2015. Das Beschäftigungswachstum verliere "mehr und mehr an Kraft", erläuterte BA-Chefin Andrea Nahles.
Laut DIW sei das Wachstum der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung in Deutschland seit Anfang 2023 ausschließlich auf ausländische Arbeitskräfte zurückzuführen. Demnach stieg im dritten Quartal 2024 die Zahl der ausländischen Beschäftigten im Vergleich zum Vorjahr um rund 277.000 Personen. Im gleichen Zeitraum sank die Zahl der deutschen Beschäftigten um etwa 125.000 Personen. "Das inländische Steigerungspotential zur Deckung des Arbeitskräftebedarfs ist nur gering, so daß der Migration eine zentrale Rolle zufällt", erklären die Autoren des DIW-Berichts.
Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) hatte hingegen Ende 2023 erklärt, von einem allgemeinen Arbeitskräftemangel könne derzeit nicht die Rede sein. Es gebe zwar weiterhin Fachkräfteengpässe "in einer erheblichen Zahl von Berufsgruppen", zum Beispiel Gesundheits- und Pflegeberufe, Berufskraftfahrer, Gastronomieservice und Berufe in der Kindererziehung. Diese und einige weitere Engpaßberufe seien aber "durch problematische Arbeitsbedingungen oder niedrige Arbeitsentgelte geprägt". Das DGB-Positionspapier fordert, zuerst das inländische Fachkräftepotential zu aktivieren und zu nutzen. "Die pauschal intensivierte Anwerbung von Arbeitskräften aus dem Ausland kann nicht die Lösung sein."
Die deutsche Wirtschaft habe schon immer Zuwanderung gefördert und gefordert, "um auf ein breites Arbeitskräfteangebot mit entsprechender Konkurrenz zurückgreifen zu können", heißt es in einer Analyse des Portals "Gewerkschaftsforum". Zuwanderung habe die wichtige Funktion, die klassischen Niedriglohnsektoren zu stabilisieren und mit Arbeitskräften zu versorgen, welche nachteilige Arbeits- und Lebensbedingungen in Kauf nehmen müssen, um überhaupt existieren zu können.
Deutschland verspreche sich von der Zuwanderung junger mobiler Menschen "einen großen wirtschaftlichen Vorsprung vor den anderen EU-Ländern, als Voraussetzung für den weiteren Ausbau der Wirtschaftsmacht und der Arbeitskräftereserve, bei möglichst freiem Waren- und Personenverkehr".
Der Ökonom Heiner Flassbeck hatte im Dezember 2024 die Debatte um die Migration und den Arbeitskräftemangel kritisiert und als "schizophren" bezeichnet: Migration aus wirtschaftlichen Gründen aus Entwicklungsländern werde "verteufelt", während Zuwanderung wegen

wirtschaftlicher Notwendigkeiten in Deutschland als "Königsweg" bei der Lösung hiesiger "demographischer Probleme" gelte. Zum Thema Fachkräftemangel in Deutschland erinnerte er daran, daß gegenwärtig "zehntausende von Fachkräften von den Unternehmen mir nichts dir nichts auf die Straße gesetzt werden, weil die Politik die wirtschaftliche Talfahrt einfach verschlafen hat".<<

Schweiz: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 5. Februar 2025 (x1.493/…): >>**Milei: "Wokismus ist ein Krebsgeschwür"**

Von *COMPACT Redaktion*

Schon im vergangenen Jahr schenkte Argentiniens Präsident Javier Milei den Globalisten des Weltwirtschaftsforums ordentlich ein ("Es lebe die Freiheit, verdammt!"). In diesem Jahr setzte der Kettensägen-Mann sogar noch einen drauf. Wir dokumentieren seine bemerkenswerte Rede nachfolgend im Wortlaut. …

_ von *Javier Milei*

Guten Morgen!

Wie viel hat sich doch in so kurzer Zeit verändert. Vor einem Jahr stand ich hier vor Ihnen, allein, und sprach einige Wahrheiten über den Zustand der westlichen Welt aus, die von einem Großteil des politischen, wirtschaftlichen und medialen Establishments mit Überraschung und Erstaunen aufgenommen wurden.

Ich muß eingestehen, daß ich das in gewisser Weise auch nachvollziehen kann. Der Präsident eines Landes, das durch systematisches wirtschaftliches Versagen seit mehr als 100 Jahren, aber auch durch eine schwache Position in den großen globalen Konflikten und durch die Abschottung gegenüber dem Handel über die Jahre so gute wie jede internationale Bedeutung verloren hatte. Als Präsident eines solchen Landes stand ich auf dieser Bühne und sagte der ganzen Welt, daß sie sich geirrt habe, daß sie scheitern werde, daß der Westen einen Irrweg eingeschlagen habe und daß er neu ausgerichtet werden müsse.

Die Achse der Patrioten

Der Präsident dieses Landes, Argentinien, war kein Politiker, hatte keine Unterstützung durch die Legislative, keine Rückendeckung durch Gouverneure, Wirtschaftskapitäne oder Mediengruppen. In meiner Rede habe ich hier vor Ihnen gesagt, daß dies der Beginn eines neuen Argentiniens sei, daß Argentinien viel zu lange vom Sozialismus infiziert gewesen sei und daß es sich mit uns wieder den Ideen der Freiheit zuwenden werde - einem Modell, das wir als Verteidigung des Lebens, der Freiheit und des Privateigentums ansehen.

Darüber hinaus habe ich Ihnen auch erklärt, daß Argentinien in gewisser Weise das "Gespenst der kommenden westlichen Weihnachten" war, denn wir hatten bereits alles erlebt, was Sie durchmachen, und wir wußten schon, wie dies enden würde. Ein Jahr später muß ich sagen, daß ich mich nicht mehr so allein fühle, denn Argentinien ist zu einem globalen Beispiel für finanzpolitische Vernunft, für die Einhaltung unserer Verpflichtungen und natürlich auch für die Lösung des Inflationsproblems geworden. Außerdem sind wir ein Beispiel für eine neue Politik, bei der es darum geht, den Menschen die Wahrheit ins Gesicht zu sagen und darauf zu vertrauen, daß sie sie verstehen werden.

Ich fühle mich auch nicht allein, denn im Laufe dieses Jahres habe ich in diesem Kampf für die Ideen der Freiheit überall auf der Welt Verbündete gefunden - vom wunderbaren Elon Musk bis zu dieser kämpferischen Italienerin, meiner lieben Giorgia Meloni; von Bukele in El Salvador bis zu Viktor Orban in Ungarn; von Benjamin Netanjahu in Israel bis zu Donald Trump in den Vereinigten Staaten - langsam bildet sich ein internationales Bündnis zwischen all jenen Nationen, die frei sein wollen und an die Ideen der Freiheit glauben.

Langsam beginnt auch das zu bröckeln, was einst wie die absolute weltweite Hegemonie der woken Linken in Politik und Bildungsinstitutionen, in den Medien, in supranationalen Organisationen oder sogar in Foren wie Davos aussah. Ich hoffe, daß sich die Ideen der Freiheit

langsam durchsetzen.

Breitseite gegen Davos-Eliten

Ich bin heute hierher gekommen, um Ihnen zu sagen, daß unser Kampf noch nicht gewonnen ist. Auch wenn die Hoffnung wieder aufkeimt, so ist es doch unsere moralische Pflicht und unsere historische Verantwortung, das ideologische Gebäude des moribunden Wokismus abzutragen, bis es uns gelungen ist, unsere historische Kathedrale wieder aufzubauen - bis wir dafür gesorgt haben, daß die Mehrheit der westlichen Länder sich wieder den Ideen der Freiheit verschrieben hat.

Solange unsere bei Veranstaltungen wie dieser vorgetragenen Ideen nicht zum Allgemeingut werden, dürfen wir nicht unvorsichtig sein. Denn ich muß Ihnen sagen, daß es Foren wie dieses hier sind, wo es Protagonisten und Förderer der finsteren Agenda des Wokismus gibt - einer Ideologie, die der westlichen Welt so viel Schaden zufügt.

Wenn wir etwas ändern wollen, wenn wir die Rechte der Bürger wirklich verteidigen wollen, müssen wir ihnen zuerst die Wahrheit sagen. Und die Wahrheit ist, daß an den Ideen, die in Foren wie diesem hier verbreitet werden, etwas gewaltig faul ist. Ich möchte mir heute ein paar Minuten Zeit nehmen, um einige davon zu diskutieren.

Heute wird kaum jemand leugnen, daß im Westen ein Wind des Wandels weht. Es gibt diejenigen, die sich dem Wandel widersetzen, und diejenigen, die ihn akzeptieren, wenn auch zähneknirschend. Es gibt die neuen Wendehälse, die auftauchen, wenn sie den Wandel als unvermeidlich ansehen. Und schließlich gibt es diejenigen von uns, die ihr ganzes Leben lang dafür gekämpft haben, daß der Wandel kommt. Jeder von Ihnen wird wissen, zu welcher Gruppe er gehört. Sicherlich ist in diesem Auditorium von jeder Gruppe ein paar dabei, aber Sie alle werden sicherlich erkennen, daß die Zeiten des Wandels an unsere Türen klopfen.

Das mentale Woke-Virus

Historische Momente des Wandels haben eine einzigartige Eigenschaft. Es sind Zeiten, in denen jahrzehntelang gültige Formeln ad acta gelegt werden. Methoden, die einst als scheinbar einzige Möglichkeit galten, um Dinge zu tun, ergeben keinen Sinn mehr, und was für viele als unumstößliche Wahrheit galt, wird schließlich in Frage gestellt. Wir leben in Zeiten, in denen die Regeln neu geschrieben werden, und deshalb sind es Zeiten, in denen diejenigen belohnt werden, die den Mut haben, Risiken einzugehen.

Ein Großteil der freien Welt zieht jedoch immer noch die Bequemlichkeit dem Vertrauten vor, auch wenn dies der falsche Weg ist. Und sie werden darauf beharren, die gescheiterten Rezepte anzuwenden - und die große Last, der gemeinsame Nenner der scheiternden Länder und Institutionen ist das mentale Virus der woken Ideologie.

Das ist die große Epidemie unserer Zeit, von der die Menschen geheilt werden müssen. Das ist das Krebsgeschwür, das wir loswerden müssen. Diese Ideologie hat die wichtigsten Institutionen der Welt gekapert - von den politischen Parteien und den Regierungen führender westlicher Nationen bis hin zu Global-Governance-Organisationen, NGOs, Universitäten und Medien.

Sie hat auch den Ton der weltweiten Debatten in den letzten Jahrzehnten bestimmt. Solange wir diese verabscheuungswürdige Ideologie nicht aus unserer Kultur, unseren Institutionen und unseren Gesetzen entfernen, wird die westliche Zivilisation - und sogar die menschliche Spezies - nicht in der Lage sein, auf den Pfad des Fortschritts zurückzukehren, der von unserem Pioniergeist gefordert wurde. Es ist unerlässlich, diese ideologischen Ketten zu sprengen, wenn wir ein neues goldenes Zeitalter einläuten wollen. Deshalb möchte ich mir heute ein paar Minuten Zeit nehmen, um diese Ketten zu sprengen.

Der Verrat an der Freiheit

Doch lassen Sie uns zunächst darüber sprechen, wofür wir kämpfen. Der Westen repräsentiert den Gipfel menschlicher Errungenschaften auf dem fruchtbaren Boden seines griechisch-

römischen Erbes und der jüdisch-christlichen Werte. Nach der endgültigen Überwindung des Absolutismus wurde die Saat für etwas noch nie Dagewesenes in der Geschichte gesät.
Der Liberalismus leitete eine neue Ära der menschlichen Existenz ein, und innerhalb des neuen moralischen und philosophischen Rahmens, der die individuelle Freiheit über die Launen der Tyrannen stellte, war der Westen in der Lage, die schöpferischen Fähigkeiten des Menschen zu entfesseln und einen nie dagewesenen Prozeß der Schaffung von Wohlstand einzuleiten.
Die Daten sprechen für sich selbst. Bis zum Jahr 1800 blieb das Pro-Kopf-BIP der Welt praktisch konstant. Ab dem 19. Jahrhundert jedoch verzwanzigfachte sich das Pro-Kopf-BIP dank der industriellen Revolution und befreite 90 Prozent der Weltbevölkerung aus der Armut, obwohl sich die Bevölkerung selbst verachtfachte.
Und das war nur möglich dank einer Übereinstimmung in den Grundwerten, der Achtung des Lebens, der Freiheit und des Eigentums, die den freien Handel, die Meinungsfreiheit, die Religionsfreiheit und die anderen Säulen der westlichen Zivilisation ermöglicht haben. Hinzu kommt unser erfinderischer, faustischer Entdecker- und Pioniergeist, der ständig die Grenzen des Möglichen auslotet - ein Pioniergeist, der heute unter anderem von meinem lieben Freund Elon Musk verkörpert wird, der der letzten Zeit zu Unrecht von den Ideologen des Wokismus verunglimpft wurde für eine unschuldige Geste, die einfach nur seine Begeisterung und Dankbarkeit gegenüber den Menschen widerspiegelt.
Zusammenfassend läßt sich sagen, daß wir den Kapitalismus auf der Grundlage von Sparen, Investitionen, Arbeit und Reinvestitionen sowie harter Arbeit erfunden haben. Wir haben jeden Arbeiter dazu gebracht, seine Leistung zu verzehnfachen oder zu verhundertfachen - oder warum nicht sogar zu vertausendfachen? Ihre Produktivität überwand so die Falle des Malthusianismus. Doch irgendwann im 20. Jahrhundert gerieten wir vom Weg ab, und die liberalen Grundsätze, die uns frei und wohlhabend gemacht hatten, wurden verraten.

Die Machtergreifung der Kollektivisten

Eine neue politische Klasse, die sich von kollektivistischen Ideologien leiten ließ und Krisenzeiten ausnutzte, sah die perfekte Gelegenheit zur Machtakkumulation. Der gesamte Reichtum, den der Kapitalismus bis dahin und auch für die Zukunft geschaffen hatte, sollte durch ein System zentraler Planung umverteilt werden, wodurch ein Prozeß in Gang gesetzt wurde, unter dessen katastrophalen Folgen wir heute leiden.
Indem sie eine sozialistische Agenda förderte und gleichzeitig heimtückisch innerhalb des liberalen Paradigmas operierte, verzerrte diese neue politische Klasse die Werte des Liberalismus und ersetzte so Freiheit durch Befreiung, indem sie die Zwangsgewalt des Staates nutzte, um den vom Kapitalismus geschaffenen Wohlstand umzuverteilen.
Ihre Rechtfertigung war die düstere, ungerechte und verabscheuungswürdige Idee der ‚sozialen Gerechtigkeit', ergänzt durch theoretisches marxistisches Framing, das darauf abzielt, den Einzelnen von seinen Bedürfnissen zu befreien. Und im Zentrum dieses neuen Wertesystems steht die grundlegende Prämisse, daß Gleichheit vor dem Gesetz nicht ausreicht, da es versteckte systemische Ungerechtigkeiten gebe, die beseitigt werden müßten - eine Idee, die als Goldgrube für Bürokraten dient, die nach Allmacht streben.
Genau darum geht es beim Wokismus: um die Umkehrung der westlichen Werte. Jede der Säulen unserer Zivilisation ist durch verschiedene Mechanismen der kulturellen Subversion durch eine verzerrte Version ihrer selbst ersetzt worden. Negative Rechte (d.h. Abwehrrechte gegenüber dem Staat) auf Leben, Freiheit und Eigentum wurden in eine künstliche und endlose Liste positiver Rechte (d.h. juristische Ansprüche gegenüber dem Staat) umgewandelt. Zuerst war es die Bildung, dann die Wohnung, und von da an wurden Absurditäten wie der Zugang zum Internet, zum Fußball im Fernsehen, zum Theater, zu kosmetischen Behandlungen und eine unendliche Zahl anderer Wünsche zu grundlegenden ‚Menschenrechten'.

Vermeintliche Rechte, für die natürlich jemand bezahlen muß und die nur durch die unendliche Ausweitung des Staates gewährleistet werden können. Mit anderen Worten: Wir sind vom Konzept der Freiheit als dem grundlegenden Schutz des Individuums vor dem Zugriff des Tyrannen zum Konzept der Befreiung durch staatliche Intervention übergegangen.

Der radikale Feminismus

Auf diesen Fundamenten wurde der Wokismus aufgebaut - eine Ideologie des monolithischen Denkens, die von verschiedenen Institutionen aufrechterhalten wird, deren Ziel es ist, Andersdenkende mit Feminismus, Vielfalt, Inklusion, Gleichberechtigung, Einwanderung, Abtreibung, Umweltschutz, Gender-Ideologie und anderem zu bestrafen. All dies sind verschiedene Köpfe ein und desselben Ungetüms, das darauf abzielt, die Expansion des Staates durch die Aneignung und Verzerrung edler Anliegen zu rechtfertigen.

Schauen wir uns einige von ihnen an. Der radikale Feminismus ist eine Verzerrung des Konzepts der Gleichheit - und selbst in seiner wohlwollendsten Form ist er überflüssig, da die Gleichheit vor dem Gesetz im Westen bereits besteht. Alles andere ist ein Streben nach Privilegien, und das ist es, was der radikale Feminismus wirklich anstrebt, indem er die Hälfte der Bevölkerung gegen die andere Hälfte ausspielt, obwohl beide auf der gleichen Seite stehen sollten.

Wir sind sogar so weit, daß wir die Tatsache normalisieren, daß in vielen angeblich zivilisierten Ländern die Tötung einer Frau als Femizid bezeichnet wird. Und das wird härter bestraft als die Tötung eines Mannes, einfach aufgrund des Geschlechts des Opfers - wodurch das Leben einer Frau rechtlich mehr wert ist als das eines Mannes. Sie sprechen zudem von einem geschlechtsspezifischen Lohngefälle. Aber wenn man sich die Daten ansieht, wird klar, daß es keine Ungleichheit für die gleiche Arbeit gibt, sondern daß die meisten Männer dazu neigen, besser bezahlte Berufe zu wählen als die meisten Frauen.

Sie beschweren sich jedoch nicht darüber, daß die meisten Gefängnisinsassen Männer sind, daß die meisten Klempner Männer sind oder daß die meisten Opfer von Raub oder Mord Männer sind - ganz zu schweigen von der Mehrheit der Menschen, die in Kriegen gefallen sind. Doch wenn man diese Sachverhalte in den Medien oder sogar in diesem Forum anspricht, wird man als Frauenfeind betrachtet, nur weil man einen elementaren Grundsatz der modernen Demokratie und des Rechtsstaates verteidigt, nämlich die Gleichheit vor dem Gesetz. Und natürlich auch, weil man die Daten verteidigt.

Feindbild Mensch

Der Wokismus äußert sich auch in einem unheilvollen radikalen Umweltschutz und der Agenda des Klimawandels. Dabei ist der Erhalt unseres Planeten für künftige Generationen ist eine Frage des gesunden Menschenverstands. Niemand will auf einer Mülldeponie leben!

Aber wieder einmal hat es der Wokismus geschafft, diese grundlegende Idee zu pervertieren. Vom Schutz der Umwelt zur Freude der Menschen sind wir zu einem fanatischen Umweltschutz übergegangen, bei dem wir Menschen als ein Krebsgeschwür betrachtet werden, das ausgerottet werden müsse, und die wirtschaftliche Entwicklung als ein Verbrechen gegen die Natur angesehen wird.

Wenn wir jedoch argumentieren, daß die Erde bereits fünf abrupte Temperaturschwankungen durchlaufen hat und daß der Mensch während vier dieser Zyklen nicht einmal anwesend war, werden wir als 'Flat Earthers' (Flacherdler) bezeichnet, um unsere Ansichten zu diskreditieren, obwohl die Wissenschaft und die Daten auf unserer Seite sind.

Gender-Ideologie ist Kindesmißbrauch

Es ist kein Zufall, daß genau diese Gruppen auch die Hauptbefürworter der blutigen, mörderischen Abtreibungsagenda sind - einer Agenda, die auf der Grundlage der malthusianischen Prämisse entwickelt wurde, nach der die Überbevölkerung die Erde zerstören werde und wir daher eine Form der Bevölkerungskontrolle einführen müßten. Dies wurde sogar so weit ge-

trieben, daß wir heute auf der Erde eine Bevölkerungswachstumsrate sehen, die allmählich ein Problem darstellt, was auf die Förderung der Abtreibung zurückzuführen ist.
Solche Kreise fördern die LGBT-Agenda, indem sie versuchen, die Idee durchzusetzen, daß Frauen Männer und Männer Frauen sind, einfach aufgrund ihrer Selbstwahrnehmung. Und sie sagen nichts dazu, wenn ein Mann sich als Frau verkleidet und seine Gegnerin im Boxring tötet, oder wenn ein männlicher Gefängnisinsasse behauptet, eine Frau zu sein, und schließlich Frauen im Gefängnis sexuell mißbraucht.
Erst vor wenigen Wochen machte der Fall zweier schwuler Amerikaner, die sich sexuelle Vielfalt auf die Fahnen geschrieben hatten, weltweit Schlagzeilen. Sie wurden zu 100 Jahren Gefängnis verurteilt, weil sie ihre Adoptivkinder über zwei Jahre lang vergewaltigt und gefilmt hatten. Wenn ich von Mißbrauch spreche, möchte ich klarstellen, daß dies keine Übertreibung ist, denn in ihren extremsten Formen ist die Gender-Ideologie offener Kindesmißbrauch. Sie sind Pädophile. Ich möchte also wissen, wer so ein Verhalten unterstützt!
Gesunde Kinder werden durch Hormonbehandlungen und Verstümmelungen irreversibel geschädigt. Als ob ein fünfjähriges Kind in so etwas einwilligen könnte! Und wenn die Familie nicht damit einverstanden ist, gibt es immer staatliche Vertreter, die bereit sind, zugunsten dessen einzuschreiten, was sie das Wohl des Kindes nennen.
Glauben Sie mir: Die skandalösen Experimente im Namen dieser kriminellen Ideologie werden einmal verurteilt und mit jenen aus den dunkelsten Zeiten unserer Geschichte verglichen werden. Und hinter dieser Vielzahl abscheulicher Praktiken verbirgt sich das ewige Narrativ der Opferrolle, das immer bereit ist, Anschuldigungen wie Homophobie, Transphobie und andere erfundene Begriffe zu erheben, deren einziger Zweck es ist, diejenigen von uns zum Schweigen zu bringen, die es wagen, den Skandal aufzudecken - einen Skandal, an dem sowohl nationale als auch internationale Behörden mitschuldig sind.

Doktrin der Vielfalt

In unseren Unternehmen, öffentlichen Institutionen und Bildungseinrichtungen werden echte Verdienste zugunsten der Doktrin der Vielfalt verworfen, die einen Rückfall in die aristokratischen Systeme der Vergangenheit darstellt. Für jede Minderheit, die den Politikern einfällt, werden Quoten erfunden, was letztlich die Exzellenz der Institutionen untergräbt. Der Wokismus hat auch die Frage der Einwanderung verschoben, denn der freie Verkehr von Waren und Personen ist ein Grundpfeiler des Liberalismus.
Wir wissen das sehr gut. Argentinien, die Vereinigten Staaten und viele andere Länder sind dank der Einwanderer groß geworden, die ihre Heimat auf der Suche nach neuen Möglichkeiten verlassen haben. Wir sind jedoch von der Anwerbung ausländischer Talente zur Förderung der Entwicklung zu einer Masseneinwanderung übergegangen, die nicht von nationalen Interessen, sondern von Schuldgefühlen geleitet wird.
Da der Westen angeblich die Ursache für alle Übel in der Weltgeschichte ist, muß er sich selbst erlösen, indem er seine Grenzen für alle öffnet, was zu einer Form der umgekehrten Kolonisierung führt, die einem kollektiven Selbstmord gleichkommt. So sehen wir heute Bilder von Einwanderermassen, die europäische Bürger mißhandeln, angreifen oder sogar töten, deren einzige Sünde darin besteht, daß sie sich nicht an eine bestimmte Religion halten. Aber wenn jemand diese Situationen in Frage stellt, wird er sofort als Rassist, Fremdenfeind oder gar als Nazi abgestempelt.
Der Wokismus ist so tief in unsere Gesellschaften eingedrungen - gefördert von Institutionen wie dieser hier - , daß man nun sogar das Konzept des biologischen Geschlechts an sich in Frage stellt, und zwar durch den verhängnisvollen Einfluß der Gender-Ideologie, was zu noch stärkeren staatlichen Eingriffen durch absurde Gesetze geführt hat - wie etwa, daß der Staat teure Hormonbehandlungen und Operationen finanzieren muß, um das Selbstbild bestimmter Personen zu erfüllen.

Erst jetzt beginnen wir die Auswirkungen in einer ganzen Generation zu sehen, die ihre Körper verstümmelt hat, gefördert durch eine Kultur des sexuellen Relativismus, und diese Menschen werden ihr ganzes Leben in psychiatrischer Behandlung verbringen müssen, um damit fertig zu werden, was sie sich selbst angetan haben. Doch niemand wagt es, über diese Probleme zu sprechen. Und nicht nur das - die große Mehrheit ist auch der falschen Selbstwahrnehmung einer winzigen Minderheit ausgeliefert.
Der Wokeismus versucht, unsere Zukunft zu kapern, denn indem er die Fakultäten der renommiertesten Universitäten der Welt beherrscht, bringt er die Eliten unserer Länder dazu, die Kultur, die Ideen und die Werte, die uns groß gemacht haben, abzulehnen und zu verleugnen, was unser soziales Gefüge weiter schädigt.

"Der Friede hat uns schwach gemacht"

Welche Zukunft haben wir, wenn wir unseren jungen Menschen beibringen, sich für unsere Vergangenheit zu schämen? All dies hat sich in den letzten Jahrzehnten nach dem Fall der Berliner Mauer herausgebildet und weiter entwickelt. Seltsamerweise begannen freie Nationen, sich selbst zu zerstören, als sie keine Gegner mehr zu besiegen hatten.
Der Friede hat uns schwach gemacht. Wir wurden von unserer eigenen Selbstgefälligkeit besiegt. All diese und andere Fehlentwicklungen, die ich aus Zeitgründen nicht aufzählen kann, sind die Bedrohungen, die den Westen heute gefährden. Und leider sind dies die Überzeugungen, die Institutionen wie diese hier seit 40 Jahren fördern, und niemand hier kann seine Unschuld beteuern. Seit Jahrzehnten wird eine finstere und mörderische Ideologie angebetet, als wäre sie ein goldenes Kalb, das Himmel und Erde in Bewegung setzt, um sie der Menschheit aufzuzwingen.
Aus dieser Organisation sowie aus den einflußreichsten supranationalen Gremien kommen die Ideologen dieser Barbarei. Multilaterale Kreditorganisationen waren Instrumente der Erpressung, während viele nationale Regierungen, insbesondere in der Europäischen Union, als ihr bewaffneter Flügel fungierten.
Ist es nicht so, daß gerade jetzt, während wir hier sprechen, in Großbritannien Bürger inhaftiert werden, weil sie schreckliche Verbrechen von muslimischen Migranten aufgedeckt haben? Verbrechen, die die Regierung zu vertuschen versucht? Oder haben die Brüsseler Bürokraten die Wahlen in Rumänien nicht einfach ausgesetzt, weil ihnen der Kandidat, der gewonnen hatte, nicht gefiel?

Die neue Zwei-Klassen-Gesellschaft

Bei jeder Diskussion besteht die primäre Strategie des Wokismus darin, diejenigen von uns, die diese Dinge hinterfragen, zu diskreditieren, indem sie uns erst abstempeln und dann zum Schweigen bringen. Wenn du weiß bist, mußt du rassistisch sein. Wenn du ein Mann bist, mußt du ein Frauenfeind oder Teil des Patriarchats sein. Wenn du reich bist, mußt du ein grausamer Kapitalist sein. Wenn du heterosexuell bist, mußt du heteronormativ, homophob oder transphob sein.
Für jede Herausforderung haben sie ein Etikett, und dann versuchen sie, dich mit Gewalt oder mit juristischen Mitteln zu unterdrücken. Denn hinter der Rhetorik von Vielfalt, Demokratie und Toleranz, die sie so oft predigen, verbirgt sich in Wirklichkeit ihr unverhohlener Wunsch, Dissens, Kritik und letztlich die Freiheit zu beseitigen, damit sie weiterhin ein Modell aufrechterhalten können, von dem sie selbst am meisten profitieren.
Haben wir nicht erst vor kurzem gehört, wie einige führende europäische Behörden - und zwar ziemlich rote - tatsächlich offen zur Zensur aufgerufen haben? In Wirklichkeit gibt es keine Zensur, sondern nur die Vorstellung, daß man diejenigen zum Schweigen bringen muß, die sich nicht der Woke-Ideologie anschließen.
Und was für eine Gesellschaft kann der Wokismus schaffen? Eine Gesellschaft, die den freien Austausch von Waren und Dienstleistungen durch die willkürliche Verteilung von Reichtum

mit vorgehaltener Waffe ersetzt. Eine, die freie Gemeinschaften durch Zwangskollektivierung ersetzt. Eine, die das kreative Chaos des Marktes durch die sterile und sklerotische Ordnung des Sozialismus ersetzt. Eine Gesellschaft voller Ressentiments, in der es nur zwei Arten von Menschen gibt - auf der einen Seite diejenigen, die Netto-Steuerzahler sind, und auf der anderen diejenigen, die vom Staat profitieren.

Damit meine ich nicht diejenigen, die Sozialhilfe erhalten, weil sie nicht genug zu essen haben. Ich spreche von den privilegierten Konzernen, den Bankern, die während der Subprime-Krise gerettet wurden, von der Mehrheit der Medien, den als Universitäten getarnten Indoktrinationszentren, der staatlichen Bürokratie, den Gewerkschaften, den Sozialverbänden und den Vetternwirtschaftlern, die von den Steuern der hart arbeitenden Bürger und Steuerzahler leben. Ich spreche von der Welt, die Ayn Rand in "Atlas Shrugged" beschreibt und die leider Realität geworden ist. Es ist ein System, in dem der große Gewinner die politische Klasse ist, die sowohl Schiedsrichter als auch Akteur in diesem Umverteilungsspiel ist.

Marktversagen? Nein, Politikversagen!

Ich sage es noch einmal: Die politische Klasse ist ein Schiedsrichter und Akteur, eine Partei mit eigenen Interessen bei dieser Umverteilung. Natürlich ist derjenige, der umverteilt, auch derjenige, der den Löwenanteil einkassiert. Und trotz der kosmetischen Unterschiede zwischen den verschiedenen politischen Parteien haben sie gemeinsame Interessen, Partner und Absprachen sowie ein unerschütterliches Engagement für die Erhaltung des Status quo.

Deshalb nenne ich sie alle die "Partei des Staates" - ein System, das sich hinter wohlfeilen Phrasen versteckt, die behaupten, daß der Markt versagt habe. Und diese Parteien halten sich dafür verantwortlich, das vermeintliche Versagen durch Vorschriften, Zwang und Bürokratie zu korrigieren. Aber so etwas wie Marktversagen gibt es nicht. Marktversagen - ich wiederhole es - gibt es nicht! Da der Markt ein Mechanismus der sozialen Zusammenarbeit ist, bei dem Eigentumsrechte freiwillig ausgetauscht werden, ist der Begriff des Marktversagens ein Widerspruch in sich.

Das Einzige, was solche Eingriffe bewirken, ist die Schaffung neuer Verzerrungen innerhalb des Preissystems, was wiederum wirtschaftliches Kalkül, Ersparnisse und Investitionen behindert - was letztlich zu noch mehr Armut führt oder zu einem Geflecht von verabscheuungswürdigen Vorschriften, das, wie es in Europa der Fall ist, das Wirtschaftswachstum abtötet. Wie ich in meinen Reden oft sage: Wenn Sie glauben, daß ein Marktversagen vorliegt, gehen Sie hin und prüfen Sie, ob der Staat nicht beteiligt ist. Und wenn Sie feststellen, daß dies nicht der Fall ist, überprüfen Sie es noch einmal, denn Sie haben sich geirrt.

"Wir stehen vor einer Zeitenwende"

Da der Wokismus nichts anderes als ein systematischer Plan der Staatspartei ist, um staatliche Eingriffe zu rechtfertigen und die öffentlichen Ausgaben zu erhöhen, bedeutet dies, daß unsere erste und wichtigste Aufgabe - wenn wir wirklich den Fortschritt des Westens wiedergewinnen und ein neues goldenes Zeitalter einläuten wollen - die drastische Verkleinerung des Staates sein muß.

Nicht nur in jedem einzelnen unserer Länder, sondern auch durch die drastische Reduzierung aller supranationalen Organisationen, denn nur so kann dieses perverse System ausgemerzt werden - indem ihm die Ressourcen entzogen werden, um den Steuerzahlern zurückzugeben, was ihnen gehört, und dem Verkauf von Vergünstigungen ein Ende zu setzen. Es gibt keine bessere Methode, die staatliche Bürokratie abzuschaffen, als den Verkauf von Gefälligkeiten gar nicht erst zuzulassen.

Die Aufgaben des Staates müssen wieder auf den Schutz des Rechts auf Leben, Freiheit und Eigentum beschränkt werden. Jede andere Funktion, die der Staat übernimmt, wird auf Kosten seiner grundlegenden Funktionen gehen und unweigerlich zu dem "allgegenwärtigen Leviathan" führen, unter dem wir heute alle leiden.

Heute sind wir Zeugen der weltweiten Erschöpfung dieses Systems, das uns in den letzten Jahrzehnten beherrscht hat. Wie in Argentinien, so verschärft sich auch im Rest der Welt der einzige wirklich relevante Konflikt dieses und aller vorangegangenen Jahrhunderte: der Konflikt zwischen freien Bürgern und der politischen Kaste, die sich an die bestehende Ordnung klammert und ihre Bemühungen zur Zensur, Verfolgung und Zerstörung verdoppelt.
Glücklicherweise organisiert sich überall in der freien Welt eine schweigende Mehrheit. Und in jedem Winkel unserer Hemisphäre hallt das Echo dieses Schreis nach Freiheit wider. Wir stehen vor einer Zeitenwende, einer kopernikanischen Wende, der Zerstörung eines Paradigmas und dem Aufbau eines neuen. Und wenn global einflußreiche Institutionen wie diese ein neues Kapitel aufschlagen und sich in gutem Glauben an diesem neuen Paradigma beteiligen wollen, müssen sie die Verantwortung für die Rolle übernehmen, die sie in den vergangenen Jahrzehnten gespielt haben, und der Gesellschaft das Mea culpa zugestehen, das von Ihnen verlangt wird.

"Mögen die Mächte des Himmels mit uns sein!"

Abschließend möchte ich mich direkt an die Staats- und Regierungschefs der Welt wenden; an alle, die an der Spitze der Nationalstaaten stehen, aber auch an die großen Wirtschaftskonzerne und einflußreichen internationalen Organisationen, ob sie nun heute hier anwesend sind oder von zu Hause aus zuhören.
Die politischen Formeln der vergangenen Jahrzehnte, die ich in dieser Rede angesprochen habe, sind gescheitert und brechen nun unter ihrem eigenen Gewicht zusammen. Das heißt: zu denken wie alle anderen, zu lesen, was alle anderen lesen, und zu sagen, was alle anderen sagen, kann nur in die Irre führen - auch wenn viele immer noch darauf beharren, auf den Abgrund zuzumarschieren.
Das Drehbuch der letzten 40 Jahre ist ausgelaufen, und wenn ein System zu Ende geht, öffnet sich die Tür der Geschichte. Deshalb sage ich allen führenden Politikern der Welt: Es ist an der Zeit, sich von diesem Drehbuch zu lösen! Es ist an der Zeit, mutig zu sein! Es ist an der Zeit, das Denken zu wagen und es zu wagen, unsere eigenen Verse zu schreiben.
Denn wenn die Ideen und Erzählungen der Gegenwart alle dasselbe aussagen - und sie sagen das Falsche aus -, bedeutet Mut, außerhalb der Zeit zu stehen. Es bedeutet, zurückzublicken, sich nicht vom Flüchtigen blenden zu lassen und das Universelle aus den Augen zu verlieren. Es bedeutet, Wahrheiten zurückzuerobern, die für unsere Vorfahren selbstverständlich waren und die den Kern des Erfolgs der westlichen Zivilisation bilden, die jedoch vom monolithischen Denken der letzten Jahrzehnte wie Ketzereien verfolgt wurden.
Wie Churchill einmal sagte: Je weiter du zurückblicken kannst, desto weiter wirst du voraussichtlich nach vorne sehen. Mit anderen Worten: Wir müssen uns mit den vergessenen Wahrheiten unserer Vergangenheit verbinden, um die Knoten der Gegenwart zu entwirren und den nächsten Schritt als Zivilisation in die Zukunft zu gehen.
Und was sehe ich, wenn ich zurückblicke? Daß wir die letzte bewährte These für wirtschaftlichen und sozialen Erfolg erneut annehmen müssen. Es ist das Modell der Freiheit - die Ideen der Freiheit wieder zu umarmen. Zurück zum Libertarismus! Das ist es, was wir in Argentinien tun. Das ist es, worauf ich vertraue, daß es Präsident Trump im neuen Amerika tun wird. Und das ist es, wozu wir alle großen Nationen der freien Welt einladen, wenn sie rechtzeitig noch das aufhalten wollen, was ohne Zweifel ein Weg in die Katastrophe ist.
Letztendlich schlage ich vor, daß wir den Westen heute wieder groß machen. Heute, genau wie vor 215 Jahren, hat Argentinien seine Ketten gebrochen und lädt uns - wie es unsere Nationalhymne erklärt - alle Sterblichen der Welt ein, den heiligen Ruf zu hören: "Freiheit, Freiheit, Freiheit! Mögen die Mächte des Himmels mit uns sein." Vielen Dank - und es lebe die Freiheit, verdammt nochmal!
Eine starke Rede! Mehr über Milei und seine argentinische Revolution lesen Sie in der Janu-

ar-Ausgabe von COMPACT. mit dem Titelthema "Krieg oder Frieden". …<<

USA: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 5. Februar 2025 (x1.493/…): >>**Abschiebungen: Trump legt los**

Von *Sven Eggers*

Alle Welt staunt. Dem neuen US-Präsidenten werden alle möglichen Vorwürfe gemacht, aber Untätigkeit zählt nicht dazu. Während bei uns die banalsten Asyl-Gesetze im Bundestag scheitern, setzt Trump jetzt auf Massenabschiebungen. …

Abschiebungen und Gefängnisstrafen: Der Umgang mit ausländischen Kriminellen war in US-Amerika eines der zentralen Wahlkampfthemen. Gerade auf diesem Gebiet hatte Donald Trump eine große Wende versprochen und angekündigt, "so viele Migranten wie noch nie zuvor" des Landes verweisen zu wollen. Immer wieder war von Massenabschiebungen die Rede. Jetzt will der neue Mann im Weißen Haus Nägel mit Köpfen machen.

Deal mit El Salvador

Gerade hat er mit El Salvador eine Vereinbarung ausgehandelt, die es ihm ermöglicht, Straftäter und illegale Migranten in ein Mega-Gefängnis in Zentralafrika zu entsenden. Auch amerikanische Gewaltverbrecher sollen nach El Salvador verbracht werden können. Die Haftbedingungen seien äußerst ungemütlich sein, wurde bereits publikumswirksam angekündigt.

El Salvadors Präsident Nayib Bukele habe dem Abkommen zugestimmt, bestätigte US-Außenminister Marco Rubio. Die Vereinbarung sei am 3. Februar erfolgt. Das Gefängnis an der Pazifikküste werde gegen eine "Gebühr" zur Verfügung gestellt, stellte Bukele klar.

Tammy Bruce, Sprecherin des US-Außenministeriums hat sich in dieser Angelegenheit ebenfalls zu Wort gemeldet und zusammengefaßt: "Präsident Bukele hat zugestimmt, alle Mitglieder der salvadorianischen MS-13-Gang, die sich illegal in den Vereinigten Staaten aufhalten, zurückzunehmen. Er hat auch versprochen, gewalttätige illegale Einwanderer, darunter Mitglieder der venezolanischen Tren de Aragua-Gang, aber auch kriminelle illegale Migranten aus allen Ländern aufzunehmen und einzusperren."

Und dann: "Und in einer außergewöhnlichen Geste, die noch nie zuvor von einem Land gewährt wurde, bot Präsident Bukele an, gefährliche amerikanische Kriminelle in seinen Gefängnissen unterzubringen, darunter auch US-Bürger und Personen mit legalem Aufenthalt."

Glaubt man der Berichterstattung britischer Boulevardmedien, so könnten die ersten Abschiebeflüge aus den USA nach El Salvador bereits in wenigen Tagen starten.

"Hölle auf Erden"

In dem Mega-Gefängnis "Cecot", Kurzform für "Centro de Confinamiento del Terrorismo", das es seit zwei Jahren gibt, sitzen jetzt schon bis zu 40.000 Straftäter ein. Medien bezeichnen die Haftanstalt als "Hölle auf Erden". Das Nachrichtenportal News.de merkt an: "Der Aufbau des Gefängnisses in El Salvador hat offensichtlich bereits Wirkung gezeigt. Die Mordrate ging daraufhin in dem mittelamerikanischen Land deutlich zurück."

Menschenrechtsaktivisten sind erwartungsgemäß auf den Plan getreten und warnen jetzt vor willkürlichen Abschiebungen. Es sei zu befürchten, daß das neue Abkommen mit den USA möglicherweise nicht auf Gewaltverbrecher beschränkt sein wird.

Das Thema Migration nimmt in dieser ersten Phase seit dem Trump-Amtsantritt breiten Raum ein. US-Außenminister Marco Rubio ist derzeit auf Mittelamerika-Tour, und bei all seinen Gesprächen geht es in erster Linie um Migrationsfragen. Am Wochenende besuchte er zunächst Panama. Nach der Stippvisite in El Salvador geht es nach Costa Rica, Guatemala und in die Dominikanische Republik.

Donald Trump hatte ja gleich nach seinem Amtsantritt den nationalen Notstand an der Grenze zu Mexiko ausgerufen und allein zehn Dekrete zum Thema Migration unterschrieben. Angeordnet sind verstärkter Einsatz der Armee zum Grenzschutz oder ein Aussetzen des Asylrechts. Nach Personen, die die öffentliche Sicherheit gefährden, sollte sofort und gezielt ge-

fahndet werden.

Größer als unter Eisenhower

Die Ausmaße des Remigrationsprogramms sollen laut Trump weitaus größer ausfallen als bei einer ähnlichen Initiative von US-Präsident Eisenhower: Im Sommer 1954 wurden in einer konzertierten Aktion mehrere hunderttausend illegale Migranten in Bussen, Flugzeugen und Booten zurück in ihr Heimatland Mexiko geschickt. Der Leiter der US-Einwanderungsbehörde erklärte die Grenze anschließend für "gesichert".

Diese als Operation Wetback in die Geschichte eingegangene Abschiebungsoffensive soll nach Trumps Willen nun wieder aufleben - doch diesmal geht es nicht um 100.000 oder 300.000 Illegale, sondern um knapp elf Millionen. Hatte er als Präsident den Zustrom über die Südgrenze Amerikas deutlich senken können, ist dieser seit der Machtübernahme Joe Bidens wieder kontinuierlich angeschwollen. Allein im Jahr 2022 gelangten über 2,5 Millionen Ausländer ohne Aufenthaltsberechtigung in die USA.

Was wir vom neuen US-Präsidenten zu erwarten haben, steht im COMPACT-Spezial "Trump. Sein Leben. Seine Politik. Sein großes Comeback". …<<

Palästina: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 5. Februar 2025 (x1.493/…): >>**Irre: Trump reklamiert Gaza für die USA**

Von *Jürgen Elsässer*

Geopolitische Bombe: Palästinenser sollen in Nachbarländer vertrieben werden. Netanjahu freut sich.

Gerade hatte sich noch die ganze Welt gefreut, daß Trump einen Waffenstillstand für Gaza zustandsgebracht hat, dann kommt gestern das: Beim Staatsbesuch von Netanjahu in Washington verkündete der US-Präsident, daß die USA die Kontrolle über den Gaza-Streifen übernehmen und ihn "von allen gefährlichen Bomben und Tunneln befreien" wollen. Die USA könnten aus dem Küstenstreifen die "Riviera des Nahen Ostens" machen.

Für den Wiederaufbau wolle er die zwei Millionen Bewohner Gazas in die Nachbarländer umsiedeln - vor allem nach Ägypten und Jordanien. "Umsiedeln" ist ein Euphemismus für Vertreibung … Gaza soll in "langfristiges Eigentum der USA" übergehen. Sorry, das ist astreiner Kolonialismus.

Die israelische Regierung, allesamt Krypto- oder Hardcore-Faschisten, sind entzückt. Die arabische Welt lehnt knallhart ab, selbst US-Freund Saudi-Arabien. Aus Trumps Administration und dem MAGA-Umfeld war bisher keine Kritik zu hören. Eigentlich müßten Leute wie Alex Jones, Tulsi Gabbard oder Steve Bannon, die es mit "America First" und dem Rückzug von anderen Kontinenten ernst meinen, scharf dagegen opponieren. Bislang habe ich nur eine Kritik von Nicholas J. Fuentes, einem einflußreichen Rechtsblogger, gesehen. …

Hatte man beim Waffenstillstands-Durchbruch noch geglaubt, daß Trump sich aus den Fängen der zionistischen Lobby befreit hätte, zeigt sich jetzt, daß er deren Vertreter in seiner Familie, nämlich seinem Schwiegersohn Jared Kushner, doch noch feuchte Träume wahr gemacht hat. Dieser regte im März 2024 britischen Guardian an, die wertvollen Grundstücke in bester Uferlage am östlichen Mittelmeer gewinnbringend zu vermarkten.

Kushner empfahl schon damals, im Rahmen der "allgemeinen Säuberung von Gaza" die entsprechenden Gebiete freizuräumen. Und das möglichst dauerhaft, etwa mit einer Vertreibung der bisherigen Bewohner in die Wüste Negev. Wenn er für Israel verantwortlich wäre, würde er die Zivilisten etwa aus Rafah herausholen und "mit Diplomatie" nach Ägypten bringen. "Ich denke, daß es jetzt der richtige Schritt wäre, den Negev zu öffnen, dort ein sicheres Gebiet zu schaffen, die Zivilisten hinauszuschicken und dann hineinzugehen und die Arbeit (er meint wohl: die militärische Eroberung) zu Ende zu bringen."

Bleibt abzuwarten, wie Trump das durchsetzen will. Nachdem Israels Armee mit der Hamas nicht fertig wurde, wird die US Army das wohl auch nicht hinbekommen. Aber das Sterben

könnte neue schreckliche Dimensionen annehmen.<<

06.02.2025

BRD: Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 6. Februar 2025 (x1.495/…): >>**Exklusive Analyse: So finanziert die CDU den Terror gegen sich selbst!**

Während sich die CDU als Opfer linksextremer Gewalt inszeniert, wird am Beispiel der CDU-Landesregierung in Nordrhein-Westfalen deutlich, daß es die CDU selbst ist, die linke Strukturen finanziert. Es fließen erhebliche Summen in Programme, die exakt jenen ideologischen Strömungen zugutekommen, die sonst vor allem von linken Parteien gefördert werden. Besonders auffällig sind dabei folgende Punkte:

Direkte und indirekte Finanzierung linker Strukturen

Programme wie "NRWeltoffen", "Demokratie leben!", "KOMM-AN NRW" oder "Gemeinsam Mehrwert" zielen offiziell auf Demokratieförderung, Extremismusprävention und Integration ab. In der Praxis finanzieren sie jedoch eine Vielzahl von Akteuren, die stark mit linken bis linksextremen Netzwerken verflochten sind.

Diese Förderprogramme gehen nicht nur an unpolitische Integrationsmaßnahmen, sondern oft auch an NGOs und Vereine, die sich explizit dem "Kampf gegen Rechts" widmen - eine Bezeichnung, die in Deutschland nicht selten als ideologische Kampfansage gegen konservative oder rechte Positionen genutzt wird.

Finanzierung aus Bundes- und Landestöpfen

"Demokratie leben!" (Bundesprogramm) finanziert mit über 180 Mio. Euro pro Jahr zahlreiche Organisationen, die mit linker Identitätspolitik, "antifaschistischen" Strukturen oder woken Bildungsprojekten in Verbindung stehen.

NRW nutzt dieses Bundesprogramm aktiv, ergänzt es aber um eigene Fördermittel (z.B. über "NRWeltoffen", das ca. 14,37 Mio. Euro bis 2027 bereitstellt, oder "KOMM-AN NRW", das jährlich über 7 Mio. Euro aus Landesmitteln verteilt).

Meldeportale und ideologisch geprägte Zensur-Initiativen

Die landeseigenen Meldeportale zur "Bekämpfung von Haß und Rassismus" in NRW sind eine direkte Umsetzung linksideologischer Narrative und dienen in der Praxis oft dazu, mißliebige Meinungen zu sanktionieren.

Die Etablierung dieser Strukturen erfolgt unter CDU-geführten Landesregierungen - unter anderem durch die Finanzierungen im Rahmen des NRW-Haushalts, obwohl die Partei sich nach außen gerne als Verteidiger der Meinungsfreiheit inszeniert.

"Dritte Orte" als weiteres Beispiel für ideologisch gelenkte Förderung

Das Programm "Dritte Orte" wird mit über 32 Mio. Euro für zwei Phasen (2019-2028) gefördert und schafft Begegnungszentren, die inhaltlich oft von linken oder linksliberalen Kulturakteuren geprägt sind.

Hier zeigt sich erneut, daß auch CDU-geführte Regierungen aktiv Strukturen schaffen, die ideologische Narrative aus dem linken Spektrum stützen.

Fazit:

Die CDU in NRW finanziert faktisch dieselben Netzwerke, gegen die sie sich in ihrer öffentlichen Rhetorik angeblich stellt. Während sie sich als Opfer von "linksextremer Gewalt" darstellt und medienwirksam Angriffe auf Parteibüros oder Wahlkämpfer skandalisiert, sorgt sie auf Verwaltungsebene dafür, daß die "woke Industrie" mit Millionensummen aus Steuergeldern weiter wächst. Besonders brisant ist dabei die Doppelfinanzierung aus Landes- und Bundestöpfen, was die Verflechtungen dieser Netzwerke noch deutlicher macht.

Wer also auf eine konsequente konservative Politik hofft, wird von der CDU enttäuscht - in CDU-regierten Ländern wird linke Ideologie unter dem Deckmantel der Demokratieförderung und Extremismusprävention mit Steuergeld am Leben gehalten.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 6. Februar 2025 (x1.498/…):

>>**Die grünen Zerstörer der deutschen Wirtschaft und Umwelt**

Ideologische Vorgaben zerstören intakte Kraftwerke. Teurer Zufallsstrom von Wind- und Solaranlagen vernichtet die deutsche Wirtschaft und zerstört die Umwelt.

Von Prof. Dr. Ing. *Hans-Günter Appel*

Das total zerstörte Deutschland wurde nach dem letzten Krieg mit Energie aus Kohle wieder aufgebaut. Mit Kohle wurde geheizt, Eisen und Maurerkalk erzeugt und das Land mit Strom versorgt. Das Ruhrgebiet und das Saarland boomten mit ihrer Steinkohleförderung. Braunkohlestrom aus den großen Tagebauen westlich von Köln versorgte weite Teile des Ruhrgebiets.

Teurer Strom

Mit preiswertem Erdöl aus Saudi-Arabien wurde in den 1960er Jahren die Steinkohleförderung zu teuer. Viele Betriebe wechselten zu preiswerterem Erdöl, das leicht regelbar den Brennern zugeführt werden konnte. Doch für eine sichere Energieversorgung wurde die Kohleförderung und Verstromung staatlich weiter gestützt. Hinzu kam der Bau von Kernkraftwerken. In den 1970er Jahren war der Strom am günstigsten. Ein Industriearbeiter mußte 0,9 Minuten für 1 Kilowattstunde Haushaltstrom arbeiten. Heute ist es die doppelte Arbeitszeit, wenn man die Subventionen und Regelkosten für den sogenannten regenerativen Strom einrechnet, die aus dem Steueraufkommen bezahlt werden und nicht in der Stromrechnung erscheinen.

Protest gegen Kernkraftwerke mit falschen Argumenten

Ende des 20. Jahrhundert organisierten Grüne große Demonstrationen gegen die Kernkraftwerke. Die Kernkraftwerke seien zu gefährlich. Durch technische Störungen könne Strahlung austreten, die große Gebiete von Deutschland unbewohnbar machen und Krebserkrankungen verursachen würden. Die ausgedienten Brennelemente, die noch 90 Prozent der ursprünglichen Energie enthalten, müßten über Millionen Jahre strahlensicher gelagert werden. Diese Argumente widersprechen der Physik und den Erfahrungen.

Die Krebsrate der Menschen, die die Atombombenabwürfe in Hiroshima und Nagasaki überlebt haben, ist nicht angestiegen. Die Strahlung der Brennelemente verringert sich in wesentlich kürzeren Zeiten auf unbedenkliche Werte. Außerdem sollten wir die große Restenergie nutzen, statt sie zu vergraben. Möglich wären Heizwerke für Fernwärme.

Die Demonstrationen hatten Erfolg. Die Regierung entschloß sich, aus der Kernenergie auszusteigen. Sie sollten durch effiziente Kohlenkraftwerke ersetzt werden. Allein am Tiefwasserhafen von Wilhelmshaven sollten 3 neue Kraftwerke entstehen. Nur ein Werk wurde verwirklicht. Fachleute der Stromwirtschaft verhandelten Anfang dieses Jahrhunderts mit dem damaligen Umweltminister Trittin und seinen Staatssekretär Baake über die Umstellung, die die Stromversorgung nicht gefährden sollte.

Sichere Stromversorgung wird aufgegeben

Das waren die letzten rationalen politischen Aktionen zu einer sicheren und preiswerten Energieversorgung. Nun sollte die Energie von Sonne und Wind genutzt werden. Diese Energie sei im Überfluß vorhanden und noch dazu kostenlos, wie es der Grünen-Prediger Franz Alt über Jahrzehnte verkündete. Von dem teuren und umweltzerstörenden Einsammeln dieser geringen Energiedichten hat der Theologe Alt wohl einfach bis heute seine Augen verschlossen.

Die Politik folgte Franz Alt und brachte mit dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG) die Umstellung und damit die allmähliche Zerstörung Deutschlands auf den Weg, wie sich jetzt als unübersehbar herausstellt. Investoren in die sogenannte erneuerbare Stromerzeugung erhielten für 20 Jahre lukrative Einspeisevergütungen, verbunden mit der bevorzugten Einspeisung ihres Stroms in das Netz.

Die guten, gesetzlich gesicherten, Gewinne führten schnell zum Bau vieler Wind-, Solar- und Biogasanlagen. Aloys Wobben, der Gründer von Enercon, wurde zum Milliardär. Banken fi-

nanzierten die Anlagen zu fast 100 Prozent. Wer es schaffte, Windgeneratoren mit einer Leistung von 20 Megawatt zu betreiben, wurde auf Kosten der Stromkunden zum Einkommens-Millionär. Die Energiewende ist eine unsoziale Umverteilung von unten nach oben. Und keine Gewerkschaft erhebt Einspruch.

Stromkosten werden verschleiert

Die Profiteure des EEG nahmen schnell zu. Die 4- bis 5-mal höheren Kosten des Öko-Stroms mußten die Stromkunden mit der EEG-Umlage bezahlen. Zunächst waren das kleine Beträge. Doch sie wuchsen schnell auf 30 bis 50 Milliarden Euro / Jahr. Um den Preisanstieg auf der Stromrechnung zu bremsen, wird seit Kurzem die Einspeisevergütung aus den CO2-Steuern beglichen. Eine Verdummung der Stromkunden, denn damit steigt die Steuerlast. Der steigende Strompreis treibt seit 20 Jahren immer mehr Betriebe ins Ausland. Das ist an volkswirtschaftlichen Zahlen nachweisbar. Die Politik nahm davon keine Notiz.

Ideologen beherrschen die Energiepolitik

Grüne fast aller Parteien trieben die Energiewende voran. Deutschland solle ausschließlich mit Strom aus Sonne, Wind, Biomasse und Wasserkraft versorgt werden. Das sei klimaneutral. Neben den Kernkraftwerken sollen auch alle Kohlekraftwerke stillgelegt werden. Die Kohlekommission, eine Gruppe aus Lokalpolitikern, Gewerkschaftlern, Kirchenvertretern und anderen Organisationen, jedoch ohne einen Energiefachmann, hat das empfohlen. Inzwischen sind alle Kernkraftwerke außer Betrieb.

Wichtige Teile der Anlagen wurden sofort zerstört, damit ein Wiederanfahren nicht mehr möglich ist. Gleiches geschieht mit den stillgelegten Kohlekraftwerken. Darunter ist auch das neue Kraftwerk Moorburg bei Hamburg, das nur wenige Jahre in Betrieb war.

Die Regelenergie, die unzuverlässigen Wind- und Solarstrom auf den Bedarf ergänzen muß, kam bisher von den Kohlenkraftwerken. Mit dem Mangel an regelbaren Kraftwerken sinkt die Versorgungssicherheit bis hin zum Blackout. Das haben nun auch die grünen Energiewender erkannt. Neue Gaskraftwerke mit etwas geringeren CO2-Emissionen sollen nun die Regelenergie liefern. Doch die sind bisher noch nicht einmal geplant. Erdgas soll später durch Wasserstoff ersetzt werden. Eine utopische Idee, in die schon viele Milliarden Euro von der Ampelregierung versenkt wurden.

Versorgungsprobleme durch teuren Ausbau von Wind- und Solaranlagen

Inzwischen haben wir in Deutschland Wind- und Solaranlagen mit einer installierten Leistung von 170 Gigawatt, für die rund 170 Milliarden Euro investiert wurden. Die mittlere Jahresleistung erreicht aber nur etwa 25 Gigawatt mit vom Wetter abhängigen Schwankungen zwischen Null und 80 Gigawatt. Das heißt, bei Dunkelflauten (windstillen Nächten) gibt es keinen grünen Strom aus Sonne und Wind. Kraftwerke müssen die gesamte Versorgung bis zu 70 Gigawatt übernehmen. Dazu reicht die Kraftwerkskapazität nach dem Abschalten der letzten Kernkraftwerke und der ersten Kohlekraftwerke nicht mehr. Wir müssen Kernkraft- und Kohlestrom importieren.

An Wochenenden sinkt die geforderte Leistung bis zu 40 Gigawatt ab. Dann wird das Netz bei Sonnenschein und kräftigen Wind überlastet. Werden keine Abnehmer für den überschüssigen Strom gefunden, schalten Sicherungen das Netz ab. Blackout! Die Entsorgung des Überschuss-Stroms muß bezahlt werden. Die Beträge werden an der Strombörse ausgehandelt. Es werden bis zu 10 Cent / Kilowattstunde zusätzlich zu der hohen Einspeisevergütung fällig. Im letzten Jahr gab es mehr als 500 Stunden mit negativen Börsenpreisen.

Deutschland wird erpreßbar

Die doppelte Erzeugerkapazität, unzuverlässiger und teurer Strom aus Sonne und Wind, der durch sicheren und preiswerten Kraftwerkstrom bei Dunkelflaute zu 100 Prozent ersetzt werden muß, ist das Ergebnis der Energiewende. Das ist volkswirtschaftlicher Unsinn und macht Deutschland erpreßbar. Denn wir sind heute schon auf Energieimporte angewiesen. Mit der

geplanten Beendigung der Braunkohleförderung geben wir auch den letzten heimischen Energieträger auf.
Das Ausland lacht ungläubig über die Deutsche Energiepolitik, die eine einst blühende Wirtschaft zerstört hat und noch vorhandene Betriebe vertreibt. Darüber hinaus zerstören Windgeneratoren und Solarzellen die Landschaft und die Umwelt. Zum Bau von Windgeneratoren werden Wälder und Naturschutzgebiete freigegeben. Die Zahlen über getötete Vögel, Fledermäuse und Insekten durch Windgeneratoren sind beängstigen hoch und unbestritten.

Energiebasis von China, Rußland und der USA bleibt Kohle, Erdöl und Erdgas

Wir können nicht so weiter machen. Die Parteien müssen zur Realität zurück, die heißt: Die Energiewende ist gescheitert. Wir müssen unsere Wirtschaft wieder mit sicherer und preiswerter Energie versorgen. Die gibt es außer der Kernkraft nur von den fossilen Energieträgern Kohle, Erdöl und Erdgas.
Die USA, China und Rußland haben das erkannt und nutzen diese Energieträger weiter als Basis für ihre Wirtschaft. Sie betreiben auch Wind- und Solaranlagen zur Erprobung. Aber der US-Präsident Trump hat das Pariser Klimaabkommen aufgekündigt.
Chinas Staatspräsident Xi Jinping will sein Land auf "klimafreundliche" Stromerzeugung nach erfolgreicher Erprobung umstellen. Mit dieser Versicherung stützt er Chinas Exporte in Länder, die das Pariser Klimaabkommen unterschrieben haben, ohne die fossilen Brennstoffe als Energiebasis für Wirtschaft und Wohlstand aufzugeben. Und Rußlands Wirtschaft wächst dank der Förderung und dem Export fossiler Energien und dem Bau von Kernkraftwerken.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 6. Februar 2025 (x1.497/…):

>>**13-Jähriger sticht Jugendlichem in den Hinterkopf: Tat wurde zuvor angekündigt**

In Bayern attackierte Anfang Januar ein Jugendlicher einen 14-jährigen Jungen mit einem Messer. Der Täter soll versucht haben, dem Jungen in den Hinterkopf zu stechen. Beide wurden anschließend in eine Klinik eingewiesen - der 13-Jährige kündigte die Tat zuvor mehrfach an.

Von *Redaktion*

In Bayern soll ein Jugendlicher einem 14-Jährigen am 7. Januar mit einem Messer in den Kopf gestochen haben. Der Vorfall ereignete sich an einer Haltestelle in Schnelldorf im Landkreis Ansbach, daraufhin meldete der 13-jährige Täter selbst die Tat.
Das Opfer ging zuerst von vermeintlichen Schlägen auf den Hinterkopf aus. Erst im Krankenhaus wurden dann Schnittwunden bei dem 14-Jährigen festgestellt und behandelt. Er konnte die Klinik noch am selben Tag wieder verlassen.
Der 13-Jährige wurde in eine psychiatrische Fachklinik eingewiesen. Während die Staatsanwaltschaft Ansbach ein Verfahren wegen der altersbedingten Schuldunfähigkeit des Täters eingestellt hat, ermittelt die Generalstaatsanwaltschaft München weiterhin. Die Zentralstelle zur Bekämpfung von Extremismus und Terrorismus (ZET) ist derzeit mit der Aufklärung des Falles beauftragt.
Die Hintergründe der Tat sind weitestgehend unbekannt. Jedoch soll der Täter den Angriff zuvor angekündigt haben. Laut der Polizei versendete der 13-Jährige dafür ein Schreiben. Wenige Minuten vor der Tat teilte er erneut eine Ankündigung im Internet. Was genau in dem Schreiben steht, möchte die Staatsanwaltschaft Ansbach derzeit nicht veröffentlichen.
Laut der Polizei kannten sich die beiden Jugendlichen nicht. Die ZET untersucht derzeit, mit welchem Motiv der 13-Jährige handelte und ob es Mitwisser oder gar Unterstützer gibt, beispielsweise in einem sozialen Netzwerk oder außerhalb des Internets. Wie es mit dem Täter nach der Einlieferung in die Klinik weitergeht und warum er überhaupt eingewiesen wurde, ist derzeit unklar.<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/36518" berichtet am 6. Februar 2025 (x1.494/…): >>**Das wuchert in Adern von Geimpften - Ein Besuch bei Bestattungsunternehmer John O'Looney**

(Interviewer:) Wir sind hier bei John O' Looney. Er ist Bestatter und leitet das Milton-Keynes-Familien-Bestattungsunternehmen hier in Milton Keynes, England. John, vielen Dank, daß wir hier sein dürfen!

(John O'Looney:) Sehr gern.

(Interviewer:) Kommen wir gleich zur Sache. Wann haben Sie zuerst Verdacht geschöpft, daß während der Pandemie merkwürdige Dinge geschahen?

(John O'Looney:) Nun, um ehrlich zu sein, von Anfang an. Da war eine Familie, die mich Ende November, Anfang Dezember 2019 aufsuchte. Sie sagten, sie hatten jemanden verloren in einem benachbarten Bezirk. Und sie waren verärgert darüber, daß das Krankenhaus ihnen nicht erlaubte, ihren Angehörigen in einem Aufbahrungsraum zu sehen. Also sagte ich: "Machen Sie sich keine Sorgen, ich werde ihn umgehend abholen." Denn es ist wichtig, daß man das ohnehin tut, aus ersichtlichen Gründen. Als ich im Krankenhaus in Northampton war, um diese Person abzuholen, fragte ich das Personal in der Leichenhalle: "Warum haben Sie dieser Familie verwehrt, ihren geliebten Menschen zu sehen?"

Und normalerweise läuft es so ab: Wenn Menschen auf einer Krankenhausstation sterben, werden sie in die Leichenhalle des Krankenhauses gebracht. Dort gibt es einen Aufbahrungsraum ähnlich einer Kapelle. Dort können die Menschen ein wenig Zeit mit dem Verstorbenen verbringen, während dieser in Frieden ruht und nicht leidet. Und ich dachte, sie würden den Raum vielleicht neu einrichten oder dekorieren.

Aber er öffnete die Tür; er sagte kein einziges Wort. Und in diesem Aufbewahrungsraum befand sich ein Pandemiezelt. Ich schätze, der Raum war 2,50 x 4,50 m groß. Und dieses Pandemiezelt füllte den Raum ziemlich aus. Also fragte ich ihn, wofür das wohl sei? Ich vermutete bereits, daß es zusätzliche Kapazitäten bieten sollte. Und er sagte, daß ihnen mitgeteilt worden sei, daß etwas Schreckliches bevorstünde, wobei er den Namen COVID nicht erwähnte.

Wie auch immer, das war meine erste Erfahrung. Es war die erste Dezemberwoche im Jahr 2019. Ich könnte in meinem Buch nachsehen, um das genaue Datum zu nennen.

Wie auch immer, um es kurz zu machen: Corona kam im Januar in die Nachrichten. Und ich war erschrocken und als Bestattungsunternehmer in meinen 50ern besorgt. Hier ist eine Krankheit - sie sagten uns, daß diese Menschen in China umfallen. Uns wurde Filmmaterial davon gezeigt. Boris Johnson sagte, jeder würde jemanden verlieren. Ich war besorgt. Ich bin ein Ex-Raucher. Ich bin in meinen 50ern. Ich hatte schon immer etwas Atemwegsbeschwerden, bin auch Asthmatiker.

Also machte ich mir Sorgen, weil ich mit diesen Leuten in Kontakt sein würde. Und im Laufe der nächsten 12 bis 16 Wochen begann ich allmählich, das Narrativ zu durchschauen, und das war nicht das, was sie uns im Fernsehen zeigten.

Es waren mehrere Dinge. Eines der wichtigsten Dinge war, daß ich im März 2020 einen Anruf von einem Mann namens John erhielt. Und er sagte: Ich arbeite für ein staatlich gefördertes Unternehmen, also auf Ministerebene. Einer der Regierungsminister hatte diese Firma. Und er sagte, seine Aufgabe sei es, im Rahmen der Pandemie-Bekämpfung alle Bestattungsunternehmen anzurufen.

Und ich sagte: "Gut. Was möchten Sie wissen? Ich helfe gerne." Er sagte: "Ich muß Ihnen einige Fragen stellen. Ich werde Sie jeden Montag anrufen und fragen, wie viele Sie aufnehmen können, wie groß Ihre Kapazität ist, wen Sie aufgenommen haben, woher diese kommen und wie viele an COVID verstorben sind." Und das habe ich gerne beantwortet, warum auch nicht? Und ich bemühte mich, diese Informationen herauszufinden, da ich wußte, daß er mich am Montag anrufen würde, um diese Informationen über jeden Verstorbenen detailliert zu

erhalten.
(Interviewer:) Aber liegt es an Ihnen, das zu bestimmen? Haben Sie die Mittel, das festzustellen, so etwas wie einen PCR-Test?
(John O'Looney:) Ja. Also, das war zu der Zeit, als die Ärzte nicht mehr kamen und man uns sagte, das sei zur Schonung des NHS (National Health Service, staatliches Gesundheitssystem im Vereinigten Königreich). Ganz unvermeidbar wurde ich also bei Sterbefällen gerufen. Und sie sagten mir, ob es ein COVID-Todesfall oder eben kein COVID-Todesfall sei. Sie nannten mir alle Umstände, und ich habe einfach aktiv nachgefragt.
Und der montägliche Anrufer begann umgehend, mich zu lenken. Und damit meine ich, daß ich ihm sagte, ich hatte jemanden aus dem örtlichen Pflegeheim abgeholt. Es ist eine große Einrichtung mit fast hundert Betten. Und es war kein Arzt anwesend. Es war kein COVID-Test durchgeführt worden. Der Mann war also nicht mit COVID verstorben. Ich sprach mit dem dortigen Personal, das mir bestätigte, daß es sich um einen Patienten mit beginnender Demenz handelte. Er war schon seit fünf Jahren dort. Als ich dann die Familie traf, bestätigte sie mir dies ebenfalls.
Und dieser Anrufer sagte sofort, er müsse ihn als COVID-Todesfall registrieren. Und ich dachte mir, wozu forsche ich so gründlich nach, wenn sie eigentlich nur die Zahlen fälschen wollen? Das tat er das ganze Jahr 2020 hindurch. Und er sagte: "Nun, mir wurde gesagt, daß ich das tun soll." Weil es dort einen Mann gab, der einen PCR-Test gemacht hatte, der positiv war, der nicht an COVID gestorben ist, der aber trotzdem gestorben ist. Von diesem Zeitpunkt an wurde jeder, der in dieser Einrichtung starb, als COVID-Todesfall eingestuft.
(Interviewer:) Wegen dieses einen Testergebnisses?
(John O'Looney:) Ja, sie wurden angewiesen, das so zu tun. Keiner von ihnen starb an COVID. Das bedeutete also, daß es keine Zunahme an normalen Todesfällen gab, aber eine Menge an COVID-Todesfällen. Ich meine, ich bin seit 18 Jahren Bestatter, und ich kann Ihnen sagen, daß 2020 das einzige Jahr war, in dem es keinen einzigen Wintergrippetoten gab, nicht einen. Jeder Einzelne war an COVID gestorben.
Gegen Ende 2020, im Oktober, rief mich dieser Mann dann erneut an und gab offen zu - man lernte sich ja im Laufe der Zeit kennen, wenn man jeden Montag von jemandem angerufen wird, mit dem man eine Minute oder zwei Gespräche führt, man lernt sich kennen. Und er gab offen zu, er wisse nicht, warum er den Job mache, denn alle würden dasselbe sagen: Es gibt keine COVID-Todesfälle. Und das hat er mir gegenüber offen zugegeben. Und Ende Oktober sagte er: "Ich werde nicht mehr anrufen, John." "Warum nicht?", fragte ich. Er sagte, es sei nicht nötig.
Also, warum ist es im Oktober 2020 nicht mehr nötig? Weil sie es wußten! Sie wußten es. Und ich denke, Dr. Reiner Füllmich hat es perfekt ausgedrückt: "Die Impfstoffe gab es nie wegen COVID. COVID gab es wegen der Impfstoffe." Sie haben also so viele COVID-Todesfälle präsentiert, daß bis 2021 alle sagten: Rettet mich!
(Interviewer:) Okay, ja.
(John O'Looney:) Und in dem Moment, als sie diese Impfungen hatten, begannen die Menschen, sofort zu sterben. Ja, es war eine 300 %ige Steigerung. Sie begannen, hier vor Ort am 6. Januar, mit der Impfung - und die Todesrate nahm sprunghaft zu. Sie nannten es die zweite Welle. Aber das war sie nicht, das war sie nicht. Es waren Menschen, die geimpft wurden und fast sofort danach starben.
(Interviewer:) Und sie nennen es immer noch Long-COVID ...
(John O'Looney:) Nein, es ist ein Impfschaden. Ja, das ist die Quintessenz. Und als sie die Altersgruppen abarbeiteten, begannen sie mit einer Art Zuckerbrot. Sie sagten, nur die meistgefährdeten Personen sollten geimpft werden, nur die über 70-Jährigen, nur die über 60-Jährigen, dann die über 50-Jährigen, dann die über 40-Jährigen und dann die über 30-Jährigen,

und sie arbeiteten die Liste ab - und die Sterbefälle korrelierten zeitlich perfekt mit der Gruppe der Liste, die gerade dran war, die Impfung zu erhalten.
Diese Altersgruppen waren genau jene, die dann gerade von Covid hinweggerafft wurden. Es war aber nicht Covid, es war ein Impfschaden. Und ich habe sie über das gesamte Jahr 2020 gewaschen und bekleidet, als es sonst niemand tat. Ich holte sie aus den Leichensäcken, wusch sie, bekleidete sie, und ich trug nie eine Maske, nie.
(Interviewer:) Sie sagen also, daß Sie eine Zunahme von Sterbefällen immer jüngerer Menschen beobachtet haben und sich das perfekt mit dem vorgesehenen Impfplan deckte?
(John O'Looney:) ... ja, 100 % ja! Sie wissen es. Und dann, im September 2021, rief mich ein Mann namens Mark Sexton an, ein pensionierter Polizeibeamter hier in Großbritannien. Und ich war ziemlich offen, ich gab Interviews und warnte die Leute, sich impfen zu lassen, weil diese Kinder …, sie starben nach der Impfung.
(Interviewer:) Haben Sie irgendwelche offiziellen ...?
(John O'Looney:) Nein, sie gaben es niemals zu. Es war immer ein COVID-Tod oder eine Thrombose usw.
(Interviewer:) Ich meine, kam jemals ein Beamter und sagte, hören Sie auf mit dieser Fehlinformation?
(John O'Looney:) Oh ja, ich bekam Druck von mehreren Seiten. Nun, alle Bestattungsunternehmer hier im Vereinigten Königreich brauchen keine Lizenz. Es gibt keine Gesetzgebung. Jeder kann ein Bestattungsunternehmen eröffnen. Es ist schwieriger, einen Süßwarenladen zu eröffnen, weil man Dinge verkauft, die konsumiert werden. Als ich hier anfing, war ich vorher schon 10 Jahre lang Bestatter bei Co-op Funeralcare gewesen, einem der großen Bestattungsunternehmen. Und das war großartig, bis die Bank zusammenbrach - sie hatten eine Genossenschaftsbank und die brach zusammen - und ich hatte das Gefühl, es ging nur noch ums Geld. Also habe ich mich vor acht Jahren selbständig gemacht.
Und ich erinnere mich, daß ich bei der Gründung dachte, ich lasse mich lizenzieren und legitimieren. Es gibt keine Lizenz, man braucht sie nicht, jeder kann es machen. Aber es gibt zwei Dachverbände. Der eine heißt NAFD (National Association of Funeral Directors, Britischer Berufsverband der Bestattungsunternehmer) und der andere SAIF (National Society Of Allied And Independent Funeral Directors, Britischer Berufsverband der Bestattungsunternehmer), und ich war Mitglied der SAIF. Sie setzten sich mit mir in Verbindung und sagten, daß ich sie in Verruf bringe, wenn ich meine Meinung sage.
(Interviewer:) Wann war das?
(John O'Looney:) Das war gegen Ende des Jahres 2020. Ich sagte: "Es sterben Menschen, die geimpft wurden. Sie müssen sich dessen bewußt sein, denn Sie haben weitere Bestatter, die Mitglieder sind." Sie wollten aber nicht zuhören und haben mich schließlich rausgeschmissen, weil ich nicht die Klappe halten wollte.
(Interviewer:) Sie haben sich also zu den Auswirkungen der Impfstoffe bereits 2020 geäußert?
(John O'Looney:) Nein, das war Anfang 2021. Aber ich hatte mich lautstark geäußert, daß es keine COVID-Todesfälle gab. Es ist sehr schwierig. Die Menschen sind sehr gutgläubig. Wenn Sie also zum Beispiel ins Krankenhaus gehen und Ihnen gesagt wird, Ihre Mutter sei an COVID gestorben, warum sollten Sie das nicht glauben?
Ich habe schon sehr früh festgestellt, daß es nach folgendem Muster lief: Die Leute kamen und sagten: "Ich habe meine Mutter durch COVID verloren". Okay. Also ging ich los und holte ihre Mutter, wusch sie, zog sie an, und es ging mir gut. Ich bin nie krank oder mit Übelkeit aufgewacht, obwohl uns gesagt wurde, es sei tödlich und man müsse eine Maske tragen. Aber das gleiche Muster wiederholte sich jedes Mal: Niemand ging jemals mit COVID ins Krankenhaus. Sie haben sich COVID dort eingefangen.
Sie kamen also mit einem Harnwegsinfekt oder einer Brustinfektion oder weil sie gestürzt

waren. Und dann wurden sie mit einem PCR-Test getestet, mit 45 Zyklen. Kary Mullis (1944-2019 - amerikanischer Biochemiker) hat ausführlich darüber gesprochen. Es ging darum, falsch-positive Tests zu erhalten. Und dann, obwohl sie asymptomatisch waren, wurden sie auf eine COVID-Station gebracht.
Und man hat sie mit Medikamenten wie Remdesivir (Experimenteller Arzneistoff mit virostatischen Eigenschaften) und Midazolam (Beruhigungsmittel aus der Gruppe der Benzodiazepine, wird vor allem in der Anästhesie eingesetzt, um Patienten vor operativen Eingriff zu beruhigen und während der Eingriffe zu sedieren) vollgepumpt und sie umgebracht und nannten es dann einen COVID-Tod.
(Interviewer:) Genau. (Dr.) Annie Bukacek ist die erste Ärztin, die ich in den USA gefunden habe, die uns von den Bonuszahlungen erzählt hat, die man bekam, wenn man Patienten als COVID-Patienten gelistet hat. Gab es das hier auch?
(John O'Looney:) Ja natürlich, und ob! Sie bekamen viel Geld für jeden, den sie an die Beatmungsmaschine angeschlossen haben, was unweigerlich die Lunge aufbläst und nicht hilft. Es zerstört die Lunge. Ich weiß, daß Pharmafirmen den Krankenhäusern riesige Rabatte auf sämtliche pharmazeutische Produkte angeboten haben, wenn sie ihnen Remdesivir abnahmen. Ärzte und Krankenhauspersonal haben sich an mich gewandt und es mir gesagt. Ich habe die Kontaktdaten von 100 Krankenschwestern auf meinem Handy.
Einige weinten am Telefon, weil sie wußten, was los war. Die meisten von ihnen haben die Krankenpflege verlassen, weil sie wußten, was da abging! Welche Folgen können Sie bei einem Patienten erwarten, wenn Sie ihm Remdesivir geben? Ich würde dringend raten, nach den Nebenwirkungen von Remdesivir zu googeln - eine wirklich gute Website ist Drugs.com - Keuchen, Engegefühl in der Brust, Atembeschwerden, Nierenfunktionsstörung, Leberfunktionsstörung.
Und ich erinnere mich, wie ich diese Leute abgeholt habe in Leichensäcken. Und diese Leichensäcke schwammen halb mit Gewebsflüssigkeiten aus Ödemen. Das hatte ich noch nie gesehen. Und ich erinnere mich, daß ich damals dachte: Was ist die Ursache dafür? Dieses COVID muß schrecklich sein. Aber es war das Remdesivir. Denn das Remdesivir zerstört die Nieren, so daß der Körper keine Flüssigkeit mehr verarbeiten kann. Du füllst dich also auf und ertrinkst, und das ist deine "Atemwegserkrankung". Und im Endstadium des Nierenversagens ertrinkt man. So stirbt man an Nierenversagen, indem man ertrinkt.
(Interviewer:) Und das Krankenhaus hakt es als COVID ab.
(John O'Looney:) Klar, sie bekommen tausend und abertausend Pfund dafür.
(Interviewer:) Sicher.
(John O'Looney:) Ja, das ist krank!
(Interviewer:) Genau, mir ist kein Wort dafür eingefallen.
(John O'Looney:) Ja, das ist krank. Und das geschah zu der Zeit, als die Regierung viele ermutigt hat, jeden Donnerstagabend an der Türschwelle für den NHS mit Töpfen und Pfannen zu klappern, (Kampagne im Vereinigten Königreich während Corona 2020) während sie die Mütter und Väter gemäß Richtlinien umbringen, die tödlich sind, zum Töten gedacht.
(Interviewer:) Töpfe, Pfannen und TikTok-Tanzvideos.
(John O'Looney:) Ja genau. So überlaufen waren sie.
Also Mark Sexton rief mich Anfang September 2021 an, wo er mich zu einem Treffen an einem Ort namens Birdcage Walk in Westminster einlud. Es war der Sitzungssaal eins. Einige sehr berühmte Leute waren anwesend, einige kannte ich, und von einigen hatte ich bereits gehört: Dr. Tess Lawrie, Prof. Dolores Cahill, Prof. Dr. Sucharit Bhakdi, Dr. Sam White, Dr. C. Stephen Frost. Die Anwältin Anna de Buisseret war da. Es gab einen Rechtsanwalt, Francis Hoar. Und ein weiterer Anwalt namens Philip Hyland und eine Reihe anderer Leute; insgesamt etwa 18 Leute. Einige von ihnen waren auf dem Bildschirm am Ende des Tisches zu se-

hen. Dieser Tisch, das werde ich nie vergessen, war ziemlich dick, solide Eiche.
Ich habe noch nie an so einem Tisch gesessen: wahre Opulenz, wissen Sie? Und der Vorsitzende der Sitzung war ein gewisser Sir Graham Brady (britischer konservativer Abgeordneter für Altrincham und Sale West und seit dem 1. Mai 1997 ununterbrochen im Parlament. Er ist Vorsitzender des Ausschusses der Konservativen Partei von 1922). Zu dieser Zeit war ich mit Politik nicht besonders vertraut, wahrscheinlich genauso wenig wie der Durchschnittsbürger. Aber er war der Beauftragte des sogenannten 1922-Komitees. Das ist eine Gruppe hochrangiger Abgeordneter, die im Hintergrund auf einem schwarzen Platz sitzen, im Schatten versteckt.
Und sie wählen und entlassen Premierminister wie Boris Johnson, Liz Truss, Rishi Sunak. Sie entscheiden, wann es Zeit ist, zu gehen und wen sie einstellen. Es gibt also niemanden, der ranghöher ist, denn er (Sir Graham Brady) war der Präsident dieses Ausschusses. Er ist also der Chef dieses Ausschusses. Und er hat sich angehört, was wir gesagt haben. Und wir hatten alle fünf bis zehn Minuten Zeit. Und ich sagte, was ich bis dahin wußte, nämlich, daß es keine COVID-Todesfälle gab. Sie haben die Leute als COVID-Tote bezeichnet, und in dem Moment, als sie anfingen, sie zu impfen, fielen die Leute um und starben.
Und dann konnte ich fast nicht glauben, als ich hörte, was diese Wissenschaftler, Ärzte und Mediziner, die rings um den Tisch saßen, voraussagten. Sie sagten, die Zahl der Krebserkrankungen würde in die Höhe schnellen. Ebenso Herzkrankheiten und Blutgerinnsel - und sie gingen auf die Mechanismen ein, um zu erklären, warum. Und sie legten Sir Graham Unmengen von A4-Bögen mit Beweisen vor. Und er gab offen zu, daß dies weit über seiner Gehaltsklasse lag und er es nicht verhindern konnte.
Und ich saß da, konnte es nicht fassen, ich war ja zu diesem Treffen eingeladen worden. Ich hatte das überwältigende Gefühl, endlich hört jemand zu, bevor ich den Raum betreten hatte. Wissen Sie, ich bin seit 18 Jahren als Bestattungsunternehmer tätig. Ich führe ein erfolgreiches Geschäft. Ich habe einen wirklich guten Ruf. Meine Bücher sind gut. Warum sollte ich das alles aufs Spiel setzen wollen? Warum sollte ich das zu einem Zeitpunkt aufs Spiel setzen, wo uns gesagt wird, daß es eine Pandemie gibt? … Ah, da ist ein Bestatter, der behauptet, es gibt keine … Genau das passierte nämlich. Und er (gemeint ist Sir Graham Brady) gab offen zu: "Das übersteigt bei weitem meine Gehaltsstufe, ich kann das nicht aufhalten."
Und ich ging da rein und dachte, endlich hört mir mal jemand zu. Und als ich wieder herauskam, wußte ich, daß dies eine gezielte Agenda ist. Und Sir Graham - das Treffen ging von 14:00 bis etwa 15:30; ich glaube, wir hatten etwa anderthalb Stunden - und er war um 16 Uhr immer noch da wegen der Ernsthaftigkeit dessen, was gesagt wurde. Und es waren einige Leute da, medizinische Fachleute, sie wußten, wer sterben würde. Sie waren sehr, sehr aufgeregt, besonders Sucharit Bhakdi. Er war ziemlich aufgeregt, weil er wußte, was passieren würde! Und es ist genau das, was sich ereignete.
Ich glaube, die Sterberate liegt bei 20-25 % und mancherorts sogar noch höher, offensichtlich je nachdem, welche Chargen wo eingesetzt worden sind. Sie töten Menschen in verschiedenen Gebieten in unterschiedlichem Ausmaß. Die Agenda 2030 ist sehr real. Und ich habe nie daran geglaubt. Ich war nie ein Verschwörungstheoretiker. Ich bin einfach ein Bestatter von Beruf. Ich saß mit am Tisch und hörte, was Sir Graham sagte. Er hat offen zugegeben, daß es über seiner Gehaltsstufe liegt und er es nicht aufhalten kann.
(Interviewer:) Als Bestatter sind Sie auch ein Einbalsamierer, das ist ja Teil des Jobs.
(John O'Looney:) Ich kann Einbalsamierungen vornehmen. Ich beschäftige einen Einbalsamierer in Vollzeit, der das für mich erledigt. Als ich anfing, hatte ich natürlich keine Angestellten und habe alles selbst gemacht. Im Laufe der Zeit habe ich dann jemanden eingestellt, der das für mich erledigt. Aber ich gehe ständig ein und aus. Ich arbeite mit ihm und um ihn herum.

(Interviewer:) Und wann haben Sie bemerkt, daß etwas seltsam war? Erklären Sie die Vorgehensweise des Einbalsamierungsprozesses in Bezug auf das, was Sie entdeckt haben.
(John O'Looney:) Okay. Es gibt zwei Arten von Tod. Es gibt einen plötzlichen Tod, der unerwartet eintritt, und es gibt einen erwarteten Tod. Der Unterschied zwischen den beiden ist zum Beispiel, wenn man Krebs im Endstadium hat und weiß, daß man sterben wird. Es beginnt mit einer Prognose und man wird schließlich immer kränker und ist dann auf palliative Pflege angewiesen. Das ist ein erwarteter Tod.
Wenn jemand hingegen überfahren wird oder plötzlich - bei guter Gesundheit - tot umfällt, ist das ein unerwarteter Tod. Und das bedeutet, daß ein Gerichtsmediziner eingeschaltet wird. Dann wird die Leiche zum pathologischen Institut gebracht, das in der Regel am Krankenhaus angeschlossen ist, und sie führen eine so genannte Obduktion durch.
Das heißt, sie schneiden dich in der Mitte durch, nehmen dein Brustbein heraus, entnehmen alle Organe, untersuchen sie, machen Blöcke (fixierte Gewebestücke für die Herstellung von Referenzschnitten höchster Qualität für histologische Färbungen oder immunhistochemische Nachweise) und Objektträger und führen Tests und toxikologische Untersuchungen durch. Und wenn sie damit fertig sind, packen sie die Organe in einen Plastikbeutel.
Der Beutel kommt wieder rein, und du wirst zugenäht. Wenn sie sich den Kopf ansehen müssen, schneiden sie am Rücken entlang, heben die Kopfhaut ab, schneiden rundherum, schneiden ein V in die Rückseite, um die Kopfhaut später wieder richtig ausrichten zu können, und nehmen das Gehirn heraus. Und das Gehirn wird normalerweise dann in den Bauchraum zurückgelegt, weil es sonst auslaufen würde. So funktioniert das.
(Interviewer:) Und man wird dann auch völlig ausgeblutet?
(John O'Looney:) Ja, für eine Obduktion muß das sein, weil man einfach in Stücke geschnitten wird.
(Interviewer:) Sind die Blutgefäße mit etwas gefüllt?
(John O'Looney:) Nein. Wie wir darauf gestoßen sind, kam so: Während des Einbalsamierungsprozesses gibt es zwei Arten der Einbalsamierung, und sie korrelieren perfekt mit einem Obduktions-Fall oder dem, was wir einen "klaren Fall" nennen. Ein klarer Fall ist ein erwarteter Todesfall, bei dem keine Obduktion durchgeführt wird und der Körper im Wesentlichen intakt ist. Das schließt das Kreislaufsystem ein.
Bei der Einbalsamierung nutzen wir dieses Kreislaufsystem. Wir machen also einen Einschnitt unterhalb der Kragenlinie in die Halsschlagader, haben eine L-förmige Düse an einer Pumpe und schneiden die Arterie halb durch. Wir führen die L-förmige Düse ein, binden sie ab, schalten die Pumpe ein und pumpen Formaldehyd in den Körper, um ihn zu konservieren. Die Flüssigkeit ist ebenfalls rosa und gibt den Menschen ihre Farbe zurück, und sie sehen dann nicht mehr schlimm aus, sondern wirklich gut. Bei einer Obduktion kann man das natürlich nicht machen, weil sie zerhackt worden sind. Ja. Und das Kreislaufsystem ist völlig zerhackt und verletzt. Wenn ich es also dort hineinpumpen würde, würde es überall rauslaufen, weil alles durchgeschnitten ist.
Aber in dem Fall läuft es dann so, daß man die Fäden zieht und den Hohlraum dort öffnet, wo der Gerichtsmediziner obduziert hat. Man nimmt den Beutel mit den Organen heraus, und dann bleibt ein leerer Hohlraum übrig, in den man sehr gut hineinsehen kann, weil er leer ist. Und man kann die durchtrennten Arterien manuell anvisieren.
So gibt es zum Beispiel eine Oberschenkelarterie, die in jedem Bein verläuft, die Hauptarterie. Und Sie können sie dort sehen. Es ist wie ein durchgeschnittener Strohhalm. Sie ist sehr deutlich. Man kann sie anvisieren und Flüssigkeit in sie einleiten. Und während die Flüssigkeit hinunterläuft, kann man sehen, wie die Zehen rosa werden. So weiß man, daß die Flüssigkeit dort ist, wo sie hin soll. Dann geht man zum nächsten Bein über, spült und wiederholt den Vorgang für jedes Körperglied.

Als wir das taten, hatten wir einen jungen 30-jährigen Mann. Er war in wirklich guter Verfassung. Wir alle waren einmal 30! Er war in seinen besten Jahren. Und wir wurden gefragt, weil er jung war und einen großen Bekanntenkreis hatte: Könnt ihr ihn einbalsamieren? Eine Menge Leute wollen ihn sehen. Klar. Wir haben ihn geöffnet. Er hatte eine Obduktion hinter sich. Und seine Arterien waren total verstopft. Also hat mein Einbalsamierer seine Pinzette genommen, um die Verstopfung herauszuziehen. Und er zog und zog und zog, heraus kam ein komplettes weißes, faseriges, tintenfischartiges Gerinnsel, das sich über die gesamte Länge des Beins erstreckte, vom oberen Teil bis hinunter zum Knöchel.
Und weil es so ist, daß die Gefäße immer enger werden, je weiter man zum Knöchel hinuntergeht, ist es also kein Problem, ein großes Gerinnsel hochzuziehen, da es sich um ein großes, langes, kegelförmiges, keilartiges Gebilde handelt. Wenn Sie es in die andere Richtung ziehen würden, wäre das nicht möglich. Aber man kann es hochziehen. Und das war der Moment, als wir es zum ersten Mal bemerkten. Und wir haben etwa ein halbes Pfund aus diesem jungen Burschen herausgeholt. Ich kann Ihnen die Fotos zeigen und sie Ihnen zur Verfügung stellen, wenn Sie wollen. Es ist natürlich ziemlich beunruhigend ...
Nun, ich bin seit 18 Jahren Bestatter. Zu diesem Zeitpunkt waren es 14 oder 15 Jahre. Ich hatte sieben Jahre lang für den Gerichtsmediziner bei der Leichenbergung gearbeitet. Ich habe also viel Erfahrung damit, wie das Innere und Äußere von Menschen aussieht, denn ich habe sie in Einzelteilen von der Straße aufgelesen, wenn sie erschossen oder von einem Lastwagen überfahren wurden. Ich weiß, was normal ist und was nicht. Und ich kenne vielleicht nicht den lateinischen Ausdruck für jeden Nerv und jede Faser, aber ich kenne mich mit dem Körper aus.
Mein Einbalsamierer ist vom "British Institute of Embalmers" zertifiziert; er ist "BIE-registriert". Und er macht das jetzt seit 25 Jahren. So etwas hatte auch er noch nie gesehen. Ich wußte also schon Mitte 2021, was passiert war. Und so schickte ich eine E-Mail an meinen örtlichen Gerichtsmediziner, in der Hoffnung, eine Datenspur zu finden.
Und ich sagte zu ihm: "Hören Sie, wir hatten diesen jungen Mann hier, wir haben ihn bei Ihnen abgeholt. Ich weiß, er wurde obduziert und Sie haben die Obduktion durchgeführt. Wir haben eine Menge wirklich ungewöhnlicher weißer Faserklumpen in ihm gefunden. Ich weiß, daß Sie diese gesehen haben müssen, weil Sie ihn vor uns bekommen haben. Wir haben Proben genommen. Möchten Sie diese Proben haben? … Was ist das?" Ich bekam keine Antwort auf diese E-Mail, was sehr ungewöhnlich war. Sonst bekam ich immer binnen einer Stunde eine Antwort.
(Interviewer:) Kein Interesse.
(John O'Looney:) Genau. Vier Tage später erhielt ich einen Anruf von einer der Bürodamen. Diese Damen sind Büroangestellte. Sie arbeiten nicht mit Verstorbenen, sie schauen nicht auf das Physische, sie müssen auf die Zahlen schauen und wissen, daß etwas nicht stimmt. Ob man ihnen gesagt hat, daß es COVID ist und sie es glauben, ich weiß ich nicht, aber ...
(Interviewer:) Das war Ihr Büro?
(John O'Looney:) Nein, das des Gerichtsmediziners. Und sie sagte: "Oh, hallo John, es geht um deine E-Mail, die du neulich geschickt hast. Ich habe mit dem Pathologen gesprochen, und er sagte mir, ich solle dir ausrichten, mach dir keine Sorgen. Das ist völlig normal, dieses Zeug wächst postmortal in den Menschen. Nach dem Tod füllen sich bei manchen Menschen die Arterien mit Gummi."
(Interviewer:) Ich habe dieses Argument in den Kommentarspalten gesehen, so unter dem Motto: "Ach, Quatsch, das ist doch ganz normal."
(John O'Looney:) Ja, es gibt verschiedene Arten von Gerinnseln. Aber ich hätte sie schon einmal gesehen. Ich würde doch nur Bedenken über etwas äußern, das ich noch nie gesehen habe.

(Interviewer:) Du machst das seit 18 Jahren!
(John O'Looney:) Es war nicht einmal eine Abwandlung des Spektrums, was ich erwartet hätte zu sehen. Und ich habe verschiedene Proben. Ich werde sie Ihnen zeigen, Sie können einen Blick darauf werfen. Mein BIE-registrierter Einbalsamierer hat genau das Gleiche gesagt. Er sagte: "So etwas habe ich noch nie gesehen. Das ist grauenhaft."
(Interviewer:) Sie können also eindeutig sagen, daß Sie in Ihrer frühen Karriere - in Ihrer Karriere noch nie …
(John O'Looney:) Niemals! Ich habe noch nie etwas gesehen, das diesem Zeug auch nur annähernd gleicht!
(Interviewer:) Und dann kommen diese Fälle einfach rein.
(John O'Looney:) Ja, laufend. Und jetzt ist das Alltag. Wir finden das ständig in den Menschen. Aber was ich jetzt beobachte ist, weil ich mich geäußert habe. Ich weiß, daß der Gerichtsmediziner weiß, daß ich mich geäußert habe, und ich vermute, daß sie die Leichen reinigen, bevor sie sie an mich weitergeben, allerdings nur die Obduktionsfälle. Also sie können das nicht mit jemandem machen, den sie nicht obduziert haben.
Also ich finde diese Gerinnsel nicht mehr bei den Obduktionsfällen. Wenn ich Sie jetzt auf einen Tisch legen und Ihren Körper betrachten würde, dann wäre das ein sehr einfacher Aufbau. Der menschliche Körper ist sehr einfach. Sie haben eine Hauptarterie in jedem Bein und in jedem Arm. Mit etwas Übung ist es sehr einfach, diese zu säubern, und man wird schnell effizient dabei. Und ich weiß, daß sie das tun, denn wir finden das jetzt nicht mehr bei Obduktionsfällen. Aber bei den normalen Fällen schon.
Und hier ist die Erklärung für jeden, der auch nur am Rande etwas mit Ingenieurwesen zu tun hat oder sich ein physikalisches Konzept vorstellen kann. Stellen Sie sich vor, Sie schneiden eine Arterie auf, setzen eine Pumpe ein, pumpen mit Druck die Flüssigkeit hinein.
Und wenn Sie dann die Düse herausziehen, entsteht für einen Moment ein Gegendruck. Und der spuckt diese Gerinnsel wie Spaghetti aus der Halsschlagader heraus. Es sind Gerinnsel in der Größe der Halsschlagader, weil sie auf die Größe des Gefäßes anwachsen, in dem sie sich befinden.
Ich habe mich mit verschiedenen Leuten in Verbindung gesetzt. Ich weiß, was es ist. Es ist der Mechanismus (des Körpers), der für die Gefäß-Reparatur einsetzt. Und den haben sie mit dieser Gentherapie gekapert und lassen diesen auf Hochtouren laufen, sodaß Narbengewebe gebildet wird, und es wächst und wächst, bis es verstopft.
Und was passiert dann? Man hat einen Herzinfarkt. Oder man hat einen Schlaganfall. Oder man erfährt, daß man Lungenkrebs hat, weil man kurzatmig ist, weil die Lunge voll davon ist. Aber das ist es gar nicht. Es sind diese weißen Gerinnsel. Ihr Körper wird durch die Gentherapie gezwungen, diese zu produzieren.
(Interviewer:) Okay. Also möglicherweise eine Gegenreaktion. Es klingt, als seien diese tintenfischartigen Gerinnsel so groß wie die Arterien selbst.
(John O'Looney:) Nicht die volle Größe. Denn wenn man darüber nachdenkt, brauchen wir den Blutkreislauf zum Leben. Wenn zum Beispiel Ihr Blutdruck steigt und Sie kurzatmig werden, ist die Wahrscheinlichkeit groß, daß dieses Zeug in Ihnen wächst und Ihre Arterien verengt.
(Interviewer:) Aber man ist noch am Leben.
(John O'Looney:) Ja, genau. Und wenn es zu dem Punkt kommt, an dem man das Leben nicht mehr aufrechterhalten kann, dann hat man einen Schlaganfall.
(Interviewer:) Ja, genau. ... Ich dachte, das würde für die Theorie "sie wachsen, nachdem du tot bist" sprechen. Aber nein, man kann mit diesem in sich wachsenden Zeug leben.
(John O'Looney:) Hören Sie, es wurde uns gesagt, daß Ärzte nicht mehr zu Todesfällen kommen, weil sie den NHS (National Health Service) schützen und die Sicherheit der Ärzte ge-

währleisten müßten. Das bedeutete, wenn jemand in einem Pflegeheim starb, riefen sie den Arzt an, und dieser ließ den Bestatter anrufen, damit er die Leiche abholt. Ich war dann innerhalb einer halben Stunde vor Ort.
Oft traf ich die Familie und sagte: "Ich weiß, es ist ein schwieriges Gespräch. Es ist Wochenende. Ich werde Ihre Mutter nach Hause bringen. Soll ich Ihre Mutter einbalsamieren lassen, damit sie in perfektem Zustand ist? Meistens sagten sie ja. Ich war also dabei, die Verstorbenen innerhalb einer Stunde nach ihrem Tod einzubalsamieren. Wären sie ansteckend gewesen, hätte ich COVID bekommen und wäre gestorben. Sie wären sicherlich nicht innerhalb einer Stunde nach ihrem Tod mit diesen weißen Klumpen gefüllt gewesen, wenn sie erst nach dem Tod wachsen würden. Nichts wächst in deinem Körper, wenn du stirbst. Nichts!
Verwesung, Schimmel, vielleicht eine Art von Schimmelsporen könnte wachsen, wenn du anfängst, dich aufzulösen, und wir zur Erde zurückkehren, von der wir gekommen sind. Das ist ein natürlicher Prozeß. Weißer "Gummi" in Ihren Arterien ist kein natürlicher Prozeß! Und ich habe so etwas vor der Einführung des Impfstoffs nie gesehen! Erst etwa ab Mitte 2021. Und nun gehöre ich zu einer Gruppe von Bestattern und Einbalsamierern, es werden immer mehr, die alle davon sprechen, daß sie genau das sehen. Richard Hirschman und viele, viele andere.
(Interviewer:) Sie sind an die Öffentlichkeit gegangen.
(John O'Looney:) Ja. Ich kann Ihnen eine E-Mail-Liste mit Namen geben. Es ist eine wachsende Zahl.
(Interviewer:) Waren Sie der erste in England?
(John O'Looney:) Ich war wahrscheinlich einer der ersten weltweit.
(Interviewer:) Weltweit.
(John O'Looney:) Warum war das so? Ich denke, weil ich es gesehen habe. Wenn man etwas sieht, ich würde es vielleicht so beschreiben: Stellen Sie sich vor, Sie stehen vor einem Hügel, der sich mitten auf dem Weg befindet und Sie reden mit Leuten, die mit dem Rücken zu diesem Hügel stehen und Sie sehen einen außer Kontrolle geratenen Müllwagen anrollen. Stehen Sie dann einfach da und sagen nichts, bis er kommt und gehen dann einfach aus dem Weg oder sagen Sie: Moment, was macht denn dieses Müllauto da?!
Ich sehe hier ein echtes Verbrechen historischen Ausmaßes vor mir, und die Menschen sterben voller tintenfischartiger Klumpen, die unnatürlich sind. Ich habe sie noch nie gesehen. Seit ich mich geäußert habe, äußern sich immer mehr Leute in gleicher Weise. Ist das nun Massenhysterie oder ist da wirklich etwas dran?
Und was noch beunruhigender ist als die Tatsache, daß ich diese Klumpen finde, ist die Reaktion der Leute, die eigentlich dafür bezahlt werden, uns zu schützen. Sie tun es ab und ignorieren es, dabei kann ich Ihnen unzählige Röhrchen und Beweise zeigen, physische Beweise, über die sie nicht einmal reden wollen.
Es spiegelt sich auch in den Zahlen der Übersterblichkeit wider. Bei den unter 14-Jährigen ist sie um etwa 30 % gestiegen. Es ist nicht zu leugnen, und diese Leute tun immer noch so, als gäbe es das alles nicht. In der Zwischenzeit erleben wir in allen Industrieländern, in denen diese Übersterblichkeit auftritt, eine noch nie dagewesene Anzahl junger gesunder Männer aus anderen Ländern. Sie ersetzen uns durch Männer von außerhalb des Landes. In Amerika gibt es viele Millionen - Millionen strömen nach Amerika. Genau das Gleiche passiert in Europa. Warum ist das so? Was ist da los? Niemand will darüber sprechen. Nein, nein. Das ist natürlich besorgniserregend.
Nun, ich habe zwei Möglichkeiten. Entweder ich sage nichts und mache weiter mein Geschäft, oder ich erhebe die Stimme, denn ich möchte tatsächlich eine Zukunft für meine Kinder haben, und ich erkenne, was hier gespielt wird. Und ich habe mit einer wachsenden Anzahl von Menschen gesprochen. Ich glaube, immer mehr Menschen sehen das so. Was werden

wir dagegen tun? Denn hier haben wir keinen zweiten Verfassungszusatz (Zweiter Verfassungszusatz in den USA: das Recht, Waffen zu tragen). Niemand hat irgendwelche Waffen. Was könnten wir denn tun, außer unsere Zustimmung zu verweigern und ihnen den Rücken zuzukehren? Ich denke, genau das wird es sein.
(Interviewer:) Also, die Leute, die das einfach so abtun, während die Beweise sich häufen und immer größer werden … Machen diese Leute sich etwas vor? Oder sind einige von ihnen tatsächlich so böse - wohl wissend, was vor sich geht?
(John O'Looney:) Es gibt verschiedene Leute mit unterschiedlichen Interessen. Geld war schon immer der Hauptgrund für solch ein Verhalten. Um Ihnen eine Vorstellung davon zu geben: Die Ärzte erhielten hier für jede Impfung 10 Pfund bis zu einem Maximum von 100 Impfungen pro Tag, bevor sie besteuert wurden. Also 1.000 Pfund täglich, steuerfrei, 5.000 britische Pfund pro Woche, steuerfrei. Sie waren also hinter diesem Betrag her.
Ihre Praxen wurden mit Boni bezahlt. Wenn sie also das Level von 60 % ihrer Patienten erreichten, bekamen sie eine hohe Bonuszahlung. Wenn sie 70 % erreichten, bekamen sie einen weiteren Bonus. Die Pharmaunternehmen bieten hohe Rabatte auf Medikamente an, wenn sie Mittel wie Midazolam und Remdesivir einnehmen. Und diese Leute folgen natürlich einfach den Richtlinien der Regierung. Sie tun, was man ihnen sagt. Nach dem Motto, es ist eine Pandemie im Gange, wir haben die Chance, einen Haufen Geld zu verdienen. Und warum sollten wir das nicht tun?
(Interviewer:) Nun, vielleicht aus Furcht vor Gott?
(John O'Looney:) Nun ja, aber ich glaube nicht, daß sie es eher erkannten. Ich glaube, die meisten Menschen sind von Natur aus gut. Verstehen Sie mich nicht falsch, auch hier kommen Menschen mit unterschiedlichstem Lebenswandel an: Idioten sterben, Arschlöcher sterben, Vergewaltiger sterben, Mörder sterben, Menschen, die gut sind, sterben, Menschen, die schlecht sind, sterben. Aber die große Mehrheit von uns ist im Grunde genommen gut. Daher denke ich, daß es sehr schwierig ist, die Menschen davon zu überzeugen, daß die Leute in der Gesellschaft, denen wir am meisten vertrauen, in Wirklichkeit eine Bevölkerungsreduktion orchestrieren.
(Interviewer:) Eine Reduktion, ja?
(John O'Looney:) Ja. Das ist der Fall. Und die Agenda 2030 ist sehr, sehr real. Ich hatte Ärzte hier, die mir gegenüber offen zugegeben haben - eine ganze Reihe von Ärzten, nicht einer, nicht zwei, sondern ein Dutzend Allgemeinmediziner, die hergekommen sind, um Einäscherungspapiere auszufüllen. Und sie haben tatsächlich an diesem Gerät da vorne gestanden und sie dort ausgefüllt. Und es gibt verschiedene Möglichkeiten, sich mit ihnen zu unterhalten - ich habe sie gefragt, ob sie einen Anstieg der Sterberate bei Geimpften feststellen. Und sie haben alle den gleichen Blick. Und dieser Blick ist universell. Sie schauen so, weil sie entsetzt darüber sind, daß Sie es wissen. Und dann schauen sie auf den Boden. Jeder von ihnen mit genau dem gleichen Blick, denn sie wissen es! Sie wissen es!
(Interviewer:) Und dann gehen sie nach Hause und schlafen wieder gut?
(John O'Looney:) Ja, natürlich. Und dann bedanken sie sich bei mir und sagen, es war schön, mich zu sehen. Sie nehmen einen Scheck und gehen zur Tür hinaus, als hätten wir über das Wetter gesprochen. Die letzte war eine Allgemeinmedizinerin, die hier war. Sie fragte: "Hatten Sie viel zu tun?" Und ich sagte: "Ja sicher, natürlich bin ich beschäftigt! Wir haben eine Menge Geimpfte, die sterben, nicht wahr?"
Sie sagte: "Ja, ja, was für eine schreckliche Welt!" Das war ihre Antwort, es ist eine schreckliche Welt. Aber es ist eine schreckliche Welt, die sie möglich machen. Es ist zu spät! Diese Menschen sind jetzt geimpft worden. Sie sind tickende Zeitbomben, verstehen Sie? Es wurde gesagt, daß einige von ihnen in der Anfangsphase Placebos erhalten haben. Und die Idee dahinter war, sie als Impfbefürworter zu rekrutieren. Lassen Sie mich das erklären. Wenn Sie

sich impfen lassen würden und ein Placebo bekämen, welche Nebenwirkungen hätten Sie dann?
(Interviewer:) Null.
(John O'Looney:) Keine. Sie gehen also nach Hause und erzählen jedem, wie wunderbar es war ...
(Interviewer:) Das ist in Ordnung. Ja. Sehen Sie mich an, ich bin gesund.
(John O'Looney:) … und es macht Ihnen nichts aus, sich die nächste zu holen … und die nächste, und die nächste. Und jedes Mal spielst du russisches Roulette, klick! Wie oft kann man das machen, bevor man einen tödlichen Schuß bekommt, bevor man die klumpenbildende Spritze bekommt oder die, die den Krebs verursacht?
Auf dem Treffen in Westminster wurde detailliert erklärt, wie das Ganze abläuft. Mit dem Krebs ist es so, daß dieser ständig in unser aller Körper wächst und unser Immunsystem, unsere T-Zellen, halten ihn in Schach. Und die gottgegebenen T-Zellen, die im Körper umherwandern, bemerken, oh, da ist eine Krebszelle, und sie töten sie. Und diese Gentherapie - denn es sind keine Impfstoffe, sondern eine Gentherapie - schaltet diese Reaktion aus. Deshalb haben wir so viele Menschen, die Krebs im Stadium 4 haben.
(Interviewer:) Weil unsere Krebsbekämpfungszellen ausgeschaltet wurden ...
(John O'Looney:) Ja, der Krebs wächst unkontrolliert. Es gibt keine T-Zellen, die ihn bekämpfen, weil sie ausgeschaltet wurden. Und so geschieht es. Und das habe ich sogar hier im Beerdigungsinstitut festgestellt. Die Situation mit dem Krebs vor der Covid-Spritze sah anders aus. In einem kleinen Bestattungsunternehmen wie dem meinen …
Also bei einem großen Bestattungsunternehmen, da gibt es so viele Leute, daß meine Aufgabe im Hintergrund und am Tag der Beerdigung liegen würde. Ich würde also die Familie erst am Tag der Beerdigung kennenlernen. Aber hier mache ich alles. Der erste Anruf, den ich entgegennehme, ist der eines verweinten Verwandten: Ich habe meine Mutter verloren. Also fahre ich mit meiner Frau zu dem Haus und wir holen sie ab, und ich beginne sofort, eine Beziehung aufzubauen.
(Interviewer:) Ich kann das sehen, all diese Karten und Briefe hier.
(John O'Looney:) Ja! Ich hänge sie dort hin, damit die Leute Vertrauen gewinnen. Ich weiß, was ich tue. Ich habe es nicht nötig, mich selbst zu loben. Ich weiß, wie schwer es für jemanden ist, seine Mutter, seinen Vater oder ein Kind hier zu lassen. Deshalb hänge ich diese Zettel auf, weil ich weiß, daß sie sie lesen werden und es ihnen dann besser geht, ihre Mutter oder ihren Vater mir zu überlassen. Ich verbringe viel Zeit in diesem Büro und denke darüber nach, was ich für andere Menschen tun kann. Deshalb habe ich auch meine Stimme erhoben. Ich habe das nicht für mich getan, wissen Sie. Ich höre Leute, wie sie mir sagen: "Wir zahlen dir ein Rednergehalt."
Ich will kein Geld von niemandem dafür, daß ich das tue. Wieviel Geld habe ich von Ihnen verlangt? Das will ich nicht. Ich bin Hunderte von Kilometern gefahren, um vor Leuten zu sprechen - ich habe es aus eigener Tasche bezahlt. Ansonsten fühlt es sich an wie Blutgeld. Es geht nicht um das Geld. Und ich bin bereit, meinen Arsch aufs Spiel zu setzen, um alle vor dem zu warnen, was sie tun. Denn ich will nicht, daß Menschen sterben. Ich freue mich über alte Männer und alte Damen, die ein erfülltes Leben hatten und ein nachklingendes Vermächtnis hinterlassen haben. Ich will keine Leute in ihren 30ern und 40ern, die zwei- und dreijährige Kinder zurücklassen! Und das erlebe ich jetzt regelmäßig.
Um auf die Sache mit dem Krebs zurückzukommen: Wie ich schon sagte, baue ich eine Beziehung zur Familie auf, weil meine Frau und ich sie die ganze Zeit über begleiten, sogar am Tag der Beerdigung. Man lernt sie also kennen und fragt: "Was ist mit Ihrer Mutter passiert?" Und sie sagen: "Oh, sie hatte Krebs." Und ich sage: "Nun, was ist passiert?". Und dann erzählen sie mir die Krebsgeschichte. Und es war normalerweise eine zwei-, fünf- oder 10-jährige

Geschichte. Und jetzt sind es 16 Wochen oder 12 Wochen.
(Interviewer:) Das ist kein Scherz, ja?
(John O'Looney:) Ja. Und ich spreche nicht von den üblichen 60-, 70-Jährigen. Es sind 30-, 40-, 50-Jährige! Menschen, die üblicherweise nicht an Krebs sterben, sterben jetzt in einem Bruchteil der Zeit.
(John O'Looney:) Ja. Und es ist gut dokumentiert. Es ist weltweit so gut dokumentiert, daß sie die Zahlen ständig verheimlichen. Sie formulieren sie um. Hier in Großbritannien heißen sie ONS-Daten; Office of National Statistics. Und sie formulieren sie um, um die Zahlen zu verschleiern, weil sie es wissen. Sie wissen es, und sie lügen und schüchtern die Zeugen ein und verdächtigen sie.
Und warum reden wir immer noch darüber? Wenn nur ich darüber reden würde, würde ich mich selbst betrachten und mich fragen: Bin ich ein Verschwörungstheoretiker? Es ist keine Verschwörung! Das ist es nicht. Es sind zahlreiche, sehr angesehene Leute, weitaus klügere als ich, sprechen jetzt endlich offen darüber und geben zu, daß es ein Problem gibt. Aber ich habe es gesehen. Warum habe ich es früher gesehen? Nicht, weil ich besonders klug bin.
Ich bin ein Bestatter. Also weiß ich, wen ich in die Särge lege. Ich weiß, wer üblicherweise sterben würde und ich weiß, in welcher Anzahl und wann und in welchem Alter, weil ich das schon so lange mache. Es gibt also eine Veränderung in diesem Muster, und ich sehe die Beweise physisch, und dann werde ich zu Treffen mit Politikern eingeladen, die offen zugeben, daß das weit über ihrer Gehaltsklasse liegt und sie es nicht aufhalten können. Es ist entsetzlich.
Und das wird als Verbrechen historischen Ausmaßes in die Geschichte eingehen! Dies ist ein himmelschreiendes Verbrechen! Und ich fühle mich sowohl entsetzt, als auch sehr privilegiert, daß ich zu den Menschen gehörte, die zuerst geschrien haben, denn ich hoffe, daß ich viele Menschen gerettet habe. Wir werden sehen. Wir werden es sehen.
(Interviewer:) Wer war der Politiker, der aus dem Land gejagt wurde?
(John O'Looney:) Andrew Bridgen.
(Interviewer:) Ja, haben Sie mit ihm gesprochen?
(John O'Looney:) Ja, oft. Er ist gut. Ja, er weiß Bescheid. Er weiß, worum es geht. Er weiß es. Und sie haben ihn runtergemacht und zum Schweigen gebracht. Einer der leitenden Minister, die ihn in die Politik eingeführt haben, hat ihn sogar beschimpft und gesagt: "Sie können sagen, was Sie wollen. Sie werden bald an Krebs sterben." Ja, das hat er tatsächlich zu ihm gesagt. Was mich am meisten enttäuscht, ist, daß wir alle davon ausgehen, daß wir sehr ähnlich ticken, was aber nicht der Fall ist.
(Interviewer:) Denken Sie?
(John O'Looney:) Ja, ja. Ich dachte irgendwie, ich wäre wie alle anderen: Mr. Durchschnitt. Und das bin ich eindeutig nicht. Ich bin ganz anders gestrickt. Was hier vor sich geht, gilt für alle Bestattungsunternehmen. Warum bin ich der Einzige, der sich besorgt äußert? Zumindest in diesem Land. Ich habe ein paar andere kurz an die Öffentlichkeit kommen sehen. Ich habe mit vielen von ihnen gesprochen, die sich privat an mich gewandt haben. Aber wie viele sprechen tatsächlich offen darüber? Nicht viele, und das enttäuscht mich, weil sie wissen, was vor sich geht. Das ist nicht nur hier der Fall.
(Interviewer:) Sind sie verlegen, wenn Sie mit ihnen unter vier Augen sprechen?
(John O'Looney:) Sie sind verängstigt, ja. Sie sind sehr, sehr verängstigt.
(Interviewer:) Und es muß ihnen auch ein bißchen peinlich sein.
(John O'Looney:) Das ist so eine Sache. Wenn ich Sie fragen würde, wie lange Sie ein himmelschreiendes Verbrechen verschweigen können, bevor Sie sich dieses Verbrechens mitschuldig machen, wie lange hätten Sie eine akzeptable Rechtfertigung, selbst unter Zwang? Würden Sie das Geheimnis einen Monat, drei Monate, sechs Monate, ein Jahr, 18 Monate,

zwei Jahre, drei Jahre für sich behalten, bevor Sie mitschuldig werden?
Und wenn Sie eine Zahlung erhalten, sind Sie mitschuldig an diesem Verbrechen. Welche Dauer könnte man akzeptabel verteidigen? Könnten Sie sagen, ich dachte, ich könnte meinen Job verlieren, ich hatte Angst? Okay, Angst: vier Jahre lang? Angst, bis 5.000 Menschen tot sind, bis zu 10.000 Toten? Bis zu welchem Punkt geht das?
Mitte 2020 wußte ich, daß wir belogen wurden. Ich wußte nicht, warum. Im Laufe der Zeit wurde es immer klarer. Und dann habe ich natürlich ein fantastisches Netzwerk von Informationen, die ich von Leuten erhalte, die mich haben sprechen sehen. Und ich habe mich mit Leuten getroffen, von denen ich nie gedacht hätte, daß ich einmal mit ihnen sprechen würde. Alex Jones, Robert Kennedy Jr. und so weiter und so fort, Politiker, Polizei und Militär: Warum haben sie sich mit mir beschäftigt? Ich weiß es wirklich nicht. Ich denke, sie hören zu, was ich sage, und mein Standpunkt ist unbestreitbar.
Ich bin an der Front. Ich sah und sehe immer noch, wer stirbt und woran, und was in diesen Menschen drin ist. Und es ist unbestreitbar. Und sie wissen, daß ich aufrichtig bin mit dem, was ich sage. Aufrichtigkeit strömt aus Menschen heraus. Man kann sehen, wenn jemand aufrichtig und ehrlich ist, und man kann sehen, wenn er es nicht ist. Denn wir alle haben diese Eigenschaft in uns als Menschen. Ich glaube, als menschliches Wesen hat man fünf oder sechs Begegnungen mit Menschen, und dann hat man sich schon eine Meinung über sie gebildet. Und man kann erkennen, ob jemand unehrlich ist. Wenn wir den Politikern zuhören, sehen wir, daß sie nicht ehrlich sind. Sie lügen. Und deshalb ...
Die Wahrheit ist heute solch eine Seltenheit, daß es sehr leicht zu erkennen ist, wenn jemand tatsächlich die Wahrheit sagt. Und ich glaube, das ist der Grund, warum die Leute sich mit mir beschäftigt haben. Es gibt nichts Besonderes an mir, in keiner Art und Weise. Ich bin einfach sehr ehrlich und sachlich, und ich habe keine Angst davor, was sie mir antun könnten. Ich habe keine Angst, weil sie uns bereits alle umbringen.
(Interviewer:) Richtig, richtig.
(John O'Looney:) Die Konsequenzen, die Stimme nicht zu erheben, sind viel schwerwiegender, als wenn man sich diesen Satanisten, diesen Dämonen entgegenstellt und ihnen die Stirn bietet. Denn wenn man das tut, ermächtigt man sich selbst. Und sobald man diese Leute konfrontiert, die wissen, daß man weiß, was sie tun, knicken sie ein. Sie verwelken wie eine Blume in der Sonne. Ja, ich habe es am eigenen Leib erfahren. Ich habe auf einer COVID-Station gelegen und habe zugesehen, wie sie Menschen umgebracht haben.
(Interviewer:) Sagen Sie das noch mal.
(John O'Looney:) Ich habe auf einer COVID-Station gelegen und zugesehen, wie sie aktiv Menschen getötet haben.
(Interviewer:) Also, dieses sogenannte Todesprotokoll, mit den falschen Medikamenten und dem Remdesivir und ...
(John O'Looney:) Ja, ich habe es gesehen! Die Leute müssen nur ... Und genau da liegt das Problem. Jedenfalls haben sie hier eine wirklich wichtige PsyOp (Psychologische Kriegsführungsoperation) durchgezogen.
(Interviewer:) Okay, der Name ...
(John O'Looney:) Das Medikament wird hier unter verschiedenen Markennamen angeboten. Ich glaube, Veklury® ist einer, und Remdesivir ist das britische Pendant.
(Interviewer:) Richtig. Gibt es nicht auch Midazolam?
(John O'Looney:) Midazolam ist ein Beruhigungsmittel. Es wird also hauptsächlich in Pflegeheimen eingesetzt. Gewöhnlich gibt es in Pflegeheimen zwei Gruppen Menschen: chronisch körperlich Behinderte, die sich nicht selbst versorgen können und körperlich sehr Fitte, die aber geistig behindert sind. Die Zeiten sind vorbei, in denen man solche Menschen ans Bett fesselt.

(Interviewer:) Sicher, sicher.
(John O'Looney:) Das wird chemisch mit Medikamenten wie Midazolam gemacht. Midazolam ist auch in einem der Medikamentencocktails drin, die bei der Todesstrafe verabreicht werden, eine von vier oder fünf verwendeten Medikamenten bei der tödlichen Injektion. Und es ist ein Beruhigungsmittel. Es werden also bestimmte Mengen in diesen Pflegeheimen verwendet.
Und hier im Vereinigten Königreich, wo wir ein NHS, ein nationales Gesundheitssystem haben, wird vieles davon mit öffentlichen Geldern bezahlt. Es muß also online veröffentlicht werden. Für diese öffentlichen Gelder gibt es Konten. Man kann einen Antrag auf Veröffentlichung stellen, und es wird Rechenschaft abgelegt. In den Jahren 2020 und 2021 wurde zwischen 300 und 1.000 % mehr Midazolam verwendet. Okay. Und es wurde alles verwendet.
(Interviewer:) Das ist sehr brisant!
(John O'Looney:) Ich könnte mich nicht mehr im Spiegel ansehen, im Wissen, daß ich mich mitschuldig am Tod von Kindern und unschuldigen Menschen gemacht hätte. Also, wissen Sie, ich bete die meisten Tage, normalerweise auf dem Weg zur Arbeit im Auto. Und ich habe wirklich das Gefühl, daß ER mich führt. Und das bedeutet nicht, daß ich ein religiöser Spinner bin. Es bedeutet nur, daß ich gerne nach einem moralischen Kompaß lebe und die Menschen so behandle, wie ich glaube, daß es IHN ehren würde, und daß ich versuche, diese Erde ein bißchen besser zu verlassen, als sie war, als ich auf die Welt kam.
(Interviewer:) Wunderbar. Ja. John O' Looney, ich danke Ihnen vielmals für dieses Interview! Es war mir ein Vergnügen.
(John O'Looney:) Mir auch. Ich danke Ihnen. Danke, daß Sie zugehört haben.
(John O'Looney:) In Großbritannien wird wirklich alles vom Gerichtsmediziner erledigt. Und wenn ich zum Beispiel darum gebeten werde, die weißen Blutgerinnsel - ich habe Proben, die ich Ihnen zeigen kann - zur Analyse wegzuschicken, gibt es keinen Ort, an den man sie schikken könnte. Denn alle Labore werden von der Regierung betrieben. Es gibt kein privates Labor, wie es in Amerika der Fall wäre.
(Interviewer:) Um diese Proben zu analysieren, die Sie gesammelt haben?
(John O'Looney:) Ja. Ich habe also jede Menge dieser weißen Faserklumpen, die ich aus den Arterien der Verstorbenen, verstorbener Menschen herausgezogen habe. Ja ...
(Interviewer:) Wäre es für uns koscher, das zu sehen?
(John O'Looney:) Ja. Ja, natürlich. Ja. Ich kann sie holen. Okay.
(John O'Looney:) Jedes dieser Fläschchen steht also für eine Person.
(Interviewer:) Im Ernst?
(John O'Looney:) Ja.
(Interviewer:) Jetzt schaue ich mir das hier an, und es ist fast das Gleiche wie in dem Video, nur daß es in dem Video rot ist.
(John O'Looney:) Ja. Sie sind also zunächst rot, wenn sie herauskommen. Aber wenn man sie dann abwäscht, sind sie darunter weiß. Sie sind in Formalin konserviert, das ist Formaldehyd. Wenn sich Spuren von Blut darauf befinden, werden sie im Formaldehyd verbrannt und werden schwarz. Die weißesten Exemplare sind also diejenigen, die am saubersten waren, als sie in die Lösung kamen. Diejenigen, die einen Hauch von Schwarz aufweisen, sind Reste von Blut, denn sie stammen offensichtlich aus Arterien. Und Sie werden feststellen, daß sie alle mehr oder weniger die gleiche Größe haben.
Das liegt daran, daß sie alle aus den Halsschlagadern, speziell im Hals entnommen wurden. Keiner dieser Fälle war also obduziert worden. Und wir haben die Einbalsamierung nur ausgehend von der Halsschlagader vorgenommen. Wie ich bereits sagte, entsteht beim Einsetzen der Pumpe und beim Zurückziehen der Pumpe ein Gegendruck, und das hier wird aus den Arterien "ausgespuckt". Das sind also keine Arterien. Das ist das, was in den Arterien war.

(Interviewer:) Und so etwas haben Sie vor der Impfung nie gesehen?
(John O'Looney:) Niemals! Niemals! Und ich habe einen BIA-registrierten Einbalsamierer, der seit 25 Jahren einbalsamiert, der das auch noch nie gesehen hat. Und unzählige andere Ärzte und Einbalsamierer, mit denen ich gesprochen habe. Ich werde jetzt jede Woche zu Treffen eingeladen, virtuellen Treffen, an denen bis zu 100 Fachleute teilnehmen. Sie alle sehen es jetzt. Leider wird es für viele zu spät sein.
(Interviewer:) Hat dieses Zeug eine Art ... Geht es nur mir so, oder hat es einen seltsamen, unheimlichen Anblick? Sehen Sie sich das an.
(John O'Looney:) Das ist wirklich so. Wenn man es aus den Arterien herauszieht, ist es sehr unheimlich. Wenn man weiß, wo es herkommt … ja, ganz sicher.
(Interviewer:) Ich meine, es sieht fast so aus, als ob es halb lebendig ist, wenn wir es betrachten.
(John O'Looney:) Nun, ich habe ein paar Tests damit gemacht. Wir haben versucht, Spannung hindurchzuleiten, sie geht nicht durch. Wir haben es auch mit einem Magneten versucht, um zu sehen, ob es magnetisch ist, das hatte keinerlei Wirkung. Aber die Wirkung ist eindeutig, daß die Arterien blockiert werden.
(Interviewer:) Richtig, richtig.
(Kameramann:) Ich habe gehört, daß die Leute sagen, es sei das Spike-Protein.
(John O'Looney:) Nun, ich bin irgendwie … Ich habe mich mit einer Gruppe von Leuten zusammengetan, die ziemlich ... man sollte sagen, Experten sind. Und ich kann nicht zu sehr ins Detail gehen. Aber sie vermuten, daß die Gentherapien, um die es sich bei diesen Impfstoffen handelt, die Fähigkeit des Körpers, Narbengewebe zu produzieren, aktiviert haben. Und das ist Narbengewebe: Fasern, die produziert werden, um beschädigte Gefäße zu reparieren.
Aber sie bringen es zum Überdrehen. Es repariert also nicht nur ein Gefäß. Es wächst weiter, bis es das Gefäß blockiert. Man hat sich also den natürlichen Prozeß des Körpers zunutze gemacht und ihn in den Turbomodus versetzt mit dem Ziel, die Menschen zu töten. Und wie sieht dieser Tod aus, wenn man eine verstopfte Arterie hat, was passiert dann? Man bekommt einen Herzinfarkt. Man bekommt einen Schlaganfall. Das sind normale Todesfälle.
(Interviewer:) Und schauen Sie sich die übermäßig große Anzahl von Herzinfarkten, Schlaganfällen und Blutgerinnseln an.
(John O'Looney:) Ja, natürlich. Natürlich!
(Interviewer:) Kürzlich rief mich ein Freund in meinem Alter an; ein gesunder Mann, aktiv, stark - stark wie ein Ochse - und sagte: "Ja, ich bin kurzatmig, ich hatte Probleme. Ich bin schließlich zum Arzt gegangen, und sie haben diese langen Gerinnsel in meinem Bein gefunden." Und er hat alle Booster bekommen.
(John O'Looney:) Ja, ja. Und es sind keine herkömmlichen Gerinnsel. Die bekommt man also nicht mit Heparin und ähnlichen Medikamenten weg. Es wird nicht funktionieren. Es ist eine völlig andere Formel. Ja, es wird nicht funktionieren.
(Interviewer:) Du brauchst eine Operation.
(John O'Looney:) Ich habe gesehen, wie sie von lebendigen Patienten entfernt wurden. Ich habe Videos davon erhalten. Dr. Richard Hirschman wird Ihnen mehr darüber erzählen, wenn Sie mit ihm sprechen. Er hat mit einem Chirurgen zusammengearbeitet. Er hat sie aktiv aus lebendigen Patienten, also aus Geimpften herausgezogen. Es ist also so etwas wie das am schlechtesten gehütete Geheimnis des Gesundheitswesens. Ja, sie wissen es alle. Sie wissen alle ...
(Interviewer:) Sie wissen es alle.
(John O'Looney:) Ja, sie wissen es. Ich würde sagen, 90 % von ihnen wissen es. Ich denke, ein guter Anhaltspunkt ist, daß vor kurzem die Zahlen über COVID-Impfauffrischungen veröffentlicht wurden. Und 71 % der NHS-Mitarbeiter haben eine Auffrischungsimpfung verwei-

gert. Wir sprechen also von mindestens 7 von 10. Sie wissen, daß Sie sich nicht impfen lassen sollten. Das sagt doch eigentlich alles, was man wissen muß, oder nicht? Ich würde vermuten, daß 30 % wahrscheinlich Büroangestellte, Reinigungskräfte und so weiter sind. Sie kennen die klinischen Ergebnisse der Geimpften nicht. Aber 71 % der NHS-Mitarbeiter ...
(Interviewer:) ... haben die Boosterimpfung abgelehnt.
(John O'Looney:) Ja, sie haben sie abgelehnt.
(Interviewer:) Weil sie es wissen.
(John O'Looney:) Ja, natürlich wissen sie es! Ich hatte sie genau an dieser Stelle hier stehen. Ich zeige Ihnen jetzt mein Telefon. Natürlich kann ich diese Namen und Adressen aus juristischen Gründen nicht veröffentlichen. Aber ich habe auch Krankenschwestern gebeten, sich bei mir zu melden, als ich das sah, was ich gesehen habe.
(Interviewer:) Oha. Das ist eine Liste derer, die sich zu diesem Thema an Sie gewandt haben?
(John O'Looney:) Ja. Ja! Wie ich schon sagte, es sind die Geimpften, die sterben. Ich hatte schon Krankenschwestern, die am Telefon geweint haben. Einige von ihnen haben mir zum Beispiel gesagt, daß sie 12 Patienten auf der Station mit Blutgerinnseln in den Armen hatten. Das sind Zahlen, die einfach nur … Das ist unmöglich. Es ist statistisch unmöglich, es sei denn, die Impfung hat das hervorgerufen.
Aber was noch beunruhigender ist, ist die Reaktion der Leute, die dafür bezahlt werden, uns zu schützen. Sie wissen es, sie wissen es! Ich hatte Ärzte, die genau an dieser Stelle standen. Sie geben es offen zu. Ich hatte einen anderen Arzt, der stand dort. Sie geben zu, sie geben es offen zu. Sie geben es offen zu. Und sie sind entsetzt. Und dann haben sie alle den gleichen Blick, sie schauen auf den Boden und sagen dann: Alle wissen es. Und mit "alle" meinen sie, daß es alle Ärzte wissen. Also werden sie dir Spritzen verabreichen, die sie sich selbst nicht geben würden. Ja, weil sie es müssen, weil es ihr Job ist.
Wissen Sie, mein Sohn ist 13, fast 14, und er geht seit zwei Jahren auf eine örtliche weiterführende Schule. Vor zwei Jahren kam er auf die weiterführende Schule. Und ich habe präventiv die Schule angeschrieben. Ich habe ihnen eine E-Mail geschickt, wo ich schrieb: "Ich weiß, daß Sie eine Impfrichtlinie haben. Sie fassen mein Kind nicht an!" Damit sie in Kenntnis gesetzt sind, denn ich bin nicht zugegen. Und mein Sohn war erst 11, glaube ich, als er dort auf die Schule kam. Und sie haben nicht auf meine E-Mail geantwortet. Wie auch immer, ich glaube, vier Tage später erhielt ich einen Anruf.
Und sie sagte zu mir: "Hallo, ich heiße Sarah und bin die Impf-Krankenschwester an der Hazeley School." Hazeley School in Milton Keynes, um das festzuhalten. Ich sagte also "Hallo". Und ich nahm mir die Zeit, ihr zu erklären, was ich als Bestattungsunternehmer gesehen hatte, wie die Geimpften starben und welche Begegnungen ich gehabt hatte. Und ich dachte, sie würde mich für einen Spinner halten. Aber sie sagte: "Ja, ich kenne die Risiken." Und ich sagte: "Okay." Ich sagte: "Also Sarah, können Sie mir sagen, ob Sie selbst Kinder haben?" Sie sagte: "Ja, ich habe zwei." Ich glaube, sie waren 10 und 8 Jahre. Ich fragte: "Und würden Sie Ihre Kinder impfen lassen?"
Sie sagte: "Oh nein." Ich sagte: "Okay." Ich sagte: "Sie kennen also die Risiken. Sie haben selbst zwei Kinder, die Sie nicht impfen lassen würden, aber meine schon?" Sie sagte: "Ja, das ist mein Job." Die sind verdammt wahnsinnig. Diese Leute sind wahnsinnig, sie sind wahnsinnig - weil es ihr Job ist. Sie sehen darin kein Unrecht. Es ist ihr Job. Und das ist ein häufiges Thema, das ich immer wieder höre. Nun, sie wissen es, aber es ist ihr Job.
(Interviewer:) Und sie weiß es nicht nur, sondern für sie ist es so eine Selbstverständlichkeit.
(John O'Looney:) Nun, sie würde es nicht mit ihren eigenen Kindern machen lassen, aber mit deinen Kindern. Und dann freundlich lächeln. Und sie haben dort Unterricht. Eine der gefährlichsten Impfungen für junge Menschen ist die HPV-Impfung, richtig? Lassen Sie mich Ihnen eine Geschichte erzählen. Ich habe die Frau, die an der Entwicklung dieses Impfstoffs beteiligt

war, in Westminster getroffen. Sie war in ihren 20ern und beriet die Regierung, okay?
Und ich fragte sie, wie es dazu kommen konnte, daß sie jetzt als angebliche "Verschwörungstheoretikerin" auf unserer Seite stehe. Also erzählte sie mir die Geschichte: Sie war an der Entwicklung des HPV-Impfstoffes beteiligt. Als er kurz vor der Fertigstellung stand, bemerkte sie, daß er zwar einen winzigen Schutz gegen Gebärmutterhalskrebs bieten würde, denn dafür wurde er entwickelt; für junge Mädchen und gegen Gebärmutterhalskrebs.
Ein Prozent ist aber - ein Prozent ist genug, um das Etikett zu erhalten, um es als Mittel gegen Krebs zu kennzeichnen. Das Gleiche gilt für Statine (Arzneistoffe, die als Cholesterinsenker bzw. Lipidsenker eingesetzt werden), die nur ein Prozent Nutzen haben, aber das genügt schon.
(Interviewer:) Nur ganz kurz, ist der HPV-Impfstoff nicht derjenige, der nur für ein sexuell aktives Mädchen von Bedeutung sein könnte?
(John O'Looney:) Ja, so ist es.
(Interviewer:) Ja, genau.
(John O'Looney:) Sie geben ihn also 12-, 13-jährigen Mädchen.
Jedenfalls sagte sie, daß es zwar einen gewissen Schutz gegen Gebärmutterhalskrebs biete, aber die Unversehrtheit des Gebärmutterhalses gefährdet. Und das würde bedeuten, daß diese Mädchen schwanger werden könnten, aber wenn sich das Baby entwickelt und es ins zweite oder dritte Trimester der Schwangerschaft kommt und das Gewicht nach unten drückt, würde der Gebärmutterhals reißen.
(Interviewer:) So daß sie im Grunde unfruchtbar würden.
(John O'Looney:) Ja, sie würden das Kind verlieren. Also ging sie zu ihren Chefs und erklärte das. Und ihr Chef sagte: "Psst, psst!" Sie ist aber ein intelligentes Mädchen. Sie hat keinen Staub aufgewirbelt, sie ging einfach weg. Dann hat sie den Impfstoff optimiert, so daß er einen viel besseren Schutz gegen Krebs bot und den Gebärmutterhals überhaupt nicht schädigte. Und dann ging sie zurück zu ihrem Chef, nicht mit einem Problem, sondern mit der Lösung, denn Chefs mögen keine Probleme, sie wollen Lösungen. Und sie haben sie sofort entlassen: "Räumen Sie Ihren Schreibtisch!"
(Interviewer:) Unter dem Motto: "Wir sind darauf aus, Menschen zu töten, also kommen Sie uns nicht in die Quere!"
(John O'Looney:) Also, es funktioniert folgendermaßen: Ein totes Baby ist für "Big Pharma" 40.000 Dollar wert, weil sie die Organe dieser Kinder entnehmen. Sie "ernten" also die Leber, um neue Leber-Medikamente zu entwickeln. Was glauben Sie, wie sie ein Leber-, Nieren- oder Herzmedikament herstellen? Sie machen das aus abgetriebenen Föten; MVs. Ja, genau dafür sind sie da. Der HPV-Impfstoff wurde also entwickelt, um die Zahlen niedrig zu halten und um die Nachfrage nach toten Babys für "Big Pharma" zu decken. Ja! Ja!
Als ich noch als Bestattungsunternehmer für Co-op Funeral Care (größter Bestattungsdienstleister im Vereinigten Königreich) gearbeitet habe, habe ich den so genannten "Baby-Run" gemacht. Ich mußte dazu zum John Radcliffe Hospital in Oxford (großes Lehrkrankenhaus in Oxford, England). Ich fuhr einmal im Monat dorthin und holte zwischen einem und vier Babys ab. Sie waren immer aus dem vierten bis sechsten Schwangerschaftsmonat. Sie waren also Frühchen.
Und es war offensichtlich, warum sie starben, denn ihre Lungen waren noch nicht entwickelt. Aber jedes einzelne von ihnen war vollständig obduziert worden, denn sie ernten die Organe der Babys ab. Und das ist es, worum es geht. Jetzt bieten sie diesen HPV-Impfstoff auch noch für die Jungs an. Ich habe noch keinen Jungen mit einem Gebärmutterhals gesehen. Ja, das heißt also: "Leute, laßt Eure Kinder auf gar keinen Fall impfen!" Und das habe ich von der Frau, die an der Entwicklung dieser Impfstoffe beteiligt war. Also: "Tun Sie es nicht. Tun Sie es nicht!"

(Interviewer:) Dann sind Sie also für Null Impfungen?
(John O'Looney:) Nun, wenn man an die Evolutionstheorie glaubt, haben wir uns über eine Reihe von Jahren entwickelt. Wir haben ein gottgegebenes Immunsystem, das uns gegen alles schützt. Warum brauchen wir all diese Impfstoffe, vor allem, wenn ihre Nebenwirkungen nachgewiesen sind? Schauen Sie sich die Autismus-Rate an. Sie korreliert in den Industrieländern mit der Impfrate. Warum sollten Sie also Ihrem Kind so etwas geben wollen?
Ich kann Ihnen sagen: Mein Kind wird nie wieder geimpft werden. Ich würde mich nie wieder impfen lassen. Ich hatte alles bis hin zu COVID, alles. Ich bin kein "Verschwörungstheoretiker". Ich habe mich gegen Lungenentzündung impfen lassen, als COVID angekündigt wurde, weil ich keine Lungenentzündung bekommen und sterben wollte. Weil sie sagten, daß es einen sonst umbringt.
(Interviewer:) Haben Sie sich auch gegen Grippe impfen lassen?
(John O'Looney:) Ich hatte sie (die Impfungen) in der Vergangenheit, aber jetzt nicht mehr. Das letzte Mal war tatsächlich gegen die Schweinegrippe, und da ging es mir richtig, richtig schlecht. Sie brachten den Schweinegrippe-Impfstoff auf den Markt, ich wurde geimpft und wäre fast gestorben. Ich war wirklich sehr, sehr krank. Also nein, von nun an werde ich gar keine Impfung mehr nehmen. Und sie schicken mir immer noch SMS und fragen mich. Auch heute kam eine mit: "Wollen Sie eine Grippeimpfung?" - Man hat bei diesen SMS keine Antwortmöglichkeit, aber wissen Sie, die bekomme ich nicht!
(Interviewer:) Ich habe einen Freund, der sich entschieden hat, sich, seine Frau und seine Kinder nicht mehr impfen zu lassen, nachdem er eine ähnliche Reaktion auf die Schweinegrippeimpfung hatte. Er ist fast gestorben.
(John O'Looney:) Mir ging es (damals) wirklich elend, richtig elend, ja.
(Interviewer:) Und deswegen haben sie diesen Impfstoff auch vom Markt genommen!
(John O'Looney:) Das war, wie ich aus zuverlässigen Quellen erfahren habe, ein kleiner Übungslauf. Ein kleiner Übungslauf.
(Interviewer:) Das kann ich mir vorstellen.
(John O'Looney:) Ja, natürlich. Lassen Sie Ihre Kinder nicht impfen, überhaupt nicht, Null. Nein, keine. Keine. Ich hatte noch ein anderes Erlebnis. Ich ging in eine Apotheke vor Ort, um Medikamente für ein Rückenleiden abzuholen. Und eine Frau mit einem Schlüsselband kam herein. Sie hatte einen alten Herrn bei sich, der nicht ihr Vater war. Sie war offensichtlich eine Angestellte der Stadt, und er litt an früh einsetzender Demenz. Sie war seine Betreuerin. Sie kam herein und verkündete: "Ich bin hier wegen der Grippeschutzimpfung von Tom." Jedenfalls saß er da, wie betäubt, Gott segne ihn, und sie ging weg und ließ ihn allein. Also eine "tolle" Betreuerin.
Jedenfalls sträubten sich bei mir die Nackenhaare, und ich ging (zu ihr) rüber und sagte: "Hören Sie, mein Name ist John. Ich bin ein lokaler Bestattungsunternehmer, ich hoffe, das stört Sie nicht. Aber ich konnte nicht umhin zu bemerken, was Sie sagten. Ich habe schon viele Menschen daran sterben sehen." Und wieder dachte ich, sie würde schockiert und entsetzt sein. Sie sagte: "Ja, ich kenne die Risiken." Und ich dachte ‚okay' und sagte: "Warum wollen Sie, daß er das bekommt?" Sie sagte, das sei ihr Job. Wissen Sie, wenn man so ist wie diese Leute, ist es einem egal.
Sie werden gut dafür bezahlt, Menschen zu vergiften. Und sie wissen genug, um sich selbst nicht impfen zu lassen. Unter uns leben ganz andere Menschen. Und der schlimmste Fehler, den wir machen können, ist zu glauben, daß diese Menschen so sind wie wir, daß sie ein moralisches Bewußtsein und einen moralischen Kompaß haben, daß sie dir nicht schaden würden. Sie tun es, weil es ihr Job ist, das zu tun. Es ist ihnen egal. Es geht um Geld. Es geht um Papiergeld.
(Interviewer:) Ich frage mich, ob die Antwort auf diese reflexartige Reaktion "es ist mein Job"

nicht … ein Schlag auf die Nase sein sollte.
(John O'Looney:) Nun, das wurde in Nürnberg gesagt. All diese Leute fragten: "Warum habt ihr das getan?" "Weil uns befohlen wurde, es zu tun, und weil es unser Job war." Das ist keine Entschuldigung.
(Interviewer:) Nein. Nein.
(John O'Looney:) Es geht darum, Menschen zu retten. Es ist die Wahrheit, die uns frei machen wird, denn wenn die Menschen die Wahrheit erfahren, drehen sie all diesen Leuten den Rükken zu.
(Interviewer:) Das ist alles, was es braucht.
(John O'Looney:) Ja. Und wir sollten ihnen den Rücken kehren und zurückkehren zu zur Basisgemeinschaft (politische oder gesellschaftliche Initiative, die aus der Basis der Bevölkerung entsteht), wo man sich kennt: er ist der Klempner, er ist der Pommes-Verkäufer, er ist der Bestatter, der schneidet die Haare. Und wir brauchen diese Leute nicht. Sie brauchen uns. Wir sind ihre Macht. Was haben sie denn ohne uns? Gar nichts!
(Interviewer:) Und wir müssen das nicht über das digitale Bankensystem laufen lassen, um den Bestatter und den Klempner zu bezahlen.
(John O'Looney:) Nun, deshalb wollen sie uns versklaven. Es ist eine schreckliche Sklaverei. Wissen Sie, wenn die Leute hingehen - und sie haben es wieder getan. Es ist sehr raffiniert; einfach: piep, piep, piep ... Warten Sie, bis Sie Ihren CO2-Fußabdruck verbraucht haben, und dann wird Ihre Karte gesperrt.
(Interviewer:) Ja. Oder Sie haben sich gegen etwas geäußert.
(John O'Looney:) Ja. Ja, natürlich, das Sozialkreditsystem. Wissen Sie, in China werden sie aus ihren eigenen Wohnungen ausgesperrt.
Wenn Sie ein elektronisches Türschloß haben und Sie sich außerhalb ihrer Reihenfolge äußern sagen oder die Straße in die falsche Richtung gehen, können Sie aus ihren eigenen Wohnungen ausgesperrt werden!
Die Menschen müssen aufwachen und das erkennen, bevor es passiert! Erst versuchen zu reagieren, wenn wir schon versklavt sind, ist sinnlos!
(Interviewer:) Das ist richtig. Verlaßt dieses System also und zahlt mit Bargeld, Leute!
(John O'Looney:) Ja, zahlt mit Bargeld, zu 100 %! Genau, ja. Schön, Sie kennenzulernen, Dan.
(Interviewer:) Ja, ebenso, John. Ich danke Ihnen vielmals.<<

Palästina: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 6. Februar 2025 (x1.496/…): >>**"Riviera des Nahen Ostens": Wie realistisch ist Trumps irrer Nahost-Plan?**
Über diesen spektakulären Plan spricht die Weltpolitik: US-Präsident Donald Trump möchte endlich das Leid der Menschen in Gaza beenden, beansprucht den Küstenstreifen für die USA und will dort eine "Riviera des Nahen Ostens" schaffen. Die Palästinenser sollen vorübergehend u.a. nach Ägypten und Jordanien umgesiedelt werden. Sind Trumps Pläne einfach nur irre oder genial?
Es waren Sätze während einer Pressekonferenz mit Israels Premierminister Benjamin Netanjahu, bei denen sich die Weltpresse im Weißen Haus ungläubig anschaute: Dreht er jetzt völlig durch?
Trump erklärte: "Die USA werden den Gazastreifen übernehmen (‚will take over'), und wir werden ganze Arbeit leisten (‚will do a job')." Der Küstenstreifen habe das Potential, so wörtlich, "die Riviera des Nahen Ostens" zu werden.
Was genau hat Trump vor?
Zunächst wollen die USA nach den Worten Trumps die Blindgänger beseitigen, die zerstörten Gebäude abreißen, den Küstenstreifen einebnen und dann eine wirtschaftliche Entwicklung

anstoßen. Diese soll eine "unbegrenzte Anzahl von Arbeitsplätzen und Wohnraum für die Menschen in diesem Gebiet" schaffen. Dabei schloß Trump auch den Einsatz von US-Truppen nicht aus. Später könnten sich dort "Menschen aus aller Welt" in Gaza niederlassen.

Was soll mit den Palästinensern geschehen?

Laut Trump wollen die USA die Nachbarländer, hier vor allem Jordanien und Ägypten, bitten, die rund zwei Millionen Palästinenser aufzunehmen. Dies solle aber nur vorübergehend sein, wie das Weiße Haus später konkretisierte.

Angesichts des Ausmaßes der Zerstörung stellte Trump fest: Ein menschenwürdiges Leben in Gaza sei nicht mehr möglich. Seit Jahrzehnten gebe es dort nur Tod und Elend.

Wer soll künftig im Gazastreifen leben?

"Die Menschen der Welt", sagte Trump ("the world's people"). Ausdrücklich sprach er davon, daß auch die Palästinenser dazugehören werden. Zu Ende gedacht bedeuten Trumps radikale Pläne, daß eine konfliktträchtige Zweistaatenlösung endgültig vom Tisch wäre.

Wie realistisch ist Trumps Vision?

Alles hängt jetzt davon ab, wie sich die anderen arabischen Staaten, vor allem Saudi-Arabien, positionieren.

Erste Reaktionen fallen, wie nicht anders zu erwarten, negativ aus. Schließlich will man in Riad und anderswo nicht den Eindruck erwecken, man lasse die palästinensischen Glaubensbrüder wie eine heiße Kartoffel fallen.

Entscheidend wird jetzt sein: Setzen sich Realpolitik, aber auch Geschäftssinn durch. Geben die reichen arabischen Erdöl-Staaten ihre Unterstützung für den Anspruch der Palästinenser auf einen eigenen Staat auf? Denn ein solches Konstrukt dürfte kaum zu einem dauerhaften Frieden in der Region führen. Ein Palästinenserstaat wäre eine permanente Bedrohung Israels und würde das Pulverfaß Nahost früher oder später zur Explosion bringen. Das kann nicht im Interesse der realpolitisch denkenden Ölscheichs sein.

Ein weiteres Hindernis sind die Palästinenser selbst. Sie betrachten den Gazastreifen weiterhin als Teil eines von ihnen angestrebten eigenen Staates. Sie wollen trotz der Zerstörung des Küstengebiets überwiegend in der Region bleiben und selber für Wiederaufbau sorgen.

Wer soll den Wiederaufbau finanzieren?

Die Vereinten Nationen (UN) schätzen, daß 50 Millionen Tonnen Schutt beseitigt werden müssen, was allein viele Jahre dauern und Milliarden Dollar kosten würde. Trump selbst ließ die Frage der Finanzierung offen, aber der US-Präsident dürfte hier vor allem an die reichen Glaubensbrüder der Palästinenser u.a. in Saudi-Arabien, Kuwait und in den Emiraten gedacht haben.

Wie ist dieser scheinbar wahnwitzige Plan einzuordnen?

Für den Geschäftsmann Trump ist Politik immer auch ein "deal". Der US-Präsident nimmt zunächst extreme Positionen ein, um einen Rahmen für spätere Verhandlungen abzustecken. Aber eines wird man dem Kriegshasser Trump nicht abstreiten können: Wenn er "Riviera des Nahen Ostens" sagt, dann hat er vor allem im Hinterkopf, daß die Menschen im Gazastreifen eine wirkliche Lebensperspektive haben. Denn Donald Trump ist zutiefst davon überzeugt, daß wirtschaftliche Blüte und Frieden zwei Seiten einer Medaille sind.<<

07.02.2025

BRD: Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 7. Februar 2025 (x1.495/…): >>**CO2-Bepreisung ist größte CDU-Abzocke aller Zeiten!**

Während die Migrationsdebatte die Schlagzeilen beherrschte, hat der Bundestag klammheimlich die nächste massive Belastung für alle Bürger beschlossen: Ab 2027 explodiert der CO2-Preis! Heizen und Tanken werden drastisch teurer - um bis zu 45 Cent pro Liter und damit weit über 2€. Wer also dachte, die Inflation durch die Ampelpolitik der letzten Jahre sei schon

schlimm genug, wird bald sein böses Erwachen erleben.
Doch der eigentliche Skandal? Die CDU ist die treibende Kraft dahinter!
Merz und Co. geben sich als Kritiker der Ampel - doch in Wahrheit treiben sie diese CO2-Abzocke aktiv mit voran!
Im EU-Parlament hat die CDU das sogenannte Emissionshandelssystem ETS-II (CO2-Bepreisung) mitbeschlossen.
Im Bundestag hat sie nun gemeinsam mit der Rest-Ampel zugestimmt.
In Regierungsverantwortung wird sie das System nicht abschaffen - sondern weiter verschärfen!
Die CDU ist keine Alternative, sondern Teil des Problems! Opposition? Alles nur Show!
Daß CDU, SPD und Grüne längst ein Kartell bilden, wurde zuletzt mehr als deutlich: Hinter den Kulissen feiern ihre Funktionäre ausschweifende Privatpartys - während sie den Bürgern gemeinsam das hart erarbeitete Geld aus der Tasche ziehen! Vor der Kamera große Worte, hinter den Kulissen ein Herz und eine Seele.
Bürger und Mittelstand werden ausgequetscht wie eine Zitrone - für eine Klima-Politik, die weder bezahlbar noch effektiv ist!
Nur die AfD kämpft für echte Entlastung!
Wir fordern: Weg mit der CO2-Abgabe, Schluß mit der künstlichen Verteuerung von Energie!
Während CDU, Grüne und SPD immer neue Belastungen erfinden, steht die AfD für bezahlbare Energie, niedrige Preise und wirtschaftlichen Wohlstand.
Wer Veränderung will, muß sich von der CDU-Fake-Opposition verabschieden! AfD - gegen Abzocke, für die Bürger!<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 7. Februar 2025 (x1.498/…):
>>**Deutsche-Welle-Mitarbeiter erhielt über eine Million fürs Nichtstun**
Die Deutsche Welle fordert vor Gericht von einem früheren Mitarbeiter einen sechsstelligen Betrag zurück. Der mehr als zehn Jahre alte Versorgungsvertrag, bei dem es um insgesamt mehr als eine Million Euro gehen soll, sei sittenwidrig, begründet laut eines Berichts von "Business Insider" der Sender den Schritt.
Die Sprecherin von Kulturstaatsministerin Claudia Roth (Grüne) bestätigte den Vorgang: "Das Vorgehen resultiert aus einer Prüfung von Ruhegeldvereinbarungen durch die DW im Lichte der jüngsten Rechtsprechung zur Sittenwidrigkeit von Ruhegeldzahlungen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk". Damit nahm die Sprecherin Bezug auf die Vorgänge beim Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB), wo unter anderem eine hochrangige Sendermanagerin entlassen und fortan mit einer hohen Abfindung versorgt werden sollte. Ob es sich um einen vergleichbaren Fall auch bei der Deutschen Welle handelt, war zunächst nicht klar.
"Business Insider" berichtete, der Sender wolle sich dazu nicht äußern.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 7. Februar 2025 (x1.498/…):
>>**Heino will noch 20 Jahre auf der Bühne stehen**
Der mittlerweile 86-jährige Schlager-Star Heino verschwendet noch keinen Gedanken an den Tod. "Wir haben einen Vertrag, bis ich 104 werde, weil der Johannes Heesters mit 104 auch noch auf der Bühne stand", sagt der Sänger der "Neuen Osnabrücker Zeitung" (Freitagausgabe).
Da wolle er ihm nacheifern. Zwar hat Heino im vergangenen Jahr öffentlich gemacht, daß er seine Villa in Kitzbühel bereits an seinen Manager Helmut Werner überschrieben hat, dem er auch sein Vermögen vermachen wird, darüber hinaus ist aber offenbar noch nicht viel geregelt. "Ich habe im Grunde genommen noch nichts vorbereitet. Ich denke nicht daran, weil es noch weit weg ist", so Heino (bürgerlich: Heinz Georg Kramm).
Im vorgerückten Alter ist Heino nach eigener Einschätzung noch gut bei Stimme und will den Menschen weiterhin "Freude bringen", sprich: Konzerte geben. Um Heinos Gehör ist es aber

nicht mehr so gut bestellt. Seit fünf Jahren trägt er beidseitig Hörgeräte, was für den Sänger aber keinerlei Problem darstellt: "Das stört mich überhaupt gar nicht. Was ich hören will, höre ich. Was nicht, höre ich dann auch nicht."<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 7. Februar 2025 (x1.498/…): >>**Breite Mehrheit hält Solar- und Windenergie für existentiell**

Eine Mehrheit der Menschen in Deutschland sieht die Sonnen- und Windkraft als besonders wichtig an. Zu diesem Ergebnis kommt eine Umfrage der Marktforschungsfirma Appinio im Auftrag des Energieanbieters Elevion Green von Ende Januar, über die der "Spiegel" berichtet. Auf die Frage, welche Energieträger entscheidend seien, damit die Republik die Energiewende schaffen könne, nannten 61 Prozent der 1.000 Befragten die Solarenergie, gefolgt von Wind- (58 Prozent) und Wasserkraft (45 Prozent). Unter den fossilen Energieträgern schnitt die Atomkraft mit 33 Prozent am besten ab. Weniger als ein Zehntel der Teilnehmer bezeichnete Kohle als existentiell.

Dabei zeigten sich Unterschiede zwischen den Geschlechtern: 43 Prozent der männlichen Befragten sehen die Kernkraft als besonders wichtig an, aber nur 23 Prozent der Frauen. Die Ergebnisse fallen in den Bundestagswahlkampf, in dem sich die energiepolitischen Ziele der Parteien stark unterscheiden.

Die Union wirbt dafür, eine Reaktivierung abgeschalteter Atomkraftwerke zu prüfen. SPD und Grüne lehnen das ab. Die AfD will den Ausbau der Windenergie in Deutschland stoppen. In der Umfrage sprachen sich 41 Prozent der Teilnehmer dafür aus, daß staatliche Zuschüsse am stärksten in den Ausbau erneuerbarer Energien fließen sollten. 18 Prozent bevorzugen eine Förderung für Energiespeicher, weitere 18 Prozent neue Technologien wie die Kernfusion.<<

Das deutsche Multipolar-Magazin berichtet am 7. Februar 2025 (x1.499/…): >>**Kontrafunk verliert deutsches Konto**

Herausgegeben von *Stefan Korinth* und *Paul Schreyer*

Ohne Begründung: Volksbank Pirna kündigt regierungskritischem Radiosender / Chefredakteur sieht mehr Zuspruch nach dem "Bankangriff" / Oppositionelle Medien seit Jahren von Kündigungen betroffen

Der Radiosender "Kontrafunk" hat sein Bankkonto in Deutschland verloren. Die Volksbank Pirna kündigte das Konto zum 31. März ohne Angabe von Gründen. Dies berichtete am Mittwoch (5. Februar) zunächst der ehemalige ZDF-Moderator Peter Hahne bei "Nius Live". Kurz darauf bestätigte Kontrafunk die Kündigung auf "X" und wies darauf hin, daß allein im vergangenen Jahr 5765 Euro an Kontogebühren gezahlt worden seien.

Das Konto sei immer im Haben gewesen und stelle kein Risiko für die Bank dar. Der Kontrafunk ist eines von inzwischen vielen oppositionellen Medien, denen das Konto gekündigt wurde. Multipolar-Recherchen haben ergeben, daß seit 2020 rund 40 regierungskritischen Medien-Akteuren Konten gekündigt wurden.

Kontrafunk-Chef Burkhard Müller-Ullrich geht davon aus, daß die Entscheidung nicht in Pirna sondern in der Volksbank-Zentrale in Frankfurt am Main getroffen wurde. Sowohl vor dem Kündigungsschreiben, das auf den 30. Januar datiert ist, als auch danach habe es keine Kontaktaufnahme durch die Volksbank gegeben. Er hätte es als "anständig" empfunden, wenn die Mitarbeiter dem Kontrafunk im Vorfeld "einen Wink" gegeben hätten, zumal sie ihm freundlich gesonnen schienen, erklärte Müller-Ullrich gegenüber Multipolar. Sein Sender plane zunächst nicht, ein neues Konto in der Europäischen Union zu eröffnen, sagte er.

Der Kontrafunk habe zwei stabile Bankbeziehungen in der Schweiz, wo er auch als Aktiengesellschaft seinen Sitz hat. Die anfänglichen Schwierigkeiten seien zwar in manchen Fällen "politisch motiviert" gewesen, in anderen aber auch geschäftlich bedingt. "Weil wegen der irren Geldwäschevorschriften jede Bank den finanziellen Background unserer zig Investoren in Deutschland hätte prüfen müssen - und das ist einfach unmöglich", sagt Müller-Ullrich. In

einem Gastbeitrag bei Nius schreibt er ergänzend, daß Zuspruch und Reichweite des Senders seit dem "Bankangriff" wachsen.
Multipolar fragte sowohl bei der Volksbank Pirna als auch bei der Deutschen Zentral-Genossenschaftsbank (DZ Bank) in Frankfurt nach. Während die Volksbank Pirna nicht antwortete, hieß es von Seiten der DZ-Bank, daß man sich zu einzelnen Kundenbeziehungen der einzelner Volksbanken oder Raiffeisenbanken nicht äußern könne.
"Die Banken sind eigenständige Unternehmen und wahren zudem das Bankgeheimnis und den Datenschutz zu Kundenbeziehungen", sagte ein Sprecher. Grundsätzlich gelte: "Respekt, Demokratie und Vielfalt sind entscheidend für eine Gesellschaft, in der wir leben wollen." Die Frage des Umgangs mit der AfD werde in vielen Bereichen diskutiert. "Wir beteiligen uns an dieser Diskussion mit unserer klaren Haltung gegen jeden Extremismus und für die freiheitlich-demokratische Grundordnung."
Bereits im April vergangenen Jahres hatte die Volksbank Pirna dem Online-Magazin "Apolut" das Konto ohne Begründung gekündigt. Apolut-Gründer Kayvan Soufi-Siavash erinnert sich wie auch Burkhard Müller-Ullrich, bei der Volksbank in Pirna "mit offenen Armen" aufgenommen worden zu sein. Im November 2023 hatte das regierungsfinanzierte Medienunternehmen "Correctiv" über die Volksbank Pirna geschrieben: "Dieser Bank vertrauen Extremisten".
Multipolar-Recherchen hatten ergeben, daß viele weitere Medien und Medienmacher aber auch andere Oppositionelle ihre Konten verloren haben. Der Verleger des "Demokratischen Widerstands", Anselm Lenz, berichtete allein von 13 Girokonten, die im Zusammenhang mit der Wochenzeitung geschlossen wurden. Andere Betroffene wie der freie Journalist Boris Reitschuster sagen, daß nach der Schließung von Konten viele Spenden-Daueraufträge verloren gegangen seien.
Dem regierungskritischen Magazin "Manova" hatte die GLS-Bank im März 2024 gekündigt. Dem Journalisten Herbert Ludwig, der den politischen Blog "Fassadenkratzer" betreibt, kündigte die Sparkasse das Spendenkonto im Oktober. Trotz dieses Vorgehens gegen zahlreiche oppositionelle Medien und Journalisten stieg Deutschland im Jahr 2024 laut der Organisation "Reporter ohne Grenzen" in der Rangliste der Pressefreiheit deutlich nach oben.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 7. Februar 2025 (x1.493/…): >>**ZDF-Sendung manipuliert: Linke Studenten angeworben!**
Von *Valentina Schacht*
Es waren absurde Szenen, die sich am Donnerstagabend in der ZDF-Sendung "Schlagabtausch", in der Vertreter von fünf Parteien aufeinander trafen, abspielten: Sobald die Vertreter von Linkspartei und Grünen das Wort ergriffen, jubelte das Publikum frenetisch. Ganz anders bei FDP-Chef Christian Lindner, BSW-Anführerin Christian Wagenknecht und vor allem bei Tino Chrupalla von der AfD - hier gab es fortwährende Buhrufe. Schon während der Sendung vermuteten viele Zuschauer: Das Publikum wurde gezielt angeworben. Mittlerweile hat sich dieser Verdacht bestätigt. Kurz vor der Bundestagswahl liegen die Nerven der GEZ-Medien blank. …
Nach der Sendung befragt, gab ZDF-Korrespondent Dominik Rzepka zu, daß die Teilnehmer gezielt an der Berliner Humboldt-Universität und der Freien Universität Berlin, beide bekannt für starke Antifa-Strömungen unter den Studenten, angeworben wurden. Im Klartext: Es wurde zu keinem Zeitpunkt versucht, ein ausgewogenes Publikum zu schaffen, sondern bewußt auf eine linksextreme Grundatmosphäre gesetzt. Offensichtlicher könnte Manipulation kaum sein
Erfreulicherweise lassen sich immer weniger Bürger um den Finger wickeln und auch dieser dreiste Manipulationsversuch wurde schnell durchschaut. …<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 7. Februar 2025 (x1.493/…): >>**Dresden 1945: Kriegsverbrecher Arthur Harris**

80 Jahre Bombenterror: Mit dem "Moral Bombing" hatte die britische Luftwaffe eine im wahrsten Sinne des Wortes mörderische Strategie entwickelt. Der Kopf dahinter: Arthur Harris - ein lupenreiner Kriegsverbrecher und Massenmörder, den Antideutsche bis heute feiern. … _ von *Lars Poelz*

Im Zweiten Weltkrieg rückten zunehmend Städte in den Mittelpunkt von Luftangriffen, wobei es sich zunächst nur um kriegswichtige Ziele handelte. Doch nach der Luftschlacht um England änderte die Royal Air Force bald ihre Strategie, was für die deutsche Zivilbevölkerung fürchterliche Auswirkungen hatte. So gelangten ab 1942 nicht nur militärische Objekte in den Fokus, sondern auch die Zivilbevölkerung.

Die Idee dazu kam von dem 1942 ins Amt gehobenen Luftmarschall Arthur Harris. Sein Plan war es, bei Nachtflügen die deutsche Bevölkerung zu demoralisieren - er nannte dies "Moral Bombing". Dazu war ihm der bloße Einsatz von Brandbomben zu wenig. In einer Mitteilung an das Luftfahrtministerium kritisierte er:

"Man drängt mich immer, ausschließlich Brandbomben einzusetzen, aber ich bin mit dieser Strategie nicht einverstanden. Die moralische (das heißt psychologische) Wirkung von Sprengbomben ist enorm. Menschen können aus Feuersbrünsten entkommen, und die Zahl der Opfer bei einem reinen Brandangriff wäre verschwindend gering. Zusätzlich zu dem Schrekken des Feuers wollen wir Boches unter den Trümmern ihrer Häuser begraben, Boches (Schimpfwort für Deutsche) umbringen und Boches terrorisieren. Daher der Anteil an Sprengbomben."

Harris' Taktik für den Bombenkrieg war für die Besatzungen der Flugzeuge verlustreich. Nahezu 45 Prozent kehrten nicht heim, insgesamt kamen 55.573 Flieger bei den Angriffen auf Deutschland um. Auch deswegen wurde Harris oft "Butcher" (englisch für Schlächter) genannt.

Mitteldeutsche Städte im Visier

Nach den Luftangriffen auf westdeutsche Städte wie Köln (1942 mit 469 Toten) oder Hamburg (1943 mit 43.000 Todesopfern) wurden ab 1945 mitteldeutsche Städte wie Dresden zu bevorzugten Angriffszielen. Hintergrund für die Planung dieser Luftschläge waren die sowjetischen Erfolge. Aufgrund der bevorstehenden Konferenz von Jalta (4. bis 11. Februar 1945) stellte Churchill Überlegungen an, wie er Stalin durch Luftangriffe beeindrucken könne, nachdem die Ardennenoffensive den Alliierten einen empfindlichen Schlag versetzte.

Der britische Premier erkundigte sich am Abend des 25. Januar bei Luftfahrtminister Sir Archibald Sinclair über die Pläne der Royal Air Force. Nach Rücksprache mit Air Chief Marshall Charles Portal antwortete Sinclair am 26. Januar ausweichend, daß man prüfen werde, wie der deutsche Rückzug von Breslau gestört werden könne.

Daraufhin telegrafierte Churchill: "Ich habe Sie gestern nicht nach Plänen gefragt, wie der deutsche Rückzug aus Breslau gestört werden könnte. Im Gegenteil, ich habe gefragt, ob Berlin und zweifellos auch andere große Städte in Ostdeutschland jetzt nicht als besonders lohnende Ziele angesehen werden könnten. Ich freue mich, daß dies jetzt 'geprüft' wird. Teilen Sie mir bitte morgen mit, was man zu tun gedenkt."

Portal gab trotz einiger Zweifel nach und räumte ein, daß Angriffe auch gegen Berlin, Dresden, Leipzig, Chemnitz und andere Städte durchgeführt werden müßten. An der Großangriffsserie war die United States Army Air Forces beteiligt.

Für die bisherigen Angriffe gab es spezielle Zielkarten, in denen die Stadtgebiete, Gewässer und freien Flächen unterschieden waren. Außerdem waren Flakstellungen, Flugplätze, Tarn- oder Scheinanlagen eingezeichnet. Derartige Zielkarten existierten für Dresden allerdings noch nicht.

Air Marshall Sir Robert Saundby, Harris' Stellvertreter, und Brigadegeneral Harold V. Satterley machten darauf aufmerksam, daß es ein Beweis dafür sei, daß Harris nicht beabsichtige, Dresden anzugreifen und zu zerstören. Doch das entspricht dies nicht den Tatsachen, es sei denn, die 8. US-Luftflotte hätte ihre Aufklärungsfotos der RAF nicht zugänglich gemacht. Vier amerikanische Aufklärungsfotos von Dresden sind inzwischen veröffentlicht worden. Aufgenommen wurden sie am 17. April 1942, 1943 und 1944 ohne weitere Angabe, und am 7. Oktober 1944 zugleich mit dem Tagesangriff auf Dresden-Friedrichstadt und Löbtau.
In seinen Erinnerungen schreibt Harris: "Der Angriff auf Dresden wurde seinerzeit von Leuten, die viel wichtiger waren als ich, für militärisch notwendig gehalten."
Harris sah sich aber bestätigt. Es blieb bei seiner Taktik, die Moral der deutschen Bevölkerung durch schwere Bombardements der Innenstädte zu treffen, und Luftmarschall Saundby schrieb: "Unsere Aufgabe bestand darin, die Befehle nach besten Kräften auszuführen."
Man belehrte den Masterbomber des ersten Angriffs, Maurice Smith, daß "die Zerstörung einer bis dahin heil gebliebenen Stadt dieser Art eine bedeutende Wirkung auf die Russen haben würde". Die Angriffe auf Dresden waren also beschlossene Sache. Das Wetter setzte voraus, wann der Angriff startet, denn davon hing der Erfolg ab. Durch die Flächenbombardements der über 160 Städte und 850 Gemeinden mußten weit über 100.000 Menschen ihr Leben lassen.
Das Inferno von Dresden am 13/14. Februar 1945 war ohne Zweifel ein schweres Kriegsverbrechen - orchestriert von einem Massenmörder. In COMPACT-Geschichte "Dresden 1945. Die Toten, die Täter und die Verharmloser" lesen Sie die Fakten zur Zerstörung der Elbmetropole, die in der öffentlichen Debatte unter den Tisch fallen.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 07/25" berichtet am 7. Februar 2025 (x1.501/…): >>**"Welcome Center" vermittelt wenig**
So vernichten Grüne Geld
Kurt Zach
Unfähigkeit und Selbstüberschätzung haben bei Robert Habeck nicht nur Methode, sie liegen wohl auch in der Familie. Hinrich Habeck, der Bruder des grünen Planwirtschaftsministers, ist anscheinend vom gleichen Holz. 2,6 Millionen Euro jährlich läßt Schleswig-Holsteins schwarz-grüne Landesregierung, in der Robert einst den Vize-Regierungschef spielte, für ein "Welcome Center" unter der Obhut von Hinrich Habeck springen.
Der kassiert stolze 160.000 Euro Jahresgehalt. Die neun Angestellten des Wellcome-Centers vermochten im abgelaufenen Jahr ganze fünf "Fachkräfte" zu vermitteln. So geht Geldvernichtung im grünen Feudalsystem.
Drei Lehren lassen sich aus dem Skandal ziehen: Erstens, niemand macht sich so ungeniert den Staat zur Beute wie die mannigfach verflochtene, versippte und verschwägerte grüne Nomenklatura. Des grünen Vizekanzlers inzwischen in die Ukraine exportierter Atomausstiegs- und Heizungsgesetzstaatssekretär Patrick Graichen und sein Agora-Clan waren nur ein Kopf der Hydra.
Zweitens, Geld lockt Migranten an, aber das ganz große Abkassieren geschieht im Filz aus Sozialindustrie, steuerfinanzierten Betreuern, Agenturen und "Pseudo-Nichtregierungsorganisationen", der ganze Heerscharen grün-linker Kostgänger versorgt.
Und drittens, wer Massenmigration und ausufernde Staatsfinanzen in den Griff bekommen will, muß diesen Strukturen rigoros den Stecker ziehen.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 07/25" berichtet am 7. Februar 2025 (x1.501/…): >>**Millionen, die im Sand verrinnen**
Parteistiftungen: Mit Hilfe ihrer Bildungsinstitutionen verfolgen CDU, SPD und Co. jeweils ganz eigene Ziele
Christian Schreiber

Wenn es Nacht wird im Bundestag, schlägt die Stunde der politischen Stiftungen: Denn dann wird in den Bereinigungssitzungen des Haushaltsausschusses über die Zuschüsse an diese parteinahen Bildungseinrichtungen verhandelt. 148 Millionen Euro bekamen die Friedrich-Ebert-Stiftung (SPD-nah), die Friedrich-Naumann-Stiftung (FDP-nah), die Konrad-Adenauer-Stiftung (CDU-nah), die Hanns-Seidel-Stiftung (CSU-nah), die Heinrich-Böll-Stiftung (Grünen-nah) und die Rosa-Luxemburg-Stiftung (Linken-nah) am 25. Januar des letzten Jahres insgesamt als "Globalzuschüsse" bewilligt.

Eine Antwort der Bundesregierung auf eine AfD-Anfrage ergab nun, daß es sich dabei nur um einen Bruchteil der Förderung handelt. Weitere Millionen fließen aus dem Etat des Auswärtigen Amtes für Stiftungstätigkeiten im Ausland - oft unter abenteuerlich wirkenden Überschriften. "Die vom Auswärtigen Amt geförderten Projekte sind zum Teil völlig von der Realität losgelöst: So wird die 'demokratische Beteiligung’ in Mali gefördert - einem Terrorhotspot, von wo die Bundeswehr gerade abziehen mußte", kritisiert der außenpolitische Sprecher der AfD-Fraktion, Stefan Keuter.

Der angesprochene Haushaltstitel heißt "Demokratische Beteiligung als Beitrag zur Stabilisierung in Afrikas Konfliktregionen; Projektländer: Mali, Kamerun, Senegal, Nigeria". Dafür wurden der Ebert-Stiftung vom Auswärtigen Amt zwischen 2021 und 2025 rund 2,52 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Von einer Wirkung der Stiftungsarbeit war in Mali nichts zu spüren. Vermutlich versickerte das Geld im Wüstensand.

Auch eine andere Stiftung ist in Mali aktiv: die Naumann-Stiftung. Diese bekam für die Bekämpfung von Fluchtursachen zwischen 2020 und 2025 773.500 Euro, pro Jahr etwas weniger als 130.000 Euro. Die Wirkungslosigkeit solcher Maßnahmen liegt auf der Hand, was auch für die "Stärkung des Parlamentarismus in Madagaskar" gelten dürfte, wofür die Ebert-Stiftung 450.000 Euro bekam.

"Und für eine ominöse 'gesellschaftliche Beratung in Subsahara-Afrika' gibt die Ebert-Stiftung alleine von 2020 bis 2022 56 Millionen Euro deutschen Steuergelds aus", kritisiert Keuter. Für den "friedens- und sicherheitspolitischen Dialog im westlichen und östlichen Afrika" kassiert die Stiftung knapp 6,5 Millionen Euro, und für die Sonderinitiative "Fluchtursachen bekämpfen, Flüchtlinge reintegrieren; Politischer Dialog im östlichen Afrika" holte sich die Ebert-Stiftung sogar rund acht Millionen Euro aus dem Etat des Auswärtigen Amts.

Doch das ist nicht alles: Für "Migration und Flucht in Afrika durch regionale Kooperation und politischen Dialog gestalten" gab es 1,5 Millionen Euro. Für die "sozial-ökologische Transformation" in Afrika und Asien kamen weitere Millionen aus dem Steuertopf - ebenso für "Klimagerechtigkeit und nachhaltige Entwicklung" und rund 2,8 Millionen auch für die sozialökologische Transformation in Lateinamerika. Programme der Ebert-Stiftung in aller Welt haben ein dreistelliges Millionen-Volumen.

Betreiben die Stiftungen mit ihrem Geld eine Art Nebenaußenpolitik?

Afrika spielt auch bei anderen Stiftungen eine große Rolle. Die Naumann-Stiftung kann über vier Millionen Euro für die "Förderung von Rechtsstaat, liberaler Demokratie und Marktwirtschaft in Subsahara-Afrika" ausgeben. Über die Wirkung solcher Maßnahmen ist nichts bekannt.

Millionenbeträge zahlte das Auswärtige Amt auch an die CSU-nahe Hanns-Seidel-Stiftung für "Dezentralisierung, Demokratisierung, Rechtsstaatlichkeit und Konfliktprävention in West- und Zentralafrika" sowie in Ostafrika und weitere 4,8 Millionen für "Demokratisierung, Rechtsstaatlichkeit, Gewaltprävention, nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung und Umweltschutz im südlichen Afrika". Maßnahmen zur Gewaltprävention bleiben in Teilen Afrikas fast ohne Wirkung. In Südafrika steigt die Mordrate stark. Die Seidel-Stiftung ist aber auch in Südamerika aktiv, wo es für gesellschaftliche Entwicklung im Andenraum knapp drei Millionen Euro gab.

Wie wegen der Grünen-Nähe nicht anders zu erwarten, finden sich bei der Böll-Stiftung eine Million Euro für "Zukunftsorientierte Energie in Afrika". Dabei wären Millionen Südafrikaner schon froh, wenn sie nicht unter Stromausfällen leiden würden. Diverse Programme für Afrika kosten Millionen, etwa eine Maßnahme der Böll-Stiftung zur "Stärkung der Landbesitz- und Landnutzungsrechte von Frauen in Subsahara-Afrika".
Auch bei der Adenauer-Stiftung ist Afrika ein Schwerpunkt. Das Regionalprogramm Afrika südlich der Sahara steht mit 24,5 Millionen Euro in der Liste, weitere gibt es für Zentralamerika (zehn Millionen) und Asien (24 Millionen). Mit 1,5 Millionen Euro kann die Naumann-Stiftung wiederum die Bildung syrischer Flüchtlinge in Jordanien und dem Libanon fördern. "Und von der der CSU nahestehenden Hanns-Seidel-Stiftung werden afghanische Studenten in Pakistan gefördert - mit mehr als einer halben Million Euro", kritisiert Keuter.
"Zudem wurde ein vermeintlich nachhaltiger Beitrag zu einem 'konfliktfreien gesellschaftlichen Zusammenleben in Israel und den Palästinensischen Gebieten’ mit 1,5 Millionen Euro finanziert. Wie 'nachhaltig’ das war, haben wir beim Terrorangriff der Hamas am 7. Oktober 2023 gesehen", so der AfD-Abgeordnete.
Viel Geld geben die Stiftungen auch für Zusammenarbeit mit den USA aus. Etwa bei der Adenauer-Stiftung. Doch Kontakte etwa zu den Republikanern gibt es nur auf Sparflamme. Hier unterscheiden sich die Stiftungen nicht von den Parteien - mit Ausnahme der AfD, die gute Kontakte in die Vereinigten Staaten pflegt. Gefördert wird die Arbeit der Desiderius-Erasmus-Stiftung nicht. Die anderen Parteien dulden keine Konkurrenz. Für Keuter steht fest, daß sie "eine ideologisch gefärbte Nebenaußenpolitik betreiben".<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 07/25" berichtet am 7. Februar 2025 (x1.501/…): >>**Mutter, der Mann mit dem Koks ist da!**
Paul Leonhard
Im Kampf gegen den Kokainschmuggel hat die Hamburger Polizei dieses Jahr bereits erste Erfolge erzielt. Vier Männern im Alter zwischen 23 und 41 Jahren wird vorgeworfen, aus Wartungsklappen bereits geleerter Container im Hafen rund 800 Kilogramm entnommen, in die Stadt gebracht und mit einem Millionengewinn verkauft zu haben. Die Taten ereigneten sich bereits zwischen April 2020 und März 2021.
Richtige Sorgen bereitet der Bundesregierung und dem Ersten Bürgermeister Hamburgs, Peter Tschentscher (SPD), aber etwas anderes. Offenbar ist der Fahndungsdruck in den Nordseehäfen Antwerpen und Rotterdam so groß, daß die Drogenkartelle an die Elbe ausweichen. Das brutale Milliardengeschäft müsse eingedämmt werden, fordert Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD): "Eine massive Gewaltspirale, wie wir sie in anderen europäischen Ländern schon erleben, müssen wir für Deutschland zwingend verhindern."
Die auf einer internationalen Sicherheitskonferenz im Mai verabschiedete und an die EU gerichtete "Hamburger Erklärung" listet 21 Einzelmaßnahmen auf, wie das geschehen soll: eine engere Zusammenarbeit mit Partnern in Südamerika, eine verbesserte Sicherheit der europäischen See- und Flughäfen sowie die Unterbrechung krimineller Geldströme.
Investitionen in die Sicherheit der Hochseehäfen sollen dafür sorgen, daß diese "keine Einfallstore für tonnenweise Kokain mehr sein können", so Faeser, die "engmaschige Kontrollen, hohe Wachsamkeit und effektive Korruptionsprävention bei Unternehmen in den Häfen" anmahnt.
Daß Ende September 2,1 Tonnen Kokain in einem Container mit Bananenkisten entdeckt wurden, verbucht Hamburgs Polizeipräsident Falk Schnabel dabei als Erfolg des Ende Mai eröffneten Hafensicherheitszentrums: "Wir nehmen wahr, daß die Kokainpreise nach oben gehen, weil das Angebot verknappt ist."
Tatsächlich messen die Zöllner ihre Erfolge weniger am Gewicht des beschlagnahmten Rauschgiftes - 2024 waren es insgesamt fünf, 2023 34 Tonnen Kokain -, sondern mehr an den

Marktpreisen. Nur wenn diese steigen, ist das ein Anzeichen, daß die beschlagnahmten Mengen für die Kriminellen nicht nur eingepreiste Verluste sind.
Experten denken, daß nur fünf bis zehn Prozent des aus Südamerika geschmuggelten Kokains entdeckt werden. Sie fordern moderne Technik, mehr Ermittler und vor allem eine bessere Datenlage. Derzeit sei alles "sehr statisch und wenig der Realität entsprechend".
Das könnte sich ändern. Aktuell wird ein Datensatz aus Kryptohandys ausgewertet. Nach Informationen des NDR geht es dabei um SkyECC, eine gut verschlüsselte App. Ermittler konnten sich einhacken und Chatverläufe verfolgen.
Französischen Ermittlern war es zuvor gelungen, den Messengerdienst, den auch kriminelle Netzwerke nutzen, zu knacken, wodurch mehr als 300 verschiedene Schmuggler und Drogenhändler überführt werden konnten. Ähnliche Erfolge erhofft sich die Hamburger Staatsanwaltschaft jetzt auch durch die SkyECC-Daten.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 07/25" berichtet am 7. Februar 2025 (x1.501/…): >>**Omis gegen Chauvis**
Vincent Steinkohl
Alt werden ist nichts für Weicheier. Körperliche Gebrechen nehmen zu, die Jahrgänge in den Todesanzeigen rücken näher. Vielen Senioren wird ihre Lebensleistung kaum gedankt, nicht wenige müssen - nach einem Berufsleben voller Arbeit - aufstocken oder Flaschen sammeln, um über die Runden zu kommen. Doch Gott sei Dank gibt es die Bundesregierung, genauer gesagt das Bundesfamilienministerium.
Das veröffentlicht seit 1993 einmal pro Legislaturperiode den sogenannten "Altersbericht", so auch Ende Januar dieses Jahres. Auf 276 Seiten klärt die Publikation auf über gesellschaftliche Probleme älterer Generationen. Daß deutsche Rentner im Schnitt nur 41,5 Prozent ihres Lohnes als Rente erhalten, während Österreicher 74,1, Italiener 74,6 und Dänen sogar 80 Prozent bekommen?
Daß im ZDF ein Kinderchor Dinge wie "Meine Oma ist 'ne alte Umweltsau" trällert? Daß "alter weißer Mann" ein gängiges Schimpfwort der linksliberalen Kulturschickeria ist? Für den "Altersbericht" irrelevant, dort werden die großen Themen der Zeit bevorzugt. Zum Beispiel "zweifelhafte Komplimente" und "verniedlichendes Sprechen" über ältere Menschen - etwa, wenn von einer "süßen Omi" die Rede ist. Die Antidiskriminierungsbeauftragte des Bundes, Ferda Ataman, die selbst mehrmals abfällig von "alten weißen Männern" sprach, sieht da dringenden Handlungsbedarf.
"Auch wenn solche Bezeichnungen im rechtlichen Sinne keine Diskriminierung darstellen, können Menschen sie im Einzelfall als despektierlich empfinden." Also was tun? "Ein Verbot von Altersdiskriminierung im Grundgesetz zu verankern, setzt ein wichtiges verfassungsrechtliches Signal und macht klar, daß Diskriminierung aufgrund des Lebensalters nicht erlaubt ist." Mit so einer Regierung freut man sich doch gleich doppelt und dreifach auf den Lebensabend.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 07/25" berichtet am 7. Februar 2025 (x1.501/…): >>**Klima-Bewegung: Wie zwei einstige Unterstützer vom Radikalismus der Szene abgeschreckt werden**
Hinrich Rohbohm
Es ist noch gar nicht so lange her, da gingen sie für den Klimaschutz auf die Straße. Folgten dem Beispiel von Greta -Thunberg, die mit ihren Freitagsdemonstrationen weltweite mediale Beachtung ausgelöst hatte und die Kampagne "Fridays for Future" etablierte.
Ludolf von Heyden ist gerade einmal elf Jahre alt, als ihn die Bewegung in ihren Bann zieht. Schon früh ist er politisch interessiert, liest Dein Spiegel, eine monatlich erscheinende Kinderzeitschrift des Spiegel-Verlags, schaut sich auch die ZDF-Kindernachrichtensendung "Logo" an. Angeregt durch deren Berichte ernährt sich der heute 17jährige von der ersten bis zur

fünften Klasse rein vegetarisch.
Auch daß er sich im Verlauf der dritten Klasse Fridays for Future zuwendet, sei durch diese Lektüre mit verursacht. "Das war alles schon stark politisch eingefärbt", erinnert sich von Heyden rückblickend an die Inhalte der beiden Medien. Von Anfang an sei dort über Greta Thunberg berichtet worden, sogar schon bevor sie ihre mediale Bekanntheit erlangt habe.
"Klima und Umwelt war das Thema, das dort dauernd präsent war. Wenn man das über Jahre liest, sind bei einem dann auch die politischen Schwerpunkte klar gesetzt", nennt er den Grund dafür, daß ihn sein politisches Interesse zunächst in die Klimabewegung geführt hatte. "Es wurde dort ständig nach dem Motto 'So schlimm sind die Klimaskeptiker' berichtet. Das macht was mit einem."

"Plötzlich kamen dann Aufrufe zu radikalen Aktionen"

Jetzt, sechs Jahre später, sitzt Ludolf von Heyden zum Gespräch mit der JUNGEN FREIHEIT in einem Restaurant in der Innenstadt von Hannover und hat sich ein Schnitzel bestellt. Ein Schnitzel für den Vegetarier? "Nein, das ist vorbei", sagt er und lächelt. "Mein Patenonkel ist Jäger, hat ein Revier im Schwarzwald", beginnt er seinen Wandel zu erklären. "Da bin ich dann mal mitgekommen.
Von da an hat sich mein Verständnis von Fleischverzehr grundlegend geändert." Die gewechselten Ansichten des Schülers sollten sich längst nicht nur auf kulinarische Gewohnheiten beschränken. Zu einseitig sei er informiert worden, sagt er heute selbstkritisch. Durch die Schule, die Medien. Seine Eltern hingegen hätten ihn stets ermutigt, seinen eigenen Weg zu gehen. "Dafür bin ich ihnen bis heute dankbar", verrät er.
Viele andere seien mit dem Segen der Lehrer in einer Schülergruppe zu Fridays for Future gegangen, um folgenlos den Unterricht schwänzen zu können. "Das gab es natürlich. Aber ich war schon überzeugt von der Sache bei den Demos dabei, die im übrigen aber nur deshalb so groß ausfielen, weil die Schüler mit freien Stunden geködert wurden." Er kramt eine alte violettfarbene Mappe hervor. Darin hatte er einst sein Klimaaktivisten-Material gesammelt. Zwei kleine Zettel kommen zum Vorschein, selbstgebastelte Flyer.
"Die hatten wir noch auf einer alten Schreibmaschine verfaßt", erinnert er sich schmunzelnd. "Umweltbewußte Tips für Sie!" stand da nicht ganz fehlerfrei als Überschrift. "Die hatten wir dann bei uns in den Straßen verteilt." Auch in seiner Familie beginnt er, Fragen zu stellen. Wie etwa zum Thema Elektroautos. "Warum haben wir so etwas kaum?", empörte er sich damals in einer Diskussion mit seinem Vater. "Der hatte dazu eine grundlegend andere Position und ermunterte mich, doch auch mal andere Informationsquellen heranzuziehen."
Dabei stellte er fest, daß es noch andere Ansätze und Meinungen zum Klimaschutz gibt. Mehr noch: "Mir wurde nach und nach klar, daß sich hinter dem Deckmantel Klimaschutz vor allem Kapitalismuskritik und linke Ideologie verbirgt."
Aus dem Fridays-for-Future-Fan von einst wird zunehmend ein Konservativer. Statt mit Greta Thunberg trifft er sich nun mit der Boxlegende -Vitali Klitschko, dem heutigen Bürgermeister von Kiew, wird kurz vor Beginn der Corona-Krise Mitglied der Schüler Union. Später tritt er in die CDU ein, wird zum Merz-Befürworter und Merkel-Kritiker. Besonders vor der parteiinternen Klima-Union warnt er: "Das sind verkappte Grüne, die eigentlich nicht in die CDU gehören."
Auch Oliver Häusler sieht die Klima-Union skeptisch. "Sie ist der natürliche Gegner von -Friedrich Merz, die hassen ihn." Auch er hat sich vom einstigen Greta-Jünger zum Merz-Befürworter gewandelt, der Sauerländer sei für ihn der Grund gewesen, in die CDU einzutreten. "Ich wollte unbedingt eintreten, um ihn bei der Mitgliederbefragung unterstützen zu können", erzählt Häusler. Dabei ist auch er zunächst in ein ganz anderes politisches Fahrwasser geraten. Im März 2019 kommt die CDU für ihn noch "überhaupt nicht in Frage", erzählt er, als die JUNGE FREIHEIT den Studenten für Datenschutz und IT-Sicherheit in München

trifft.
Damals nimmt er gerade an seiner ersten Demonstration teil. Nicht für Klimaschutz, sondern gegen die Urheberrechtsreform. "Zu dieser Zeit bin ich dann auch über Freunde in der Grünen Jugend zu Fridays for Future gekommen." Mit drei Leuten seien sie zu deren Demo auf den Stuttgarter Rathausplatz gegangen. "Da hatten wir gerade Chemie im Unterricht, und auf die strenge Lehrerin in dem Fach hatten wir irgendwie nicht so wirklich viel Lust."
"Die Organisation der Demos lief sehr unhierarchisch und dezentral ab. Alles war in kleine Zellen aufgeteilt, jeder hatte da irgend so eine WhatsApp-Gruppe, war einfach über Freunde und Mund-zu-Mund-Propaganda dazugestoßen oder war in irgendeinem anderen kleinen Team auf Social Media dabei." Hintergrundwissen über die Führungsgruppe von Fridays for Future sowie über deren Drahtzieher und finanzielle Unterstützer sei bei den meisten Leuten praktisch nicht vorhanden gewesen und auch kaum hinterfragt worden. Und so stürzt sich Oliver Häusler mit seinem Trio voller Elan und Idealismus in das Aktivistenleben.

"Hat niemanden weiter interessiert"

Aus den Resten von Grünen-Plakaten basteln die drei eigene Fridays-for-Future-Plakate. "'Kohle-kraft - nein danke' oder so was ähnliches haben wir da damals draufgeschrieben", erinnert sich der gebürtige Schwabe noch vage an das Unterfangen. Einen Monat später gründet er eine erste Firdays-for-Future-WhatsApp-Gruppe. Ich finde Kernkraft eigentlich besser als Kohle", hatte er sich dort ganz unbefangen geäußert. Noch nicht ahnend, auf welche Ablehnung seine Position stoßen sollte. Wie von Heyden beginnt auch Häusler zu ahnen, daß die mit dem Lockmittel Schulfrei gefüllten Massendemos von Fridays for Future nur als Deckmangel für linksradikale Gruppen dienen könnten.
"Plötzlich kamen dann Aufrufe zu radikalen Aktionen, die Verbindungen der Bewegung zur linken Gruppe Ende Gelände wurden immer offensichtlicher." Für die drei sei damit eine Grenze überschritten worden. "Von da an sind wir einfach nicht mehr zu den Demos gegangen", erzählt Häusler. Ärger oder Anfeindungen aus den Reihen anderer Klimaaktivisten hätten sie deshalb nicht erfahren, wurden auch nicht als Verräter abgestempelt.
"Es sind ja viele später einfach nicht mehr hingegangen, wir waren da als Aussteiger keine Einzelgänger." Und viele hätten eben auch ähnliche Erfahrungen gemacht, wie sie, wollten mit den Radikalen dort "einfach nichts zu tun haben". Sie seien dann eben nicht mehr mit dorthin gegangen. "Das hat dann irgendwo auch niemanden weiter interessiert", erinnert sich Häusler an einen recht unspektakulären Abgang aus der Klimaszene.
Freundschaften seien ihm deswegen nicht gekündigt worden. "Einer aus unserem Trio ist zwar bei Fridays for Future ausgestiegen, aber der Grünen Jugend ist er treu geblieben. An ihrer Freundschaft habe das jedoch nichts geändert. Mit ihrer Hinwendung zu den Christdemokraten gewinnen sowohl Häusler als auch von Heyden zudem neue Freunde aus dem Umfeld der Jungen Union und der Schüler Union dazu. Die Erfahrungen auf den Demos der Klima-Jünger haben beide nachhaltig geprägt. Und konservativer gemacht.
Wie von Heyden wird auch Häusler Mitglied der CDU. Und noch ein weiterer Mitstreiter aus dem einstigen Stuttgarter Klima-Trio wechselt mit ihm zu den Christdemokraten. Häusler macht sich dort schnell einen Namen, als er mit einem türkisfarbenen T-Shirt und der Aufschrift "Abschiebungen ins Grundsatzprogramm" Anfang Mai dieses Jahres auf dem CDU-Bundesparteitag in Berlin erscheint (JF 24/24).
Von ihm initiierte Mitgliederanträge auf Parteitagen sind mittlerweile gefürchtet wie berüchtigt. Wie von Heyden plädiert auch er für die Nutzung der Kernkraft. Bei Fridays for Future und in der einstigen Merkel-Union eine absolute Außenseiter-Position. "Aber seit Merz schwimme ich da mit meiner Position im Mainstream", sagt Häusler, der längst schon wieder zum Mobiltelefon gegriffen hat, bereit für seine nächste Aktion. Wieder wird es auf die Straße gehen, diesmal in Berlin. Fridays for Future wird dabei aber keine Rolle mehr spielen.

Ukraine: Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 07/25" berichtet am 7. Februar 2025 (x1.501/…): >>**Ukraine-Krieg: Die immer spärlicher fließende US-Unterstützung setzt Kiew erheblich unter Druck**

Felix Hagen

Armen Sarkisyan, auch bekannt unter seinem Kampfnamen Armen Gorlovsky, wird sich in Sicherheit gewähnt haben am Montag dieser Woche. Der Mann aus der Ostukraine, der mit der Gründung der prorussischen Söldnertruppe Arbat gerüchteweise Hunderttausende, wenn nicht Millionen an Euro verdiente, war gerade im Begriff seine Wohnung in einem noblen Appartementkomplex im Herzen Moskaus zu verlassen, als ihn ein am Ausgang des Hauses deponierter Sprengsatz tödlich verwundete. Obwohl sich noch niemand zum Anschlag bekannt hat, kann kaum Zweifel daran bestehen, daß die Spuren dieses Attentats nach Kiew führen werden.

Die dortigen Sicherheitsdienste lassen ohnehin keine Zweifel daran aufkommen, daß sie den aus ihrer Sicht abtrünnigen Landsmann bereits seit längerem im Visier hatten. Es ist die jüngste Episode des unerwartet langwierigen Konflikts in der Ostukraine, in dem zumindest für die Regierung in Kiew die guten Nachrichten selten geworden sind. Bereits Ende des vergangenen Jahres mußte der ukrainische Generalstab mehrere große Geländeverluste hinnehmen. Nun ist dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj auch noch der wichtigste westliche Partner verlorengegangen.

Spätestens seit der Inauguration Donald Trumps zeigt sich Washington um ein Vielfaches sparsamer in seinen Hilfszusagen. Bereits Trumps Vorgänger Joe Biden verzögerte bereits zugesagte Waffenlieferungen deutlich.

Ständige Streitigkeiten in Senat und Repräsentantenhaus sorgten für Turbulenzen in den Verwaltungswegen, doch als echter Hemmschuh stellte sich vor allem das verwendete Trackingsystem der Logistik der US Army heraus, in dem einzelne beteiligte Stellen bereits Lieferungen dann als "ausgeliefert" markierten, sobald der Container das eigene Glied in der Lieferkette verlassen hatte - aber noch weit vom Bestimmungsort entfernt war. Ein bislang unbekannter Rückstau an verschiedenen Stellen war die Folge.

Auch dies dürfte dazu beigetragen haben, daß von mehreren Milliarden Dollar Waffenhilfe weniger als die Hälfte tatsächlich im Land ankam. "Ich weiß nicht, wo das Geld ist", zeigte sich der ukrainische Präsident Selenskyj verdutzt und aufgebracht über Aussagen aus den USA, man habe dem osteuropäischen Land mehr als "170 Milliarden Dollar" zur Verfügung gestellt.

Tatsächlich dürfte Wolodymyr Selenskyj ohnehin längst an einem Punkt angekommen sein, an dem weniger die Frage nach der zu erwartenden Höhe der Hilfslieferungen im Vordergrund steht als vielmehr die bittere Erkenntnis des baldigen Endes jeder Hilfe aus den USA. Denn der Krieg ist im politischen Washington unbeliebt.

US-Präsident Trump hatte im Wahlkampf versprochen, die Auseinandersetzung zügig zu beenden und muß nun liefern - wenn nötig auch ohne Rücksicht auf die Ukraine. Als Trump am vergangenen Freitag bekanntgab, US-Diplomaten seien bereits in "sehr ernsten" Verhandlungen mit der russischen Gegenseite, warb der außen vor gelassene Selenskyj ein weiteres Mal um die Einbeziehung seiner Regierung in etwaige Friedensverhandlungen. Diese seien, ohne die Ukraine, "sehr gefährlich für alle Beteiligten", mahnte Selenskyj, ohne dabei allerdings genauer zu erläutern, woher die Gefahr rühren könne.

"In den meisten Demokratien wählt man auch in Kriegszeiten"

Ohnehin scheint das Interesse in Washington am ungeliebten Verbündeten eher gering zu sein. Donald Trumps Sonderbeauftragter für die Ukraine, Keith Kellogg, verzichtete gleich ganz auf seinen Antrittsbesuch in Kiew und straft die Regierung unter Selenskyj mit kaum verhohlener Mißachtung.

Daß nun nicht nur die russische Regierung auf baldige Neuwahlen in der Ukraine drängt, sondern auch die Trump-Administration, dürfte den zunehmend nervösen Selenskyj in seiner Befürchtung bestätigt haben, daß sowohl Moskau als auch Washington in ihren Verhandlungen bereits weiter fortgeschritten sind als bisher vermutet. Tatsächlich weigert sich Selenskyj bislang, einen längst fälligen Termin zur Präsidentschaftswahl zu verkünden und verlängert stattdessen mit Verweis auf die anhaltenden Kampfhandlungen seine abgelaufene Amtszeit.
Ein Vorgehen, das US-Diplomat Kellogg trocken mit "in den meisten Demokratien wählt man auch in Kriegszeiten" kommentierte. Dabei lieferte der Amerikaner auch gleich einen vorläufigen Zeitplan mit, "bis zum Ende des Jahres" könne mit Wahlen gerechnet werden - eine Frist, die viele in Europa vor allem als Ablaufdatum der Ära Selenskyj werten - und vielleicht sogar als vorläufiges Ende der größten Kampfhandlungen auf europäischem Boden seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 07/25" berichtet am 7. Februar 2025 (x1.501/…): >> **Künstliche Intelligenz: Das chinesische KI-Modell DeepSeek löste ein Börsenbeben aus / Kosten- und Nutzungsvorteil gegenüber der US-Konkurrenz? / Fragwürdige Sanktionen**
Thomas Kirchner
Unglaubliche 589 Milliarden Dollar Wertverlust an einem Tag in einer einzigen Aktie: 17 Prozent waren das bei Nvidia am 27. Januar, jedoch ist es der unrühmliche Rekord des höchsten Wertverlusts an einem Tag. Der US-Technologieindex Nasdaq fiel drei Prozent. Insgesamt wurde eine Billion Dollar Börsenvermögen vernichtet. Grund war eine X-Kurznachricht (Ex-Twitter) tags zuvor. Als Sputnik-Moment hatte Marc Andreessen den Start des chinesischen KI-Modells DeepSeek bezeichnet.
Es war nur ein Satz, noch dazu an einem Sonntag, doch der löste ein Börsenbeben aus. Denn der 53jährige Erfinder des Internetbrowsers Netscape und wichtige Risikokapitalgeber gilt im Silicon Valley als Orakel. Er bezog sich auf den Schrecken des Westens über den technologischen Vorsprung der Sowjets, als die am 4. Oktober 1957 mit Sputnik den ersten Satelliten starteten. John F. Kennedys 1961 begonnenes Apollo-Programm konnte den Spieß acht Jahre später mit der ersten Mondlandung umdrehen.
Die Dominanz der amerikanischen KI-Branche steht auf dem Spiel
DeepSeek erweckt Befürchtungen, daß die Milliardeninvestitionen in KI für die Katz gewesen sein könnten, und daß es auch billiger und einfacher geht. Noch dazu hatte Donald Trump erst wenige Tage zuvor das Programm Stargate mit 500 Milliarden KI-Investitionen angekündigt. DeepSeek wurde am 20. Januar eingeführt. Schon kurz vor Weihnachten waren technische Unterlagen und eine Vorabversion veröffentlicht worden. Seine Leistung ist vergleichbar mit der des KI-Marktführers ChatGPT von OpenAI aus Kalifornien. Doch einen Vorteil at DeepSeek: viel niedrigere Kosten.
Das geht bereits mit der Entwicklung los. Nur 5,5 Millionen Dollar soll das Training des Modells gekostet haben. Google (KI Gemini) soll dafür etwa 60 Millionen ausgeben, OpenAI 100 Millionen. Die Zahl fünf Millionen kann in die Irre führen, denn es sind allein die Trainingskosten. Zuvor wurden vermutlich mehrere hundert Millionen in die Modellentwicklung gesteckt, und insbesondere die Optimierung, die niedrigere Kosten im späteren Stadium ermöglicht. Der Gesamtkostenvorteil ist also deutlich geringer, als die Zahl von fünf Millionen allein suggeriert.
Signifikanter ist der Kostenvorteil bei der Nutzung des Modells. Statt immer mehr Geld in immer leistungsfähigere Chips zu stecken, geht DeepSeek den Weg der Optimierung der Modelle, durch die sie auf günstigerer, älterer Hardware laufen können. Das reduziert die Kosten beim Einsatz. Und genau das ist der Knackpunkt, der die Börse ins Rutschen brachte. Nvidias Nettomarge von 55 Prozent hält nur, solange die neuesten Chips konkurrenzlos und unver-

zichtbar sind. Geht es auch mit billigeren Chips anderer Hersteller, muß Nvidia die Preise senken.
Und es sind nicht nur Chiphersteller, deren Kursrallye plötzlich voreilig aussah. Die Aktie des in Maryland beheimateten AKW-Betreibers Constellation Energy hatte sich in Erwartung steigenden Stromverbrauchs 2024 mehr als verdoppelt, nun ging es 21 Prozent abwärts, mehr als bei Nvidia. Die Dominanz der amerikanischen KI-Branche steht nun in Frage, und so ließen nervöse Reaktionen nicht lange auf sich warten. OpenAI jammert, daß DeepSeek Daten seines KI-Modells abgeschöpft habe. Das entbehrt nicht einer gewissen Ironie, denn auch OpenAI seinerseits wird derzeit von Rechteinhabern verklagt, es habe für ChatGPT ohne Lizenz deren geistiges Eigentum genutzt.
Unter Joe Biden verhängten die USA Chip-Sanktionen gegen China, um die Entwicklung leistungsstarker KI zu verhindern. Aus der Not machten die chinesischen Programmierer eine Tugend, indem sie die Software so optimierten, daß sie auf billigen und älteren Chips laufen kann. Dadurch überholten sie die Konkurrenz auf unerwartete Weise. Sanktionen erweisen sich erneut als kontraproduktiv.
US-Behörden ermitteln aktuell, ob nicht doch die neuesten Chips illegal nach China exportiert wurden. DeepSeek besteht darauf, ältere Chips 2023 vor dem Embargo erworben zu haben. Klar ist, daß die Innovationsfähigkeit chinesischer Programmierer unterschätzt wurde. Nicht nur das, offenbar sind neuartige KI-Modelle mit weit weniger Aufwand als gedacht zu realisieren.
Ein erstes Umdenken bei Risikokapitalgebern hat bereits stattgefunden. Statt KI-Modellen gilt nun die belächelte KI-Anwendungssoftware als zukunftsträchtig. Modelle laufen im Hintergrund und lassen sich auswechseln, Anwendungssoftware hingegen verursacht viel Aufwand beim Wechsel. Bisher vertraute die KI-Branche auf Problemlösung durch den Einsatz immer größerer Ressourcen, die durch ihre enormen Kosten Wettbewerber fernhielten.
Die Gefahr besteht, daß sich die Milliardeninvestitionen als Milliardengrab erweisen. Meta hat 60 Milliarden in KI gesteckt, und Anleger fragen sich: Wird das ein neues Metaversum? 46 Milliarden Dollar hatte Facebook-Gründer Mark Zuckerberg in dem Projekt versenkt, bevor er im Mai 2023 auf den Ausbau von KI umschwenkte. Das steht nun auch zur Debatte.
Manche sehen die KI-Kostensenkung positiv und erinnern an das Jevons-Paradoxon. Der Brite William Stanley Jevons beobachtete während der industriellen Revolution, daß Effizienzsteigerungen bei Dampfmaschinen zu höherem Kohleverbrauch führten, weil effizientere Maschinen zusätzliche Einsatzgebiete fanden. Analog dazu könnte effizientere KI die Nachfrage nach Nvidia-Chips und Energie steigen lassen. Die Nvidia-Aktie stieg inzwischen wieder, weil vor allem Privatanleger kauften - nicht aber Nvidia-Chef Jensen Huang, der allein 2024 Aktien seiner Firma im Wert von mindestens einer Milliarde Dollar abstieß.

Chinesisches KI-Konkurrenzmodell DeepSeek

Der medienscheue chinesische Hedgefondsmanager Liang Wenfeng nutzte Künstliche Intelligenz (KI) zur Verfeinerung seiner Börsenstrategien. Daraus entstand DeepSeek, ein eigenes KI-Modell, dessen erste Testversion 2023 veröffentlicht wurde und das sich von ChatGPT von OpenAI und Claude von Anthropic in mehreren Punkten unterscheidet:
- Der Quellcode ist publik ("Open Source"). Außer Metas Llama ist der Code führender KI-Modelle Betriebsgeheimnis.
- Es imitiert menschliches Denken, indem es Fehler erkennen und sein weiteres Vorgehen entsprechend anpassen kann. DeepSeek sollte damit seltener halluzinieren als herkömmliche KI-Chatbots.
- Statt auf leistungsfähigeren Chips zu laufen, sind die Algorithmen optimiert und können einfachere Chips nutzen. Die Optimierungen wurden veröffentlicht.
Aufgrund der Optimierung ist DeepSeek deutlich billiger zu entwickeln und nutzen. Es will

mit herkömmlicher KI vergleichbare Qualität bei seinen Antworten liefern, was noch umstritten ist. Politisch brisante Themen wie das Tiananmen-Massaker kennt DeepSeek nicht.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 07/25" berichtet am 7. Februar 2025 (x1.501/…): >>**Von der Schand- zur Brandmauer**

Die politische Mitte versagt: Deutschland verdrängt historische Realitäten und ersetzt rationale Debatten durch ideologische Abgrenzungen

Thorsten Hinz

Die Diskussionen und die Bundestagsdebatten um den Asyl- und Migrationszustrom haben auch dem Letzten gezeigt: Von den Kräften, die sich "demokratische Mitte" nennen, ist nichts zu erwarten. Die Bezeichnung ist überdies falsch, denn sie suggeriert eine politische Kraft, die dem Demos in Treue verpflichtet und entschlossen ist, seinen Nutzen zu mehren und Schaden von ihm abzuwenden. In Wahrheit ist diese "Mitte" radikal, weil ihre Politik die Axt an die Wurzel des Landes und an den Lebensnerv des Volkes legt.

Die Union bietet keine Alternative: Sie hat ihre Entschließungen und Gesetzesanträge nicht aus eigener Kraft und Einsicht zur Abstimmung gestellt, sondern aus Angst, nicht nur faktisch, sondern auch in der öffentlichen Wahrnehmung und dann an der Wahlurne von der AfD als entscheidende Oppositionskraft abgelöst zu werden. Sie handelt kraftlos, aus der Position der Schwäche heraus: Einerseits übernimmt sie die Positionen der AfD und gleichzeitig bekundet sie Ekel und Abscheu, den sie vor ihr empfindet.

Was in Schillers "Wilhelm Tell" der Geßlerhut, das ist heute die "Brandmauer", die fein säuberlich die "Demokraten", also die Guten, Wahren und Schönen, von den "Extremisten", nämlich den Bösen, Falschen und Häßlichen trennt. Das ist eine totalitäre Metaphysik, die das politische Leben vergiftet und dafür sorgt, daß das unbestritten Richtige als falsch verdammt wird, weil die vermeintlich Bösen es aussprechen.

So kann das Falsche, weil die vermeintlich Guten es vertreten, sein Zerstörungswerk ungehemmt fortführen. Im öffentlichen Diskurs haben Projektionen die Realität ersetzt, was einer rationalen Diskussion die Grundlage entzieht. Der politische-mediale Komplex, der das Land fest im Griff hat, befindet sich in einem Zustand, den der Psychoanalytiker Hans-Joachim Maaz jüngst in dieser Zeitung als "pathologisch" und "fanatisch-wahnhaft" bezeichnet hat (JF 5/25).

Dieser wahnhafte Fanatismus scheint eine deutsche Spezialität zu sein, denn selbst urliberale Länder wie Dänemark und Schweden haben in der Migrationsfrage einen Wandel eingeleitet. Gleiches gilt für Italien und die Niederlande. In Kanada mußte der als Migrations- und Diversitätsprediger bekannte Ministerpräsident Justin Trudeau zurücktreten. Von den USA gar nicht zu reden.

Nicht zufällig weckt die Metapher der "Brandmauer" Assoziationen an die 1961 bis 1989 existente Berliner Mauer, in der DDR "antifaschistischer Schutzwall", im Westen "Schandmauer" genannt. In der Diktion der SED-Führung trennte sie gleichfalls die Guten von den Bösen, den Fortschritt von der faschistischen Reaktion. Die Dysfunktionalität des Systems wurde, sofern sie nicht gänzlich geleugnet oder bagatellisiert werden konnte, auf die Einwirkungen des Klassenfeindes jenseits der Mauer zurückgeführt, verbunden mit der Aufforderung an die eigenen Bürger, den Klassenkampf künftig noch intensiver zu führen und noch mehr revolutionäre Wachsamkeit walten zu lassen.

Noch für die Massenflucht im Sommer 1989 wurde die Wühlarbeit westlicher Geheimdienste und Medien verantwortlich gemacht. SED-Chef Erich Honecker verkündete 1989 in seiner letzten öffentlichen Rede fünf Tage vor seinem Sturz: "Vorwärts immer, rückwärts nimmer!" Eine irgendwie positive Zukunftsvision und eine in sich stimmige Erzählung, wie sie zu verwirklichen war, ließen sich zu dem Zeitpunkt nicht mehr glaubhaft machen.

Jeder wußte, daß die Schwierigkeiten diesseits, nicht jenseits der (Brand-)Mauer entstanden

waren. Honeckers "Vorwärts" verriet die Absicht, den Verfall und die Zerstörung des Landes zu vollenden: Es war der Ausdruck des "narzißtischen Überlebenskampfes" (H.-J. Maaz) einer von der Wirklichkeit widerlegten Politik-Elite, die ihren Nihilismus in Fortschrittsrhetorik kleidete.

Die Berliner Mauer war nicht nur materiell, sondern - wie die heutige Brandmauer - auch als geistige Beschränkung, als "Mauer in den Köpfen", zu verstehen. Heute ist sie kein Ost-West-Phänomen mehr; sie steht quer zur alten geographischen Teilungsgrenze.

Das Urheberrecht an dem Begriff kommt vermutlich der Publizistin und Journalistin Margret Boveri (1900-1975) zu, die Anfang 1962, ein knappes halbes Jahr nach dem Mauerbau, in der Wochenzeitung Die Zeit den Aufsatz "Mauern, die wir selber bauen" publiziert hatte. Die Betonmauer war für sie der Nachvollzug der geistigen Mauer, die sich seit 15 Jahren "unmerklich in der Vorstellungswelt der Deutschen auf beiden Seiten der Trennlinien gebildet" hatte. Sie prognostizierte, daß sie das physische Bauwerk überdauern würde.

Die Deutschen hätten nach dem Krieg "weder das Nationalgefühl noch die Zivilcourage (gehabt), sich gesamtdeutsch zu benehmen und unabhängig von den alliierten Vorgesetzten untereinander zu verständigen".

Boveris Argumentation lief darauf hinaus, daß die Deutschen hüben und drüben die "weltpolitische Auseinandersetzung" zwischen Washington und Moskau in einen innerdeutschen Bürgerkrieg überführt und so die Teilung noch vertieft hätten. 1973 ergänzte sie, daß die deutsche Geschichte seit 1945 als eine "Krankengeschichte" zu verstehen sei. "Wir müssen uns klarmachen, daß die von den Siegermächten verfügte Spaltung unseres Landes spiegelbildlich in den Deutschen eine geistig-politische Schizophrenie verursacht hat, die einen fast totalen Realitätsverlust bedeutete."

Zu den verlustig gegangenen, verdrängten Realitäten gehörte die politische Grundtatsache, die US-Außenminister John F. Dulles dem Regierenden Bürgermeister von (West-)Berlin, Willy Brandt, 1959 mit dem "aufrichtigen und zugleich desillusionierenden Hinweis" ins Stammbuch geschrieben hatte: "Wenn wir uns in hundert Fragen mit den Russen streiten, in der hunderteinsten sind wir mit ihnen einig: Ein neutrales, womöglich noch bewaffnetes Deutschland, das zwischen den Fronten hin und her marschieren kann, wird es nicht geben.'"

Boveri hatte eine Überidentifikation der deutschen Teilstaaten mit ihren jeweiligen Vormächten diagnostiziert, die zur Selbstbeschädigung geführt hatte. Das wäre, soweit es die Bürger der DDR betrifft, zu differenzieren. In der DDR war die Identifikation mit der Siegermacht und der eigenen Führung nie sehr ausgeprägt; sie waren ein Übel, mit dem man sich abfinden mußte. Allerdings verteidigte man den Staat, wenn man spürte, als DDR-Bürger ein Objekt fremden Mitleids zu sein.

Doch meistens starrte man neidisch über die Mauer in den Westen als die lebenswerte Alternative zum sozialistischen Einheitsgrau. Unter der Hand hatte man in der DDR die deutschdeutschen, "pauschalen Polaritäten" (Maaz) von reich und arm, groß und klein, Freiheit und Gefängnis, überlegen und unterlegen, erfolgreich und behindert, glücklich und deprimiert verinnerlicht. Die Bundesrepublik verkörperte das größere, erfolgreiche Deutschland, von dem man gewaltsam abgetrennt war.

Der Idealisierung und Erwartungshaltung im Osten stand das zunehmende Desinteresse im Westen gegenüber. Die Bundesrepublik, wohlhabend und mit hinreichend bürgerlichen Freiheiten ausgestattet, war sich selbst genug. Das mußten die DDR-Bürger nach 1989 enttäuscht feststellen. Der Schriftsteller und Verbandsfunktionär Hermann Kant hatte im Krisensommer 1989 mit Blick auf die Bundesrepublik noch behauptet: "Wir haben uns ihnen weggenommen - sie wollen uns wiederhaben!" Beide Aussagen waren Unsinn. Es gab in der Bundesrepublik keine Vereinnahmungs- oder Einheitslust. Im Zustand der Unlust aber sollte sie nun die Blaupause für das neue Gesamtdeutschland abgeben.

Über ihre Defizite, Beschädigungen und Unzulänglichkeiten haben unter anderem Ernst Forsthoff, Arnold Gehlen, Rolf Peter Sieferle, Karlheinz Weißmann Aufschlußreiches geschrieben. Interessant in dem Zusammenhang ist weiterhin das 1958 erschienene Buch "Die deutschen Trümpfe" des Historikers Johannes Barnick, ein Außenseiter seiner Zunft. Das Buch enthält skurrile Gedankengänge und Vorschläge, aber auch viele interessante Einzelbeobachtungen.

Zur Beschreibung der Situation der Bundesrepublik griff Barnick auf das Bild des Treibhauses zurück - offenbar kannte er Wolfgang Koeppens Bonn-Roman "Das Treibhaus" (JF 51/24), unter dessen Glasdecke "Treibhausgewächse" heranwuchsen, die eine Konfrontation mit der harten Wirklichkeit kaum überstehen würden. Die Realität, sagte Barnick voraus, würde über die Bundesrepublik "entweder gar nicht oder katastrophenhaft absolut hereinbrechen".

Den Kanzlern von Adenauer über Brandt, Schmidt bis Kohl war die Lage wohlbewußt, und sie versuchten das Beste daraus zu machen, doch als allgemeine Beschreibung der Gesellschaft - aus der sich die heutige "demokratische Mitte" konstituiert - traf die Diagnose zu. Im Grunde war sie sogar dankbar, nach den Überanstrengungen der letzten Jahrzehnte von Machtpolitik und Entscheidungsdruck erlöst zu sein, zumal die alliierte Vormundschaft eine Sicherheitsgarantie enthielt.

Das Verständnis von Politik reduzierte sich auf Sozial- und Gesellschaftspolitik und erhielt zudem eine sentimentale, hypermoralische Einfärbung. Der Wohlstand erlaubte finanzielle Großzügigkeit gegenüber dem Ausland. Die Streicheleinheiten, die der deutsche Dukatenesel empfing, um ihn bei Spendierlaune zu halten, mißverstand er als Liebeserklärungen. Kurzum: Es gab überhaupt keinen Grund für die Kinder der "Bonner Republik", sich die deutsche Einheit und den souveränen Nationalstaat zurückzuwünschen.

Man entwickelte sogar den Stolz darauf, beides hinter sich gelassen zu haben und begründete den Verzicht mit der oktroyierten "Geschichtsverkitschung", die von Hermann dem Cherusker, über Luther über Friedrich II. zu Hitler eine gerade Linie zog und die NS-Katastrophe aus einer tiefsitzenden geschichtlichen Verderbtheit des deutschen Kollektivkörpers ableitete.

Was wäre dagegen Positives zu tun gewesen? Barnick: "Deutschland vermag, wie der Neurotiker nach dem Wort eines großen Seelenarztes, nicht mehr unbefangen 'normal', sondern nur noch 'übernormal' zu werden.

Es kann seine Vergangenheit nicht überspringen und noch einmal von vorn anfangen (…). Wohl aber kann es seinen Zwiespalt abstrakt bewältigen und damit auf einer höheren Ebene selbst die Lebenssicherheit herstellen, die ihm von Natur versagt ist."

Das aber hätte ein hohes Maß an Einsicht und Reflexion und vor allem die Historisierung der "Schicksalskerbe" von 1933/45 verlangt einschließlich einer korrekt absolvierten Trauerarbeit gemäß der Formel Freuds: "Erinnern, Wiederholen, Durcharbeiten", aus der "das Ich (…) wieder frei und ungehemmt" hervorgeht. Stattdessen wurde die "Schicksalskerbe" zum negativen Gründungsmythos erhoben, aus dem sich der Auftrag zur antifaschistischen Neugründung ableitete. In der DDR geschah das durch brutale Akte politisch-ökonomischer Umwälzungen, in der Bundesrepublik subtil durch eine Kulturrevolution, die sich seit der Wiedervereinigung zum hysterischen "Kampf gegen Rechts" gesteigert hat.

Ein geschichtlich bodenloser Staat aber, davon war Barnick überzeugt, mußte im Orkus versinken. Er warnte, "Hitlers Reich würde allen Ernstes ein Tausendjähriges, wenn sich die Urtatsachen unserer nationalen Geschichte vor seinem Schatten nicht zu behaupten vermögen". Zu den "Urtatsachen" zählt die Existenz als geographische, ethische, politische, geschichtliche, kulturelle Entität.

Die Stunde der Wahrheit schlug 1989, als mit der Berliner Mauer der ganze Eiserne Vorhang in Europa fiel. Die übersichtliche, durchaus bequeme Ost-West-Konfrontation wurde sukzessive von einer multipolaren Unübersichtlichkeit abgelöst. Langfristig sollte die politische

Wirklichkeit, wie von Barnick vorausgesehen, katastrophisch über die Bundesrepublik hereinbrechen.
Das kündigte sich frühzeitig mit den steigenden Zahl von Asylanträgen an: 1990 waren es rund 190.000, 1991 mehr als 250.000, 1992 dann 438.000. Vor allem die vom Einheitsstreß geplagten Ostdeutschen reagierten damals verwirrt, irritiert, mit teils aggressiver Abwehr, während die tonangebenden Treibhausgewächse der "Bonner Republik" im moralpolitischen Ausnahmezustand verharrten. Statt innerlich souverän zu werden, ersetzten sie die betonierte Schand- durch eine Brandmauer, die sie zwischen ihrem narzißtischen Selbstbild der aufrechten, weltoffenen Demokraten und der Projektion autoritärer, hinterwäldlerischer Regimezöglinge errichteten.
In Wahrheit war es eine Brandmauer gegen die Realität, gegen das Eigeninteresse und das Streben nach Selbstbehauptung. "Kein Mensch ist illegal", "Ausländer bleiben, Nazis vertreiben" oder "Ausländer, laßt uns mit den Deutschen nicht allein", lauteten die entsprechenden Losungen, die heute schriller denn je nachhallen und die Begleitmusik zum zerstörerischen Endkampf bilden, den die nach Berlin verpflanzte "Bonner Republik" gegen die veränderte gesamtdeutsche Wirklichkeit führt.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 07/25" berichtet am 7. Februar 2025 (x1.501/…): >>**Das nahende Ende grüner kultureller Hegemonie**
Von der Wirklichkeit umzingelt
Der ökologische Umbau der Industriegesellschaft, wichtigstes Ziel der Grünen als Partner in der im November 2024 geplatzten "Fortschrittskoalition", führte zu explodierenden Energiepreisen und mündete in die Deindustrialisierung Deutschlands. Eine solche Regierungsbilanz ist für Bernd Stegemann zwar "desaströs". Aber für den Professor an der Berliner Hochschule für Schauspiel Ernst Busch bedeutet dieses politische Scheitern nicht das Ende der kulturellen Hegemonie "grüner Eliten".
Noch verfügten sie über "enorme Medienmacht", da mindestens 40 Prozent der Journalisten sich zu ihnen bekennen. Daher habe die Partei, die das Weltklima in deutschen Heizungskellern retten wolle, sich bislang als Sieger im Kulturkampf gegen die "Normalen" behauptet. Weil ihre mediale Feuerwehr ihnen dabei half, jenen, die die täglichen Folgen ihrer Katastrophenpolitik benennen, nicht mit Sachargumenten kontern zu müssen, sondern sie als Klimaleugner, Rassisten, Rechte "moralisch mundtot" machen zu können und den Raum der politischen Debatte nachhaltig zu vergiften.
Da Ökologie aber nie im Zentrum grüner Politik stand, sondern Umwelt und Gesellschaft immer nur Mittel zum Zweck waren, Macht zu erlangen, "eigenes Wohlbefinden" zu steigern und, gestützt auf einen übergriffigen Staat, das grüne Lebensmodell gegen die Mehrheit der Bürger durchzusetzen. Trotz ihres medialen Rückhalts zeichne sich ab, daß die Routine der Realitätsverleugnung, grüne Ideologie zur allgemeinen Wahrheit zu erheben, sukzessive scheitere, da Grüne jetzt endlich "von der Wirklichkeit umzingelt" (Robert Habeck) seien (Cicero, 2/2025).<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 07/25" berichtet am 7. Februar 2025 (x1.501/…): >>**Der Jugendpsychiater Alexander Korte warnt vor der Ideologisierung durch die Trans-Lobby in der Frage von Geschlechtsdysphorien**
Martin Voigt
Der Kinder- und Jugendpsychiater Alexander Korte warnt seit vielen Jahren vor dem "Trans-Hype" und dem am 1. November 2024 in Kraft getretenen Selbstbestimmungsgesetz (SBGG). Der Leitende Oberarzt an der "Poliklinik für Kinder- und Jugend-Psychiatrie, Psychosomatik und Psychotherapie" an der Uniklinik München behandelt seit 2004 Jugendliche, die sich "im falschen Körper" fühlen und sich selbst als "trans" bezeichnen.
In unzähligen Interviews und Beiträgen legte Korte dar, warum die sogenannte "trans-

affirmative" Behandlung, also die ärztliche Bestätigung der jugendlichen Selbstdiagnose und das wunschgemäße Bewilligen von transgender-medizinischen Eingriffen, für die allermeisten betroffenen Teenager in einer Katastrophe endet.
Nun hat Korte ein Buch veröffentlicht über "Sex und Gender" und die zwischen diesen beiden Polen oszillierende Massenpsychose namens Transgender. Es ist ein "enzyklopädisches Panorama" (David Bell, bis 2021 Leiter der Tavistock-Klinik in London), das gleichermaßen ein Fachpublikum und interessierte Laien, wie zum Beispiel betroffene Eltern, anspricht, und womöglich auch politische Entscheider, sofern sie wissenschaftlichen Argumenten zugänglich sind. Denn wer sich nur auf sein Gefühl verlasse, dem empfiehlt Korte die Lektüre nicht: "Wissenschaft im Safe-Space-Modus ist ein Widerspruch in sich."
"Hinter dem Regenbogen" lautet der Titel des 411 Seiten starken Grundlagenwerkes zum Transgender-Kult, das im Herbst im Kohlhammer-Verlag erschienen ist. Und der Untertitel "Entwicklungspsychiatrische, sexual- und kulturwissenschaftliche Überlegungen zur Genderdebatte und zum Phänomen der Geschlechtsdysphorie bei Minderjährigen" deutet einen Rundumschlag im Feld unterschiedlichster Wissenschaftsdisziplinen an.
Das Buch hält, was der Titel verspricht. Korte durchdringt das kulturelle Massenphänomen der identitätsverwirrten Mädchen mit analytischer Tiefe, die über den Sachverstand eines Psychiaters hinausgeht. Wenn Tausende Mädchen fest davon überzeugt sind, die biologische Kategorie von Geschlecht habe keine Bedeutung, und man könne sich "identifizieren" als die Person, die man sein will, ist ein interdisziplinärer Ansatz auch dringend geboten.
Korte hat neben seiner medizinischen Profession einen Master in Psychoanalytischer Kulturwissenschaft. Er kennt also die Ideenwelt von Judith Butler und der Gender-Ideologie nicht erst, seitdem scharenweise Mädchen den Tag herbeisehnen, an dem ihnen endlich die Brüste amputiert werden.
Genauestens analysiert der Psychiater die schrittweise Unterwanderung der Wissenschaft, speziell der Humanbiologie und der Entwicklungspsychologie, durch Gender-Lobbyisten: Was früher als "Geschlechtsidentitätsstörung" zu bezeichnen legitim war, wurde im Zuge einer aus Medizinersicht kritikwürdigen Entpathologisierungsdebatte und erfolgreichen Einflußnahme von Pressure-Groups umbenannt in "Geschlechtsdysphorie" (DSM-5) bzw. "Geschlechtsinkongruenz" (ICD-II).
In launiger Sprache, der auch medizinische Laien gut folgen können, beleuchtet Korte das Phänomen Rapid Onset Gender Dysphoria (ROGD) - die plötzlich einsetzende Geschlechtsdysphorie - bei Jugendlichen von allen Seiten. Daß sich der Vater von zwei Töchtern, der alle Fakten auf seiner Seite weiß, mit einer gewissen Wonne ins Epizentrum des Kulturkampfes stürzt, liegt nicht am kreativen Überschuß. Sondern die Idee zum Buch sei vielmehr aus der Not heraus entstanden.
Verzweifelte Eltern von Kortes jungen Patientinnen wollten den Trans-Kult im Schnelldurchlauf verstehen: Wie ist der aktuelle realistische Forschungsstand zur Pubertätsblockade? Wie erkenne ich "die zahlreichen Halbwahrheiten und ideologiegetriebenen Faktenverzerrungen" im vergifteten medizinischen Diskurs? Welchen Einfluß hatte die Trans-Lobby in den sozialen Medien und in der Schule auf meine Tochter? Tagein, tagaus dieselben Fragen, von Müttern und Vätern, deren Töchter nicht nur mit neuem Namen und Pronomen angesprochen werden wollen, sondern die auch mit Selbstmord drohen, wenn ihnen die ersehnte Transgender-Behandlung verwehrt würde.

"Zuallererst dürfen wir unseren Patienten nicht schaden"

Kortes Antwort ist ein Nachschlagewerk mit einem Dutzend Kapiteln wie etwa "Pubertätskrise - Die Leiden der jungen Generation am eigenen Geschlecht", "Perspektivwechsel - Wie 'trans' in den Echokammern der Medien vom Leiden zum Lifestyle wurde" oder "Psycho- oder Somatogenese - Genderdysphorie und Transsexualität: Ursachen (k)einer Krankheit". Er

ziehe die Summe seiner ärztlichen, wissenschaftlichen und publizistischen Arbeit zum Thema Geschlechtsdysphorie seit 2005, schreibt Korte.
"Und wie wird es weiter gehen im Kulturkampf um Sternchensex und Genderflation?", fragt der ehemalige medizinische Sachverständiger für den Deutschen Bundestag und den Deutschen Ethikrat in seinem Ausblick. Mit Blick auf längst vergangene und blutig ausgetragene Glaubenskriege um theologische Spitzfindigkeiten verweist Korte prophetisch auf die nächste Reformation oder gar auf eine neue Aufklärung, die da kommen wird, und was er bis dahin zu tun gedenkt: "Bis dahin bleibt es die Aufgabe von uns Ärzten, nicht leitlinientreu unseren eigenen Leidensdruck zu senken, sondern zuallererst unseren Patienten nicht zu schaden."
Im aktuellen Kulturkampf ist Alexander Korte nun endgültig zum Gesicht jener Ärzteschaft geworden, die allen politischen und persönlichen Angriffen zum Trotz für den Hippokratischen Eid einsteht. Unterstützung erfährt Korte auch von der Emma-Herausgeberin Alice Schwarzer, die in der offensiven Transideologie eine Bedrohung der biologischen Frauen erkennt und damit die Errungenschaften des Feminismus gefährdet sieht. Schwarzer bezeichnet Kortes Buch deshalb als "hilfreich für Experten - und beschämend für PolitikerInnen, die einer grotesk faktenleugnenden, jugendgefährdenden Ideologie hinterherhecheln".
Dr. Martin Voigt ist Publizist und Jugendforscher mit Schwerpunkt auf Identitätsentwicklung von Jugendlichen mit sozialen Medien.
Alexander Korte: Hinter dem Regenbogen. Entwicklungspsychiatrische, sexual- und kulturwissenschaftliche Überlegungen zur Genderdebatte und zu Phänomen der Geschlechtsdysphorie bei Minderjährigen. Kohlhammer Verlag, Stuttgart 2024, gebunden, 411 Seiten
…<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 07/25" berichtet am 7. Februar 2025 (x1.501/…): >>**Energiewende-Problem: Retten Batteriespeicher die Stromversorgung bei einer längeren Dunkelflaute?**
Rüdiger Stobbe
Seit Dezember wüten in Südkalifornien heftige Busch- und Waldbrände. Da diesmal Los Angeles und Hollywood-Stars betroffen waren, wurde weltweit ausführlich darüber berichtet. Laut Behördenangaben waren bis Ende Januar 29 Todesopfer zu beklagen. Auf einer Fläche von fast 24.000 Hektar wurden über 16.000 Gebäude durch das Flammenmeer vernichtet. Etwa 450 Kilometer weiter nördlich im Monterey County war die Feuerwehr ab 16. Januar ebenfalls im Großeinsatz - allerdings war dort kein Gestrüpp, sondern das zweitgrößte Batteriespeicherkraftwerk der Welt in Brand geraten.
Dabei ist die Großanlage Moss Landing erst seit 2020 in Betrieb. Vorher war der Standort jahrzehntelang ein Öl- und Gaskraftwerk mit 2,5 Gigawatt (GW), das die etwa 100 Kilometer weiter nördlich gelegene Bay Area um San Francisco und Oakland mit Strom versorgte. Doch Kalifornien soll wie Deutschland bis 2045 "klimaneutral" werden. Deshalb sollen "erneuerbare" die fossilen Energien ersetzen. Aber Sonnen- und Windstrom sind volatil, daher sind Backup-Lösungen unverzichtbar. Die bewährten Pumpspeicherkraftwerke, die elektrische Energie mit Wasser und Gefälle speichern, reichen dafür nicht aus.
Das machte der 6. November 2024 klar: An dem Tag feierte nicht nur Donald Trump seinen Wahlsieg, da platzte auch die Ampel-Koalition, und es gab in Deutschland eine kalte Dunkelflaute: Dem Strombedarf von 68,4 GW um 12 Uhr mittags standen lediglich 0,1 GW Windstromerzeugung und 7,3 GW Photovoltaik gegenüber. Wenn man die wetterunabhängige Erzeugung per Biomasse (4,1 GW) und Laufwasser (2,1 GW) hinzurechnet, ergab sich eine regenerative Stromerzeugung von 13,6 GW und somit eine Versorgungslücke (Residuallast) von 54,8 GW für die Stunde bis 13 Uhr, die mit konventionellem, Speicher- und Importstrom gedeckt werden mußte.
Wären Batteriespeicher geeignet, um diese Lücke nicht nur für eine Stunde, sondern für einen

Tag oder sogar für eine Woche zuschließen? 2024 wurde ein Speicher aus 324 Lithium-Ionen-Akku-Würfeln im oberfränkischen Arzberg (Fichtelgebirge) eingeweiht. Dessen Leistung liegt bei 100 Megawatt (MW; also 0,1 GW) und einer Kapazität von 200 Megawattstunden (MWh). Die Differenz resultiert aus der Tatsache, daß Batteriespeicher meist länger als eine Stunde bei voller Leistung be- und entladen werden können.

Die Leistung des Projekts reicht für die Deckung der Residuallast nicht aus. Ergeben doch erst zehn Arzberg-Speicher ein GW Leistung. Benötigt wurde am 6. November das 550fache - und das nicht nur für ein oder zwei Stunden, bis der Speicher leer ist. Auch am Morgen und am Abend fehlten zig GW Leistung.

Im Dezember 2024 gab es in Deutschland zwar über 1,6 Millionen kleine Heimspeicher, aber nur 266 Großspeicher und 8.458 Gewerbespeicher. Die Leistung beträgt bei den Heimspeichern zusammen 9,1 GW, bei Großspeichern 1,5 GW und bei Gewerbespeichern nur 0,32 GW. Das ergibt eine Gesamtleistung von lediglich elf GW. Die Kapazität aller Speicher zusammen beträgt 17 GWh. Weder die elf GW für eine Stunde noch die 17 GWh verteilt auf mehrere Stunden eines Tages reichen auch nur annähernd aus, um die Residuallast von 54,8 GW des 6. Novembers 2024 abzudecken.

Speicheranfragen bei den Übertragungsnetzbetreibern

Die vier Übertragungsnetzbetreiber (ÜBN) in Deutschland registrieren aber einen starken Anstieg der Anfragen für Netzanschlüsse von Batteriespeichern. Im Oktober 2024 lagen diese bei 161 GW Leistung. Nur: Anfragen sind das eine, die tatsächliche Umsetzung - die Netzanschlußmöglichkeiten der dann sehr zahlreichen Projekte - ist das andere.

Erfahrungsgemäß werden nur 25 bis 50 Prozent der Anfragen tatsächlich realisiert. Doch auch ein Zuwachs von beispielsweise 40 GW Batteriespeicherleistung würde zusätzlich zur bereits vorhandenen Batterieleistung nicht ausreichen, um mehr als ein paar Stunden den nötigen Strom zur Bedarfsdeckung bereitzustellen.

Das wissen auch die Projektierer. Für sie liegt der Nutzen von Batteriespeichern in anderen Bereichen, die vor allem gute Gewinne versprechen. Batteriespeicher können natürlich mit der Bereitstellung von Regelenergie zur Stabilisierung des Stromnetzes beitragen. Auch das "Anwerfen" von komplett abgeschalteten konventionellen Kraftwerken wird von Batteriestrom bewerkstelligt (Schwarzstartfähigkeit). Diese Systemdienstleistungen werden neben weiteren gut honoriert. Vor allem aber können mit Batteriespeichern profitable Preisdifferenzgeschäfte getätigt werden.

Eine Stromdatenanalyse belegt, daß Stromimporte jederzeit und nicht nur bei niedrigen Preisen erfolgen. Die Stromspitzen sind der starken Photovoltaik-Stromerzeugung (PV) zur Mittagszeit geschuldet. Sie führen zur Absenkung des Strompreises: In 457 von den 8.784 Stunden des Jahres 2024 gab es sogar negative Großhandelspreise, registrierte die Bundesnetzagentur. 2023 waren es nur 301 von 8.760 Stunden. Zum Abend hin zieht der Strompreis wieder an. Daß dann meist auch Strom importiert wird, treibt den Preis in zusätzliche Höhen: In 2.296 Stunden des Jahres 2024 kletterte der Strompreis auf über 100 Euro pro MWh.

Diese Preisdifferenz kann mit Batteriespeichern monetarisiert werden. Über die Mittagszeit wird überschüssiger PV-Strom gespeichert, einige Stunden später wird er mit Gewinn verkauft. Ein gutes Geschäft, für das Batteriespeicher bestens geeignet sind. Für die Abdeckung einer bundesweiten Strommangellage wie am 6. November sind Batteriespeicher ungeeignet. Da helfen nur Backup-Kraftwerke, die aber lediglich in der politischen Diskussion sind. Auch die Finanzierung - laut dem Energiewirtschaftlichen Institut an der Uni Köln mindestens 60 Milliarden Euro - ist völlig unklar.

Solche Backup-Kraftwerke können auch andauernde Phasen einer Dunkelflaute nachhaltig ausgleichen, weil der Energieträger Erdgas oder der angedachte "grüne" Wasserstoff dauerhaft zugeführt werden kann. Speicher hingegen sind, wenn sie entladen wurden, erst dann wieder

in der Lage Strom zur Verfügung zu stellen, wenn sie erneut aufgeladen wurden. Dieser Ladevorgang ist in einer Dunkelflaute praktisch unmöglich. Damit sind Batteriespeicher - und zwar weder in Deutschland noch in Kalifornien - zur Deckung größerer Mengen fehlenden Stroms nicht in der Lage.

Leistung von Batterie- und Pumpspeicherkraftwerken

Die größten Batteriespeicherkraftwerke Deutschlands befinden sich in Jardelund bei Flensburg (Leistung 48 MW; Kapazität: 50 MWh) und in Arzberg (100 MW/200 MWh). Verglichen mit heimischen Pumpspeicherwerken wie Goldisthal (Thüringen; 1.000 MW/8.950 MWh), Wehr (Baden; 910 MW/6.201 MWh) oder Markersbach (Sachsen; 1.050 MW/4.120 MWh) und auch global gesehen sind das kleine Speicher. Der weltgrößte Batteriespeicher steht in Kern County (Kalifornien) auf einem 1.886-Hektar-Gelände in der Mojave-Wüste, das teilweise zur Edwards Air Force Base gehört.

Das 2024 in Betrieb gegangene Projekt der Firma Edwards & Sanborn und der US-Luftwaffe besitzt eine Spitzenleistung von 1.300 MW und eine Kapazität von 3.320 MWh. Die mit 650 Kilometer Kabel verbundenen 120.720 kleinen Lithium-Ionen-Speicher stammen von LG Chem und Samsung (Südkorea) sowie BYD (China). Der in Brand geratene Speicher Moss Landing in Kalifornien kommt auf 750 MW bei einer Kapazität von 3.000 MWh. (fis)<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/36526" berichtet am 7. Februar 2025 (x1.494/…): >>**Massenmedien haben Flasche leer!**

Wir haben auf dieser Welt nicht 1.000 Krisenherde, sondern nur 1 großes Kern-Problem.

Es gibt nämlich eine Organisation, die diese Betrüger und Kriminellen allesamt deckt.

Die Massenmedien sind bereits im freien Fall. Sie sind richtig abgewrackt!

Hallo, hier ist wieder der Klaus aus Franken!

Wir haben gefühlt 1.000 Krisenherde auf dieser Welt. Auf den ersten Blick sieht alles sehr verworren, unlösbar und kompliziert aus.

Ich nenne hier nur einige Beispiele, wie es in unserer Welt im Jahr 2025 wirklich ausschaut - ohne näher ins Detail gehen zu können. Die Beweise kannst Du aus dem kla.tv-Geschichtsarchiv entnehmen. Ich blende die betreffenden Sendungen jeweils ein.

1. Die Finanzbetrüger

Fangen wir mal beim Geld an! Wußtest Du, daß es Menschen gibt, die einfach aus dem Nichts Geld erschaffen können? Die drucken einfach Geld ohne jeden Gegenwert! Hier geht es um den größten Raub aller Zeiten! Der Finanzexperte Andreas Clauss nannte es "die systematische Vermögensumverteilung von Arm nach Reich". Deshalb sagte der große Automobilhersteller Henry Ford: "Würden die Menschen das Geldsystem verstehen, hätten wir eine Revolution vor morgen früh."

2. Die Kriegstreiber

Die Menschen aller Völker wollen Frieden. Es würde aber gar keine Kriege geben, wenn es nicht Menschen gäbe, die den Krieg richtig wollen und befeuern! Die wirklichen Drahtzieher und Profiteure bleiben aber stets im Finsteren.

3. Die Impf-Betrüger

Während der Coronazeit wurde ein Impfschutz von 95 % versprochen. In Tat und Wahrheit gab es aber gar keinen Impfschutz - 0,0 %. Die tatsächliche Wirkung der Covid-Impfungen war jedoch: Tausende Todesfälle und schwerste Nebenwirkungen. Welch ein Skandal! Die Verantwortlichen sind noch immer nicht hinter Schloß und Riegel.

4. Die "Gesundheits-Diktatoren"

Die Internationale Gesundheitsorganisation WHO plant unter dem Deckmantel des Gesundheitsschutzes einen heimtückischen Coup. Sie lehnen jede unabhängige Kontrollinstanz ab und haben sogar das Völkerrecht gebrochen. Das Brandgefährliche: WHO-Chef Tedros hat eine hochkriminelle Vergangenheit!

5. Die wahren Klimakiller
Ivo Sasek hat in seiner Sendung "Updates für Greta, die wahren Klimakiller" belegt, daß die CO2-Debatte ein einziges Ablenkungsmanöver der wahren Klimakiller ist. Diese schädigen nämlich unser Klima tatsächlich durch das Versprühen hochgiftiger Substanzen. Nebenbei ist der Handel mit Klimazertifikaten ein lukratives Milliarden-Geschäftsmodell und gleicht einem modernen Ablaßhandel.
6. Die Kinderschänder
Lois Sasek hat in ihren schockierenden Sendungen Blutsekte 1, 2 und 3 anhand von Zeugenaussagen aufgedeckt, daß höchste Persönlichkeiten in Pädophilie, Kindesmißbrauch und Satanismus verstrickt sind.
Das waren jetzt nur 6 Fallbeispiele. Ich könnte ohne Problem eine Stunde lang weitere Gebiete beleuchten, z.B. die Wissenschaftsbetrüger, die "Mobilfunk-Maffia", die Falschjustiz, die Drahtzieher der Frühsexualisierung unserer Kinder, die wahnsinnigen Genderideologen usw. usw.
Eigentlich müßte man auf jedem einzelnen Gebiet diese Verbrecher, Betrüger und Kriminellen entlarven und hinter Schloß und Riegel bringen. Es erscheint wie ein großer, unüberwindlicher Berg. Ich möchte aber heute zeigen, daß das gar nicht so kompliziert und unlösbar ist.
Es gibt nämlich eine Organisation, die diese Betrüger und Kriminellen allesamt deckt.
Es sind die Mainstream-Massenmedien!
Wir haben auf dieser Welt nicht 1.000 Krisenherde, sondern EIN großes Kern-Problem: Ein dicht verwobenes Medienkonglomerat, ein scheinbares Medienimperium, durch das alles gesteuert wird: EINE Welt, DREI Nachrichtenagenturen!
Ich möchte dies mit einem Schlüsselerlebnis aus meinem Leben verdeutlichen:
Wenige Jahre nach den sog. 9/11-Terroranschlägen gab mir ein Freund eine DVD mit dem Titel: Die Beweise auf den Tisch! Bis zu diesem Zeitpunkt hatte der Klaus aus Franken den Massenmedien alles geglaubt. Ich hielt sie für seriöse Medienprofis mit Fachkompetenz. Als aufrichtiger Wahrheitssucher habe ich dann aber nächtelang Videos zu 9/11 studiert.
Ergebnis: Das ist eine so absurde Story, physikalisch absolut unmöglich! Schämen die sich eigentlich nicht, diesen Fake Millionen von Menschen als Tatsache zu verkaufen? Nicht einmal ernsthaft zu hinterfragen?
Wie die Türme war auch meine heile Welt zusammengebrochen! Nur durch die Lügenpropaganda der Massenmedien war es möglich, daß die wirklichen Terroristen, die diese Sprengungen geplant haben und dadurch Tausende Menschen umgebracht haben, nach fast 25 Jahren noch immer nicht vor Gericht stehen.
Die Massenmedien decken somit die echten Terroristen, Schwerstkriminelle, Hochgradverbrecher!
Mit diesem persönlichen Schlüsselerlebnis möchte ich verdeutlichen:
Wie bei 9/11 haben die Massenmedien auch auf allen genannten Gebieten die wahren Terroristen und Verbrecher gedeckt: Die Finanzbetrüger, die wahren Kriegstreiber, die Impfbetrüger, die wahren Klimakiller und sogar die Pädophilenringe.
Deshalb sage ich: STOPP DEM MEDIENTERROR!
Massenmedien gehören zu den weltweit gefährlichsten Organisationen. Ist das nicht total übertrieben? Ich sage: NEIN!
Denn sie schweigen nicht nur zu aufgedeckten Verbrechen, sondern verhindern obendrein auch noch die Aufklärung mit allen Mitteln:
Sie verfolgen die aufrichtigen Aufklärer und verunglimpfen sie als Verschwörungstheoretiker, um sie unglaubwürdig zu machen.
Und das muß auch mal in aller Klarheit gesagt werden:
Natürlich handelt es sich hier um eine Verschwörung. Wer das nicht sieht ist blind!

Die Massenmedien sind bereits im freien Fall. Sie sind richtig abgewrackt. Ihre Glaubwürdigkeit befindet sich im Sturzflug, denn Du kannst die Menschen nicht auf Dauer für dumm verkaufen.
Wer mich kennt, der weiß, daß ich jetzt noch nicht fertig habe. Die Praxis fehlt noch.
Wie kannst Du einen Beitrag leisten, damit wieder Wahrheit, Ehrlichkeit und Freiheit in dieser Welt auf den Leuchter kommen?
Ich nenne zwei Möglichkeiten:
1. Setze Dich auf alle Weise für die Aufdeckung dieses Medienterrors ein. Eine Möglichkeit ist z.B., daß Du dich bei Medienklagemauer.tv meldest und zum Mitwirker wirst. Es gibt 1.000 Möglichkeiten, wie Du dort unterstützen kannst, z.B. Recherchieren, Rechtschreibung prüfen, Übersetzen in andere Sprachen oder auch Impfschäden erfassen auf vetopedia.org. Weitere Möglichkeiten zeigt die eingeblendete Sendung: Unter "Aktiv werden" kannst Du Kontakt aufnehmen.
2. Verbreite aufklärende Sendungen, wie z.B. von Kla.tv in Deinem Umfeld weiter - auch diese Sendung. Das ist keine Floskel, sondern Dein entscheidender Beitrag, damit dieser Medienterror öffentlich entlarvt wird.
Massenmedien haben Flasche leer! Dieses Medienkonglomerat muß fallen!
Ich habe fertig!
Euer Klaus aus Franken!<<
Belgien: Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 07/25" berichtet am 7. Februar 2025 (x1.501/…): >>**Bart De Wever. Auch in Belgien übernimmt nun ein Rechtspolitiker die Macht - doch zahlt er einen hohen Preis.**
Brüssel statt Flandern
Mina Buts
Nun ist er an seinem Ziel angekommen: dabeisein und Regierungschef werden. Jahrzehnte hat Bart De Wever - seit dem 3. Februar "Erster Minister Belgiens" - darauf hingearbeitet. Entsprechend hoch ist der Preis, den er bezahlt hat: Die Selbstbestimmung Flanderns, die nicht nur er selbst, sondern auch seine N-VA (Neue Flämische Allianz) zumindest per Programm immer wieder gefordert hatte, wurde geopfert.
Tatsächlich dürfte die neue belgische Regierung unter seiner Führung noch weniger flämisch gesinnt sein als ihr liberaler Vorgänger - sogar die Rücknahme der mühselig erreichten Föderalisierung des Landes scheint möglich.
Dabei wurde Bart De Wever der flämische Nationalismus in die Wiege gelegt. Sein Vater Rik war Mitglied des später verbotenen VMO (Flämisch-Militanter Orden) und Leiter bei der flämisch-nationalen Jugendbewegung VNJ, der Bart und sein Bruder Bruno ebenfalls angehörten. Großvater Henri engagierte sich im Vlaams Nationalverbond (VNV), einer mit NS-Deutschland zusammenarbeitenden Partei, weshalb er nach dem Krieg monatelang inhaftiert wurde und seine Stelle als Lehrer verlor. Bruno arbeitet sich heute als linksliberaler Historiker an der Kollaborationsgeschichte seiner Familie ab.
Dem Ziel, seine N-VA zu einer Art flämischen CSU zu machen, dürfte De Wever damit näher gekommen sein.
Der 1970 in Mortsel bei Antwerpen geborene De Wever studierte zunächst Jura, dann Geschichte. Für die "Neue Enzyklopädie der flämischen Bewegung" verfaßte er regelmäßig Beiträge, so auch über den flämisch-nationalistischen Politiker Joris Van Severen. Während des Studiums lernte er beim Badminton seine Frau Veerle Hegge kennen, die er aber, nachdem sie vier Kinder bekommen haben, erst 2009 ehelichte.
Hobbies, so De Wever, habe er keine, er schaue nicht fern und habe kein soziales Leben mit Freunden, stattdessen beschäftige er sich mit Politik. Schon 1994 kandidierte er für die ursprünglich rechte Volksunie (VU), die 2001 am Streit mit ihrem linksliberalen Flügel zerbrach

und aus der die rechtskonservative N-VA entstand, deren Vorsitzender De Wever seit 2004 ist.
Seine Bekanntheit steigerte er immens, als er 2008 die elftägige TV-Show "Der klügste Mensch der Welt" mit unglaublichem Wissensschatz und viel Witz gewann. Jahre später sorgte er mit einem Fernsehauftritt im Pandabärenkostüm für weitere Lacher. Eiserne Disziplin stellte der damals füllige Mann unter Beweis, als er dank strikter Diät sechzig Kilogramm Gewicht verlor - just als die N-VA ihr Motto "Kraft der Veränderung" vorstellte.
2013 wurde De Wever Bürgermeister Antwerpens. Vollmundig angetreten mit dem Versprechen, Recht und Ordnung wiederherzustellen, gilt die größte Metropole Belgiens heute zwar als sicher, der Mocro-Mafia und dem Drogenhandel konnte das Stadtoberhaupt allerdings nicht Herr werden.
Führte De Wever, getrieben vom Vlaams Belang, 2018 mit seiner Kritik am EU-Migrationspakt noch den Bruch der Regierung herbei, so kümmert er sich heute lieber um die vergebliche Sanierung der Staatsfinanzen und den Kampf gegen die Wokeness. Die seit Jahrzehnten existierende Brandmauer gegenüber dem Vlaams Belang hält er, trotz einzelner Gespräche mit Parteichef Tom Van Grieken, aufrecht. Seinem Wunsch, die N-VA
zu einer Art flämischen CSU zu machen könnte Bart De Wever mit dem Regierungsantritt nun deutlich näher gekommen sein.<<

USA: Das deutsche Multipolar-Magazin berichtet am 7. Februar 2025 (x1.499/…): >>**US-Regierung stoppt und untersucht Aktivitäten der Behörde USAID**
Herausgegeben von *Stefan Korinth* und *Paul Schreyer*
Trump für Stilllegung der Behörde wegen Betrugs und Verschwendung von Steuergeld / Trump-Gegner warnen vor Schäden für nationale Sicherheit / Kritiker werfen USAID Finanzierung politischer Aufstände und parteiische Medien-Berichterstattung vor
Die neue US-Regierung unter Präsident Donald Trump hat Anfang vergangener Woche damit begonnen, die US-Organisation für Entwicklungszusammenarbeit USAID einer verschärften Untersuchung auf ihre haushalterische Zweckmäßigkeit zu unterziehen. Tech-Milliardär Elon Musk ist als Co-Leiter des Department of Government Efficiency (DOGE) mit der Untersuchung entsprechender Finanzströme betraut worden.
Am Vortag hatte Musk erklärt, Trump sei offen für eine vollständige Stilllegung der Behörde. Das Vorgehen der US-Regierung hat Empörung und Warnungen von Förderern innerhalb der USA und Geförderten in Übersee hervorgerufen. Kritiker wie die Enthüllungsplattform "Wikileaks" erklären hingegen, USAID treibe seit Jahrzehnten im Ausland politische Umbrüche zugunsten US-amerikanischer Interessen voran.
Bereits bei seinem Amtsantritt am 20. Januar hatte Trump eine 90-tägige Aussetzung der US-Auslandshilfen verordnet. Am 28. Januar erklärte die US-Regierung, daß lebensrettende Hilfsmaßnahmen von dieser Exekutiv-Verordnung ausgeschlossen seien. Vergangenen Montag (3. Februar) bezichtigte die US-Regierung USAID in einer offiziellen Stellungnahme des "Betrugs" und nannte Beispiele für die mutmaßliche Verschwendung von Steuermitteln.
Kurz darauf veröffentlichte die Regierung ihre Pläne, "nicht systemrelevante" Mitarbeiter der US-Behörde binnen 30 Tagen von ihren Aufgaben zu entbinden und aus dem weltweiten Einsatz abzuziehen. US-Außenminister Marco Rubio soll die Behörde als Interimsdirektor leiten, hieß es weiter.
In einem offenen Brief an Rubio vom Mittwoch bezeichneten 37 der 100 US-Senatoren, darunter auch der frühere Präsidentschaftsanwärter Bernie Sanders, das Vorgehen der Trump-Regierung als "illegal". Sie warnten vor einer "Schädigung der nationalen Sicherheit der USA, der Gefährdung von US-Bürgern, der Unterbrechung lebensrettender Arbeiten und einer Verletzung der vertraglichen Verpflichtungen der US-Regierung gegenüber Partnern im Privatsektor".

Auch Microsoft-Gründer Bill Gates, dessen Stiftung in den vergangenen Jahren eng mit USAID kooperierte, hatte am Tag zuvor in der ABC-Sendung "The View" vor "Millionen Toten" gewarnt, die eine Aufkündigung des USAID-Mandats zur Folge haben könne. Die Aktivitäten von USAID erstrecken sich unter anderem auf Bildungs-, Umwelt- und wirtschaftspolitische Maßnahmen sowie Aktivitäten der "Familienplanung". Daneben hat USAID die Förderung demokratischer Institutionen zu seinem Ziel erklärt.
"Wikileaks" setzte am Donnerstag (6. Februar) auf "X" einen Post ab, wonach USAID im Jahr 2023 mehr als 6.200 Journalisten von 707 Medien sowie 279 Medien-NGOs finanzierte. US-Präsident Trump erklärte am selben Tag, mit der voranschreitenden Aufdeckung der Finanzierung von Medien durch USAID braue sich der "größte Skandal der Geschichte" zusammen. So seien Trump zufolge mehr als acht Millionen Dollar an das US-Magazin "Politico" geflossen, das im Gegenzug positiv über die US-Demokraten berichtet habe. "Politico" wies die Vorwürfe zurück und erklärte, USAID habe mit den Überweisungen die Premium-Abonnements von US-Bundesbehörden bezahlt.
Wie das ukrainische Nachrichtenportal "Strana" berichtete sind 90 Prozent der ukrainischen Medien abhängig von der Finanzierung durch US-Organisationen wie USAID. Laut eines Kurzberichts von USAID hat die US-Behörde der Ukraine von 2022 bis 2024 rund 35 Milliarden Dollar überwiesen. Der ukrainische Parlamentsabgeordnete Alexander Dubinski schrieb (5. Februar), USAID habe mit den Geldzahlungen in der Ukraine dafür gesorgt, daß die Medien für eine Konfrontation mit Rußland warben und Stimmen für Friedensverhandlungen öffentlich diskreditierten. USAID habe systematisch "Kriegspropaganda" in der Ukraine finanziert.
2019 soll USAID mit 38 Millionen US-Dollar die Organisation "EcoHealth Alliance" unterstützt haben. Das legt ein nach dem Freedom of Information Act (FOIA) freigeklagtes Dokument nahe, das Elon Musk auf "X" veröffentlichte. Die "EcoHealth Alliance" geriet später für ihre Zusammenarbeit mit dem Institut für Virologie in Wuhan in die Kritik, das vom US-Nachrichtendienst CIA als mögliche Ausbruchsquelle des Coronavirus gehandelt wird.
USAID steht seit Jahrzehnten in der Kritik. Vorwürfe betreffen die Rolle der Organisation bei Vergabepraktiken zur Aufbauhilfe im Irak, intransparenter Entwicklungshilfe für Afghanistan, Zwangssterilisationen in Peru, dem Aufbau oppositioneller Medien zur Subversion gewählter Regierungen wie auch die Zusammenarbeit mit der CIA. "Wikileaks" hatte in dem Buch "The World According to US Empire" (2015) die Rolle von USAID als Agent einer "Regime Change-Politik" der USA speziell mit Blick auf Kuba und die lateinamerikanischen Staaten beleuchtet.
Zuletzt stand USAID im Fokus der Berichterstattung über das Organized Crime and Corruption Project (OCCRP) und dessen Nähe zur US-Regierung. Dabei berichtete das französische Investigativmedium "Mediapart" - im Gegensatz zum NDR -, daß USAID die Berichterstattung des OCCRP als "Waffe" benutze, während es deren Mitarbeiter dazu angehalten haben soll, die Finanzierung durch die US-Behörde "diskret" zu behandeln.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 07/25" berichtet am 7. Februar 2025 (x1.501/…): >>**Donald Trump, Deutschland und die Beendigung des Ukraine-Krieges**
Bruno Bandulet
Es mag Zufall gewesen sein, aber als Kamala Harris und mit ihr das linksgrüne Deutschland die Wahl am 5. November verloren, zerbrach umgehend auch die Regierungskoalition in Berlin. Objektiv gesehen war sie nicht mehr kompatibel mit den neuen Machtverhältnissen im Bündnis.
Als der Konterrevolutionär Donald Trump ins Weiße Haus einzog, wirkten unsere Kulturmarxisten wie aus der Zeit gefallen. Seitdem läuft der sich verschärfende deutsche Wahlkampf gegen sie. Erst konnte Friedrich Merz mit Wirtschaftskompetenz punkten. Dann schob sich

das Migrationsthema nach der Bluttat von Aschaffenburg an die erste Stelle - hier wird der Union und insbesondere der AfD definitiv Handlungswille zugetraut. Das dritte Thema aber, der Krieg in der Ukraine, von dem die friedensbewegte Solistin Sahra Wagenknecht zu profitieren hoffte, trat in den Hintergrund.
Das wird so nicht bleiben. 2025 wird zum Schicksalsjahr für die Ukraine werden. Nach drei Jahren Krieg und dank des Machtwechsels in Washington besteht die Chance, das Blutvergießen zu beenden. Zuverlässige Zahlen fehlen, aber nach realistischen Schätzungen sind bisher 100.000 russische und ebenso viele ukrainische Soldaten gefallen.
Wenn auf Krieg Frieden folgen soll, wird die Diplomatie gefragt sein. Dann wird Deutschland, dessen Rolle bisher auf Finanzhilfen und Waffenlieferungen beschränkt blieb, Position beziehen müssen. Dann wird nach der durch irreguläre Migration beschädigten inneren Sicherheit auch die äußere wieder in den Fokus rücken. Vielleicht sogar, was optimal wäre, eine neue, belastbare Sicherheitsarchitektur für Europa.
Im Wahlkampf hatte Donald Trump verkündet, er werde den Krieg innerhalb von 24 Stunden beenden. Das war eine für ihn typische Übertreibung, das Versprechen war gleichwohl ernst gemeint. Schon lange vor dem 5. November hatte sich Trump mit dem Ukraine-Dossier befaßt. Schon vorher war durchgesickert, wie er sich die Lösung vorstellt: Land gegen Frieden und eine Ukraine ohne Mitgliedschaft in der Nato. Ende November erklärte Wolodymyr Selenskyj, er sei bereit, auf Territorium zu verzichten - eine Vorbedingung für russische Kompromißbereitschaft.
Der ukrainische Präsident weiß, daß er den Krieg nicht mehr gewinnen kann. An der über tausend Kilometer langen Front rücken die russischen Truppen stetig vor. Ukrainische Soldaten desertieren oder verweigern den Befehl. Die Stadt Pokrowsk steht vor dem Fall. Die dortige Kohlemine ist schon geschlossen, und damit wird die rüstungswichtige Stahlproduktion des Landes einbrechen. Die Überlegenheit der Russen an Mannschaften und Material zusammen mit der Zerstörung der Infrastruktur und der Unterbrechung von Nachschub lassen befürchten, daß die ukrainischen Verteidigungslinien zusammenbrechen könnten, wenn der Krieg noch lange dauert. Daß sie noch halten, verdient Bewunderung.
Putin glaubt, die besseren Karten in der Hand zu haben. Offenbar spielt er auf Zeit. Jedenfalls sind die Sondierungen des Trump-Teams vor der Wahl und ebenso die Verhandlungen zwischen Washington und Moskau seit dem 20. Januar bislang ohne Durchbruch geblieben. Ein Indiz dafür ist, daß Trump den Ton verschärft hat. Schon in seiner ersten Amtswoche nutzte er seine Plattform Truth Social, um Moskau zu drohen. "Wir können es auf die leichte Tour machen oder auf die harte Tour", schrieb er, "die leichte ist immer besser". Rußlands Wirtschaft sei am Boden, behauptete er, und der Kreml solle schnell in einen "Deal" einwilligen, weil die Bedingungen andernfalls noch schlechter würden.
Nur geht es der russischen Wirtschaft nicht wirklich schlecht, und die Rüstungsproduktion läuft auf Hochtouren. Die westlichen Sanktionen haben Rußland nicht ruiniert, wie Annalena Baerbock vor drei Jahren phantasierte. Als der Westen gegen die russischen Oligarchen vorging, die in Moskau längst nicht mehr das Sagen haben, floß viel Kapital nach Rußland zurück. Als der Westen die russischen Exporte ins Visier nahm, kauften China und Indien das Erdöl unter Weltmarktpreis. Weil der globale Süden neutral blieb, lief ein Großteil der Sanktionen ins Leere.
Aus Washington war im Januar zu hören, daß Kiew und Moskau schon über Details der Grenzziehung zum Zeitpunkt des Waffenstillstands verhandeln. Unterwerfen wird sich Selenskyj nicht, und Trump wird eine Übereinkunft - wie zuvor die Waffenruhe in Gaza - als seinen Erfolg verkaufen wollen. Ungelöst sind die zwei schwierigsten Probleme: Wie kann sichergestellt werden, daß sich beide Seiten an eine Friedensregelung halten und daß der Krieg nicht zurückkehrt? Und: Wer zahlt für den Wiederaufbau der Ukraine?

Der Stationierung von Nato-Truppen in der Ukraine oder gar einem Bündnisbeitritt wird der Kreml nicht zustimmen. Und eine lückenlose Überwachung der Demarkationslinie würde mindestens 100.000 Mann erfordern. Wo sollen die herkommen? Priorität muß eine Konfliktlösung haben, mit der beide Seiten auf Dauer leben können. Wenn China oder Indien eingebunden werden, um so besser. Mit beiden Mächten wird sich Putin nicht anlegen wollen: Er ist auf sie angewiesen. Auf Kiew kann er nicht marschieren, ohne einen Partisanenkrieg zu provozieren, der Rußlands Kräfte überfordern würde.
Und das Geld? Das wird nicht von der Regierung Trump kommen, sondern von Deutschland und der EU, dem Internationalen Währungsfonds, westlichen Investoren, die das Potential der Ukraine lockt, und hoffentlich auch aus Rußland. Dafür stehen theoretisch die 300 Milliarden Dollar an russischem Guthaben zur Verfügung, die in der EU und den USA eingefroren sind. Trump ist zuzutrauen, daß er Putin vorschlägt, den Donbass und die Krim den Ukrainern einfach abzukaufen.
Um einen Krieg zu beenden, braucht es Verantwortungs-, nicht Gesinnungsethik. Gefragt ist künftig auch in Berlin Realpolitik. Die Idee ist weit hergeholt, aber wäre nicht eine deutsche Außenministerin von Vorteil, die weder Trump noch Putin jemals beschimpft hat und noch dazu Mandarin spricht?<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 7. Februar 2025 (x1.498/…):
>>**USA: Milliarden für dubiose NGOs - gigantisches Schmiergeldsystem aufgedeckt**
In den USA wird gerade ein gigantisches, korruptes Netzwerk von Milliarden-Zahlungen aus Steuergeldern an zweifelhafte NGOs und dubiose Organisationen aufgedeckt. Viele Empfänger des Geldsegens stehen den Demokraten nahe. Doch damit ist jetzt Schluß. Vorbild für Deutschland?
Von *Meinrad Müller*
Trump räumt auf, er legt "den Sumpf" wie angekündigt trocken und die Verwaltungen der Bundesbehörden drehen völlig durch! Hunderte leitende Beamte hat er fristlos gekündigt. Sie waren Teil eines gigantischen Netzwerks von Günstlingen. Die Biden-Regierung warf bislang Milliarden zum Fenster hinaus und ließ Kontrollen außer Acht. Und das alles kommt nun ans Licht, geradezu stündlich erscheinen neue erschütternde Details.
Trump und Musk machen endlich reinen Tisch
Lange hat sich niemand getraut, besonders nicht die Demokratische Partei, diese massive Korruption aufzudecken. Zu viele haben davon profitiert. Wie viele Milliarden sind in dunkle Kanäle geflossen? Wer hat sich daran bereichert? Jetzt reicht es, sagt Donald Trump. Er beauftragte Elon Musk die Steuerverschwendung investigativ zu untersuchen. Musk stellte daraufhin binnen acht Tagen ein Team von Top-Programmierern zusammen.
Mit Hilfe Künstlicher Intelligenz analysieren sie die undurchsichtigen Buchungen der Geldströme der Ministerien. Hierbei geht es um Milliarden, nicht nur um Millionen. Ein schnelles Ergebnis ließ nicht lange auf sich warten. Eine Datenbank, gefüttert mit offiziellen Zahlen, zeigt jetzt jedem in Sekunden, wer sich bereichert hat und welche Organisationen Millionen einsacken. Ein Netzwerk politischer Freunde wurde entdeckt, das einem den Atem raubt.
Das größte Schmiergeldsystem wird enthüllt
Seit dem 5. Februar 2025 kann JEDER aufhttps://datarepublican.com genau nachsehen, wohin die Kohle floß. Milliarden an dubiose NGOs, Fördergelder an fragwürdige Projekte, absurd hohe Spenden an Organisationen, die keiner kennt. Die Rechercheergebnisse werden in Rot als "High Taxpayer Funds Alert!", zu Deutsch "Alarm für gigantische Geldverschwendungen", angezeigt.
Jeder kann recherchieren
Eine Suche in der Rubrik "Officer Search" nach Nancy Pelosi - ja genau, die Demokratin, die immer für "soziale Gerechtigkeit" kämpft, zeigt ein verzweigtes Netzwerk an Geldempfän-

gern. Milliarden schob sie in Projekte, die keinen Nutzen haben, außer Taschen von Parteifreunden zu füllen. Das sind keine Peanuts, das sind Summen, für die der Steuerzahler umsonst geschröpft wurde.

Und in Deutschland? Absolute Intransparenz!

Ohne die vielen Kleinen und Großen Anfragen der AfD wüßten wir vieles nicht. Während die Amerikaner jetzt auf DataRepublican.com nachprüfen können, wo ihr Geld versickerte, bleibt Deutschland ein Land der Dunkelheit. Hier gibt es keine Transparenz, hier wird vertuscht, gedeckt und verschleiert. Welche Journalisten wurden geschmiert, welche Antifa-Gruppen gepäppelt? Wer deckt solche Machenschaften auf?

Fast ausschließlich die AfD, die mit Anfragen im Bundestag bereits große und kleine Schweinereien ans Licht brachte. Ohne diese Arbeit würden wir nicht einmal erfahren, welche Millionen in fragwürdige Organisationen fließen, welche Beraterverträge geschlossen werden und welche ideologischen Projekte mit Steuergeld finanziert werden. Doch statt dankbar zu sein, wird die AfD dafür angegriffen. Denn Transparenz ist das Letzte, was diese Regierung will.

Warum mauert man in Deutschland?

Weil sie Angst davor haben! Weil sie wissen, daß die Steuerzahler hier ausrasten würden, wenn sie wüßten, wofür ihr hart verdientes Geld wirklich verbraten wird. Es ist ja nicht so, daß es nicht auffällt: Milliarden für Migration, Milliarden für die EU, Milliarden für Tausende NGOs, die keiner kennt - aber für Rentner, Familien und die Mittelschicht? Fehlanzeige! Und hinter jedem "Verein zur Förderung der Demokratie" kann ein Onkel oder Cousin stecken, der mittels dieser "Connection" voll versorgt wird. Hunderte dieser Vereine werden derzeit von deutschen Ministerien unterstützt.

Daß diese dann gern "pro Regierung" demonstrieren, wundert nicht.<<

08.02.2025

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 8. Februar 2025 (x1.496/…):

>>**Bundestagswahl: Wolfgang Kubicki (FDP) hört bereits das Totenglöcklein läuten**

FDP-Totengräber Christian Lindner kann ja schon mal Frack und Zylinder für das Begräbnis zurechtlegen: Der stellvertretende FDP-Vorsitzende, Noch-Bundestags-Vizepräsident Wolfgang Kubicki, sieht die Existenz der Partei gefährdet, sollten die sogenannten "Liberalen" bei der Bundestagswahl am 23. Februar an der Fünf-Prozent-Hürde scheitern.

"Wenn die Freien Demokraten den nächsten Deutschen Bundestag nicht erreichen, wird die Partei des Liberalismus in Deutschland über kurz oder lang aufhören zu existieren", sagte Kubicki der "Welt am Sonntag". Die FDP werde dann Strukturen, Persönlichkeiten und finanzielle Ressourcen verlieren, "die man braucht, um eine Parteiorganisation flächendeckend zu erhalten oder wieder aufzubauen".

In Anbetracht der Tatsache, daß die FDP in drei zerstörerischen Ampel-Jahren das Schlimmste nicht verhindert, sondern das Schlimmste erst möglich gemacht hat (Stichwort u.a. Atomausstieg, Heizungs-Irrsinn), dürfte wohl kaum jemand einer Partei nachtrauern, über die CSU-Legende Franz Josef Strauß einmal sagte: "Die FDP hat eine berechenbare Komponente - ihre Charakterlosigkeit!"<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 8. Februar 2025 (x1.496/…):

>>**Wahlbeeinflussung auf Steuerzahlerkosten: Der "Aufstand" der linken Schabracken!**

Glaubt man dem SPD-nahen RedaktionsNetzwerkDeutschland (RND), dann gibt es in Deutschland rund 700.000 "aufständische Anständige". Dieser straff durchorganisierte Psycho-Mob geht vor der Bundestagswahl u.a. in Berlin auf die Straße, um Stimmung gegen die einzige wirkliche Oppositionspartei, die AfD, zu machen. Wer steckt eigentlich hinter dem generalstabsmäßig gelenkten, linksgrünen Gesinnungspöbel, der sich in diesen Wochen und Tagen vor der Wahl in unseren Städten austobt?

Die Proteste nennen sich blumig "Lichtermeer gegen den Rechtsruck" oder geben vor, ein

"Aufstand der Anständigen" zu sein. Die Demonstranten tragen Schilder mit absurden Sprüchen wie "Rechts wählen ist 1933".
Stichwort "anständig": Redlich wäre es, wenn die Drahtzieher die vielen arglosen Mitläufer einmal darüber aufklären würden, welche linksgrünen Kampfverbände die inszenierte Massenpsychose organisieren.
Schnell stößt man auf professionelle Kampagnen-Portale wie "Campact" - nicht zu verwechseln mit dem patriotischen Magazin "Compact".
Oder auf getarnte Vorfeldorganisationen der "Grünen", wie es die sogenannten "Omas gegen rechts" (OgR) sind und die wir hier mal ausführlicher betrachten wollen.

Volkssturm von Links

Die "Omas gegen Rechts" sind inzwischen bei keinem Aufmarsch gegen die AfD mehr wegzudenken. Bei diesen linksgrünen Schabracken handelt es sich keineswegs um einen Aufstand von Rollatoren oder Gehstöcken. Vielmehr sind diese Altgroupies von Habeck & Co. ein ernstzunehmender Kampfverband, wenn man so will eine Art Volkssturm von links.
Zum großen Teil handelt es sich um 68er-Lehrerinnen bzw. deren ideologische Nachkommenschaft im Ruhestand. Sie haben Generationen von Schülern mit linkem Ungeist indoktriniert. Nun finden sie Zeit und Muße, ihr Zersetzungswerk fortzusetzen. Die sogenannten "Omas gegen Rechts" haben es sogar geschafft, daß Banken der AfD ihre Konten gesperrt haben.
- Eine Anfrage des AfD-Bundestagsabgeordneten Bernd Schattner brachte ans Licht gebracht, daß dieser 2018 gegründete linksgrüne Seniorenklub von der Bundesregierung - sprich: von uns Steuerzahlern! - mit bislang 23.294,22 Euro gefördert wurde! Vom Bundeskanzleramt und dessen "Integrationsbeauftragter" Reem Alabali-Radovan (SPD) erhielten die "Anti-AfD-Omas" in den vergangenen drei Jahren insgesamt 5.000 Euro. Das Familienministerium von Lisa Paus ("Grüne") schoß seit 2022 Gelder in Höhe von 18.294,22 Euro zu - natürlich im Rahmen des einschlägigen Förderprogramms "Demokratie leben!", das genau genommen "Demokratie abschaffen" heißen müßte.
In welche Aktionen diese Gelder fließen, zeigen ein paar Beispiele, die sich selbst kommentieren:
- Als ob der öffentliche Nahverkehr in diesem Land nicht bereits gefährlich genug wäre, sorgten die "Omas" mit einer Aktion in einer S-Bahn für Aufsehen, bei dem sie idiotische Slogans wie "Stopp! Rechte ignorieren den Klimawandel" und "Stopp! Rechte verbreiten Angst und Haß!" schrien, um dann im Chor "Klare Kante gegen Rechts! Geht wählen!" zu skandieren. Damit auch jeder wußte, wem dieser groteske Auftritt zu verdanken war, rissen die linken Schabracken ihre Mäntel auf und zeigten wie Exhibitionistinnen ihre T-Shirts mit der Aufschrift "Omas gegen Rechts".

Wie die Regierung die Proteste unterstützt

Da schau an: Diese in die Jahre gekommenen Zicken werden auch von der linksextremen Amadeu-Antonio-Stiftung "empowert", wie es jetzt so schön im linksgrünen Jargon heißt. "Empowern" bedeutet im Englischen so viel wie erstärken.
Eine nicht versiegende Geldquelle beim sogenannten "Empowern" linksgrüner Vorfeldorganisationen ist der von uns Steuerzahlern finanzierte Fördertopf "Demokratie leben" der Bundesregierung. Dieser verfügt über ein Budget von rund 8,8 Millionen Euro seit 2015. Dazu ein Beispiel:
- 2020 förderte die von der früheren Stasi-Berufsdenunziantin Anetta Kahane gegründete "Stiftung" das Projekt "Medienkompetenz für OMAS GEGEN RECHTS zur Stärkung des demokratischen Diskurses", das die digitale Vernetzung während der Corona-Hysterie sicherstellen sollte. "In Zukunft können die empowerten Omas dann auch in der digitalen Welt an Diskussionen und Meinungsbildung teilnehmen", hieß es auf der Website der SPD, "Grünen" und Kommunisten nahestehenden "Stiftung".

Bundesweite "Aktionswoche" vor der Wahl am 23. Februar

Auch der linksgrüne Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, kurz BUND, mischt bei den Demos mit. Diese obskure Organisation erhält von zahlreichen staatlichen Stellen Steuergelder, unter anderem aus dem Umwelt- und dem Wirtschaftsministerium. Unter Robert Habeck ("Grüne") zahlte das Wirtschaftsministerium laut Lobbyregister des Bundestages allein 2023 zweimal über eine Million Euro, also insgesamt mehr als Millionen an den BUND.

- Im Klartext: Hier wird eindeutig in einer unzulässigen Weise Wahlbeeinflussung durch die Bundesregierung ausgeübt. Da ist es wohl kaum ein Zufall, daß die selbsternannten Umwelt- und Naturschützer für den 16. Februar, also eine Woche vor der Bundestagswahl, zu einer Großdemo in Berlin aufgerufen haben. Diese soll "Auftakt einer bündnisweiten Aktionswoche" sein.

Für die entsprechende mediale Inszenierung dieser "Aktionswoche" vor der Wahl am 23. Februar dürften ARD und ZDF schon sorgen. "Wir stellen uns entschieden gegen den von der AfD und anderen rechten Kräften geschürten Haß", heißt es in dem Aufruf. Alle "demokratischen Parteien" seien jetzt gefordert. Deutschland stehe vor einer "richtungsweisenden Bundestagswahl" (wohl wahr!).

- Ein weiterer Akteur bei der Organisation der jüngsten Demonstrationen "gegen Rechts" ist der sogenannte Verein "Campact EBV.". Dieser linksgrüne Kampfverband erhält zwar keine direkten Steuermittel, ist jedoch Mitgründer und Hauptgesellschafter des angeblich gemeinnützigen Unternehmens "HateAid", übersetzt "Haßhilfe".
- Auch dazu eine Zahl, die sich selbst kommentiert: Fast 2,5 Millionen Euro hat "HateAid" seit 2020 allein aus dem Familienministerium der "grünen" Noch-Ministerin Lisa Paus erhalten!

Für so viel Geld wird auf deutschen Straßen und Plätzen unter woken Regenbogenfahnen und dem Kampfbanner der linksextremistischen "Antifa-Schlägertruppe" auch lustig gesungen: "Fiderallala, du sagst, du wählst die AfD, ich find das ist ’ne Scheißidee. Fiderallala, Fiderallala, Fiderallalalala."

Nun, am Wahlabend des 23. Februar dürfte Schluß mit Lustig sein. Die Wähler fallen auf den durchorganisierten Gesinnungspöbel nicht mehr rein!<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 8. Februar 2025 (x1.497/…):

>>**Neue CO2-Preis-Regel: Sprit könnte um 20 Cent bis sogar einen Euro teurer werden**

Ab 2027 wird die CO2-Bepreisung auf ein Zertifikatssystem umgestellt, wodurch Spritpreise deutlich steigen könnten. Prognosen gehen bis 2030 von Mehrkosten zwischen 20 Cent bis über einem Euro pro Liter aus.

Von *Redaktion*

Eine jüngst verabschiedete Reform des Bundestages könnte in den kommenden Jahren erhebliche Auswirkungen auf die Spritpreise haben. Ab 2027 soll die bisherige CO2-Steuer durch ein neues System ersetzt werden, das die Kosten für klimaschädliche Emissionen durch den Kauf von Zertifikaten regelt. Dadurch könnten sich die Spritpreise erheblich verteuern.

Bislang liegt der nationale CO2-Preis bei 55 Euro pro Tonne. Dieser soll bis 2026 schrittweise auf maximal 65 Euro ansteigen. Ab 2027 jedoch entfällt der feste Preis, und die Kosten für CO2-Emissionen werden durch den europäischen Markt geregelt. Während für 2026 lediglich ein moderater Preisanstieg erwartet wird - etwa 3 Cent pro Liter Benzin und 3,1 Cent für Diesel - könnte sich die Lage danach drastisch ändern.

Der ADAC rechnet damit, daß sich ab 2027 "der CO2-Preis im Kraftstoffpreis perspektivisch mindestens verdoppelt". "Das wären dann insgesamt 35 bis 38 Cent pro Liter", warnt ein ADAC-Sprecher.

Sprit pro Liter um 20 Cent bis einen Euro teurer

Langfristig sind die Prognosen jedoch unsicher. Während einige Schätzungen für 2030 von

einem Anstieg um 20 Cent pro Liter ausgehen, erwarten andere eine Verteuerung um mehr als einen Euro pro Liter.
Um die zu erwartenden Mehrkosten für Autofahrer abzufedern, fordert der ADAC gezielte Maßnahmen zur Entlastung. Zusätzlich spricht sich der Automobilclub für eine Anhebung der Pendlerpauschale aus, um insbesondere einkommensschwache Haushalte zu unterstützen.<<
Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/31820" berichtet am 8. Februar 2025 (x1.494/…): >>**Verrat an der Klimabewegung - Die schmutzigen Geschäfte der Superreichen**
Im Januar 2025 stieg nach den sechs wichtigsten US-Banken, nun auch der weltgrößte Finanzkonzern BlackRock aus dem Klimabündnis Net Zero aus. Die mächtigste Zentralbank Federal Reserve, kurz FED, verließ das "Netzwerk Grünes Finanzsystem". Gleichzeitig kündigte der neue US-Präsident Trump an, wieder voll auf fossile Brennstoffe zu setzen.
Viele junge Menschen engagieren sich angesichts extremer Wetterphänomene in Klima-Bewegungen wie Fridays for Future oder Extinction Rebellion. Der Rückzug der Großinvestoren muß Ihnen doch wie ein Schlag ins Gesicht vorkommen. Um die aktuellen Ereignisse besser einordnen zu können, werfen wir zuerst einmal einen Blick auf die Entstehung der Klimaschutzbewegungen.
1. Entstehung der Klimabewegung
Der US-amerikanische Politiker und Unternehmer Al Gore konfrontierte im Jahr 2006 erstmals die Weltöffentlichkeit mit dem Film: "Eine unbequeme Wahrheit". Dieser zeichnet ein Weltuntergangsszenario durch eine Mensch-gemachte globale Erwärmung. Gore ist Multimillionär und war unter Präsident Bill Clinton der 45. Vizepräsident der Vereinigten Staaten.
Al Gore prognostizierte im Juli 2008: "Unser gegenwärtiger Kurs ist überhaupt nicht nachhaltig. Wissenschaftler auf der ganzen Welt (…) sagen uns, daß uns möglicherweise weniger als zehn Jahre bleiben, in denen wir noch die Gelegenheit haben, dramatische Veränderungen herbeizuführen, um katastrophale Auswirkungen der Klimakrise zu verhindern. (…) Und die einzige Möglichkeit, Verantwortung zu übernehmen, ist das Problem bei der Wurzel zu packen, nämlich die Verbrennung fossiler Brennstoffe."
Ab sofort lag der ganze Fokus auf der Senkung des CO2-Ausstoßes als Ursache allen Übels. Gores PR-Aufwendungen, um die Öffentlichkeit dafür zu gewinnen, werden allein für das Jahr 2009 auf 300 Millionen Dollar geschätzt. So gründete unter anderem Al Gore Organisationen, welche die sogenannten "Climate Leader" ausbildeten. (Climate Leader - Führende Personen oder Initiativen im Klimabereich) Daraus gingen dann Bewegungen wie Fridays for Future oder Extinction Rebellion hervor. Idole wie Greta Thunberg, Luisa Neubauer und Alexandria Ocasio-Cortez wurden gezielt gefördert und ein großes Klima-Netzwerk aufgebaut.
2. Neue Technologien als Geschäftsmodell der Superreichen
In der öffentlichen Wahrnehmung waren es dann genau diese Aktivisten wie Greta Thunberg, die durch medienwirksame Proteste für Druck auf die Politik sorgten. Doch stimmt diese öffentliche Wahrnehmung?
Jahre vor Greta Thunbergs erstem öffentlichen Auftritt stellten Weltbank und WEF schon die Weichen für eine neue "Klimapolitik". Ebenfalls Jahre vor Beginn der Klimaproteste begannen Finanzgiganten, hunderte von Milliarden an zukünftigen Investmentfonds in oft wertlose "Klima-Firmen" zu stecken und die Produktionskapazitäten auszubauen. Damit verschafften sie sich die Position als Marktführer und standen für Big Deals bereit.
Erstaunlicherweise begann schon kurz nach Gretas erstem medienwirksamen Schulstreik-Auftritt vom August 2018 die Politik aktiv zu werden. So unterzeichnete beispielsweise der damalige EU-Chef Juncker bereits am 17. Oktober 2018 eine Absichtserklärung mit dem Investmentfond für "saubere Energien" Breakthrough Energy Europe. Startpaket: 100 Millionen

Euro. Die superreichen Mitgliedsunternehmen sollten damit bevorzugten Zugang zu EU-Finanzmitteln erhalten. Gründer des Investmentfonds Break-through Energy ist Bill Gates. Zu den Mitgliedern gehören Superreiche wie Facebooks Mark Zuckerberg, Julian Robertson vom Hedgefonds-Riesen Tiger Management, David Rubenstein, der Gründer von Carlyle Group, George Soros, Alibaba's Jack Ma u.a.
Der Markt für "Klimatechnologie" wurde seitens der EU ständig vergrößert. Im Februar 2019 schlug Juncker vor, von 2021 bis 2027 jeden 4. Euro aus dem EU-Haushalt zur Eindämmung des Klimawandels auszugeben.
Es entsteht der Eindruck, daß die Politik durch ihre Gesetzgebung einen sehr profitablen Markt für die "Klimatechnologien" der Big Player bahnte. Diese erhielten gleich doppelte Gewinnchancen. Sie konnten von EU-Fördermitteln profitieren und von der hohen Nachfrage nach ihren Produkten. Zu dieser Nachfrage werden Staaten von der EU massiv gedrängt, weil Technologien wie Windkraft, Solarenergie oder E-Mobilität offensiv vorangetrieben werden. Begriffe wie "ökologischer Fußabdruck" oder "CO2-Bilanz" spiegeln wider, daß CO2 inzwischen zum Maß aller Dinge geworden ist. Vereinfacht gesagt, ist "CO2" eine Art neue Währung an den Börsen geworden.
Von Beginn an lag der Fokus voll und ganz auf der Reduzierung von CO2 als alleiniger Verursacher nahezu aller Wetterprobleme. Kein Unwetter ohne die immer gleichen Schlagzeilen: "Schuld ist der Klimawandel! Wir müssen das CO2 reduzieren!". Skeptisch macht, daß für die tatsächlich verheerenden Überschwemmungen und Brände nicht einmal ansatzweise andere Ursachen in Erwägung gezogen werden. Ja schlimmer noch, daß Stimmen aus der Wissenschaft und Fachexperten, welche das öffentliche Narrativ hinterfragen, keine Chance auf mediale Präsenz haben. So gibt es doch beispielsweise unzählige Patente, welche offenbaren, wie mühelos sich Wetterkatastrophen heutzutage erzeugen lassen.
Auch Umweltzerstörung wie Abholzung von Wäldern für die Gewinnung von profitablen Rohstoffen oder den Ausbau von Windparks werden kaum thematisiert. Eine einseitige Orientierung auf einen "Klimawandel" allein durch CO2 blendet doch schwerwiegende Umweltzerstörungen und Zerstörer nahezu komplett aus. In unzulässiger Weise werden "Klimawandel" und Umweltzerstörung gleichgesetzt.
Zurück zur Politik: Daß es bei der Klimapolitik von Anfang an nicht um den Umweltschutz geht, sondern um knallharte ökonomische Interessen, bestätigt auch Dr. Ottmar Edenhofer. Er ist Direktor und Chefökonom des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung:
"…man muß deutlich sagen, daß wir den Reichtum der Welt de facto durch die Klimapolitik neu verteilen. (…) Man muß sich von der Illusion befreien, daß internationale Klimapolitik Umweltpolitik ist. Das hat fast nichts mehr mit Umweltpolitik zu tun, mit Problemen wie Abholzung oder Ozonloch."
Mein Zwischenfazit: Während sich also die Mega-Konzerne und Mega-Milliardäre offiziell für mehr Nachhaltigkeit und "das Klima" einsetzen, machen sie gleichzeitig gewaltige Profite.
3. Massenflucht aus den Klimabündnissen
Nun kommen wir ganz an den Anfang zurück - an den Ausstieg von BlackRock und Co. aus dem Klimabündnis. Es stellt sich die Frage: WESHALB distanzieren sich die größten Investoren nun von den "grünen Technologien" und setzen auf Kernkraft? Und WESHALB will US-Präsident Trump wieder voll auf fossile Energien setzen? Ist ihnen die Umwelt nun plötzlich egal? Oder war sie ihnen schon immer egal?
Einen sehr nachvollziehbaren Grund liefert der Finanzexperte und Analyst Ernst Wolff.
(14:45 min - 15:20) "Die neue große Agenda hat mit der Künstlichen Intelligenz zu tun. Und es ist interessant, also dieses Jahr steht das WEF, das Treffen in Davos, ja unter dem Leitspruch "Kooperation im intelligenten Zeitalter", also es geht dabei um künstliche Intelligenz. Und die Künstliche Intelligenz wird in der letzten Zeit, gerade hier in der Schweiz, immer

wieder erwähnt, bei allen Berichten über das World Economic Forum. Und es wird immer beschrieben, die ist nicht bedrohlich, sondern die wird neue Arbeitsplätze schaffen, da brauchen wir uns alle gar keine Sorgen zu machen. Genau das Gegenteil ist der Fall."
(15:31 min - 16:22 min) "Also die Mächtigen haben natürlich ein großes Interesse, diese Künstliche Intelligenz weiter voran zu treiben, weil da auch richtig viel Geld mit zu verdienen ist. Interessant ist ja auch, daß BlackRock gerade aus der Initiative Net Zero bei den Vereinten Nationen ausgestiegen ist. Das ist deswegen, weil man jetzt nicht mehr auf den Klimawandel setzt, man setzt jetzt auf Kernkraft. Und da man Kernkraftwerke nicht so schnell bauen kann, das wird also einige Jahre - möglicherweise mehrere Jahre - dauern, bis die einsatzbereit sind, muß man vorerst auf fossile Brennstoffe setzen.
Und wenn man auf die setzt, dann kann man nicht an der Klimaagenda festhalten. Interessant ist, daß keiner von denen jemals gesagt hat, die CO2-Steuer soll abgeschafft werden. Also die werden sich weiter hemmungslos bereichern und wir werden natürlich sehen, daß am WEF dem Ganzen irgendwie so ein ideologischer Rückhalt gegeben wird."
4. Energieverbrauch für Künstliche Intelligenz und deren Nachhaltigkeit
Innerhalb der KI-Unternehmen wird die Nachhaltigkeit der Künstlichen Intelligenz heftig diskutiert. Am 26.11.2024 wurde auf der Website von Al Gore ein Papier veröffentlicht, in dem die Diskussion zusammengefaßt wurde.
"Einer Schätzung zufolge benötigte OpenAI's GPT-4 (KI-Unterstützung für komplexere Schreibaufgaben wie Drehbücher, Lieder u.v.m.) 50 Gigawattstunden (GWh) Strom, um zu trainieren - das entspricht etwa dem Jahresverbrauch einer Kleinstadt. (…) Da die KI-Modelle immer besser werden, benötigen sie immer größere Rechenzentren. (…) Zuckerberg meinte, daß ein ganzes Kraftwerk benötigt werden könnte, um ein einziges Rechenzentrum zu betreiben. (…) Die Internationale Energieagentur (IEA) geht davon aus, daß der Energiebedarf sich von 2022 bis 2026 fast verdoppeln wird. Es gibt jedoch auch Prognosen, die weitaus drastischer ausfallen. (…)"
Sehr erhellend ist dabei auch das Fazit:
"Ehrlich gesagt halten wir es für höchst unwahrscheinlich, daß ein Cloud-Anbieter den Ausbau seiner Rechenzentren verlangsamen würde, um Klimaziele zu erreichen. Schließlich glauben sie, daß sie sich in einem Wettlauf befinden, um einen "digitalen Gott" zu erfinden - und daher überwiegt für sie das Risiko, nicht schnell genug aufzubauen bei weitem das Risiko, zu viel aufzubauen."
Der Grund zum Kurswechsel der Mächtigsten weg von den alternativen Energien ist also: "Grüne Energie" reicht nicht für den Ausbau eines weltumspannenden digitalen Netzes und der Künstlichen Intelligenz.
Fassen wir noch Mal zusammen:
1. Von Beginn an wurden die Menschen durch den einseitigen CO2-Klimaalarm in Angst versetzt. PR-Firmen von reichen Konzernlobbyisten wie Al Gore fördern medienwirksam Idole z.B. Greta Thunberg gefördert. Die Klimabewegung dient als Sprachrohr des Volkes an die Politik.
2. Ungewöhnlich schnell erläßt die Politik Gesetze zur CO2-Senkung und schafft einen riesigen Markt für die offiziellen "grünen Technologien". Die Gewinner: Megakonzerne, die bereits lange vorher "zufällig" in genau jene Technologien Milliarden investiert haben. Diese sind sogar doppelte Gewinner: Sie verdienen mit ihren Produkten und erhalten zusätzlich Fördermittel aus den Steuerkassen.
3. Die vorgetäuschte Nachhaltigkeit der größten Player wird deutlich, wenn es um ihre "Lieblingsprojekte" wie Künstliche Intelligenz geht. Dort spielt es keine Rolle, daß der Energiebedarf und der oft erwähnte CO2-Ausstoß ins Unermeßliche steigen.
Schwamm drüber über sonstige Umweltzerstörung durch Flächenrodung, Vergiftung von Ge-

wässern und Böden durch die Minen für seltene Erden usw. Um eine digitale Revolution nicht zu gefährden, ist jedes Mittel recht. Klimabündnisse? Nur so lange sie den Interessen der Finanzhaie dienen.
4. Es ist also offensichtlich, daß es den einflußreichsten Kreisen nie wirklich um Umweltschutz ging. Das Ziel des digitalen Finanzkomplexes ist die Erschaffung eines "digitalen Gottes". Die Menschen werden auf Nebenschauplätze gelenkt, ob Kernkraft und fossile Energie oder erneuerbare Energien zum Erhalt des "Klimas" besser seien. Aus der Debatte werden aber die unersättlichen Hauptverbraucher der Ressourcen einfach ausgeblendet.
Unser Fazit: Die "Klimabewegung" läuft ins Leere und wird von Politik und den größten Finanzkonzernen nur für ihre eigenen Interessen mißbraucht.
Sobald die Menschen ihren Fokus auf die wahren Verursacher des Raubbaus an der Erde richten, ist dies ein entscheidender Schritt für wahren Umweltschutz. Um nicht länger instrumentalisiert zu werden, informieren Sie sich bitte ohne Scheuklappen!<<

09.02.2025

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 9. Februar 2025 (x1.496/…): >>**"Grundsätzlich falsche Richtung": SPD-Landrat platzt wegen Asyl-Chaos der Kragen**
Ein SPD-Landrat in Brandenburg hat scharfe Kritik an der Migrationspolitik der Bundesregierung in Berlin und der Landesregierung in Potsdam geübt. In seinem eigenen Landkreis könne ein IS-Anhänger nicht abgeschoben werden, weil er aus Syrien stammt.
Gernot Schmidt (SPD), Landrat von Märkisch-Oderland in Brandenburg, platzt wegen der Migrationspolitik hierzulande der Kragen. In der "Welt" berichtet der SPD-Kommunalpolitiker von einem haarsträubenden Fall:
Der verurteilte syrische IS-Anhänger Shaas al-M. lebt nach seiner Haftentlassung in einer Flüchtlingsunterkunft im Landkreis. Trotz seiner Verurteilung wegen Terrorunterstützung und der Aberkennung seines Flüchtlingsstatus kann dieser Islamist wegen des generellen Abschiebestopps nach Syrien nicht abgeschoben werden. "Bei manchen Fällen muß man sich fragen, ob die Dinge nicht in eine grundsätzlich falsche Richtung gehen", wird Schmidt zitiert.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 9. Februar 2025 (x1.496/…): >>**Umjubelter Wahlkampfauftritt von Alice Weidel (AfD) in Rheinland-Pfalz: "Kein Geld mehr für Kriegstreiberei!"**
Mit "Alice-Rufen" und Deutschlandfahnen wurde AfD-Kanzlerkandidatin Weidel im westpfälzischen Kusel gefeiert. Im Mittelpunkt ihres Wahlkampfauftritts in Rheinland-Pfalz stand neben dem Asyl-Chaos das Thema Frieden.
Eine begeisterte Menge applaudierte, als Weidel ausrief: In einer von ihr geführten Bundesregierung werde es "keine finanzielle Unterstützung für Kriegstreiberei mehr geben". Es würden "keine Waffen in Kriegsgebiete geliefert, das werden wir nicht mitmachen".<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 9. Februar 2025 (x1.498/…): >>**Gruppe im Bundestag drängt auf Legalisierung von Abtreibungen**
Die Befürworter der Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen drängen im Bundestag vor der Expertenanhörung am Montag auf einen Beschluß ihrer Reform noch in dieser Legislaturperiode. "Wir müssen jetzt handeln, weil die Versorgungslage für Frauen unfaßbar dramatisch ist", sagte SPD-Rechtspolitikerin Carmen Wegge dem Nachrichtenportal T-Online. "Nach der Wahl könnte die nötige Mehrheit im Bundestag dafür fehlen." Wegge ist eine der Initiatorinnen des Gruppenantrags zur Reform des Paragraphen 218 des Strafgesetzbuches, den die Gruppe Mitte November vorgelegt hatte.
Bislang ist eine Abtreibung in Deutschland ohne Beratung grundsätzlich illegal, das will die Gruppe ändern. In den ersten zwölf Wochen nach Empfängnis sollen Schwangerschaftsabbrüche legal werden, sofern die Schwangeren eine Beratung in Anspruch nehmen. "Wir als Grup-

pe wollen alles dafür tun, das Gesetz bis zur Konstituierung des neuen Bundestages zu beschließen", sagte Wegge.
Die Gruppe ist zuversichtlich, eine Mehrheit für die Reform im Bundestag zusammenzuhaben. Allerdings bleibt regulär keine Zeit mehr für eine Abstimmung im Plenum, weil Montag und Dienstag die letzten regulären Sitzungstage des Bundestages vor der Neuwahl sind. Neben der Möglichkeit einer Fristverkürzung erwägt die Gruppe deshalb nach Informationen von T-Online auch, eine Sondersitzung des Parlaments zu beantragen.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 9. Februar 2025 (x1.493/…): >>**Dresden-Gedenken: Die Veranstaltungen 2025**
Von *Daniell Pföhringer*
Rund um den 13. Februar werden zahlreiche Menschen der Opfer der Bombardierung Dresdens vor 80 Jahren gedenken. …
Vor 80 Jahren wurde Dresden durch anglo-amerikanische Bomberflotten dem Erdboden gleich gemacht. Mindestens 100.000 Menschen, die meisten davon Zivilisten, verloren bei den verheerenden Terrorbombardements ihr Leben.
Der britischen Luftwaffe ging es nicht darum, angeblich kriegswichtige Ziele zu zerstören, sondern möglichst viele Deutsche zu töten und durch "Moral Bombing" mürbe zu machen. Darum muß die Bombardierung Dresdens als schweres Kriegsverbrechen gewertet werden.
Die offiziellen Bewältigungsübungen
Um an die Opfer zu erinnern, werden gerade in diesem Jahr viele Menschen in der Elbmetropole zusammenkommen. Die Offiziellen der Stadt Dresden stellen erneut nicht das würdige Gedenken in den Vordergrund, sondern suggerieren auf der Website der Stadt, daß das Ausbomben der Zivilbevölkerung quasi eine gerechte Strafe für Hitler war. Dort heißt es: "Millionen Menschen mußten bis zu diesem Zeitpunkt den Rassenwahn, Eroberungs- und Vernichtungskrieg mit ihren Leben bezahlen."
Unter dieser Prämisse soll es rund um den 13. Februar in Dresden mehrere Veranstaltungen wie "Lesungen und Diskussionen, Vortrags- und Theaterabende, Kunstaktionen im öffentlichen Raum, Gedenkveranstaltungen auf Friedhöfen, Konzerte, Ausstellungen und die Gelegenheit zum stillen Innehalten" geben. Außerdem soll die "erinnerungskulturelle Ambivalenz" in diesem Jahr eine besonders große Rolle spielen, unter anderem durch Markierung und Kontextualisierung von Orten der NS-Verfolgung. Die alljährliche Menschenkette findet in diesem Jahr von 17 Uhr bis 18:15 Uhr statt. Startpunkt: Innenstadt (Theaterplatz).
Mahnwachen und Kranzniederlegung
Im Gegensatz dazu stehen die Opfer des anglo-amerikanischen Bombenterrors im Zentrum einer Mahnwache der Freien Sachsen, bei der auch die Metall-Installation "Flamme der Erinnerung", die im vergangenen Jahr auf Geheiß von Dresdens Oberbürgermeister Dirk Hilbert abtransportiert wurde, wieder aufgestellt und zum Leuchten gebracht wird.
Die Mahnwache der Freien Sachsen beginnt am 13. Februar um 17 Uhr auf dem Dr. Külz-Ring vor der Altmarktgalerie in der Dresdner Innenstadt und wird bis zum 15. Februar, 9 Uhr, fortgeführt. Herbeitransportiert wird das Mahnmal "Flamme der Erinnerung" mit einem Autokorso. Dieser startet um 16 Uhr im benachbarten Heidenau (Gewerbepark Sporbitzer Ring). Jeder kann teilnehmen.
Ebenfalls für den 13. Februar ist seitens patriotischer Kräfte am Dr. Külz-Ring von 12 Uhr bis 24 Uhr eine Kundgebung mit Ausstellung zum 80. Jahrestag der Bombardierung Dresdens geplant. Das Motto der Veranstaltung "Den Opfern des angloamerikanischen Bombenterrors in Würde gedenken". Eine weitere Mahnwache findet an diesem Tag von 12 bis 16 Uhr auf dem Dresdner Neumarkt statt. Zudem hat der Dresdner Kreisverband der AfD dort eine Kranzniederlegung angemeldet.
Bereits am 10. Februar wird der Dresdner Montagsprotest unter dem Zeichen des 80. Jah-

restages der Dresden-Bombardierung stehen. Die Versammlung startet um 19 Uhr vor dem Kulturpalast nahe der Frauenkirche. Motto; "Trauer und Gedenken ist echt und humanistisch, solange die Opfer und Betrauerten sich nicht für uns schämen müssen."

Trauermarsch zum Gedenken an die Opfer

Der alljährliche Trauermarsch patriotischer Kräfte findet in diesem Jahr am 15. Februar in Dresden statt. In dem Aufruf der Initiative "Dresden Gedenken" heißt es dazu: "In unüberschaubar großer Zahl fielen überwiegend Frauen, Kinder und alte Dresdner, dem genau vorbereiteten Bombentod zum Opfer. Mehr als 17.000 sind namentlich bekannt. Abertausende mußten unbekannt bleiben, weil sie bis zur Unkenntlichkeit verbrannten.

Ungezählte Flüchtlinge aus dem deutschen Osten füllten die Stadt in jenen Tagen. Für viele Tausend endete die Flucht im Feuersturm von Dresden. Als unbekannte Namenlose erstickten sie in den Kellern der Bahnhöfe, verbrannten auf den Vorplätzen oder zerfielen im Phosphorbrand zu Asche. Unser Gedenken gilt allen Toten der Bombenangriffe auf Dresden. Kein Opfer soll vergessen werden!"

Zeit und Startpunkt des Trauermarsches werden erst kurzfristig mitgeteilt, um Störaktionen seitens antideutscher und linksextremer Kräfte vorzubeugen. Fortlaufend aktuelle Informationen dazu erhält man auf dem Telegram-Kanal der Veranstalter.

Wir gedenken der Opfer: Beim Inferno von Dresden am 13/14. Februar 1945 ließen mindestens 100.000 Deutsche ihr Leben. Nach wie vor wird kolportiert, daß in Dresden kriegswichtige Ziele bombardiert wurden. Doch dies entspricht nicht der Wahrheit. In COMPACT-Geschichte "Dresden 1945. Die Toten, die Täter und die Verharmloser" lesen Sie die Fakten und Zeitzeugenberichte, die in der öffentlichen Debatte unter den Tisch fallen. …<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 9. Februar 2025 (x1.493/…): >>**Die Externsteine: Ein germanischer Kultort**

Die Gesteinsformation im Teutoburger Wald erinnert uns an die Glaubenswelt und Naturverehrung unserer Ahnen. Bis heute bestreiten manche Wissenschaftler ihren Status als vorchristliche Kultstätte. …

_ Von *Amelie Winther*

Dreizehn mächtige, schroff zerklüftete Felsen ragen in die mondhelle Nacht im Teutoburger Wald. Ihre grauen ehrwürdigen Häupter hoch erhoben, recken sie sich wie Säulen einer vergessenen Welt hinauf in den nächtlichen Sternenhimmel.

Diesen Anblick vor Augen, vor den bis zu 40 Metern hohen Riesen stehend, kommen unwillkürlich Fragen auf: Was mag sich an diesem besonderen Ort in unserer Geschichte alles zugetragen haben? Verfügten unsere Vorfahren über heute verloren gegangenes Wissen, das der Ausgestaltung solcher Stätten zugrunde lag? Mit welchen Gedanken und Wünschen kamen sie hierher - und welche Riten und Bräuche pflegten sie?

Heiligtum unserer Ahnen

Entstanden sind die heute in einer weitgehend steinfreien Umgebung senkrecht stehenden Externsteine bei Horn-Bad Meinberg (Kreis Lippe, NRW), als vor etwa 70 Millionen Jahren großräumige Faltungen die Sandsteinschichten des Osning senkrecht aufwarfen und in der Folge, bis heute andauernd, Erosion und Verwitterung die heutige Steinformation aus den Sedimentschichten herausarbeiteten.

Funde aus der Steinzeit belegen, daß bereits um 10.000 vor der Zeitenwende Menschen hier weilten. Die Ansichten über den Benutzungszeitraum der Externsteine als Kultstätte gehen aber auseinander. Die ältesten verfügbaren Quellen berichten von einem einstigen heidnischen Heiligtum an der Steinformation, doch manche Forscher meinen, eine solche Nutzung sei erst in viel jüngerer Zeit erfolgt.

Unabhängig davon spielen die Externsteine als tatsächlich bedeutende germanische Kultstätte sowie als eine der bekanntesten Natur-Sehenswürdigkeiten Deutschlands eine besondere Rolle

in unserem nationalen Erbe. Denn die Rätsel und Fragen, die uns diese Anlage als Vermächtnis hinterläßt, sind zahlreich.
Weder ist die genaue Bestimmung einer im oberen Bereich eines Felsens ausgeschlagenen Höhlenkammer, die zur Sommersonnenwende durch ein angelegtes Loch im Gestein angestrahlt wird, möglich, noch weiß man mit letzter Sicherheit um den Sinn des sogenannten Arkosoliums - einer Art offenen Felsensargs mit einer mysteriösen Aussparung in Menschenform, der in einer künstlichen Nische der Externsteine angelegt wurde.
Weiter findet sich in der überaus beeindruckenden Formation eine Grotte, bestehend aus drei Räumen, mit einer halbkugelförmigen Opferschale und Runen an den Wänden. Auch an den Außenwänden der Felsen finden sich menschliche Bearbeitungsspuren, teilweise funktioneller, teilweise symbolischer Art

Ein "deutsches Stonehenge"

Bei einem der Felsen soll zudem eine mächtige Irminsul gestanden haben, die dann im Zuge der Christianisierung offenbar zerstört wurde. Darauf deutet unter anderem ein christlich-religiöses Relief an einem der Steine hin, das eine gebogene (oder gefällte) Irminsul zeigt, auf der eine Figur steht, die man als biblischen Nikodemus deuten kann.
Die Irminsul war gemäß dem Glauben unserer Vorfahren das größte Heiligtum und ist auch bekannt als Weltenesche oder -säule. Sie bestand zumeist aus einem kräftigen Baumstamm, der als Stütze für das Weltall gedacht war und an einem heiligen Ort auf Berghöhen, an einer Quelle oder in einem Hain aufgestellt war.
In den Externsteinen erblicken wir in jedem Fall eine weit in die vorchristliche Zeit zurückreichende Wurzel unseres Volkes. Die Bedeutung dieses alten Heiligtums dürfte durchaus mit jener der großen Megalithbauten von Stonehenge - also des berühmten, vor über 4.000 Jahren in der Jungsteinzeit errichteten und mindestens bis in die Bronzezeit genutzten Steinringwalls in der Nähe von Amesbury (England) - zu vergleichen sein. Sowohl die Externsteine als auch Stonehenge zeugen zudem vom astronomischen Wissen unserer Vorfahren.
Als Zeichen der Verbundenheit unserer Ahnen mit den Kräften der Natur mahnen uns die Externsteine sowohl zur Erinnerung an unsere Vorväter und -mütter als auch zu einem pfleglichen Umgang mit unserer Umwelt. Und sie zeigen, wie wichtig es ist, gegen äußere Einflußnahme zu kämpfen, um die eigene Kultur vor wesensfremder Verdrängung zu bewahren. Als Symbol unserer langen Geschichte zeigt die Felsformation im Teutoburger Wald die Größe einer heute nur noch in unserer mangelhaften Vorstellung lebendigen Zeit.
Schon Anfang des 20. Jahrhunderts standen sich Verfechter und Gegner der Bedeutung der Externsteine als germanische Kultstätte gegenüber. Mit einer Grabung 1934/35 unter der Leitung von Wilhelm Teudt setzten sich Erstgenannte durch. Der einzigartige Sammelband "Im Kampf um die Externsteine" bietet nicht nur einen Rundgang durch die Gesteinsformation und die wesentlichen Informationen darüber, sondern versammelt auch die wichtigsten Argumente und Aufsätze der Vertreter der "Germanentheorie": Wilhelm Teudt, Hermann Wirth, Arendt Franssen und andere. Eine faszinierende Reise in die Zeit unserer Vorfahren. …<<

USA: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 9. Februar 2025 (x1.493/…): >>**Trump als letzter Krieger des Westens**

Von *Michael Kumpmann*

Ein neues Buch präsentiert Donald Trump als fast schon mythische Endzeitfigur, die einen Kampf um die Zukunft führt und dabei esoterische Symbolik mit modernem Populismus verbindet. Unser Kulturautor hat sich das Werk angesehen. …
Aus den zahlreichen Veröffentlichungen über Donald Trump sticht eine besonders heraus: Constantin von Hoffmeisters Buch "Esoteric Trumpism", das in englischer Sprache kürzlich vom Londoner Arktos-Verlag veröffentlicht wurde.
Der Titel klingt erst einmal recht speziell. Was soll an Trump "esoterisch" sein? Daß paßt al-

lerdings zu den okkulten Memes und Theorien, die in Teilen der US-amerikanischen Rechten populär sind.
Beispiele hierfür sind das Konzept des Memes als Sigill, um bestimmte Kräfte in einer Idee zu kanalisieren, etwa durch den ägyptischen Chaosgott Kek als wahre Identität des durch die Alt-Right popularisierten Froschmaskottchens Pepe oder durch den Verweis darauf, daß "Donald" in der alten keltischen Sprache "Herrscher der Erde" bedeutete.
Gerne wird auch darauf angespielt, daß ein amerikanischer Autor des 19. Jahrhunderts namens Ingersoll Lockwood Bücher über einen "Baron Trump" schrieb, der zum Nordpol reist, die hohle Erde erkundet und die Ursprünge der Menschheit entdeckt. Doch "Esoteric Trumpism" ist weder eine Rezeption noch eine Ergänzung dieser esoterischen Meme-Kultur; es rekurriert eher auf klassisches europäisches rechtes Denken.

Trump und der deutsche Idealismus

Ein Meme spielt allerdings eine prominente Rolle in dem Buch: Es gibt Kapitel, das sich mit Trumps Beziehung zum deutschen Idealismus beschäftigt. Dies bezieht sich auf ein Interview, in dem ein Journalist mit einem Online-Aktivisten namens "Kantbot" sprach, der begeistert erklärte, daß Trump jenen Strang der deutschen Philosophie (Hegel, Fichte, Schelling usw.) vervollständigen, die Wahrheit über Aliens und die Ursprünge des menschlichen Bewußtseins aufdecken und untergegangene Kontinente wie Thule und Atlantis wiederentdecken würde.
Dieser Ausschnitt aus dem Interview wurde zu einem Meme. Interessanterweise versuchte Trump während schon während seiner ersten Amtszeit, die Thule-Luftbasis in Grönland zu kaufen, und in einem Interview mit dem deutschen Journalisten Alexander Markovics bemerkte der russische Philosoph Alexander Dugin, daß Trump-Anhänger dringend mehr mit dem deutschen Idealismus in Berührung kommen müßten.
Constantin von Hoffmeister ist der Ansicht, daß Trump den deutschen Idealismus auf eine recht spezielle Weise vollende: Sein Populismus und Patriotismus hebe den amerikanischen Volksgeist als Teil des "Weltgeistes" (Hegel) hervor, während er individuelle liberale Werte mit dem Staat als nationaler Akteur mit dem Weltgeist versöhne. Der Autor scheint Trump als einen "welthistorischen Menschen" im Hegel’schen Sinne zu betrachten, der den Geist der Zeit verkörpere und die Geschichte vorantreibe.

Trump als moderner Cäsar

In einem anderen Kapitel wird Trump mit Oswald Spenglers "Cäsaren" verglichen. Das sind Figuren, die Hegels "welthistorischem Menschen" ähneln und am Ende eines Zyklus erscheinen, um so den Beginn einer neuen Ära der Zivilisation einzuleiten. Viele bedeutende Einiger wie Karl der Große in Europa, Qin Shi Huang in China und Oda Nobunaga in Japan galten im Sinne Spenglers als Cäsaren, ebenso Napoleon Bonaparte. Sie tauchten beim Niedergang eines Imperiums auf und ermöglichten einen Neuanfang.
Schon die beiden Vorworte von "Esoteric Trumpism" präsentieren einen faszinierenden Gedanken: Beide verweisen auf das Konzept der archaischen Wiederbelebung des Philosophen Terence McKenna. McKenna, ein Hippie, Entheogenforscher und Mathematiker, entwickelte eine Philosophie, die gut mit dem Traditionalismus vereinbar ist.
Sie hat zwei Komponenten: Die eine postuliert, daß die Moderne darauf abziele, eine wissenschaftliche, rationale Welt frei von Chaos zu schaffen, daß aber das Chaos am Rande der "geordneten Welt" als Entropie aufgebaut wurde und schließlich die moderne technologische Zivilisation (was Heidegger als "Gestell" oder "das Einrahmen" bezeichnete) wie eine Flut überschwemmen wird.
Neben diesem Prozeß, auch bekannt als "Zeitwelle Null", finde eine unbeachtete "archaische Wiederbelebung" statt, bei der mehr vormoderne Elemente in die Gesellschaft zurückkehren und eine Rückkehr zur Tradition einleiten. Die beiden Vorworte interpretieren Trump als ein solches Element - eine symbolische Inkarnation eines Endzeitkönigs, der zurückkehrt (wie

Barbarossa oder König Artus), um die Menschheit durch die letzte Phase des großen Zeitzyklus zu einem neuen Anfang zu führen.
Interessanterweise hat auch Julius Evola auf dieses Archetyp des "Gott-Kaisers" verwiesen, zugleich unter Meme-Fans ein bekannter Spitzname für Donald Trump. Von Hoffmeister beschreibt diesen in einem Kapitel sogar als eine Art Reinkarnation von George Washington, was diese Perspektive weiter stärkt.
Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß John F. Kennedy zu seiner Zeit als "neuer Artus" gesehen wurde. Der Science-Fiction-Autor Philip K. Dick, bekannt für seine literarische Vorlage zu dem Kultfilm "Blade Runner" und seine okkulte Philosophie, glaubte, daß Kennedy, Martin Luther King und andere die Aufgabe gehabt haben, den Zeitzyklus zu beenden, Amerika zurück zu Religion und Tradition zu führen, eine dunkle Kabale satanischer Mächte aufzudecken und ein neues goldenes Zeitalter einzuleiten, in dem die Menschheit endlich aus dem "schwarzen Eisenkäfig" befreit würde, der ihrem Geist von der Machtelite auferlegt wurde. Trumps Anhänger hegen ähnliche Hoffnungen, zumal in seiner Administration mit Robert F. Kennedy Jr. ein Sproß des bekannten Politclans an Bord ist.

Trump als religiöse Heilsfigur

Die Anfangskapitel des Buches konzentrieren sich auf Trumps Metapher "den Sumpf trockenlegen". Von Hoffmeister erkennt hier etwas, dessen sich die meisten Kommentatoren und Trump-Anhänger nicht bewußt sind: Der Begriff "Sumpf" trägt eine tiefere Bedeutung als nur jenen als Ort des Chaos, der Dunkelheit und des verborgenen Bösen. Hier zieht der Autor sogar eine Parallele zu H. P. Lovecraft, dessen Dämonengötter oft in der Nähe von Wasser erscheinen. Dieser Gedanke ist faszinierend, da in Märchen und Mythologie Wasser und Wälder oft Portale zur "anderen Welt" waren (siehe Hänsel und Gretel und die böse Hexe).
Selbst Dante Alighieri findet in seiner berühmten "Göttlichen Komödie" den Eingang zur Hölle, nachdem er sich im Wald verirrt hat. In der griechischen Mythologie ist die Schwelle zwischen der realen Welt und der Welt der Mythen und Legenden oft ein Fluß oder Meer, das überquert werden muß. Der Sumpf kombiniert beide Elemente, aber wie von Hoffmeister hervorhebt, kommt dabei noch das Element des Verrottens hinzu. Dadurch erscheint Trump als Krieger, der den chaotischen "Ort des Bösen und der Unordnung" zerstören will, um Amerika zu retten.
In den folgenden Kapiteln wird beschrieben, wie Trumps Anhänger das derzeitige System Amerikas ebenfalls als innerlich "verrottet" betrachten - mit Beispielen dafür, wie es seine Ideale verraten hat, von Wahlmanipulationen über undemokratische Machtkonzentrationen bis hin zu Orwell’schen Versuchen von Netflix & Co., die Weltgeschichte gemäß linksliberaler Ideologie umzuschreiben.
Später verweist der Autor auch auf Alexander Dugins Essay "Liberalismus 2.0", in dem argumentiert wird, daß die Ideale des klassischen Liberalismus der Österreichischen Schule korrumpiert wurden und daß die heutigen Demokraten oder Grünen eine bizarre Karikatur und einen totalen Verrat an wahren liberalen Werten darstellen.
Von Hoffmeister ist der Ansicht, daß genau dies der Grund ist, warum Trumps Anhänger von den Versuchen der Elite, ihn anzuklagen und zu erniedrigen, unbeeindruckt blieben. Jeder Versuch des Systems, Trump zu verunglimpfen, festige nur weiter den Glauben seiner Anhänger an ihn. Dies ruft unweigerlich den Gedanken an Christus hervor und daran, wie dieser seinerzeit von den Behörden und Instanzen verspottet, angeklagt und gefoltert wurde, was Jesu Ausspruch erinnert: "Seid nicht beunruhigt, wenn die Welt euch haßt, denn ihr seid nicht von der Welt."

Trump als Bezwinger der Dämonen

"Esoteric Trumpism" ist kein verschwörungstheoretisches Werk. Es versucht weder zu erklären, wer die "Kabale" und der "Tiefe Staat" sind, noch vertieft es sich allzu stark in die Ent-

wicklung des Liberalismus. Stattdessen verwendet von Hoffmeister eine blumige Sprache, um Trumps Kampf zu beschreiben. Das verleiht dem Buch einen etwas repetitiven Charakter und läßt es - jedenfalls zu Beginn - recht informationsarm wirken. Dem Buch mangelt es ein wenig an Struktur, bestimmte Themen tauchen wiederholt auf, wobei der Autor intensiv auf die "Sumpf-Metapher" eingeht, dann zu anderen Themen übergeht, nur um später zum Sumpf zurückzukehren.

Das Buch zielt nicht darauf ab, den Leser neue Informationen zu vermitteln, sondern vielmehr ein Gefühl. In gewisser Weise zielt es genau darauf ab, zu erklären, was der Mitarbeiter der Claremont University und spätere Trump-Berater Michael Anton in seinem Essay "The Flight 93 Election" ausdrückte: daß die Zeit drängt. Die Mächte des Bösen haben die Kontrolle über den amerikanischen Staat übernommen und behandeln ihn wie Terroristen ein entführtes Flugzeug.

Jetzt ist unsere letzte Chance, die "Terroristen" zu stoppen - unabhängig von den Kollateralschäden. Der Kampf ist es wert! Während Anton die Metapher eines entführten Flugzeugs verwendet, hebt von Hoffmeister die Sache auf eine apokalyptische Ebene. Einige seiner Metaphern beziehen sich explizit auf das biblische Buch der Offenbarung des Johannes.

Es fällt auf, daß der Autor häufig wasserbezogene Metaphern sowohl für Trumps Gegner als auch für seine Anhänger verwendet. Traditionell wird Wasser als weibliches Element und als Element des Chaos betrachtet. Die Metapher ist überraschend treffend, da Trumps Anhänger, insbesondere seine Internet-Legionen, verbal die "Kräfte des Chaos" ablehnen, aber selbst so etwas wie eine "Chaostruppe" sind.

Trump als Retter der "verlorenen Zukunft"

Einige Kapitelthemen in "Esoteric Trumpism" wie "Rasse" und "Weißsein" mögen für europäische Leser ungewohnt erscheinen, die sie sich typischerweise als Deutsche, Franzosen oder als Teil der christlichen westlichen Zivilisation identifizieren. Da es in Amerika jedoch eine Mischung aus verschiedenen europäischen und nicht europäischen Elementen ist, hat dieses Thema dort viel mehr Bedeutung als hier und beeinflußt sowohl rechte als auch linksgerichtete, "antirassistische" Perspektiven.

Das Buch behandelt darüber hinaus Oswald Spenglers Begriff des "faustischen" Menschen. Wie viele zeitgenössische Rechte, sieht der Autor diesen als Synonym für den europäischen Drang zur Erforschung und das Streben nach "Schneller, höher, weiter". Es fehlt jedoch die doppelte Bedeutung, die Spengler offensichtlich intendierte. Schließlich ist Goethes Faust nicht in erster Linie für seine wissenschaftlichen Errungenschaften bekannt, sondern dafür, einen Pakt mit dem Teufel geschlossen zu haben.

Wenn von Hoffmeister den Typus des westlichen Menschen als Wissenschaftler betrachtet, der seine Seele an den Teufel verkauft, ergeben sich interessante Fragen über Trump, die der Autor leider unbeantwortet läßt. Trumps Anhänger betrachten die westliche Elite oft als satanisch. Hat der Westen, wie Faust, seine Seele an den Teufel verkauft?

Von Hoffmeister diskutiert nicht zuletzt auch Trumps Space Force. Während manche QAnon-Anhänger dies so interpretieren, als bereite sich der US-Präsident auf einen geheimen Krieg US-amerikanischer Men-in-Black-Einheiten gegen reptilienartige Aliens oder Überreste von Nazi-UFO-Flotten (genannt Nachtwaffen) vor, vertritt der Autor einen wesentlich bodenständigeren Ansatz.

In "Esoteric Trumpism" schreibt er, daß Trump darauf abziele, die "verlorene Zukunft" (Mark Fisher) wiederzuentdecken. Die Kernkraft wurde einst als Leuchtfeuer eines goldenen Zeitalters angesehen; Deutschland hat seine Reaktoren abgebaut. Der Transrapid wurde von den "progressiven" Grünen verhindert; die legendäre Concorde wurde eingemottet, ebenso das amerikanische Space Shuttle. Dies alles paßt nicht zu einer Denkweise, in der man aus Milliarden von Geschlechtern wählen kann.

Von Hoffmeister meint, daß Trump durch die Space Force eine Kehrtwende machen und zur optimistischen Ära von Buzz Aldrin, nuklear angetriebenen Autos usw. zurückkehren will. Nicht zuletzt sei dies auch daran zu erkennen, daß Trump mit Elon Musk zusammenarbeite, einem der letzten "futuristischen" und "faustischen" Unternehmer Amerikas, der mit SpaceX ein eigenes Raumfahrtunternehmen betreibt.

Trump als Archäofuturist

Im weiteren Verlauf porträtiert der Autor Trump als jemanden, dessen Gedanken Ähnlichkeiten zum Konzept des Archäofuturismus des französischen Rechtsintellektuellen aufwiesen. Grob gesagt argumentierte Faye, daß das Streben nach einer fernen Zukunft und die Rückkehr zur Tradition nicht im Widerspruch stehen müssen, sondern vereint werden sollten. Viele amerikanische Autoren betrachten Science-Fiction-Epen wie "Dune", "Star Wars" oder "Legend of the Galactic Heroes" als popkulturellen Ausdruck dieses Archäofuturismus.

Von Hoffmeister, ein Anhänger Fayes, sieht Trumps internetgetriebenen Einfluß und erneutes Aufflammen des Interesses an Denkern wie Evola unter seinen Anhängern als Hinweise auf die archäofuturistische Option. Seine Position als Unternehmer wird ähnlich interpretiert.

Es ist in diesem Zusammenhang erwähnenswert, daß in der Österreichischen Schule der Nationalökonomie, auf die sich die Libertären beziehen, der Markt im Wesentlichen ein gigantisches Feld des Wettbewerbs ist, um die effizienteste Lösung für ein technisches Problem zu finden. Aus diesem Grund glauben akzelerationistische Denker wie Nick Land, daß der Markt Maschinen dazu antreibt, eine immer größere Intelligenz zu entwickeln.

Vor diesem Hintergrund stellt "Esoteric Trumpism", wie auch viele rechte Werke aus Amerika, die These auf, daß die US-Republikaner und ihre Anhänger in Staaten wie Texas eine tellurokratische, ländliche, kriegerische und traditionsliebende "Landkultur" repräsentieren (ähnlich wie man auch Preußen, einige arabische Länder und Japan betrachten könnte), während die US-Demokraten mit ihren Küstenhochburgen in Staaten wie New York und Kalifornien als Verkörperung der thalassokratischen, meeresbasierten Zivilisation (materialistisch, antitraditionell und wurzellos oder migratorisch) angesehen werden .

Libertäre hingegen repräsentieren einen "dritten Weg", der weder mit dem Konzept Land noch mit dem Konzept See übereinstimmt. Sie wollen sich aus Konflikten zurückziehen, unabhängig leben und in Ruhe gelassen werden. Alexander Dugin hat Libertäre, amerikanische und russische Anarchisten in verschiedenen Texten ähnlich beschrieben. Daher sollte man bedenken, daß es sich zumindest bei einem Teil von Trumps Anhängern nicht um Tellurokraten handelt, sondern um Vertreter dieser dritten Position sind. In der MAGA-Bewegung haben Konservative, Traditionalisten und Libertäre eine Allianz geschmiedet.

Insgesamt läßt sich sagen, daß "Esoteric Trumpism" mit einer Fülle von faszinierenden Ideen aufwartet. Es zielt nicht darauf ab, eine tiefgehende Analyse von Trump und seinen Anhängern zu präsentieren, sondern konfrontiert den Leser mit einer monumentalen, geradezu "biblischen" Herausforderung, die Trump zu bewältigen habe, um den Sturz der Welt in den Abgrund zu verhindern. Das Buch liest sich eher wie ein Manifest und ist als "Call to Arms" gegen den "Fürsten dieser Welt" und seine linksliberalen Anhänger zu verstehen. Trump erscheint als letzter Krieger des Westens - als die vielleicht letzte Chance des Westens auf Wiedergeburt.

Trump gegen den Tiefen Staat: Die politische Dimension seines Kampfes zeigt Ihnen unsere Spezial-Ausgabe "Trump: Sein Leben. Seine Politik. Sein großes Comeback". …<<

10.02.2025

BRD: Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 10. Februar 2025 (x1.495/…): >>**CDU-Chef will nun doch Rot-Grün-Koalition: Merz lügt Dir ins Gesicht!**

Jetzt haben wir es schwarz auf weiß: CDU-Chef Merz lügt den Bürgern ins Gesicht und peilt

in Wahrheit eine Koalition mit der SPD oder den Grünen an - oder gar mit Beiden. Er sei weiterhin zu Gesprächen mit der SPD bereit, beteuert Merz. Und auch einen Pakt mit den Grünen schließt er weiterhin nicht aus.
Der Kanzlerkandidat der Union geht vor den Parteien der Rest-Ampel förmlich auf die Knie: SPD und Grüne seien "schon ganz vernünftig", wenn es darum gehe, "vernünftige und richtige Entscheidungen zu treffen". Merz bezog sich dabei auf ein Gesetz zum Schutz von Frauen vor häuslicher Gewalt, welches die Union gemeinsam mit SPD und Grünen verabschiedete.
Doch Frauen können unter einer schwarz-grünen oder schwarz-roten Koalition schon deshalb nicht mit einem besseren Schutz vor Gewalt rechnen, weil eine solche Koalition die illegale Massenmigration ungebremst vorantreiben würde. Merz weiß das ganz genau. Er weiß, daß die Fortsetzung dieser Politik zu noch mehr Messertoten und noch mehr Gruppenvergewaltigungen führen muß. Dennoch sperrt er sich krampfhaft gegen eine Koalition mit der AfD und bettelt nach der Abstimmung zum Zustrombegrenzungsgesetz schon wieder um die Anerkennung des linken Lagers.
Mit einer CDU-Regierung würde es in allen zentralen Politikfeldern ein verheerendes Weiterso geben: Es ginge weiter mit Massenmigration und der politischen Dauersabotage gegen Abschiebungen. Es ginge weiter mit Deindustrialisierung und Energieverteuerung. Es ginge weiter mit Gender-Unfug, Bildungsverfall und Identitätszerstörung. Für die Bürger gibt es nur eine Möglichkeit, diesen Niedergang unseres Landes zu stoppen - indem sie die AfD bei der Bundestagswahl am 23. Februar zur stärksten Kraft machen!<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 10. Februar 2025 (x1.496/…):
>>**Wahlbeben voraus: Esken weg - Lindner fast weg!**
Man muß kein Hellseher sein, um vorauszusagen, daß am Wahlabend des 23. Februar im politischen Berlin kein Stein mehr auf dem anderen bleiben wird. Während FDP-Chef Lindner noch verzweifelt um sein politisches Überleben kämpft, dürfte ein Kopf so gut wie sicher rollen: der von SPD-Co-Chefin Saskia Esken!
Für die SPD bahnt sich angesichts der aktuellen Umfragewerte von 15 bis 16 Prozent ein historisches Wahldebakel an. Erstmals könnten die Sozialdemokraten bei einer Bundestagswahl unter 20 Prozent fallen!
Hinter den Kulissen werden bereits die Messer gewetzt, auch wenn dieses Sprachbild unpassend erscheinen mag - vor dem Hintergrund, daß das Wort "Messer" in Deutschland inzwischen seine ganz eigene Bedeutung hat.
Esken, so heißt es jedenfalls in den Reihen der SPD-Abgeordneten, von denen etwa jeder dritte nicht mehr in das Parlament zurückkehren dürfte, sei "endgültig fällig". Ihr Stern sinkt schon lange, und das nicht erst seit Solingen, als sich die Spitzengenossin mit dem Charme einer Aufseherin im Frauenknast zu dem Satz verstieg: "Aus diesem Anschlag läßt sich nicht viel lernen!"
Auch Klingbeil ist nicht mehr unumstritten
Esken, die als Wählerschreck gilt, werden vor allem ihre als unterirdisch empfundenen öffentlichen Auftritte angelastet. Abgeordnete berichten von Parteiveranstaltungen, bei denen reihenweise Leute das Weite suchen, sobald die Noch-Vorsitzende das Wort ergreift.
Hinter den Hauptstadt-Kulissen wird bereits eine aussichtsreiche neue Personalie an der SPD-Spitze gehandelt: Saarlands Ministerpräsidentin Anke Rehlinger. Die 48-Jährige gilt als neue Hoffnung der desillusionierten Genossen, hat sie doch bei der Landtagswahl 2022 an der Saar 57 Prozent der Stimmen geholt und damit etwas geschafft, was in der SPD seit Kurt Beck in Rheinland-Pfalz keiner mehr geschafft hat: eine SPD-geführte Alleinregierung in einem deutschen Flächenland.
Aber auch der vermeintlich führungsstarke Co-Parteichef Lars Klingbeil steht schwer unter Druck. Ihm wird angelastet, daß er wider besseren Wissens nicht Noch-Verteidigungsminister

Boris Pistorius als Kanzlerkandidaten an Stelle des absehbar großen Wahlverlierers Olaf Scholz durchgesetzt hat.

Kubicki (FDP) den Tränen nahe

Das Hauen und Stechen (wie gesagt ein eher unpassendes Sprachbild) dürfte noch in der Wahlnacht beginnen - und das nicht nur in der SPD.

Scheitern die sogenannten Liberalen an der Fünf-Prozent-Hürde, wird FDP-Chef Christian Lindner nicht umhinkommen, für das Debakel, wie es so schön heißt, die "politische Verantwortung" zu übernehmen. Die FDP dürfte dann mit Marie-Agnes Strack-Zimmermann als mögliche neue Parteichefin endgültig als Kriegstreiber-Sekte in der politischen Versenkung verschwinden.

Das schwante wohl auch Partei-Vize Wolfgang Kubicki, der während seiner Rede am Sonntag (9. Januar) beim FDP-Wahlparteitag in Potsdam den Tränen nahe war. (oys)<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 10. Februar 2025 (x1.496/…): >>**Migration: Top-Historiker fordert Abschaffung des individuellen Rechts auf Asyl**

Der renommierte deutsche Historiker Heinrich August Winkler hat sich dafür ausgesprochen, das individuelle Asylrecht in Deutschland abzuschaffen. "Ein Recht auf Asyl in einem bestimmten Land ist den Vätern und Müttern des Grundgesetzes niemals in den Sinn gekommen. Es wäre in der Praxis auf ein allgemeines Recht auf Einwanderung hinausgelaufen", schreibt Winkler in einem Gastbeitrag für den "Spiegel".

In seinem Beitrag führt Winkler aus, daß dem Ausschuß für Grundsatzfragen des Parlamentarischen Rates im September 1948 ein Entwurf vorgelegen habe, in dem es geheißen habe: "Politisch Verfolgte genießen Asylrecht im Rahmen des allgemeinen Völkerrechts." Den Schöpfern des Grundgesetzes sei es also um ein institutionelles, vom Staat zu gewährendes Asylrecht gegangen, nicht um einen Rechtsanspruch des Einzelnen. Im Verlauf der Sitzung seien auf Antrag des Völkerrechtlers Carlo Schmid (SPD) die Worte "im Rahmen des allgemeinen Völkerrechts" gestrichen worden, weil diese Formulierung Ausländer gegenüber Deutschen privilegiert hätte.

Asylrecht ist kein Einwanderungsrecht

Es lasse sich nicht leugnen, "daß illegal eingereiste Ausländer sich nur auf das Asylrecht berufen müßten, um sich einen vorläufigen, nicht selten zeitlich unbefristeten Bleibestatus in der Bundesrepublik zu verschaffen, obwohl sie kein politisches Asyl beanspruchen können", schreibt Winkler. "Wer die faktische Umwandlung des deutschen Asylrechts in ein Einwanderungsrecht effektiv beenden will, muß das subjektive durch das institutionelle Asylrecht ersetzen", so der Historiker.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 10. Februar 2025 (x1.496/…): >>**Öko-Sozialismus: Gier-Staat & CO2-Irrsinn lassen die Spritpreise wieder explodieren - Bis zu 38 Cent mehr!**

Der Aufwärtstrend bei den Spritpreisen in Deutschland setzt sich nach einer kurzen Verschnaufpause für die Autofahrer laut ADAC fort: In sieben der letzten acht Wochen war Tanken jeweils teurer als in der Vorwoche. Der Preisrückgang Ende Januar war somit nur ein Zwischenspiel. Das ergibt die aktuelle ADAC Auswertung der Kraftstoffpreise.

Ein Liter Super E10 kostet im Bundesmittel 1,756 Euro je Liter, das sind 1,7 Cent mehr als vor Wochenfrist und ist der höchste Stand seit einem halben Jahr. Für einen Liter Diesel muß man durchschnittlich 1,691 Euro je Liter bezahlen, das ist gegenüber der Vorwoche ein Anstieg um 1,3 Cent.

Merz (CDU) dreht mit an der Kostenschraube

Autofahrer müssen sich in den nächsten Jahren wohl auf weitere drastische Preissteigerungen an der Zapfsäule einstellen. Grund: Der CO2-Emissionshandel wurde grundlegend reformiert - mit wesentlichen Auswirkungen auf den Spritpreis. Die "Reform" wurde im Bundestag von

SPD, "Grünen" und auch der Merz-Union fast unbemerkt beschlossen, als das ganze Land wie das Kaninchen auf die Schlange auf die Migrationsdebatte starrte. In der Folge erwarten Experten, daß sich ab 2027 die Spritpreise noch einmal um bis zu 38 Cent erhöhen.<<

Das deutsche Multipolar-Magazin berichtet am 10. Februar 2025 (x1.499/…): >>**Berliner Hausarzt: 90 Prozent der "Post-Covid-Fälle" sind Impfschäden**

Mediziner veröffentlicht Erfahrungsbericht aus Corona-Zeit: Kaum Covid-Fälle aber mehr als 300 Impfnebenwirkungen in Praxis registriert / Über 3.000 weitere Verdachtsfälle aus Kapazitätsmangel abgelehnt / Offizielle Ärzteschaft hat "Kopf in den Sand gesteckt"

Der Mediziner Erich Freisleben geht nach seinen eigenen Erfahrungen als Hausarzt davon aus, daß die große Mehrheit der langwierigen Corona-Leiden in Deutschland tatsächlich Impfschäden sind.

"Offiziell wird von zwei Millionen Post-COVID-Fällen gesprochen, laut meiner Praxisbeobachtung bei meinen Stammpatienten sind jedoch nur 10 Prozent Post-COVID-Fälle, während 90 Prozent mit großer Sicherheit als Impfnebenwirkungen zu betrachten sind", schreibt Freisleben in einem Beitrag für die Zeitschrift "Hintergrund". (Ausgabe 1/2-25) Den Betroffenen könne man medizinisch "weit besser helfen", wenn sich Wissenschaft und Politik objektiv der Erforschung der Phänomene zuwenden würden, anstatt das Problem "in den Nebel einer politischen Emotionalisierung zu verbannen".

Freisleben, der bis Juni 2022 als Hausarzt in Berlin praktizierte, beschreibt in dem Artikel seine Erfahrungen als Mediziner in der Corona-Zeit. Er habe bei seinen Patienten nur "einige schwere Verläufe als Folge der COVID-19-Infektionen" und innerhalb von zwei Jahren "sehr wenige Todesfälle" erlebt. Die Variante Sars-Cov-2 "des altbekannten Coronavirus" sei "vielleicht etwas gefährlicher", jedoch kein "Todesengel" gewesen. Deutlich schwerwiegender waren Freisleben zufolge die Auswirkungen der Impfkampagne seit Dezember 2020.

Er habe allein in seiner Praxis mehr als 300 Nebenwirkungen erfaßt. Dazu zählten "zwei bis zum Hals aufsteigende Guillain-Barrè-Lähmungen, mehrere Gesichts- und Halbseiten-Lähmungen bei jungen Menschen, drei turboartige Krebsverläufe und viele Atemnot- und Kreislauf-Eskapaden". Ein Patient starb 14 Tage nach der Impfung an einer Sinusvenenthrombose.

Der Arzt hat nach eigenen Aussagen ausschließlich über 60-Jährige auf deren eigene Entscheidung hin nach umfangreicher Beratung mit den Corona-Präparaten behandelt - jüngere Menschen nicht. "Einen so wenig geprüften Impfstoff massenhaft zu verabreichen hielt ich für viel zu gewagt", erläutert er. Damit werde erstmals direkt in die Zellfunktion des menschlichen Körpers eingegriffen. Es handele sich um "Gentherapien", für die bisher "allerstrengste Vorsichtsmaßnahmen" galten, welche während der Corona-Krise allerdings "außer Kraft gesetzt" wurden, weil man die Präparate als "Impfungen" deklarierte.

Nach zwei Büchern zum Thema, Interviews und Beiträgen in einigen Medien habe er Tausende Anträge von Betroffenen auf Hilfe erhalten. "Leider mußten wir über dreitausend bittende oder flehende Hilfsanfragen absagen", erklärt der Mediziner. "Mehr war nicht drin, meine Mitarbeiterinnen und ich waren mit unserer Kapazität und den Nerven am Ende." Manche Anfragen enthielten Kurzvideos, die Symptome der Geschädigten zeigten, dazu gehörten beispielsweise "Zitteranfälle junger Menschen". Die Ärzte der Betroffenen hatten den Verdacht auf Impfnebenwirkungen jedoch "kategorisch ausgeschlossen".

Freisleben zeigt sich entsetzt, über die "Sorglosigkeit" der Ärzteverbände, der Gesundheitsbehörden und der Politik gegenüber den Folgen der injizierten Stoffe. Das für die Überwachung von Impfstoffen verantwortliche Paul-Ehrlich-Institut (PEI) habe nicht auf Freislebens Meldungen und Begleitschreiben über Symptomatik und Laborbefunde reagiert.

Der Arzt macht deutlich, daß das Impfnebenwirkungssyndrom selten eine Einzelerkrankung ist, "sondern in der Regel ein hochkomplexes Syndrom". Ein wichtiges Problem seien Schädi-

gungen, die durch eingewanderte Spike-Proteine (Stachel-Eiweiße) und die darauf folgende Körperabwehr verursacht werden.
Inzwischen könnten die Spike-Proteine im Blut und den Immunzellen nachgewiesen werden. Doch das werde bei Geschädigten nicht untersucht. Diese würden mit ihren Problemen allein gelassen. Gerichte wiesen Entschädigungsklagen von Betroffenen meist ab, da es keine offizielle Bestätigung der Ursache ihres Leidens gebe. "Selbst die Ansprüche hochgradig Invalidisierter werden abgewiesen, weil die 'offizielle' Medizin den Kopf in den Sand gesteckt hat", kritisiert der Mediziner.
Eine von Impfnebenwirkungen Betroffene - die 34-jährige Wolfsburgerin Kezia-Melinda Kumpf - berichtete in einem Offenen Brief, den unter anderem die Berliner Zeitung veröffentlichte (1. Februar), von ihrer Leidensgeschichte seit der ersten mRNA-Spritze. Es gebe "viele weitere, die das Gleiche durchmachen, aber sie bleiben oft im Stillen, weil sie die Kraft verloren haben, gehört zu werden". Die Betroffenen würden nicht ernst genommen und oftmals noch als psychosomatische Patienten abgestempelt, "obwohl unsere Symptome eindeutig und schwerwiegend sind". Kumpf schreibt zudem über die Todesfälle zweier junger Menschen aus ihrem familiären und privaten Umfeld in Zusammenhang mit der Corona-Impfung.
Sie fordert eine "unabhängige Aufarbeitung der Nebenwirkungen und Langzeitfolgen der Corona-Impfungen" sowie eine "bessere Unterstützung für Menschen, die unter möglichen Impfschäden leiden, einschließlich rechtlicher und medizinischer Hilfe". Zudem müßten Ärzte, die sich kritisch über die mRNA-Präparate äußern, geschützt werden, damit sie ihren Standpunkt ohne Angst vor negativen Konsequenzen vertreten können. Zusätzlich sei eine umfassende öffentliche Diskussion über die gesellschaftlichen Folgen der Corona-Maßnahmen notwendig.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 10. Februar 2025 (x1.493/…): >>**Dresden 1945: "Sie verbrannten zur Unkenntlichkeit"**
Welche Schrecken durchlitten die Menschen am 13./14. Februar 1945 in Dresden ? Einen Eindruck vermittelt der erschütternde Bericht einer COMPACT-Leserin, die die Bombennächte als 14-Jährige miterlebte. …
_ von *Hannelore Rentsch-Millin*
Die echte Opferzahl der Bombenangriffe vom 13./14. Februar 1945 auf Dresden läßt sich nur schwer ermitteln. Auch mir war damals bekannt, daß wir durch Massen von Flüchtlingen aus den östlichen Kampfgebieten die Zahl von einer Million Einwohnern längst überschritten hatten.
Sie lagerten nicht nur auf den Bahnsteigen im Hauptbahnhof, sondern wohnten auch bei Familien in der ganzen Stadt verstreut, so auch in unserem Haus. Die 9-jährige Tochter einer Flüchtlingsfamilie fand bei uns Unterschlupf, denn mein Vater war Soldat. Etliche kamen als Gastschüler an unsere Schulen, auch viele Evakuierte aus bombengeschädigten Gebieten. Es gab sehr viele Opfer unter den Fremden, da sie sich im Zentrum aufhielten und nicht in den umliegenden Dörfern wohnten.
Vor allem verbrannten Tausende im rasenden Feuersog, der die Menschen durch die Luft wirbelte, vollständig. Dazu gehören alle Feuerwehrleute, die aus Bad Schandau herbeigeeilt waren. Sie starben gemeinsam beim zweiten Nachtangriff auf Dresden und wurden in keinem Bericht erwähnt. Oder wer kennt die Namen der Internatsschüler, die in den Höheren Schulen der Innenstadt wohnten, oder die Besucher der Kinos, Theater oder Hotels? Der erste von vier Angriffen begann ja schon gegen 21:30 Uhr.
Eine mit uns bekannte junge Sanitäterin, Rosemarie Hörnig, hatte in jener Nacht mit ihrer Mutter Dienst am Hauptbahnhof. Sie überlebte schwer verletzt. Sie erlitt Verbrennungen dritten Grades an beiden Beinen bis hoch hinauf. Ihre Mutter wurde vor ihren Augen, im Sog des Feuerorkans, ein Raub der Flammen. Jahre später verriet mir Rosemarie weinend, daß sie sich

sehnlichst ein Baby wünscht, auch, wenn der Mann sie wegen ihrer häßlichen Brandnarben nicht heiraten möchte. Ihr Wunsch ging nie in Erfüllung.
Viele Besucher besichtigten unsere Stadt, die bis dahin erst zwei Bombenangriffe erlebt hatte und als "sichere Rot-Kreuz-Stadt" galt. Dicke rote Kreuze auf den Dächern der Turnhallen verschiedener Schulen wiesen darauf hin, daß sie als Notlazarette eingerichtet worden waren. Auch dort starben viele Verwundete als Namenlose.
Auffallend ist, daß man immer nur von den Opfern der total zerstörten Innenstadt spricht. Es gab genug Opfer in den teilzerstörten Vorstädten, wo unter anderem ganze Krankenhäuser in Flammen aufgingen. In einer dieser Vorstädte wohnte ich.
Der Brockhaus (Wiesbaden, 1968), den ich besitze, schreibt wörtlich über Dresden: "Die Zahl der Opfer in der mit oberschlesischen Flüchtlingen überschwemmten Stadt wird bis auf 300.000 geschätzt." Ich selbst bin von 120.000 bis 150.000 Toten überzeugt.
Das eng bebaute barocke Zentrum Dresdens besaß meist sechsstöckige Häuser mit Holztreppen, die wie Zunder brannten. Die Gelähmten oder gehbehinderten Alten ließen sich meist gar nicht erst in ihre Keller tragen. Sie fühlten sich oben in Sicherheit. Bunker gab es sowieso fast keine, und der Krieg ging ja dem Ende zu. Viele von ihnen verbrannten zur Unkenntlichkeit oder wurden von Sprengbomben zerrissen.
Man spricht von 10.000 Sprengbomben, die auf Dresden niederfielen. Diese verheerende Kraft kann sich niemand vorstellen. Der Feuerorkan tobte mit einem Funkenflug, der einem Blizzard ähnelte. Wie können sich heutige Historiker erlauben, von einer "Legende" zu sprechen, zumal sie keinen der Terrorangriffe selbst erlebt haben. Diese Wirtschaftswunderkinder haben noch nicht einmal von fern eine nerventötende "Stalinorgel" heulen gehört.
In unserem Wohnhaus in Dresden-Löbtau hatte sich eine einzige Stabbrandbombe im Treppenhaus entzündet, die ein Soldat per Schaufel durch das kaputte Fenster warf. Uns gegenüber brannten zwei Wohnhäuser bis auf die Grundmauern ab, und hinter unserem Haus loderte das Feuer der kleinen Maschinenfabrik von Simon, die auf ihrem Vorplatz mächtige Holzschwellen der Reichsbahn gelagert hatte. Eigentlich brannte es ringsumher, und das Feuer tobte. Es war die reinste Hölle.
In unserer Wohnung lagen die meisten Fensterscheiben zersplittert auf dem Boden, sodaß der Funkenflug in die Zimmer dringen konnte. Meine Mutter und ich, wir rissen die restlichen Gardinen von der Stange und schlugen mit nassen Handtüchern auf alles, was sich hätte entzünden können. Zum Glück stellte jeder bei Alarm mindestens einen vollen Wassereimer in seiner Wohnung auf. Das war Pflicht.
Ich litt unsäglich unter der Rauchentwicklung und vor Erschöpfung. Ich atmete schwer, meine entzündeten Augen brannten, deshalb stülpte ich mir meine Gasmaske über, nahm Kissen und Decke mit in den Keller, wo ich auf dem harten Boden in tiefen Schlaf fiel. Es war der Moment, in dem einem alles egal ist.
Übrigens, ich hatte in jener Nacht alle meine Spielkameraden und Freunde durch Tod oder Flucht aus den brennenden Häusern verloren und sah sie nie wieder. Ich bin COMPACT dankbar, daß diesen heute vergessenen Opfern mit der Geschichtsausgabe "Dresden 1945" eine Stimme gegeben wird.
Weitere Zeitzeugenberichte, eine fundierte Darstellung der Bombardierung und Fakten zur Zerstörung der Elbmetropole, die in der öffentlichen Debatte unter den Tisch fallen, finden Sie in COMPACT-Geschichte COMPACT-Geschichte "Dresden 1945. Die Toten, die Täter und die Verharmloser". Wir gedenken der Opfer und treten den Lügen entgegen. …<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 10. Februar 2025 (x1.493/…): >>**Neues Wahlrecht: Wie die Großstädte verlieren**
Von *Valentina Schacht*
Mit einer großen Wahlrechtsreform wollte die Ampel den Bundestag verkleinern, sowie die

Wahlabläufe fairer gestalten. Zwar flog dem eilig - und ohne Einbindung der Opposition - verabschiedeten Gesetz bereits ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes um die Ohren, mit dem die Grundmandatsklausel wieder in Kraft gesetzt wurde, doch ansonsten hat das neue Wahlgesetz bestand. Erstmals könnte sich eine kuriose Situation ereignen: Großstädte in den östlichen Bundesländern und in Bayern werden möglicherweise nicht mehr durch die Gewinner der Direktwahlkreise im Bundestag vertreten sein. …

Wer einen Wahlkreis als Direktkandidat gewinnt, sollte eigentlich sicher in den Bundestag einziehen - dieser Grundsatz galt über viele Jahrzehnte. Doch nachdem der Bundestag durch Überhang- und Ausgleichsmandate immer größerer wurde, erfolgte im neuen Wahlgesetz eine Korrektur und schon jetzt steht damit fest, daß der neue Bundestag nur noch aus 630 Abgeordneten bestehen wird. Überhangmandate, bei denen eine Partei mehr Direktwahlkreise gewonnen hat, als ihr über die jeweilige Landesliste über das Zweitstimmenergebnis der Partei Sitze zugestanden hätten, gibt es nicht mehr.

Und auch keine Ausgleichsmandate, mit denen die prozentuale Relation, die durch zu viel gewonnene Überhangmandate einer Partei entstanden ist, ausgeglichen wurde. Zukünftig zählt für die Sitzbemessung ausschließlich das Zweitstimmenergebnis der Partei im jeweiligen Bundesland. Das klingt zunächst unspektakulär, doch beim zweiten Blick wird deutlich: Durch das neue Wahlgesetz werden einige Regionen, vor allem Großstädte, stark benachteiligt. Betroffen sind davon die östlichen Bundesländer (ohne Berlin), in denen sich ein flächendeckender AfD-Sieg bei den Direktwahlkreisen abzeichnet, sowie Bayern, wo die CSU fast alle Direktwahlkreise gewinnen dürfte.

Für die Reihenfolge des Bundestagseinzugs zählt das Prozentergebnis im Wahlkreis

Wenn eine Partei somit durch flächendeckende Siege in den Direktwahlkreisen mehr Mandate gewinnt, als ihr über die Zweitstimme zustehen, fallen Sitze weg. Sprich: Obwohl ein Direktwahlkreis gewonnen wird, ziehen nicht alle Wahlkreissieger sicher ein. Für die Reihenfolge ist das prozentuale Ergebnis im jeweiligen Kreis relevant - wer beispielsweise seinen Wahlkreis mit 45 % gewinnt, dürfte das Ticket nach Berlin sicher gebucht haben, wer jedoch mit 22 % in einer umkämpften Region nur knapp vorne liegt, geht wahrscheinlich leer aus.

Gerade die Großstädte, in denen es oft mehr Kandidaten und intensivere Wahlkämpfe gibt, werden in aller Regel nicht mit astronomischen Ergebnissen gewonnen, sondern knapp. Bei der vergangenen Bundestagswahl reichten in einzelnen Großstadt-Wahlkreisen sogar Ergebnisse knapp unter 20 %. Die Folge ist jedoch, daß ein Großstadt-Wahlkreissieger, der für den Erfolg vermutlich hart arbeiten mußte, am Ende nicht nach Berlin kommen wird, da die Landesliste der Partei in der Konstellation flächendeckend gewonnener Direktwahlkreise ebenfalls nicht greifen wird.

Für die meisten Bundesländern im Westen der Republik dürfte das Problem dagegen nicht relevant sein: Hier gewinnt nicht eine Partei flächendeckend, sondern die Direktwahlkreise verteilen sich (nach aktuellen Umfragen vor allem auf CDU und SPD) auf mehrere Parteien, so daß weniger Direktmandate gewonnen würden, als der Partei über ihr Zweitstimmenergebnis zustünden. Dann würde jeder Wahlkreis, auch wenn er nur hauchdünn und mit niedrigem Ergebnis gewonnen wird, in diesem Bundesland regulär einziehen. Grundsätzlich stellt sich jedoch die Frage, ob das neue Wahlgesetz wirklich durchdacht ist oder der neue Bundestag hier zur Korrektur schreiten sollte.

Die Bundestagswahl 2025 stellt historische Weichen. Für FDP, Linke und BSW geht es sogar um das politische Überleben. In COMPACT-Spezial "Die Altparteien - Wie sie uns belügen und betrügen" haben wir uns angeschaut, wie sich das Parteienkartell vor dem 23. Februar formiert.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 10. Februar 2025 (x1.493/…): >>**Dresden: Musk-Hasser zünden Teslas an**

Von *Valentina Schacht*

Gleich zwei Nächte in Folge brannten in der Dresdner Neustadt Tesla-Elektrofahrzeuge, die jeweils vollständig zerstört wurden. Die Lokalpresse vermutet, daß es sich um das Werk von Musk-Hassern handelt. Auch der räumliche Zusammenhang in einem linken Szeneviertel legt diesen Verdacht nahe: Führt die Unterstützung des reichsten Manns der Welt für die patriotische Opposition in Deutschland dazu, daß zukünftig immer mehr Tesla-Fahrzeuge brennen werden? …

Eigentlich müßten linke Kreise froh sein, wenn Elektro-Autos an Beliebtheit gewinnen. Doch in der Dresdner Neustadt sieht es derzeit ganz anders aus: In der Nacht zu Samstag brannte ein Tesla am Alaunplatz, dem Hotspot der Antifa-Szene, in der Nacht zu Sonntag brennt der nächste Tesla auf der Eberswalder Straße, das Feuer greift zudem auf einen daneben geparkten Volvo über. Die Polizei ermittelt in beiden Fällen wegen Brandstiftung, hat jedoch noch keine heiße Spur.

Elon Musk ist das neue Feindbild der Linksextremisten

Regelmäßige Demonstrationen gegen das Tesla-Werk im brandenburgischen Grünheide, Boykottaufrufe gegen das soziale Netzwerk X und neuerdings auch offener Straßenterror: Elon Musk entwickelt sich zum neuen Feindbild der extremen Linken. Als selbsternannte moralische Instanz verfällt die Szene einmal mehr in blinden Aktionismus und überzieht unbeteiligte Fahrzeughalter mit den Angriffen. Davon wird sich freilich weder Elon Musk einschüchtern lassen, der von solchen Aktivitäten wahrscheinlich nicht einmal Kenntnis erhält, noch die patriotische Erfolgswelle stoppen lassen, die wir derzeit erleben. …<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/36525" berichtet am 10. Februar 2025 (x1.494/…): >>**Kinderschutz-Kongreß 2025 - Wenn das die Eltern wüßten …**

Seit dem 29.01.2025 tagt ein 16-tägiger Online-Kinderschutz-Kongreß. Mit dem Slogan: "Wir stehen auf. Gemeinsam für die Sicherheit unserer Kinder. Denn Kinderschutz ist nicht verhandelbar!" interviewt das Kongreßteam namhafte Referenten zu unterschiedlichen Kinderschutz-Themen. Mit den beiden Zielen: Kinder zu schützen und Eltern zu stärken.

Herzlich willkommen, und schön, daß du da bist. Dieses Video ist für alle, die sich für Kinderschutz und die Zukunft unserer Kinder einsetzen wollen, (…)

Themen, die lange tabuisiert oder verdrängt wurden, kommen jetzt ans Licht.

Wußtest du, daß allein in Deutschland jedes Jahr über 100.000 Kinder einfach verschwinden? ... Die Zahl der psychischen oder physischen Krankheiten bei Kindern nimmt rasant zu. (…)

Es ist Zeit, Tabus zu brechen und eine Bewegung ins Leben zu rufen, die nicht aufzuhalten ist. (…)

Eine Bewegung von wachen, klaren und mutigen Eltern. Denn nichts Geringeres als die Zukunft unserer Kinder und damit der gesamten Menschheit steht auf dem Spiel (…)

Es ist nicht einfach, sich mit schwierigen Themen wie Frühsexualisierung, Kinderhandel, Mobbing oder Kindesmißbrauch auseinanderzusetzen. Der Handel von Menschen macht mittlerweile mehr Umsätze als der Handel von Drogen oder Waffen. Harter Tobak, oder? All die Lügen und Manipulationen der Welt - und warum das Ganze? (…)

(Sprecher:) Die Interviews werden am jeweiligen Ausstrahlungstag für 24 Stunden kostenlos hochgeschaltet und bieten unterschiedliche Lösungsansätze in verschiedenen Themenbereichen.

Für einen kleinen Einblick darf Kla.TV mit freundlicher Genehmigung des Kongreßteams exklusiv bereits während des Kongresses folgendes Interview für sie freigeben:

Dr. Michael Nehls zum Thema: "Die Lithium-Lüge". Lithium als Spurenelement kann vor Alzheimer, Depressionen etc. schützen. In Europa wurde es als Nahrungsergänzungsmittel

verboten, das giftige Aluminium hingegen darf in Kindersüßigkeiten zugeführt werden - was läuft hier schief?
Vollständiges Interview:
(Interviewer Frau Feist:) Herzlich willkommen, liebe Zuschauer, beim Kinderschutzkongreß. Schön, daß ihr wieder da seid bei diesem wichtigen Thema, denn gemeinsam stehen wir hier zusammen für die Sicherheit und den Schutz unserer Kinder. Heute ist ein ganz besonderer Mensch bei mir. Ich fühle mich wirklich geehrt, daß er sich die Zeit genommen hat. Er schreibt gerade an einem neuen Buch und die Zeit ist sehr knapp.
Dr. Michael Nehls, herzlich willkommen.
(Dr. Michael Nehls:) Ja, hallo Frau Feist. Freut mich auch, daß Sie mich eingeladen haben. Ich fühle mich auch geehrt, weil ich glaube, das ist ein ganz, ganz wichtiges Thema, was Sie da bearbeiten. Und wenn ich da beitragen kann, ein bißchen was, dann freue ich mich sehr.
(Interviewer Frau Feist:) Ja, also für die wenigen, die Sie noch nicht kennen. Sie sind Arzt, Sie sind Molekulargenetiker, Bestsellerautor.
Sie beschäftigen sich intensiv unter anderem mit der Funktion des Gehirns, mit den Auswirkungen moderner Einflüsse auf unsere geistige Gesundheit. Sie haben das Buch "Das indoktrinierte Gehirn" geschrieben, "Das Lithium -Komplott". Und Sie decken im Grunde genommen auf, wie unser Denken manipuliert wird und welche entscheidende Rolle auch dieses Spurenelement für unsere mentale Widerstandskraft spielt. Und in unserem heutigen Gespräch im Rahmen des Kongresses geht es darum, was diese Erkenntnisse für unsere Kinder bedeuten und wie wir, unsere Kinder in ihrer Entwicklung bestmöglich unterstützen können. Vielen, vielen Dank, daß Sie da sind.
(Dr. Michael Nehls:) Ja, vielen Dank nochmal für die Einladung. Also ja, das Buch "Das Lithium - Komplott" ist noch nicht geschrieben, da bin ich gerade dran. Also das habe ich noch nicht publiziert. Es soll ja in Mitte Mai 2025 erscheinen. Also das ist noch davor, also es dauert noch ein bißchen, paar Monate, aber ich bin intensiv am Schreiben. Und das große Thema bei dem Buch ist, daß ich versuche oder mir sicher bin, ich kann beweisen, ich habe es eigentlich schon bewiesen, das entsprechende Kapitel ist schon geschrieben, hat fast 100 Seiten, das erklärt, daß Lithium essentiell ist. Und ich werde ganz oft gefragt auf Vorträgen, weil ich sehr viele Vorträge zum Thema gehalten habe.
Und da werde ich immer gefragt, wie ist es mit Kindern? Ist es für Kinder auch essentiell? Da sage ich, na ja, es ist keine andere Spezies. Also es ist essentiell. Und es ist interessant eigentlich, weil wenn ich, wenn man sagt, Vitamin C ist essentiell, wird keiner auf die Idee kommen, ja auch für Kinder. Aber Lithium ist halt eben neu, der Gedanke, daß es essentiell sein könnte und, wie ich jetzt eben beweise im Buch, auch essentiell ist. Und es wird deswegen auch eine Revolution einläuten, weil es gerade für die mentale Gesundheit so unfaßbar wichtig ist. Das Wort Revolution ist auch der Name, also Lithium-Revolution, einer Vortragsreihe, die wir jetzt auch gerade geplant haben.
Also wir werden mit. … also um den. … nach den Osterferien 2025, also irgendwann Ende April, zehn große Städte besuchen und genau diese Lithium-Revolution einläuten. Also das ist dann praktisch der Tag, die sind die Tage, wo dann auch mein Buch schon hoffentlich da ist, fingerscrossed, daß alles klappt. Aber es geht darum zu zeigen, daß Lithium essentiell ist. Und es ist wirklich eins der Elemente, die schon beim. … kurz nach dem. … nach der Schöpfung entstanden sind. Also, wer immer an den Urknall glaubt oder auch nicht, ab irgendwann ist sozusagen die Welt mal erschaffen worden.
Und wenige Minuten nach der Erschaffung geht man davon aus, rein physikalisch ist Lithium entstanden und durchdringt das ganze Universum. Ist einer der wenigen Elemente, die in unserem Körper sind, die nicht aus Sternenstaub kommen, sondern tatsächlich schon von Anfang, vor den Sternen schon existiert hat.

Und auch relevant war eben für die Entstehung des Lebens. Also sogar - das Vorleben, also bevor überhaupt zelluläres Leben entstanden ist, als man noch von einer sogenannten RNA-Welt spricht, also wo praktisch sich irgendwelche Nukleinsäuren, also wie DNA, also unser Erbgut, gibt es auch die RNA, die kennt man zum Beispiel vom SARS-CoV-2, von den RNA -Viren, die haben dann ein Erbgut, das aus RNA besteht. Und man geht davon aus, daß RNA die ursprüngliche Informationseinheit war, der Informationsträger war, für Replikation von Molekülen, die dann irgendwann sozusagen die Basis waren für zelluläres Leben. Und da soll sogar schon Lithium eine Rolle gespielt haben.
Es ist also essentiell seit Anbeginn des Lebens. Und das Verrückte ist, daß man diese Essentialität nicht anerkennt. Trotz eindeutiger Beweise, also allein in meinem Buch habe ich geschätzt tausend wissenschaftliche Studien, die die Essentialität de facto belegen, insbesondere eben fürs Gehirn. Und wenn man sich die ganzen Krankheiten anschaut, die durch den Mangel an Lithium bedingt sind, also ich rede jetzt von essentiellem Lithium, also nicht das, was man für die Therapie verwendet, das ist sogar eher ein Nachteil gewesen für das Verständnis, weil man eben dann nur diese therapeutische Maßnahme mit Lithium kennt, meistens für die sogenannte bipolare Störung.
Und da werden halt Dosierungen verwendet, medikamentöse Dosierungen, die so unfaßbar hoch sind, daß man im Prinzip schon im toxischen Bereich ist. Und deswegen kennt man halt Lithium nur als Toxin. Aber wenn man sieht, wie geringste Mengen, kleine Unterschiede, die im Trinkwasser sind, Effekte auslösen, wie zum Beispiel, daß man, wenn man ein bißchen Glück hat, irgendwo zu leben, wo ein bißchen mehr Lithium im Trinkwasser ist, dann haben Kinder, die dort aufwachsen, eine deutlich geringere Wahrscheinlichkeit, daß sie irgendwann eine psychische Krankheit entwickeln.
Und das reicht wirklich von Neurosen, Angstsyndromen bis hin zur bipolaren Störung und zur Schizophrenie. Und der gemeinsame Nenner all dieser Krankheiten ist etwas, was man als Neuroinflammation bezeichnet. Und diese Neuroinflammation ist eben ein durchdringendes Phänomen für im Prinzip alle, alle diese Krankheiten, die wirklich anfangen von Autismus bis hin zu Alzheimer, also im Prinzip die ganze Lebensspanne des Menschen umfassen. Und diese ganzen Krankheiten, die alle unsere mentale Gesundheit beeinflussen und letztendlich unser mentales Immunsystem, wie ich es nenne, also unsere Fähigkeit, mit der Umwelt umzugehen und sich zu entwickeln und zu reflektieren.
Das mentale Immunsystem, wenn das eben seine Funktion verliert durch einen Lithiummangel, dann nenne ich das das mentale Immundefizienzsyndrom. Und das ist im Prinzip ein Sammelbegriff für ganz viele klinische Diagnosen, eben von Autismus bis Alzheimer. Aber eben nicht nur jetzt klare psychiatrische oder neurodegenerative Krankheiten, sondern auch, ja, Neurosen, aber auch eben Angstsyndrome zum Beispiel oder ADHS. Nicht, daß diese Krankheiten noch andere Ursachen haben, aber unter Lithiummangel ist die Wahrscheinlichkeit, daß man die entwickelt, wesentlich höher.
Allerdings, Sie wissen es genauso gut wie ich, wir brauchen einen systemischen Ansatz und wir dürfen keinen Fall Lithium jetzt als Heilmittel betrachten. Das wäre vollkommen fatal. Da haben mich auch schon mehrere Ärzte darauf hingewiesen. Lithium ist wichtig und es ist halt deswegen gerade besonders interessant, weil es neu ist in seinem Verständnis, daß ich versuche, in die Welt zu tragen. Aber diese überschwengliche Euphorie, die da mit dem Lithium einher kommt, einhergeht, die soll nicht darüber hinwegtäuschen, daß es kein Allheilmittel ist. Es ist nur ein weiterer Mangel, unter dem Menschen leiden.
Und wenn man wirklich einen vernünftigen Effekt erzielen will, muß man eben alle Defizite sich anschauen. Und die sind nicht nur in der Nahrung zu finden, die sind natürlich auch in dem ganzen Spektrum von Lebensbereichen zu finden, ob es soziale Interaktion ist, ob es Lebenssinn ist, ob es. … ob körperliche Aktivität ist. All diese Dinge spielen da rein und alles ist

relevant, wenn es um Neuroinflammation geht.
(Interviewer Frau Feist:) Ja, nochmal einmal auf Lithium zurückzukommen. … mir kommt da der Begriff von Ehrfurcht insofern, … also gerade wenn man systemisch denkt und man davon ausgeht, daß das eines der ersten Elemente auf diesem Planeten war, wenn man das dann überträgt, kann man … also die Bedeutung im Grunde genommen erfassen, was es dann auch für das Leben und für das Entstehen eines Kindes bedeutet. Weil es wirklich, wie Sie gesagt haben, essentiell ist.
Und da unterscheidet es sich ja dann eben doch auch von anderen Elementen, weil das eins sozusagen der ersten ist. Das heißt, im Grunde kann man ja davon ausgehen, weil im es auch Kongreß viel um Schwangerschaft und Geburt geht. Was können wir schon tun, damit eben gesunde Kinder überhaupt aus uns entstehen? Das heißt, man könnte ja davon ausgehen, wenn eine Frau oder wenn Eltern schwanger werden möchten und sie dann schon Lithium zu sich führen, es einnehmen, eben in diesen Spurenelementen, in diesem ganz geringen Bereich, wie Sie sagen, nicht toxisch, sondern wirklich gering, daß das dann schon förderlich für das Kind oder das werdende Kind sein kann. Können Sie dazu was sagen?
(Dr. Michael Nehls:) Ja, das funktioniert sogar direkt und indirekt. Also natürlich ist es für das Kind wichtig, weil man weiß, dass, und deswegen ist es auch so wichtig für das mentale Immunsystem. Das mentale Immunsystem basiert ja auf der Fähigkeit unserer autobiografischen Gedächtniszentrale, wie ich ausführlich schon in anderen Vorträgen und Interviews in all meinen Büchern beschreibe, in fast all meinen Büchern. Und auch in dem jetzt wieder, beruht auf der Fähigkeit des Hippocampus unserer autobiografischen Gedächtniszentrale, tagtäglich neue Hirnzellen zu produzieren.
Das ist der Grundmechanismus, der uns vor Alzheimer schützt, aber auch uns die Fähigkeit eben gibt, zu reflektieren, lebenslang ein gutes Gedächtnis zu haben, Resilienz zu haben, ganz wichtig, auch für die kindliche Entwicklung, sodaß man auch keine Neuroinformationen entwickelt so schnell, wenn mal irgendwo Streß ist. Und natürlich auch die Neugier, die ganz wichtig ist, daß wir überhaupt lernen und lernen wollen. Und zwar unser ganzes Leben lang, schon als Kind, aber eben auch als Erwachsener und vor allem auch als älterer Mensch. Und diese Fähigkeit des Hippocampus, neue Zellen zu produzieren, das nennt man die Proliferation von neuen Nervenzellen, die Vermehrung von Nervenzellen, braucht etwas, was man Telomeraseaktivität nennt.
Das heißt, jedes Mal, wenn eine Zelle sich teilt, wird aus einem molekularbiologischen Mechanismus heraus, werden die Chromosomen ein bißchen kürzer. Und wenn die ihre Kürze, also ihre Länge sozusagen sukzessive verlieren, kommt ein Punkt, man nennt das das Hefligminimum oder Maximum, das bedeutet, das ist so eine Art innere Uhr, den die Zellen haben. Und wenn die Zellen sozusagen genügend solche Verteilung hinter sich haben und die Enden nicht dauernd repariert werden, dann reduziert das sozusagen die Anzahl der Zellzyklen und reduziert letztendlich die Fähigkeit, diese Zellen sich zu vermehren.
Die sterben sogar dann ab, weil das zu einer Dysregulation der zellulären Mechanismen führt. Und die Telomerase, weil die Telos heißt das Ende und Smeros ist das Teil und die Enden sind die Zellen, die sich dann verändern. Und die Zellen sind die Zellen, die sich dann verändern. Und die Endteilchen, die kann man eben, die sind im System bei unserem Körper, das heißt die Telomerase, und die kann wieder diese Enden reparieren. Und wir wissen, daß die unter dem Einfluß von Lithium ist, diese Telomerase. Und deswegen ist zum Beispiel im Hippocampus die höchste Konzentration an Lithium zu finden im Gehirn.
Der Hippocampus ist die Region des Gehirns, die Lithium anreichert. Warum? Weil es eben diesen Pool an Nervenzellen hat, der ständig sich vermehren muß, damit wir unsere geistige Leistungsfähigkeit erhalten. Und dieser Mechanismus, das proliferierende Gewebe eine hohe Telomeraseaktivität hat, aber auch viel Lithium braucht, um die zu erhalten, gilt nicht im Er-

wachsenen, für den Hippocampus zum Beispiel, aber beim Kind, beim heranwachsenden Kind, für den gesamten Organismus. Man hat also schon vor 20 Jahren festgestellt, vor 30 Jahren, daß die Lithiumkonzentration im Embryo, im Fötus am höchsten ist. Es kommt zu einer Lithiumanreicherung.
Das heißt, der Körper weiß, die Zellen müssen jetzt ganz viele Zellteilungen machen und kein Embryo würde zum Kind heranwachsen, wenn diese Zellteilung nicht funktionieren würde. Man hat zum Beispiel im Tierversuch, das kann man wirklich nur bei Tieren machen ethisch, ist es dort sozusagen vertretbar, dann hat man bei Tieren einfach, das war vor 30, 40 Jahren, die Lithiummenge reduziert im Futter.
Und die Kinder … Also die Würfe, das hat man bei Ratten gemacht, bei Mäusen gemacht, bei Ziegen gemacht und die Würfe, die waren deutlich geringer, kleiner und die Babys, die geboren worden sind, waren deutlich kleiner und die Wahrscheinlichkeit, daß sie das erste Lebensjahr überhaupt hinter sich bringen, erfolgreich, ist um 50, 60, zum Teil um 80, 90 Prozent reduziert, je nachdem, wie stark die Lithiummenge reduziert war. Man hat es nicht auf Null reduziert, es ging technisch nicht. Weil Lithium überall ein bißchen vorkommt.
Aber die Reduktion war so eindeutig, daß man aus diesem Studium her gefolgert hat, eindeutig, es ist essentiell. Und es gibt absolut keinen Grund anzunehmen, daß es beim Mensch aufhört, essentiell zu sein. Das heißt, es ist auch beim Menschen essentiell für die kindliche Entwicklung, schon im Mutterleib und natürlich dann auch, wenn das Kind geboren wird. Was der zweite Grund, warum es essentiell ist, also ich habe gesagt, direkt und indirekt, direkt eben. …
Im Mutterleib, aber indirekt genauso. Weil natürlich für eine Frau, die schwanger ist, mit ganzen Sorgen, ob das alles so klappt mit dem Kind und berufliche Umstellung, das Leben wird vielleicht ein bißchen umgestellt. Das ist natürlich alles neu und um Neues proaktiv und mit Mut zu erleben, braucht man ein gesundes mentales Immunsystem. Und wenn dann ein Mangel ist an Proliferation im Hippocampus und da spielt nicht nur Lithium eine Rolle. Ich habe ein ganzes Buch geschrieben, das heißt die Algenöl-Revolution. Wenn Omega 3 fehlt, hat man dann auch das gleiche Problem. Also es gibt keinen essentiellen Vitalstoff, auf den der Hippocampus verzichten kann.
Aber Lithium ist eben einer von denen. Und Lithium ist ein sehr fundamentaler. Wenn der fehlt, dann haben wir ein molekularbiologisches, ja, wie soll ich sagen, eine Dysfunktion im Hippocampus, der einerseits die Proliferation dieser Zellen reduziert und den Neuroinflammation verstärkt. Man ist sozusagen schon vorinflammatorisch und jedes Ereignis, was ein bißchen streßreich ist, sorgt für eine Hyperinflammation und das wiederum sorgt zur Freisetzung von Bodenstoffen, die dummerweise alle über die Plazenta auch zum Kind gelangen, was heranwächst. Und dann natürlich dort wiederum im Gehirn des Kindes auch dafür sorgt, daß die Proliferation von Zellen gehemmt wird.
Das heißt, wir haben hier zwei Teufelskreise, die eigentlich ganz einfach unterbrochen, beziehungsweise vor denen man sich schützen kann, wenn man eben ausreichend Lithium zuführt. Und ausreichend ist wirklich nicht viel. In meinem Buch habe ich jetzt Schätzungen abgegeben aufgrund dessen, was die ganze Studienlage hergibt. Und ich gehe davon aus, daß ein Milligramm, also wirklich ein tausendstel Gramm, also das ist auf dem Teelöffel schon gar nicht zu sehen, wenn es reines Lithium wäre. Mit bloßem Auge schon schwer zu erkennen. Weniger wie ein Salzkörnchen. Ein Milligramm ist wahrscheinlich schon ausreichend.
Wir wissen, daß Mikrogrammmengen, also nochmal ein tausendstel davon, Mikrogrammmengen schon ausreichen, um zum Beispiel im Trinkwasser, wenn man da nur einen Liter trinkt, mit einem, mit ein paar Mikrogramm mehr wie in einem anderen Dorf, wo man vielleicht zufälligerweise ein bißchen weniger Lithium im Trinkwasser hat. Der Unterschied ist gewaltig von Depression, ADHS… Daß man psychisch auffällig wird. Aggression zwischen

Jugendlichen bis hin zur Lebenserwartung. Nur ein paar Mikrogramm Unterschied.
Das heißt, wir reden wirklich von minimalen Mengen, die kilometerweit, also ich habe wirklich eine Grafik in meinem Buch, wo ich logarithmisch arbeite, um den Abstand zwischen der essentiellen Dosis und der therapeutischen Dosis, vor der alle Angst haben, zurecht, darzustellen. Und während sozusagen der essentielle Bereich so ein paar Zentimeter breit ist, so ist der Dosisbereich, da sind wir vollkommen im, ja, da ist alles in Ordnung.
Das ist das, was wir brauchen. Um dann den therapeutischen Bereich abzubilden, bin ich wirklich zwei, drei Kilometer weit rechts. Und weil eben mein Buch keine drei Kilometer breit ist, mußte ich logarithmisch arbeiten, nur um überhaupt das alles noch auf eine Grafik zu bringen. Das heißt, wir sind kilometerweit weg von einer, einer toxischen Dosierung. Und die Effekte für das Kind sind eben sehr, sehr, sehr vorteilhaft.
(Interviewer Frau Feist:) Also wenn Sie das so erzählen, als erstes fällt mir ein, also die wenigsten Menschen kennen sich überhaupt aus mit Zellentwicklung, was Zellen überhaupt sind. Mitochondrien ist zwar jetzt gerade so ein bißchen so ein Begriff, der in ist, aber letztendlich kann sich kaum jemand was darunter vorstellen. Telomerase weiß auch niemand. Das sind ja eigentlich für unser Leben essentielle, ja, ein essentielles Wissen.
So, jetzt wird das ja im Grunde genommen nicht verbreitet und schon gar nicht, daß es eben, wie Sie sagen, auch diese essentiellen Spurenelemente zum Beispiel gibt oder wie Sie sagen, Vitalstoffe. Was verhindert das denn? Also warum ist das Wissen nicht vorhanden? Denn letztendlich, gerade wenn Sie von Lithium sprechen, würde das ja eine enorme Entspannung und eine enorme Gesundheitsförderung für die ganze Menschheit bedeuten.
(Dr. Michael Nehls:) Ja, absolut. Also ich meine, Herr Schellenberg, das ist ein Kinderarzt, Christian Schellenberg, der wahrscheinlich auf dem Kongreß auch bei Ihnen noch sozusagen auftauchen wird als Experte. Ein sehr guter Freund von mir, der Lithium eben auch bei Kindern anwendet, der sagt, es ist unfaßbar, die Effekte, die er da sieht. Und er nimmt Lithium hier nicht als therapeutische Maßnahme, sondern er versucht nur, den Mangel zu beheben. Und das alleine reicht schon aus, um gewaltige Effekte zu erzielen.
Und wir sind uns beide einig, daß es natürlich nicht nur für Kinder wichtig ist, die jetzt gerade verhaltensauffällig geworden sind, sondern es ist nicht für alle lebensverändernd, auch Kinder, die jetzt noch nicht auffallen. Er hat das auch so ein schönes Gleichnis, das habe ich auch im Buch jetzt natürlich drin, mit seinem Erlaubnis. Er sagt halt. … Das ist ja wie, wenn man mit einem platten Reifen, also einem fast platten Reifen, Fahrrad fährt. Man ist praktisch. … Man kommt schon durchs Leben damit, man ist allerdings halt eben. …
Es ist halt ein bißchen anstrengender. Und es funktioniert. Also, ja, aber das Problem ist halt, wehe, es kommt irgendwo ein Schlagloch, ja, dann fährt man da mit dem Fahrrad rein und ich kenne das ja selber, ich fahre sehr viel Fahrrad, dann hat man diesen Schlangenbiß, nennt man das, weil es auf der Felge aufschlägt. Dann ist der Reifen platt. Worst case, man fällt sogar noch um und haut sich den Kopf an. Also im Prinzip ist, wenn man das als Metapher betrachtet, plötzlich kommt so ein Moment, irgendein Ereignis in einem Leben, wo man mit einem platten Reifen eben nicht mehr durchkommt, wo der Streß dann zu viel wird und man bricht zusammen.
Man hat dann ein Angstsyndrom, wo man entwickelt, man entwickelt eine Depression oder sogar, wenn man hinfällt, jetzt rein metaphorisch eine posttraumatische Belastungsstörung. Und deswegen ist es schon gar nicht gesund, mit diesen Mängeln im Prinzip durchs Leben zu gehen, auch wenn man vielleicht akut noch gar nicht krank ist und noch nicht sozusagen bei irgendeinem Arzt vorstellig wird, sondern ich glaube, jedes Kind würde davon profitieren. Vorausgesetzt natürlich, daß es unter einem Mangel lebt.
Aber der ist eben sehr, sehr wahrscheinlich, wenn man nicht gerade in den Anden, in den Anden, in Nordchile oder Nordargentinien lebt, wo man dann wirklich vier, fünf, bis zehn Milli-

gramm am Tag Lithium zuführt, also nochmal deutlich mehr, wie essentiell notwendig wäre, weil dort eben ein vulkanisches Gebiet ist und das Lithium noch nicht so über die Jahrmillionen oder Jahrmilliarden der Erdgeschichte eben ausgewaschen wurde.
Aber in Regionen wie jetzt zum Beispiel in Europa ist, gibt es fast nirgends lithiumreiche Regionen, es sei denn, zum Beispiel jetzt, weiß nicht, ob man überhaupt das überhaupt noch zu Europa dazuzählt, also Teneriffa zum Beispiel. Also auf den Kanarischen Inseln hat man sehr hohe Lithiumwerte in der Nahrung, nach dem Trinkwasser, weil eben vulkanisch.
(Interviewer Frau Feist:) Ja, Sie haben ja von der Resilienz gesprochen und jetzt auf diese, diese Metapher bezogen, ohne jetzt zu sagen, dass, wie Sie auch gesagt haben, daß Lithium das Allheilmittel für alles wäre, kann man das sich so vorstellen, dass, wenn, wenn wir Lithium einnehmen, unter anderem, Sie haben ja auch von Omega 3 zum Beispiel gesprochen, also es gibt ja auch andere Faktoren, aber wenn wir das einnehmen, daß sozusagen unsere Fähigkeit, mit Hindernissen und Problemen umzugehen und auch, weil Sie es gerade angesprochen haben, posttraumatische Belastungsstörungen zum Beispiel, also auch in, in sehr, sehr schwierigen Situationen oder in deren Auswirkungen, wenn wir uns da befinden, daß Lithium wirklich eine Basis, unter anderem Lithium eine Basis gibt, die uns ermöglicht, mit allem besser umzugehen mit den Stürmen des Lebens?
(Dr. Michael Nehls:) Ja, absolut. Ich habe jetzt gerade ein Kapitel abgeschlossen und nenne Lithium den Vargusnerv unter den Spurenelementen. Im Prinzip ist es so, unser ganzes System wird durch Lithium etwas gedämpft, aber ein hyperaktives System. Und nicht nur jetzt im psychischen Bereich, sondern es geht runter bis auf den molekularen Bereich. Also die Moleküle, die Signalmoleküle in unseren Zellen, die durch Lithium reguliert werden, wenn die hyperaktiv sind, sind diese Moleküle, ich nenne auch die Lithium-Targets, also die Zielmoleküle für Lithium, Target ist das Ziel, und Lithium erkennt diese Targets, interagiert mit diesen Targets, verändert deren Funktion.
Und wenn Lithium nicht da ist, sind die hyperaktiv. Und wenn die hyperaktiv sind, sorgen die für zum Beispiel eine Neuroinflammation, eine schleichende Entzündung im ganzen Körper, eben auch im Gehirn, Neuroinflammation, aber letztendlich im ganzen Körper. Und die Neuroinflammation oder die Hyperaktivität dieser Targets, ich nenne mal eins davon, das heißt GSK3, Name spielt keine Rolle, aber wenn GSK3 hyperaktiv ist, ist es vermutlich das zentrale Molekül in seinem hyperaktiven Zustand für sämtliche Zivilisationskrankheiten.
Deswegen ist es auch das Haupttarget der Pharmaindustrie. Die wollen aber auf das Target jetzt nicht mit Lithium schießen, weil das ist zu billig und kann man nicht patentieren. Die wollen auf dieses Target schießen mit ihren Magic Bullets, also mit ihren magischen Kugeln. Magic Bullets sind eigentlich ein Begriff für sehr erfolgreiche Medikamente. Also erfolgreich im Sinne von nicht unbedingt jetzt, daß sie heilen, das sind die wenigsten, sondern die vermarktungstechnisch den größten Umsatz haben.
Das sind die Magic Bullets und diese Magic Bullets sollen auf diese Lithium Targets schießen. Und die Haupttargets der Pharmaindustrie sind alle in diesem Stoffwechsel oder in diesem Signalweg, der durch Lithium kontrolliert wird. Und dieser Signalweg ohne Lithium führt zu allen möglichen chronischen Krankheiten, allen Zivilisationskrankheiten, aber nur unter Lithiummangel. Das heißt, wenn der Lithiummangel behoben wird, verlieren die Targets ihre Bedeutung für die Pharmaindustrie.
Und das ist eine der Erklärungen, warum Lithium A nicht als essentielles Spurenelement anerkannt ist. Und noch schlimmer, daß es noch nicht mal erlaubt wird, in Europa zum Beispiel einfach so als Nahrungsergänzungsmittel zuzuführen. Also man darf es zuführen, aber darf es nicht verkaufen offiziell. Es ist nach EU -Richtlinie verboten, Lithium als Nahrungsergänzungsmittel auf den Markt zu bringen. Das soll jetzt nicht heißen, daß es nicht manche tun. Also ich brauche jetzt keine 100 Zuschriften oder 1000 wieder, die sagen, Herr Nehls, ich ha-

be es im Internet gefunden.
Es ist zwar offiziell erlaubt, aber ich habe da ein Video gemacht. Kann man auf meinem Kanal übrigens auch anschauen. Mit einer Juristin, die Spezialistin ist für diese Fragen. Und die hat gesagt, im Prinzip ist es ein Schwarzmarkt, der da entstanden ist. Und das ist eben fatal. Es ist ein Schwarzmarkt unkontrolliert. Der jetzt praktisch Lithium vertritt. Und ständig ist man mit einem Fuß im Gefängnis. Also wenn, sie hat mir sogar gesagt, wenn ich jetzt zum Beispiel in den USA, wo man das einzige Land, wo ich kenne, wo man es frei verkaufen darf, offiziell. Wenn ich jetzt da eine Sammelbestellung mache für meine ganze Familie, dann bin ich praktisch Dealer. Ja, also weil es ein Schwarzmarkt ist, ist verboten.
Und das ist ja das absolut Verrückte, daß etwas, was hirngesund ist und zwar essentiell fürs Hirn gesund ist. Nicht nur nicht anerkannt ist als essentiell, sondern eben noch verboten wird. Deswegen heißt das Buch ja auch das Lithium -Komplott. Und was aber noch perfider ist, daß zum Beispiel Aluminium als Nahrungsergänzung erlaubt ist, obwohl es hirntoxisch ist. Ja, also auch ist ja auch Teil an diesen ganzen Impfen, Impfungen, die gemacht werden bei Kindern.
Also über 50 Prozent der Impfstoffe haben Aluminium drin und das geht ins Gehirn. Und im Gehirn erzeugt Aluminium eine Neuroinflammation. Also die Spurenelemente, die eine Neuroinflammation verursachen, sind erlaubt. Es gibt, glaube ich, ein Dutzend E -Nummern, gerade auch für Süßigkeiten für Kinder. Die enthalten Aluminium. Aluminium ist in den ganzen Spritzen drin, die man als Impfung vermarktet. Und das ist alles erlaubt. Aber das essentielle Spurenelement, was sozusagen das Gegengift wäre, wenigstens, das ist noch nicht anerkannt als solches und sogar verboten.
Und das ist absolut irre und zeigt aber eben auch, was für eine perfide Machtstruktur dahinterstehen muß, die Interesse hat eben, daß man, ja gut, ich meine, es ist ja logisch, eine Industrie, die davon lebt, daß Menschen krank sind, hat natürlich alle Möglichkeiten und Interessen und auch die finanziellen Möglichkeiten, den politischen Einfluß und natürlich auch auf die Medien, daß eben so was nicht wirklich bekannt wird.
Und das Gespräch, was wir beide gerade hier führen, wird wahrscheinlich keine Leitmedien, also kein ARD, kein ZDF in Deutschland wird das mit so ein Gespräch führen. Das wäre unmöglich. Kann ich mir gar nicht vorstellen.
(Interviewer Frau Feist:) Es gibt ja so eine Methode, die nennt sich Seven Layers Deep, also sieben Schichten tief gehen. Und das ist sehr interessant. Alles, was Sie erzählen, ist im Grunde genommen, man forscht immer weiter. Also mir wird beim Arzt als Beispiel ein Medikament verschrieben. Warum wird mir das verschrieben?
Also man fragt immer, warum? Warum wird mir das verschrieben? Was steckt dahinter? Was steckt da - hinter? Und so kommt mir das so vor, wenn Sie so mit allem, was Sie erzählen, kommt man eigentlich automatisch in wirklich diese molekulare Ebene. Sie haben ja eben auch von den Signalmolekülen gesprochen, daß eigentlich viel, also wir sind so drauf gepolt worden, mit allem immer sehr im Außen zu gucken.
Und in der Größe und alles, was groß ist, was mächtig ist, was in der Werbung uns gezeigt wird, das ist das, das muß ja helfen. Aber mal gucken, was steckt dahinter und dahinter und dahinter. Und man kommt in den kleinen Bereich, interessanterweise auch in diese wirkliche, in die Milligramm. Also es ist ja wirklich schon Molekularebene, wenn man sagt, so ein kleines Salzkörnchen Lithium würde schon im Trinkwasser ganz viel nützen.
(Dr. Michael Nehls:) Ja, das ist unfaßbar.
Also, was Sie gerade mit den sieben Lehren sagten… ich kenne diesen Begriff so nicht, aber es paßt natürlich sehr gut zu meiner eigenen Geschichte, weil mein allererstes Buch, was ich jemals geschrieben habe "Die Methusalem-Strategie", da geht es im Prinzip schon darum; das zentrale Thema ist, daß man nie aufhören soll, die Warum-Frage zu stellen.

Also, das ist das zentrale Thema dieses Buches, also sowohl psychologisch als auch philosophisch. Und ich habe ja dann mir die Frage gestellt, warum ist Lithium, weil ich bin von der Alzheimer-Forschung auf Lithium gestoßen, weil Menschen mit bipolarer Störung haben ein sechsfach erhöhtes Risiko, Alzheimer zu entwickeln, es sei denn, sie werden mit Lithium behandelt.
Und Lithium-Behandlung ändert zwar nichts am Krankheitsprozeß, es ist ja eben eine Behandlung, keine Therapie, aber die Wahrscheinlichkeit, daß Sie Alzheimer entwickeln, geht auf das Normalmaß zurück, obwohl es auch nicht gesund ist, aber auf das normale Durchschnittsmaß in der Bevölkerung. Und irgendwann hat man festgestellt, den Effekt erziele ich aber auch schon bei einem tausendstel der Dosis. Und dann waren wir plötzlich bei mikrodosiertem Lithium. Und so bin ich auf das Lithium gekommen, dann habe ich mir die Warum-Frage gestellt. Ja, warum ist es dann nicht erlaubt, warum macht man es nicht ins Trinkwasser?
Weil, im Trinkwasser weiß man, wenn ich Glück habe, irgendwo zu leben, wo mehr Lithium drin ist, und wir reden wirklich von Mikromengen eben, dann habe ich ein geringeres Alzheimer-Risiko, ein geringeres Depressionsrisiko. Und warum ist das nicht drin? Also warum? Und dann, warum ist es verboten? Und die Warum-Frage, wie gesagt, die hat mich sogar bis zum Urknall gebracht, also wirklich bis zum Anfang des Lebens. Und das macht diese Reise jetzt, die ich jetzt durch mein Buch gemacht habe, unfaßbar spannend. Aber man kann dann eben das Ganze von unten auch wieder sozusagen aufbauen und eine neue Welt sich erschaffen.
Also, wenn man dann sozusagen tief reingedrungen ist bis zu den Anfängen, bis die Warum-Frage keinen Sinn mehr macht, weil man die nicht mehr tiefer fragen kann, weil die nächste Frage wäre dann, warum gibt es ein Universum? Aber da kann ich dann keine Antwort mehr liefern, aber man kann dann umkehren und kann sagen, okay, von dort aufbauend baue ich mir jetzt eine neue Welt auf, die Lithium enthält.
Und wenn ich mir diese Welt vorstelle, dann habe ich eine Revolution in der Medizin, aber ich habe auch eine Revolution im menschlichen Miteinander. Ich bin im April 2024 eingeladen worden vom Schweizer Außenministerium auf einem großen Kongress, über 1500 Repräsentanten aus über 100 Nationen waren anwesend. Und ich sollte den Schlüsselvortrag halten, die Keynote Lecture, und in 15 Minuten die Frage beantworten, was das Gehirn benötigt, um Frieden denken zu können. Das war eine Friedenskonferenz und ich sollte das in 15 Minuten beantworten.
Ich habe natürlich das mentale Immunsystem erklärt und dann habe ich aber auch in einem Schlußbild gezeigt, daß Lithium das Schlüsselmolekül für Frieden-Denken ist. Weil das ist eben das, was uns erlaubt zu reflektieren, etwas gelassener zu sein, wenn es zu Konflikten kommt. Frieden ist ja nicht die Absenz von Krieg, sondern die Fähigkeit, friedfertig zu denken, auch Konflikte auszuhalten, Konflikte zu diskutieren, die Position des anderen einzunehmen, also sprich, die Perspektive zu ändern. Und all das fasse ich zusammen unter mentalem Immunsystem. Und das Lithium ist eben das Schlüsselmolekül für das mentale Immunsystem und umso perfider, daß es uns vorenthalten wird.
(Interviewer Frau Feist:) Jetzt habe ich noch eine Frage und zwar ist ja gerade es auch ganz in, sag ich mal. Also überall hört man von Schwermetallen, Schwermetallvergiftung, und gut, wenn man sich umguckt und ein bißchen wach ist, dann kommt man ja auch dazu. Also automatisch… also man sieht einfach, wir werden auf allen möglichen Ebenen vergiftet, nicht nur körperlich, sondern auch mental, wie Sie jetzt gerade auch so erzählt haben. Und welche Rolle kann da… also kann Lithium da auch eine Rolle spielen? Ich will jetzt nicht Entgiftung sagen, weil das gerade so Trend ist, aber daß die Schwermetalle im Körper reduziert werden oder an Wirkkraft verlieren.

(Dr. Michael Nehls:) Beides. Also es gibt Studien, die zeigen, daß zum Beispiel die Quecksilberausscheidung zunimmt, wenn man Lithium zuführt. Die meisten Schwermetalle und auch Plastik und so weiter, hemmen die Neurogenese im Hippocampus, also die Bildung neuer Hirnzellen, was unser mentales Immunsystemprinzip lahmlegt. Insofern ist die Neuroinflammation der Schlüssel und Lithium hilft da. Es gibt auch andere Substanzen, also alles, was die mentale Leistungsfähigkeit, sprich das mentale Immunsystem dämpft, ist problematisch. Und ich gebe da mal ein Beispiel, jetzt nicht aus dem Lithium-Kontext, aber auch zum Beispiel aus meinem Buch die Algenöl-Revolution.
Da habe ich interessanterweise festgestellt, daß Inuit, die sich ja hauptsächlich von Fisch ernähren, die essen natürlich auch sehr viel Schwermetalle, weil die halt im Fisch drin sind. Und da habe ich recherchiert, wie ist es mit der Alzheimer-Wahrscheinlichkeit, weil die Schwermetalle machen ja Alzheimer. Aber der Mangel an den essentiellen Spurenelementen und Vitalstoffen, die im Fisch sind, macht auch Alzheimer. Also wie geht es gegeneinander aus? Also was passiert jetzt, wenn ich etwas zuführe, was vitalstoffmäßig essentiell ist, gleichzeitig aber etwas zuführe, was mir schadet?
Und das Erstaunliche ist, daß die Vitalstoffe gewinnen. Das heißt, die Menschen, die Inuit, die das geringste Alzheimer-Risiko haben, also versterben und kaum Alzheimer entwickelt haben oder gar keinen, haben interessanterweise die höchsten Schwermetallkonzentrationen im Gehirn. Aber die haben kein Alzheimer entwickelt, weil sie auch die höchste Vitalstoffkonzentration im Gehirn haben. Das heißt, was unser Körper nicht kann, sind Mängel sozusagen ausgleichen.
Aber wenn wir die Mängel ausgleichen, selbst, durch eine sinnvolle Ernährung, dann sind wir viel toleranter nicht nur äußeren Gefahren gegenüber, Krieg und Frieden, Diskussionen, sozialer Streß. Wir sind auch Toxinen gegenüber toleranter. Das heißt nicht, daß die Toxine dann gut sind und das ist ja gar kein Problem. Aber, es wäre natürlich noch besser, keine Toxine, nur Vitalstoffe. Aber die Kombination aus beiden, und in meinem neuen Buch nenne ich, um die Homöostase sozusagen aufrechtzuerhalten, das ist ja das Thema, also das Gleichgewicht der Kräfte.
Und da habe ich zwei Gesetze. Ich nenne das erste Kapitel auch das Gesetz " Die Naturgesetze im Zusammenhang mit dem mentalen Immunsystem". Und diese Naturgesetze sind das Gesetz des Minimums und das Gesetz des Maximums. Maximum ist sozusagen, was darf ich maximal zuführen, bevor es wirklich schlimm wird für mich. Also Richtung Toxin. Da gehören natürlich Schwermetalle dazu, aber auch Zucker oder auch Alkohol. Ich kann alles übertreiben. Also alles wird zum Gift irgendwann. Lithium natürlich dann auch. Und auf der anderen Seite das Gesetz des Minimums.
Also, was brauche ich mindestens, um gesund zu sein. Da geht es um die Vitalstoffe. Aber nicht nur, auch Bewegungen, soziale Kontakte und so weiter. Und zwischen dem Gesetz des Minimums und dem Gesetz des Maximums, da ist die Homöostase. Aber je mehr, wenn ich die Vitalstoffe alle da habe, halte ich mehr aus nach oben. Also das Gleichgewicht der Kräfte wird eher ausgehalten, als wenn eben die Vitalstoffe fehlen. Das ist, wenn ich ein Auto habe. Ich kann es überladen, tut dem Auto nicht gut.
Aber wenn ein Vitalstoff fehlt, dann fährt es halt überhaupt nicht. Ja, also so kann man sich das vielleicht vorstellen. Also ich halte einfach mehr aus. Ich kann mehr mit mir mitschleppen in meinem Leben. Ich kann mehr ertragen. Aber das Minimum ist das führende Gesetz der beiden. Das ist ja eine sehr erfreuliche Botschaft, die Sie da verbreiten. Denn das, was ja eben gerade viel so gehört wird, ist, dass. …
Also, diese Schwermetalle und Entgiftung oder Vergiftung. Das ist so. … Das hält gerade Einzug in die Familien. Und die Familien oder die Eltern geraten da manchmal leicht in Panik oder Unruhe oder Sorge. Und alle sind jetzt darauf aus oder viele sind darauf aus zu entgiften,

entgiften, entgiften. Da kann man ja aber auch viel falsch machen. Ja, da kann man auch viele Vitalstoffe ausschleusen. Und dann hat man genau das Gegenteil erreicht. Deswegen, da bin ich gar kein so richtiger Freund davon. Das andere ist auch. …
Ich gebe Ihnen mal ein Beispiel noch zu dieser Balance aus dem Thema von meinem letzten Buch "Indoktriniertes Gehirn". Da geht es ja darum, daß im Prinzip das Virus, das konstruierte als Biowaffe, aber gleichzeitig eben auch verimpfte, als mRNA, was ja im Prinzip den Biowaffenanteil enthält, das Spike -Protein das modifizierte. Und dieses Spike-Protein, das modifizierte, aktiviert im Gehirn die Neuroinflammation. Und die ist eben neurotoxisch für den Hippocampus. Und dann haben mich Leute immer gefragt, ja, ist nun jetzt die Spritze gefährlich oder auch das Virus?
Ich sage, nein, das Virus ist nicht genauso gefährlich, aber auch gefährlich, weil eben genau das drin ist. Aber ja, ist es dann schlimm, wenn man das bekommt? Da sage ich, nein, ich habe auch eine Covid-Infektion gehabt, bin ziemlich sicher. Habe es auch getestet, mit Antikörpern hoch und runter und auch aus der Sicherheit heraus, daß ich mal auf dem Amt sagen kann, guck mal, ich bin gut geprimed für die nächste Infektion.
Aber ich habe immer gesagt, ich habe gar keine Angst, daß das mein Gehirn jetzt beeinträchtigt, weil ich eben auf der Vitalstoffseite dafür sorge, daß mein Gehirn funktioniert, soweit ich es weiß. Vielleicht fehlt noch irgendwas, aber von dem, was ich glaube, was man braucht, das wird in meinen Büchern gut beschrieben. Und wir leben auch danach. Und deswegen habe ich gesagt, ich habe keine Angst, daß ich bleibende Schäden durch eine Covid-Infektion habe.
Aber allerdings, wenn etwas fehlt, wenn mein Immunsystem, mein mentales schon angeschlagen ist, wenn ich schon eine Neuroinflammation habe, zum Beispiel aufgrund eines Lithium - Mangels, dann ist die Gefahr natürlich groß, daß mich so eine Infektion umhaut. Und zwar nicht nur akut, daß ich meine Infektion bekomme und daran leide, vielleicht eine Woche, zwei Wochen, sondern daß ich tatsächlich eine Long-Covid entwickle, eine chronische Erschöpfung entwickle oder als Kind dann auch alle möglichen Probleme entwickle, bis hin zu Autismus.
Autismus ist ja auch letztendlich eine Konsequenz einer Neuroinflammation, vor allem in der vulnerablen Phase der Hippocampus - Entwicklung, also so erstes, zweites Lebensjahr. Da entwickelt sich der Hippocampus zur vollen Reife. Wenn man in der Phase eine schwere Neuroinflammation entwickelt, ist die Wahrscheinlichkeit extrem hoch, daß man eben einen Autismus entwickelt, also eine Dysfunktion des Hippocampus, in der Phase des Lebens, die eben dann lebenslang anhalten kann.
Und einer der Haupttrigger sind eben zum Beispiel aluminiumhaltige Injektionen, weiß man. Also die sollte man vermeiden, Gesetz des Maximums. Auf der anderen Seite eben die Versorgung, daß die Neuroinflammation gar nicht passiert. Gesetz des Minimums, sprich Lithium, aber eben auch aquatische Omega-3-Fettsäuren, die ich nur deswegen erwähne, weil halt eben die fischreiche Ernährung nicht so eine gute Idee ist. Und die einzige Quelle, vernünftige Quelle an aquatischen Omega-3-Fettsäuren sind dann eben, ja, wenn es nicht die Fischprodukte sein dürfen, eben die Algenölprodukte.
(Interviewer Frau Feist:) Also wenn Sie so berichten, mit allem, was Sie wissen, würde ich fast sagen, es müßte eigentlich ein Fach in der Schule geben, das heißt NEHLS.
(Dr. Michael Nehls:) Nee, es müßte heißen "Artgerechte Lebensweise".
(Interviewer Frau Feist:) Ja, nur das wird uns halt leider viel zu selten in der Komplexität auch berichtet, so wie Sie es jetzt gerade sagen, deswegen.
(Dr. Michael Nehls:) Ja, also meine Frau hat gerade gestern irgendwo auf Deutschlandfunk, schlagen Sie mich tot, ich weiß nicht genau wo, aber ich glaube irgendein Sender, es kann Deutschlandfunk gewesen sein oder so was ähnliches, da ging es drum um den Kennedy, Robert F. Kennedy, der ja zum Gesundheitsminister designiert ist, also wir zeichnen es ja noch

auf, bevor er sozusagen jetzt die Stelle bekommt, wenn er sie bekommt, wenn er die Zustimmung vom Parlament dort hat.
Aber der wurde dann als Schwurbler bezeichnet, weil er behaupten würde, gesunde Ernährung sei wichtig. Also man ist Schwurbler, wenn man behauptet, gesunde Ernährung ist wichtig, und das finde ich schon extrem krass, ja. Meine Frau meint aber, so wie sie es angehört hat, hat es irgendeine KI geschrieben.
(Interviewer Frau Feist:) Ja, wobei, wenn Sie das sagen, gerade gibt es so einen Bericht aus den öffentlich -rechtlichen Medien in Deutschland, wo tatsächlich behauptet wird, daß dieses ganze Gerede um Nahrungsergänzungsmittel, um Spurenelemente, Vitamine und so was, das ist eigentlich alles Schwachsinn, weil der Körper braucht so wenig davon, daß selbst …
- es war wirklich in dem Bericht davon die Rede - also bei Vitamin C zum Beispiel, das Vitamin C, was Sie in Pommes finden, reicht völlig aus. Also Sie können ruhig sagen: "Ich verzichte auf alles andere, auch Obst und Gemüse. Es ist gar nicht nachgewiesen." Essen Sie einfach Pommes, da haben Sie Ihre tägliche Ration Vitamin C.
(Dr. Michael Nehls:) Ja, ja, das ist gar nicht so weit hergeholt. Ich habe mehrere Jahre in den USA gelebt, also mit meiner Familie zweimal, sogar mehrere Jahre. Also wir haben zweimal einen Umzug gemacht in die USA, wieder zurück und nochmal hin. Auf jeden Fall waren die dann auch in der Schule. Und da gab es tatsächlich die Ernährungspyramide. Und ich werde es nie vergessen, wo meine Kinder mit einer Zeichnung der Ernährungspyramide heimkamen. Also die Pyramide, was wichtig ist, was nicht so wichtig ist.
Und nebendran war ein Hamburger. Und da wurde praktisch auch vom Hamburger mit Pfeilen gezeigt, daß alles sozusagen damit abgedeckt ist. Also der tägliche Hamburger würde sozusagen ausreichen, sich sozusagen ausreichend nach modernster Medizin zu ernähren. Und soweit ich auch weiß, ist die Ernährung, die Aufklärung, auch in den Händen von McDonalds und Co. Also, es wird ja alles von großen Organisationen, Konzernen, ja alles in den USA gefördert. Aber letztendlich ist es ja bei uns auch nicht viel anders, weil die haben ja auch ihre Durchgriffsmöglichkeiten in die Politik und in das Gesundheitswesen.
Und ich schildere auch in meinem neuen Buch sehr, sehr genau, wie zum Beispiel es zu diesem Umbruch kam. Also wie sozusagen eine artgerechte Lebensweise aus dem Curriculum auch in der medizinischen Ausbildung rausgenommen worden ist. Warum das Gesetz des Minimums da nicht vorkommt. Das Grundgesetz des Lebens findet in der Medizin …, wird in der Medizin nicht gelehrt. Das kann man sich gar nicht vorstellen. Das ist ja …, ich meine, jeder Automechaniker, ohne despektierlich zu sein, weiß, wenn das Auto stehen bleibt, gibt's ne Handvoll Gründe.
Aber in der medizinischen Ausbildung, wenn der Wagen stehen bleibt sozusagen, also wenn ich dann die Diagnose Depression bekomme, gibt's nur das Antidepressivum. Es gibt keine systemischen Fragen: Ja warum hat man die Diagnose Depression entwickelt? Warum hat es Kinder - ATHS entwickelt? Warum kommt es zu Autismus? Und zwar erst, seit man diese Injektionen gegen Kinderkrankheiten macht, die gar nicht notwendig wären. Und deswegen ist halt eben das Thema, daß wir die Warum - Frage stellen müssen. Und vielleicht haben wir ein paar Warum - Fragen jetzt auch ganz gut beantwortet.
(Interviewer Frau Feist:) Ich danke Ihnen wirklich. Ja, das ist…, also Sie haben so viel angesprochen, das ist ja eigentlich nochmal im Detail ein ganz neuer Bereich eben. Das ist auch das, wo viele Eltern auch sehr verzweifelt sind. Warum gibt es Autismus? Warum gibt es ADHS und so weiter? Das sprengt natürlich jetzt den Rahmen.
(Dr. Michael Nehls:) Ich kann aber dazu vielleicht einladen. Als A natürlich, mein neues Buch wird dafür die Antworten liefern. Aber ich kann niemanden sozusagen zwingen, also ich will auch niemanden dazu zwingen, mein Buch zu kaufen, sondern ich möchte…, ich kläre auf allen Ebenen auf. Es gibt natürlich auch Interviews dazu. Ich habe (auf) einen Autismus -

Kongreß gerade vor kurzem Rede und Antwort gestellt, das wird demnächst auf meinem Kanal erscheinen.
Habe aber im Vorfeld des Kongresses in meiner Vorbereitung mich über einen systemischen Ansatz der Prävention und der Therapie von Autismus intensiv beschäftigt und habe dann ein mehrseitiges Dokument mit allen wissenschaftlichen Studien zusammengefaßt. Und auf meiner Webseite findet man das alles. Also einfach auf meine Webseite gehen, www.michael-nehls.de, und dann unter Info, da gibt es zu all diesen Themen, gibt es dann eben auch entsprechende Unterstützung. Das heißt, man muß nicht jetzt von mir ein Buch kaufen, es reicht auch schon, das mal einfach zu gucken und sich Anregungen zu holen.
(Interviewer Frau Feist:) Ich habe abschließend eine kurze Frage. Sie sind ja selber auch Vater, haben das ganze Wissen, die ganzen Erkenntnisse, und wenn Sie jetzt sagen würden, die drei wichtigsten Punkte, weil Sie vorhin gesagt haben, wir leben auch danach, was sind so die drei wichtigsten Punkte, wo Sie sagen, das ist essentiell für uns als Familie, für unsere Kinder. Das lassen wir komplett weg oder das dann, also so leben wir oder das führen wir zu, das fördern wir. Was würden Sie da sagen?
(Dr. Michael Nehls:) Also das erste Mal ist, komplett relaxed bleiben. Also auf jeden Fall nicht jetzt in irgendeinen Wahn verfallen, daß alles perfekt sein muß. Um ganz ehrlich zu sein, ich bin erst vor gut 20, 22 Jahren auf den Trichter gekommen. Also ich habe 10, 15 Jahre nach dem Medizinstudium noch gebraucht, um überhaupt zu verstehen, wie ich da sozusagen indoktriniert wurde und daß ich die Medizin komplett neu wieder zusammenbauen muß. Und in der Zeit sind auch meine Kinder aufgewachsen, bis zum Teenageralter. Das heißt, wir haben all das nicht angewandt, was ich heute weiß.
Und wenn ich Enkel habe, würde ich es wahrscheinlich besser machen, also zumindest eine bessere Empfehlung geben. Aber das brauche ich gar nicht, weil meine Kinder in der Zwischenzeit auch mit mir zusammen gelernt haben, auf was es ankommt. Aber weil ich eben weiß, daß man natürlich jetzt …, ja, daß es nicht absolut fatal ist, wenn man nicht alles perfekt macht und es sogar im Umkehrschluß es sogar fatal werden kann, wenn man es perfekt machen will.
Das ist nämlich auch ganz schön stressig, dann kommt man recht schnell in so - wie heißt das nochmal, nicht Normorexie, es gibt so ein Wort dafür, also nicht die Anorexie, sondern diese ja … - daß man versucht, alles zu perfektionieren in seiner Ernährung, in seinem Verhalten. Und dann macht das Leben auch keinen Spaß mehr. Und das ist das Wichtigste eigentlich im Leben, daß es Spaß macht, ja, daß man Freude hat, so weit wie es geht. Und wenn mal was Schlimmes passiert, daß man es eben überwindet und dann daraus lernt und wieder Freude gewinnt.
Und da ist es halt ganz wichtig, daß man relaxed bleibt, ganz arg wichtig, also ganz, ganz wichtig. Dann gibt es noch ein paar Dinge, die absolut essentiell sind, und die man halt über die normale Nahrung nicht zuführen kann. Die sind natürlich bei uns auf dem Tisch und da rede ich ja immer wieder davon, Omega-3, Vitamin D und Lithium. Und dann ist man eigentlich schon recht gut versorgt, wenn man natürlich jetzt, … je nachdem, wie man sich ernährt, hat man vielleicht noch einen Selenmangel, Zinkmangel, klar.
Aber das sind einfach so die gewissen Dinge. Und natürlich vorherrschend ist natürlich diese Art Methusalem - Strategie, wie ich sie nenne, das heißt, ich weiß, daß nicht nur Ernährung relevant ist für uns. Man muß eben auch das soziale Miteinander, (wie) man miteinander umgeht. … Was aber eben erleichtert wird, wenn man keine Mängel hat, weil man ist einfach etwas relaxed im Umgang miteinander.
Man ist nicht gleich gestreßt, wenn jemand mal eine andere Meinung hat. Und das heißt, das Soziale ist halt extrem wichtig, daß man Sachen anspricht, durchspricht und sie nicht einfach übergeht. Und ja, wir machen auch alle unseren Sport ein bißchen und daß man auch körper-

lich ein bißchen aktiv bleibt. Und da die Welt eben so krank ist und wir wollen, daß es ein bißchen besser wird, haben wir natürlich Lebensinhalt. Und das ist ja auch ganz wichtig, daß man immer was zu tun hat.
(Interviewer Frau Feist:) Herzlichen Dank, wirklich. Also, daß Sie uns auch auf Ihre, wie Sie es auch selber gesagt haben, spannende Reise mitgenommen haben und hier vieles erläutert haben. Vielen, vielen Dank dafür, für Ihre Zeit.
(Dr. Michael Nehls:) Ja, ich danke Ihnen. Ich meine, den Kongreß, den Sie da veranstalten, ich muß ganz ehrlich sagen, als ich davon gehört habe, habe ich sofort zugesagt, obwohl ich momentan eigentlich überall absage, weil ich das Buch schreiben muß, aber ich habe so höchsten Respekt, daß Sie das machen und ich hoffe, daß also über meinen Abonnentenkreis, wir werden es ja auch bei mir veröffentlichen, daß wir da möglichst viele bekommen, die sagen, ja, da gehe ich mal hin, da informiere ich andere drüber und daß hoffentlich die ganze Welt bei Ihnen zuschaut.
(Interviewer Frau Feist:) Danke Ihnen sehr, wirklich. Und viele Grüße an Ihre Frau, besonders heute. Vielen Dank.
(Dr. Michael Nehls:) Danke. …<<
USA: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 10. Februar 2025 (x1.498/…): >>**Trump räumt in den USA bei der USAID auf - Wie reagieren die Finanzmärkte?**
US-Präsident Donald Trump sorgt fast täglich für neue Schlagzeilen, welche die Welt und die Anleger in Atem halten. Trump räumt auch in den USA auf und läßt über Elon Musk Tausende von Regierungsbeamten in diversen Behörden entlassen.
Von *Andreas Männicke*
Die US-Entwicklungsbehörde USAID ist nach Angaben von Trump und Musk ein Sumpf von Korruption und Bestechungsgeldern sein. Von den über 10.000 Mitarbeitern sollen nur 380 bleiben. Es sind mit den Geldern der USAID angeblich auch ukrainische Medienanstalten unterstützt worden, die nun angeblich vor dem Aus stehen. Auch sollen US-Sänger und US-Schauspieler in die Ukraine gereist sein, um Selenskyj zu unterstützen. Ob das aus eigener Tasche oder der USAID bezahlt wurde, wird gerade untersucht. Aber Vorsicht: hier gibt es auch Fake-Videos die wahrscheinlich von Rußland absichtlich in Umlauf gebracht werden. Mit KI ist heutzutage vieles möglich.
Wo sind 100 Mrd USD an Ukraine-Hilfe geblieben?
Von den 177 Mrd. USD vom US-Kongreß bewilligten US-Geldern sollen angeblich nur 76 Mrd. USD in der Ukraine angekommen sein. Wenn diese stimmen sollten, bedarf es eines Untersuchungsausschusses nicht nur im US-Kongreß, sondern auch in der EU und sogar im deutschen Bundestag. Wer kontrolliert eigentlich, wo die Milliardenhilfe aus den EU-Haushalt und auch aus dem deutschen Bundeshalt, die vom Steuerzahler finanziert werden, genau hingehen? Die Ukraine ist nach wie vor eines der korruptesten Länder der Welt und hier wären scharfe Kontrollen vor Ort ohnehin notwendig.
Ist der argentinische Präsident Javier Milei ein Vorbild für Trump und Musk?
Trump und Musk machen jetzt einen Kahlschlag bei unliebsamen Regierungsbeamten und gehen dabei ähnlich vor wie der argentinische Präsident Javier Milei, der auch symbolisch mit einer Kettensäge faule Bäume fällen will. Er will damit aber auch den Regierungsapparat säubern, um mehr Marktwirtschaft und weniger Staat zur Geltung kommen zu lassen. Ganz ähnlich gehen jetzt Trump und Musk vor.
Dies wird noch für viel Aufregung und Protesten in den USA sorgen. Es wird mit Sicherheit neue Attentate gegen Trump in diesem Jahr geben, denn Trump verschafft sich durch seine aggressive Politik nun neue Feinde. Dies aber nicht nur im Inland, sondern auch mit dem Ausland. Schon während des Wahlkampfes gab es einen Attentat, den Trump nur knapp überlebt

hat.

Der Zollkrieg mit China geht in die erste Runde

Für viel Aufregung sorgten schon die Zollerhöhungen gegen Kanada um 25 %, Mexiko um 25 % und gegen China um 10 %, wobei die Zollerhöhungen gegen Kanada und Mexiko für 1 Monat wegen der Hilfe bei der Bekämpfung gegen die Drogen-Mafia ausgesetzt wurden. Trump droht aber auch der EU mit Zollerhöhungen, wo dann wiederum auch die EU mit erhöhten Zöllen gegen die USA reagieren müßte.

China reagierte schon prompt mit einer Erhöhung der Zölle für US-Öl und Gasprodukte, für einige landwirtschaftlichen Produkte und Autos. Wenn die USA hier den Bogen überspannt, kann sich der chinesische Präsident Xi genötigt fühlen, Taiwan zu vereinnahmen, womit die US-Halbleiter- und Chip-Industrie ins Wanken kommen könnte. Ein Taiwan-Krieg ist also in diesem Jahr nicht ausgeschlossen, was die Weltwirtschaft erheblich beeinträchtigen würde. Aber der Taiwankrieg kommt frühestens im zweiten Halbjahr.

Trump droht mit Sanktionen gegen den Internationalen Gerichtshof in Den Haag

Trump droht aber auch mit Sanktionen gegen Richter und Mitarbeiter des Internationalen Gerichtshofes in Den Haag, falls US-Bürger dort verurteilt werden. So wurde letztes Jahr schon der israelische Präsident Netanjahu als Kriegsverbrecher verurteilt, ebenso wie Putin. Die EU und die Bundesregierung sind erbost von diesen Drohungen von Trump, der sich nicht an internationale Gerichte hält. Trump will einen Freibrief für alle US-Bürger, was bereits Bände spricht. Trump will die Regeln für die Welt vorgeben, an die sich alle halten sollen. Was für eine Farce.

Wann kommt der Engpaß "Seltene Erden!?

Die USA wollen die Weltherrschaft mit aller Macht behaupten ausbauen. Dies wird aber auch ein Kampf um Rohstoffe und Ressourcen sein. Dies weiß Trump ganz genau. Daher will er sich auch Grönland einverleiben. Und Trump will von der Ukraine Rohstoff wie Seltene Erden im Austausch für die Milliardenhilfe der USA bekommen. Über 90 % der Seltenen Erden kommen aber aus BRICS-Ländern und über 70 % aus China. Dies könnte Trump früher oder später zum Schluß auf die Füße fallen, wenn er den Handelskrieg mit China übertreibt.

BRICS sind gegen eine Weltherrschaft der USA

Gegen die Weltvorherrschaft der USA sind aber die BRICS-Länder, die sich formiert haben, um gerade das zu unterbinden. Noch agieren die BRICS-Länder ohne eigene Währung wie ein zahnloser Tiger. Das kann sich aber ändern, wenn tatsächlich eine neue BRICS-Währung womöglich auf Kryptobasis ins Leben gerufen wird. Trump drohte schon vorsorglich mit einer Erhöhung der Zölle um 100 % für alle, die sich an einer solchen BRICS-Währung beteiligen. Die BRICS-Länder sind aber keine homogene Gemeinschaft und zum Teil untereinander zerstritten, so daß bisher keine Gefahr für die USA ausgeht. Im Kriegsfall könnet sich das aber schnell ändern.

Trump will den Gazastreifen einnehmen - eine absurde Idee?

Für noch mehr Aufregung vor allem im arabischen Raum sorgte der Vorschlag von Trump bei dem Treffen mit dem israelischen Präsidenten Netanjahu, daß die USA den Gazastreifen übernehmen und die 2 Mio. Palästinenser "freiwillig" nach Jordanien und Ägypten umsiedeln. Jordanien und Ägypten sprechen sich sofort gegen diesen Vorschlag aus. Aber auch deutschen Politiker halten diesen Vorschlag für absurd und völkerrechtswidrig. Trump will aus Schutt und Asche ein Ferienparadies für alle aus der Welt zaubern und Tausende von neuen Arbeitsplätzen schaffen. Netanjahu war begeistert von dem Vorschlag und bot sogleich seine Hilfe an.

Trump will den Ukraine-Krieg schnell beenden - nur zu welchem Preis für die Ukraine?

Trump macht aber auch offensichtlich Druck, um den Ukrainekrieg schnell zu beenden. Angeblich will der Sonderauftrag für die Ukraine und ehemalige US-General Keith Kellogg auf

der Sicherheitskonferenz vom 16. bis 18. Februar einen Vorschlag unterbreiten, wie der Ukrainekrieg schnell (bis Ostern?) beendet werden kann. Demnach darf Rußland die Gebiete in der Ostukraine behalten und die Ukraine darf nicht in die NATO.
Dafür bekommt die Ukraine Sicherheitsgarantien der EU, daß die Ukraine nicht mehr angegriffen wird. Auch die Wiederaufbauarbeit soll die EU dann alleine meistern, wobei die USA der Ukraine weiter Waffen schicken werden, gegen Bezahlung natürlich. Dabei sind die USA mitverantwortlich dafür, daß es überhaupt einen so langen Ukrainekrieg gegeben hat. Der Dumme wäre demnach der deutsche Steuerzahler.

Trump fordert Präsidentschaftswahlen in der Ukraine

Die USA verlangen aber auch schnell neue Präsidentschaftswahlen in der Ukraine, da die Wahlen wegen dem Krieg ausgesetzt wurden. Daher will Putin auch nicht mit Selenskyj verhandeln, weil er ich nicht als demokratisch gewählter Präsident betrachtet wird. Die Amtszeit von Selenskyj endete formell am 20. Mai 2024.
Durch den Krieg weigerte sich Präsident Selenskyj neue Wahlen stattfinden zu lassen, in der Ost-Ukraine auch unmöglich wären. Das Pentagon ist sehr unzufrieden mit Selenskyj. Aber auch in einigen Städten in der Ukraine gibt es jetzt Proteste gen Selenski, die nun zu Friedensverhandlungen mit Rußland auffordern.
Putin wird zudem verlangen, daß die US-Sanktionen gegen Rußland abgeschafft werden. Auch Putin verlangt Sicherheitsgarantien für Rußland. Alles ist möglich und eine Verhandlungssache. Trump will aber für die Milliardenhilfe für die Ukraine als Ausgleich Rohstoffe wie Seltene Erden von der Ukraine erhalten.
Wenn dies Trump gelingen sollte, wird es vor allen Dingen einen starken Anstieg der Aktienkurse in der Ukraine geben. Es droht aber auch ein Scheitern der Verhandlungen, wenn Putin seine Sicherheitsinteressen nicht gewahrt sieht. Dann droht sogar eine Eskalation in der Ukraine. Der Teufel steckt zudem oft im Detail, vor allen Dingen, wo die Grenzen verlaufen und wie sie geschützt werden sollen. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 10. Februar 2025 (x1.493/…): >>**CIA und USAID: Globaler Krieg gegen die Demokratie**

Im globalen Kampf um Deutungshoheit nutzten Deep-State-Globalisten und die CIA bislang ihr mächtigstes Werkzeug - die Tarnorganisation USAID -, um Medien, Demonstranten und Universitäten zu finanzieren und so die Kontrolle über die Welt zu sichern. Damit macht Donald Trump nun Schluß! …

_ von *Therese Bader*

Im globalen Kampf um Deutungshoheit finanzieren sie Medien, Demonstranten und ganze Universitäten. Es ist ein Krieg gegen die Demokratie - mit dem Ziel, die Kontrolle über die Welt zu erlangen. Was jahrelang als Verschwörungstheorie abgetan wurde, ist heute erwiesen: Während man stets von Soros, Gates & Co. sprach, enttarnten nun Elon Musk und US-Präsident Donald Trump die wahren Drahtzieher hinter diesen Mittelsmännern. Es sind die Deep-State-Globalisten und die CIA. Ihr wichtigstes Werkzeug: die Tarnorganisation USAID.

Finanzierung durch Steuerzahler

Über Jahrzehnte hinweg wurden weltweit Regimewechsel und Wahlbeeinflussungen in großem Stil organisiert - zuletzt in Rumänien. Doch auch Deutschland und Österreich sind massiv von geheimdienstlicher Einflußnahme betroffen, wie auch die Causa der Beeinflussung der EU-Wahl unter der Voice-of Europe-Kampagne gegen die Spitzenkandidaten der AfD, Maximilian Krah und Petr Bystron, zeigte.
Noch im Jahr 2024 veranschlagte der damalige US-Präsident Joe Biden 30 Milliarden Dollar für USAID. Doch nun gehört das wichtigste Instrument zur Einflußnahme auf fremde Regierungen der Vergangenheit an - und die üblichen Verdächtigen schreien empört auf. Zahlreiche Organisationen sehen sich um ihre Existenzgrundlage gebracht.

Dabei wurden die Gelder zu 100 Prozent aus den Steuermitteln der US-Bürger finanziert - Geld, das die USA dringend für ihren eigenen Wohlstand benötigen. Musks Regierungstransparenz-Behörde DOGE räumt nun auf: Seit dem 7. Februar sind sämtliche Mitarbeiter der globalen Regime-Change-Maschinerie beurlaubt.

Gesponserte Medien-Kampagnen

Um die öffentliche Meinung im Ausland zu steuern, finanzieren USAID und die Open Society Foundations von George Soros - gespeist aus Geldern des National Endowment for Democracy (NED) - das Mediennetzwerk OCCRP. Besonders auffällig ist die enge Zusammenarbeit mit sogenannten Leitmedien wie der Süddeutschen Zeitung, dem Spiegel und dem österreichischen Standard, die vermeintliche Enthüllungen des OCCRP oft ungeprüft übernehmen und weiter verbreiten. So entstehen mediale Erzählungen, die nicht auf objektiven Recherchen, sondern auf strategischer Einflußnahme beruhen - eine subtile, aber hochwirksame Form der geopolitischen Manipulation.

Führende Medien sind Teil dieses Netzwerks, dessen Einfluß nun in einem völlig neuen Licht erscheint. So auch beim sogenannten Ibiza-Coup von 2019, der zum Sturz der schwarz-blauen Regierung in Österreich führte. Die Ergebnisse einer geheimdienstlich organisierten Beschattungsaktion des damaligen FPÖ-Vizekanzlers Heinz-Christian Strache erwiesen sich letztlich als belanglos - er wurde in sämtlichen Strafprozessen freigesprochen. Doch der Schatten, den die OCCRP-Medien Süddeutsche Zeitung, Spiegel und Standard auf den einstigen Spitzenpolitiker warfen, besteht bis heute.

EU-Wahl 2024

Im vergangenen Jahr stand die Europawahl im Mittelpunkt eines angeblichen Skandals, erneut befeuert durch Medien des OCCRP-Netzwerks. Es waren es Politiker patriotischer Parteien, die zur Zielscheibe der Wahlbeeinflussung wurden. Konkret traf es mit Maximilian Krah und Petr Bystron die Spitzenkandidaten der AfD. Die sogenannte Voice-of-Europe-Affäre wurde konstruiert.

Der Hintergrund: Ein Magazin ukrainischer Dissidenten, das sich nach dem breiten Kahlschlag der Opposition durch das Selenski-Regime im tschechischen Exil ansiedelte, soll AfD-Politiker, die Interviews gaben, bestochen haben. Beweise für die kruden Vorwürfe blieben die OCCRP-Akteure bis zuletzt schuldig. Der Niederländer Marcel de Graaf, dem das OCCRP ähnliche Vorwürfe machte, verpaßte knapp den Einzug ins EU-Parlament. Die Vorwürfe überschatteten die gesamte EU-Wahl und führten letztlich sogar dazu, daß sich Europas patriotische Parteien aus der früheren ID-Fraktion in zwei Fraktionen aufspalteten: die Fraktion Europa der Souveränen Nationen (ESN) und die Patrioten für Europa (PfE).

Von guter und böser Opposition

Teile und herrsche - das ist die stete Grundlage des Regime-Change-Manuals des US-amerikanischen Deep State. Die Globalisten befinden sich im Wirtschaftskrieg mit einem Staat? Schnell wird in den OCCRP-Medien eine besonders schützenswerte Minderheit entdeckt, die unser aller Rettung bedarf. Global werden Kampagnen für Uiguren geschaltet, wenn China in die Knie gezwungen werden soll. Oder für die georgische oder weißrussische Opposition.

Sehr deutlich zeigt sich das Spiel "gute vs. böse Opposition" in der Ukraine. Während die heutige Opposition gegen Selenski aktiv von USAID bekämpft wird, wurden die Mannen des heutigen ukrainischen Präsidenten im Rahmen des Maidan-Putsches erst mit Hilfe von USAID an die Spitze geführt - und bis zum Ende von USAID fürstlich finanziert. Millionen von Dollar flossen überdies in die öffentlichkeitswirksamen Promibesuche in die Ukraine, die Werbung für "unseren" Krieg machen sollten. So soll allein Angelina Jolie 20 Millionen Dollar für ihren Ukraine-PR-Ausflug erhalten haben.

Nun klagen ukrainische Blogger reihum, daß sie ihre Arbeit wegen Trump einstellen müßten.

Auf seiner Webseite zeigt einer von ihnen, wer ihn bis dahin sponserte: USAID. Kein Einzelfall: Auch das bis dahin angeblich unabhängige ukrainische Medien-Outlet Ukrainer erklärte, daß es seine Medienarbeit womöglich einstellen müsse. Denn zu 80 % sei diese durch USAID finanziert worden.
Auch für LGBTQ-Projekte in Serbien (2,5 Millionen Dollar), eine Transgender-Oper in Kolumbien (47.000 Dollar) oder schwule Comic-Projekte in Peru (32.000 Dollar) ist das Ende von USAID eine schlechte Nachricht. Doch die Bürger in den USA und im Ausland können aufatmen: Ohne USAID kann sich ihre Demokratie ohne geheimdienstliche Manipulation entwickeln.<<

11.02.2025

BRD: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 11. Februar 2025 (x1.498/…): >>**Gold ist nicht zu stoppen**

Auch das Jahr 2025 wird ein Gold-Jahr werden und hat bereits mit einem recht steilen Anstieg des Goldpreises begonnen. Wir befinden uns immer noch in einer relativ frühen Phase dieser Gold- und Edelmetallhausse.

Von *Claus Vogt*

Mitte letzter Woche ist es schon wieder passiert: Mit einem charttechnischen Ausbruch aus einer typischen Konsolidierungsformation erreichte der Goldpreis in Dollar - und allen anderen wichtigen Währungen - ein neues Allzeithoch. Nun kratzt er an der Marke von 2.900 $ pro Unze, die er mit großer Wahrscheinlichkeit in den nächsten Tagen hinter sich lassen wird.

Schon voriges Jahr hatten Goldanleger reichlich Grund zur Freude. Mit dem erzkonservativen Investment Gold schnitten sie besser ab als der DAX oder der S&P 500 - was übrigens auch längerfristig, das heißt seit der Jahrtausendwende der Fall ist.

Ein weiteres Gold-Jahr hat begonnen

Auch das Jahr 2025 wird ein Gold-Jahr werden und hat bereits mit einem recht steilen Anstieg des Goldpreises begonnen. Nachdem erst gut ein Monat im neuen Jahr verstrichen ist, hat der Goldpreis schon um fast 10 % zugelegt. Zum Vergleich: Beim NASDAQ 100 und beim S&P 500 sind es nur jeweils 2 %-3 %. Hier geht es schon seit geraumer Zeit seitwärts, ohne daß eine charttechnisch bullishe Formation zu erkennen ist.

Goldpreis pro Unze in $, 2022 bis 2025

Unbeachtet von der Mehrheit der Anleger nimmt die Goldhausse ihren Lauf.

Auch aus fundamentaler Sicht ist Gold seiner Konkurrenz weit überlegen. Während alle unsere Indikatoren darauf hindeuten, daß sich die Goldhausse noch immer in einer relativ frühen Phase befindet, ist die US-Börse zu einem gigantischen Kasino verkommen. Hier scheinen Kurseinbrüche nur noch eine Frage der Zeit zu sein.

Die Gründe, die wir anführen, um eine solche Entwicklung zu prognostizieren, sind vielfältig. Zum einen droht die US-Wirtschaft in eine Rezession abzurutschen. Darauf deutet die Zinsstrukturkurve hin, die jetzt nach einer langen inversen Phase gedreht hat. Wenn das der Fall ist, sollten bei jedem Analysten die Alarmglocken schrillen. Dennoch sind die Wall Street-Strategen bullish für den Aktienmarkt und prognostizieren einen anhaltenden Konjunkturaufschwung.

Trump kürzt Staatsausgaben

Die von Donald Trump angekündigte und bereits begonnene Reduzierung der Staatsausgaben wird das Wirtschaftswachstum kurzfristig belasten. Bei der Berechnung des Bruttoinlandsprodukts spielen die Staatsausgaben eine wichtige Rolle. Unter dem vor kurzem abgelösten Präsidenten Biden wurde die US-Wirtschaft durch riesige Staatsausgaben und immer neue Schulden künstlich am Leben erhalten. Diese Party scheint vorerst vorbei zu sein.

Zum anderen gibt aber nicht nur die US-Wirtschaft Grund zur Sorge. Auch die extreme Überbewertung des Aktienmarktes und des Immobilienmarktes lassen nichts Gutes erwarten, so-

bald die euphorische Stimmung abkühlt. Der Kurseinbruch der Nvidia-Aktie ist ein klar erkennbares und typisches Warnzeichen für die Börse in den USA.

Gold als Underdog

Während die Investoren in Amerika mitten in der vielleicht größten Spekulationsblase, die wir jemals gesehen haben, munter mit den dramatisch überbewerteten Aktien der Technologie-Riesen zocken, läuft Gold weiterhin unter dem Radar. Das belegen zum Beispiel die sehr verhaltene Berichterstattung über die Goldhausse, die geringen Mittelzuflüsse der wichtigen Gold-ETFs und das niedrige spekulative Interesse an den Edelmetallmärkten.

Auch um Goldminenaktien, die ja eigentlich die großen Profiteure einer Goldhausse sein sollten, ist es nach wie vor ruhig. Unser Goldminendepot schnitt übrigens auch im Vergleich zu den Indizes sehr gut ab - hier können sich die Leser unseres Börsenbriefes Krisensicher Investieren über teilweise sehr hohe Gewinne freuen von zum Beispiel 174 %, 213 % oder sogar 674 % bei unserem Spitzenreiter Lundin Gold.

Es ist noch nicht zu spät für den Einstieg

Falls Sie als Investor besorgt sind, den Einstieg bei Gold, Silber und den Minenaktien verpaßt zu haben, können wir Sie beruhigen. Wir befinden uns immer noch in einer relativ frühen Phase dieser Gold- und Edelmetallhausse. Neben fundamentalen, geopolitischen und markttechnischen Gründen spricht dafür auch das Verhalten der US-Anleger, die die Goldhausse für sich noch nicht entdeckt haben. Diese Kurzsichtigkeit werden sie korrigieren - spätestens, wenn die Aktien der Börsenlieblinge der vergangenen beiden Jahre unter Druck geraten.

Ein Einstieg in Gold, Silber und Minenaktien ist also nach wie vor richtig und verspricht sehr lukrativ zu sein. Einige der besten von uns empfohlenen Aktien sind aufgrund des Anstiegs des Gold- und Silberpreises immer noch sehr moderat bewertet. Wir bei Krisensicher Investieren suchen Ihnen aus diesem aussichtsreichen Sektor die unangefochtenen Hochkaräter heraus und halten auch in anderen Sektoren nach günstig bewerteten Unternehmen Ausschau. ...<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/36539" berichtet am 11. Februar 2025 (x1.494/…): >>**Die Akte Baerbock: Ist Annalena das Klima sch***egal?**

Die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock präsentiert sich bei jeder Gelegenheit als mustergültige Vorkämpferin gegen den Klimawandel. Bei den Verhandlungen der Ampel-Koalition verkündete Baerbock, daß der Klimaschutz die Meßlatte für die gesamte Bundesregierung sein muß.

Zu Beginn dieser Sendung möchten wir daher einmal Baerbocks eigene Taten am Klimaschutz messen und prüfen, ob sie das, was sie Ihrer Bevölkerung auferlegt, auch selbst einhält.

1) Kurzstreckenflüge

Im Wahlkampf 2021 trat die damalige Kanzlerkandidatin Baerbock dafür ein, Kurzstreckenflüge zu verteuern und diese auf längere Sicht möglichst ganz abzuschaffen.

Bei den eigenen Kurzstreckenflügen nahm sie es dagegen nicht so genau. Ein Beispiel: Als bei der Fußballeuropameisterschaft 2024 Deutschland in Frankfurt gegen die Schweiz spielte, saß Baerbock auch auf der Tribüne. Am nächsten Tag stand dann eine Konferenz der EU-Außenminister in Luxemburg auf dem Programm. Anstatt die Strecke mit dem Auto zurückzulegen, was dann so ca. drei Stunden in Anspruch genommen hätte, flog Baerbock kurz vor Mitternacht lieber mit der Flugbereitschaft der Bundeswehr in 35 Minuten nach Luxemburg. Daß ihre eigene Partei in Frankfurt ein Nachtflugverbot durchgesetzt hatte, interessierte sie dabei wenig. Sie bekam natürlich eine Sondergenehmigung. Der Klimaschutz war hier auf einmal nicht so wichtig.

2) Zugfahrt auf 1. Dienstreise

Bei ihrer ersten Dienstreise nach Paris und Brüssel ließ sich Baerbock mit der Flugbereitschaft nach Paris fliegen. Für ihre Weiterreise nach Brüssel nahm sie dann den Zug und wurde dafür in gewissen Medien gefeiert. Das Flugzeug, das sie nach Paris gebracht hatte, flog anschlie-

ßend leer nach Deutschland zurück. In der Zeit, als die Grünen die Oppositionspartei waren, hatten sie solche Leerflüge noch scharf kritisiert.

3) Baerbock in Dänemark

Im August 2022 war Baerbock auf Dienstreise in Dänemark. Der letzte geplante Termin der Reise wurde jedoch kurzfristig abgesagt. Daraufhin beantragte das Auswärtige Amt einen früheren Abflug für die Ministerin. Dies war wegen der gesetzlich vorgeschriebenen Ruhezeit der Crew jedoch nicht möglich. Laut Bericht der Bild-Zeitung wurde daraufhin extra eine weitere Flugbesatzung von Köln nach Kopenhagen eingeflogen, um der Ministerin die drei Stunden Wartezeit bis zum regulären Abflug zu ersparen.

4) Wahlversprechen Linienflüge

Im Wahlkampf 2021 verkündete Baerbock, daß sie in Regierungsverantwortung vor allem Linienflüge nutzen möchte.

In der Praxis fand dies dann äußert selten statt. In den meisten Fällen nutzte sie die Flugbereitschaft der Bundeswehr. So auch bei einer Reise nach Australien. Aufgrund von Problemen mit den Landeklappen, mußte der Flieger nach dem Zwischenstopp in Abu Dhabi aber gleich nach dem Start wieder umkehren und 80 Tonnen Kerosin ablassen, um am gleichen Flughafen wieder landen zu können. Anstatt sich bei diesen Zwischenfall an ihr Wahlversprechen zu erinnern und mit der Linie weiter zu fliegen, wurde am nächsten Tag mit der Maschine der Flugbereitschaft ein weiterer Versuch unternommen, der abermals abgebrochen wurde, nachdem erneut 80 Tonnen Kerosin abgelassen wurden.

5) Teure Liegenschaften

In Brüssel kaufte das Auswärtige Amt, dem Baerbock vorsteht, für fast 8 Mio. € eine Luxusresidenz auf einem 15.000 qm großen, parkähnlichen Grundstück, inklusive Indoor-Pool und Tennisplatz. Zusätzlich zum Kaufpreis fielen Renovierungskosten von 7,3 Mio. € und nochmals 600.000 € für die Ausstattung an. Dieser Kauf wurde vom Bundesrechnungshof scharf kritisiert und es wurde angemahnt, das Gebäude möglichst schnell wieder zu verkaufen. Die Prüfer verwiesen darauf, daß das Auswärtige Amt bereits drei gut ausgestattete Residenzen in Brüssel besitzt, und daß das Gebäude - Achtung! - "energieintensiv und teuer im Unterhalt" sei. "Energieintensiv und teuer" - War da nicht was?

Wurden wir Deutschen nicht gerade massiv zur Kasse gebeten, um im Gebäudesektor Einsparungen zum Schutz des Klimas zu erreichen? Stichwort Heizungsgesetz, Wärmepumpen usw. Und nun maßt sich unsere Außenministerin so etwas an?! Die Kritik der Rechnungsprüfer wurde natürlich zurückgewiesen, Baerbocks Ministerium weigert sich, das Gebäude wieder zu verkaufen.

Wie war das nochmals mit der vollmundig verkündeten Forderung, daß sich jedes Vorhaben am Klimaschutz messen muß?

Fällt so etwas nicht unter das Motto: Wasser predigen - und Wein trinken?

Zwischenfazit:

Sieht man sich alle diese Beispiele an, fällt es schwer zu glauben, daß Annalena Baerbock den Klimaschutz wirklich ernst nimmt. Warum tritt sie dann trotzdem öffentlich so vehement für den Klimaschutz ein?

Kla.TV hat in zahlreichen Sendungen mit vielen Expertenstimmen aufgezeigt, daß der Klimawandel ganz andere Ursachen hat, als uns von Politik und Medien präsentiert werden. Ebenso wurden als Gründer und Urheber der Klimabewegung nicht etwa besorgte Umweltschützer identifiziert, sondern die reichsten Menschen auf diesem Planeten, wie z.B. die Rockefeller-Familie, die selbst im Ölgeschäft steinreich geworden ist. Interessant ist, daß Annalena Baerbock eben genau mit diesen reichen Drahtziehern gut vernetzt ist. Warum haben diese Multimilliardäre, die sonst nur und einzig für sich schauen, sich auf einmal die Rettung der Welt auf die Fahnen geschrieben?

Bevor wir auf diese Frage zurückkommen, hier zuerst ein Einblick, wie Baerbock mit ihnen verbandelt ist.

Baerbocks Vernetzungen

Baerbock war unter anderem in der einflußreichen Denkfabrik "European Council on Foreign Relations" - kurz ECFR - Mitglied, die maßgeblich von dem Milliardär und Börsenspekulant George Soros dominiert wird. Dieser ist dafür bekannt, daß er mit Hilfe seiner Open Society Stiftung Destabilisierungs-Kampagnen in zahlreichen Ländern durchführte, um danach deren Ressourcen zu Ramschpreisen zu übernehmen.

Es gibt konkrete Hinweise darauf, daß Soros an sämtlichen "Farbrevolutionen" - sprich Regierungsumstürzen https://www.kla.tv/22509 - der vergangenen 15 Jahre beteiligt war. Wo Soros auftritt, sind Destabilisierung, Chaos, Krieg oder politische Veränderungen für die Bevölkerung im Sinne seiner Interessen die Folge.

Soros ist mit seiner Open-Society-Stiftung auch Partner beim Weltwirtschaftsforum. Auch hier ist Baerbock gut vernetzt, denn sie wird dort bis einschließlich 2025 aktuell zum Young Global Leader ausgebildet, sozusagen neben ihrer Tätigkeit als Außenministerin.

Das WEF (einflußreiche Stiftung, welche die Enteignung der Weltbevölkerung unter dem Vorwand von edlen Zielen, wie z.B. dem Klimaschutz, vorantreibt) ist eine Vereinigung milliardenschwerer, weltweit agierender Großkonzerne, welche von Klaus Schwab unter Einfluß des Hochgradfreimaurers und Kriegstreibers Henry Kissinger (Kissinger: Einflußreiches "Superhirn" in der US-Außenpolitik, Drahtzieher von Kriegen und Bevölkerungsreduktion) gegründet wurde.

Maßgeblich gesteuert wird es von Personen, die Verbindungen zur US-Schattenregierung Council on Foreign Relations haben, welche ohne gewählt zu sein, aus dem Hintergrund heraus, wie eine Krake mit ihren Fangarmen die wesentlichen Schaltstellen in Politik, Medien und Finanzen kontrollieren. (www.kla.tv/CFR/19404). Mit seinem Young Global Leaders Programm zieht sich das WEF seinen eigenen Politikernachwuchs heran, der dann mittels dessen enormer Finanzmacht und dessen großem Einfluß in die höchsten politischen Ämter gehievt wird. Der WEF-Gründer Klaus Schwab sitzt auch im Steuerungs-Komitee der Bilderberger, einer weiteren, hinter verschlossenen

Türen operierenden Vereinigung, die Wirtschaftsbosse, Politiker, Adel und Medienschaffende zusammenbringt, um die Welt in die von ihnen gewünschte Richtung zu lenken.

Um was geht es den im WEF organisierten Superreichen? Hier zwei Zitate von Paul Warburg und David Rockefeller, die beide Hauptdrahtzieher hinter diesen Schattenregierungen wie dem Council on Foreign Relations und den Bilderbergern waren:

Paul Warburg: "Wir werden eine Weltregierung haben, ob wir es wollen oder nicht. Die einzige Frage ist, ob die Weltregierung durch Eroberung oder durch Zustimmung der Menschen erreicht wird."

David Rockefeller: "Wir befinden uns am Rande einer globalen Umwälzung. Alles, was nötig ist, wäre eine Krise großen Ausmaßes und die Nationen werden die Neue Weltordnung bejahen."

Es geht diesen Strippenziehern somit um eine neue Weltordnung bzw. Weltregierung unter ihrer Führung. Der Weg zur Durchsetzung dieser neuen Weltordnung wurde vor einigen Jahren von WEF-Gründer Klaus Schwab als "Great Reset", zu Deutsch "großartiger Neustart" skizziert. Damit so ein großer Neustart durchgeführt werden kann, muß zuerst die bestehende Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung heruntergefahren werden. Der WEF hat hierzu in einem Werbevideo den vielsagenden Slogan geprägt: "Du wirst nichts mehr besitzen und glücklich sein".

Um die Leute dahin zu bringen, nichts mehr zu besitzen, spielt der von Baerbock propagierte, angeblich vom einfachen Bürger und der Industrie verursachte Klimawandel durch CO2 eine

Schlüsselrolle.
Über neue Heizungsgesetze werden die Menschen gezwungen, Heizungen und Kaminöfen auszutauschen bzw. teure und für sie wenig geeignete Heizsysteme einzubauen. Über die CO2-Bepreisung und die Abkehr von Kernkraft und Kohle verteuert man massiv Energie und Mobilität. Dies alles stellt eine schleichende Enteignung der Bürger dar. Firmen können durch die hohen Energiepreise nicht mehr wirtschaftlich produzieren und sehen sich gezwungen, Stellen abzubauen und ihre Produktion ins Ausland zu verlagern. Die Zahl der Insolvenzen schnellt immer mehr in die Höhe.
Die deutsche Autoindustrie, die stets eine der deutschen Schlüsselindustrien darstellte, steht durch die erzwungene Umstellung auf die Elektromobilität mit dem Rücken zur Wand, denn die Verbraucher kaufen die für sie unpraktischen Autos nicht wie gewünscht. Während bei Benzin- und Dieselfahrzeugen die deutsche Ingenieurskunst führend war und immer einen entscheidenden Wettbewerbsvorteil darstellte, sind die Elektroautos einfacher zu produzieren. Dementsprechend groß ist die Konkurrenz aus Asien, die zu niedrigeren Löhnen und billigeren Energiepreisen produzieren kann.
So ist davon auszugehen, daß die deutsche Autoindustrie immer mehr abgehängt wird und mehr und mehr Menschen ihre Arbeitsplätze verlieren werden, was die ohnehin schon angespannte Haushaltslage weiter verschärfen wird. Der Weg zum Great Reset nimmt somit immer konkretere Formen an.
In dieser ganzen Entwicklung hin zum Great Reset bzw. dem Herunterfahren des Landes um es darauf hin neu ordnen zu können, spielt Annalena Baerbock offensichtlich eine Hauptrolle. Dies zeigte sich in ihrer Regierungszeit als Außenministerin vor allem in drei Schwerpunkten,
1) der Förderung der Masseneinwanderung,
2) der Unterstützung des Kriegs in der Ukraine,
3) einer massiven Geldverschwendung.

1) Förderung der Masseneinwanderung

Als Außenministerin tat Baerbock ihr Möglichstes, um Deutschland mit Migranten zu fluten. Hier ist sie voll auf Linie des mit ihr vernetzten George Soros, der sich seit vielen Jahren für eine Ausweitung der Migration ausspricht. Dafür hat er viele Milliarden in sein Netzwerk aus NGOs, Hochschulen, Medien und Thinktanks investiert, um diese auch ganz praktisch durchzusetzen.
Gegen Baerbocks Ministerium wird mittlerweile von der Justiz wegen unzulässiger Visavergaben ermittelt. Medien berichten über Tausende von Migranten, die so ins Land gebracht wurden. Unter Baerbock dominierte das Prinzip der "alternativen Glaubhaftmachung". Die Botschaftsmitarbeiter wurden angewiesen, bei der Visa-Vergabe großzügig zu sein, und wohlwollend zu prüfen, ob auch Impfpässe, Schülerausweise oder reine Befragungen der Leute ausreichend seien, wenn keine gültigen Papiere vorgelegt werden können.
Auch die Seenotrettung wurde mit deutschen Steuergeldern finanziert. 2024 wurden 1,9 Mio.€ vom Außenministerium an SOS Humanity, See Eye und SOS Mediterranee bewilligt, die damit vor der Küste Italiens Migranten nach Europa schleppen. Nachdem die Unterstützung der Seenotrettung in der Ampelregierung für Kritik gesorgt hatte und die Koalitionspartner diese nicht unterstützen wollten, verschob Baerbocks Ministerium die Ausgaben kurzerhand in einen anderen Bereich ihres Haushalts und versteckte sie in einem unübersichtlicheren Haushaltstopf.
So wurden Anreize für die Migranten geschaffen, sich auf die gefährliche Reise übers Mittelmeer und in die Hände von Schleppern zu begeben. Wie viele Todesopfer eine solche Politik gefordert hat, kann nur gemutmaßt werden. Die Konsequenzen dieser ungebremsten Masseneinwanderung sind in Deutschland aber immer mehr zu spüren. Es besteht ein großer Wohnungsmangel, Lehrer und Kita-Mitarbeiter stehen vor großen Herausforderungen, kulturfrem-

de Kinder zu integrieren, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind. Die Gewalt an Schulen nimmt immer drastischer zu.
Die Integrationskosten drücken auf die öffentlichen Haushalte. Allein die Stadt Berlin zahlt täglich 2,7 Millionen € für die Integration von Flüchtlingen. Etwa 50 Milliarden Euro pro Jahr kostet den Bund allein die Unterbringung von Asylsuchenden, Kriegsflüchtlingen und abgelehnten, aber trotzdem geduldeten Asylbewerbern. Über 63 % der Bürgergeldempfänger haben einen Migrationshintergrund.
Tödliche Messerattacken wie in Mannheim, Solingen oder Aschaffenburg sind hier nur die Spitze des Eisbergs, über die auch in den Medien berichtet wird. Messerattacken gehören in Deutschland inzwischen leider zur Tagesordnung, so daß mittlerweile sogar eine Internetseite namens "Messerinzidenz.de" die täglichen Messerangriffe in Deutschland erfaßt. Dort wurden im Januar 2025 wurden in nur einem Monat bereits 369 Delikte mit Messern gezählt. An deutschen Bahnhöfen gab es 900 Messerattacken im Jahr 2022.
Die Massenmigration führt uns somit gesellschaftlich immer mehr in eine Totalüberlastung. Gleichzeitig verursacht sie derart riesige Kosten, daß der Staat immer mehr gezwungen ist, die bereits jetzt sehr hohen Abgaben weiter zu erhöhen. Dem einfachen Bürger bleibt immer weniger übrig, so daß er auf gutem Weg zum großen Ziel des WEF ist, nichts mehr zu besitzen.

2) Unterstützung des Kriegs in der Ukraine

Baerbock hatte nach dem Angriff Rußlands stets eine der lautesten Stimmen, wenn es darum ging, Waffen an die Ukraine zu liefern. Das Zitat von ihr: "Wenn ich den Menschen in der Ukraine das Versprechen gebe: ‚Wir stehen an eurer Seite, solange ihr uns braucht', dann will ich es einhalten. Egal, was meine deutschen Wähler denken.", spricht Bände. Hier zeigt sich das Politikverständnis einer Frau, die sich nicht ihren Wählern, sondern ihren Förderern aus dem ECFR und WEF verpflichtet fühlt. Dort sind die großen Rüstungskonzerne wie Lockheed Martin selbstverständlich mit von der Partie und freuen sich über das große Geschäft, das mit diesem Krieg verbunden ist.
Den deutschen Steuerzahler hingegen kosten diese Waffenlieferungen Milliarden Euro und die eigene Armee und Wehrfähigkeit wird durch die Weitergabe der Waffen an die Ukraine immer mehr geschwächt. Darüber hinaus wächst die Gefahr beständig, auch selbst in kriegerische Auseinandersetzungen hineingezogen zu werden.
Auch hier hat Baerbock einen entscheidenden Anteil mit ihren unbedachten Äußerungen auf diplomatischem Parkett, wie z.B. der folgendem: "Wir kämpfen einen Krieg gegen Rußland und nicht gegeneinander". Falls die Atommacht Rußland diesen Äußerungen Glauben schenkt und die militärische Konfrontation sucht, könnte das für Deutschland, in dem sich wesentliche Kommandozentralen der NATO befinden, zu einer ganz anderen Form des Great Resets führen ...

3) Massive Geldverschwendung

Im Folgenden präsentieren wir Ihnen einige der Ausgaben von Baerbocks Ministerium, dem Auswärtigen Amt. Urteilen Sie selbst, ob es sich hierbei um Verschwendung von Steuergeld in großem Stil handelt:
- Um gut auszusehen, gab Außenministerin Baerbock im Jahr 2022 satte 136.552 € für Styling aus. Selbstverständlich auf Kosten des Steuerzahlers. Dies ist so viel wie fünf Durchschnittsverdiener in einem Jahr an Lohn erhalten. Sie war damit die Teuerste im Regierungskabinett. Ihre Stylistin, die sie beständig begleitet, erhält monatlich 7.500 €.
Damit der Bürger auch mit verfolgen darf, wie sein Geld investiert wird, leistet sich Baerbock auch noch einen Fotografen für 178.000 € im Jahr, ähnlich wie ihr grüner Kollege Habeck, der hierfür ebenfalls ca. 100.000 € jährlich investiert.
Die teure Luxusliegenschaft in Brüssel wurde anfangs der Sendung bereits erwähnt. Dies war jedoch nicht die einzige Beanstandung des Rechnungshofs, sondern es gab weltweit weitere

ähnliche Feststellungen, wo unnötig teure Grundstücke erworben wurden. Die Prüfer wörtlich: "Das Auswärtige Amt mißachtet seit Jahren die rechtlichen Vorgaben zur Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit bei Erwerb und Unterhalt seiner Liegenschaften im Ausland."
Nebst dem, daß sich hier Deutschland eine gut gestylte Außenministerin und teure Residenzen leistet, unterstützt Baerbocks Ministerium folgende äußerst wichtige Projekte:
- So sponserte das Auswärtige Amt - kurz AA - das internationale interkulturelle Fußballbegegnungsfest des Leipziger Tüpfelhausen e.V. 2023 und 2024 mit insgesamt 219.000 €.
- "Das Progressive Zentrum e.V.", ein Verein, der der SPD und den Grünen nahe steht, durfte mit 622.000 € vom Auswärtigen Amt eine "Climate Connection" organisieren.
- Volkshochschulen in Polen und der Ukraine bekommen 500.000 €.
- Vertreter der Denkfabrik "German Marshall Fund" erhielten zur transatlantischen Forschung und Zusammenarbeit 10 Mio. als Zugabe zum Stiftungsvermögen.
- Auch die Kirchen wurden großzügig gesponsert. So erhielt 2023 das Katholische Auslandssekretariat fast 540.000 € und die Evangelische Kirche 470.000 € für Stipendien und ihre Auslandskulturarbeit. 800.000 € wurden einer katholischen Stiftung für die Durchführung eines Friedensfestes überwiesen. Überrascht es da noch, daß sich die großen Kirchen mittlerweile so auf Linie mit der rot-grünen Politik in Deutschland befinden?
- In Kirgistan wurde 2023 das Projekt "Graffiti bringt junge Menschen aus Deutschland und Kirgistan zusammen" mit fast 20.000 € gefördert.
- 2023 erhielt das Projekt "New Bridge" der einflußreichen Denkfabrik Atlantik-Brücke, bei der Baerbock auch schon auftreten durfte, 230.000 €. Zudem bekamen 2024 die Young Atlantics Canada 10.000 €.
- Eine weitere Transatlantische Programmreihe wurde 2023 und 2024 jeweils mit fast 900.000 € gesponsert.
- "Critical Cultural Journalism" - Ein Training arabischer Journalisten zu Kulturjournalismus wurde 2023 im Libanon mit 100.000 € subventioniert.
- Polnischer Poetry Slam (Poetry Slam ist eine Art moderner Dichterwettstreit) wurde 2024 von Baerbocks Haus mit 10.000 € unterstützt.
- 2024 bekam Diversity (Vielfalt, Inklusion) in Action 120.000 €.
- Die IT-Ausbildung von Erwachsenen in Armenien wurde von 2024-2025 mit 100.000 € finanziert.
- Für Start-Up-Häuser in Namibia wurden 2024 über 1 Mio. € vom Auswärtigen Amt investiert.
- 2024 wurde in Mali 45.000 € für Basketball meets Breakdance ausgegeben: Gegen sexuelle Belästigung im Sport.
- In Lesotho wurde 2024 der Dance Musik Summit & Workshop mit 33.000 € unterstützt
- Die "Bewahrung traditioneller Tänze in Burundi waren dem Auswärtigen Amt 183.000€ wert.
- In China wurden 2024 von der Deutschen Botschaft in Peking 88.675 € für "Void Refraction - Ein Projekt rund um elektronische Musik" ausgegeben.
- Im Kongo wurde 2024 ein Training von Journalisten gegen Desinformation mit 98.000 € unterstützt.
Das waren jetzt nur wenige Streiflichter einer 140 Seiten umfassenden Liste an Projekten, die allesamt vom deutschen Steuerzahler finanziert und über das Außenministerium abgewickelt werden. Baerbock ist damit aber nicht allein, ihre Ministerkollegen Habeck und Schulze können ähnliche Listen vorweisen. Auch hier ein paar Highlights, was Deutschlands Steuerzahler mit Zuschüssen und Krediten über die Entwicklungshilfe so unterstützen. Da wären zum Beispiel 4,6 Mio. für klimafreundliche Kühlschränke in Kolumbien, 8 Mio.€ für die Digitalisierung in Ruanda und 24 Mio.€ für Radwege in Peru, zusätzlich zu den 20 Mio. die dafür be-

reits von der Vorgängerregierung bewilligt wurden.
- Die Atommacht Indien wurde 2022 mit Krediten über fast eine Milliarde € für Projekte wie klimafreundliche urbane Mobilität gesegnet.
- Südafrika erhält über 92 Mio. € für den Netzausbau und die Integration "erneuerbarer Energien", die Elfenbeinküste weitere 50 Mio. € für ähnliche Zwecke.
- Mit 47 Mio. € werden erneuerbare Energien und Energieeffizienz im Senegal gefördert.
- Die digitale Reform im Gesundheitssektor von Usbekistan ist unserer Regierung 48 Mio. € wert.
- Die Klimaschutzziele im Transportwesen von Mexiko werden mit 104 Mio.€ unterstützt, an der Modernisierung der Stromverteilung in Bangladesh beteiligt sich Deutschland mit 131 Mio. €.
- Die reproduktive Gesundheit (= ein beschönigendes Wort für Abtreibung) im Niger wird mit 15 Mio. € finanziert und weil die Ukraine derzeit keine andere Sorgen hat, bekommt sie 10 Mio. € für Klimaschutz-Technologien und 5 Mio. € um einen Stadtteil in Lvov energieeffizient zu machen.
- Georgien bekommt 81,2 Mio. € für kommunale Infrastruktur und Tourismus.
- Für Frauen im Bankgeschäft werden 10 Mio. € für alle Entwicklungsländer bereitgestellt.
- Thailand kann für 8 Mio. € seinen Reis energiearm erzeugen.
- Die Klimapolitik in Brasilien wird mit 11 Mio. € bedacht.
- Und das Beste zum Schluß: Die Weltmacht China, deren Staatschef Xi von Annalena Baerbock als Diktator bezeichnet wurde, wurde über die Entwicklungszusammenarbeit mit der OECD von Deutschland auch noch fürstlich alimentiert. 2022 wurden für chinesische Studenten, die bei uns in Deutschland studierten und zum Teil eng von der kommunistischen Regierung kontrolliert werden, 309 Mio. € bezahlt. Aus dem Bundeshaushalt gingen zudem 36 Mio.€ nach China, davon 27 Mio. € natürlich für Klimaschutzprojekte. Auch werden Gender-Trainings in China unterstützt, welche durch die Kirche durchgeführt werden.

Auch dies waren wiederum nur kleine Auszüge einer der Redaktion vorliegenden 19 Seiten langen Liste von Projekten in aller Welt, die von unserer Ampelregierung mit Millionenbeträgen gefördert wurden und bei der Baerbocks Projekte noch nicht einmal enthalten sind. Während uns gesagt wird, daß für Rentner, Pflegekräfte, Bauern und die Sanierung von Brücken und Schulen nicht mehr Geld zur Verfügung stehe, wird das hart erarbeitete Steuergeld auf der ganzen Welt für derartige fragwürdige Projekte verschleudert.

Im Internet wird heftig darüber gestritten, ob Baerbocks grüner Vorgänger im Außenministerium, Joschka Fischer, 2008 folgendes gesagt hat:

"Deutschland ist ein Problem, weil die Deutschen fleißiger, disziplinierter und begabter als der Rest Europas sind. Das wird immer wieder zu Ungleichgewichten führen. Dem kann aber gegengesteuert werden, indem so viel Geld wie nur möglich aus Deutschland heraus geleitet wird. Es ist vollkommen egal, wofür - es kann auch radikal verschwendet werden. Hauptsache, die Deutschen haben es nicht. Schon ist die Welt gerettet."

Faktenchecker bestreiten vehement, daß das Zitat wirklich von Fischer stammt. Es geht an dieser Stelle auch nicht darum, ob er das wirklich von sich gegeben hat. Angesichts der vorangegangen Listen könnte das Regierungshandeln der Ampelkoalition kaum treffender beschrieben werden, als mit diesen Worten. Das ist der Great Reset, das hemmungslose Verschwenden des Vermögens der Deutschen, bis der Wohlstand komplett vernichtet, das Land völlig zerschlagen ist und es sich - wehrlos geworden - in die neue Weltordnung integrieren muß.

Diese Strategie allerdings allein der Ampelkoalition zuzuschreiben, eventuell sogar nur den Grünen oder am Ende Annalena Baerbock als "Alleinschuldigen" oder Initiator auszumachen, wäre bei Weitem zu kurz gegriffen. Die Belastung der deutschen Bevölkerung durch mehr als

fragwürdige Geldausgaben der Bundesregierung wurde auch schon in Zeiten einer schwarz-roten Koalition unter Führung von Angela Merkel perfektioniert: Hier geschah der Dammbruch zur ungebremsten Massenmigration, der Atomausstieg inklusive hoher Entschädigungszahlungen an die großen Energiekonzerne sowie die Rettung ausländischer Banken mit hohen Milliardenbeträgen, um stellvertretend nur einige wenige Beispiele zu nennen.
Die Partei-Zugehörigkeit der jeweiligen Politiker spielt dabei offensichtlich keine allzu große Rolle. Denn ob Merkel oder Baerbock, ob Merz, Lindner, Scholz oder Habeck: Bei all diesen führenden Politikern bestehen Verbindungen zu den im Hintergrund agierenden Zirkeln wie dem WEF oder der Bilderbergkonferenz.
Die für uns sichtbar agierenden Politiker sind letztlich nur die nach außen sichtbaren Handlanger dieser Drahtzieher, die dann auch wieder beliebig ausgetauscht oder abgesetzt werden, um den Zorn des Volkes nach deren unpopulären Maßnahmen wieder zu beruhigen. Auch wenn Annalena Baerbock nach der Wahl ihr derzeitiges Amt nicht weiterführen sollte, dürfte sich an dieser zerstörerischen Politik so lange nichts ändern, bis die Hintergrundnetzwerke bloßgelegt und entmachtet sind. Hierzu braucht es uns alle, da Politik und Leitmedien weitgehend mit diesen Netzwerken verfilzt sind.
… Werden Sie aktiv und klären Sie Ihre Mitmenschen z.B. über die Hintermänner des Great Reset, deren Handlanger und ihre zerstörerischen Ziele auf. Sichern und verbreiten Sie unser wertvolles Kla.TV-Archiv. Je schneller diese Netzwerke auffliegen, desto schneller kann es zu einem wirklich großartigen Neuanfang kommen.<<
USA: Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 11. Februar 2025 (x1.500/…): >>**Trump, Musk und USAID**
Herbert Ludwig
In den USA und darüber hinaus herrscht aktuell eine große Beunruhigung, weil Präsident Trump auf Vorschlag von Elon Musk Mittel für die staatliche Entwicklungshilfe-Organisation USAID eingefroren hat. in Wahrheit aber handelt es sich hinter dieser Fassade zum großen Teil um Gelder, mit denen weltweit Medien und NGOs gefördert werden, um politische Stimmungen zu beeinflussen. In der Fülle der oft kontroversen Medien-Berichte darüber hebt sich die neueste Ausgabe des Podcasts von Prof. Stefan Homburg (homburgspodcast) in ihrer Klarheit und Beschränkung auf das Wesentliche wohltuend davon ab. Wir bringen nachfolgend ein Transkript. (hl)
Trump, Musk und USAID - was ist da los?
Von Prof. *Stefan Homburg*
In den Vereinigten Staaten rumort es in dieser Woche in ähnlicher Weise wie bei uns. In Deutschland gab es erbitterten Streit über die Kooperation von Union und AFD bei der Begrenzung der Zuwanderung, und die Union merkt derzeit erschreckt, daß ihre Gebäude und Wahlstände attackiert und beschmiert werden. Das war zuvor in den Merkel-Jahren nie passiert, weil die Union einen ähnlichen Kurs verfolgte wie Rot-Grün.
In den Vereinigten Staaten dreht sich der Streit um USAID. Das Wort aid heißt Hilfe*, und formal handelt es sich hierbei um eine Entwicklungshilfe-Organisation. In unseren Nachrichten wird USAID als wohltätiger Betreiber von Suppenküchen und so weiter dargestellt. In Wahrheit aber geht es um etwas anderes. Mit einem sagenhaften Budget von rund 40 Milliarden Dollar jährlich fördert USAID einerseits fragwürdige Projekte wie Sie auch bei uns in den letzten Monaten für Kritik gesorgt haben: Gendern in Schwarzafrika, Radwege in Peru … - Sie kennen es alles.
Derzeit kursieren in den USA lange Listen mit Irrsinnsprojekten, die viele Steuerzahler geradezu in den Wahnsinn treiben. Das betrifft jedoch einen weniger wichtigen Aspekt, nämlich öffentliche Verschwendung.
Von viel größerer politischer Bedeutung ist, daß USAID - gesteuert offenbar von der CIA -

weltweit Unsummen an Medien und NGOs zahlt, um die politische Landschaft zu beeinflussen und mißliebige ausländische Regierungen unter Druck zu setzen und letztlich abzuservieren.
Auf der Payroll ("Gehaltsliste", hl) stehen bisher unverdächtige Häuser wie die New York Times, die britische BBC oder auch Politico, ein einflußreiches Haus, dessen europäischer Teil zum deutschen Axel Springer-Konzern gehört.
Einer Auflistung von USAID zufolge, die inzwischen gelöscht ist, aber von Wikileaks gesichert wurde, werden weltweit über 6000 Journalisten, über 700 Medienhäuser und fast 300 NGOs von dieser scheinbaren Entwicklungshilfeorganisation gefördert.
Nachdem Präsident Trump einen dreimonatigen Zahlungs-Stop verfügte, mußten zahlreiche ausländische Medien ihre Tätigkeit sofort einstellen, darunter einige in der Ukraine.
Den größten Protest bis hin zu Mord-Aufrufen ruft aber die Streichung der Subventionen für NGOs hervor.
Das Kürzel NGO bedeutet eigentlich Non-Governmental-Organisation, also private Organisation. Viele von ihnen erhalten jedoch systematisch staatliche Gelder und übernehmen Aufgaben, bei denen sich der Staat selbst nicht die Hände schmutzig machen will oder rechtlich auch nicht darf. Dadurch sind NGOs zu einer mächtigen politischen Waffe geworden, nicht nur in den USA, sondern auch bei uns.
Vor allem das Familienministerium, aber auch das Wirtschaftsministerium und sogar das Bundeskanzleramt finanzieren Organisationen wie die Amadeo-Antonio- Stiftung, Campact, Hate Aid, oder "Omas gegen Rechts", die rotgrüne Positionen verbreiten oder über ihr Umfeld auch ganz handfest auf der Straße durchsetzen, wie die Union jetzt bemerken mußte. Corona-Demonstranten oder die AFD kennen dies längst aus schmerzhafter Erfahrung.
Kann Trump denn die Mittel einfach so streichen? Das ist eine schwierige Frage, weil das Budgetrecht in den USA ähnlich wie bei uns natürlich beim Parlament liegt. Dort aber haben Trumps Republikaner in beiden Kammern die Mehrheit.
Aufgeflogen ist der Skandal um USAID, weil der Trump-Vertraute Elon Musk ein virtuelles Ministerium namens DO erhalten hat und die Aufgabe hat, den Staatshaushalt aufzuräumen und effizienter zu machen. Musk ist die Zielscheibe der Kritik, doch hat er natürlich selbst keine
Entscheidungsgewalt. Er kann dem Präsidenten und dem Parlament aber Vorschläge machen und tut dies derzeit ausgiebig. Dabei kommen haarsträubende Dinge ans Tageslicht, die bisher nur wenigen bekannt waren.
Wenn früher ein Whistleblower einem alternativen Medium über Verschwendung berichtete, wurde dies von den Leitmedien, die teils ja selbst profitieren, ignoriert und von Bürgern und Politikern als spekulativ abgetan. Das Besondere der aktuellen Situation besteht darin, daß nun Rebellen wie Trump und Musk den Apparat selber übernommen und damit Zugang zu allen internen Informationen haben.
Es ist sehr spannend, was in den USA momentan geschieht und auch sehr wahrscheinlich, daß sich dieser Skandal auf andere Länder ausdehnen wird. Denn steuerzahlende Bürger mögen es nicht, wenn ihr hart erarbeitetes Geld vergeudet oder sogar dazu verwendet wird, sie politisch zu manipulieren.<<

12.02.2025

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 12. Februar 2025 (x1.496/…):
>>**Wirbel um Plagiatsvorwürfe: Dr. Habeck gibt "Ungenauigkeiten" zu!**
Der gefürchtete Plagiatsjäger Stephan Weber erhebt schwere Vorwürfe gegen Robert Habeck. Der "Grünen-Politiker" soll in seiner Dissertation, die er bereits vor 25 Jahren abgeschlossen hat, reihenweise plagiiert haben. Habeck dementiert zwar heftig, räumt aber "Ungenauigkeiten" ein. Was ist dran an den Vorwürfen?

"Verfehlt und unwissenschaftlich" - so bezeichnet Weber in seinem Plagiatsgutachten Habecks Doktorarbeit, mit der der Kanzlerkandidat der Ökosozialisten zum Dr. phil. promovierte. An insgesamt 126 Stellen soll der Noch-Wirtschaftsminister "Quellen-, Zitats- und Textplagiate" begangen haben, so Weber. Dazu kommen noch 269 Zitierfehler, die Habeck in seiner Dissertation passiert sein sollen.
Einer Hauptvorwürfe lautet: Habeck soll Zitate aus seinen Primärquellen übernommen haben, ohne diese Zitate jedoch gegenzuprüfen. Habeck hätte also reihenweise Werke zitiert, ohne sie selbst gelesen zu haben. Laut Weber soll er Werke von insgesamt 25 Autoren, darunter etwa der Philosoph Martin Heidegger und der französische Schriftsteller Marcel Proust, zitiert haben, ohne sie offenbar gelesen zu haben.
Beweise für seine Plagiatsvorwürfe sieht Weber etwa bei Rechtschreibfehlern, die Habeck aus anderen Quellenangaben beim Übernehmen ebenfalls kopiert haben soll. Ein weiterer Kritikpunkt Webers sind mehrere Falschzitate Habecks. Immer wieder habe der "Grünen-Politiker" Quellen zitiert, die so nicht existierten. Mal zitiere er eine nicht existente Seite in einem Buch, mal gebe Habeck Wörter an, die an der vermeintlich zitierten Stelle nicht benutzt worden seien.

Habeck spricht von "Ungenauigkeiten"

Habeck reagierte auf die Vorwürfe überraschend schnell. Noch vor der Veröffentlichung der Vorwürfe durch Weber veröffentlichte der Wirtschaftsminister ein Videostatement auf X. Darin dementierte er die Vorwürfe. Er habe bereits einen Teil durch die Ombudsstelle der Universität Hamburg überprüfen lassen. Außerdem hätte er den Präsidenten der (linksgrünen) Leopoldina, der Nationalen Akademie der Wissenschaften, Gerald Haug, um Einschätzung gebeten. Beide Prüfungen sollen bislang zugunsten Habecks ausgefallen sein.
Gleichzeitig aber eiert der Kanzlerkandidat der "Grünen" rum: Bei den Plagiatsvorwürfen würde es sich lediglich um "Ungenauigkeiten in den Fußnoten" handeln. Auch das wäre ein akademisches Fehlverhalten! Ähnliche Fehler kosteten etwa die CDU-Politikerin Annette Schavan 2013 nicht nur den Doktortitel, sondern auch ihr Amt als Bildungsministerin unter Angela Merkel (CDU).
Plagiatsjäger Weber kontert, Habeck würde "schwindeln". Zudem verwahrte sich Weber gegen die Unterstellung, große Geldgeber zu haben.
Zudem stellt sich die Frage, wie Habeck überhaupt schon vor der Veröffentlichung die Vorwürfe gegen ihn in Gänze einsehen und prüfen lassen konnte. Weber vermutet dahinter einen von ihm namentlich nicht genannten Journalisten der FAZ, dem der Plagiatsjäger bereits Mitte Januar eine vorläufige Fassung des Gutachtens überlassen haben will.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 12. Februar 2025 (x1.496/…):
>>**Noch schnell vor der Wahl: Lügenportal "Correctiv" erhält 140.000 Euro Steuergeld für neuen Propaganda-Auftrag**
Das Bundesfamilienministerium unter Lisa Paus ("Grüne") zahlt in diesem Jahr an das Lügenportal "Correctiv" mehr als 140.000 Euro, um die Deutsche Jugendfeuerwehr gegen angebliche Desinformation in den sozialen Medien, hier vor allem TikTok, zu schulen. Das Projekt nennt sich "Brandherd Desinformation".
Das Familienministerium bestätigte, das Projekt werde im Rahmen des Bundesprogramms "Demokratie leben" für das Jahr 2025 mit einer Summe in Höhe von 140.876,83 Euro gefördert.
David Schraven, Chef der Fake News-Schleuder, erklärte: "Wir freuen uns sehr auf die Arbeit mit der Deutschen Jugendfeuerwehr. Mit ihren rund 350.000 Engagierten ist sie eine enorm wichtige Säule unserer Zivilgesellschaft."
Insgesamt erhielt "Correctiv" seit Gründung rund 2,5 Millionen Euro an Steuergeldern.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 12. Februar 2025 (x1.498/…): >>**Wulff verteidigt seinen Satz "Islam gehört zu Deutschland"**
Der frühere Bundespräsident Christian Wulff hat seine Aussage "Der Islam gehört inzwischen auch zu Deutschland" verteidigt. "Die Muslime sind die zweitgrößte Glaubensgemeinschaft Europas. Deswegen gehören sie zu Europa dazu", sagte er dem Podcast "Tagesanbruch" von "T-Online" am Mittwoch.
Daß der Islam zu Deutschland gehöre, hatte er erstmals in seiner Rede zum 3. Oktober 2010 öffentlich gesagt und damit eine Debatte ausgelöst. Wulff wies zudem darauf hin, daß Deutschland einen großen Teil der muslimischen Flüchtlinge künftig brauchen werde, wenn diese als Ärzte, Pfleger, Erzieher oder Unternehmer arbeiteten. "Wir werden vielen Flüchtlingen dankbar sein", sagte Wulff.
Die CDU hatte sich zuletzt in ihrer Debatte um ein neues Grundsatzprogramm deutlich von dem Islam-Satz des ehemaligen CDU-Politikers distanziert. "Muslime sind Teil der religiösen Vielfalt Deutschlands und unserer Gesellschaft", heißt es dort nun. "Viele von ihnen haben in Deutschland schon seit Jahrzehnten eine neue Heimat gefunden. Ein Islam, der unsere Werte nicht teilt und unsere freiheitliche Gesellschaft ablehnt, gehört nicht zu Deutschland."<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 12. Februar 2025 (x1.498/…): >>**Studie: Klimawandel bedroht Deutschlands Sicherheit**
Klimaforscher warnen zusammen mit dem Bundesnachrichtendienst vor den Folgen der Klimakrise für die nationale Sicherheit. "Naturkatastrophen bedrohen die Sicherheit und das Eigentum der Deutschen, gefährden den wirtschaftlichen Wohlstand Deutschlands und führen zu Unterbrechungen in kritischen Infrastrukturen", heißt es in einer Studie, die das Auswärtige Amt in Auftrag gegeben hat und über die der "Spiegel" berichtet.
Die "Nationale, interdisziplinäre Klima-Risikoeinschätzung" (NiKE) kommt zu dem Schluß, daß sich "hohe Anpassungs- und Wiederaufbaukosten negativ auf das Wirtschaftswachstum niederschlagen". Die Autoren beschreiben, wie sich Ereignisse in anderen Ländern auf Deutschland und Europa auswirken. "Aus Klimafolgen resultiert mittelbar auch eine globale Zunahme von humanitären Krisen und unterbrochenen Lieferketten, die auch Deutschland und die EU betreffen", so der Report.
"Der Klimawandel verstärkt in Verbindung und wechselwirkend mit weiteren Faktoren bestehende Ressourcenknappheiten und Nahrungsmittelunsicherheit, was wiederum Migration erzwingen kann." Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) sagte dem "Spiegel", die Klimakrise sei "die größte Sicherheitsgefahr unserer Zeit". Sie destabilisiere, verschärfe Konflikte um Land, Wasser und Nahrung und verstärke Migration.
"Wer Klimaschutz schleifen läßt", so Baerbock, "bedroht die Existenzgrundlage von Menschen, ihren Wohlstand, unsere innere Stabilität in Deutschland und Europa und setzt die globale Sicherheit aufs Spiel". Geschrieben wurde der Report vom Metis-Institut für Strategie und Vorausschau der Bundeswehr-Universität München, dem Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung, dem Thinktank Adelphi Research sowie dem Bundesnachrichtendienst.<<
Ungarn: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 12. Februar 2025 (x1.496/…): >>**"Bollwerk gegen illegale Migration" - Alice Weidel und Viktor Orbán im demonstrativen Schulterschluß**
"Heute habe ich die Zukunft Deutschlands getroffen. Es war mir eine Ehre, Sie in Budapest begrüßen zu dürfen, Frau Vorsitzende Alice Weidel!" Der ungarische Ministerpräsident sparte nicht mit großen Worten und Komplimenten, als er die AfD-Kanzlerkandidatin wie einen Staatsgast in seiner Hauptstadt empfing.
Fototermin vor dem Amtssitz des Regierungschefs mit haushoher Deutschland- und Ungarn-Fahne, ausführliches Spitzengespräch, anschließend gemeinsame Pressekonferenz mit reichlich drapierten ungarischen und deutschen Nationalfarben - zum kompletten Protokoll für ei-

nen Staatsbesuch fehlte im Grunde nur noch die militärische Ehrenformation.
Das blaue EU-Banner fehlte im Fahnenschmuck so durchgängig wie demonstrativ: Auch das eine Botschaft.
Auf ihrer Pressekonferenz übten Alice Weidel und Viktor Orbán den demonstrativen Schulterschluß. Er habe im Programm der Alternative nichts gefunden, was nicht gut für Ungarn sei, betonte der Gastgeber. Orbán hob besonders das gemeinsame Ziel einer strengen Migrationspolitik hervor. Ungarn sei das "Bollwerk gegen illegale Migration", gab die AfD-Vorsitzende zurück und rühmte Orbán als Vorbild und "Symbol für Vernunft, Souveränität und Unabhängigkeit".
Was die EU angehe, sei er im gemeinsamen Meinungsaustausch sogar noch radikaler gewesen als Weidel, kokettierte der Ungar. Die gegen die Bürger gerichtete "grüne" EU-Klima- und Energiepolitik, die falsche Wirtschaftspolitik und die Rußlandsanktionen zögen die Europäer in den Abgrund. Im russisch-ukrainischen Krieg sei Ungarn das einzige EU-Land, das auf der Seite des Friedens stehe. Ungarn allein könne aber die EU nicht aus der Krise retten, das gehe nicht ohne Deutschland.
Die EU müsse in einer gemeinsamen Anstrengung von Grund auf reformiert werden, griff die AfD-Kanzlerkandidatin die Vorlage auf. Die teure und korrupte Brüsseler Bürokratie müsse beseitigt und die "ruinöse Wirtschafts-, Steuer- und Migrationspolitik" beendet werden, um Europa "von Tag eins an" neu auszurichten. Die Reformimpulse müßten von den Nationalstaaten und ihren Parlamenten ausgehen.
Deutschland sei "schwach geworden", konstatierte Weidel und gab die Hauptverantwortung der "ersten ‚grünen' Kanzlerin Angela Merkel". Sie habe Deutschland ruiniert, sein energiepolitisches Rückgrat zerstört und das Land durch unkontrollierte Migration und falsche Wirtschaftspolitik geschwächt. Die AfD wolle in Regierungsverantwortung umsteuern, die Steuern senken und Deutschland "wieder vom Kopf auf die Füße stellen", damit es als sicheres und wohlhabendes Land in guten Beziehungen zu allen Nachbarn stehen könne. Dafür sei Ungarn "ein besonderes Vorbild".
Die AfD sei keine Partei, die üblicherweise von Regierungschefs anderer Länder eingeladen werde; es sei höchste Zeit, das zu ändern, hatte Viktor Orbán zu Beginn seiner Ausführungen süffisant erklärt. Dem Ungarn bereitete es sichtlich Vergnügen, mit seinem betont ehrenvollen Empfang für Alice Weidel den etablierten Parteien namentlich in Deutschland zu signalisieren, daß es auch andere Partner gebe, in denen er größere Zukunftsperspektiven erblickt.
In den zurückliegenden Jahren hatte Orbán mit Rücksicht auf Befindlichkeiten der deutschen Regierungsparteien offizielle Kontakte zur AfD trotz unverkennbarer Sympathien stets vermieden. Mit dem Machtwechsel in den USA und dem Vorgehen der Trump-Regierung gegen den "tiefen Staat", der sich auch in Ungarn destabilisierend eingemischt hatte, hat sich die Lage entscheidend verändert.
Die amerikanischen Bestrebungen zur schnellen Beendigung des Ukraine-Kriegs und die Rechtsverschiebungen der politischen Landschaft in weiteren europäischen Ländern haben nicht nur die Position Ungarns gestärkt. Sie eröffnen auch der AfD neue Perspektiven, mit wachsendem Gewicht die Isolation in der europäischen Rechten zu überwinden, die bislang vor allem vom französischen Rassemblement National und dessen Chefin Marine Le Pen betrieben worden war. Viktor Orbán hat hierbei mit seiner Einladung an Alice Weidel einmal mehr die Rolle des Eisbrechers übernommen.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 12. Februar 2025 (x1.496/…):
>>**Kanzlerkandidatin auf Staatsbesuch: AfD-Chefin Alice Weidel trifft Ungarns Ministerpräsidenten Viktor Orbán in Budapest**
Ein Anlaß von hoher Symbolkraft: Zehn Tage vor der Bundestagswahl trifft AfD-Kanzlerkandidatin Alice Weidel den ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán in seiner Residenz in

Budapest.
Der Besuch hat faktisch offiziellen Charakter und ist protokollarisch hoch aufgehängt. Die AfD-Vorsitzende trifft den ungarischen Regierungschef in seinem Amtssitz in Budapest. Neben einer Reihe von Gesprächs- und Interviewterminen steht auch ein Vieraugengespräch der beiden Spitzenpolitiker und eine gemeinsame Pressekonferenz auf dem Programm. Bereits am gestrigen Abend fand ein gemeinsames Abendessen mit der deutschen Delegation statt.
Orbán selbst hatte die Einladung an die AfD-Kanzlerkandidatin öffentlich gemacht, bezeichnenderweise in einem großen Interview mit der "Neuen Zürcher Zeitung" aus der neutralen Schweiz. Er sehe keinen Grund, nicht mit einer Politikerin zu sprechen, die bei den bevorstehenden Wahlen mehr als zwanzig Prozent der Stimmen erreichen könne. In deutschen Medien wurde Orbáns Einladung als "Ritterschlag" für die AfD kommentiert.
Tatsächlich hatte der ungarische Regierungschef trotz großer inhaltlicher Gemeinsamkeiten zwischen seiner Regierungspartei Fidesz und der AfD - Orbán selbst nennt "Steuersenkungen, Redimensionierung des Green Deal, Rückkehr zur Nuklearenergie, strikte Migrationspolitik" als Punkte im AfD-Programm, die "gut für Ungarn" klingen - aus Rücksicht auf innenpolitische Befindlichkeiten in Deutschland bislang vermieden.
Sein gemeinsamer Auftritt mit Alice Weidel sendet klare Signale auch nach Deutschland: Man kenne keine "Brandmauern" in Ungarn, denn "eine Brandmauer macht das politische Denken primitiv"; und er würde auch mit Olaf Scholz reden, aber der rufe ihn ja nicht an.
Damit gibt Orbán sowohl der Noch-Kanzlerpartei SPD als auch der Möchtegern-Kanzlerpartei CDU zu verstehen, daß er die AfD als Faktor der deutschen und europäischen Politik sieht, mit dem zu rechnen sei - und er beschleunigt selbst diesen Normalisierungsprozeß, von dem er sich offenkundig auch eine Stärkung der ungarischen Position in Europa verspricht.<<
Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/36570" berichtet am 12. Februar 2025 (x1.494/…): >>**Interview mit Dr. Calin Georgescu: Der große "Neustart" kommt durch uns Menschen**
Von 1945 bis heute gab es mehr als tausend Kriege und Schlachten und verschiedene andere Dinge. Und ich merke, daß sie vor dem Wort Frieden auf der Hut sind, weil sie den Krieg brauchen. Und ich möchte ein Präsident des Friedens sein. Und das rumänische Volk zeigen überall, sie zeigen der ganzen Welt, daß dies möglich ist. Weil das System, nicht nur in Rumänien, sondern überall, nicht versteht, nicht erkennt, nicht akzeptieren will, daß das Volk sowohl eine Stimme als auch Macht hat. Es ist möglich, sich zu ändern.
Intro zum Interview:
Vorläufiger Stopp bei der Präsidentschaftswahl in Rumänien: Es liegt keine Wahlmanipulation, keine Unregelmäßigkeiten vor, und eine Neuauszählung der Stimmen bestätigt das Ergebnis des ersten Durchgangs. Der unabhängige Präsidentschaftskandidat Calin Georgescu hatte gute Chancen, bei der Stichwahl der neue Präsident Rumäniens zu werden. Erste Auszählungen und Hochrechnungen scheinen diesen Trend überdeutlich zu bestätigen.
Doch da stoppt das Verfassungsgericht die Wahl und ordnet Neuwahlen an. Man fragt sich warum? Sind hier Kräfte am Werk, denen Georgescu Positionen zum Krieg mit Rußland, Corona oder dem CO2-Schwindel ein Dorn im Auge sind? Für die rumänische Bevölkerung ist dieser umstrittene Wahlstopp Grund genug, seit Wochen ausdauernd für ihren Kandidaten Georgescu auf die Straße zu gehen.
Bei seinem Besuch in Deutschland am 11. Januar 2025 nahm sich Präsidentschaftskandidat Calin Georgescu Zeit, um sich in einem Interview den Fragen von Kla.TV zu stellen.
Interview:
Kla.TV: Willkommen, Herr Dr. Georgescu, hier in Deutschland und hier bei Kla.TV. Wir danken Ihnen, daß Sie jetzt bei uns sind.
Calin Georgescu: Vielen Dank für die Einladung zum freien Fernsehen, nicht nur in Deutsch-

land, sondern wohl in ganz Europa.
Kla.TV: Ja, wir wissen, daß Sie für das Amt des Präsidenten in Rumänien kandidieren und die erste Runde der Wahlen Anfang Dezember (2024) letzten Jahres gewonnen haben, aber dann wurde diese Wahl vom höchsten Gericht in Rumänien annulliert. Könnten Sie uns erklären, was während der Wahlen und danach passiert ist, und es ein wenig in den Kontext des großen Ganzen einordnen? Was hat sich da abgespielt? Welche Zusammenhänge kann man da erkennen?
Calin Georgescu: In der Tat. Zunächst einmal, ja, es ist absolut klar, daß die Wahl am 6. Dezember ... sagen wir mal ... illegal und verfassungswidrig annulliert wurde. Und das liegt natürlich daran, daß das System Angst vor dem großen Wandel, vor der Veränderung hat. Und hier haben wir zwei Dinge, die sehr wichtig sind: natürlich der erste Präzedenzfall. Der Präzedenzfall ist sehr klar, der Präzedenzfall für das, was sie bisher getan haben, - also das, was das System getan hat. Das könnte in ganz Europa und auf der ganzen Welt passieren. Aber auch (der zweite) Präzedenzfall für das, was die Menschen getan haben.
Weil das System - und darauf möchte ich ein wenig bestehen - weil das System, nicht nur in Rumänien, sondern überall, nicht versteht, nicht erkennt, nicht akzeptieren will, daß das Volk sowohl eine Stimme als auch Macht hat.
Und Rumänien und das rumänische Volk zeigen überall, sie zeigen der ganzen Welt, daß dies möglich ist. In dem Sinne, daß unsere Stimme wichtig ist. Und unsere Stimme ist auch wichtig. Sie demonstrieren also einfach überall, daß das Volk Macht und eine Stimme hat. Und ich finde es natürlich sehr erfreulich, daß viele Länder, eigentlich die ganze Welt, das erkannt haben. Und dies ist eine sehr wichtige Botschaft des rumänischen Volkes.
Denn der Präzedenzfall gilt auch für das System. Denn was in Rumänien passiert, was sie durch das rumänische Verfassungsgericht diktieren, kann in jedem Land passieren. Und natürlich ist das auch sehr gefährlich. Es ist ein Schaden, der bis jetzt angerichtet wurde. Und natürlich habe ich nicht allzu viele Reaktionen aus dem Ausland gesehen. Das rumänische Volk ist sich durchaus bewußt, daß es sich um einen Staatsstreich handelt, der vom Ausland angeordnet und vom Oligarchen-System durchgeführt wurde. Ich habe die ganze Zeit gesagt, daß ich gegen das Oligarchen-System bin, ich bin gegen OAK (Open Access to Knowledge) Ich bin gegen LGBTQ. Ich bin für Rumänien.
Ich bin für mein Land. Und das ist die Souveränität, auf die wir achten müssen - wir alle. Und das ist geschehen. Bis jetzt.
Kla.TV: Es waren also zwei Überraschungen. Wir waren überrascht, daß sie unverblümt über die Verfassung hinweggegangen sind und die Abstimmung annulliert haben. Aber sie waren auch überrascht, daß das Volk ... so geradlinig gewesen war.
Calin Georgescu: Das war die wichtigste Überraschung, denn sie wußten nicht, daß das wirklich passieren könnte. Und das ist passiert. Übrigens, am Anfang war ich, die (Umfragen waren) weniger als 1 % für mich als Unabhängiger. Und selbst im letzten Moment haben sie nichts gesagt. Ich meine, nur von, sagen wir, weniger als 1 % bis zu 3 %. Und danach (sagten die Medien) ein bißchen bis 5 %, bis 6 %, 8 %. Aber nicht mehr.
Und am Ende war. ... Ich glaube, es war (die Medien behaupten) etwa 23 oder 24 (Prozent). Was ich auf jeden Fall sagen will, ist, daß die Lügen im Allgemeinen überstürzt werden. Die Wahrheit wartet. Also warten wir.
Denn die Wahrheit wartet schon seit fast 2.000 Jahren. Und es ist an der Zeit. Es ist Zeit für Veränderung. Und sie können nicht erkennen, daß dies überall geschehen wird. Die Leute, die Menschen, müssen frei sein, so wie es vorgesehen war - sie wurden von Gott geboren. Und das können sie nicht realisieren, das System. Und es ist wichtig - daß das, was heute passiert, in unserer Zeit, weil wir mit unseren Augen sehen können - genau wie bei der "Pandemie", was auch immer, - nennen wir es "COVID Situation".

Wir können sehen, was eine Wahrheit ist, was eine Lüge ist. Und wir können mit unseren eigenen Augen vergleichen, was vor sich geht. Wir befinden uns also - da bin ich mir sicher - in einem wunderschönen Moment, in einer wunderschönen Zeit.
Es ist eine Zeit für eine große Veränderung. Besonders für unser eigenes Leben. Denn wie ich in meiner Kampagne sagte, beginnen wir von der kleinen Familie, die wir alle haben, zur großen Familie, die das Land ist.
Und es ist das gleiche Management der Situation. Sie wissen das? Man kümmert sich um die eigene Familie. Du mußt dich um dein eigenes Land kümmern. Das sind die einzigen Dinge, die du zu tun hast. Keine anderen Dinge.
Kla.TV: Ja. Sehr gut. Auf beiden Ebenen muß man diese Einheit in der Tat verteidigen. Was ist mit dem System, das bedrohlich ist? Können Sie noch ein paar Worte dazu sagen, woher die Bedrohung kommt, oder zu denjenigen, die jetzt Anfang Dezember in Rumänien das Gesetz gebrochen haben ...
Calin Georgescu: Ja, natürlich. Wie ich schon sagte, ist sich das rumänische Volk natürlich bewußt, daß dies auf eine Entscheidung aus dem Ausland zurückgeht und vom Oligarchen-System in Rumänien umgesetzt wurde. Was ich damit sagen will, ist, daß es in Europa schwierig ist zu sagen, daß wir Führer haben. Wir haben Machtträger oder Marionetten - wie in Rumänien, Marionetten.
Das gilt natürlich nicht nur für Rumänien, aber ganz allgemein gesprochen, ja. Die Menschen haben das erkannt, und sie waren von Anfang an auf der Straße, seit dem 6. Dezember. Ja. Die rumänischen Menschen sind auf der Straße. Aber nicht nur in Rumänien. Ich habe es auch in Frankreich gesehen, an vielen Orten, und auch in Deutschland, überall.
Sie wissen, wovon ich spreche. Und das ist ermutigend, und außerdem ist es für uns sehr wichtig zu sagen, daß diese Welle immer größer wird. Es ist ein Schneeballeffekt. Und das ist ein Präzedenzfall, von dem ich spreche. Es geht nicht nur um das System. Der wichtigste Faktor, über den wir sprechen, sind die Menschen. Und jeder auf der ganzen Welt hat gesehen, daß es möglich ist.
Es ist möglich, sich zu ändern. Was zu ändern? Tatsächlich zu ändern, daß wir uns zuerst um unsere Familie kümmern müssen. Und das ist eine Souveränität. Und wenn es Ihre Familie ist, dann gilt das Gleiche für die große Familie, das Land, richtig? Und alle von ihnen sind sich dessen bewußt. Und uns allen ist klar, daß dies wirklich möglich ist. Ich glaube also, daß das rumänische Volk die Tore der Freiheit öffnet. Das ist mein Standpunkt. Außerdem ist der andere Grund, warum sie ständig Angst haben, der, daß ich die ganze Zeit gesagt habe. ... Ich habe von Frieden gesprochen.
Und ich merke, daß sie vor dem Wort Frieden auf der Hut sind, weil sie den Krieg brauchen. Und ich möchte ein Präsident des Friedens sein. Punkt! Und davor haben sie Angst, weil sie den Krieg brauchen. Und mit dieser Situation wurde die Korruption überall aufgedeckt. Und wir verbreiten diese Welle über Würde, über Ehre, Worte, die nicht im Wörterbuch dieses Systems stehen. Sie haben diese Worte nicht.
Aber wir haben diese Worte. Und weil wir diese Worte haben
Wir glauben fest daran. Wissen Sie, was den Unterschied ausmacht? Der Unterschied ist: Ich glaube fest an das, was ich sage. An das, was sie sagen, glauben sie nicht. Es ist einfach eine Lüge. Und wir sprechen hier über wahre Gläubige (Menschen mit Überzeugungen). Und die gibt es heute überall. Wahre Gläubige. Genau das, was wir in Rumänien getan haben, wird mit Sicherheit sehr bald überall passieren, und sie haben große Angst davor. Sehr große Angst.
Kla.TV: Also kann Rumänien jetzt ein Vorreiter dieser Entwicklung sein.
Und was sind Ihre - was sind Ihre Ziele für eine Präsidentschaft in Rumänien? Was wünschen Sie sich und was ist Ihre Vision für Rumänien?
Calin Georgescu: In erster Linie ist es Frieden. Der Frieden kommt in erster Linie von uns.

Kla.TV: Ja, das ist ein sehr wichtiges Thema.
Calin Georgescu: Das ist sehr wichtig! Frieden! Wissen Sie, ich diene jetzt seit fast 17 Jahren bei den Vereinten Nationen und bei allen Konferenzen oder Treffen oder was auch immer ich hatte, war der Frieden - er mußte einfach in der Ecke bleiben und wartete darauf, das Wort zu bekommen, aber er bekam es nicht. Die Leute redeten über Frieden, aber in Wirklichkeit ging es nicht um Frieden. Und der Frieden war, wie ich schon sagte, ganz einfach gezwungen, in der Ecke zu bleiben und zu warten, und niemand sagte zu ihm: "Bitte, nimm das Wort!" Und das geschah ständig.
Außerdem wurden 1945 die Vereinten Nationen mit einem einfachen Ziel gegründet: Frieden. Das war nach dem Zweiten Weltkrieg, den jeder kennt - das wissen wir. Und von 1945 bis heute, wo wir dieses Interview führen, gab es mehr als tausend Kriege und Schlachten und verschiedene andere Dinge. Und ich habe nicht gesehen, daß die Vereinten Nationen in Moskau oder in Kiew oder in Washington präsent waren, um über den Frieden zu sprechen. Denn das war ihr Thema, der Frieden. Und wir haben einen Beitrag dazu geleistet - wir alle, Sie und ich, denn unsere Länder haben Beiträge geleistet und sie haben ständig Beiträge für den Frieden geleistet, aber das ist nicht mehr so.
Schauen Sie sich an, was in Afrika, in Asien, überall auf der Welt passiert, nicht nur in der Ukraine. Und natürlich, wenn ... und international - in der Tat, die Mainstream-Medien haben mich gefragt: Was werden Sie tun, wenn Sie Präsident sind, was die Unterstützung der Ukraine angeht? Ich sagte, ich werde die Unterstützung für die Ukraine einstellen, weil ich mich zuerst um meine Familie kümmern werde. Warum muß ich mich um andere kümmern? Eigentlich ist es nicht mein Krieg. Und sie sind darüber verzweifelt. Das ist also die Nummer eins: Frieden.
Nummer zwei ist ganz einfach: Die Wirtschaft im Allgemeinen ist nicht etwas - wie soll ich sagen - sehr Kompliziertes und Schwieriges. Sie müssen einfach das tun, was Sie mit Ihrer eigenen Familie getan haben und tun. Kümmere dich zuerst um deine Familie, kümmere dich nicht um den Nachbarn, sondern kümmere dich zuerst um deine Familie und danach um deinen Nachbarn, deine Nachbarn, was auch immer es gibt.
Wir müssen uns also um uns selbst kümmern; alles, was wir haben, für unsere eigenen Zwekke und Bedürfnisse nutzen, und in dem Moment, in dem die Wirtschaft floriert, können wir anderen helfen. Richtig? (Ja.) Und dann kann man anderen etwas geben, aber nicht - es sollte keine Fremden geben, die meine Wirtschaft, meine Familie kontrollieren müssen. Nein. Ich meine, es ist jemand von außerhalb, der in mein Haus kommt und sagt, ich soll mich um deine Familie kümmern. Wie ist das möglich? Nein, das ist nicht möglich. Das rumänische Volk hat also gesagt: "Stopp". Das ist es also, was ich tue: Frieden und Familie - wir kümmern uns um unsere eigene Familie.
Kla.TV: Was die Friedensfrage betrifft: Was ist mit der NATO-Präsenz in Constanta und Deveselu - was denken Sie über diese möglichen Schwerpunkte?
Calin Georgescu: Ja, ich verstehe die Frage. Wir sind froh, in der NATO und in der Europäischen Union zu sein, soweit - insbesondere die NATO - eine defensive Organisation ist - also im Sinne von "natürlich, um uns zu schützen". Ich habe in der Verfassung der NATO keine "offensive" Organisation gesehen. Wenn sie "offensiv" ist, greift es uns an. Und das ist nicht korrekt! Und was die Militärbasis betrifft, so müssen wir sie bewerten. Vielleicht müssen wir sie verbessern, vielleicht brauchen wir etwas mehr. Ich weiß es nicht, aber wir müssen das, was dort ist, bewerten. Wir müssen, wie soll ich sagen, wir müssen uns bewußt sein, daß Rumänien an erster Stelle kommt.
An erster Stelle steht unsere Familie. Von diesem Punkt aus müssen wir alles diskutieren, alles andere. Nicht nur diese NATO-Militärbasen. Über alles. Hier sind wir also. Und davon ausgehend denke ich, daß jedes Land, jedes Land, dasselbe tun muß. Ich meine, es gibt keine

anderen, die einem vorschreiben, was man zu tun hat. Man muß viel besser als sie wissen, was man zu tun hat. Im Allgemeinen können die Welt und dieser Planet also sicher alle unsere Bedürfnisse befriedigen. Aber er kann auch nicht unsere Gier befriedigen. Das ist unmöglich. Und wir müssen diese Gier beseitigen. Denn es gibt einen Moment, in dem du eine Beziehung zu Gott hast, und das reicht aus, um deinen Zweck in diesem Leben zu verstehen.
Kla.TV: Ja. Und im Zusammenhang mit dieser letzten Korona-Pandemie ist vieles schief gelaufen. Was muß Ihrer Meinung nach dagegen unternommen werden? Was wäre eine angemessene Aufarbeitung dieser Ereignisse?
Calin Georgescu: Nun, ich sage nicht Ereignis. Vielleicht war es ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Aber auf jeden Fall muß dies sehr streng bewertet werden, die Situation, die bereits in dem Sinne vorbei ist, daß niemand etwas darüber gefragt hat. Aber es gab eine Menge Dinge, die sehr, sehr gut bewertet werden müssen. Und vor allem, wer das umsetzen soll. Denn es ist völlig klar, daß es überall eine Menge Probleme gibt und eine Menge negativer Rückmeldungen für eine Menge Leute. Auf jeden Fall zeigt uns die Situation - die Corona-Pandemie-Situation - auch den positiven Punkt, in dem Sinne, daß wir ... wir haben gesehen, daß die Korruption aufgedeckt wurde.
Kla.TV: Richtig
Calin Georgescu: Und die Menschen sind sich bewußt, was die Regierungen tun können und wie korrupt die Wissenschaft sein kann, wenn sie auf die Regierungen oder das System der Oligarchen hört, anstatt sich um die Menschen zu kümmern.
Kla.TV: Ja, natürlich.
Calin Georgescu: Es ist also nur eine Frage der Zeit ... Aber auf jeden Fall hatten wir Helden, die, wie ich sagte, aufgrund einer kriminellen Handlung anderer aus dem Leben schieden, so daß auf jeden Fall jeder darüber spricht, aber niemand den Mut hat zu sagen, daß dies geschehen ist. Wir müssen uns also darüber im Klaren sein, daß dies für unseren Zweck ist, für die Zukunft, um besser zu verstehen, wer wir sind und wer über unser Leben bestimmt oder es bestimmt. Wir müssen über unser Leben bestimmen, nicht andere. Das ist ein wichtiger Punkt in dieser Situation, ja.
Kla.TV: Hier wurde also ein Verbrechen aufgedeckt und die Menschen lernen daraus.
Calin Georgescu: Man lernt daraus - es war eine Lektion, das war meine Meinung dazu. Aber abgesehen davon hatten wir eine Menge Drama und natürlich müssen wir uns bewußt sein, daß es Menschen gibt, die dieses Leben verlassen haben - nur wegen politischer Entscheidungen.
Kla.TV: Ja. Eine letzte Frage. Was sehen Sie jetzt als nächste Schritte für Ihre Präsidentschaftskampagne und für Ihre Ziele vor?
Calin Georgescu: Zuallererst ist uns natürlich klar, daß sie ein Zeitalter der Diktatur errichten wollen. Und natürlich müssen wir auf die anständigste Art und Weise für unsere Rechte, für unsere Freiheit, für unsere Demokratie kämpfen. Wir können nicht akzeptieren, daß der zweite Wahlgang abgesagt wird, also streben wir einen zweiten Wahlgang auf legale Weise an. Und wir vertrauen natürlich für die Zukunft auf unsere Rechte, genau wie ich sagte. Also ... was in Rumänien passiert wie in einem Zeitalter der Diktatur, kann in jedem anderen Land passieren.
Der nächste Schritt - und wir sind jetzt - und genau das, was wir jetzt getan haben, und was wir tun müssen, ist: wir kämpfen im Rahmen des Justizsystems nicht nur vor rumänischen Gerichten, sondern auch vor internationalen europäischen Gerichten, also machen wir so weiter und wir warten - genau wie ich sagte, daß "die Wahrheit wartet". Es ist also überhaupt kein Thema (es ist klar), daß die Veränderung sehr bald eintreten wird. Ja, wir machen weiter, wir machen weiter. Das ist die wichtigste Antwort auf Ihre Frage - wir machen weiter, um uns über die Situation und unsere Rechte bewußt zu sein, wir glauben weiter an unsere Würde, an

unsere Ehre als Menschen und wir glauben an unser Land und an Gott.
Kla.TV: Ja, und welche Rolle werden die Menschen bei diesen kommenden Schritten spielen?
Calin Georgescu: Wahre Gläubige zu sein: zuerst fest an sich selbst zu glauben, und wenn sie an sich selbst glauben und diese Einstellung haben, können sie sie überall verbreiten - das Prinzip des Lebens - denn wenn man sonst von anderen hört, was man zu tun hat, hat das keine Wirkung. Man muß fest an sich selbst glauben, und die Beziehung zu Gott ist der wichtigste Teil.
Mit dem, was in Rumänien geschieht, zeigen wir also, daß wir keine Spielchen spielen! Wir glauben fest an unser Leben, an unser Land, das wir nicht von Brüssel erhalten haben, nicht von Washington, sondern von Gott, der ein Geist der Liebe ist. Wir müssen an die Liebe glauben! Wir müssen an Gott glauben und wir müssen an uns glauben - das ist der wichtigste Punkt - sonst können wir nichts tun! Die Menschen müssen sich also bewußt sein, wer sie sind. Was ist unsere Rolle? Was können wir jetzt erreichen? Was haben wir zu tun? Was ist unser Ziel in diesem Leben? Und es geht nicht um das System, es geht um uns. Der Frieden oder der Beitrag zum Frieden in der Welt kommt aus dem inneren Frieden, also diskutieren wir zuerst über die "innere Technik".
Kla.TV: Das Volk wird also - oder Sie rufen das Volk auf, ...
Calin Georgescu: Zuerst an sich selbst zu glauben - an sich selbst, an ihre innere Kraft ...
Kla.TV: Und das haben sie bereits demonstriert, auf einem recht guten Niveau...
Calin Georgescu: Natürlich! Sie müssen verstehen, daß wir hier nicht über Gehälter diskutieren, wir diskutieren nicht über Renten, wir diskutieren nicht über bessere Krankenhäuser oder bessere Straßen. Wir diskutieren über unsere Seele, unsere Würde als menschliche Wesen, wir diskutieren über unsere Familien, wir diskutieren über die Ehre, und das ist wichtiger als alles andere. Hier sind wir also. Also, ich ... Ich glaube fest daran, und ich empfehle allen, zuerst auf sich selbst zu vertrauen.
Kla.TV: Worüber wir oft sprechen - und was wir tun - ist zum Beispiel, daß die Menschen sich zu Kundgebungen versammeln, daß sie Nachrichten weitergeben - unzensierte Nachrichten, daß sie sich der Dinge bewußt sind und nicht irregeführt werden ...
Calin Georgescu: Ganz genau! Wir sind also hier: In dem Moment, in dem die Menschen sich ihres "Inneren" bewußt sind, wie ich sagte, ihrer "inneren Technik", sind die Dinge völlig anders. Ich meine, Reife ist nicht jemand, der einem sagt, was man zu tun hat; man muß zuerst wissen, was man zu tun hat.
Kla.TV: Ausgezeichnet!
Calin Georgescu: Ich danke Ihnen. Ich danke Ihnen.
Kla.TV: Ja, vielen Dank für dieses aufschlußreiche Interview und wir erwarten alles Gute! Wir wünschen Ihnen alles Gute für Ihre laufende Kampagne und alle Verfahren und die nächsten Schritte.
Calin Georgescu: Laßt es uns gemeinsam sagen, nicht nur für mich. Ich danke Ihnen dafür, aber wir müssen zusammen sein. Es ist für ein gemeinsames Ziel! Ich danke Ihnen.
Kla.TV: Ja! Ich danke Ihnen vielmals.
Calin Georgescu: Danke, ich weiß das zu schätzen.<<

13.02.2025

BRD: Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 13. Februar 2025 (x1.495/…): >>**Weidel und Orbán einig: Gemeinsam für die Freiheit!**

Die AfD geht bei der Pflege unserer internationalen Beziehungen voran: AfD-Bundessprecherin und Kanzlerkandidatin Alice Weidel traf sich am Mittwoch in Budapest mit dem ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán, um über die aktuelle politische Lage im Kontext der EU-Bevormundung zu sprechen. Alice Weidel betonte: Unsere Beziehungen zu Ungarn,

aber auch zu Großmächten wie den USA, Rußland und China haben gelitten. "Meine und unsere vornehmste Aufgabe ist, diese Beziehungen wieder deutlich zu verbessern und zu reparieren!", unterstrich Weidel.
Bei der Zusammenkunft betonten Weidel und Orbán ihre großen politischen Gemeinsamkeiten in zahlreichen Politikfeldern. "Ungarn ist das Bollwerk gegen illegale Migration!", lobte Weidel. Auch Orbán gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß Deutschland mit Hilfe der AfD gegen die EU-Bevormundung in punkto Migrationspolitik aufbegehren wird. Außerdem setzte sich er sich kritisch mit dem planwirtschaftlichen "Green Deal" der EU auseinander.
Auf der Plattform "X" (ehemals Twitter) kommentierte Orbán das Treffen mit einer klaren Ansage: "Heute habe ich die Zukunft Deutschlands getroffen." Davon sind auch wir überzeugt! Denn die Zukunft ist ein Europa der souveränen Nationalstaaten, ein Europa der Freiheit und der Sicherheit.
Das Europa der EU-Bevormundung und Massenmigration muß und wird zu Ende gehen. Die AfD ist bereit und in der Lage, gemeinsam mit unseren internationalen Partnern eine grundlegende Politikwende durchzusetzen. Deshalb müssen und werden wir die Bundestagswahl gewinnen - stimmen Sie deshalb am 23. Februar für die AfD und mobilisieren Sie unbedingt auch Ihre Freunde, Verwandten und Bekannten!<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 13. Februar 2025 (x1.498/…): >>**Anschlag München: Auto rast in Menschenmenge, 27 Verletzte, Afghane (24) festgenommen**
Nachdem in München am Donnerstagvormittag ein Auto in eine Menschenmenge gefahren ist, hat die Polizei die Zahl der Verletzten konkretisiert. Aktuell würden "ca. 27 verletzte Personen" durch die Rettungskräfte versorgt, teilten die Behörden mit. Über die Schwere der Verletzungen lägen noch keine Informationen vor.
Deshalb seien unter anderem Rettungshubschrauber im Einsatz. Zuvor hatte die Polizei bereits mitgeteilt, daß der Fahrzeugführer vor Ort gesichert werden konnte und von ihm derzeit keine weitere Gefahr ausgehe. Die Hintergründe, insbesondere ob es sich um einen Unfall oder eine Attacke handelte, waren zunächst weiter unklar.
Der Vorfall hatte sich im zentralen Stadtbezirk Maxvorstadt ereignet. Bei der Menschengruppe soll es sich um Teilnehmer eines Streikzugs der Gewerkschaft Verdi handeln. Die Polizei war nach eigenen Angaben mit starken Kräften vor Ort. In der bayerischen Landeshauptstadt gelten wegen der am Wochenende anstehenden Münchner Sicherheitskonferenz bereits erhöhte Sicherheitsvorkehrungen.
Nach BILD-Informationen soll der Fahrer ein 24-jähriger Afghane sein. Laut Polizei soll es sich bei dem Unfallfahrer um einen Asylbewerber handeln, der bislang nur durch Drogen- und Diebstahlsdelikten polizeibekannt ist.<<

14.02.2025

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 14. Februar 2025 (x1.496/…): >>**Keulenschlag-Rede von US-Vizepräsident J. D. Vance auf der Münchner Sicherheitskonferenz: "Es gibt keinen Platz für Brandmauern!"**
Wenn offene Münder Durchzug machen würden, dann hätte auf der Münchner Sicherheitskonferenz wohl Orkanstärke im noblen Tagungshotel Bayerischer Hof geherrscht: In einer grandiosen Rede, die Satz für Satz, Wort für Wort, das versammelte Polit-Establishment wie ein Keulenschlag traf, hat US-Vizepräsident J. D. Vance gut eine Woche vor der Bundestagswahl dem deutschen Altparteien-Kartell die Leviten gelesen. "Es gibt keinen Platz für Brandmauern!", rief der engste Trump-Vertraute den zu Kieselsteinen versteinerten Gesichtern im Publikum zu.
Der amerikanische Vizepräsident, der mit Ehefrau und "Second Lady" Usha sowie seinen drei zauberhaften Kindern nach München gekommen war, pochte darauf, daß die Europäer endlich

die Migration in den Griff bekommen. Zugleich beklagte er einen Verlust von Demokratie und Meinungsfreiheit in Europa.
"Die Redefreiheit ist in Europa auf dem Rückzug", sagte Vance bei seiner mit Spannung erwarteten Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz (MSC). Er kritisierte, daß Meinungsäußerungen als "Desinformation" verfolgt würden. Eine Stärkung der Verteidigungsfähigkeit sei wichtig, betonte Vance, aber er sei nicht so sehr besorgt wegen äußerer Akteure.

Demokratische Werte leben

"Ich bin wegen der Gefahr von innen besorgt, daß sich Europa von einigen der grundlegenden Werte zurückziehen könnte, von Werten, die mit den USA geteilt werden", unterstrich der amerikanische Vizepräsident und forderte: "Wir müssen mehr tun, als über demokratische Werte zu reden, wir müssen sie leben!" Dann ein Satz, bei dem Merz & Co. die Kinnlade runterfiel: "Es gibt keinen Platz für Brandmauern!"
Vance warnte davor, mit einer Ausgrenzung patriotischer Parteien den Willen vieler Wähler zu mißachten. Keine Demokratie werde es überstehen, "Millionen von Wählern zu sagen, daß ihre Gedanken und Sorgen, ihre Hoffnungen, ihre Bitten um Hilfe ungültig oder nicht demokratisch" seien. Demokratie beruhe auf dem heiligen Prinzip, daß die Stimme des Volkes zähle. Ohne die AfD beim Namen zu nennen, fügte Vance hinzu: "Es gibt keinen Platz für Brandmauern!"

Masseneinwanderung ist unser größtes Problem

Vance sieht in der illegalen Masseneinwanderung nicht nur für die USA das größte Problem, sondern auch für die Europäer. "Von all den dringenden Herausforderungen, mit denen die hier vertretenen Nationen konfrontiert sind, gibt es meiner Meinung nach nichts Dringlicheres als die Massenmigration", rief er dem konsternierten Publikum zu.

"Wir haben diese Geschichten schon viel zu oft gehört"

Der US-Vizepräsident erwähnte in diesem Zusammenhang auch den Anschlag aktuell in München, bei dem ein afghanischer Islamist mit einem Auto in eine Gruppe von Demonstranten gefahren war. "Es ist eine schreckliche Geschichte, aber wir haben sie schon viel zu oft in Europa gehört, und leider auch viel zu oft in den Vereinigten Staaten."
Das Muster ähnele sich vielfach: "Ein Asylbewerber, oft ein junger Mann Mitte 20, der der Polizei bereits bekannt ist, rast mit einem Auto in eine Menschenmenge und zerstört eine Gemeinde", beklagte Vance und fragte: "Wie oft müssen wir diese entsetzlichen Rückschläge noch erleiden, bevor wir unseren Kurs ändern?"
Der Trump-Vertraute hielt den Altparteien-Vertretern im Saal entgegen, kein Wähler in Europa habe je dafür gestimmt, "die Schleusen für Millionen ungeprüfter Einwanderer zu öffnen".

Steinmeier vergreift sich im Ton

Zum Auftakt der Münchner Sicherheitskonferenz hatte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier in einer ungebührlichen Form, die dem Staatsoberhaupt in keiner Weise zusteht, die neue US-Regierung kritisiert. Der frühere Linksextremist und notorische Trump-Hasser warf Washington Rücksichtslosigkeit und einen Bruch mit althergebrachten internationalen Regeln vor. "Die neue amerikanische Administration hat ein anderes Weltbild als wir. Eines, das keine Rücksicht nimmt auf etablierte Regeln", sagte Steinmeier in seiner Eröffnungsrede und lag damit nicht einmal so falsch. Denn in Washington gelten nicht länger die Regeln des links-grün-woken Gesinnungs-Terrors!<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 14. Februar 2025 (x1.496/…):
>>**Christlicher Nächstenhaß in Diakonie-Klinik: "Wer sich für die AfD einsetzt, muß gehen!"**
Die Diakonie ist mit 1,3 Millionen Beschäftigten eines der größten Asyl-Hilfswerke, finanziert vor allem von deutschen Kirchensteuerzahlern. Bereits vor einem Jahr drohte die evangelische Amtskirchen-NGO AfD-Anhängern mit dem Verlust des Arbeitsplatzes. Zu dieser tota-

litären Gesinnungs-Organisation aus der Industrie der Wohlfahrtsverbände zählt auch der Elisabethenstift in Darmstadt, eine große Klinikgruppe.
Der dortige Chef der Mitarbeitervertretung adressierte eine Mail an alle Beschäftigten und drohte offen: Wer mit der AfD sympathisiert, fliegt aus der Klinik. Wörtlich heißt es in dem "Informationsschreiben", das zweifelsfrei den Straftatbestand der Nötigung erfüllen dürfte: "Wer sich für die AfD einsetzt, muß gehen."<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 14. Februar 2025 (x1.498/…): >>**Nach München: Die übliche Leier**
Bestürzung, Proteste gegen rechts, leere Bekundungen. 30 Verletzte, zum Teil schwer, nach dem Anschlag in München. Was hat die Politik getan, um alles in ihrer Macht stehende zu tun, in Zukunft einen neuen Anschlag zu verhindern?
In München haben sich am Donnerstagabend mehrere Hundert Menschen zu einer kurzfristig anberaumten Protestveranstaltung versammelt, um gegen die Instrumentalisierung des Anschlags vom Vormittag zu demonstrieren. Auf dem Odeonsplatz waren Plakate mit Sprüchen wie "Söder, du pietätsloses Arschloch" oder "AfD Rassist:innen Pack" und Antifa-Fahnen zu sehen.
Am Vormittag war in München ein 24-jähriger Asylbewerber mit einem Kleinwagen in eine Verdi-Kundgebung gerast, mindestens 30 Menschen wurden dabei verletzt. Bei dem Mann soll es sich um einen Afghanen handeln, dessen Asylantrag abgelehnt worden sein soll. Er wurde von der Polizei festgenommen.
Die Badische Zeitung kommentiert: Wie lange will der Staat noch Terrortaten zuschauen? Wie lange sollen sich die Bürger angesichts des Gefühls einer übermäßigen irregulären Migration noch mit Verweisen auf komplizierte Rechtslagen, europapolitische Zwänge und Mängel im Vollzug besänftigen lassen? Ja, es bleibt richtig, die große Mehrheit der Migranten nicht unter Generalverdacht zu stellen. Richtig ist aber auch, daß jeder Täter aus dieser Gruppe zur Verfestigung eines Generalverdachts beiträgt. Die Vernunft, sie darf trotz allem nicht auf der Strecke bleiben."<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 14. Februar 2025 (x1.498/…): >>**Heizen weiter deutlich teurer als vor Energiekrise**
Die Heizkosten für Privathaushalte sind seit Ausbruch des Ukrainekriegs deutlich gestiegen. Das berichtet der "Spiegel" unter Berufung auf eine Analyse des Dienstleisters Ista, der Heizkostenabrechnungen von etwa drei Millionen Wohnungen zwischen 2021 und 2023 ausgewertet hat. Für 2024 zog er Vergleichsdaten des Statistischen Bundesamtes heran. Bewohner einer 70 Quadratmeter großen Modellwohnung mit Gasheizung mußten 2024 etwa 220 Euro mehr zahlen als drei Jahre zuvor, ein Anstieg von 36 Prozent.
Bei Fernwärme erhöhte sich der Betrag um fast 330 Euro (plus 42 Prozent). Bei einer Ölheizung betrugen die zusätzlichen Kosten etwa 288 Euro (plus 47 Prozent). Berichte über eine vermeintliche Entspannung an den Energiemärkten könnten manche Mieter "in falscher Sicherheit wiegen", sagte Ista-Chef Hagen Lessin. Energiekosten kommen in Miethaushalten mit Verzögerung an, weil Abschläge und Verbrauch nur einmal im Jahr abgerechnet werden. Außerdem dauert es, bis Preisänderungen im Großhandel auf Endkundenpreise durchschlagen.
Bei Öl und Gas wirkt sich der seit Januar neue CO2-Preis zusätzlich verteuernd aus sowie die gestiegene Gasspeicherumlage und in vielen Versorgungsgebieten die Netzentgelte. Die Mehrwertsteuersenkung für Gas und Fernwärme ist zum April 2024 ausgelaufen. Besonders großen Einfluß haben aber die Preise der Brennstoffe selbst.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 14. Februar 2025 (x1.498/…): >>**Zahl beantragter Regelinsolvenzen steigt weiter**
Die Zahl der beantragten Regelinsolvenzen in Deutschland ist im Januar 2025 stark gestiegen.

Nach vorläufigen Angaben des Statistischen Bundesamtes (Destatis) vom Freitag legte sie um 14,1 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat zu. Mit Ausnahme des Juni 2024 (+6,3 Prozent) liegen die Zuwachsraten im Vorjahresvergleich damit seit Juni 2023 im zweistelligen Bereich. Bei den Ergebnissen ist zu berücksichtigen, daß die Anträge erst nach der ersten Entscheidung des Insolvenzgerichts in die Statistik einfließen.
Der tatsächliche Zeitpunkt des Insolvenzantrags liegt in vielen Fällen annähernd drei Monate davor. Für November 2024 meldeten die Amtsgerichte nach endgültigen Ergebnissen 1.787 beantragte Unternehmensinsolvenzen. Das waren 18,1 Prozent mehr als im November 2023. Die Forderungen der Gläubiger aus den gemeldeten Unternehmensinsolvenzen bezifferten die Amtsgerichte auf rund 2,8 Milliarden Euro.
Im Vorjahresmonat hatten die Forderungen bei rund 1,5 Milliarden Euro gelegen. Bezogen auf 10.000 Unternehmen gab es im November in Deutschland insgesamt 5,2 Unternehmensinsolvenzen. Die meisten Insolvenzen je 10.000 Unternehmen entfielen auf den Wirtschaftsabschnitt Verkehr und Lagerei mit 9,0 Fällen. Danach folgten das Baugewerbe mit 7,5 Insolvenzen sowie das Gastgewerbe mit 6,9 Insolvenzen je 10.000 Unternehmen. Im November 2024 gab es zudem 5.971 Verbraucherinsolvenzen, so die Statistiker weiter. Damit stieg deren Zahl um 2,8 Prozent gegenüber November 2023.<<
Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 14. Februar 2025 (x1.500/…): >>**Rundfunk als übergeordnete Anstalt ist demokratie- und verfassungswidrig**
Herbert Ludwig
Im System der Gewaltenteilung von Legislative, Exekutive und Judikative, die für einen demokratischen Rechtsstaat grundlegend ist, sollen demokratietheoretisch Presse und Rundfunk eine "Vierte Gewalt" darstellen, die eine Kontrollfunktion über die drei klassischen Staatsgewalten ausübt. Das setzt zwingend voraus, daß die Medien von den Staatsgewalten völlig unabhängig sind. Dies ist beim öffentlichen Rundfunk als Anstalt des öffentlichen Rechts aber prinzipiell und de facto nicht der Fall. Er kontrolliert sie nicht, sondern betreibt einseitig Hofberichterstattung und umfassende Propaganda für sie. Die Bindung der Bürger an ihn durch eine Zwangsgebühr macht ihn vollends verfassungswidrig.
Die Funktion der Medien als "Vierte Gewalt"
"Die Medien sind systemtheoretisch das ´Beobachtungssystem der gesamten Gesellschaft`", heißt es auf Wikipedia treffend, "indem sie ihr Bild der Gesellschaft zeichnen und dieses der Gesellschaft zur Selbstbeobachtung zurückspiegeln."
Die ideale Funktion der Massenmedien in einer Demokratie schließe "umfassende und ausgewogene Berichterstattung, Sachlichkeit und gegenseitige Achtung, Wahrheitstreue in Inhalt, Stil und Formen der Wiedergabe ein und eine Präsentationsweise, die allen Bürgern die Teilnahme an der öffentlichen Kommunikation ermöglicht."
Sie hätten eine große Verantwortung den Bürgern gegenüber, denn deren politisches Wissen hänge von der Darstellung der Politik in den Massenmedien ab. Diese hätten einen "öffentlichen Auftrag" und bestimmten, welche Themen in der Gesellschaft als relevant angesehen werden oder auch nicht. Dabei lebe die Demokratie von einer kritischen Öffentlichkeit.
Diese kritische Öffentlichkeit durch die Medien ist umso notwendiger, als die Parteien, wie schon der Presserechtler Martin Löffler in den 1950er Jahren festgestellt habe, den Staat soweit durchdrungen haben, daß nahezu alle Gewalt mittelbar oder unmittelbar von ihnen ausgehe. Die modernen Medien seien als vierter Träger der öffentlichen Gewalt dazu berufen, "gegenüber dem gefährlichen Machtstreben des Parteienstaates das gesunde Gegengewicht zu bilden."
Das Scheitern des Ideals der "Vierten Gewalt"
Der "Parteienstaat" ist in der Soziologie ein Staat, in dem die durch imperatives Mandat an

ihre Parteien gebundenen Abgeordneten ("Fraktionsdisziplin") weitgehend ihre Unabhängigkeit verlieren und die eigentlichen Entscheidungen in den Parteigremien fallen. Eine Partei bzw. Parteienkoalition, welche die Parlamentsmehrheit hat, stellt auch die Regierung und besetzt die wichtigsten Richterposten, so daß sie alle drei Gewalten in ihrer Hand hat und die Gewaltenteilung somit de facto aufhebt. Dadurch besteht in Wirklichkeit keine Demokratie mehr, sondern eine Parteien-Oligarchie.
Das Ideal, daß die Medien als "Vierte Gewalt" das gefährliche Machtstreben des Parteienstaates überwachen und das gesunde Gegengewicht bilden könnten, ist dagegen eine Illusion. Das Anprangern einer Parteien-Oligarchie wird diese nicht beseitigen, sondern die alles gesellschaftliche Leben durchdringenden Parteien werden dafür sorgen, daß diese Medien entweder ausgeschaltet oder ebenfalls parteipolitisch durchsetzt, also übernommen bzw. unterwandert werden. Und das ist ja in großem Maße in Deutschland geschehen. Die Mainstream-Medien betreiben im Wesentlichen Hofberichterstattung der herrschenden Parteien-Oligarchie bis hin zu unverhohlener Propaganda. Von einer neutralen, allseitigen Berichterstattung kann keine Rede mehr sein.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk

Am allerwenigsten kann dies vom öffentlich-rechtlichen Rundfunk (ÖRR) gesagt werden. Durch kein anderes Medium ist das Bewußtsein der Menschen so beeinflußbar wie durch Rundfunk und Fernsehen. Alle Diktaturen haben sie fest in staatlicher Hand, damit die Untertanen ganz in ihrem ideologischen Sinne "informiert" werden können und ihre Macht dadurch abgesichert wird. Auch eine herrschende Parteien-Oligarchie hat daran das größte Interesse.
Der Rundfunk soll zwar im Rahmen der bestehenden Fassaden-Demokratie organisatorisch eine innere Staatsferne erreichen, indem in den Gremien keine Vertreter des Staates sitzen, die Einfluß auf die Programmgestaltung nehmen könnten.
Doch das ist Täuschung, denn in den Aufsichtsgremien sitzen als Vertreter gesellschaftlich relevanter Gruppen zu einem Drittel Vertreter der herrschenden politischen Parteien, die auch in den weiteren Gruppen wie Gewerkschaften, Sozialverbänden, Kirchen usw. ihre Sympathisanten haben. Und die Parteien haben die staatlichen Gewalten in der Hand, sie haben sich den Staat zur Beute gemacht. Auf der anderen Seite ist das Heer der Rundfunk-Journalisten weitgehend von Mitgliedern oder Sympathisanten der herrschenden Parteien unterwandert.
Auch soll die Staatsferne dadurch signalisiert werden, daß der ÖRR nicht durch staatliche Steuern finanziert wird. Aber auch das ist Augenwischerei, denn indem dem ÖRR der Status einer Anstalt des öffentlichen Rechts und damit eine hoheitliche Stellung über den Bürgern verliehen wurde, hat er das Recht, Zwangsgebühren von allen Haushalten zu erheben, unabhängig davon, ob das Programm vom Einzelnen gewünscht und in Anspruch genommen wird.
Ist schon die Einrichtung eines solcherart staatsnahen Rundfunks demokratiewidrig, so wird er durch die Erhebung von Zwangsgebühren vollends verfassungswidrig.

Die Zwangsgebühren

Das fundamental konstituierende Grundrecht einer Demokratie ist das in Artikel 2 des Grundgesetzes festgesetzte Recht auf die freie, selbstbestimmte Entfaltung der Persönlichkeit. Eines der nachfolgend dies näher spezifizierenden Grundrechte ist das in Art. 5 GG geregelte Recht, sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten.
Vor dem Hintergrund des Rechtes auf die freie Entfaltung der Persönlichkeit des Artikels 2 GG kann es nur in der Freiheit jedes Einzelnen liegen, aus welchen Quellen er sich unterrichtet. Die freiheitlich-demokratischen Grundrechte nach Art. 2 und 5 GG schließen ihrem Wesen nach aus, daß der Mensch zur Nutzung einer bestimmten Informationsquelle direkt oder indirekt gezwungen werden darf.
Der öffentlich-rechtliche Rundfunk übt aber als dem freien Bürger de facto übergeordnete Anstalt des öffentlichen Rechts durch die gesetzlich verpflichtende Rundfunkgebühr, verschlei-

ernd "Rundfunkbeitrag" genannt, einen obrigkeitlichen Zwang aus, ihn zu finanzieren und damit indirekt auch, ihn als Informationsquelle zu benutzen.
Dies verstößt gegen die genannten Grundprinzipien einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaftsordnung und ist Ausdruck einer obrigkeitsstaatlichen, autoritären Staatsgesinnung.
Ein öffentlich-rechtlicher Rundfunk mit Zwangsgebühren ist daher von vorneherein wegen Verstoßes gegen Art. 2 und 5 GG verfassungswidrig.

Propagandistische Berichterstattung

Darüber hinaus verfolgt der ÖRR eine einseitig indoktrinierende Information und verstößt gegen die eigene, nach dem Rundfunkstaatsvertrag vorgegebene Verpflichtung zur objektiven, unparteilichen Berichterstattung, die die Meinungsvielfalt in der Gesellschaft und eine Ausgewogenheit berücksichtigt. Täglich findet eine einseitige, propagandistische regierungs- und eine bestimmte parteienkonforme Berichterstattung statt.
Dies steht als offenkundig fest. Jeder kann sich täglich davon überzeugen. Einige wenige objektive, der Wahrheit verpflichtete Sendungen sind Ausnahmen und dienen als Feigenblatt.
Die Frage der generellen, bzw. überwiegend einseitigen propagandistischen Berichterstattung ist von ungeheurer gesellschaftlicher Bedeutung in ihrer Auswirkung auf die Demokratie.
Sie bedeutet, daß das Volk, der Souverän der Demokratie, nicht die volle Wahrheit über die aktuellen und historischen Zusammenhänge erfährt.
In seinem "Spiegel-Urteil" von 1966 hatte das Bundesverfassungsgericht noch festgehalten:
"Eine freie, nicht von der öffentlichen Gewalt gelenkte, keiner Zensur unterworfene Presse ist ein Wesenselement des freiheitlichen Staates; insbesondere ist eine freie, regelmäßig erscheinende politische Presse für die moderne Demokratie unentbehrlich. Soll der Bürger politische Entscheidungen treffen, muß er umfassend informiert sein, aber auch die Meinungen kennen und gegeneinander abwägen können, die andere sich gebildet haben. Die Presse hält diese ständige Diskussion in Gang."
Hannah Arendt schrieb zu den Lügen der Medien: "Wenn die modernen Lügen sich nicht mit Einzelheiten zufrieden geben, sondern den Gesamtzusammenhang, in dem die Tatsachen erscheinen, umlügen und so einen neuen Wirklichkeitszusammenhang bieten, was hindert eigentlich diese erlogene Wirklichkeit daran, zu einem vollgültigen Ersatz der Tatsachenwahrheit zu werden …?"
Die Menschen leben dann in einer großen Illusion und nicht in der Wirklichkeit.
"Das Resultat ist keineswegs, daß die Lüge nun als wahr akzeptiert und die Wahrheit als Lüge diffamiert wird, sondern daß der menschliche Orientierungssinn im Bereich des Wirklichen, der ohne die Unterscheidung von Wahrheit und Unwahrheit nicht funktionieren kann, vernichtet wird. … Konsequentes Lügen ist im wahrsten Sinne des Wortes bodenlos und stürzt Menschen ins Bodenlose, ohne je imstande zu sein, einen anderen Boden, auf dem Menschen stehen könnten, zu errichten."
Der Verlust des menschlichen Orientierungssinnes, der Sturz ins Bodenlose, ist gleichbedeutend mit dem Ende der Demokratie.
"Meinungsfreiheit", sagt Hannah Arendt, "ist eine Farce, wenn die Informationen über die Tatsachen nicht garantiert sind."
Dann kann sich der Mensch kein Urteil mehr bilden, das in der Wahrheit, in der Wirklichkeit gegründet ist.
Das bedeutet: Die Bürger als Souverän der Demokratie, von dem nach Art. 20 GG alle Staatsgewalt ausgeht und in Wahlen und Abstimmungen ausgeübt wird, sind überhaupt nicht urteilsfähig.
Durch die heutige totale Lügenpropaganda des ÖRR werden sie als Träger der Demokratie praktisch ausgeschaltet, und die freiheitliche demokratische Grundordnung wird bereits von innen beseitigt.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist der wirkmächtigste Feind der Demokratie. Er ist nach § 20 GG verfassungswidrig und aufzulösen.

Das Verhalten der Gerichte

Der Staat gibt dem ÖRR in § 11 des Rundfunkstaatsvertrags regelrecht einen "Programmauftrag", auch "Bildungsauftrag" genannt, der eine "unabhängige Grundversorgung" der Bevölkerung mit Informationen, Bildung, Kultur und Unterhaltung gewährleisten soll - natürlich um, wie es verschleiernd heißt, "im Interesse von Informationsfreiheit und Demokratie, ein vielfältiges, umfassendes und ausgewogenes mediales Angebot zu sichern."

Doch der demokratische Staat hat nicht die Aufgabe, für eine Grundversorgung der Bevölkerung mit Informationen, Kultur etc. zu sorgen. Das ist Sache der freien Bürger selbst in einem freien, vom Staat unabhängigen Kulturleben. Hier haben die Prinzipien einer auf dem selbstbestimmten, freien Menschen gründenden freiheitlich-demokratischen Gesellschaftsordnung des Grundgesetzes bei den heutigen Parteipolitikern überhaupt noch nicht Fuß gefaßt, denen es im Festhalten an der allseitigen Regelungskompetenz des Obrigkeitsstaates in Wahrheit um ihre eigene Macht über das Bewußtsein des "demokratischen" Stimmviehes geht.

Die Verwaltungsgerichte und sogar das Bundesverfassungsgericht stützen durchgehend diese Stellung des ÖRRs: Aufgrund der Werbefinanzierung bestehe beim Privatrundfunk die Gefahr, daß populären, massenattraktiven Programmen ein großer Teil der Sendezeit gewidmet werde. Deshalb könne der Privatfunk allein die öffentliche Kommunikationsaufgabe, die sich aus der Rundfunkfreiheit ergebe, nicht erfüllen. Daher sei ein gut ausgestatteter öffentlich-rechtlicher Rundfunk notwendig, so die Argumentation des BVerfGs.

Doch in einer freien Medienlandschaft würden sich durch verantwortungsvolle Bürger auch private Sender bilden, denen es um gründliche und vielseitige Information geht und die gerade deswegen von interessierten Bürgern geschätzt und finanziert werden. Der ÖRR unterbindet durch seine privilegierte Stellung und das Abziehen einer hohen Gebühr gerade den freien Wettbewerb und schränkt damit die Informations- und Meinungsvielfalt viel mehr ein, als daß er diese fördern würde. Es bedarf keiner Zwangsgebühr, um unabhängige und kritische objektiv neutrale Berichterstattung zu gewährleisten. Im Gegenteil, es braucht einen freien Medien-Markt, in dem sich die qualitativ besten durchsetzen.

Bei der Nachrichten- und Informationsversorgung handelt es sich eine Dienstleistung wie jede andere. Für sie ist der Staat nicht zuständig, ebenso wenig wie für die Dienstleistungen eines Rechtsanwaltes oder einer Schule oder die Produktion von Fernsehgeräten.

Das Ganze zeigt, wie stark einerseits der alles regelnde Obrigkeitsstaat noch immer auch in den Köpfen der Richter verankert ist, und wie diese andererseits mit den herrschenden parteipolitischen Machtströmungen verbunden sind.

Und auch die Zwangsgebühr versucht das BVerfG folgendermaßen zu rechtfertigen: "In der Möglichkeit der Nutzung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in seiner Funktion als nicht allein dem ökonomischen Wettbewerb unterliegender, die Vielfalt in der Rundfunkberichterstattung gewährleistender Anbieter, der durch authentische, sorgfältig recherchierte Informationen Orientierungshilfe bietet, liegt der die Erhebung des Rundfunkbeitrags als Beitrag rechtfertigende individuelle Vorteil."

Der erste Teil des Hauptsatzes ist bereits widerlegt, den fett hervorgehobenen Nebensatz widerlegt die Wirklichkeit. Der ÖRR bietet in der Realität alles andere: einseitige Hofberichterstattung, Unterschlagen wichtiger Informationen, Verdrehungen, Täuschungen, Lügen und Bekämpfung der Opposition, nur keine "durch authentische, sorgfältig recherchierte Informationen" entstehende "Orientierungshilfe".

Das Aussetzen der zivilen Regeln der Gerechtigkeit

Die obrigkeitsstaatliche dumpfe Entscheidung, eine Nachrichtendienstleistung auf eine Anstalt des öffentlichen Rechts zu übertragen, die dem Bürger vertikal übergeordnet ist und

gleichsam wie Steuern Zwangsgebühren von jedermann erheben kann, führt dazu, daß das horizontale Gleichordnungsverhältnis, wie es in einem Vertrag auf dem freien Medienmarkt besteht, der bei Mängelrügen das Zurückhalten bzw. die Rückforderung erlaubt, hier aufgehoben wird.
Die Verwaltungsgerichte weisen schon deswegen alle Klagen empörter Bürger ab, welche die Zahlung der Zwangsgebühren wegen der nicht eingehaltenen staatlichen Verpflichtung einer neutralen, objektiven und vielfältigen Berichterstattung verweigern.
So schreibt das Verwaltungsgericht Karlsruhe in seinem meine Klage abweisenden Urteil vom 8.11.2024 (Az. 5 K 5705/24) - angeblich "Im Namen des Volkes" - :
"daß dem einzelnen Rundfunkbeitrags-Verpflichteten kein ´Zurückbehaltungsrecht`, also (k)ein Recht zusteht, den Rundfunkbeitrag (gem. § 273 BGB entspr.) zurückzubehalten, weil er ihm insoweit aufgrund der gesetzlichen Grundlage der Beitragspflicht in einem Unter-/Überordnungsverhältnis gegenübersteht, also gerade nicht in einem vertraglichen Gleichordnungsverhältnis begegnet. ..."
Vor diesem Hintergrund könne der Rundfunkbeitrag auch nicht etwa gem. § 241a BGB unter Hinweis darauf verweigert werden, ein vom Rundfunkbeitrags-Pflichtigen bereits ganz generell abgelehntes Programmangebot stelle gewissermaßen die unerwünschte Zusendung einer nicht bestellten Ware dar, für die keine Gegenleistung verlangt werden könne. Der Rundfunknutzer habe gegenüber der Rundfunkanstalt kein einklagbares subjektiv-öffentliches Recht auf eine bestimmte Programmgestaltung.
So könne ferner auch nicht geltend gemacht werden, der Beitragsfestsetzungsbescheid sei wegen Verstoßes gegen die guten Sitten (§ 138 BGB) nichtig, indem der ÖRR die Empfänger durch den Mißbrauch seiner Programmgestaltungshoheit zu Propagandazwecken bewußt und willentlich täusche und ihnen in sittenwidriger Weise dafür noch eine Beitragsverpflichtung zwangsweise auferlege. "Denn auf solche Qualitätsmängel kann sich ein Rundfunknutzer nach dem Gesagten eben gerade nicht berufen."
Man muß sich vor Augen führen: Die demokratietheoretisch falsche Übertragung einer Nachrichten- und Informationsdienstleistung, die eine Sache eines freien Medienmarktes ist, auf einen öffentlich-rechtlichen Sender führt dazu, daß alle zivilen Regeln der Gerechtigkeit und Moral außer Kraft gesetzt werden.
Der durch staatlichen Akt übergeordnete Sender kann betrügen, gegen alle guten Sitten handeln, er kann machen, was er will - der Untertan ist ihm als Objekt hilflos ausgeliefert.
Wenn sich auch das Verwaltungsgericht formal auf die Gesetze berufen kann, so hätte es die grundsätzliche Demokratie- und Verfassungswidrigkeit der Konstruktion des ÖRR erkennen, das Verfahren aussetzen und nach meinem Antrag dem Bundesverfassungsgericht vorlegen müssen.

Der Zynismus mit der Programmbeschwerde

Natürlich wird geltend gemacht, der Rundfunknutzer könne sich nach der gesetzlichen Konstruktion des ÖRRs mit einer Programmbeschwerde an die Aufsichtsgremien wenden und "auf seiner Ansicht nach vorliegende Mißstände hinweisen und sie damit gegebenenfalls zu einer Programmkorrektur veranlassen." Den Verwaltungsgerichten sei es trotz ihres generellen Rechtsschutzauftrages aus Art. 19 Abs. 4 GG grundsätzlich verwehrt, Fragen der Programminhalte und -Gestaltung bzw. ihrer angeblichen Mangelhaftigkeit überhaupt zu prüfen.
Doch werden diese Aufsichtsgremien gerade, wie oben geschildert, von den Vertretern der politischen Parteien beherrscht, die auch Einfluß auf die Programmgestaltung nehmen. Die Hühner, die sich bei einer Beschwerdestelle über den räuberischen Fuchs beschweren, finden dort auch wieder den Fuchs als Entscheider vor. So wurden nach einer Studie zwischen 2016 und 2021 auch 99,1 Prozent der Programmbeschwerden abgelehnt, die bei den ARD-Anstalten, dem ZDF, Deutschlandradio und der Deutschen Welle eingingen.

So zieht sich das Gericht aus der Affäre und zeigt in einer weiteren absurden Argumentation, daß es nicht unparteiisch ist. Es behauptet, die Frage, ob das öffentlich-rechtliche Programm der zahlreichen Sendeanstalten überhaupt insgesamt den öffentlich-rechtlichen Programmgrundsätzen entspreche, lasse sich gar nicht wirklich zutreffend beantworten.
Sie beinhalte nämlich naturgemäß kaum trennscharf zu definierende Wertungen "etwa im Rahmen der Frage, ob 'das' Programm ´neutral und ausgewogen` ist und die Meinungsvielfalt widerspiegelt und wahrheitsgemäße Inhalte aufweist." Sie lasse sich auch schon aufgrund des bloßen immensen Umfangs des Programms nicht mehr in überprüfbare Schritte aufgliedern und dann auch noch "mit einem nur ansatzweise vertretbaren und von Gerichten leistbaren Aufwand prüfen."
Also ob die Programme den eigenen Grundsätzen entsprechen, lasse sich grundsätzlich nicht überprüfen. Die Sender können machen, was sie wollen. Unglaublich. - Ich höre im Geiste das vergnügliche schenkelklopfende Gelächter derjenigen im ÖRR, die das gelesen haben.
Und gegenüber der Fülle der in meiner Klageschrift vorgebrachten umfangreichen Verstöße gegen die Neutralitäts-, Objektivitäts- und Vielfaltspflicht, steigert sich die Einzelrichterin zu der realitätsfernen Bemerkung - selbst für den Fall, daß das Gericht zuständig wäre - seien das "schließlich im Ergebnis doch jeweils nur sehr punktuelle Momentaufnahmen und Einzelfälle", "ein in sich schlüssiges Vorbringen, dem sich entnehmen ließe, daß in diesem Umfang und dieser Offensichtlichkeit solchermaßen massive Defizite geradezu 'regelhaft' gegeben" seien, fehle aber.
Und sie konstatiert aus ihrer bürgerlichen obrigkeitsgläubigen Blase: "Vor diesem Hintergrund eines schon unschlüssigen, pauschalen und Behauptungen ins Blaue hinein beinhaltenden Vorbringens" bestehe auch keine Verpflichtung des Gerichts, gem. § 86 VwGO den Sachverhalt von Amts wegen weiter aufzuklären.
Mit solchen Richtern bzw. Richterinnen ist keine freiheitlich-demokratische Gesellschaftsordnung, wie sie das Grundgesetz anvisiert, zu schützen, geschweige denn weiterzuentwikkeln.<<
Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 14. Februar 2025 (x1.500/…): >>**Wie lange noch will die Ärzteschaft den Tod von Menschen in Kauf nehmen?**
Herbert Ludwig
Die Kassenärztliche Vereinigung Brandenburg richtete im monatlichen Mitteilungsblatt "KV intern" (Ausg. 11/24, S. 32) die folgende Aufforderung an ihre Mitglieder: "Impfen Sie bitte weiterhin gegen COVID-19 und Influenza! Mit Blick auf die kommende Infektionssaison sind die Immunisierungen entscheidend, um die Patientinnen und Patienten zu schützen und das Gesundheitssystem zu entlasten." Dr. Heinrich Fiechtner und der Vorstand der "Mediziner und Wissenschaftler für Gesundheit, Freiheit und Demokratie" (MWGFD) haben dazu einen offenen Brief verfaßt, der an Ärztekammern und Ärzteverbände versandt wurde. Wir veröffentlichen nachfolgend diesen überaus wichtigen Aufruf. (hl)
Öffentlicher Aufruf zum Stopp der sogenannten "Covid-Impfungen"
Wie lange noch will die Ärzteschaft, befeuert durch ihre Kammern und Kassenärztlichen Vereinigungen, Patienten dazu auffordern, unnütze, nachweislich schädliche und bedenkliche Interventionen über sich ergehen zu lassen und dabei den Tod von Menschen in Kauf nehmen?
Schon zu einem sehr frühen Zeitpunkt der "Impf-Kampagne", am 27.12.2020, hätte jeder Arzt und jede Ärztin wissen können, daß das Wirkprinzip der neuartigen genetischen Impfung aus dem Hause Pfizer und BioNTech nichts mit den gängigen Impfungen zu tun hatte. Es gab keine aussagekräftigen Versuchsreihen.
Weder zur Wirkung noch zu Nebenwirkungen ließen sich fundierte Aussagen treffen. Allein dadurch hätte sich der Einsatz strikt verboten. Trotzdem traten Ärzte in großer Zahl an, die

Substanzen Millionen Menschen zu injizieren, getrieben von Propaganda. Jeder noch so schwachen fachlich fundierten Kritik traten sie zornig und herablassend entgegen.
Jeder Arzt hätte sehen können, wie bereits nach kurzer Zeit sogar tödliche Effekte kurz nach den "Impfungen" zu verzeichnen waren. Heute grassiert eine Epidemie von "Long-Covid", die mit großer Wahrscheinlichkeit überwiegend durch eben die Stoffe verursacht wurde, die das Auftreten der Erkrankung eigentlich verhindern sollten.
Wir wissen heute, daß jedes einzelne Versprechen zum Zeitpunkt der Einführung dieser gentechnischen Präventionstherapien falsch war: Diese genetischen "Impfungen" verhinderten keine Ansteckung, keine schweren Krankheitsverläufe, keine Hospitalisierungen, keine Todesfälle. Sie waren und sind nicht nur überflüssig, sondern gefährlich.
Die Offenlegung der Verschmutzung durch DNA-transportierende Plasmide im Dezember 2023 hätte der weiteren Verbreitung endgültig den Garaus machen müssen.
Im März 2024 mußte das Robert-Koch-Institut die Protokolle des Krisenstabs freigeben. Ein Whistleblower aus den Reihen des RKI übergab am 23.7.2024 - wohl aus Gewissensgründen - alle
Protokolle und den gesamten Schriftverkehr ungeschwärzt der Öffentlichkeit (mwgfd.org/-2024/07/zusammenfassung-der-rki-protokolle/). Spätestens dann konnte sich niemand mehr auf Unkenntnis berufen. Spätestens dann war klar, daß Fakten, die den sofortigen Stopp jeglicher Maßnahmen bedeutet hätten, in böswilliger Weise verschleiert wurden.
Und immer noch wird von Seiten der Kammern und der Kassenärztlichen Vereinigungen für diese als Impfung deklarierten genetischen Transfektionen geworben, immer noch werden die Modalitäten der Abrechnung und etwaiger Haftungsbefreiungen besprochen, immer noch die unübersehbaren Schäden durch den Tarnbegriff Long-Covid zu kaschieren versucht. Nicht umsonst fordert aktuell auch der Bundespräsident zu einer rückhaltlosen Aufklärung der Corona-Politik auf und mußte inzwischen in den USA Dr. Anthony Fauci, als Präsidentenberater für die Corona-Maßnahmen verantwortlich, seinen Hut nehmen.
Was muß noch passieren, bis die Ärzte in Deutschland sich endlich auf den höchsten Grundsatz ärztlichen Handelns - primum nihil nocere (23, S. 211) - besinnen, den ihnen vertrauenden Menschen nicht zu schaden?
Wir appellieren an die Kammern und Kassenärztlichen Vereinigungen: Hören Sie auf, für diese sinnlose und schädliche Intervention zu werben! Wir appellieren an die ärztlichen Kollegen: Informieren Sie sich endlich über die Fakten und hören Sie auf, diese gefährlichen Substanzen weiter zu injizieren!
Für die Ärzte, die sich im Verein "Mediziner und Wissenschaftler für Gesundheit, Freiheit und Demokratie e.V." (MWGFD) zusammengeschlossen haben:
Dr. Heinrich Fiechtner, Hämatologe und Internistischer Onkologe
Der Vorstand des Vereins:
Prof. Dr. Dr. Harald Walach, 1. Vorsitzender, Gesundheitswissenschaftler
Prof. Dr. Sucharit Bhakdi, Ehrenvorsitzender, Infektionsepidemiologe
Dr. med. Ronny Weikl, 2. Vorsitzender, Facharzt für Frauenheilkunde
Dr. Wolf-Dieter Stelzner, Finanzvorstand, Psychoanalytiker
Prof. Dr. Klaus Steger, Schriftführer, Molekularbiologe
Prof. Dr. Werner Bergholz, Personalvorstand, Dipl. Physiker<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 14. Februar 2025 (x1.493/…): >>**Die blaue Revolution**
_ von Jürgen Elsässer
"Eine revolutionäre Situation gibt es dann, wenn die oben nicht mehr können und die unten nicht mehr wollen." Auf diese kurze Formel brachte ein gewisser Wladimir Iljitsch Lenin die Voraussetzungen eines grundsätzlichen gesellschaftlichen Umbruchs. Genau so läßt sich die

Lage in Deutschland nach der Bundestagswahl im Februar 2025 beschreiben.
Wie damals die Mauer fiel, wird heute die Brandmauer fallen.
Daß "die unten" nicht mehr wollen, hat sich schon seit Jahren angebahnt. Egal ob Masseneinwanderung, Messergewalt, Heizungsgesetz, Grundsteuer, Verbrennerverbot, Genderwahn oder Sprachzensur - die Mehrheiten dagegen brechen in jeder Meinungsumfrage durch. Die Wut der Menschen schäumt derart hoch, daß die Leitmedien immer häufiger ihre Leserkommentare abschalten.
Doch solange "die oben" sich einig waren, der Empörung nicht nachzugeben und die Brandmauer gegen die Partei der Empörten immer höher zu ziehen, hatte das Volk keine Chance. Wer einen Minister "Schwachkopf" nannte, wurde von der neuen Stasi überfallen. Bestrafe einen, erziehe hundert - nach dieser Devise von Mao griff das Regime durch. Aber seit Ende Januar ist es mit der Einigkeit der Herrschenden vorbei. Sie wissen nicht mehr, wie sie weitermachen sollen und streiten sich bis aufs Messer. SPD-Fraktionschef Rolf Mützenich warf der CDU vor, das "Tor zur Hölle" geöffnet zu haben - wer so alttestamentarisch redet, wird keine Koalition mehr zustande bringen.

Von der Unregierbarkeit

Es geht ein Riß durch die Gesellschaft: Für die einen wurde mit dem Kindsmord von Aschaffenburg eine rote Linie überschritten, für die anderen durch die erstmalige gemeinsame Abstimmung von CDU/CSU mit der AfD. Die zweite Position hat vor den Bundestagswahlen erschreckend massiv die Straße mobilisiert, doch beim Urnengang selbst hat die erste Position die absolute Mehrheit erobert.
Eine Auseinandersetzung in ähnlicher Schärfe gab es 1982/83 in der Bundesrepublik. Damals war die nationale Schicksalsfrage, die die meisten bewegte, nicht die Massenmigration, sondern die Stationierung neuer US-Raketen auf deutschem Boden. Die Mehrheit fürchtete die atomare Vernichtung, das sogenannte Euroshima. Der Stern brachte die Riesendemonstrationen auf ein Titelbild. Schlagzeile: "Deutschland - Vaterland". Untertitel: "Eine neue Bewegung formiert sich: pazifistisch, neutralistisch, patriotisch". Einer ihrer Anführer, Jo Leinen, forderte, den Staat "unregierbar" zu machen.
Damals klaffte der gleiche Abgrund zwischen Volk und sogenannter Volksvertretung wie heute: Zwei Drittel waren in Umfragen gegen die neuen US-Raketen, so wie aktuell zwei Drittel für Grenzschließung sind. Aber die Bundesregierung setzte mit der Mehrheit des Parlaments 1983 dennoch die Stationierung durch, und der große Aufstand blieb aus. Von Unregierbarkeit keine Spur, von Revolution noch weniger.
"Es ist okay, stolz darauf zu sein, Deutscher zu sein." Elon Musk
Warum sollte es 2025 anders sein? Aus einem einfachen Grund: Die Umfrage-Mehrheit der Raketengegner spiegelte sich in der Bundestagswahl im März 1983 nicht wider - diese gewannen die Raketenbefürworter von Union und FDP. Jetzt aber ist es anders: Die Umfrage-Mehrheit für Grenzschließung kommt auch bei der Stimmabgabe vom 23. Februar zum Ausdruck.
Die Parteien, die diese Position ernsthaft (AfD) oder zumindest auf dem Papier (CDU/CSU) vertreten, haben zusammen die absolute Mehrheit im Bundestag. Was Harald Schmidt schon vergangenes Jahr mit Augenzwinkern sagte, ist damit amtlich dokumentiert: Die Deutschen wollen eine Große Koalition - aber nicht Schwarz-Rot, sondern Schwarz-Blau.
Da Friedrich Merz jedoch nicht dazu bereit ist, wird eine quälende Suche nach anderen Farbkombinationen beginnen, um die Blauen weiterhin von der Macht fernzuhalten. In Österreich kam dabei die Zuckerl-Koalition heraus - und fiel schon nach ein paar Wochen in sich zusammen. Selbst wenn ein ähnliches Modell auch in Deutschland zusammengebastelt werden könnte, wäre nicht nur seine Halbwertszeit begrenzt, sondern auch seine Handlungsfähigkeit. Mit jedem Messermord würde der Schrei nach einer Regierungsbeteiligung der AfD lauter

werden.
Für diese Phase der Instabilität stand in der DDR der sogenannte Runde Tisch Ende 1989/Anfang 1990. Die SED war formal noch an der Macht, aber mußte sich regelmäßig von den noch nicht genehmigten Oppositionsparteien und Bürgergruppen die Entscheidungen absegnen lassen. Diese Doppelherrschaft endete mit der ersten freien Volkskammerwahl am 18. März 1990. Die SED erhielt nur noch 16 Prozent und mußte abdanken.

The Wind of Change

Mit diesen englischen Worten besangen die Scorpions die Wende vor 35 Jahren - Jubel in der Sprache der westlichen Führungsmächte, der Sieger des Kalten Krieges. Dabei war die Veränderung von Moskau ausgegangen, nicht von Washington oder London: Michail Gorbatschow hatte ab 1985 als neuer Chef der KPdSU mit umwälzenden Neuerungen begonnen.
Er wollte das sozialistische System fundamental umkrempeln und die kommunistische Bürokratie entmachten, so wie aktuell Donald Trump das globalistische System und den Tiefen Staat. Für die Satelliten der jeweiligen Supermacht war beziehungsweise ist das eine Bedrohung, denn die dortigen Statthalter verdanken ihre Macht der alten Struktur. Folgerichtig wandte sich die SED gegen die Perestroika - ähnlich positionieren sich jetzt die BRD-Altparteien gegen den frischen Wind aus Washington.

Nur mit Bahnsteigkarte

"Revolution in Deutschland? Das wird nie etwas. Wenn die Deutschen einen Bahnhof stürmen wollen, kaufen die sich vorher noch eine Bahnsteigkarte." Wladimir Iljitsch Lenin
"Weshalb der Essay, der in England und Frankreich so glänzend vertreten ist, in Deutschland ganz fehlt? Ich glaube, das liegt daran, daß die Deutschen zu viel pedantische Gründlichkeit und zu wenig geistige Grazie besitzen, und wenn sie was wissen, schon gleich eine schwere Dissertation mit einem Sack Zitate lieber als eine leichte Skizze machen." Rosa Luxemburg
Doch das wird Scholz und Merz genauso wenig nutzen, wie es damals Honecker genutzt hat: Ohne den Rückhalt des Großen Bruders können sie sich nicht halten. Entweder sie passen sich dem neuen US-Kurs an, oder sie werden weggespült wie die alte Garde der ostdeutschen Kommunisten im Wendeherbst.
Soll heißen: Wie damals die Mauer fiel, wird heute die Brandmauer fallen. Ein Günter Schabowski, der sie am 9. November 1989 eigenmächtig (oder dank Bestechung) zum Einsturz brachte, wird sich auch aktuell finden: Windige Wechselritter wie Mario Voigt in Thüringen oder Michael Kretschmer in Sachsen könnten die Ersten sein, die mit der AfD koalieren - nicht aus Überzeugung, sondern um sich gewinnbringend als neue Statthalter der Besatzungsmacht ins Spiel zu bringen.
Merz ist in diesem Sturm der Veränderung der Egon Krenz der BRD. Er schwankt hin und her. Einmal verteidigt er das gemeinsame Abstimmen mit der AfD ("Eine richtige Entscheidung wird nicht dadurch falsch, daß die Falschen zustimmen"), kurz darauf gelobt er, so etwas werde "nie mehr" vorkommen. Die Umfallerei mag eine Charakterschwäche von ihm sein, siehe sein Rückzug von der "Kleine Pascha-Äußerung". Aber in diesem Fall wird er außerdem von zwei entgegengesetzten Polen gezogen: Auf der einen Seite von den Merkelianern in der Union, die durch die ungenierte Einmischung der Altkanzlerin in den Wahlkampf Auftrieb erhalten haben.
Auf der anderen Seite steht Blackrock, die mit elf Billionen Dollar mächtigste Kapitalsammelstelle der Welt - der Merz bis 2020 fast fünf Jahre lang als Deutschland-Chef gedient hatte. Bis zu Trumps Wahlsieg war der Schwarze Felsen ein zuverlässiger Finanzier der globalistischen Weltordnung - doch jetzt hat er eine spektakuläre Wende vollzogen. Mitten im deutschen Wahlkampf verkündete Vorstandschef Larry Fink, weltweit aus der Bezuschussung der Deindustrialisierung ("Energiewende") auszusteigen - und sprach sich für eine "fremdenfeindliche" Zuwanderungspolitik aus. Merzens Zustrombegrenzungsgesetz ließ keine vier Wochen

auf sich warten.

Musk und der Schuldkult

Nach wie vor gilt: Die BRD ist kein souveräner Staat, sondern ein von den USA besetztes Land. Es scheint in der neuen US-Administration jedoch immerhin einen zu geben, der es gut mit uns meint, und zwar Elon Musk. Nicht nur, daß er die AfD als "die einzige Chance für Deutschland" bezeichnete und speziell Alice Weidel mit seinem Gespräch auf X Millionen neue potentielle Wähler zuführte.

Viel wichtiger war, was er per Videoschalte beim Wahlkampfauftakt am 25. Januar in Halle zu sagen hatte. So eine prodeutsche Rede hat bislang kein führender Vertreter der USA gehalten - er ging sogar mit der offensiven Benennung des Schuldkultes weit über das hinaus, was die Supermacht uns bisher gestattete, und selbst über das, was im AfD-Mainstream erlaubt ist. Man könnte fast denken, an der Rede hätte Björn Höcke mitgeschrieben…

Musk wörtlich: "Es ist okay, stolz darauf zu sein, Deutscher zu sein. Es ist gut, stolz auf die deutsche Kultur und die deutschen Werte zu sein und diese nicht in einer Art Multikulturalismus zu verlieren, der alles verschleiert." Es solle "einzigartige Kulturen auf der Welt" geben. "Wir wollen nicht, daß überall alles gleich ist, daß alles nur eine große Suppe ist. (…) Das deutsche Volk ist eine alte Nation, die Tausende von Jahren zurückreicht." Der Amerikaner ging sogar auf den Kampfgeist der alten Germanen ein, die sich dem römischen Imperium in den Weg gestellt hätten.

Dann folgte die Bombe: "Ich denke, es wird zu viel auf vergangene Schuld geachtet (…). Kinder sollten nicht für die Sünden ihrer Eltern oder vielleicht sogar ihrer Urgroßeltern schuldig sein. Wir sollten optimistisch und gespannt auf eine Zukunft für Deutschland sein. Und das ist wirklich meine Botschaft. (…) Bewahren Sie die deutsche Kultur!" Musk schloß mit den Worten: "Diese Wahl (am 23. Februar) entscheidet nicht nur das Schicksal Deutschlands, sondern Europas, vielleicht sogar der Welt."

Der Kampf gegen Rechts ist in großen Teilen eine ABM-Maßnahme.

Es ist bezeichnend, daß kein deutscher Politiker derzeit so spricht. Aber manchmal braucht es den Anstoß von außen, damit sich der Michel in Bewegung setzt. Jedenfalls: Diese Ermunterung durch Musk hilft allen Patrioten hierzulande und bringt die AfD in eine - über Tagespolitik weit hinausgehende - Offensive gegenüber der Union, von der man seit 30 Jahren nichts Ähnliches mehr gehört hat. Erst nach Überwindung des Schuldkults kann sich das Volk in Bewegung setzen - nur so kann sich eine nationalrevolutionäre Kraft formieren.

Revolution ohne Revolutionäre

Beim Vergleich zu 1989 fällt ein großes Manko ins Auge: Die friedliche Revolution in der DDR war eine Kette von Großdemonstrationen auf den Straßen von Leipzig, Plauen, Dresden, Ostberlin und anderswo, die die Machthaber Zug um Zug zum Nachgeben zwangen. Heute jedoch gehört die Straße fast ausschließlich den Linksgrünen und Linksradikalen, die sich als "Mitte" halluzinieren und ihre Fußtruppen mit Staatsknete finanzieren können. Der sogenannte Kampf gegen Rechts ist in großen Teilen eine ABM-Maßnahme für die Lumpenintelligenzija, also Studienabbrecher und gescheiterte Existenzen aller Art.

Aber das Schimpfen darüber hilft uns nicht weiter. Man muß sich vor Augen führen: Klassische Revolutionen waren immer eine Sache von jungen Männern, die Barrikaden bauten. Diese wählen zwar heute mehrheitlich AfD - aber es sind in unserer Rentnergesellschaft einfach zu wenige, um Innenstädte zu fluten oder den Bundestag zu blockieren. Selbst die Zahlen, die zum Beispiel Pegida vor zehn Jahren noch mobilisierte, sind derzeit nicht erreichbar - viele von damals sind mittlerweile altersbedingt schon gestorben oder nicht mehr so mobil.

Revolutionäre Situation ohne revolutionäre Subjekte: Dieses Dilemma ist kein rein deutsches Phänomen. Ende der 1990er Jahre war Rußland in Aufruhr. Der prowestliche Präsident Boris Jelzin hatte 1996 die Wahlen gefälscht und so die Machtübergabe an den eigentlich Erstpla-

zierten, Kommunistenführer Gennadi Sjuganow, verhindert. Die Hyperinflation 1998 goß zusätzlich Öl ins Feuer. Doch Wladimir Putin erkannte, daß ein Umsturz nicht der richtige Weg ist. Das Volk ist ausgelaugt und zu müde für einen neuen Sturm auf das Winterpalais, wandte er gegen Sjuganow ein.
Was blieb, war die Revolution im Wahllokal: Mit dem Stimmzettel zum Machtwechsel.
Was blieb, war die Revolution im Wahllokal. Mit dem Stimmzettel kam Putin im Jahr 2000 an die Macht - und Donald Trump 2017 und 2025. Putin säuberte den Staatsapparat mit Hilfe seiner KGB-Seilschaften aus Petersburg, Trump setzt dafür die Sparkommissare von Elon Musks DOGE-Behörde ein.
Im Grunde ist das keine Revolution, sondern - in den Worten von Karl Marx - "Bonapartismus": Wenn zwei gesellschaftliche Machtblöcke sich gegenüberstehen und keine von beiden die andere niederringen kann, muß ein starker Mann als Kompromißfigur das Ancien Regime zurückdrängen und Verbesserungen für das Volk durchsetzen. So war die Lage in Frankreich nach dem Aufstand von 1848: Dieser war zwar gescheitert, brachte aber Napoleon III. ins Amt. Dessen späteres Abdriften zum Operettendiktator zeigt gleichzeitig die Schwäche des Bonapartismus.
Unabhängig davon bleibt die Frage: Wer könnte die Rolle eines Putin oder eines Trump in Deutschland spielen - angesichts der Tatsache, daß die AfD zwar kräftig erstarkt ist, aber das alte Regime dennoch nicht weichen will? Vermutlich bräuchte es einen Überläufer aus dem Establishment, so wie bekanntlich auch der Kreml-Chef und der neue Mann im Weißen Haus Überläufer waren. Soll heißen: Die blaue Revolution sucht einen Bonaparte.
Dieser Artikel erschien im COMPACT-Magazin 03/2025.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 08/25" berichtet am 14. Februar 2025 (x1.501/…): >>**Politische Ausgrenzung: Was Kontokündigungen, Hotelverweise und linksextreme Gewalt verbindet**
Gerhard Papke
Ja, ich halte die damalige Äußerung von Alexander Gauland (AfD), Hitler und die Nazis seien "nur ein Vogelschiß" in der deutschen Geschichte gewesen, nach wie vor für einen völligen Fehlgriff. An den schrecklichen Verbrechen der Nazis gibt es für uns Deutsche nichts zu relativieren. Gauland hat die deutsche Verantwortung allerdings auch nie geleugnet, und er ist unzweifelhaft ein überzeugter Demokrat.
Und dieser Mann, inzwischen 83 Jahre alt, wird wegen seiner politischen Haltung aus einem Hotel geworfen, das er Jahrzehnte als angesehener Stammgast besucht hat? Ich war noch nie in diesem Haus, aber ich habe mir den Namen gemerkt. Denn ich würde dort noch nicht einmal mehr einen Espresso trinken gehen.
Was Gauland passiert ist, ist kein bedauerlicher Einzelfall. Alice Weidel, Vorsitzende und Kanzlerkandidatin der Alternative für Deutschland, wird von einem Hamburger Hotel abgewiesen und darf dort nicht übernachten. Die AfD hat Schwierigkeiten, überhaupt noch Versammlungsorte zu finden, weil Hotels und Gaststätten ihnen den Zugang verweigern, aus Opportunismus oder blanker Angst, daß Linksextremisten ihnen ansonsten die Fenster einwerfen und die Wände mit Parolen beschmieren.
Wer, auf welcher Ebene auch immer, bei demokratischen Wahlen für die AfD kandidiert, muß mit erheblichen beruflichen Nachteilen rechnen, in der Privatwirtschaft wie im öffentlichen Dienst, selbst wenn das schlichtweg verfassungswidrig ist. Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) läßt zwar die Meldung dementieren, daß AfD-Mitglieder aus dem Dienst der Bundespolizei entfernt würden, aber zugleich erklären, daß eine Mitgliedschaft in der AfD "Zweifel an der beamtenrechtlichen Verfassungstreue" aufkommen lassen könne und daher "grundsätzlich die Möglichkeit eines Disziplinarverfahrens bestehe". Das ist nichts als eine gezielte Drohung, die auch genauso wirken soll.

Ich bin kein Mitglied der AfD. Ich bewerte manche ihrer Positionen kritisch, und es gibt Leute in ihren Reihen, die ich für unseriös halte. Aber es empört mich, wie mit dieser Partei und ihren Vertretern umgegangen wird. Das ist nicht nur eine Frage des persönlichen Gerechtigkeitsempfindens. Denn es geht längst um die erkennbaren Auswirkungen einer systematischen Ausgrenzungsstrategie, die unsere demokratische Kultur und am Ende unsere Freiheit gefährdet. Das sollte, nein, das muß jeden überzeugten Demokraten auf den Plan rufen.
Die AfD ist ein Seismograph für das politische Versagen der etablierten Parteien: Wenn SPD, Grüne, Linkspartei, CDU, CSU, FDP, in welcher Koalition auch immer, Deutschland von einer Massenzuwanderung überrollen lassen, aus einer abstrusen grünen Ideologie heraus die sichere Energieversorgung ruinieren, Öl und Gas gezielt immer weiter verteuern - mit katastrophalen Folgen für Wirtschaft, Arbeitsplätze und den Wohlstand der Deutschen -, wenn sie den Bürgern vorschreiben, welche Heizung sie noch einbauen dürfen, aber Männern gleichzeitig erlauben, in der Damen-Umkleide aufzutauchen, dann werden sogar die lammfrommen deutschen Wähler irgendwann sauer. Es hat gedauert, doch jetzt ist es langsam soweit.
Statt die eigenen Fehler zu korrigieren, haben die Parteien, medial gestützt, von Beginn an eine Strategie der Ausgrenzung gegen die AfD verfolgt. Indem man sie pauschal für "undemokratisch" erklärt, stellt man sie außerhalb des Diskurses und spricht ihr die Politikfähigkeit ab. Bewährte parlamentarische Regeln werden kurzerhand außer Kraft gesetzt. Eine kluge und gewinnende Kandidatin vietnamesischer Herkunft wie Anna Nguyen wird nicht zur Vizepräsidentin des Hessischen Landtags gewählt, nur weil sie der AfD angehört. Absurd, und schädlich für das Ansehen des Parlamentarismus obendrein.
Das Ziel der politischen Linken ist offensichtlich: Wenn man die AfD zum demokratischen Paria erklärt und jede Zusammenarbeit mit ihr zu einem Tabu, dann kann man sich selber länger an der Macht halten.
Die CDU wird sich entscheiden müssen, wie lange sie dabei noch mitspielt. Aber schon jetzt wird immer klarer, welche verheerenden Auswirkungen, weit jenseits der parlamentarischen Mehrheitsbildung, dieses Vorgehen für unser Land zur Folge hat.
Denn der eigentliche Tabubruch ist die Diffamierung des politischen Wettbewerbers, für den die demokratischen Spielregeln mehr und mehr außer Kraft gesetzt werden. Beim angeblichen "Widerstand gegen den Faschismus" verlieren Regeln der Fairneß und zunehmend auch des allgemeinen Rechtsstaats Schritt für Schritt an Bedeutung. Kein Wunder, daß sich linksextremistische Gewalttäter in einer solchen Atmosphäre geradezu ermutigt fühlen. Wenn der Vorsitzende der Grünen Jugend gemeinsam mit der Antifa die Zufahrt zu einem AfD-Bundesparteitag blockiert und sich dafür auch noch feiern läßt, zeigt sich, wie schnell die Grenzen fließend werden.
Und es zeigt sich, wie schnell es auch gegen andere als die AfD geht. Nach den Abstimmungen über eine verschärfte Asyl-Politik im Deutschen Bundestag richten sich Drohungen und Gewalt plötzlich nicht mehr nur gegen die AfD, sondern auch gegen die CDU: von Links-chaoten besetzte Kreisgeschäftsstellen, bedrohte Mitarbeiter, Schmierereien, Fackelumzüge. Die Botschaft ist eindeutig: Denkt daran, was euch bei einer Zusammenarbeit mit der AfD vielleicht noch alles passieren könnte!
Während permanent vor der Gefahr von rechts gewarnt wird, ist die Gewalt von links längst zu einer bedrohlichen Normalität geworden. Als Antifa-Kriminelle vor einem Jahr sämtliche Fensterscheiben des Ungarischen Kulturzentrums in Berlin mit Hammerschlägen zerstörten, war das den meisten Medien keine einzige Zeile wert. Was wäre wohl los gewesen, wenn Rechtsradikale eine Kultureinrichtung von Kuba oder Venezuela angegriffen hätten?
Ebensowenig hat es über den Kreis alternativer Medien hinaus Beachtung gefunden, daß die Volksbank Pirna kürzlich dem "Kontrafunk", einer nun wirklich alles andere als rechtsradikalen journalistischen Plattform, ohne Begründung die Kontoverbindung gekündigt hat. Der an-

gebliche "Kampf gegen Rechts" ist eben in Wahrheit auch und vor allem ein Angriff auf die Meinungsfreiheit.
Gut, daß es Elon Musk gibt. Und auch in Deutschland Medien, die sich nicht einschüchtern lassen. Aber wo sind die Stimmen aus der Politik, die versuchen, diesen gefährlichen Entwicklungen Einhalt zu gebieten? Die sich nicht klammheimlich darüber freuen, daß politische Wettbewerber mit unlauteren Mitteln bekämpft, daß unliebsame Meinungen verdrängt werden? Ist es so schwer zu begreifen, was gerade in unserem Land passiert?
Dr. Gerhard Papke war bis 2012 Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion und bis 2017 Vizepräsident des Landtages von Nordrhein-Westfalen.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 08/25" berichtet am 14. Februar 2025 (x1.501/…): >>**Bundeswehr - Prämisse der Nation**
Dieter Stein
Nur scheinbar eine Provinzposse: In der vorigen Woche erließ der Stadtrat von Zwickau auf Antrag des BSW ein Verbot von Bundeswehr-Werbung auf städtischen Flächen - mit den Stimmen der AfD, der größten Fraktion! Unter anderem auf Straßenbahnen: Ein Zug fuhr in Flecktarnfarben durch die viertgrößte Stadt Sachsens und warb für den Dienst in der Armee. Um die Groteske komplett zu machen, nennt sich Zwickau jetzt "Stadt des Friedens". Gleichzeitig erklärten in München drei Straßenbahnfahrer, den Einsatz zu verweigern, wenn ihr Zug mit Werbung für die Truppe dekoriert ist.
Warum ist es mehr als eine Provinzposse? Das Ganze steht für die in Deutschland seit Jahrzehnten kultivierte Mißachtung der Rolle und Bedeutung der Armee für unseren Staat. Besonders blamabel ist es, wenn diese Verachtung ausgerechnet von rechts, der AfD, kommt, die sich in ihrem Wahlprogramm ausdrücklich positiv zum Wehrgedanken bekennt und die Wiedereinführung der Wehrpflicht fordert. Immerhin rückten Bundespolitiker der AfD rasch vom Zwickauer Beschluß öffentlich ab.
Für den Einsatz in der Armee zu werben, muß pure Selbstverständlichkeit und eine Ehre sein.
Deutschland hat hier ein Grundproblem. Es fehlt an einem breiten gesellschaftlichen Verständnis, eine Nation sein und bleiben zu wollen - wie sämtliche anderen europäischen Staaten.
Zur Behauptung nationaler Souveränität - auch im Rahmen von Bündnissen oder Vertragsgemeinschaften wie Nato und EU - bedarf es der Fähigkeit, das eigene Territorium verteidigen zu können und zu wollen. Wer nicht bereit ist, dies zu demonstrieren, eine nennenswerte Zahl eigener Soldaten aufzubieten, die auch willens sind, für diese Aufgabe ihr Leben einzusetzen, gibt den Anspruch auf, als Nation gefürchtet und respektiert zu werden.
Spätestens seit dem Angriff Rußlands auf die Ukraine sollte diese Erkenntnis endlich einrasten und alle der mangelhafte Zustand unserer Armee alarmieren. Schlagartig sehen wir, was es heißt, überrannt zu werden und welche Konsequenzen drohen, sollte ein Volk keine Wehrbereitschaft und intakte Rüstung besitzen.
Eine vom Volk getragene, hervorragend ausgestattete, motivierte und respektierte Armee ist also im nationalen Interesse. Sie ist nicht zu viel, sondern zu wenig öffentlich präsent. Soldaten sollten sich mit Begeisterung und kollektivem Rückhalt in Uniform in der Öffentlichkeit zeigen können. Für den Einsatz zu werben, muß pure Selbstverständlichkeit und eine Ehre sein.
Der Historiker Percy Ernst Schramm bemerkte einmal, selbst in einer auf Rationalität ausgerichteten Welt werde "das Bedürfnis nicht aufhören, den Staat sehen und dadurch erleben zu können". Eine stolz auftretende Armee verleiht der Nation in diesem Sinne Gesicht und Würde.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 08/25" berichtet am 14. Februar 2025 (x1.501/…): >>**Der CO2-Handel wird ausgeweitet**

Der schwarze Heizhammer

Holger Douglas

Still und schnell noch drückten kurz vor Torschluß SPD und Grüne ihren neuen Heizhammer mit Hilfe der Schwarzen - der CDU - durch. Rasch winkt der Bundesrat den nächsten Schritt in Sachen Besteuerung der Luft durch. Der alte Traum der Politik seit Einführung der Toilettensteuer bei den Römern. Geld stinkt nicht.

Ein neues Emissionshandelssystem ETS II soll ab 2027 auf Gebäude, Straßenverkehr und Schiffahrt ausgeweitet werden. Heizölhändler und Gasunternehmen müssen Zertifikate kaufen, deren Preis frei gehandelt werden soll. In diesem Jahr wurde der CO2-Preis bereits auf 55 Euro pro Tonne Benzin, Diesel, Gas, Heizöl, Kohle und sogar bei der Abfallverbrennung erhöht, im kommenden Jahr steigt er auf 65 Euro.

Ab 2027 heißt es Feuer frei: Keine Beschränkung mehr. Die CO2-Preise werden höchstwahrscheinlich durch die Decke schießen. Benzin und Diesel können durchaus bis 50 Cent pro Liter teurer werden, macht für Haushalte bis 500 Euro pro Jahr mehr für Erdgas; der Strompreis könnte je nach Gasanteil bei der Erzeugung um fünf Cent pro Kilowattstunde steigen.

Grünes Ziel: Energie drastisch verteuern. Die Garrotte zieht sich fester um den Hals von Verbrauchern und Unternehmen. Für die Industrie heißt es: Koffer packen und in Länder mit billigen Energien ziehen. Rot-Grün verpulvert Milliarden für die Energiewende, die CDU plündert mit und läßt auch nicht erkennen, daß sie diesem zerstörerischen Unsinn ein Ende bereiten will.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 08/25" berichtet am 14. Februar 2025 (x1.501/…): >>**Reformen des überalterten Sozialsystems sind längst überfällig**

Florian Müller

Der Anteil der Wahlberechtigten über 60 Jahren liegt bei der kommenden Bundestagswahl bei 42,1 Prozent. Bereits in den vergangenen Wahlen wurde deutlich, daß die älteren Bürger maßgeblich den Ausgang mitbestimmen: 2021 waren FDP und Grüne unter den Jungwählern sogar stärkste Kraft, spielten bei der Frage nach dem Gesamtsieg aber keinerlei Rolle.

Stimmten bei der letztjährigen Landtagswahl in Thüringen ganze 38 Prozent der 18- bis 24jährigen für die AfD - lediglich 16 respektive 13 für Linke und CDU, waren die Balken bei den über 70jährigen nahezu vertauscht: Nur 19 Prozent der Senioren stimmten für die AfD - ganze 31 für die CDU. Damit krönten die Thüringer Senioren Mario Voigt zum neuen Prinzregenten. Der hatte weite Teile der Jungwähler abgeschreckt, ja mit seinem peinlichen und altbackenen Wahlkampf sogar zum Lachen gebracht. Doch der raffinierte Voigt lachte in Anbetracht demographischer Realitäten zuletzt.

Diese Entwicklung ist keine Neuheit. Seit Jahrzehnten entscheidet der ältere Teil der Bevölkerung, wer dieses Land regiert: Mit der Rückendeckung der öffentlich-rechtlichen Sender haben CDU und SPD ihre Zielgruppe längst im Blick - und ihre eiserne Gerontokratie errichtet. "Corona" war nur das schillerndste Puzzle-stück eines politischen Spiels, das im Zweifelsfall Kinder einsperrt, um die Sicherheit von wahlberechtigten Greisen zu erhöhen.

Dieser Generationenkampf ist systemisch bedingt: Das umlagefinanzierte Rentensystem - eingeführt von Konrad Adenauer (CDU) unter dem heute zum Treppenwitz verkommenen Motto "Kinder bekommen die Leute immer" - steht heute vor dem Kollaps. Immerhin: Nach dem Krieg mußten viele armer Rentner mitversorgt werden und zugleich existierte nur wenig Wohlstand, um eine echte kapitalgedeckte Rente aufzubauen, deren Früchte man erst in Jahrzehnten hätte ernten können. Die Entscheidung "Jung finanziert Alt" lag also nah, doch ändert das wenig daran, daß 70 Jahre später die verheerenden Resultate des Rentensystems offen auf dem Tisch liegen.

1995 dann das Zwischenspiel der Tragödie: Die Pflegeversicherung kommt. Seit mehr als 20 Jahren zeichnete sich die demographische Walze ab: Nichts passierte. Bis Norbert Blüm (CDU) schließlich gezwungen war zu handeln. Anstatt eine nachhaltige und kapitalstockbasierte Versicherung aufzubauen, blieb er gegen den Rat zahlreicher Ökonomen beim alten Muster: Jungchen, du bezahlst die Alten. Kann die schlecht gestaltete Rentenversicherung mit viel gutem Willen noch als Betriebsunfall der Nachkriegszeit angesehen werden, ist das Urteil bei der Pflege eindeutig: Die geburtenstarken Alten bitten bei klarem Verstand die Jungen zur Kasse.

Selbst bei der Kritik an der Rente dominiert der Blick durch die Gleitsichtbrille:

"Wir müssen zu lange arbeiten, das Rentenniveau ist zu niedrig, es müssen mehr Leute einbezahlen, die Pflege reicht hinten und vorne nicht", schallen die Beschwerden durch die ergraute Republik.

Daß die arbeitende, jüngere Bevölkerung, die geschwächt durch Teuerung, Bürokratie, Umweltauflagen, Stagflation, Überfremdung und explodierende Immobilienpreise selten mehr ihren Lebensstandard halten kann, in den meisten Fällen sogar verarmt, zugleich 39,3 Prozent (2025) ihres Bruttogehaltes an drei "Sozialversicherungen" (Rente, Pflege, Krankheit) abführen muß, ist beim Streit um das Rentenniveau oftmals nur eine triviale Randnotiz. Zugleich ruft man den häuserlosen Doppelverdiener-Eltern in Anbetracht der realen Lage Deutschlands dann aus dem Eigenheim heraus noch zu, sie mögen in ihren Mietwohnungen doch bitte mehr Kinder bekommen: Die Demographie würde kippen.

Der von findigen Politikern erdachte "Generationenvertrag" wird nicht durch maulende Jungspunde bekämpft, die ohne drohenden Leviathan ihre Altvorderen am ausgestreckten Arm verhungern ließen, sondern wurde längst durch unsere Rentnergeneration gebrochen, die trotz blendender wirtschaftlicher Aussichten in einer sicheren und ethnisch homogenen Gesellschaft einfach keine Kinder mehr bekommen wollte und als erstes dem verantwortungslosen Individualismus frönte.

Inwiefern man nun wirklich den Menschen dafür zur Verantwortung ziehen kann - oder eben doch den moralischen Zeitgeist - mag jeder für sich selbst entscheiden. Fakt ist aber, daß bereits in den 70ern eine Rentenreform hätte stattfinden müssen. Keine Kinder - höhere Beitragssätze. All das ist seit Jahrzehnten bekannt, doch niemand hatte den Mumm, Reformen anzugehen und es sich mit seiner Kernwählerschaft zugunsten der noch nicht geborenen Kinder unseres Volkes zu verscherzen. Mittlerweile ist das Kind in den Brunnen gefallen, doch diese Metapher darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß das Kind in den Brunnen gestoßen wurde.

"Habe Respekt vor den Alten", lautet der Sermon, der seit Jahrtausenden gepredigt wird. Er ist jedoch eine sprachliche Verkürzung und müßte eigentlich lauten: Habe Respekt vor denen, die alles dafür gegeben haben, daß es ihre Kinder und Kindeskinder einmal besser haben als sie selbst. Ob das bei den heutigen Alten der Fall ist, wage ich zu bezweifeln. Die alternden Altparteien-Wähler leben in ihren viel zu großen Einfamilienhäusern und beglücken die vielleicht tatsächlich "letzte Generation" - die Deutschen unter 30 Jahren - mit stetiger Einwanderung. Über ihre Taten werden die Historiker einmal richten - bis es aber soweit ist, werden sie aus dem Altersheim heraus ihre Nachfahren bei der Briefwahl opfern.

Das war übrigens nicht immer so: Als "Millennial" (geboren zwischen 1981 und 1996) hatte ich das Glück, noch Vertreter der "Stillen Generation" (geboren zwischen 1928 und 1945) kennenlernen zu dürfen, so auch meine Großmutter, die mir bei jedem Besuch 20 Euro zusteckte. Viele Jahre später erfuhr ich, wie hoch eigentlich ihre Rente war. In meinem Kopf ratterte es. Entweder sie besaß im Keller eine Notenpresse, oder sie ermöglichte ihre ausgabenfreundliche Generationenpolitik, indem sie sich das Geld mit kiloweisem Kartoffelkonsum mühsam vom Mund absparte. Letzteres war der Fall.

Florian Müller, Jahrgang 1971, ist Geschäftsführer des Magazins Krautzone.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 08/25" berichtet am 14. Februar 2025 (x1.501/…): >>**Ungebetener Gast vor Gericht**

Gregor Hierholzer

Spuckschutzmaske, Fußfesseln und jede Menge Sicherheitspersonal, das einen hochaggressiven Schwarzafrikaner unter Kontrolle halten muß - die Szene in Saal 8 des Amtsgerichts Lüneburg erinnert etwas an den Horror des Oscar-gekrönten Films "Das Schweigen der Lämmer". Nur daß dem 30jährigen Sadjo S. aus Guinea-Bissau der feinsinnige Humor eines Anthony Hopkins fehlt und er seine Aggressivität offen zur Schau trägt. Er erscheint schon nicht selbständig vor seinem Richter, sondern muß hingeschleift werden, weil er das selbständige Gehen verweigert.

Kaum im Gerichtssaal angekommen, krakeelt Sadjo S. herum, nennt seinen Dolmetscher einen Rassisten und den Amtsrichter einen Drogen dealenden "Motherfucker". S. muß mehrfach vorübergehend aus dem Gerichtssaal entfernt werden.

Das Gericht stellt fest, daß S. keinerlei psychische Beeinträchtigungen aufweist und lediglich versuche, die Verhandlung zu stören.

Vor dem Lüneburger Strafrichter steht er wegen neun von 51 Straftaten, die ihm seitens der Staatsanwaltschaft zur Last gelegt werden. Straftaten wohlgemerkt, die binnen 30 Tagen zustande gekommen sind. Darunter Betrug, Körperverletzung, Mißhandlung und vieles mehr.

Unter anderem hat Sadjo S. den Lüneburger Einzelhandel terrorisiert und die Bevölkerung durch sein aggressives Auftreten verunsichert. Mal hat er in einer Bäckerei nicht bezahlen wollen, mal in einer anderen Bäckerei eine Fachverkäuferin gewürgt und gebissen. "Er hat mir ins Gesicht gespuckt, packte meine Haare und schlug mit dem Gesicht auf meine Nase. Ich habe nur noch versucht, mich zu schützen. Beim zweiten Mal biß er mich mehrfach", sagt Fatameh C. vor Gericht aus. Mehrere Betreiber von Restaurants erklären vor Gericht, der Afrikaner habe Essen und Getränke verzehrt, ohne zu bezahlen.

Eine Polizistin sagt als Zeugin aus, Sadjo S. habe ihr mit dem Finger in die Augen gestochen und sie geschlagen. Angesichts der zahlreichen Vergehen und der Gewaltbereitschaft von Sadjo S. zeigt sich sogar Bürgermeisterin Claudia Kalisch (Grüne) besorgt über den illegalen Migranten.

Eigentlich hätte der Ausreisepflichtige Sadjo S. schon längst in Abschiebehaft oder sogar wieder in Afrika sein sollen. Doch das Amtsgericht hatte einen entsprechenden Antrag des Landkreises Harburg auf Abschiebehaft noch vor einer Woche abgelehnt. Es sei kein Flug nach Guinea-Bissau absehbar, begründete das Gericht seine ablehnende Haltung zu einer Abschiebehaft, woraufhin der Schwarzafrikaner wieder auf freien Fuß gesetzt worden war, nur um in den Geschäften der Stadt unmittelbar darauf erneut Straftaten zu begehen.

Jetzt hat sich das Blatt gewendet. Als Sadjo S. vor Gericht seine ungezügelte Aggressivität zum Ausdruck bringt, zeigt sich der Richter entsetzt. Das habe er in 26 Dienstjahren noch nicht erlebt, so der Strafrichter, der nun entschied, daß der Mann eine zwölfmonatige Freiheitsstrafe zu verbüßen hat, das Land aber bis zum 20. März verlassen muß. Alle Voraussetzungen für die Abschiebung seien erfüllt, erklärt ergänzend ein Pressesprecher des Amtsgerichts.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 08/25" berichtet am 14. Februar 2025 (x1.501/…): >>**Immer mehr, immer teurer, für nix**

Beauftragte der Bundesregierung: Vor allem durch die Ampel erreicht die Zahl dieser Frühstücksdirektoren ein Rekordniveau

Paul Rosen

Dieter Janecek wäre gerne etwas geworden. Der 48jährige Münchner hat Politikwissenschaften studiert und war zwei Jahre lang in der Öffentlichkeitsarbeit tätig. Die Zahl der Politikwis-

senschaftler ist groß, die Chancen auf dem Arbeitsmarkt stehen im umgekehrten Verhältnis dazu. Ein Ausweg mit möglichem Karriere-Turbo findet sich regelmäßig bei der Partei Die Grünen, wo Janecek im Laufe der Jahre bis zum Vorsitzenden des bayerischen Landesverbandes aufstieg. Von da war der Weg in den Bundestag offen, in den Janecek 2013 gewählt wurde.
Mit Beginn der Ampel-Koalition 2021 gab es auf einmal Karriere-Hürden für den Wirtschaftspolitiker. Die den Grünen zustehenden Ämter als Minister und Staatssekretäre waren schnell vergeben. Bei Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) existiert zwar der schöne Beauftragtenposten für maritime Wirtschaft und Tourismus, doch den schnappte sich die Parteifreundin Claudia Müller, die wie Janecek den Aufstieg zur lukrativen Ebene der Parlamentarischen Staatssekretäre (Gehalt 16.084 Euro monatlich) verpaßt hatte.
Erst als Müller 2023 doch noch Parlamentarische Staatssekretärin in Cem Özdemirs Landwirtschaftsministerium wurde, war der Weg für Janecek frei: Er wurde Koordinator (Beauftragter) der Bundesregierung für die maritime Wirtschaft und Tourismus.

Wirklich zu entscheiden haben sie meistens nichts

Janecek ist kein Einzelfall. Insgesamt tummelten sich im Jahr 2024 in der Bundesregierung 45 Beauftragte. Vor einem knappen Vierteljahrhundert gab es erst 19 Beauftragte. Zu entscheiden haben die meisten von ihnen nichts. Sie sind im Regelfall nicht in die Ministeriums-Struktur eingebettet wie etwa die beamteten Staatssekretäre.
Am ehesten läßt sich der Beauftragte mit einem Parlamentarischen Staatssekretär vergleichen - allerdings ohne Bezügezahlung und bis auf wenige Ausnahmen ohne persönlichen Dienstwagen. Auch für die Beauftragten gilt der legendäre Satz eines beamteten Staatssekretärs aus Bonner Zeiten, der über die Parlamentarischen Staatssekretäre spottete: "Sie sind eine nützliche Einrichtung. Sie erledigen für uns die Arbeit, die wir ohne sie nicht hätten."
Im Fall Janecek sieht das dann so aus, daß er per Pressemitteilung den Start des neuen Kompetenzzentrums "Grüne Transformation des Tourismus" im Bundeswirtschaftsministerium bejubeln darf. Irgendeinen Einfluß auf die Arbeit des Kompetenzzentrums hat der Grünen-Politiker nicht. Er darf vielmehr - wie man in seiner Heimat Bayern sagt - als Grüß-Gott-August Reden bei offiziellen Anlässen halten, wenn die Staatssekretäre und Minister Habeck keine Zeit haben.
Dann verlesen Beauftragte vom Ministerium vorab verfaßte Redetexte wie etwa diesen: "Wir stellen der Tourismuswirtschaft nun einen kompetenten Partner an die Seite: für gute fachliche Beratung und Austausch, insbesondere zu Fragen der strategischen Ausrichtung und einer nachhaltigen Entwicklung."
Im Wirtschaftsministerium findet sich noch ein vergleichbarer Fall: Die Grünen-Politikerin Anna Christmann ist Beauftragte für Digitale Wirtschaft und Start-ups sowie Koordinatorin für die Luft- und Raumfahrt. Erfolgsmeldungen in diesen Bereichen sind selten: Hochgejubelte Gründungen sind oft schnell wieder am Ende, und deutsche Raumfahrtfirmen haben den Anschluß bei der Erkundung des Sonnensystems längst verloren.
Dabei ist das Wirken nicht aller Beauftragten freischwebend. Die im Kanzleramt angesiedelte Beauftragte für Kultur und Medien (Claudia Roth, Grüne) hat 450 Bedienstete unter sich. Der Bundesbeauftragte für Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung (Kay Scheller, CDU) ist zugleich Präsident des Bundesrechnungshofs. Auch Professorin Louisa Specht-Riemenschneider, die Bundesbeauftragte für den Datenschutz, leitet eine große Behörde.
Die anderen fungieren wie Janecek und Christmann und verbringen die Zeit auf Veranstaltungen, mit Interviews oder Fernsehauftritten. Dazuzurechnen sind etwa der Ost-Beauftragte Carsten Schneider (SPD) und die Aussiedlerbeauftragte Natalie Pawlik (SPD). Der Beauftragte für jüdisches Leben in Deutschland, Felix Klein, machte von sich reden, als er Israel vor dem Vorwurf, ein Apartheid-Staat zu sein, in Schutz nahm. Im Außenamt residiert mit Luise

Amtsberg (Grüne) eine Beauftragte für Menschenrechtspolitik. Auch bei ihr dürfte es für einen Staatssekretärs-Posten nicht gereicht haben.
Koordinatoren gibt es für die Zusammenarbeit mit Frankreich, Polen und den USA sowie für die "zwischengesellschaftliche Zusammenarbeit mit dem südlichen Kaukasus". Damit der ehemalige Grünen-Politiker Manuel Sarrazin nicht völlig vergessen wird, wurde er zum Beauftragten für die Länder des westlichen Balkans gemacht. Viel zu tun hat aber Roland Weber, Beauftragter für die Anliegen von Betroffenen von terroristischen und extremistischen Anschlägen im Inland, aktuell etwa für die Opfer der brutalen Attacke auf den Weihnachtsmarkt in Magdeburg. Außerdem gibt es mit Sven Lehmann (Grüne) noch einen Beauftragten für die Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt.
Die Ausgaben für das Beauftragtenwesen werden von der Regierung mit 69 Millionen Euro im vergangenen Jahr angegeben. Vor 15 Jahren kam man noch mit 7,5 Millionen Euro aus. Der Zuwachs an Stellen ist überschaubar, im Familienministerium fällt jedoch mit einer Steigerung von 17 Stellen (2006) auf 86,9 Stellen ein massiver Anstieg auf. Auf die Frage, ob es jemals zu einer Reduzierung des Beauftragenwesens kommen werde, antwortet die Regierung ausweichend: Man prüfe "regelmäßig, ob und in welcher Konstellation die Arbeit der Beauftragten fortgeführt werden soll".<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 08/25" berichtet am 14. Februar 2025 (x1.501/…): >>**FDP: Die Liberalen müssen um den Einzug in den Bundestag zittern. Scheitern sie, scheint das Schicksal ihres Chefs besiegelt zu sein**
Christian Schreiber
Der Tag nach dem Parteitag begann nicht gut für die FDP. In einer repräsentativen Umfrage teilten 41 Prozent der Befragten mit, daß sie auf ein Scheitern der Liberalen an der Fünfprozenthürde hoffen. Und auch beim Kanzlerkandidaten-Duell zwischen Amtsinhaber Olaf Scholz (SPD) und seinem Herausforderer Friedrich Merz (SPD) war keine Schützenhilfe zu holen. Ein Bundestag ohne die FDP wäre ärmer, aber lebensfähig, sagte Merz: "Besser kann ich es nicht ausdrücken", fügte der Kanzler hinzu.
Richtungsstreit ist vorprogrammiert
Wenige Stunden zuvor hatte sich die FDP noch einmal auf den abservierten Finanzminister und Parteichef Christian Lindner einschwören lassen. "Wir stehen gegenwärtig in den Umfragen auf der Kippe. Wir wissen es", sagte Lindner vor 600 Delegierten in Potsdam. Es gab tosenden Applaus für Lindner und seinen Mitstreiter, Bundestagsvizepräsident Wolfgang Kubicki.
"Mit uns gibt es keine Zusammenarbeit mit den Grünen nach der nächsten Bundestagswahl. Die entscheidende Frage ist: Lindner oder Habeck im Kabinett", sagt der FDP-Chef mit Blick auf den amtierenden Wirtschaftsminister. Zuvor hatten Lindner und Kubicki für einen Beschluß geworben, der eine Koalition mit dem ungeliebten, einstigen Koalitionspartner ausschließt. Sie folgten ihm. Alle. Einstimmig.
Auch die, die Kubicki nach der mißlungenen Abstimmung über das Migrationsgesetz in einer internen Chat-Gruppe beschimpft hatte. Er nannte sie namentlich: die Europa-Abgeordnete Marie-Agnes Strack-Zimmermann, die Vorsitzende der Jungen Liberalen, Franziska Brandmann, den Parteivize Johannes Vogel und den niedersächsischen Parteichef Konstantin Kuhle. Sie gelten als "Sozial-Liberale", man sagt, daß sie der geplatzten Ampelkoalition hinterhertrauern. Kuhle und Vogel blieben der Abstimmung im Bundestag fern. Sie wollten nicht gemeinsam mit der AfD abstimmen. "Das Mandat ist an das Gewissen gebunden, das gilt es zu respektieren", erwiderte Lindner auf Kubickis Attacke Richtung der Partei-Linken.
Nur keinen Streit auf den letzten Metern vor der Wahl, lautete die Devise. Doch die Frontlinien sind klar abgesteckt. Lindner, Kubicki und Fraktionschef Christian Dürr haben der Partei einen sanften Rechtsruck verordnet. Man schielt auf potentielle AfD-Wähler, denen die

Rechtspartei zu radikal, zu wenig seriös daherkommt. Als Lindner in der angesprochenen Chat-Gruppe erklärte, er habe in einem Interview eine neuerliche Koalition mit den Grünen ausgeschlossen, widersprach niemand.
Dabei ist es kein Geheimnis, daß Johannes Vogel vor seiner Zeit als Juli-Chef auch in der Jugendorganisation der Grünen aktiv war. Es ist kein Geheimnis, daß Vogel und sein Mitstreiter Kuhle die Zukunft der FDP als Bürgerrechtspartei an der Seite von SPD und Grünen sehen. Doch offenes Aufbegehren ist nicht drin. Dafür steht zu viel auf dem Spiel.
Immer noch wird Lindner intern hoch angerechnet, wie er 2013 in einem Hauruck-Verfahren die am Boden liegende Partei einte und wieder ins Parlament führte. Damals war er allerdings über ein Landtagsmandat in Nordrhein-Westfalen abgesichert. 2017 und 2021 gab es zweistellige Ergebnisse. "Mindestens sechs Prozent", heißt es intern über die Zielmarke.
Es wäre nahezu eine Halbierung. Auch die wird Lindner am Wahlabend erklären müssen. Selbst wenn es knapp reichen sollte. Man wird so lange die Füße stillhalten, wie es eine Machtoption gibt. Führt Lindner die FDP noch einmal in die Regierung, dann wäre er als Minister gesetzt. Über den Parteivorsitz könne man später sprechen, hieß es am Rande des Parteitags.
Sollten die Liberalen auf die Oppositionsbank verbannt werden, müßte Lindner seinen Vertrauten Dürr zum Verzicht auf den Fraktionsvorsitz drängen. Eine ausgemachte Sache ist das nicht. Bei einem Scheitern an der Fünfprozenthürde, da sind sich alle einig, werde der "Ober-Liberale" den Parteivorsitz abgeben. Wer dann die Rolle des politischen Konkursverwalters übernehmen wird, ist offen. Ein Richtungsstreit ist vorprogrammiert. Denkbar wäre eine Doppelspitze mit Vogel und Kuhle. Doch der Beifall für Letztgenannten fiel in Potsdam äußerst bescheiden aus.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 08/25" berichtet am 14. Februar 2025 (x1.501/…): >>**Bürokratiewahnsinn: Bürger und Unternehmen ächzen seit Jahren unter der Last immer neuer Verordnungen und Gesetze - aber die Politik sattelt immer weiter drauf. Die JF sprach mit Betroffenen**
Martina Meckelein / Kuba Kruszakin
Gängeln und Knebeln. Nicht nur Unternehmen, jeder einzelne von uns ist betroffen von der überbordenden Bürokratie. Sie kostet unser Land und damit Steuerzahler und Unternehmen jedes Jahr 146 Milliarden Euro, rechnete das Ifo-Institut aus. Daß wir in Deutschland an Bürokratie ersticken, ist allgemein bekannt.
Selbst der rot-grün-gelben Bundesregierung, die mit dem vierten Bürokratieentlastungsgesetz Ende vergangenen Jahres uns von "überflüssiger Bürokratie" zu entlasten gedachte. Oder aber die Europäische Union, die im Januar angekündigt hat, Regelungen "in einer beispiellosen Anstrengung" abzubauen: Darunter könnte das berüchtigte Lieferkettengesetz oder die sogenannten Sorgfaltspflichten fallen.
"Es sind irre Zeiten in der Industrie", sagt Raimo Benger, Hauptgeschäftsführer des Verbands der Bau- und Rohstoffindustrie e.V., gegenüber der JUNGEN FREIHEIT. Der Jurist sitzt im Auto, fährt gerade aus Frankfurt am Main heraus, als die JF ihn telefonisch erreicht. "Im Moment bin ich sozusagen wohnsitzlos, rase von Termin zu Termin", erzählt er. Das Thema Bürokratieabbau treibt ihn seit Jahren um. Schon 1993 war er in der sogenannten "Planungsbeschleunigungskommission".
Damals sollten Genehmigungsverfahren vereinfacht werden. Er berichtet, wie sich Unternehmen mit den Behörden trafen und erklärten, welche Unterlagen einzubringen waren. Beispielsweise Wasser- und ökologische Gutachten. "Diese Vorgaben waren allerdings nicht verbindlich. Heißt, Sie reichen alle geforderten Unterlagen ein, und dann kommt irgendeine Behörde ein Dreivierteljahr später und sagt, daß auch sie noch irgend etwas benötigt. Nun müssen sie auch Vegetationsgutachten vorlegen über vier Vegetationszeiten. Die ersten Gutachten

sind dann aber, aufgrund der verstrichenen Zeit, hinfällig."
Benger schlug vor, die verbindlichen Vorgaben für die einzubringenden Unterlagen festzulegen. "Im Jahr 2023 war ich wieder als Experte in einer Prüfkommission, die Genehmigungsverfahren verkürzen wollte. Und so trug ich die Idee erneut vor, da sich, 30 Jahre später, nichts geändert hatte, keine Verbindlichkeit." Rund 30 Behörden und Verbände können an einem Genehmigungsverfahren beteiligt sein, wie Wasser-, Naturschutzbehörde, Nabu und BUND.

Personalmangel im öffentlichen Dienst als Folge der Bürokratie

Dabei gebe ein Gesetz vor, daß Behörden innerhalb von zwei Monaten antworten sollen. Auch das sei aber nicht verbindlich. Der Rechtsanwalt schlägt daher vor, Behörden eine Frist von zwei Monaten zu setzen mit der Möglichkeit um einmaligen Aufschub. "Wenn sie bis dahin nicht antwortet, gilt das Schweigen als Erteilung der Genehmigung."
Auflagen, wie etwa das Lieferkettengesetz, beschäftigen ganze Abteilungen in Behörden und auch großen Unternehmen, berichtet Benger. Firmen müßten extra dafür Personal einstellen. "Doch wie sollen denn kleine Unternehmen darlegen, wie in Indien produziert wird?"
Für Benger fehlt es beim deutschen Gesetzgeber an Willen, die Bürokratie einzudämmen. Man dürfe aber auch Brüssels Einfluß nicht vergessen, wendet er ein. Deren Verordnungen gelten direkt im deutschen Recht. Richtlinien müsse der deutsche Bundestag erst umsetzen. "Leider sattelt er meistens noch eins drauf und macht es strenger." Ein Weg, uns zu entbürokratisieren, wäre es, Richtlinien "ein zu eins zu übernehmen". Wer ganz sicher nicht von der Bürokratiefülle profitiert, sind die Beamten selbst, ist sich Benger sicher. "Die sind selbst genervt."
Das sieht Michael Eufinger, stellvertretender Pressesprecher des Deutschen Beamtenbundes (DBB), auch so. "Die Situation ist kritisch", sagt er gegenüber der JF. "Wir haben ein enormes Problem mit Personalmangel im öffentlichen Dienst." Auch bedingt durch die ständig wachsende Bürokratie fehlten 570.000 Beschäftigte. Etwas mehr als fünf Millionen sind gegenwärtig im öffentlichen Dienst bei Bund, Ländern, Kommunen und Sozialversicherungen beschäftigt. Die Folge sei Unterrichtsausfall, schwindendes Sicherheitsempfinden und lange Wartezeiten in den Ämtern.
Wie sehr sich die Verwaltung vom Bürger dadurch entfernt, macht er am Beispiel der Reform des Wohngeldgesetzes klar: "Allein bei der Stadt Bonn mußten 32 neue Stellen geschaffen werden, um dem Arbeitsaufwand gerecht zu werden." Eufinger meint, die Politik beschließe ständig neue Regelungen und mache Gesetze immer komplexer. Außerdem achte sie zu wenig auf deren praktische Umsetzbarkeit. "Hier noch eine Berichtspflicht, da noch eine Sonderaufgabe - so geht es nicht." Das stelle eine enorme Mehrbelastung dar.

Ein Kind, fünf Ämter, acht Stellen, zwölf mögliche Sozialleistungen

Die Gewerkschaft sieht auch den riesigen Rückstand in der Digitalisierung der deutschen Verwaltung als Hemmschuh. Vergleich man Deutschland mit anderen europäischen Ländern, erkenne man das. Positives Beispiel sei etwa Nürnberg: Die Stadt habe zur Bearbeitung der Wohngeldanträge KI eingesetzt.
Doch warum genau kommen selbst Bürokraten mit der Bürokratie nicht klar? Ein Gutachten des Normenkontrollrates mit dem Titel "Wege aus der Komplexitätsfalle" aus dem vergangenen Jahr zeigt dies anhand von Beispielen: Sage und schreibe fünf Behörden seien mit dem Fall eines alleinerziehenden arbeitslosen Vaters, dessen Kind vor der Einschulung steht, befaßt, weil die Mutter keinen Unterhalt zahlt, und die Mutter des Vaters pflegebedürftig im gemeinsamen Haushalt lebt. Die Tochter habe so Anspruch auf "zwölf unterschiedliche Leistungen, die von acht verschiedenen Stellen administriert" werden. Dabei würden "mindestens vier verschiedene Einkommensbegriffe und drei verschiedene Begriffe der häuslichen Lebensgemeinschaft" angelegt.

Einer der Politiker, der schon seit Jahren vor den Gefahren einer ausufernden Bürokratie warnt und Verfahrensvereinfachungen fordert, ist Thüringens FDP-Chef Thomas Kemmerich: "Die Bürokratie hat sich wie ein Dschungel um die Unternehmen gewunden, sie nimmt ihnen die Luft zum Atmen, sie nimmt ihnen das Geld für dringend notwendige Investitionen. Sie nimmt ihnen die Mitarbeiter. Mit einer Machete müssen wir diesen Dschungel kleinkriegen", sagt er der JF.
Er habe im Gespräch mit einem Mittelständler (900 Mitarbeiter) erfahren, daß ihn die Bürokratie jährlich 130.000 bis 150.000 Euro koste. Kemmerich schlägt daher vor, Regularien zu streichen. Bestimmte Daten, wie Namen, Geburtsdaten, Adressen müßten behördenübergreifend vorliegen. "Da muß der Staat in die Pflicht genommen werden." Kemmerich, und da stimmt er mit Benger überein, verlangt, die EU-Verordnungen "nicht noch zu verschlimmbessern". Beispielsweise seien die "Datenschutzbeauftragten eine rein deutsche Erfindung". Profiteure der Bürokratie sitzen seines Erachtens in den Büros der Nichtregierungsorganisationen. "Durch diesen Kontrollwahn partizipieren sie."
Gebeutelt von der Bürokratie ist seit Jahren auch die Landwirtschaft. Reinhard Jung, Pressereferent des Verbands der Freien Bauern mit 1.860 Mitgliedern, hat selbst einen kleinen Grünlandbetrieb im brandenburgischen Lennewitz. Jung schildert die irre Situation, daß Landwirte sogar ständig gegen Vorgaben verstoßen: "Man darf im Frost zum Beispiel keinen Stalldung ausbringen. Aber für reine Grünlandbetriebe wie meinen liegen die ertragreichen Flächen in der Regel in den Niederungen. Und diese sind nur mit Technik befahrbar, wenn in der nassen, kalten Jahreszeit Frost ist."
Nicht nur das. Die EU vertraut den Bauern nicht. Seit Anfang des Jahres, so Jung, werden alle Agrarflächen im Wochentakt von EU-Satelliten überflogen, und das dabei gewonnene Bildmaterial wird mit den Angaben der Landwirte zum Agrarantrag abgeglichen, um Verstöße festzustellen. "Aber die EU-Datenverarbeitung macht Fehler ohne Ende", sagt der Mutterkuhhalter. "Unsere angebliche Pflicht, Unstimmigkeiten mit Hilfe von App und Fotos aufzuklären, ist deshalb die Achillesferse des Systems."
In einem Rechtsstaat dürfe niemand verpflichtet werden, sich selbst zu belasten, argumentiert Jungs Anwalt Stephan Stiletto in seiner Klageschrift und macht zudem auf schwerwiegende Verstöße gegen den Datenschutz aufmerksam, über den so viele Unternehmer fluchen. Die Freien Bauern sind auch gegen die Foto-App, "und ich klage als Betroffener dagegen", sagt Jung der JF.
Kemmerich zieht fast ein bitteres Resümee: "Natürlich kann nur die Politik durch Gesetze und Verordnungen die Bürokratie eindampfen. Die Verwaltung wird diesen Selbstdrang zur Verschlankung, zum Abbau der Bürokratie, nicht spüren. Der Frosch trocknet seinen Sumpf schließlich nicht selber aus." …<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 08/25" berichtet am 14. Februar 2025 (x1.501/…): >>**15 Oberbürgermeister verlangen Rücknahme des EU-Verbrennerverbots**
Viel zu spät aufgewacht
Jörg Fischer
Als ab 2007 Umweltzonen eingerichtet wurden, in die viele Dieselautos und ältere Benziner nicht mehr hineinfahren können, waren sie still. Das senkt schließlich die Feinstaub- und Stickoxidwerte und kurbelt den Neuwagenabsatz an. Die juristisch erzwungenen temporären Fahrverbote und die bürokratischen Luftreinhaltepläne paßten ebenfalls ins Konzept - E-Mobile waren davon nicht betroffen.
Auch der "Fridays for Future-Bewegung" und dem Green Deal der EU wurde applaudiert. Wer das alles bezahlen soll und ob die Bürger die Transformation zur Klimaneutralität und die teuren E-Autos wirklich wollen, war ihnen egal.
Nicht egal sind die Steuereinnahmen durch die Autobranche sowie eine kaufkräftige Kund-

schaft, die ihr dort verdientes Geld lokal ausgibt. Deswegen haben nun die Oberbürgermeister von 15 Autostädten - Augsburg, Dingolfing, Essen, Friedrichshafen, Ingolstadt, Lippstadt, Neckarsulm, Rastatt, Saarbrücken, Schwäbisch Gmünd, Schweinfurt, Sindelfingen, Stuttgart, Wolfsburg und Zwickau - einen Bettelbrief an Ursula von der Leyen geschickt: "Mercedes, BMW, Audi, Volkswagen und Porsche stehen nicht nur für wirtschaftlichen Erfolg, sondern auch für die Leistungsfähigkeit und den Innovationsgeist unserer Unternehmen und Beschäftigten.

Doch genau diese industrielle Substanz erodiert zunehmend", klagen die Initiatoren. "Weit über 600.000 Arbeitsplätze hängen in den Regionen dieser 15 Städte vom Auto ab." Daß diese gutbezahlten Stellen vom Zwang zur E-Mobilität bedroht sind, deuten sie nur indirekt an. Immerhin fordern die meist mit einem CDU- oder CSU-Parteibuch ausgestatteten Kommunalchefs von der EU-Kommissionspräsidentin einmal AfD pur: "Offenheit bei der Antriebstechnologie statt Verbrennerverbot".

Auch "weitere klimafreundliche Antriebsarten inklusive Plug-in-Hybriden" sollten weiterhin "grundsätzlich ermöglicht werden". Die Milliarden-Strafzahlungen der Autokonzerne an die EU wegen des Nichterreichens der CO2-Flottengrenzwerte müßten "ausgesetzt" werden. Ihre restlichen Forderungen - planbare Förderungskulisse, Wasserstoffantriebe, neue Batterietechnologien mit der entsprechenden Infrastruktur, Gelder für Schnelladesäulen und Stromnetze - könnten auch von Robert Habeck & Co. stammen. Doch nur diese Vorschläge werden von Brüssel dankbar aufgenommen.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 08/25" berichtet am 14. Februar 2025 (x1.501/…): >>**Die Milliarden vom Wahlkampf-Himmel**

Finanzpolitik: Entlastungsversprechen mit halber Deckung / Wie die Parteien die Gegenfinanzierung bewerkstelligen wollen

Dirk Meyer

Im Streit über die Finanzierung des Bundeshaushalts 2025 ist die Ampel auseinandergebrochen. Von daher erstaunt der derzeitige Überbietungswettbewerb mit Steuerentlastungen (erhöhter Grundfreibetrag, Abflachung des Einkommensteuertarifs, Soli-Abschaffung), neuen Wohltaten (Klimageld) und einer Investitionsoffensive (Investitionsprämie, Deutschlandfonds). Gemäß Artikel 115 des Grundgesetzes sind Einnahmen und Ausgaben "grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten auszugleichen".

Doch das Institut der deutschen Wirtschaft hat erhebliche Mindereinnahmen des Staates auf der Grundlage der Wahlprogramme und Positionspapiere der Parteien errechnet (in Milliarden Euro): AfD (149), FDP (138), Union (89), Grüne (48), SPD (30) und BSW (122). Angesichts eines gesamten Steueraufkommens von Bund, Ländern und Gemeinden in Höhe von 861 Milliarden Euro sind dies erhebliche Lücken, die gefüllt werden müssen. Eine Ausnahme bildet die Linke mit geplanten Mehreinnahmen von 198 Milliarden Euro, finanziert vornehmlich durch eine Vermögensteuer (123), Erhöhung der Unternehmensteuern (78), der Erbschaftsteuer (17) sowie einer Finanztransaktionsteuer (36).

Union, FDP und AfD wollen Bürger und Unternehmen in größerem Umfang steuerlich entlasten: bei Netzentgelten, Soli und Einkommensteuer, dazu die Körperschafts-/Gewerbesteuern absenken - allesamt wachstumsfördernde Maßnahmen. Da diese Parteien ihre Vorhaben ohne eine quantifizierbare Gegenfinanzierung unter Einhaltung der Schuldenbremse realisieren wollen, müßte ein entsprechend hohes Wirtschaftswachstum diese Mehrausgaben ausgleichen. Generell gilt zwar: Wachstum bedeutet mehr Einkommen, mehr Konsum und Investitionen bewirken Gewinne - all dies führt zu Steuermehreinnahmen. Doch werden sie ausreichen? Eine grobe Abschätzung bietet die gesamtwirtschaftliche Steuerquote von 23 Prozent.

Mindereinnahmen fallen sofort an, Wachstumseffekte mit Zeitverzug

Jeder zusätzliche Euro an Wirtschaftsleistung beteiligt den Staat im Schnitt mit 23 Cent an

Steuern. Bei einem Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 4,3 Billionen Euro würde ein Prozent Wachstum folglich zu Steuermehreinnahmen von 9,9 Milliarden Euro führen. Berücksichtigt man weiterhin, daß die drei Parteien das Bürgergeld reformieren und die Asylzuwanderung begrenzen wollen, wird hier pauschal eine Gegenfinanzierung von zehn Milliarden Euro als Einsparpotential angenommen. Unter diesen Annahmen hätten die Parteien indirekt folgende Wachstumseffekte (in Prozent des BIP) ihrer Programme vorausgesetzt: Union 7,9, FDP 12,8 und die AfD ganze 13,9 Prozent.

Zur Klarstellung sei gesagt, daß dies keine jährlichen Wachstumsraten sind. Vielmehr muß in absehbarer Zeit dieses Wachstum erfolgen, damit per Saldo die Selbstfinanzierung stattfindet und keine Zusatzkredite aufgenommen werden müssen. Doch die Mindereinnahmen fallen sofort an, während die Wachstumseffekte mit Zeitverzug eintreten. Deshalb wäre zumindest die Zwischenfinanzierung einschließlich Kreditzinsen innerhalb der Schuldenbremse zu klären. Angesichts eines Potentialwachstums von ungefähr 0,3 bis 0,5 Prozent (langfristig) grenzen diese eher unrealistischen Wachstumssteigerungen an unredliche Versprechungen.

Die Links-der-Mitte-Parteien haben eigene Lösungswege. Zum einen planen sie mit Steuererhöhungen in gewissem Umfang die Gegenfinanzierung ihrer Mehrausgaben (Mehrwertsteuerabsenkung, höheren Grundfreibetrag) - mit der Wiedereinführung der Vermögensteuer, höheren Erbschaft- und Kapitalertragsteuern und einer "Reichensteuer".

Doch die umverteilende Absicht macht zugleich das Sparen und die Kapitalbildung für Investition unattraktiver - mit potentiell negativen Wachstumseffekten. Zum anderen wird der Ausweg über eine hohe Neuverschuldung gegangen. SPD und Grüne wollen einen kreditfinanzierten Deutschlandfonds (Startkapital: 100 Milliarden Euro) zur Sanierung der Infrastruktur und für den Strukturwandel hin zu einer CO2-armen Produktion errichten.

Private Investitionen will die SPD zusätzlich mit einer Steuerprämie locken. Damit verbunden wäre die Aufhebung der bisherigen Schuldenbremse. Sozialausgaben stehen hier scheinbar in keiner Konkurrenz zu den investiv notwendigen Sanierungsvorhaben über Neuschulden. Doch ist das so? Die angestrebten zusätzlichen Produktionsmöglichkeiten (Verkehr, Schulen, Glasfaser), insbesondere aber neuartige Technologien (Energie, KI), benötigen eine erhebliche Aufbauzeit, um mit ihrer Rendite Kreditzinsen und Tilgung zu bedienen.

Und die dafür eingesetzten Inputfaktoren (Arbeit, Maschinen, Material) stehen bei begrenzten Möglichkeiten in Konkurrenz zueinander - es gibt nichts kostenlos. Die Kredite belasten zukünftige Jahre. Auch wenn die zulässige strukturelle Neuverschuldung im Rahmen der nationalen Schuldenregel von 0,35 Prozent auf die auf EU-Ebene maximal zulässigen 1,5 Prozent des BIP angehoben würde, ergäben sich kaum weitere Spielräume, da nach EU-Regeln auch alle Nebenhaushalte (Sonderschulden) einzurechnen wären. Wenn es den Programmen demnach an einer soliden Gegenfinanzierung fehlt und/oder sie der Illusion eines "Free Lunch" durch Neuschulden unterliegen, wäre zu fragen, wie eine wachstumsorientierte Politik ohne Schuldenerweiterung aussähe.

Es gibt realistische Einsparmöglichkeiten

Ein Klein-Klein dürfte bei Themen wie Demographie/Rente, Zuwanderung, Infrastruktur, Umweltschutz, Wehrfähigkeit nicht zielführend sein. Nötig wäre: Subventionsabbau (50 Prozent) bei angemessenen Rahmenbedingungen (etwa CO2-Preis) statt Lenkung durch Finanzhilfen (127 Milliarden Euro); Sozialstaat mit Vermeidungsanreizen (Arbeitslosengeld II/Bürgergeld 38 Milliarden Euro, Karenztage); Migrationsstop an deutschen Grenzen/Abschaffung des individuellen Asylrechts (28 Milliarden Euro); gesteuerte Zuwanderung gemäß Arbeitskräftebedarf vereinfachen; Rentenzugangs-alter der Lebenserwartung anpassen; statt an der Kriegstüchtigkeit an der Friedensfähigkeit arbeiten.

100 Milliarden Euro dürften so frei werden beziehungsweise zukünftig gar nicht erforderlich sein. Dann braucht das künftige politische Führungspersonal auch nicht eine zwei Jahrzehnte

alte Ausrede von Angela Merkels damaligen SPD-Vizekanzler Franz Müntefering reaktivieren: "Wir werden an dem gemessen, was in Wahlkämpfen gesagt worden ist. Das ist unfair!"
Prof. Dr. Dirk Meyer lehrt Ökonomie an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 08/25" berichtet am 14. Februar 2025 (x1.501/…): >>**Rettung durch Rüstung**
Görlitz: Deutsch-französische KNDS-Holding übernimmt Alstom-Reste
Paul Leonhard
Ein schwarzgrüner Schützenpanzer vor einem knallroten Doppelstockzug der Deutschen Bahn - so sieht die Zukunft für die Spezialisten des Alstom-Werkes Görlitz aus. Achtzig Jahre nach Kriegsende wird das unweit des Truppenübungsplatzes Oberlausitz gelegene Görlitz wieder Rüstungsstandort. Gleichzeitig enden 176 Jahre Schienenfahrzeuggeschichte in der Neißestadt. Wer von den derzeit 700 Beschäftigten Glück hat, wird vom deutsch-französischen Konzern KNDS übernommen. Aktuell sollen es 350 sein, perspektivisch vielleicht 400 - von einst über 1.200.
Aber nicht nur deswegen ist die Stimmung in der 57.000-Einwohner-Stadt mies. Denn seit zwei Jahren wird allwöchentlich für ein Ende des Ukrainekrieges und eine Verständigung mit Rußland demonstriert. Deswegen haben die KNDS-Manager zur Vertragsunterzeichnung wohl einen Radpanzer mitgebracht, der mit einem kleinen Roten Kreuz als Sanitätsfahrzeug gekennzeichnet ist. Daß der Schienenfahrzeugbau hier aus Sicht des französischen Alstom-Konzerns keinen Sinn mehr macht, ist seit Jahren klar. Dem Werk wurden immer mehr Aufträge und Fertigkeiten entzogen, bis bloß noch "ein nackter Kastenwagen" da war, so der Görlitzer AfD-Landtagsabgeordnete Sebastian Wippel.
Im Mai 2024 wurde bekannt, daß die gesamte Wertschöpfung ins oberschlesische Kattowitz verlagert und 2026 die Fertigung in Görlitz auslaufen soll. Dies sei auch eine Folge der staatlich gewollten steigenden Energie- und Lohnkosten in Deutschland, monierte AfD-Bundessprecher Tino Chrupalla, zu dessen Bundestagswahlkreis Görlitz gehört. Hinter den Kulissen verhandelten Bundes- und Landesregierung einen Deal mit der Rüstungsindustrie: Bundeswehraufträge gegen eine Investition in Görlitz.
KNDS fand sich schließlich dazu bereit. Bei der Vertragsunterzeichnung sprach Sachsens CDU-Ministerpräsident Michael Kretschmer von einer "Riesenchance". Es gehe um den Erhalt tarifgebundener Arbeitsplätze.
KNDS, eine 2015 gegründete Holding von Krauss-Maffei Wegmann und dem französischen Nexter-Konzern, soll in Görlitz Komponenten für schwere Waffensysteme wie den Kampfpanzer Leopard 2, die Radhaubitze RCH155 und das GTK Boxer bauen.
Damit wird an eine Tradition angeknüpft, über die weder Olaf Scholz noch Kretschmer oder CDU-Oberbürgermeister Octavian Ursu ein Wort verloren haben: Denn der Görlitzer Waggonbau hat schon seit Anfang der 1930er Jahre Lkw, Schützenpanzer und MG-Wagen für Reichswehr und Wehrmacht gebaut, später auch Panzeraufbauten und nach Kriegsende schließlich sowjetische Panzer instand gesetzt - bevor die Anlagen demontiert und in die UdSSR transportiert wurden.
Der Niedergang des Görlitzer Waggonbaus, der die Stadt wirtschaftlich seit 1848 geprägt hat, ist auch ein Lehrstück für die Deindustrialisierung Sachsens. Von der Treuhand wurde das DDR- Kombinat Schienenfahrzeugbau in Deutsche Waggonbau AG (DWA) umbenannt und 1996 an den Finanzinvestor Advent International verkauft. 1998 übernahm der kanadische Konzern Bombardier die DWA, der zahlreiche Umgliederungen vornahm.
Das Görlitzer Werk wurde 2005 zum europäischen Zentrum für die Verarbeitung von nicht rostenden Stählen, dann zum Rohbaukompetenzzentrum, letztlich aber auf die Fertigung von Aluminiumwagenkästen gestutzt. 2021 wurde das Werk an Alstom verkauft. Es sollten sofort 400 der 900 Arbeitsplätze gestrichen werden, was verhindert wurde.

Im Juli 2024 teilte der Alstom-Konzern, der ebenso wie zuvor Bombardier das Werk auf Verschleiß gefahren hat, mit, den Standort zum Auslaufen des Tarifvertrags 2026 aufzugeben. Mit dem ausgehandelten Deal zeigte sich Tim Dawidowsky, Mittel- und Nordeuropa-Chef von Alstom, zufrieden: "Hier kommt zusammen, was wirklich zusammen paßt."
Die Belegschaft in Görlitz stehe für Qualität und hohe Expertise in der Metallverarbeitung. Während Alstom seine Kapazitäten in Görlitz ab Frühjahr 2026 herunterfährt, baut KNDS seine parallel dazu aus. Dank Bundeswehraufträgen (123 Panzer, mehr als 80 Radhaubitzen und 150 Boxer) soll der neue Standort erst einmal bis Anfang der 2030er Jahre ausgelastet sein. Der Rüstungskonzern investiert einen hohen zweistelligen Millionenbetrag und will noch in diesem Jahr erste Mitarbeiter übernehmen.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 08/25" berichtet am 14. Februar 2025 (x1.501/…): >>**Untergang Dresdens am 13. Februar 1945: Kampf um die Deutungshoheit ist noch nicht beendet**
Paul Leonhard
Daß Literaturnobelpreisträger Gerhart Hauptmann die Schicksalsnacht Dresdens am 13. Februar 1945 mit eigenen Augen auf den Loschwitzhöhen erlebte, erweist sich als Glücksfall für die Propaganda. "Wer das Weinen verlernt hat, der lernt es wieder beim Untergang Dresdens. Dieser heitere Morgenstern der Jugend hat bisher der Welt geleuchtet.
Ich weiß, daß in England und Amerika gute Geister genug vorhanden sind, denen das göttliche Licht der Sixtinischen Madonna nicht fremd war und die von dem Erlöschen dieses Sternes allertiefst betroffen weinen. Und ich habe den Untergang Dresdens unter den Sodom- und Gomorrha-Höllen der englischen und amerikanischen Flugzeuge persönlich erlebt."
So notiert der 83jährige zurück in seiner schlesischen Heimat: "Ich weine… Von Dresden aus, von seiner köstlich-gleichmäßigen Kunstpflege sind herrliche Ströme durch die Welt geflossen, und auch England und Amerika haben durstig davon getrunken. Haben Sie das vergessen?" Aus diesen Sätzen und dem bereits von Rudolf Sparing, Chefredakteur der auch im Ausland viel gelesenen Wochenzeitschrift Das Reich, gewebten Bild des Untergangs einer Kunst- und Kulturstadt von internationalem Rang, entsteht ein Mythos, der bis heute nicht von seiner Kraft verloren hat.
Dabei hatten Bomben andere deutsche Großstädte viel schlimmer getroffen - gemessen an den Trümmermengen war die Zerstörung Dresdens annähernd so stark wie die von Köln und Dortmund, waren die menschlichen Verluste vielleicht anderswo größer. "Gemessen an der zynisch wirkenden militärtechnokratischen Betrachtungsweise, die Tote pro Tonne abgeworfener Bomben mißt, war Dresden mit 7,7 Toten pro Tonne zwar stärker betroffen als etwa Würzburg (4,4 Tote), aber weniger als Hamburg (14,9 Tote)", rechnet Hans Michael Kloth im Spiegel-Beitrag "Bombenangriffe auf Dresden 1945.
Aber die Einzigartigkeit des Schicksals Dresdens, das in Friedenszeiten 680.000 Einwohner zählte, besteht darin, daß die Schönheit der Stadt international bekannt war, daß die Zerstörung innerhalb weniger Stunden keine zwei Monate vor Kriegsende erfolgte und daß es sich zweifellos um einen Terrorangriff handelte, der allein der historischen Innenstadt und deren Bewohnern galt.
Aus britischer Sicht war der in zwei Wellen erfolgte Angriff ein Erfolg. Die Bombardierung war nach Lehrbuch gelaufen. Wie befohlen hatten die Piloten ihre Brand- und Sprengbomben so abgeworfen, daß in der brennenden Innenstadt ein Sog entstand, der einen "Feuersturm" entfachte.
In Kenntnis von Sparings sprachgewaltigem und doch nüchtern gehaltenem Beitrag "Der Tod von Dresden: Ein Leuchtzeichen des Widerstands", in dem er die Angriffe als "vier Akte eines kühl berechneten Mord- und Vernichtungsplanes" beschreibt, teilt die New York Times ihren Lesern mit: "Dresden, eine der ältesten und am meisten geliebten deutschen Städte, hat aufge-

hört zu existieren." Und die Irish Times titelt mit einem Bild der Elbsilhouette vor der Zerstörung: "Dresden ausgelöscht".

Die DDR sprach von "anglo-amerikanischen Luftgangstern"

Die internationale Öffentlichkeit zeigt sich verstört. Wegen der negativen Schlagzeilen besonders in den neutralen Medien fordert die US-Militärführung von den Briten, die Taktik der Flächenbombardements auf Innenstädte zu überdenken. "Die Zerstörung Dresdens bleibt eine ernste Frage an die alliierte Bombardierungspolitik, heißt es in einem Telegrammentwurf Winston Churchills vom 28. März 1945: "Ich glaube, es ist nötig, daß wir uns mehr auf militärische Ziele konzentrieren wie Öllager und Kommunikationszentren hinter der unmittelbaren Kampfzone, statt auf reine Akte des Terrors und der mutwilligen Zerstörung, wie beeindruckend diese auch immer sind."

Gleichzeitig kommt es zu einem zynischen Wettbewerb um die Opferzahlen. Während ein interner Polizeibericht die "Zahl der geborgenen Gefallenen" mit Stand vom 31. März 1945 mit 22.096 angibt und die "Gesamtzahl der Gefallenen einschließlich Ausländer auf Grund der bisherigen Erfahrungen und Feststellungen bei der Bergung nunmehr auf etwa 25.000" schätzt, schreibt das Svenska Morgonbladet am 17. Februar von 100.000 Toten und eine Woche später das Svenska Dagbladet von "eher 200.000 als 100.000 Todesopfern".

Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz schreibt 1948 von mehr als 275.000 "gemeldeten" Toten und der sowjetische Armeegeneral I. Petrow 1955 in der Prawda von "etwa 300.000 friedlichen Menschen, Greise, Frauen und Kinder", die umkamen.

Zitate und Zahlen, aus denen sich der Mythos Dresden bis heute speist. Dazu kommen die Erlebnisberichte und Aufzeichnungen der Überlebenden und jener, die in der Oberlausitz oder im Erzgebirge den Flammenschein der brennenden Stadt sehen. Aufrichtige Trauer um ihre Toten, ihre Stadt, ist den Dresdnern bis heute versagt. Nicht einmal zum ersten Jahrestag, als am 13. Februar 1946 zwar fast 30 Gedenkveranstaltungen stattfinden, wobei auf Befehl der Sowjetischen Militäradministration aber "alles vermieden werden (sollte), was den 13. Februar als Trauertag erscheinen läßt".

Fünf Jahre später ist die Lesart schon eine andere. "Der Feuerschein der blutigen Stadt Dresden, der am Ende des Zweiten Weltkrieges den Himmel weithin sichtbar rötete, ließ die räuberische Fratze des amerikanischen Imperialismus, des ärgsten Feindes der Menschheit, heraufleuchten", heißt es in der Täglichen Rundschau. Und DDR-Volkskammerpräsident Johannes Dieckmann rehabilitiert Goebbels Wortschöpfung von den "anglo-amerikanischen Luftgangstern" für den Sprachgebrauch in der DDR. 1970 werden schließlich die staatlich organisierten Großveranstaltungen eingestellt.

Erst Anfang der 1980er Jahre rückt als Reaktion auf die Militarisierung des DDR-Alltags die entstehende Friedensbewegung den Jahrestag der Zerstörung wieder ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Erneut erhält der Tag eine politische Dimension. Das ändert sich auch im Herbst 1989 nicht. Mit seiner Kranzniederlegung an der Ruine der Frauenkirche rückte Bundeskanzler Helmut Kohl Dresden in den Mittelpunkt der öffentlichen Wahrnehmung und damit auch die Zerstörung der Stadt.

Den Kampf um die Deutungshoheit eröffnet im Jahr 2000 die rechtsextreme Junge Landsmannschaft Ostpreußen. Gesinnungsgenossen aus ganz Deutschland marschieren zum Opfergedenken auf, denen sich schnell Linksextremisten entgegenstellen, die ihrerseits die Bombentoten verhöhnen. Teilweise muß die Innenstadt flächenmäßig von der Polizei gesperrt werden, um gewalttätige Ausschreitungen zu verhindern. Unter dem Beifall der regierenden Politiker darf beispielsweise das Bündnis "Dresden Nazifrei" verkünden: "Deutsche Täter*innen sind keine Opfer - Gedenken abschaffen". Seit einigen Jahren konzentrieren sich speziell Linksextremisten mit Unterstützung der Grünen und Linken auf den Mythos der "unschuldigen Stadt", den es aus ihrer Sicht zu widerlegen gilt. Aktuell schwelt der Streit um das

richtige Gedenken der Opfer.
Unumstritten ist lediglich eine einzige Tradition, die es seit 1946 gibt: An jedem 13. Februar läuten um 21.45 Uhr die Glocken aller Dresdner Kirchen und der des Umlandes für eine Viertelstunde lang - als Klage, Warnung und Hoffnung.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 08/25" berichtet am 14. Februar 2025 (x1.501/…): >>**Wohin mit den Resten?**
Paul Leonhard
In Deutschland und der EU gibt es inzwischen für nahezu jedes Handeln exakte Vorschriften. Aber ausgerechnet für abgelaufene oder nicht mehr benötigte Medikamente gibt es keinen einheitlichen Entsorgungsweg. Dabei beeinflussen Arzneimittel auch unsere Ökosysteme: "Sie können den Stoffwechsel von Organismen verändern, in den Hormonhaushalt eingreifen oder die Signalübertragung zwischen Zellen beeinflussen", warnt das Umweltbundesamt (UBA). Das sei ein wachsendes Problem.
Abhilfe soll ein vom Bundesforschungsministerium gesponsertes Internetportal der Frankfurter Gesellschaft für Chemische Technik und Biotechnologie schaffen. Es bietet Informationen für Fachpersonal wie Patienten. Ärzte und Apotheker seien aber als Multiplikatoren bei der Sensibilisierung der Patienten gefordert. Denn die Bürger, so das UBA, würden Arzneimittelreste zu 20 bis 45 Prozent in der Toilette oder Spüle entsorgen, statt auf dem Recyclinghof oder über Schadstoffmobile wie in Berlin oder München. Doch wer macht schon?
Bislang wurden 400 Arzneistoffe beziehungsweise deren Abbauprodukte in Ökosystemen nachgewiesen.
Auch die meisten Apotheken wollen keine freiwilligen Pharmaentsorger sein. Bleibt realistischerweise nur der Gang zur grauen Hausmülltonne - wenn dieser Rest-abfall kindersicher aufbewahrt wird und bekannt ist, daß er anschließend verbrannt wird, mahnt das UBA. Wie viele der pro Jahr in Deutschland verkauften rund 30.000 Tonnen Arzneimitteln falsch entsorgt werden, ist unklar. Zugelassen sind etwa 2.500 verschiedene Wirkstoffe für die Humanmedizin. Von diesen wird die Hälfte als umweltrelevant eingestuft.
Bislang wurden 400 Arzneistoffe beziehungsweise deren Abbauprodukte in Ökosystemen nachgewiesen. Meist gelangen die Wirkstoffe aber über die natürliche Ausscheidung erst in die Kanalisation, dann in die Kläranlage und von dort in die Gewässer. Um das zu verhindern, verlangt die neue EU-Kommunalabwasserrichtlinie KARL (JF 5/25), bis 2045 alle Kläranlagen für mehr als 150.000 Einwohner mit einer vierten Reinigungsstufe auszustatten. Wer die Milliardenkosten dafür tragen soll, ist allerdings noch strittig.<<
Ukraine: Das deutsche Multipolar-Magazin berichtet am 14. Februar 2025 (x1.499/…): >>**Selenski sanktioniert politische Konkurrenten**
Herausgegeben von *Stefan Korinth* und *Paul Schreyer*
Zwangsmaßnahmen gegen fünf ukrainische Oligarchen: Ausreise- und Auftrittsverbot sowie Konfiszierung des Vermögens / Betroffener Amtsvorgänger Poroschenko: Selenski mißbraucht Kriegsrecht / Ukrainische Medien: Selenski säubert politischen Raum
Der ukrainische Präsident Wolodimir Selenski hat Sanktionen gegen fünf ukrainische Politiker und Konzerneigentümer verhängt. Darunter befinden sich auch frühere und aktuelle politische Konkurrenten Selenskis wie sein Amtsvorgänger Petro Poroschenko oder der ehemalige Oppositionsführer Viktor Medwedtschuk. Der Beschluß gehe auf den Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrat der Ukraine zurück, dessen Mitglied Selenski ist, berichtet die ukrainische Nachrichtenagentur "Unian".
Die Sanktionen umfassen unter anderem die Sperrung von Vermögenswerten, die Verhinderung eines Kapitalabzugs aus der Ukraine und die Einschränkung von Handelsgeschäften. Die Generalstaatsanwaltschaft der Ukraine teilte mit, sie habe gegen alle fünf Personen Ermittlungsverfahren "wegen schwerer und besonders schwerer Verbrechen" eingeleitet.

Selenski sagte, jeder, der die nationale Sicherheit der Ukraine "zerstört" und Rußland geholfen habe, werde zur Verantwortung gezogen. Die Bürger wären "schockiert", wenn sie wüßten, "wie während des Krieges Leute Gelder, die angeblich zur Unterstützung des Militärs eingerichtet wurden, dazu verwenden, das Geld zu waschen und es an Mitglieder ihrer Partei weiterzugeben", erklärte der ukrainische Präsident.
"Die Milliarden, die durch den Verkauf der ukrainischen Interessen und der ukrainischen Sicherheit verdient wurden", würden nun blockiert und für die Verteidigung der Ukraine eingesetzt. Die individuellen Sanktionen seien zeitlich unbegrenzt. Der Sicherheits- und Verteidigungsrat erklärte, die Sanktionen seien Folge einer Bedrohung der nationalen Sicherheit und der territorialen Integrität der Ukraine. Ukrainische Medien debattieren über mögliche Hochverratsprozesse gegen die fünf Betroffenen.
Zu den Sanktionierten gehört der Multimilliardär Petro Poroschenko, der von 2014 bis 2019 Präsident der Ukraine war und weiterhin in der Politik seines Landes aktiv ist. Neben der staatlichen Konfiszierung des Vermögens von Poroschenko, sprach sein Nachfolger Selenski auch ein Ausreiseverbot gegen den Ex-Präsidenten aus. Zudem darf er nicht mehr öffentlich auftreten. Poroschenko erklärte, die Maßnahmen gegen ihn seien "illegal" und "politisch motiviert".
Selenski mißbrauche das Kriegsrecht, um die Ukraine in ein "autoritäres Regime" zu verwandeln. Anstatt sich für die Verhandlungen mit US-Präsident Donald Trump oder auf die Münchener Sicherheitskonferenz vorzubereiten, habe Selenski sich "den ganzen Tag" nur mit Sanktionen gegen ihn befaßt, kritisierte Poroschenko. Diese verhinderten nun, daß er sein Vermögen für die Belange der ukrainischen Armee einsetzen könne. Abgeordnete von Poroschenkos Partei protestierten mit Transparenten im ukrainischen Parlament.
Die ukrainische Zeitung "Strana" erklärte bereits in einem Bericht Ende Januar, daß Selenski seit Jahren gegen Poroschenko vorgehen wollte. Allerdings sei dieser durch Joe Biden während dessen Amtszeit als US-Präsident geschützt worden. Der neue US-Präsident Trump werde diesen Schutz jedoch nicht gewähren. Selenski habe nun "freie Hand", die politische Landschaft "aufzuräumen". Bereits im Wahlkampf 2019 als Selenski in der Stichwahl direkt gegen Poroschenko antrat, kündigte er an: "Herr Poroschenko, ich bin ihr Urteil!"
Poroschenko wäre bei kommenden Präsidentschaftswahlen in der Ukraine ein gefährlicher Gegner, heißt es weiter bei "Strana". Nicht nur er selbst sei wegen seiner "anti-russischen" Haltung eine "Bedrohung" für den amtierenden Präsidenten, sondern auch Poroschenkos aktive Medien- und Parteistruktur, die von anderen Konkurrenten Selenskis wie dem früheren Armeechef Waleri Saluschni genutzt werden kann.
Saluschni, der im Februar 2024 von Selenski als Kommandant der Streitkräfte entlassen und zum Botschafter in London ernannt worden war, führt in ukrainischen Umfragen seit Monaten mit deutlichem Vorsprung und wird von mehreren Oppositionsparteien als Kandidat umworben. Ein geplantes Verbot von Poroschenkos Partei "Europäische Solidarität" dementierte das ukrainische Justizministerium heute (14. Februar) jedoch.
Ebenfalls von Selenski sanktioniert wurden die ukrainischen Milliardäre Konstantin Schewago, Igor Kolomoiski und Gennadi Bogoljubow. Während der Stahlkonzernbesitzer Schewago und der frühere "Privatbank-Eigentümer" Bogoljubow im Ausland leben, sitzt Kolomoiski in ukrainischer Untersuchungshaft.
Der Oligarch und frühere Gouverneur, der auch israelischer Staatsbürger ist, galt lange als Förderer Selenskis, da dessen Comedy-Fernsehshow "95. Quartal" und die Serie "Diener des Volkes" auf Kolomoiskis TV-Sender "1+1" ausgestrahlt wurde. Der fünfte Sanktionierte ist der frühere Parlamentsabgeordnete Viktor Medwedtschuk. Er war Vorsitzender der inzwischen verbotenen ukrainischen "Oppositionsplattform für das Leben" und nach dem russischen Einmarsch in die Ukraine vom Geheimdienst SBU festgenommen worden. Im Septem-

ber 2022 wurde Medwedtschuk im Austausch gegen 200 kriegsgefangene ukrainische Soldaten an Rußland übergeben.
Bereits im Januar hatte Selenski Sanktionen gegen 18 teils hochrangige ukrainische Politiker im Exil verhängt, die er als "Verräter" bezeichnete. Darunter sind der frühere stellvertretende Ministerpräsident Juri Boiko vom in der Ukraine verbotenen "Oppositionsblock", genauso wie Jewgeni Murajew, Vorsitzender der in der Ukraine verbotenen Partei "Unsere" (Naschi), sowie Petro Simonenko, Vorsitzender der in der Ukraine ebenfalls verbotenen Kommunistischen Partei.
In der ukrainischen Öffentlichkeit wird spekuliert, die Sanktionen Selenskis dienten der Absicherung eines Sieges bei möglichen Präsidentschaftswahlen. Aus dem Umfeld von US-Präsident Trump waren zuletzt baldige Wahlen in der Ukraine gefordert worden. Der russische Präsident Wladimir Putin hatte im Mai 2024 kurz nach dem Auslaufen der regulären Amtszeit Selenskis erklärt, dieser sei nicht mehr legitimer Präsident der Ukraine.
Mit ihm könne Rußland keinen rechtmäßigen Vertrag abschließen. In einem Interview mit dem Sender "RBK Ukraina" hatte Selenski am 5. Februar gesagt "Während des Krieges ist unsere Bevölkerung gegen die Wahl. Das ganze Volk ist dagegen." Wahlen würden nur Rußland helfen, erklärte Selenski. Dafür müsse das Kriegsrecht aufgehoben werden und die Soldaten würden nach Hause zu ihren Familien gehen.<<
Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/36559" berichtet am 14. Februar 2025 (x1.494/…): >>**Wetterpatente sind hoch im Kurs, auch wenn Leitmedien sie als Verschwörungstheorie abtun wollen**
In den Medien wird die Beeinflussung des Wetters zumeist als lächerliche Verschwörungstheorie dargestellt. Doch weshalb konnten dennoch in den letzten hundert Jahren von den Patentämtern so unglaublich viele Patente auf die Manipulation des Wetters erteilt werden? Um den Sachverhalt gleich zu Beginn klar zu stellen: Ein Patent ist das gewerbliche Schutzrecht für eine technische Erfindung, die dem Inhaber das alleinige Recht bis zum Ablauf von 20 Jahren gibt, ein Produkt zu produzieren oder Verfahren durchzuführen.
Damit das Schutzrecht erteilt werden kann, wird es zuvor auf die Funktionsfähigkeit geprüft. Das amerikanische Patentrecht unterscheidet sich zwar in ein paar wesentlichen Punkten vom europäischen, aber auf die Funktionsfähigkeit wird bei beiden großer Wert gelegt. Soweit die grundlegende Faktenlage zu Patenten und damit auch zu Wetterpatenten. In dieser Sendung stellen wir eines der ältesten Wetterpatente vor, das immer noch eine Relevanz zu haben scheint:
Zwei Jahre nach dem Ersten Weltkrieg, also vor über 100 Jahren, wurde auf den in Frankreich lebenden Ingenieur Jules Verdier das Patent US1338343A eingetragen. Mit dem von ihm entwickelten Verfahren konnten durch die Zerstäubung von wasserfreien Chloriden, wie z.B. Titanchlorid oder Zinnsäure-Chlorid, künstliche Wolken, Nebel oder Dunst erzeugt werden. In den Jahren 1924, 1936, 1937 und 1941 wurden weitere Patente … zur Erzeugung und Auflösung von Nebel und Dämpfen eingetragen.
Als damals das erste Patent zur Erzeugung von Nebel eingereicht wurde, hatte man vermutlich andere Interessen. Heute interessiert man sich, aus angeblichen Umweltgründen, für eine Verdunklung der Sonne zwecks Reduzierung der Erderwärmung, aber auch für die Herbeiführung von künstlichen Wolken oder gar Nebel und Dunst. Auch in den 1930er Jahren, den Jahren der Weltwirtschaftskrise, wäre der Normalbürger wohl nicht auf die Idee gekommen, Nebel steuern zu wollen. Wie würde es aber die militärische Führung einer Nation oder die Rüstungsindustrie sehen, die daran interessiert ist, gerne wieder einen Krieg in Angriff zu nehmen?
Wer künstlichen Nebel erzeugen und wieder verschwinden lassen kann, hat eine gewaltige Waffe, einen Vorteil in der Hand, der eine kriegsentscheidende Rolle spielen kann.

Die UNO nahm diese Waffenart durchaus ernst und reagierte mit einer Umweltmodifikationskonvention. Diese verbietet die Kriegsführung durch Umweltveränderungen und ist seit 1978 in Kraft. Das sagt natürlich nichts darüber aus, daß diese Manipulationen deshalb nicht mehr zur Anwendung kommen.
Ganz im Gegenteil: Nach dieser UNO-Konvention wurden weiterhin Patente auf das Manipulieren des Wetters erteilt. In der Sendung "Unwetter in Spanien: Stimmen gegen Wetterwaffen und Agenda 2030" (www.kla.tv/31347) legte Kla.TV dar, daß Politiker und Leitmedien zwar umgehend den menschengemachten Klimawandel für diese Katastrophe verantwortlich machten, Klimaaktivisten und immer größer werdende Teile der Bevölkerung jedoch den Einsatz von Wetterwaffen als erwiesen sehen. Bei allen Unwetterkatastrophen sollte daher grundsätzlich der Zusammenhang mit Wetterwaffen im Auge behalten und grundlegend untersucht werden.<<

Frankreich: Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 08/25" berichtet am 14. Februar 2025 (x1.501/…): >>**Interpol: Die Datenkrake aus Lyon oder wie ein Verein seit mehr als hundert Jahren gegen die organisierte Kriminalität kämpft**

Paul Leonhard

Für die einen ist Interpol die mächtigste Polizeibehörde der Welt, für andere eine Erfindung der französischen und US-amerikanischen Filmindustrie. Interpol gilt als wirksamste Waffe gegen die international agierende Kriminalität, speziell das organisierte Verbrechen, es gibt aber auch Vorwürfe, daß Interpol von autoritär regierten Staaten zur gezielten Verfolgung von Regimekritikern genutzt wird. Und das Spannende ist, in allen Deutungen steckt ein Stückchen Wahrheit.
Lediglich die Frage, die ganz Vorwitzige ins Internet gestellt haben, ob es Interpol überhaupt gibt, läßt sich mit einem eindeutigen Ja beantworten und zwar seit 1923, als es als Internationale kriminalpolizeiliche Kommission (IKPK) in Wien gegründet wurde. Heute hat sie ihren Sitz in Lyon.
Allerdings verfügt Interpol weder über eigene Ermittler noch Agenten, die weltweit Verbrecher jagen. Das ist allein eine Lesart, die Filme vermitteln wie "Fantomas gegen Interpol", eine französisch-italienische Kriminalkomödie von 1965, oder "Unser Mann von Interpol" (1966), in dem eine internationale Bande, die Atomgeheimnisse stehlen will, von einem Interpol-Agenten aufgerieben wird. Bei dem britisch-amerikanischen Film "Interpol" von 1957 ist wenigstens der Plot realistisch: Interpol versucht, einem großen Drogenschmuggelkartell in zahlreichen Ländern das Handwerk zu legen.

Der Menschenschmuggel aus Vietnam wird zum Problem

Ähnliches gelang Anfang im vergangenen Oktober bei der Operation Liberterra II tatsächlich. Allerdings ging es nicht um Drogenhandel, sondern um den "bislang größten Einsatz gegen Menschenhandel und Migrantenschmuggel" - von Albanien über Mexiko bis Vietnam, so Interpol. Bei dem sechstägigen Einsatz in 116 Ländern und Gebieten, vorbereitet und koordiniert von Interpol, wurden Tausende Menschen identifiziert, gerettet oder festgenommen. Weltweit kam es zu 2.517 Festnahmen, davon 850 wegen Menschenhandels. Zudem wurden knapp 17.800 Migranten ohne Papiere identifiziert.
Allein in der Türkei etwa 1.500. Dort wurden auch 94 Schleuser festgenommen. In Montenegro konnten Schmuggler gestellt werden, die 350 Migranten aus Asien in die EU schleusen wollten. Es wurden Minderjährige gefunden, die auf Farmen in Argentinien arbeiten, und Migrantinnen in Diskotheken in Nordmazedonien. Im Irak wurden Migranten zum Betteln gezwungen, im Nahen Osten als Haushaltshilfen festgehalten und mißhandelt. In Costa Rica wurde eine Leiterin einer Sekte wegen Ausbeutung von Kindern, Zwangsarbeit sowie körperlicher und psychologischer Gewalt verhaftet.
Auch weitere Maßnahmen gegen die Strukturen von Menschenhändlern hatten im Herbst Er-

folg. So konnten nach einem Bericht von The Daily Telegraph im Oktober an der Grenze zwischen der Republik Irland und Nordirland Hunderte Migranten und mehr als 30 Menschenschmuggler festgenommen werden. Im Dezember nahm die britische National Crime Agency gemeinsam mit französischen und deutschen Kollegen ein irakisches Menschenschmugglernetzwerk ins Visier, indem sie Schlauchboote, Motoren und Schwimmwesten beschlagnahmte, die in Deutschland gelagert und für die Überfahrt nach Frankreich transportiert worden waren.
Auch konnten durch die erstmalige Zusammenarbeit von Strafverfolgungsbehörden und Staatsanwälten aus verschiedenen Gerichtsbarkeiten im Cyberraum 53 Online-Ziele identifiziert werden, die mit Beweisen für illegale Aktivitäten in Verbindung gebracht wurden, insbesondere beim Waffenhandel. Die meisten illegalen Aktivitäten wurden auf Kunden-zu-Kunden-Plattformen entdeckt, einige Beweise stammten auch von Social-Media-Plattformen, verschlüsselten Plattformen, Dark-Web-Marktplätzen und Online-Foren.
Speziell bayerische Cybercrime-Experten kooperieren mit Interpol. Erst im Sommer wurde die Zusammenarbeit verfestigt, um beispielsweise den großen Cybertrading-Betrugsfabriken in Südost-Asien besser das Handwerk legen zu können. Dabei werden Menschen dazu gezwungen, Fake-Profile im Internet anzulegen, um Nutzern aus aller Welt Geld abzunehmen. In der Kooperation geht es aber auch um den Schutz von Kindern vor sexueller Ausbeutung sowie die Bekämpfung grenzüberschreitender Kriminalität im Netz, besonders in der Wirtschafts- und Finanzwelt.
Menschenhandel und das Schleusen von Migranten seien zunehmend mit anderen Formen der Kriminalität verknüpft, betont Interpol. In Dutzenden Fällen seien die Opfer von Menschenhandel getäuscht und zum Betrug gezwungen worden, "was eine klare Abkehr von traditionellen Mustern des Menschenhandels darstellt, bei denen die Ausbeutung von Menschen das einzige kriminelle Ziel ist". In vielen Fällen wurden die Opfer durch falsche Jobversprechen angelockt und dann durch Einschüchterung und Mißbrauch festgehalten.
Bemerkenswert sei zudem die zunehmende Zahl asiatischer Migranten, insbesondere Vietnamesen, die während der Einsatzwoche auf dem amerikanischen Kontinent festgestellt wurden, heißt es von Interpol. Die Analyse sei aber noch nicht abgeschlossen. Parallel dazu hat sich auch der Menschenschmuggel aus Vietnam nach Europa in den letzten Jahren zu einem großen Problem entwickelt. Nach Angaben des Bundeskriminalamtes (BKA) werden vietnamesische Männer überwiegend als Arbeitskräfte ausgebeutet, Frauen hingegen häufig sexuell mißbraucht.
Der große Teile der Erde erfassende Einsatz war eine logistische Glanzleistung. Denn Interpol mag zwar die größte Polizeiorganisation der Welt sein, rechtlich ist es aber lediglich ein Verein nach französischem Privatrecht, finanziert durch Mitgliederbeiträge (Hauptbeitragszahler sind die USA, Japan, Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien) und Spenden.

Interpol-Fahndungen sind nicht unumstritten

Kein Land muß auf Hinweise und Bitten von Interpol reagieren. Kein einziges Parlament hat die Tätigkeit von Interpol ratifiziert. Es existieren auch keine völkerrechtlichen Verträge. Und es gibt keine externe Kontrolle über das Handeln des Vereins, sondern lediglich eine aus fünf Personen bestehende unabhängige Kommission, die dreimal jährlich tagt, Beschwerden, Anträge auf Akteneinsicht und Datenbankauskünfte prüft und Empfehlungen ausspricht, welche Fahndungen aufrechterhalten werden sollten und welche nicht.
Andererseits hat Interpol viel zu bieten. Seit mehr als hundert Jahren sammelt die Organisation Daten über Verbrecher und Verdächtige, über DNA, Fingerabdrücke, Gesichter und das Internet-Streaming von Kindesmißbrauch; Daten über gestohlene Pässe, Autos, Kunstwerke und Waffen. Fast alle diese Daten stehen jederzeit den Mitgliedsbehörden zur Verfügung - über das professionell abgeschottete Interpol-Datennetzwerk. Bis zu acht Milliarden Datenab-

fragen gibt es pro Jahr.
Insgesamt verfügt Interpol über 19 v erschiedene Datenbanken, die Informationen zu unterschiedlichen Tatbeständen oder Tatverdächtigen liefern. "Diese Datenbanken agieren als globale Frühwarnsysteme", sagt Jürgen Stock bis Herbst 2024 Interpol-Generalsekretär und früherer Vizepräsident des deutschen Bundeskriminalamts.
Aber auch Opfer können über die Plattformen schneller identifiziert werden, etwa Opfer von sexuellem Mißbrauch. Die Datenbank von Kindern, die sexuell ausgebeutet werden, hilft, täglich durchschnittlich 15 Opfer von Kindesmißbrauch zu identifizieren. So konnten in einer weltweiten Operation ausgehend von Neuseeland über 90.000 Online-Konten mit kinderpornographischem Material identifiziert und allein in Österreich 64 Tatverdächtige ausgeforscht werden.
Interpol-Fahndungen sind aber nicht unumstritten. Der Vorwurf: Die Instrumente der Weltpolizeibehörde, darunter riesige Datenbanken, Fahndungsaufrufe, Personenortungen oder technisches Know-how, werden von autoritären Mitgliedsstaaten genutzt, um politische Gegner ins Gefängnis zu bringen oder wenigstens zu diffamieren.
Das Ersuchen eines Interpol-Mitgliedstaates um Personenfahndung zur Festnahme ist nicht einem internationalen Haftbefehl gleichzusetzen, und der Umgang mit "Notices" (Ausschreibungen zur Fahndung) und "Diffusions" (Durchgaben) bleibt jedem Land überlassen - also die gesuchte Person im Inland zur Festnahme auszuschreiben oder die Interpol-Ausschreibung lediglich als Erkenntnismitteilung anzusehen.
Zu beachten ist dabei, daß "Notices" zentral vom jeweiligen Mitgliedsland an Interpol geleitet werden und von dort an die anderen Mitglieder verteilt werden, während "Diffusions" direkt dem Zielland zugestellt und von Interpol lediglich in Datenbanken erfaßt werden. Beide Suchauftragsarten sind in sieben Kategorien aufgeteilt und werden gemäß der farblichen Kategorisierung auch "Buntecken" genannt.
In Deutschland wird bei Fahndungsersuchen im Einzelfall umfangreich geprüft, ob die Ausschreibung mit deutschem Recht vereinbar ist. Erst nach Einstellung der Daten in das nationale Informationssystem der deutschen Polizei (INPOL) dürfen im Trefferfall ohne vorherige weitere Überprüfungen Exekutivmaßnahmen durchgeführt werden.
Allein im Jahr 2022 wurden etwa 300 von 24.000 staatliche Begehren auf eine "Red Notice" durch Interpol abgelehnt, weil der Verdacht des Mißbrauchs bestand. Zu 40 Prozent sind es Anfragen aus Rußland, aber auch aus China, Venezuela, Bahrein, Weißrußland, Katar, Ägypten, Indien oder der Türkei, die von einer speziellen Taskforce ausgesondert werden.
Die New York Times deckte auf, daß autoritäre Herrscher von Interpol die Verbreitung von "Blue Notice" verlangen. Dabei geht es um das Sammeln von Informationen über politische Gegner. Und "Green Notices" - Warnungen vor kriminellen Aktivitäten - werden mißbraucht, indem Dissidenten als vermißte Personen angegeben werden.
"Die Verfassung von Interpol sagt ganz klar, daß wir uns strikt herauszuhalten haben bei Dingen, die vorwiegend eine politische, militärische oder religiöse Komponente haben", sagt Jürgen Stock, der die Mißbrauchsbekämpfung vorangetrieben hat.
Trotz aller Erfolge, zog Stock zum Ende seiner zehnjährigen Amtszeit ein ernüchterndes Fazit: "Die Welt läuft Gefahr, den Kampf gegen die transnationale organisierte Kriminalität zu verlieren", erklärte er der dpa. Die organisierte Kriminalität habe das gesellschaftliche, gemeinschaftliche und geschäftliche Leben untergraben. Sie sei zu einem globalen Sicherheitsnotstand geworden.
Es gebe klare Erkenntnisse darüber, daß mafiöse Gruppen, die früher regional operierten, sich mittlerweile auf allen Erdteilen ausgebreitet hätten: "Sie agieren wie globale Unternehmen" und würden über "astronomische Mengen an Ressourcen" verfügen, etwa um Menschen- und Waffenhandel voranzutreiben: "Das Potential von Banden, Kartellen und organisierten Ver-

brechergruppen ist grenzenlos. Diese Billionen-Dollar-Organisationen können selbst die sichersten und wohlhabendsten Länder destabilisieren."
Ihre wichtigste Einnahmequelle sei aber weiterhin der Drogenhandel - nicht zuletzt in Deutschland. Deutschland sei als Umschlagplatz und Geldwäscheparadies immer noch viel zu attraktiv: "Wir müssen insgesamt sehr viel robuster gegen Mafia-Strukturen vorgehen."
Kriminellen und ihren Netzwerken illegale Profite zu entziehen ist eines der ersten Ziele, die sich Stocks Nachfolger als Interpol-Generalsekretär, der Brasilianer Valdecy Urquiza, gestellt hat. Auf Bitten Italiens versandte Interpol Anfang des Jahres erstmals eine "Silver Notice" an alle Mitgliedsstaaten, um Informationen über das Vermögen eines ranghohen Mafioso zu bekommen. "Einer der stärksten Wege, um grenzüberschreitendes organisiertes Verbrechen zu bekämpfen", findet Urquiza, sei es, Informationen über Einnahmen aus Betrug, Bestechung, Drogenhandel und Umweltverbrechen zusammenzutragen, um gewaschenes Vermögen ausfindig zu machen und dann zu beschlagnahmen.<<

Großbritannien: Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 08/25" berichtet am 14. Februar 2025 (x1.501/…): >>**Vorsicht bei der "Paarung"**

Vincent Steinkohl

Die Engländer sind ein lustiges Völkchen. Die halbe Welt erobern für Gewürze, nur um die eigene fade Küche unverändert zu lassen? Klar. Den Fußball erfinden und dann schlecht darin sein? Na sicher. Doch auch in Sachen Diskriminierungs-Psychosen sind die Insulaner ganz vorne mit dabei. Derzeit tobt in der dortigen Presse eine Debatte darüber, ob Legosteine problematisch sein könnten. Nicht wegen der Gefahr für Kleinkinder, sich zu verschlucken, sondern weil sogenannte LGBTQ-Personen sich durch die bunten dänischen Plastikklötze diskriminiert fühlen könnten.
In einem Blogbeitrag gibt das Wissenschaftsmuseum in London zu bedenken, Legosteine werden "oft geschlechtsspezifisch beschrieben". Die Oberseite mit herausstehenden Teilen sei männlich, die löchrige Unterseite weiblich. Und: "Der Vorgang, bei dem die beiden Seiten zusammengesteckt werden, wird als Paarung bezeichnet." Das verfestige bei Kindern die Vorstellung Heterosexualität sei gesellschaftliche Norm. Was daraus folgen soll, führen die Wissenschaftler nicht aus. Vorschlag zur Güte: nur noch Legosteine produzieren, die sich nicht ineinanderstecken lassen. Dann haben alle - ob "queer" oder nicht - gleich wenig Spaß.<<

USA Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 08/25" berichtet am 14. Februar 2025 (x1.501/…): >>**Trump-Tornado erfaßt die Welt**

USA: Nicht allen behagt die Neuordnung der Welt durch den "American Way"

Felix Hagen

Auch drei Wochen nach der Inauguration des neuen US-Präsidenten zeigt Donald Trump keine Anzeichen, sich an die Gepflogenheiten der internationalen Diplomatie zu halten. Manche werfen dem Mann im Weißen Haus sogar vor, nicht nur ungeschriebene, sondern auch vertraglich festgehaltene Verpflichtungen im internationalen Miteinander offen zu verletzen.
Selbst im Flieger Air Force One ließ Trump keinen Zweifel an seinem Ansinnen: Die Umbenennung des Golfs von Mexiko in Golf von Amerika, die Themen Kanada, Grönland, Gaza, all dies seien sehr starke außenpolitische Maßnahmen, die Amerika größer, stärker, besser und schützender mache, erklärte er gegenüber Reportern.
"Wir brauchen Grönland wegen der nationalen Sicherheit und des Weltfriedens. Wir werden sehen, was mit Kanada passiert, aber die Menschen in Kanada würden weniger als die Hälfte der Steuern zahlen. Sie zahlen nicht sehr viel für das Militär, und der Grund, warum sie nicht viel zahlen, ist, daß sie davon ausgehen, daß die USA Kanada beschützen werden", betonte Trump und fuhr fort: "Ich liebe die Menschen in Kanada, wir haben eine großartige Beziehung, aber wenn sie unser 51. Staat würden, wäre das Beste, was sie je tun könnten."

Peking verfolgt die Trumpschen Pantherspränge aufmerksam

Die Ankündigung aus Washington, Gaza administrativ unter US-Kontrolle zu nehmen, dort ansässige Palästinenser umzusiedeln und ihnen anschließend die Rückkehr zu untersagen, dürfte, so sehen es viele, eine ethnische Säuberung darstellen. Die könnte aber, je nach Deutung, durch die sogenannte Völkermordkonvention verboten sein, eine Konvention, die durch die Vereinigten Staaten unterzeichnet und ratifiziert worden ist. Trump scheint das nicht zu stören. Er plant dort "eine Riviera des Nahen Ostens", einen Ort, an dem "die Menschen der Welt" leben.

Tatsächlich ist der etwas exotisch anmutende Plan nicht neu. Seit langem zirkuliert in bestimmten Kreisen die Idee, Gaza zu einer Art Dubai am Mittelmeer zu machen. Bislang konnte der Ansatz jedoch weder im Nahen Osten noch im Westen ernsthafte Unterstützer finden. Auch in den Vereinigten Staaten stößt der sonst sehr populäre Präsident damit auf Unverständnis.

In Umfragen äußerten zuletzt immer mehr Amerikaner ihre Abneigung gegen eine weitere Ausdehnung des US-Engagements im Nahen Osten, Politikurgestein Senator Rand Paul reagierte auf die Ankündigung des Präsidenten mit kaum unterdrücktem Zorn. Er dachte, man habe "America first" gewählt und nicht "noch eine Besatzung" die kostspielig sei und überdies "das Blut unserer Soldaten" verlange.

Auch langjährige US-Verbündete in der arabischen Welt, etwa Jordanien oder das saudische Königreich antworteten mit unverhohlener Abneigung. Man werde keine "palästinensische Umsiedlung" akzeptieren, verlautbarte die Regierung in Amman. Aus Riad hieß es, Bedingung für die Aufnahme regulärer Beziehungen mit Israel sei die Etablierung eines palästinensischen Staates. Für Trump dürfte die Absage aus Riad besonders schmerzlich sein. Hatte er doch kurz zuvor verkündet, die Regierung unter Kronprinz Mohammed bin Salman fordere "nicht mehr" die Zweistaatenlösung.

Ein Privileg, das der Präsident des mittelamerikanischen Panama nicht hat. Der dortige Präsident José Raúl Mulino mußte sich zwischenzeitlich dem hemdsärmeligen Auftreten aus Washington beugen. Nachdem eine Charmeoffensive panamaischer Botschafter in Brüssel und weiteren europäischen Hauptstädten außer Lippenbekenntnissen keine handfesten Sicherheitsgarantien ergeben hatte, zog der Mittsechziger die Reißleine und beugte sich dem Willen der US-Administration.

Panama werde seine Zusammenarbeit mit der chinesischen "Belt and Road Initiative" umgehend beenden, so Mulino und komplimentierte damit den Löwenanteil chinesischer Investoren aus dem Land - vorbehaltlich einiger höchstrichterlicher Entscheidungen, an deren politisch gewünschtem Ausgang jedoch kaum ein Zweifel besteht.

Die offizielle Antwort aus Peking war verhältnismäßig zurückhaltend und sprach von Bedauern. Auch im Reich der Mitte dürfte man den diplomatischen Panthersprung von Amerika nach Panama aufmerksam verfolgt und sich kaum Illusionen über die eigenen Machtmittel in der Region gemacht haben. "America first" ist für die Politik südlich der US-mexikanischen Grenze keine neue Erfahrung, anders als in anderen Teilen der Welt hat sich die US-Regierung in ihrem Hinterhof selten Sorgen um Verhandlungen auf Augenhöhe gemacht.

Neu ist allerdings der unverhohlen aggressive Tonfall, mit dem US-Botschafter in lateinamerikanischen Hauptstädten auftreten. Die Weigerung des kolumbianischen Präsidenten, ein US-Militärflugzeug mit abgeschobenen Kolumbianern landen zu lassen, beantwortete das Weiße Haus mit zwei klaren Drohungen: Strafzölle auf kolumbianische Güter und die vollständige Einstellung der Sicherheitszusammenarbeit mit den kolumbianischen Streitkräften.

Auch in Bogotá führte die potentielle Tragweite dieser Ankündigung sofort zum gewünschten Resultat. Präsident Gustavo Petro grollt seither im Präsidentenpalast. Verzichtet aber auf jede Machtprobe mit dem nördlichen Hegemon.

So richtig über die neue Gangart in der Region freut sich nur einer, Nayib Bukele, der Präsi-

dent des mittelamerikanischen Kleinstaats El Salvador, verfügt nicht nur über beste persönliche Kontakte in die neue US-Regierung, er bietet Trump auch einen ganz besonderen Service an, den der Geschäftsmann Trump zu gern hört.
US-Sträflinge sollen künftig unter bestimmten Voraussetzungen ihre Zeit in den Mega-Gefängnissen El Salvadors absitzen. Diese hatte Bukele in den vergangenen Jahren in erster Linie für die Bekämpfung des Bandenunwesens im Land gebaut. Nun könnte der kreative Geschäftsmann ganze Zellenblocks an die Vereinigten Staaten vermieten, um dort Schwerverbrecher hinter lateinamerikanische Gitter zu bringen.

Cyril Ramaphosa: "Es gibt keine rassistische Diskriminierung"

Selbst über Südafrika wütet der "Trump-Tornado", wie ihn Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán nennt. Denn am vergangenen Freitag unterzeichnete Präsident Donald Trump eine Durchführungsverordnung, um gegen schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen in Südafrika vorzugehen.
In ihr kritisierten die USA das kürzlich verabschiedete Gesetz zur Beschlagnahme von Land, mit dem das Eigentum "mißliebiger Bürger entschädigungslos beschlagnahmt werden" könne. Hier diskriminiere die südafrikanische Regierung die Nachkommen ethnischer Minderheiten, die von Siedlergruppen abstammen, in "eklatanter Weise".
Solange Südafrika weiterhin schlechte Akteure auf der Weltbühne unterstütze und gewalttätige Angriffe auf unschuldige, benachteiligte Farmer aus Minderheiten zulasse, werden die USA ihre Hilfe und Unterstützung für das Land einstellen, so Trumps Ansinnen. Letztlich werde ein Plan zur Umsiedlung benachteiligter Minderheiten in Südafrika aufgestellt, die aufgrund ihrer Rasse als Flüchtlinge diskriminiert werden.
Südafrikas Präsident Cyril Ramaphosa wies die Ansagen von Trump über eine "rassistische Diskriminierung" der Buren in Südafrika zurück und betonte, daß die Behauptung "frei von jeglicher Wahrheit" sei.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 08/25" berichtet am 14. Februar 2025 (x1.501/…): >>**Der erste Dominostein fällt**

USA: Die neue Regierungseffizienzbehörde DOGE hat bei USAID in ein Wespennest gestochen

Thomas Kirchner

Es ist erst die Spitze des Eisbergs, doch die Hysterie läuft schon auf Hochtouren: die Sparbemühungen der Regierungseffizienzbehörde DOGE unter Leitung Elon Musks führen zur Schließung der US-Behörde für internationale Entwicklung (USAID). Sie wurde 1961 von John F. Kennedy per Dekret zur Projizierung von "Soft Power", wie man es erst später nannte, gegründet. Zwischenzeitlich wurde die Behörde etwas zu weich und verteilte Gelder im Sinne einer woken Weltanschauung. DOGE wählte USAID vermutlich als erstes Kürzungsziel wegen der dort besonders deutlichen Verschwendung - und legt brachial und öffentlichkeitswirksam los.
Aus einem Haushalt von etwa 50 Milliarden Dollar vergibt USAID jeweils rund zehn für humanitäre Hilfe und Gesundheit. Unter dem republikanischen Präsident George W. Bush wurde 2003 ein Programm zur Aids-Bekämpfung (Pepfar) eingeleitet, das bisher 110 Milliarden Dollar kostete und parteiübergreifend als Erfolg gilt. Bei den meisten anderen USAID-Ausgaben gehen die Meinungen allerdings weit auseinander.

Eine halbe Milliarde Dollar an 4.291 internationale Medien

Am 3. Februar veröffentlichte das Weiße Haus eine Liste von dubiosen Zahlungen, darunter auch die Förderung von Projekten mit Verbindung zu Terrororganisationen. Schon vor der Wahl war Betrug bei einem Beratervertrag über 9,5 Milliarden Dollar ins Visier von Ermittlern geraten, die bisher 31 Anklagen erhoben haben.
Letztlich rächt sich jetzt die jahrelange Weigerung der USAID-Leitung, sich vom Kongreß

genauer auf die Finger blicken zu lassen. Erst durch DOGE kam heraus, daß USAID staatliche Mittel in den US-Wahlkampf geschleust haben könnte. Zu den geförderten Organisationen gehört die 2007 gegründete Zeitung Politico, die im Wahlkampf 2020 einen Brief von 51 ehemaligen Geheimdienstmitarbeitern veröffentlicht hatte, wonach es sich bei der Affäre um Hunter Bidens Laptop um russische Desinformation handele.
Auf dieser Grundlage blockierten soziale Medien Berichte darüber. Inzwischen ist bekannt: der Laptop war echt, und der Brief war von Joe Bidens Wahlkampfteam koordiniert worden. USAID soll nach der Wahl besonders teure "Pro-Abonnements" zum fünfstelligen Kostenpunkt abonniert haben, insgesamt eine halbe Million Dollar pro Jahr.
Überteuerte Abonnements könnten öffentliche Gelder als Gegenleistung für die Wahlkampfhilfe an Politico geleitet haben. Die genauen Zahlen und Hintergründe sind noch umstritten, von beiden Seiten werden darüber falsche Informationen verbreitet. Auch daß Politico 2021 für eine Milliarde Dollar an den deutschen Springer-Konzern verkauft wurde, dürfte wohl noch für Aufregung sorgen.
Auch in anderen Ländern soll USAID Medien gefördert und Inhalte beeinflußt haben. Über die Nichtregierungsorganisation Internews Network soll 2023 eine halbe Milliarde Dollar an 4.291 Medien geflossen sein, wie aus auf Wikileaks publizierten Unterlagen hervorgeht. Sogar die BBC erhielt US-Steuergelder von USAID. Jetzt wird USAID abgeschafft und etwa 95 Prozent der 10.000 Mitarbeiter sollen entlassen werden. Zwei Drittel sind allerdings im Auslandseinsatz und werden innerhalb von 30 Tagen zurückbeordert. Aber es gibt viele Ausnahmen wie für Familien mitten im Schuljahr und Härtefälle, weshalb das Endresultat weniger drastisch ausfallen dürfte.
Künftig wird das abgespeckte USAID im Außenministerium angesiedelt. Die Diplomaten hatten lange geklagt, daß USAID ihre Arbeit unterminiere, wie die jetzt offengelegte Finanzierung terrornaher Organisationen auch beweist. Während die Schließung der Behörde durch ein Dekret des Präsidenten möglich ist, dürfte die Verlagerung ins Außenministerium aber die Zustimmung des Kongresses erfordern. Die humanitären Teile von USAID werden also auf jeden Fall weitergeführt.
USAID ist nur der erste Dominostein, der fällt. Daß Elon Musk mit DOGE viel zu tun haben würde, dämmert vielen schon länger. Wie auch in Deutschland ist Verschwendung bei staatlichen Projekten an der Tagesordnung, deutlich sichtbar und immer wieder in den Medien thematisiert. Das erklärt auch die Aufbruchstimmung, von der die USA gerade erfaßt werden. Einzige Ausnahme: die Hauptstadt Washington DC, die bisher von Verschwendung profitierte und in der auch die Korrespondenten der deutschen Medien sitzen, die entsprechende Weltuntergangsstimmung verbreiten.
Noch vor USAID hatte DOGE überflüssige Büroflächen aufgegeben. Der Staat besitzt 7.500 leere Gebäude. In der Hauptstadt sind nur zwölf Prozent der Fläche belegt, und dort wird ein Zehntel der Bürogebäude vom Staat gemietet. Etwa 1,8 Milliarden Dollar können durch Beendigung überflüssiger Mietverträge jährlich gespart werden.

Nur eine statt zwei Billionen Dollar Gesamteinsparungen möglich?

Bereits zwei Wochen nach Donald Trumps Amtseinführung weist DOGE Einsparungen von 67 Milliarden Dollar aus. Damit liegt Musk deutlich über seinem selbstgesteckten Ziel von einer Milliarde pro Tag. Allerdings dürfte sich das Tempo nach anfänglichen Erfolgen verlangsamen. Symbolträchtig zum 250. US-Unabhängigkeitstag am 4. Juli 2026 soll DOGE aufgelöst werden.
Zwei Billionen Dollar Gesamteinsparungen hatte Musk anfangs als Ziel ausgegeben. Anfang Januar ruderte er dann auf eine Billion zurück. Bei Gesamtausgaben von sieben Billionen, wovon mehr als die Hälfte auf nicht kürzbare Sozialausgaben entfällt, sind beide Ziele ambitioniert. Andererseits hat Joe Biden das Defizit von einer Billion jährlich vor Corona auf 1,8

Billionen erhöht, in Trumps erster Amtszeit verdoppelte es sich von einer halben auf eine Billion, während es zuvor unter Barack Obama mehrere Jahre lang weit über einer Billion lag. Bei solchen Schwankungen sind Einsparungen im Billionenbereich durchaus plausibel.
Aus bisher durchgesickerten Informationen kann man folgern, daß DOGE mit der Datenanalyse direkt an den Zahlungen ansetzt und so leichter fragwürdige Muster erkennen kann, die im traditionellen Berichtssystem verlorengehen. Die teuren Politico-Abonnements waren auf viele Unterposten verteilt, weshalb sie verborgen blieben.
Das Finanzministerium und DOGE haben sich auf einen Mechanismus zur Rückforderung betrügerischer Auszahlungen über 50 Milliarden Dollar geeinigt. Zahlungsausgänge bekommen künftig einen Code zur Zuordnung. Egal, wie die Zahlen zum Schluß ausfallen werden. Es ist klar, daß DOGE eine Zeitenwende eingeleitet hat, die die steuerzahlende Gemeinschaft vor die Selbstgerechtigkeit des Verwaltungsapparats stellt.<<

Palästina: Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 08/25" berichtet am 14. Februar 2025 (x1.501/…): >>**Will Trump Gaza übernehmen?**
Immerhin ein neuer Impuls
Sandro Serafin
Ist er jetzt völlig verrückt geworden? Die Ansage von Donald Trump, daß die USA den Gazastreifen "übernehmen" und die palästinensische Bevölkerung umgesiedelt werden solle, hat internationales Entsetzen ausgelöst. Natürlich kann man den Vorstoß mit kritischen Fragen konfrontieren: Warum sollten sich arabische Länder zur Aufnahme der Flüchtlinge bereit erklären? Und: Was, wenn die Palästinenser nicht freiwillig gehen? Soll man dann Gewalt anwenden?
Das Problem ist nur: Es zeigen sich ausgerechnet jene Politiker lautstark empört, deren Nahost-Politik selbst ins Desaster geführt hat. Wer Trumps Vorschlag verurteilt, muß sich die Frage gefallen lassen, wohin denn die immer weitere Reproduktion der stets gleichen Fehler führen soll. Eines ist sicher: Wer Gaza einfach wieder aufbaut, ohne die Politik zu verändern, wird das nächste palästinensische Massaker nicht verhindern - und auch nicht die nächste Zerstörung der Küstenenklave, die darauf wiederum folgen würde.
Anstatt Trumps Vorstoß einfach abzutun, sollte man die Chance nutzen. Der US-Präsident bringt Bewegung in die festgefahrene Nahost-Politik. Schon in seiner ersten Amtszeit hatte er mit seiner unkonventionellen Herangehensweise eine Serie israelisch-arabischer Verständigungen ermöglicht. Und damit mehr erreicht, als all die Politiker zusammen, denen auch damals nichts anderes einfiel, als immerzu nur zu warnen und zu mahnen und im Zweifel auf die mausetote "Zwei-Staaten-Lösung" zu verweisen.<<

15.02.2025

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 15. Februar 2025 (x1.496/…): >>**Im Klammergriff der Merkelianer: Mit der Merz-Union ist kein Politikwechsel zu machen**
Wie ein beleidigter Musterschüler nörgelt CDU-Chef Friedrich Merz im Gleichklang mit Verlierer-Kanzler Scholz an der epochalen Rede des US-amerikanischen Vizepräsidenten J. D. Vance herum. "Wir erwarten, daß die USA unsere demokratischen Regeln respektieren", meckert der Unions-Apparatschik und meint damit: "Brandmauer", Zensurgesetze und Verfolgung von Regierungskritikern - also alles, was der Amerikaner in seinem leidenschaftlichen Plädoyer für Meinungsfreiheit und Achtung vor dem Bürger als Souverän gerade in der Luft zerrissen hatte.
Er ist wieder da, der Nomenklatura-Fritz, der das Hohelied des abgewirtschafteten Altparteien-Kartells singt und "Rot-Grün" auf Samtpfoten umschleicht, weil er sie ja noch für seinen Traum von der Kanzlerschaft zu brauchen meint. Sein kurzer Anfall von Courage, als er in der vorletzten Sitzungswoche des Bundestags einen Plan zur Migrationswende und ein Asylver-

schärfungsgesetz zur Abstimmung stellte und für einen Wimpernschlag den Eindruck erweckte, jetzt sei ihm auch die antidemokratische "Brandmauer" gegen die AfD egal, wenn nur das Richtige entschieden werde - vorbei und vergessen.
Rechtzeitig vor der Wahl ist für die Wähler damit in gnadenloser Schärfe klar: Mit Friedrich Merz und den Unionsparteien ist kein Politikwechsel zu machen. Die Trump-Regierung mistet mit atemberaubendem Tempo den linken Augiasstall aus, wirft täglich mehrere heilige Kühe des "grün-woken" Establishments über Bord, greift den tiefen Staat an und trocknet seine Geldquellen aus - die Merz-Union beschimpft sie dafür lieber, als die Vorlage aufzugreifen, und klammert sich weiter an das "links-grüne" Kartell samt seinen Denkschablonen und Propagandabegriffen.
Scholz heißt künftig Merz, sonst ändert sich nichts, lautet das eigentliche "Wahl-Versprechen" von CDU und CSU. In der ZDF-Diskussionsfarce mit den vier Kanzlerkandidaten von AfD, SPD, Union und "Grünen" hat Friedrich Merz das noch einmal ganz unverblümt bestätigt: Lieber wolle er mit dem "Grünen" Robert Habeck zusammen regieren als mit AfD-Chefin Alice Weidel.
Ruinator Habeck kann sich also schon mal darauf einstellen, in einer von Friedrich Merz geführten Regierung sein Zerstörungswerk von Deindustrialisierung und Klimawahn-Ideologie einfach fortsetzen zu können.
Faktisch besteht die von Merz angepeilte "schwarz-rot-grüne" "Kabul-Koalition" - die Parteifarben entsprechen der Flagge Afghanistans - ohnehin bereits.
Deutlich wurde das, als unmittelbar nach dem kläglich zusammengebrochenen Migrations-Flop des Unions-Kanzlerkandidaten das Kartell aus CDU/CSU, SPD und "Grünen" in schönster Eintracht schnell noch ein Horrorgesetz durch den Bundestag brachten: Die Übertragung des europäischen "Zertifikatehandels" nach ETS-2 auf die "CO2-Bepreisung" von Diesel, **Benzin und das Heizen mit Öl und Erdgas**
Damit wird die Luftsteuer zur Ausplünderung der Bürger ab 2027 regelrecht durch die Decke gehen. Auf Privathaushalte kämen damit zusätzliche Heizkosten von mehreren hundert bis zu zweitausend Euro im Jahr zu, der Liter Sprit könnte auf einen Schlag um bis zu 39 Cent, im schlimmsten Fall bis 2030 sogar um 77 Cent pro Liter teurer werden. Die homöopathischen Steuer- und Abgabenentlastungen, welche die Union den Bürgern verspricht, würden wie von einem Tsunami weggefegt. Alles für die "grüne" Schimäre der "Klimaneutralität".
Warum aber dieser dreiste und großangelegte Wählerbetrug mit Ansage? Die Antwort ist simpel. Weil die Union ist, wie sie ist - sie ist keine konservative, bürgerliche Kraft mehr, sondern immer noch die entkernte und durchgrünte Merkelpartei. Deshalb bringt sie es nicht fertig, die katastrophalen Weichenstellungen zu korrigieren, mit denen die beste Kanzlerin, welche die "Grünen" jemals hatten, Deutschland in den Abgrund gesteuert hat, in den die Ampel unser Land nur noch tiefer hineingeritten hat.
Der böse Geist der Angela Merkel ist in der Union noch quicklebendig. Wie ein Menetekel tauchte die Willkommenskanzlerin nach der Bundestagsabstimmung über den von Merz eingebrachten Entschließungsantrag zur Migrationspolitik, der mit den Stimmen von Union, AfD und FDP auch beschlossen worden war, wieder aus der Versenkung auf.
Merkel rügte Merz, weil der leise ihre Migrationspolitik kritisiert und vorsichtig an der "Brandmauer" gerüttelt hatte. Ein "grundsätzlicher Fehler", hallte es aus ihrer politischen Gruft, aus der heraus sie immer noch ihr Unwesen treibt. Sofort wurden die Erinnerungen wach an den Fall Kemmerich, als Merkel, damals Kanzlerin, vom fernen Südafrika aus die freie Entscheidung der Thüringer Abgeordneten für einen nicht-kommunistischen Ministerpräsidentin als "unverzeihlich" brandmarkte und die Rückgängigmachung einer demokratischen Wahl anordnete. Und die Union zog den Schwanz ein und spurte.
Angeführt von ihrer kinder- und enkellosen "Oma gegen rechts" - den Titel verlieh ihr prompt

das "links-grüne" Kampfblatt "taz" - probten die Merkelianer in der CDU den Aufstand gegen Merz. Der gescheiterte Kanzlerkandidat Armin Laschet distanzierte sich vom "Fünf-Punkte-Plan" seines Parteivorsitzenden, NRW-Ministerpräsident Hendrik Wüst, Merkels gelehrigster Schüler, mahnte zur "Mäßigung" im Migrationsstreit. Und Zauderer Merz zog, wie immer, ebenfalls den Schwanz ein und reihte sich wieder in die "links-grüne" Einheitspartei ein.
Der auf Knopfdruck entfesselte Straßenterror der reichlich mit Steuergeld gewässerten "rot-grünen" Hilfstruppen und Netzwerke der sogenannten "Zivilgesellschaft" tat ein übriges. Schreckensstarr erlebten CDU und CSU, wie "Antifa-Schlägertruppen", "grün-roter" Demo-Pöbel und umgehend mobilisiertes Fußvolk ihre Büros und Einrichtungen angriffen, besetzten, verwüsteten und Unionspolitiker mit Gewalt- und Morddrohungen überzogen.
Umgehend streckte die Union unterwürfig die weiße Flagge heraus. Parteivize Karin Prien, zugleich Ministerin im schleswig-holsteinischen Kabinett des Merkelianers "Genosse" Daniel Günther, verstieg sich sogar zu der Behauptung, der "Antifaschismus" gehöre doch auch "zur DNA" der Union.
In dieser ultimativen Kapitulationserklärung steckt schon die ganze innere Deformation und Realitätsverweigerung der Merz-Merkel-Union.
Nicht nur, daß sie diesen und andere linksextreme Kampfbegriffe übernommen hat und bei jeder Gelegenheit eifrig im "Antifa-Jargon" gegen die AfD mitgehetzt hatte. In Heidelberg, und nicht nur dort, stand die CDU selbst auf der Liste des "Bündnis gegen rechts", das zur Demo "gegen CDU und AfD" aufgerufen hatte.
Die Union hatte auch jedesmal brav die Hand gehoben und mitgemacht, wenn es darum ging, Steuergeld in immer größeren Dimensionen lockerzumachen, um diese "grün-linken" Vorfeldorganisationen zu finanzieren, wachsen und gedeihen zu lassen. Daß es dabei nie darum ging, echte "Rechtsextremisten" zu bekämpfen oder den CDU-Schlaumeiern den Wunsch zu erfüllen, ihr die unbequeme AfD-Konkurrenz vom Hals zu schaffen, während sie selbst ja zu den "Guten" gehören würde, hat sie all die Jahre nicht begriffen und begreift es bis heute nicht.
Der "Kampf gegen rechts" richtet sich nämlich nicht gegen "Extremisten", sondern gegen alles, was bürgerlich, konservativ, freiheitlich, kurzum: nicht links ist. Auch und gerade gegen die Union, sofern sie sich nicht selbst aufgibt und abschafft. Sie merken es immer noch nicht, selbst wenn die Linken es ihnen einprügeln. Kommt die Union auch jetzt nicht zur Besinnung, wird sie mit vollem Recht untergehen und das Feld für eine Alternative räumen müssen.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 15. Februar 2025 (x1.496/…): >>**Ehre wem Ehre gebührt: J. D. Vance empfängt Alice Weidel (AfD) am Rande der Münchner Sicherheitskonferenz**

Nach seiner scharfen Kritik auf der Münchner Sicherheitskonferenz an den europäischen Verbündeten im Allgemeinen und an den deutschen Altparteien im Besonderen hat sich US-Vizepräsident J. D. Vance mit AfD-Chefin Alice Weidel getroffen. Das 30-minütige Gespräch fand nach AfD-Angaben im Münchner Hotel des Stellvertreters von US-Präsident Donald Trump abseits des Tagungsorts Bayerischer Hof statt. Weidel und die AfD waren wie schon in den beiden Vorjahren zu der Tagung nicht eingeladen worden.

Gespräch über Ukraine-Krieg und "Brandmauer"

Ein Sprecher Weidels beschrieb das Treffen mit Vance als sehr entspannt und freundschaftlich. Inhaltlich sei es um den Krieg in der Ukraine gegangen, aber auch um die von Vance schärfstens kritisierte "Brandmauer" zum Ausschluß von Koalitionen mit der AfD.
Der Trump-Vize, der mit seiner reizenden Familie nach München gekommen war, reiste am Freitagabend (14. Februar) wieder ab. Ein Treffen mit Noch-Kanzler Olaf Scholz (SPD) hatte die amerikanische Seite mit Blick auf dessen ablaufende Amtszeit abgelehnt.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 15. Februar 2025 (x1.496/…): >>**Altparteien schäumen nach Vance-Rede: Scholz: "Gehört sich nicht!" - Merz: "Übergriffig!"**

Auf der Münchner Sicherheitskonferenz erteilte US-Vizepräsident J. D. Vance den deutschen Altparteien Ohrfeigen am laufenden Band - und die haben offenbar gesessen!

Noch-Kanzler Olaf Scholz (SPD) verbat sich nach der Klartext-Rede des Stellvertreters von US-Präsident Donald Trump eine Einmischung in die Bundestagswahl zugunsten der AfD. Deutschland werde es "nicht akzeptieren, wenn Außenstehende zugunsten dieser Partei in unsere Demokratie, in unsere Wahlen und in die demokratische Meinungsbildung eingreifen", sagte Scholz am Samstag in München. "Das gehört sich nicht - erst recht nicht unter Freunden und Verbündeten", fügte er hinzu.

Noch-Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) nannte die Attacken des US-Vizepräsidenten "nicht akzeptabel".

CDU-Chef Friedrich Merz schnappatmete: "Es ist fast schon ein übergriffiger Umgang mit den Europäern, insbesondere mit uns Deutschen."<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 15. Februar 2025 (x1.498/…): >>**München Anschlag: Kind und Mutter gestorben**

Nach dem Anschlag von München sind ein zweijähriges Kind und seine Mutter ihren schweren Verletzungen erlegen. Das bestätigte ein Sprecher des Bayerischen Landeskriminalamts der dts Nachrichtenagentur. Das Kind und die Frau seien am Samstagnachmittag verstorben. Es sei "nach normalen medizinischen Maßstäben" nicht mit weiteren Todesopfern zu rechnen, sagte der Sprecher weiter.

Außer den beiden Todesopfern sei niemand mehr in lebensbedrohlichem Zustand. Nach früheren Angaben wurden demnach weitere 36 Personen zum Teil schwer verletzt. Erst wenige Minuten vor Bekanntgabe der Todesnachricht hatte Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) am Samstag den Anschlagsort besucht, wo am Donnerstag ein Mann mit einem Auto in eine Menschenmenge gefahren war. Der Kanzler forderte erneut eine harte Bestrafung des Täters, kriminelle Ausländer müßten abgeschoben werden.

Bei dem festgenommenen Mann handelt es sich um einen 24-jährigen Afghanen, dessen Asylantrag 2020 abgelehnt, seine Abschiebung jedoch außer Vollzug gesetzt worden war. Später erhielt er eine Aufenthaltserlaubnis. Die Ermittlungsbehörden gehen von einem islamistischen Tatmotiv aus, mittlerweile hat der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof das Verfahren übernommen.

Faeser: "Es ist eine unendlich traurige Nachricht, daß der mutmaßlich islamistische Anschlag in München eine Mutter und ihr zweijähriges Kind aus dem Leben gerissen hat", sagte Faeser am Samstagabend. "Wir haben um ihr Leben gebangt. Jetzt ist es furchtbare Gewißheit, daß sie ihren schwersten Verletzungen erlegen sind."

Der Täter habe "unfaßbares Leid angerichtet", so die Ministerin weiter. "Wir trauern mit der Familie, für die der Schmerz unermeßlich sein muß. Und wir stehen weiter an der Seite aller, die diese grausame Tat erleben mußten: den vielen Verletzten, aber auch den Rettungskräften und Polizisten."<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 15. Februar 2025 (x1.498/…): >>**Audi schafft Gender-Schreibweise wieder ab**

Der Autohersteller Audi hat seine sogenannte Gender-Schreibweise im internen und externen Schriftverkehr wieder abgeschafft. Das bestätigte das Unternehmen, wie die "Welt am Sonntag" an diesem Wochenende schreibt.

"Aufgrund unserer Erfahrungen in der schriftlichen Verwendung des Gender Gap in den vergangenen Jahren und der großen Bandbreite unterschiedlicher Methoden, geschlechtersensible Sprache sichtbar zu machen, hat sich das Unternehmen entschieden, dieses Sonderzeichen

nicht mehr zu verwenden", so Audi auf Anfrage. "Ungeachtet dessen setzen wir weiterhin auf etablierte, gendersensible Formulierungen, die unsere Werte von Gleichstellung und Inklusion betonen." Den Unterstrich in der Wortmitte - beispielsweise im Wort "Mitarbeiter_innen" - hatte Audi Anfang März 2021 eingeführt.
Es sollten damit "alle nicht-binären Geschlechtsidentitäten zwischen Mann und Frau" repräsentiert werden. Die Entscheidung und Begriffe wie "Audianer_innen" stießen bereits damals auf öffentliche Kritik und praktische Schwierigkeiten. So übernahmen die meisten Medien die Audi-Schreibweise nicht und auch bei Computerprogrammen, etwa zur automatischen Übersetzung, zeigten sich Schwierigkeiten bei der Übernahme der Schreibweise. Ein VW-Mitarbeiter klagte vor dem Landgericht Ingolstadt sogar gegen die Unternehmensrichtlinie, scheiterte damit aber im Jahr 2023 in zweiter Instanz.
Wie jetzt bekannt wurde, schaffte Audi die Sonderzeichen in der Wortmitte bereits im Juli 2024 per interner Anweisung wieder ab. Die ursprüngliche Begründung für die Gender-Schreibweise war Ende des vergangenen Jahres von der Internetseite des Unternehmens verschwunden. In seinem überarbeiteten "Styleguide" für eine firmenweit einheitliche Schreibweise empfiehlt Audi den Mitarbeitern nun, neutrale Begriffe zu verwenden, etwa "Beschäftigte" oder "Team Audi". Eine Vorgabe lautet: "Wir achten auf generisch neutrale Formulierungen wie beispielsweise Studierende."<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 15. Februar 2025 (x1.493/…): >>**Nach München: Maulkorb für Habeck**
Von *Sven Eggers*
Weil der grüne Kanzlerkandidat Robert Habeck zuletzt auch die Sicherheit Deutschlands als Wahlkampfthema entdeckt hatte, bekam er reichlich Gegenwind. Nach der neuerlichen Bluttat von München schweigt er nun lieber. …
Die Debatte um die innere Sicherheit der BRD hat nach der Bluttat von München an Fahrt aufgenommen. Allein bei den Grünen ist es diesbezüglich recht still. Das hat Gründe. Denn zuletzt gab sich Herr Kanzlerkandidat betont besorgt und wollte auch etwas tun gegen kriminelle Migranten. Und so forderte er in einem Zehn-Punkte-Plan unter anderem die Abschiebung von Schwerkriminellen und mehr Befugnisse für Polizei und Behörden. Für manche Parteifreunde war dies schon zu viel, die Parteijugend tobt seither.
Entlarvendes Gegenpapier
Für die Grüne Jugend in Niedersachsen beispielsweise ist die reichlich dünne Suppe, die Habeck mit seinen Forderungen angerührt hatte, bereits Zeichen einer "menschenfeindlichen Abschiebepolitik". Er orientiere sich gezielt "an rechten Narrativen". Migration müsse einfacher gemacht werden, nicht schwieriger, so heißt es in einem demonstrativen Gegenpapier.
Zwar ist die Grüne Jugend in der Wortwahl zwischenzeitlich etwas zurückgerudert, dennoch müsse es das Ziel sein, Lösungen zu benennen, "statt Menschen gegeneinander auszuspielen", so Jette Nietzard, Vorsitzende der Grünen Jugend. In einer Stellungnahme ihrer Gruppierung heißt es: "Auch in den vergangenen Tagen haben wir gemerkt, wie rassistisch die Debatte um Geflüchtete geführt wird." Abschiebungen dürften nicht als Bestrafung eingesetzt werden. Nach der gestrigen Untat von München klingt das alles enorm zynisch.
Zu beklagen sei, so die junge Grüne weiter, die "zunehmende Radikalisierung junger Männer, unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft". In diesem Zusammenhang müßten "Rollen von Männlichkeit in der Gesellschaft" hinterfragt werden. Und letztlich drehen die Jung-Grünen den Spieß einfach um: "Queere, jüdische und von Rassismus betroffene Menschen" fühlten sich in Deutschland nicht sicher, "weil die Angriffe rechter Gewalt auf einem Rekordhoch sind"; Gruß aus der Parallelwelt!
Grüne Grabenkämpfe
Die Bild berichtet von heftigen internen Parteikämpfen bei den Grünen und will wissen, daß

es auch schon Planspiele für die Zeit nach dem 23. Februar gibt, in denen Robert Habeck gar keine Rolle mehr spielt. Das Springer-Blatt: "Zerstritten ist die Partei auch anderswo. Zwischen Parteilinken und Realos - hinzu kommt ein Machtkampf der Realos untereinander, zwischen Habeck und Annalena Baerbock".
Die Außenministerin stünde zwar offiziell an der Seite ihres Parteifreundes, "sitzt ihm aber zugleich im Nacken", so die Bild, die dann spekuliert, daß sich Baerbock mit der reichweitenstarken Ricarda Land gegen Habeck verbünden könne. Wenn es am 23. Februar für Schwarz-Grün rechnerisch nicht reichen würde, sei Habeck weg vom Fenster, spekulieren die Springer-Leute. Außerdem werde der grüne Kandidat am Ergebnis seiner Vorgängerin gemessen: 14,8 Prozent.
Geht es mit den Grünen weiter abwärts? Warum diese Entwicklung ganz und gar verdient wäre, ist nachzulesen in COMPACT-Spezial "Die Altparteien - Wie sie uns belügen und betrügen".<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 15. Februar 2025 (x1.493/…): >>**Germanische Freiheit, germanisches Recht**
Von *Daniell Pföhringer*
Über die Germanen sind schon viele Bücher geschrieben worden, doch kaum eins beschäftigt sich mit der Rechtskultur dieser Stämme. Mit seinem Werk "Das alte germanische Recht" schließt Frühgeschichtsexperte Linus Ammer nun endlich diese Lücke.
Das römische Recht ist Grundlage der meisten europäischen Justizsysteme geworden. Doch bei uns herrschte einst eine andere Rechtsordnung. Die stellt der Frühgeschichtsexperte Linus Ammer in seinem neuen Buch "Das alte germanische Recht" vor - ein Werk, das sowohl für historisch Interessierte als auch für Laien einen faszinierenden Einblick in die vorchristliche Rechtsordnung bietet. Ammer zeigt auf, wie sehr dieses Recht mit den kulturellen, religiösen und sozialen Aspekten der germanischen Stämme verknüpft war - und wie es sich vom römischen Recht unterscheidet.
Klare Struktur, verborgenes Wissen
Das Buch beginnt mit einer klaren Einführung in die rechtlichen Grundstrukturen der Germanen, die weit entfernt von den formalisierten Gesetzen der Römer oder späteren europäischen Rechtssystemen liegen. Ammer erläutert in der Neuerscheinung "Das alte germanische Recht", daß jenes germanische Recht vor allem durch seine mündliche Überlieferung und die lokale Vielfalt geprägt war - ein Kontrast zu den kodifizierten Rechtsbüchern der Römer. Der Frühgeschichtsexperte beleuchtet dabei nicht nur die rechtlichen Normen, sondern auch die moralischen und sozialen Dimensionen, die das germanische Recht prägten.
Ein großer Pluspunkt von Ammers Werk ist die umfassende Auswertung von Quellenmaterial. Die zahlreichen Gesetzestexte germanischer Stämme, die glücklicherweise überliefert sind, werden in "Das alte germanische Recht" zusammengetragen und auf ihre Gemeinsamkeiten und Ursprünge hin untersucht. Ammer dokumentiert, wie diese Texte ein kohärentes Bild von germanischem Rechtsdenken vermitteln, das trotz regionaler Unterschiede eine archaische Klarheit und Konsequenz aufweist. Dieses Verfahren erlaubt es dem Leser, einen tiefen Einblick in das germanische Denken und Fühlen zu bekommen - von Island bis in die Lombardei und von der Eisenzeit bis ins Hochmittelalter.
Von wegen frauenfeindlich!
Besonders hervorzuheben sind die Kapitel von "Das alte germanische Recht", die sich mit Institutionen wie dem Thing beschäftigen. Ammer beschreibt detailliert, wie diese Versammlungen nicht nur als Gericht, sondern auch als politische und soziale Einheiten fungierten, die die Gemeinschaft zusammenhielten. Er zeigt auf, wie der germanische Rechtsinstinkt, gepaart mit einem Gefühl für Gerechtigkeit und Gemeinschaft, durch diese Institutionen in die Praxis umgesetzt wurde.

Ein weiteres Schmankerl des Buches ist die Erörterung der Rolle der Frauen und der Familie im germanischen Recht. Ammer widerlegt in "Das alte germanische Recht" die gängige Vorstellung, daß Frauen in diesen Gesellschaften keine Rolle spielten. Vielmehr verdeutlicht er, daß Frauen in bestimmten Rechtsbereichen, insbesondere im Eherecht und Erbrecht, eine besonders starke Stellung innehatten. Das hochinformative Buch dokumentiert ebenso, daß es den Germanen bei ihrer Rechtsprechung primär um Wiedergutmachung statt reiner Rache ging.

Ein echtes Standardwerk

Die Sprache von Ammer ist auch für Laien leicht verständlich und doch wissenschaftlich fundiert, was das Buch "Das alte germanische Recht" sowohl für Experten als auch für Interessierte ohne Spezialwissen interessant macht. Ammer vermeidet es, sich in Fachjargon zu verlieren, ohne es jedoch an Präzision vermissen zu lassen. Die zahlreichen Beispiele und die klare Struktur machen das Buch zu einem echten Standardwerk, das sich leicht durcharbeiten läßt, obwohl es viele detaillierte Informationen enthält.

"Das alte germanische Recht" von Linus Ammer ergänzt die bereits vorhandene Literatur über unsere Vorfahren. Es trägt nicht nur zum Verständnis für die frühe Jurisdiktion zahlreicher Stämme, sondern erweitert auch das Bewußtsein für die kulturelle und soziale Einbettung von Recht im Allgemeinen.

Hart, aber herzlich: In "Das alte germanische Recht" läßt Linus Ammer ein Stück deutscher Vorzeit wieder ins Bewußtsein der Gegenwart treten und stellt mit Hilfe eines umfangreichen Quellenschatzes neben das praktizierte römische das alte germanische Recht in all seiner Urwüchsigkeit. …<<

16.02.2025

BRD: Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 16. Februar 2025 (x1.497/…): >>**"Halt dich da raus": Habeck attackiert Vance nach Rede auf Münchner Sicherheitskonferenz**

Robert Habeck attackierte US-Vizepräsident J. D. Vance scharf nach dessen Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz. Er warf der Trump-Administration vor, sich "an die Seite der Autokraten gestellt" zu haben.

Jonas Aston

Habeck betrachtet die Rede von Vance als Zäsur

Nach der Rede von US-Vizepräsident J. D. Vance auf der Münchner Sicherheitskonferenz verfiel nahezu die gesamte politische Klasse in Schnappatmung. Nun äußert sich auch Grünen-Kanzlerkandidat Robert Habeck zu der Rede des amerikanischen Vizepräsidenten. Im Interview mit RTL/ntv erklärte Habeck: "Das, was Vance gestern gemacht hat, geht ihn nichts an. So klar muß man das sagen. It's none of your business."

Habeck attackierte Vance jedoch noch weiter. Der deutsche Wirtschaftsminister führte weiter aus: "Kümmere dich um deinen eigenen Kram, da gibt’s Aufgaben genug in den USA." Seiner Meinung nach sei die Rede als eine Zäsur in den transatlantischen Beziehungen einzustufen. Konkret erklärte er: "Die amerikanische Regierung (…) hat sich quasi rhetorisch-politisch an die Seite der Autokraten gestellt". Und weiter: "Die westliche Wertegemeinschaft ist jetzt hier gestern aufgekündigt worden".

Der Grünen-Politiker betonte, daß die Trump-Administration eine andere Wertehaltung und ein anderes politisches Verständnis vertrete, als es bisher zwischen Europa und den USA üblich war. Dies markiere einen deutlichen Bruch im transatlantischen Verhältnis. Entscheidend sei es nun, selbstbewußt gegenüber den USA aufzutreten. "Wir müssen jetzt nicht zittern und schlottern. Ganz im Gegenteil." In Richtung von Vance führte er weiter aus: "Wir haben jeden Grund zu sagen: Das ist nicht the German way of life, das ist nicht the European way of life, das ist nicht unser Grundgesetz. Halt dich da raus."

In seiner Rede vor der Münchner Sicherheitskonferenz am vergangenen Freitag äußerte US-Vizepräsident J. D. Vance ernsthafte Bedenken über die innere Stabilität Europas. Er argumentierte, daß die größte Gefahr für den Kontinent nicht von externen Akteuren wie Rußland oder China ausgehe, sondern von internen Faktoren in Europa. Vance kritisierte insbesondere zwei Aspekte der europäischen Politik: die vermeintliche Einschränkung der Meinungsfreiheit und die aus seiner Sicht gescheiterte Asylpolitik. Ohne die AfD konkret zu nennen erklärte er weiter: "Es gibt keinen Platz für Brandmauern."<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 16. Februar 2025 (x1.493/…): >>**J. D. Vance: Seine Münchner Rede auf Deutsch**

Von *COMPACT Redaktion*

Der US-Vizepräsident hat sich auf der Münchner Sicherheitskonferenz gegen Zensur und die Annullierung von Wahlen ausgesprochen und politischen Brandmauern eine klare Absage erteilt. Wir dokumentieren nachfolgend seine bemerkenswerte Rede in deutscher Übersetzung. …

Vielen Dank an alle hier versammelten Amtsträger, Prominente und Medienprofis. Einen besonderen Dank möchte ich dem Gastgeber der Münchner Sicherheitskonferenz dafür aussprechen, daß er eine so unglaubliche Veranstaltung organisiert hat. Wir sind natürlich begeistert, hier zu sein. Wir freuen uns, hier zu sein. Und, wissen Sie, eines der Dinge, über die ich heute sprechen will, sind natürlich unsere gemeinsamen Werte.

Wissen Sie, es ist großartig, wieder in Deutschland zu sein. Ich war letztes Jahr als US-Senator hier. Ich habe Außenminister David Lamian scherzen gehört, daß wir beide letztes Jahr andere Jobs hatten als jetzt. Aber jetzt ist es an der Zeit, daß alle unsere Länder, für alle von uns, die das Glück hatten, von unseren jeweiligen Völkern politische Macht verliehen bekommen zu haben, diese klug einsetzen, um das Leben der Menschen zu verbessern.

Europa wendet sich von seinen Werten ab

Ich möchte sagen, daß ich das Glück hatte, etwas Zeit draußen zu verbringen. Ich war in den letzten 24 Stunden außerhalb der Wände dieser Konferenz. Und ich war so beeindruckt von der Gastfreundschaft der Menschen, auch wenn sie natürlich noch unter dem schrecklichen Angriff (Terroranschlag in München) leiden. Das erste Mal, daß ich je in München war, war tatsächlich mit meiner Frau, die heute mit mir hier ist, auf einer privaten Reise. Ich habe die Stadt München und ihre Menschen immer geliebt. Und ich möchte einfach sagen, daß wir sehr berührt sind, unsere Gedanken und Gebete sind bei den Münchnern und allen, die von dem Bösen betroffen sind.

Ich bin sehr, sehr, sehr hin- und hergerissen über diese wunderbare Gemeinschaft. Wir denken an Sie. Wir beten für Sie. Und wir werden Sie in den kommenden Tagen und Wochen sicherlich unterstützen. Ich hoffe, das ist nicht der letzte Applaus, den ich bekomme. Aber wir versammeln uns bei dieser Konferenz natürlich, um über Sicherheit zu sprechen. Normalerweise meinen wir damit Bedrohungen für unsere äußere Sicherheit. Ich sehe viele großartige militärische Führungspersonen, die sich heute hier versammelt haben.

Doch während die Trump-Administration sehr besorgt über die europäische Sicherheit ist und glaubt, daß wir zu einer vernünftigen Einigung zwischen Rußland und der Ukraine kommen können, und wir auch glauben, daß es in den kommenden Jahren wichtig ist, daß Europa in großem Maße für seine eigene Verteidigung aufkommt, ist die Bedrohung, die ich in Bezug auf Europa am meisten fürchte, nicht Rußland, nicht China, nicht irgendein anderer äußerer Akteur.

Was mir Sorgen bereitet, ist die Bedrohung von innen, die Abkehr Europas von einigen seiner grundlegendsten Werte - Werte, die Sie mit den Vereinigten Staaten von Amerika teilen. Ich war betroffen, daß ein ehemaliger EU-Kommissar kürzlich im Fernsehen auftrat und sich darüber freute, daß die rumänische Regierung eine gesamte Wahl annulliert hatte. Er warnte,

dass, wenn die Dinge nicht funktionieren, die Vereinigten Staaten zu Plan B übergehen müßten. Das gleiche könnte auch in Deutschland passieren.
Diese leichtfertigen Aussagen sind für amerikanische Ohren schockierend. Jahrelang wurde uns gesagt, daß alles, was wir finanzieren und unterstützen, im Namen unserer gemeinsamen demokratischen Werte geschieht. Alles - von unserer Ukraine-Politik bis zur digitalen Zensur - wird als Verteidigung der Demokratie ausgegeben.
Aber wenn wir sehen, wie europäische Gerichte Wahlen annullieren und hochrangige Beamte damit drohen, andere zu annullieren, sollten wir uns fragen, ob wir uns selbst an einen angemessen hohen Standard halten. Und ich sage "uns selbst", weil ich grundsätzlich glaube, daß wir im gleichen Team sind. Wir müssen mehr tun, als nur über demokratische Werte zu sprechen. Wir müssen sie leben.
Viele von Ihnen in diesem Raum erinnern sich noch an den Kalten Krieg, in dem die Verteidiger der Demokratie gegen viel tyrannischere Kräfte auf diesem Kontinent standen. Betrachten Sie die Seite in diesem Kampf, die Dissidenten zensierte, Kirchen schloß und Wahlen annullierte. Waren das die Guten? Sicherlich nicht! Und Gott sei Dank haben sie den Kalten Krieg verloren. Sie haben verloren, weil sie die Freiheit weder schätzten noch respektierten.

Meinungsfreiheit auf dem Rückzug

Wie sich herausstellt, kann man Innovation oder Kreativität nicht erzwingen. Man kann Kreativität nicht erzwingen. Ebenso wenig kann man Menschen vorschreiben, was sie denken, fühlen oder glauben sollen. Wir sind der Ansicht, daß diese Fragen miteinander verbunden sind. Und leider, wenn ich heute nach Europa schaue, ist es manchmal nicht so klar, was aus einigen der Gewinner des Kalten Krieges geworden ist.
Ich schaue nach Brüssel, wo EU-Kommissare die Bürger warnen, daß sie soziale Medien während Zeiten des Protests sperren wollen, sobald sie Inhalte entdecken, die sie als haßerfüllt betrachten. Oder wo die Polizei Razzien gegen Bürger durchgeführt hat, die verdächtigt wurden, antifeministische Kommentare online gepostet zu haben, als Teil einer Aktion, die als "Bekämpfung von Misogynie im Internet" bezeichnet wird.
Ich schaue nach Schweden, wo die Regierung vor zwei Wochen einen christlichen Aktivisten wegen Teilnahme an Koranverbrennungen verurteilte, was zum Mord an seinem Freund führte. Und wie der Richter in seinem Fall beunruhigend anmerkte, daß Schwedens Gesetze zum Schutz der freien Meinungsäußerung nicht, ich zitiere, "einen Freibrief" bedeute, "alles zu tun oder zu sagen, ohne das Risiko einzugehen, eine Gruppe zu beleidigen, die diesen Glauben vertritt".
Vielleicht am besorgtesten schaue ich zu unseren lieben Freunden, dem Vereinigten Königreich, wo die Rücknahme des Rechts auf Bekenntnisfreiheit die grundlegenden Freiheiten religiöser Briten ganz besonders ins Visier genommen hat. Vor etwas mehr als zwei Wochen schaute ich nach Großbritannien, wo die britische Regierung Adam Smith Connor, einen 51-jährigen Physiotherapeuten und Armee-Veteranen, des angeblichen Verbrechens angeklagt hat, 50 Meter von einer Abtreibungsklinik entfernt zu stehen und für drei Minuten still zu beten. Er hat niemanden behindert, mit niemandem interagiert, sondern einfach still für sich selbst gebetet.
Nachdem die britischen Strafverfolgungsbehörden ihn entdeckt hatten und wissen wollten, wofür er betet, antwortete Adam einfach "Jetzt". Das konnte die Beamten nicht erweichen. Adam wurde schuldig gesprochen, das neue Gesetz der Regierung über Pufferzonen verletzt zu haben. Stille Gebete und andere Aktivitäten, die die Entscheidung einer Person innerhalb von 200 Metern um ein Abtreibungszentrum herum beeinflussen könnten, wurden kriminalisiert. Er wurde dazu verurteilt, Tausende von Pfund an Gerichtskosten zu zahlen.
Ich wünschte, ich könnte sagen, daß dies ein einmaliger Vorfall war, ein verrücktes Beispiel für ein schlecht verfaßtes Gesetz, das gegen eine einzelne Person angewendet wurde. Aber

nein, vergangenen Oktober, vor gerade ein paar Monaten, fing die schottische Regierung an, Briefe an Bürger zu verschicken, deren Häuser in sogenannten sicheren Zugangsbereichen lagen, und warnte sie, daß auch private Gebete in ihren eigenen Häusern gegen das Gesetz verstoßen könnten. Natürlich forderte die Regierung die Empfänger auf, Mitbürger zu melden, die eines Gedankenverbrechens verdächtig seien.

In Großbritannien und ganz Europa, so fürchte ich, ist die Meinungsfreiheit auf dem Rückzug. Und mit einem gewissen Sinn für Humor, meine Freunde, aber auch im Interesse der Wahrheit, gebe ich zu, daß die lautesten Stimmen für Zensur manchmal nicht aus Europa, sondern aus meinem eigenen Land kommen, wo die vorherige Regierung Social-Media-Unternehmen bedroht und eingeschüchtert hat, sogenannte Desinformationen zu löschen. Sogenannte Desinformationen wie zum Beispiel die Ansicht, daß das Coronavirus wahrscheinlich in einem Labor in China ausgetreten sei.

Unsere eigene Regierung ermutigte private Unternehmen, Menschen zum Schweigen zu bringen, die es wagten, eine offensichtliche Wahrheit zu äußern. Also komme ich heute nicht nur mit einer Beobachtung, sondern mit einem Angebot. Genau so, wie die Biden-Administration verzweifelt danach strebte, Menschen zum Schweigen zu bringen, wird die Trump-Administration das genaue Gegenteil tun.

Und ich hoffe, daß wir dabei zusammenarbeiten können. In Washington gibt es einen neuen Sheriff in der Stadt. Und unter der Führung von Donald Trump können wir Ihre Ansichten zwar nicht teilen, aber wir werden für Ihr Recht kämpfen, diese im öffentlichen Raum zu äußern, egal ob wir zustimmen oder nicht.

Auf die Wähler hören

Nun sind wir an dem Punkt, an dem die Lage so schlecht geworden ist, daß Rumänien im Dezember die Ergebnisse einer Präsidentschaftswahl direkt annullierte. Wenn ich es richtig verstanden habe, war das Argument, daß russische Desinformationen die rumänischen Wahlen beeinflußt hatte.

Aber ich bitte meine europäischen Freunde, eine andere Perspektive einzunehmen. Sie können mir glauben, daß wir es als falsch erachten, sollte Rußland Werbung in den sozialen Medien kaufen, um Ihre Wahlen zu beeinflussen. Wir tun das sicherlich. Sie können es auf der Weltbühne verurteilen. Wenn Ihre Demokratie zerstört wird, können Sie dies vor der Weltgemeinschaft verurteilen.

Ich glaube jedoch - und das ist die gute Nachricht -, daß Ihre Demokratien wesentlich weniger fragil sind, als viele Menschen offenbar fürchten. Und ich glaube wirklich, daß es sie stärker machen wird, wenn Sie dem Bürger erlauben, seine Ansichten frei zu äußern.

Was uns zurück nach München bringt, wo die Organisatoren dieser Konferenz Abgeordnete, die populistische Parteien sowohl auf der Linken als auch auf der Rechten vertreten, von diesen Gesprächen ausgeschlossen haben. Nun, wieder müssen wir gar nicht mit allem einverstanden sein, was Menschen sagen. Aber wenn politische Führungspersonen einen relevanten Teil der Wählerschaft vertreten, liegt es an uns, zumindest den Dialog mit ihnen zu suchen.

Vielen von uns auf der anderen Seite des Atlantiks scheint es mehr und mehr so, als ob alteingesessene Interessen sich hinter häßlichen sowjetischen Begriffen wie Desinformation und Falschinformation verstecken, die einfach verhindern sollen, daß jemand mit einer alternativen Sichtweise eine andere Meinung äußern könnte oder, Gott bewahre, anders wählen könnte, oder, noch schlimmer, eine Wahl gewinnen könnte.

Masseneinwanderung stoppen

Dies hier ist eine Sicherheitskonferenz, und ich bin sicher, daß Sie alle hierhergekommen sind, um darüber zu sprechen, wie Sie die Verteidigungsausgaben in den nächsten Jahren im Einklang mit einigen neuen Zielen erhöhen können. Und das ist großartig, denn wie Präsident Trump deutlich gemacht hat, glaubt er, daß unsere europäischen Freunde eine größere Rolle

bei der Zukunft dieses Kontinents spielen müssen. Wir denken, daß ein wichtiger Teil davon ist, daß die Europäer hier Verantwortung übernehmen, während sich Amerika auf die gefährdeten Gebiete der Welt konzentriert. Aber lassen Sie mich auch fragen: Wie wollen Sie überhaupt beginnen, Budgetfragen zu überdenken, wenn wir nicht wissen, was wir überhaupt verteidigen?

Ich habe in meinen Gesprächen schon viel darüber gehört, wovor Sie sich selbst verteidigen müssen, und das ist natürlich wichtig. Aber was mir ein wenig unklarer ist: Wofür genau verteidigen Sie sich selbst? Welche positive Vision soll diesen gemeinsamen Sicherheitsvertrag, den wir alle für so wichtig halten, beleben? Ich bin der festen Überzeugung, daß es keine Sicherheit gibt, wenn Sie Angst vor den Stimmen und Meinungen Ihrer eigenen Leute haben. Europa steht vor vielen Herausforderungen, aber die Krise, die dieser Kontinent gerade durchmacht, ist eine selbst verursachte. Wenn Sie Angst vor Ihren eigenen Wählern haben, kann Amerika nichts für Sie tun.

Sie benötigen ein demokratisches Mandat, um in den kommenden Jahren etwas von Wert zu erreichen. Haben wir nicht gelernt, daß schwache Mandate zu instabilen Ergebnissen führen? Aber es gibt so viel von Wert, das mit dem demokratischen Mandat erreicht werden kann - von dem ich glaube, daß es dadurch gestärkt wird, indem Sie mehr auf die Stimmen Ihrer Bürger hören.

Wenn Sie wettbewerbsfähige Volkswirtschaften haben wollen, wenn Sie erschwingliche Energie und sichere Lieferketten haben wollen, dann benötigen Sie Mandate zum Regieren, weil Sie schwierige Entscheidungen treffen müssen, um all diese Dinge zu erreichen. Und das wissen wir natürlich in Amerika sehr gut: Man kann kein demokratisches Mandat gewinnen, indem man seine Gegner zensiert oder ins Gefängnis steckt, ob es der Anführer der Opposition, ein einfacher Christ, der in seinem eigenen Haus betet, oder ein Journalist ist, der versucht zu berichten, was wirklich geschieht.

Man kann sich auch keine Zustimmung sichern, indem man grundlegende Fragen der Wählerschaft ignoriert, wer Teil unserer Gesellschaft sein darf. Und von allen drängenden Herausforderungen, denen die hier vertretenen Nationen gegenüberstehen, glaube ich, daß nichts dringlicher ist als die Masseneinwanderung. Wo gehen wir jetzt hin? Wer darf der Oppositionsführer sein? Wir! Wenn fast fünf Millionen Menschen von außen in dieses Land gekommen sind, bedeutet das ein Allzeithoch. Wir haben eine ähnliche Zahl übrigens in den Vereinigten Staaten, ebenfalls ein Allzeithoch. Die Anzahl der Migranten, die allein von 2021 bis 2022 aus Nicht-EU-Ländern in die EU eingereist sind, hat sich verdoppelt, und seitdem sind die Zahlen noch mal angestiegen.

Wir wissen, daß diese Situation nicht in einer Art Vakuum entstanden ist. Sie ist das Ergebnis einer Reihe bewußter Entscheidungen, die von Politikern auf dem ganzen Kontinent und anderswo auf der ganzen Welt vor über einem Jahrzehnt getroffen wurden. Wir sahen die Schrecken, die diese Entscheidungen in dieser Stadt angerichtet haben, und natürlich kann ich das nicht erwähnen, ohne an die Opfer zu denken, die es an einem schönen Wintertag in München gegeben hat.

Unsere Gedanken und Gebete sind bei ihnen und sie werden bei ihnen bleiben. Aber warum ist das überhaupt passiert? Das ist eine schreckliche Geschichte, aber eine, die wir in Europa viel zu oft gehört haben und leider auch viel zu oft in den Vereinigten Staaten. Ein Asylsuchender, oft ein junger Mann in den Zwanzigern, der bereits der Polizei bekannt war, fährt mit einem Auto in eine Menschenmenge und zerstört die Gemeinschaft.

"Es gibt keinen Platz für Brandmauern"

Wie oft müssen wir solche schrecklichen Anschläge erleben, bevor wir unseren Kurs ändern und unsere gemeinsame Zivilisation in eine neue Richtung lenken? Kein Wähler auf diesem Kontinent ging zur Wahl, um die Schleusen für Millionen unregistrierter Einwanderer zu öff-

nen, aber wissen Sie, wofür sie gewählt haben? In England haben sie für den Brexit gestimmt. Ob man zustimmt oder nicht, sie haben dafür gestimmt. Und immer mehr Wähler in ganz Europa votieren für politische Kräfte, die versprechen, die außer Kontrolle geratene Migration zu beenden. Sie müssen nicht mit mir übereinstimmen. Ich denke nur, daß die Menschen sich um ihre Heimat, ihre Träume, ihre Sicherheit und ihre eigene Zukunft und um die ihrer Kinder sorgen. Und das ist klug!

Im Gegensatz zu dem, was man vielleicht ein paar Berge weiter in Davos hört, sehen sich die Bürger aller unserer Nationen nicht wie austauschbare Figuren. Und es ist kaum überraschend, daß sie nicht als Manövriermasse dienen oder von ihren Regierungen ignoriert werden wollen. Es ist die Aufgabe der Demokratie, solche großen Fragen an der Wahlurne zu entscheiden. Ich glaube, daß Menschen zu mißachten, ihre Sorgen zu mißachten, oder schlimmer noch, Medien zu sperren, Wahlen zu annullieren oder Menschen aus dem politischen Prozeß auszuschließen, niemandem hilft. Das ist das Wichtigste, das ich in meinem Leben gelernt habe.

Ich habe in meinem Leben gelernt, daß dies der sicherste Weg ist, um Demokratie zu zerstören. Meinungen zu äußern, ist keine Wahlbeeinflussung, selbst wenn Menschen diese Ansichten außerhalb ihres eigenen Landes äußern, selbst wenn diese Menschen sehr einflußreich sind. Vertrauen Sie mir, ich sage dies mit Humor: Wenn die amerikanische Demokratie zehn Jahre lang Greta Thunbergs Vorwürfe überleben kann, können Sie auch ein paar Monate mit Elon Musk überstehen.

Aber keine Demokratie - weder die amerikanische noch die deutsche oder eine andere europäische - wird überleben, wenn sie Millionen von Wählern sagt, daß ihre Ansichten und Sorgen, ihre Hoffnungen, ihre Bitten um Abhilfe als illegitim erklärt werden. Demokratie ruht auf dem heiligen Prinzip, daß die Stimme des Volkes zählt. Es gibt keinen Platz für Brandmauern - entweder Sie halten das Prinzip aufrecht oder Sie tun es nicht.

Die Menschen in Europa haben eine Stimme; die Politik in Europa hat eine Wahl. Mein fester Glaube ist, daß wir uns nicht vor der Zukunft fürchten müssen. Sie können akzeptieren, was die Menschen Ihnen sagen, selbst wenn es Sie überrascht, selbst wenn Sie nicht einverstanden sind. Und wenn Sie das tun, können Sie der Zukunft mit Sicherheit und Vertrauen entgegensehen, wohl wissend, daß die Nation hinter jedem von Ihnen steht. Und das ist für mich die große Magie der Demokratie.

An Demokratie zu glauben, bedeutet, zu verstehen, daß jeder unserer Bürger über Wissen und eine Stimme verfügt. Wenn wir dieser Stimme nicht zuhören, werden wir selbst unsere größten Erfolge nicht sichern können. Papst Johannes Paul II., meiner Ansicht nach Ansicht einer der außergewöhnlichsten Fürsprecher der Demokratie, sagte: "Habt keine Angst!" Wir sollten keine Angst vor unseren Bürgern haben, selbst wenn sie Ansichten äußern, die mit denen ihrer politischen Führung nicht übereinstimmen. Ich danke Ihnen allen und wünsche Ihren viel Glück. Gott segne Sie!

Mehr über die Pläne der neuen US-Administration erfahren Sie in COMPACT-Spezial "Trump: Sein Leben. Seine Politik. Sein großes Comeback". …<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 16. Februar 2025 (x1.493/…): >>**Das Schicksal der Wolfskinder**

Von *Daniell Pföhringer*

Dem Vergessen entrissen: In seinem Buch "Wolfskinder in Ostpreußen" wirft Hans Paul ein Schlaglicht auf ein leider nur wenig beachtetes Kapitel der ostdeutschen Leidensgeschichte.

In der letzten Phase des Zweiten Weltkrieges und auch noch nach Ende der Kampfhandlungen in Ostpreußen verloren viele Kinder und Jugendliche ihre Eltern oder wurden im Chaos der zusammenbrechenden Fronten von ihnen getrennt. In ihrer Not schlossen sie sich oft mit anderen Kindern zusammen und durchstreiften - von Hunger und Angst vor sowjetischen Soldaten, litauischen Bauern oder anderen Bettelkindern getrieben - die Wälder. Später nannte man

diese verzweifelten, auf sich alleingestellten Jungen und Mädchen "Wolfskinder".
In seinem Roman "Wolfskinder in Ostpreußen" erzählt Hans Paul die Geschichte einer Familie, die in den letzten Kriegstagen ihre Heimat am Haff verlassen mußte. Die Mutter stirbt auf der Flucht, ihre Kinder müssen sich allein weiter durchschlagen. Die Erzählung befaßt sich dabei insbesondere mit dem Schicksal der Geschwister, die durch die Wälder Ostpreußens und Litauens ziehen, ständig bedroht von Hunger, Kälte und den Gefahren der Nachkriegszeit.

Ergreifende Schicksale

Pauls Schreibstil ist eindringlich und emotional. Er schafft es in seinem Werk "Wolfskinder in Ostpreußen", die Verzweiflung und den Überlebenskampf der Kinder in einer Weise zu zeichnen, die sowohl berührt als auch erschüttert. Seine Sprache ist klar und prägnant, was die Dramatik der damaligen Lage besonders stark hervortreten läßt.
Dabei hält sich der Autor an die historischen Tatsachen. Paul hat sich intensiv mit den Hintergründen des Stoffes auseinandergesetzt. Seine Recherchen sind in "Wolfskinder in Ostpreußen" eingeflossen, vor allem was die detaillierte Beschreibung der Fluchtwege, der geographischen und der sozialen Verhältnisse zur damaligen Zeit betrifft. Sein Roman entreißt ein längst vergessenes Kapitel unserer Geschichte dadurch der Vergessenheit.
Zudem flossen authentische Zeitzeugenberichte in Pauls Arbeit ein. Die Erlebnisse der Charaktere in seinem Buch spiegeln deswegen die tatsächlichen Schicksale vieler ostpreußischer Kinder wider, die lange vermißt waren oder deren Spuren sich komplett verloren. "Wolfskinder in Ostpreußen" gibt diesen jungen Deutschen eine unüberhörbare Stimme.

Vortreffliche Einstiegslektüre

Mit "Wolfskinder in Ostpreußen" hat Hans Paul ein lebendig geschriebenes, wenn auch herzzerreißendes Buch vorgelegt, das weit über den üblichen Rahmen eines Romans hinausgeht. Es eignet sich besonders für historisch Interessierte, die sich bislang noch nie oder nur am Rande mit diesem wichtigen Thema befaßt haben.
Pauls Roman setzt der Überlebenskraft und dem Mut dieser Kinder ein literarisches Denkmal und regt zum Nachdenken und zur Auseinandersetzung mit diesem Kapitel unserer Historie an. Das Werk wirft ein Schlaglicht auf ein leider nur wenig beachtetes und fast vergessenes Kapitel der ostdeutschen Leidensgeschichte.
Dem Vergessen entrissen: Mit "Wolfskinder in Ostpreußen" hat Hans Paul einen überaus wichtigen Beitrag zur Historiographie des deutschen Opferganges vorgelegt. Uneingeschränkt zu empfehlen!<<

USA: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 16. Februar 2025 (x1.496/…): >>**US-Präsident Donald Trump lobt seinen Vize: "Ich habe die Rede gehört - brillant!"**
US-Präsident Donald Trump hat seinen Vize J. D. Vance für dessen historische Klartext-Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz gelobt: "Ich habe die Rede gehört -brillant!", erklärte Trump in Washington. Wörtlich: "A very good speech, actually very brilliant!"
Trump betonte, Vance habe über die Meinungsfreiheit gesprochen ("talked about freedom of speech") und merkte an: "In Europa verlieren sie ihr wunderbares Recht auf Meinungsfreiheit ("in Europe they are losing their wonderful right to freedom of speech"). Die Europäer sollten vorsichtig sein ("should be careful"), zitiert CNN den US-Präsidenten.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 16. Februar 2025 (x1.493/…): >>**Knüppel aus dem Sack**
Präsident Trump: Die ersten 30 Tage. Vorabdruck aus der Märzausgabe von COMPACT-Magazin. Grenzsicherung, Remigration, Schluß mit dem Woke-Wahn: Geht alles, wenn man nur will. Donald Trump macht es in Amerika vor. Ganz nebenbei wurde auch dem Tiefen Staat ein erster schwerer Schlag versetzt.
_ von *Daniell Pföhringer*
Am 21. Januar, nur einen Tag nach Donald Trumps Amtseinführung, marschieren rund 1.500

US-Soldaten an der Grenze zu Mexiko auf. Dazu hat der neue Präsident per Dekret den nationalen Notstand ausgerufen. "Amerikas Souveränität ist in Gefahr. Unsere Südgrenze wird von Kartellen, kriminellen Banden, Terroristen,
Trump rief am ersten Tag den Migrations-Notstand aus.
Menschenhändlern, Schmugglern, nicht überprüften wehrfähigen Männern aus feindlichen Staaten mit illegalen Drogen, die Amerikanern schaden, überrannt. Diese Invasion hat in den letzten vier Jahren in unserem Land weit verbreitetes Chaos und Leid verursacht", heißt es in dem Erlaß, der auch die Errichtung von Abschiebelagern direkt an der Grenze vorsieht.
Deren Sicherung ist das eine, die Rückführung jener, die unberechtigterweise ins Land gekommen sind, das andere. Auch hier greift Trump durch. "Alle illegalen Einreisen werden sofort gestoppt, und wir werden den Prozeß der Rückführung von Millionen und Abermillionen krimineller Ausländer zurück an die Orte starten, von denen sie gekommen sind", erklärt er in Washington. Am 24. Januar heißt es seitens der Sprecherin des Weißen Hauses, Karoline Leavitt, man habe bereits hunderte Personen festgenommen und mit deren Abschiebung begonnen. TV-Aufnahmen zeigen, wie Haitianer in Bussen von Texas nach Matamoros in Mexiko gebracht werden.
Weitere Illegale werden vom Militär ausgeflogen. Die Executive Order erlaubt den Behörden ausdrücklich, auch jene Migranten abzuschieben, die auf Geheiß seines Amtsvorgängers Joe Biden mit einer Aufenthaltsgenehmigung für zwei Jahre ausgestattet wurden. Die US-Regierung beschließt zudem eine Einschränkung des Asylrechts und die Fortführung des Mauerbaus, den Trump in seiner ersten Amtszeit begonnen hatte.
Doch damit nicht genug: Ein weiteres Dekret soll verhindern, daß Kinder von illegalen Einwanderern, die in den USA geboren werden, automatisch die Staatsbürgerschaft erhalten. Diese Maßnahme wurde zwar per Gericht vorläufig wieder kassiert, doch Trump zeigt sich fest entschlossen, die Sache notfalls bis zur letzten Instanz auszufechten, um auch dieses Einfallstor zu verriegeln. Am 29. Januar unterzeichnet er schließlich ein Gesetz, das die Inhaftierung und Abschiebung von straffälligen Illegalen vorschreibt und es den Bundesstaaten ermöglicht, Klage einzureichen, wenn diese Bestimmungen nicht durchgesetzt werden.
"Drill, Baby, drill!"
Trump legt ein Tempo vor, daß uns Deutsche staunen läßt - und all jene Lügen straft, die meinen, daß eine konsequente Grenzschutz- und Remigrationspolitik nicht möglich sei. Schon in den ersten zwei Tagen im Amt hagelt es mehrere hundert Dekrete. Einige davon betreffen das Thema Einwanderung, aber auch auf anderen Feldern dreht der neue Mann im Weißen Haus das Steuerrad um 180 Grad, womit er die bislang in Washington tonangebende Wokeness-Fraktion zur Weißglut treibt. Nur einige Beispiele:
Die US-Regierung erkennt nur noch zwei Geschlechter an - männlich und weiblich. Der Erlaß schließt sogenannte nicht-binäre Identitäten aus und will Frauen "vor dem Extremismus der Gender-Ideologie" schützen. Eine weitere Order bezeichnet geschlechtsangleichende Behandlungen bei Minderjährigen als "Verstümmelung", die nun nicht mehr durch Bundesmittel unterstützt wird. Zudem dürfen Transgender-Athleten nicht mehr am Frauensport teilnehmen - weder an Schulen und Universitäten noch an nationalen Wettkämpfen.
Alle DEI-Programme ("Diversität, Gleichberechtigung, Inklusion") werden beendet, die entsprechenden Büros geschlossen. Mitarbeiter werden in bezahlten Urlaub geschickt, die Internetseiten abgeschaltet. Auch das Militär soll davon befreit werden - was ein Verbot von Transpersonen in der US-Armee einschließt.
Trump hat nicht nur den Austritt der USA aus der Weltgesundheitsorganisation WHO veranlasst, sondern ist auch erneut auch aus dem Pariser Klimaschutzabkommen ausgestiegen. Dieses sei "Abzocke" und "eine Katastrophe" für die US-Wirtschaft, so der Präsident zur Begründung. Getreu seinem Motto "Drill, Baby, drill!" will er künftig fossile Energieträger wie Öl

und Gas, aber auch Kohle gefördert wissen. Darüber hinaus wurde Bidens Green New Deal eingestampft, er hat Umweltregulierungen aufgehoben sowie Genehmigungsverfahren für Bohrungen und Pipelines gestrafft.

Außerdem hat Trump die Genehmigung neuer Windräder und Solaranlagen ausgesetzt, da sie, wie es in dem entsprechenden Dekret heißt, "den Landschaftsschutz gefährden" und "die Energiepreise erhöhen". Subventionen für Erneuerbare Energien und Elektroautos wurden gestrichen - einschließlich der Steuervergünstigungen für Käufer von E-Autos. Ein Investitionsprogramm, das 368 Milliarden Dollar für Windkraftanlagen, Sonnenkollektoren und Elektromobilität bereitstellt, wurde zwar nicht vollständig aufgehoben, aber teilweise umgelenkt.

Druck und Deals

Seine innenpolitischen Maßnahmen flankiert Trump mit außenpolitischen Initiativen - im Falle von Mexiko und anderen lateinamerikanischen Staaten mit Druck. Am 1. Februar 2025 verhängte er Zölle von 25 Prozent auf Importe aus dem südlichen Nachbarland und begründete dies mit dem Versagen der dortigen Regierung bei der Eindämmung des Drogenschmuggels. Im Gegenzug kündigte die mexikanische Präsidentin Claudia Sheinbaum einen Tag später Einfuhrabgaben auf US-Waren an. Doch schon am 3. Februar gab sie nach einem Telefonat mit Trump klein bei. Mexiko schickte 10.000 Nationalgardisten an die Grenze, dafür setzte Trump die Zölle für einen Monat aus.

Ähnlich lief es auch im Streit mit Guatemala: Bereits am ersten Tag nach Trumps Amtsübernahme landeten zwei US-Militärflugzeuge in der Hauptstadt des zentralamerikanischen Staates, um Illegale zurückzuschaffen. Dessen Präsident Bernardo Arevalo erklärte umgehend, daß die Kapazitäten seines Landes nicht ausreichten, um eine hohe Zahl an abgeschobenen Migranten aufzunehmen, und bezeichnete deren Transport mit Maschinen der US-Luftwaffe als "menschenunwürdig".

Trump drohte Arevalo daraufhin mit wirtschaftlichen Sanktionen, sollte man die Remigration nicht akzeptieren. Das zeigte Wirkung: Am 5. Februar unterzeichneten beide Länder ein Abkommen, in dem sich Guatemala sogar bereiterklärt, abgeschobene Migranten aus anderen Staaten aufzunehmen. Im Gegenzug gibt es ökonomische Unterstützung seitens der USA, einschließlich Investitionen in Landwirtschaft und Infrastruktur.

Venezuelas Präsident Maduro will die Beziehungen zu den USA "von null auf" neu gestalten.

Manche Beobachter fühlen sich bei solchen Aktionen nicht nur an Trumps Bestseller The Art of the Deal erinnert, sondern auch an die "Big Stick Policy" von US-Präsident Theodore Roosevelt, der 1903 die Devise ausgab: "Sprecht sanft und tragt immer einen dicken Knüppel bei euch, dann werdet ihr es weit bringen." Damit wollte er verdeutlichen, wer in Lateinamerika die Hosen anhat. Eine Folge: Die Zone um den 1914 fertiggestellten Panamakanal - eine der wichtigsten künstlichen Wasserstraßen der Welt, die inzwischen wieder zum Zankapfel geraten ist - wurde direkt zum US-Territorium erklärt.

Auch das widerspenstige Mexiko, dem die USA bereits um die Mitte des 19. Jahrhunderts das Gebiet der nachmaligen Bundesstaaten Texas, New Mexiko und Kalifornien genommen hatten, bekamen den "big stick" der Amerikaner erneut zu spüren. 1916 griffen US-Truppen das Land an - als Vorwand diente dem nunmehrigen Präsidenten Woodrow Wilson eine (provozierte) Attacke des mexikanischen Revolutionsgenerals Francisco Villa - genannt Pancho Villa - gegen das westlich von El Paso gelegene Dorf Columbus.

Doch der Vergleich mit der US-Politik Anfang des 20. Jahrhunderts hinkt, denn Trump schickt keine Soldaten, sondern Sanktions- und Zolldrohungen. Manchmal funktioniert es aber auch mit sanfter Diplomatie - wie im Fall von Venezuela. Ausgerechnet dorthin, genauer gesagt zu Präsident Nicolas Maduro - der bei Trump bislang nicht wohlgelitten war -, führte die erste Auslandsreise eines Vertreters seiner neuen Regierung. Der Spiegel dazu in seiner Ausgabe vom 7. Februar: "Richard Grenell, Ex-Botschafter in Deutschland und Trumps Mann

für heikle Missionen, flog wenige Tage nach Amtsantritt seines Chefs zu einem Gespräch mit Maduro nach Caracas.
Ziel des Trips sei es gewesen, Maduro zu überzeugen, hunderttausende venezolanische Migranten aufzunehmen, die Trump abschieben lassen will. Maduro sagte zu und machte dem Gast ein zusätzliches Geschenk: Auf dem Rückweg brachte Grenell sechs Amerikaner mit, die unter Vorwänden in venezolanischen Gefängnissen wie Geiseln gehalten wurden. Er wolle die Beziehungen zu den USA "von null auf" neu gestalten, sagte Maduro."
Washington erklärte, daß man keine Gegenleistung gefordert habe, doch das ist zweifelhaft. "Venezuela verfügt über die weltweit größten Erdölreserven. Wegen der Sanktionen gegen Caracas darf bislang nur eine einzige US-Firma dort per Sondergenehmigung Öl fördern und exportieren: Chevron.
Es wäre wenig verwunderlich, wenn Trump in den kommenden Wochen einen Deal mit Maduro verkündete, der auch anderen amerikanischen Firmen Investitionen erlaubt", so der Spiegel, der daher zu dem Schluß kommt: "Ideologische Motive spielen bei Trumps Lateinamerikapolitik offenbar keine Rolle. Auch die Demokratie ist ihm egal: Er hob den Sonderstatus von Venezolanern auf, die vor der Maduro-Diktatur in die USA geflüchtet waren, sie müssen jetzt mit ihrer Abschiebung rechnen." Von Regime Change keine Spur!

Gefährliche Tarnorganisation

Böse Zungen behaupten, daß Letzteres bislang eine Spezialität der umstrittenen US-Agentur für internationale Entwicklung (USAID) war (siehe Infobox). Aus deren Budget wurden unter anderem Projekte wie Elektrofahrzeuge in Vietnam (2,5 Millionen Dollar), ein Programm für "Vielfalt und Gleichberechtigung" in Serbien (1,5 Millionen), eine Transgender-Oper in Kolumbien (47.000 Dollar) oder entsprechende Comics in Peru (32.000 Dollar) gefördert.
Doch damit nicht genug: Um die öffentliche Meinung im Ausland zu steuern, finanzierte die angebliche Entwicklungshilfe-Agentur gemeinsam mit den Open Society Foundations von George Soros das Mediennetzwerk OCCRP. Dies arbeitet im deutschsprachigen Raum eng zusammen mit der Süddeutschen Zeitung, dem Spiegel oder dem Wiener Standard, die vermeintliche Enthüllungen des OCCRP oft ungeprüft übernehmen und verbreiten.
Prominente Beispiele dafür sind etwa die sogenannte Ibiza-Affäre um den damaligen österreichischen Vizekanzler und FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache 2019 oder die angebliche Entgegennahme von Schmiergeldern des seinerzeit in Tschechien ansässigen Mediums Voice of Europe durch die AfD-Politiker Petr Bystron und Maximilian Krah 2024.
Das alles ist jedoch noch vergleichsweise harmlos zu dem, was Michael Shellenberger der Agentur vorwirft. "Die Verteidiger von USAID behaupten, es gehe um Wohltätigkeit und Entwicklung in armen Ländern. Das stimmt nicht. USAID ist ein 40 Milliarden Dollar schwerer Motor für Regimewechsel im Ausland. Und jetzt deuten die Beweise darauf hin, daß USAID zusammen mit der CIA hinter der Amtsenthebung Trumps im Jahr 2019 steckte - einem illegalen Versuch, im Inland einen Regimewechsel herbeizuführen", so der Öko-Aktivist, PR-Fachmann und US-Demokrat am 6. Februar auf X.
Auf den Tisch gebracht hat das alles die neue Effizienz-Behörde DOGE unter der Leitung von Elon Musk, der USAID am 2. Februar auf X als "kriminelle Organisation" sowie "Schlangennest linksradikaler Marxisten" bezeichnete und den Vorwurf erhob, die Behörde habe "Forschungen an biologischen Waffen, darunter Covid-19, die Millionen von Menschen getötet haben", finanziert. Dazu teilte er den Beitrag eines Users, der aufzeigt, daß USAID 53 Millionen US-Dollar an die berüchtigte EcoHealth Alliance gezahlt hatte, die an den Gain-of-Function Experimenten mit Coronaviren im chinesischen Wuhan beteiligt gewesen war.

Regime Change

USAID hat in verschiedenen Ländern eine dubiose Rolle gespielt, um die geopolitischen Interessen Amerikas durchzusetzen. Einige Beispiele:

Kuba (2010-2012): USAID finanzierte dort laut Guardian eine Plattform namens ZunZuneo, die als "kubanisches Twitter" bekannt wurde. Ziel war es, die Regierung in Havanna zu destabilisieren, indem man junge Leute mobilisierte. Die verdeckte Einflußnahme kam 2014 ans Licht der Öffentlichkeit.
Bolivien (2000er Jahre): USAID soll laut New York Times Oppositionsgruppen gegen den damaligen Präsidenten Evo Morales unterstützt haben, was zu Spannungen zwischen Amerika und Bolivien führte. Morales verwies die Agentur deswegen 2013 des Landes.
Afghanistan und Pakistan (2000er Jahre): USAID-Programme wurden laut Guardian als Deckmantel für CIA-Operationen genutzt. Ein von der Organisation gefälschtes Impfprogramm in Pakistan führte dazu, daß das Vertrauen in das dortige Gesundheitssystem geschwächt wurde.
Rußland (2012): USAID-Mitarbeiter wurden laut Spiegel aus Rußland ausgewiesen, weil sie insgeheim Wahlen beeinflußt und Oppositionsgruppen unterstützt haben sollen. Die Regierung in Moskau betrachtet die Agentur als "CIA-Frontorganisation".
Weitere Enthüllungen Musks teilte der republikanische Senator John Kennedy aus Louisiana der Öffentlichkeit am 7. Oktober in einer Anhörung mit: "Er entdeckte, daß die amerikanischen Steuerzahler Geld nach Afghanistan, in den Jemen und nach Syrien schicken. (…) Darüber hinaus fand er heraus, daß USAID 164 Millionen Dollar ausgegeben hatte, um radikale Organisationen auf der ganzen Welt zu unterstützen. Davon flossen 122 Millionen Dollar an Gruppen, die in Verbindung mit ausländischen Terrororganisationen stehen. (…)
Noch beunruhigender war für Musk die Erkenntnis, daß USAID Mahlzeiten im Wert von zehn Millionen Dollar an eine mit al-Qaida verbundene Terrorgruppe namens Nusra-Front (in Syrien) gespendet hatte." Darüber hinaus habe die Organisation "mit 1,5 Millionen Dollar die LGBT-Bewegung in Jamaika" unterstützt, "mit weiteren 1,5 Millionen Dollar den Wiederaufbau des kubanischen Medienökosystems und mit 1,5 Millionen Dollar Kunstprojekte zur Inklusion von Menschen mit Behinderungen in Weißrußland".

Schluß mit lustig

Mit der aus US-Steuergeldern finanzierten Regime-Change-, Terroristen-, Genforschungs- und Wokeness-Unterstützung soll nun Schluß sein. Trump ließ alle USAID-Programme einfrieren, alle Mitarbeiter wurden beurlaubt, der Personalbestand soll von derzeit 10.000 auf 300 Personen zusammengestrichen werden. Zwar wurden auch hier schon Klagen eingereicht, doch die Agentur bleibt vorerst handlungsunfähig. Damit wurde dem Deep State ein erster schwerer Schlag versetzt. Und Beobachter sind sich sicher: Weitere werden bald folgen.
Dieser Artikel erschien im COMPACT-Magazin 03/2025.<<

17.02.2025

BRD: Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 17. Februar 2025 (x1.495/…): >>**Karnevals-Umzüge aus Sicherheitsgründen abgesagt: Zeit für Volksfeste ohne Terror!**

Deutschland kapituliert vor dem Terror: Nach 16 Jahren CDU-Bundesregierung und dreieinhalb Jahren Ampel-Regierung haben mehrere Städte ihre Karnevalsumzüge abgesagt, weil die Sicherheitsauflagen nicht mehr finanzierbar waren. Im hessischen Marburg entfällt der traditionelle Rosenmontagszug, weil die Veranstaltung mit den dazugehörigen Absperrungen einfach zu teuer sei.
Im bayerischen Kempten wird der Karnevalsumzug ebenfalls abgesagt, weil es die Auflage gab, daß Zufahrten zur Umzugsstrecke mit Betonquadern geschützt werden müssen. In Erfurt wird zwar am "Rathaussturm" festgehalten, doch der Faschingsumzug im Januar wurde mit Blick auf die teuren Sicherheitsanforderungen gleichfalls gestrichen.
Das ist die Realität in unserem Land - herbeigeführt von CDU, CSU und Ampel-Parteien: Unsere Lebensart verschwindet schrittweise, weil Messer-Migranten und islamistische Terrori-

sten längst die Spielregeln des Zusammenlebens bestimmen. Während tausende Migranten durch unsere Staatsgrenzen einfach hindurchspazieren können, werden unsere Volksfeste geschützt wie ein Hochsicherheitstrakt im Gefängnis. Die Karnevals-Absagen unterstreichen so kurz vor der Bundestagswahl mehr als deutlich: Wenn wir die etablierten Parteien nicht stoppen und abwählen, dann werden wir unser Land und unsere Lebensart verlieren!
Für die AfD steht außer Frage: Wir wollen in einem Land mit konsequent geschützten Grenzen leben, damit unsere Volksfeste und Großveranstaltungen keinen Terrorschutz benötigen. Der Blick nach Polen, Tschechien oder Ungarn zeigt, daß alltägliche Terrorgefahr kein Naturgesetz ist, sondern mit vernünftiger Politik verhindert werden kann.
Selbstverständlich müssen zudem illegale und straffällige Migranten abgeschoben werden. Das geht aber nicht mit einer CDU, die in den CDU-regierten Ländern ihren Abschiebungspflichten nicht nachkommt - und die es gar nicht erwarten kann, mit den grünen Deutschland-Abschaffern eine Bundesregierung zu bilden. Es ist Zeit für eine Politikwende. Es ist Zeit für Volksfeste ohne Terror!<<
Das deutsche Multipolar-Magazin berichtet am 17. Februar 2025 (x1.499/…): >>**Merz-Gegner warnen vor "Blackrock im Kanzleramt"**
Publizist: Friedrich Merz arbeitete jahrelang für Blackrock-Expansion in Deutschland / Blackrock größter Aktionär bei deutschen Wohnkonzernen, verdient bei grüner und fossiler Energie gleichzeitig sowie bei Rüstung und Wiederaufbau / Wirtschaftsminister Habeck machte Ex-Blackrock-Ökonomin zu Abteilungsleiterin
Ein möglicher Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) würde Kritikern zufolge "Blackrock", dem größten Vermögensverwalter der Welt, mehr Zugriff auf die deutsche Politik und Gesellschaft verschaffen. Merz war bei seiner früheren leitenden Tätigkeit für die Investmentgesellschaft dafür verantwortlich, deren Expansion in Deutschland voranzutreiben, betonte der Publizist Werner Rügemer bei einem Vortrag unter dem Titel "Blackrock im Kanzleramt" am 7. Februar in Berlin.
Wiederholte Kritik kam auch vom Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW). Anstatt den Mittelstand zu schützen wolle die Union wohlhabenden Großunternehmen 100 Milliarden Euro an Steuern schenken kritisierte Wagenknecht bei einem Wahlkampfauftritt Ende Januar. Dies sei "Blackrock-Kapitalismus".
Merz war von 2016 bis 2020 Aufsichtsratschef des deutschen Blackrock-Ablegers. Zudem war er von 2005 bis 2021 bei der US-Kanzlei Mayer Brown als Senior Counsel für die Betreuung von wichtigen Kunden aus der Großindustrie zuständig, vor allem von DAX-Konzernen. "Merz verdiente Millionen mit gut dotierten Jobs in Aufsichts- und Beiräten und mit Aufträgen für Großkonzerne", heißt es in einem Beitrag des regierungsfinanzierten Medienunternehmens "Correctiv".
Merz selbst kommentiert das Thema Blackrock nicht. Seit dessen Rückzug vom Posten des Aufsichtsratschefs zugunsten seiner politischen Tätigkeit besteht laut Dirk Schmitz, Deutschland-Chef von Blackrock, kein engerer Kontakt zwischen dem CDU-Politiker und dem Vermögensverwalter. "Seitdem haben wir keine Berührungspunkte mehr - jeder muß selbst entscheiden, wen er wählt", zitiert ihn T-Online.
Bedenken an der Kandidatur von Friedrich Merz vor dem Hintergrund seiner Verflechtung mit Blackrock würden im Bundestag jedoch nur selten thematisiert, hieß es beim Vortrag in Berlin. Eine Ausnahme bildeten die Reaktionen auf seine Teilnahme an einem Abendessen beim Weltwirtschaftsforum im Januar in Davos, zu dem Blackrock-Chef Larry Fink geladen hatte. So hatte etwa SPD-Fraktionschef Rolf Mützenich dem CDU-Kanzlerkandidaten vorgeworfen, er setze in der Außen- und Sicherheitspolitik auf "Deals", um US-Präsident Donald Trump "zu beschwichtigen".
Merz solle sich hüten, seine Erfahrungen als "Finanzjongleur" auf die deutsche Außenpolitik

zu übertragen, forderte Mützenich. Ähnlich äußerte sich der Vorsitzende der Linkspartei Jan van Aken. Der Auftritt des CDU-Politikers in Davos sei "instinktlos und völlig deplaziert" gewesen. Für ihn sei es ein Zeichen dafür, daß Merz immer noch eher das Format eines Finanzlobbyisten als das eines Staatsmannes habe.
Werner Rügemer sagte im Vortrag, das von Blackrock verwaltete Vermögen belaufe sich inzwischen auf 11,6 Billionen US-Dollar. Doch die Investmentgesellschaft sei mehr als nur ein "Vermögensverwalter für die Superreichen". Längst habe sich Blackrock Einfluß als größter Aktionär in einer großen Bandbreite von Bereichen erkauft. So investiere der Vermögensverwalter in der US-Politik sowohl auf Seiten der Demokraten als auch auf Seiten der Republikaner, verdiene bei fossiler wie bei grüner Energie mit und sei Großaktionär in zahlreichen Banken sowie bei einflußreichen US-Medien jedweder Couleur, von der Tageszeitung "New York Times" bis zum Fernsehsender "Foxnews".
Ebenso verdiene Blackrock durch Investitionen in die Rüstungswirtschaft, aktuell in der Ukraine und im Nahen Osten. Zugleich soll Blackrock den Wiederaufbau der Ukraine koordinieren und sie nach Willen von Vorstandschef Larry Fink zum "Leuchtfeuer für die Kraft des Kapitalismus" machen. Je mehr mittels Rüstungsindustrie zugunsten der Blackrock-Aktionäre zerstört werde, desto lukrativer werde für sie auch die Re-Industrialisierung der Ukraine, erläuterte Rügemer.
Friedrich Merz eifere US-Präsident Donald Trump nach, auch bezüglich einer einträglichen Ausbeutung von Kriegsgebieten wie der Ukraine. Rügemer ist Mitbegründer der zivilgesellschaftlichen Initiative "Blackrock Tribunal", die seit 2020 durch Tagungen und Veranstaltungen kritisch über die Aktivitäten des Vermögensverwalters berichtet.
Allerdings brauche es keinen Kanzler Merz, um Blackrock Einfluß hierzulande zu verschaffen, räumt Rügemer ein. Schon unter Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) sei der Vermögensverwalter in die Riege der größten Investoren in den 150 größten deutschen Unternehmen und Banken aufgestiegen. Auch sei Blackrock längst größter Aktionär bei Wohnungskonzernen wie Deutsche Wohnen und Vonovia, und die negativen Auswirkungen seien für die Bevölkerung in Form von gestiegenen Miet- und Nebenkosten und gestiegenen Kaufpreisen für Eigentumswohnungen, die aus Mietwohnungen überführt worden sind, direkt spürbar.
Mit Elga Bartsch sitzt bereits seit Januar 2023 eine ehemalige Blackrock-Funktionärin im deutschen Wirtschaftsministerium. Minister Robert Habeck (Grüne) erklärte bei ihrer Ernennung zur Abteilungsleiterin Wirtschaftspolitik im Januar 2023, Bartsch sei eine international renommierte Ökonomin und dank ihrer Expertise ein großer Gewinn für das Ministerium. Bartsch hatte zunächst am Institut für Weltwirtschaft in Kiel gearbeitet, war dann über zwanzig Jahre lang Europa-Chefvolkswirtin der Investmentbank Morgan Stanley und leitete anschließend das Volkswirtschafts- und Kapitalmarkt-Research des Blackrock Investment Instituts in London.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 17. Februar 2025 (x1.493/…): >>**Das große Jammern nach der Vance-Rede**
Von *Sven Eggers*
Es war eine epochale Rede, mit der J. D. Vance am Freitag die Münchner Sicherheitskonferenz aufmischte. Jeder Satz ein Paukenschlag! …
Was für ein Auftritt! Auch zwei Tage später hallen die Worte von US-Vizepräsident J. D. Vance im Rahmen der Münchner Sicherheitskonferenz noch nach. Gefahr drohe uns nicht durch Rußland oder China, sondern von innen, von den Regierungen in Europa, von der Clique in Berlin. Er bezog sich auf die annullierte Wahl in Rumänien, aber auch auf die Brandmauer in Deutschland. Die versteinerten Gesichter der anwesenden Polit-Prominenten waren wunderbar anzusehen. Vance: "Es gibt keine Sicherheit, wenn man die Stimmen der eigenen Bevölkerung fürchtet!"

Vertreter der BRD-Kartellparteien heulten entsprechend laut auf. Die Rede sei "nicht akzeptabel" gewesen, beeilte sich SPD-Verteidigungsminister Boris Pistorius zu erklären - und bemerkte dabei gar nicht, daß er damit den Trump-Vize ja bereits bestätigt. Denn: Andere Meinungen sind immer akzeptabel, darum geht es ja gerade! Pistorius betonte ferner, er sei stolz auf "ein Land, das seine Demokratie jeden Tag verteidigt, gegen innere und äußere Feinde".

Scholz quengelt

Noch-Bundeskanzler Scholz ereiferte sich in einer Art Gegenrede einen Tag später und sprach von "Ungehörigkeiten" der amerikanischen Seite und rückte die AfD dann auch noch in die NS-Nähe. Via X quengelte er:

"Ich weise ausdrücklich zurück, was US-Vizepräsident Vance bei der Münchner Sicherheitskonferenz gesagt hat. Aus den Erfahrungen des Nationalsozialismus haben die demokratischen Parteien in Deutschland einen gemeinsamen Konsens: Das ist die Brandmauer gegen extrem rechte Parteien."

Besonders undiplomatisch ging auch der grüne Kanzlerkandidat Robert Habeck zu Werke: "Das, was Vance gestern gemacht hat, geht ihn nichts an. So klar muß man das sagen", so pöbelte er im RTL-Interview herum. Und: "Kümmere Dich um Deinen eigenen Kram, da gibts Aufgaben genug in den USA." Fritze Merz, Wunschkanzler der CDU, beklagte einen "übergriffigen Umgang mit den Europäern, insbesondere mit uns Deutschen.

Sachsens CDU-Ministerpräsident Michael Kretschmer war ebenfalls ganz aus den Häuschen: Die Äußerungen bezüglich der Brandmauer seinen "eine Frechheit". FDP-Kriegsfreundin Marie-Agnes Strack-Zimmermann will einen "Riß in der transatlantischen Beziehung" ausgemacht haben und attestierte J. D: Vance einen "bizarren intellektuellen Tiefflug".

In kürzester Zeit …

"Die Rede war verstörend", klagte indes der außenpolitische Sprecher der SPD, Nils Schmid. Empörung auch bei Konstantin von Notz, Fraktionsvorsitzender der Grünen, gegenüber dem Handelsblatt: "Das Agieren der Trump-Administration ist eine Tragödie für die gesamte freie Welt."

Die ganze Situation erinnert an 1989, als Michail Gorbatschow den abgehalfterten SED-Genossen ins Stammbuch schrieb: "Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben." Auch BRD-Medien erahnen, was die Stunde geschlagen hat. Die Berliner Morgenpost bringt zu Papier: "Jetzt sieht es so aus, als müßte in kürzester Zeit die Aufgaben- und Rollenverteilung in den transatlantischen Beziehungen ganz neu ausgehandelt werden." Da dürfte das Blatt richtig liegen.

"Die Trump-Regierung hat sich eine neue Welt gebaut, in der Europa kaum noch vorkommt", staunt die Nürnberger Zeitung. Die Augsburger Allgemeine versucht's mit unbeirrter Haltung: "Es gibt Gründe, den Europäern die Leviten zu lesen: Das Knausern bei den Verteidigungsausgaben, die zögerliche Hilfe für die Ukraine. Der Zustand von Europas Demokratien aber - der muß nicht die Sorge der Regierung Trump sein, der sich mit Tesla-Gründer Elon Musk daran macht, die USA zu einer Art Tech-Autokratie umzubauen."

Ja, er meint es so!

Die Rheinische Post wittert: "Der 14. Februar 2025 wird in die Geschichtsbücher eingehen." Und dann: "Nun also hat der amerikanische Vizepräsident die deutsche Parteienlandschaft vermessen und ist zu dem Schluß gekommen: Für Brandmauern gebe es hierzulande keinen Raum. Der deutschen Politik damit faktisch nahezulegen, doch bitte auch mit der in Teilen rechtsextremen AfD zusammenzuarbeiten, ist Vance' sehr eigene Version von 'Tear down this wall'. Und ja, er meint das ernst."

US-Präsident Trump hat die Rede seines Stellvertreters ausdrücklich gelobt, Sender Fox News befindet, Vance habe "eine kraftvolle Rede" gehalten, die hinter die Kulissen schaue und offenbare, was in Europa wirklich vor sich gehe. Das spanische Onlineformat ElDiario hingegen

mahnt: "Entweder, wir stellen uns der Situation jetzt, oder wir werden Zeige des Zerfalls der Union." Die portugiesische Tageszeitung Correio da Manha wählt ein anderes Bild: "Vance kommt aus einem isolationistischen Amerika, das die Welt mit dem egoistischen Interesse eines Lebensmittelhandels oder Bauerbeiters betrachtet."
In Deutschland ordnete AfD-Kanzlerkandidatin Alice Weidel die Ansprache als "exzellent" ein. Sie hatte sich, im Gegensatz etwa zu Kanzler Scholz, auch mit J. D. Vance zu einem etwa 30-minütigen Meinungsaustausch getroffen. Aus dem Mainstream kann allein die FAZ inhaltlich folgen: "Wer wollte noch ernsthaft bestreiten, daß die unkon-trollierte Masseneinwanderung zu einem großen Problem in Europa geworden ist? Daß zu Konferenzbeginn in München ein Anschlag stattfand, spricht für sich selbst. Auch andere Beispiele, die er nannte, waren nicht aus der Luft gegriffen."
Die FAZ erstaunlich deutlich weiter: "Daß in Rumänien, einem EU- und NATO-Mitglied, eine Präsidentenwahl mit fadenscheiniger Begründung annulliert wurde, ist besorgniserregend und in Europa viel zu nonchalant hingenommen worden. Daß AfD und BSW nicht an der Münchner Konferenz teilnehmen durften, ist angesichts des Zuspruchs, den sie bei den Wählern finden, kein Ausweis pluralistischer Diskursfähigkeit."
Auch der US-Vize spielt in unserem Sonderheft "Trump - Seine Leben. Seine Politik. Sein großes Comeback" eine wesentliche.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 17. Februar 2025 (x1.493/…): >>**Dresden: Tausende gedenken der Bombentoten**
Von *Michael Brück*
Rund 4.000 Teilnehmer folgten am vergangenen Samstag dem Aufruf der Initiative "Dresden Gedenken" zum Trauermarsch für die Bombentoten des 13./14. Februar 1945 - so viele, wie seit über 10 Jahren nicht mehr. Anders als früher hatten linksextreme Blockaden keine Chance. …
Ab Mittag sammelten sich die Teilnehmer, begleitet von einem großen Polizeiaufgebot, vor dem Bahnhof Dresden-Mitte. Zu diesem Zeitpunkt versuchten Linksextremisten zwar, Blokkaden auf der Wegstrecke durchzuführen, die Polizei, nach Eigenangaben mit rund 1800 Beamten vertreten, zeigte sich jedoch gewillt, die Gedenkveranstaltung durchzusetzen und beendete die Blockadeversuche bereits nach wenigen Augenblicken.
Wie groß der Andrang, angemeldeten waren ursprünglich rund 2000 Teilnehmer, in diesem Jahr war, wurde kurz vor Versammlungsbeginn deutlich: Die Versammlungsfläche mußte sogar noch auf anliegende Straßen erweitert werden, damit alle Teilnehmer Platz finden konnten.
Dresdner Oberbürgermeister mitten im Antifa-Pulk
Nach mehreren Redebeiträgen, u.a. von internationalen Vertretern aus Tschechien und Ungarn, sowie durch den Hauptorganisator der Gedenkveranstaltung, Lutz Giesen aus dem mittelsächsischen Leisnig, setzte sich der lange Gedenkzug durch die Dresdner Innen- und Altstadt in Bewegung. Am Rande tobte zwar der linksextreme Mob, doch abgesehen von einigen Schneebällen, die ihren Weg in Richtung des friedlichen Aufzuges fanden, blieben ernsthafte Störungen aus.
In Höhe des Dresdner Zwingers bot sich den Demonstranten jedoch ein anderes, interessantes Bild: Mitten im linksextremen Pulk, neben vermummten Anhängern der Antifa und einem Banner mit der Aufschrift "Nazis töten.", stand Dresdens FDP-Oberbürgermeister Dirk Hilbert. Kein Wunder, daß seine FDP in Sachsen bei der letzten Landtagswahl bei weniger als einem Prozent gelandet ist - Wahlwerbung dürfte auch dieser Auftritt eher nicht gewesen sein.
Großes Interesse an einem der wichtigsten jährlichen Termine der deutschen Rechten
Bis zum Jahr 2011 war das jährliche Dresden-Gedenken die größte Veranstaltung der nationalen und patriotischen Rechten, organisiert von der Jungen Landsmannschaft Ostdeutschland

(JLO, bis zur Namensumbenennung als Junge Landsmannschaft Ostpreußen bekannt) und mit einem Teilnehmerspektrum, das von konservativen Kreisen und Burschenschaften über die damals tonangebenden Rechtsparteien bis zur parteifreien, subkulturellen Szene reichte.
Teilnehmerzahlen um die 10.000er-Marke waren Anfang der 2000er keine Seltenheit. Durch massive Gegenmobilisierung, verbunden mit schwersten Ausschreitungen, wurde das Gedenken jedoch in den Folgejahren verhindert, fand teilweise nicht mehr als Großveranstaltung an einem Samstag statt und verlor seine Anziehungskraft. Bis zum 80. Jahrestag im Jahr 2025: Der erfolgreiche Verlauf der Veranstaltung und eine Vervierfachung der Teilnehmerzahl im Vergleich zum Vorjahr unterstreichen den Wunsch vieler Menschen, in zentraler Form der alliierten Terrorangriffe auf Dresden zu erinnern.
Wir treten den Lügen und der Hetze entgegen: Unsere Geschichtsausgabe "Dresden 1945. Die Toten, die Täter und die Verharmloser" bietet eine fundierte Darstellung der Bombardierung und Fakten zur Zerstörung der Elbmetropole, die in der öffentlichen Debatte unter den Tisch fallen. Wir streiten für die Wahrheit und ehren die Opfer!<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 17. Februar 2025 (x1.493/…): >>**Weidel: Höcke kann Minister!**
Von *Daniell Pföhringer*
Am vergangenen Wochenende traf sich AfD-Kanzlerkandidatin Alice Weidel in München nicht nur mit US-Vizepräsident J. D. Vance, sie gab auch der Bild-Zeitung ein bemerkenswertes Interview, in dem sie unter anderem das frühere Ausschlußverfahren gegen Thüringens AfD-Chef Björn Höcke als "Fehler" bezeichnete. …
Etablierte Politiker und Mainstream-Medien sind empört: Am Rande der Münchner Sicherheitskonferenz hat sich AfD-Kanzlerkandidatin Alice Weidel mit US-Vizepräsident J. D. Vance zu einem 30-minütigen Gespräch getroffen. Dabei soll es unter anderem um die friedliche Beilegung des Ukraine-Konflikts und die Brandmauer gegangen sein. Letztere hatte Vance in seiner Rede bei der Sicherheitskonferenz ebenso kritisiert wie die Tatsache, daß kein Vertreter der stärksten Oppositionspartei zu der Veranstaltung geladen war.
Ausschlußverfahren gegen Höcke war "Fehler"
Offenbar hat Weidel auch noch einen Interview-Termin absolviert, denn in ihrer heutigen Ausgabe druckt die Bild-Zeitung ein Gespräch mit der AfD-Vorsitzende ab, in dem sie nicht nur zu außenpolitischen Fragen Stellung nimmt, sondern es auch als "Fehler" bezeichnete, 2017 ein Parteiausschlußverfahren gegen den Thüringer AfD-Chef Björn Höcke unterstützt zu haben.
Wörtlich sagte Weidel: "Also Björn Höcke und ich, wir verstehen uns sehr gut und wir haben uns über die Jahre kennengelernt. Ich glaube, der Parteiausschluß war damals völlig überzogen. Fehler kann jeder machen."
Auf die ungläubige Nachfrage des Bild-Journalisten "Das war ein Fehler, daß Sie ihn damals rauswerfen wollten?" bekräftigte die AfD-Kanzlerkandidatin noch einmal:
"Ja, natürlich. Ich habe ihn kennengelernt und der Mann ist bodenständig. Er ist ein ehemaliger Lehrer, extrem breit gebildet. Das gefällt mir an Leuten, das ist sehr selten geworden bei den Politikern, daß sie auch breitengebildet sind oder überhaupt eine Ausbildung haben. Und dementsprechend schätze ich ihn. Und er ist in Thüringen unglaublich beliebt, weil er eben so ist. Er ist eigentlich ein sehr freiheitsdenkender Mensch."
Daß Höcke laut einem Gerichtsurteil als "Faschist" diffamiert werden darf, ist für Weidel irrelevant. "Also Entschuldigung, das, was Gerichte irgendwie von sich geben, dem kann ich überhaupt gar nichts mehr beimessen. Man darf mich ja auch beschimpfen", so die AfD-Chefin.
Zugleich zweifelte sie die Unabhängigkeit der Justiz in der Bundesrepublik an. "Wir haben auch keine unabhängigen Staatsanwaltschaften. Das sehen wir, wenn wir dann den Habeck als

Schwachkopf bezeichnen, daß dann gleich die Staatsanwaltschaft einen Rentner mit einer behinderten Tochter durchsucht. Also was hier in diesem Land vor sich geht, das haut dem Faß den Boden aus", so Weidel.
Auf die Frage, ob Höcke denn auch für ein Ministeramt in Frage käme, antwortete Weidel kurz und knapp mit "Ja". Diese Passage aus dem Interview ist auch deshalb höchst bemerkenswert, weil sich Weidel bislang noch nie so klar und deutlich hinter ihren Thüringer Parteifreund gestellt hat.
Gutes Verhältnis zu USA, Rußland und China
Weidel bekräftigte in dem Gespräch mit Bild, daß sie gute Beziehungen sowohl zu Rußland als auch zu China und den USA anstrebe. Die AfD-Chefin im O-Ton:
"Mit jedem brauchen wir ein Einverständnis der Großmächte. Und im Übrigen sind China und die USA unser größter und immer noch wichtigster Handelspartner. Wir werden nicht mehr ernst genommen. Und das völlige Versagen, das völlige Versagen von Führung und Leadership in Brüssel. Man nimmt uns gar nicht mehr ernst und das möchte ich persönlich so schnell wie möglich abstellen."
Zu Rußland erklärte Weidel: "Wir wollen gute Beziehungen haben. Was hat die deutsche Bundesregierung die letzten fast drei Jahre gegen Rußland gemacht? Wir haben an der Eskalationsspirale gedreht. Es wurde verbal, finanziell und auch mit Waffen gegen Rußland aufmunitioniert. Seit dem Zweiten Weltkrieg rollen deutsche Panzer wieder gegen Rußland. Absolut geschichtsvergessen, wenn Sie mich fragen."
Auf die mehrfache Nachfrage, ob es denn von ihr keine Kritik an Moskau gebe, verwies die AfD-Chefin unter anderem auf den US-Präsidenten. "Ja, das hat Donald Trump ja auch nicht", so Weidel. Man muß sich doch an den Verhandlungstisch setzen. Man muß doch miteinander reden. Nichts anderes haben wir als AfD gesagt, daß wir in Friedensverhandlungen eintreten müssen. Und das halte ich allein für eine seriöse Politik. Und vor allen Dingen müssen wir eine uns selbst schädigende Sanktionspolitik unbedingt beenden."
Ja zur Remigration
Schließlich ging es in dem Interview auch um das Reizwort Remigration, zu dem sich Weidel beim Wahlkampfauftakt der AfD in Riesa bekannt hatte. Die AfD-Chefin hierzu:
"Der Begriff Remigration bedeutet die Umsetzung von Recht und Gesetz. Seit 2015, seit zehn Jahren, wird hier von Seiten der Regierung gegen Recht und Gesetz verstoßen. Menschen können illegal in unser Land kommen. Sie werden nicht abgeschoben, obwohl sie sich illegal hier aufhalten und/oder Straftaten begehen. Und wir sagen ganz klar: Wir müssen die Grenzen dichtmachen."
Und weiter: "Wir müssen unsere Grenzen kontrollieren und Illegale zurückweisen. Wir müssen Straftäter ausweisen. Sofort. Die dürfen gar nicht hier sein. Und illegal Migranten auch. Nichts anderes bedeutet Remigration." …<<
Ungarn: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 17. Februar 2025 (x1.496/…): >>**Im Interview mit Tucker Carlson: Viktor Orbán macht sich über deutsche Regierung lustig!**
Tucker Carlson hat einen neuen Interview-Coup gelandet. Dieses Mal sprach der US-Starjournalist mit Ungarns Regierungschef Viktor Orbán. Das am vergangenen Wochenende veröffentlichte und auf YouTube mit deutschen Untertiteln dokumentierte Interview sollte man gesehen haben!
In dem einstündigen Gespräch analysiert Orbán nicht nur die Ursachen des europäisch-russischen Konfliktes. Ausführlich geht der Ungarn-Premier auch auf Deutschland ein. Die Rede kommt ab Minute 17:40 unter anderem auf die Sprengung der Nord-Stream-Gaspipelines. Bei Orbáns Antwort konnte sich Tucker Carlson das Lachen nicht verkneifen.
Carlson fragt: "Die Biden-Administration hat Deutschland den grünen ‚New Deal' mit

Sprengstoff aufgezwungen. Mit der Sprengung von Nord Stream. Ich verstehe es auf mehreren Ebenen nicht. Das größte Mitglied der NATO begeht also einen Akt des industriellen Terrorismus gegen das zweitgrößte Mitglied der NATO. Jetzt mal ehrlich: Wie kommt es, daß die NATO immer noch existiert? Und warum sagt niemand etwas dazu?"
Die diplomatische Antwort des ungarischen Ministerpräsidenten: "Wissen Sie, Ungarn ist ein kleines Land. Zehn Millionen Einwohner. Elefanten spielen in einer anderen Liga. Wenn das Ungarn passiert wäre, dann hätten wir Lärm gemacht, keine Frage. Aber wissen Sie: Das ist halt Deutschland."<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/36620" berichtet am 17. Februar 2025 (x1.494/…): >>**Heiko Schöning zu Impfung gegen Krebs: Trump, Microsoft und CIA programmieren KI-mRNA-Gentherapie**

Bereits im vergangenen Jahr 2024 warnte Kla.TV mit der nachfolgenden Sendung zur Vorsicht bei mRNA-basierten Krebsimpfungen. Nun stellt sich dieses "Menetekel" (unheilverkündende Warnung) als nackte, erschütternde Tatsache heraus. Schon im ersten Monat seiner zweiten Amtszeit liefert Donald Trump den unumstößlichen Beweis, den uns Dr. Heiko Schöning jüngst mitteilte. …
Heiko Schöning warnt: Kriminelle CIA-Organisation steckt hinter neuen KI-Genspritzen …
Der Reihe nach: Am 22. Januar 2025 trat US-Präsident Donald Trump mit drei halbwegs vorzeigbaren Investoren vor die Kameras und kündigte ein 500-Milliarden-Dollar-Paket an. Im Paket liegt eine unfaßbare künstliche Intelligenz. Eine KI. Wofür die KI gut sein soll, erklärte der Investor Larry Ellison von der Software-Firma Oracle: eine programmierte mRNA-Gentherapie, die er "Impfung gegen Krebs" nannte. Das Paket ist eine Mogelpackung - warum?
1. Gentherapien sind keine Impfungen. Sie verändern den Menschen genetisch.
2. Microsoft rühmte sich zwar bereits, mRNA programmieren zu können, aber Bill Gates war gar nicht zu sehen. Doch Microsoft ist hinter dem vierten Investor der Mogelpackung versteckt - MGX.
3. Auch der vierte Investor MGX war bei der Präsentation gar nicht anwesend, obwohl offiziell aufgeführt. Warum? Ein Scheich mit arabischem Kopftuch und dunkler Sonnenbrille - wie auf www.mgx.ae zu sehen - wäre neben Trump im Oval Office (Präsidenten-Büro im weißen Haus) wohl wenig vertrauenswürdig erschienen.
4. Im September 2024 hatte MGX mit Microsoft und BlackRock einen 100-Milliarden-Dollar-Vertrag unterschrieben für KI und deren mRNA-Anwendungen.
5. Und jetzt wird es spätestens kriminell. Die neuen Fabriken für mRNA-Impfspritzen gegen Krebs stehen - wie in "Game Over" Band 2 beschrieben - bei der Firma National Resilience (ein technologieorientiertes Bioproduktionsunternehmen) bereit. Chris Darby von der CIA ist dort Direktor.
Wollen Sie der CIA vertrauen? Der CIA, die für Mord, Putsch und Folter steht? Für die KI-Infrastruktur, um personalisiert mRNA für jeden Bürger programmieren zu können, wollen Trump und das "Microsoft Oracle Kartell" 500 Milliarden Dollar ausgeben ab 2025. Ein Bombengeschäft, sofern die meisten wieder verführt werden, diese Bomben in unsere Körper zu lassen. Diese mRNA-Gentherapien - nur genannt Impfung - greifen nicht nur das Mikrobiom an, sondern verändern das Individuum an sich. Aufklärung jetzt! Mehr dazu und Quellen auf meinem Telegram-Kanal "Heiko Schöning offiziell".
In einem Interview mit dem österreichischen Internet-Sender Auf1 (kla.tv./27249) erklärte der renommierte Arzt und Buchautor Dr. Heiko Schöning, daß sowohl Biowaffen als auch Krebstherapeutika Zellgifte sind. Die Unterschiede, so Dr. Schöning weiter, zwischen Biowaffentests und Krebsstudien sind lediglich die unterschiedlichen Schreibweisen. Kla.TV strahlte dieses Interview am 21.10.2023 für Sie aus.

Wie kommt der ehemalige Onkologe aus der Berliner Charité zu einer solchen Aussage?
Dr. Schöning begründet seine Aussagen mit einem Rückblick in die Geschichte:
Seine nachfolgenden Aussagen gründen sich auf Recherchen bis zurück ins Jahr 1972. Damals gab es ein offizielles, international einvernehmliches Verbot aller Biowaffen-Programme. Sie durften nirgends auf der Welt eingesetzt, nicht produziert und nicht gelagert werden. Dies soll, laut Dr. Schönings Angaben, der damalige US-Präsident Richard Nixon gesagt haben.
Was ist merkwürdig an dieser Aussage des ehemaligen Präsidenten? Richard Nixon war der beste Trickser der Mafia, des weltweiten, organisierten Verbrechens, was laut Dr. Schöning gut belegbar ist. Ja, sogar sein offizieller Spitzname "Tricky Dick" läßt nichts Gutes erahnen. Nixon hatte also für alle Welt ein Verbot von Biowaffen befürwortet, aber die US-eigene Biowaffenforschung hatte er in den USA umbenannt und gut versteckt.
Das allerorts recht bekannte Hochsicherheitslabor der US-Streitkräfte für Biowaffen in Maryland, damals noch lediglich "Fort Detrick" genannt, beschäftigte sich mit der Erforschung tödlicher biologischer Waffen. Und genau dieses Biowaffenlabor, der ganze Komplex, wurde plötzlich mit einem neuen Schild versehen: mit NCI "National Cancer Institute" - also Nationales Krebsforschungs-Institut!
Das muß wirklich verstanden werden, fährt Dr. Schöning fort. Hierzu ein Einblick in das Interview:
"Die gleichen Forscher, die gleichen Gebäude blieben dort, und es war jetzt offiziell Krebsforschung. Und was wir gesehen haben, ist tatsächlich, daß in dieser Sparte die Gewinnzahlen, aber auch die Todeszahlen, enorm gestiegen sind. Das ist ein ganz wichtiger Punkt, den man verstehen muß, daß wir tatsächlich in einer großen Vorbereitung waren. Diese Biowaffen wurden halt ausgesetzt.
Und ein Cover war es zum Beispiel, also eine Verdeckung, daß diese Biowaffenforscher plötzlich dann nach einer Impfung gegen Krebs jahrzehntelang geforscht haben. Das ist jetzt wieder in Vergessenheit geraten. Und ganz aktuell, um daran anzuknüpfen, hören wir heute, mRNA-Impfstoffe, also tatsächlich experimentelle Gentherapien gegen Krebs, werden uns heute nun verkauft."
Dies erscheint besonders absurd, liebe Zuschauer, da im Zuge der ersten mRNA-Kampagne gegen Covid-19 die Krebsraten und der Turbokrebs in die Höhe geschossen sind. Und plötzlich soll jetzt eine mRNA-Impfung die hohe Krebsrate und den Turbokrebs bekämpfen!
Denn was geschieht gegenwärtig?
Ugur Sahin, Gründer und Vorstandsvorsitzender von BioNTech, verkündete Ende 2023 einen Durchbruch in der Krebstherapie. Siegessicher gab er bekannt, daß BioNTech maßgeschneiderte mRNA-basierte Krebsimpfstoffe bereitstellen will. Der erste individualisierte Impfstoff soll noch vor 2030 zugelassen werden. Um den Impfstoff herzustellen, werden Blut- und Tumorproben des Patienten benötigt, woraus nach vier Wochen ein individualisierter Impfstoff entwickelt werden soll. Seine Ehefrau, Özlem Türeci, skizzierte gegenüber der BBC, wie die mRNA-Technologie hinter dem Covid-Impfstoff von BioNTech umfunktioniert werden könne, um das Immunsystem zu zwingen, Krebszellen anzugreifen.
Diese "Errungenschaft" gelte idealerweise nicht für hundert, sondern zehntausende Patienten im Jahr, so Sahins größenwahnsinniger "visionärer" Ausblick.
Ein kurzer Abriß zur Person Ugur Sahins läßt aufmerken:
Der Mediziner und Wissenschaftler Professor Ugur Sahin gehört, gemeinsam mit seiner Ehefrau Özlem Türeci, zu den führenden Entwicklern des Impfstoffes gegen Covid-19. Bereits im Januar 2020, als gerade der erste Fall von Covid-19 in Deutschland auftrat, prophezeite er, daß sich diese neu entdeckte Lungenkrankheit zu einer Pandemie ausbreiten würde.
BioNTech entwickelte infolgedessen unter der Leitung Sahins und seiner Ehefrau sehr schnell

den Impfstoff BNT162b2, der bereits im Dezember 2020 weltweit zugelassen wurde. Hochgelobt, mit Ehrendoktorwürde und unzähligen Preisen ausgezeichnet, fuhr er Milliardengewinne mit diesem Impfstoff ein und wurde (Stand 2021) mit einem Vermögen von 13,3 Milliarden USD zu einem der 500 reichsten Menschen der Welt.
Nun zur Frage, was BioNTechs und Sahins Covid-Injektionen der Menschheit brachten:
Kla.TV hat bereits in sehr vielen Sendungen Belege dafür gesammelt, daß dieser neu zugelassene mRNA-Impfstoff weder wirksam vor Corona schützt noch eine Ansteckung durch Corona verhindert. Schlimmer noch, ein Großteil der verängstigten und betrogenen Geimpften trug schwerste Impfnebenwirkungen davon.
Und Tausende von Todesopfern (kla.tv/24435) waren die Folge der weltweiten Impfkampagne. Eine weitere mögliche Folge der toxischen Bestandteile dieser Injektion ist der Turbokrebs. Das meint die Verschlimmerung einer bereits vorhandenen Krebserkrankung oder plötzlich auftretender Krebs kurz nach einer Impfung. (kla.tv/25098) Und dies ist in der aktuellen Entwicklung besonders wichtig zu beachten.
Daraus läßt sich schlußfolgern:
Sahins und BioNTechs hochgelobter mRNA-Krebs-Impfstoff wird wohl kaum den erhofften Durchbruch für die vielen Leidenden bringen. Denn wenn der erste eingefädelte Knopf, im Bilde gesprochen, bereits Turbokrebs verursachte, wie soll der nächste Knopf die Heilung fördern?
Hier würden schließlich keine gesunden Menschen vorbeugend gegen Krebs geimpft, sondern bereits krebskranke Menschen therapiert, und das mit mRNA-Impfungen, die nachweislich Turbokrebs verursacht haben.
So wie Richard Nixon 1972 eiskalt lügen konnte, als er lauthals verkündete, daß die Nutzung der ehemaligen Biowaffenlabore durch das neue Krebsforschungs-Institut ein deutliches Zeichen sei, daß Amerika seine Schwerter zu Pflugscharen umschlagen kann und werde, so wird auch der schwer reich gewordene Sahin sowie BioNTech als profitorientiertes Unternehmen nicht am Wohl der Menschen interessiert sein.
Noch ein letzter lehrreicher Blick in die Geschichte zur Untermauerung:
Dr. Schöning führte im Interview aus: "Richard Nixon gehörte nicht nur zur politischen Mafia, sondern auch wirklich zur klassischen Mafia. Er hatte selber direkte, viele Kontakte, und auch seine Förderer, seine Geldgeber, stammen aus diesem Milieu. Auch die ganz klassische Chicago-Mafia mit Al Capone und Meyer Lansky waren seine Unterstützer. Und es gibt tatsächlich auch eine Kontinuität, die sich über die Jahre der Präsidentschaft von Ronald Reagan weitergezogen haben.
Also Richard Nixon war derjenige, der die Biowaffenforschung versteckt hat, mit Kissinger zusammen. Und das Ganze war ein Trick, die Forschung ging weiter.
Auch Ronald Reagan kam von der Mafia. Und das ist wirklich der Fall. Und die Dimensionen muß man sich einmal vorstellen, was wir hier haben. Und die Kontinuität, da haben Sie Recht, geht halt weiter, bis zu Präsident Trump. Denn auch, wie ich in dem Buch ("Game Over" von Dr. Schöning) dargestellt habe, mit Belegen: Der Personalchef de facto von Donald Trump war Edwin Meese, die rechte Hand von Ronald Reagan. Und der hat über 200 seiner alten Reagan-Mafiosi in die Administration von Trump gesetzt.
Und unter Trump ist dieses Corona-Verbrechen erst weltweit ausgerollt worden und wird jetzt von den anderen weitergeführt. Das muß man einfach so sehen. Und mit dieser Biowaffenforschung kann man jetzt Erreger züchten, die zum Beispiel von sogenannten Terroristen ausgegeben werden. Und dann gibt es eine große Panik. Und die wirklichen Killer sind nicht Viren, sondern sind Bakterien. Und genau das wird eben auch vorbereitet. Und da werden jetzt Milliarden investiert. Und das Gefährliche ist, daß ich eben auch sehen kann, daß es wieder die gleichen Leute aus dem gleichen Stall sind.

Denn zum Beispiel die alte Chicago-Mafia - Meyer Lansky, Al Capone - wurde von einem Investmenthaus, also von einer Bank, gefördert. Das war Allen & Co. Und ein Direktor von Allen & Co. sitzt heute im Vorstand von National Resilience. (eine 2020 gegründete Tochtergesellschaft des BioNTech Unternehmens) Und ein weiterer Direktor ist Christopher Darby. Und der kommt direkt von der CIA. Christopher Darby ist auch Vorstand der CIA Officers Memorial Foundation und auch Chef der CIA-Investmentfirma In-Q-Tel. (US-amerikanisches Unternehmen, das sich aus dem Haushalt der CIA speist)
Also nochmal: Die heutige Firma, die die sogenannten Gegenmittel gegen Biowaffen, gegen die neuen Erreger und auch mRNA-Impfstoffe produziert, heißt National Resilience. Und die Direktoren kommen von Banken mit Mafiaverbindung und auch direkt von der CIA, namentlich Christopher Darby."
Betrachtet man BioNTechs Förderer, Geldgeber und Partner, ist es heute nicht anders als anno dazumal in den USA:
Die allermeisten der folgend aufgezeigten Partner von BioNTech wurden bereits einem eindeutig kriminellen Hintergrund zugewiesen, wie damals die Präsidenten Nixon und Reagan selbst auch. Dazu müßten Sie die Namen der Partner oder Stiftungen nur im Suchfeld von Kla.TV eingeben, sie werden, bis auf einige wenige, auf enthüllende Ergebnisse stoßen. Die Angaben zu den Partnerschaften entstammen offiziellen Wikipedia-Daten. Sie müssen sich nicht jeden Namen merken, wir listen sie nur der Vollständigkeit halber alle auf:
Genmab, Eli Lilly and Company, Siemens, Sanofi, Bayer Animal Health, Genentech von Roche, Genevant, Pfizer, Bill&Melinda-Gates-Foundation" (BMGF).
Im August 2019 wurde mit der BMGF eine Forschungs- und Entwicklungsvereinbarung im Bereich HIV und Tuberkulose sowie bis zu drei weiteren Infektionskrankheiten geschlossen. Das Engagement der Stiftung kann bis zu 100 Mio. USD betragen. Ein weiterer Partner ist InstaDeep, das am 31. Juli 2023 von BioNTech vollständig übernommen wurde.
Und jetzt noch einmal aufgepaßt: Seit 2007 ist das Unternehmen BioNTech mehrfach durch das BMBF (Bundesministerium für Bildung und Forschung), also mit Steuergeldern, gefördert worden. Und im Juni 2020 förderte das BMBF BioNTech mit bis zu 375 Millionen Euro im Rahmen eines Sonderprogramms zur Beschleunigung von Forschung und Entwicklung bezüglich des SARS-CoV-2-Impfstoffes.
Zu guter Letzt schließen wir also mit der ernst gemeinten Frage:
Nachweislich kann durch mRNA-Impfungen Turbokrebs entstehen, ebenso können schwere Autoimmunerkrankungen hervorgerufen werden. Ist es da nicht ein blanker Widerspruch, wenn Sahin behauptet, Krebs durch mRNA-Impfung bekämpfen zu können? Wer informiert ist, aus welchen Laboren diese Entwicklungen stammen, kann der noch glauben, daß Sahin und seine Frau zukünftig nach heilbringenden Lösungen für ein Problem suchen, das sie selbst kreiert haben? Verehrte Zuschauer, es gilt, dieser Entwicklung kein Vertrauen zu schenken, sondern sie genau zu beobachten und größte Vorsicht walten zu lassen.<<

18.02.2025

BRD: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 18. Februar 2025 (x1.498/…): >>**Mit CDU und SPD wird die Wirtschaft vernichtet**

Im sogenannten Kanzler-Duell am Sonntag, den 9. Februar bestätigten Merz für die CDU und Scholz für die SPD das Festhalten an der Energiewende mit dem Bau von noch mehr Windgeneratoren. Damit steigen die Stromkosten weiter und vertreiben die Industrie aus Deutschland.
Prof. Dr. Ing. *Hans-Günter Appel*
Sichere und bezahlbare Energie ist die Grundlage für unseren Lebensstandard. Ohne Energie läuft nichts in einer modernen Volkswirtschaft. Denn der Mensch ist zu schwach mit einer Leistung von 0,1 Kilowatt (kW). Er muß auf höhere Leistungen zugreifen. Ein Staubsauger

mit 1 kW leistet die Arbeit von 10 Teppichklopfern. Ein Auto mit 50 kW-Antrieb müßte von 500 Menschen geschoben werden. Diese Beispiele zeigen, wir haben heute Zugriff auf Leistungen, die vor 200 Jahren noch utopisch waren. Wir leben heute besser als die Fürsten und Könige der damaligen Zeit.
Wer Energie hat, hat Macht. Das ist eine alte Erkenntnis. Energie vervielfacht die Leistung des Menschen, treibt Maschinen, ermöglicht die Produktion von Dünger und Kunststoffen, gibt Licht in der Nacht, kurz: erleichtert unser Leben. Ohne Energie gibt es Kommunikation nur über reitende oder laufende Boten. Die Nacht kann nur schwach mit Kienspan-Flammen oder Kerzen erleuchtet werden. Die schnellste Fortbewegung ist Galopp zu Pferde. Die Beispiele lassen sich beliebig fortsetzen.
Die universellste Energie ist der Strom. Große Leistungen können durch einen dünnen Draht zum Verbraucher geleitet werden und dort Maschinen antreiben, Wärme und Licht erzeugen, Fernsehen und Internet ermöglichen usw. Strom ist die Basis unseres hohen Lebensstandards.
Mit hohen verfügbaren Leistungen wird die Produktion gesteigert.
Größere automatisierte Maschinen, überwacht und gesteuert über das Internet, produzieren immer mehr mit weniger Menschen. Das Produkt wird preiswerter selbst bei steigenden Löhnen. Das gilt aber nur, wenn preiswerte und verläßliche Energie verfügbar ist. Wir müssen in Zukunft eine höhere Produktivität erreichen, weil wir mit immer weniger Arbeitenden immer mehr Rentner versorgen müssen.

Wind- und Solarstrom sind keine Lösung

Dazu muß die Stromerzeugung deutlich gesteigert werden. Wind- und Solarstrom ist dafür nicht geeignet. Er ist Fakepower. Politiker und Regierung täuschen die Bürger mit der Behauptung, Deutschland könne mit diesem unzuverlässigen Strom sicher und immer preiswerter versorgt werden. Die Realität zeigt, mit jedem Windrad und mit jeder PV-Anlage steigt der Strompreis, und das Stromnetz wird geschwächt.
Eine Überschlagsrechnung zeigt, daß die Fläche von Deutschland nicht ausreicht, um mit Fakepower den Jahresstrombedarf zu decken, wenn auch alle Heizungen und Fahrzeuge auf elektrische Energie umgestellt werden. Daher müssen wir weiterhin die Energieträger Kohle, Erdöl und Erdgas nutzen, die noch für Jahrhunderte verfügbar sind. Die preiswerten Kernkraftwerke wurden auf ideologischen Druck abgeschaltet und zerstört. Ein Neubau wird zurzeit sehr teuer durch übertriebene Sicherheitsauflagen.
Für eine sichere und bezahlbare Stromversorgung bleiben uns nur die Kohle- und Gaskraftwerke. Es rächt sich, daß die deutsche Regierung die langfristigen Gasabnahmeverträge mit Rußland gestoppt hat. Deutschland hat mit dem Beginn des Ukraine-Krieges die Abnahme verweigert. Rußland war immer lieferbereit. Mit neuen Gaslieferungen nach Beendigung des Krieges wird Rußland für die Nichtabnahme Regreß fordern. Gas aus Rußland dürfte dann deutlich teurer werden.

Heimische Energieträger nutzen

Für eine sichere Stromversorgung sind die Braunkohlenkraftwerke unverzichtbar. Braunkohle ist der einzige nennenswerte heimische Energieträger. Ohne sie ist Deutschland voll von Importen abhängig und damit leicht von vielen Ländern erpreßbar. Um die Abhängigkeit weiter zu mindern, müssen wir die Gas- und Ölreserven in Deutschland nutzen und mit Fracking aufschließen. Es ist politische Heuchelei, mit Fracking gewonnenes Erdöl und Erdgas aus den USA zu importieren, hier aber Fracking zu verbieten. Die Öl- und Gasreserven in Deutschland reichen noch für viele Jahrzehnte.
Doch diese Fakten werden von den "grünen" Politikern fast aller Parteien nicht beachtet. Im Gegenteil. Sie wollen weiter die Energiewende durchsetzen. So wurde im Bundestag nach stundenlangem Streit über die Brandmauer ganz schnell und ohne Aufschrei in den Medien mit den Stimmen von CDU, SPD, Grünen das Gesetz zur "Anpassung des Treibhaus-Gas-

Emissionshandelsgesetzes an die Änderungen der EU-Richtlinie" verabschiedet. Die AfD und die FDP stimmten dagegen. Die FDP aber nur, weil sie mit einigen Passagen des Gesetzes nicht einverstanden war.
Die EU will die Abgaben auf CO2-Emissionen von Treibstoffen und Heizungen ausdehnen und bis auf 200 Euro pro Tonne CO2 erhöhen. Das führt zu einem kräftigen Preisanstieg, für Erdgas um fast 50 Prozent, für Treibstoffe um 35 Prozent. (Treibstoffe sind höher besteuert als Heizgas). Da wir auf Heizen und Transport nicht verzichten können, müssen wir die steigenden Preise zahlen. Die Kaufkraft für Waren und Dienstleistungen sinkt.

Widersprüchliche Energiegesetze

Das "Energieeffizienzgesetz" wurde auf Druck der Grünen von den Ampelparteien verabschiedet und trat am 1. Januar 2024 in Kraft. Danach sollen die Endverbraucher, also Wirtschaft und private Haushalte, durch bessere Nutzung in den nächsten 20 Jahren fast 50 Prozent Energie einsparen. Es ist ein utopischer Wunsch von Ideologen, der keine technischen Grundlagen hat. Dies Gesetz wurde bisher kaum wahrgenommen, weil kurzfristig die Auswirkungen gering sind. Das Gesetz steht im Widerspruch zu der Politik der Elektrifizierung von Verkehr und Heizungen sowie zum Ausbau des Internets mit KI. Dafür müßte die sichere Stromproduktion mindestens verdoppelt werden.
Das "Erneuerbare-Energien-Gesetz" (EEG) und das "Heizungsgesetz" sind zwei weitere Beispiele einer verfehlten Energiepolitik. (Alle Gesetze der Energiepolitik umfassen viele tausend Seiten). Diese vier Gesetze haben jeweils bis zu 100 Paragraphen mit noch weiteren Ausführungsbestimmungen. Sie bestimmen jeden einzelnen Schritt der Energieversorgung und lassen keinen Spielraum für individuelle Entscheidungen. Zuwiderhandlungen werden mit hohen Strafen bedroht. Freiheit und positive Entwicklungen werden abgewürgt. Fortschritt gibt es nur, wenn das Ziel immer wieder hinterfragt wird: Was heißt Klimaneutralität? Ändert sich das Klima dann nicht mehr? Gibt es dann keine oder weniger Unwetter?
In wenigen Tagen wird der Bundestag neu gewählt. Diesmal haben die Bürger tatsächlich eine Wahl. Die "Altparteien" oder die AfD. Die "Altparteien" wollen die zerstörerische Energiewende weitertreiben. Nur die AfD lehnt die Energiewende in all ihren widersinnigen Formen ab.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 18. Februar 2025 (x1.493/…): >>**Grauenhaft: Massenmord an Deutschen**

Von *Daniell Pföhringer*

Unser Volk soll wegen Hitler auf ewig dazu verdammt sein, das Büßergewand zu tragen. Das millionenfache Leid, das Deutschen während des Zweiten Weltkriegs und danach widerfuhr, wird hingegen unter den Tisch gekehrt. Erich Kern dokumentiert diese Greueltaten in seinem Buch in "Tod den Deutschen. Verbrechen am deutschen Volk 1939-1947" - und gibt den Opfern eine Stimme.
Die Vertreibung von 14 Millionen Deutschen aus Ostpreußen, Pommern, Schlesien, dem Sudetenland und anderen Gebieten im Osten zählt zu den größten Verbrechen des 20. Jahrhunderts. Millionen verloren ihre Heimat - und oft auch ihr Leben. Heute ist dieser genozidale Akt im öffentlichen Bewußtsein bestenfalls noch eine Randnotiz.
Die Republik Polen fordert horrende Reparationszahlungen von Deutschland. Dabei waren gerade die Vertreibungen durch polnische Behörden besonders verlustreich. Nach Artikel IX des Potsdamer Kommuniqués vom 2. August 1945 wurden die deutschen Ostprovinzen nur unter polnische "Verwaltung" gestellt, und gemäß Artikel XIII sollten die Deutschen "in geordneter und humaner" Weise aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn nach Deutschland übergesiedelt werden.
Für den Zeitpunkt und die Organisation der Umsiedlung war vor allem der Alliierte Kontrollrat in Berlin zuständig. Laut Absatz 3 des Artikels XIII galt ein Vertreibungsmoratorium, bis

die Besatzungsmächte in Deutschland für die Aufnahme, Ernährung und Unterkunft der "Auszusiedelnden" sorgen konnten. Nur Ungarn hielt sich an das Moratorium, und von "geregelt und human" kann nicht die Rede sein, wie ein ausführlicher Bericht des US-Repräsentantenhauses 1950 feststellte.

Polens verschwiegene Schuld

Doch Vertreibung der deutschen Zivilbevölkerung begann nicht erst nach dem Potsdamer Kommuniqué, wie Erich Kern in seinem Aufklärungswerk "Tod den Deutschen. Verbrechen am deutschen Volk 1939-1947" nachweist. Bereits im Frühjahr 1945 wurden deutsche Dörfer in Jugoslawien, Polen, Ostpreußen, Pommern und Schlesien "gesäubert". Die dort lebenden Deutschen wurden zur Flucht gezwungen oder durch die Milizen wild vertrieben. Wie die Ost-Dokumentation des Bundesarchivs belegt, wurden dabei Tausende ausgeplündert, vergewaltigt und ermordet.

Selbst den Westalliierten ging das mörderische Treiben der Polen zu weit. Am 19 Oktober 1945 veröffentlichte die Londoner Times einen Brief des britischen Philosophen Bertrand Russell, in dem es hieß:

"In Osteuropa werden jetzt von unseren Verbündeten Massendeportationen in einem unerhörten Ausmaß durchgeführt, und man hat ganz offensichtlich die Absicht, viele Millionen Deutsche auszulöschen, nicht durch Gas, sondern dadurch, daß man ihnen ihr Zuhause und ihre Nahrung nimmt und sie einem langen schmerzhaften Hungertod ausliefert."

In einem Telegramm an das US War Department, das auf den 18. Oktober 1945 datiert ist, beschwerte sich General Eisenhower:

"In Schlesien verursachen die polnische Verwaltung und ihre Methoden eine große Flucht der deutschen Bevölkerung nach dem Westen. (…) Viele, die nicht weggehen können, werden in Lagern interniert, wo es unzureichende Rationen gibt und schlechte Hygiene vorherrscht. (…) Die von den Polen angewandten Methoden entsprechen in keiner Weise der Potsdamer Vereinbarung. (…) Die Todesrate in Breslau hat sich verzehnfacht, und von einer Säuglingssterblichkeit von 75 Prozent wird berichtet."

Die Worte Eisenhowers dürfen allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß auch unter seiner Ägide ein wahres Massensterben von deutschen Kriegsgefangenen einsetzte, wie Kern in "Tod den Deutschen" dokumentiert. Die Westalliierten standen in dieser Hinsicht Polen und Sowjets nichts nach.

Tod unter freiem Himmel

Besonders schlimm ging es in den sogenannten Rheinwiesenlagern der Amerikaner zu, in denen laut dem kanadischen Historiker James Bacque mehrere hunderttausende Deutsche starben - unter freiem Himmel und den Unbilden der Witterung ausgesetzt. Ein heute weitgehend verschwiegenes Verbrechen, das auch Kern in seinem Werk dem Vergessen entreißt.

Der Ursprung des Terrors: In Rheinberg wurde im April 1945 das erste Rheinwiesenlager errichtet. Mitte Juni wurde das Camp an eine britische Einheit übergeben. Es existierte bis September 1945.

Zahlreiche Zeitzeugenberichte verdeutlichen die Dimension der Greuel. Bei der Einweihung einer Erinnerungskapelle im Juni 1985 sagte etwa Johannes Stöber, Diözesanreferent im Erzbistum Köln, der im Remagener US-Lager eingesperrt gewesen war:

"Zu mehr als 250.000 Männern und auch Frauen sind wir hier wie eine große Herde Vieh auf einem riesigen Ackerfeld zusammengetrieben und gehalten worden, ohne jede Unterkunft, darauf angewiesen, mit Eßlöffeln und Taschenmessern, soweit noch vorhanden, Erdlöcher zu graben und diese dann mit hier und da in die Gefangenschaft geretteten Zeltplanen, Decken oder Mänteln zu schließen."

Und weiter:

"Das zweitschlimmste äußere Übel nach dem Hunger waren Regen und Kälte, und das im

ausgesprochen feuchten und kühlen Frühjahr 1945. Die meisten waren der naßkühlen Witterung völlig schutzlos ausgeliefert. Dazu kam, daß unsere Erdlöcher, in denen wir hausen mußten, vom Regen immer wieder überflutet wurden, sozusagen absoffen. Das dritte große Übel waren die Nächte. Man konnte auf dem Erdboden nur jeweils ein bis zwei Stunden liegen und ruhen. Dann begannen die Glieder zu schmerzen, oder die Nachtkälte drang bis auf die Haut. Als eine vierte Härte möchte ich die hygienischen beziehungsweise sanitären Verhältnisse nennen. Waschen war wegen des Wassermangels unmöglich."

Ein US-Soldat klagt an

Der Philosoph Martin Brech gehörte als junger US-Soldat bei Kriegsende zur Wachmannschaft des amerikanischen Gefangenenlagers bei Andernach am Rhein. Ermutigt durch die Enthüllungen von Bacque über die Rheinwiesenlager entschloß er sich, mit seinen eigenen Erlebnissen an die Öffentlichkeit zu gehen, um Gerechtigkeit und Wahrhaftigkeit Geltung zu verschaffen. Er nannte seine früheren US-Army-Kameraden "kaltblütige Killer voller Haß".

In seinem Bericht hielt Brech fest:

"Etwa 60.000 Gefangene aller Altersklassen waren in Andernach auf einem stacheldrahtumzäunten offenen Feld eingesperrt. Die Frauen hielt man in einem separaten Großkäfig. Die Männer, die ich bewachte, hatten kein Dach über dem Kopf und verfügten über keinerlei Decken; viele hatten auch keine Mäntel. Sie mußten im kalten und nassen Schlamm schlafen."

Und weiter:

"Besonders schockiert war ich vom Anblick der Kriegsgefangenen, die Gras und Unkraut zu einer dünnen Suppe bereiteten. Sie sagten zu mir, damit wollten sie ihren Hungerschmerz stillen. Sie magerten zusehends ab. Die Ruhr breitete sich aus. Bald schon schliefen sie in ihren eigenen Exkrementen, weil sie zu schwach waren, die Latrinengräben zu erreichen. Sie siechten und starben vor unseren Augen dahin."

Brech fährt fort: "Wir hatten reichlich Nahrungsmittel und Vorräte, taten aber nichts, um den deutschen Gefangenen zu helfen, leisteten auch keine ärztliche Hilfe. Ich war empört über diese Zustände und protestierte bei Offizieren. Doch die Reaktion waren Feindseligkeit oder Gleichgültigkeit. Als ich hartnäckig blieb, erklärte man mir, es sei 'höherer Befehl'. Als ich Lebensmittel über den Stacheldraht zu den Gefangenen warf, schnappte man mich. Man drohte mir mit Strafe."

Und er schreibt: "Doch ich wiederholte mein 'Vergehen'. Nun drohte mir ein Offizier die Erschießung an. Ich konnte das nicht glauben, bis ich auf einer Anhöhe über dem Rhein einen Captain traf, der mit einer Kaliber-45-Pistole hinunter in eine Gruppe deutscher Frauen und anderer Zivilpersonen schoß. Ich fragte: 'Warum?' Er sagte: 'Zielübung' und feuerte, bis das Magazin leer war. Jetzt wurde mir klar, daß ich es mit kaltblütigen Killern voller Haß zu tun hatte. Sie betrachteten die Deutschen als Untermenschen, die vernichtet werden müssen."

Die gnadenlose Unterversorgung der Kriegsgefangenen in den Lagern wie auch der Zivilbevölkerung im übrigen besetzten Deutschland entsprach einem alliierten Bestrafungskalkül, wurde also bewußt herbeigeführt.

Der genozidale Charakter dieses bis heute ungesühnten Verbrechens ist so offenkundig wie die Vertreibungsverbrechen der Polen. Wer dazu schweigt, hat kein Recht, den moralischen Zeigefinger in Richtung der Deutschen zu erheben.

Antideutsche Historiker rechnen die Zahl der deutschen Opfer schamlos herunter (Bomben auf Dresden, Vertreibung, Lager-Terror) oder leugnen sie gar (Tiefflieger auf Zivilisten). Erich Kern bringt diese verschwiegenen Verbrechen in seiner Dokumentation "Tod den Deutschen. Verbrechen am deutschen Volk 1939-1947" schonungslos zur Sprache und gibt den Opfern eine Stimme. Lesen Sie, wie unserem Volk millionenfaches Leid angetan wurde.<<

Ukraine: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 18. Februar 2025 (x1.498/…): >>**Gespräche zwischen Rußland und den USA in Riad positiv beendet**
Die Gespräche zwischen den Delegationen der USA und Rußlands in der saudi-arabischen Hauptstadt Riad sind nach viereinhalb Stunden beendet worden. Sie seien "positiv" verlaufen, sagte Kreml-Berater Juri Uschakow dem US-Nachrichtensender CNN. Es sei ernsthaft über alle Themen diskutiert worden, hieß es weiter. Dabei sei es auch um die Voraussetzungen für ein Treffen zwischen den Präsidenten Donald Trump und Wladimir Putin gegangen, sagte Uschakow weiter. Das konkrete Datum dafür sei allerdings noch nicht festgelegt worden.
Es sei aber unwahrscheinlich, daß es schon kommende Woche ein solches Treffen geben werde, so der Kreml-Berater. An dem Treffen nahmen russischen Angaben zufolge Rußlands Außenminister Sergej Lawrow, Präsidentenberater Uschakow sowie der Geschäftsführer des Russischen Direktinvestitionsfonds (RDIF), Kirill Dmitriew, teil. Die USA wurden durch Außenminister Marco Rubio, den Nationalen Sicherheitsberater Mike Waltz und den Sonderbeauftragten für den Nahen Osten, Stephen Witkoff, vertreten.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 18. Februar 2025 (x1.493/…): >>**Rubio und Lawrow: Fallen die Rußland-Sanktionen?**
Von *Daniell Pföhringer*
Sensationelle Wendung: Nach Trump und Putin nehmen auch US-Außenminister Marco Rubio und sein russischer Amtskollege Sergej Lawrow in Saudi-Arabien Gespräche auf. Offenbar wird bereits darüber verhandelt, wie und wann die Sanktionen gegen Moskau aufgehoben werden können. …
Nach dem anderthalbstündigen Telefonat von US-Präsident Donald Trump mit seinem russischen Amtskollegen Wladimir Putin haben sich die Außenminister beider Staaten, Marco Rubio und Sergej Lawrow, zu Gesprächen in Saudi-Arabien getroffen. Ein Gegenstand der Verhandlungen: Eine vollständige Aufhebung der westlichen Sanktionen gegen Rußland sowie eine Liberalisierung des Handels - einschließlich des Ölhandels.
Insiderberichten zufolge sollen die beiden Minister schon dabei sein, entsprechende Vereinbarungen auf höchster Ebene vorzubereiten. Ein Kommentator auf X äußerte dazu: "Ihre Absichten reichen viel weiter als es sich die EU-Kommission in ihren schlimmsten Träumen ausmalen könnte."
Ein Sprecher des US-Außenministeriums veröffentlichte am Montag folgende Stellungnahme: "Außenminister Marco Rubio sprach heute mit dem russischen Außenminister Sergej Lawrow als Folge des Gesprächs von Präsident Donald Trump mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin Anfang dieser Woche. Der Außenminister bekräftigte das Engagement von Präsident Trump, den Konflikt in der Ukraine zu beenden. Darüber hinaus erörterten sie die Möglichkeit, bei einer Reihe anderer bilateraler Fragen zusammenzuarbeiten."
Der Politik-Blog TKP schreibt: "Es findet offenbar seit langer Zeit wieder Diplomatie statt zwischen den beiden Supermächten. Sie nehmen die von Obama vor 12 Jahren reduzierten diplomatischen Beziehungen wieder in vollem Umfang auf. Weiter soll bei einer Reihe von internationalen Konflikten von der Ukraine über Westasien inklusive Palästina bis hin zu Asien zusammengearbeitet und gemeinsame Lösungen gefunden werden."
Erst vor kurzem betonte US-Außenminister Rubio bei einem Auftritt in der Megan Kelly Show noch einmal die Notwendigkeit, Frieden in der Ukraine zu schaffen, und warb für eine schrittweise Normalisierung der Beziehungen zu Rußland. Dabei hob er ausdrücklich auch die ökonomischen Interessen der USA hervor.
Ungarn fordert Aufhebung der Sanktionen
Während also die USA und Rußland auf höchster Ebene beginnen, auf Friedenskurs zu gehen und das Sanktionsregime abzubauen, warf Ungarns Außenminister Peter Szijjarto den übrigen EU-Staats- und Regierungschefs vor, sich beim Ukraine-Gipfel in Paris zu versammeln, um

die Friedensbemühungen zu torpedieren.
Bei einer Pressekonferenz in der kasachischen Hauptstadt Astana sagte Szijjarto laut der ungarischen Nachrichtenagentur MTI: "Heute versammeln sich also in Paris Kriegsbefürworter, Trump-feindliche und frustrierte europäische Politiker, um ein Friedensabkommen mit der Ukraine zu verhindern."
Die Gäste von Frankreichs Präsident Emmanuel Macron hätten stets den Krieg zwischen Rußland und der Ukraine befürwortet, "Öl ins Feuer gegossen" und "eine fehlgeleitete Strategie verfolgt", so der ungarische Außenminister. "Außerdem haben sich diese Länder und ihre Führer in den letzten Jahren einen Sport daraus gemacht, Donald Trump zu verunglimpfen", fügte er hinzu.
Ungarns Ministerpräsident Viktor Orban hat bereits angedeutet, die Verlängerung der Sanktionen gegen Rußland blockieren zu wollen, sollte die EU nicht Druck auf die Ukraine bezüglich des Transits von russischem Gas ausüben. Hintergrund der ungarischen Kritik ist unter anderem, daß die russische Wirtschaft trotz der Sanktionen ein Wachstum von 4,1 Prozent verzeichnen konnte, während viele EU-Länder unter Deindustrialisierung und Rezession leiden.
USA und Rußland auf Friedenskurs: Welche Initiativen von Amerika noch zu erwarten sind, lesen Sie in COMPACT-Spezial "Trump: Sein Leben. Seine Politik. Sein großes Comeback". Unverzichtbar!<<
Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/36588" berichtet am 18. Februar 2025 (x1.494/…): >>**"UNO-Mitarbeiter/in sollte man werden" - satirisch Ernstes**
Nun ist die Zeit gekommen, in der sich Belinda entscheiden muß, was aus ihr werden soll. Ach Mensch - sie ist völlig überfordert mit der Berufswahl. Für welchen Beruf soll sie sich nur entscheiden? Schreinerin wurde ihr von der Berufsberaterin empfohlen. Gerne ist sie kreativ und würde in der Werkstatt stehen. Doch das Schreinergewerbe ist nicht gerade bekannt für gut bezahlte Löhne … und zudem immer dieser Staub - nein, das ist kein Beruf für sie. Viel schöner wäre es als Köchin zu arbeiten.
Die Palette aus unterschiedlichen Farben, Formen, Düften und Geschmack würden wohl jedem Genießer ein zufriedenes Lächeln ins Gesicht zaubern. Ein Blick ins Internet ändert ihre Meinung schlagartig. Als Köchin würde sie gerade einmal einen durchschnittlichen Stundenlohn von 17,- EUR verdienen. Nicht, daß es ihr einzig um den Lohn ginge, aber dieses Entgelt für einen stressigen Job, bei dem man den ganzen Tag auf den Beinen steht; das geht ja wohl gar nicht.
Vielleicht paßt es besser, im Bereich der Lebensmittelherstellung tätig zu sein. Als Landwirtin wäre sie viel draußen in der Natur und würde einen wichtigen Beitrag zur Versorgung der Bevölkerung leisten. Das hieße tagein, tagaus um 5:00 Uhr aufstehen, um die Kühe zu melken. Das ebenfalls zu einem durchschnittlichen Stundenlohn von 17,- EUR. Ach nee, lieber nicht. Verzweifelt holt sie sich eine Tasse Tee in der Küche. Oh, was hört sie da? Ihre Eltern schauen wie jeden Abend um 19:45 Uhr die aktuellen Nachrichten auf Kla.TV. Da spricht gerade ein Mann in einem Interview, der wohl seinen Traumjob gefunden hat.
Dr. Reiner Fuellmich: Die Tatsache, daß du für die UNO arbeitest, gibt dir weitere besondere Privilegien. Du hast mir gesagt, daß du überall hinreisen kannst, weil du deinen UN-Paß hast, richtig?
Calin Georgescu: Wenn man den UN-Ausweis hat, kann man überall Business Class reisen. Wir haben alle Privilegien.
Dr. Reiner Fuellmich: Und ihr müßt dafür nicht bezahlen? Ich meine, wenn ihr Business Class mit dem Flugzeug reist, müßt ihr dafür nicht bezahlen?
Calin Georgescu: Nein, alles wird von der UN bezahlt. Ich bezahle nichts.
Reiner Fuellmich: Es sind die Steuerzahler der Welt, die dafür bezahlen, ohne es zu wissen.

Calin Georgescu: Das Geld kommt von den Ländern. Jedes Land leistet einen Beitrag.
Wow, denkt sich Belinda. Kostenlos Business Class fliegen, die Welt bereisen. Ein Leben in Saus und Braus genießen. Schnell rennt sie zurück in ihr Zimmer und fragt ihren besten Freund Google, was eine UNO-Mitarbeiterin den ganzen Tag so macht - zusammen bauen wir eine Welt des Friedens. Wow, genau das wünscht sich Belinda, einen Beruf zu erlernen, mit dem sie einen Unterschied macht. Und nicht nur das. Ihre weiteren Recherchen zeigen auf, daß noch andere Goodies auf sie warten.
Tolle Karrieremöglichkeiten, ein weltweites Netzwerk an Beziehungen und eine gute Altersvorsorge. Die meisten Mitgliedstaaten befreien das Personal der Vereinten Nationen sogar von der nationalen Einkommenssteuer auf ihren Lohnbezügen oder erstatten diese ihren Bediensteten. Zudem lassen sich die Jahresgehälter sehen. Gemäß der Plattform Glassdoor verdient ein Berater zwischen 65.000-80.000 Euro, ein Project Manager bis 95.000 Euro und ein Executive Chef gar 220.000-240.000 Euro.
Und wie sieht denn der Bewerbungsprozeß aus? Ganz einfach könnte sie sich als Praktikantin über die Webseite der Vereinten Nationen anmelden. Nur noch einen kleinen Klick ist sie von ihrem Traumberuf entfernt. Aber halt mal, kann das wirklich sein? Ein Job der nur Vorteile hat? Der so viel verspricht und erst noch gut bezahlt wird? Wie nochmals hieß dieser Nachrichtensender, der das Interview von diesem UNO-Mitarbeiter ausgestrahlt hat … ah Kla.TV. In wenigen Klicken sucht sie nach dem Begriff der UNO. Oh, wow, die haben darüber ja ganz viel berichtet.
Die Vereinten Nationen zusammen im Schulterschluß mit dem World Economic Forum WEF u.a.m. sind derzeit dabei, die Agenda 2030 weltweit einzuführen. Es geht hierbei um die größte je geplante Transformation, die für alle Länder und alle Völker massiv geplant ist und jeden Aspekt der menschlichen Gesellschaft verändern will. (…)
Das ultimative Ziel der Agenda 2030 ist die Einrichtung einer Eine-Welt-Regierung mit nicht gewählten Führern. Die Vereinten Nationen zusammen mit der Weltgesundheitsorganisation WHO und dem Weltwirtschaftsforum sind das Herzstück dieser geplanten Weltregierung. Über ihnen stehen finanzielle Interessengruppen, die völlig im Verborgenen agieren, damit niemand sie jemals für ihre Verbrechen gegen die Menschheit zur Rechenschaft ziehen soll.
Belinda ist geschockt. Unglaublich was hinter dieser Organisation steht. Möchte sie überhaupt für einen Arbeitgeber tätig sein, der solch eine Agenda gegen die Menschheit verfolgt? Den Lohn und alle diese Nebenleistungen beziehen, welche die Völker der Mitgliedstaaten über ihre Steuergelder berappen müssen?
Oh, nein danke! Belinda entscheidet sich erst mal in Ruhe ein paar Schnuppertage in verschiedenen Berufen zu absolvieren. Aber eines ist ihr jetzt klar, in ihrer Freizeit möchte sie ehrenamtliche investigative Journalistin bei Kla.TV werden, um die kriminellen Strippenzieher im Hintergrund von Organisationen wie der UNO zu entlarven und deren Machenschaften weltweit publik zu machen.<<

USA: Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 18. Februar 2025 (x1.495/…): >>**US-Doku: Deutschland unterdrückt Meinungsfreiheit - Zeit für freie Meinung!**
Hausdurchsuchungen um sechs Uhr morgens, Handy-Beschlagnahmungen, drakonische Verurteilungen: Die Methoden bei der Bekämpfung sogenannter "Haßkriminalität" werden immer brutaler und unverhältnismäßiger - und die entsprechenden Rechtsgrundlagen wurden von den etablierten Parteien geschaffen. Der alarmierende Zustand unseres Grundrechts auf Meinungsfreiheit sorgt nun auch in einer US-amerikanischen Dokumentation für Aufsehen. Sogar Vizepräsident J. D. Vance schaltet sich ein und warnt vor einer schweren Belastung der deutsch-amerikanischen Beziehungen.
In der preisgekrönten investigativen Nachrichtensendung "60 Minutes" berichten die Reporter

über den niedersächsischen "Aktionstag gegen Haßkriminalität im Netz". Dabei kommen drei Staatsanwälte der sogenannten "Zentralstelle zur Bekämpfung von Haßkriminalität im Internet - Niedersachsen" zu Wort. Besonders empörend: Oberstaatsanwalt Frank-Michael Laue und seine Kollegen brechen in Gelächter aus, als sie darüber berichten, wie geschockt Bürger auf die Beschlagnahmung ihres Mobiltelefons reagieren. Man findet es offenbar amüsant, daß Bürger, die zu diesem Zeitpunkt noch nicht einmal rechtskräftig verurteilt sind, überwacht und ihres Eigentums entledigt werden.

US-Vizepräsident Vance sprach auf der Plattform "X" von "orwellianischen" Tendenzen und von "Wahnsinn". Vance weiter: "Jemanden zu beleidigen, ist kein Verbrechen, und die Kriminalisierung von Äußerungen wird die Beziehungen zwischen Europa und den USA stark belasten." Es ist beschämend, daß der amerikanische Vizepräsident unsere autoritäre Bundesregierung an den Wert der Meinungsfreiheit erinnern muß.

Natürlich sind Beleidigungen oder gar extremistische Äußerungen nicht akzeptabel - diese Tatsache darf jedoch nicht für eine Hexenjagd gegen die Bürger mißbraucht werden. Die AfD wird jegliche Zensurgesetze und alle "Zentralstellen zur Bekämpfung von Haßkriminalität" abschaffen. Wir stehen zum Grundrecht auf Meinungsfreiheit - online und offline!<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 18. Februar 2025 (x1.493/…): >>**Amis geschockt über BRD-Zensur**

Von *Sven Eggers*

Im US-Fernsehen ist eine Dokumentation über die Zustände in der Bundesrepublik gesendet worden, die viele Amerikaner schockiert. Es geht um Hausdurchsuchungen und dergleichen bei unliebsamen Meinungen. …

Die Sendung "60 Minutes" kennt in den USA und auch weit darüber hinaus jedes Kind. CBS-News verfügen hier tatsächlich über ein legendäres Format. Jetzt ging es dort um Meinungsfreiheit und übergriffige Behörden. Und wo findet man solche? - Klar, in der Bundesrepublik Deutschland, dem Land, in dem schon mal die Polizei anrückt, wenn man einen Politiker der Grünen als Schwachkopf bezeichnet.

Wenn um 6 Uhr die Polizei klingelt …

Wo sonst gibt es beispielsweise einen "Aktionstag gegen Haßkriminalität im Netz"?! US-Reporter meldeten sich daher neugierig bei den zuständigen Stellen. Und tatsächlich: Die Journalisten durften dabei sein, als Polizei und Staatsanwaltschaft frühmorgens Wohnungen durchsuchten und Handys sowie Computer beschlagnahmten. Sodann standen die Staatsanwälte Svenja Meininghaus, Frank-Michael Laue und Matthäus Fink in Zusammenarbeit mit der "Zentralstelle zur Bekämpfung von Haßkriminalität im Internet - Niedersachsen" (ZHIN) munter Rede und Antwort.

Im Internet viral geht dabei eine Szene, die tief blicken läßt. Die Verantwortlichen lachen und scherzen, als es um folgende Reporter-Frage geht: "Wie reagieren die Menschen, wenn ihnen das Handy weggenommen wird? "Sie sind geschockt", antwortete Oberstaatsanwalt Laue. Seine Kollegen kugeln sich daraufhin: "Hihi, haha!" So geht man also um mit Artikel 5 des Grundgesetzes, der Meinungsfreiheit garantiert. Und noch ein Lacher hinterher: "Es ist ja schon eine Bestrafung, das Handy weggenommen zu bekommen - es ist sogar schlimmer als die Strafzahlung selbst."

Sprechverbot!

Die launige Runde erklärt den Amis ungeniert die reale BRD-Welt. Es sei egal, ob eine Person einen Beitrag selbst verfaßt oder nur geteilt habe. "Im Falle des Teilens ist es ebenfalls eine Straftat. Denn der Leser kann nicht unterscheiden, ob Sie es selbst erfunden oder nur erneut gepostet haben. Für uns ist es dasselbe."

Schließlich will die US-Reporterin wissen, wie Menschen reagieren, wenn die Polizei in der Früh wegen Meinungsdelikten anklopft. Staatsanwalt Fink: "In Deutschland sagt man: 'Das

wird man ja wohl noch sagen dürfen'." Die Menschen seien überrascht, daß dies eben nicht so sei.. "Sie sagen: 'Nein, das ist meine Meinungsfreiheit.' Und wir sagen: ‚Nein, Meinungsfreiheit hat auch ihre Grenzen.'"
US-Vizepräsident J. D. Vance hat die Sendung offenbar gesehen. Auf X vermerkte er: "Jemanden zu beleidigen, ist kein Verbrechen, und die Kriminalisierung von Äußerungen wird die Beziehungen zwischen Europa und den USA stark belasten." Das sei "orwellianisch". Und: "Alle in Europa und den USA müssen diesen Wahnsinn stoppen." "Wahnsinn" postete auch Elon Musk.
FDP-Urgestein Wolfgang Kubicki hat sich das Format ebenfalls angeschaut: "Wer im Angesicht solcher Bilder noch beruhigt schlafen kann, hat den Wert der Meinungsfreiheit für das demokratische Gemeinwesen nicht verstanden. Die Freiheit der Meinungen ist die Grundlage der Freiheit überhaupt. Diese Durchsuchungen unterhöhlen das Vertrauen in die Geltung des Grundgesetzes."

"Es gibt keine Gleichheit vor dem Recht mehr"

Die wortgewandte Journalistin Aya Velázquez empfindet die Darstellung im US-Fernsehen sogar noch "weitaus untertrieben". Sie erinnert an den neuen Majestätsbeleidigungsparagraphen 188 StGB, der Beleidigungen gegen Politiker härter bestraft als gegen Privatpersonen. Und diese Ungleichbehandlung mache alles noch schlimmer.
Velázquez schreibt auf X: "Es geht nicht nur darum, daß die deutschen Maßnahmen gegen angebliche 'Haßverbrechen' mit Hausdurchsuchungen um sechs Uhr morgens bereits an sich schon repressiv und autoritär sind: Angesichts der Tatsache, daß sie nur bei einigen, aber nicht bei allen Bürgern gleichermaßen zum Einsatz kommen, handelt es sich nicht nur um ein überdrehtes deutsches Zensurregime, sondern ganz klar um politische Verfolgungsinstrumente gegen Andersdenkende." Ihr Fazit: "Es gibt in Deutschland de facto keine Gleichheit vor dem Recht mehr."<<

19.02.2025

BRD: Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 19. Februar 2025 (x1.495/…): >>**CDU & Ampel wollen nach der Wahl wieder Afghanen einfliegen: Zeit für ein Asylmoratorium!**

Die Bundesregierung und die CDU halten die Wähler für dumm! Weil die Stimmung wegen der von Afghanen verübten Anschläge kippte, wurden die Flüge vor der Wahl gestoppt - aber direkt danach sollen wieder Tausende eingeflogen werden. Während die Regierung so tut, als würde sie hart durchgreifen, läuft im Hintergrund längst die nächste Masseneinwanderung.
Noch schlimmer ist das falsche Spiel der Union. Friedrich Merz gibt sich als Grenzschützer, als einer, der das Problem endlich in den Griff bekommen will. Doch in Wahrheit ist die CDU genauso mitverantwortlich für das Asylchaos wie die Ampel. Sie redet von Abschiebungen, während sie in Wirklichkeit kaum etwas daran ändert.
Sie verspricht härtere Regeln, doch in den von ihr regierten Bundesländern passiert das genaue Gegenteil. Ein paar PR-trächtige Abschiebeflüge ändern nichts an der Realität: Die Grenzen bleiben offen, die illegale Einwanderung geht ungebremst weiter, und Deutschland wird zur Drehscheibe für Migranten aus aller Welt.
Nur die AfD setzt dem ein Ende: Grenzen dicht! Keine Familiennachzüge mehr! Keine Charterflüge für angebliche "Ortskräfte", unter denen sich auch Kriminelle befinden! Schluß mit den faulen Ausreden und der gezielten Wählertäuschung! Deutschland muß wieder für seine Bürger da sein - nicht für die, die unser System ausnutzen wollen. Wer Sicherheit, Stabilität und eine echte Rückführungsoffensive will, hat am Sonntag nur eine Wahl: die Alternative für Deutschland.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 19. Februar 2025 (x1.498/…): >>**Wahlen + Medien = Manipulation, Lügen, Propaganda**

Die Wahl-Berichterstattung gleicht oft medialer Gehirnwäsche. Beispiel: Manipulation beim ZDF, plumpe Lügen im SPIEGEL, die ARD inszeniert die "Wahlarena". Wenn der Mainstream überhaupt noch eine Glaubwürdigkeit hatte, so hat er ihn in den letzten Wochen verspielt.

Von *Meinrad Müller*

Ein politischer Schlagabtausch war es nicht. Ein demokratischer Feldzug? Noch weniger. Das, was die ARD als "Wahlarena" angekündigt hatte, wirkte eher wie ein inszeniertes Bühnenstück. Die Zuschauer? Handverlesen. So wie früher in der DDR. Damals nannte man es "vertrauenswürdige Genossen". Hier hieß es "zufällig ausgewählte Bürger". Doch wer genau hinhörte, erkannte die Muster: Fragen wie aus dem Parteiprogramm kopiert.

Und die Moderatoren Jessy Wellmer und Louis Klamroth? Die fielen weniger durch Zurückhaltung als durch Vorfestlegungen auf. Fragen wurden nicht gestellt, sondern inszeniert. Antworten wurden nicht eingefordert, sondern kommentiert. Zeit für Publikumsfragen, wie es im Vorfeld hieß? Fehlanzeige. Die Fragen kamen von "Bürgern", die auffällig häufig in Nachwuchsorganisationen etablierter Parteien engagiert sind. Das war keine Arena. Das war eine Bühne.

Und mittendrin: Alice Weidel. Die Kanzlerkandidatin der AfD wirkte wie eine, die genau auf diesen Moment gewartet hat. Sie parierte die Angriffe mit der Ruhe eines Haudegens, antwortete präzise und scharf, ohne aus der Fassung zu geraten. Während die Moderatorin spitz nachfragte, lehnte sich Weidel entspannt zurück. Sie wußte: Hier sitzt keine zufällige Bürgerschaft. Hier sitzt das linke Jugendestablishment im Zuschauergewand.

Weidel, das wurde an diesem Abend deutlich, hat Rückenwind. Und der kommt nicht nur aus Deutschland. Donald Trump, J. D. Vance, Elon Musk - drei Namen, die Deutschland die Leviten lesen, doch Weidel bestärken. Der neue US-Vizepräsident Vance kritisierte erst kürzlich, Deutschland sei auf dem besten Weg, die Meinungsfreiheit zu verlieren. Brandmauern, so seine Worte, hätten in einer Demokratie nichts verloren.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 19. Februar 2025 (x1.498/…): >>**Richtervereinigung gegen Rücknahme von Cannabis-Legalisierung**

Die Neue Richtervereinigung (NRV) fürchtet, daß die von der Union nach einer Regierungsübernahme geplante Rücknahme der Cannabis-Legalisierung zu hohen Entschädigungsansprüchen der Cannabis-Anbauvereinigungen führen könnte.

"Wenn Anbau und Konsum von Cannabis wieder komplett untersagt würden, käme das einer Enteignung der Cannabis-Clubs gleich", sagte Staatsanwalt Simon Pschorr, Sprecher der Fachgruppe Strafrecht, dem "Redaktionsnetzwerk Deutschland" (Mittwochausgaben). Die an die Clubs vergebenen Anbaulizenzen seien durch die Eigentumsgarantie des Grundgesetz-Artikels 14 geschützt. Bei einer Rücknahme des Cannabisgesetzes könnten die Clubs gegenüber dem Staat Entschädigungsansprüche geltend machen, erklärte der Jurist.

"Und da die Investitionen beim Cannabis-Anbau hoch und die Lizenzen laut Gesetz für sieben Jahre gelten, sprechen wir insgesamt sicher von Beträgen in nicht unerheblicher Höhe", mahnte Pschorr. Die Union hatte angekündigt, die teilweise Legalisierung von Cannabis umgehend nach einer Regierungsübernahme wieder kassieren zu wollen. Seit April 2024 gilt in Deutschland, daß Anbau und Konsum von Cannabis in bestimmten Grenzen straffrei sind. Zudem ist es lizenzierten Anbauvereinigungen erlaubt, für ihre Mitglieder gemeinschaftlich Cannabis anzubauen.

Nach Angaben von Club-Vereinigungen wurden bisher mehr als 400 Lizenzen beantragt und davon mehr als 100 genehmigt. Pschorr erklärte, bei einer Rücknahme des Cannabisgesetzes müsse der Gesetzgeber auch beachten, ausreichende Übergangsfristen zu gewähren. So müsse

den Anbauvereinigungen und Privatpersonen Gelegenheit gegeben werden, Pflanzen und Ernten legal zu entsorgen. "Das kann nicht von heute auf morgen verlangt werden", mahnte er. Klar sei zudem, daß eine erneute Strafbarkeit nicht rückwirkend eingeführt werden dürfe. Der Staatsanwalt sprach sich gegen die Pläne der Union aus.
Man habe mit der neuen Gesetzeslage sehr gute Erfahrungen gemacht. "Bei allen Herausforderungen, die mit der Amnestie verbunden waren und die man nicht kleinreden darf, ist die Entlastung der Justiz nicht unerheblich", sagte er. "Ein Zurückdrehen würde bedeuten, daß die Justiz wieder in großem Maße die kleinen Konsumenten verfolgen muß", so Pschorr. Damit fehle die Zeit, gegen die organisierte Kriminalität vorzugehen. "Nur so kann der illegale Handel mit harten Drogen effektiv bekämpft werden", sagte er.<<
Das deutsche Multipolar-Magazin berichtet am 19. Februar 2025 (x1.499/…): >>**Datenexperte: Statistisches Bundesamt hat Sterbezahlen 2020 falsch dargestellt**
Herausgegeben von *Stefan Korinth* und *Paul Schreyer*
Offiziell behauptete Übersterblichkeit des Jahres 2020 nicht nachweisbar / Kritiker: Bundesamt konstruierte Maximum aus Minimum / "Täuschungsversuch" beschädige Vertrauen in staatliche Institutionen
Das Statistische Bundesamt (destatis) hat die Öffentlichkeit laut dem Datenanalysten Marcel Barz gezielt über die Sterbezahlen des Jahres 2020, dem ersten Jahr der Corona-Krise, getäuscht. Diesen Vorwurf erhebt der Wirtschaftsinformatiker in einem Beitrag der Zeitschrift "Hintergrund" (Heft 1/2-25). Dabei beruft sich Barz auf die Zahlen des Statistischen Bundesamtes selbst: die "Sterbetafeln" zu jedem Jahrgang. "Die Rohdaten des Statistischen Bundesamtes bestätigen zweifelsfrei, daß die ersten acht Monate der Pandemie das historische Minimum im Sterbegeschehen darstellen", schreibt der Datenexperte.
Das Statistische Bundesamt habe in seinen Pressemitteilungen und auf seiner Webseite jedoch den Eindruck erweckt, daß es durch die "Pandemie" im Jahr 2020 eine Übersterblichkeit gab. So hieß es in einer destatis-Pressemitteilung vom 9. Dezember 2021: "Die Corona-Wellen haben in Deutschland zu einer Übersterblichkeit geführt."
Diese wurde mit den Sterbedaten begründet. Ein Blick in die entsprechenden Rohdaten des Jahres 2020, die "Sterbetafel", in welcher die amtliche Sterberate (Zahl der Lebenden versus amtlich registrierte Sterbefälle) für alle Jahrgänge verzeichnet ist, zeigt Barz zufolge jedoch das Gegenteil: "Kein einziger Jahrgang verzeichnete im Jahr 2020 ein Maximum." Entgegen der offiziellen Erklärungen lag demnach das Minimum des Sterbegeschehens von 2000 bis 2023 im Jahr 2020.
Er attestiert dem Statistischen Bundesamt einen "kreativen Weg", "aus einem klaren Minimum im Sterbegeschehen ein scheinbares Maximum zu konstruieren". Das sei geschehen, indem nicht über die Sterberaten in den eigenen Sterbetafeln gesprochen wurde, um das gewünschte Narrativ nicht zu stören. Stattdessen sei die Aufmerksamkeit auf die absolute Anzahl der Todesfälle gelenkt worden, die "deutlich dramatischer und emotionaler" wirken und die aufgrund der demografischen Entwicklung ansteigen.
Mit einer neuen Modellrechnung und der neuen Kennzahl von der Übersterblichkeit seien besonders hohe Werte und damit alarmierende Schlagzeilen produziert worden. Eine breit angelegte mediale Kampagne habe sich ausschließlich auf die absoluten Todeszahlen und die Übersterblichkeit konzentriert. Außerdem sei aktiv gegen jeden Kritiker vorgegangen worden, der die Daten und Methoden in Frage stellte, kritisiert Barz, der im August 2021 mit dem Videovortrag "Die Pandemie in den Rohdaten" bekannt wurde.
Aus seiner Sicht handelt es sich um einen "schwerwiegenden Vertrauensbruch" mit Blick auf die Glaubwürdigkeit amtlicher Statistik. Der "offensichtliche und nachprüfbare Täuschungsversuch" durch das Statistische Bundesamt dürfe nicht ohne Konsequenzen bleiben, da er auch Folgen für das Vertrauen in das demokratische System habe, fordert er. Das Statistische

Bundesamt ist dem Bundesinnenministerium (BMI) unterstellt.
Aus diesem Ministerium stammt ein Strategiepapier vom März 2020 ("Wie wir Covid-19 unter Kontrolle bekommen"), in dem unter anderem empfohlen wurde, Kinder mit Schuld- und Angstkommunikation zu schockieren. Einer der Mitautoren dieses "Panik-Papiers", der Soziologe Heinz Bude, räumte später die Nutzung nicht-wissenschaftlicher Methoden ein, um in der Bevölkerung "Folgebereitschaft" für die Corona-Maßnahmen herzustellen.
Datenexperte Barz hatte bereits im Dezember 2023 auf Multipolar beschrieben, wie das Statistische Bundesamt die Zahlen zur vermeintlichen Übersterblichkeit verfälscht hat. Dazu hatte er ebenfalls einen Videovortrag veröffentlicht. Er stellte in dem Zusammenhang fest: Durch die Betonung fehlerhafter Übersterblichkeitswerte und das Verschweigen tatsächlicher Sterbedaten sei in der öffentlichen Wahrnehmung ein falsches Bild vom Corona-Sterbegeschehen entstanden. "Das Ausmaß an politischen Fehlentscheidungen, unsinnigem Aktionismus und unnötig geschürter Angst als Folge dieser Falschinformation ist immens."
Christof Kuhbandner, Professor für Pädagogische Psychologie an der Universität Regensburg, und Matthias Reitzner, Mathematik-Professor aus Osnabrück, hatten in einer im Mai 2023 veröffentlichten gemeinsamen Studie, darauf aufmerksam gemacht, daß es anders als 2020 in den beiden Folgejahren eine tatsächliche Übersterblichkeit gab.
In der Berliner Zeitung schrieben die Autoren im August 2023 dazu: "Der zeitliche Zusammenhang zwischen dem Beginn der Impfungen und dem Anstieg der Übersterblichkeit (ist) ein empirischer Fakt, den man nicht wegdiskutieren kann." Wie diese Fakten hinsichtlich der möglichen Gründe für die Übersterblichkeit zu interpretieren sind, sei wissenschaftlich bisher nicht geklärt.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 19. Februar 2025 (x1.496/…): >>**Willkür-Staat: Anwalt droht Berufsverbot, weil er Habeck und Baerbock "Versager" nannte!**
Weil er Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck und Außenministerin Annalena Baerbock (beide "Grüne") als "boshafte Versager" kritisierte, droht einem Rechtsanwalt aus Niedersachsen Berufsverbot!
Tief beeindruckt von der Rede des amerikanischen Vizepräsidenten J. D. Vance auf der Münchner Sicherheitskonferenz schrieb Rechtsanwalt Markus Roscher aus Braunschweig danach auf X: "Ich, ein politisch aktiver Rechtsanwalt, wurde zu 3.000 Euro Geldstrafe verurteilt, weil ich Habeck, Scholz und Baerbock für das Heizungsgesetz als boshafte Versager tituliert habe. Für diese Verurteilung soll mir jetzt (wegen 'Unzuverlässigkeit') der Waffenschein entzogen werden! Die Rechtsanwaltskammer prüft sogar meine Zulassung."
Als besonders problematisch sieht Roscher, der 2017 in Paderborn als AfD-Kandidat für den Deutschen Bundestag angetreten war, den Paragraphen 188 des Strafgesetzbuches in seiner seit April 2021 geltenden Fassung. Demnach ist es strafbar, eine "im politischen Leben des Volkes stehende Person" so zu beleidigen, daß ihr "öffentliches Wirken erheblich" erschwert wird.
Roscher sagte der "Bild-Zeitung": "Nach dem Paragraphen wurde ich verurteilt. Der ist ein Skandal für die Meinungsfreiheit. Der wird in den letzten zwei Jahren unglaublich oft angewendet, ich weiß das von vielen anderen Betroffen. So ein Majestätsbeleidigungs-Paragraph ist eines demokratischen Staates unwürdig!"
Im Strafbefehl heißt es, Roscher habe die Politiker als "korrupt, dumm" und "arrogant" dargestellt, das sei eine "Schmähkritik" und würde Politiker an ihrem "politischen Vorkommen" erheblich behindern.
Berufsverbot - hatten wir das nicht schon mal?
Anwalt Roscher ist davon überzeugt, daß der Strafbefehl politisch motiviert war. Die Staatsanwaltschaft Paderborn leitete das Urteil über 60 Tagessätze denn auch prompt an die Kreis-

polizeibehörde weiter. Die prüft jetzt, ob Roscher deshalb sein kleiner Waffenschein entzogen werden soll.
Nicht nur das: Das Urteil ging auch an die Rechtsanwaltskammer Kassel, dann nach Braunschweig, wo der Jurist inzwischen lebt. Roscher: "Wenn ich jetzt noch mal das Gleiche oder Ähnliches behaupte und eine Verurteilung bekomme, die über 90 Tagessätze geht, kann ich meine Zulassung verlieren. Dann kriegt man als 61-jähriger Rechtsanwalt noch ein Berufsverbot!"<<
Österreich: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 19. Februar 2025 (x1.493/…): >>**Kickl nach Bluttat in Österreich: "Ich bin wütend!"**
Von *Sven Eggers*
Das Entsetzen über die Attacke eines Syrers in Villach, bei dem ein einheimischer Jugendlicher zu Tode kam, hält über Österreich hinaus an. Die herkömmlichen Parteien sind völlig überfordert. …
Die Bluttat von Kärnten: Im österreichischen Villach hatte am Wochenende ein Syrer wahllos mehrere Passanten mit einem Messer angegriffen und schließlich einen 14-Jährigen getötet. Weitere junge Leute im Alter von 15, 18, 15, 28 und 36. wurden teils erheblich verletzt. Der Täter besaß eine Aufenthaltsberechtigung für Österreich. Mittlerweile scheint klar, daß die Untat einen islamistischen Hintergrund hatte. Das räumt auch Noch-Innenminister Gerhard Karner ein:
"Es handelt sich hier um einen islamistischen Anschlag mit IS-Bezug."
Beamte fanden in seiner Wohnung unter anderem eine Flagge des Islamischen Staates. Auf TikTok ist er offenbar verschiedenen islamistischen Predigern gefolgt. Der 23-Jährige habe sich in kurzer Zeit im Internet radikalisiert, so der ÖVP-Politiker, der nun wieder einmal "Konsequenzen" und "Durchgreifen" ankündigt.
Auch die Österreicher haben Politiker-Phrasen satt und verlangen, daß endlich gehandelt wird. Das Opfer, Alex, war nach Lage der Dinge auch in patriotischen Kreisen unterwegs und hatte sich für Remigration eingesetzt. Seine Freunde schildern ihn als "super Mensch".
Importierte Zustände
Zeugen der Tat hatten berichteten, der Messer-Mann habe "Allahu Akbar" gerufen. Ein 42-jähriger Augenzeuge stoppte den Angreifer mit, indem er ihn mit seinem Auto anfuhr. "Das hat dazu geführt, daß wir ihn gleich festnehmen konnten", schätzt ein Polizeisprecher rückblickend die Lage ein. Einer der Ersthelfer, der selbstlos weitere Verletzte zu versorgen half, hat sich in einem Interview mittlerweile klipp und klar für Remigration ausgesprochen.
FPÖ-Chef Herbert Kickl verlangt dieser Tage nachdrücklich: "Wir brauchen rigoroses Durchgreifen im Asylbereich und dürfen uns Zustände wie in Villach nicht weiter importieren." Er spricht von einem "Systemversagen erster Güte" und wirbt erneut für eine Wende in der Migrationspolitik. Kickl weiter:
"Ich bin wütend auf jene Politiker, die es zugelassen haben, daß Messerstechereien, Vergewaltigungen, Bandenkriege und andere kapitale Straftaten in Österreich mittlerweile an der Tagesordnung sind."
Kickl ahnt: "Der Täter wird wohl therapiert und verteidigt auf Steuerzahlerkosten, die Haftkosten haben auch die Österreicher zu tragen, und abgeschoben darf er nicht werden, weil man ihn ja vor unmenschlicher Behandlung im Herkunftsland schützen muß. Da läuft alles verkehrt, das ist einfach nur erbärmlich. Wer solche Zustände nicht ändern will, der meint es nicht gut mit der heimischen Bevölkerung."
In Österreich hatten ja nach der Wahl im vergangenen September ÖVP, SPÖ und Neos versucht, eine Koalition gegen Wahlsiegerin FPÖ zu bilden. Das mißlang. Im Anschluß kamen auch Blau und Schwarz nicht zusammen, so daß derzeit unklar ist, wie es politisch in der Alpenrepublik weitergehen wird. Derzeit verhandelt wieder ÖVP und SPÖ, weil die Altparteien

unbedingt Neuwahlen verhindern wollen.
Eine aktuelle Meinungsumfrage sieht die Kickl-FPÖ nun schon bei 35 Prozent. Stünde ein weiterer Wahlgang an, könnten die Blauen SPÖ (22 Prozent) und ÖVP (19 Prozent) abhängen. Im September hatten sich diese drei Parteien noch ein Kopf-an-Kopf-Rennen geliefert.

Importierte Zustände

Die herkömmlichen Parteien in Österreich ducken sich in der aktuellen Migrationsdebatte weg. Das kennen wir ja auch aus der Bundesrepublik. Grüne wollen Waffengesetze verschärfen, SPÖ und ÖVP wieder einmal "mit aller Härte" gegen den Täter vorgehen. Kickl hält dagegen: "Wie lange will man unsere Bevölkerung noch für dumm verkaufen? Ich kann dieses Gerede der Einheitspartei von der 'vollen Härte des Gesetzes' nicht mehr hören."
Für Aufsehen sorgte Manfred Berger, Sicherheitschef des Hahnenkammrennens, der sich gegenüber der Kleinen Zeitung wie folgt einließ: "Ich gründe eine klassische Bürgerwehr, wie es sie seit dem 19. Jahrhundert gibt. Ziel ist der Schutz der Bevölkerung durch gezielte Patrouillen."
Wirbel und Schlagzeilen gibt es auch um die Ankündigung einiger Noch-Regierender, künftig "anlaßlose Massenüberprüfungen" durchzuführen, ausdrücklich Syrer und Afghanen betreffend. Laut Kronen-Zeitung sollen der Generaldirektor für Öffentliche Sicherheit und das Bundesamt für Fremden- und Asylwesen bereits den entsprechenden Auftrag bekommen haben.
Ob in Österreich oder in der BRD, ob nach Villach, Aschaffenburg oder München: Wachen die Bürger auf? …<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/36640" berichtet am 19. Februar 2025 (x1.494/…): >>**David Icke: Machtkampf Links gegen Rechts? Hinter den Kulissen wird beides von denselben Händen gesteuert!**
Ende Januar 2025: Streit im Deutschen Bundestag wegen der gemeinsamen Abstimmung von CDU, FDP und AFD! Die Linke tobt. Zehntausende Menschen demonstrieren gegen Rechts. Ist die parlamentarische Demokratie in Deutschland am Ende?
Lassen Sie sich nicht verwirren. "Wenn man in diesem Puppenspiel, wo es die Linke und die Rechte gibt, einen Schritt zurückgeht in die Schatten, sieht man, daß beide von denselben Händen kontrolliert werden. Deshalb ist es egal, wer an der Macht ist - Links oder Rechts - es zeigt sich dieselbe Agenda für die Menschheit." Dies sagte David Icke bei der 20. AZK. (www.kla.tv/29979) Hören Sie, wie er diesen Rechts-Links-Schaukampf entlarvt.
Ausschnitte aus: 20. AZK - David Icke: Aufdeckung der Welt-Tyrannei und ihrer Kriegsstrategien (www.kla.tv/29979)
David Icke: Sehen Sie, das ist der große Schwindel. In der Politik gibt es "Links" gegen "Rechts". Und im Hintergrund sind sie alle befreundet. Ich meine, einige von ihnen sind vielleicht wirklich anderer Meinung, aber viele von ihnen, die Schlüsselpersonen, sind befreundet. Als Donald Trump 2016 die Wahl gewann, wurde jedes Mal, wenn er auf die Bühne kam, oft gesungen: "Oh, sperrt Hillary ein, sperrt Hillary ein!" Und er machte mit: "Sperrt Hillary ein, sperrt Hillary ein!" …
David Icke: Unmittelbar nach seinem Wahlsieg wurde er gefragt, ob er Hillary Clinton ins Gefängnis bringen würde. Und er sagte: "Oh nein, sie ist wunderbar. Wir sollten all die Dinge respektieren, die sie für dieses Land getan hat!" und all das Zeug. Das ist alles Unsinn. Ich meine, die Clintons, als sie die demokratischen Präsidenten im Weißen Haus waren, und die Bushs, die beide Präsidenten vor und nach ihnen waren, sie waren Kumpel. Ich meine, nicht nur Kumpel, sie waren Teil einer kriminellen Organisation, eines Drogenhandels, vom Mena-Flughafen (Mena Intermountain Municipal Airport = städtischer, öffentlich genutzter Flughafen, südöstlich von Mena, einer Stadt in Polk County, Arkansas, USA) und anderen Orten in Arkansas aus, als Clinton Gouverneur von Arkansas war.
Was wir also in Bezug auf Politik sehen, "Links" und "Rechts", ist Theater. Es ist Unterhal-

tungstheater, oder? Aber es soll uns weiter an das politische System glauben lassen, auch dadurch, daß wir alle vier oder fünf Jahre wählen müssen, irgendwie die Kontrolle darüber haben, wer die Regierung führt. Aber wenn man in diesem Puppenspiel, wo es die Linke und die Rechte gibt, einen Schritt zurück geht in die Schatten, sieht man, daß beide von denselben Händen kontrolliert werden. Deshalb ist es egal, wer an der Macht ist, "Links" oder "Rechts", es zeigt sich die gleiche Agenda für die Menschheit.
Interviewer: Gilt das auch für die USA und China? Wie auf Länderebene?
David Icke: Ja. Das ist eines der Dinge, die ich seit Jahrzehnten sage. Diese globale Sekte kennt keine Ländergrenzen. Sie ist nur für die Ausbeutung der Bevölkerung da. Sie will Sie glauben machen, daß es verschiedene Länder mit unterschiedlichen Zielsetzungen gibt. Das ist aber nicht der Fall. Es gibt eine globale Sekte, die durch alle Länder hindurch wirkt.
China allerdings ist ein interessanter Fall, denn was dort passiert ist, darüber habe ich in einigen Büchern ausführlich geschrieben. Die Mao-Revolution war eine Revolution der globalen Sekte. Er (Mao) war ein globaler Sektenagent. Und der Grund für diese Revolution war die Schaffung einer geschlossenen Gesellschaft, was sie sehr lange auch war. Bis zu einem gewissen Grad ist sie das immer noch, aber nicht mehr so wie früher.
Dadurch konnte man eine Struktur, ein System ausbrüten, das nicht zuletzt durch den Einsatz künstlicher Intelligenz eine vollständige Kontrolle über die Menschen ermöglicht. Und wenn man das erst einmal perfektioniert und auf chinesischer Ebene ausgebrütet hat, dann setzt man es so auf der ganzen Welt durch, richtig? Es ist also kein Zufall, daß Covid der offiziellen Geschichte zufolge aus China kam. Und seitdem ist der Westen in Bezug auf technologische Kontrolle und Zwangsmaßnahmen immer mehr wie China geworden. (…)
David Icke: Vor und während Covid erkannten viele Leute in den alternativen Medien, daß es ein Links-Rechts-Puppentheater war, und daß es dieselbe Macht war, die durch beide wirkte. Als Ergebnis dieser Unterwanderung hat sich der Kern der alternativen Medien, der die gesamte algorithmusgesteuerte Werbung auf X und solchen Orten bekommt und (seine) gesamte Finanzierung generiert, wieder zum Marionettentheater zurückentwickelt. Wenn man sich also den Mainstream der alternativen Medien anschaut, dann ist das jetzt "rechte Politik". Das ist es, was es ist. Und "rechte Politik", die sagt, wir haben einen Retter.
(Interviewer: Richtig.)
David Icke: In diesem Fall ist es Trump, richtig? Er wird den Sumpf trockenlegen. Wie bitte? Ein Mann, der sein ganzes Leben lang darin geschwommen ist, wird ihn jetzt trockenlegen?
Was? Ja, aber wozu ist die Politik da? Wenn man auf diese Ebene zurückfällt, auf "Links" und "Rechts", hat man schon den Faden verloren. Lange Zeit benutzte die Sekte das Königtum als Kontrollinstanz. Das kam ihr sehr gelegen, weil es Leute gab, die wegen ihrer Erblinie Anführer und Herrscher waren. Und es gab einen Herrscher. Man mußte also nicht sehr viele Leute kontrollieren, um die Show zu leiten.
Aber dann erreichte die Menschheit einen Punkt der Reife, kann man sagen, wo sie sich das nicht mehr gefallen ließ. Und so kam es zur Umstellung von der königlichen Kontrolle, obwohl sie in Ländern wie Großbritannien immer noch fortbesteht, hin zur politischen Kontrolle. Was ist politische Kontrolle? Wenn man sich eine politische Partei ansieht, ist es eine Pyramide. An der Spitze stehen ein paar wenige, die das Sagen haben und die Pyramide diktieren. Dann gibt es alle Mitglieder der Partei, von den Abgeordneten bis hinunter zu den Aktivisten, die sich auf verschiedenen Ebenen der Pyramide befinden.
Okay. Sie wollen also Parlamentsabgeordneter werden. Gut. In diesem Land müssen Sie von einer lokalen Wahlkreispartei ausgewählt werden. Das ist bei allen politischen Parteien so. Und deshalb müssen Sie sich bei Ihrem Vorstellungsgespräch an die Parteilinie halten. Sie müssen sagen, wofür die Partei laut Hierarchie zu diesem Zeitpunkt steht. Wenn Sie dann ins Parlament gewählt werden, wenn Sie die Karriereleiter hinaufsteigen und Minister oder Pre-

mierminister oder was auch immer werden wollen, müssen Sie zunächst einmal rücksichtslos sein. Aber zweitens müssen Sie sich an die Parteilinie halten.
Denn Rebellen kommen einfach nicht weiter, richtig? Sie haben also zwei Hierarchien. Nehmen wir an, Sie haben zwei Parteien, wie die Republikaner und die Demokraten. Sie haben zwei Hierarchien. Und an der Spitze leitet eine sehr kleine Anzahl von Leuten beide Pyramiden. Und wenn Sie dann einen Schritt weiter in den Schatten treten, sehen Sie, daß beide Hierarchien, also beide Parteien, von denselben Personen kontrolliert werden.
Egal, ob die einen oder die anderen an der Macht sind, wird im Grunde immer die gleiche Agenda verfolgt. Sie haben also die Illusion geschaffen, daß wir von einer königlichen Diktatur ohne Bevölkerungskontrolle zu einem politischen System übergegangen sind, in dem die Bevölkerung das politische System kontrolliert. Aber das ist nicht der Fall. Das ist nicht der Fall, denn letztlich werden all diese Parteien von denselben Leuten kontrolliert. Und selbst wenn es eine oder zwei Parteien gibt, kleinere Parteien, die echt sind, sorgt das System zunächst dafür, daß sie nicht an die Macht kommen.
Und selbst wenn sie an die Macht kommen, sorgt das System dafür, was sie vielleicht zum Wohle der Bevölkerung tun wollen, verunmöglicht wird. Ich meine, ich sage nicht, daß sie das wollte, aber wir hatten ein wunderbares Beispiel. Als Boris Johnson noch während seiner Amtszeit als britischer Premierminister entthront wurde, führte die Konservative Partei eine Mitgliederabstimmung durch, um zu entscheiden, wer der neue Vorsitzende der Konservativen Partei werden sollte. Dieser wird per definitionem Premierminister, der nicht gewählte Premierminister. Und sie haben für eine Frau namens Liz Truss gestimmt. Liz Truss war nicht die Wahl der Sekte. Die Sekte wollte Rishi Sunak.
(Interviewer: Okay.)
David Icke: Also kam Liz Truss, und sie war die Premierministerin mit der kürzesten Amtszeit in der Geschichte, weil sie eine Finanzkrise an der Börse und der City of London auslösten. Und sie mußte zurücktreten, weil es finanzielles Chaos gab. Und sie sagten: "Was machen wir jetzt? Oh, Rishi Sunak". Und die Sekte hat sich durchgesetzt. Wenn man also das System kontrolliert, kann man sogar aufrichtige Menschen davon abhalten, das zu tun, was sie wirklich gerne tun würden.
Das ist die Situation, und darum geht es in der Politik. Bei einer Wahl sagt die Bevölkerung: "Ich wähle Sie. Sie tun das!" Und die nächsten vier oder fünf Jahre sitzen Sie da und hoffen, daß sie es tun. Aber sie tun es nicht, weil es keinen Vertrag gibt, der besagt, daß sie das, was sie sagen, tun werden. Oder das, was sie sagen, daß sie es nicht tun werden, sie tatsächlich nicht tun, wenn sie an der Macht sind. Sobald sie erst einmal drin sind, machen sie einfach, was sie wollen.
Interviewer: Keine Rechenschaftspflicht.
David Icke: Ja. Keine Rechenschaftspflicht. (…)
David Icke: (…) die Leute sagen: "Was kann man tun?" Nun, schauen wir uns das einfach an. Es ist reine Mathematik. Sie sagen uns, daß es acht Milliarden Menschen auf der Welt gibt, richtig? Richtig. Die Zahl der Menschen, die genau wissen, was sie tun, um diese globale Dystopie zu schaffen, ist ein winziger, winziger Bruchteil der acht Milliarden. Acht Milliarden können von diesen Menschen nicht kontrolliert werden, ohne daß diese acht Milliarden mitarbeiten, ohne daß diese acht Milliarden zustimmen. Das ist nicht möglich.
Also gründen sie politische Parteien, damit die Menschen im Puppenspiel sich streiten können. Sie schaffen unterschiedliche Glaubenssysteme, die miteinander um die Vormacht kämpfen können. Und sie können uns spalten und beherrschen. Wir bekämpfen uns also gegenseitig, ohne aufzuschauen und zu sehen, daß dieselbe Hand die Fäden all dieser unterschiedlichen Fraktionen in der Hand hält. Und wenn wir einfach sagen würden: "Wissen Sie, vielleicht glauben Sie etwas anderes als ich". Wo liegt das Problem? Das Problem entsteht nur,

wenn Sie versuchen, mir Ihren Glauben aufzuzwingen, und ich versuche, Ihnen meinen Glauben aufzuzwingen. Nur dann tritt das Problem auf.
(Interviewer: Richtig.)
David Icke: Denn sonst könnten wir sagen: "Also, ich stimme Ihnen in diesem Punkt nicht zu und Sie stimmen mir in diesem Punkt nicht zu, aber lassen Sie uns ein Bier trinken." Das ist kein Problem. Und wir werden darüber reden. Vielleicht überzeugen Sie mich. Vielleicht überzeuge ich Sie.
Aber das ist kein Problem. Es gibt nichts, worüber man streiten müßte. (…)
Und wenn wir einfach aufhören würden, uns gegenseitig zu bekämpfen und respektieren würden, daß der andere eine andere Ansicht, einen anderen Lebensstil hat als wir selbst… Meine Lebensphilosophie ist sehr einfach. Tun Sie, was Sie wollen, solange Sie es niemandem aufzwingen. Weder psychologisch noch physisch. Okay? Wenn ihr Menschen so handeln wollt und sich alle einig sind, daß ihr so leben wollt, dann lebt so. Aber wenn man anfängt, anderen aufzuzwingen, wie man leben soll, dann werde ich hellhörig.
Und der Grund, warum ich das tue, was ich tue, ist nicht, daß die Menschen so leben müssen, wie sie es möchten. Es ist, weil es den Menschen aufgezwungen wird, die nicht so leben wollen. Wenn man um die Welt reist und nach Südamerika, Mittelamerika und in Teile Asiens usw. oder Afrikas kommt, findet man dort sehr viele Menschen, denen es nicht gut geht. Sie versuchen einfach, einen weiteren Tag zu überleben.
So muß es nicht sein. Das muß es nicht. Aber wegen "Teile und herrsche" ist es so. Interviewer: Und wenn wir schon von diesem Teile-und-herrsche-Spiel und diesen Glaubenssystemen sprechen, würden Sie sagen, daß sie aufgebaut und tatsächlich finanziert und befeuert werden? Und wenn ja, von wem geschieht das gerade, insbesondere mit diesem "Links-Rechts-Paradigma?"
(…) Man braucht nur Leute dort, die man massiv fördert, deren Glaubenssystem und Weltanschauung ist, daß es auf die Politik ankommt. Daß Politik die Antwort ist. Und wenn man Trump einsetzt, ändern sich die Dinge und all das Zeug. Man braucht da keine Agenten, dennoch gibt es welche. Machen wir uns da nichts vor. Aber im Großen und Ganzen braucht man keine. Man stellt einfach Leute mit einem bestimmten Glaubenssystem ein und fördert sie auf Teufel komm raus, und sie halten die Linie ein. Sie halten die Linie ein, weil sie nicht glauben, daß es etwas jenseits der Linie gibt. Und genau das ist passiert. (…)
Es gibt also diese Leute. Sie erhalten die ganze Förderung. Aber dann gibt es noch eine andere Gruppe im Schatten um sie herum. Dabei handelt es sich um milliardenschwere Tech-Agenten, die die Unterdrückung des Gesamtzusammenhangs finanzieren und orchestrieren. Sie halten die Linie des kleinen Ausschnitts, weil es ihrer Agenda entspricht. (…)
Wir haben es also mit einer Gruppe von Milliardären zu tun, die im Hintergrund agieren, und es sind Tech-Milliardäre. Sie sind KI-Milliardäre. Und was sie tun, ist, eine Situation zu inszenieren, in der sie die Regierung so weit kontrollieren, daß sie das bekommen, was sie im Hinblick auf die Einführung von KI wollen. (…)
Interviewer: Sie haben nun 35 Jahre Erfahrung darin, sich gegen den Mainstream zu stellen. Was ist Ihrer Meinung nach der Schlüssel, den Sie unserem Publikum geben würden, um diese globalen Verschwörungen zu verstehen? Und, was wäre der Schlüssel zur Unterscheidung, um unsere Welt so zu durchschauen, wie sie ist?
David Icke: Okay. Es geht darum, zu sehen, daß die Welt in Bezug auf Ereignisse fragmentiert zu sein scheint. Sie (die Ereignisse) scheinen zufällig zu sein, aber sie sind es nicht. Ich will damit nicht sagen, daß die Leute sagen: Glaubst du an die Verschwörungstheorie der Geschichte oder an menschliches Versagen? Als ob das sich gegenseitig ausschließen würde. Das tut es nicht. Manche Dinge, die schief gehen, sind nur das Werk von Menschen, die nicht sehr klug sind und dumme Dinge tun. Was ich meine, sind die Ereignisse, die die Gesellschaft

verändern. Sie sind es, die die Richtung der menschlichen Gesellschaft bestimmen. Sie sind nicht zufällig. Sie sind kalkuliert. (…)
Als ich also anfing, dachte ich: "Okay, ich kann sehen, daß ein paar Leute die Welt kontrollieren. Meine Frage ist: Wie machen sie das? Es muß eine Struktur geben. Sonst wäre ja alles nur Chaos." Also habe ich mir vor langer Zeit folgendes ausgedacht. Stellen Sie sich ein Spinnennetz um die Welt herum vor, und jeder Strang des Netzes ist ein Geheimbund oder eine halb geheime Gruppe, und am äußeren Teil (Rand) des Netzes befindet sich eine Regierung oder eine Regierungsbehörde oder ein Unternehmen oder eine CIA. Und in der Mitte des Netzes befindet sich die Spinne. In einem anderen Interview werden wir darauf eingehen, was die Spinne ist.
Interviewer: Jetzt wird es interessant.
David Icke: Das ist der Moment, in dem sich die ganze Welt wirklich öffnet, wenn man erkennt, was die Spinne ist. Das ist es, worum es beim "Bis-hierher-und-nicht-weiter" geht. Laßt sie nicht wissen, was die Spinne ist, richtig? Sie haben also die Spinne, und die Spinne steuert die globale Agenda. Die Fäden in dem Netz, das die Spinne umgibt, sind diejenigen, die wirklich über die gesamte Agenda Bescheid wissen. Und die meisten von ihnen haben nicht einmal einen Namen, weil sie dann schwerer zu verfolgen sind. Sie sind wirklich exklusiv. Je weiter man sich von der Spinne entfernt, desto mehr kommt man in den Bereich der Geheimgesellschaften, von denen wir wissen.
Wir wissen nicht, was sie tun und entscheiden, aber wir wissen, daß sie existieren. Das sind die Freimaurer, und ich spreche von dem inneren Kern der Freimaurer, nicht von Bill und Joe in der örtlichen Loge. Ich spreche von den Malteserrittern, den Tempelrittern, dem Opus Dei, dem inneren Kern des Jesuitenordens, usw. Und das ist immer noch im Verborgenen. Und alle diese Organisationen sind streng in Abteilungen gegliedert. So haben nur einige wenige an der Spitze einer dieser Organisationen, den Überblick über die wahre Agenda.
Der Rest wird in Bezug auf ihr Wissen unterdrückt, je nachdem, wie weit unten sie in der Pyramide stehen. Im Grunde nennt man das Wissensgrade. Und wenn man dann herauskommt, immer noch im Verborgenen, erreicht man das, was ich den Scheitelpunkt nenne. Der Scheitelpunkt ist dort, wo die Agenda, die von den verborgenen Geheimgesellschaften kommt, diesen Punkt erreicht, von wo aus sie durch Regierungen, Regierungsbehörden, Geheimdienste, NGO's, Pentagons und all diese Dinge in die Welt hinausgetragen wird.
An diesem Punkt finden Sie nun das Weltwirtschaftsforum. Hier finden Sie die Bilderberg-Gruppe. Hier finden Sie diese Explosion von häufig Soros-finanzierten NGOs (private, oft sehr einflußreiche, nichtstaatliche Organisationen). Hier finden Sie die Denkfabriken, wie sie genannt werden und ihre Arbeit. Und noch einmal, sie sind in Abteilungen unterteilt, sodaß die meisten Leute in den unteren Ebenen, keine Ahnung haben, wozu sie gehören.
Ihre Aufgabe ist es, die Agenda aus dem Verborgenen in die Öffentlichkeit zu tragen, indem sie die Regierungspolitik, die Unternehmenspolitik und die Politik der Behörden im Allgemeinen beeinflussen. Und das ist es doch, was das Weltwirtschaftsforum erstklassig tut, oder? Das ist es, was die Bilderberg-Gruppe tut. (…)
Also, hier hängt alles zusammen. Wenn man also in die Welt dieser Szene eintritt, scheint es für die Bevölkerung so, als gäbe es zufällige Unternehmen, zufällige Organisationen, zufällige Regierungen und alles Mögliche, richtig? Aber wenn man das Spinnennetz kennt, erkennt man, daß sie keineswegs zufällig sind. Jede Organisation, sei es die Weltgesundheitsorganisation, Facebook, Twitter oder was auch immer, wird sich, wenn man tief genug in sie eindringt, mit dem Spinnennetz verbinden. Man wird den Punkt in der Organisation erreichen, an dem sie sich mit dem Spinnennetz verbindet.
Und an diesem Punkt, auf dieser Ebene, sind sie alle dieselbe Organisation. Die Weltgesundheitsorganisation sagte also: "Das müssen Sie über COVID glauben!", richtig? Und auf der

Stelle sagten die Silicon-Valley-Konzerne wie Facebook und YouTube: "Wir werden jeden zensieren, der im Widerspruch zur Version der Weltgesundheitsorganisation zu COVID steht."
Wenn man das Netz nicht kennt, ist das irgendwie verwirrend, und man denkt sich: "Aber ihr sollt doch der öffentliche Platz sein. Ihr sollt der Ort sein, an dem Debatten und Meinungen ausgetauscht werden." Aber das taten sie nicht. Sie sagten: "Wir werden alles zensieren, was im Widerspruch zur Version der Weltgesundheitsorganisation zu COVID steht." Warum ist das so? Auf einer ausreichend tiefen Ebene der Weltgesundheitsorganisation, die im Grunde von Gates geleitet wird, der ein Laufbursche der Rockefellers ist. Und die Rockefellers waren die Gründer der Weltgesundheitsorganisation im Jahr 1948.
Und die Sekten-Ebene, die Netz-Ebene von Facebook, ist die gleiche Organisation. Sie zensieren also im Namen des Spinnennetzes die Agenda oder schützen die Agenda, die von der Weltgesundheitsorganisation in Umlauf gebracht wird.
Dann gibt es Organisationen, die die Bevölkerung vor dem großen Pharmakartell schützen sollten, wie die CDC (Centers for Disease Control and Prevention, Behörde des US-amerikanischen Gesundheitsministeriums) und FDA (Food and Drug Administration, Lebensmittelüberwachungs- und Arzneimittelbehörde der Vereinigten Staaten) in den USA, oder MHRA (Medicines and Healthcare products Regulatory Agency, medizinische Zulassungs- und Aufsichtsbehörde für Arzneimittel in Großbritannien), die britische Version.
Jedes Land wird seine eigene Einrichtung haben, die dafür sorgen soll, daß die Bevölkerung vor dem Big-Pharma-Kartell geschützt wird, nicht wahr? Indem sie darauf achten, daß alles sicher ist, was sie herausbringen.
Aber wenn sie sich den gefälschten Covid-Impfstoff von Pfizer ansehen, und das war übrigens eine Militäroperation von Pfizer, BioNTech und Moderna. Die sind zu diesen Organisationen bzw. Gesundheitsorganisationen gegangen und haben gesagt: "Wir wollen diesen gefälschten Impfstoff bei vielen Menschen anwenden und wir wollen das Alter immer weiter senken, bis wir ihn Babys verabreichen können.
Wir haben ihn (zwar) nicht getestet und selbst die Versuche, die wir hatten, waren nicht sehr gut." Man würde also denken, daß öffentliche Schutzorganisationen wie die CDC sagen würden: "STOPP! Das ist nicht euer Ernst, Leute. Ihr kommt der Bevölkerung nicht nahe!" Aber das haben sie nicht getan. Und sie haben es nirgendwo getan. Sie haben ihnen die Erlaubnis erteilt. Warum?
Weil das Sektennetz die öffentlichen Schutzorganisationen besitzt und sie besitzen die Pharmaindustrie. Tatsächlich haben sie die Pharmaindustrie geschaffen, durch die Rockefellers, J. D. Rockefeller und Leute wie ihn. Und wenn man sich ansieht, wie es funktioniert, passiert Folgendes: Die Sekte geht zur Sekte und bittet um Erlaubnis, eine Sektenagenda durchzuziehen. So funktioniert es. Und leider hat sich der Mainstream-Teil der alternativen Medien dahin zurückentwickelt, das nicht mehr wie früher zu verstehen. Und so führt es die Bevölkerung vielleicht auf einen anderen Weg, aber es führt sie unaufhaltsam an denselben Rand derselben Klippe. (…)
Wenn du zu weit gehst, holst du dir einen krassen Shadowban (Reichweitendrosselung, vollständige oder teilweise Blockierung eines Benutzers beziehungsweise seiner Inhalte). Und ich weiß, wie das ist. Du hast vielleicht 640.000 Follower auf deiner Seite, aber die meisten davon sehen deine Beiträge nicht. So funktioniert das. (…)
Und egal, welche Beschimpfungen ich von den alternativen Mainstream-Medien und ihren Anhängern erhalte, ich werde sie weiterhin anprangern, weil es so wichtig ist, daß wir erkennen, daß es jenseits des Politischen...
(Applaus)
(Interviewer: Oh, vielen Dank.)

David Icke: Jenseits der politischen Barrikade, dort liegen die Antworten, und deshalb wollen sie nicht, daß wir dorthin gehen. (…)<<

Belgien: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 19. Februar 2025 (x1.496/…): >>**Affront gegen Friedensgespräche: EU-Staaten einigen sich auf neue Rußland-Sanktionen!**

Während US-Präsident Donald Trump und Kreml-Chef Wladimir Putin über einen Ukraine-Frieden verhandeln wollen, eskaliert Europa weiter: Die EU-Staaten haben sich auf ein neues Paket mit Rußland-Sanktionen verständigt. Es soll zum dritten Jahrestag des Kriegsbeginns am kommenden Montag in Kraft treten. Das teilte die polnische EU-Ratspräsidentschaft in Brüssel mit.

Angaben von Diplomaten zufolge werden über das neue Sanktionspaket 13 weitere Banken aus dem Finanzkommunikationssystem Swift ausgeschlossen. Zudem verlieren acht russische Medienunternehmen ihre Sendelizenzen in der EU. Außerdem wird es ein weitgehendes Einfuhrverbot für russisches Aluminium sowie Aluminium-Legierungen und ein Ausfuhrverbot für Geräte geben, die zur Steuerung von Kampfdrohnen eingesetzt werden können. Dazu gehören zum Beispiel auch Videospielkonsolen-Controller.

Mit Blick auf die Schifffahrt vor allem in der Ostsee sollen künftig auch Kapitäne und Eigner von Schiffen mit Strafmaßnahmen belegt werden können. Von der EU sanktionierte Kapitäne und Eigner dürfen dann nicht mehr in die EU einreisen. Zudem müssen ihre Vermögen in der EU eingefroren werden.<<

20.02.2025

BRD: Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 20. Februar 2025 (x1.495/…): >>**CDU und SPD im Schleuser-Sumpf: Schleuser-Parteien abwählen!**

Immer tiefer versinken SPD, CDU und insbesondere der nordrhein-westfälische CDU-Landesverband im Schleuser-Sumpf. Die Staatsanwaltschaft Düsseldorf hat erste Details zu den Ermittlungen gegen den Dürener CDU-Landrat Wolfgang Spelthahn bekanntgegeben. Spelthahn und ein SPD-Politiker sollen demnach pro illegal eingereisten Migranten aus China zwischen 1.000 und 10.000 Euro erhalten haben. Die Beute sollen die Beteiligten untereinander aufgeteilt haben. Gegen Spelthahn steht der Vorwurf des gewerbs- und bandenmäßigen Einschleusens von Ausländern in 84 Fällen im Raum.

Die von Ministerpräsident Hendrik Wüst geführte nordrhein-westfälische CDU hat bereits eingeräumt, Spenden von Mitgliedern einer Schleuserbande erhalten zu haben - in Höhe von mindestens 52.000 Euro. Doch was kümmert es die Partei der Masken-Deals und der systematischen Rechtsbrüche? Eher friert die Hölle zu, als daß die Union ernsthafte Konsequenzen aus diesen Zuständen ziehen würde.

Ein qualitativer Unterschied zwischen dem Verhalten der mutmaßlichen Dürener Schleuser und dem millionenfachen Import von illegalen Migranten ist ohnehin kaum zu erkennen - das Ergebnis für unsere Sicherheit ist im letztgenannten Fall noch schlimmer. Daher ist es höchste Zeit, die Schleuser-Parteien von der CDU bis zu den Grünen endlich abzuwählen und für einen Stopp der illegalen Massenmigration zu sorgen. Stimmen Sie deshalb am Sonntag unbedingt mit beiden Stimmen für die AfD!<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 20. Februar 2025 (x1.495/…): >>**IS ruft zum Überfahren von Menschen auf: Zeit für die Abschiebung von Islamisten!**

"Worauf wartest Du? Die Straßen sind voller Ziele. Überfahre Sie!" - diese unfaßbare Aufforderung steht auf dem makabren "Navigationssystem" einer islamistischen Propaganda-Abbildung. Auch die Aufforderung "Auf zum Schlachten!" findet sich direkt neben dem Lenkrad des Fahrers. Die deutschsprachige Terror-Webseite "Al Saif Media" ("Das Schwert")

nennt auf der Abbildung auch deutsche Städte als potentielle Anschlagsziele: Berlin, Frankfurt und München.
Nach den tödlichen Auto-Anschlägen in Magdeburg und München liegt es auf der Hand, wie ernst diese Drohungen leider zu nehmen sind - doch CDU und Rest-Ampel bleiben weiterhin untätig. Nach wie vor wird auch in den CDU-regierten Bundesländern der Großteil der ausreisepflichtigen Ausländer und islamistischen Gefährder nicht abgeschoben.
CDU-Chef Merz ließ erst gestern im TV-Duell mit Scholz die Maske fallen und wandte sich sogar gegen die Abschiebung von 40.000 sofort ausreisepflichtigen Migranten, die keinen Duldungsstatus haben. Zugleich knickt er nach der gemeinsamen Abstimmung mit der AfD schon wieder ein und robbt sich unterwürfig an die Grünen heran. Es droht ein blutiger Preis für diesen bürgerfernen Brandmauer-Kurs. Und falls es beim nächsten Auto-Anschlag wieder zu "Brandmauertoten" kommen sollte, so sind die heuchlerischen CDU-Betroffenheitskommentare schon abzusehen.
Nur die AfD sieht nicht dabei zu, wie Islamisten uns den Krieg erklären und unser Land mit dem Hashtag "#LetsSlaughter" (Laßt uns Schlachten!) zum "Schlachthof" ihrer kranken Ideologie machen. Wir werden die Abschiebungs-Großoffensive umsetzen, die uns von Union und SPD seit Jahren versprochen wird, während beide Parteien mit Merz und Scholz das krasse Gegenteil tun. Wir werden unsere Grenzen schützen und Migranten ohne Einreiseberechtigung schon an der Grenze abweisen. München und Magdeburg dürfen nicht zum Alltag werden. Nur ein Wahlsieg der AfD am Sonntag kann dies verhindern!<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 20. Februar 2025 (x1.496/…): >>**Abschiebe-Verarsche vor der Wahl: 47 Migranten in den Irak ausgeflogen - Aber nur wenige Straftäter!**
Anfang der Woche wurde natürlich rein zufällig kurz vor der Bundestagswahl bekannt, daß 47 Migranten aus 11 Bundesländern von Hannover mit einer gecharterten türkischen Maschine in den Irak ausgeflogen wurden. Jetzt kommt heraus: Unter 16 abgeschobenen Asylbewerbern aus Niedersachsen waren nur neun Straftäter, wie die "Bild-Zeitung" berichtete.
Bei drei Abschiebeflügen in Hessen war die Quote der Straftäter an Bord noch geringer: Statt der 250 vom Land Hessen gemeldeten Straftäter saßen ausnahmslos Frauen, Kinder und Menschen, die ohnehin freiwillig ausreisen wollten, im Flugzeug. Auf einem der drei Flüge blieben die meisten gebuchten Plätze leer.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 20. Februar 2025 (x1.496/…): >>**Von wegen Migrationswende: Merz-CDU läßt XXL-Asylunterkunft in Wohngebiet bauen!**
Unions-Kanzlerkandidat Friedrich Merz (CDU) hat versprochen, nach der Wahl am 23. Februar die illegale Einwanderung zu stoppen und eine Migrationswende durchzusetzen. Doch wie paßt das zusammen? Wenige Tage vor der Bundestagswahl beschloß der CDU-geführte Senat in der Hauptstadt, in Berlin-Westend für 118 Millionen Euro eine der größten Asylunterkünfte Deutschlands zu bauen. 950 Personen sollen zum 1. Januar 2026 einziehen, der Mietvertrag läuft über zehn Jahre.
Pikant: Der Projektauftrag ging an Aroundtown, einen von Israelis geführten Konzern mit Sitz in Luxemburg, zu dem der Regierende Bürgermeister Kai Wegner (CDU) beste Kontakte hat. Im Top-Management des Immobilien-Riesen sitzt nämlich Christina Schwarzer. Ein Schelm der dabei gleich an schwarzen Filz denkt! Denn: Von 2013 bis 2017 saßen Schwarzer und Wegner gemeinsam für die Union im Deutschen Bundestag. Beide kennen sich seit Jahrzehnten aus der Berliner CDU.
Auch die landeseigene Berliner Immobilienmanagement GmbH (BIM), die für die Ausarbeitung der Mietverträge mit Aroundtown zuständig war, kommt nicht zu kurz. Allein für den Abschluß des Vertrags mit Aroundtown erhält die BIM rund 700.000 Euro, dazu kommen 9.000 Euro monatlich als "Managementvergütung". Bei der BIM arbeitet Jelena Ebner in der

Geschäftsführung. Was für ein Zufall aber auch: Ebner stand zuvor bei Aroundtown in Lohn und Brot.
FAZIT: In Berlin zeigt sich, daß die von Friedrich Merz versprochene Migrationswende nichts anderes als hohles Geschwätz ist!<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 20. Februar 2025 (x1.496/…): >>**Luxus-Schleuser: CDU-Landrat soll bis zu 10.000 Euro pro Kopf kassiert haben!**
Es geht um Korruption, illegale Einreisen wohlhabender Chinesen und Millionenbetrug: In der nordrhein-westfälischen Schleuser-Affäre um geldgierige Altparteien-Bonzen kommen immer neue brisante Details an Licht!
Laut Staatsanwaltschaft soll der suspendierte Dürener Landrat Wolfgang Spelthahn (CDU) zusammen mit dem früheren Stabsleiter in der Stadtverwaltung von Düren, Jens Bröker (SPD), sowie einem weiteren Beschuldigten pro illegal eingereistem Familienvorstand aus China bis zu 10.000 Euro von einer Schleuser-Bande erhalten haben. Das berichtet der "Kölner Stadt-Anzeiger".
Insgesamt sollen so 222 Migranten über das Netzwerk illegal nach Deutschland gekommen sein. Die Betrugsgelder sollen die Beteiligten unter sich aufgeteilt haben.
Dem früheren CDU-Landrat Spelthahn wird gewerbs- und bandenmäßiges Einschleusen von Ausländern in 84 Fällen vorgeworfen - außerdem besteht der Verdacht der Bestechlichkeit.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 20. Februar 2025 (x1.498/…): >>**Union will Wehrpflicht und Bundeswehrgröße zur Priorität machen**
Nach den jüngsten Verwerfungen im transatlantischen Verhältnis wollen CDU und CSU bei einer Regierungsübernahme verstärkt auf die Einführung der aufwachsenden Wehrpflicht aus ihrem Wahlprogramm dringen. "Die Wehrpflicht ist einer der Punkte, die wir als Union in Koalitionsverhandlungen einbringen werden", sagte Unionsfraktionsvize Johann Wadephul dem "Tagesspiegel".
Spätestens die Münchner Sicherheitskonferenz habe gezeigt, daß die Personalfrage eine Priorität der neuen Regierung sein müsse. Vor dem Hintergrund, daß die Bundeswehr zuletzt geschrumpft statt gewachsen ist, wollen die Christdemokraten Wadephul zufolge "auf dem vorliegenden Modell von Minister Pistorius mit verpflichtenden Fragebögen zur Wehrerfassung aufbauen".
Sie "glauben aber, darüber noch hinausgehen zu müssen". Auch der frühere Wehrbeauftragte Hans-Peter Bartels (SPD) sagte der Zeitung, eine neue Regierung käme nun "nicht mehr an einer Pflicht vorbei, wenn Freiwilligkeit allein zur Bedarfsdeckung nicht ausreicht". Die Bundeswehr sei schon gemessen an den bisherigen Zusagen an die Nato zu klein, "für ein Europa mit weniger amerikanischen Soldaten aber erst recht", so Bartels weiter.
Die Sozialdemokraten als möglicher Koalitionspartner der Union signalisieren in diesem Punkt Gesprächsbereitschaft: "Wir setzen auf das Modell von Boris Pistorius zur Stärkung der Reserve", sagte der SPD-Verteidigungsexperte Falko Droßmann dem "Tagesspiegel", "versperren uns aber auch nicht weiterer, klug abgewogener Schritte, wenn sie angesichts der internationalen Lage notwendig sein sollten."<<
Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/36654" berichtet am 20. Februar 2025 (x1.494/…): >>**Warum will Trump Gaza entvölkern?**
Eine Analyse von Kla.TV
Am 4. Februar 2025 ging es wie ein Lauffeuer um die Welt: US-Präsident Trump hatte bei einem Treffen mit seinem israelischen Kollegen Netanjahu gesagt, die USA wollten den Gazastreifen langfristig in Besitz nehmen. Alle dort lebenden Palästinenser sollten in muslimisch geprägte Nachbarländer umgesiedelt werden. Zwar dementierte die Sprecherin des US-Präsidialamts am nächsten Tag, es ginge nur um eine zeitweise Umsiedelung und die Kostenübernahme sei nicht geklärt.

Doch dieser Vorstoß wäre ein erster Schritt, um einen möglichen Flächenbrand im Nahen Osten auszulösen. Könnte dies im Interesse des neuen Kabinetts II der Trump-Administration sein? …
Trump scheint ein Wegbereiter zu sein, um Kriegsschauplätze in den Nahen Osten zu verlagern, um die Voraussetzung zu schaffen, den Dritten Tempel auf dem Tempelberg in Jerusalem zu bauen - was zum vorausgesagten blutigen 3. Weltkrieg führen muß - und, um schlußendlich eine zentrale Weltregierung mit okkult praktizierter Einheitsreligion in Jerusalem zu installieren. Mehr dazu - inklusive Ausweg - sehen Sie in dieser Sendung.
Wichtiger Hinweis: Kla.TV weist ausdrücklich darauf hin, daß mit der Erwähnung der in dieser Sendung genannten Personen, Hintergründe und Verflechtungen nicht angestrebt wird, den Zuschauer zu einem antisemitischen Urteil zu verleiten. Selbst wenn die in dieser Sendung genannten Personen und Interessengruppen unter der Flagge der israelischen Regierung agieren und sich als Juden ausgeben, sollte jeder Zuschauer im Bewußtsein behalten, daß Gewalt, egal von welcher Seite sie verübt wird, ganz grundsätzlich nicht zu rassistischen Urteilen verleiten darf.
Denn oft läßt sich nach einer genaueren Untersuchung folgendes feststellen: Personen, die durch investigativen Journalismus ins Blickfeld der Öffentlichkeit geraten, lenken von ihren Gewalttaten ab, indem sie dann ihre Religionsgruppe oder Nation als Sündenbock oder Schutzschild ins Feld führen. So wird bewußt Haß und Folgegewalt unrechtmäßig auf die Religionsgemeinschaft oder Nation gelenkt. Daß man es in vielen Fällen gar nicht mit echten Juden bzw. echten Anhängern sonstiger Religionen zu tun hat, sondern mit einer luziferischen Ideologie, wird ausführlich in den Sendungen "Wider Rassismus und Verschwörung" (www.kla.tv/23509) und "Das Geheimnis der Obelisken" (www.kla.tv/14340) dargelegt. Diese Dokumentation belegt ebenfalls genau diesen Zusammenhang.
Der US-amerikanische Wissenschaftler und Unternehmer Dr. Eli David am 13. November 2024: "Trumps Kabinett ist jetzt offiziell pro-israelischer als das israelische Kabinett."
Die Organisation Hamikdash Betzion (Der Tempel in Zion) glaubt, daß die Erklärung von Trump am 6. Dezember vergangenen Jahres (6. Dezember 2017) - in der Jerusalem als die Hauptstadt Israels anerkannt wird - den US-Präsidenten in eine ähnliche Rolle, wie die des damaligen Königs Kyros gebracht hat.
"Präsident Trumps rechtes Ohr wurde in einer symbolischen Geste nach Exodus 21, 6 gestreift und verletzt, wie es in der Tora heißt, daß ein Diener, der bei seinem Herrn bleiben will, sein rechtes Ohr durchbohren lassen muß. Trump wurde als Gottes Diener und Gesalbter bezeichnet, genau wie Kyros der Große vor fast 2.400 Jahren."
Gemäß dem Nachrichtenportal "Israel365News" hat Donald Trump, als nicht jüdischer Führer der USA, eine prophezeite Rolle beim Bau des Tempels zu spielen.
Am 20. Januar 2025 wird Donald Trump als 47. Präsident der Vereinigten Staaten vereidigt. Die Person Donald Trump scheidet die Gemüter wie kaum eine andere. Für die Einen ist er der lang ersehnte "Retter", der "den Sumpf trockenlegt" und "den Tiefen Staat zerstört". Für andere ist er ein unberechenbarer "Demokratie-Zerstörer" und "Haß-Verbreiter".
In der Dokumentation "AKTE TRUMP - Retter oder Teil des Deep-States?" (www.kla.tv/-30489) von Oktober 2024 werden Trumps Verbindungen zum Tiefen Staat und zur luziferischen Hochgrad-Freimaurerei aufgezeigt.
In dieser Sendung soll nun ein Blick in die Zukunft geworfen werden. Aufschluß darüber geben zum einen Stellungnahmen zur Wahl Trumps und zum anderen die Zusammenstellung seiner Regierungsmannschaft für seine zweite Amtszeit. Diese besteht einerseits aus dem sogenannten Kabinett der Vereinigten Staaten - welches sich aus Präsident, Vizepräsident und 14 Ministern zusammensetzt - und anderseits aus weiteren Personen, die für Schlüsselpositionen vorgesehen sind. Läßt sich aus der Zusammensetzung von Trumps Regierungsmannschaft

ein möglicher außenpolitischer Fahrplan für die kommenden vier Jahr ableiten? Gibt es einen großen gemeinsamen Nenner, der die von Trump eingesetzten Personen verbindet? Und welche Schlüsse läßt solch ein gemeinsamer Nenner zu?
Kla.TV hat die von Trump eingesetzten Personen untersucht und dabei einen gemeinsamen großen Nenner entdeckt. Und zwar geht es um den Israel-Gaza-Krieg, ein bewaffneter Konflikt zwischen Israel und der Hamas seit dem 7. Oktober 2023. Bei der Hamas handelt es sich um eine "Islamische Widerstandsbewegung", welche die Regierung im Gazastreifen stellt und international von 41 Staaten als Terroristische Vereinigung eingestuft wurde.
Die internationalen Reaktionen zum Israel-Gaza-Krieg fallen unterschiedlich aus. Die einen pochen seit dem Terrorangriff der Hamas vom 7. Oktober 2023 - mit 1.139 toten Israelis und der Verschleppung von 239 Geiseln - auf das Selbstverteidigungsrecht Israels. Andere stellen angesichts der über 45.000 (Stand Januar 2025) toten Palästinensern die Frage nach der Verhältnismäßigkeit der israelischen Angriffe. - Dies nach Angaben des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte; eine knappe Mehrheit davon seien Frauen und Kinder.
Der irisch-kanadische Völkerrechtler William Schabas sagte im Januar 2024, "für ihn werde immer klarer, daß Israel nicht das Ziel habe, die Hamas zu besiegen, sondern vielmehr, die Bevölkerung des Gazastreifens zu entwurzeln oder auszulöschen".
Der Dokumentarfilm von David Sorensen (www.kla.tv/27342) zeigt schwerwiegende Ungereimtheiten des vermeintlichen Überraschungsangriffs der Hamas vom 7. Oktober 2023 auf, daß er von "einer geplanten Operation an allen Fronten" spricht. Sorensen wörtlich: "Ich habe das Gefühl, daß die Menschen in Israel und Palästina wieder einmal an die höheren Mächte verkauft worden sind." Sorensen zeigt auch auf, daß die Hamas gegründet wurde, um Israel einen Vorwand für die vollständige Übernahme der Kontrolle über den ganzen Gazastreifen zu geben.
Im März 2019 hatte Netanjahu auf einer Sitzung seiner Mitte-Rechts-Partei Likud zu seinen Likud-Kollegen gesagt: "Wer die Gründung eines palästinensischen Staates vereiteln will, muß die Hamas unterstützen und Geld an die Hamas überweisen. (…) Das ist Teil unserer Strategie, die Palästinenser im Westjordanland zu isolieren."
Aber nun zurück zu den von Trump eingesetzten Personen für seine Regierungsmannschaft und zu dem einen großen gemeinsamen Nenner. Sie alle sind in dem Sinne "pro-Israel", indem sie z.B. den - Anfang Dezember 2024 - veröffentlichten Bericht von Amnesty International mit dem Urteil "Israel begehe Völkermord" in den Wind schlagen. Sie nehmen das unverhältnismäßige Vorgehen der israelischen Regierung in Schutz und sprechen sich gegen einen Waffenstillstand aus.
Laut einem Artikel der US-Non-Profit-Organisation "The Palestine Chronicle", vom 13. November 2024, sei "jeder Einzelne (von Trumps Kabinett) entweder ein christlicher Zionist oder ein jüdischer Zionist, und alle sind sie Hardliner in ihrer Haltung zu diesem Thema."
Der Begriff "Zionist" bezieht sich dabei in erster Linie auf Personen, welche die Existenz eines jüdischen Staates im Nahen Osten befürworten oder aktiv unterstützen. Das Wort leitet sich ab von Zion, dem Namen des Tempelberges in Jerusalem. Viele Zionisten verfolgen nach der Staatsgründung 1948 das Ziel, ein biblisches Großisrael wiederherzustellen. Dazu soll auch der Tempel auf dem Tempelberg wieder aufgebaut werden.
Israels Regierungschef Benjamin Netanjahu zeigte vor der UN-Vollversammlung im September 2024 eine Israel-Karte, die auch die palästinensischen Gebiete einschließt.
Die jüdisch-amerikanische Tageszeitung "Forward" am 13. November 2024:
"Trumps erste Kandidaten sind eingefleischte Israel-Befürworter und verhöhnen die propalästinensischen Protestwähler"
Die israelische Tageszeitung "Haaretz" am 13. November 2024:

"Nur Netanjahu hätte ein komfortableres außenpolitisches Team für Trump wählen können. Die bisherigen Ernennungen Trumps - von Mike Huckabee bis Pete Hegseth - machen deutlich, welche Priorität der Nahe Osten für ihn haben wird. Israel-Befürworter freuen sich …"
Das unabhängige Nachrichtenportal "InformationLiberation" am 12. November 2024:
(Der US-amerikanische Chefredakteur) "Ben Shapiro feiert Trump für die Zusammenstellung eines Kabinetts, das Israel den Vorrang gibt."
Der US-amerikanische Wissenschaftler und Unternehmer Dr. Eli David am 13. November 2024: "Trumps Kabinett ist jetzt offiziell pro-israelischer als das israelische Kabinett."
Nicht nur in Trumps Regierungsmannschaft, sondern auch im US-Kongreß ist der große gemeinsame Nenner einer kritiklosen Israel-Unterstützung offensichtlich:
Die israelische Tageszeitung "The Jerusalem Post" am 7. November 2024:
Von (der pro-israelischen Lobby in den USA) AIPAC unterstützte Kandidaten gewinnen bei den US-Wahlen und stärken die pro-israelische Präsenz im Kongreß.
Das pro-israelische politische Aktionskomitee AIPAC hat bei den jüngsten US-Wahlen bisher 318 zionistischen Kandidaten zum Sieg verholfen.
Bevor nun einige der von Trump eingesetzten Regierungsmitglieder unter die Lupe genommen werden, befassen wir uns zuerst mit der Person Trump. Gibt es aktuelle Äußerungen von Persönlichkeiten, die darauf hinweisen, was für eine Rolle er in den nächsten vier Jahren seiner Amtszeit im Nahen Osten spielen könnte?
Möglicher Fahrplan für die 2. Amtszeit von Donald Trump und seine denkbare Rolle darin:
Donald Trump erhielt für seinen Wahlkampf 100 Millionen Dollar von der israelisch-US-amerikanischen Ärztin und bekennenden Zionistin Miriam Adelson. Das Schweizer Nachrichtenportal "watson" schrieb, Adelson sei eine Hardcore-Israel-Lobbyistin und eine vehemente Gegnerin einer Zwei-Staaten-Lösung.
Die israelische Internet-Zeitung "The Times of Israel" listete am 27. Oktober 2020 100 Punkte auf, wie Präsident Trump während seiner ersten Amtszeit Israel unterstützte.
Hier nur die ersten zehn Punkte:
1. Präsident Trump erkannte Jerusalem als Hauptstadt Israels an
2. Präsident Trump verlegte die amerikanische Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem
3. Präsident Trump schloß das Jerusalemer Konsulat und machte es zu einer Botschaftsstelle
4. Präsident Trump hat Israel nie öffentlich kritisiert
5. Präsident Trump zog Amerika aus dem Iran-Deal zurück
6. Präsident Trump erhöhte die Militärhilfe für Israel um 400 Millionen Dollar
7. Präsident Trump verhängte Sanktionen gegen den Iran, sobald er aus dem Abkommen ausgezogen wurde
8. Präsident Trump erkannte die Souveränität Israels auf den Golanhöhen an
9. Präsident Trump bezeichnete IRGC (iranische Spezialeinheiten) als ausländische Terrorgruppe
10. Präsident Trump verbannte den Mitbegründer der politischen Kampagne BDS Omar Barghouti aus Amerika (BDS-Boycott, Divestment and Sanctions - will den Staat Israel boykottieren, um das Ende der "Okkupation allen arabischen Landes" zu fordern).
Punkt 1 ist von weitreichender Bedeutung: Am 6. Dezember 2017 sprach US-Präsident Donald Trump die offizielle Anerkennung Jerusalems als Hauptstadt Israels durch die USA aus.
"Dies ist ein historischer Akt, für den das jüdische Volk dankbar ist", sagte Professor Hillel Weiss dem israelischen Nachrichtenportal "Arutz Sheva". Weiss ist Vorsitzender der israelischen Tempel-Organisation Hamikdash Betzion (Der Tempel in Zion).
Weiss warnte jedoch, daß Trump jetzt nicht aufhören dürfe, wenn seiner Regierung Gottes voller Segen verliehen werde. "Die Trump-Erklärung muß mit einer Erklärung der Rolle der Juden bei der Errichtung des Tempels an seiner Stelle fortfahren. Nur dann werden Trumps

internationalen Ambitionen im Nahen Osten wahr werden."
Professor Hillel Weiss spricht die Errichtung des sogenannten "Dritten Tempels" auf dem Tempelberg in Jerusalem an. In der Erwartung auf den kommenden Messias (hebräisch משיח Mashiach) ist u.a. eine Bedingung in der jüdischen Religion, daß der "jüdische Tempel in Jerusalem" ("Dritter Tempel") wieder aufgebaut worden ist (Mi. 4,1 EU). Dafür müßten die islamischen Stätten, die Al-Aksa-Moschee und der Felsendom, weichen - versetzt oder gänzlich zerstört.
Eine der zahlreichen israelischen Gruppen, die sich auf den Bau des Dritten Tempels vorbereiten, hat eine halbe Schekel Münze mit den Bildern des persischen Königs Kyros (um 590/580 v. Chr. - 530 v. Chr.) und des amerikanischen Präsidenten Donald Trump herausgegeben.
Kyros gestattete den Juden nach ihrer Gefangenschaft in Babylon, im Jahr 539 v. Chr., in das Land Israel zurückzukehren und ermöglichte ihnen dadurch den Bau des zweiten Tempels.
Die Organisation Hamikdash Betzion (Der Tempel in Zion) glaubt, daß die Erklärung von Trump am 6. Dezember vergangenen Jahres (6. Dezember 2017) - in der Jerusalem als die Hauptstadt Israels anerkannt wird - den US-Präsidenten in eine ähnliche Rolle, wie die des damaligen Königs Kyros gebracht hat.
So ist denn auch auf der neuen Münze unter den Köpfen von Kyros und Trump eingraviert: "Und Er (Gott) beauftragte mich, Ihm ein Haus in Jerusalem zu bauen."
Eine detailliertere Ausführung, wie unter Trumps 2. Amtszeit der Dritte Tempel in Jerusalem errichtet werden soll, gibt Rabbi Isser Zalman Weisberg in einer Videobotschaft. Diese erschien am 24. Juli 2024 - kurz nach dem vermeintlichen Attentat auf Donald Trump - auf dem X-Kanal von Adam Green.
Donald Trump, so Rabbi Weisberg, sei der zweite nicht jüdische Messias (nach Kyros):
"Aber wie der erste nicht jüdische Messias, Kyros - der auserwählt wurde, den Juden zu helfen, sich nach ihrem 70-jährigen Exil in Babylon wieder im Land Israel niederzulassen - wurde auch der aktuelle nicht jüdische Messias auserwählt, dem jüdischen Volk und dem jüdischen Messias zu dienen."
Rabbi Weisberg gab dem Schuß, der Trump am rechten Ohr getroffen haben soll, eine rituelle Bedeutung, die erfüllt worden ist. Im Alten Testament symbolisiert ein durch das Ohr eines Dieners gebohrter Pfriem, für ewig Gottes Knecht zu sein (2. Mose 21, 6).
"Präsident Trumps rechtes Ohr wurde in einer symbolischen Geste nach Exodus 21,6 gestreift und verletzt, wie es in der Tora heißt, daß ein Diener, der bei seinem Herrn bleiben will, sein rechtes Ohr durchbohren lassen muß. Trump wurde als Gottes Diener und Gesalbter bezeichnet, genau wie Kyros der Große vor fast 2.400 Jahren."
Rabbi Weisberg sagte weiter, daß die sogenannte "Erlösung" mit Sicherheit während der zweiten Amtszeit von Donald Trump stattfinden wird. Der Rabbi meint damit eine zukünftige endgültige "Erlösung", eine erwartete Zeitperiode des Weltfriedens, Wohlstands und der Weisheit. Diese messianische Zeitperiode wird nach jüdischer Tradition von einem jüdischen "Erlöser" eingeleitet, der allgemein als Mashiach oder Messias bezeichnet wird. Dieser wird den heiligen Tempel in Jerusalem wieder aufbauen, das jüdische Volk in Israel versammeln und die Nationen der Welt anführen. Allgemein wird vom Mashiach erwartet, daß er Mensch sein wird.
Rabbi Isser Zalman Weisberg sagte dazu wörtlich: "Wir haben in mehreren Videos klargestellt, daß die absolute Frist für die Erlösung bis zum Ende des jüdischen Jahres 5.787 läuft, was dem 2. Oktober 2027 entspricht - also in 1.167 Tagen von heute an. Die Erlösung wird also mit Sicherheit während der Amtszeit von Donald Trump stattfinden. Und ich habe guten Grund zu glauben, daß Donald Trump dazu auserwählt wurde, die Sünden Esaus zu erlösen, indem er seine Hilfe beim Wiederaufbau des heiligen Tempels auf dem Tempelberg anbietet und das jüdische Königreich über die gesamte Menschheit in Jerusalem errichtet."

Rabbi Yosef Berger enthüllte gegenüber "Breaking Israel News" eine 600 Jahre alte jüdische Quelle, die besagt, daß der Dritte Tempel von den Nachkommen Edoms errichtet werden wird. Dies als "Wiedergutmachung" für die Zerstörung des zweiten Tempels. Weitere Hinweise aus esoterischen Quellen deuten darauf hin, daß US-Präsident Donald Trump diesen Prozeß bereits eingeleitet hat.
In der rabbinischen Literatur bezieht sich Esau bzw. Edom auf Rom. Edom bestand größtenteils aus den Nachkommen Esaus. Edom steht gemäß rabbinischer Auslegung auch für das Christentum.
Rabbi Hillel Weiss, der Sprecher des Sanhedrins, stellte nach Trumps Wahl fest, daß seine Rolle beim Aufbau des Dritten Tempels unerlässlich sei. Der Sanhedrin oder "Hohe Rat" war eine religiöse und/oder politische Instanz. Im Jahr 2005 wurde sie im Zuge des geplanten Aufbaus des Dritten Tempels wieder eingeführt. Rabbi Weiss wörtlich: "Die Juden werden den eigentlichen Bau des Dritten Tempels durchführen, aber damit der Dritte Tempel ein Haus des Gebets für alle Nationen sein kann, müssen die Nationen an seiner Entstehung beteiligt sein."
Das in Jerusalem ansässige Tempel-Institut plant seit geraumer Zeit eine Wiedererrichtung des jüdischen Tempels - und zwar an seinem ursprünglichen Platz. Dafür müßten die islamischen Stätten, die Al-Aksa-Moschee und der Felsendom, weichen. Das Tempel-Institut befaßt sich mit der aktiven Vorbereitung auf diesen Tempel-Neubau.
Damit der Dritte Tempel Realität werden kann, scheut das Tempel-Institut keine Kosten. Die 1987 von Rabbi Yisrael Ariel gegründete Einrichtung hat unter anderem einen originalgetreuen goldenen Räucheraltar und einen siebenarmigen Leuchter aus 24-karätigem Gold hergestellt. Zu sehen sind die für den Tempeldienst nötigen Utensilien im hauseigenen Museum in der Jerusalemer Altstadt. Auch die Baupläne für den Bau des Dritten Tempels in Jerusalem sind komplett vorhanden. Chaim Richman vom Tempel-Institut sagt, daß das Gebäude in weniger als einem Jahr gebaut werden könnte.
Darüber hinaus versteht sich das Tempel-Institut als Ausbildungszentrum. Priesternachkommen sollen in den rituellen Abläufen für den Dienst im Tempel geschult werden.

Der Fahrplan im Lichte endzeitlicher "Prophezeiungen" religiöser Sekten

Gemäß dem Nachrichtenportal "Israel365News" hat Donald Trump, als nicht jüdischer Führer der USA, eine prophezeite Rolle beim Bau des Tempels zu spielen. Laut dem deutschen Historiker und Publizisten Wolfgang Eggert gibt es Gruppen, die ganz bewußt auf Prophetien zugreifen und versuchen, diese in der Tat umzusetzen. Es sind messianisch getarnte Gruppen, die unter dem Deckmantel des Christentums - und genauso des Judentums - zu finden sind. Messianische Gruppen sind stark auf einen zukünftigen Erlöser - oft Messias oder Mashiach genannt - fokussiert.
Im Folgenden soll nun ein grober Fahrplan aufgestellt werden, der zum "Kommen des Mashiach" führen soll.
Armageddon
((Erklärung = laut Bibel endzeitliche Entscheidungsschlacht; auch: sehr große, alles zerstörende Katastrophe))
Laut dem deutschen Historiker Wolfgang Eggert sowie jüdischen und christlichen messianischen Gruppen, sei eine notwendige Voraussetzung, daß sich zuvor das Armageddon als riesiges Blutbad ereignet hat. Dies durch große Trübsal, moralischen Verfall, Invasionen und Verwirrung und - vor allem - gewaltige Kriege. Anhänger einer solchen Ideologie sind daher folgerichtig nicht an Deeskalation und Frieden für beide Völker interessiert, da dies - ihrem Weltbild zufolge - das Kommen des Messias nur herauszögern würde.
Es gibt eine Aufnahme des jungen Netanjahu mit dem ehemaligen Chabad Lubawitsch-Oberhaupt Rebbe Menachem Mendel Schneerson. Schneerson fordert von Netanjahu, das

Kommen des Messias herbeizuführen. Könnte es daher sein, daß Netanjahu dem Kommen des Messias dadurch nachhelfen soll, indem er den Nahostkrieg so lange eskalieren läßt, bis daraus ein Flächenbrand wird, der sich über die ganze Welt ausbreitet? Denn gemäß einer Prophezeiung Schneersons aus den 90er Jahren wird Netanjahu der Premierminister sein, der das Zepter an den Messias überreichen wird.
Viele jüdische Chabad Lubawitsch-Rabbiner behaupten, Netanjahu sei der Messias ben Joseph, der die Schlüssel an den Messias ben David abgeben soll, wenn Netanjahus Regierungszeit zusammenbricht!
Mashiach ben Joseph soll das Kommen des letzten Erlösers - Messias ben David - vorbereiten. Er wird Krieg gegen die Mächte des Bösen führen, die Israel unterdrücken.
Bereits 1871 skizzierte der US-Kriegsgeneral und Satanist Albert Pike in einem Brief an den Illuminati-Anführer Mazzini drei kommende Weltkriege. Nach dem 1. und 2. Weltkrieg kommt er auch auf das Armageddon zu sprechen: "Und dann einen Dritten Weltkrieg. Der soll im mittleren Osten entstehen, und es soll ein Krieg zwischen dem Judentum und dem Islam sein, der sich in der ganzen Welt verbreitet. Dieser Krieg zwischen Moslems und dem Judentum soll endgültig dieses Armageddon herbeiführen."
Verschiedene geopolitische Experten unterstützen diese These:
Der US-amerikanische Ökonom und Publizist Paul Craig Roberts schrieb in einem Artikel vom 23. Dezember 2024: "Meine Befürchtung ist, daß Trump, der eine Regierung von Zionisten zusammengestellt hat, nichts anderes erreichen wird, als einen Krieg gegen den Iran im Interesse Israels zu führen."
In einem Artikel vom 19. Dezember 2024 legte die unabhängige, auf US-Politik spezialisierte Journalistin, Caitlin Johnstone dar, wie Trump und Israel es kaum erwarten können, den Iran zu bombardieren: "Israelische Medien berichten, daß Israelische Verteidigungsstreitkräfte (IDF) Luftangriffe auf den Iran nun als viel leichter durchführbar ansehen, da sich ihre Piloten auf dem Weg dorthin nicht mehr um die syrische Luftabwehr kümmern müssen. Das Wall Street Journal berichtet, daß das Trump-Team seine Optionen für Luftangriffe auf den Iran abwägt, um ihn daran zu hindern, eine vermeintliche Atomwaffe zu erhalten."
Ein Artikel der Washington Post vom 17. Dezember 2024 titelt "Syriens Zusammenbruch und israelische Angriffe lassen den Iran ungeschützt". Der israelische Premierminister Benjamin Netanjahu habe den Wunsch geäußert, aus den Erfolgen gegen die Hamas und die Hisbollah Kapital zu schlagen und Teheran unter einer neuen US-Regierung aggressiver anzugreifen. In dem Artikel heißt es, Trump habe sich offen für einen Krieg mit dem Iran gezeigt und gesagt, daß "alles möglich sei".
Auch der deutsche Finanzexperte Ernst Wolff prognostiziert einen Kriegsschauplatz im Nahen und Fernen Osten: "Ich prognostiziere, daß Trump den Ukraine-Krieg tatsächlich beenden wird und da die Aufbauphase einleiten wird und damit also BlackRock praktisch "carte blanche" geben wird.
Ich glaube aber, daß er dafür sorgen wird, daß der Krieg in Georgien und im Balkan weiter vorangetrieben wird. Und ich glaube vor allem, daß er den Krieg gegen den Iran ganz stark forcieren und daß er auch die Auseinandersetzung mit China weiter suchen wird."
Angesichts des nun aufgezeigten Fahrplans - eines im Nahen Osten entfachten Armageddons und der Errichtung des Dritten Tempels - machen die Nominierungen Trumps für seine Regierungsämter durchaus Sinn. Auch der Hinterste und Letzte seiner Nominierungen scheint diesen Fahrplan bedingungslos und kritiklos zu unterstützen. Im Folgenden nur einige Beispiele:

Minister in Trumps Kabinett II

Vizepräsident J. D. Vance
Vance unterstützt Israel im Gazastreifen voll und ganz, fordert aber Vorsicht gegenüber dem Iran, eine Konzentration auf China und weniger Unterstützung für die Ukraine.

In der Tat hat Vance jegliche Begrenzung der Hilfe für Israel abgelehnt und bestand darauf, Israels Krieg gegen Gaza zu unterstützen.

Außenminister Marco Rubio

Der designierte Außenminister Marco Rubio hat 1 Million Dollar von der Israel-Lobby erhalten.

Die Republican Jewish Coalition begrüßte Rubios wahrscheinliche Nominierung, als erstmals darüber berichtet wurde. "In diesen außerordentlich gefährlichen Zeiten ist Senator Rubio ein ausgesprochener Verteidiger Israels, der dem jüdischen Staat immer den Rücken freigehalten hat", sagte die Gruppe in einer Erklärung.

Verteidigungsminister Pete Hegseth

Die Tattoos, die Hegseth am Körper trägt, sprechen Bände über sein Weltbild und seine Pläne. Auf seiner rechten Brust prangt ein großes Jerusalemkreuz, das Wappen des Königreichs Jerusalem, das 1099 von Kreuzfahrern errichtet worden war. Die mittelalterlichen Kreuzzüge richteten sich in erster Linie gegen die Muslime im "Heiligen Land", und tatsächlich hat sich der Afghanistan-Veteran für eine noch stärkere Unterstützung Israels ausgesprochen.

Hegseth sprach auf der Arutz Sheva-Konferenz 2018 (des gleichnamigen israelischen Nachrichtenportals Arutz Sheva) in Jerusalem, wo er erklärte: "(Im Jahr) 2017 war die Ernennung Jerusalems zur Hauptstadt ein Wunder und es gibt keinen Grund, warum das Wunder der Wiedererrichtung des Tempels auf dem Tempelberg nicht möglich sein sollte."

Der in den USA ansässige Geopolitik- und Sozialanalyst Mike Whitney faßte die Person Hegseth wie folgt zusammen: "Er ist ein Förderer des evangelikalen Zionismus. Hegseth hat behauptet, an der bizarren, Dritten Tempel-Prophezeiung' festzuhalten, die die Zerstörung muslimischer heiliger Stätten in Jerusalem fordert. Hegseths Beispiele für wilde und schreckliche Drohungen gegenüber fremden Nationen sind zu zahlreich, um sie alle aufzuzählen. Ebenso wie etwa sein im Fernsehen ausgestrahlter Aufruf an die Vereinigten Staaten, iranische Kulturstätten zu bombardieren."

Justizministerin Pam Bondi

In einem Interview auf Fox News am 14. Mai 2018 sagte Pam Bondi: "Und Israel ist einer unserer, wenn nicht sogar unser größter Verbündeter in der Welt. (...) Ich war als Generalstaatsanwältin zweimal in Israel. Und Jerusalem ist die Hauptstadt Israels."

Im Oktober 2023 sagte Pam Bondi zum Nachrichtensender Newsmax, daß Studenten, die die Hamas unterstützen, deportiert werden sollten, egal, ob sie mit einem Studentenvisum oder als amerikanische Staatsbürger hier seien.

Trump selbst äußerte ähnliche Ansichten während des Wahlkampfs 2024.

Innenminister Doug Burgum

Doug Burgum sagte in einer Erklärung nach seinem Israel-Besuch im September 2024:

"In einer Zeit, in der der Iran an sieben Fronten im Krieg mit Israel ist, ... ist es jetzt an der Zeit, an der Seite Israels zu stehen. (…) Wir müssen die Politik der derzeitigen Regierung (Biden) der Beschwichtigung des Iran und des Drucks auf Israel stoppen und die Politik des maximalen Drucks auf den Iran mit maximaler Unterstützung für Israel wiederherstellen."

Gesundheitsminister Robert F. Kennedy Jr.

Am 14. Juni 2024 bestätigte Kennedy Jr. seinen Widerstand gegen einen Waffenstillstand in Gaza. In einem Interview mit der Nachrichtenagentur Reuters vom 21. März 2024 bot Kennedy Israel uneingeschränkte Unterstützung an und nannte es eine "moralische Nation", die zu Recht auf Hamas-Provokationen mit ihren Angriffen auf Gaza reagierte. Die Notwendigkeit eines sechswöchigen Waffenstillstands, der von Präsident Joe Biden unterstützt wurde, stellte er in Frage.

Auf einer Pressekonferenz vom 1. Juni 2023 antwortete Kennedy Jr. auf die Frage, warum er einen Tweet über den ehemaligen Pink Floyd-Musiker Roger Waters gelöscht habe: "Ich habe

den Tweet verfaßt, in dem ich Roger Waters für seinen Mut lobte, sich gegen die Covid-Mandate und den Krieg in der Ukraine zu stellen. Seine Haltung zu Israel war mir nicht bekannt. Und als ich das erfuhr, habe ich ihn sofort gelöscht."

Ministerin für Innere Sicherheit Kristi Noem

Gouverneurin Kristi Noem hat im Juli 2023 eine Unterstützungserklärung für das israelische Volk und Premierminister Benjamin Netanjahu abgegeben: "In den kommenden Tagen müssen alle Amerikaner - und die ganze Welt - fest an unserer Entschlossenheit festhalten, das israelische Volk zu unterstützen. (…) Viel Glück für Sie, mein Freund Ministerpräsident Netanjahu, und für Ihr Volk. Sie werden gewinnen, und Sie haben unsere Unterstützung bei jedem Schritt des Weges."

Weitere Schlüsselpositionen

Direktor der CIA John Ratcliffe

Ratcliffe sagte, "der Iran habe ‚Kriegshandlungen' gegen die USA begangen, indem er angeblich die E-Mails des Trump-Wahlkampfs hackte und angeblich ein Attentat auf Trump plante". Er sagt, "die USA sollten gemeinsam mit Israel Angriffe auf den Iran durchführen".

Leitung des Department of Government Efficiency (zu Deutsch: Abteilung für Regierungseffizienz) Elon Musk

Der Tech-Milliardär Elon Musk hat mehr als 250 Millionen Dollar zur Unterstützung des Wahlkampfs von Donald Trump gespendet. Er nahm auch eine aktivere Rolle in der US-Politik ein, insbesondere wenn es um den Nahen Osten ging. Bei einer Wahlkampfveranstaltung für Donald Trump kritisierte er den Iran und sprach sich für eine starke Unterstützung für Israel aus.

Kurz nach dem Wahlsieg von Trump postete Musk über einem Foto mit Trump die Worte "Novus Ordo Seclorum". - Als Anspielung auf die Aufschrift auf dem Dollar unter der Pyramide mit dem "Allsehenden Auge" Luzifers - zu Deutsch "Eine Neue Weltordnung".

US-Botschafter in Israel Mike Huckabee

Ein weiteres klares Zeichen in der Nahostpolitik setzt Donald Trump mit der Berufung von Mike Huckabee zum US-Botschafter in Israel. Huckabee ist seit vielen Jahren einer der prominentesten Stimmen der "christlichen Zionisten". Auch nach seiner Nominierung beharrt der frühere Baptistenpfarrer und Gouverneur von Arkansas auf seiner Linie, nicht vom "Westjordanland", sondern von "Judäa und Samaria" zu sprechen. Auch für eine Okkupation der palästinensischen Autonomiegebiete hat Huckabee mehrfach Sympathien gezeigt.

Hinter Mike Huckabee stehen mächtige Lobby-Organisationen wie "Christians United for Israel" (CUFI) mit Millionen von Mitgliedern. Die Unterstützung Israels dient der heilsgeschichtlichen Hoffnung auf die Wiederkehr Jesu, den dann auch die Juden als ihren Messias erkennen sollen.

Bis dahin aber werde Israel zum endzeitlichen Schlachtfeld Armageddon werden, verkündete erst im Oktober der Vorsitzende von CUFI, John Hagee, vor Tausenden seiner Anhänger.

Soweit nur einige wenige Beispiele. Dieser große gemeinsame Nenner der kritiklosen Unterstützung Israels, zieht sich durch die von Trump eingesetzten Personen in seiner Regierungsmannschaft. Trump und seinen Hintermännern steht also nichts im Weg, einen Dritten Weltkrieg im Nahen Osten zu entfachen, damit der Dritte Tempel auf dem Tempelberg errichtet werden kann. Dies alles mit dem ultimativen Ziel einer Eine-Welt-Regierung mit Hauptsitz in Jerusalem.

Die Errichtung einer Eine-Welt-Regierung mit Hauptsitz in Jerusalem

In seinem Dokumentarfilm "Enthüllung eines Mysteriums" sagt David Sorensen, daß er mit mehreren Personen in Kontakt stehe, die aus den Finanzeliten und deren luziferianischen Ritualpraktiken ausgestiegen sind: "Und sie alle sagen das Gleiche. All diese Menschen bezeugen, daß ihr ultimatives Ziel die Errichtung einer Eine-Welt-Regierung ist. - Eine globale Re-

gierung. Und sie wollen, daß der Hauptsitz in Jerusalem ist."
Der Zionismus sei in der Tat die Philosophie oder die Bewegung von Menschen, die ein neues Israel als Zentrum einer einzigen Weltregierung errichten wollen, so Sorensen.
Ihr Plan ist es, einen Weltkrieg anzuzetteln, damit sie diesen als Vorwand für die Errichtung einer Eine-Welt-Regierung nutzen können, die dann angeblich Frieden bringen würde. Wir haben die Wahl, in diese Falle zu tappen oder unsere Augen zu öffnen und den Mut zu haben, für das Richtige einzutreten und ihre Agenda zu verhindern.
Fazit:
Die Stellungnahmen der verschiedenen Rabbis, Trumps Kabinett II und seine Regierungsmannschaft lassen offensichtlich nur einen Schluß zu: Trump ist so eine Art Wegbereiter:
Erstens, um die Kriegsschauplätze in den Nahen Osten zu verlagern und die "Feinde" Israels zu besiegen.
Zweitens, damit die Voraussetzungen geschaffen werden, daß der Dritte Tempel auf dem Tempelberg in Jerusalem gebaut werden und in Betrieb genommen werden kann. Was zwangsläufig zu einem blutigen Konflikt bzw. dem von Albert Pike vorausgesagten 3. Weltkrieg - oder mit anderen Worten gesagt - zum Armageddon führen muß.
Drittens, daß eine Art zentrale Weltregierung mit Sitz in Jerusalem installiert werden kann, samt einer okkult praktizierten Einheitsreligion.
Wenn man sich die markanten Äußerungen der in dieser Dokumentation zitierten Persönlichkeiten vor Augen führt, kann man sich nicht vorstellen, daß dieses Zentrum in Jerusalem den ersehnten Weltfrieden mit sich bringen wird. Im Gegenteil, macht es den Eindruck, daß dann mit eiserner Rute geherrscht, kontrolliert, überwacht, jede Individualität unterdrückt wird und Andersdenkende ausgegrenzt werden.
Die kommenden Monate werden zeigen, ob der hier noch als Prognose aufgezeichnete Fahrplan in Realität umgesetzt wird.
Wie aber kann es wirklich zu einem von allen Menschen ersehnten Weltfrieden kommen?
Bereits am 21. September 2018 legte Kla.TV-Gründer Ivo Sasek am 37. Weltfriedenstag das Geheimnis dar, wie ein dauerhafter Frieden erreicht werde kann - ob nun persönlich, interreligiös oder weltweit. Wichtig sei zu unterscheiden, Friede ist nicht ein Ziel - weder ein himmlisches noch ein irdisches Jerusalem in der Zukunft. Friede ist der Weg, Friede IST die Power - im "Hier und Jetzt"!
"Es ist eine Energiemaschine, der Friede Gottes, und er ist im Moslem genauso drin wie im Christen, wie im Juden, wie im Hindu. Der ist in jedem Menschen drin, aber es hängt davon ab, richte ich mich auf das aus oder nicht. Ich muß mich auf dieses Experiment, kraftorientiert zu leben, muß ich mich einlassen, das ist wie ein Vertrag, wie ein Handschlag, wie eine Heirat. Und so lange ich das nicht beachte, daß diese Energiequelle da ist, werde ich immer dem Frieden hinterherhängen, ich werde immer einen Kampf haben."
"Ich habe dieses Geheimnis gefunden und habe es Tausenden beigebracht und heute bringen wir es Tausenden von Menschen bei und diese Energie ist der Weg, die Ursache, warum wir Frieden haben, der Friede als Weg begleitet uns. Es ist nicht ein Ziel, das wir irgendwann erreichen. Das ist unser Startkapital, unser Weg, unsere Energie in allem."
(Die ausführliche Rede ist zu sehen unter: Ivo Sasek bei UPF Switzerland "Der Weg zum interreligiösen Weltfrieden" https://www.kla.tv/13316)<<
USA: Das deutsche Multipolar-Magazin berichtet am 20. Februar 2025 (x1.499/…): >>**Neue US-Untersuchung bestätigt Verunreinigungen in Corona-Impfstoffen**
Studie unter Aufsicht von US-Behörde findet hohen Anteil an DNA-Resten in mRNA-Corona-Präparaten von Pfizer / Ergebnisse bestätigen frühere Untersuchungen / Paul-Ehrlich-Institut: Präparate werden nicht auf Rest-DNA geprüft
Eine jüngere Untersuchung an Corona-Impfstoffen auf mRNA-Basis des Pharmakonzerns

Pfizer ist auf hohe Anteile von Rückständen fremder DNA gestoßen. Die Studie war von High-School-Schülern unter Aufsicht von Wissenschaftlern im Labor der US-Behörde Food and Drug Administration (FDA) durchgeführt und vor ihrer Veröffentlichung begutachtet worden.
"In dieser Studie wurde Rest-DNA in sechs Fläschchen aus zwei verschiedenen Chargen von Pfizer COVID-19 mRNA-Impfstoffen nachgewiesen." Die Proben stammten von einem Lieferanten des National Institute of Health (NIH). "Die geschätzte Menge an Rest-DNA in einer Humandosis scheint 6 bis 470 mal" höher zu liegen als der von der WHO empfohlene Grenzwert von 10 Nanogramm pro Dosis, heißt es zu den Ergebnissen.
Hintergrund ist die anhaltende Kritik an den gentechnischen mRNA-Impfstoffen von BioNTech-Pfizer und Moderna. Seit Ende 2023 ist öffentlich bekannt, daß Pfizer zwei unterschiedliche Verfahren nutzte, um die Corona-Präparate herzustellen. "Eines war sauber und teuer und kam im Zulassungsverfahren zur Anwendung. Das andere war billig, führte zu verunreinigten Injektionen und einer massiv erhöhten Zahl schwerer Nebenwirkungen", berichtete Multipolar damals.
Im billigeren Verfahren zur Massenproduktion ("Process 2") diente die DNA von gentechnisch veränderten E-Coli-(Darm-)Bakterien als Kopiervorlage, um die mRNA-Produktion zu beschleunigen. Diese fremde Hilfs-DNA hätte von dem Pharmakonzern über ein biochemisches Verfahren wieder aus dem Impfstoff entfernt werden müssen. Es ist Pfizer jedoch noch nach der bedingten Zulassung des Corona-Impfstoffs bis mindestens März 2022 nicht gelungen, dies zufriedenstellend zu gewährleisten, bemängelte Kritikern zufolge die EU-Zulassungsbehörde EMA .
Die Fremd-DNA wurde zuvor bereits von anderen Wissenschaftlern in Impfstoffproben festgestellt, so etwa vom Genforscher Kevin McKernan, von der Professorin für Medizinische Mikrobiologie und Infektionsimmunologie Brigitte König sowie vom Krebsforscher Philipp Buckhaults, der bei einer Anhörung im Senat von South-Carolina davon berichtete. Der Mitteldeutsche Rundfunk (MDR) hatte in einem vielfach überprüften und später trotzdem gelöschten Beitrag ebenfalls über Verunreinigungen berichtet.
Normalerweise werde Fremd-DNA, die der Körper aufnimmt, über den Darm ausgeschieden. Die DNA-Bruchstücke dieser gentechnisch veränderten Bakterien gelangten aber zusammen mit der erwünschten mRNA geschützt von Lipid-Nanopartikeln in die Zellen der Geimpften. Ein Streitpunkt in der Forschung ist, ob und wenn ja welche Schadwirkung die DNA-Reste verursachen können.
Die High-School-Studie schließt sich der Einschätzung der Zulassungsbehörden an, wonach die DNA-Abschnitte nicht vermehrungsfähig seien und fremde DNA nicht in das menschliche Erbgut eingebaut werden könne, da die im Herstellprozeß verwendeten Plasmid-DNA-Vorlagen "offenbar vollständig in kleinere, nicht replikationsfähige Stücke zerlegt werden". Dies belege "die Strenge des kommerziellen Herstellungsprozesses".
Genforscher McKernan, von der Medizinjournalistin Maryanne Demasi um eine Stellungnahme gebeten, entgegnet, daß die verwendeten Methoden nicht die ganze Länge der DNA-Fragmente erfassen konnten. Zudem seien die notwendigen Untersuchungen, "um zu beweisen, daß die DNA-Fragmente nicht funktionsfähig sind" nicht vorgenommen worden.
McKernan verweist auch auf das Krebsrisiko, wenn Zellen wiederholt fremder DNA ausgesetzt sind, zum Beispiel durch Booster-Impfungen. In einem Patent des Impfstoffherstellers Moderna zur "Entfernung von DNA-Fragmenten im mRNA-Produktionsprozeß" aus dem Jahr 2018 wird auf die Krebsgefahr hingewiesen, falls DNA-Fragmente nicht vollständig entfernt werden.
In seiner Mitteilung in Reaktion auf Vorwürfe der DNA-Kontamination erklärte das Paul-Ehrlich-Institut (PEI) im Dezember 2023: Die Prüfung "festgelegter Wirksamkeits- und Si-

cherheitsparameter" werde vor der Freigabe von Impfstoff-Chargen durch amtliche Prüflabore vorgenommen. Die Testung auf Rest-DNA sei jedoch nicht Teil der offiziellen Überprüfung durch die Labore, da ein Experten-Netzwerk (OCABR) das nicht als "relevant für die Wirksamkeit und Sicherheit" des Produktes betrachte.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 20. Februar 2025 (x1.498/…): >>**Razzia wegen Beleidigung: US-Sender zeigt Hausdurchsuchungen in Deutschland**

Morgens um 6:00 Uhr steht die Polizei vor der Tür: Deutsche Staatsanwälte erzählen in der CBS-Reportage "60 Minutes", wie sie gegen "Haßrede" vorgehen und freuen sich darüber, daß für die Betroffenen die Konfiszierung des Handys schmerzvoller ist als die Strafe.

Von *Meinrad Müller*

Der US-Sender CBS berichtet in der reichweitenstarken Sendung "60 Minutes", was ARD und ZDF hierzulande verschweigen. "60 Minutes" hat einer weltweiten Öffentlichkeit vor Augen geführt, wie deutsche Staatsanwälte mit morgendlichen Hausdurchsuchungen gegen Bürger vorgehen. Sie klingeln um sechs Uhr morgens, beschlagnahmen Handys und Computer und schrecken dabei auch nicht vor den Wohnungen älterer Menschen oder Familien mit Kindern zurück.

Die angeblichen "Vergehen" bestehen häufig in satirischen Karikaturen, kritischen Comics oder spöttischen Kommentaren, die in den sozialen Netzwerken geteilt wurden. Diese Polizeieinsätze dokumentierte CBS mit laufender Kamera: Türen wurden aufgebrochen, verunsicherte Bürger in ihren eigenen vier Wänden verhört, alles im Namen der "Demokratiesicherung".

Besonders verstörend war für die Zuschauer die Reaktion der drei deutschen Staatsanwälte, die im Beitrag interviewt wurden.

Sie prahlten gegenüber CBS sogar unverhohlen damit, wie sie vorgingen, und dachten offenbar, CBS sei auf ihrer Seite. Sie erklärten lachend, wie überrascht viele Menschen seien, wenn sie plötzlich Besuch von der Polizei erhielten und ihre elektronischen Geräte abgeben müßten. "Es ist für die Leute oft schlimmer als die Geldstrafe", so einer der Juristen, während seine Kollegen schmunzelten. CBS berichtete auch über ein besonders umstrittenes Urteil, bei dem ein Nutzer für die Bezeichnung eines Politikers mit dem Begriff "Pimmel" mit einer Hausdurchsuchung bestraft wurde.

Die Reaktion der Zuschauer

Besonders erschütternd wirkte auf die US-Zuschauer die Szene, in der drei deutsche Staatsanwälte sichtlich belustigt erzählten, wie sehr die Menschen leiden, wenn Handys und Computer beschlagnahmt werden. Die Kamera hielt das herablassende Lachen fest. Die Botschaft: Wer sich erdreistet, Politiker zu kritisieren oder spöttische Bilder zu teilen, wird nicht nur verfolgt, sondern auch verspottet.

Empörung in den sozialen Netzwerken

In den sozialen Netzwerken überschlugen sich die Reaktionen. Ein Nutzer schrieb: "Deutsche, die Nachbarn denunzieren, das kennen wir aus der Vergangenheit. Die Prioritäten scheinen verschoben. Während in deutschen Großstädten Angriffe auf offener Straße zunehmen, konzentriert sich der staatliche Eifer auf Kommentare im Internet.

Eine Warnung aus den USA

Vizepräsident J. D. Vance hielt auf der Münchner Sicherheitskonferenz eine Rede, in der er die Einschränkungen der Meinungsfreiheit in Europa anprangerte. In den USA ist man sich bewußt: Wo Regierungen beginnen, "schädliche" Meinungen zu definieren, geht es nicht um Schutz, sondern um Kontrolle.

Mitgehangen, mitgefangen

Diese Fernsehreportage über das Vorgehen der Justiz hat Deutschlands Ansehen weltweit beschädigt. Viele im Ausland werfen nun pauschal allen Deutschen vor, mit diesen harten Maß-

nahmen einverstanden zu sein, selbst wenn sie diese selbst ablehnen. Mitgehangen, mitgefangen heißt es.<<

21.02.2025

BRD: Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 21. Februar 2025 (x1.495/…): >>**AfD-Anfrage enthüllt extrem hohe Migranten-Kriminalität: Zeit für die Abschiebung von Kriminellen!**

Es wurde jahrelang von CDU, CSU und Ampel-Parteien vertuscht: Deutschland hat ein Problem mit einer extrem hohen Kriminalitäts-Belastung infolge der Massenmigration. Eine vom AfD-Bundestagsabgeordneten René Springer in Auftrag gegebene Sonderauswertung des Statistischen Bundesamt enthüllt nun die wahren Zahlen: 2023 wurden Ausländer in Deutschland insgesamt 255.669-mal wegen einer Straftat verurteilt, was einem Anteil von 39 Prozent aller Verurteilungen entspricht. Da der Ausländeranteil im gleichen Jahr bei 15 Prozent lag, ist die Kriminalitätsrate bei Ausländern somit mehr als doppelt so hoch.

Doch dabei muß man weitere Aspekte berücksichtigen, die das Bild noch deutlicher machen: Satte 62 Prozent der verurteilten Ausländer kommen aus Nicht-EU-Länder, wozu beispielsweise Asyl-Herkunftsländer wie Syrien, Afghanistan oder nordafrikanische Staaten gehören. In der Statistik sind Menschen mit deutscher Staatsbürgerschaft und ausländischer Herkunft noch nicht einmal eingerechnet.

Die Terroranschläge in München, Aschaffenburg und anderen Städten mahnen zum Handeln: Wir müssen endlich kriminelle und illegale Migranten abschieben und unsere Grenzen schützen! Dafür steht nur die AfD, während die Ampel-Parteien die Realität ignorieren und die CDU trotz ihrer Nebelkerzen in allen CDU-regierten Bundesländern Abschiebungen sabotiert!<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 21. Februar 2025 (x1.495/…): >>**Trotz Dobrindt-Lügen in TV-Schlußrunde: CO2-Bepreisung ist größte CDU-Abzocke aller Zeiten!**

CSU-Generalsekretär Dobrindt hat sich in der ZDF-Schlußrunde zur Bundestagswahl mit seinen Lügen blamiert: Es sei eine "freie Erfindung", daß die Preise im Zuge der CO2-Bepreisung explodieren. Die Wahrheit: Ab 2027 steigen neben den Heizungskosten auch die Spritpreise um bis zu 45 Cent pro Liter - und zwar dank der jüngsten Beschlüsse, die von der Union gerade erst im Bundestag unterstützt wurden!

Während die Migrationsdebatte die Schlagzeilen beherrschte, hat der Bundestag klammheimlich die nächste massive Belastung für alle Bürger beschlossen: Ab 2027 explodiert der CO2-Preis! Wer also dachte, die Inflation durch die Ampelpolitik der letzten Jahre sei schon schlimm genug, wird bald sein böses Erwachen erleben.

Doch der eigentliche Skandal? Die CDU ist die treibende Kraft dahinter!

Merz und Co. geben sich als Kritiker der Ampel - doch in Wahrheit treiben sie diese CO2-Abzocke aktiv mit voran!

Im EU-Parlament hat die CDU das sogenannte Emissionshandelssystem ETS-II (CO2-Bepreisung) mitbeschlossen.

Im Bundestag hat sie nun gemeinsam mit der Rest-Ampel zugestimmt.

In Regierungsverantwortung wird sie das System nicht abschaffen - sondern weiter verschärfen!

Die CDU ist keine Alternative, sondern Teil des Problems! Opposition? Alles nur Show!

Daß CDU, SPD und Grüne längst ein Kartell bilden, wurde zuletzt mehr als deutlich: Hinter den Kulissen feiern ihre Funktionäre ausschweifende Privatpartys - während sie den Bürgern gemeinsam das hart erarbeitete Geld aus der Tasche ziehen! Vor der Kamera große Worte, hinter den Kulissen ein Herz und eine Seele.

Bürger und Mittelstand werden ausgequetscht wie eine Zitrone - für eine Klima-Politik, die

weder bezahlbar noch effektiv ist!
Nur die AfD kämpft für echte Entlastung!
Wir fordern: Weg mit der CO2-Abgabe, Schluß mit der künstlichen Verteuerung von Energie! Während CDU, Grüne und SPD immer neue Belastungen erfinden, steht die AfD für bezahlbare Energie, niedrige Preise und wirtschaftlichen Wohlstand.
Wer Veränderung will, muß sich von der CDU-Fake-Opposition verabschieden! AfD - gegen Abzocke, für die Bürger!<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 21. Februar 2025 (x1.496/…): >>**Asyl-Versagen: Schwarzafrikanischer Trans-Killer war seit 2021 ausreisepflichtig!**
Mit zwei Messerstichen tötete der schwarzafrikanische Transsexuelle Hilton Henrico G. (38) laut Anklageschrift im Mai 2024 einen aus Syrien stammenden Wachmann seiner Potsdamer Asylunterkunft. Jetzt kommt heraus: Der Südafrikaner hätte schon 2021 abgeschoben werden müssen. Doch die städtische Ausländerbehörde verhinderte das.
Seit dieser Woche steht G. wegen Totschlags vor dem Potsdamer Landgericht. Verhandelt wird eine weitere Gewalttat:
Laut Anklage soll der abgelehnte Asylbewerber schon im Februar 2023 in einem Übergangswohnheim "eine andere Person mit einem Messer am Arm verletzt haben".
Aber der transsexuelle Messer-Mann wurde von der Ausländerbehörde weiterhin geduldet. Dabei hätte der Südafrikaner längst nicht mehr in Deutschland sein dürfen, berichtet die "Bild-Zeitung".
"Seit Mai 2021 war G. sofort vollziehbar ausreisepflichtig", wird Matthias Vogt vom Verwaltungsgericht Cottbus zitiert. Er sagt: "Damals haben wir seinen Eilantrag gegen die Ablehnung seines Asylantrags abgelehnt." Dies sei der Potsdamer Ausländerbehörde "sofort automatisch mitgeteilt" worden.
Olaf Jansen, Chef von Brandenburgs Zentraler Ausländerbehörde (ZABH), bestätigt: "Die Potsdamer Ausländerbehörde hat uns G. nicht zur Abschiebung gemeldet - obwohl sie dazu verpflichtet war!"<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 21. Februar 2025 (x1.498/…): >>**1,25 Millionen Ukraine-Flüchtlinge in Deutschland**
Drei Jahre nach Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine leben rund 1,25 Millionen Flüchtlinge aus der Ukraine in Deutschland. Etwa 29 Prozent von ihnen sind Kinder und Jugendliche, wie das Bundesinnenministerium am Freitag mitteilte. Seit 2022 hätten mehr als 511.000 Geflüchtete Integrationskurse besucht. Die Sicherheitslage in Deutschland bleibt nach Einschätzung des Ministeriums durch den Krieg beeinflußt.
Die Behörden registrierten weiterhin russische Desinformationskampagnen in sozialen Netzwerken und durch staatsnahe Medien, hieß es. Zudem bestehe eine erhöhte Bedrohung durch Cyberangriffe, insbesondere auf kritische Infrastrukturen. Die Zahl der Proteste im Zusammenhang mit dem Krieg ist in Deutschland im dritten Kriegsjahr weiter zurückgegangen. Während 2022 noch zehntausende Menschen an Demonstrationen teilnahmen, sind es mittlerweile nur noch kleinere Gruppen. Einzelne rechtsextreme Akteure wie die "Freien Sachsen" nutzten diese Versammlungen weiterhin für ihre politischen Zwecke, so das Innenministerium.
Deutschland leistet weiterhin umfassende Hilfe für die Ukraine: Neben finanzielle und materieller militärischer Hilfe wurden auch insgesamt rund 600 Hilfstransporte mit Generatoren, Fahrzeugen und technischer Ausrüstung organisiert - der größte Logistikeinsatz in der Geschichte des Technischen Hilfswerks (THW). Zudem sind 1.356 verletzte oder verwundete Ukrainer in Deutschland medizinisch behandelt worden.
Das BKA stellte unter anderem Entschärfungsausrüstung und forensische Technik zur Verfügung, die Bundespolizei unterstützt den ukrainischen Grenzschutz mit Materiallieferungen im

Wert von rund 69,4 Millionen Euro. Neben humanitärer Hilfe engagiert sich Deutschland auch bei der Aufklärung von Kriegsverbrechen. Dafür wurden spezielle Hilfsgüter zur forensischen Untersuchung und Dokumentation an die Ukraine geliefert. Weitere Unterstützung durch BKA und Bundespolizei sei für 2025 geplant, so das Innenministerium.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 21. Februar 2025 (x1.498/…): >>**US-Rüstungsfirma Anduril plant engere Kooperation mit Rheinmetall**

Das US-Rüstungsunternehmen Anduril will offenbar im großen Stil von der zu erwartenden europäischen Aufrüstung profitieren. "Im Jahr 2025 werden wir einen starken Fokus auf die Internationalisierung legen", sagte Chris Brose, Strategiechef von Anduril, dem "Spiegel". Anduril unterstütze den geplanten Ausbau der europäischen Verteidigungsindustrie und freue sich "sehr auf eine engere Zusammenarbeit mit europäischen Partnern und Verbündeten".

Man sei "offen für jede Art von Partnerschaft, sei es gemeinsame Entwicklung oder gemeinsame Produktion". Im vergangenen Jahr hatte Anduril unter anderem von der US-Luftwaffe einen Auftrag für die Entwicklung des unbemannten Flugsystems Collaborative Combat Aircraft (CCA) erhalten.

Nun möchte Anduril das CCA-System offenbar auch nach Europa bringen und spricht darüber mit Rheinmetall. Der Düsseldorfer Rüstungskonzern hat seinen Schwerpunkt bei Panzern und anderen landbasierten Waffensystemen, weitet sein Geschäft aber derzeit kräftig aus. So baut Rheinmetall gerade im nordrhein-westfälischen Weeze ein Werk für die Produktion von Rumpfteilen für das US-Tarnkappenflugzeug F-35, das auch nach Deutschland geliefert werden soll. Die Technologiechefs von Anduril und Rheinmetall haben sich dem "Spiegel" zufolge im Januar getroffen, um einen Ausbau ihrer Zusammenarbeit auszuloten.

Beschlossen ist ein Zusammengehen beim CCA noch nicht. Bereits im vergangenen Sommer haben Rheinmetall und Anduril eine Kooperation bei der Drohnenabwehr beschlossen. "Das war ein guter Anfang, und ich bin sehr optimistisch, daß noch mehr passieren wird", sagte Brose.

Zum Inhalt der aktuellen Gespräche wollten Anduril und Rheinmetall sich nicht äußern. Anduril war 2017 von Palmer Luckey, dem Erfinder der Virtual-Reality-Brille Oculus Rift, gegründet worden und ist binnen wenigen Jahren in die erste Reihe der US-Rüstungskonzerne aufgestiegen. Die Firma ist auf Waffensysteme spezialisiert, die von Künstlicher Intelligenz gesteuert werden, und soll in einer aktuell laufenden Finanzierungsrunde mit rund 28 Milliarden Dollar bewertet werden.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 21. Februar 2025 (x1.498/…): >>**Über 4.500 Wege führen über die deutsche Grenze**

Um die deutschen Grenzen lückenlos zu kontrollieren, müßte die Polizei allein mehr als 4.500 Straßen, Wege und Pfade überwachen. So viele Wege führen von Deutschland über die Grenze in die Nachbarländer. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine schriftliche Frage der Linken-Bundestagsabgeordneten Cornelia Möhring hervor, über die der "Spiegel" berichtet. Konkret weist die Regierung 4.545 Straßen, Wege und Pfade aus.

Darunter sind 42 Autobahnen, 114 Bundesstraßen, 158 Landstraßen und 1.893 Wege, Pfade und Steige. Hinzu kommen Wiesen, Felder oder Wälder, über die Menschen ebenfalls die Grenze passieren können. Dazu führt die Regierung 2731,9 Kilometer Wassergrenzen auf, etwa in Nordsee, Ostsee, Bodensee, Rhein und Oder. Die Daten stammen vom Bundesamt für Kartographie und Geodäsie. Die Union verspricht umfassende Grenzkontrollen und Zurückweisungen von allen Migranten ohne gültige Einreisepapiere. "Tausende Grenzübergänge zu überwachen ist populistischer Unsinn, funktioniert nicht und lenkt von den echten Problemen im Land ab", sagte Möhring.<<

Das deutsche Multipolar-Magazin berichtet am 21. Februar 2025 (x1.499/…): >>**Baerbock: EU-Länder wollen hunderte Milliarden Euro für eigene und ukrainische Aufrüstung ausgeben**

Herausgegeben von *Stefan Korinth* und *Paul Schreyer*

Europäische Union plant laut deutscher Außenministerin beispielloses Finanzpaket für Militärausgaben / Absicht soll erst nach Bundestagswahl bekannt gegeben werden / Von der Leyen: Verschuldungsregeln könnten außer Kraft gesetzt werden

Die Europäische Union (EU) bereitet ein vermutlich Hunderte Milliarden Euro umfassendes Finanzpaket zur "Erhöhung der Verteidigungsausgaben und zur Unterstützung Kiews" vor. Das berichtet die US-Nachrichtenagentur "Bloomberg" unter Berufung auf ein Interview mit der deutschen Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) bei der Münchner Sicherheitskonferenz. Um eine Kontroverse in Deutschland zu vermeiden, sollen "Bloomberg" zufolge die Ausgabenpläne erst nach der Bundestagswahl (23. Februar) bekannt gegeben werden.

Demnach sollen "in naher Zukunft" Mittel für die beschleunigte Militarisierung Europas und für die Aufrüstung der Ukraine in einer Größenordnung bereitgestellt werden, die es im militärischen Zusammenhang laut Baerbock "in dieser Dimension noch nie gegeben hat". Es sei nur mit den Finanzpaketen zum Kampf gegen die Euro- und die Corona-Krise vergleichbar. Der EU standen "724 Milliarden Euro verteilt über sechs Jahre als Corona-Wiederaufbauhilfe zur Verfügung, teils als Darlehen, teils als direkte Finanzhilfe", wie die Tagesschau im Jahr 2024 meldete. Es könnte deshalb diesmal ebenfalls um rund 700 Milliarden Euro gehen, schlußfolgert die Berliner Zeitung, die über die Baerbock-Aussagen berichtete.

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hatte am 16. Februar den Bundestag aufgefordert, zur Unterstützung der Ukraine eine haushaltspolitische Notlage zu beschließen, um die Verteidigungsausgaben massiv zu erhöhen. Der Abgeordnete Anton Hofreiter (Grüne) sprach am Dienstag (18. Februar) von einen 500 Milliarden schweren Verteidigungsfonds für die Unterstützung der Ukraine sowie für die gemeinsame Rüstungsbeschaffung in der EU.

Seit dem russischen Einmarsch in die Ukraine haben EU-Länder Baerbock zufolge 134 Milliarden Euro an Kiew gezahlt. Der deutsche Anteil daran betrage 44 Milliarden Euro. Baerbock hatte im November 2024 öffentlich eingeräumt, daß die finanzielle Unterstützung der ukrainischen Regierung zur Kürzung staatlicher Leistungen für deutsche Bürger geführt hat.

So seien etwa Gelder für frühkindliche Bildung und für die Modernisierung der Deutschen Bahn gestrichen worden. Eine Multipolar-Recherche zum Bundeshaushalt gelangte zu dem Fazit, daß die Ukraine-Ausgaben der Bundesregierung durch "Steuern auf stark angestiegene Verbraucher- und Energiepreise, Kürzungen im Sozialbereich sowie als 'Sondervermögen' kaschierten neuen Schulden finanziert" werden.

Acht europäischen Staats- und Regierungschefs hatten am Montag (17. Februar) in Paris eine Aufstockung ihrer Militärhaushalte besprochen - dies mit dem Ziel, langfristig auch militärisch von den Vereinigten Staaten unabhängig zu werden, wie das Magazin "German Foreign Policy" berichtete. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (CDU) hatte auf der Münchner Sicherheitskonferenz ebenfalls mehr Geld für Aufrüstung gefordert.

Dieser Kurs existierte grundsätzlich allerdings schon zuvor, wie die friedenspolitische Organisation "Informationsstelle Militarisierung" im April 2024 deutlich machte. Demnach unternahm die EU-Kommission Anfang März 2024 mit zwei neuen Papieren, der "European Defence Industrial Strategy" (EDIS) und dem "European Defence Industry Programme" (EDIP) "einen weiteren großen Schritt in Richtung Kriegswirtschaft".

Die "Nachdenkseiten" wiesen darauf hin, daß noch unklar sei, woher die von Baerbock angekündigten Milliardensummen kommen sollen. Es bahne sich hierbei jedoch eine "Revolution" an, denn offenbar wolle die EU für Rüstungsausgaben erstmals eine Ausstiegsklausel aus den EU-Haushaltsregeln verkünden. "Jedes Land könnte sich unabhängig von den Neuverschul-

dungsregeln für militärische Ausgaben so hoch verschulden, wie es will", heißt es in dem Artikel.
Dies hatte von der Leyen auf der Münchener Sicherheitskonferenz ebenfalls schon angekündigt. Der französische Minister für europäische Angelegenheiten Benjamin Haddad schlug bereits die Einführung von gemeinsamen EU-Anleihen ("Eurobonds") für Rüstungsausgaben vor. Der französische Präsident Emmanuel Macron und CDU-Kanzlerkandidat Friedrich Merz seien offen dafür.
Der ungarische Diplomat György Varga schrieb dazu: "Die Frage ist, was das Ziel des politischen Westens ist: Geht es darum, keinen Krieg mehr zu führen, oder geht es darum, die Bedingungen für die Wiederaufnahme des Krieges für die kommenden Jahrzehnte zu schaffen?" Die größte Gefahr für Europa bestehe darin, daß EU-Politiker nicht bereit seien, ihre Ziele und Strategien anzupassen, obwohl sich die internationalen Rahmenbedingungen durch den Wechsel in der US-Führung geändert hätten. Alexej Drobin vom Russischen Außenministerium sagte in einem Interview, viele europäische Politiker hätten noch immer nicht verstanden, daß sie ihre Ziele gegenüber Rußland nicht mit militärischen Mitteln erreichen können.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 09/25" berichtet am 21. Februar 2025 (x1.501/…): >>**Brandrede des US-Vize**
Getroffene Hunde bellen
Dieter Stein
Helles Entsetzen herrschte nach der Rede von J. D. Vance bei der Münchner Sicherheitskonferenz. Mit einem Ruck zog der US-Vizepräsident den Schleier der Heuchelei fort, hinter dem sich europäische Eliten versteckten. Mit ruhiger Stimme legte er den Finger in die Wunde: Europas Lebenslüge nämlich, "Verteidiger der Demokratie" sein zu wollen, gleichzeitig jedoch, wie jüngst in Rumänien, nicht genehme Wahlen annullieren zu lassen, freie Rede zu bekämpfen und politische Oppositionelle zu verfolgen. Scharf geißelte er die Gängelung von Internetkonzernen durch die EU, "Haßrede" als Vorwand für Zensur gegen abweichende Äußerungen zu benutzen.
Getroffene Hunde bellen - dies zeigen empörte Reaktionen deutscher Politiker auf Vance' Rede. Eine schallende Ohrfeige hatte er besonders ihnen verpaßt wegen der Ausgrenzung politisch Andersdenkender: Explizit verurteilte er die Ausladung von Abgeordneten der AfD und des BSW durch die Münchner Sicherheitskonferenz.
Vance fordert im Kern die schlichte Wiederherstellung demokratischer Spielregeln und freie Rede.
Vance setzte der Absage an solche Quarantänemaßnahmen noch die Krone auf, indem er sich anschließend demonstrativ für 30 Minuten mit AfD-Chefin Alice Weidel traf, nicht aber mit Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD). In einem Interview mit dem Wall Street Journal hatte er zuvor deutsche Politiker zur Zusammenarbeit mit allen Parteien, einschließlich der AfD, aufgefordert. Damit ist deren Isolation Geschichte.
Bei dem, womit Vance der politischen Klasse die Leviten las, geht es im Kern um schlichte Wiederherstellung demokratischer Spielregeln und der Freiheit der Rede. Nein zur Zensur und weg mit "Brandmauern", die lediglich strategisch linke Mehrheiten zementieren. Zudem stellt Vance klar, daß unkontrollierte Massenmigration das zentrale ungelöste Problem des Westens ist. Vor den Konsequenzen weichen die Verantwortlichen in Deutschland jedoch seit Jahrzehnten bewußt aus.
Besonders schockierend ist es für deutsche Politiker, wenn ausgerechnet Amerikaner die Keule der Vergangenheitsbewältigung aus der Hand legen. Scholz' Versuch, in einer gestanzten Gegenrede zu Vance eine Linie vom NS-Terror zur AfD zu ziehen, verhallte kläglich.
Die deutsche Politik hat es sich lange in der Rolle bequem gemacht, positive Bezüge zur Nation, eine klare Definition nationaler Interessen und Bewahrung nationaler Identität stünden

uns - als vermeintliche Lehre aus der Geschichte - nicht zu. Dieses Kapitel schließt sich jetzt. Es weht endlich ein anderer Wind. Unser Schicksal liegt in unserer eigenen Hand.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 21. Februar 2025 (x1.493/…): >>**Bestialisch: Geschändete Frauen, ermordete Kinder**

Von *Gero Bernhardt*

Niemand, der klar bei Verstand ist, leugnet die schrecklichen Untaten, die unter Hitler begangen wurden. Daß hingegen auch schwerste Verbrechen an Deutschen während des Zweiten Weltkriegs und danach begangen wurden, droht dem Vergessen anheimzufallen. Mit seiner Dokumentation "Tod den Deutschen. Verbrechen am deutschen Volk 1939-1947" ruft uns Erich Kern dies wieder in Erinnerung.

Im Januar 1945 brach mit der Großoffensive der Roten Armee in Ostpreußen und den anderen östlichen Provinzen des Deutschen Reiches die Hölle los. Hunderttausende machten sich verzweifelt auf den Weg nach Westen, insbesondere zu den Häfen.

Bei Temperaturen von zwanzig Grad unter Null erfroren zahlreiche Kinder und ältere Menschen - viele von ihnen konnten in der tief verschneiten Landschaft nicht einmal begraben werden. Die Trecks der Vertriebenen wurden zudem von der sowjetischen Luftwaffe unter Beschuß genommen.

Greueltaten in Ostpreußen

Die Angst der Deutschen, in die Hände der Roten Armee zu fallen, war unbeschreiblich groß. Alle erinnerten sich an das Schicksal von Nemmersdorf, einer Gemeinde im ostpreußischen Grenzgebiet, die im Oktober 1944 vorübergehend in sowjetische Hand gefallen war. Hier waren Frauen und Kinder vergewaltigt und regelrecht abgeschlachtet worden, wie Erich Kern in seinem Werk "Tod den Deutschen. Verbrechen am deutschen Volk 1939-1947" schildert und mit Zeugenaussagen und Dokumenten belegt.

Auch 1945 kam es zu unbeschreiblichen Grausamkeiten der Rotarmisten an der deutschen Zivilbevölkerung. Die fürchterliche Verrohung der Soldaten wurde auch vom späteren Literatur-Nobelpreisträger Alexander Solschenizyn, selbst Angehöriger der vorrückenden sowjetischen Truppen, in seinem erschütternden Gedicht "Ostpreußische Nächte" beschrieben, das 1976 in einer zweisprachigen Edition in Deutschland herauskam. Darin schreibt er anklagend:

Gedicht "Ostpreußische Nächte", das 1976 in einer zweisprachigen Edition in Deutschland herauskam. Solschenizyn schreibt anklagend:

"Kleinkoslau, Großkoslau,/ Jedes Dorf in hellen Flammen!/ Alles brennt! Es brennen Ställe,/ Brüllt das eingeschlossene Vieh,/ Tja, ihr Guten,/ seid ja Deutsche. (…) Durch die Wand gedämpft - ein Stöhnen:/ Lebend finde ich noch die Mutter./ Waren’s viel auf der Matratze?/ Kompanie? Ein Zug? Was macht es!/ Tochter - Kind noch, gleich getötet./ Alles schlicht nach der Parole:/ Nichts vergessen, nichts verzeih'n!/ Blut für Blut! - und Zahn für Zahn,/ Wer noch Jungfrau, wird zum Weibe/ Und die Weiber - Leichen bald./ Schon vernebelt, Augen blutig,/ Bittet: Töte mich, Soldat!"

Ebenfalls von Solschenizyn überliefert sind folgende Geschehnisse in Ostpreußen: "Eine Kolonne Soldaten, (…) sie gehen ins Haus. Sie lachen: Mutter, gib Eier! Die Hausfrau gibt ihnen saftige Äpfel. Sie ergreifen sie. Die Äpfel knistern unter den durchgefrorenen Zähnen. Dann erschossen sie die Hausfrau, der Teppich wurde von Blut bespritzt. Der Mann lag krank im Bett, man hat ihn mit der Maschinenpistole geheilt. Nur der kleine Junge, ihr Enkel, konnte entkommen. Wie ein Tier, wie ein Hase lief er durchs Feld zum Wald. Hinter ihm beinahe ein Zug, in Unordnung, schießend. Ich wette, er ist verwundet! So ist es! Er entkommt."

Ehrenburgs Mordhetze

Daß es zu dieser Entmenschlichung kam, hatte verschiedene Gründe, wie man in "Tod den Deutschen" nachlesen kann. Die Sowjetsoldaten hatten einen fürchterlichen Krieg und zuvor die Stalin-Ära mit ihren Säuberungen und Hungersnöten erlebt. Als sie nun erstmals Feindes-

land betraten, wurden sie außerdem noch auf übelste Weise von dem berüchtigten Propagandisten Ilja Ehrenburg aufgehetzt.
Er hämmerte - wie Kern in seiner Dokumentation schildert - den vorrückenden Soldaten ein: "Tötet, Ihr tapferen Rotarmisten. Tötet. Es gibt nichts, was an den Deutschen unschuldig ist. Folgt der Anweisung des Genossen Stalin und zerstampft das faschistische Tier in seiner Höhle. Brecht mit Gewalt den Rassenhochmut der germanischen Frauen. Nehmt sie als rechtmäßige Beute. Tötet, Ihr tapferen, vorwärts stürmenden Rotarmisten. Tötet!"

Massenvergewaltigungen in Berlin

Ehrenburgs Mordhetze zeigte ihre Wirkung - nicht nur in Ostpreußen, sondern wenig später auch in Berlin. Der Schriftsteller Bertolt Brecht notierte mit Blick auf die dort von Rotarmisten begangenen Sexualverbrechen:
"Die Begegnung der Deutschen mit den Befreiern wurde zum Überfall, der die Siebzigjährigen und die Zwölfjährigen nicht schonte und in aller Öffentlichkeit vor sich ging."
Das nach dem Krieg lange Zeit tabubehaftete Thema rückte 2011 schlagartig ins Licht der Öffentlichkeit, als Heribert Schwan das Buch "Die Frau an seiner Seite - Leben und Leiden der Hannelore Kohl" veröffentlichte und darin die tragische Lebensgeschichte der Kanzlergattin, die sich zehn Jahre zuvor das Leben genommen hatte, nachzeichnete.
Schwan gehörte Ende der 1990er Jahre zu einem Autorenteam, das von Helmut Kohl engagiert worden war, um ihn beim Verfassen seiner Memoiren zu unterstützen. Dabei führte Schwan auch ausgiebige Gespräche mit Hannelore Kohl, die ihm anvertraute, daß sie im Alter von zwölf Jahren von sowjetischen Soldaten mehrfach vergewaltigt worden war, die sie dann "wie einen Zementsack aus dem Fenster geworfen" hätten. Dabei zog sich die gebürtige Berlinerin eine Wirbelverletzung zu, an der sie zeitlebens leiden sollte.
Hannelore Kohl war nur eine von unzähligen Frauen, die beim Einmarsch der Roten Armee 1945 sexuellen Übergriffen zum Opfer fielen. Der Kulturhistoriker Hans Peter Duerr schreibt in seinem Buch "Obszönität und Gewalt: Der Mythos vom Zivilisationsprozeß" von den "vielleicht schlimmsten Massenvergewaltigungen, die jemals von der weiblichen Bevölkerung eines besiegten Landes erduldet werden mußten".
Der russische Dramatiker Sachar Agranenko notierte im Januar 1945 in seinem Tagebuch, das er als sowjetischer Marineoffizier führte: "Neun, zehn, zwölf Mann zur gleichen Zeit - vergewaltigt wird im Kollektiv."
Erich Kern untermauert in "Tod den Deutschen. Verbrechen am deutschen Volk 1939-1947" solche Selbstzeugnisse und Berichte nicht nur mit Aussagen von Augenzeugen und Betroffenen, sondern liefert auch die Dokumente, die zeigen, daß der vergewaltigenden und mordenden Soldateska von höchster sowjetischer Stelle quasi ein Freibrief erteilt wurde. Erst ein Machtwort von Georgi Alexandrow, Stalins Propagandachef im Zentralkomitee, bereitete der Ehrenburg-Hetze ein Ende und dämmte die Gewaltorgien der Soldaten ein.

Sexuelle Gewalt im Westen

Sexuelle Übergriffe durch die Truppen der Sieger gab es allerdings auch im Westen, wie Kern in seiner Dokumentation belegt. Der französische General Jean de Lattre de Tassigny hatte am 5. April 1945 als Direktive an seine auf deutschen Boden vorstoßenden Truppen ausgegeben, sie mögen "einen natürlichen Haß gegen den grausamen Feind unserer Freiheit und unserer Kultur, einen legitimen Haß gegen eine Nation, die gierig ist, die Welt zu unterwerfen", nicht zurückhalten.
In einigen Orten Südwestdeutschlands kam es daraufhin im April und Mai 1945 zu Vergewaltigungen, Brandstiftungen, willkürlichen Erschießungen von Deutschen durch die Franzosen. In der amtlichen Sammlung "Dokumente deutscher Kriegsschäden", die Kern in "Tod den Deutschen. Verbrechen am deutschen Volk 1939-1947" anführt, findet sich ein Augenzeugenbericht über die Vorgänge in Freudenstadt, in dem es heißt:

"Weiße Franzosen, Fremdenlegionäre, Marokkaner und Algerier besetzten die Stadt. (…) Es wurde drei Tage lang gemordet, geplündert, vergewaltigt und Häuser angezündet. Frauen von 16 bis 80 Jahren waren Freiwild; Väter und Mütter, die sich schützend vor ihre Angehörigen stellten, wurden niedergeschossen; die Schreie der gequälten Menschen hallten durch die Nächte. Circa 800 geschändete Frauen meldeten sich zur ärztlichen Untersuchung im Krankenhaus."
Dies alles droht heutzutage in Vergessenheit zu geraten oder wird mit Verweis auf die Untaten, die unter Hitler begangen wurden, relativiert. Eine ausgewogene, gerechte und wahrhaftige Geschichtsschreibung hat jedoch die Verbrechen auf allen Seiten zu betrachten, ohne sie gegeneinander aufzurechnen.
Gegen das Vergessen: In seiner aufrüttelnden Dokumentation "Tod den Deutschen. Verbrechen am deutschen Volk 1939-1947" zeichnet Erich Kern den Massenmord an Millionen Deutschen anhand von Zeitzeugenberichten und Dokumenten nach.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 09/25" berichtet am 21. Februar 2025 (x1.501/…): >>**Anschläge in München und Kärnten**
Auf der Schlachtbank
Michael Paulwitz
Die Blutspur des importierten Islam-Terrors zieht weiter durch Europa. Wenige Tage nach dem Auto-Anschlag eines Afghanen in München, der das Leben einer jungen Mutter und ihres zweijährigen Kindes auslöschte, ermordet ein syrischer IS-Terrorist in Kärnten einen 14jährigen Jungen. Seht her, ihr seid zum Abschlachten freigegeben, sagt das zynische Grinsen, mit dem er nach vollbrachter Tat den Islamisten-Zeigefinger emporstreckt. Ein Foto davon verbreitete sich rasch und sorgte zu Recht für Empörung.
Es sind nicht "Männer", nicht "Traumatisierte", nicht "psychisch Gestörte", die da wahllos morden und terrorisieren. Es sind tickende Zeitbomben aus den immer gleichen, von Haß und Gewalt durchtränkten islamischen Ländern und Kulturen. Gewissenlos ins Land gelassen von europäischen Regierungen, denen ihr Dogma der Massenmigration unantastbar und das Leben der eigenen Bürger, denen sie Schutz und Sicherheit schulden, gleichgültig ist.
Sie opfern und verachten sie noch obendrein. Sie behindern Trauerkundgebungen und lassen zynische "Gegen Rechts-Demos" gewähren, sie veranstalten lächerliche Abschiebescharaden und planen schon den nächsten Massenimport von Afghanen.
Nach dem Wahltag, natürlich. Denn die naheliegende Gegenwehr der terrorisierten und gedemütigten Bürger wäre, die dafür politisch Verantwortlichen rigoros abzuwählen. Sie sollten die Gelegenheit nicht verstreichen lassen.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 09/25" berichtet am 21. Februar 2025 (x1.501/…): >>**Gezielt ausgewähltes Publikum**
ÖRR manipuliert den Wahlkampf
Hans-Hermann Gockel
Aus der subtilen Meinungsmache der Öffentlich-Rechtlichen wurde kurz vor dieser Bundestagswahl plumpe Propaganda. Ob "Schlagabtausch" (ZDF) oder "Wahlarena" (ARD): Überall das gleiche, sorgfältig ausgewählte Klatschpublikum.
Rot-grüne Propagandisten stellen Fragen, die an Peinlichkeit nicht zu überbieten sind. Ein junger Schwuler (Mitglied der Grünen) hat Angst, daß die AfD ihn ins KZ steckt. Eine junge Linke fordert mehr psychologische Betreuung für ausreisepflichtige Migranten, "statt sie abzuschieben." Angesichts der Morde von Aschaffenburg und München die typische Täter-Opfer-Umkehr. Man muß Alice Weidel Respekt dafür zollen, wie ruhig sie angesichts geballter Provokationen geblieben ist.
Der ZDF-Hauptstadtkorrespondent Dominik Rzepka, der sich live in einem "heute journal update" verplappert, gibt immerhin zu, für den "Schlagabtausch" gezielt Publikum an der

Humboldt-Universität und der FU Berlin akquiriert zu haben: "Das sind zwei eher linke Universitäten (…) Es war so gesehen nicht wirklich repräsentativ."
Die Verzweiflung in den öffentlich-rechtlichen Sendern muß groß sein. Doch die manipulativen Wahlsendungen waren mit Sicherheit nicht das letzte Gefecht, zu dem sich die rot-grünen Propaganda-Truppen in den Redaktionen von ARD und ZDF aufgerafft haben. Mit einer Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist es nicht getan. Dieses System gehört in die Tonne.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 09/25" berichtet am 21. Februar 2025 (x1.501/…): >>**Steht der Goldpreis vor dem Durchbruch der 3.000-Dollar-Marke?**
Die zweite Revolution
Thorsten Polleit
Am 11. Februar 2025 erreichte der Goldpreis 2.943 Dollar pro Feinunze und damit sein bisheriges Rekordhoch. Zwei Tage später wurden 31,1 Gramm für 2.926 Euro gehandelt. Der Goldpreis lag damit etwa 45 Prozent über dem Vorjahr. Was waren die Gründe? Erstens: Die Aussicht, die Trump-Administration könne Importzölle auf Gold und Silber erheben, hat die Nachfrage nach physischem Material stark ansteigen lassen, vor allem auch aus den USA. Zweitens: Viele Zentralbanken aus der nichtwestlichen Welt stocken ihre Goldreserven auf, gewissermaßen als Gegengewicht zu ihren Dollar-Beständen.
Und drittens: Gold verteuert sich in allen Fiatwährungen der Welt - mit der Ausnahme des Schweizer Frankens. Gleichzeitig wertet der Greenback gegenüber Euro, Pfund & Co auf. Darin kommt zum Ausdruck, daß der Dollar ganz offensichtlich nach wie vor das größte Vertrauen im Fiatgeld-Universum genießt, daß aber Anleger gleichzeitig nicht nur auf den Greenback setzen (wollen), sondern auch Gold zu halten wünschen - weil das Gold aus ihrer Sicht quasi eine Art "Backup" für die US-Währung darstellt.
Doch wie geht es weiter? Betrachtet man unterschiedliche Trendverläufe, mit denen sich der Goldpreisanstieg seit Anfang des 21. Jahrhunderts nachzeichnen läßt, so scheint sich mittlerweile eine gewisse "Übertreibung" zu zeigen. Konkret: ein Abwärtspotential von ungefähr 18 Prozent, ausgehend vom aktuellen Preis.
Doch es gibt nun auch noch einen vierten Erklärungsfaktor, der vermuten läßt, der Goldpreis könnte mit seinem bisherigen Trendaufstieg gebrochen haben, daß er seinen Aufstieg weiter fortsetzen wird: Die Amerikaner organisieren gerade so etwas wie ihre "Zweite Amerikanische Revolution". Ging es vor 250 Jahren darum, die Herrschaft der britischen Krone abzuschütteln, geht es ihnen heute darum, den eigenen entgrenzten, ja tyrannisch gewordenen Staat zurückzudrängen. Vermutlich wird diese "Freiheitsbewegung", die nunmehr in den USA in Gang gekommen ist, früher oder später auch den Rest der westlichen Welt erreichen.
Und das wahrscheinlich nicht ohne Disruptionen. Vor allem auch, wenn die Trump-Administration Ernst macht und die US-Zentralbank Fed auf den Prüfstand stellt - die Initiati
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 09/25" berichtet am 21. Februar 2025 (x1.501/…): >>**Wie die Medien im Wahlkampf mit heiklen Präsenten und einem parteiischen Publikum ihr Renommee aufs Spiel setzen**
Christian Schreiber / Florian Werner
Früher wurden Journalisten mit Offerten überhäuft, wenn es um brisante Berichterstattung ging. Doch auf einmal scheint der Berufsstand selbst Geschenke zu verteilen. Das wirkt bizarr und ist auf den einzelnen Redakteur gerechnet weniger ersprießlich. Freuen kann sich über diese Entwicklung offenbar vor allem der Kanzlerkandidat der Grünen, Robert Habeck.
Lächelnd zeigte sich dieser im WDR mit einem Freundschaftsarmband, auf dem die Worte "PROBLEM SOLVER", also "Problemlöser" zu lesen waren. Das Accessoire sei ihm vom Kölner Stadt-Anzeiger (KStA) geschenkt worden. Er trage es "mit Freude". Der KStA verteidigte sich, sprach von einem "Schluß-Gag" auf einer Veranstaltung. Habeck freute sich aber

auch andernorts über merkwürdige Präsente.

Die Gimmicks für Robert Habeck schaffen es bis in dessen Wahlclips

So erhielt er auf einem Lesertreff der Nürnberger Nachrichten (NN) einen grünen Hasen geschenkt. Fürs Kanzleramt, wie NN-Chefredakteur Michael Husarek kommentierte: "Falls Sie dahin kommen, haben wir für Sie schon mal ein kleines Kunstwerk, das wir Ihnen heute gern überreichen würden." Habeck nutzte die Statue, um einen Wahlkampfspot zu drehen.

In dem Video bezeichnet er diesen "Wahlkampfsymbol-Hasen" als sein "Wahlkampf-Begleitgeschenk". Statt die Verstrickung in den politischen Wettbewerb zu diskutieren, freute sich die Lokalzeitung gleich in mehreren Artikeln über den Clip. NN-Chefredakteur Husarek: "Schön, wenn ein Politiker ein Präsent in seine Kampagne einbaut, das zeugt auch von der Spontaneität Habecks." In beiden Fällen berichtete zuerst das Medienportal Übermedien.

Habecks unbeliebtere Kollegen bekommen schlechtere Geschenke, wie zum Beispiel Leserbriefe mit Falschbehauptungen. Der Spiegel druckte zuletzt eine Zuschrift ab, in der stand, Friedrich Merz, Kanzlerkandidat der Union, habe dereinst einen Lehrauftrag für Wirtschaftswissenschaften an einer Schweizer Uni vergeigt. Merz ist Jurist. Den Lehrauftrag gab es nie. All das hätte man mit ein paar Klicks herausfinden können.

Doch die Distanz zwischen Medien und Politik stimmt während des Wahlkampfs anscheinend auch woanders nicht mehr so ganz. So wurde nach Ausstrahlung der Wahlkampfsendung "Schlagabtausch" im ZDF der Vorwurf laut, das Publikum sei tendenziös ausgewählt worden. Für die Bild-Zeitung waren die mehrheitlich linken Studenten auf den Zuschauerbänken "ein echter TV-Skandal". Diese machten während der Sendung aus ihren Sympathien keinen Hehl und beklatschten Aussagen von Jan van Aken (Linkspartei) und Felix Banaszak (Grüne), während Tino Chrupalla (AfD) und Alexander Dobrindt (CSU) vor einer Mauer des Schweigens standen.

"Im Publikum saßen relativ viele Zuschauer von der HU Berlin und von der FU Berlin", gestand das ZDF nachher ein. Die beiden Hochschulen, wie auch die Berliner Hertie School, seien extra angeschrieben worden, um einzuladen. Der stellvertretende Bundesvorsitzende der FDP, Wolfgang Kubicki, forderte daher eine Erklärung vom Zweiten Deutschen Fernsehen. Es sei offensichtlich, daß Grüne und Linke "Claqueure" eingeschleust hätten. Auch FDP-Parteichef Christian Lindner hatte an der TV-Runde teilgenommen, ohne beim Publikum auf besonders viel Gegenliebe zu stoßen.

Nur wenige Tage später bei der ZDF-Sendung "Klartext" mit den Kanzlerkandidaten von CDU, SPD, Grünen und AfD scheinen sich dieselben Szenen zu wiederholen. "Wir brauchen mehr Migration, nicht weniger. Und das hat mit 'Remigration', für die Sie stehen, überhaupt nichts zu tun", wischte dort ein älterer Herr aus dem Publikum Alice Weidels Ausführungen zur Pflege beiseite. Weidel reagierte brüskiert: "Ich habe den Eindruck, daß Sie das, was Sie gerade gesagt haben, auswendig gelernt haben." Die Bemerkung wurde im Studio mit Rufen und Pfiffen beantwortet.

Ruhe hat nur, wer gar nicht erst eingeladen wird, wie zuletzt BSW-Chefin Sahra Wagenknecht im Fall der "ARD-Wahlarena 2025" - einer der letzten Talkrunden vor dem Urnengang. In der Vergangenheit hatte ihre derzeit um die Fünfprozenthürde kreisende Partei immer wieder darauf geklagt, bei den Fernsehdebatten dabei zu sein. Teils mit Erfolg. Doch dieses Mal ließ das Bundesverfassungsgericht Wagenknecht abblitzen. Das BSW lege nicht dar, wie ihr Recht auf Chancengleichheit durch Nichtbeachtung im TV verletzt werde.

Im Zweifelsfall entschieden die Redaktionen bei den Öffentlich-Rechtlichen, wie auch im Privatfernsehen ohnehin, das Publikum gleich ganz aus dem Studio zu verbannen. So geschehen beim ARD-Format "Das Duell - Scholz gegen Merz" und beim RTL-Vierkampf "Das Quadrell - Kampf ums Kanzleramt". Dort konnten die Moderatoren ihre Gäste ungestört interviewen. Der Zuschauer kam, wenn überhaupt, dann nur als Zuträger der Fragen im Gespräch

vor.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 09/25" berichtet am 21. Februar 2025 (x1.501/…): >>**Ruhestörung und Hysterie vor acht**
Ludger Bisping
Man kennt die Sendeformate "…vor acht" im Ersten, zum Beispiel "Börse vor acht" oder "Wirtschaft vor acht". Die Viertelstunde vor der Tagesschau um 20 Uhr ist ein sehr attraktiver Sendeplatz der ARD.
Kommt bald "Klima vor acht" dazu? Das ist eine private Initiative, deren Ziel die Etablierung einer Klimasendung vor der "Tagesschau" ist. Um das zu erreichen, setzen die Vorsitzende Friederike Mayer, eine freiberufliche Hamburger Journalistin, und ihre Mitstreiter, die öffentlich-rechtliche Anstalt seit 2020 unter Druck.
Die Bemühungen reichen von PR-Tamtam wie offenen Briefen an die Intendanz bis zu Programmbeschwerden. Die Werbung in eigener Sache fällt teils auf fruchtbaren Boden. TV-Journalist Ranga Yogeshwar ("Quarks & Co.") ist entzückt von der Idee; SPD-Ministerin Svenja Schulze hält den Vorschlag für "sinnvoll". Und Sachverständige wie die Bielefelder "Transformationsforscherin" Maja Göpel sind sowieso begeistert.
Die ARD windet sich und argumentiert, dem Klima schon genug Sendezeit zu widmen - was genervte Zuschauer bestätigen können.
Nur die Verantwortlichen des Senders zieren sich noch. Dabei haben die Klimaaktivisten schon fünf Pilotfolgen produziert, die auf Youtube Beifall fanden. Die Beiträge mit Titeln wie "Auf der Kippe" ("Warum es für das Grönlandeis zu spät sein könnte ...") suggerieren, daß wir übermorgen alle von der Klimakatastrophe vernichtet werden, wenn wir nicht sofort unsere Lebensart aufgeben …
Die ARD windet sich, argumentiert, dem Klima schon genug Sendezeit zu widmen - was genervte Zuschauer bestätigen. Nun will "Klima vor acht" den Sendeplatz als Werbezeit buchen und die dafür nötige Viertelmillion durch "Crowdfunding" erwerben. Bisher mit bescheidenem Erfolg.
Doch TV-Werbung muß gemäß Medienstaatsvertrag einem Gewinnstreben dienen, Politik ist nicht vorgesehen. Vielleicht haben die "Klima-Retter" trotzdem Glück: Drüben bei RTL läuft das "Das Klima Update". Das wurde sogar schon für den Grimme-Preis nominiert.<<
Österreich: Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 09/25" berichtet am 21. Februar 2025 (x1.501/…): >>**Österreich: FPÖ beendet Gespräche mit ÖVP und setzt auf Neuwahlen**
Robert Willacker
In einer überraschenden politischen Wende sind die Koalitionsverhandlungen zwischen der rechten FPÖ und der konservativen ÖVP gescheitert. FPÖ-Chef Herbert Kickl gab nach einem Treffen mit Bundespräsident Alexander Van der Bellen bekannt, daß er den Auftrag zur Regierungsbildung zurückgegeben habe. Es sei "trotz intensiver Bemühungen nicht möglich gewesen, eine Einigung mit der ÖVP in ganz zentralen Fragen (…) zu finden", gab Kickl via Aussendung bekannt.
Schon in den Tagen zuvor trugen beide Verhandlungspartner ihre Differenzen größtenteils nur noch über Videostatements aus. Zentraler Streitpunkt war dabei die Aufteilung der Ministerposten. Die FPÖ reklamierte das mächtige Innenressort für sich, um ihr zentrales Wahlversprechen einer restriktiven Asyl- und Migrationsagenda umsetzen zu können. Beim Verhandlungspartner stieß sie damit jedoch auf taube Ohren, denn auch der reklamierte das traditionell von den Konservativen geführte Ministerium für sich.
Schlußendlich folgte der Abbruch der Gespräche, zu einem Zeitpunkt als viele Themenbereiche schon fertig ausverhandelt waren, wie aus öffentlich gewordenen Verhandlungspapieren hervorgeht. Kickl hierzu: "Wenn aber dann ein Punkt erreicht ist, an dem man erkennen muß,

nach eingehender Prüfung, daß dieses Projekt mit dem Verhandlungspartner nicht umzusetzen ist, dann sehe ich es als meine Verantwortung, diesen Prozeß auch rasch zu beenden."
Eine völlig andere Sicht auf die Geschehnisse vertritt naturgemäß die ÖVP. Sie macht ihrerseits die FPÖ für das Aus der Regierungsverhandlungen verantwortlich. Diese seien "am Machtrausch und der Kompromißlosigkeit von Herbert Kickl gescheitert", teilte ÖVP-Generalsekretär Alexander Pröll mit. Er fügte hinzu, daß Kickl selbst in fünf Wochen insgesamt nur sieben Stunden am Verhandlungstisch gesessen habe und warf die Frage auf, "ob sich Kickl der Verantwortung überhaupt je stellen wollte".
In der Beurteilung der Schuldfrage gespalten sind jedoch nicht nur die Vertreter beider Parteien, sondern auch die österreichische Bevölkerung, wie eine Untersuchung des Meinungsforschungsinstituts Spectra für die Kleine Zeitung ergab.
Rund ein Drittel der Befragten vertritt demnach die Meinung, die FPÖ hätte mehr Kompromißbereitschaft zeigen sollen, während ein weiteres Drittel der Auffassung ist, die ÖVP habe zu wenig Entgegenkommen gezeigt. In der Sonntagsfrage rutschte die Volkspartei indes weiter ab. Nur noch 19 Prozent der Wähler würden ihr ihre Stimme geben - ein Verlust von sieben Prozentpunkten zur Nationalratswahl im vergangenen Herbst. Die FPÖ profitiert derweil von den Ereignissen der vergangenen Wochen und Monate und kann sich über ein sattes Plus freuen - 35 Prozent der Befragten würden sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Nationalratswahl wäre, was einen Zuwachs von rund sechs Prozentpunkten bedeutet.
Mit dem Scheitern der FPÖ/ÖVP-Verhandlungen steht Österreich nun erneut vor einer Phase politischer Unsicherheit. Zwar zeichnen sich Regierungsverhandlungen zwischen ÖVP und den Sozialdemokraten ab, diese verfügen zusammen jedoch nur über die denkbar knappste Mandatsmehrheit von einer Stimme.
Zu Hilfe kommen ihnen möglicherweise die Grünen sowie die liberalen NEOS. Beide hatten bereits signalisiert, eine etwaige Zusammenarbeit von ÖVP und SPÖ projektbezogen unterstützen zu wollen. "Es laufen Gespräche darüber, ob eine Zusammenarbeit und der Abschluß für ein Regierungsübereinkommen möglich sind oder nicht", bestätigten Vertreter von ÖVP und SPÖ aktuell gegenüber der Austria Presse Agentur.
Eile ist geboten, weil Österreich nach wie vor mit einem Budgetloch im Ausmaß von rund 20 Milliarden Euro aus dem Jahr 2024 konfrontiert ist und ein EU-Defizitverfahren droht. Sollten die Gespräche zwischen ÖVP und SPÖ nun ebenfalls scheitern, wartet also auch hier weiteres Ungemach auf Österreich. Vehement für Neuwahlen tritt indes die frisch gestärkte FPÖ ein: "Ich fürchte, daß die anderen Parteien sich jetzt wieder zusammenhängen werden, um mit aller Kraft Neuwahlen zu verhindern, um damit einen Zuwachs der FPÖ zu stoppen oder aufzuhalten", ließ der FPÖ-Vorsitzende seine Anhänger wissen.
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 09/25" berichtet am 21. Februar 2025 (x1.501/…): >>**Islamistischer Terror in Kärnten**
VILLACH. Österreichs Innenminister Gerhard Karner hat bestätigt, das die Messerattacke eines 23jähriger Asylbewerbers aus Syrien in der Villacher Innenstadt, bei der ein 14jähriger starb und fünf Personen zum Teil schwer verletzt wurden, ein islamistischer Anschlag mit IS-Bezug war. Der Attentäter habe sich im Verlaufe der vergangenen drei Monate über das Internet "radikalisiert", erklärte der ÖVP-Politiker. Der 23jährige Syrer war als Asylbewerber mit Aufenthaltsgenehmigung in Villach im Bundesland Kärnten und in einer Privatwohnung wohnhaft. Er war der Polizei bislang nicht bekannt.
Der mutmaßliche Täter stach "wahllos mit einem Klappmesser mit zehn Zentimeter langer Klinge auf mehrere Passanten ein", zitierte die Kleine Zeitung die Kärntner Polizeidirektorin Michaela Kohlweiß. Diese bestätigte, daß der mutmaßliche Täter einen Treueschwur zur Tat geleistet und aufgenommen habe. Laut Karner habe es Kärntens Ministerpräsident Peter Kaiser (SPÖ) bereits auf den Punkt gebracht: "Es gilt, die Konsequenzen mit aller Härte zu ziehen

- einsperren und abschieben."
Kaiser appellierte: "Bitte stehen wir in so schwierigen Zeiten zusammen. Es gibt Emotionalität. Und es gibt Schuldzuweisungen, die manchmal übers Ziel hinausgehen. Lassen wir uns nicht unseren Zusammenhalt nehmen!" "Ich bin entsetzt über diese Tat und trauere mit so vielen Landsleuten um den getöteten Jugendlichen. Ich wünsche seiner Familie in diesen schweren Stunden viel Kraft", hatte FPÖ-Chef Herbert Kickl gleich nach der Tat erklärt. "Gleichzeitig bin ich wütend auf jene Politiker, die es zugelassen haben, daß Messerstechereien, Vergewaltigungen, Bandenkriege und andere kapitale Straftaten in Österreich mittlerweile an der Tagesordnung sind. Das ist ein Systemversagen erster Güte", so Kickl.
"Gewalttätiger Extremismus darf in Österreich und in der EU keinen Platz finden", betonte der Sprecher der Grünen Werner Kogler. Als einen zentralen und wirksamen Hebel, den man sofort in Bewegung setzen könnte, greift Kogler das konsequente Vorgehen gegen Internet-Radikalisierung heraus: "Wir müssen verhindern, daß Smartphones als Waffe mißbraucht werden. Plattformen von Tiktok, Meta, X und Co. sind kein rechtsfreier Raum.
Wenn sich die Extremismus-Spirale immer schneller dreht, weil Algorithmen den Haß von extremistischen Predigern auf die Handys von Jugendlichen und jungen Erwachsenen bringen, dann muß Schluß mit Zögerlichkeit sein. Dann braucht es Durchgriff." Der Digital Services Act sehe vor, daß Tiktok und Co. wirksam sanktioniert werden könnten. Daß das bisher nicht geschehen sei, kritisierte Kogler scharf. (ctw)<<
Ukraine: Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 21. Februar 2025 (x1.500/…): >>**Die Ukraine wollte Krieg mit Rußland - Interview mit Dieter Staudt**
Herbert Ludwig
In der NATO und insbesondere bei den deutschen Kriegstreibern in der SPD, CDU/CSU, FDP, den Grünen und ihren medialen Lautsprechern muß ständig die Lüge vom Angriffskrieg Putins auf die Ukraine als Begründung für die Waffenlieferungen an die Ukraine und eigene Aufrüstungen herhalten. Der Autor Thomas Mayer sprach mit Dieter Staudt, der lange Jahre bis 2022 als Unternehmer in der Ostukraine gelebt hat. Dieser berichtet von den Plänen und Aufmärschen des ukrainischen Militärs Anfang 2022, die Donbass-Republiken zu erobern. Diesen kam Rußland aufgrund vertraglicher Verpflichtung zu Hilfe. Die Ukraine war kein unschuldiges Opfer. (hl)
Die Ukraine wollte den Krieg mit Rußland
Interview von Thomas Mayer mit *Dieter Staudt*
"Das ukrainische Militär plante einen Angriff zur Eroberung der Donbass-Volksrepubliken am 6. März 2022 und wollte die russischen Bewohner des Donbass vertreiben oder auch eliminieren", berichtet Dieter Staudt. Der Unternehmer wohnte von 2011 bis Mitte 2022 in der Ostukraine. Er hat von diesen Angriffsplänen direkt von ukrainischen Soldaten erfahren. Nach Staudt mußte Rußland auf diese Bedrohung reagieren und so kam es zum russischen Kriegseintritt ab dem 24. Februar 2022. "Die Ukraine wollte einen Krieg mit Rußland und war kein unschuldiges Opfer", ist das Fazit von Staudt. Das steht im Widerspruch zur Opfer-Erzählung, mit der die Finanzierung und Bewaffnung der ukrainischen Armee durch die NATO-Staaten begründet wird.
Interviewer: Herr Staudt, wie ist Ihre Beziehung zur Ukraine?
Dieter Staudt: Ich habe ab Juni 2011 in der Ukraine gelebt, zuerst bis Herbst 2013 zeitweise, danach bis Mitte August 2022 dauerhaft. Ich bin mit einer Ukrainerin verheiratet und baute in der Region Sumy im Nordosten der Ukraine eine Gartenbau-Landwirtschaft auf. Wir hatten bis zu sechs Mitarbeiter. Ich spreche Russisch, so daß ich gut in Kontakt mit der ukrainischen Bevölkerung kam.
Ich habe die gesamte Entwicklung mitbekommen, die zum ukrainischen Bürgerkrieg im Donbass ab 2014 und zum Krieg mit Rußland ab 2022 geführt hat. Ende April 2014, unter dem

Übergangspräsidenten Oleksandr Turtschinow, den ich persönlich kenne, begann der ukrainische Bürgerkrieg im Donbass. Die ukrainische Armee schoß auf Ukrainer russischer Ethnie, auf Bewohner der autonomen ukrainischen Gebiete Luhansk und Donezk. Diese beiden autonomen Republiken sind am 11. Mai 2014 durch Volksabstimmungen souverän und von der Ukraine unabhängig geworden.
Diesen Unabhängigkeits-Referenden in 2014 ging ja voraus, daß die russische Sprache als Staatssprache verboten wurde. Dreißig Prozent der Ukrainer haben Russisch als Muttersprache. Die Maidan-Regierung in Kiew zeigte den russischen Ukrainern im Osten des Landes deutlich, daß man sie nicht will.
Also spalteten sich die ostukrainischen Regionen ab. Ähnliches würde geschehen, wenn in Belgien das Flämische oder Französische verboten würde. Ich habe das Sprachenverbot in der Ukraine als Kriegsursache in einem extra Artikel beschrieben.
Interviewer: Herr Staudt, was haben Sie in Sumy von diesem Bürgerkrieg im angrenzenden Donbass mitbekommen?
Dieter Staudt: Ich habe den Bürgerkrieg erfahren durch eine Art Mobilmachung. Es gab Panzersperren auf der Straße nach Romny im Westen des Sumy Gebietes, wenn ich nach Kiew oder auch weiter Richtung Westeuropa alleine oder in Begleitung meiner Ehefrau fuhr. Einmal, von Deutschland kommend, wurde ich von einem ukrainischen Panzer und seiner Besatzung gestoppt und nach Geld gefragt, um den Panzer betanken zu können. Da die Soldaten nach meiner Einschätzung betrunken waren, ging es ihnen wohl eher um den "menschlichen Sprit". Ich hatte zwar keine Furcht, verließ aber schnell die Örtlichkeit, um eine Distanz zu den Militärs herzustellen.
Bei regelmäßigen Telefonaten mit Freunden in den Gebieten Luhansk und Donezk wurden wir über die Schwere der Bombardements informiert. Durch freundschaftliche Kontakte zu ukrainischen Bewohnern der Krim weiß ich, daß diese Leute es begrüßen, zur Russischen Föderation zu gehören!
Nach dem Maidan-Putsch plante Kiew, die russische Sprache zu verbieten, das war ein Affront gegen die russischen sprechenden Ukrainer. Nachdem sich die Krim am 14. März 2014 durch einen Volksentscheid von der Ukraine abgespalten hatte, wollte die ukrainische Regierung eine ähnliche Entwicklung im Donbass verhindern. Mitte April 2014 schickte der ukrainische Interimspräsident Oleksandr Turtschinow Militär in den Donbass, in der Absicht, seinem an die sogenannten Separatisten gestellten Ultimatum Nachdruck zu verschaffen. Ende April 2014 schoß die ukrainische Armee auf ukrainische Bürger russischer Ethnie und begann den Bürgerkrieg. Zur Abspaltung der Donbass-Republiken kam es trotzdem.
Mir sind die Gründe, die zu dieser Auseinandersetzung geführt haben, bekannt. Einer davon waren die in der Ostukraine liegenden Bodenschätze in Höhe von 12 Billionen Dollar, nach denen die USA, Großbritannien und die EU Begehrlichkeiten entwickelten. Das ist einer der Gründe, warum die Ukraine im Bürgerkrieg gegen die Donbass-Republiken ab 2014 vom Westen unterstützt wurde. Von den Bodenschätzen in der Südostukraine habe ich 2013 erstmals gehört.
Interviewer: Um was für Bodenschätze handelt es sich? Wo kommt die Zahl 12 Billionen her?
Dieter Staudt: Es handelt sich um seltene Erden wie Lithium, Öl, Gas, Ölschiefer und Schiefergas, dessen Abbau in der Ukraine staatlich erlaubt ist. Die Zahl erscheint an vielen Stellen im Internet, dazu gibt es Berichte über Fracking-Pläne der britisch-niederländischen Shell sowie Probebohrungen auf den Jusovsk-Gasfeldern im Osten des Landes, in Charkow, Lugansk, Donezk, bis ins Asowsche Meer.
Die Vertragsteilnehmer waren die Kiewer Regierung, die US-Firmen ExxonMobil und Chevron sowie der britisch-niederländische Shell-Konzern und das ukrainische Unternehmen Nadra Jusovsk. Anwesend war auch der damalige Präsident Viktor Janukowitsch, Abschlußort

war Davos in der Schweiz, die Größe des Abbau-Gebietes bestand aus 7.886 qkm, die Gewinnmarge für Shell war mit 50 % geplant.
Interviewer: Was haben Sie zu den Gründen des Kriegseintrittes von Rußland im Februar 2022 erlebt?
Dieter Staudt: Ich hatte ab Spätsommer 2021 Kontakte zu ukrainischen Militärangehörigen, die im Donbass stationiert waren oder deren Stationierung kurz bevorstand. Über diese habe ich erfahren, daß der ukrainische Staat die russischen Bewohner des Donbass vertreiben oder auch eliminieren wollte. Die Kontakte kamen zustande, weil ich im Sommer 2021 die Verzollung meines Autos plante, um es verkaufen zu können. Durch eine Änderung der ukrainischen Zoll-Gesetzgebung war ich im Herbst 2021 genötigt, Kontakte zu ukrainischen Soldaten mit Dienst im Donbass aufzunehmen.
Interviewer: Das verstehe ich nicht. Was hat die Ausfuhr und Verzollung eines Autos mit ukrainischen Soldaten im Donbass zu tun?
Dieter Staudt: Um mit einem Auto mit ausländischem Kennzeichen in der Ukraine fahren zu können, mußte dieses Kfz an der ukrainischen Grenze registriert werden, sowie bei einer ukrainischen Versicherung versichert sein.
In der Regel erledigte ich dies bei meinen Reisen nach Deutschland oder bei meinen Besuchen in der Westukraine an den dortigen Grenzübergangsstellen. Fuhren wir nicht nach Deutschland, so gab es ein bestimmtes Prozedere, um die erneute Registrierung zu bekommen: Ausreise aus der Ukraine, Fahrt bis zur ukrainischen Flagge auf der anderen Seite des Grenzübergangs und zurück in die Ukraine. 2020 fuhren wir nicht mit unserem Auto nach Deutschland, sondern ich fuhr wegen der Corona-Situation alleine mit dem Bus.
Nach meiner Rückkehr im Frühsommer 2020 erledigten wir die Kfz-Registrierung einmalig an einem Grenzübergang Richtung Rußland unweit der Gebietshauptstadt Sumy. Als ich 2021 wegen der geplanten Einfuhrverzollung meines Autos, das ich verkaufen wollte, mit der Zollbehörde in Sumy Kontakt aufnahm, verweigerte uns der Zoll die Verzollung mit der Begründung "Kontakt zum Aggressor Rußland durch Ausreise nach dort"! Selbstverständlich hätte ich durch Korruption, also die Zahlung eines vereinbarten Geldbetrags an einen Mitarbeiter des Zolls, diese Umstände ändern können.
Normalerweise machen Mitarbeiter des Zolls Vorschläge dazu. Doch wie meine Ehefrau etwas später durch unseren Zollbroker erfuhr, verzichtete man auf diese Variante der schnellen Problembewältigung, weil ich Deutscher war und man mich als nicht korrumpierbar vermutete. Kurze Zeit später erfuhren wir, daß es ein neues Gesetz der Werchowna Rada geben soll, weil man anscheinend nicht auf die Zolleinnahmen verzichten wollte.
Neben mir haben auch viele Ukrainer und andere Ausländer diese Version der Registrierung genutzt. Das Gesetz lautete wie folgt: Die Verzollung kann über einen Militär-Mitarbeiter der Donbass Armee auf dessen Namen vollzogen werden, bis hin zur Registrierung des Autos und Kennzeichenvergabe. Die Bezahlung des Soldaten betrug 200 US Dollar. 50 % der von mir zu zahlenden Zollsumme gingen auf das Konto des Zolls, weitere 50 % auf ein Sonderkonto "Danke an die Politiker, die dieses Gesetz ermöglicht haben!"
Interviewer: Mit wie vielen Soldaten hatten Sie Kontakt?
Dieter Staudt: Alle Kontakte kamen durch die Initiative meiner Ehefrau zustande, ich war nicht bei allen Gesprächen zugegen. Meine Frau hatte sehr viele Kontakte zu Soldaten, die den Handel ablehnten, weil dieser sie gehindert hätte, ein zweites Auto, also ein eigenes, anzumelden. Wir kamen dann mit fünf Soldaten in längere Gespräche, in persönlichen Treffen und am Telefon. Alle fünf sprachen mit uns über die Absichten der ukrainischen Regierung, die beiden Separatisten-Gebiete Luhansk und Donezk mit militärischer Gewalt in den ukrainischen Staatsverband zurückzuholen.
Durch die Gespräche mit diesen Militärangehörigen erfuhr ich mehrfach, daß die ukrainischen

Truppen im Donbass sukzessive verstärkt wurden mit dem Plan, die beiden Volksrepubliken mit Gewalt zu erobern und die Bewohner russischer Ethnie zu vertreiben oder zu eliminieren und die beiden Gebiete in den ukrainischen Staatsverband zurückzuführen!
Ich habe damals die Zahl 180.000 Militärs gehört, die bei den beiden Donbass Republiken angesammelt wurden. Unsere Gesprächspartner waren, ob der zahlenmäßigen Überlegenheit gegenüber den Separatisten, sehr siegessicher. Mit einem Eingreifen der russischen Armee rechnete man nicht. Als Termin für den Generalangriff wurde mir der 6. März 2022 genannt. Diesem Angriff kamen die Russen mit ihrem Einmarsch am 24. Februar 2022 zuvor, auch um einen möglichen Völkermord an den Ukrainern russischer Ethnie zu verhindern.
Interviewer: Wie haben Sie das von den Soldaten herausbekommen? Wenn es solche Angriffspläne gab, dann waren diese doch sicherlich geheim?
Dieter Staudt: Natürlich baut man mit einem Menschen, in dessen Name das eigene Auto registriert werden soll, eine persönliche Beziehung auf, in der miteinander über alles Mögliche gesprochen wird. Diese Leute waren sehr gesprächig und wußten einiges durch Informationen ihrer Vorgesetzten und durch interne Unterhaltungen.
Der fünfte, also der letzte Soldat, über den die Verzollung bis hin zur Registrierung vollzogen wurde, wohnte in der gleichen Stadt wie wir und war dazu ein persönlicher Bekannter meiner Frau. Die vier Soldaten zuvor mußten zu zeitig in den Donbass einrücken. Mit dem Fünften klappte es dann, und wir trafen ihn zuletzt am 17. und 18. Februar 2022 bei der Kfz-Zulassung der Stadt Romny. Am 19. Februar ist er mit seinem Bataillon in den Donbass abgerückt! Ich weiß nicht, ob er noch lebt.
Anfang Januar 2022 verstärkte die ukrainische Armee den Granaten-Beschuß der Gebiete Lugansk und Donezk um ein Vielfaches, wie man in den Berichten der OSCE nachlesen kann. Die OSCE war als Beobachter vor Ort. Am 21. Februar 2022 anerkannte die Russische Föderation die Volksrepubliken Luhansk und Donezk, wurde gleichzeitig Schutzmacht und griff am 24. Februar in den bestehenden Konflikt ein, um die geplante Vertreibung sowie einen möglichen Völkermord an Ukrainern russischer Ethnie zu verhindern. Daß Rußland eine friedliche Ukraine überfallen hat, ist eine vom Westen gestreute Lüge!
Interviewer: Das sagt auch die russische Regierung. Die Kriegsbeteiligung Rußlands sei eine nach Art. 51 UN-Charta völkerrechtlich erlaubte Hilfe bei der Selbstverteidigung der Donbass-Regionen gegen den ukrainischen Angriff.
Dieter Staudt: Aufgrund meiner Gespräche mit den ukrainischen Militärs kann ich das bestätigen. Der Kriegseintritt Rußlands war kein unmotivierter völkerrechtswidriger Angriffskrieg, wie von der NATO immer behauptet wird, sondern die einzige Möglichkeit, die Donbass-Republiken vor einem überwältigenden ukrainischen Angriff zu retten, der die russisch-ethnische Zivilbevölkerung vernichten oder vertreiben sollte. Rußland hatte mit den Republiken ein Schutzabkommen abgeschlossen und war dazu verpflichtet einzugreifen. Das ist genauso wie in der NATO, wo einem angegriffenen Land von anderen NATO-Staaten geholfen werden soll.
Ich versichere aber ausdrücklich, daß ich kein besonderer Freund Putins oder Rußlands bin. Denn von 2001 bis 2009 war ich Gründer und Direktor einer Firma in Sankt Petersburg, die mir mit Mafia-Methoden von Russen entwendet wurde, wodurch ich einen erheblichen wirtschaftlichen Schaden erlitt! Keine gute Situation um freundschaftliche Gefühle zu entwickeln, dennoch bin ich ein wahrheitsliebender Mensch geblieben.
Interviewer: Danke für das Gespräch.

Ein Nachtrag: Der historische Beweis

Durch die Aussagen von Dieter Staudt wird deutlich, daß die Ukraine kein unschuldiges Opfer war, sondern Aggressor gegenüber den Donbass-Republiken. Die Opfer-Erzählung ist ein Produkt der NATO-Propaganda um die vollständige Finanzierung der ukrainischen Armee

durch die NATO gegenüber der Bevölkerung zu rechtfertigen. Denn wenn allgemein bekannt würde, daß die Kiewer Regierung den Krieg selbst angefangen hat, würde die Bevölkerung nicht verstehen, warum die NATO-Staaten die Ukraine mit 240 Milliarden Euro finanzieren sollen. Also erzählte man in den Mainstream-Medien eine Opfer-Geschichte und unterdrückte gegenteilige Beiträge.
Doch der geplante Angriff der Ukraine auf die Donbass-Republiken und die Krim war keine Geheimaktion, sondern wurde von der Kiewer Regierung ganz offen vorbereitet. Das zeigen zwei weitere Quellen, auf die ich nach dem Interview hingewiesen wurde.
So konnte man in der Berliner Zeitung vom 06.04.2021 lesen: "Für besondere Aufmerksamkeit sorgt das Dekret Nr. 117 vom 24. März 2021, mit dem Selenskyj die Entscheidung des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates der Ukraine vom 11. März 2021 ("Zur Strategie der Entbesetzung und Wiedereingliederung des vorübergehend besetzten Gebiets der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol") umsetzen will. In dem Dekret wird die Vorbereitung von Maßnahmen angekündigt, um "die vorübergehende Besetzung" der Krim und des Donbass zu beenden.
Laut der staatlichen ukrainischen Nachrichtenagentur Ukrinform erhielt die Regierung den Auftrag, einen entsprechenden "Aktionsplan" zu entwickeln." Dieses Dekret Nr. 117 war der offizielle Befehl an das ukrainische Militär, einen Angriff auf die Donbass-Republiken vorzubereiten. Es ist der historische Beweis dafür, daß die Ukraine einen vernichtenden Angriffskrieg gegen die beiden Donbass-Republiken und die Krim vorbereitet hat.
Auf diesen Angriff wurde auch die ukrainische Bevölkerung eingestimmt. Die Ukrainerin Raissa Steinigk berichtete in einem Interview am 14. Juni 2022: "Im ukrainischen Fernsehen wurde Anfang Februar (2022) die militärische Einnahme der Volksrepubliken angekündigt. Die Armee und ihre Militärtechnik wurden bereits an die Grenze zu den Volksrepubliken verlegt und es wurde gesagt: Unsere Armee hat 130.000 Soldaten, mit denen werden wir die 30.000 Mann der Volksmilizen im Donbass besiegen. Das ging in der Ukraine Anfang Februar ganz offen über den Sender! Im deutschen Fernsehen hört man davon nichts."<<
Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/36665" berichtet am 21. Februar 2025 (x1.494/…): >>**Rettet das Bargeld!**
Interview mit *Richard Koller*
Einleitung: Das Bargeld komplett abschaffen, daran wird von starken Lobbys mit Hochdruck gearbeitet. Überall in Europa und vor allem in der EU. Wir sprechen heute mit einem Spezialisten für dieses Thema, der seine ganze Kraft einsetzt, die Schweiz vor diesem Schicksal zu bewahren und diesen Teil unserer Freiheit zu retten. Wir begrüßen den Delegierten der "schweiz-macher" und Präsidenten der "Freiheitlichen Bewegung Schweiz", Richard Koller.
(Richard Koller:) Guten Tag, ich freue mich, hier zu sein - beim Bundeshaus - und es ist spannend, was wir hier erfahren werden, denke ich.
(Interviewer:) Die meisten Menschen denken ja, daß die Abschaffung des Bargelds in der Schweiz kein Thema ist. Wie denken Sie darüber?
(Richard Koller:) Also das ist wahrscheinlich ein Irrtum. Wenn wir den Irrtum nicht korrigieren, werden wir das sehr wahrscheinlich dann bitter erfahren. Weil, es ist schon so, die Menschen spüren nicht, daß das Bargeld direkt abgeschafft wird - weil nicht die Politik das Bargeld abschafft, die Politik macht einfach nichts, um das Bargeld wirklich zu erhalten, sondern die Wirtschaft baut am Abbau des Bargeldes. Das sehen wir schon so bei Weihnachtsmärkten - auch bei anderen Märkten - wir sehen das bei Unternehmen, Bäckerei-Ketten, die auf einmal kein Bargeld mehr annehmen.
Wir sehen das bei Restaurants, die auch bargeldlos operieren. Die Wirtschaft wird mit der Zeit das Bargeld abbauen und abschaffen und das passiert auch noch beschleunigend jetzt mit dem öffentlichen Verkehr, daß das Bargeld auch dort nicht mehr zum Einsatz kommt. Also Men-

schen, die mit Bargeld bezahlen, können beim öffentlichen Verkehr dann kein Ticket mehr lösen. Das baut bei uns dieses Bargeld ab. Und da müssen wir dagegenhalten. Dann kommt dazu, daß wir auch international natürlich Organisationen haben, wie die "Better than Cash Alliance" - also "besser-denn-Bargeld-Allianz".
Und diese sind gegründet worden 2012 von der Bill & Melinda Gates Stiftung, von der Ford Foundation, von USAID (US-Behörde für Entwicklungszusammenarbeit) und auch von anderen wichtigen, großen Institutionen. Und diese haben sich zum Ziel gesetzt, das Bargeld abzubauen - also weltweit abzubauen - und durch digitales Geld zu ersetzen. Interessant ist, und das spricht für die Schweiz, daß unser SECO - also das Staatssekretariat für Wirtschaft - schon 2012 zwar nicht bei der Gründung dabei war, aber 2012 angefangen hat, zwei Millionen zu zahlen für die Bargeldabschaffung und dadurch auch noch den Auftrag bekommen hat, sämtliche Technologien, sämtliches Know-how für digitale Geldtransfers zu transferieren - vor allem in Schwellenländer.
Daran sieht man eigentlich, daß die Abschaffung des Bargeldes ein Ziel ist, wo die Schweiz an vorderster Front mitarbeitet. Ich denke, es wäre ein bißchen blauäugig, zu meinen, daß hier in der Schweiz dann das Bargeld nicht abgeschafft wird. Deshalb ist es ein wichtiges Anliegen, daß wir das Bargeld in der Verfassung so verankern können.
(Interviewer:) Warum soll eigentlich das Bargeld abgeschafft werden?
(Richard Koller:) Also da gibt es mehrere Gründe, aber ein ganz wichtiger ist die weltweite Finanzlage. Die Finanzlage ist so, daß die Welt eigentlich verschuldet ist. Und zwar in der dreifachen Jahresmenge der Bevölkerungskapazität, die sie erarbeiten kann. Und das kann nicht mehr zurückbezahlt werden. Das würde bedeuten, daß die Menschheit drei Jahre arbeiten müßte, ohne Ressourcen zu verbrauchen, ohne zu essen, damit dieser Schuldenberg abgetragen werden kann. Und da wird es in Zukunft, irgendwann mal einen Finanzkollaps geben. Das ist nicht mehr die Frage, ob, sondern nur noch, wann dieser kommt.
Das wird implodieren in dieser Finanzlage der Welt. Und das ist natürlich ein Grund für die Eliten, daß sie das Bargeld abschaffen, damit sie nach diesem Finanzkollaps, nachdem das alles zusammengefallen ist, die Menschen kontrollieren können und die ganze Finanzlage so kontrollieren, daß es wieder aufgebaut wird in ihrem Sinne.
Sonst würden natürlich da - wenn das alles zusammenfällt - gewisse Menschen sich zusammentun, Gruppen, Länder sich zusammentun und das in eigener Regie aufbauen. Das würde ihnen nicht gefallen. Sie sind ja auch daran jetzt, all diese Wertsachen oder Ressourcen aufzukaufen. Das heißt, es werden alle Goldminen aufgekauft, es wird Gold aufgekauft, Silber, es wird Agrarland aufgekauft.
In Amerika ist ja Bill Gates heute der größte Agrarlandbesitzer. Und das zeigt doch, daß diese Finanzblase am Zerfallen ist. Und das muß unbedingt vermieden werden, sodaß am Schluß noch Bargeld im Umlauf ist, damit die Menschen noch selbst handeln können und nicht kontrollierbar sind. Und ich denke, wie schlimm daß es ist, das sieht man jetzt auch an den Ländern Norwegen, Schweden und Dänemark, die kein Bargeld mehr haben.
Es ist auch kriegerisch möglich heute - zum Beispiel Schweden, das weniger als 10 % Bargeld noch im Umlauf hat - da müßte man als Land gar nicht mehr einfallen, man könnte ihnen Strom oder Internet abstellen. Das würde heißen, innerhalb von zwei, drei Wochen wäre das Land am Boden - wirtschaftlich - und wahrscheinlich im Bürgerkrieg, weil es dann um Ressourcen geht, also um Nahrungsmittel, alles zusammen.
Und da sieht man, wie wichtig es ist, daß man die digitale Technologie beherrscht und da wäre Bargeld ganz bestimmt schlecht. Schweden und Norwegen versuchen es jetzt auch zu wenden, denn sie haben gemerkt, welch ein Risiko sie haben. Aber es passiert nicht mehr, auch wenn sie jetzt sagen, die Wirtschaft soll Bargeld wieder annehmen müssen. Die Menschen haben kein Bargeld und das Bargeld wird so nicht mehr aufgebaut und sie stehen jetzt hier

wirklich an einem schwierigen Punkt zur Zeit.
(Interviewer:) Es gibt ja ein Gesetz, das die Annahme von Noten und Münzen vorschreibt. Warum kann denn Bargeld trotzdem abgelehnt werden?
(Richard Koller:) Also in der Schweiz ist das so, daß wir tatsächlich im Währungsgesetz, im WZG, unter Artikel 3 drin haben, daß jeder eigentlich von der Nationalbank ausgegebenes Geld in Noten annehmen muß und zwar unbeschränkt. Nur, dieser Artikel ist dispositiv, das heißt, er kommt erst zur Anwendung, wenn es zur Klage kommt.
Wenn zum Beispiel eine Bäckerei schreibt, "wir nehmen kein Bargeld an", und der Kunde kommt herein und will etwas kaufen und weiß, daß er ja gar kein Bargeld annimmt, dann wird gar nie ein Vertrag, also gar nie ein Geschäft stattfinden. Und wenn nie ein Geschäft stattgefunden hat, dann kann man nicht klagen nach diesem Gesetz. Und das ist das Problem des dispositiven Gesetzes, daß man dagegen gar nicht klagen kann und deshalb hat es die Wirtschaft in den Händen, selbst zu bestimmen, ob sie Bargeld annehmen oder kein Bargeld annehmen will.
(Interviewer:) Die Volksinitiative "Bargeld ist Freiheit" hat ja einen Gegenvorschlag bekommen vom Bundesrat. Worin besteht da der Unterschied?
(Richard Koller:) Also wir bei der Volksinitiative, wir fordern ja, daß der Bund immer Münzen und Noten in genügender Menge zur Verfügung stellen muß. Und der Gegenvorschlag des Bundesrates sagt jetzt aus, daß die Nationalbank dafür besorgt ist, daß das Bargeld im Umlauf ist. Und das ist natürlich eine Riesendiskrepanz - also es ist ein kleiner Trick des Bundes - weil das Problem, das jetzt entsteht, ist, Bargeld ist nicht gleich Bargeld. Denn mit "bar bezahlen" meine ich eigentlich, nicht über Kredit bezahlen, das heißt, nicht auf Rechnung oder irgendwie auf einen Schuldschein oder so was, sondern ich zahle cash.
Und im französisch-italienischen Sprachgebrauch, "je paie cash" heißt, "ich zahle bar", aber das heißt, ich kann auch mit Debitkarte (Bankkarte, bei der der Zahlbetrag sofort oder innerhalb weniger Tage abgebucht wird) zahlen. Deshalb ist es möglich für den Bund, mit der Bezeichnung, daß die Nationalbank Bargeld sicherstellen muß, daß er dann so den Trick hat, daß er auch elektronisches Bargeld zur Verfügung stellen kann und da kommt er nicht in Konflikt mit der Bundesverfassung. Deshalb können wir den direkten Gegenvorschlag des Bundes, soweit es heute ist - wir haben noch eine Abstimmung im März - so nicht akzeptieren.
(Interviewer:) Wie würde denn eine digitale Währung der Zukunft überhaupt aussehen?
(Richard Koller:) Eine digitale Währung der Zukunft wäre wahrscheinlich so eine Mischung zwischen Kryptowährung und Twint. Also das heißt, es würde so funktionieren, daß es nur noch über ein digitales Endgerät geht. Heute kennen wir das beim Mobile Phone. Das ist ein digitales Endgerät und die Währung, also der ganze Ablauf des Zahlungsverkehrs, würde über ein sogenanntes Wallet - also über eine Börse, eine Geldbörse, ein Portemonnaie - abgewikkelt, das auf diesem digitalen Endgerät wäre.
Und dieses digitale Endgerät würde mit der Schweizerischen Nationalbank kommunizieren, denke ich jetzt mal. Jeder hat dann nur noch ein einziges Konto - es gäbe keine Banken mehr. Das würde dazu führen, daß wenn wir etwas kaufen wollen, es dann in der Abwicklung so ist, daß wir erstens einmal am Ort sein müssen, der zugelassen wird. Zweitens, daß wir das kaufen können, was uns dann noch geöffnet wird - oder was uns zur Verfügung steht - und nur für den Betrag natürlich, den man uns freigibt. Also wir wären absolut einer Kontrolle unterworfen.
(Interviewer:) Ja, jetzt haben Sie schon was gesagt - was ich jetzt noch fragen wollte als Ergänzung: Welche Gefahren kommen denn eigentlich ohne Bargeld auf uns zu?
(Richard Koller:) Ja, da sind viele Gefahren. Also die größte Gefahr ist für mich die Enteignung und zwar durch Negativzinsen - oder. Christine Lagarde hat 2016 - kann man im Blick (Schweizer Boulevard-Zeitung) lesen, ich glaube 14. April war das, hat der Blick geschrieben

- gesagt: "Der einzige Grund, weshalb Negativzinsen nicht funktionieren, ist, daß wir noch Bargeld im Umlauf haben." Wenn natürlich kein Bargeld mehr im Umlauf wäre, dann würde das heißen, daß der Mensch sich gar nicht wehren kann, wenn jetzt auf einmal die Nationalbank sagt, "auf jedem Konto ziehen wir jetzt 10 % im Jahr ab, weil wir das zur Verwaltung brauchen".
Man könnte da nicht mehr über Bargeld mit anderen Möglichkeiten etwas kaufen. Das ginge ja dann nur noch über die digitale Währung. Und das ist für mich die größte Gefahr. Also ich denke, die Negativzinsen, die Enteignung würde kommen. Dann hat es natürlich noch weitere Gefahren. Also eine große Gefahr ist natürlich die Abhängigkeit - wie ich vorher schon gesagt habe - vom Strom und vom Internet. Also wenn da was ausfällt, ist sofort der Zahlungsverkehr nicht mehr möglich. Dann kommt dazu, daß wir auch die Krisenresilienz (Anpassungsfähigkeit in der Krise) nicht mehr aufrechterhalten können.
Das heißt, in Krisen - wie sie jetzt Norwegen und Schweden spüren - könnte aufgrund des Bargeldverlustes nicht mehr weitergearbeitet werden. Das würde heißen, wenn wir kein Internet haben, dann würde die Wirtschaft brachliegen. Sie würde stoppen und nicht mehr funktionieren. Mit Bargeld könnten wir aber weiter mindestens bezahlen oder ja, die Wirtschaft könnte weiter existieren und die größten Schäden würden verhindert. Das ist noch ein wichtiger Punkt.
(Interviewer:) Man hört ja auch immer wieder, daß man auch total überwachbar wird mit diesem digitalen Geld. Stimmt das?
(Richard Koller:) Ja, das ist ganz sicher so. Also diese Central Bank Digital Currencies (digitale Zentralbankwährungen, CBDCs), die haben es natürlich in sich, daß sie auf den digitalen Geräten liegen im Wallet (digitales Portemonnaie) und da kann natürlich überwacht werden, wo man ist, was man kauft und für wie viel man etwas kauft. Und das würde dazu führen, daß die Menschen absolut kontrollierbar sind. Also ähnlich einem sozialen Credit System, wie wir es aus China kennen - oder. Von dieser Seite ist das natürlich eine ganz große Gefahr. Aber das ist etwas, was im Volk - denke ich - doch schon einigermaßen auch bekannt ist, daß das folgen könnte.
(Interviewer:) Ja, gut, danke mal dafür. Was haben wir denn in der Schweiz eigentlich schon erreicht in diesem Thema?
(Richard Koller:) Also in der Schweiz sind wir sehr weit, weil dank dem, daß wir die Volksinitiativen gestartet haben - also "Bargeld ist Freiheit" - sind wir heute am Punkt, wo es darum geht, welche Version einer Bargeldsicherung in die Verfassung kommt. Wir werden natürlich darum kämpfen, daß es unsere Version ist - mit Münzen und Noten - daß wir da auch sicher sein können, daß es nicht am Schluß durch einen Trick umgangen wird. Da sind wir viel weiter als in ganz Europa und das ist natürlich wichtig auch für Europa.
Denn wenn wir in der Schweiz es schaffen, das in die Verfassung zu bringen, dann ist es auch nicht so einfach, in Europa das Bargeld abzuschaffen, weil, es würde sofort eine Geldflucht in die Schweiz stattfinden. Wenn Deutschland sagen würde: "Bei uns gibt es kein Bargeld mehr ", würden sofort alle zusammen das Bargeld abheben und in die Schweiz bringen, weil da wäre das Bargeld gesichert. Also wir sind da in der Schweiz natürlich in einer komfortablen Situation gegenüber dem Ausland.
(Interviewer:) Und reicht das aus, um das Bargeld in der Schweiz zu erhalten?
(Richard Koller:) Nein, das reicht natürlich nicht aus, nur die Verfassung. Wie ich am Anfang gesagt habe, wird die Wirtschaft das Bargeld abschaffen, und dazu braucht es uns Menschen, daß wir mit Bargeld bezahlen, daß die Wirtschaft das nicht abschaffen kann.
Also, daß diese Migros und die Coop nicht auf einmal nur noch diese Self Cash Out-Apparate - oder wie sie heißen - hinstellen, wo jeder selber nur noch mit Digital bezahlen kann, sondern da müssen wir weiterhin sehr viel mit Bargeld bezahlen, auch in Restaurants und überall, da-

mit dieses Bargeldvolumen hoch bleibt. Denn Thorsten Hens, Finanzökonom, Professor an der Uni Zürich, hat ganz klar gesagt, "bei 15 % Bargeldanteil der ganzen Finanztransaktionen, ist das Bargeld nicht mehr zu retten".
Das hat er in einem Interview mit dem SRF gesagt, 2020, und das zeigt doch auf, daß wir heute - bei 25 % - schon sehr nah sind an dieser Schwelle und da müssen wir dagegenhalten. Also da bin ich froh, wenn die Bevölkerung jetzt wirklich anfängt, wieder mit Bargeld zu bezahlen.
(Interviewer:) Das ist auch schon wieder die nächste Frage, was kann die Bevölkerung tun, also was muß auch noch geschehen und was können wir auch tun?
(Richard Koller:) Also, das sind vielleicht zwei, drei Punkte, die jetzt im Wesentlichen sind. Also im Wesentlichen ist im März mal noch eine Nationalratsdebatte über den Vorschlag von Thomas Burgherr. Er will zusätzlich zu unserer Volksinitiative auch noch die Annahme in der Wirtschaft - also der Annahmezwang ist es nicht, es ist eine Annahme, generelle Annahme - die er in der Verfassung will. Diese werden wir jetzt unterstützen.
Wir haben da als "schweiz-macher" eine Petition gemacht, daß man sehr viele Leute hat, die jetzt da unterschreiben können. Das würde ich mal empfehlen - www.schweiz-macher.ch - dort kann man die Petition unterschreiben. Wir haben auch die Altersverbände - also die großen Altersverbände mit 280.000 Mitgliedern - dazu gebracht, uns dabei auch zu unterstützen, daß dieser Vorschlag angenommen wird von der National- und Ständeratsversammlung. Dann gibt es noch natürlich, daß wir in die Abstimmung gehen müssen.
Also wir sind sehr froh, wenn man jetzt wirklich uns mal auch finanziell unterstützt, weil, es geht nicht ohne Finanzen. Die anderen haben Milliarden - also wir brauchen da wirklich viel Geld, damit wir in der Abstimmung eine Chance haben und der wichtigste Teil aber ist, daß die Bevölkerung wirklich hingeht und mit Bargeld herumläuft und auch bar bezahlt.
Ja, von meiner Seite her möchte ich diesen Moment jetzt wirklich nochmals aufnehmen und all unsere Bürgerinnen und Bürger bitten, in Zukunft so oft wie möglich wieder mit Bargeld zu zahlen - vielleicht auch Läden vorzuziehen, die noch Bargeld annehmen, als solche, die kein Bargeld mehr annehmen, denn dieses Thema ist sehr, sehr, sehr wichtig, daß wir das Bargeld in der Schweiz behalten können. Es ist für unsere Kinder wichtig und für uns wichtig, daß wir weiterhin in Freiheit leben dürfen. Vielen Dank!
(Interviewer:) Also herzlichen Dank, Herr Koller, mich haben Sie überzeugt. Ich werde weiter auch mit Bargeld zahlen, denn ich möchte auch das Bargeld behalten, daß es uns erhalten bleibt. Und vielen Dank, daß Sie sich so einsetzen, Herr Koller, und wir wünschen Ihnen alles Gute für Ihre weitere Arbeit.
(Richard Koller:) Vielen Dank und auch euch weiterhin viel Erfolg mit eurer Arbeit. Danke.<<

USA: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 21. Februar 2025 (x1.493/…): >>**CPAC 2025: Klartext, Kettensägen und ein Skandal**
Von *Daniell Pföhringer*
Hammer! Was für eine Show! Bei der diesjährigen CPAC dreht die MAGA-Bewegung richtig auf - und sprengt alle Grenzen. Musk, Milei und Bannon heizten den Patrioten ein - und J. D. Vance stellte erneut die EU an den Pranger. …
National Harbor, Maryland, 20. Februar 2025: Der Auftakt der Conservative Political Action Conference (CPAC) hätte kaum spektakulärer sein können. Das Trump-Lager feiert seinen Sieg - und die inzwischen weit über die USA hinausstrahlende MAGA-Bewegung ("Make America Great Again") präsentiert sich in all ihren Facetten - kämpferisch und stark. Die versammelten Patrioten wurde einiges geboten: Fulminante Reden, spektakuläre Auftritte - und ein Skandal.
Die Bühne in National Harbor gehörte ganz den Helden einer neuen Ära: J. D. Vance, Elon Musk, Javier Milei und Steve Bannon. Der Kopf der Bewegung, US-Präsident Donald Trump,

wird sich am kommenden Sonntag, dem letzten Tag der CPAC, die Ehre geben. …

Der Löwe brüllt - und die EU zittert

Doch zunächst richtete sich das Rampenlicht auf Trumps Vizepräsidenten J. D. Vance, der seine bereits auf der Münchner Sicherheitskonferenz vorgetragene Kritik an den Grundrechtsverletzungen in Deutschland bekräftigte.

Der populäre Politstar ließ keinen Zweifel daran, daß Amerika wieder die Zügel in der Hand hält - und die EU vor sich hertreiben wird. "Wir werden Allianzen mit Europa haben, aber die Stärke dieser Freundschaft hängt davon ab, ob wir die richtigen Werte teilen", donnerte er. Und dann der Hammer: "Laßt uns Demokratie verteidigen, freie Meinungsäußerung - nicht nur in den USA, sondern in der ganzen westlichen Welt!"

Die Menge tobte, als er seinen Chef als "Präsidenten des Friedens" feierte. Mit Blick auf Trump und die Ukraine versprach Vance: "Er wird den Krieg beenden, weil er mit allen redet - sogar mit Putin! Frieden ist im Interesse Amerikas!"

Der Vizepräsident eroberte mit seinen klaren Ansagen nicht nur die Herzen der MAGA-Fans, sondern schickte auch eine klare Botschaft an die Welt: America first! Und wer nicht mitzieht, bleibt zurück! Die Presse griff seine Rede begierig auf. Der britische Guardian nannte Vance "einen Nationalisten, der Europa vor den Kopf stößt", während Fox News begeistert titelte: "Vance zeigt, warum er Trumps perfekter Wingman (Flügelmann; ein Ausdruck aus dem Militär: jemand, der den Kameraden Rückendeckung gibt) ist!" Die Daily Mail warnte: "Vance droht Europa mit kalter Schulter - ein Weckruf für die Eliten!"

Die Kettensägen-Männer

Dann kam Elon Musk, der neue Rockstar der Konservativen! Mit einem Auftritt, der an einen Actionfilm erinnerte, stürmte der DOGE-Boss die Bühne - und was er mitbrachte, ließ die Menge geradezu ausflippen: eine Kettensäge, überreicht von Argentiniens Präsident Javier Milei! "Das ist die Kettensäge für Bürokratie!", rief Musk, schwenkte das Gerät wie ein Krieger sein Schwert und brachte den Saal zum Beben.

Mit schwarzer MAGA-Kappe ("Dark Gothic MAGA!") und verspiegelter Sonnenbrille ließ der Tech-Unternehmer keine Sekunde Langeweile aufkommen. "Wir finden Einsparungen, die direkt zu Steuersenkungen führen", versprach er und fügte hinzu: "Ich bin mir nicht sicher, wie viel von der Linken überhaupt echt ist - ihre Proteste sind Fake!" Die Fans flippten aus, als er die Demokraten als "Verräter" brandmarkte und eine Prüfung der US-Notenbank Federal Reserve ankündigte.

Musks Auftritt war ein genialer Mix aus Show und Substanz - und in den Medien brodelte es! Politico schrieb: "Musk bekommt Standing Ovations - die konservative Basis liebt ihn!" Die linke New York Times giftete indes: "Musk verwandelt CPAC in eine Zirkusshow - ein gefährlicher Clown!" Die BBC motzte: "Musk mit Kettensäge - ein bizarrer Moment, der Amerika spaltet!"

Apropos Milei - Argentiniens Präsident war der Überraschungsgast auf der diesjährigen CPAC. Der libertär-konservative Reformer marschierte auf die Bühne, übergab Musk die Kettensäge mit dem Aufdruck "Viva la libertad, carajo!" ("Es lebe die Freiheit, verdammt!") und brannte ein rhetorisches Feuerwerk ab.

Er rief der jubelnden Menge zu: "Wir müssen die Ketten der Bürokratie sprengen! (…) Argentinien zeigt, wie es geht - und jetzt ist Amerika dran!"

Seine Botschaft von Freiheit, Bürokratieabbau und Steuersenkungen paßte perfekt zur Trump-Agenda - und die Fans fraßen ihm aus der Hand. Milei wurde zum neuen Liebling der CPAC, zum fleischgewordenen Symbol für den globalen Aufstand gegen den "globalistischen Müll", wie er es nannte.

Die Reaktionen? Überschwenglich! Reuters meldete: "Milei gibt Musk eine Kettensäge - ein starkes Symbol für Trumps Sparpläne!" Die argentinische La Nación jubelte: "Milei erobert

Amerika - ein Held der Freiheit!" Nur die deutschen Medien wurden erwartungsgemäß nicht mitgerissen. Die Süddeutsche Zeitung etwa jammerte: "Ein gefährlicher Populist, der Chaos predigt."

Bannons "römischer Gruß"

Mit Steve Bannon betrat schließlich ein altes Trump-Schlachtroß die Bühne in National Harbor. Der frühere Chefberater Trumps, der heute mit seinem War Room einen der erfolgreichsten Video-Podcasts in den USA betreibt, versteht die Seele der MAGA-Bewegung wie kein Zweiter!

Zuletzt übte Bannon als Sozialpatriot zwar scharfe Kritik an Musk und den Libertären im Trump-Lager, doch bei der CPAC bewies er, daß er bereit ist, sich in die Phalanx einzureihen. "Wie soll ich nach Elon Musk auftreten? Er ist Superman, ich nur ein verrückter Ire", so Bannon augenzwinkernd. Einigkeit macht stark!

Seine Rede geriet zum Schlachtruf, der Medienprofi peitschte er die Menge auf und sorgte vor allem mit einer Aussage für Aufsehen: "Die Zukunft von MAGA ist Donald J. Trump! Wir wollen Trump 2028 - ein Mann wie er kommt nur einmal in der Geschichte eines Landes vor!"

Die Fans sprangen von den Sitzen, skandierten "Four more years!", und Bannon streckte kurz die Hand aus - von den Linksmedien wurde dies, wie zuvor schon bei Musk, böswillig als "Hitlergruß" oder "römischer Gruß". Notabene: In den USA ist die Amtszeit eines Präsidenten laut Verfassung auf acht Jahre begrenzt. Das wäre bei Trump 2028 der Fall …

Zahlreiche Medien witterten daher schon wieder einen Staatsstreich im Anmarsch. The Independent unkte: "Bannon fordert Trump 2028 - ein verfassungswidriger Wahnsinn!" Und Le Monde schlagzeilte: "Bannon träumt von einer Trump-Dynastie - ein Angriff auf die Demokratie!" Der rechte Kanal Newsmax hingegen feixte: "Bannon spricht, was die Basis fühlt - Trump ist unser König!"

Beginn einer neuen Ära

Die CPAC 2025 ist mehr als nur eine politische Konferenz - sie ist ein Festival der Trump-Bewegung! Überall wehen amerikanische Flaggen, Fans tragen MAGA-Hüte, manche kommen sogar als Freiheitsstatue verkleidet. Matt Schlapp, Organisator des rechtspopulistischen Events, nennt die CPAC eine "Botschaft an alle Globalisten da draußen". Damit meint er "das World Economic Forum in Davos, die Europäische Union, die Vereinten Nationen, ganz egal".

Schon in den vergangenen Jahren war die Veranstaltung ein wichtiges Forum für Donald Trumps "Make America Great Again-Bewegung" und seine internationalen Unterstützer. Aufgetreten sind etwa "Mr. Brexit" Nigel Farage, die britische Kurzzeit-Premierministerin Liz Truss, Frankreichs Patrioten-Ikone Marion Maréchal oder Italiens Ministerpräsidentin Giorgia Meloni.

Die Stimmung war allerdings noch nie so gut wie in diesem Jahr - dem Jahr des erneuten Amtsantritts von Donald Trump. Als Vance von "Frieden in Europa dank Trump" sprach, als Musk die Kettensäge schwang, als Milei und Bannon die Freiheit besangen - da hielt es keinen mehr auf seinem Sitz.

Die Medien tobten sich entsprechend aus. CBS News meldete: "CPAC 2025 ist ein MAGA-Siegesschrei - Vance und Musk im Mittelpunkt!" Die Washington Post lästerte: "Ein Zirkus der Extremisten!" Die Londoner Times sekundierte: "CPAC zeigt Trumps Macht - aber auch seinen Wahnsinn." Doch für die Patrioten vor Ort war klar: Das ist genau das Amerika, wie es sein soll!

Doch all das Geunke und Geätze kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die CPAC noch einmal plastisch unterstreicht: Eine neue Ära hat begonnen - und das nicht nur in Amerika! Die ganze Welt befindet sich im Umbruch - und die Karten werden neu gemischt. Auch bei

uns in Deutschland!
"Die blaue Revolution - Wie eine neue Epoche beginnt": So lautet das Titelthema unserer gerade erschienenen März-Ausgabe. Erfahren Sie, warum nach Trumps Sieg in Amerika nun alle Dämme brechen - und davon auch die AfD profitiert. Das Globalisten-Regime ist am Ende - jetzt kommt die Wende! Unser Magazin zum "Epochenbruch" (Welt) können Sie hier bestellen.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 21. Februar 2025 (x1.497/…): >>**Niedersachsen weist Kritik von Vance zurück: Haß und Hetze sind Bedrohung der Demokratie**
US-Vizepräsident J. D. Vance kritisiert die deutsche Justiz für die Strafverfolgung von Online-Kommentaren und warnt vor Folgen für die transatlantischen Beziehungen. Das niedersächsische Justizministerium weist die Vorwürfe zurück und betont die Notwendigkeit, vermeintliche Haßkriminalität konsequent zu ahnden.
Von *Redaktion*
US-Vizepräsident J. D. Vance hat der deutschen Justiz vorgeworfen, Meinungsäußerungen unzulässig zu kriminalisieren. In einem Beitrag auf der Plattform X bezog er sich auf einen Bericht des US-Senders CBS, der die Justiz in Niedersachsen thematisiert. In einer CBS-Doku berichtete der amerikanische Sender über das harte Vorgehen der deutschen Behörden gegen "Haß im Netz". Im Interview lachen drei Staatsanwälte schadenfroh über den Schock, den sie durch die Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmungen auslösen.
Vance argumentierte, daß Beleidigungen nicht als Straftaten gewertet werden dürften und warnte vor den möglichen Konsequenzen für die transatlantischen Beziehungen. Die deutsche Vorgehensweise bezeichnete er als "orwellsch". Mit deutlichen Worten rief er Europa und die USA dazu auf, diesen "Wahnsinn" nicht hinzunehmen.
Das niedersächsische Justizministerium reagierte mit Zurückweisung der Kritik. Ein Sprecher erklärte, daß Haß und Hetze im Internet eine ernsthafte Bedrohung für die demokratische Gesellschaft darstellten. Die zunehmende Zurückhaltung vieler Bürger, sich an sachlichen Diskussionen im Netz zu beteiligen, schade der Meinungsvielfalt.
Das Ministerium stellte zudem klar, daß Meinungsfreiheit dort ihre Grenzen finde, wo sie die Rechte und Freiheiten anderer verletze. Straftaten im digitalen Raum müßten konsequent verfolgt werden, und Niedersachsen arbeite eng mit dem Bund sowie anderen Bundesländern zusammen, um Haßkriminalität effektiv zu bekämpfen.
Bereits auf der Münchner Sicherheitskonferenz hatte Vance Kritik an dem europäischen Umgang mit Meinungsfreiheit und Pressefreiheit geübt. Aus Sicht der US-Regierung werde hier nicht genug für eine wirklich freie Berichterstattung getan.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 21. Februar 2025 (x1.493/…): >>**J. D. Vance: Sein nächster Hieb**
Von *Sven Eggers*
US-Vizepräsident J. D. Vance, allen Deutschen noch gut in Erinnerung nach seiner spektakulären Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz vergangene Woche, hat nachgelegt. Seine neuen Ausführungen sind kaum weniger dramatisch. …
Er hat es wieder getan! Im Rahmen der reichlich für Aufsehen sorgenden CPAC, also der mehrtägigen Conservative Political Action Conference in Washington, unter anderem mit Elon Musk, Jair Bolsonaro, Ted Cruz, Nigel Farage, Donald Trump und auch Petr Bystron, trat US-Vize J. D. Vance abermals ans Mikrofon, um das bundesdeutsche Regime mit Vorwürfen zu überziehen. Dabei zweifelte er erneut an, daß speziell in der BRD die Meinungsfreiheit garantiert ist.
Vance-Appell: Demokratie achten!
Eben diese Frage aber sei für ihn und für die Vereinigten Staaten von Amerika absolut we-

sentlich. Vance sieht damit sogar die Ausrichtung der künftigen US-Sicherheitspolitik verknüpft. Er betonte im Rahmen seiner Ausführung, daß man sich nicht etwa von Europa abwenden wolle, doch müßten EU-Länder elementare Grundrechte wahren. Vance:
"Natürlich werden wir weiterhin wichtige Bündnisse mit Europa pflegen. Aber ich glaube, die Stärke dieser Bündnisse wird davon abhängen, ob wir unsere Gesellschaften in die richtige Richtung lenken."
Dies gelte auch und besonders für die Lage bei uns in der Bundesrepublik, denn "die gesamte deutsche Verteidigung wird vom amerikanischen Steuerzahler subventioniert", so Vance.
Dabei verwies er auf die zigtausenden US-Soldaten, die auf deutschem Boden stationiert seien. Und dann: "Glauben Sie, daß der amerikanische Steuerzahler es hinnehmen wird, wenn jemand in Deutschland ins Gefängnis kommt, nur weil er einen gemeinen Tweet gepostet hat?"
Schon auf der Münchner Sicherheitskonferenz hatte Trumps Vize europäischen Regierungen vorgeworfen, die Meinungsfreiheit einzuschränken und demokratische Werte zu mißachten. Zudem sorgte in der vergangenen Woche in den USA eine Fernseh-Dokumentation für Wirbel, die aufzeigte, wie kritische Bürger in der BRD drangsaliert werden, etwa mit Hausdurchsuchungen. Vance warf der deutschen Justiz dabei eine Kriminalisierung von Meinungen vor und sprach von "orwellschen Verhältnissen".
Auch zur Migration nahm Vance Stellung und fand Worte, die in Deutschland nur noch mit reichlich Mut ausgesprochen werden können: "Die größte Bedrohung in Europa - und bis vor 30 Tagen war es die größte Bedrohung in den USA - besteht darin, daß die führenden Politiker des Westens beschlossen haben, Millionen und Abermillionen von ungebetenen ausländischen Migranten in ihre Länder zu lassen", befand Vance. "Das ist die größte Bedrohung für Europa."
Matt Schlapp, Organisator der Konferenz und CPAC-Vorsitzender, hatte zuvor eine "Botschaft an alle Globalisten da draußen" formuliert. Ausdrücklich nannte er in diesem Zusammenhang "das World Economic Forum in Davos, die Europäische Union, die Vereinten Nationen, ganz egal". Und er rief aus: "Wir haben vorhergesagt, daß Globalismus sterben wird. Und jetzt ist es so weit: Es ist vorbei!"
Der Epochenbruch ist mit Händen zu greifen. Der Machtwechsel in den USA hat hier für einen wesentlichen Anschub gesorgt. Mehr über Vance und den neuen US-Präsidenten lesen Sie im COMPACT-Sonderheft "Trump - Seine Erfolge. Seine Politik.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 21. Februar 2025 (x1.493/…): >>**Neuer FBI-Chef: Er will die Epstein-Akten veröffentlichen**
Von *Daniell Pföhringer*
Ein weiterer Paukenschlag in Trumps Amerika: Mit Kash Patel wurde ein ausgewiesener Geheimdienstkritiker durch den US-Senat bestätigt. Besonders brisant: Er will die ganze Wahrheit über das Epstein-Netzwerk ans Licht bringen. …
In einer historischen Entscheidung hat der US-Senat gestern Abend Trumps Wunschkandidaten Kash Patel mit einer knappen Mehrheit von 51 zu 49 Stimmen als neuen FBI-Direktor bestätigt. Die Ernennung markiert eine Zäsur in der amerikanischen Sicherheitspolitik, denn der 44-jährige Sohn indischer Einwanderer, der in der ersten Trump-Regierung als leitender Beamter tätig war, gilt aus ausgewiesener Geheimdienstkritiker.
Patel, der bislang im Vorstand der Trump Media Technology Group saß, ist Autor des brisanten Buches "Government Gangsters: The Deep State, the Truth and the Battle for Our Democracy" (Regierungsverbrecher: Der Tiefe Staat, die Wahrheit und der Kampf für unsere Demokratie), das eine Liste von Beamten enthält, die ins Visier genommen werden sollen - laut Klappentext eine "Blaupause, die uns dabei helfen soll, das Weiße Haus zurückzuerobern und diese Gangster aus der gesamten Regierung zu entfernen".

Associated Press nannte Patel vor der US-Präsidentschaftswahl einen "großspurigen Wahlkampfhelfer, der den ehemaligen Präsidenten verherrlicht und gleichzeitig Verschwörungstheorien (…) fördert". Die Frankfurter Rundschau, die ihn als "ultrarechten Hardliner" tituliert, schrieb:
"Patel war Berater des Abgeordneten Devin Nunes (Kalifornien), als dieser 2017 und 2018 den Vorsitz des Geheimdienstausschusses des Repräsentantenhauses innehatte. Ein von Patel verfaßtes Memo, in dem behauptet wurde, der Überwachungsbefehl gegen einen Berater der Trump-Kampagne sei fehlerhaft, wurde schnell zum Mittelpunkt eines politischen Feuersturms."
Und weiter: "Das Nunes-Memo, wie es später genannt wurde, besagte, daß der Antrag auf einen Durchsuchungsbefehl gegen Carter Page, einen außenpolitischen Berater von Trump im Jahr 2016, teilweise auf Informationen eines ehemaligen britischen Geheimdienstmitarbeiters beruhte, der angeblich voreingenommen gegenüber Trump war. Das Memo kam zu dem Schluß, daß der Durchsuchungsbefehl ungültig war und somit die Untersuchung gegen Trump bezüglich der russischen Einmischung in die Wahlen von 2016 verfälscht wurde."

Ein steiniger Weg

Für Patel war der Weg an die Spitze des FBI alles andere als ein Spaziergang. Die Anhörungen vor dem Justizausschuß des Senats Ende Januar glichen einem Tribunal. Seine Gegner, vor allem aus den Reihen der US-Demokraten, versuchten, ihn mit älteren Aussagen und vermeintlichen Kontroversen in die Ecke zu drängen. Unter anderem unterstellten sie ihm, daß er den US-Inlandsgeheimdienst für politische Racheaktionen nutzen könnte - eine Anschuldigung, die Patel mit beeindruckender Gelassenheit und Klarheit widerlegte.
Während der Anhörung versicherte Patel: "Ich werde das FBI entpolitisieren und zu einer Behörde machen, die allein der Gerechtigkeit und dem Schutz des amerikanischen Volkes dient." Diese Worte waren nicht nur als Abwehr der Kritik gedacht, sondern auch als klares Bekenntnis zu seiner Mission. Selbst als der demokratische Senator Dick Durbin ihn mit Fragen zu seinen Äußerungen über den Deep State und seine Pläne für eine Umstrukturierung des FBI konfrontierte, blieb der Angegriffene ruhig und gelassen. Er wies darauf hin, daß seine Kritik an der Behörde seinem Wunsch entspringe, sie wieder zu ihrer ursprünglichen Aufgabe zurückzuführen: der unparteiischen Strafverfolgung.
Besonders bemerkenswert war Patels Äußerungen zu den Ereignissen vom 6. Januar 2021, dem sogenannten Sturm auf das Kapitol. Während einige Demokraten ihm vorwarfen, die damaligen Protestler unterstützt zu haben, wußte er zu differenzieren und stellte er klar: "Ich billige keine Begnadigungen für Personen, die Gewalt gegen Sicherheitskräfte ausgeübt haben." Seine Gegner hatten versucht, ihn als klammheimlichen Befürworter gewalttätiger Aktionen und damit als ungeeignet für den Posten des FBI-Direktors hinzustellen.

Zwei Republikanerinnen gegen Patel

Die Senatoren der US-Demokraten stimmten schließlich geschlossen gegen die Ernennung Patels. Trotz Trumps vehementer Unterstützung votierten jedoch mit Susan Collins aus Maine und Lisa Murkowski aus Alaska auch zwei Republikanerinnen dagegen. Beide gelten als moderate Vertreter ihrer Partei, die in der Vergangenheit häufiger von der Trump-Linie abwichen.
Collins begründete ihre Entscheidung mit Bedenken über Patels frühere Äußerungen, insbesondere seine Ankündigung, das FBI-Hauptquartier in Washington D.C. zu schließen und die Behörde zu dezentralisieren. "Ich mache mir Sorgen, daß seine Pläne die Effizienz und Unabhängigkeit des FBI untergraben könnten", erklärte die Senatorin in einer Stellungnahme.
Murkowski äußerte Zweifel an Patels Fähigkeit, die Behörde frei von politischen Einflüssen zu leiten. "Wir brauchen ein FBI, das Verbrechen bekämpft, nicht politische Rechnungen begleicht", sagte sie - eine Anspielung auf Patels in der Vergangenheit geäußerte Kritik am FBI

und seine Übereinstimmung mit dem US-Präsidenten im Hinblick auf die Austrocknung des Tiefstaat-Sumpfes.
Der republikanische Senator Mitch McConnell, der zuletzt gegen die Ernennung von Tulsi Gabbard als Geheimdienstkoordinatorin gestimmt hatte und auch Robert F. Kennedy Jr. nicht als Gesundheitsminister bestätigen wollte, blieb diesmal auf Linie und unterstützte Trumps Wunschkandidaten. Gerade diese Ja-Stimme wird von Beobachtern als klares Signal gewertet: Selbst die alte Garde der Republikaner steht hinter dem neuen Präsidenten und sieht in Patel einen Mann, der die notwendigen Reformen vorantreiben kann.

Epstein-Akten und 9/11

Die Bestätigung von Patel als FBI-Direktor hat weitreichende Implikationen für die US-Politik und den Geheimdienstapparat. In einer Zeit, in der das Vertrauen der US-Bürger in staatliche Institutionen auf einem Tiefpunkt angelangt ist, bringt der neue Geheimdienstchef eine frische Perspektive und Entschlossenheit mit.
Einer der spannendsten Aspekte seines Amtsantritts ist ohne Zweifel sein wiederholtes Versprechen, Licht ins Dunkel der immer noch ungeklärten Epstein-Affäre zu bringen. Die Akten rund um den verurteilten Sexualstraftäter mit Verbindungen zu einflußreichen Persönlichkeiten, sind seit Jahren Gegenstand von Spekulationen und Forderungen nach Offenlegung der entsprechenden Akten.
Patel hat in Interviews und öffentlichen Auftritten klargestellt, daß er die vollständige Freigabe dieser Dokumente anstrebt - ein Schritt, der nicht nur die bislang unentdeckten Akteure in Epsteins Netzwerk ans Licht bringen könnte, sondern auch das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Justizbehörden wiederherstellen würde.
"Die Amerikaner verdienen es, die Wahrheit zu kennen", sagte der neue FBI-Chef erst kürzlich in einem Podcast. Und er fuhr fort: "Wenn ich FBI-Direktor bin, werde ich dafür sorgen, daß keine Geheimnisse mehr im Verborgenen bleiben - sei es zu Epstein, 9/11 oder anderen vertuschten Fällen."
Die Freigabe der Epstein-Files könnte ein politisches Erdbeben auslösen, da sie mit Sicherheit weitere prominente Namen aus Politik, Wirtschaft und Showbusiness entlarven werden. Für Patel wäre dies ein Triumph, der ihn als unerschrockenen Reformer und unbeugsamen Streiter gegen den Tiefen Staat
Die kommenden Monate werden zeigen, ob und wie Patel seine Versprechen in die Tat umsetzt. Doch eines ist jetzt schon klar: Mit ihm an der Spitze des FBI beginnt eine neue Ära. Die amerikanische Nation blickt gespannt auf die Amtszeit des Deep-State-Schrecks.
Paukenschlag: Warum der Tiefe Staat nun zittert, lesen Sie in COMPACT-Spezial "Trump: Sein Leben. Seine Politik. Sein großes Comeback". …<<

Grönland: Das deutsche Multipolar-Magazin berichtet am 21. Februar 2025 (x1.499/…): >>**Wie wichtig ist den Großmächten die Arktis?**
Herausgegeben von *Stefan Korinth* und *Paul Schreyer*
Seit US-Präsident Trump angekündigt hat, Grönland den USA anzugliedern, wird die geopolitische Bedeutung der Arktis vermehrt diskutiert. Wie relevant sind die dortigen Bodenschätze, Schifffahrtsrouten und militärischen Pläne der Anrainer?
KARSTEN MONTAG
Trump hatte im Laufe des Januars in mehreren Pressekonferenzen geäußert, daß die USA Grönland aus ökonomischen und Sicherheitsgründen benötigen würden. Er schloß auch militärische Mittel nicht aus, um die größte Insel der Welt anzugliedern. Wenn Dänemark, zu dessen Staatsgebiet Grönland gehört, sich querstellen würde, wolle Trump das Land mit hohen Einfuhrzöllen belegen.
Bereits in seiner ersten Amtszeit hatte Trump angekündigt, Grönland von Dänemark kaufen zu wollen. Auch damals begründete er dies mit den natürlichen Ressourcen und der geostrate-

gischen Bedeutung des teilautonomen Territoriums. Im März kommt es in diesem Zusammenhang auf Grönland nun zu vorgezogenen Neuwahlen.
Grönland liegt größtenteils im nördlichen Polarkreis, einer Region nördlich des 66. Breitengrades, die in weiten Teilen vom Arktischen Ozean und, im Winter, fast ausschließlich von Schnee und Eis bedeckt ist. In den Sommermonaten zieht sich das Eis von den Küsten Nordamerikas und Rußlands zurück. In letzter Zeit verstärkt sich dieser Effekt. Im Vergleich zu 1980 ist die minimale Ausdehnung des Seeeises während des Sommers in 2024 um 43 Prozent zurückgegangen.
Dieser auf Satellitenbildern deutlich sichtbare Rückgang eröffnet - zumindest im Sommer - neue Handelsrouten wie die Nordost- und Nordwestpassage und vereinfacht den Zugang zu den Bodenschätzen der Region.
Aus militärischer Sicht kommt dem nördlichen Polarkreis eine Schlüsselrolle zu, da die kürzesten Luftverbindungen zwischen dem nordamerikanischen Kontinent, zu dem Grönland geographisch und geologisch gehört, und den Hauptstädten Rußlands sowie Chinas über die Arktis verlaufen.

Erdöl und Erdgas

Einer Analyse der Behörde U.S. Geological Survey aus dem Jahr 2008 zufolge wird in Kanada, Rußland und dem US-Bundesstaat Alaska bereits Öl und Gas im nördlichen Polarkreis auf dem Festland gefördert. Die Summe aus den geförderten Vorkommen und den Reserven beträgt 240 Milliarden Barrel Öläquivalent, was ungefähr zehn Prozent der zum damaligen Zeitpunkt weltweit bekannten Produktion und Reserven an Erdöl, Erdgas und Erdgaskondensaten entsprach. Weitere 412 Milliarden Barrel Öläquivalent, die mit der heutigen Technologie gefördert werden können, werden noch in bisher nicht entdeckten Lagerstätten vermutet. Diese befinden sich laut der US-Behörde zu 84 Prozent im Arktischen Ozean.
In den vermuteten Vorkommen sind 90 Milliarden Barrel Erdöl, 44 Milliarden Barrel Öläquivalent Erdgaskondensate sowie 47 Billionen Kubikmeter Erdgas enthalten. Dies entspricht gemäß der Daten der Übersicht des Energy Institutes circa 7,5 Prozent der weltweiten Reserven an Erdöl und Erdgaskondensaten sowie 25 Prozent der weltweiten Reserven an Erdgas.
Im UN-Seerechtsübereinkommen ist geregelt, daß je nach Festlegung der Außengrenze des Festlandsockels ein Land bis zu 350 Seemeilen (circa 650 Kilometer) von der Küste entfernt die exklusiven Rechte an Bodenschätzen innehat. Daraus folgt, daß von den 412 Milliarden Barrel Öläquivalent im Polarkreis jeweils ausschließlich 181 von Rußland, 93 von den USA, 35 von Grönland, 14 von Norwegen und drei von Kanada gefördert werden dürfen.
Weitere 88 Milliarden Barrel Öläquivalent liegen in Abschnitten des Arktischen Ozeans, in denen mehrere dieser Staaten Förderrechte beanspruchen. Wem die Förderrechte in diesen Gebieten zugesprochen werden, hängt von der Kommission zur Begrenzung des Festlandsockels ab, einem technischen Gremium, das im Rahmen des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen geschaffen wurde, um den Küstenstaaten Empfehlungen zur äußeren Abgrenzung ihrer Festlandsockel zu unterbreiten.
Die von Grönland aus erreichbaren Öl- und Gasvorkommen entsprechen ungefähr den Reserven Nigerias. Sie würden die Erdölreserven der USA um 44 Prozent und deren Gasreserven um 39 Prozent steigern.
Allerdings macht eine Förderung dieser Vorkommen ökonomisch keinen Sinn, solange der Ölpreis nicht signifikant steigt. Denn die Produktion von Öl und Gas im nördlichen Polarkreis ist aufgrund der klimatischen Bedingungen und der Abgelegenheit ein teures Unterfangen. Zwar produzieren die USA bereits seit den 1970er Jahren an der Nordküste Alaskas Öl.
Hierfür wurde eigens die knapp 1.300 Kilometer lange Trans-Alaska-Pipeline verlegt, um das Öl in den eisfreien Hafen Valdez im Süden des US-Bundesstaates zu transportieren. Doch für die Förderung neuer Vorkommen in der Region müßte der Ölpreis laut einer Analyse des

World Wide Fund For Nature (WWF) zwischen 63 und 84 US-Dollar je Barrel liegen, damit die Produktion kostendeckend wäre. Dieser lag jedoch in den vergangen zehn Jahren im Schnitt bei 65 Dollar je Barrel.
Noch in der ersten Amtszeit Trumps verabschiedete der US-Kongreß ein Gesetz, das die Verpachtung neuer Gebiete an der Nordküste Alaskas zur Förderung von Öl und Gas inmitten eines Naturschutzgebietes ermöglichte. Doch die versteigerten Pachtverträge wurden entweder annulliert oder es fanden sich keine Bieter. Neben der möglichen fehlenden Rentabilität könnte auch ein von der US-Regierung unter Joe Biden verhängtes Moratorium der Verpachtung aus ökologischen Gründen das Interesse der Öl- und Gasfirmen gedämpft haben.
Ähnlich wie bei den bestehenden Bohrstandorten im Norden Alaskas hätte die Förderung in den neuen Gebieten an Land oder in den seichten Küstengewässern stattgefunden. Eine Förderung auf offener See im nördlichen Polarkreis ist hingegen noch einmal aufwendiger und damit teurer. Eine Managerin des Öl- und Gasunternehmens Shell hatte 2015 erklärt, daß sich die Ölförderung in der Tschuktschensee ab einem Ölpreis von 70 Dollar je Barrel lohne. Wenige Wochen später verkündete Shell, die Pläne zur dortigen Ölförderung aufzugeben. Die Tschuktschensee liegt nördlich von der Beringstraße zwischen Sibirien und Alaska im Arktischen Ozean.
Einer dänischen Studie zufolge haben insbesondere in den 2010er Jahren auch vor den Küsten Grönlands Explorationsbohrungen zur Erkundung von Erdöllagerstätten stattgefunden. Aufgrund einer "Kombination aus dem drastischen Verfall der Ölpreise, (…) den hohen Kosten und technischen Herausforderungen, den starren Vorschriften und der mangelnden Flexibilität in Bezug auf die Verpflichtungen" hätten die Öl- und Gasunternehmen jedoch Grönland wieder verlassen.
Bei den derzeitigen Aussichten für die Industrie scheine es unwahrscheinlich, daß sie jemals zurückkehren werde, "vor allem nicht angesichts der Signale der neuen grönländischen Regierung", so der Autor der Studie. Die 2021 neu gewählte grönländische Selbstverwaltung hatte alle künftigen Erdöl- und Erdgasexplorationen auf grönländischem Territorium aufgrund mangelnder Rentabilität, jedoch auch aus Klima- und Umweltschutzgründen verboten.

Seltene Erden

Mit dem Begriff "Seltene Erden" werden 17 Metalle bezeichnet, die hauptsächlich für die Herstellung von Permanentmagneten benötigt werden. Diese werden wiederum für die Turbinen der Windkraftanlagen und die Elektromotoren in der Elektromobilität verwendet und spielen daher eine entscheidende Rolle in der Energiewende.
Weitere Anwendungsgebiete sind Katalysatoren, Polituren, Metalllegierungen, Batterien und Gläser. Seltene Erden werden auch bei der Produktion von Keramik, Leuchtmitteln, Farbpigmenten, Lasern und Halbleitern eingesetzt und finden unter anderem Anwendung in der Luft- und Raumfahrt, in der Rüstungsindustrie, in der Atomkraft, bei der Wasserstoffelektrolyse und in der Medizintechnik.
Aufgrund ihrer vermehrten Verwendung im Rahmen der Energiewende geht der Europäische Rat davon aus, daß der Bedarf an Seltenen Erden künftig exponentiell wachsen wird. Sie werden als "selten" bezeichnet, weil sie nur an wenigen Stellen der Erde in so hohen Konzentrationen vorkommen, daß sich ein Abbau lohnt. Die größten nachgewiesenen Lagerstätten befinden sich in China.
Der Abbau der Vorkommen in Grönland, welche die Reserven der USA bei einer Angliederung um 83 Prozent steigern würden, wird von der dortigen Selbstverwaltung aus Umweltgründen mit hohen Auflagen belegt. In der Folge findet dort bis heute keine Förderung statt. China ist hingegen derzeit mit Abstand der größte Produzent von Seltenen Erden. Das liegt auch daran, daß das Land aus anderen Weltregionen diesen Rohstoff importiert, um ihn zu Vorprodukten weiterzuverarbeiten.

84 Prozent der weltweiten Exporte Seltener Erden stammen aus China, gefolgt von Thailand mit einem Anteil von zehn Prozent. Das führt dazu, daß China in dieser Hinsicht quasi eine Monopolstellung innehat. Anfang 2024 hat Peking als Reaktion auf US-Sanktionen die Ausfuhr von Technologien zur Förderung von Seltenen Erden mit Sanktionen belegt.
Ende 2024 kündigte die chinesische Regierung an, auch den Export bestimmter Seltener Erden in die Vereinigten Staaten zu sanktionieren - wiederum als Reaktion auf US-Sanktionen gegen China. Einem Bericht der Neuen Zürcher Zeitung zufolge sollen die Vorkommen von Seltenen Erden auf Grönland der Grund gewesen sein, warum Donald Trump bereits in seiner ersten Amtszeit die Insel von Dänemark abkaufen wollte.

Weitere mineralische Bodenschätze

Grönland verfügt auch über andere mineralische Bodenschätze wie Eisen, Zink, Blei, Silber, Titanium, Vanadium, Palladium, Platin und Molybdän. Ein Teil der Projekte zur Ausbeutung dieser Vorkommen wurde jedoch wieder aufgegeben. So wurden die Pläne zur Errichtung einer Eisenerzmiene im Südwesten der Insel in den 2010er Jahren aufgrund niedriger Eisenerzpreise und dem Entzug der Lizenz durch die grönländische Selbstverwaltung wieder eingestellt.
Ein Vorhaben zum Abbau von Eisen-, Titanium- und Vanadiumerz im Südosten der Insel befindet sich derzeit noch in der Erkundung. Auch ein weiteres Projekt an Grönlands Ostküste zum Abbau von Palladium, Gold und Platin befindet sich noch in der Exploration. Ein Projekt an der Nordküste der Insel zur Förderung von Blei und Zink ist in der Entwicklung.
Im Gegensatz dazu nutzt Rußland seine Ressourcen im Polarkreis bereits im großen Stil und baut dort Phosphate, Nickel, Bauxit und Eisen ab. Acht Prozent der weltweiten Produktion von Phosphaten, die unter anderem in Düngemitteln in der Landwirtschaft verwendet werden, stammen aus Rußland. Auch deshalb haben die Sanktionen gegen Rußland zu einer Verknappung und Verteuerung der Düngemittel in vielen Ländern geführt.
Ähnlich sieht es bei der Produktion von Nickel und Aluminium aus. Nickel ist ein Metall, das hauptsächlich zur Stahlveredelung aber auch zur Herstellung von Batterien für die Elektromobilität verwendet wird. Aluminium ist ein in vielen Produkten eingesetztes Leichtmetall und wird aus Bauxit gewonnen. Rußland ist einer der größten Nickel- und Aluminiumproduzenten der Welt. Die Sanktionen gegen das Land führen daher immer wieder zu Preisanstiegen für diese Metalle an westlichen Börsen.
Im Gegensatz zu anderen Regionen im nördlichen Polarkreis wird der Abtransport der auf russischem Territorium geförderten Rohstoffe über die Barentssee klimatisch begünstigt. Diese liegt nördlich von Norwegen und des europäischen Teils Rußlands und ist aufgrund des Golfstroms auch im Winter größtenteils eisfrei. Aufgrund des Klimawandels ist auch die östlich der Barentssee gelegene Karasee in warmen Wintermonaten mittlerweile stellenweise eisfrei. Dort betreibt das russische Bergbauunternehmen Nornickel einen Seehafen.

Mögliche neue Schifffahrtsrouten

Der Klimawandel hat zur Folge, daß die früher meist ganzjährig mit See-Eis bedeckten arktischen Gewässer vor den Küsten Nordamerikas und Rußlands mittlerweile in den Sommermonaten größtenteils eisfrei und damit potentiell als Handelsrouten nutzbar sind. Die Nordwestpassage entlang den Küsten Kanadas und Alaskas verkürzt den traditionellen Seeweg von Rotterdam nach Tokio von 21.100 auf 15.900 Kilometer. Die Nordostpassage entlang den Küsten Norwegens und Rußlands verkürzt diesen Weg sogar auf 14.100 Kilometer.
Die russischen Gasvorkommen auf der Jamal-Halbinsel, die vor den westlichen Sanktionen gegen Rußland mittels der Jamal-Europa-Erdgasleitung und der Nord Stream-Pipeline nach Westeuropa befördert wurden, werden mittlerweile zum Teil über das Jamal-LNG-Terminal vor Ort verflüssigt und per Schiff nach Asien verfrachtet. Knapp 30 Prozent der Anlage werden laut eines Berichts der Konrad Adenauer Stiftung von chinesischen Anteilseignern gehal-

ten. Derselben Quelle ist zu entnehmen, daß Rußland als flankierende Maßnahme ein Erneuerungs- und Erweiterungsprogramm für seine nukleare Eisbrecherflotte in Angriff genommen hat, um die ganzjährige Nutzung der Nordostpassage für den Transport von Öl und Gas nach Asien zu ermöglichen.
Das russische Bergbauunternehmen Nornickel betreibt laut eines Beitrages in dem Magazin Polar Geography zudem Frachtschiffe, die bis zu 1,5 Meter dicke Eisflächen durchbrechen können. So kann das Unternehmen ohne die Unterstützung von Eisbrechern seine Produkte nach Europa und Asien verschiffen. Dieselbe Quelle gibt an, daß auch China mittlerweile über Eisbrecher verfügt, um die Arktis nach neuen Energie- und Rohstoffquellen zu erforschen.
Im Gegensatz dazu ist die Nordwestpassage noch weit davon entfernt, als Handelsroute genutzt zu werden. Laut des Berichts der Konrad Adenauer Stiftung sind die Gründe hierfür Umweltbedenken der kanadischen Behörden, territoriale Ansprüche der Inuit sowie ein Streit zwischen den USA und Kanada, ob die Meerengen zwischen dem kanadischen Festland und den vorgelagerten Inseln internationale Gewässer sind oder nicht.
2022 hätten lediglich acht Frachtschiffe diese Route genutzt. Zum Vergleich: Im gleichen Zeitraum haben knapp 24.000 Schiffe den Suezkanal passiert. Hinzu kommt, daß selbst im Sommer immer wieder Eisschollen in den Gewässern vor der kanadischen Küste treiben.

Militärische Bedeutung der Arktis

Einem Beitrag in dem von der US-Regierung betriebenen Magazin Military Review zufolge halten die Vereinigten Staaten mit der "sich schnell ändernden Sicherheitslage in der Arktis" nicht Schritt. Rußland hätte seine militärischen Kapazitäten in der Arktis "aggressiv" ausgebaut, "offenbar um seine Ansprüche und Interessen in der Region zu sichern". Das Land würde bereits 20 Prozent seines Bruttoinlandsproduktes aus Aktivitäten in der Arktis erwirtschaften und sei bestrebt, dies zu steigern. Konflikte könnten entstehen, wenn Rußland die Entscheidungen der UN-Kommission zur Begrenzung des russischen Festlandsockels nicht akzeptiere und versuche, seine Ansprüche im Arktischen Ozean auszuweiten.
Weitere Beiträge westlicher Medien und Denkfabriken gehen in eine ähnliche Richtung. Ein aufwendig gestalteter Reuters-Beitrag berichtet davon, daß Rußland seit 2005 "Dutzende von Militärstützpunkten in der Arktis aus der Sowjetzeit wiedereröffnet" habe. Des Weiteren zitiert die Nachrichtenagentur einen US-General, der ein gesteigertes militärisches Bewußtsein fordert, um "russische und chinesische Fähigkeiten zum Abschuß fortschrittlicher Raketen und zur Zerstörung von Kommunikationsinfrastrukturen zu erkennen und zu bekämpfen".
Die US-Denkfabrik American Security Project erklärt, die verstärkte Präsenz Rußlands in der Arktis sei Teil "der Bemühungen von Präsident Wladimir Putin", die Position Rußlands "auf der Weltbühne zu stärken". Das Land habe sowjetische Militärstützpunkte wiedereröffnet und die Nordflotte der Marine ausgebaut, da es bestrebt sei, "seine militärische Macht in der Arktis auszubauen".
Die britische Denkfabrik Chatham House vertritt in einem aktuellen Beitrag hingegen eine abweichende Auffassung und ist darin bestrebt, "Moskaus militärische Aufrüstung" in der Arktis zu "entmystifizieren". Falls Rußland seinen Teil des Polarkreises militarisieren würde, dann sei dies, "zumindest im Moment, defensiver Natur". Das Land verfüge nicht über eine arktische Militärstrategie "per se". Stattdessen verfolge Moskau das Ziel, seine ballistischen Atom-U-Boote in der Region zwischen der Barentssee und der so genannten "Lücke zwischen Grönland, Island und Großbritannien" sowie seine Verteidigungsanlagen auf der geographisch zu Skandinavien gehörenden Halbinsel Kola zu schützen.
Die militärischen Einrichtungen seien Teil der russischen Zweitschlag-Kapazitäten im Falle eines Angriffs auf das Land mit Nuklearwaffen. Die militärische Infrastruktur in der russischen Arktis ziele darauf ab, Rußlands Luftverteidigungs- und Seeabwehrfähigkeiten an Land und in Küstennähe zu stärken, um mittlerweile auch strategisch wichtige Einrichtungen wie

die LNG-Anlage auf der Jamal-Halbinsel zu schützen.
Daß sich seit dem Kalten Krieg ein Großteil der russischen Verteidigung gegen nukleare Angriffe aus der Luft im Nordatlantik und in der Arktis befindet, hängt mit dem Umstand zusammen, daß die kürzesten Entfernungen zwischen Nordamerika und Rußlands wirtschaftlichen und politischen Zentren wie Moskau und Sankt Petersburg über den nördlichen Polarkreis führen.
Vom nordwestlichsten US-Bundesstaat Maine bis Moskau beträgt die Entfernung 6.800 Kilometer, von der Nordküste Alaskas 6.000 Kilometer und vom US-amerikanischen Luftwaffenstützpunkt Pituffik auf Grönland 4.400 Kilometer. Von Pituffik bis zum LNG-Terminal auf der Jamal-Halbinsel sind es nur 3.300 Kilometer. Von Grönland aus wären die russische Hauptstadt sowie die strategisch wichtigen arktischen Energieeinrichtungen also sogar mit Mittelstreckenraketen erreichbar.
Umgekehrt sind die Entfernungen deutlich größer. Von der russischen Kola-Halbinsel bis nach Washington beträgt die Entfernung 6.600 Kilometer und von dem nördlichsten russischen Luftwaffenstützpunkt auf der Inselgruppe des Franz-Josef-Lands sowie vom östlichsten Zipfel Rußlands an der Beringstraße 6.300 Kilometer.
Sollten die USA nach einer Angliederung Grönlands auf der Insel Atomwaffen stationieren (wie sie es im Kalten Krieg sehr detailliert geplant hatten) und bedenkt man zudem, daß die Entfernung zwischen den zukünftig wieder in Deutschland aufgestellten atomwaffenfähigen US-Mittelstreckenraketen und Moskau nur circa 2.000 Kilometer beträgt, dann wären es eher die Vereinigten Staaten, die ihre Erstschlag-Kapazitäten gegen Rußland ausbauen.

Zusammenfassung

Hinsichtlich der Öl- und Gasvorkommen dürfte Grönland in mittelbarer Zukunft eher uninteressant für die USA sein. Die Ausbeutung noch nicht erschlossener eigener Lagerstätten erscheint im Norden Alaskas aufgrund bereits vorhandener Infrastruktur wie der Trans-Alaska-Pipeline ökonomisch deutlich sinnvoller.
Daß Letzteres eines der Ziele der aktuellen US-Regierung ist, läßt sich an Donald Trumps Ansage in seiner Amtsantrittsrede ablesen: "We will drill, baby, drill!" Wie dies konkret aussehen soll, ist offen. Doch beispielsweise durch günstigere Pachtverträge und Senkung der Umweltauflagen könnten die bisher verschmähten Regionen an Alaskas Nordküste für die Öl- und Gasindustrie wieder attraktiver werden.
Anders sieht es bei den Seltenen Erden aus. Aufgrund der Monopolstellung Chinas, der Abhängigkeit des Westens von chinesischen Importen sowie des voraussichtlich stark steigenden Bedarfs erscheint eine annähernde Verdoppelung der US-Reserven dieser Rohstoffe durch die Angliederung Grönlands strategisch sinnvoll.
Angesichts der Tatsache, daß die arktischen Gewässer auch in absehbarer Zukunft die meiste Zeit des Jahres eisbedeckt sein werden, erscheint die Bedeutung neuer Schifffahrtsrouten für den globalen Handel überschätzt. Selbst in den Sommermonaten können Teile dieser Seewege einfrieren oder durch Eisschollen schwer passierbar werden, so daß Eisbrecher notwendig sind, um die Passagen freizuhalten. Derartige Unwägbarkeiten passen nicht zu den Anforderungen globaler Logistikunternehmen, was an der bisher äußerst geringen Nutzung beispielsweise der Nordwestpassage selbst in den Sommermonaten zu erkennen ist.
Die militärische Bedeutung der Arktis hat sich seit dem Kalten Krieg kaum geändert. Da sich die beiden Atomsupermächte USA und Rußland auch weiterhin mit ihren Nuklearwaffenarsenalen gegenseitig bedrohen und der Luftweg über die Arktis die kürzeste Verbindung zwischen beiden Ländern ist, bleibt die Region wesentlich für die militärische Aufklärung, Frühwarn- und Abwehrsysteme sowie die Möglichkeiten eines nuklearen Erst- und Zweitschlags. Ob Rußland den Ausbau seiner militärischen Präsenz im Polarkreis zum Schutz seiner dortigen Energie- und Transportinfrastruktur nutzt, um seine Ansprüche auf bisher nicht geklärte

Förderrechte im Arktischen Ozean durchzusetzen, bleibt offen.
Solange Öl-, Gas- und andere mineralische Vorkommen an Land in ausreichender Menge vorhanden sind, macht eine Förderung auf hoher See mit den zusätzlichen Herausforderungen einer geschlossenen Eisdecke und herumtreibenden Eisschollen ökonomisch allerdings wenig Sinn.
Über den Autor: Karsten Montag, Jahrgang 1968, hat Maschinenbau an der RWTH Aachen, Philosophie, Geschichte und Physik an der Universität in Köln sowie Bildungswissenschaften in Hagen studiert. Er war viele Jahre Mitarbeiter einer gewerkschaftsnahen Unternehmensberatung, zuletzt Abteilungs- und Projektleiter in einer Softwarefirma, die ein Energiedatenmanagement- und Abrechnungssystem für den Energiehandel hergestellt und vertrieben hat.<<
Irak: Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 09/25" berichtet am 21. Februar 2025 (x1.501/…): >>**"Wir sterben nicht, wir werden umgebracht"**
Literatur: Am 24. Februar erhält die deutsch-kurdische Schriftstellerin Ronya Othmann den Erich-Loest-Preis. Ihr Roman "Vierundsiebzig" ist ein Monument des Völkermords an den Jesiden
Dietmar Mehrens
Unfaßbares Leid, barbarische Verbrechen, Verschleppungen, Verhaftungen, Vergewaltigungen und Folter: Zusammenfassen läßt sich all dies als skrupelloser Versuch, eine ganze Volks- und Religionsgemeinschaft auszulöschen: die Jesiden. Der furchtbaren islamistischen Verbrechen gegen die Menschlichkeit hat sich die kurdischstämmige Autorin Ronya Othmann in ihrem 500-Seiten-Wälzer "Vierundsiebzig" angenommen. Die Reportagecollage war im letzten Jahr in der Endauswahl für den Deutschen Buchpreis. Am kommenden Montag wird die Autorin für ihr Werk mit dem Erich-Loest-Preis der Sparkasse Leipzig geehrt.
"Schon am ersten Tag des Genozids (...) am 3. August 2014 versammelten sich vierzig Männer im Haus der Familie Shesho. Sie sammelten alle Waffen, die sie finden konnten, leichte Waffen, Kalaschnikows und BKC-Maschinengewehre. Der 62jährige Qasim Shesho, der seit den 1990er Jahren in Bad Oeynhausen lebte, dort als Gärtner arbeitete und nur zufällig gerade in seiner Heimat war, dieser Qasim Shesho, sein Neffe Heydar, seine Söhne und die anderen Männer kämpften monatelang, damit Sherfedîn nicht in die Hände des IS fiel. Sie kämpften, das schreibt sich so schnell, mit wenig Munition.
Der IS griff im Nebel an, der IS griff im Regen an, der IS umzingelte sie. Sie hatten kaum mehr Munition, und sie ernährten sich von Kastanien und Eicheln." Sechzehn Angriffe startet der IS, am Ende ist er nur noch 500 Meter vom Ort entfernt, aber Sherfedin kann die Terrormiliz nicht einnehmen. Wer von den Jesiden schnell genug war, brachte sich im Sindschar-Gebirge - Othmann verwendet die kurdische Bezeichnung Shingal und schreibt "Eziden" - in Sicherheit. Dort verteidigten die Verfolgten sich verbissen gegen die nachrückenden Häscher, bis sie schließlich von kurdischen Peschmerga und der YPG-Miliz befreit wurden und so dem für sie vorgesehenen Verhängnis entrinnen konnten.
Seit Jahrzehnten werden auch Kulturdenkmäler zerstört
Sherfedîn ist eine von mehreren Stationen während einer Reise durchs wilde Kurdistan, die Othmann im Oktober 2022 zusammen mit ihrem Vater unternommen hat. Die furchtbaren Ereignisse von damals lassen die 1993 in München zur Welt gekommene Autorin nicht los. Die Tochter eines kurdischen Vaters und einer deutschen Mutter spürt, daß sie als schweres Erbe ihrer Abstammung etwas von der Paranoia in sich trägt, die zur jesidischen DNA gehört - "überlegte Vorsicht", befragt sie sich selbst, "oder ist man schon verrückt"?
Grund genug dafür gäbe es: Die mohammedanischen Vernichtungsversuche prägen die Geschichte der Volks- und Religionsgemeinschaft, die weder dem Islam noch dem Christentum zuzurechnen ist. "Ferman" nennen Jesiden sie, und die IS-Massaker von 2014 zählen als Ferman Nr. 74.

Schon in dem Jahrzehnt davor gab es eine Reihe prägenozidaler Übergriffe. Othmann listet sie akribisch auf. 2007 explodierte im irakischen Siba Sheikh Khidir ein Danaer-Geschenk von Al-Qaida, ein LKW - 796 Tote, 1.562 Verletzte -, gar nicht erst zu reden von Saddam Husseins Anfal-Operation: 180.000 Tote durch Giftgas.
Seit Generationen rollt in immer wiederkehrenden kleinen Wellen auch der kulturelle Völkermord durch das blutgetränkte Land, der der Gewalt gegen Menschen einen häßlichen Zwilling an die Seite stellt: 92 zerstörte jesidische Kulturdenkmäler, Tempelanlagen, Kultstätten, werden gezählt. Jahre nach dem Genozid sorgen immer noch türkische Drohnen für Terror in den vom IS verheerten Kurdengebieten.
"Im Jahre 2014 lebten im Irak etwa 500.000 Jesiden. Sie besiedelten zusammenhängende Gebiete im Nordwestirakischen Sindschar-Gebiet und im weiter östlich gelegenen Sheikhan. Im Umkreis des Sindschar-Gebiets lebten bis August 2014 rund 300.000 Jesiden. (...) Zum Zwecke der vollständigen Vernichtung der ezidischen Religion, des Jesidentums als solchem und seiner Angehörigen in den vom IS besetzten Gebieten vollzog der IS gegen diejenigen Mitglieder der Gruppe, die im Umkreis des Sindschar-Gebiets ansässig waren, zielgerichtet körperliche Zerstörung der Jesiden in ihrer Gesamtheit."
Es sind Worte eines vor deutschen Gerichten gegen einen IS-Terroristen aus dem Irak und seine deutsche Kriegsbraut geführten Prozesses, die die auch als Lyrikerin geachtete Autorin verwendet, um das Grauen exemplarisch begreifbar zu machen. Die beiden Angeklagten hielten eine jesidische Mutter und deren fünfjährige Tochter im syrischen Rakka als Sklaven. Aus einer Laune heraus fesselte der IS-Krieger das Mädchen an ein Außenfenster und ließ es dort im Beisein der hilflosen Mutter verdursten. Insgesamt kamen bis zu 10.000 Jesiden um, 400.000 wurden vertrieben.
Mehr zum Buch gebundene Loseblattsammlung als Roman
Die Autorin hat sich immer wieder auf den Weg in die Heimat ihres Vaters gemacht - zuletzt 2022 -, um das Grauen zu verstehen und seinen Urhebern nachzuspüren, dem sogenannten Islamischen Staat oder Daesch, wie er in einer Verballhornung auch genannt wird ("Daesch" ist das Akronym zur offiziellen Selbsttitulierung der Terrorstaat-Truppe: "Al-Daula al-islamiyya fi-l-Irak wa-l-Scham", übersetzt: "Der islamische Staat in Irak und Syrien"). Das Buch ist im Kern die literarisierte Dokumentation dieser Reisen.
Es beginnt mit der Recherchereise, die die damals 25jährige im Juni 2018, vier Jahre nach dem Genozid, unternahm. Sie hat noch entfernte Verwandtschaft im Irak, in der kleinen Ortschaft Silemani: Onkel Khalef und Tante Adar mit den drei Kindern Lava, Lara und Lorans. Der Onkel ist zwar weder Bruder noch Schwager ihres Vaters, aber in Kurdistan wird Familie eben etwas weiter gedacht.
Die gemeinschaftlich erlittenen Pogrome schweißen zusammen. Die Journalistin stößt auf Massengräber, Spuren der Kämpfe, der ethnischen Säuberung, trifft Opfer und Augenzeugen des Verbrechens. Bekannte von Tante Adar waren Gefangene des IS. "Sie haben ihren Mann und ihre Söhne vor ihren Augen enthauptet", berichtet sie über eine von ihnen. Tausende erlitten Ähnliches oder Schlimmeres: Folter, Versklavung, Mord. In Duhok, nördlich von Mossul, trifft sie Akram, der ebenfalls ein Freund der Familie ist. Er lebt zwar wie sie in Deutschland, ist aber in Kurdistan aufgewachsen, spricht die Sprache viel besser und ist der ideale Türöffner.
Degressiv zwischengeschaltet sind Prozeßprotokolle und die Ergebnisse weitergehender Recherchen. Die Autorin erinnert daran, daß die Jesiden auch bei den jungtürkischen Pogromen gegen Armenier und Griechen ab 1915 unter den Opfern waren. Ferner sind ethnohistorische Einordnungen auf der Grundlage von Forschungen des britischen Archäologen Austen Henry Layard ("Auf der Suche nach Ninive", 1854) Teil der Collage.
Der Erich-Loest-Preis ist angesichts der Relevanz des Themas zweifellos verdient. Nicht ver-

dient ist die Gattungsbezeichnung Roman. Denn "Vierundsiebzig" gleicht, zumindest im ersten Teil, eher einer zum Buch gebundenen Loseblattsammlung als einer kohärenten Erzählung. Die Autorin weiß das auch selbst. "Was ich schreibe, hat keine Ordnung. Worte, Sätze, die abbrechen, im Nichts verlaufen. Ich nähe, füge zusammen", beschreibt sie ihre Arbeit. "Wieder Großbuchstaben und Subjekt, Verb, Objekt bis zum nächsten Punkt. Absatz für Absatz. Ich habe keine Sprache." Künstlerische Verarbeitung des Unsagbaren oder Hilflosigkeit beim Versuch, die Materialfülle zu bewältigen?

"All die Geschichten, die Sprachaufnahmen, Interviews, Screenshots, Protokolle, die täglich mehr werden", schildert die Deutschkurdin ziemlich genau in der Mitte des Buches ihr Dilemma. "Als würde ich mich auf einen Gerichtsprozeß vorbereiten, den ich hier abhalte, auf dem Papier." Doch sie profitiert von der Gnade ihrer späten Geburt: Mit dem Etikett "offen in der Form" oder "dekonstruktivistisch" auf der Stirn kann heute jeder Autor im Handumdrehen von der Zettelwirtschafterin und Exzerpierchaotin zur literarischen Avantgarde befördert werden.

Immerhin: Die letzten hundert Seiten der Reisebericht-Kompilation brechen mit der Unordnung. Sie schildern chronologisch die Recherchereise, zu der die Journalistin am 1. Oktober 2022 mit ihrem 1959 in Syrien geborenen Vater aufbrach, um sich von Erbil aus in die gesperrte Sindschar-Region durchzuschlagen, für die es weder Visa noch offiziellen Passierschein gibt. Denn das geschundene Gebiet wird von Milizen kontrolliert.

Immer wieder hängen die Reisenden an Checkpoints fest. Sie besuchen Qizil Kund am Fuß des Gebirges. Es war der Wohnort von Othmanns Großeltern, die aus dem türkischen Batman vertrieben wurden. Auch jetzt noch begegnen sie Arabern, die der Meinung sind: "Hättet ihr nur den Islam angenommen, wäre das alles kein Problem." Man kann den IS besiegen, aber man bekommt ihn nicht aus den Köpfen. In Deutschland, wo er zum Atheisten wurde, sei er einmal gefragt worden, wie hoch eigentlich die Lebenserwartung in so einem ärmlichen Gebiet wie Kurdistan sei, berichtet Othmanns Vater. Er habe geantwortet, das könne keiner sagen. "Wir sterben nicht, wir werden umgebracht."

Bei allem Verständnis dafür, sich dem Korsett einer linear verlaufenden Geschichte entziehen zu wollen, wie sie Othmanns Kollege Sherko Fatah in seinem thematisch ähnlich gelagerten Roman "Der große Wunsch" (JF 19/24) erzählt hat, der 2023 für den Deutschen Buchpreis nominiert war, leidet die Lektüre über weite Strecken doch erheblich unter der willkürlichen Anordnung des Stoffes.

Der Leser kann jederzeit aussteigen, ohne fürchten zu müssen, einen Höhe-, einen dramatischen Wendepunkt oder ein verblüffendes Ende zu verpassen. Gleichwohl darf "Vierundsiebzig" auf das verdiente Interesse einer Leserschaft hoffen, für die der Völkermord an den Jesiden bislang wenig mehr war als eine Abfolge von Nachrichtenbildern im Fernsehen, von denen die meisten vergessen sind.

In der Schilderung der Erich-Loest-Preisträgerin wird das Menschheitsverbrechen trotz seiner Unsäglichkeit in Sprache überführt, bekommen Opfer Namen und die Jesiden einen beachtlichen literarischen Gedenkstein.

Ronya Othmann: Vierundsiebzig. Roman. Rowohlt, Hamburg 2024, gebunden, 512 Seiten …<<

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.07.2025
Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Diese Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> **...** << gekennzeichnet.
Bei Auslassungen **...** wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Urheberrechte: Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**
Beispiel: (x024/79) = Nicht Rache, nicht Vergeltung. Die deutschen Vertriebenen, Seite 79.

x001	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa I. Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße. Band 1. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1954. München 1984.
x024	Kuhn, Ekkehard: Nicht Rache, nicht Vergeltung. Die deutschen Vertriebenen. Frankfurt/Main; Berlin 1989.
x026	Nawratil, Heinz: Die deutschen Nachkriegsverluste unter Vertriebenen, Gefangenen und Verschleppten. München/Berlin 1988.
x028	Zayas, Alfred Maurice de: Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen. Vorgeschichte, Verlauf, Folgen. 7. Auflage. Frankfurt/Main; Berlin 1988.
x034	Overesch, Manfred, und Friedrich Wilhelm Saal: Die Weimarer Republik. Eine Tageschronik der Politik - Wirtschaft - Kultur. Augsburg 1992.
x037	Sander, Helke, und Barbara Johr (Hg.): Befreier und Befreite. Krieg, Vergewaltigungen, Kinder. Frankfurt/Main 1995.
x063	Löwenstein, Hubertus Prinz zu: Deutsche Geschichte. Erweiterte Auflage. Bindlach 1990.
x111	Overesch, Manfred, und Jork Artelt: Das besetzte Deutschland 1945-1947. Eine Tageschronik der Politik - Wirtschaft - Kultur. Augsburg 1992.
x112	Overesch, Manfred, und Jork Artelt: Das besetzte Deutschland 1948-1949. Eine Tageschronik der Politik - Wirtschaft Kultur. Augsburg 1992.
x113	Engelsing, Rolf: "Wie Sodom und Gomorrha ..." Die Zerstörung der Städte. Berlin 1979.
x114	Trees, Wolfgang u.a.: Stunde Null in Deutschland. Die westlichen Besatzungszonen 1945-1948. Bindlach 1989.
x131	Bacque, James: Der geplante Tod. Deutsche Kriegsgefangene in amerikanischen und

	französischen Lagern 1945-1946. Erweiterte Ausgabe. Berlin/Frankfurt am Main 1993.
x150	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Forum für Kultur und Politik. Heft 15. Bonn 1996.
x151	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Forum für Kultur und Politik. Heft 16. Bonn 1996.
x154	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Forum für Kultur und Politik. Heft 14. Bonn 1996.
x156	Kosthorst, Erich, und Karl Teppe: Die Teilung Deutschlands und die Entstehung zweier deutscher Staaten. Materialheft Geschichte/Politik. Paderborn 1978.
x176	Hug, Wolfgang (Hg.): Geschichtliche Weltkunde. Band 2. Vom Zeitalter der Entdekkungen bis zum Ende des 19. Jahrhunderts. 2. Auflage. Frankfurt/Main 1975.
x243	Schmid, Heinz Dieter (Hg.): Fragen an die Geschichte. Band 4. Die Welt im 20. Jahrhundert. Geschichtliches Arbeitsbuch für Sekundarstufe I. Frankfurt/Main 1984.
x309	Nawratil, Heinz: Die Versöhnungsfalle. Deutsche Beflissenheit und polnisches Selbstbewußtsein. Wien 2011.
x317	Schuster-Haslinger, Gabriele: Verraten - verkauft - verloren. Der Krieg gegen die eigene Bevölkerung. Fichtenau 2016.
x321	Elsässer, Jürgen (Hg.): Versailler Vertrag. Der Pakt der Hitler an die Macht brachte. COMPACT-Geschichte Nr. 5. Werder (Havel) 2018.
x340	Jung, Thomas und Friedrich Georg: 1918 - Die Tore zur Hölle. Die verheimlichte Wahrheit über den Untergang des deutschen Kaiserreiches. 1. Auflage. Rottenburg 2019.
x346	Elsässer, Jürgen (Hg.): Tiefer Staat. Geheimdienste und Verfassungsschutz gegen die Demokratie. COMPACT-Spezial Nr. 24. Werder (Havel) 2019.
x347	Schulte, Thorsten: FREMDBESTIMMT. 120 Jahre Lügen und Täuschung. 3. Auflage. Bautzen 2019.
x353	Barmettler, André (Hg.): 100 Jahre Krieg gegen Deutschland. 2. Teil. ExpressZeitung. Ausgabe 29. November 2019. Oberwil/Schweiz.
x357	Elsässer, Jürgen (Hg.): Ami go home! Wie uns NSA, CIA und Army besetzt halten. COMPACT-Spezial Nr. 6. Werder (Havel) 2016.
x358	Elsässer, Jürgen (Hg.): Verbrechen an Deutschen. Vertreibung, Bombenterror, Massenvergewaltigungen. COMPACT-Geschichte Nr. 8. Werder (Havel) 2019.

Internet

x887	http://www.preussische-allgemeine.de/archiv-suche.html - Dezember 2016
x1.468	https://www.compact-online.de – Januar 2025
x1.469	https://www.kla.tv - Januar 2025
x1.470	https://afdkompakt.de/ - Januar 2025
x1.471	https://deutschlandkurier.de – Januar 2025
x1.472	https://apollo-news.net/ - Januar 2025
x1.473	https://www.mmnews.de/ Januar 2025
x1.474	https://multipolar-magazin.de/ - Januar 2025
x1.475	https://fassadenkratzer.wordpress.com - Januar 2025
x1.476	https://jungefreiheit.de/archiv/ - Februar 2025

x1.493	https://www.compact-online.de – Februar 2025
x1.494	https://www.kla.tv - Februar 2025
x1.495	https://afdkompakt.de/ - Februar 2025
x1.496	https://deutschlandkurier.de – Februar 2025
x1.497	https://apollo-news.net/ - Februar 2025
x1.498	https://www.mmnews.de/ Februar 2025
x1.499	https://multipolar-magazin.de/ - Februar 2025
x1.500	https://fassadenkratzer.wordpress.com - Februar 2025
x1.501	https://jungefreiheit.de/archiv/ - März 2025

Bildnachweis

Staatswappen der Bundesrepublik Deutschland (ab Januar 1950)
Internetquelle: http://www.flaggenlexikon.de/fdtlhndb.htm Stand - 8. Mai 2014

Bundesadler des Deutschen Bundestages
Internetquelle: http://www.bundestag.de/kulturundgeschichte/symbole/adler/ Stand: 8. Mai 2014

Bundesadler des Deutschen Bundestages
Internetquelle: http://www.welt.de/dossiers/60jahredeutschland/article3800834/Adler-oder-fette-Henne.html - 8. Mai 2014